Hansestadt LÜBECK

N A C H T R A G S T A G E S O R D N U N G

22. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: **Dienstag, 24.09.2019, 16:30 Uhr**

Sitzungsort: **Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck**

Öffentlicher Teil:

3.5.	CDU - Anfrage von BM Ulrich Krause: Einrichtung und Eröffnung der Travemünder Außenstelle eines Stadtteilbüros	**VO/2019/08192**

► Nr. VO/2019/07774
öffentlich

Lübeck, 31.05.2019

Anfrage

Bearbeitung: Angela Fiorenza (E-Mail: Angela.Fiorenza@luebeck.de Telefon: 122-1040)

Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter und stellv. Mitglied Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Beteiligung der Datenschutzbehörden an der Smart City Strategie

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
04.06.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anfrage:
In ihrer Sitzung am 23. Mai 2019 hat die Bürgerschaft eine Bewerbung als Modellprojekt "Smart City" beschlossen. Der Vorlage dazu (VO/2019/07484) lässt sich nicht entnehmen, dass Datenschutzbehörden an der Erstellung der Verwaltungsvorlage beteiligt wurden.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Bürgermeister:

1) Wurde die städtische Datenschutzbeauftragte im Verfahren zum Beschluss der Vorlage beteiligt?

Wenn ja: Wann genau geschah die Beteiligung? Welches Ergebnis hatte sie?
Wenn nein: Warum erfolgte keine Beteiligung?

2) Ist das Landesdatenschutzzentrum im Rahmen des Entscheidungsprozesses, sich für das Modellprojekt "Smart City" zu bewerben, beteiligt worden.
Wenn ja: Mit welchem Ergebnis. Wenn nein: Warum nicht?

3) Die Anlage 1 zur vorgenannten Vorlage enthält in einer exemplarischen Aufzählung unter anderem folgende Maßnahmen:

Urban Cockpit (Open-Data-Plattform)
Fälschungssichere e-Partizipation & Ausweise (Block-Chain)
Digitalisierungsbus & Mobile Werkstatt
Intelligentes Parken
Smart Water
Besucherfrequenzmessung
Elektronisches Ticketing (ÖPNV)
Spannung macht mobil

- Was verbirgt sich im Einzelnen hinter den Begriffen?
- Nach welchen Kriterien wurde der Maßnahmenkatalog ausgesucht?

- Ist die datenschutzrechliche Unbedenklichkeit bereits überprüft worden, wenn ja mit welchem Ergebnis?
- Waren Datenschutzstellen bei der exemplarischen Projektauswahl beteiligt?
- Welchen Sinn hat eine Besucherfrequenzmessung, wenn die Besucher kommunaler Einrichtungen ohnehin statistisch erfasst werden (z.B. über den Verkauf von Eintrittskarten)?

4) Ist im Verfahren sichergestellt, dass trotz der Beteiligung privatrechtlicher Organisationen am Smart City Modellprojekt in der Umsetzung Daten, die mit der Daseinsvorsorge zusammenhängen, ausschließlich durch kommunale Träger genutzt werden können? Wenn ja: Wie. Wenn nein: Warum nicht?

5) Wird im Zuge der strategischen Zielplanung eine Datenschutzfolgeabschätzung stattfinden? Wenn ja: Ist beabsichtigt, diese einer Datenschutzbehörde zu übertragen? Wenn nein: Warum nicht?

6) Die Anlage 1 zur vorgenannten Vorlage enthält in einer exemplarischen Aufzählung das Thema Breitbandausbau. In der Hauptausschusssitzung am 21.05.19 gab der Bürgermeister bekannt, dass im Juni 2019 ein strategisches Konzept der TraveKom zu diesem Thema vorgestellt wird. Warum ist dieses Thema dann erneut Teil eines zweijährigen Strategieprozesses im Rahmen des Smart City Modellprojektes? Wann erfolgt die Umsetzung des strategischen Konzeptes der TraveKom?

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Anlagen :

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07774-01
öffentlich

Lübeck, 11.08.2019

Antwort

Verantwortliche Bereiche:
1.101 - Bürgermeisterkanzlei

Bearbeitung: Stefan Ivens (E-Mail: stefan.ivens@luebeck.de Telefon: 122-1515)

Antwort zur Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter und stellv. Mitglied Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Beteiligung der Datenschutzbehörden an der Smart City Strategie

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
16.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	

Anlass:
Anfrage von AM Fürter und AM Flasbarth.

Verfahren:
Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: Datenschutzbeauftragte
Ergebnis: Zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
[ ] Ja
[X] Nein
Begründung: keine direkte Betroffenheit

Die Maßnahme ist:
[X] neu
[X] freiwillig
[ ] vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:
[X] Nein
[ ] Ja (Anlage 1)

Antwort:

In ihrer Sitzung am 23. Mai 2019 hat die Bürgerschaft eine Bewerbung als Modellprojekt "Smart City" beschlossen. Der Vorlage dazu (VO/2019/07484) lässt sich nicht entnehmen, dass Datenschutzbehörden an der Erstellung der Verwaltungsvorlage beteiligt wurden.

Vor diesem Hintergrund fragt AM Thorsten Fürter und stellv. Mitglied Dr. Axel Flasbarth den Bürgermeister:

1) Wurde die städtische Datenschutzbeauftragte im Verfahren zum Beschluss der Vorlage beteiligt?
Antwort: Ja, die städtische Datenschutzbeauftragte wurde am 18.04.2019 im Verfahren zum Beschluss der Vorlage beteiligt. Die Datenschutzbeauftragte hatte keine Einwände zur Vorlage, da es sich lediglich um eine Bewerbung um Fördermittel des Bundesministeriums des Innern handelte und sich deshalb kein Handlungsbedarf ergab. Im Verlauf des Strategieentwicklungsprozesses wird die städtische Datenschutzbeauftragte weiterhin stets eingebunden sein.

2) Ist das Landesdatenschutzzentrum im Rahmen des Entscheidungsprozesses, sich für das Modellprojekt "Smart City" zu bewerben, beteiligt worden?
Antwort: Im Rahmen der Bewerbung wurde das Landesdatenschutzzentrum (ULD) nicht eingebunden. Das ULD kontrolliert grundsätzlich die Datenverarbeitung in schleswig-holsteinischen Behörden und Unternehmen. Es beanstandet dabei Verstöße gegen das Datenschutzrecht und fordert Mängelbeseitigung[1]. Die Bewerbung als Smart City im eigentlichen Sinne stellt hingegen keinen Verstoß gegen das Datenschutzrecht dar. Im Rahmen der Strategieentwicklung obliegt die Einbindung des ULD der städtischen Datenschutzbeauftragten.

3) Die Anlage 1 zur vorgenannten Vorlage enthält in einer exemplarischen Aufzählung unter anderem folgende Maßnahmen:
Antwort: Die in Anlage 1 aufgeführten Maßnahmen sind als beispielhafte Ideen zu verstehen. Im Zuge des Strategieentwicklungsprozesses werden zunächst strategische Ziele definiert. Anschließend sollen dann Maßnahmen identifiziert werden, um diese strategischen Ziele umzusetzen.

Urban Cockpit (Open-Data-Plattform)
: Relevante, nicht-personalisierte Echtzeitdaten aus Verwaltung, Wirtschaft und Sensornetzwerken sollen gespeichert, aufbereitet, vernetzt und allen Bürger:innen kostenfrei zur Verfügung stehen.

Fälschungssichere e-Partizipation & Ausweise (Block-Chain)
: Die Hansestadt Lübeck plant das Vertrauen in E-Partizipationsformate wie LÜBECK:überMORGEN zu steigern, denn sie bilden die Grundlage der Willensbildung in einer Smart City.

Digitalisierungsbus & Mobile Werkstatt
: Ein Teil unserer Gesellschaft hat Schwierigkeiten damit, technische Abläufe zu verstehen, fühlt sich nicht mitgenommen oder fürchten gar um ihren Job durch die digitale Transformation. Die Mobile Werkstatt ist eine Möglichkeit Hürden, Distanz und Ängste bei Menschen mit Hilfe einer erklärenden, bürgernahen Informationskampagne sowie zahlreichen Weiterbildungsangeboten abzubauen.

Intelligentes Parken
: Mit Hilfe von Sensoren wird die Belegung von Parkplätzen gemessen. Hier werden explizit keine personenbezogenen Daten erhoben, sondern lediglich der Zustand des Parkplatzes (0 = frei, 1 = belegt). Das ist die Grundvoraussetzung für ein intelligentes Parkleitsystem, das Suchverkehr reduziert und zur Verringerung der Geräuschbelastung beiträgt.

[1] Vgl. Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein https://www.datenschutzzentrum.de/ueber-uns/ Zuletzt abgerufen 09.06.2019

Smart Water

Das Projekt Smart Water hat das Ziel vor Leckagen und ungewollten Verbräuchen zu schützen und unterstützt so einen ressourcenschonenderen Umgang mit Wasser.

Besucherfrequenzmessung

Die Idee ist vergleichbar mit den im Einzelhandel bereits weitverbreiteten Lichtschranken, die keinerlei Rückschlüsse auf die Identität einer Person zu lassen und datenschutzrechtlich einwandfrei sind.

Elektronisches Ticketing (ÖPNV)

Für die Nutzer:innen der Busse des Stadtverkehrs wird die Möglichkeit geschaffen, elektronische Tickets per App zu buchen.

Spannung macht mobil

„Spannung macht mobil“ steht für die Eigenproduktion von Strom aus regenerativen Quellen und Speicherung regenerativ produzierten Stroms zur Weiternutzung in Brennstoffzellenantrieben[2].

4) Ist im Verfahren sichergestellt, dass trotz der Beteiligung privatrrechtlicher Organisationen am Smart City Modellprojekt in der Umsetzung Daten, die mit der Daseinsvorsorge zusammenhängen, ausschließlich durch kommunale Träger genutzt werden können? Wenn ja: Wie. Wenn nein: Warum nicht?

Antwort: Im Verfahren ist sichergestellt, dass sämtliche Daten nur im datenschutzrechtlich zulässigen Umfang den Partner:innen außerhalb der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung gestellt werden. Die Hansestadt Lübeck wird bei der Strategieentwicklung und –umsetzung nur mit Unternehmen zusammenarbeiten, die die Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) hinsichtlich der Auftragsverarbeitung und der Datensicherheit durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen nachweisen und der Hansestadt Lübeck im Sinne der DSGVO auch Prüfungen vor Ort ermöglichen. Die Grundsätze der DSGVO hinsichtlich Transparenz, Zweckbindung, Datenminimierung, Richtigkeit, Speicherbegrenzung, Integrität und Vertraulichkeit und Rechenschaftspflicht werden im vollen Umfang Beachtung finden.

5) Wird im Zuge der strategischen Zielplanung eine Datenschutzfolgeabschätzung stattfinden? Wenn ja: Ist beabsichtigt, diese einer Datenschutzbehörde zu übertragen? Wenn nein: Warum nicht?

Antwort: Die Hansestadt Lübeck prüft unter Hinzuziehung der Datenschutzbeauftragten mittels der Schwellwertanalyse (Kriterien des ULD) ob für das jeweilige Verfahren eine Datenschutzfolgeabschätzung (DS-FA) erstellt werden muss. Ist dies der Fall, so ergibt sich aus der DS-FA selbst, ob die Datenschutzaufsichtsbehörde hinzugezogen werden muss.

6) Die Anlage 1 zur vorgenannten Vorlage enthält in einer exemplarischen Aufzählung das Thema Breitbandausbau. In der Hauptausschusssitzung am 21.05.19 gab der Bürgermeister bekannt, dass im Juni 2019 ein strategisches Konzept der TraveKom zu diesem Thema vorgestellt wird. Warum ist dieses Thema dann erneut Teil eines zweijährigen Strategieprozesses im Rahmen des Smart City Modellprojektes? Wann erfolgt die Umsetzung des strategischen Konzeptes der TraveKom?

Antwort: Die Bewerbung basiert auf den drei infrastrukturellen Netzen: Breitband, LoRaWan und WLAN als Grundlage für eine intelligent vernetzten Hansestadt Lübeck. Dabei fiel der Breitbandausbau nicht unter die förderfähigen Maßnahmen, bleibt aber trotzdem Bestandteil der Digitalen Strategie. Es soll also zu dieser Maßnahme kein neuer Strategieprozess angestoßen, sondern die bisherigen Maßnahmen sinnvoll mit den förderfähigen Vorhaben verbunden werden. Der Breitbandausbau in Lübeck wird zukünftig von den Stadtwerken Lübeck übernommen. Dazu wird dem Aufsichtsrat im September 2019 die Strategie vorgestellt.

Anlagen :

[2] 4. Regionalen Nahverkehrsplan

Bürgermeister Jan Lindenau

► **Nr. VO/2019/07988**
öffentlich

Lübeck, 07.08.2019

Anfrage

Bearbeitung: Astrid Völker (E-Mail: astrid.voelker@luebeck.de Telefon: 122-1051)

Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Landstromanlage im Hafen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
13.08.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anfrage:

1. Ist die Anlage funktionsfähig?

2. Wird die Anlage aktiv angeboten?

3. Wie viele und welche Art von Schiffen nutzen oder könnten die Anlage nutzen?

4. Zu welchen Konditionen wird der Landstrom angeboten?

5. Wie ist das weitere Vorgehen geplant?

Begründung:

Anlagen :

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08122
öffentlich

Lübeck, 02.09.2019

Antwort

Verantwortliche Bereiche:
2.020 - Fachbereichs-Controlling

Bearbeitung: Ralf Kuschmierz (E-Mail: ralf.kuschmierz@luebeck.de Telefon: 122-2020)

Antwort auf Anfrage von Herrn Thomas Rathcke und ergänzt durch zwei Fragen von Herrn Dr. Flasbarth, HA vom 13.08.2019, TOP 3.13, zum Thema Landstrom

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
09.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Kenntnisnahme
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:
Anfrage von Herrn Thomas Rathcke und ergänzt durch zwei Fragen von Herrn Dr. Flasbarth aus Hauptausschuss vom 13.08.2019, TOP 3.13, zum Thema Landstrom.

Allgemeine Vorbemerkung:
Der vorliegende Berichts- bzw. Anfragewunsch betrifft den Zuständigkeitsbereich einer städtischen Gesellschaft. Die Anfrage bzw. der Berichtsauftrag ist deshalb zuständigkeitshalber an diese Gesellschaft weitergeleitet worden und die Beantwortung der gestellten Fragen ist durch die Stadtwerke Lübeck GmbH am 11.09.2019 dem Fachbereich übersandt worden.

Aufgrund der Tatsache, dass städtische Eigengesellschaften keine eigenen Berichte in die Gremien der Hansestadt Lübeck einbringen können und dieses nur dem Fachbereich möglich ist, geschieht dieses mit dem Deckblatt des Fachbereiches Wirtschaft und Soziales.
Der Fachbereich Wirtschaft und Soziales weist darauf hin, dass für Inhalte und Umfang der Antworten ausschließlich die Gesellschaften selbst verantwortlich sind. Der Fachbereich Wirtschaft und Soziales wird zu den einzelnen Anfragen bzw. Berichten nur dann eigene Anmerkungen machen, wenn auch städtische Verwaltungseinheiten von gestellten Fragen betroffen sind und zu den Mitteilungen der Gesellschaften entsprechende Ergänzungen notwendig sind.

Verfahren:
Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
[ ] Ja
[x] Nein
Begründung: Belange sind nicht betroffen.

Die Maßnahme ist:	[ ]	neu
	[x]	freiwillig
	[ ]	vorgeschrieben durch:
Finanzielle Auswirkungen:	[x]	Nein
	[ ]	Ja (Anlage 1)

Antwort:
siehe Schreiben von den Stadtwerken Lübeck GmbH

Anlagen :
Schreiben von den Stadtwerken Lübeck GmbH

Senator Sven Schindler

STADTWERKE LÜBECK

Briefpost an: Stadtwerke Lübeck GmbH • 23533 Lübeck

Hansestadt Lübeck
Fachbereich 2 - Wirtschaft und Soziales
z.Hd. Frau Petra Giese
2.020 - Fachbereichscontrolling
Kronsforder Allee 2-6
23560 Lübeck

Ihr Ansprechpartner:
Cornelia Hoppe

Telefon: 0451 888-1102
Telefax: 0451 888-1103

10. September 2019
Unsere Zeichen: hop

Anfrage Nr. VO/2019/07988 (AM Thomas Rathcke (FDP) zur Landstromanlage im Hafen)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie hatten um Beantwortung von Anfragen zum Thema „Landstromanlage im Hafen" gebeten. Nachstehend unsere Antworten:

1. Ist die Anlage funktionsfähig ?
Nein, die Anlage auf dem Gelände der LHG am Nordlandkai ist defekt; wir haben die Reparatur beauftragt, allerdings sind Verzögerungen bei der Inbetriebnahme durch lange Lieferzeiten der Zulieferer entstanden, da es sich um Sonderanfertigungen handelt. Wir hoffen, die Anlage zeitnah wieder in Betrieb nehmen zu können.

2. Wird die Anlage aktiv angeboten ?
Nein, die Anlage ist exclusiv für die Firma Stora Enso erstellt worden. Die Stadtwerke Lübeck GmbH ist der Eigentümer dieser Anlage, stellt diese zur Verfügung und betreut diese auch. Der Kunde zahlt einen Grundpreis für die Zurverfügungstellung der Landstromanlage und bezieht seinen Strom für die Anlage über einen Stromliefervertrag bei den Stadtwerken Lübeck.

3. Wie viele und welche Art von Schiffen nutzen oder könnten die Anlage nutzen ?
Dazu können wir keine Aussage treffen, aber vermutlich wird es sich um die von unserem Kunden beauftragten Schiffe handeln.

4. Zu welchen Konditionen wird der Landstrom angeboten?
Über die Vertragsinhalte wurde mit Stora Enso Verschwiegenheit vereinbart. Grundsätzlich muss der Grundpreis die für eine Landstromanlage zu tätigenden Investitionen (Bau und Betrieb) widerspiegeln; die Höhe des Strompreises hängt von jeweils individuellen Faktoren ab.

5. Wie ist das weitere Vorgehen geplant?
Derzeit liegen uns keine Anfragen zum Bau und Betrieb von Landstromanlagen vor.

6. Der Presseberichterstattung war zu entnehmen, dass die Bundesregierung die EEG-Umlage um 80 oder 90 % gesenkt habe. Ist hierzu schon etwas in Lübeck angekommen?
Eine Gesetzesänderung, die zu einer Reduzierung der EEG-Umlage in der genannten Größenordnung führen würde, ist uns nicht bekannt. Die EEG-Umlage dient der Finanzierung der Einspeiseförderung bestehender Erzeugungsanlagen aus dem Bereich der Erneuerbaren Energien. Da diese eine garantierte Einspeisevergütung über eine feste Laufzeit, i.d.R. 20 Jahre zzgl. Inbetriebnahmejahr erhalten, würden auch stärkere Absenkungen der Vergütung für Neuanlagen nicht zu kurzfristigen gravierenden Senkungen der EEG-Umlage für die Stromverbraucher führen. Der Gesetzgeber hat seit 2012 diverse Kürzungen der Einspeisevergütung für Neuanlagen vorgenommen, die dazu geführt haben, dass der Anstieg der EEG-Umlage gebremst wurde. Daneben gibt es diverse Befreiungstatbestände, die beispielsweise energieintensive Unternehmen oder Betreiber von Schienenbahnen über einen Befreiungsantrag beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) geltend machen können. Diese können für die berechtigten Unternehmen zu Entlastungen in der genannten Größenordnung führen.

7. Die ostdeutschen Seehäfen verhandeln aktuell mit außerdeutschen Seehäfen über ein gemeinsames Vorgehen. Ist die Hansestadt Lübeck dort eingebunden?

Die Stadtwerke Lübeck sind nicht involviert.

Mit freundlichen Grüßen

Stadtwerke Lübeck GmbH

Dr. Jens Meier
Geschäftsführer

Jürgen Schäffner
Geschäftsführer

► Nr. VO/2019/07998
öffentlich

Lübeck, 08.08.2019

Anfrage

Bearbeitung: Tim-Alexander Reclam (E-Mail: tim-alexander.reclam@luebeck.de Telefon: 122-1041)

Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Digitalstrategie

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
13.08.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anfrage:
Der Bürgermeister hat mit einer Präsentation vom 09.08.2018 die "Eckpunkte auf dem Weg zur Digitalen Strategie" vorgestellt, in der die Entwicklung einer Digitalstrategie für die Hansestadt angekündigt wurde.

Im Mai 2019 hat Lübeck sich erfolglos um Förderung als Smart City Modellregion beworben und dabei angegeben, einen Teil der Fördermittel zunächst für die zweijährige Entwicklung einer Digitalstrategie verwenden zu wollen. Die mit ihrer Bewerbung erfolgreichen Städte und Kommunen konnten alle bereits eine ausgearbeitete Strategie vorlegen und wollen die Fördermittel ausschließlich für deren Umsetzung verwenden.

Vor diesem Hintergrund möge der Bürgermeister bitte die folgenden Fragen beantworten:

1) Welchen Arbeitsstand hat die Digitalstrategie der Hansestadt Lübeck zur Zeit? Die Vorlage einer Präsentation wäre hilfreich.

2) Welche personellen Ressourcen wurden seit der Präsentation von "Eckpunkte auf dem Weg zur Digitalen Strategie" vor einem Jahr bis heute für die Erarbeitung einer Digitalstrategie eingesetzt? Bitte Anzahl der Mitarbeiter, jeweils beteiligte Monate und jeweiligen eingesetzten Anteil der Arbeitszeit angeben.

3) Welche personellen Ressourcen sind zukünftig für die Erarbeitung einer Digitalstrategie geplant? Bitte Anzahl der Mitarbeiter, jeweils beteiligten Zeitraum und jeweiligen Anteil der eingesetzten Arbeitszeit angeben.

4) Welche Form der Bürger*innenbeteiligung ist hierfür geplant?

5) Welches Budget ist für externe Dienstleister geplant? Welche Dienstleistungen sollen sie erbringen?

6) Welche Meilensteine sind wann geplant (z.B. Zwischenergebnisse, Präsentation der finalen Strategie, Vorlage in der Bürgerschaft, etc.)?

7) Der Bürgermeister hat im Hauptausschuss am 21.05.2019 die Präsentation einer Strategie der TraveKom für eine bessere Breitbandversorgung Lübecks für Juni 2019 angekündigt. Der CDO, Herr Iven, hat diese Strategie vor der Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen für August 2019 angekündigt. Wann wird die Breitbandstrategie der TraveKom präsentiert?

Begründung:

Anlagen :

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07998-01
öffentlich

Lübeck, 30.08.2019

Antwort

Verantwortliche Bereiche:
1.101 - Bürgermeisterkanzlei

Bearbeitung: Stefan Ivens (E-Mail: stefan.ivens@luebeck.de Telefon: 122-1515)

Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Digitalstrategie

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
16.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	

Anlass:
Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth

Verfahren:
Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

- [ ] Ja
- [X] Nein

Die Maßnahme ist:

- [ ] neu
- [X] freiwillig
- [ ] vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

- [X] Nein
- [ ] Ja (Anlage 1)

Antwort:

1) Welchen Arbeitsstand hat die Digitalstrategie der Hansestadt Lübeck zur Zeit?

Antwort: Zunächst erscheint es wichtig und sinnvoll, einige Aussagen aus der Anfrage klar- bzw. richtigzustellen.

> *„[…] einen Teil der Fördermittel zunächst für die zweijährige Entwicklung einer Digitalstrategie verwenden zu wollen.“*

Die Dauer von zwei Jahren für die Entwicklung der Digitalstrategie ist von der Hansestadt Lübeck nicht frei gewählt, sondern der Struktur der Förderbedingungen des BMI geschuldet.

Die Struktur sah in diesem Zusammenhang zwei Phasen vor:

- Phase A. Entwicklung kommunaler Ziele, Strategien und erster Investitionen (2 Jahre)
- Phase B. Umsetzung der Ziele, Strategien und Maßnahmen (5 Jahre)

Die Hansestadt Lübeck verfolgt keinesfalls die Absicht, sich zwei Jahre lang ausschließlich mit der Entwicklung einer Digitalen Strategie zu beschäftigen. Wie in Anlage 1 der Beschlussvorlage VO/2019/07484 ersichtlich ist, wird die Strategieentwicklung als partizipativer, agiler Prozess betrachtet. Dies impliziert, dass die Strategieentwicklung niemals ein abgeschlossenes Projekt ist, welches auf eine bestimmte Dauer ausgelegt ist, sondern kontinuierlich fortgeschrieben und stetig angepasst wird.

> *„Die mit ihrer Bewerbung erfolgreichen Städte und Kommunen konnten alle bereits eine ausgearbeitete Strategie vorlegen und wollen die Fördermittel ausschließlich für deren Umsetzung verwenden.“*

Der Austausch mit den CDOs und Digitalisierungsbeauftragten der erfolgreichen Städte und Kommunen hat ergeben, dass diese Aussage schlicht unzutreffend ist. Dies wird beispielsweise durch Pressemitteilungen der Stadt Kaiserslautern ersichtlich („Bundesmillionen für Kaiserslautern“, „Kaiserslautern plant integrierte Digitalstrategie bis Ende des Jahres [2019]“, etc.).

Weiterhin wird sogar im Gegenteil bereits in den Förderbedingungen darauf hingewiesen, dass die Digitale Transformation Ziele, Strategien und Strukturen braucht. Aus diesem Grund gab es explizit die Phase A, für die sich ausdrücklich nur Gebietskörperschaften bewerben durften, die noch keine Digitale Strategie erstellt hatten.

Aktuell entwickelt die Hansestadt Lübeck eine Diskussionsgrundlage für die Digitale Strategie, die auf dem Eckpunkte-Papier VO/2018/06271 von Bürgermeister Jan Lindenau basiert. Sie wird eine Vision, den Auftrag der Hansestadt Lübeck sowie konkrete Ziele für die Smart Region Lübeck enthalten. Die Vision zeigt in diesem Zusammenhang auf, wie Lübeck als intelligent vernetzte Stadt zukünftig aussehen könnte. Im Anschluss daran wird der Auftrag der Hansestadt Lübeck beschrieben. Er fixiert die Zuständigkeit bei der Realisierung der Vision. Basierend auf der Vision und dem Auftrag werden schließlich ganzheitliche, langfristige Ziele abgeleitet, die die Handlungsfelder für die nächsten Jahre bestimmen sollen. Da die Diskussionsgrundlage die zukünftige Richtung für die digitale Transformation der Hansestadt skizziert, werden die Akteur:innen an der Ausgestaltung beteiligt. Gemäß dem Eckpunktepapier des Bürgermeisters VO/2018/06271 soll der Entwurf der Diskussionsgrundlange im Januar 2020 den Gremien zur Beschlussfassung vorliegen.

2) Welche personellen Ressourcen wurden seit der Präsentation von "Eckpunkte auf dem Weg zur Digitalen Strategie" vor einem Jahr bis heute für die Erarbeitung einer Digitalstrategie eingesetzt? Bitte Anzahl der Mitarbeiter, jeweils beteiligte Monate und jeweiligen eingesetzten Anteil der Arbeitszeit angeben.

Antwort: Seit der Verabschiedung der Eckpunkte auf dem Weg zur Digitalen Strategie wurde die Stelle des Chief Digital Officer ausgeschrieben und durch Herrn Dr. Stefan Ivens zum 01.04.2019 besetzt. Am 03.04.2019 begannen unmittelbar die Vorbereitungen zur Bewerbung auf die Fördergelder des Bundesministeriums des Innern als Modellprojekt Smart City Region Lübeck, die am 17.05.2019 fristgerecht eingereicht wurde. Ziel war es, auch Mittel für neue personelle Ressourcen zu einzuwerben, um den städtischen Haushalt zu entlasten.

Am 10.07.2019 erreichte die Hansestadt Lübeck die Information, dass die Bewerbung der Smart City Region Lübeck in der ersten Bewerberrunde noch nicht zu den geförderten Projekten gehört. Insgesamt sollen in den nächsten Jahren noch drei Staffeln und damit rund 50 Modellprojekte mit insgesamt circa 750 Millionen Euro gefördert werden. Diese Chance wird die Smart City Region Lübeck ergreifen und sich auch in der nächsten Staffel wieder bewerben. Nichtsdestotrotz wird die Hansestadt den Weg zur Smart City auch ohne Fördergelder weiter gehen.

Bis Ende 2019 wird vor diesem Hintergrund wie geplant eine Diskussionsgrundlage erstellt,

die dann im Januar 2020 von der Lübecker Bürgerschaft verabschiedet werden soll. Die Diskussionsgrundlage wird konkrete Beteiligungsformate für Akteur:innen benennen sowie ein mögliches Budget für externe Dienstleister und eine Aussage zur benötigten Ressourcenausstattung formulieren.

Zusätzlich zur Strategieentwicklung wurden erste wichtige Schritte umgesetzt und auch einige Pilotprojekte bereits realisiert. Dazu gehörte die Gründung des EnergieCluster Digitales Lübeck (VO/2018/06940), der Gewinn des Bundeswettbewerbs Stadt.Land.Digital des Bundesministeriums für Wirtschaft und Verkehr, die Zukunftswerkstatt „Dein Lübeck digital“, der HanseHackathon (www.hansehack.de), die Umsetzung des Projektes Smart Kita zum Monitoring von Umweltdaten wie z.B. Temperatur und Luftqualität, die Einrichtung des Großlabors Lübeck zur kooperativen Forschung und Entwicklung in den Anwendungsfeldern des Funknetzes LoRaWAN, die Nutzung von Augmented Reality-Anwendungen im Museum für Natur und Umwelt, die Idee der Blechtrommel 4.0 im Günter Grass-Haus und viele weitere Projekte. Verwaltungsintern sind Projekte wie die digitale Zeiterfassung/Personalportal, E-Rechnung und Online Büromaterialbeschaffung umgesetzt worden.

3) Welche personellen Ressourcen sind zukünftig für die Erarbeitung einer Digitalstrategie geplant? Bitte Anzahl der Mitarbeiter, jeweils beteiligten Zeitraum und jeweiligen Anteil der eingesetzten Arbeitszeit angeben.

Siehe Antwort zur Frage 2).

4) Welche Form der Bürger*innenbeteiligung ist hierfür geplant?

Antwort: Aktuell entwickelt die Hansestadt Lübeck eine Diskussionsgrundlage für die Digitale Strategie, die auf dem Eckpunkte-Papier VO/2018/06271 von Bürgermeister Jan Lindenau basiert. Diese Diskussionsgrundlage skizziert die zukünftige Richtung für die digitale Transformation der Hansestadt. Aus ihr ergeben sich auch die zukünftigen konkreten Beteiligungsformate für Akteur:innen (z.B. Bürger:innen), die derzeit entwickelt werden.

5) Welches Budget ist für externe Dienstleister geplant? Welche Dienstleistungen sollen sie erbringen?

Antwort: Siehe Antwort zur Frage 2).

6) Welche Meilensteine sind wann geplant (z.B. Zwischenergebnisse, Präsentation der finalen Strategie, Vorlage in der Bürgerschaft, etc.)?

Antwort: Wie bereits in der von der Bürgerschaft verabschiedeten Vorlage (VO/2019/07484) beschrieben, ist der Strategieentwicklungsprozess ein partizipativer, agiler Prozess, der kontinuierlich fortgeschrieben und angepasst wird. Deshalb wird es keine finale Strategie im eigentlichen Sinne geben. Da die Hansestadt Lübeck bei der Entwicklung der Digitalen Strategie für Lübeck auf keine ausgewiesenen Erfahrungen oder Erkenntnisse aus der Vergangenheit aufbauen kann, wird zudem kein starrer Masterplan aufgestellt, sondern verbindlich die nächsten Schritte geplant:

1. Erstellung der Diskussionsgrundlage (Ende 2019)
2. Beschluss der Lübecker Bürgerschaft (Januar 2020)
3. Bürger:innenbeteiligung (ab dem 2. Quartal 2020)

Darüber hinaus werden Pilotprojekte wie die bereits angesprochenen „Smart Kita“ oder das „Großlabor Lübeck“ mit den beteiligten Partner:innen laufend fortentwickelt und die Erkenntnisse in die Strategieentwicklung und Bürger:innenbeteiligung miteingebracht.

7) Der Bürgermeister hat im Hauptausschuss am 21.05.2019 die Präsentation einer

Strategie der TraveKom für eine bessere Breitbandversorgung Lübecks für Juni 2019 angekündigt. Der CDO, Herr Ivens, hat diese Strategie vor der Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen für August 2019 angekündigt. Wann wird die Breitbandstrategie der TraveKom präsentiert?

Antwort: Die TraveKom wird sich vorrangig auf Projekte im Bereich Internet of Things (Internet der Dinge) konzentrieren. Der Breitbandausbau in Lübeck wird zukünftig von der Stadtwerke Lübeck GmbH übernommen. Dazu wird dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Lübeck GmbH im September 2019 die angekündigte Strategie vorgestellt.

Anlagen :

Bürgermeister Jan Lindenau

1 - Bürgermeister
1.201 – Haushalt und Steuerung
Zeichen: 20.21.2020.0.00 Ug/

Lübeck, den 24.09.2019
Auskunft: Manfred Uhlig
Tel.: 2010 Fax: 2090
e-mail: manfred.uhlig@luebeck.de

Vfg.

1. Vermerk

Offene Fragen aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 10.09.2019 zu TOP 3.1 Haushaltsplan 2020:

1. Sind für die Maßnahme „Neubau Feuerwehr Gerätehaus Kronsforde“, 126001 013, entgegen der Abbildung im Investitionsplan zu diesem Projekt (Planungs-)Mittel im Haushalt 2020 vorhanden?
   Antwort: Die Planungsmittel für die Erstellung der EW-Bau werden bereits 2019 benötigt und dort bereitgestellt werden. Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 27.08.2019 die KWL GmbH mit der Planung beauftragt – TOP N 14.8.
   Im Haushalt 2020 oder für spätere Jahre sind keine gesonderten Planungsmittel mehr vorgesehen. Die Auszahlungen für den Hochbau wurden zunächst auf der Grundlage eines vorliegenden Kostenrahmens nach DIN 276 mit 1 Mio. € in den Finanzplan 2021 eingestellt.

2. Wie ist die Fertigstellung der Maßnahme Neubau Feuerwache 3 (insb. Außenanlage) vorgesehen, ohne dass hierzu Mittel im Haushalt 2020 eingeplant sind?
   Antwort: Für die Fertigstellung der Feuerwache 3 sind Haushaltsmittel (400,0 T€) in den Jahren 2020 und 2021 eingestellt. Sie wird sich dann lediglich bis in das Jahr 2021 erstrecken. Details zur Begründung finden sich im interaktiven Haushalt zu den Investitionen der Feuerwehr.

3. Wie viele Stellen werden konkret für die Schulsozialarbeit geschaffen?
   Antwort: Im Stellenplan 2020 sind zusätzlich für die Schulsozialarbeit folgende Stellen enthalten: 3,3 Vollzeitäquivalente (VZÄ) – aufgeteilt in 6 Stellen á 0,5 VZÄ und 1 Stelle á 0,3 VZÄ.

4. Ist die Maßnahme „Radweg in der Straße An den Schießständen“ enthalten? Es wird darum gebeten mitzuteilen, an welcher Stelle im Haushaltsplan dieses Projekt geordnet ist.
   Antwort: Die Maßnahme „Neubau an den Schießständen“ ist im Produkt Kreisstraßen unter 542001.104.7852000 geordnet. Details zur Begründung finden sich im interaktiven Haushalt zu den Investitionen beim Bereich Stadtgrün und Verkehr/Kreisstraßen.

5. Es wird um Aufklärung gebeten, wo die Mittel für das vor Jahren beschlossene Parkhaus/Parkpalette in Travemünde verblieben sind (Volumen 1,2 Mio. €).
   Antwort: Es handelt sich um den Verkaufserlös aus dem Verkauf einer Teilfläche des Godewind-Parkplatzes / Am Fahrenberg. Der Kaufpreis in Höhe von 2 Mio. EUR ist in 2016 im Produkt 612003 Grundstücksan- und –verkäufe ertragswirksam vereinnahmt worden und in das entsprechende Jahresergebnis des Haushalts eingeflossen. Nach Leitungsverlegung, also Baureifmachung, sind 650.000 EUR übrig geblieben, die theoretisch als Deckung für eine mögliche Anschubfinanzierung der Parkpalette in 2016 im Rahmen einer überplanm. Bewilligung hätten genutzt werden können. Rückstellungen sind für investive Maßnahmen nach der GemHVO-Doppik nicht zulässig. Sofern die Parkpalette Travemünde tatsächlich jetzt umgesetzt werden soll, müssten hierfür neue investive Hh-Mittel für diese Investitions-Maßnahme beantragt werden.

6. Es wird um Mitteilung gebeten, ob Mittel für den Neubau einer Turnsporthalle in Kücknitz eingestellt worden sind.
   Antwort: Für erste Maßnahmen stehen in 2019 Planungsmittel iHv 100.000,00 Euro zur Verfügung. Sollten diese nicht ausreichen, werden durch Umschichtungen aus nicht verausgabten Mitteln anderer Projekte erforderliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Die Planung kann dadurch ohne zeitliche Verzögerungen durchgeführt werden.

7. Es wird um Mitteilung gebeten, welche Projekte der LHG beim Beteiligungscontrolling begleitet werden sollen.
   Antwort: Zwei Projekte werden begleitet: *Ausscheiden des Mitgesellschafters und Eintritt eines neuen Gesellschafters sowie Sanierung der LHG (Umsetzung und Abrechnung AN-Beiträge / Pachtverzicht HL)*

8. Es wird um Berichterstattung zu den nicht umzusetzenden Investitionsmaßnahmen aus 2019 gebeten.
   Antwort: Alle Investitionsmaßnahmen 2019, die noch Finanzmittel aufzuweisen haben, sind in der beigefügten Datei „Sachstand Investitionsmaßnahmen 2019“ aufgelistet. Soweit bislang möglich ist in der Spalte Sachstand eine entsprechende Information zum Verlauf hinterlegt. Soweit keine Einzelinformation angegeben wurden sind dennoch überwiegend Aufträge ausgelöst, die weitere Finanzmittel in 2019 binden werden.
9. Es wird um Berichterstattung über jene Maßnahmen gebeten, die aus fachlicher Sicht erforderlich aber nicht im Haushalt 2020 abgebildet wurden.
   Antwort: Mit gesonderten Anlagen „Gesamtinvestitionen 2020-2023 Prio 4-6“ und „Gesamtinvestitionen 2020-2023_ohne Ansatz 2020“ werden die Maßnahmen abgebildet, die mit Priorität 4 und aufwärts nicht in den Haushalt aufgenommen werden konnten, sowie die Maßnahmen, die dort mit 0 EUR gelistet sind, weil sie z.B. auf Folgejahre verschoben oder auch bereits abgewickelt sind.

gez.

Manfred Uhlig

Lfd. Nr.		Produkt	Maßnahme	Konto	Urbudget 2019	Planung 2019	Buchung	Verfügbar	Sachstand
27	111017999	Rechtsangelegenheiten - 999	Rechtsangelegenheiten	7832000	-1.000,00	-1.000,00	0	-1.000,00	Ersatzbeschaffung für abgängiges Mobiliar noch nicht umgesetzt
30	111018999	Ltg., Contr.,Dienste FB2 - 999	Leitung, Controlling, Dienste FB 2	7853000	-18.000,00	-18.000,00	0	-18.000,00	
31	111019999	Personalrat FB 2 - 999	Personalrat FB 2	7832000	-200	-200	0	-200,00	
36	111020999	Grundstücksmanagement - 999	Grundstücksmanagement	7852000	-500.000,00	-500.000,00	0	-500.000,00	Die Maßnahme wurde für 2020 neu angemeldet, da sie 2019 nicht kassenwirksam umgesetzt werden kann.
49	111027999	Personalrat FB 5 - 999	Personalrat FB 5	7832000	-900	-900	0	-900,00	
78	111029286	Gebäudemanagement - 286	A.-Schw.-Schule/TH/Ersatzm.	7851000	-700.000,00	-700.000,00	0	-700.000,00	
80	111029288	Gebäudemanagement - 288	Falkenstr.VHS Umbau für FBZ	7851000	0	-11.963,00	0	-11.963,00	Maßnahme abgeschlossen
85	111029294	Gebäudemanagement - 294	Katharineum/Brandsch-Sanierung	7851000	0	-223.397,00	0	-223.397,00	
97	111029337	Gebäudemanagement - 337	Rathaus Sanier. Renaiss.Treppe	7851000	-150.000,00	-150.000,00	0	-150.000,00	Fördermittelantrag läuft
100	111029340	Gebäudemanagement - 340	Julius-Leber-Schule, Sanierung	7852000	-100.000,00	-100.000,00	0	-100.000,00	
102	111029341	Gebäudemanagement - 341	Standesamt, Sanierung	7851000	-400.000,00	-400.000,00	0	-400.000,00	
105	111029350	Gebäudemanagement - 350	Paul-Gerhardt-Schule Grundinstandsetzung und Erv	7851000	-250.000,00	-250.000,00	0	-250.000,00	
106	111029351	Gebäudemanagement - 351	Pestalozzi-Schule, Fackenbg. Allee 71-73 Grundinsta	7851000	-100.000,00	-100.000,00	0	-100.000,00	
107	111029352	Gebäudemanagement - 352	Matthias-Leithoff-Schule, Haferkoppel 11 Grundinst	7851000	-200.000,00	-200.000,00	0	-200.000,00	
108	111029353	Gebäudemanagement - 353	Trave GGS Kirchplatz 7 - Grundinstandsetzung	7851000	-300.000,00	-300.000,00	0	-300.000,00	
109	111029354	Gebäudemanagement - 354	Bugenhagen-Schule, Moislinger Allee 32 Grundinsta	7851000	-150.000,00	-150.000,00	0	-150.000,00	
110	111029355	Gebäudemanagement - 355	Schule Marli - Grundinstandsetzung	7851000	-750.000,00	-750.000,00	0	-750.000,00	
111	111029356	Gebäudemanagement - 356	Domschule, Grundinstandsetzung	7851000	-100.000,00	-100.000,00	0	-100.000,00	
125	111030999	Passivbesteuerung - 999	Passivbesteuerung	7832000	-500	-500	0	-500,00	
127	111034999	Gesamtpersonalrat - 999	Gesamtpersonalrat	7832000	-300	-300	0	-300,00	
128	111035999	Personalrat FB 1 - 999	Personalrat FB 1	7832000	-300	-300	0	-300,00	
136	122004999	Gesund.Umwelt.Verbschutz - 999	Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz	7831000	-19.500,00	-19.500,00	0	-19.500,00	Verausgabung 2019 fest eingeplant, Vorbindungen sind bereits erfasst
140	122006999	Standesamt - 999	Standesamt	7831000	-14.000,00	-14.000,00	0	-14.000,00	
158	211001212	Grundschulen - 212	Kaland-Schule Erw. Ganztag	7851000	-650.000,00	-1.100.000,00	0	-1.100.000,00	
159	211001216	Grundschulen - 216	S.Stadtpark/Herricht. Ganztag	7851000	-75.000,00	-75.000,00	0	-75.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
160	211001217	Grundschulen - 217	Grönauer Baum/Ersatzb.Ganztag/Sanierung	7831000	-15.000,00	-15.000,00	0	-15.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
161	211001217	Grundschulen - 217	Grönauer Baum/Ersatzb.Ganztag/Sanierung	7832000	-50.000,00	-50.000,00	0	-50.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
166	211001221	Grundschulen - 221	Sch.a.Koggenweg/Ganztagsräume	7851000	-125.000,00	-125.000,00	0	-125.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
168	211001224	Grundschulen - 224	Schule Utkiek/Ganztagsräume	7851000	-75.000,00	-75.000,00	0	-75.000,00	
174	211001600	Grundschulen - 600	Austausch Landesnetzrechner	7831000	-44.800,00	-44.800,00	0	-44.800,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
175	211001600	Grundschulen - 600	Austausch Landesnetzrechner	7832000	-171.400,00	-171.400,00	0	-171.400,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
182	211001999	Grundschulen - 999	Grundschulen	7851000	-30.000,00	-30.000,00	0	-30.000,00	
185	217001030	Gymnasien - 030	C.J.Burckhardt-Gym./Amok	7851000	-65.000,00	-65.000,00	0	-65.000,00	
187	217001103	Gymnasien - 103	Ernestinen-Schule/Physikraum	7831000	0	-98.600,00	0	-98.600,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
188	217001103	Gymnasien - 103	Ernestinen-Schule/Physikraum	7832000	0	-90.000,00	0	-90.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt

199	217001119	Gymnasien - 119	Katharineum/Ern. NAWI Chemie	7831000	0	-7.667,00	0	-7.667,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
200	217001119	Gymnasien - 119	Katharineum/Ern. NAWI Chemie	7832000	0	-7.719,00	0	-7.719,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
202	217001120	Gymnasien - 120	OzD Erneuerung Chemieraum	7831000	0	-137.100,00	0	-137.100,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
203	217001120	Gymnasien - 120	OzD Erneuerung Chemieraum	7832000	0	-137.100,00	0	-137.100,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
205	217001121	Gymnasien - 121	OzD Erneuerung Physikraum	7831000	0	-90.000,00	0	-90.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
206	217001121	Gymnasien - 121	OzD Erneuerung Physikraum	7832000	0	-90.000,00	0	-90.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
210	217001123	Gymnasien - 123	OzD Dachausbau f. Unterricht	7851000	-150.000,00	-150.000,00	0	-150.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
219	217001600	Gymnasien - 600	Austausch Landesnetzrechner	7831000	-11.200,00	-11.200,00	0	-11.200,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
220	217001600	Gymnasien - 600	Austausch Landesnetzrechner	7832000	-57.200,00	-57.200,00	0	-57.200,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
227	217001999	Gymnasien - 999	Gymnasien	7851000	-30.000,00	-30.000,00	0	-30.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
235	218201058	Gemeinschaftsschulen - 058	Schule am Meer/Ern. Lehrküche	7831000	-60.000,00	-60.000,00	0	-60.000,00	
236	218201058	Gemeinschaftsschulen - 058	Schule am Meer/Ern. Lehrküche	7832000	-60.000,00	-60.000,00	0	-60.000,00	
237	218201058	Gemeinschaftsschulen - 058	Schule am Meer/Ern. Lehrküche	7851000	-60.000,00	-60.000,00	0	-60.000,00	
253	218201220	Gemeinschaftsschulen - 220	E-Geibel-Sch/Gruppenräume	7831000	0	-28.941,78	0	-28.941,78	
254	218201220	Gemeinschaftsschulen - 220	E-Geibel-Sch/Gruppenräume	7832000	0	-30.000,00	0	-30.000,00	
255	218201221	Gemeinschaftsschulen - 221	Tremser Teich/Erw. Ganztag	7851000	-75.000,00	-75.000,00	0	-75.000,00	
256	218201222	Gemeinschaftsschulen - 222	Gotthard-Kühl-Schule/Mensa	7831000	0	-71.100,00	0	-71.100,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
257	218201222	Gemeinschaftsschulen - 222	Gotthard-Kühl-Schule/Mensa	7832000	0	-30.100,00	0	-30.100,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
259	218201600	Gemeinschaftsschulen - 600	Austausch Landesnetzrechner	7831000	-32.000,00	-32.000,00	0	-32.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
260	218201600	Gemeinschaftsschulen - 600	Austausch Landesnetzrechner	7832000	-100.000,00	-100.000,00	0	-100.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
268	218201999	Gemeinschaftsschulen - 999	Gemeinschaftsschulen	7853000	0	-30.000,00	0	-30.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
270	221001053	Förderzentren - 053	Akustikdecken in Klassenräumen	7851000	0	-14.879,00	0	-14.879,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
284	221001600	Förderzentren - 600	Austausch Landesnetzrechner	7831000	-8.000,00	-8.000,00	0	-8.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
285	221001600	Förderzentren - 600	Austausch Landesnetzrechner	7832000	-35.800,00	-35.800,00	0	-35.800,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
290	221001999	Förderzentren - 999	Förderzentren	7831000	-40.000,00	-51.700,00	0	-51.700,00	
292	221001999	Förderzentren - 999	Förderzentren	7851000	-20.000,00	-20.000,00	0	-20.000,00	
294	233001030	Berufsschulen - 030	BSZ Kerschensteiner Str./Amok	7851000	-250.000,00	-250.000,00	0	-250.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
300	233001057	Berufsschulen - 057	Gew.f.Nahr./Ern. Bistro	7853000	0	-92.583,92	0	-92.583,92	
305	233001600	Berufsschulen - 600	Austausch Landesnetzrechner	7831000	-9.600,00	-9.600,00	0	-9.600,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
306	233001600	Berufsschulen - 600	Austausch Landesnetzrechner	7832000	-35.800,00	-35.800,00	0	-35.800,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt

313	233001999	Berufsschulen - 999	Berufsschulen	7851000	-30.000,00	-30.000,00	0	-30.000,00	
315	241001999	Schülerbeförderung - 999	Schülerbeförderung	7831000	-125.000,00	-125.000,00	0	-125.000,00	
316	242001999	Schneiderei BALI/JAW - 999	Schneiderei BALI/JAW	7831000	-1.000,00	-1.000,00	0	-1.000,00	
317	242001999	Schneiderei BALI/JAW - 999	Schneiderei BALI/JAW	7832000	-1.000,00	-1.000,00	0	-1.000,00	
327	272001999	Stadtbibliothek - 999	Stadtbibliothek	7831000	-90.000,00	-90.000,00	0	-90.000,00	60T € als Deckung für andere Maßnahmen gebunden, Rest wird für Bibliothekeinrichtungen (vor allem Regale) benötigt.
329	281001999	Kulturangebote - 999	Kulturangebote	7832000	-2.000,00	-2.000,00	0	-2.000,00	
330	281002999	Nordische Filmtage - 999	Nordische Filmtage	7832000	-2.000,00	-2.000,00	0	-2.000,00	wird dieses Jahr noch für die Beschaffung von IT-Ausstattung benötigt
340	361003999	Tagespflege - 999	Tagespflege	7832000	-2.000,00	-2.000,00	0	-2.000,00	
344	363002999	Jugendhilfe - 999	Jugendhilfe	7832000	-37.000,00	-37.000,00	0	-37.000,00	Zeitnahe Beschaffung von Mobiliar
345	363003999	Jugendberufsagentur Lübeck 999	Jugendberufsagentur Lübeck	7832000	-2.000,00	-2.000,00	0	-2.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
346	365001999	Planung + Bezusch. KiTa - 999	Planung und Bezuschussung Kindertagesbetreuung	7831000	-2.000,00	0	0	0,00	Mittel als Deckung für eine andere Maßnahme gebunden
351	365002021	Betr. in Kindertageseinr.- 021	Kita Dr.-Jul.-Leber/Dachsan.	7852000	0	-30.000,00	0	-30.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
353	365002024	Betr. in Kindertageseinr.- 024	Kita Glockengießerstraße/Umbau	7851000	0	-5.480,00	0	-5.480,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
354	365002025	Betr. in Kindertageseinr.- 025	Kita Dietrich-Buxtehude/Umbau	7851000	0	-323	0	-323,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
363	365002999	Betr. in Kindertageseinr.- 999	Betreuung in Kindertageseinrichtungen	7853000	-50.000,00	-50.000,00	0	-50.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
364	366001999	Gemeinwesenarbeit - 999	Gemeinwesenarbeit	7831000	0	-21.000,00	0	-21.000,00	Fettabscheider für NBB Hudekamp in Beschaffung (20T€)
366	414001999	Gesundheitsamt - 999	Gesundheitsamt	7831000	-5.500,00	-5.500,00	0	-5.500,00	
371	424001075	Sportstätten - 075	Falkenwiese/Entw.Sportzentrum	7851000	-58.000,00	-58.000,00	0	-58.000,00	
373	424001076	Sportstätten - 076	Burgfeldhalle/Hallenfußboden	7831000	0	-7.936,00	0	-7.936,00	
374	424001078	Sportstätten - 078	Hansehalle/Ertücht. Bundesliga	7831000	-100	-100	0	-100,00	
375	424001078	Sportstätten - 078	Hansehalle/Ertücht. Bundesliga	7832000	-100	-100	0	-100,00	
377	424001079	Sportstätten - 079	Sporthalle für Turnsport	7851000	-100.000,00	-100.000,00	0	-100.000,00	
378	424001082	Sportstätten - 082	Mühlbachtal/Ern. Tribüne	7851000	-35.000,00	-35.000,00	0	-35.000,00	
380	424001087	Sportstätten - 087	Breitensporthalle Geniner Ufer	7851000	-100.000,00	-100.000,00	0	-100.000,00	
381	424001088	Sportstätten - 088	Sportpl. Burgfeld/Ballfangzaun	7831000	-100.000,00	0	0	0,00	
382	424001088	Sportstätten - 088	Sportpl. Burgfeld/Ballfangzaun	7851000	0	-100.000,00	0	-100.000,00	
383	424001089	Sportstätten - 089	Sportplatz Neuhof/Sanierung	7851000	-1.900.000,00	-1.900.000,00	0	-1.900.000,00	
395	424004999	Passathafen - 999	Passathafen	7831000	-55.000,00	-55.000,00	0	-55.000,00	wird dieses Jahr noch umgesetzt
399	511003999	Stadtpl. u. -entwicklung - 999	Stadtplanung und -entwicklung	7831000	-100	-100	0	-100,00	
402	521002999	Bauaufsicht - 999	Bauaufsicht	7831000	-2.500,00	-2.500,00	0	-2.500,00	
407	541001156	Gemeindestraßen - 156	Erschließung Bebauungspläne	7852000	-10.000,00	-10.000,00	0	-10.000,00	
411	541001573	Gemeindestraßen - 573	Bushaltestellen	7852000	-72.000,00	-80.800,00	0	-80.800,00	Bushaltestellen werden 2019 vorrangig aus Bundesmitteln umgebaut. Mittel werden zur Deckung gebraucht.

420	541001698	Gemeindestraßen - 698	Hochschulstadtteil	7852000	0	-3.000,00	0	-3.000,00	Maßnahme abgeschlossen
421	541001700	Gemeindestraßen - 700	Digitale Stadtgrundkarte	7831000	-100	-100	0	-100,00	
435	541001740	Gemeindestraßen - 740	Gehwegbrücke Wiesengrund	7852000	0	-10.000,00	0	-10.000,00	
437	541001743	Gemeindestraßen - 743	Mengstraße	7852000	0	-340.000,00	0	-340.000,00	
440	541001747	Gemeindestraßen - 747	Umbau ZOB Hotelneubau	7852000	-50.000,00	-50.000,00	0	-50.000,00	Mittel werden zur Deckung benötigt.
445	541001754	Gemeindestraßen - 754	Moorgarten-Straßensanierung	7852000	-390.000,00	-419.000,00	0	-419.000,00	
452	541001999	Gemeindestraßen - 999	Gemeindestraßen	7821000	-100	-100	0	-100,00	
462	542001119	Kreisstraßen - 119	K22/Ausbau Radweg Roeckstraße	7852000	-400.000,00	-407.400,00	0	-407.400,00	keine umfassende Sanierung
463	542001137	Kreisstraßen - 137	K32 Mecklenburger Str.(MP)	7852000	0	-75.181,00	0	-75.181,00	Aufträge werden ausgelöst
471	542001551	Kreisstraßen - 551	Sanierung von Fahrbahndecken	7852000	-290.000,00	-290.000,00	0	-290.000,00	
475	542001678	Kreisstraßen - 678	Wisbystraße	7852000	0	-37.660,00	0	-37.660,00	Maßnahme abgeschlossen
481	543001551	Landesstraßen - 551	Sanierung von Fahrbahndecken	7852000	-100	-100	0	-100,00	
482	543001573	Landesstraßen - 573	Bushaltestellen	7852000	-100	-100	0	-100,00	
483	543001625	Landesstraßen - 625	Um- und Ausbau von Radwegen	7852000	-100	0	0	0,00	
484	543001995	Landesstraßen - 995	Schlussverwendungsnachweise	7852000	-100	-100	0	-100,00	
488	544001051	Bundesstraßen - 051	B 75/St.-Jürgen-Ring	7852000	-350.000,00	-350.000,00	0	-350.000,00	
492	544001500	Bundesstraßen - 500	Um- und Ausbau von Straßen	7852000	-50.000,00	-50.000,00	0	-50.000,00	bisher kein Bedarf in 2019, Mittel zur Deckung benötigt.
493	544001501	Bundesstraßen - 501	Neuanlagen Sicherung Verkehr	7853000	-100	0	0	0,00	
494	544001551	Bundesstraßen - 551	Sanierung von Fahrbahndecken	7852000	-100	-100	0	-100,00	
495	544001573	Bundesstraßen - 573	Bushaltestellen	7852000	-100	-100	0	-100,00	
496	544001625	Bundesstraßen - 625	Um- und Ausbau von Radwegen	7852000	-100	-25.100,00	0	-25.100,00	
497	544001734	Bundesstraßen - 734	Wakenitzbrücke/Lärmschutzwand	7852000	0	-10.000,00	0	-10.000,00	zeitliche Verschiebung wahrscheinlich
498	544001995	Bundesstraßen - 995	Schlussverwendungsnachweise	7852000	-100	-100	0	-100,00	
501	547001100	Aufgabenträgerschaft ÖPNV -100	Stellplatzablösung	7852000	-10.400,00	-10.400,00	0	-10.400,00	
504	551001536	Grün- und Landschaftsbau - 536	Sportplatz Wattstraße	7852000	0	-23.510,00	0	-23.510,00	Maßnahme abgeschlossen
509	552001005	Wasser und Hafen - 005	Fischereihafen Schlutupkai/Erneuerung Deckwerk	7852000	0	-68.990,00	0	-68.990,00	zeitliche Verzögerung in vorlaufenden Arbeiten
512	552001053	Wasser und Hafen - 053	Ersatz Transportponton/Trave	7853000	0	-134.884,00	0	-134.884,00	
519	552001070	Wasser und Hafen - 070	Spülfeld am Stau/Erweiterung	7852000	0	-109.864,00	0	-109.864,00	
521	552001075	Wasser und Hafen - 075	Ersatz Schute T 11	7831000	-10.000,00	-10.000,00	0	-10.000,00	
522	552001076	Wasser und Hafen - 076	Ersatz Volvo-Bagger	7831000	0	-247.900,00	0	-247.900,00	
528	552001086	Wasser und Hafen - 086	Priwall-WF/TB 1 Wasserbau	7851000	0	-8.494,00	0	-8.494,00	
529	552001087	Wasser und Hafen - 087	Erneuerung Antrieb Bark.Büffel	7831000	-20.000,00	-23.100,00	0	-23.100,00	
531	552001089	Wasser und Hafen - 089	Ern. Uferbohlwerk Stadtgraben	7852000	-20.000,00	-20.000,00	0	-20.000,00	
538	552001319	Wasser und Hafen - 319	Konstink. Ern. Kaimauer K4/K5	7821000	-100.000,00	-100.000,00	0	-100.000,00	Gesamtkonzept Konstinkai verzögert sich
539	552001319	Wasser und Hafen - 319	Konstink. Ern. Kaimauer K4/K5	7852000	-180.000,00	-180.000,00	0	-180.000,00	
550	552001544	Wasser und Hafen - 544	Skandinavienkai/Umbau Anleger 8	7852000	0	-592.184,00	0	-592.184,00	
554	552001551	Wasser und Hafen - 551	Skandinavienkai/Borndiek Gate	7852000	-100.000,00	-100.000,00	0	-100.000,00	Mittel zur Erreichung Kreditreduzierung 2019 eingesetzt
560	552001805	Wasser und Hafen - 805	Bhf. Skandikai/Weichenheizungen	7852000	0	-12.000,00	0	-12.000,00	
564	552001820	Wasser und Hafen - 820	Hafenbahn/BÜ Mecklenb. Straße	7853000	0	-580.000,00	0	-580.000,00	Maßnahme verzögert sich, Umsetzung in 2020
566	552001825	Wasser und Hafen - 825	Bf Lü.Schlu./Erneu. Gleis 24	7852000	0	-3.943,36	0	-3.943,36	Maßnahme abgeschlossen
569	552001832	Wasser und Hafen - 832	Konstinbhf/Ern. Gleis 5	7852000	-30.000,00	-30.000,00	0	-30.000,00	Mittel zur Erreichung Kreditreduzierung 2019 eingesetzt

570	552001833	Wasser und Hafen - 833	BHF Lsk, Ern. W50, W51, W52	7852000	-50.000,00	-50.000,00	0	-50.000,00	
574	553001008	Friedh.- und Best.wesen - 008	Fahrbahnausbau/Fußwegbefest.	7852000	-50.000,00	-50.000,00	0	-50.000,00	
587	555001999	Land- und Forstwirtschaft -999	Land- und Forstwirtschaft	7852000	-26.500,00	-26.500,00	0	-26.500,00	der Bereich Stadtwald plant die Mittel für die Grundinstandsetzung von Forstwirtschaftswegen gem. Ziff. 7 der Investitionsrichtlinie. Der genaue Bedarf kann erst nach erfolgter Holzernte/ Holzabfuhr erfolgen, da dann die Beschädigung der Wege
588	561001999	Umweltschutzmaßnahmen - 999	Umweltschutzmaßnahmen	7831000	-100	-100	0	-100,00	Verausgabung 2019 fest eingeplant, Vorbindungen sind bereits erfasst
591	573002999	Wochen- und Jahrmärkte - 999	Wochen- und Jahrmärkte	7851000	-25.000,00	-25.000,00	0	-25.000,00	Nach derzeitigem Stand sollen die Maßnahmen für den Markt Brink (Gebäudesanierung und Flächen-sanierung)noch in 2019 von der KWL umgesetzt und somit kassenwirksam werden.
592	573002999	Wochen- und Jahrmärkte - 999	Wochen- und Jahrmärkte	7852000	-225.000,00	-225.000,00	0	-225.000,00	Nach derzeitigem Stand sollen die Maßnahmen für den Markt Brink (Gebäudesanierung und Flächen-sanierung)noch in 2019 von der KWL umgesetzt und somit kassenwirksam werden.
596	612003000	Grndstksan- und -verkäufe -000	Grundstücksan- und -verkäufe	7852000	-500.000,00	-500.000,00	0	-500.000,00	Mittel geplant für Maßnahme "Bodenausstausch VFP". Mittel werden nicht benötigt, da die Vermarktung der Fläche aufgrund diverser ungeklärter Fragen auf Eis liegt.

Finanzplan-Investitionstätigkeiten/
Auszahlungen - Maßnahmen ohne Ansatz in 2020

Lfd. Nr.	FB	Bereich	Prod.	AO-Obj.-Nr.	Konto	Bezeichnung	2019 T€	2020 T€	2021 T€	2022 T€	2023 T€	später T€	Gesamt T€	2020 Einzahlungen T€	2020 Kreditbedarf T€	Priorität
42	2	280	573002	999	7851000	Allgemeine Investitionstätigkeit	25,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	50,0		0,0	1
43	2	280	573002	999	7852000	Allgemeine Investitionstätigkeit	225,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	275,0		0,0	1
60	3	370	126001	013	7851000	Neubau Gerätehaus Kronsforde		0,0	0,0	1.000,0	0,0	0,0	1.000,0		0,0	2
98	4	401	211001	221	7831000	Sch.a.Koggenweg/Ganztagsräume	0,0	0,0	0,0	60,0	0,0	0,0	60,0		0,0	3
99	4	401	211001	221	7832000	Sch.a.Koggenweg/Ganztagsräume	0,0	0,0	0,0	30,0	0,0	0,0	30,0		0,0	3
101	4	401	211001	222	7851000	Schulneubau Geniner Ufer		0,0	0,0	50,0	0,0	0,0	50,0		0,0	2
116	4	401	216101	199	7851000	Schule a.d. Wakenitz		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	350,0		0,0	3
119	4	401	217001	103	7832000	Ernestinen-Schule / Physikraum	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	90,0		0,0	3
121	4	401	217001	120	7831000	OzD Ern. Chemieraum		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0			0,0	3
122	4	401	217001	120	7832000	OzD Ern. Chemieraum		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0			0,0	3
124	4	401	217001	121	7831000	OzD Ern. Physikraum		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	90,0		0,0	3
125	4	401	217001	121	7832000	OzD Ern. Physikraum		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	90,0		0,0	3
126	4	401	217001	121	7851000	OzD Ern. Physikraum		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	297,5		0,0	3
130	4	401	217001	125	7831000	Johanneum Sanierung NAWI 1	0,0	0,0	50,0	0,0	0,0	0,0	50,0		0,0	2
131	4	401	217001	125	7832000	Johanneum Sanierung NAWI 1	0,0	0,0	50,0	0,0	0,0	0,0	50,0		0,0	2
133	4	401	217001	126	7831000	Johanneum Sanierung NAWI 2	0,0	0,0	50,0	0,0	0,0	0,0	50,0		0,0	2
134	4	401	217001	126	7832000	Johanneum Sanierung NAWI 2	0,0	0,0	50,0	0,0	0,0	0,0	50,0		0,0	2
151	4	401	218201	059	7831000	Schule Am Meer/Physikraum	0,0	0,0	95,0	0,0	0,0	0,0	95,0		0,0	2
152	4	401	218201	059	7832000	Schule Am Meer/Physikraum	0,0	0,0	95,0	0,0	0,0	0,0	95,0		0,0	2
153	4	401	218201	059	7851000	Schule Am Meer/Physikraum	0,0	0,0	95,0	0,0	0,0	0,0	95,0		0,0	2
160	4	401	218201	210	7831000	Heinrich-Mann-S/Ern. Lehrküche		0,0	60,0	0,0	0,0	0,0			0,0	2
161	4	401	218201	210	7832000	Heinrich-Mann-S/Ern. Lehrküche		0,0	60,0	0,0	0,0	0,0			0,0	2
162	4	401	218201	210	7851000	Heinrich-Mann-S/Ern. Lehrküche		0,0	60,0	0,0	0,0	0,0			0,0	2
167	4	401	218201	222	7831000	Gotthard-Kühl-Schule/Mensa		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	71,1		0,0	3
168	4	401	218201	222	7832000	Gotthard-Kühl-Schule/Mensa		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	30,1		0,0	3
169	4	401	218201	222	7851000	Gotthard-Kühl-Schule/Mensa		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	187,3		0,0	3
180	4	401	221001	056	7831000	Math.-Leithoff-Sch./Nawi Raum	0,0	0,0	30,0	65,0	0,0	0,0	95,0		0,0	2
181	4	401	221001	056	7832000	Math.-Leithoff-Sch./Nawi Raum	0,0	0,0	30,0	65,0	0,0	0,0	95,0		0,0	2
182	4	401	221001	056	7851000	Math.-Leithoff-Sch./Nawi Raum	0,0	0,0	30,0	65,0	0,0	0,0	95,0		0,0	2
186	4	401	221001	063	7831000	Astrid-Lindgren-Schule/Ern. Lehrerzimmer		0,0	8,4	0,0	0,0	0,0	8,4		0,0	2
187	4	401	221001	063	7832000	Astrid-Lindgren-Schule/Ern. Lehrerzimmer		0,0	23,4	0,0	0,0	0,0	23,4		0,0	2
188	4	401	221001	063	7851000	Astrid-Lindgren-Schule/Ern. Lehrerzimmer		0,0	37,5	0,0	0,0	0,0	37,5		0,0	2
223	4	401	424001	075	7818000	Falkenwiese/Entw.Sportzentrum	40,0	0,0	500,0	200,0	0,0	0,0	740,0		0,0	3
225	4	401	424001	075	7852000	Falkenwiese/Entw.Sportzentrum		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	441,4		0,0	3
226	4	401	424001	078	7831000	Hansehalle/Ertüchtigung Bundesliga		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0			0,0	3
227	4	401	424001	078	7832000	Hansehalle/Ertüchtigung Bundesliga		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0			0,0	3
231	4	401	424001	087	7851000	Breitensporthalle	100,0	0,0	0,0	4.500,0	0,0	0,0	100,0		0,0	2
234	4	401	424003	097	7853000	Erneuerung Steg C	0,0	0,0	390,0	0,0	0,0	0,0	390,0		0,0	1
235	4	401	424003	098	7853000	Erneuerung Steg D	0,0	0,0	0,0	390,0	0,0	0,0	390,0		0,0	1
236	4	401	424003	099	7853000	Erneuerung Steg E	0,0	0,0	0,0	0,0	390,0	0,0			0,0	1
255	4	511	365002	030	7851000	Neubau Kita Am Volksfestplatz	0,0	0,0	150,0	0,0	0,0	0,0	150,0		0,0	3
299	5	651	111029	310	7853000	MUK/Sanierungsmaßnahme		0,0	100,0	0,0	0,0	0,0			0,0	3
307	5	651	111029	340	7853000	Julius-Leber-Schule, Sanierung		0,0	0,0	380,0	0,0	0,0	380,0		0,0	1
333	5	660	541001	614	7816000	Kanalbrücke Oberbüssau	1.075,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4.100,0	0,0	0,0	2
344	5	660	541001	728	7852000	Gründungsviertel	0,0	0,0	50,0	2.200,0	2.200,0	0,0	4.450,0		0,0	2
351	5	660	541001	747	7852000	Umbau ZOB Hotelneubau	50,0	0,0	0,0	100,0	1.200,0	0,0	1.350,0		0,0	3
353	5	660	541001	761	7852000	Ersatzneubau Wielandbrücke	0,0	0,0	100,0	200,0	2.500,0	0,0	2.800,0		0,0	1
369	5	660	542001	145	7852000	Ersatzneubau Sandbergbrücke	0,0	0,0	150,0	500,0	9.000,0	9.000,0	18.750,0		0,0	1

Finanzplan-Investitionstätigkeiten/
Auszahlungen - Maßnahmen ohne Ansatz in 2020

Lfd. Nr.	FB	Bereich	Prod.	AO-Obj.-Nr.	Konto	Bezeichnung	2019 T€	2020 T€	2021 T€	2022 T€	2023 T€	später T€	Gesamt T€	2020 Einzahlungen T€	2020 Kreditbedarf T€	Priorität
375	5	660	542001	999	7831000	Allgemeine Investitionstätigkeit		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		5,2	-5,2	
399	5	660	553001	032	7851000	Sanierung Vorwerker Friedhof	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	283,0		0,0	3
405	5	691	552001	007	7852000	Schlutupk. I Ern. Kaimauer Süd	0,0	0,0	100,0	500,0	0,0	0,0	600,0		0,0	1
406	5	691	552001	008	7852000	Fischereihafen Schlutup/Stege	0,0	0,0	0,0	200,0	0,0	0,0	200,0		0,0	2
410	5	691	552001	068	7852000	Uferwand Priwallfähre Nordseite	0,0	0,0	150,0	500,0	0,0	0,0	2.500,0		0,0	3
418	5	691	552001	089	7852000	Ern. Uferbohlwerk Stadtgraben	20,0	0,0	180,0	0,0	0,0	0,0	200,0		0,0	1
419	5	691	552001	091	7831000	Ersatz Mobilbagger TW 190	0,0	0,0	180,0	0,0	0,0	0,0			0,0	0
420	5	691	552001	094	7852000	LP Baggers. Oberflächenentwä.	0,0	0,0	70,0	0,0	0,0	0,0	70,0		0,0	2
425	5	691	552001	509	7852000	Dalbensteg Anleger 5a	0,0	0,0	0,0	500,0	2.000,0	0,0	2.500,0	0,0	0,0	2
426	5	691	552001	510	7852000	Dalbensteg Anleger 7	0,0	0,0	0,0	500,0	2.000,0	0,0	2.500,0	0,0	0,0	2
429	5	691	552001	537	7852000	Skandikai/Bahnhof Gewerbegebiet Nord	0,0	0,0	500,0	1.500,0	4.000,0	2.500,0	8.500,0	0,0	0,0	2
431	5	691	552001	542	7852000	Skandikai/Bhf Gewerbe Nord/DB	0,0	0,0	300,0	500,0	2.000,0	500,0	3.300,0	0,0	0,0	2
433	5	691	552001	544	7852000	Skandikai/Umbau Anleger 8	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0	5.500,0	6.000,0	0,0	0,0	2
434	5	691	552001	545	7852000	Skandikai/Verlänger. Anl. 3/4		0,0	0,0	800,0	4.350,0	600,0	5.750,0	0,0	0,0	2
435	5	691	552001	548	7852000	Skandinavienkai/Bahnhaltepunkt	0,0	0,0	50,0	550,0	0,0	0,0	600,0		0,0	2
436	5	691	552001	551	7852000	Skandinavienkai/Borndiek Gate	100,0	0,0	0,0	200,0	1.400,0	0,0	1.600,0	0,0	0,0	2
444	5	691	552001	832	7852000	Konstinbhf/Ern. Gleis 5	30,0	0,0	30,0	500,0	0,0	0,0	530,0	0,0	0,0	1
445	5	691	552001	833	7852000	BHF Lsk, Ern. W50, W51, W52	50,0	0,0	0,0	400,0	0,0	0,0	450,0	0,0	0,0	1
449	9	201	612001	000	7868300	Allgemeine Investitionstätigkeit		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		51,1	-51,1	0
	Summe						**1.715,5**	**0,0**	**3.824,3**	**16.455,0**	**31.540,0**	**18.100,0**	**73.134,7**	**56,3**	**-56,3**	

Hinweis: Die hier angegebene lfd. Nummer entspricht der im Haushaltsplan vergebenen Nummer

Finanzplan-Investitionstätigkeiten/
Auszahlungen - Unberücksichtigte Maßnahmen ab Priorität 4

Lfd. Nr.	FB	Bereich	Prod.	AO-Obj.-Nr.	Konto	Bezeichnung	2019 T€	2020 T€	2021 T€	2022 T€	2023 T€	später T€	Gesamt T€	2020 Einzahlungen T€	2020 Kreditbedarf T€	Priorität
1	2	020	418001	999	7815000	Allgemeine Investitionstätigkeit	1,0	0,9	1,0	1,0	1,0			1,0	-0,2	5
2	3	030	538001	001	7815000	Öffentliche Toiletten		34,0	0,0	0,0	0,0				34,0	OHNE
3	4	401	211001	211	7851000	Dom-Schule/Licht- u.Flurprojekt	0,0	0,0			200,0		200		0,0	OHNE
4	4	401	211001	227	7831000	Schule Grönauer Baum/Umgestaltung Schulhof		0,0			10,0		10		0,0	OHNE
5	4	401	211001	227	7832000	Schule Grönauer Baum/Umgestaltung Schulhof		0,0			10,0		10		0,0	OHNE
6	4	401	211001	227	7853000	Schule Grönauer Baum/Umgestaltung Schulhof		0,0			280,0		280		0,0	OHNE
7	4	401	211001	228	7831000	Pestalozzi-S./Umgestaltung Schulhof		0,0			150,0		150,0		0,0	OHNE
8	4	401	211001	228	7832000	Pestalozzi-S./Umgestaltung Schulhof		0,0			10,0		10,0		0,0	OHNE
9	4	401	211001	228	7853000	Pestalozzi-S./Umgestaltung Schulhof		0,0			270,0		270,0		0,0	OHNE
10	4	401	211001	229	7831000	Schule Schönböcken/Umgestaltung Schulhof		0,0			80,0		80		0,0	OHNE
11	4	401	211001	229	7832000	Schule Schönböcken/Umgestaltung Schulhof		0,0			10,0		10		0,0	OHNE
12	4	401	211001	229	7853000	Schule Schönböcken/Umgestaltung Schulhof		0,0			90,0		90		0,0	OHNE
13	4	401	211001	230	7831000	Stadtsch.Travemünde/Umgestaltung Schulhof		0,0			115,0		115,0		0,0	OHNE
14	4	401	211001	230	7832000	Stadtsch.Travemünde/Umgestaltung Schulhof		0,0			10,0		10,0		0,0	OHNE
15	4	401	211001	230	7853000	Stadtsch.Travemünde/Umgestaltung Schulhof		0,0			623,0		623,0		0,0	OHNE
16	4	401	211001	231	7831000	Kalandschule / Neugestalt. Interim Schulhof		0,0			10,0		10,0		0,0	OHNE
17	4	401	211001	231	7832000	Kalandschule / Neugestalt. Interim Schulhof		0,0			10,0		10,0		0,0	OHNE
18	4	401	211001	231	7853000	Kalandschule / Neugestalt. Interim Schulhof		0,0			350,0		350,0		0,0	OHNE
19	4	401	217001	127	7831000	OzD/Umgestaltung Schulhof		0,0			10,0		10,0		0,0	OHNE
20	4	401	217001	127	7832000	OzD/Umgestaltung Schulhof		0,0			10,0		10,0		0,0	OHNE
21	4	401	217001	127	7853000	OzD/Umgestaltung Schulhof		0,0			280,0		280,0		0,0	OHNE
22	4	401	218201	061	7851000	Albert-Schw.-Sch./Erweiterung	0,0	0,0	100,0				100,0		0,0	OHNE
23	4	401	218201	207	7831000	Schule a.d. Wakenitz/Umgestaltung Schulhof		0,0			50,0		50		0,0	OHNE
24	4	401	218201	207	7832000	Schule a.d. Wakenitz/Umgestaltung Schulhof		0,0			50,0		50		0,0	OHNE
25	4	401	218201	207	7853000	Schule a.d. Wakenitz/Umgestaltung Schulhof		0,0			340,0		340		0,0	OHNE
26	4	401	218201	223	7831000	Baltic-Schule/Umgestaltung Schulhof		0,0			630,0		630		0,0	OHNE
27	4	401	218201	223	7832000	Baltic-Schule/Umgestaltung Schulhof		0,0			20,0		20		0,0	OHNE
28	4	401	218201	223	7853000	Baltic-Schule/Umgestaltung Schulhof		0,0			592,2		592,2		0,0	OHNE
29	4	401	424001	054	7831000	Sportpl.Schönböcken/Kunstrasen		323,0							323,0	4
30	4	401	424001	079	7831000	Sporthalle für den Turnsport	0,0	170,0					200,0		170,0	5
31	4	401	424001	079	7832000	Sporthalle für den Turnsport	0,0	59,5					70,0		59,5	5
32	4	401	424001	079	7851000	Sporthalle für den Turnsport	100,0	3.400,0					4.100,0		3.400,0	5
33	4	401	424001	089	7851000	Sportplatz Neuhof Sanierung		1.020,0					1.200,0	250,0	770,0	5
34	4	401	424001	090	7851000	Neubau Sporthalle Falkenwiese		85,0	4.000,0				4100		85,0	5
35	4	491	523001	999	7818000	Allgemeine Investitionstätigkeit	50,0	42,5	50,0	50,0	50,0	50,0			42,5	OHNE
36	4	511	365002	033	7851000	Neubau Kita Niendorf		127,5					150,0		127,5	4
37	4	511	365002	034	7851000	Aufstockung Kita Kerckringstr.		127,5					150,0		127,5	5
38	5	610	547001	003	7815000	Dyn. Fahrgastinformationsanl.	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1		0,1	0,0	5
39	5	610	547001	009	7815000	Datenkommunikation Busse		0,1	0,1					0,1	0,0	4
40	5	610	547001	100	7852000	Stellplatzablösung	10,4	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1		0,1	0,0	6
41	5	610	547001	999	7815000	Allgemeine Investitionstätigkeit	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1		0,1	0,0	OHNE
42	5	651	111029	338	7851000	Kita A.-Bebel-S/Plan.Ers.neub.	0,0	63,8	525,0	1.500,0	600,0		2.700,0		63,8	OHNE
43	5	651	111029	359	7851000	Feuerwache 2 / Geniner Ufer, Neubau		106,3	300,0	3.000,0	6.500,0	6.075,0	16.000,0		106,3	OHNE
44	5	651	111029	361	7851000	Ersatzbau Verwaltungsgebäude Mühlendamm		63,8							63,8	OHNE
45	5	660	541001	711	7852000	Burgtorbrücke	0,0	85,0	250,0	500,0	5.500,0	5.500,0	11.850,0		85,0	4
46	5	660	541001	720	7852000	Beteiligung an Maßnahmen Dritter	150,0	255,0	150,0	150,0	150,0	150,0			255,0	4
47	5	660	541001	732	7852000	Holstenstraße	0,0	59,5	30,0	1.400,0			1.500,0		59,5	5

Finanzplan-Investitionstätigkeiten/
Auszahlungen - Unberücksichtigte Maßnahmen ab Priorität 4

Lfd. Nr.	FB	Bereich	Prod.	AO-Obj.-Nr.	Konto	Bezeichnung	2019 T€	2020 T€	2021 T€	2022 T€	2023 T€	später T€	Gesamt T€	2020 Einzahlungen T€	2020 Kreditbedarf T€	Priorität
48	5	660	541001	741	7852000	Gehwegbrücke Niendorf	0,0	72,3	0,0	0,0	0,0	0,0	130,0		72,3	4
49	5	660	541001	742	7852000	Gehwegbrücke Morier Hof	0,0	21,3	85,0	0,0	0,0	0,0	110,0		21,3	4
50	5	660	541001	760	7852000	Gehwegbrücke Dornbreite	0,0	0,0	25,0	85,0	0,0	0,0	110,0		0,0	4
51	5	660	541001	762	7852000	Ersatzneubau Dankwartsbrücke	0,0	0,0	100,0	200,0	2.500,0		2.800,0		0,0	OHNE
52	5	660	544001	995	7852000	Schlussverwendungsnachweise	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1			0,1	6
53	5	691	552001	080	7853000	Ersatz Transportponton	0,0	0,0	100,0	0,0	0,0	0,0			0,0	OHNE
54	5	691	552001	105	7853000	Nordlandkai, LED-Beleuchtung	0,0	0,0	0,0	80,0	420,0	200,0	700,0		0,0	4
55	5	691	552001	318	7821000	Konstinkai/Teilfläche	0,0	0,0	1.100,0	0,0	0,0	0,0	1.123,0		0,0	4
56	5	691	552001	609	7853000	Seelandkai, LED-Beleuchtung		0,0	0,0	50,0	325,0		375,0		0,0	4
57	5	691	552001	709	7852000	Schlutupkai / 3. BA	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1.600,0	1.600,0	0,0	0,0	OHNE
58	5	691	552001	712	7853000	Schlutupkai, LED-Beleuchtung	0,0	0,0	0,0	50,0	375,0	0,0	425,0		0,0	4
59	5	691	552001	805	7852000	Bhf. Skandikai/Weichenheizungen	0,0	229,5	50,0	400,0	0,0	0,0	750,0		229,5	4
60	5	691	552001	835	7852000	Konstbhf Ern. W180, W194, W195	0,0	0,0	50,0	0,0	400,0	0,0	450,0	0,0	0,0	OHNE
61	5	691	552001	836	7852000	BÜ Am Rittbrook	0,0	12,8	105,0	0,0	0,0	0,0	120,0	0,0	12,8	5
62	5	691	552001	837	7852000	Infrastruktur im Rahmen NAH-SH	0,0	127,5	1.500,0	0,0	0,0	0,0	1.650,0		127,5	5
	Summe						**311,7**	**6.486,8**	**8.521,5**	**7.466,4**	**21.031,6**	**13.575,4**	**56.673,2**	**251,4**	**6.235,4**	

► Nr. VO/2019/08192
öffentlich

Lübeck, 17.09.2019

Anfrage

Bearbeitung: Susanne Schaefer (E-Mail: schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de Telefon: 122-1061)

CDU - Anfrage von BM Ulrich Krause: Einrichtung und Eröffnung der Travemünder Außenstelle eines Stadtteilbüros

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Anhörung

Anfrage:
Ich bitte den Bürgermeister um Mitteilung des Sachstandes bezüglich der Einrichtung und Eröffnung der Travemünder Außenstelle eines Stadtteilbüros und um Angabe eines voraussichtlichen Eröffnungstermines.

Anfang des laufenden Jahres war im Hauptausschuss sehr konkret über die baulichen und organisatorischen Planungen betreffend die Eröffnung dieser Travemünder Außenstelle im nicht Schule zugeordneten Bereich des Gebäudes der Stadtschule gesprochen worden, dies vor allem vor dem Hintergrund geäußerter Sorgen aus der Elternschaft der Schule. In der weiteren zeitlichen Folge war zu erfahren, dass es Abstimmungsbedarf gegeben habe wegen einer Intervention des Schulrates und dass der Bürgermeister die Angelegenheit in seine Zuständigkeit genommen habe.

Ich bitte nunmehr um Auskunft, ob sich an den räumlichen und/oder organisatorischen Planungen seither etwas geändert hat und wann konkret mit einer Eröffnung der Außenstelle gerechnet werden kann.

Ich bitte um schriftliche Beantwortung.

Begründung:

Anlagen :

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07422
öffentlich

Lübeck, 20.08.2019

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
2.530 - Gesundheitsamt

Bearbeitung: Dennis Schultz (E-Mail: dennis.schultz@luebeck.de Telefon: 122-5311)

Verlagerung der Aufgabe Rattenbekämpfung vom Bereich 2.530 - Gesundheitsamt in den Bereich 3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
19.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
03.09.2019	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
17.09.2019	Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:
Verlagerung der Aufgabe Rattenbekämpfung nach der anliegenden Organisationsverfügung von Bürgermeister Herrn Jan Lindenau und Kenntnisnahme der überarbeiteten Stadtverordnung über die Bekämpfung von Ratten in der Hansestadt Lübeck

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: 3.030 - Fachbereichscontrolling
Ergebnis: 3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten alle zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
- [ ] Ja
- [x] Nein

Begründung: Eine Beteiligung ist nicht erfolgt, da es sich lediglich um eine interne organisatorische Veränderung handelt.

Die Maßnahme ist:
- [ ] neu
- [x] freiwillig
- [ ] vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:
- [x] Nein
- [ ] Ja (Anlage 1)

Bericht:

Die Zuständigkeit zur Wahrnehmung der Aufgabe „Rattenbekämpfung in der Hansestadt Lübeck“ wird mit Wirkung vom **01.09.2019** (Das Übertragungsdatum in der Organisationsverfügung 01.04.2019 muss nachträglich auf den 01.09.2019 angepasst werden, da die Stellenbesetzung erst zu diesem Zeitpunkt erfolgen wird) vom Bereich 2.530 - Gesundheitsamt, Fachbereich 2 - Wirtschaft und Soziales, auf den Bereich 3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten, Fachbereich 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung, übertragen.

Bis zur stellenplanmäßigen Ordnung wird für 3.322 eine halbe A10-Stelle vom FB 2 zur Verfügung gestellt.

Die Stadtverordnung über die Bekämpfung von Ratten in der Hansestadt Lübeck vom 11.12.2014 wird entsprechend geändert (§ 11 - Zuständige Behörde).

Nach Abschluss der Beratungsfolge wird die geänderte Stadtverordnung entsprechend bekanntgegeben und veröffentlicht.

Die Wahrnehmung der Aufgabe Rattenbekämpfung durch die Hygienekontrolleur/innen im Gesundheitsamt ist eine „berufsfremde“ Tätigkeit, da die Aufgabe und die Ausbildung der Hygienekontrolleure ausschließlich den hygienischen Infektionsschutz am Menschen / Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beinhalten (siehe hierzu auch Aufgabenschwerpunktliste des Landes Schleswig-Holstein für Gesundheitsämter in SH). Kenntnisse über Rattenbekämpfung sind nicht Bestandteil der Ausbildung zum/zur Hygienekontrolleur*in.
Mitarbeiter*innen der Städte / Kreise nehmen die Meldungen entgegen, ermitteln die Grundstückseigentümer und schreiben diese an, mit der Aufforderung einen Schädlingsbekämpfer zur Beseitigung des Rattenbefalls entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die Kosten trägt der Grundstückseigentümer. Die Verwaltung soll die Umsetzung der angeordneten Maßnahme überwachen und ggfls. ein Ordnungswidrigkeitsverfahren einleiten, wenn der Grundstückseigentümer der Aufforderung nicht nachkommt (OWI FB 3). Die Hygienekontrolleure müssen aufgrund von Rattenmeldungen ihre originären Aufgaben vernachlässigen. Die Nachverfolgung durch Einleiten eines OWI-Verfahrens erfolgt aus zeitlichen und fachlichen Gründen durch die Hygienekontrolleure nicht, da hierfür das Verwaltungsfachwissen nicht vorhanden ist.
Die Ursachen des Rattenbefalls sind überwiegend Abfallprobleme – überwiegend in den Sommermonaten und an Baustellen.

In SH sowie in den anderen Bundesländern wird die Aufgabe Rattenbekämpfung überwiegend in den Ordnungsämtern durch Verwaltungspersonal der Kreise und Städte wahrgenommen. Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit der Rattenbekämpfung werden ebenfalls in den Ordnungsämtern bearbeitet.

Anlagen :
Anlage 1: Organisationsverfügung des Bürgermeisters

Anlage 2: Geänderte Stadtverordnung über die Bekämpfung von Ratten in der Hansestadt Lübeck vom 01.09.2019 (noch ohne Unterschrift von Herrn Bürgermeister Lindenau)

Senator Sven Schindler

Der Bürgermeister
der Hansestadt Lübeck

Organisationsverfügung

Die Zuständigkeit zur Wahrnehmung der Aufgabe Rattenbekämpfung in der Hansestadt Lübeck nach § 2 Nr. 14 und § 17 Abs. 5 Infektionsschutzgesetz (IfSG) in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 2 der Landesverordnung zur Übertragung von Ermächtigungen und Bestimmungen von Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSGErmÜV) wird mit Wirkung vom **01.04.2019** vom Bereich 2.530 -Gesundheitsamt, Fachbereich 2 - Wirtschaft und Soziales, auf den Bereich 3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten, Fachbereich 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung, übertragen.

Im Stellenplan für 2020 wird für 3.322 eine halbe A10-Stelle geschaffen; bis zu dessen Inkrafttreten wird die Planstelle 7563 vom FB 2 zur Verfügung gestellt.

Die Stadtverordnung über die Bekämpfung von Ratten in der Hansestadt Lübeck vom 11.12.2014 wird entsprechend geändert (§ 11 - Zuständige Behörde). Die Gremien werden informiert.

Lübeck, den 28.03.19

Jan Lindenau
(Bürgermeister)

Stadtverordnung über die Bekämpfung von Ratten in der Hansestadt Lübeck vom 01.09.2019

Aufgrund des § 17 Absatz 5 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) in der Fassung vom 20.Juli 2000 (BGBl. I S. 1.045), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 11. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2394), in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 2 der Landesverordnung zur Übertragung von Ermächtigungen und Bestimmungen von Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSGErmÜV) vom 22. Februar 2001 (GVOBl. Schl.-H. S. 35), Ressortbezeichnung zuletzt ersetzt durch Verordnung vom 04. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 143), wird nach Erteilung der Genehmigung durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung vom 04.12.2014 verordnet:

§ 1
Verpflichtete

(1) Zur Rattenbekämpfung verpflichtet sind die Eigentümerinnen oder Eigentümer

1. von bebauten und unbebauten Grundstücken,
2. von Abwasseranlagen (Kanalisation und Kläranlagen),
3. von Wasserfahrzeugen, Wohnschiffen und schwimmenden Geräten.

(2) Neben den Eigentümerinnen oder Eigentümern sind diejenigen zur Bekämpfung von Ratten verpflichtet, die die tatsächliche Gewalt über die in Absatz 1 genannten Sachen ausüben (Besitzer). Besitzer sind an Stelle der Eigentümerin oder des Eigentümers allein verpflichtet, wenn sie im Einvernehmen mit der Eigentümerin oder dem Eigentümer einen entsprechenden Antrag gestellt haben, dem die zuständige Behörde zugestimmt hat. Die Antragstellung kann auch auf elektronischem Wege erfolgen.

§ 2
Feststellen und Anzeige des Befalls

(1) Die Verpflichteten haben jeden Rattenbefall und seinen Umfang sowie die zur Bekämpfung getroffenen Maßnahmen (§ 3 Absatz 1 und § 5) der zuständigen Behörde (s. § 11) unverzüglich anzuzeigen.

(2) Besteht der dringende Verdacht eines Rattenbefalls, kann die zuständige Behörde den Umfang selbst oder durch Fachkräfte feststellen lassen.

§ 3
Einzelbekämpfung

(1) Die Verpflichteten haben jeden Rattenbefall unverzüglich zu bekämpfen.

(2) Die zuständige Behörde kann Bekämpfungsmaßnahmen anordnen, die von den Verpflichteten auszuführen sind. Die angeordneten Bekämpfungsmaßnahmen können sich auf die befallenen Grundstücke sowie auf umliegende Grundstücke, Anlagen und Einrichtungen (§ 1 Absatz 1) erstrecken, von denen anzunehmen ist, dass sie von Ratten befallen sind.

§ 4

Allgemeine Bekämpfung

Bei erheblichem Rattenbefall in einem zusammenhängenden Teil oder im gesamten Gebiet der Hansestadt Lübeck kann die zuständige Behörde für das befallene Gebiet und für die umliegenden Gebiete, von denen anzunehmen ist, dass sie ebenfalls von Ratten befallen sind, eine allgemeine Bekämpfung der Ratten und die dazu notwendigen Maßnahmen anordnen; die Anordnung ist öffentlich bekannt zu geben.

§ 5
Bekämpfungsmittel und -geräte

(1) Für die Bekämpfung von Ratten dürfen nur Mittel und Geräte angewendet werden, die nach Anhang I Nummer 3 der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) vom 26. November 2010 (BGBl. I S. 1643, 1644), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2514), sowie als Biozid-Produkte nach Abschnitt IIa des Chemikaliengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3498), in Verbindung mit § 18 IfSG oder als Pflanzenschutzmittel nach dem Pflanzenschutzgesetz vom 6. Februar 2012 (BGBl. I S. 148, 1281), das durch Artikel 4 Absatz 87 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, zugelassen und im Handel erhältlich sind.

(2) Bedarf es zur Anwendung eines Rattenbekämpfungsmittels eines besonderen Sachkundenachweises, hat die Bekämpfung durch eine sachkundige Anwenderin oder einen sachkundigen Anwender zu erfolgen. In Bezug auf die Anwendereinschränkungen besitzen insbesondere die Risikominderungsmaßnahmen der Bundesstelle für Chemikalien der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) zu den verschiedenen Bekämpfungsmitteln sowie ausdrücklich zu den erforderlichen Sachkundenachweisen Gültigkeit. Die erforderliche Sachkunde besitzen, für jeweils zugelassene Stoffe, insbesondere

1. Schädlingsbekämpferinnen und Schädlingsbekämpfer (Sachkundige nach Anhang I Nummer 3.4 GefStoffV),
2. Anwenderinnen und Anwender mit Sachkundenachweis
   a) nach Pflanzenschutz-Sachkundeverordnung vom 27. Juni 2013 (BGBl. I S. 1953),
   b) nach § 4 Tierschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 2006 (BGBl. I S. 1206, 1313), das durch Artikel 4 Absatz 90 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist,
3. Personen, die an einer speziellen Schulung zur Bekämpfung von Nagetieren teilgenommen haben.

Soweit für bestimmte Sachkundenachweise Übergangsfristen Anwendung finden, erlöschen die in dieser Verordnung aufgeführten Qualifikationen mit Datum der Befristung.

(3) Die Verpflichteten haben Fachkräfte auf ihre Kosten zu beauftragen, sofern sie selbst nicht berechtigt sind, Rattenbekämpfungsmaßnahmen durchzuführen.

(4) Die Vorschriften über den Verkehr mit Giften, insbesondere nach dem Chemikaliengesetz, der Gefahrstoffverordnung und der Chemikalienverbotsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juni 2003 (BGBl. I S. 867), die zuletzt durch Artikel 5 Absatz 40 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) geändert worden ist, bleiben unberührt.

§ 6
Sicherheitsmaßnahmen

(1) Bei der Rattenbekämpfung nach den §§ 3 und 4 dürfen Menschen und Haustiere nicht gefährdet werden.

(2) Auf Bekämpfungsmittel und Bekämpfungsgeräte ist deutlich sichtbar hinzuweisen; bei Giften sind auch der Name des Mittels und sein Wirkstoff anzugeben.

(3) Wird die Bekämpfung nicht von den Verpflichteten selbst vorgenommen, sind diese unverzüglich von den mit der Durchführung beauftragten Fachkräften darüber zu unterrichten, wo sich Bekämpfungsmittel und Bekämpfungsgeräte befinden.

(4) Die Technischen Regeln der Gefahrstoffe Nummer 523 in der Fassung von März 1996, zuletzt geändert durch BArbBl. Heft 11/2003, sowie Anhang I Nummer 3 GefStoffV finden Anwendung. Die Bekanntmachung der jeweils gültigen Fassung erfolgen im Gemeinsamen Ministerialblatt (GMBl) oder können auf der Internetseite der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) unter www.baua.de/de/Themen-von-A-Z/Gefahrstoffe/TRGS/TRG heruntergeladen werden.

§ 7
Beseitigung der Ratten und Giftköder

(1) Die Verpflichteten haben nach einer Bekämpfung nach toten Ratten zu suchen. Tote Ratten sind von ihnen unverzüglich unschädlich zu beseitigen. Sie können insbesondere verbrannt oder vergraben oder an eine Tierkörperbeseitigungsanstalt abgeliefert werden. Im Falle des Vergrabens müssen sie mit einer mindestens 0,50 m dicken Erdschicht bedeckt sein und dürfen nicht im Grundwasser liegen.

(2) Die Verpflichteten haben die Giftköder nach Abschluss der Bekämpfungsmaßnahmen unverzüglich so zu beseitigen, dass keine Gefahr mehr von ihnen ausgehen kann. Bekämpfungsmittel, deren Anwendung besonderer Erlaubnis bedarf, sind von der Erlaubnisinhaberin oder dem Erlaubnisinhaber so zu beseitigen, dass eine Gefährdung ausgeschlossen ist.

§ 8
Nachfolgende Bekämpfung

(1) Nach Abschluss der Bekämpfungsmaßnahmen sind die Rattenlöcher und die von Ratten genagten Durchtrittsstellen mit geeigneten Mitteln fest zu verschließen. Bauliche Mängel, die den Aufenthalt von Ratten begünstigen oder den Zugang der Ratten in Gebäuden erleichtern, sind unverzüglich zu beseitigen.

(2) An Orten und Plätzen, die von Ratten bevorzugt befallen werden, sind Vorkehrungen zu treffen, die einen erneuten Befall verhindern. Dieses gilt insbesondere für Abwasseranlagen und Lagerplätze für Lebensmittel, Futtermittel, Abfallstoffe und Kompost.

§ 9
Mitwirkungs- und Duldungspflichten

(1) Bei Maßnahmen nach § 2 Absatz 2 müssen die Verpflichteten den Bediensteten der zuständigen Behörde sowie den von ihnen beauftragten Fachkräften den Zutritt zu den Grundstücken, Wohnungen, Anlagen und Einrichtungen (§ 1 Absatz 1) ermöglichen, die zur Bekämpfung erforderlichen Auskünfte erteilen und soweit erforderlich, die Bekämpfungsmaßnahmen unterstützen.

(2) Dritte, deren Rechte an Grundstücken, Wohnungen, Anlagen und Einrichtungen (§ 1 Absatz 1) durch die in Absatz 1 aufgeführten Maßnahmen beeinträchtigt werden, müssen diese dulden.

§ 10
Grundrechtseinschränkung

Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 Grundgesetz) wird im Rahmen des § 9 in Verbindung mit § 2 Absatz 2 gemäß § 17 Absatz 7 IfSG eingeschränkt.

§ 11
Zuständige Behörde

Zuständige Behörde im Sinne dieser Verordnung sowie für Maßnahmen nach § 17 Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 3 IfSG ist der Bürgermeister - Bereich Melde- und Gewerbeangelegenheiten der Hansestadt Lübeck bezeichnet. Die zuständige Behörde überwacht die Maßnahmen nach den §§ 3 bis 8.

§ 12
Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 73 Absatz 1 Nummer 24 IfSG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. der Anzeigepflicht nach § 2 Absatz 1 nicht nachkommt,
2. die Bekämpfungsmaßnahmen nach § 3 oder § 4 unterlässt,
3. nicht anerkannte Bekämpfungsmittel oder Bekämpfungsgeräte nach § 5 verwendet,
4. die Sicherheitsmaßnahmen nach § 6 unterlässt,
5. die toten Ratten und Giftköder nicht nach § 7 beseitigt,
6. die nachfolgende Bekämpfung nach § 8 unterlässt,
7. die Mitwirkungs- und Duldungspflichten nach § 9 nicht oder ungenügend erfüllt.

§ 13
Inkrafttreten

Die Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in der Lübecker Stadtzeitung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Stadtverordnung über die Bekämpfung von Ratten in der Hansestadt Lübeck vom 11. Dezember 2014 außer Kraft.

Lübeck, L.S. Jan Lindenau
Bürgermeister

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07661
öffentlich

Lübeck, 14.05.2019

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
1.140 - Rechnungsprüfungsamt

Bearbeitung: Elke Buller (E-Mail: elke.buller@luebeck.de Telefon: 122-7101)

Monitoring-Bericht 2018 für Vergabeverfahren bei der Hansestadt Lübeck

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
24.06.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
12.09.2019	Rechnungsprüfungsausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:
Beratung, Erörterung und ggf. Empfehlung zum o.g. Monitoring-Bericht 2018 über die durchgeführten Vergabeverfahren bei der Hansestadt Lübeck.

Verfahren:
Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: entfällt
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
[ ] Ja
[x] Nein
Begründung: Interessen von Kindern und Jugendlichen werden nicht berührt.

Die Maßnahme ist:
[ ] neu
[x] freiwillig
[ ] vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:
[x] Nein
[ ] Ja (Anlage 1)

Bericht:

Anlagen :
Monitoring-Bericht 2018

Hansestadt LÜBECK

Monitoring-Bericht 2018

für Vergabeverfahren bei der

Hansestadt Lübeck

Rechnungsprüfungsamt

Mai 2019

Impressum

Herausgeber:
Hansestadt Lübeck
Der Bürgermeister
Rechnungsprüfungsamt
Rechnungsprüfer Stefan Wegner
Layout: Elke Buller

Inhalt:

Seite

Tabellenverzeichnis I

Abkürzungsverzeichnis II

1 Prüfungsgegenstand und –auftrag 1

2 Monitoring-Struktur bei der Hansestadt Lübeck 1

3 Statistische Auswertung 2

4 Erkenntnisse aus der Prüfung von Vergabeverfahren 4

5 Fazit und weiterer Ausblick 6

Tabellenverzeichnis

Seite

Tabelle 1: Anteil Vergaben im Oberschwellenbereich am Gesamtumfang 2

Tabelle 2: Vergabeverfahren je Fachbereich 1 - 5 3

Tabelle 3: Verteilung nach der Art der ausgeschriebenen Leistung 3

Tabelle 4: Vergabeverfahren 4

Tabelle 5: Durchgeführte Prüfungen 5

Abkürzungsverzeichnis

FBC	–	Fachbereichscontrolling
GWB	–	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HL	–	Hansestadt Lübeck
KMU	–	Klein- und mittelständische Unternehmen
MuK	–	Musik- und Kongresshalle Lübeck
RPA	–	Rechnungsprüfungsamt
SektVO	–	Sektorenverordnung
VOB / A	–	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen - Teil A
VOF	–	Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen
VOL / A	–	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil A
VgV	–	Vergabeverordnung

1 Prüfungsgegenstand und –auftrag

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts am 18.04.2016 in Verbindung mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) installierte der Gesetzgeber u. a. eine Verpflichtung der obersten Bundesbehörden und der Länder gegenüber dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie regelmäßig hinsichtlich der in ihrem Bereich durchgeführten Vergabeverfahren von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen zu berichten.

In der Folge hat das Ministerium für Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein die Rechnungsprüfungsämter der Kreise und kreisfreien Städte aufgefordert, ihrerseits über die innerhalb ihres örtlichen Zuständigkeitsbereichs durchgeführten Vergabeverfahren im Oberschwellenbereich zu berichten.

Folgende Kernpunkte sollen dabei im Zentrum des Berichtes stehen:

- Darstellung der örtlichen behördlichen Monitoring-Struktur,
- Benennung der häufigsten Fehler und Unsicherheiten bei der Durchführung von Vergabeverfahren,
- Anonymisierte Darstellung etwaiger schwerwiegender Unregelmäßigkeiten,
- das Ausmaß der Beteiligung klein- und mittelständischer Unternehmen (KMU) sowie
- der Umgang mit strategischer Beschaffung.

Ein erster umfassender Monitoring-Bericht des Rechnungsprüfungsamts (RPA) an das Land ist am 15.02.2020 für den Zeitraum von 2017 – 2019 fällig.

Das vorliegende Berichtsformat gewährt seit dem ersten Monitoring-Bericht im Jahr 2018 für die Vergabeverfahren bei der Hansestadt Lübeck des Jahres 2017 den Gremien der Hansestadt Lübeck (HL) einerseits einen Überblick über die durchgeführten Vergabeverfahren und informiert andererseits über die aus den laufenden Prüfungen des RPA gewonnenen Erkenntnisse. Grundsätzlich umfasst die o. a. Berichtspflicht nach § 114 GWB nur die Zugrundelegung von Vergabeverfahren im Oberschwellenbereich, bei denen anstelle nationalen Vergaberechts das europäische Kartellvergaberecht zugrunde zu legen ist.

Der Vergabebericht für die HL zieht zudem die dem RPA zur Kenntnis gegebenen unterschwelligen Vergabeverfahren oberhalb einer Auftragssumme von 25 TEUR in seine Betrachtung mit ein.

2 Monitoring-Struktur bei der Hansestadt Lübeck

In 2017 wurde eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern des RPA, der Bereiche Bürgermeisterkanzlei, Logistik, Statistik und Wahlen, Haushalt und Steuerung, Recht, der Submissionsstelle des Bereichs Gebäudemanagement sowie aus den Fachbereichscontrolling (FBC) 1 - 5 gebildet, die sich in mehreren Sitzungen auf einen verbindlichen Prozess

zur Meldung von Vergabeverfahren an das RPA oberhalb eines Grenzwertes von 25 TEUR verständigte. Die Sammlung der Daten erfolgt seit dem 01.01.2019 über den Bereich Logistik, Statistik und Wahlen mit Übergabe einer aufbereiteten Gesamtdatensammlung ans RPA.

Neben allgemeinen Daten wie der Ausschreibungsnummer, der Kurzbeschreibung der ausgeschriebenen Leistungen oder Lieferungen sowie der gewählten Vergabeart melden die einzelnen Bereiche auch Angaben über die zuvor geschätzten und letztendlich beauftragten Auftragswerte. Zusätzlich sollen die beauftragten Unternehmen benannt und Auskunft über den Umfang der Beteiligung klein- und mittelständischer Unternehmen gegeben werden. Das RPA weist darauf hin, dass diese Daten ohnehin von den entsprechenden Bereichen im Rahmen der Vergabestatistikverordnung zu erheben sind.

3 Statistische Auswertung

Insgesamt wurden dem RPA tabellarisch aufbereitete Informationen von über 218 Vergabeverfahren zugeleitet, die in dem Zeitraum vom 01.01. bis 31.12.2018 mit einer Auftragsvergabe abgeschlossen wurden. Die Gesamtauftragssumme aller gemeldeten Vergabeverfahren betrug rund 53 Mio. EUR.

Tabelle 1: Anteil Vergaben im Oberschwellenbereich am Gesamtumfang

	Anzahl der Vergaben	Umfang in TEUR	Anteil am Gesamtumfang in %
Vergaben im Oberschwellenbereich	17	17.258	32,5
Vergaben im Unterschwellenbereich	201	35.787	67,5

Die o. a. Tabelle verdeutlicht die Relevanz der Vergabeverfahren im Oberschwellenbereich. Obwohl diese in absoluten Zahlen nur 8,3 % der gesamten Vergabeverfahren umfassten, wurden auf deren Grundlage letztlich jedoch 32,5 % der Gesamtauftragssumme vergeben.

Im Berichtszeitraum galten ab dem 01.01.2018 für öffentliche Vergabeverfahren folgende Schwellenwerte:

5.548 TEUR	für Bauleistungen und Konzessionen,
750 TEUR	für soziale und sonstige Dienstleistungen,
221 TEUR	für Konzessionen im Vergabebereich,
221 TEUR	für Liefer-, Dienst- und freiberufliche Dienstleistungen.

Tabelle 2: Vergabeverfahren je Fachbereich 1 - 5

Fachbereiche	Anzahl der Vergaben	Umfang in TEUR	Anteil am Gesamtumfang in %
1	9	519	1,0
2	4	2.048	3,9
3	81	19.553	36,9
4	14	5.603	10,5
5	110	25.322	47,7

Die o. a. Tabelle gibt Auskunft darüber, wie sich die gemeldeten Vergabeverfahren auf die jeweils meldenden Fachbereiche verteilten.

Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht die Verteilung der gemeldeten Vergaben hinsichtlich des jeweiligen Vergabegegenstandes. Hierbei fällt der erneut weit überwiegende Anteil baulicher Leistungen ins Auge, Konzessionsvergabeverfahren hingegen waren in 2018 nicht zu verzeichnen.

Tabelle 3: Verteilung nach der Art der ausgeschriebenen Leistung

Art der Leistung	Anzahl der Vergaben	Umfang in TEUR	Anteil am Gesamtumfang in %
Bauliche Leistungen	126	37.414	70,5
Lieferleistungen	67	11.140	21,0
Dienstleitungen	20	4.186	7,9
Freiberufliche Leistungen	5	306	0,6

In Summenbildung weichen die Umfänge in TEUR der Tabellen 2, 3 und 4 um 1.000 EUR ab.

Die Wahl des Vergabeverfahrens richtet sich neben der geschätzten Auftragshöhe auch danach, ob ein öffentlicher Auftrag oder eine Konzessionsvergabe zugrunde liegt. Auch der Gegenstand der Vergabe entscheidet über die Wahl des Vergabeverfahrens. Bauliche Leistungen werden generell nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen - Teil A (VOB / A) ausgeschrieben, bei Liefer-, Dienst- und freiberuflichen Leistungen sind die Bestimmungen des GWB, der Vergabeverordnung (VgV) sowie (in Schleswig-Holstein noch) der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil A (VOL / A) bzw. Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) maßgeblich. Letztlich kann die Vergabeart aber auch von dem Auftraggeber abhängen. So richten sich beispielsweise Investitionen im Bereich der Hafenanlagen grundsätzlich nach der Sektorenverordnung (SektVO).

Für den Berichtszeitraum ergab sich folgende Verteilung der gewählten Vergabeverfahren:

Tabelle 4: Vergabeverfahren

Art des Vergabeverfahrens	Anzahl der Vergaben	Umfang in TEUR	Anteil am Gesamt-umfang in %
Freihändige Vergaben	28	1.521	2,9
Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb	12	677	1,3
Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb	1	526	1,0
Beschränkte Ausschreibungen mit Teilnahmewettbewerb	5	743	1,4
Beschränkte Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb	41	3.401	6.4
Beschränkte Ausschreibungen	66	15.710	29,6
Öffentliche Ausschreibungen	50	21.243	40,0
Offene Verfahren	15	9.226	17,4

4 Erkenntnisse aus der Prüfung von Vergabeverfahren

Um Aussagen zu häufigen Fehlern und Unsicherheiten bei der Durchführung von Vergabeverfahren benennen zu können, wird das Monitoring durch stichprobenmäßige Prüfungen durch das RPA durchgeführt. Hierbei erfolgt eine standardisierte Prüfung ausgewählter Vergabeverfahren auf Grundlage einer durch das RPA entwickelten Checkliste. Derzeitig sind fünf PrüferInnen mit der eingehenden Prüfung von jährlich insgesamt elf Vergabeverfahren betraut. Bis zum Zeitpunkt der Berichtserstellung konnten insgesamt neun Prüfungen bezogen auf das Haushaltsjahr 2017 abgeschlossen werden. Zum Zeitpunkt 2017 galten noch die alten Wertgrenzen. Im Einzelnen wurden die folgenden Vergabeverfahren geprüft:

Tabelle 5: Durchgeführte Prüfungen

lfd. Nr.	FB	Bereich	Beschreibung	Auftragsvolumen	Rechts-grundlage
1	5	651	Sanierung MuK; Gerüstarbeiten	130 TEUR	VOB / A
2	5	651	Neubau Feuerwache Kücknitz; Bodenbelagsarbeiten	48 TEUR	VOB / A
3	1	102	Abholung u. Zustellung von Postzustellungsurkunden für die HL	669 TEUR	VOL / A
4	5	651	Schnee- u. Glättebeseitigung auf den Grundstücken der HL	1.022 TEUR	VgV; VOL / A
5	1	201	Beschaffung eines Mitarbeiteralarmsystems	27 TEUR	VOL / A
6	2	500	Bewachung / Bestreifung von Gemeinschaftsunterkünften der HL	882 TEUR	VgV; VOL / A
7	2	500	Durchführung eines Sicherheitsdienstes für den Bereich Soziale Leistungen	145 TEUR	VOL / A
8	3	322	Transport von Fundfahrrädern	12 TEUR	VOL / A
9	3	322	Transport von Fundtieren	24 TEUR	VOL / A

Die restlichen auf das Haushaltsjahr 2017 bezogenen, detaillierten Prüfungen sowie die Prüfungen für das Haushaltsjahr 2018 fließen in den Monitoring-Bericht 2019 ein.

Die durchgeführten Prüfungen ergaben, dass die Vergabeverfahren im Wesentlichen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben durchgeführt wurden. Insbesondere ergaben sich keine Hinweise darauf, dass die Auswahl des jeweiligen Vergabeverfahrens und dessen Durchführung als unrechtmäßig zu beurteilen war. Prüffeststellungen wurden nur vereinzelt gemacht und konzentrierten sich auf formale Aspekte, insbesondere auf den Bereich der Dokumentation. So war beispielsweise nicht in allen Fällen ausreichend erkennbar, wie die Berechnung bzw. Schätzung des voraussichtlichen Auftragswertes zustande kam.

Die Prüfungen ergaben zudem keine Hinweise darauf, dass die Belange von KMU nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Auch im Hinblick auf dem Gesichtspunkt strategischer Beschaffung war ersichtlich, dass diesem in den relevanten Bereichen ausreichend Beachtung geschenkt wurde. So waren der Gesamtliste insgesamt 28 neue Rahmenvereinbarungen aus allen Fachbereichen der HL zu entnehmen. Hier ist zukünftig vorgesehen, diesen Aspekt durch Abforderung entsprechender Erklärungen und Erläuterungen der FBC noch stärker in den Fokus zu rücken.

Daneben erfolgt eine stichprobenmäßige Prüfung der dem RPA zur Verfügung gestellten Gesamtliste durchgeführter Vergaben hinsichtlich deren Vollständigkeit. Hierbei erfolgt ein Abgleich der Liste mit unterjährig gewonnenen Erkenntnissen aus der regelmäßigen Belegkontrolle, den Bekanntmachungen der HL, Berichten aus den Bereichen sowie der Tagespresse. Hierbei wurde festgestellt, dass eine Maßnahme im Umfang von ca. 80 TEUR offen-

sichtlich keine Aufnahme in die o. a. Gesamtliste fand. Eine detaillierte Prüfung dieser Maßnahme ist im Verlauf des Jahres 2019 vorgesehen.

5 Fazit und weiterer Ausblick

Dem vorliegenden Bericht liegen die für den Berichtszeitraum entsprechenden Meldungen aus den Fachbereichen zugrunde. Trotz der Umstellung des Meldeverfahrens in Form der Einbeziehung des Bereichs Logistik, Statistik und Wahlen zeigte sich, wie bereits im Vorjahr, dass die Meldungen der Bereiche nicht vollumfänglich und teilweise verspätet erfolgten. Dabei entstand der Eindruck, dass die Daten seitens einzelner Bereiche gebündelt stichtagsbezogen erhoben und weitergeleitet wurden. Das RPA erachtet es als wünschenswert, dass die Meldung zum Monitoring unbedingt zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe erfolgen sollte. Zukünftig sollte diese als eigener Schritt in die Vergabeprozesse der Bereiche integriert werden, um so mit möglichst geringem Aufwand eine vollständige Datenbasis bereitstellen zu können.

Die Auswertung der im Rahmen des Monitorings zur Verfügung gestellten Daten sowie die durch das RPA durchgeführten Prüfungen einzelner Vergabeverfahren förderten keine Anhaltspunkte für schwerwiegende oder regelmäßige Fehler zu Tage. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Anwendung des nationalen und europäischen Vergaberechts bei der HL soweit geprüft im Wesentlichen ordnungsgemäß erfolgte.

Zur weiteren Optimierung der Vergabeverfahren empfiehlt das RPA weiterhin die Zentralisierung der Durchführung von Vergabeverfahren in der HL auf maximal zwei Vergabestellen.

Lübeck, den 22.05.2019
14.02.06.03
wg/bu

Dr. Katja Schur Stefan Wegner

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07898
öffentlich

Lübeck, 11.07.2019

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
5.660 - Stadtgrün und Verkehr

Bearbeitung: Jens Johannsen (E-Mail: jens.johannsen@luebeck.de Telefon: 122-3230)

Regelungen zur Verhinderung diskriminierender und sexistischer Werbung

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
26.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
16.09.2019	Bauausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:
Beschluss der Bürgerschaft vom 28.02.2019 zu Punkt 10.5, VO/2019/06862:

Die Lübecker Bürgerschaft spricht sich gegen diskriminierende und sexistische Werbung aus. Derartige Werbung darf keinen Platz haben auf städtischen Werbeanlagen. Die diesbezüglichen Empfehlungen und Richtlinien des Deutschen Werberats sind bei der Nutzung städtischer Werbeanlagen zu beachten.
Der Bürgermeister wird gebeten, der Lübecker Bürgerschaft zu berichten, welche Regelungen zur Verhinderung diskriminierender und sexistischer Werbung mit der Firma Wall und anderen Firmen, die die Werbeflächen der Hansestadt Lübeck und der städtischen Gesellschaften vermarkten, getroffen wurden.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:	1.160 Frauenbüro
Ergebnis:	Zustimmung

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:	[ ]	Ja
	[X]	Nein
Begründung:		Die Belange von Kindern und Jugendlichen sind nicht betroffen

Die Maßnahme ist:	[X]	neu
	[X]	freiwillig
	[ ]	vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:	[X]	Nein
	[ ]	Ja (Anlage 1)

Bericht:
Die Hansestadt Lübeck hat in allen Verträgen mit der Firma Wall folgende Formulierung aufgenommen:

Die von der Auftragnehmerin anzubringende Werbung darf nicht gegen gesetzliche Vorschriften, behördliche Anweisungen und gegen die guten Sitten verstoßen. Werbung mit rassistischem Hintergrund ist nicht gestattet.

In der Bundesrepublik Deutschland entscheidet der Deutsche Werberat als Selbstkontrollgremium, was den Werberegeln entspricht oder eben auch was nicht. Der Deutsche Werberat ist die Selbstkontrolleinrichtung der Werbewirtschaft. Die Institution kümmert sich darum, dass Werbung, die rechtlich zulässig ist, auch ethische Grenzen nicht überschreitet.

Werbung kann vieles sein: Emotional, ironisch, provozierend, humorvoll, sachlich, unsensibel und manchmal werden dabei auch Grenzen überschritten.

Dann greift der Deutsche Werberat ein. Mit seinen Verhaltensregeln sorgt er dafür, dass über gesetzliche Vorgaben hinaus allgemein anerkannte Grundwerte der Gesellschaft wie Anstand, Moral und soziale Verantwortung in der Werbung beachtet werden. Seine Regelwerke setzen Leitplanken für die inhaltliche Gestaltung von Wirtschaftswerbung – online und offline. Die Regelwerke sind frei im Internet abrufbar und werden mit Hilfe fiktiver Beispiele bildhaft erläutert. Seit über 45 Jahren trägt der Deutsche Werberat dazu bei, von der Gesellschaft nicht akzeptierte Werbung zu vermeiden oder nach der Veröffentlichung zu korrigieren. Dabei agiert er frei von staatlicher Aufsicht als unabhängiges Selbstkontrollorgan der Wirtschaft. Seine Arbeit erfährt große Akzeptanz und Anerkennung – von der Wirtschaft selbst, von Öffentlichkeit und Politik und vor allem von den Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit ihrer Kritik an einzelnen Werbemaßnahmen an ihn wenden.

Jedes Jahr überprüft der Deutsche Werberat mehrere Hundert Werbemaßnahmen. Im Jahr 2017 erreichten den Deutschen Werberat insgesamt 1.389 Beschwerden, die sich auf 787 Beschwerdefälle verteilten (+ 12 Prozent). Pro Woche meldeten Verbraucher und Organisationen durchschnittlich 15 Werbemaßnahmen. Von den 787 geprüften Fällen fielen 257 Fälle nicht in die Zuständigkeit der Selbstkontrolleinrichtung, etwa weil es sich nicht um Wirtschaftswerbung, sondern um Werbung von Behörden oder Parteien handelte, weil Produkte an sich kritisiert oder Verstöße gegen gesetzliche Werbeverbote geltend gemacht wurden.

Der Werberat entschied über 530 einzelne Werbesujets (künstlerische Gestaltung), ein Plus gegenüber dem Vorjahr von 20 Prozent. Dabei ging es sowohl um bundesweit geschaltete Plakatkampagnen oder TV-Spots als auch um weniger reichweitenstarke Werbemaßnahmen wie zum Beispiel Schaufensterwerbung, Werbung auf Firmenfahrzeugen, Fotos auf der unternehmenseigenen Internetseite oder im Social-Media-Kanal. Die Menschen wandten sich auch im zurückliegenden Jahr mit den unterschiedlichsten Anliegen an den Deutschen Werberat: Sie sahen Kinder durch einzelne Werbemaßnahmen in der Entwicklung beeinträchtigt, fühlten sich als Frau herabgewürdigt oder diskriminiert, sahen allgemeine Grundsätze von Anstand und Moral verletzt oder empfanden Werbung als gewaltverherrlichend oder rassistisch und vieles mehr.

Der Deutsche Werberat teilte in 135 Fällen die werbekritische Ansicht der Beschwerdeführer. Die Unternehmen wurden über den Verstoß gegen den Werbekodex informiert und der Deutsche Werberat konnte in 121 Fällen erreichen, dass die Werbung gestoppt oder geändert wurde. Damit belegt das Jahresergebnis 2017 erneut die hohe Durchsetzungskraft des Deutschen Werberats: 90 Prozent der Unternehmen folgten dem Votum des Gremiums unmittelbar, indem sie freiwillig ihre rechtlich zulässige Werbung aus dem Markt nahmen oder entsprechend korrigierten. Nur wenige Unternehmen reagierten nicht auf die Beanstandung und erhielten deshalb eine Öffentliche Rüge.

Diese Regelungen sind nach Auffassung der Verwaltung ein wirkungsvolles Instrument, um die gesellschaftlichen Regelungen einzuhalten. Ein Regelungsbedarf über dieses bundeseinheitliche Verfahren hinaus wird nicht gesehen.

Anlagen :
1 – Stellungnahme Frauenbüro

Senatorin Joanna Hagen

1.160 - Frauenbüro

Zeichen: es

Lübeck, den 15.08.2019
Auskunft: Elke Sasse
Tel.: 1610; Fax: 1620
e-mail: elke.sasse@luebeck.de

Bericht „Regelungen zur Verhinderung diskriminierender und sexistischer Werbung“
hier: Stellungnahme des Frauenbüros dazu

Das Frauenbüro begrüßt, dass sich die Bürgerschaft am 28.02.2019 deutlich gegen diskriminierende und sexistische Werbung ausgesprochen hat.

Im vorliegenden Bericht wird dargelegt, dass die Hansestadt Lübeck in allen Verträgen mit der Firma Wall die Formulierung aufgenommen hat, dass Werbung nicht „…gegen die guten Sitten verstoßen“ darf und das „Werbung mit rassistischem Hintergrund“ nicht gestattet ist.

Diese Regelung stellt in der Praxis sicher, dass auf öffentlichen Flächen, die die Hansestadt Lübeck zur Verfügung stellt, keine entsprechende Werbung, auch keine sexistische Werbung, plazziert wird. Aufgrund der Erfahrungen kann unsererseits gesagt werden, dass die Regelung praktisch funktioniert.

Nichtsdestotrotz empfehlen wir, insbesondere, um der o.g. Intention der Bürgerschaft zu entsprechen,

1. bei Neuabschluss der Verträge die Aufnahme einer deutlicheren Formulierung bzgl. sexistischer Werbung. Empfehlenswert ist beispielsweise die Formulierung „Werbung, die Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder sexuellen Identität herabwürdigt, wird nicht angebracht.“[1]
2. auch die städtischen Gesellschaften zu einer entsprechenden Regelung bzgl. ihrer Werbung zu verpflichten.

Bzgl. Werbung, die nicht auf öffentlichen Flächen angebracht ist, gibt es für die Stadtverwaltung keine direkte Handhabe. Hier ist jede:r Bürger:in aufgerufen, selbst aktiv zu werden und Beschwerden dem Deutschen Werberat zu melden.

Von Seiten der Kommune sollte zudem

a. geprüft werden, ob die Auftragsvergabe an Firmen mit der Maßgabe zu koppeln ist, keine entsprechende Werbung auf ihren Werbeträgern zu platzieren. Vor dem Hintergrund des Beschlusses der Bürgerschaft vom Juni 2019, der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ beizutreten, ist hier Bezug zu nehmen auf Artikel 12(1) der Charta: „Die Unterzeichnerin […] anerkennt, dass sie in Ausübung ihre Aufgaben und Pflichten im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens einschließlich der Verträge für die Lieferung von Waren, Erbringung von Dienstleistungen oder Durchführung von Arbeiten Verantwortung hat, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern.“
b. sichergestellt werden, dass eine benötigte Sondernutzungsgenehmigung bei beweglichen Werbeträgern mit entsprechender Werbung im öffentlichem Raum untersagt wird.

gez. Elke Sasse

[1] angelehnt an den Beschluss der Stadt Flensburg von 2/2019

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07950
öffentlich

Lübeck, 25.07.2019

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
5.060 - Fachbereichs-Controlling

Bearbeitung: Anton Wetzel (E-Mail: anton.wetzel@luebeck.de Telefon: 122-6006)

Einrichtung einer Leitstelle Verkehrsflussmanagement

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
02.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
16.09.2019	Bauausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:
Die Hansestadt Lübeck beabsichtigt eine Leitstelle Verkehrsflussmanagement einzurichten. Übergeordnete Zielsetzung der Leitstelle ist die effektive Unterstützung der Straßenbaulast- und Leitungsträger der Hansestadt Lübeck bei der Entscheidungsfindung, ob, in welchem Umfang und wann eine Baumaßnahme durchgeführt werden soll.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
1.101.4 Strategie und Innovation/ CDO
1.102 Logistik, Statistik und Wahlen
1.105 Informationstechnik
1.201 Haushalt und Steuerung
1.300 Recht
3.700 Entsorgungsbetriebe Lübeck
5.610 Stadtplanung und Bauordnung
5.660 Stadtgrün und Verkehr
Stadtwerke Lübeck

Ergebnis:
zustimmend bzw. keine rechtlichen Bedenken

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
[ ] Ja
[X] Nein

Begründung:
Eine Beteiligung ist nicht erfolgt, da die Interessen von Kindern und Jugendlichen nicht berührt sind.

Die Maßnahme ist:
[X] neu
[X] freiwillig
[ ] vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:
[X] Nein
[ ] Ja (Anlage 1)

Bericht:
In der Stadt der Zukunft sind digitale Infrastruktur, intelligente Energieversorgung und innovative Mobilitätskonzepte untrennbar miteinander vernetzt. Dieses Leitbild verfolgt die Hansestadt Lübeck. Hierzu wurde im vergangenen Jahr auf der Grundlage einer digitalen Strategie das EnergieCluster digitales Lübeck entwickelt, mit dem sich die Hansestadt Lübeck aufmacht, eine Modellregion einer intelligent vernetzten, nachhaltigen Stadt mit hoher Lebensqualität für ihre Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Mit diesem Konzept hat die Hansestadt Lübeck am Bundeswettbewerb Stadt.Land.Digital teilgenommen und den Wettbewerb Anfang des Jahres gewonnen.

Als Wegbereiter einer digital vernetzten Stadt und des Internet of Things wurde innerhalb von drei Monaten das Funknetz LoRaWAN über Lübeck aufgespannt. Einzelne Projekte, die u. a. auch Auswirkungen auf den Verkehr bzw. die Verkehrsbelastung haben (Smart Waste, Smart Bridge, Smart Parking), werden für die Hansestadt Lübeck entwickelt oder angepasst und sollen zeitnah in die praktische Anwendung gehen.

Die Hansestadt Lübeck und die Leitungsträger als Dienstleister für die Infrastruktur nehmen eine große Anzahl von Aufgaben wahr, die unmittelbar Auswirkungen auf den Straßenverkehr der Hansestadt haben. Diese Akteure wirken im öffentlichen Verkehrsraum mit entflochtenen Zuständigkeiten räumlich zusammen, was aufgrund der unterschiedlichen Belange, die zu berücksichtigen sind, stetig an Komplexität zunimmt. Die Nutzer der Straßen sind von Eingriffen im Rahmen von Baumaßnahmen stark betroffen. Aufgrund einer Vielzahl von Baumaßnahmen ist daher deren effektive Koordinierung erforderlich, um die Belastungen für die Nutzer so gering wie möglich zu halten. Vor dem Hintergrund der Bemühungen um eine nachhaltige Mobilität und der auch in Zukunft anstehenden umfangreichen Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen ist ein neues Planungsinstrument erforderlich, das insbesondere mittelfristige Zeithorizonte (2-5 Jahre) berücksichtigt und eine bessere Priorisierung der jeweiligen Maßnahmen ermöglicht.

Es bedarf einer modernen, ganzheitlichen und transparenten Koordinierung der erforderlichen baulichen Maßnahmen im Verkehrsraum, wobei das Wirken einer Koordinierungsstelle nicht primär auf die Vermeidung von Staus oder Beeinträchtigungen abzielen soll, sondern auf die spürbare Verbesserung des Verkehrsflusses. Der Fachbereich Planen und Bauen plant, hierfür eine moderne und übergeordnete Leitstelle für den örtlichen Zuständigkeitsbereich mit einer innovativen, softwaregestützten Lösung aufzubauen.

Bei der Leitstelle Verkehrsflussmanagement handelt es sich um ein strategisches Projekt der Hansestadt Lübeck. Sie ist als ein Expertensystem angedacht, das mittels Software die Kooperation und Koordination der aktuellen wie auch der zukünftigen Baubedarfe aller im Straßenraum tätigen Akteure (auch Bund und Land) fördern und sicherstellen soll: Mehr Transparenz, eine bessere mittelfristige Planung, eine langfristige Erhaltungsstrategie. Darüber hinaus wird hierdurch auch eine frühzeitige Information der Öffentlichkeit angestrebt, bei der die Verkehrsteilnehmer als Kooperationspartner erkannt und in die Lösung von Verkehrsflussproblemen eingebunden werden sollen.

Die Leitstelle wird bewusst nicht im bauenden Bereich, sondern im administrativen Bereich des Fachbereichs Planen und Bauen zentral angesiedelt werden, um von dort alle öffentlichen Bauvorhaben transparent zu koordinieren. Im Rahmen einer Projektstruktur, die direkt der Fachbereichsleitung zugeordnet ist, sollen die Koordinierungsprozesse mit allen Akteuren definiert und festgelegt werden. Für den Start der Leitstelle sollen zwei neue Fachkräfte eingesetzt werden, die einer Leitung unterstellt sind. Die inhaltliche Vernetzung mit dem Fachbereichscontrolling wird sichergestellt. Übergeordnete Zielsetzung der Leitstelle ist die effektive Unterstützung der Straßenbaulast- und Leitungsträger der Hansestadt Lübeck bei der Entscheidungsfindung, ob, in welchem Umfang und wann eine Baumaßnahme durchgeführt werden soll. Dabei sollen bereits erste Ideen und Bedarfe von Baumaßnahmen möglichst frühzeitig mit allen im Straßenraum Mitwirkenden kommuniziert und in den Planungsprozess eingesteuert werden. Der Planungshorizont sollte dabei zwei bis fünf Jahre umfas-

sen. Für die Umsetzung von Baumaßnahmen aller Akteure soll die verpflichtende Beteiligung der Leitstelle Voraussetzung sein.

Der Kommunikations- und Koordinationsprozess soll durch eine Softwarelösung unterstützt werden. Das neue Planungsinstrument soll dabei auf vorhandenen Datenbeständen aufbauen und diese Daten mit Unterstützung einer geoinformationsgestützten Anwendung visualisieren, um die für die Entscheidungsfindung erforderlichen Informationen auf einer digitalen Karte übersichtlich darstellen zu können. Hierbei hat sich die Hansestadt Lübeck entschieden, das System roads der Firma Workplace Solutions (WPS) einzusetzen. Die Software wurde im Auftrag der Hansestadt Hamburg genau für diesen Koordinierungsprozess entwickelt und 2017 mit dem Deutschen Ingenieurspreis in den Kategorien Innovation, Baukultur sowie Verkehr im Dialog von der Bundesvereinigung für Straßenbau- und Verkehrsingenieure e. V. ausgezeichnet.

Die wesentlichen Merkmale von roads sind u. a.:

- Der Fokus der Anwendung liegt auf Koordination (statt nur auf Informationsaustausch).
- Verortung von Baustellen auf einer Karte und Nutzung einer Zeitachse, welche den gewählten Zeitraum darstellt. Die Visualisierung ermöglicht Zeitraum und Ort von Baumaßnahmen „auf einen Blick“ gemeinsam zu überblicken, durch eine spezielle Farbcodierung der geplanten Baumaßnahmen.
- Maximaler Planungshorizont von bis zu 20 Jahren
- Bündelung von Baumaßnahmen in Szenarien
- Speicherung verschiedener Szenarien mit unterschiedlichen Planungsständen, sodass Entwürfe und Diskussionsstände festgehalten werden können, ohne dass schon direkt der Planungsstand verändert wird. Damit können sich mehrere Experten über Alternativen und Ideen austauschen und ihr Verständnis digital festhalten. Die Koordination findet damit ganz greifbar innerhalb des Systems statt und nicht nur davor in den Köpfen der Beteiligten.
- Spiegelung Szenario-Analyse gegen die aktuellen Planungsstände der beteiligten Akteure. Erst wenn ein Szenario abgestimmt wurde, wird es in den Planungsstand übernommen.
- Modellierungsmöglichkeit von Abhängigkeiten durch logische Regeln, wie z. B. bereits eingerichtete Umleitungsstrecken, Schwerlastrouten, die Erreichbarkeitsnetze oder Veranstaltungen
- Freie Nutzung der Software durch die Koordinationsakteure innerhalb der Stadtgrenzen nach Lizenzerwerb durch den Auftraggeber
- Im Kooperationsverbund/Systemverbund Austausch der Baustellendaten über einen Hub; Eigentum der Daten bleibt bei den jeweiligen Kooperationspartnern mit eigenem Server
- Unterstützung der Koordination der Baumaßnahmen in Gruppen an einem Koordinationsarbeitsplatz mit einer Interaktionsform mittels eines Multi-Touch-Tisches

Darüber hinaus können zur Unterstützung der Planung weitere Informationen aus den zahlreichen Projekten der digitalen Vernetzung übernommen werden, z. B. Verkehrsflusszählungen, Schaltprogramme der Lichtsignalanlagen oder Straßenzustände aus dem ZEB Messverfahren im Rahmen der Erhaltungsstrategie.

Die Initiative der Hansestadt Lübeck zur Verkehrsflussoptimierung und Koordination von Baumaßnahmen wird auch von den übrigen großen Akteuren im öffentlichen Verkehrsraum der Hansestadt, Stadtwerke Lübeck und Entsorgungsbetriebe Lübeck, unterstützt.

Vor diesem Hintergrund beabsichtigt der Fachbereich Planen und Bauen im weiteren Schritt die Beschaffung der für die Koordination erforderlichen Software und wird die dafür erforderlichen Haushaltsmittel für die Folgejahre sowie drei Planstellen für die neue Aufgabe im Stellenplan 2020 einrichten und die erforderliche Organisationsstruktur innerhalb des Fachbereichs schaffen.

Anlagen :
1 – Stellungnahme der Entsorgungsbetriebe

Senatorin Joanna Hagen

LÜBECK Entsorgungsbetriebe

Entsorgungsbetriebe Lübeck I Malmöstraße 22 I 23560 Lübeck
Name der Abteilung

Herr Anton Wetzel
Fachbereich 5 – Planen und Bauen
5.060 Fachbereichscontrolling FB5
Mühlendamm 12
23539 Lübeck

Entsorgungsbetriebe Lübeck

Gebäude:	Malmöstraße 22
Abteilung:	3.700-31
Sachbereich:	
Auskunft:	Liane Hilgendorf
Zimmer:	406
Telefon:	0451 70760 300
Telefax:	0451 70760 5300
E-Mail:	liane.hilgendorf@ebhl.de
Ihr Zeichen:	
Unser Zeichen:	Hi
Datum:	15.07.19

Betreff : Stellungnahme zur Vorlage – Leitstelle Verkehrsflussmanagement-

Sehr geehrter Herr Wetzel,

vielen Dank für die Übersendung der Unterlagen zur Information der Gremien über die geplante Einrichtung einer Leitstelle Verkehrsflussmanagement und über die Beschaffung der notwendigen Software.
Die Entsorgungsbetriebe Lübeck stimmen dem Bericht und der Vorlage zu und geben nachfolgende Stellungnahme ab:

Die Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) unterstützen die Einrichtung einer akteursübergreifenden Leitstelle Verkehrsflussmanagement.
Aus heutiger Sicht hoffen wir durch die frühzeitige transparente Abstimmung der geplanten Projekte weitere Synergieeffekte nutzen zu können und versprechen uns damit eine deutlich erhöhte Planungssicherheit für unsere Baumaßnahmen zu erreichen. Es ist beim Aufbau sicherzustellen, dass wir zu vertretbaren Kosten vollen Zugriff auf die softwaregestützten Planungsinstrumente der Leitstelle haben.

Aufgrund der unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Akteure ist für uns der vornehmlich koordinierende Charakter der Leitstelle Verkehrsflussmanagement wichtig. Für ein wirkungsvolles Verkehrsflussmanagement sind zwischen den Akteuren dezidierte Regeln zur Festlegung von Prioritäten für Baumaßnahmen im öffentlichen Straßenraum und zur Entscheidungsfindung bei konkurrierenden Interessen aufzustellen.

Wir weisen schon jetzt ausdrücklich darauf hin, dass der erforderliche Umbau und die Erhaltung des Lübecker Kanalsystems in den nächsten Jahrzehnten umfangreiche Baumaßnahmen im gesamten Stadtgebiet erforderlich machen werden.

LÜBECK ■ Entsorgungsbetriebe

Der Handlungsdruck ist aufgrund des Alters und des Zustandes des Kanalnetzes sehr hoch. Beim Kanalnetz handelt es sich um das wertmäßig größte einzelne Infrastrukturvermögen der Hansestadt Lübeck.

Mit freundlichen Grüßen
Liane Hilgendorf

Abteilungsleiterin Planung / Neubau

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08133
öffentlich

Lübeck, 03.09.2019

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
1.300 - Recht

Bearbeitung: Tatjana Voskuhl (E-Mail: tatjana.voskuhl@luebeck.de Telefon: 122-3011)

Prüfung der Befangenheit von BM Herrn Detlev Stolzenberg nach § 22 GO

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
09.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:
Prüfauftrag der Bürgerschaft vom 20.06.2019 im Zuge der Beratung des TOP 7.3 Bericht der Verwaltung betreffend den aktuellen Sachstand der Umsetzung des PIH-Konzepts auf der Nördlichen Wallhalbinsel, VO/2019/07488.

Verfahren:
Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: 1.100
Büro der Bürgerschaft
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung: Es liegt keine Betroffenheit vor

- [ ] Ja
- [X] Nein

Die Maßnahme ist:

- [ ] neu
- [ ] freiwillig
- [ ] vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

- [ ] Nein
- [ ] Ja (Anlage 1)

Bericht:

Der Bereich Recht hat auftragsgemäß die Frage einer möglichen Befangenheit von BM Herrn Stolzenberg in Ausschusssitzungen, in denen das Thema "Umsetzung des PIH Konzepts auf den Nördlichen Wallhalbinsel" beraten wurde, geprüft. Herr Stolzenberg hat seinerseits im Hinblick auf die von der Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 20.06.2019 beschlossene

Befangenheit um eine Überprüfung des Vorliegens von Befangenheitsgründen gebeten.

Das Ergebnis der Prüfung durch den Bereich Recht ist in dem als **Anlage 1** beigefügten Vermerk vom 26.08.2019 zusammengefasst. Danach lagen bei Herrn Stolzenberg bei Behandlung der Thematik "Umsetzung des PIH Konzepts auf den Nördlichen Wallhalbinsel" Befangenheitstatbestände gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 6 GO vor.

Dieses Ergebnis wurde Herrn Stolzenberg mit der Gelegenheit zur Stellungnahme übermittelt. Seine Stellungnahme vom 02.09.2019 ist als **Anlage 2** beigefügt.

Die von Herrn Stolzenberg in dieser Stellungnahme vorgetragenen Argumente ändern nichts an dem Ergebnis der hiesigen rechtlichen Prüfung.

Die Möglichkeit eines unmittelbaren Vor- oder Nachteils bei der Beratung des Verwaltungsberichts zum Sachstand der Umsetzung des PIH-Konzepts auf der Nördlichen Wallhalbinsel ergibt sich bereits aus der Bitte der Verwaltung an die Bürgerschaft, ihr aufzugeben, wie mit den aufgezeigten Veränderungen und möglichen Kostenrisiken umzugehen sei. Diese Bitte wurde unter aktiver Mitwirkung von Herrn Stolzenberg in den Sitzungen des Kultur- und Denkmalausschusses sowie des Hauptausschusses aufgegriffen, im Ergebnis mit der Beschlussfassung, dass kein Handlungsbedarf gesehen werde. In der Sitzung der Bürgerschaft wurden zwei Anträge mit identischer Zielsetzung beschlossen.

Nicht nur Anträge auf Veränderung des Konzepts können unmittelbare Vor- oder Nachteile bewirken, sondern auch der Antrag auf Beibehaltung des Konzepts. Aufgrund dessen ist von einer unmittelbaren Auswirkung für Herrn Stolzenberg sowohl für die Bearbeitung seines hauptberuflichen Planungsauftrages auszugehen, als auch für die Interessenlage des von ihm als Vorstand vertretenen Vereins BIRL e.V..

Entgegen der Einschätzung von Herrn Stolzenberg liegt für den von ihm als Vorstand vertretenen BIRL e.V. ein individuelles Sonderinteresse an Fragen der Umsetzung des PIH Konzepts vor, da der Verein Mitgesellschafter der PIH EuE GmbH ist und diese wiederum Vertragspartnerin des Anhandgabevertrages mit der Hansestadt Lübeck. Eine bloß allgemeine Interessenwahrnehmung, die eine Ausnahme nach § 22 Abs. 3 GO begründen könnte, liegt somit nicht vor.

Anlagen :
Anlage 1- Vermerk Prüfung Befangenheit vom 26.08.2019

Anlage 2 - Stellungnahme Hr. Stolzenberg vom 02.09.2019

Bürgermeister Jan Lindenau

1 - Bürgermeister
300 - Recht

Zeichen: 30.34.30Vsk/--

Lübeck, den 26.08.2019
Auskunft: Tatjana Voskuhl
Tel.: 3011; Fax: 3090
e-mail: recht@luebeck.de

Prüfung der Befangenheit von BM Herrn Stolzenberg

Anlass

Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 20.06.2019 die Verwaltung beauftragt, die Frage einer möglichen Befangenheit von Herrn Stolzenberg in Ausschusssitzungen, in denen das Thema „Umsetzung des PIH-Konzepts auf den Nördlichen Wallhalbinsel“ beraten wurde, zu prüfen.
Dieser Prüfauftrag wurde beschlossen im Kontext der Beratung des Berichts der Verwaltung betreffend den aktuellen Sachstand der Umsetzung des PIH-Konzepts auf der Nördlichen Wallhalbinsel, VO/2019/07488.
Mit diesem Bericht informierte die Verwaltung über sich abzeichnende Abweichungen vom Ursprungskonzept und sich daraus möglicherweise im Hinblick auf die Erschließungskosten ergebenden Kostenrisiken für die Hansestadt Lübeck. Die Verwaltung bat im letzten Absatz des Berichts die Bürgerschaft, ihr aufzugeben, wie mit den aufgezeigten Veränderungen und möglichen Kostenrisiken umzugehen sei.
Im Zuge der Bürgerschaftsberatung des Berichts wurden zwei Beschlussanträge zu Protokoll gestellt. Beschlossen wurden der Antrag, den Bericht als Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen sowie die beantragte Feststellung, dass für die Bürgerschaft bezüglich des letzten Absatzes im Bericht kein Handlungsbedarf bestehe.

Dieser Abstimmung ging voran eine Erörterung der Frage einer möglichen Befangenheit bei Herrn Stolzenberg, der daraufhin - ohne sich für befangen zu erklären - vorsorglich den Saal verließ. Die Bürgerschaft hat auf einen entsprechenden Antrag eines Bürgerschaftsmitglieds sodann mit Mehrheitsbeschluss die Befangenheit von Herrn Stolzenberg festgestellt.
Im Hinblick auf diese Beschlussfassung der Bürgerschaft hat Herr Stolzenberg mit Mailschreiben vom 09.07.2019 seinerseits um eine Überprüfung des Vorliegens von Befangenheitsgründen gebeten.

Für die Prüfung möglicher Befangenheitstatbestände war zunächst der beurteilungsrelevante Sachverhalt festzustellen.

Herr Stolzenberg war während der Wahlperiode 2013-2018 in unterschiedlichen Zeitfenstern, längstens jedoch bis zum 01.11.2016 ordentliches bürgerliches Mitglied im Bauausschuss sowie stellvertretendes bürgerliches Mitglied in diversen anderen Ausschüssen.

Seit dem 01.06.2018 ist Herr Stolzenberg Mitglied der Bürgerschaft und ordentliches Mitglied des Hauptausschusses sowie stellvertretendes ordentliches Ausschussmitglied in diversen Fachausschüssen.

Das Büro der Bürgerschaft hat unter Mitteilung der aus Anl. 1 ersichtlichen Gremienzugehörigkeiten von Herrn Stolzenberg die Ausschussprotokollführer um Auswertung gebeten, ob und gegebenenfalls bei welchen Ausschusssitzungen die Angelegenheit „Entwicklung Nördliche Wallhalbinsel“ in der Wahlperiode 2013-2018 und in der aktuellen Wahlperiode unter Mitwirkung von Herrn Stolzenberg behandelt wurde und ob Herr Stolzenberg sich gegebenenfalls für befangen erklärte.

…

Herr Stolzenberg hat zur vertraglichen Beziehung zwischen ihm und der PIH Entwicklungs- und Erschließungsgesellschaft mbH sowie seinem ehrenamtlichen Engagement in dem Verein BIRL ergänzende Auskünfte erteilt und es wurden die auf den Homepages www.hafenschuppen.de und www.die-birl.de zugänglichen Dokumente und Informationen sowie die entsprechenden verwaltungsinternen Vorgänge ausgewertet.

Mögliche Befangenheitstatbestände

Nach Auswertung der umfangreichen Informationen wurden hinsichtlich möglicher Befangenheiten von Herrn Stolzenberg nur diejenigen Mitwirkungen betrachtet, ab deren Zeitpunkt für seine Person die gesetzlichen Befangenheitsvoraussetzungen vorliegen könnten, also Tatbestände des § 22 Abs. 1 oder Abs. 2 GO.

Hier kommt rechtlich zum Tragen, dass die für die Umsetzung des PIH- Konzepts gegründete PIH Entwicklungs-und Erschließungsgesellschaft mbH (PIH EuE GmbH) das Planlabor Stolzenberg am **10.03.2018** mit der Erstellung des beschlussreifen Bauleitplans beauftragt hat (sh. nachfolgend 1.1).

Zum anderen ist rechtlich relevant, dass Herr Stolzenberg seit dem **05.04.2017** Mitglied des Vereins**vorstands** des BIRL e.V. ist. Der Verein hatte im Vorwege das Konzept für die behutsame Entwicklung der Nördlichen Wallhalbinsel mitgetragen und entwickelt und zur Umsetzung als Mitgesellschafter in 2015 die PH Entwicklung und Erschließungsgesellschaft mbH mitgewirkt (siehe nachfolgend 2.1).

Für sonstige Sachverhalte, die Mitwirkungsverbote nach § 22 Abs. 1 oder 2 GO begründen könnten, haben sich aufgrund der mitgeteilten und festgestellten Fakten keine Anhaltspunkte ergeben.

1.
Hauptberufliche Bearbeitung des B-Plans für die Nördliche Wallhalbinsel

1.1 Sachverhalt

Herr Stolzenberg war im Jahr 2015 als Mitwirkender beteiligt an der Ausarbeitung des Konzepts für die behutsame Entwicklung der Nördlichen Wallhalbinsel, welches herausgegeben wurde von dem Bürgerinitiative rettet Lübeck (BIRL) e. V. mit dem Hinweis, dass Ersteller des Konzepts die Projektgruppe Initiative Hafenschuppen (PIH) ist, bei der es sich um eine Arbeitsgruppe der Bürgerinitiative des BIRL e.V. handelt.
Dieses Konzept war Bestandteil eines Kaufangebots der neu gegründeten PIH Entwicklung-und Erschließungsgesellschaft mbH (PIH EuE GmbH) vom 15.12.2015 für die Nördliche Wallhalbinsel an die Hansestadt Lübeck (veröffentlicht auf www.hafenschuppen.de).
Die Bürgerschaft hat am 25.02.2016 die Verwaltung mit der Umsetzung dieses Konzeptes beauftragt.
Die ersten Umsetzungsschritte umfassten Verhandlungen mit der PIH EuE GmbH mit dem Ergebnis des Abschlusses eines Anhandgabevertrages im April 2017 sowie der Prüfung der planungsrechtlichen Vereinbarkeit der von der PIH EuE GmbH konkretisierten Vorhaben mit dem bestehenden Bebauungsplan. Im Ergebnis wurde die Notwendigkeit der erneuten Überplanung des Gebiets festgestellt und das Bauleitplanverfahren eingeleitet.

Die PIH EuE GmbH hat am **10.03.2018** das Planlabor Stolzenberg (Inhaber Herr Detlev Stolzenberg als Architekt und Stadtplaner) mit der Erbringung sämtlicher Leistungsstufen zur Erstellung eines beschlussreifen Bebauungsplans zur Änderung des bestehenden Bebauungsplans 01.75.00 Plangebiet Nördliche Wallhalbinsel beauftragt. Diese Beauftragung erfolgte somit zu einem Zeitpunkt, in welchem Herr Stolzenberg keine Gremienmitgliedschaft besaß.
Der Bauausschuss hat am 19.03.2018 den Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes 01.77.00 - Nördliche Wallhalbinsel (PIH-Konzept) (VO/2018/05813) gefasst. Mit ihm sollen die pla-

. . .

nungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung und Umsetzung des PIH-Konzeptes für die Entwicklung der Nördlichen Wallhalbinsel geschaffen werden. Bestandteil der Verwaltungsvorlage ist eine Begründung, die vom Fachbereich 5 in Zusammenarbeit mit dem Büro Planlabor Stolzenberg verfasst wurde (vgl. S. 8 der Begründung).
Herr Stolzenberg hat auch das Planungskonzept im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB vorgestellt. Der B-Plan befindet sich in Bearbeitung, in enger Abstimmung mit der dem zuständigen Bereich 5.6 53.

Der Bericht der Verwaltung an die Bürgerschaft über den aktuellen Sachstand der Umsetzung des PIH Konzepts auf der Nördlichen Wallhalbinsel VO/2019/07488 erläutert zwischenzeitlich sich abzeichnende Änderungen der Grundlagen des Konzeptes und teilweise hieraus resultierende rechtliche Risiken für die Hansestadt Lübeck. Diese beruhen darauf, dass möglicherweise die bislang vorgesehene vollständige Abwälzung der Erschließungskosten auf die PIH EuE GmbH das Angemessenheitsgebot des § 11 Abs. 2 BauGB verletzen könnte.
Auswirkungen auf die von Herrn Stolzenberg zu erbringenden Planungsleistungen könnten sich daraus ergeben, dass auf das im Bericht beschriebene rechtliche Risiko einer Unangemessenheit dadurch reagiert wird, dass die Planung der Erschließungsanlagen, insbesondere die Verkehrsplanung „abgespeckt “ wird, um die von der PIH EuE GmbH zu tragenden Kosten zu reduzieren.
Derzeit kann noch nicht beurteilt werden, inwieweit die vollständige Abwälzung der Erschließungskosten angemessen ist. Dazu ist eine wirtschaftliche Gesamtbetrachtung vorzunehmen, in die unter anderem die Kosten der Erschließung und der vom Investor erwartete Ertrag einzustellen wären. Eine Änderung der sich aus der Betrachtung aller Faktoren ergebenden Bilanz könnte aber grundsätzlich dadurch bewirkt werden, dass die Kosten der Erschließung u.U. bis auf das notwendige Mindestmaß reduziert werden. Es stünde der Bürgerschaft frei, hierzu einen entsprechenden Beschluss zu fassen.
Die Änderung des Konzeptes zur verkehrlichen Erschließung erforderte möglicherweise eine Änderung der schon begonnenen Planung und würde damit die vom Planlabor Stolzenberg zu erbringende planerische Leistung berühren.
Die Festsetzung von Verkehrsflächen ist ein wesentlicher Punkt der Bauleitplanung (vgl. Ernst-Zinkahn-Bielenberg BauGB § 9 Anm. 102). Sie findet für den Bebauungsplan ihre Rechtsgrundlage in § 9 Abs. 1 Ziff. 11 BauGB. Dabei besteht ein weiter Gestaltungsspielraum, in dem verkehrliche, wirtschaftliche und gestalterische Aspekte untereinander abgewogen werden können.
Die Festsetzung von Verkehrsflächen erfolgt in aller Regel durch die Festlegung ihres Umgriffs in der Planzeichnung des Bebauungsplanes mit Hilfe der Symbole in Ziff.6 der Anl. 1 der Planzeichenverordnung. Dazu ist es notwendig, eine Reihe von Aspekten wie z.B. Art und Menge des Verkehrs und die von ihm ausgehenden Immissionen bei der Festsetzung der Verkehrsflächen zu berücksichtigen. Darüber hinaus spielen gestalterische Aspekte für die Planung eine Rolle.
Im Fall der Nördlichen Wallhalbinsel ist die Lage der Verkehrsflächen wegen der zu erhaltenden Gebäude zum Teil bereits vorgegeben. Ein gewisser Spielraum besteht aber dennoch, insbesondere hinsichtlich der notwendigen Breite.

Beschlussfassungen der Bürgerschaft über Änderungen in der Konzeptrealisierung bei der städtebaulichen Planung könnten somit Auswirkungen auf die hauptberufliche Tätigkeit von Herrn Stolzenberg haben. Eventuelle Auswirkungen können darin bestehen, dass entweder honorarrelevanter Mehraufwand bei den weiteren Planungsleistungen entsteht oder bei unverändertem Vergütungsanspruch der zu erbringende Leistungsumfang sich verändert, also mehr oder weniger wird.
Auch gestalterische Aspekte bei der Erschließungs-und Freiflächengestaltung im Zuge der Planerstellung können betroffen sein.

1.2 Rechtliche Würdigung
Der hier vorliegende Sachverhalt könnte den Tatbestand des Mitwirkungsverbotes nach § 22 Abs. 1 Nr. 1 GO erfüllen:

. . .

Nach § 22 Abs. 1 GO, der gemäß §§ 32 Abs. 3 und 46 Abs. 12 GO auch für die Mitglieder der Bürgerschaft und der Ausschüsse gilt, besteht dann ein Tätigkeitsverbot in vollem Umfang, wenn die ehrenamtliche Tätigkeit oder die Entscheidung in einer Angelegenheit den Gremienmitgliedern selbst (oder ihren Ehegatten, Lebenspartnern, Verwandten bis zum dritten Grade, Verschwägerten bis zum zweiten Grade bei bestehender Ehe oder einer von ihnen kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person) einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.

Zu der ehrenamtlichen Tätigkeit im Sinne dieser Vorschrift zählt auch die Beratung von Berichten der Verwaltung, da hierüber eine Einflussnahme auf die Willensbildung in den städtischen Gremien möglich ist (Borchert/El Bureiasi, Erl. 4 zu § 22 Abs. 1 GO in PdK SH).
Wie insbesondere § 21 Abs. 6 Geschäftsordnung der Bürgerschaft zu entnehmen ist, können zu Berichten der Verwaltung jederzeit Sachentscheidungsanträge gestellt werden.

Was unter dem unbestimmten Rechtsbegriff „ unmittelbarer Vor-oder Nachteil“ für die Schleswig-Holsteinische Gemeindeordnung zu verstehen ist, ergibt sich aus der einschlägigen Rechtsprechung des OVG Schleswig sowie aus Erläuterungen der Kommunalaufsicht. Hierbei geht es um die Frage, ob eine reine Kausalitätsbetrachtung der Unmittelbarkeit eines Vor- oder Nachteils erfolgen darf oder eine normative Betrachtung des Gesetzeszwecks erforderlich ist.
Hierbei kommt für das Verständnis dieses unbestimmten Rechtsbegriffs nach aktueller Gesetzeslage zum Tragen, dass ursprünglich in 2012 durch das Gesetz zur Änderung kommunalverfassungs- und wahlrechtlicher Vorschriften vom 22. März 2012 der § 22 Absatz 1 GO durch Einfügung eines Satzes 2 um eine Legaldefinition der Unmittelbarkeit ergänzt worden war. Danach galt als unmittelbar im Sinne der Vorschrift nur derjenige Vor- oder Nachteil, der sich aus einer Entscheidung der Gemeindevertretung selbst ergab, d.h. ohne das Hinzukommen weiterer Ereignisse oder Maßnahmen. Diese erst 2012 eingefügte Legaldefinition des Merkmals „unmittelbar“ wurde durch das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 3. August 2016 (GVOBI. Schl.-H. S. 788) wieder gestrichen. Diese erneute Änderung des § 22 Absatz 1 GO kann nach zutreffender Auffassung des Innenministeriums Schleswig-Holstein als Kommunalaufsicht nur so verstanden werden, dass der Gesetzgeber die an eine reine Kausalitätsbetrachtung anknüpfende Bewertung der Befangenheit als zu einschränkend angesehen und deshalb wieder abgeschafft hat.
Das Innenministerium SH hat hierzu durch Erlass vom 01.11.2016 Folgendes ausgeführt:

> *„Offenbar erschien dem Gesetzgeber eine an eine reine Kausalitätsbetrachtung anknüpfende Bewertung der Befangenheit als zu einschränkend.* ***Künftig wird daher für die Frage der Befangenheit nach § 22 Abs. 1 GO darauf abzustellen sein, ob bei dem jeweiligen ehrenamtlich Tätigen ein individuelles Sonderinteresse zu bejahen ist. Dies kann möglicherweise auch bei einem nicht unmittelbaren Zusammenhang zwischen der ehrenamtlichen Tätigkeit und dem eintretenden Vor- oder Nachteil der Fall sein. Damit wird das aus dem Rechtsstaatsprinzip ableitbare Interesse an einer uneigennützigen, am Gemeinwohl ausgerichteten Verwaltung und dem daraus resultierenden Bedürfnis der Vermeidung jeglichen „bösen Scheins“ stärker Rechnung getragen.*** *Die Rechtsprechung des OVG Schleswig (Urteil vom 06.11.2006 – 2 LB 23/06 - Juris), nach der das gesetzgeberische Ziel zu beachten ist, die Entscheidungen der Gemeindevertretung von individuellen Sonderinteressen freizuhalten und auf diese Weise das Vertrauen in eine unvoreingenommene öffentliche Verwaltung zu stärken, ist bei der Beurteilung des Einzelfalls damit wieder in den Blick zu nehmen.“*

Das OVG Schleswig hatte in der zitierten Entscheidung vom 06.11.2006 ausgeführt*:*

> *„Das Merkmal der Unmittelbarkeit wurde demnach nicht im Sinne direkter Kausalität gedeutet; maßgeblich wurde auf das individuelle Sonderinteresse (im Gegensatz zum Gruppen- und Allgemeininteresse) abgestellt. .. Mit „ unmittelbar“ war nämlich die „unmittelbare persönliche Beteiligung“ gemeint; an ihr sollte es dann fehlen, wenn der Mitwirkende lediglich als Angehöriger einer bestimmten Personengruppe, eines weiteren Kreises also „mittelbar“ betroffen war. Gestützt wird diese Auffassung durch eine objektiv-teleologische Auslegung. Der Zweck des Mitwirkungsverbotes ist u.a. die Erhaltung bzw. Festigung des Vertrauens der Bürger in die Objektivität der Verwaltungsführung. Um diesem Gesetzeszweck gerecht*

. . .

zu werden, genügt es nicht, die in Frage kommenden Sachverhalte unter eine schematisierende, nicht abgeleitete, sondern gegriffene Kausalitätsformel zu subsumieren. Die Norm liefe bei ihrer konsequenten Anwendung leer, da so gut wie alle Beschlüsse einer Gemeindevertretung eines Ausführungsaktes durch die Gemeindeverwaltung bedürfen."

Diese Rechtsauffassung hat das OVG Schleswig zuletzt bestätigt mit Beschluss vom 9. Mai 2019, Az. 3 MB11/19, worin es heißt, dass „für die Anwendung von § 22 Abs. 1 (i. V. m. § 32 Abs. 3 GO), der auf die Gewährleistung einer „sauberen" Kommunalpolitik zielt, ausreichend (ist), dass eine Interessenkollision *möglich* erscheint. Daher soll es von vornherein ausgeschlossen sein, dass potentiell betroffene Gemeindevertreter – sei es durch argumentative Beteiligung, sei es durch ein bestimmtes Abstimmungsverhalten – an gemeindlichen Entscheidungsprozessen mitwirken (vergleiche Schl.-Holst. OVG, Urteil vom 20.02.2002 – 2K 10/99 - juris Rn.38)."

Es genügt somit die bloße Möglichkeit des Eintritts eines Vor- oder Nachteils für den Betroffenen. Der Vor- oder Nachteil muss nicht zwangsläufig eintreten, da die Norm verhindern will, dass überhaupt der böse Schein einer Interessenkollision eintritt (Borchert/El Bureiasi, wie vor). Das zeigt, dass das Kausalitätserfordernis nicht eng gesehen werden darf.
Die unmittelbare Wirkung eines in Betracht kommenden Vor- oder Nachteils aus der ehrenamtlichen Tätigkeit ist bereits dann zu bejahen, wenn denkbar ist, dass ohne die Mitwirkung die Entscheidung in irgend einer für den ehrenamtlich Tätigen wesentlichen Beziehung anders ausfallen würde (Dehn in Dehn/Wolf, Gemeindeordnung, 16. Aufl., Anm. 3 zu § 22 Abs. 1 GO m. Rspr.nachweisen).

Nach diesen Maßstäben ist die von der Bürgerschaft mehrheitlich festgestellte Befangenheit von Herrn Stolzenberg rechtlich nicht zu beanstanden, da wie dargelegt, mögliche eigene Interessen von Herrn Stolzenberg als beauftragter Stadtplaner im Kontext der Beratung des Berichts und möglicher hieraus im Beschlusswege zu ziehenden Konsequenzen im Raum stehen bzw. standen.
Diese Beschlussfassung der Bürgerschaft war auch zur Beseitigung des Zweifelsfalls erforderlich, da Herr Stolzenberg den Sitzungssaal verlassen, sich jedoch nicht für befangen erklärt hatte. Wie bereits dargelegt, bewirkt das Vorliegen eines Befangenheitstatbestandes ein umfassendes Mitwirkungsverbot, welches über die reine Gremientätigkeit hinausgeht (Borchert/El Bureiasi, Erl. 4 zu § 22 Abs. 1 GO in PdK SH).

2.
Vorstandsmitgliedschaft des Herrn Stolzenberg in dem BIRL e. V.

2.1 Sachverhalt
Herr Stolzenberg teilte mit, dass er **seit dem 05.04.2017** Mitglied des Vereinsvorstands des BIRL e.V. ist. Nach der Vereinssatzung sind die Mitglieder des fünfköpfigen Vereinsvorstands gleichberechtigt, Aufgaben der einzelnen Vorstandsmitglieder sind laut Herrn Stolzenberg nicht näher spezifiziert. Die Aufgabenzuordnung erfolge innerhalb des Vorstands. Herr Stolzenberg erläuterte, dass er im Rahmen seiner Vorstandsarbeit des BIRL nicht mit Anliegen der PIH EuE GmbH befasst sei. Für den BIRL nähmen andere Vorstandsmitglieder an den Gesellschaftsversammlungen teil, um an Gestaltungsfragen mitzuwirken. Dazu werde dann in den Vorstandssitzungen des BIRL berichtet. Die aktuell gültige Satzung gebe vor, dass der Verein durch zwei Vorstandsmitglieder nach außen vertreten wird. Ein besonderes persönliches oder wirtschaftliches Interesse des BIRL habe er bisher nicht feststellen können.

Lt. Gesellschaftsvertrag der PIH EuE GmbH (veröffentlicht auf www.hafenschuppen.de) besteht der Unternehmensgegenstand darin, das von der Projektgruppe PIH, eine Arbeitsgruppe des Bürgerinitiative rettet Lübeck – BIRL – gemeinnütziger Verein e. V., entwickelte Nutzungskonzept für die Umnutzung und Sanierung der historischen Kaischuppen auf der Nördlichen Wallhalbinsel in Lübeck in die Realisierung zu führen.
Der BIRL e.V. ist stimmberechtigter Mitgesellschafter der PIH EuE GmbH mit 5 von 125 Stimmrechten und verfügt für Gestaltungsfragen bezüglich des äußeren Erscheinungsbildes der Schuppen

. . .

sowie der Freiflächen über Veto-Rechte. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden mit Dreiviertelmehrheit gefasst, von den insgesamt 15 Mitgesellschaftern verfügt kein Gesellschafter allein über die erforderliche qualifizierte Beschlussmehrheit.
Für die Homepage www.hafenschuppen.de zeichnet verantwortlich nach dem Telemediengesetz die „Projektgruppe Initiative Hafenschuppen der Bürgerinitiative rettet Lübeck (BIRL) e. V..“ Auf dieser Homepage sind u.a. das planerische Konzept der Projektgruppe PIH, der Gesellschaftsvertrag der PIH EuE GmbH sowie das Kaufangebot der Gesellschaft an die Hansestadt Lübeck und einschlägige Bürgerschaftsbeschlüsse eingestellt.

2.2 Rechtliche Würdigung
Dieser Sachverhalt indiziert ein Mitwirkungsverbot für BM Herrn Stolzenberg nach § 22 Abs.1 Nr. 6 GO. Ein Mitwirkungsverbot in gleichem Umfang wie unter 1.2 dargelegt besteht danach für Gemeindevertreter, wenn die Tätigkeit oder Entscheidung in einer Angelegenheit einer von ihnen kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.

Ein gesetzliches Vertretungsverhältnis für den Verein BIRL e.V. ist durch die Mitgliedschaft von Herrn Stolzenberg im Vereinsvorstand gegeben.
Gemäß § 26 BGB muss der eingetragene Verein einen Vorstand haben, der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich; er hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters. Der Umfang der Vertretungsmacht kann durch die Satzung mit Wirkung gegen Dritte beschränkt werden. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird der Verein durch die Mehrheit der Vorstandsmitglieder vertreten.

Es ist für die Zurechnung der möglichen Vor- bzw. Nachteile des Vertretenen ohne Belang, ob der Vertreter allein oder nur zusammen mit anderen vertretungsberechtigt ist (VG Schleswig, Urt. vom 4.12.1968, Die Gemeinde 1969 S. 110) oder ob er nur Mitglied eines zur gesetzlichen Vertretung berufenen Kollegialorgans ist. Wäre die Formulierung „kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person“ so zu verstehen, dass ein Ausschluss nur dann in Betracht kommt, wenn der ehrenamtlich Tätige allein die Vertretung des Begünstigten ausübt, dann wären die durch ein Kollegialorgan vertretenen juristischen Personen hinsichtlich einer möglichen Einflussnahme auf Entscheidungen der Gemeinde in einer günstigeren Lage als derjenige, der eine Einzelperson vertritt (zu diesem Problem beim § 22 GO a. F., VG Schleswig, Urt. vom 4.12.1968, Die Gemeinde 1969 S. 110). Im Übrigen trägt der im Rahmen eines Kollegialorgans mit der Vertretungsbefugnis Versehene gegenüber der juristischen Person die gleiche rechtliche Verpflichtung wie ein allein Vertretungsberechtigter, so dass die gleichen rechtlichen Grundlagen für die Annahme einer Interessenkollision vorhanden sind. (Rentsch/Ziertmann, Gemeindeverfassungsrecht SH Rz. 12 zu § 22 GO; Borchert/El Bureiasi, Rz. 24 zu § 22 Abs. 1 in PdK SH).
Die Tatsache, dass Herr Stolzenberg im Rahmen seiner Vorstandstätigkeit nicht unmittelbar mit der Vertretung des Vereins in der Gesellschafterversammlung der PIH EuE GmbH betraut ist, ist deshalb nicht geeignet, ein Mitwirkungsverbot entfallen zu lassen.

Die in dem Verwaltungsbericht erörterten Fragestellungen tangieren unmittelbar das von der Projektgruppe PIH entwickelte und von der PIH EuE GmbH zugrunde gelegte Realisierungskonzept, insbesondere im Hinblick auf die Frage der rechtlich belastbaren Übertragung der Kosten für Erschließungsmaßnahmen auf die PIH EuE GmbH als Vertragspartnerin der Hansestadt Lübeck.

Ein zumindest ideelles Interesse des BIRL e.V., in dessen faktischer Trägerschaft das Realisierungskonzept durch die dort gebildete Projektgruppe erarbeitet wurde, am Fortgang und der Umsetzung der von der Projektgruppe entwickelten Konzeption ist schon daraus abzuleiten, dass der Verein sich in der Realisierungsgesellschaft als Mitgesellschafter u.a. mit der Wahrnehmung gestalterischer Einflussnahme (Veto-Rechte) weiterhin engagiert. Hierfür streiten auch die Inhalte der in der Verantwortlichkeit des BIRL e.V. unterhaltenen Homepage www.hafenschuppen.de, die auf die Ur-

heberschaft der planerischen Konzeption aus der vereinseigenen Projektgruppe rekurrieren und die bisherige politisch und rechtlich erfolgreiche Umsetzung dieses Konzeptes.

Herr Stolzenberg ist deshalb seit Übernahme der Funktion als Vereinsvorstand (05.04.2017) bei der Thematik „Umsetzung des PIH-Konzepts auf der Nördlichen Wallhalbinsel“ auch nach § 22 Abs. 1 Nr. 6 GO als befangen anzusehen.

Verbotswidrige Mitwirkungen in Ausschüssen

Herr Stolzenberg hat erklärt, an keiner Gremiensitzung, in der es um die Beratung von Vorlagen betreffend die Bauleitplanung ging, beteiligt gewesen zu sein. Dies kann bestätigt werden, da Beratungen über die Bauleitplanung im Bauausschuss im Frühjahr 2018 erfolgten, also in den Zeitraum fielen, in welchem Herr Stolzenberg kein politisches Mandat innehatte (01.11.2016 bis 30.05.2018).
Wie eingangs dargelegt, kommen für den Zeitraum seiner Mitgliedschaft als bürgerliches Mitglied in diversen Ausschüssen in der letzten Wahlperiode im Zeitfenster vom 01.06.2013 bis 30.11.2016 nach hiesigem Kenntnisstand Befangenheitstatbestände nicht in Betracht.
Soweit Herr Stolzenberg in 2015 an der Konzeptionsentwicklung im Verein BIRL mitgewirkt hat, ist dies für die Prüfung von etwaigen Befangenheitstatbeständen irrelevant, da er als einfaches Vereinsmitglied keine gesetzliche Vertretungsfunktion innehatte.
Vorbehaltlich anderer Erkenntnisse scheiden deshalb mögliche Befangenheitstatbestände für die Mitwirkung von Herrn Stolzenberg in den Sitzungen des Bauausschusses im Zeitraum von 2013-2016 aus.

Die vom Büro der Bürgerschaft veranlasste Prüfung hat ergeben, dass in der laufenden Wahlperiode 2018/2023 das Thema Entwicklung Nördliche Wallhalbinsel zwei Mal Gegenstand von Gremienberatungen war:

- In der Sitzung des **Hauptausschusses am 12.02.2019** war Herr Stolzenberg als Ausschussmitglied anwesend, als unter TOP 3.5 auf eine Anfrage zur Entwicklung der Nördlichen Wallhalbinsel eine Antwort erteilt wurde. Eine aktive Mitwirkung von Herrn Stolzenberg etwa durch Wortbeiträge o. ä. hat es nicht gegeben.

- Der Sachstandsbericht VO/2019/07488 hat vor der Beratung in der Bürgerschaftssitzung am 20.06.2019 die Fachausschüsse für Kultur und Denkmalpflege, Wirtschaft sowie Bauen und den Hauptausschuss durchlaufen.

  Die Auswertung der vorliegenden Niederschriften ergab, dass Herr Stolzenberg an der Sitzung des **Ausschusses für Kultur- und Denkmalpflege am 11.06.2019** als Mitglied der Bürgerschaft teilgenommen hat und im Zuge der Beratung des Verwaltungsberichts unter TOP 2 durch eine Wortmeldung darauf hingewiesen hat, „dass die Politik in dem Bericht darum gebeten werde, der Verwaltung eine Handlungsempfehlung zu dem weiteren Verfahren zu geben.“ Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden hat der Ausschuss sodann den Bericht einstimmig als Zwischenbericht ohne weitere Handlungsempfehlungen zur Kenntnis genommen.

  Herr Stolzenberg hat des Weiteren in der Sitzung des **Hauptausschusses am 18.06.2019** an der Beratung des Sachstandsberichts mitgewirkt:
  Unter Tagesordnungspunkt 4.5 heißt es, dass Herr Stolzenberg darauf hinweist, „dass Seite 6 unter „Ergebnis“ einen Auftrag an die Verwaltung vorgebe. Aus den Beratungen in den Fachausschüssen gehe hervor, dass kein Bedarf bestehe, die Anhandgabe an die PIH zu hinterfragen. Herr Stolzenberg bittet daher um Zurückweisung des Berichtes.“
  Die Vorsitzende erklärte, dass der Bericht zunächst nur als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen werden könne, da noch Unterlagen fehlen, welche nachgereicht werden.
  Frau Senatorin Hagen führte hierzu ergänzend aus, dass der Bauausschuss den Bericht als

. . .

Zwischenbericht zur Kenntnis genommen und hinsichtlich des letzten Absatzes festgestellt habe, dass kein Handlungsbedarf bestehe.
Der Hauptausschuss hat sodann einstimmig entsprechend der Beschlussfassung im Bauausschuss entschieden.

Herr Stolzenberg unterlag bei den Vorberatungen des Sachstandsberichts Vorlage-Nr. 2019/07488 im Ausschuss für Kultur-und Denkmalpflege sowie im Hauptausschuss gleichermaßen wie in der Sitzung der Bürgerschaft vom 20.06.2019 den dargestellten Mitwirkungsverboten.

Rechtliche Folgen einer verbotswidrigen Mitwirkung

Nach § 22 Abs. 5 Nr. 1 GO hat ein Verstoß gegen Mitwirkungsverbote jedoch dann keine Auswirkungen auf gefasste Beschlüsse, wenn im Falle einer Abstimmung die Mitwirkung der unter die Ausschließungsgründe fallenden Person für das Abstimmungsergebnis nicht entscheidend war. Diese Voraussetzung ist vorliegend durch die einstimmig erfolgten Beschlussfassungen im Ausschuss für Kultur- und Denkmalpflege sowie im Hauptausschuss gegeben. Gegenstand dieser Beschlussfassungen waren zudem keine Sachbeschlüsse, sondern ausschließlich Empfehlungen an die Bürgerschaft.

Tatjana Voskuhl

Anl. 1 Übersicht Ausschussmitgliedschaften Herr Stolzenberg

Detlev Stolzenberg Lübeck, 2. September 2019

Stellungnahme zur Prüfung der Befangenheit durch den Bereich Recht vom 26.08.2019

Der Bereich Recht kommt bei der Prüfung der Befangenheit meiner Person in Verbindung mit dem Verwaltungsbericht zur Umsetzung des PIH-Konzeptes auf der Nördlichen Wallhalbinsel zum Ergebnis, dass aufgrund meiner beruflichen Befassung mit dem Bebauungsplan die von der Bürgerschaft festgestellte Befangenheit nicht zu beanstanden sei. In Verbindung mit meiner Arbeit im Vorstand der Bürgerinitiative Rettet Lübeck e. V. (BIRL) wird ausgeführt, dass eine Befangenheit bei der Thematik „Umsetzung des PIH-Konzeptes auf der Nördlichen Wallhalbinsel" vorläge.

Für sonstige Sachverhalte, die Mitwirkungsverbote nach § 22 Abs. 1 oder 2 GO begründen könnten, wurden aufgrund der Fakten keine Anhaltspunkte festgestellt.

Die Bewertung des Bereiches Recht kann nicht nachvollzogen werden. Die benannten Kriterien gehen über die in § 22 Gemeindeordnung (GO) definierten Anforderungen hinaus. Es werden Sachverhalte konstruiert, die tatsächlich nicht vorlagen. Tatsache ist, dass ich in keiner Angelegenheit tätig wurde oder an einer Entscheidung mitgewirkt habe, bei der objektiv betrachtet der Anschein gegeben war, für mich oder als Mitglied des Vereinsvorstandes für die BIRL, einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil erhalten zu können.

Grundlage der benannten Ausschließungsgründe nach Gemeindeordnung sind die Regelungen in Nr. 1 und Nr. 6 im Absatz 1 des § 22 GO:

„Abs. 1 Ehrenbeamtinnen und -beamte oder ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger dürfen in einer Angelegenheit nicht ehrenamtlich tätig werden, wenn die Tätigkeit oder die Entscheidung in der Angelegenheit Nr. 1 ihnen selbst (….) oder Nr. 6 einer von ihnen kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person, einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann."

Die Bestimmungen zu Nr. 1 betreffen meine berufliche Befassung mit dem Bebauungsplan zur Nördlichen Wallhalbinsel, die Bestimmungen zu Nr. 6 betreffen meine ehrenamtliche Vorstandsarbeit in der Bürgerinitiative Rettet Lübeck e. V. (BIRL).

Berufliche Befassung mit dem Bebauungsplan

Im Bericht des Bereiches Recht zur möglichen Befangenheit aufgrund meiner beruflichen Befassung mit dem Bebauungsplan wird unterstellt, dass im Rahmen der Beratung des Verwaltungsberichtes zur Umsetzung des PIH-Konzeptes jederzeit in den Gremien ein Antrag auf Änderung der Erschließungsanlagen hätte gestellt werden können und dies dann Auswirkungen auf den Bebauungsplan haben könnte. Unmittelbare Vor- oder Nachteile werden mit Mehraufwand bei den Planungsleistungen begründet.

Diese Argumentation konstruiert eine Befangenheit, die tatsächlich nicht zutrifft. Anträge auf Änderung der PIH-Konzeption, die Auswirkungen auf den Bebauungsplan haben könnten, gab es nicht, weder in den vorbereitenden Ausschusssitzungen noch in der Sitzung der Bürgerschaft.

Es ist nicht möglich, alle vorstellbaren Konstellationen zu Beratungsthemen zu bedenken, die gar nicht Beratungsgegenstand sind. Die Mitwirkungsverbote können nur greifen, wenn unmittelbare Vorteile oder Nachteile aus der Tätigkeit oder Entscheidung in der Angelegenheit, denkbar erscheinen. Bei der Beratung des Verwaltungsberichtes zur Umsetzung des PIH-Konzeptes einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil zu vermuten,

weil möglicherweise ein Antrag zum Bebauungsplaninhalt hätte gestellt werden können und dieser dann honorarrelevante Auswirkungen haben könnte, ist völlig abstrakt.

Hätte es konkrete Anträge zur Veränderung des Konzeptes oder zum Bebauungsplan gegeben, bei denen unmittelbare Vorteile oder Nachteile denkbar erscheinen könnten, hätte ich selbstverständlich ab diesem Zeitpunkt nicht mehr an der Beratung teilgenommen. Diese gab es aber nicht, weder in den Fachausschüssen noch in der Bürgerschaft. Deshalb kann auch kein Anschein einer möglichen unmittelbaren Vorteil- oder Nachteilnahme vermutet werden.

Vorstandsmitgliedschaft im gemeinnützigen Verein BIRL

In den Bewertungen des Bereiches Recht wird zutreffend kein wirtschaftliches Interesse des BIRL e. V. am Gelingen des PIH-Konzeptes unterstellt. Allerdings wird zumindest ein ideelles Interesse gesehen. Daraus schließt der Bereich Recht, es sei seit der Übernahme der Funktion im Vereinsvorstand bei der Thematik „Umsetzung des PIH-Konzeptes" eine Befangenheit gegeben. Worin dieses ideelle Interesse besteht wird vom Bereich Recht nicht ausgeführt.

Diese Schlussfolgerung trifft nicht zu. Auch im Falle einer Person, die in einem Vereinsvorstand mitarbeitet, muss nach der Gemeindeordnung die Voraussetzung erfüllt sein, dass „unmittelbare Vorteile oder Nachteile" möglich erscheinen. Weiterhin ist eine Befangenheit nach § 22 Abs. 3 GO zu verneinen, „...wenn der Vorteil oder Nachteil nur darauf beruht, dass eine Person einer Berufs- oder Bevölkerungsgruppe angehört, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden." Dies ist bei der Mitwirkung im Vereinsvorstand des gemeinnützigen Vereins BIRL e. V. in Verbindung mit den Hafenschuppen auf der Nördlichen Wallhalbinsel zu beachten.

Die Mitwirkung der BIRL in der PIH EuE GmbH dient ausschließlich dazu, eine attraktive Gestaltung der Hafenschuppen zu erhalten. Es bestehen keine wirtschaftlichen Gewinnabsichten. Auch ideelle Einzelinteressen werden durch die BIRL nicht verfolgt. Vielmehr dienen der Erhalt und die denkmalgerechte Gestaltung der Hafenschuppen dem gemeinsamen Interesse einer Bevölkerungsgruppe. Deshalb sind die Ausschließungsgründe nach der Gemeindeordnung hier explizit nicht anzuwenden.

Schlussbemerkung

Bei der beruflichen Befassung mit dem Bebauungsplan gab es zu keiner Zeit Beratungsgegenstände, die die Möglichkeit inhaltlicher Veränderungen des Bebauungsplanes vorstellbar machten. Dies war weder in den Fachausschüssen der Fall noch in der Bürgerschaft.

Die Mitarbeit im Vereinsvorstand der BIRL zielt nicht auf wirtschaftliche Einzelinteressen ab, sondern ausschließlich auf ideelle Gemeinwohlinteressen einer Bevölkerungsgruppe. Damit sind die Anforderungen der Ausschließungsgründe hier ebenfalls nicht erfüllt.

Fakt ist, dass nach § 22 Abs. 1 GO eine berufliche Befassung mit einer Angelegenheit für sich allein kein Ausschließungsgrund darstellt. Auch die Mitgliedschaft in einem Vereinsvorstand ist für sich allein kein Ausschließungsgrund bei einer Angelegenheit. Vielmehr müssen immer individuelle Einzelinteressen vorliegen und der Anschein einer unmittelbaren Vorteil- oder Nachteilnahme möglich erscheinen. Einem objektiven Dritten wird bei näherer Betrachtung deutlich, dass diese Voraussetzungen bei der Beratung des Verwaltungsberichtes zur Umsetzung des PIH-Konzeptes zu keiner Zeit bestanden.

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08081
öffentlich

Lübeck, 22.08.2019

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz

Bearbeitung: Andrea Witt (E-Mail: andrea.witt@luebeck.de Telefon: 3930)

Klimanotstand - Anforderungen an den Haushalt 2020

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
16.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
12.11.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
19.11.2019	Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
28.11.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:
Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck hat am 23.05.2019 den Klimanotstand festgestellt (VO/2019/07738). Aufgrund der frühen Haushaltaufstellung im September 19 konnten für die Umsetzung des Beschlusses die notwendigen finanziellen und personellen Voraussetzungen nicht mehr rechtzeitig aufgenommen werden.

Verfahren:
Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: entfällt
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
[ ] Ja
[x] Nein
Begründung: Ergebnisse der Einwohnerversammlung und der ersten Steuerungsgruppe aufgenommen.

Die Maßnahme ist:
[x] neu
[ ] freiwillig
[ ]

Finanzielle Auswirkungen:
[ ] Nein
[x] Ja (siehe Bericht)

Bericht:
Die Bürgerschaft hat im Mai 2019 den Klimanotstand festgestellt. In der Folge fand am 28. Juni auf Einladung des Bereichs Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz (UNV) die erste Sitzung der **fachbereichsübergreifenden Steuerungsgruppe Klimaschutz** statt, um über wichtige Ansatzpunkte aus Sicht der Verwaltung, inklusive ausgewählter Eigenbetriebe und Beteiligungen zu beraten. Alle Beteiligten betonten die Wichtigkeit der Vorbildfunktion der Stadtverwaltung und signalisierten hohes Interesse, Willen und Bereitschaft zur Unterstüt-

zung der in ihren Organisationseinheiten klimarelevanten Themen. Im Anschluss starteten thematische Gespräche in kleinerer Runde, weitere Gespräche sind bereits terminiert und werden bis Ende 2019 geführt, um einen ersten Maßnahmenkatalog der Bürgerschaft möglichst noch im Jahr 2020 vorzulegen. Am 24. Juni 2019 hatte die Stadtpräsidentin zur **Einwohnerversammlung** mit dem Schwerpunkt Klimaschutz eingeladen. Die Anträge aus der Einwohnerversammlung liegen vor. Am Rande dieser Versammlung wurden die Bürger/innen über ihre Schwerpunktsetzung zu Klimaschutzthemen befragt. Bei der Auswertung der Antworten standen die Wünsche nach Steigerung der Attraktivität des Radwegenetzes, des erweiterten ÖPNV-Angebots sowie des umweltfreundlichen und fairen Konsums ganz vorne. Weitere inhaltliche Austausche mit lokalen Akteuren wie dem Seniorenbeirat und außerstädtischen Fachleuten u.a. der Klimaschutzabteilung der Stadt Kiel folgten. Eine mitwachsende **Internetseite zu Klimaschutzbelangen** für alle Beteiligten und die interessierte Öffentlichkeit wurde mit dem Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kurzfristig erarbeitet.
Die Teilnahme Lübecks am **European Energy Award** als Managementtool für Klimaschutz soll zum 01.10.2019 starten (siehe 4. Managementtool zum Klimaschutz)

1. Strategische Weichenstellungen

Die folgende Struktur dient in Zukunft der Verfolgung der Einsparziele des Pariser Klimaschutzabkommens (Schaubild siehe Anlage).

Zur Bewältigung der großen Herausforderungen im Klimaschutz müssen zunächst die verwaltungsinternen Strukturen erweitert werden. In einem ersten Schritt ist die Klimaleitstelle des Bereichs UNV **personell zu stärken**, um die Aufgaben einzuleiten, Impulse zu setzen, nachhaltig und wirksam den Prozess mit allen Beteiligten zu steuern und zu koordinieren. Insbesondere sollen Ergebnisse zusammengetragen, auf CO_2 Einsparpotentiale bewertet und den politischen Gremien berichtet werden.
Klimaschutz ist eine **Querschnittsaufgabe**, die in viele Arbeitsbereiche hineinmündet. Um den Fokus Klimaschutz zu stärken bedarf es der fachlichen Expertise und Zuarbeit durch die Klimaleitstelle. Dieser Wunsch wurde mehrfach als dringend an die Klimaleitstelle herangetragen. Zwar werden Klimaschutzaufgaben in anderen Bereichen mitgedacht, das große Potential kann nur gehoben und der Fokus auf Klimaschutz gesetzt werden, wenn Spezialisten mit entsprechender Ausbildung in den verschiedenen Arbeitsgebieten eingebunden sind und zuarbeiten. Aufgrund der Arbeitsverdichtung ist es in den Fachabteilungen nicht möglich jeweils selbst diese Zusatzkompetenzen zu erwerben und umzusetzen. Ein großer **Synergieeffekt** tritt ein, wenn die Kompetenzen gebündelt werden und allen zentral zur Verfügung gestellt werden können.
Darüber hinaus nimmt Lübeck an dem **European Energy Award**(eea) als Managementtool für Klimaschutz teil, um die Klimaschutzmaßnahmen professionell zu entwickeln, zu begleiten und deren Erfolg zu überprüfen. Gelebte Praxis in anderen Kommunen hat gezeigt, dass die Kosten für Energieeinsparmaßnahmen mehrfach wieder eingespart werden.
Weiterhin soll neben der bereits eingerichteten **städtischen Steuerungsgruppe** ein **stadtweites Klimaforum** sicherstellen, dass die Kompetenz der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Bürgergesellschaft in den gesamten Prozess einfließen. Klimaschutz ist auch eine Chance am Hochschulstandort Lübeck zukunftsfähige Technologien zu entwickeln und voranzutreiben. Die Öffentlichkeitsbeteiligung wird zunächst über die Klimaschutzseite und später über das breiter aufgestellte Format Lübeck überMORGEN erfolgen..
Für die **Bewertung der Auswirkungen aller kommunalen Entscheidungen** (Beschluss der Bürgerschaft vom Mai 2019) auf das Klima müssen Regularien mit allen anderen städtischen Bereichen und Fachbereichen erarbeitet werden. Bei klimarelevanten Vorlagen ist eine regelmäßige Teilnahme einer Fachkraft aus der Steuerungsgruppe K in den entsprechenden Ausschusssitzungen einzurichten.
Alle diese Aktivitäten sollen in einen **Masterplan Klimaschutz** für Lübeck zusammengeführt werden.

2. Fachliche Ziele

Betrachtet werden müssen unter anderem die folgenden Schwerpunkte:

Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien

Ziele für den **eigenen Gebäudebestand** sind, das Energiemanagement auszubauen und neben Energieeinsparungsmaßnahmen die Nutzung erneuerbarer Energien zu steigern. Dabei bilden die bisher weitgehend ungenutzten Dachflächen ein großes Potential im knappen Stadtraum. Auch Schulgebäude haben ein großes Handlungs- und Einsparpotential. So gibt es verschiedene attraktive Förderprogramme, die nur genutzt werden können, wenn vor Antragstellung ausgearbeitete Konzepte vorliegen. Dabei könnte an vorhandene Strukturen angeknüpft und bereits bestehende engagierte Initiativen eingebunden werden (Fridays for Future, schulinterne Initiativen).
Das Einsparpotential für **Gebäude in privatem Besitz** ist schwieriger zu erschließen, deshalb ist dabei der Zusammenschluss mit externen Partnern vor Ort (HWK, IHK, Heizungsinnung, Immobilienverbände, Verbraucherzentrale etc.) sinnvoll.
Ziel für den **Neubau** ist Klimaneutralität, die auf unterschiedlichen Wegen erreicht werden kann. Ein wichtiger Hebel dafür ist die Verankerung in der **Bauleitplanung**. Auf der Umsetzungsebene können bei der Vergabe neuer Baugebiete für städtische Flächen Klimaschutzkriterien eingeführt werden, die in **städtebaulichen und privatrechtlichen Verträgen** gesichert werden können.
Die **Wärmeversorgung** muss neben der Betrachtung von Einspar- und Effizienzpotentialen letztendlich in Zukunft überwiegend auf erneuerbare Energien umgestellt werden.

Mobilität und Förderung des Umweltverbundes
Um die Pariser Einsparziele zu erreichen braucht es eine übergeordnete strategische **am Klimaschutz orientierte Verkehrsplanung**. Ansatzpunkte sind die Betrachtung von Ampelschaltungen, die Ausgestaltung von Wegeführungen oder die Aufteilung des Straßenraumes. Die **Verbesserung der Radinfrastruktur** birgt ein großes Potential für Klimaschutz im Verkehrssektor. Neben der zügigen **Sanierung und Überprüfung des Bestandes** ist die Schaffung von **sicheren Abstellmöglichkeiten (Fahrradparkhaus, -stationen)** und weiteren Platzangeboten ein erstes wichtiges Ziel.
Die **öffentlichen Verkehrsmittel** sind eine weitere große Chance. Die Prüfung von neuen Preismodellen, dichterer Taktung und einem erweiterten Netz sind zu prüfen. Darüber hinaus kann u. a. über weitere Attraktivitätssteigerung bei **Jobtickets** nachgedacht werden.

Konsum und Entsorgung

Diese haben einen größeren Einfluss auf das Klima als den meisten bewusst ist. Durch verstärkte Bildungsarbeit kann vermittelt werden, dass Konsum die CO_2-Bilanz deutlich beeinflussen kann. Neben der **Öffentlichkeitsarbeit** steht der stadteigene Verbrauch im Fokus. Die **Ökobilanz** von Baumaterialien, Mobiliar und Verbrauchsgütern wie Papier wird bei der öffentlichen Beschaffung zum Auswahlkriterium und in die Ausschreibungen integriert. Die erfolgreiche Mitarbeit in der Steuerungsgruppe **Fairtrade**-Stadt Lübeck soll fortgesetzt und intensiviert werden.

Maßnahmen zum Flächenmanagement

Die Betrachtung von urbanen Flächen aus Sicht des Klimaschutzes ist ein weiteres wichtiges Thema. Dies wird in dem bereits laufenden Bundesförderprojekt „Anpassung an den Klimawandel“ bearbeitet und soll den Gremien in Kürze vorgestellt werden.

3. **Aktuelle und zukünftige Aufgaben der Klimaleitstelle**:

Seit dem Ende der Förderung für die Stelle des Klimaschutzmanagements im Oktober 2018 stehen aktuell nur noch **zwei halbe Planstellen** für die Umsetzung von Klimaschutzaktivitä-

ten im Bereich UNV zur Verfügung. Verwaltungsinterne Schwerpunkte sind bisher u.a. Stellungnahmen zu städtischen Planverfahren, Fördermittelbeantragung, Treibhausgasbilanzierung sowie die Durchführung einzelner Klimaschutzmaßnahmen, z. B. die Einrichtung eines gemeinsamen Fahrzeug- und Fahrradpools im VZM, Durchführung des Runden Tisches „Wir für Mehrweg“. Auch für die Öffentlichkeit wurden Projekte initiiert, begleitet und umgesetzt. Beispiele sind die Aktion Stadtradeln sowie Kampagnen zur Heizungsoptimierung für private Haushalte und zum Ökoprofit für Lübecker Unternehmen. Gemeinsame Veranstaltungen mit lokalen und überregionalen Kooperationspartnern und die Vernetzung mit anderen Akteuren im Klimaschutz wie „Klima pro Lübeck“ ergänzen das Aufgabengebiet.
Eine bereits im Haushaltsplan 2020 aufgenommene **neue Stelle** soll die ausgelaufene Klimamanagerstelle ersetzen, damit diese Aufgaben wieder komplett erledigt werden können. Darüber hinaus soll diese Stelle die Koordination der verwaltungsinternen Steuerungsgruppe zum Klimaschutz und die Koordination der Teilnahme am European Energy Award übernehmen.
Mit Blick auf die neuen, von der Bürgerschaft beschlossenen Aufgaben zum Klimaschutz bedarf es einer Verstärkung der Klimaleitstelle um **2 weitere Mitarbeiter:innen** im Bereich UNV. Es wird daran gearbeitet, unterjährig 2019/2020 entsprechende Stellen im Stellenplan bzw. im neu geschaffenen Stellenpool der Verwaltung zur Verfügung zu stellen, die haushaltsplanmäßige Ordnung ist 2021 herzustellen.

Stelle 1 für die
- Beratung und Mitwirkung bei der „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ in Beschlussvorlagen
- Erstellung von regelmäßigen Berichten für die politischen Gremien, u.a. eines Jahresberichtes zur Lübecker Energie- und Klimaschutzbilanz
- Fachliche Expertise und Zuarbeit für andere Bereiche und Beteiligungen
- Erstellung eines fachbereichsübergreifenden Masterplans „Klimaschutz“ und weiterer Konzeptbausteine
-

Stelle 2 für die
- Einrichtung und Betreuung des Klimaforums
- Externe Kommunikation und Kooperation mit der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Politik, Verbänden
- Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit und der Kommunikation mit den lokalen Institutionen, Vereinen, Verbänden und der Bürgergesellschaft
- Geschäftsstelle Klimaforum

4. Managementtool zum Klimaschutz

Der „European Energy Award“ ist ein Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren mit dem die Energie- und Klimaschutzaktivitäten der Kommune erfasst, bewertet, geplant, gesteuert und regelmäßig überprüft werden. Der eea-Prozess lässt sich grob in 3 Arbeitsschritte untergliedern:
- Schritt 1: Ist-Analyse inkl. Erstbewertung
- Schritt 2: Aufstellung eines mehrjährigen Arbeitsprogramms (Maßnahmenplan)
- Schritt 3: Verstetigung des Prozesses mit regelmäßiger Erfolgskontrolle und Fortschreibung des Arbeitsprogramms.

Ein über die Steuerungsgruppe einzurichtendes stadtinternes Energieteam führt unter Beteiligung eines externen Beraters den eea-Prozess für folgende sechs Handlungsfelder durch:
- Entwicklungsplanung und Raumordnung
- Kommunale Gebäude und Anlagen
- Versorgung und Entsorgung
- Mobilität
- Interne Organisation sowie
- Kommunikation und Kooperation.

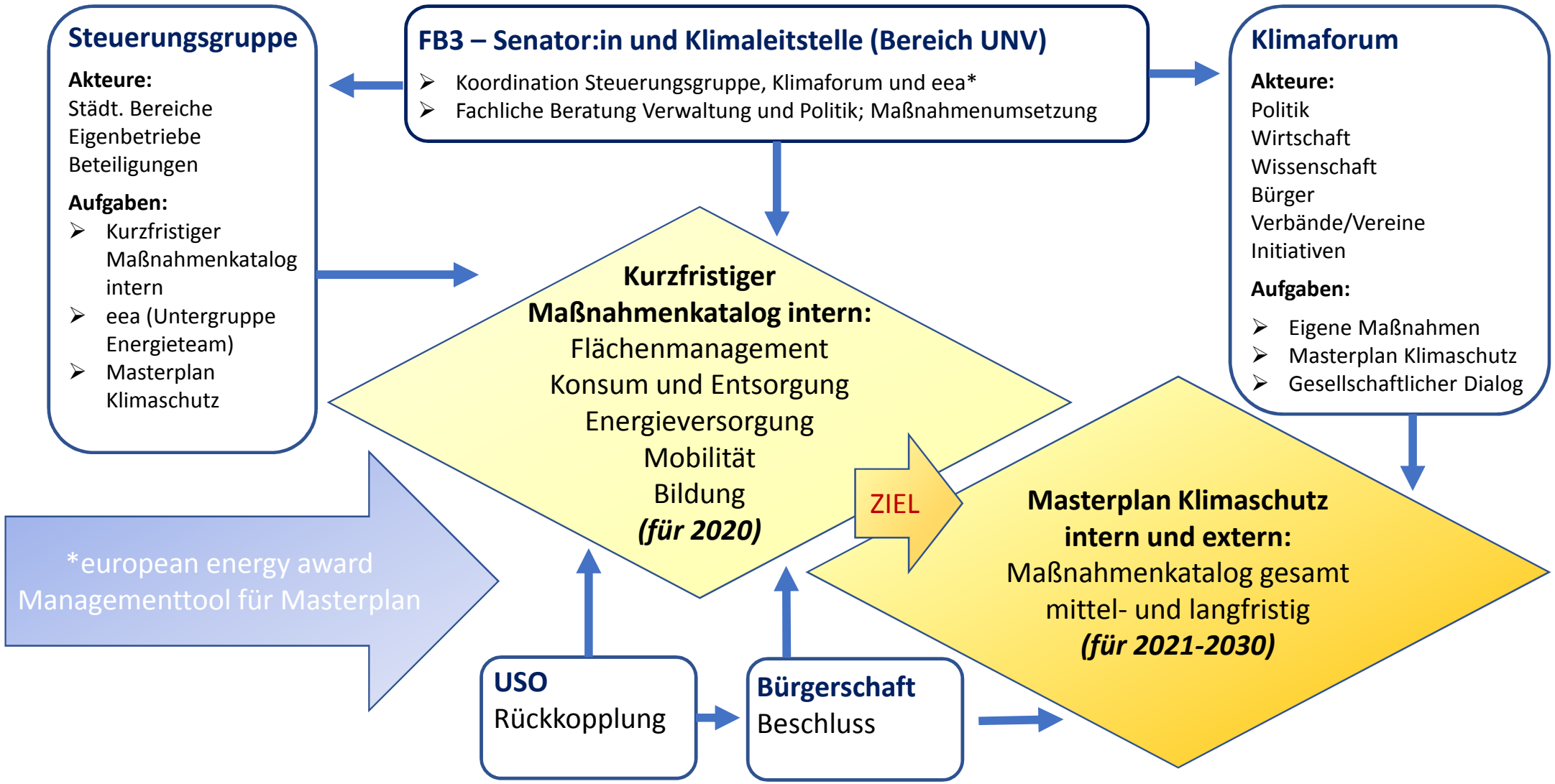
Sobald die Zielerreichung über 50% liegt, kann eine externe Auditierung beantragt werden. Bei erfolgreicher Durchführung darf sich die Kommune „Europäische Energie- und Klimaschutzkommune“ für die Dauer von 4 Jahren nennen. Die Projektkosten belaufen sich im Verlauf von 4 Jahren auf insgesamt ca. **50.000 EUR**. Diese Investition wird nach Aussage von anderen teilnehmenden Kommunen durch Einsparungen von Energiekosten der Kommunen um ein Vielfaches amortisiert.

Anlagen :

1. Schaubild Organisation Klimaschutz der Stadt Lübeck
2. eea-Presseinfo

Senator Ludger Hinsen

KLIMASCHUTZ IN DER HANSESTADT LÜBECK



european
energy award

eea®-Presseinfo

Bundesgeschäftsstelle des European Energy Award®
c/o B.&S.U. Beratungs- und Service-Gesellschaft Umwelt mbH
Geschäftsführer Dr. Armand Dütz
Saarbrücker Str. 38A, 10405 Berlin

Für Rückfragen
Leonard Meyer, 030 3904257, lmeyer@bsu-berlin.de,

Stand April 2009

Inhaltsverzeichnis

european energy award

1.	Ablauf in der Kommunen, Aufgaben Energie-Team	- 3 -
1.1	Prozessmanagement und Auszeichnung	- 3 -
1.2	Teilnahmevoraussetzungen und Energieteam	- 3 -
1.3	Instrumente und Handlungsfelder	- 3 -
1.4	Maßnahmeplan	- 4 -
1.5	Auszeichnung	- 4 -
2.	Factsheet / Textbausteine	- 5 -
3.	Strukturen, weiterführende Informationen, Links	- 7 -
3.1	B.&.S.U. mbH als deutsche Bundesgeschäftstelle und die CL GmbH	- 7 -
3.2	eea® im Internet	- 7 -
4.	Kommunikations- und Gestaltungsregeln	- 8 -
4.1	Verwendung der Begriffe im Lauftext	- 8 -
4.2	Logoanwendung	- 8 -

1. Ablauf in der Kommunen, Aufgaben Energie-Team

1.1 Prozessmanagement und Auszeichnung

Der European Energy Award® oder kurz eea® ist ein Prozessmanagementsystem für eine umsetzungsorientierte Energie- und Klimaschutzpolitik in Kommunen. Ablauf und Struktur des eea® entspricht standardisierten Qualitätsmanagementsystemen und ist somit mit modernen Managementsystemen für Kommunen kompatibel. Verbunden mit dem Qualitätsmanagementsystem ist die Auszeichnung erfolgreicher Kommunen mit dem European Energy Award®.

Grundlage des European Energy Award® ist ein Managementzyklus, der aus den Phasen „Analysieren - Planen - Durchführen - Prüfen -Anpassen" besteht. Der Prozess wird durch die Schritte der „externe Zertifizierung" und „Auszeichnung" ergänzt.

1.2 Teilnahmevoraussetzungen und Energieteam

Um am eea® teilnehmen zu können muss sich die Kommune mit einem politischen Beschluss zur Teilnahme bekennen und ein Energieteam bilden. Das Energie-Team ist die „Entwicklungszentrale", der „Motor "der energiepolitischen Arbeit und ist für die Umsetzung des Prozessmanagementsystems European Energy Award® in der Kommune verantwortlich und besteht in der Regel 4 -10 Personen. Das Team setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Fachbereiche der Verwaltung, der Eigenbetriebe sowie ggf. engagierten Bürgern und evtl. auch Mandatsträgern zusammen, die sich im Rahmen ihrer Tätigkeit mit energierelevanten Themen beschäftigen.

Der Prozess in der Kommune wird durch einen speziell dafür qualifizierten sowie akkreditierten eea® Berater (Energieberater und Prozessmanager) begleitet.

1.3 Instrumente und Handlungsfelder

Für die Arbeit des Energieteams stehen zahlreiche Instrumente zur Verfügung, für die erste Arbeitsphase im Wesentlichen das Audit-Tool, strukturierte Fragenbögen sowie das eea® Handbuch.

Mit Hilfe des Audit-Tools bzw. der Fragebögen wird zunächst der Ist-Stand der kommunalen Energie- und Klimapolitik erfasst und bewertet.

Folgende 6 Handlungsfelder kommunaler Energiepolitik werden untersucht und bewertet:

- Entwicklungsplanung, Raumordnung (innovative Stadt- sowie Bauleitplanung, Baubewilligung, -kontrolle sowie Bauberatung)
- Kommunale Gebäude und Anlagen (Energiemanagement kommunaler Gebäude, Nutzung erneuerbarer Energien, Straßenbeleuchtung)
- Ver- und Entsorgung (Strom und Wärme, Wasserversorgung, Abwasserbehandlung, Abfall)
- Mobilität (Mobilitätsmanagement, Verkehrsberuhigung, nicht motorisierter Verkehr, ÖPNV, Mobilitätsmarketing)
- Interne Organisation - mit Blick auf Energie- und Klimapolitik (Interne Strukturen und Arbeitsprozesse, z.B. Beschaffung, Finanzierung, Förderprogramme)
- Kommunikation und Information (externe Kommunikation, Kooperation und Zusammenarbeit mit Wirtschaft, anderen Kommunen, Verbänden sowie die Unterstützung privater Aktivitäten)

Im Energieteam erfolgt gemeinsam mit dem eea® Berater die Bewertung in einem Punktesystem. Das Ergebnis wird in einem Stärken- und Schwächenprofil zusammengefasst und kann danach mit anderen Kommunen verglichen werden.

Der eea® bietet zum einen den Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen an, zum anderen stehen die Beispieldatenbank „Kommunale Energie" sowie ein „100 % Maßnahmenkatalog der idealen Kommune" zum Vergleich und Austausch von Ideen zur Verfügung.

1.4 Maßnahmeplan

Das Energieteam sowie der eea® Berater stellen nach der Analysephase das Energiepolitisches Arbeitsprogramm auf. Dieses ist der Fahrplan der Kommune für die kommunale Energie- und Klimaschutzpolitik für die nächsten 3 bis 5 Jahre und wird durch einen jährlichen Maßnahmenplan untersetzt, der die konkreten Maßnahmen, die Verantwortlichen und das notwendige Budget für ein Jahr festlegt. Das Verfahren schreibt eine verbindliche politische Beschlussfassung dieser Maßnahmeplanung vor.

Mindestens einmal im Jahr wird die Tätigkeit des Energieteams in einem internen Re-Audit zusammen mit dem eea® Berater überprüft, die Maßnahmeplanung aktualisiert und die Entwicklung bewertet und wiederum den politischen Gremien vorgelegt.

1.5 Auszeichnung

Die Auszeichnung der Kommune mit den European Energy Award® erfolgt, wenn ein unabhängiger externer eea® Auditor die Bewertung überprüft hat und die erreichte Punktzahl über 50 % der für die Kommune erreichbaren Punkte liegt.

Bei 50 % und mehr Punkten wird der European Energy Award® durch die deutsche Bundesgeschäftsstelle des eea® verliehen. In der Regel wird die Auszeichnung von dem zuständigen Minister des jeweiligen Bundeslandes vorgenommen.

Erreicht eine Kommune 75 % wird der European Energy Award® Gold durch das Europäische Forum European Energy Award e. V. verliehen.

Die Auszeichnung ist drei Jahre lang gültig und muss in einem erneuten Audit bestätigt werden.

2. Factsheet / Textbausteine

Kurzübersicht zum European Energy Award ® (eea®)

Hintergrund	Der European Energy Award ist in mehreren europäischen Projekten als europäisches Instrument für das Qualitätsmanagement der Energiepolitik in Gemeinden entwickelt worden. Anlass für die Entwicklung des eea® in Deutschland war eine Evaluierung von lokalen und regionalen Energiekonzepten. Wichtigstes Ergebnis dieser Evaluation war, dass sich die meisten dieser Konzepte in Ist-Analysen von Teilbereichen und kommunalen Teilaufgaben wie z.B. dem öffentlichen Gebäudebestand erschöpften und dass viele dieser Konzepte nach ihrer Fertigstellung in den Schubladen der Verwaltungen verstaubten. Methodisch baut der eea® auf dem seit mehr als 10 Jahren etablierten Schweizer Label „Energiestadt " und dem daraus abgeleiteten e5 - Programm in Vorarlberg in Österreich auf.
der eea® ist	Der European Energy Award® ist das Programm für umsetzungsorientierte Klimaschutzpolitik in Kommunen. Es ist prozessorientiert angelegt und dient der Verbesserung der kommunalen Energiepolitik (Energieeinsparung, effizienten Nutzung von Energie und der Steigerung des Einsatzes regenerativer Energien) sowie der Bewertung der kommunalen Energiepolitik.
Umsetzung eea® Prozess	150 Kommunen nehmen derzeit in Deutschland teil
	44 mit dem European Energy Award® ausgezeichnet. (zertifiziert mit mehr als 50% der Punkte) und 6 erhielten den European Energy Award® Gold (mehr als 75% der Punkte).
	Spektrum von Kiel im Norden bis nach Oberstdorf ganz im Süden und von Görlitz, der östlichsten Stadt Deutschland bis nach Roettgen im Westen.
	Von den insgesamt 150 Kommunen nehmen 63 aus NRW, 37 aus BW, 22 aus Bayern, 17 aus Sachsen, 6 aus Niedersachsen, 2 aus Bremen, und je 1 aus Hessen, Thüringen, Schleswig-Holstein am European Energy Award® teil. Der European Energy Award® wird in 4 Bundesländern (NRW, BW, BY, Sachsen) durch länderspezifische Programme gefördert.
	Das Qualitäts- und Managementsystem erreicht derzeit in Deutschland mehr als 10 Mio. Einwohner. Die kleinste Gemeinde hat dabei nur 1.152 Einwohner (Ascha, Bayern) und die größte Stadt verfügt über 590.000 Einwohner (Dortmund, NRW).
	In Deutschland werden die teilnehmenden Kommunen von 72 akkreditierten eea® Beraten betreut, wobei die meisten in Baden-Württemberg tätig sind. Die externen Audits werden von insgesamt 5 akkreditierten Auditoren durchgeführt.

	Der eea® soll in Zukunft nicht nur in Kommunen angewendet werden, sondern auch Kreise sollen Ihre Energiepolitik mit dem eea® verbessern können. Daher wird zurzeit der Modellversuch Kreise umgesetzt, an dem 7 Kreise teilnehmen: Warendorf, Görlitz, Ravensburg, Gütersloh, Böblingen, Vogtland und der Rheinisch - Bergische Kreis. Ab 2010 soll das Instrumentarium für alle Kreise zur Verfügung stehen.
International	Der eea® wird in 10 Ländern angewendet: Deutschland, Frankreich, Schweiz, Österreich, Italien, Litauen, Tschechien, Holland, Irland und Lichtenstein.
	Insgesamt nehmen in Europa derzeit weit mehr als 500 Kommunen teil
	Der eea® wurde im Rahmen des „Covenant of Mayors" als Benchmark of Excellence vorgeschlagen. Der Covenant of Mayors ist eine Initiative der Europäischen Kommission, um im Bündnis von Städten und Gemeinden in Europa engagierte Klimaschutzziele umzusetzen.

3. Strukturen, weiterführende Informationen, Links

3.1 B.&.S.U. mbH als deutsche Bundesgeschäftstelle und die CL GmbH

Die Communal Labels GmbH in Zürich (CL GmbH) hat das Qualitätsmanagementsystem und Auditierungsverfahren „European Energy Award®" für kommunale Energiepolitik entwickelt.

Zum Zwecke der Kennzeichnung dieses Verfahrens und zum rechtlichen Schutz des Auditierungsverfahrens hat die CL GmbH eine Wort-Bild-Marke geschaffen, die als internationale Marke nach dem Madrider Abkommen registriert ist.

Die Communal Labels GmbH besitzt die Rechte am European Energy Award® (eea®) und ist Lizenzgeberin für die Nutzungsrechte an der Wort-Bild-Dienstleistungsmarke European Energy Award®.

Die B.&.S.U. Beratungs- und Service-Gesellschaft Umwelt mbH ist die Bundesgeschäftsstelle des eea® in Deutschland und vergibt in dieser Funktion Unterlizenzen der Nutzungsrechte an der Wort-Bild-Dienstleistungsmarke European Energy Award® an Regionale Träger (Landesministerien) und Kommunen. Sie koordiniert den eea® in Deutschland.

B.&S.U. Beratungs- und Service-Gesellschaft Umwelt mbH
Geschäftsführer: Dr. Armand Dütz
Saarbrücker Str. 38A, 10405 Berlin
Am Hofgarten 3, 53113 Bonn
Schlüterstr. 29, 01277 Dresden

3.2 eea® im Internet

B.&.S.U. mbH www.bsu-berlin.de

Übersicht Kommunen und Karte, Kosten, Presse usw.: www.european-energy-award.de

Deutschlandweite Best Practice Datenbank: www.kommen.nrw.de

Internationale Seite: www.european-energy-award.eu

4. Kommunikations- und Gestaltungsregeln

4.1 Verwendung der Begriffe im Lauftext

Der Begriff European Energy Award® wird im Lauftext grundsätzlich ohne Anführungszeichen ausgeschrieben und mit einem Copyright-Zeichen (®) versehen. Das ® wird nicht als hochgestelltes Zeichen verwendet.

Bei mehrmaliger Wiederholung des Begriffes kann nach der ersten Erwähnung die Abkürzung eea®, ebenfalls mit Copyright-Zeichen (®) verwendet werden. Der Begriff European Energy Award®Gold verhält sich genau gleich, darf aber nicht in der abgekürzten Form verwendet werden.

4.2 Logoanwendung

Die Award Logos können schwarz/weiß und farbig eingesetzt werden.

Die Minimalgröße und ein Minimalabstand rund um das Logo sind unbedingt einzuhalten. Die minimale Logogröße beträgt 30 mm. Der Minimalabstand zu aller Art grafischer Elemente beträgt 10 mm. Das Logo wird nie negativ angewendet. Es erscheint immer positiv auf einem weißen Hintergrund.

european
energy award

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07664
öffentlich

Lübeck, 15.05.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
2.830 - Kurbetrieb Travemünde

Bearbeitung: Marina Köhn (E-Mail: marina.koehn@luebeck-tourismus.de Telefon: 04502 - 804 110)

Wirtschaftsplan 2020 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
19.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
09.09.2019	Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:
Aufgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 5 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung wird durch die Bürgerschaft per Beschluss der Wirtschaftsplan für den Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2020 gemäß Anlage festgestellt :

1. Es betragen

1.1	**Im Erfolgsplan**		
	die Erträge	**Euro**	**3.200.000**
	die Aufwendungen	**Euro**	**4.200.000**
	die Verlustzuweisung	**Euro**	**1.000.000**
1.2	**Im Vermögensplan**		
	die Einzahlungen	**Euro**	**1.840.000**
	die Auszahlungen	**Euro**	**1.840.000**

2. Es werden festgesetzt:

2.1	**der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionsförderungs-maßnahme auf**	**Euro**	**0**
2.2	**der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-ermächtigungen auf**	**Euro**	**0**
2.3	**der Höchstbetrag der Kassenkredite auf**	**Euro**	**800.000**

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:	Bereich 1.201 Haushalt und Steuerung: *Zustimmung* Bereich 1.203 Beteiligungscontrolling: *Zustimmung*
Ergebnis:	

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:	[ ] Ja [X] Nein
Begründung: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist nicht erfolgt, weil kein relevantes Thema.	
Die Maßnahme ist:	[ ] neu [ ] freiwillig [X] vorgeschrieben durch: EigVo
Finanzielle Auswirkungen:	[X] Ja (Anlage)

Begründung:
Finanzielle Auswirkung : siehe Beschlussvorschlag

Erläuterung Verlustzuweisung

ausgehend vom geplanten steuerlichen Verlust	**1.000 T€**
Summe Verlustzuweisung 2020	**1.000 T€**

(siehe auch Seite 21)

Kapitalausstattung
Grundlage ist der zuletzt erstellte Jahresabschluss

Stammkapital lt. Satzung		2.550 T€
Rücklagen	"übertragene Grundstücke"	2.787 T€
Rücklagen	"zweckgebunden"	1.421 T€
Rücklagen	"freie / allgemeine"	183 T€
Bilanzverlust		-864 T€
Sonderposten	"Zuschuss Promenade"	2.917 T€
Eigenkapital incl. Sonderposten 2018		**8.994 T€**

Bilanzsumme 2018	**12.442 T€**
Daraus ergibt sich eine	
Eigenkapitalquote incl. Sonderposten von	**72,29 %**
Eigenkapitalquote ohne Sonderposten von	**48,84 %**

Anlagen:

KBT- Wirtschaftsplan - 2020.pdf

Senator/in Sven Schindler

W I R T S C H A F T S P L A N

01.01.2020 - 31.12.2020

Inhalt	**Seite**
Zusammenstellung	5
Erfolgsplan	6
Vermögensplan	10
Verpflichtungsermächtigungen	13
Stellenübersicht	14

Anlagen

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan	20
Erfolgsübersichtsplan	25
Finanzplan	26
Investitionsplan	27

Zusammenstellung nach § 12 Abs. 1 EigVO für das Wirtschaftsjahr 2020

Aufgrund des Paragraphen 5 Abs. 1 Nr. 5 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit Paragraph 97 der Gemeindeordnung hat die Bürgerschaft durch Beschluss und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde (1) - den Wirtschaftsplan für den Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2020 festgestellt:

1.	**Es betragen**		
1.1	**Im Erfolgsplan**		
	die Erträge	**Euro**	**3.200.000**
	die Aufwendungen	**Euro**	**4.200.000**
	die Verlustzuweisung	**Euro**	**1.000.000**
1.2	**Im Vermögensplan**		
	die Einzahlungen	**Euro**	**1.840.000**
	die Auszahlungen	**Euro**	**1.840.000**
2.	**Es werden festgesetzt**		
2.1	**Der Gesamtbetrag der Kredite f. Investitionen und Investitions-förderungsmaßnahmen**	**Euro**	**0**
2.2	**der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-ermächtigungen auf**	**Euro**	**0**
2.3	**der Höchstbetrag der Kassenkredite auf**	**Euro**	**800.000**

Die kommunlaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt. (1)

Lübeck, den

Bürgermeister

(1) Nur bei Genehmigung

E r f o l g s p l a n 2020

E r f o l g s p l a n

Nr.	Bezeichnung	PLANANSATZ 2020 EUR	PLANANSATZ 2019 EUR	vorläufiges Ergebnis der Jahresrechnung 2018 EUR
1	2	3	4	5
1	Umsatzerlöse			
	Kurabgabe	1.700.000	1.600.000	1.523.420
	Strandbenutzungsgebühren	120.000	140.000	180.710
	Strandkorbstandgelder	36.000	36.000	36.911
	Standgelder Strandkioske / Boote	24.000	24.000	23.922
	Übrige	-	-	431
		1.880.000	1.800.000	1.765.394
	Erbbauzinsen	53.000	53.000	53.785
	Vermietung u. Verpachtung	330.000	310.000	322.687
	Parkentgelte	460.000	420.000	464.601
	Personalgestellung (LTM) 1)	65.000	42.000	1.162
	Kostenerstattungen	51.000	51.000	67.756
	Übrige Erträge	10.000	10.000	15.005
		969.000	886.000	924.996
	Umsatzerlöse	**2.849.000**	**2.686.000**	**2.690.390**
2	Sonstige betriebliche Erträge			
	Erträge aus dem Abgang v. Gegenständen des Anlagevermögens	500	500	-
	Erträge aus dem Verkauf von Grundstücken	-	-	2.240
	Erträge aus den Auflösungen von Rückstellungen	-	-	15.579
	Erträge aus der Auflösung von Rücklagen	-	-	-
	sonstige Kostenerstattungen	25.000	25.000	12.137
	Übrige sonstige Erträge	5.000	5.000	16.776
	Erträge Auflösung Sonderposten	**320.000**	**260.000**	**264.346**
	Sonstige betriebliche Erträge	**350.500**	**290.500**	**311.078**
		3.199.500	**2.976.500**	**3.001.468**
3	Materialaufwand			
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	248.500	258.500	250.081
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.240.000	1.212.000	1.307.019
		1.488.500	**1.470.500**	**1.557.100**

1) Personalgestellung LTM seit 04/13 nur noch eine aktive Mitarbeiter
(Ansatz zu 100% , wie in den Personalkosten enthalten;
weiterberechnet wird nur der Betrag, der tatsächlich angefallen ist;)

E r f o l g s p l a n

Nr.	Bezeichnung	PLANANSATZ 2020 EUR	PLANANSATZ 2019 EUR	vorläufiges Ergebnis der Jahresrechnung 2018 EUR
1	2	3	4	5
4	Personalaufwand			
	a) Löhne und Gehälter	1.199.000	1.175.000	996.009
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	368.000	350.000	306.444
	davon für Altersversorgung	(130.000)	(125.000)	(110.459)
		1.567.000	**1.525.000**	**1.302.453**
5	Abschreibungen			
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen - 1)	720.000	660.000	632.228
	b) auf Vermögensgegenstände d. Umlaufverm., soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	-	-	-
		720.000	**660.000**	**632.228**
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen			
	Verluste aus d. Abgang v. Gegenständen des Anlagevermögens	500	500	2
	Verluste aus d. Verkauf v. Grundstücken	-	-	-
	Abschreibungen auf Forderungen	-	-	-
	Wertberichtigung auf Forderungen	1.500	1.500	12.030
	Übrige betriebliche Aufwendungen	355.000	350.000	291.813
		357.000	**352.000**	**303.845**
		4.132.500	**4.007.500**	**3.795.626**

1) als Gegenposten unter Erträge dazu "Auflösung Sonderposten" - siehe Seite 7

E r f o l g s p l a n

Nr.	Bezeichnung	PLANANSATZ 2020 EUR	PLANANSATZ 2019 EUR	vorläufiges Ergebnis der Jahresrechnung 2018 EUR
1	2	3	4	5
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	500	500	727
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
	Zinsen für langfristige Darlehen	50.000	52.000	52.916
9	Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	**- 982.500**	**- 1.082.500**	**- 846.347**
10	Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-	-
10	Sonstige Steuern			
	vom Vermögen	13.000	13.000	13.722
	Körperschaftsteuer	-	-	-
	übrige sonstige Steuern	4.500	4.500	3.895
		17.500	**17.500**	**17.617**
11	**Jahresergebnis** 1)	**- 1.000.000**	**- 1.100.000**	**- 863.964**
	Vorgabe der HL 2)	**- 1.000.000**	**- 1.100.000**	
		-	-	

1) Nachrichtlich: Behandlung des Jahresverlustes:
Abdeckung des Verlustes aus dem Haushalt der
Hansestadt Lübeck

2) Erläuterung Verlustzuweisung: siehe Seite 2 und Seite 21

V e r m ö g e n s p l a n 2020

V e r m ö g e n s p l a n

Einzahlungen		PLANANSATZ			Ergebnis der Jahresrechnung
Nr.	Bezeichnung	2020 EUR		2019 EUR	2018 T€
1	2	3		4	5
1	Zuführungen zu Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter 1)	20.000		50.000	-
2	Abschreibungen	720.000		660.000	-
3	Abgang v. Gegenständen d. Anlagevermögens	500		500	-
4	Kredite (f. Investitionsfördermaßnahme Travepromenade)	-		-	-
5	Fördermittel (Travepromenade) 3)	500.000		775.000	-
6	sonstige Einzahlung	599.500		1.079.500	-
		1.840.000		**2.565.000**	**-**

Auszahlungen		PLANANSATZ			Ergebnis der Jahres-rechnung	Investitionen und Investitionsförderungs-maßnahmen	
Nr.	Bezeichnung	Auszahlung 2020 EUR	Verpflichtungs-ermächtigungen 2020 EUR	Auszahlung 2019 EUR	2018 T€	Gesamtaus-zahlungs-bedarf EUR	bisher bereit-gestellt EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
1	Auflösung von Rücklagen u. Rückstellungen mit langfristigem Charakter	45.000	-	15.000	-	-	-
2	Auflösung Sonderposten 2)	320.000	-	260.000	-	-	-
3	Investitionen für Kurtaxleistungen	1.295.000	-	2.145.000	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
	Gemeinsame Anlagen	40.000	-	30.000	-	-	-
	Nebengeschäfte		-		-	-	-
	Weggefallene Ansätze	-	-	-	-	-	-
		1.335.000	-	2.175.000	-	-	-
4	Tilgung von Krediten	140.000	-	115.000	-	-	-
						-	
5	sonstige Auszahlungen	-	-	-	-	-	-
		1.840.000	**-**	**2.565.000**	**-**	-	-
	Differenz von Einzahlungen / Auszahlungen	-	-	-	-	-	-

1) Zuführung zur Pensionsrückstellung (BilMoG)
2) Auflösung Zuschuss Promenade gem. Bindungsfrist und analog zu den Abschreibungen
3) gerechnet wurde bisher mit mind. 50% Förderquote; ausgegangen wird nun mit einer Förderquote von rund 70 %;

V e r m ö g e n s p l a n

	Auszahlungen	P L A N A N S A T Z			Ergebnis der Jahres-rechnung	Investitionen und Investitionsförderungs-maßnahmen	
Nr.	Bezeichnung	Auszahlungen 2020 EUR	Verpflichtungs-ermächtigungen 2020 EUR	Auszahlungen 2019 EUR	2018 EUR	Gesamtaus-zahlungs-bedarf EUR	bisher bereit-gestellt EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
1.1	**Kurtaxleistungen**						
1.1.1	**Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten**						
1.1.1.1	Travepromenade Anpassung Planungsentwurf	700.000	-	-	-	700.000	-
1.1.1.2	Travepromenade (1. BA) - Teilstück WSA	500.000	-	-	-	500.000	-
1.1.1.3	Planungskosten "Zukunftsprogramm - Inneres Kurgebiet"	50.000	-	-	-	50.000	-
1.1.1.4	Neugestaltung Travepromenade 2.BA - NEU	-	-	1.850.000	-	1.850.000	-
1.1.1.5	Wohnmobilparkplatz Kowitzberg II - NEU	-	-	150.000	-	150.000	-
1.1.1.6	Gebäude Dünenweg 15	-	-	80.000	-	80.000	-
		-	-	-	-	-	-
		1.250.000	-	2.080.000	-	3.330.000	-
1.1.2	**Bauten auf fremden Grundstücken**						
1.1.2.1		-	-	-	-	-	-
		-		-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
1.1.3	**Technische Anlagen und Maschinen**						
1.1.3.1		-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
1.1.4	**Betriebs- und Geschäftsausstattung**						
1.1.4.1	Geräte für Kureinrichtungen	45.000	-	-	-	45.000	-
1.1.4.2	Wasserrettung Priwall (1 Container)	-	-	30.000	-	30.000	
		-		-		-	
		45.000	-	30.000	-	75.000	-
Summe	**Kurtaxleistungen**	**1.295.000**	**-**	**2.110.000**	**-**	**3.405.000**	**-**
1.2	**Gemeinsame Anlagen**						
1.2.1.1	Geschäftsausstattung	20.000	-	-	-	20.000	-
1.2.1.2	Geringwertige Wirtschaftsgüter	20.000	-	-	-	20.000	-
		-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
Summe	**Gemeinsame Anlagen**	**40.000**	**-**	**-**	**-**	**40.000**	**-**
	Gesamtbetrieb	**1.335.000**	**-**	**2.110.000**	-	**3.445.000**	-
	d a v o n						
	Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- u. anderen Bauten	**1.250.000**	**-**	**2.080.000**	**-**	**3.330.000**	**-**
	Betriebs- und Geschäftsausstattung	**85.000**	**-**	**30.000**	**-**	**115.000**	**-**
	Gesamtbetrieb	**1.335.000**	**-**	**2.110.000**	**-**	**3.445.000**	**-**

Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan des Jahres (1)	Voraussichtliche fällige Auszahlungen (2) in TEuro				
	2021	2022	2023	2024	2025
1	2	3	4	5	6
2020	-	-	-	-	-
	-	-	-	-	-
	-	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-	-
Nachrichtlich: im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahmen (ohne Umschuldungskredite)	-	-	-	-	-

1 In Spalte 1 sind das Wirtschaftsjahr und alle früheren Jahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme noch Ausgaben fällig werden.

2 In Spalte 2 ist das dem Wirtschaftsjahr folgende Jahr, in Spalte 3 bis 5 die sich anschließenden Jahre einzusetzen; werden Auszahlungen aus Verpflichtungsermächtigungen in Jahren fällig, auf die sich der Finanzplan noch nicht erstreckt, so sind weitere Kopfspalten in die Übersicht aufzunehmen und die voraussichtlichen Kreditaufnahmen in diesen Jahren aufzuführen.

S t e l l e n ü b e r s i c h t 2020

Abkürzungen:

EG	Engeltgruppe
nvb	nicht vollbeschäftigt
w	wöchentlich
kw	künftig wegfallend
ku	künftig umzuwandeln
f. d. P.	für die Person
LTM	Lübeck und Travemünde Marketing GmbH
TVÜ-VkA	Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten der kommunalen Arbeitgeber in den TVöD
ü	für den Bereich des ehemaliten BAT = übergeleitet für den Bereich des ehemaligen BMT-G = Übergangsgruppe

Stellen - Nr.	Funktions - oder Dienstbezeichnungen	Anzahl und Bewertung Vorjahr	Ist 30.06.	lfd. Jahr	Bemerkung
8600	**Direktion**				
8600.2.0001	Kurdirektor/in Werkleiter/in	EG 15ü	EG 15ü	EG 15ü	
8602	**Projektmanagement / IT und Digitalisierung Verwaltung und Personal**				
8602.2.0020	Sachgebietsleiter/in	EG 9a	EG 9a	EG 10	
8602.2.0025	Sachbearbeiter/in	BBO A 10	BBO A 10	EG 9a	
8602.2.0030	Sachbearbeiter/in	EG 6	--	EG 7	
8620	**Verwaltung Sondervermögen / Kurabgabe / Beschaffungswesen**				
8620.2.0010	Sachgebietsleiter/in Verwaltung Sondervermögen Stellvertreter/in Werkleiter/in	EG 10	EG 10	EG 10	
8620.2.0020	Kurabgabekontrolleur/in	EG 3	EG 5	EG 5	
8620.2.0025	Kurabgabekontrolleur/in	EG 3	EG 3	EG 3	
8620.2.0030	Sachbearbeiter/in	EG 6	EG 6	EG 6	
8630	**Rechnungswesen**				
8630.2.0010	Buchhaltungsleiter/in	EG 10	EG 10	EG 10	
8630.2.0030	Buchhalter/in	EG 8	EG 8	EG 8	ku EG 6
8630.2.0040	Buchhalter/in	EG 9	EG 9	EG 9	Personalgestellung LTM
8660	**Außendienst**				
8660.5.0060	Außendienstleiter	EG 9a	EG 9a	EG 9a	
8660.5.0070	Betreuer/in für Kuranlagen	EG 6	EG 6	EG 6	
8660.5.0080	Betreuer/in für Kuranlagen	EG 5	EG 4	EG 5	
8660.5.0085	Kraftfahrer/in	EG 4	EG 4	EG 4	
8660.5.0087	Gartenarbeiter/in, Fahrer/in	EG 3	EG 3	EG 3	
8660.5.0110	Betreuer/in für Kuranlagen	EG 2ü	EG 2ü	EG 2ü	
8660.5.0120	Handwerker/in	EG 5	EG 2ü	EG 5	
8660.5.0130	Strandbetreuer/in Gelderheber	EG 2ü	EG 2ü	EG 2ü	01.03.-30-11. + EG 4 für 3 Std. tgl. 15.05.-14.09.
8660.5.0140	Strandbetreuer/in Gelderheber	EG 2ü	EG 2ü	EG 2ü	01.03.-30-11. + EG 4 für 3 Std. tgl. 15.05.-14.09.
8660.5.0150	Strandbetreuer/in Gelderheber	EG 2ü	EG 2ü	EG 2ü	01.03.-30-11. + EG 4 für 3 Std. tgl. 15.05.-14.09.
8660.5.0160	Strandbetreuer/in Gelderheber	EG 2ü	EG 2ü	EG 2ü	01.03.-30-11. + EG 4 für 3 Std. tgl. 15.05.-14.09.
8660.5.0180	Strandbetreuer/in	EG 2ü	EG 2ü	EG 2ü	01.03.-30-11.
8660.5.0190	Strandbetreuer/in	EG 5	EG 2ü	EG 5	01.03.-30-11.
8660.5.0200	Strandbetreuer/in	EG 2ü	EG 2ü	EG 2ü	

Stellen - Nr.	Funktions - oder Dienstbezeichnungen	Anzahl und Bewertung Vorjahr	Ist 30.06.	lfd. Jahr	Bemerkung
8660	**Außendienst**				
8660.5.0205	Toilettenwärter/in	EG 1	EG 1	EG 1	
8660.5.0210	Toilettenwärter/in	EG 1	EG 2	EG 1	f.d.P EG 2 gem. TVÜ-VkA
8660.5.0215	Toilettenwärter/in	EG 1	EG 1	EG 1	01.04.-30-11.
8660.5.0220	Papiersammler	EG 1	EG 1	EG 1	01.03.-30-11.
8660.5.0230	Papiersammler	EG 1	EG 1	EG 1	01.03.-30-11.
8660.5.0240	Papiersammler	EG 1	EG 1	EG 1	01.03.-30-11.

Zusammenstellung

		Vorjahr	Ist 30.6.	lfd. Jahr
Beamte	BBO A 10	1	1	0
Beschäftigte	EG 15ü	1	1	1
	EG10	2	2	3
	EG 9a	2	2	2
	EG 9	1	1	1
	EG 8	1	1	1
	EG 7	0	0	1
	EG 6	3	2	2
	EG 5	3	1	4
	EG 4	1	2	1
	EG 3	3	2	2
	EG 2ü	7	9	7
	EG 2	0	1	0
	EG 1	6	5	6
Summe Beamte		1	1	0
Summe Beschäftigte		30	29	31
		31	30	31

1 Mitarbeiter/in ist im Rahmen der Personalgestellung für die LTM tätig (Personalgestellung, keine Stellenverlagerung).

Die Stellen für Auszubildende sind nachrichtlich aufzuführen:

Kaufleute für Büromanagement	2 Auszubildende

Die Stellenübersicht für den Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2020 wird wie folgt geändert :

Abteilung Art der Änderung Anzahl der Stellen	Entgeltgruppe		Funktionsbezeichnung		Stellen - Nr.
	von	nach	alt	neu	alt neu
Projektmanagement / IT und Digitalisierung **Verwaltung / Personal**					
H 1	EG 9a ku Bewertung läuft	EG 10	Sachgebietsleiter/in	Sachgebietsleiter/in	8602.2.0020
U 1	BBO A 10 ku Bewertung läuft	EG 9a	Sachbearbeiter/in	Sachbearbeiter/in	8602.1.0020 8602.2.0025
H 1	EG 6 Bewertung läuft	EG 7	Sachbearbeiter/in	Sachbearbeiter/in	8602.2.0030
Verwaltung Sondervermögen / Kurabgabe / Beschaffungswesen					
H 1	EG 3	EG 5	Kurabgabekontrolleur/in	Kurabgabekontrolleur/in	8620.2.0020

N = Neuschaffung V = Verlegung U = Umwandlung
H = Höhergruppierung E = Einsparung R = Randvermerk

Stellenquerschnitt 2020

	Beamte Besoldungsgruppe A														Beschäftigte	Azubis	Insgesamt
	höherer Dienst				gehobener Dienst					mittlerer Dienst					zus.			
Bewertung	**16**	**15**	**14**	**13**	**13**	**12**	**11**	**10**	**9**	**9**	**8**	**7**	**6**	**5**				
lfd. Jahr	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	**-**	**31**	**2**	**33**
Vorjahr	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	**1**	**30**	**2**	**33**
mehr	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	**-**	**1**	**-**	**1**
weniger	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	**1**	**0**	**0**	**0**

1 Mitarbeiter/in nimmt Aufgaben für die LTM wahr (Personalgestelltung - keine Stellenverlagerung)

E r l ä u t e r u n g e n

z u m

W i r t s c h a f t s p l a n 2020

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2020

I. Erläuterung zum Erfolgsplan 2020

Der Erfolgsplan weist in der Gegenüberstellung mit dem Vorjahr folgende Grunddaten auf :

	Planung 2020 T€	Planung 2019 T€
Erträge	3.200	2.977
Aufwendungen	-4.200	-4.077
Verlustzuweisung	**-1.000**	**-1.100**

Gemäß Haushaltsbegleitbeschluss vom 23.02.2012 wurde der finanzielle Überschuss / Gewinn aus 2011 „auf neue Rechnungen des Kurbetriebes Travemünde vorgetragen", demnach sollte der Kurbetrieb Travemünde für die Jahre 2012 bis einschließlich 2015 keine Verlustzuweisungen von der Hansestadt Lübeck in Anspruch nehmen.

Für die Jahre 2012 bis einschließlich 2017 wurde keine Verlustzuweisung von der Hansestadt Lübeck in Anspruch genommen. Der Rest vom finanziellen Vortag aus dem Wirtschaftsjahr 2011 wurde mit dem Jahresabschluss 2018 komplett verbraucht. Das bedeutet, dass der Kurbetrieb Travemünde ab 2019 wieder volle Verlustzuweisungen von der Hansestadt Lübeck in Anspruch nehmen wird.

Die Reduzierung der Verluste gemäß dem mittelfristigen Finanzplan versucht der Kurbetrieb Travemünde weiterhin einzuhalten. Z. B. wurde für das Geschäftsjahr 2013 noch mit einem Verlust in Höhe von 1.350 T€ gerechnet und für das Wirtschaftsjahr 2020 wird von einem Verlust in Höhe von 1.000 T€ ausgegangen.

Da sich die Gäste- und Übernachtungszahlen in den letzten Jahren bedingt durch die Errichtung neuer Hotel- und Ferienwohnungsangebote nahezu verdoppelt haben, wird der betriebliche Aufwand des Kurbetriebes für die Unterhaltung der touristischen Infrastruktur steigen. Vor allen die deutliche Steigerung der Gästezahlen auf dem Priwall führt dazu, dass zukünftig die gleichen Servicestandards den Gästen auf dem Priwall wie auf der Stadtseite geboten werden müssen. Dieses gilt für die zeitgleiche Strandreinigung, Pflege und Unterhaltung der Liegenschaften oder die Anpassung der Badewacht an die zukünftigen Strandbesucherzahlen.

II. Erläuterung zum Vermögensplan 2020

Das Volumen des Vermögensplanes 2020 beträgt bei den Einzahlungen T€ 1.840 und bei den Auszahlungen 1.840 T€. Neben den Neu - Investitionen in Höhe von T€ 1.335 sind für die Tilgung von Krediten T€ 140 vorgesehen. Die Finanzierung der Neu - Investitionen folgt durch Eigenmittel in Höhe von T€ 720 (AfA) abzüglich der Auflösung Sonderposten in Höhe von 320 T€. Für die gesamte Sanierung der Travepromenade wird mit einer Quote von bis zu 70 % bei den Fördermittel gerechnet.

zu den **Neu** - Investitionen im Einzelnen :

1.1.1.1 Travepromenade Anpassung Planungsentwurf € 700.000
Herstellung Haushaltsordnung zum Förderantrag

Durch einen langen Abstimmungsprozess mit Anliegern, Behörden sowie dem Gestaltungsbeirat bezüglich der geplanten neuen Gastronomiegebäude konnte erst im Spätsommer 2018 mit der Ausführungsplanung zur Neugestaltung der Travepromenade, als Grundlage für einen Förderantrag, begonnen werden. Aufgrund der konjunkturellen Lage im Baugewerbe war es zusätzlich schwierig Firmen zu finden, die zeitnah Vermessungsarbeiten oder Baugrunduntersuchungen durchführen können. Diese Untersuchungen sind elementar wichtig für die weiteren Planungen der Architekten. Nunmehr sind alle Abstimmungen und vorbereitenden Untersuchungen abgeschlossen.

Die finale Entwurfsplanung wurde zur Einreichung des Förderantrages im Dezember 2018 fertiggestellt. Aufgrund einiger notwendig gewordener Anpassungen bei den einzelnen Gewerken sowie einer zwischenzeitlich eingetretenen ca. 10 %igen Preissteigerung der Baukosten hat sich gegenüber der bisherigen Vorplanung (1. und 2. Bauabschnitt) ein Mehrbedarf von rd. 700T€ ergeben.

Historie:
Gemäß Bürgerschaftssitzung vom 24.11.2011 wurde der Bürgermeister beauftragt, "der Bürgerschaft ein Konzept für die Neugestaltung der Travepromenade vorzulegen und die dafür erforderlichen Kosten darzustellen. Außerdem ist der Lübecker Bürgerschaft ein Finanzierungskonzept entgegenzubringen, das die zu erwartende Förderung durch das Land, den Bund bzw. die EU berücksichtigt." Über den Fachbereich 2 wurde der Auftrag an den Kurbetrieb Travemünde weitergegeben. Um beim Land Schleswig - Holstein Fördermittel akquirieren zu können, ist eine fundierte Vorplanung von der HL/Kurbetrieb anzufertigen.

Die Beschlussvorlage mit einem Konzept - sowie einer ausführlichen Begründung - zum Projekt **„Neugestaltung der Travepromenade in Lübeck-Travemünde„** wurde vom Kurbetrieb Travemünde ins Verfahren gegeben und in der **Bürgerschaftssitzung** vom **30.06.2016 beschlossen**, mit der Maßgabe, dass das Land Schleswig - Holstein das Projekt mindestens zu 50% fördert.

1.1.1.2 Travepromenade (1. BA) - Teilstück WSA € 500.000

Das Teilstück Travepromenade Höhe WSA-Gebäude bis Anschluss Strandpromenade war ursprünglich gemeinsam mit der Realisierung des Norderdecks geplant. Im politischen Raum entstand jedoch der Wunsch die Erneuerung der Wegoberfläche unabhängig vom geplanten Norderdeck zu realisieren, um ein einheitliches Gestaltungsbild zu generieren. Diesem Wunsch wollen wir entsprechen.

zu den **Neu** - Investitionen im Einzelnen :

1.1.1.3 Planungskosten "Zukunftsprogramm - Inneres Kurgebiet" € 50.000

Das von der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck am 30.06.2016 beschlossene Konzept des Kurbetriebes zur „Neugestaltung des Inneren Kurgebietes“ sah neben der Neugestaltung der Travepromenade auch eine Neuordnung und Attraktivierung der angrenzenden Liegenschaften im sogenannten Inneren Kurgebiet vor. Nachdem die Planungen für die Neugestaltung der Travepromenade abgeschlossen worden sind und ein Baubeginn im Spätsommer 2019 angestrebt wird, kann nunmehr mit der Planung der folgenden Bauabschnitte um das Leuchtenfeld begonnen werden.

1.1.4.1 Geräte für Kureinrichtungen € 45.000

Der Ansatz ist vorgesehen, um bei Ausfall von Geräten und Gegenständen unverzüglich reagieren und Ersatzbeschaffungen vornehmen zu können. Darüber hinaus soll die Möglichkeit gegeben sein, unter Anlegung eines strengen Maßstabes Geräte und Gegenstände neu zu beschaffen, die der Rationalisierung bzw. der Verbesserung der Kureinrichtungen dienen. Insbesondere wird damit die Ersatzbeschaffung und Ergänzung von Bänken, Stühlen, Informationstafeln und Kinderspielgeräten für die Kuranlagen ermöglicht. Um flexibler zu sein und Preissteigerungen entgegenzuwirken, wurde der Ansatz von 35 T€ auf 45 T€ erhöht.

1.2.1.1 Geschäftsausstattung und € 20.000
1.2.1.2 Geringwertige Wirtschaftsgüter € 20.000

Die Ansätze sind hauptsächlich für die Erneuerung (Ersatzbeschaffungen) von Gegenständen der Geschäftsausstattung wie EDV - Soft- und Hardware, Fotokopiergerät, Büromöbel, Frankiermaschine, Werkzeuge, Maschinen, usw. vorgesehen, damit wir unseren Geschäftsbetrieb reibungslos aufrecht erhalten können, für den Fall, dass mal etwas unvorhergesehen kaputt geht oder etwas benötigt wird, an das wir bis zur Aufstellung des Wirtschaftsplanes nicht gedacht haben. Die Position 1.2.1.2 betrifft Gegenstände mit einem Anschaffungspreis von jeweils 250,- € bis 1.000,- € netto. Um flexibler zu sein und Preissteigerungen entgegenzuwirken, wurde die Ansätze jeweils von 15 T€ auf 20 T€ erhöht.

III. Erläuterungen zur Stellenübersicht 2020

Stellenübersicht allgemein

Der Personalkostenansatz erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um rund 42 T€. Davon entfällt ein Betrag von rund 20 T€ auf die zum 01.03.2020 zwischen den Tarifvertragsparteien vereinbarte Tariferhöhung von durchschnittlich 1,06 %. Die darüber hinaus gehende Steigerung des Personalkostenansatzes folgt aus inzwischen durchgeführten Stellenbewertungen.

Stellen-Nr. 8602.2.0020 - Sachgebietsleiter/in
Stellen-Nr. 8602.2.0025 - Sachbearbeiter/in
Stellen-Nr. 8602.2.0030 - Sachbearbeiter/in

Die Aufgabeninhalte sind durch den Personal- und Organisationsservice der Hansestadt Lübeck entsprechend der Ausweisung in der Stellenübersicht bewertet worden.

Stellen-Nr. 8620.2.0020 - Kurabgabekontrolleur/in

Die Aufgabeninhalte sind durch den Personal- und Organisationsservice der Hansestadt Lübeck nach der Entgeltgruppe 5 bewertet worden. Die Stelle ist entsprechend auszuweisen.

E r f o l g s ü b e r s i c h t s p l a n

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020

Aufwendungen nach Bereichen nach Aufwandsarten	Betrag insgesamt	Allgemeine und gemeinsame Betriebsabteilungen Verwaltung	Kurtax-leistungen	Neben-geschäfte	Personal-gestellung LTM
	T€	T€	T€	T€	T€
1	2	3	4	5	6
1. Materialaufwand	1.489	30	1.295	164	-
2. Entgelte	1.199	413	654	81	51
3. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	238	81	133	16	8
4. Aufwendungen für Altersversorgung	130	80	40	4	6
5. Abschreibungen	720	13	684	23	-
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	50	21	29	-	-
7. Steuern	17	1	5	11	-
8. Andere betriebliche Aufwendungen	357	182	150	25	-
9. Summe 1 - 8	4.200	821	2.990	324	65
10. Umlagen der Spalte 3					
Zurechnung	821	-	575	246	-
Abgabe	- 821	821	-	-	-
11. Aufwendungen 1 - 10	**4.200**	**-**	**3.565**	**570**	**65**
12. Betriebserträge					
a) nach der GuV-Rechnung	3.199		2.382	752	65
b) aus Lieferungen an andere Betriebszweige	-		-	-	-
13. Betriebserträge insgesamt	**3.199**		**2.382**	**752**	**65**
14. Betriebsergebnis (+ = Überschuss - = Fehlbetrag)	**- 1.001**		**- 1.183**	**+ 182**	**-**
15. Finanzerträge	1				
16. Unternehmens-ergebnis (+ = Überschuss - = Fehlbetrag)	**- 1.000**				

F i n a n z p l a n

A Einzahlungen und Auszahlungen (§ 16 Nr. 1 EigVO)

Nr.	Bezeichnung	2019 EUR	2020 EUR	2021 EUR	2022 EUR	2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR
	Einzahlungen							
1	Zuführungen zu Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter 1)	50.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
2	Abschreibungen	660.000	720.000	860.000	850.000	835.000	815.000	795.000
3	Abgang v.Gegenständen d. Anlagevermögens	500	500	500	500	500	500	500
4	Kredite (f. Investitionsförderungsmaßnahme)	-	-	-	-	-	-	-
5	sonstige Einzahlungen (Fördermittel) 2)	775.000	500.000	-	-	-	-	-
6	sonstige Einzahlung	1.079.500	599.500	144.500	-	-	-	-
		2.565.000	**1.840.000**	**1.025.000**	**870.500**	**855.500**	**835.500**	**815.500**
	Auszahlungen							
1	Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter 1)	15.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000
2	Auflösung Sonderposten 3)	260.000	320.000	370.000	360.000	350.000	340.000	340.000
3	Investition für:							
-	Kurtaxleistungen	2.145.000	1.295.000	430.000	140.000	40.000	40.000	40.000
-	Gemeinsame Anlagen	30.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
		2.175.000	1.335.000	470.000	180.000	80.000	80.000	80.000
4	Tilgung von Krediten	115.000	140.000	140.000	140.000	140.000	140.000	140.000
5	Sonstige Auszahlungen	-	-	-	145.500	240.500	230.500	210.500
		2.565.000	**1.840.000**	**1.025.000**	**870.500**	**855.500**	**835.500**	**815.500**
	Differenz von Einzahlungen / Auszahlungen	-	-	-	-	-	-	-

B Übersicht über die Einzahlungen und Auszahlungen, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalt der Gemeinde auswirken (§16 Nr. 2 EigVO)

Nr.	Bezeichnung	2019 EUR	2020 EUR	2021 EUR	2022 EUR	2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR
	Einzahlungen							
1	Zuweisungen der Gemeinde							
-	zum Verlustausgleich 4) + 5)	- 1.100.000	**- 1.000.000**	- 900.000	- 800.000	- 800.000	- 800.000	- 800.000
	Auszahlungen							
1	Ablieferungen an die Gemeinde							
-	von Verwaltungskosten-beiträgen	552.500	**553.500**	560.000	560.000	560.000	560.000	560.000

Erläuterungen

1) Zuführung / Entnahme zur Pensionsrückstellung (BilMoG)

2) erwartet werden mind. ca.70% Fördermittel;

3) Auflösung Sonderposten Strandpromenade ;
ab 2020 voraussichtlich incl. Travepromenade

4) in 2020: Verlust ca. 1.000 T€

5) Touristische Wachstumsstrategie - Lübeck 2020 plus
Erwartete Mehreinnahmen ab ca. 2019 ff. z.B. durch:
AJA - Hotel / Waterfront / Erweiterung Wohnmobilparkplatz
höhere Mieteinnahmen für Gastronomie auf der Strand- u. Travepromenade /
Erhöhung der Kurabgabe bzw. Strandbenutzungsgebühr im Allgemeinen etc.

Investitionsplan

Nr.	Bezeichnung	2019 EUR	2020 EUR	2021 EUR	2022 EUR	2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR
1.	**Kurtaxleistungen**							
1.1	**Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten**							
1.1.1	Travepromenade Anpassung Planungsentwurf	-	700.000	-	-	-	-	-
1.1.2	Travepromenade (1. BA) - Teilstück WSA	-	500.000	-	-	-	-	-
1.1.3	Planungskosten "Zukunftsprogramm - Inneres Kurgebiet"	-	50.000	-	-	-	-	-
1.1.4	Neugestaltung der Travepromenade 2. BA	1.850.000	-	-	-	-	-	-
1.1.5	Wohnmobilparkplatz Kowitzberg II	150.000	-	-	-	-	-	-
1.1.6	Gebäude Dünenweg 15	80.000	-	-	-	-	-	-
1.1.7	Dünenweg Priwall	-	-	-	100.000	-	-	-
		2.080.000	1.250.000	-	100.000	-	-	-
1.2	**Bauten auf fremden Grundstücken**							
1.2.1		-	-	-	-	-	-	-
1.2.2		-	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-	-
1.3	**Technische Anlagen u. Maschinen**							
1.3.1		-	-	-	-	-	-	-
1.3.2		-	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-	-
1.4	**Betriebs- und Geschäftsausstattung**							
1.4.1	Geräte für Kureinrichtungen	35.000	45.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
1.4.2	Wasserrettung Priwall (1 Container)	30.000	-	-	-	-	-	-
1.4.3	Kehrmaschine	-	-	-	-	-	-	-
1.4.4	Ackerschlepper		-	170.000	-	-	-	-
1.4.5	Traktor / Muldenkipper	-	-	220.000	-	-	-	-
1.4.6		-	-	-	-	-	-	-
		65.000	45.000	430.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Summe	**Kurtaxleistungen**	**2.145.000**	**1.295.000**	**430.000**	**140.000**	**40.000**	**40.000**	**40.000**
2.	**Gemeinsame Anlagen**							
2.1	**Betriebs- und Geschäftsausstattung**							
2.1.1	Geschäftsausstattung	15.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
2.1.2	Geringwertige Wirtschaftsgüter	15.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
2.1.3		-	-	-	-	-	-	-
Summe	**Gemeinsame Anlagen**	**30.000**	**40.000**	**40.000**	**40.000**	**40.000**	**40.000**	**40.000**
	Gesamtbetrieb	**2.175.000**	**1.335.000**	**470.000**	**180.000**	**80.000**	**80.000**	**80.000**

Einzelbegründungen zum Investitionsplan 2021 - 2025

1.1.7 Dünenweg Priwall **ca. 2022** **€ 100.000**

Der Dünenweg von der Südermole bis zum Gelände der ehemaligen Jugendfreizeitstätte ist baulich und optisch in einem sehr schlechten Zustand. Im Rahmen der Überplanung und Umgestaltung der öffentlichen Wege entlang der neuen touristischen Angebote auf dem Priwall sollte auch der Dünenweg zur attraktiven Promenade umgestaltet werden.

1.4.1. Geräte für Kureinrichtungen **€ 40.000**

Der Ansatz ist vorgesehen, um bei Ausfall von Geräten und Gegenstände unverzüglich reagieren und Ersatzbeschaffungen vornehmen zu können. Darüber hinaus soll die Möglichkeit gegeben sein, unter Anlegung eines strengen Maßstabes Geräte und Gegenstände neu zu beschaffen, die der Rationalisierung bzw. der Verbesserung der Kureinrichtungen dienen. Um flexibler zu sein und Preissteigerungen entgegenzuwirken, wurde der Ansatz erhöht.

1.4.4 Ackerschlepper **ca. 2021** **€ 170.000**

Der Ackerschlepper aus dem Jahr 2001 wird vom KBT vorwiegend für die Strandreinigung als Zuggerät für den Beachcleaner sowie für den Materialtransport im Rahmen von Veranstaltungen genutzt. Die Hydraulik des Schleppers kann nur durch häufige Reparaturen instand gehalten werden. Zudem lässt der allgemeine Verschleiß nach nunmehr 17 Betriebsjahren das Fahrzeug sehr anfällig für Schäden und Defekte aller Art werden, so dass ein zuverlässiger Einsatz nicht mehr gewährleistet ist.

1.4.5. Traktor / Muldenkipper **ca. 2021** **€ 220.000**

Die bisher genutzten Maschinen Trecker und Muldenkipper (Anhänger) aus dem Jahr 2006 kommen vorwiegend bei der Seetangräumung sowohl auf der Stadtseite als auch auf dem Priwall zum Einsatz. Beide Geräte fallen zum einen aufgrund von sich häufenden verschleißbedingten Reparaturen sehr häufig aus, zum anderen verfügen sie über nicht mehr zugelassene Hydraulikschläuche. Diese Schläuche müssten dringend ausgetauscht werden, was jedoch aufgrund des altersbedingt schlechten Allgemeinzustandes nicht wirtschaftlich ist. Da die Anforderungen an eine gründliche Strandreinigung vor allem aufgrund der zukünftig steigenden Bettenzahlen auf dem Priwall (Waterfront) ab dem kommenden Jahr steigen werden, ist eine Ersatzbeschaffung dringend erforderlich.

2.1.1 Geschäftsausstattung und **€ 20.000**
2.1.2 Geringwertige Wirtschaftsgüter **€ 20.000**

Die Ansätze sind für die Erneuerung von Gegenständen der Geschäftsausstattung wie EDV - Soft- und Hardware, Fotokopiergerät, Büromöbel, Frankiermaschine, Werkzeuge, Maschinen usw. vorgesehen. Die Position 2.1.2 betrifft Gegenstände mit einem Anschaffungspreis von jeweils 250,- € bis 1.000,- € netto. Um flexibler zu sein und Preissteigerungen entgegenzuwirken, wurden die Ansätze erhöht.

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07827
öffentlich

Lübeck, 12.06.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
1.201 - Haushalt und Steuerung

Bearbeitung: Jörg Kaminski (E-Mail: joerg.kaminski@luebeck.de Telefon: 122-2060)

Hansestadt Lübeck - Jahresabschluss 2014

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
26.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1) Der Jahresabschluss 2014 mit einem „nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ von -95.802.155,44 € (Bilanz) wird gem. 95n Abs. 3 GO S-H zur Kenntnis genommen.

2) Der Jahresfehlbetrag von -152.659,91€ (Ergebnisrechnung) ist vorzutragen.

3) Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der im Rechnungsprüfungsausschuss am 06.06.2019 abschließend beraten wurde (VO/2019/07645) wird zur Kenntnis genommen.

Verfahren:
Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:	[ ] Ja [X] Nein
Begründung:	da nicht betroffen.
Die Maßnahme ist:	[ ] neu [ ] freiwillig [X] vorgeschrieben durch: GO S-H
Finanzielle Auswirkungen:	[X] Nein [ ] Ja (Anlage 1)

Begründung:
Nach § 26 Abs. 3 GemHVO-Doppik S-H soll der Jahresfehlbetrag aus der Ergebnisrücklage ausgeglichen werden. Da diese 0 € beträgt, ist gem. § 26 Abs. 4 GemHVO-Doppik S-H vorzutragen.

Bei der Erstellung dieses Jahresabschlusses ist die hier dazu anstehende Beschlussfassung bereits vorausgesetzt worden.

Anlagen:

Bürgermeister Jan Lindenau

Hansestadt LÜBECK

Jahresabschluss mit Lagebericht zum

31. Dezember 2014



1.201.2 – Abteilung Bilanzen
2017

Bilanz der Hansestadt Lübeck zum 31.12.2014

AKTIVA	Vorjahr €	2014 €
1. Anlagevermögen	1.320.439.941,08	1.314.400.596,75
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	11.133.120,90	10.180.270,90
1.2 Sachanlagen	1.065.250.821,61	1.059.895.010,15
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
1.2.1.1 Grünflächen	64.595.185,01	66.371.941,14
1.2.1.2 Ackerland	11.309.125,73	11.247.984,31
1.2.1.3 Wald, Forsten	42.825.690,18	42.822.806,81
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	109.654.856,87	108.451.958,20
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	10.408.084,53	12.539.706,03
1.2.2.2 Schulen	173.642.756,61	196.786.512,70
1.2.2.3 Wohnbauten	4.158.616,73	4.052.561,04
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	83.204.947,05	82.042.040,81
1.2.3 Infrastrukturvermögen		
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	100.814.810,26	100.947.571,80
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	77.894.288,00	79.165.793,00
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	19.177.564,00	18.230.465,00
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	1.065.976,00	1.013.007,00
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	117.550.136,78	122.893.509,78
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	71.519.456,05	75.950.538,05
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	-	-
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	60.625.173,04	60.225.523,14
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	21.155.858,00	25.896.369,55
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	19.543.056,39	20.195.923,39
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	76.105.240,38	31.060.798,40
1.3 Finanzanlagen	244.055.998,57	244.325.315,70
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	93.825.646,50	93.472.787,18
1.3.2 Beteiligungen	4.754.010,51	4.754.510,51
1.3.3 Sondervermögen	125.242.684,05	125.242.684,05
1.3.4 Ausleihungen		
1.3.4.1 an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	13.629.054,79	13.148.932,29
1.3.4.2 Sonstige Ausleihungen	-	-
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	6.604.602,72	7.706.401,67
2. Umlaufvermögen	125.005.659,14	122.015.086,30
2.1 Vorräte	693.456,79	646.694,41
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	597.414,41	566.178,03
2.1.2 unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	21.645,24	21.551,02
2.1.3 fertige Erzeugnisse und Waren	30.238,72	19.196,14
2.1.4 Geleistete Anzahlungen und sonstige Vorräte	44.158,42	39.769,22
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	92.359.730,16	79.909.821,28
2.2.1 Öffentllich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	14.181.845,18	14.826.969,16
2.2.2 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	6.841.158,06	8.781.896,14
2.2.3 Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	8.125.134,10	5.461.504,40
2.2.4 Sonstige privatrechtliche Forderungen	13.939.658,44	7.111.869,85
2.2.5 Sonstige Vermögensgegenstände	49.271.934,38	43.727.581,73
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	1.322.411,05	1.255.628,58
2.4 Liquide Mittel	30.630.061,14	40.202.942,03
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	12.607.501,62	15.155.052,51
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	95.661.967,42	95.802.155,44
Summe Aktiva	**1.553.715.069,26**	**1.547.372.891,00**

PASSIVA	Vorjahr €	2014 €
1. Eigenkapital	-	-
1.1 Allgemeine Rücklage	243.827.199,73	243.849.949,46
1.2 Sonderrücklagen	111.191,56	96.899,06
1.3 Ergebnisrücklage	-	-
1.4 vorgetragener Jahresfehlbetrag	- 338.890.691,37	- 339.596.344,05
1.5 Jahresfehlbeträge	- 709.667,34	- 152.659,91
1.6 nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	95.661.967,42	95.802.155,44
2. Sonderposten	221.896.649,55	222.842.793,11
2.1 für aufzulösende Zuschüsse	115.165.179,04	115.548.338,39
2.2 für aufzulösende Zuweisungen	86.585.409,15	90.773.537,29
2.3 für Beiträge		
2.3.1 aufzulösende Beiträge	14.666.400,79	14.368.375,58
2.3.2 nicht aufzulösende Beiträge	-	-
2.4 für Gebührenausgleich	-	-
2.5 für Treuhandvermögen	1.768.342,05	1.728.286,52
2.6 für Dauergrabpflege	-	-
2.7 Sonstige Sonderposten	3.711.318,52	424.255,33
3. Rückstellungen	437.604.248,41	453.686.601,77
3.1 Pensionsrückstellungen	410.978.534,96	426.132.045,80
3.2 Altersteilzeitrückstellungen	8.766.760,53	6.735.699,51
3.3 Rückstellung für später entstehende Kosten	-	-
3.4 Altlastenrückstellung	2.622.046,18	2.568.072,04
3.5 Steuerrückstellung	-	-
3.6 Verfahrensrückstellung	313.869,44	150.636,43
3.7 Finanzausgleichsrückstellung	-	-
3.8 Instandhaltungsrückstellung	-	-
3.9 Rückstellung, fehlende Rechnung	-	1.102.767,10
3.10 Sonstige Rückstellungen	14.923.037,30	16.997.380,89
4. Verbindlichkeiten	869.437.086,22	847.100.812,05
4.1 Anleihen	-	-
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
4.2.1 von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	-	-
4.2.2 vom öffentlichen Bereich	80.899.990,31	83.105.384,70
4.2.3 vom privaten Kreditmarkt	457.093.371,19	467.804.151,79
4.3 Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten	240.000.000,00	229.731.717,58
4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	442.666,47	399.597,15
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	38.224.538,02	13.648.410,89
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	2.503.576,74	938.982,72
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	50.272.943,49	51.472.567,22
4.8 Verbindlichkeiten aus der Aufnahme eines Überbrückungskredits	-	-
5. Passive Rechnungsabgrenzung	24.777.085,08	23.742.684,07
Summe Passiva	**1.553.715.069,26**	**1.547.372.891,00**

Nachrichtlich:

1. Die Summe der übertragenen Ermächtigungen für Aufwendungen nach § 23 Abs. 1 GemHVO-Dopppik…	10.548.653,85 €
2. Die Summe der übertragenen Ermächtigungen für Auszahlungen f. Investitionen und Investitionsförderungs-maßnahmen nach § 23 Abs. 2 GemHVO-Dopppik…	95.899.707,05 €
3. Die Summe der von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften…	92.965.723,96 €

01.03.2017 15:45

Hansestadt LÜBECK

Ergebnisrechnung zum Jahresabschluss

31. Dezember 2014



1.201.2 – Abteilung Bilanzen
2017

Ergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

Hansestadt Lübeck

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	215.940.687,27	198.280.900,00	228.735.239,23	30.454.339,23	
41	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	215.584.405,08	209.299.400,00	240.656.364,08	31.356.964,08	
42	3	Sonstige Transfererträge	13.222.112,16	15.478.500,00	11.875.772,07	-3.602.727,93	
43	4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	34.338.760,95	34.830.200,00	31.437.476,16	-3.392.723,84	
441 442 446	5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	36.083.194,95	31.853.000,00	40.650.119,02	8.797.119,02	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	124.097.751,23	131.196.300,00	131.568.465,76	372.165,76	
45	7	Sonstige ordentliche Erträge	44.737.278,33	21.115.800,00	27.894.008,28	6.778.208,28	
471	8	Aktivierte Eigenleistungen	1.312.603,81	1.983.600,00	1.374.562,88	-609.037,12	
472	9	Bestandsveränderungen	20.416,37	100,00	7.744,47	7.644,47	
	10	**ORDENTLICHE ERTRÄGE**	**685.337.210,15**	**644.037.800,00**	**714.199.751,95**	**70.161.951,95**	
50	11	Personalaufwendungen	-146.161.772,44	-152.733.800,00	-148.581.508,55	4.152.291,45	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	-21.533.875,77	-13.406.500,00	-27.331.544,73	-13.925.044,73	0,00
52	13	Aufw. für Sach-u. Dienstleistungen	-67.071.297,00	-76.181.647,56	-68.537.608,43	7.644.039,13	8.054.961,64
57	14	Bilanzielle Abschreibungen	-39.763.413,95	-43.030.600,00	-38.658.421,53	4.372.178,47	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-275.814.342,10	-293.079.141,71	-290.988.072,91	2.091.068,80	1.027.586,98
54	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-113.977.033,32	-116.647.013,58	-118.957.104,83	-2.310.091,25	1.466.105,23
	17	**ORDENTLICHE AUFWENDUNGEN**	**-664.321.734,58**	**-695.078.702,85**	**-693.054.260,98**	**2.024.441,87**	**10.548.653,85**
	18	**ERGEBNIS AUS LAUFENDER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	**21.015.475,57**	**-51.040.902,85**	**21.145.490,97**	**72.186.393,82**	**10.548.653,85**
46	19	Finanzerträge	1.404.350,61	706.900,00	653.950,08	-52.949,92	
55	20	Zinsen und sonstige Finanzaufw.	-23.190.375,74	-33.489.900,00	-21.952.296,48	11.537.603,52	0,00
	21	**FINANZERGEBNIS**	**-21.786.025,13**	**-32.783.000,00**	**-21.298.346,40**	**11.484.653,60**	**0,00**
	22	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	**-770.549,56**	**-83.823.902,85**	**-152.855,43**	**83.671.047,42**	**10.548.653,85**
49	23	Außerordentliche Erträge	60.882,22	100,00	195,52	95,52	
59	24	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	25	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	**60.882,22**	**100,00**	**195,52**	**95,52**	**0,00**
	26	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INT. LEISTUNGSBEZ.**	**-709.667,34**	**-83.823.802,85**	**-152.659,91**	**83.671.142,94**	**10.548.653,85**
48	27	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	43.229.196,81	43.288.200,00	43.685.401,52	397.201,52	0,00
58	28	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-43.229.196,81	-43.288.200,00	-43.685.401,52	-397.201,52	0,00
	29	**ERGEBNIS NACH INT. LEISTUNGSABR., -BUDGETERGEBNIS-**	**-709.667,34**	**-83.823.802,85**	**-152.659,91**	**83.671.142,94**	**10.548.653,85**

Nachrichtlich: Interne Leistungsbeziehungen		Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist
		2013	2014	2014	2014
1	3	4	5	6	7
48	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	29.933.000,00	31.109.700,00	31.109.700,00	0,00
58	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-29.933.000,00	-31.109.700,00	-31.109.700,00	0,00
	ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG	**-709.667,34**	**-83.823.802,85**	**-152.659,91**	**83.671.142,94**

Hansestadt LÜBECK

Finanzrechnung zum Jahresabschluss

31. Dezember 2014



1.201.2 – Abteilung Bilanzen
2017

Finanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

Hansestadt Lübeck

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	220.177.814,95	198.280.900,00	223.764.198,98	25.483.298,98	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	207.040.155,54	202.398.800,00	228.914.214,53	26.515.414,53	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	12.502.889,63	15.478.500,00	11.623.549,36	-3.854.950,64	
63	4	öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	33.521.463,57	34.299.800,00	30.240.679,62	-4.059.120,38	
641 642 646	5	privatrechtl. Leistungsentgelte	36.184.539,42	31.852.900,00	39.483.939,28	7.631.039,28	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	123.611.467,15	131.196.300,00	131.141.017,63	-55.282,37	
65	7	sonstige Einzahlungen	29.159.770,52	18.634.300,00	24.782.133,17	6.147.833,17	
66	8	Zinsen, sonst. Finanzeinzahlungen	5.503.441,58	1.407.000,00	2.589.914,76	1.182.914,76	
	9	**Einz. lfd. Verwaltungstätigkeit**	667.701.542,36	633.548.500,00	692.539.647,33	58.991.147,33	
70	10	Personalauszahlungen	-137.290.746,88	-146.005.200,00	-141.824.971,97	4.180.228,03	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	-21.051.530,41	-21.712.000,00	-21.404.955,90	307.044,10	0,00
72	12	Ausz. Sach- und Dienstleistungen	-63.014.104,06	-76.181.647,56	-69.056.533,87	7.125.113,69	-8.054.961,64
75	13	Zinsen, sonst. Finanzauszahlungen	-24.561.520,92	-33.212.000,00	-21.955.636,39	11.256.363,61	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-276.612.722,13	-293.202.041,71	-292.580.231,18	621.810,53	-1.027.586,98
74	15	sonstige Auszahlungen	-113.566.571,22	-116.237.213,58	-124.723.929,61	-8.486.716,03	-1.466.105,23
	16	**Ausz. lfd. Verwaltungstätigkeit**	-636.097.195,62	-686.550.102,85	-671.546.258,92	15.003.843,93	-10.548.653,85
	17	**SALDO LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	31.604.346,74	-53.001.602,85	20.993.388,41	73.994.991,26	-10.548.653,85
681	18	Einz. Zuw. u. Zusch. für Invest.	15.727.856,69	18.537.100,00	16.386.448,88	-2.150.651,12	
682	19	Einz. Veräuß. v. Grundst./Geb.	9.409.160,45	1.130.400,00	8.829.740,81	7.699.340,81	
683	20	Einz. Veräuß. v. bew. Anlagev.	107.624,14	44.800,00	244.368,41	199.568,41	
684	21	Einz. a. d. Veräuß. v. Finanzanl.	628.682,20	250.000,00	783.278,24	533.278,24	
685	22	Einz. Abwicklung v. Baumaßn.	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einz.Rückfl. (f. Invest. Dritter)	1.329.505,76	605.300,00	2.334.825,50	1.729.525,50	
688	24	Einz. Beiträgen u. ä. Entgelten	731.855,79	10.400,00	460.505,32	450.105,32	
689	25	sonstige Investitionseinzahlung	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Einz. a. Investitionstätigkeit**	27.934.685,03	20.578.000,00	29.039.167,16	8.461.167,16	
781	27	Ausz. Zuw. u. Zusch. für Invest.	-4.318.504,83	-19.683.053,58	-7.803.570,48	11.879.483,10	-14.481.188,10
782	28	Ausz. Erwerb v. Grundst./Geb.	-1.288.595,46	-6.085.659,00	-1.543.787,98	4.541.871,02	-5.764.122,61
783	29	Ausz. Erwerb v. bew. Anlagever.	-8.036.731,11	-18.453.782,57	-6.754.624,22	11.699.158,35	-10.809.444,16
784	30	Ausz. f. d. Erwerb v. Finanzanl.	-567.248,25	-500,00	-378.462,82	-377.962,82	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-49.766.667,67	-85.191.513,69	-28.325.784,36	56.865.729,33	-63.606.020,49
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	-565.427,98	-1.403.000,00	-2.563.989,25	-1.160.989,25	-694.000,00
787	33	sonstige Investitionsauszahlung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Auszahlung Investitionstätigkeit**	-64.543.175,30	-130.817.508,84	-47.370.219,11	83.447.289,73	-95.354.775,36
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-36.608.490,27	-110.239.508,84	-18.331.051,95	91.908.456,89	-95.354.775,36
	35a	Einzahl. aus fremden Finanzmitteln	207.421.207,46	0,00	214.427.772,02	214.427.772,02	
	35b	Ausz. aus fremden Finanzmitteln	-207.695.829,93	0,00	-211.551.572,30	-211.551.572,30	
	35c	**SALDO AUS FREMDEN FINANZMITTELN**	-274.622,47	0,00	2.876.199,72	2.876.199,72	
	36	**FINANZMITTELÜBERSCHUSS/-FEHLBETRAG**	-5.278.766,00	-163.241.111,69	5.538.536,18	168.779.647,87	-105.903.429,21
692	37	Aufnahme Kred. f. Investitionen	155.825.380,00	60.810.800,00	44.750.000,00	-16.060.800,00	
695	38	Einz. a. Rückfl. v. Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	16.991.000,00	0,00	0,00	0,00	

Finanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

Hansestadt Lübeck

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
693	39	Aufnahme v. Kassenkrediten	0,00	0,00	147.747.717,58	147.747.717,58	
792	40	Tilg. v. Kred. f. Investitionen	-33.606.228,99	-37.591.800,00	-32.614.766,26	4.977.033,74	0,00
795	41	Ausz. a. d. Gewährung v. Darl. z. Anlage liquider Mittel	-19.224.678,48	0,00	-607.347,54	-607.347,54	0,00
793	42	Tilg. v. Kassenkrediten	-105.000.021,59	0,00	-156.553.947,43	-156.553.947,43	0,00
	43	**SALDO A. FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT**	14.985.450,94	23.219.000,00	2.721.656,35	-20.497.343,65	0,00
	44	**ÄND. BEST. A. EIG. FINANZMITTELN**	9.706.684,94	-140.022.111,69	8.260.192,53	148.282.304,22	-105.903.429,21
	45	Anfangsbestand an Finanzmitteln	22.568.442,65	0,00	32.275.127,59	32.275.127,59	0,00
	46	**LIQUIDE MITTEL**	32.275.127,59	-140.022.111,69	40.535.320,12	180.557.431,81	-105.903.429,21
		Nachrichtlich davon:					
		Fremde Finanzmittel nach § 14 GemHVO-Doppik					
		Bestand Vorjahr	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		+ Einzahlungen	207.421.207,46	0,00	214.427.772,02	214.427.772,02	
		- Auszahlungen	-207.695.829,93	0,00	-211.551.572,30	-211.551.572,30	0,00
		Bestand Haushaltsjahr	-274.622,47	0,00	2.876.199,72	2.876.199,72	0,00

Nachrichtlich: an das Land abzuführender Beitrag nach § 21 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (AG-KHG), Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen, Auszahlungen aus dem Erwerb von Finanzanlagen und Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist
		2013	2014	2014	2014
1	3	4	5	6	7
7311..	abzuführender Beitrag nach § 21 Abs. 2 AG-KHG	-4.021.001,04	-3.164.120,00	-3.141.736,26	22.383,74
684	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	628.682,20	250.000,00	783.278,24	533.278,24
6841	Finanzanlagen	1.000,00	250.000,00	355.816,24	105.816,24
6842	Börsennotierte Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00
6843	Nicht börsennotierte Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00
6844	Sonstige Anteilsrechte	0,00	0,00	0,00	0,00
6845	Investmentzertifikate	0,00	0,00	0,00	0,00
6846	Kapitalmarktpapiere	627.682,20	0,00	427.462,00	427.462,00
6847	Geldmarktpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
6848	Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00
784	Auszahlungen aus dem Erwerb von Finanzanlagen	-567.248,25	-500,00	-378.462,82	-377.962,82
7841	Finanzanlagen	0,00	-500,00	-500,00	0,00
7842	Börsennotierte Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00
7843	Nicht börsennotierte Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00
7844	Sonstige Anteilsrechte	0,00	0,00	0,00	0,00
7845	Investmentzertifikate	0,00	0,00	0,00	0,00
7846	Kapitalmarktpapiere	-567.248,25	0,00	-377.962,82	-377.962,82
7847	Geldmarktpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
7848	Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00
792..4	Umschuldung	0,00	-3.915.600,00	0,00	3.915.600,00
792..5	Ordentliche Tilgung	-33.606.228,99	-33.676.100,00	-32.614.766,26	1.061.333,74
792..6	Außerordentliche Tilgung	0,00	-100,00	0,00	100,00

Hansestadt LÜBECK

Anhang zum Jahresabschluss

31. Dezember 2014



1.201.2 - Abteilung Bilanzen
2017

Inhaltsverzeichnis

I ALLGEMEINE HINWEISE ... 3

II BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN ... 6

A. GLIEDERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES ... 6
B. ALLGEMEINE BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN ... 6
C. BESONDERE BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN ... 10

AKTIVA ... 10
1 Anlagevermögen ... 10
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände ... 10
1.2 Sachanlagen ... 10
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ... 11
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ... 11
1.2.3 Infrastrukturvermögen ... 12
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden ... 14
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler ... 14
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge ... 15
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung ... 16
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau ... 16
1.3 Finanzanlagen ... 17
2 Umlaufvermögen ... 19
2.1 Vorräte ... 19
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände ... 20
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens ... 21
2.4 Liquide Mittel ... 21
3 Aktive Rechnungsabgrenzung (ARAP) ... 21
4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ... 22

PASSIVA ... 23
1 Eigenkapital ... 23
2 Sonderposten ... 26
3 Rückstellungen ... 27
4 Verbindlichkeiten ... 30
5 Passive Rechnungsabgrenzung (PRAP) ... 31

ERGEBNISRECHNUNG ... 32
1. Erträge ... 32
2. Aufwendungen ... 33
3. Jahresergebnis ... 34

III ERGÄNZENDE HINWEISE ... 35

A. NOCH NICHT ERHOBENE BEITRÄGE AUS FERTIG GESTELLTEN ERSCHLIEßUNGSMAßNAHMEN ... 35
B. DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE ... 35
C. UMRECHNUNG VON FREMDWÄHRUNGEN ... 35
D. KOSTENUNTERDECKUNGEN IM GEBÜHRENHAUSHALT ... 35
E. HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND BÜRGSCHAFTEN ... 35
F. VERPFLICHTUNGEN AUS KREDITÄHNLICHEN GESCHÄFTEN ... 36

ANLAGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS NACH § 51 ABS. 3 GEMHVO-DOPPIK ... 37
- ANLAGENSPIEGEL ... 39
- FORDERUNGSSPIEGEL ... 43
- VERBINDLICHKEITENSPIEGEL ... 47
- AUFSTELLUNG DER ÜBERTRAGENEN HAUSHALTSERMÄCHTIGUNGEN ... 51
- ÜBERSICHT ÜBER SONDERVERMÖGEN, GESELLSCHAFTEN UND GEMEINSAME KOMMUNALUNTERNEHMEN ... 57

WEITERE ANLAGE ZUM ANHANG: ÜBERSICHT ÜBER DIE BÜRGSCHAFTEN ... 61

I Allgemeine Hinweise

Die Hansestadt Lübeck hat zum 31. Dezember 2014 den fünften “doppischen” Jahresabschluss nach § 95 m der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) aufgestellt.

Nach § 95 m Abs. 1 GO i.V.m. § 135 Abs. 2a Nr. 7 GO i.V.m. § 44 Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) ist ein Anhang in entsprechender Anwendung der Regelungen nach § 51 GemHVO-Doppik und § 43 Abs. 6 Satz 3, § 48 Abs. 4 Satz 3, § 48 Abs. 5 Sätze 2 und 3 sowie § 50 Abs. 1 Satz 2 GemHVO-Doppik ein Teil des doppischen Jahresabschlusses. Neben dem Anhang besteht der Jahresabschluss nach § 95 m Abs. 1 GO aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen und der Bilanz. Dem Jahresabschluss ist ein Lagebericht beizufügen. Der Jahresabschluss mit dem Lagebericht war bis zum 31.3.2015 vorzulegen.

Da Verzögerungen bei der Vorlage von Jahresabschlüssen der Gemeinden, die auf die Doppik umgestellt haben, üblich sind, hat das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten abweichende Fristen vorgegeben. Sollten auch diese nicht eingehalten werden, ist die verspätete Bearbeitung des aktuellen Antrages auf Genehmigung der Haushaltssatzung zu befürchten. Diese Frist wird mit dem jetzt vorgelegten Jahresabschluss eingehalten.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 als Vorjahresabschluss ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Jahresabschlusses 2014 noch nicht begonnen. Derzeit wird der Jahresabschluss 2011 geprüft. Ein Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes liegt noch nicht vor. Der Jahresabschluss 2010 und die Ergebnisverwendung wurden bereits abschließend in der Bürgerschaft beschlossen. Entsprechend des Zeitdrucks müssen somit Folgeabschlüsse erstellt werden, ohne dass die Werte der Vorjahresabschlüsse mit der jeweiligen Ergebnisverwendung beschlossen wurden. Zwangsläufig ist so zu verfahren als ob solche Beschlüsse zu den vorgelegten Jahresabschlüssen gefasst wurden. Näheres wird zu den betroffenen Bilanzposten erläutert.

Im Anhang sind die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu den Posten der Bilanz anzugeben und so zu erläutern, dass sachverständige Dritte die Richtigkeit, Vollständigkeit und Angemessenheit beurteilen können. Die Anwendung von Vereinfachungsregelungen und Schätzungen ist zu beschreiben. Ferner sind die im Verbindlichkeitenspiegel auszuweisenden Haftungsverhältnisse sowie alle Sachverhalte, aus denen sich künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen für die Hansestadt Lübeck ergeben können und weitere konkret vorgegebene Sachverhalte i.S.d. Regelungen nach § 51 Abs. 2 GemHVO-Doppik anzugeben und zu erläutern. Weiterhin sind dem Anhang nach § 51 Abs. 3 GemHVO-Doppik ein Anlagen-, ein Forderungs- und ein Verbindlichkeitenspiegel sowie eine Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen und eine Übersicht über Sondervermögen, Zweckverbände, Gesellschaften, Kommunalunternehmen, andere Anstalten sowie Wasser- und Bodenverbände beizufügen.

Nach § 56 Abs. 3 GemHVO-Doppik können Korrekturen an der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2010 in den folgenden Jahresabschlüssen ergebnisneutral vorgenommen werden. Die Möglichkeit zu einer solchen Korrektur wurde durch die Änderung der GemHVO-Doppik zum 1.1.2013 auf fünf Jahresabschlüsse verlängert. Demzufolge wird in diesem Jahresabschluss letztmalig von der Möglichkeit dieser Eröffnungsbilanzkorrekturen nach § 56 GemHVO-Doppik Gebrauch gemacht. Somit wird das Jahresergebnis bisher nicht durch Korrektur-Effekte verändert. Erst ab dem Jahresabschluss

2015 werden die Wirkungen von ggf. noch umzusetzenden Korrekturen in der Ergebnisrechnung als außerordentliche Aufwendungen oder Erträge berücksichtigt werden müssen.

Bei der Umsetzung von Eröffnungsbilanzkorrekturen nach § 56 GemHVO-Doppik werden die Veränderungen im Eigenkapital und korrespondierend dazu bei dem jeweiligen Bilanzposten berücksichtigt. Bei den Erläuterungen im Anhang zum Eigenkapital wird diese Beziehung dargestellt. Die Korrekturen wurden derart vorgenommen, dass zum Stichtag des Jahresabschlusses die Werte bilanziert werden, die bei korrekter Erfassung in der Eröffnungsbilanz und Fortführung im Wirtschaftsjahr anzusetzen sind. Neben den zu bilanzierenden Werten wurden auch die Abschreibungen oder die Minderung von Sonderposten, die in Vorjahren hätten angesetzt werden müssen, im Nachhinein berücksichtigt. Bei der nachträglichen Bewertung ursprünglich nicht erfasster Werte wurden grundsätzlich dieselben Bewertungskriterien angewendet, wie sie zur Eröffnungsbilanz verwendet worden wären und die in den städtischen Vorgaben wie z. B. dem Betriebswirtschaftlichen Fachkonzept vorgegeben sind.

Pro Bilanzposten wurde die Summe der durch Eröffnungsbilanzkorrekturen verursachten Änderungen aus dem Buchungsstoff abgeleitet. Demzufolge werden nicht-buchungswirksame Änderungen wie z. B. die nachträgliche Erfassung der Anschaffungszeitpunkte für nicht abzuschreibende Wertgegenstände auch nicht als Korrekturen ausgewiesen.

Rückwirkende Korrekturen an einer Bilanz, die seit Jahren vorliegt, sind grundsätzlich mit erheblichen Darstellungsschwierigkeiten verbunden, da Vorjahreswerte allenfalls bedingt angepasst werden können. Die hierfür erforderlichen zum Teil sehr komplexen Buchungen müssen im doppischen System zusätzliche Effekte berücksichtigen. Zum Teil sind auch Auswirkungen auf die Finanzrechnung zu berücksichtigen.

Um beispielsweise im Anlagenspiegel eine vor zahlreichen Jahren angeschaffte Anlage, die versehentlich nicht in der Eröffnungsbilanz erfasst ist, auch hinsichtlich der „historischen“ Abschreibungen für bereits abgeschlossene Wirtschaftsjahre richtig abbilden zu können, werden im Jahr der Korrektur diese „historischen“ Abschreibungen ausschließlich im Anlagenspiegel einmalig bei den Abschreibungen des laufenden Jahres zusätzlich ausgewiesen. Mit einer weiteren Buchung werden die historischen Abschreibungen für die Ergebnisrechnung wieder eliminiert, so dass die Abschreibungen des laufenden Jahres in der Ergebnisrechnung zutreffend nur für das abzuschließende Jahr dargestellt werden. Im Anlagenspiegel sind Vorjahreswerte aufgrund von Eröffnungsbilanzkorrekturen bereits berücksichtigt, so dass die Differenz zur Ergebnisrechnung Effekte der nachträglichen Eröffnungsbilanzkorrekturen abbildet.

In der aktuellen Bilanz führen Eröffnungsbilanzkorrekturen bei den Vorjahreswerten entsprechend der Regelung nach § 56 Abs. 3 Satz 2 GemHVO-Doppik nicht zu Veränderungen. Eröffnungsbilanzkorrekturen sind dann ebenfalls im direkten Vergleich mit dem Anlagenspiegel nachvollziehbar.

Die Jahresendwerte der Bilanz, der Ergebnisrechnung und des Anlagenspiegels werden immer korrekt ausgewiesen. Im Folgeabschluss werden dann auch die „historischen“ Abschreibungen der nacherfassten Anlage im Anlagenspiegel richtig dargestellt.

Insgesamt wurden so Verfahrensweisen entwickelt, die vorrangig langfristig bzw. zum Jahresabschluss den richtigen Bilanzausweis gewährleisten.

Nicht alle inzwischen bekannt gewordenen Eröffnungsbilanzkorrekturen konnten in diesem Jahresabschluss umgesetzt werden, damit der Zeitplan für die Vorlage dieses Jahresabschlusses eingehalten werden konnte.

Zum 1.1.2014 gelten wiederum wesentliche Änderungen an den Regelungen der GemHVO-Doppik, deren Anwendung mit einem Rundschreiben des Ministeriums vom 17.7.2015 klargestellt wird. Neu war insbesondere, dass eine weitere Rückstellungsart definiert und zugelassen wurde. Die Möglichkeit zur Bildung „sonstiger Rückstellungen“ wird gleichzeitig gravierend eingeschränkt. Insgesamt ist davon auszugehen, dass zukünftig weniger Rückstellungen gebildet werden dürfen und spätestens zum Jahresabschluss 2015 ein Betrag in zweistelliger Millionenhöhe ertragswirksam aufgelöst werden muss.

Aus solchen Rechtsänderungen können inhaltliche Änderungen an Posten der Bilanz, Ergebnis- oder Finanzrechnung resultieren. Soweit dies der Fall ist, können Vorjahreswerte inhaltlich abweichen, die dann gesondert erläutert sind.

Für die äußere Gestaltung des Anhangs, seinen Aufbau und Umfang bestehen keine besonderen Formvorgaben.

Im Anschluss an die allgemeinen Hinweise sowie der Gliederung der Bilanz und der allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden folgt die Erläuterung der Posten der Bilanz mithilfe der nach § 48 GemHVO-Doppik vorgegebenen Bilanzgliederung und der Ergebnisrechnung nach § 45 GemHVO-Doppik. Die nach § 51 Abs. 2 und 3 GemHVO-Doppik notwendigen Angaben werden dargestellt, soweit sie nicht bereits erläutert wurden.

II Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

A. Gliederung des Jahresabschlusses

Das Bilanzgliederungsschema nach § 48 Abs. 1 und 2 GemHVO-Doppik wurde grundsätzlich übernommen. Abweichend von den Vorgaben wurde im Eigenkapital der zusätzliche Gliederungspunkt „1.6 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen. Ohne diesen zusätzlichen Ausweis würde das Jahresergebnis nicht korrekt ausgewiesen werden. Nach § 48 Abs. 4 GemHVO-Doppik ist die Erweiterung der Bilanzgliederung zulässig und im Anhang anzugeben.

Entsprechend § 45 Abs. 1 GemHVO-Doppik wurde grundsätzlich die Gliederung der Ergebnisplanung nach § 2 GemHVO-Doppik für die Gliederung der Ergebnisrechnung verwendet. Diese entspricht dem nach den Ausführungsanweisungen vorgegebenem Muster mit der Ausnahme, dass zusätzliche Informationen zu internen Leistungsbeziehungen ergänzt worden sind. Zusätzlich werden budgetrelevante und nicht-budgetrelevante Erträge und Aufwendungen, die in Summe jeweils den Wert Null ergeben, separat und ergebnisneutral ausgewiesen.

Die Gliederung der Finanzrechnung entspricht den Regelungen nach § 45 Abs. 1 GemHVO-Doppik i.V.m. § 3 GemHVO-Doppik in der aktuellen Fassung.

Posten der Bilanz, der Ergebnis- oder der Finanzrechnung, die keinen Betrag enthalten, werden nach § 48 Abs. 3 Satz 2 GemHVO-Doppik nicht ausgewiesen.

Wenn keine Maßeinheiten ausdrücklich angegeben wurden, ist im Folgenden regelmäßig von Beträgen in Euro (€) auszugehen.

B. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Ansatz- und Bewertungsvorschriften wurden grundsätzlich analog zum Jahresabschluss 2013 umgesetzt. Dem entsprechend wurden auch bei der Erfassung und Bewertung von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten für den Jahresabschluss zum 31.12.2014 nach § 55 Abs. 4 GemHVO-Doppik die Werte des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 als Grundlage genommen und fortgeführt. Die Werte des Jahresabschlusses werden als Vorjahreswerte ausgewiesen. Falls in Ausnahmen Abweichungen umgesetzt wurden, sind diese den Erläuterungen zum jeweiligen Bilanzposten zu entnehmen.

Soweit Korrekturen der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2010 erforderlich waren, wurden grundsätzlich dieselben Bewertungsmaßstäbe angesetzt, wie sie zur Eröffnungsbilanz verwendet worden wären. Dies betrifft insbesondere auch die Erleichterungen für die Erstellung der Eröffnungsbilanz nach § 55 GemHVO-Doppik.

Damit war zu gewährleisten, dass mit einer Korrektur im Nachhinein erfasste Vermögenswerte im vorliegenden Jahresabschluss so berücksichtigt werden, als wären sie schon mit der Eröffnungsbilanz korrekt erfasst und seitdem weiter geführt worden. So werden beispielsweise im Anlagenspiegel nach einem Korrekturfall nicht die Eröffnungsbilanzwerte sondern die korrigierten Eröffnungsbilanzwerte als Vorjahreswerte ausgewiesen. Analog gilt dies für weitere Bilanzposten.

Dem Grundsatz der Vollständigkeit entsprechend wurden in der Bilanz grundsätzlich sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden im wirtschaftlichen

Eigentum der Hansestadt Lübeck wertmäßig erfasst. Ausnahmen werden im Einzelnen dargestellt.

Entsprechend wurde vor der Aufstellung des Jahresabschlusses eine Inventur nach § 37 Abs. 1 GemHVO-Doppik durchgeführt und ein Inventar mit allen Vermögensgegenständen und Schulden aufgestellt. Von einer weiteren körperlichen Gesamt-Inventur zum Jahresende 2014 wurde abgesehen. Den Kommentierungen zu diesem Gesetz ist einheitlich zu entnehmen, dass eine körperliche Bestandsaufnahme mindestens alle drei Jahre durchzuführen ist. Eine vollständige körperliche Bestandsaufnahme im Rahmen einer Folgeinventur wurde seit der Erstellung der Eröffnungsbilanz bisher nicht abgeschlossen. Allerdings wurde eine Bestandsaufnahme im Oktober 2014 begonnen. Ergebnisse der körperlichen Inventur wurden berücksichtigt, soweit sie für den Jahresabschluss 2014 rückwirkend relevant waren und die hierzu erforderlichen Arbeiten im jeweiligen Verwaltungsbereich rechtzeitig fertig gestellt wurden. Von der Verfahrensweise der bisherigen Bewertung der Vermögensgegenstände der Hansestadt Lübeck nach § 43 GemHVO-Doppik wurde nicht abgewichen. Danach sind Vermögenswerte und Schulden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um Abschreibungen zu bilanzieren.

Nach § 55 Abs. 2 GemHVO-Doppik ist für die Bewertungen mit der Eröffnungsbilanz geregelt, dass hiervon abgewichen werden kann, wenn die tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand ermittelt werden können. In diesem Fall konnten den Preisverhältnissen zum Anschaffungs- oder Herstellungszeitpunkt entsprechende Erfahrungswerte angesetzt werden, vermindert um Abschreibungen nach § 43 GemHVO-Doppik seit diesem Zeitpunkt.

Nach § 55 Abs. 5 GemHVO-Doppik konnten die im bisherigen Rechnungswesen ermittelten Wertansätze für Vermögensgegenstände übernommen werden. Ebenso konnten gem. § 43 Abs. 4 GemHVO-Doppik bei Vermögensgegenständen, für die bereits im bisherigen Rechnungswesen der Hansestadt Abschreibungen angesetzt worden sind, die Abschreibungen mit unveränderten Abschreibungssätzen fortgeführt werden. Ein Beispiel sind bestehende und vom Finanzamt anerkannte Vermögensverzeichnisse für Betriebe gewerblicher Art (z. B. BgA Hafen, Märkte und Stadtwald), die überwiegend übernommen wurden. Aus dieser Übernahme können im Ausnahmefall z. B. Unstetigkeiten dadurch entstehen, dass gleichartige Güter, die kurz vor und nach der Umstellung auf die Doppik beschafft wurden, zulässigerweise zu unterschiedlichen handelsrechtlichen oder kommunalrechtlichen Kriterien bewertet und abgeschrieben werden.

Bei Betrieben gewerblicher Art (BgA) handelt es sich um eine steuerrechtliche Fiktion zur Erfüllung steuerrechtlicher Anforderungen. Eine eigenständige Betrachtung im Rahmen der Aufstellung der Eröffnungsbilanz oder des Jahresabschlusses erfolgte nicht, da diese mit ihren Vermögensgegenständen und Schulden entweder Teil des Kernbilanzierungskreises oder Teil einer Tochterorganisation sind.

Die nach § 39 GemHVO-Doppik vorgegebenen allgemeinen Bewertungsgrundsätze wurden eingehalten.

Daraus ergibt sich auch, dass Vermögensgegenstände eher zu niedrig als zu hoch zu bewerten sind. Nicht realisierte Gewinne zum Stichtag dürfen nicht, aber vorhersehbare Risiken und Verluste müssen berücksichtigt werden (Imparitätsprinzip).

Bei abnutzbaren Vermögensgegenständen wurde der auf den abgelaufenen Nutzungszeitraum entfallende Wertverlust bei Berücksichtigung der Gesamtnutzungsdauer abgezogen.

Für die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer von abnutzbaren Vermögensgegenständen ist gemäß § 43 Abs. 4 GemHVO-Doppik die vom Innenministerium bekannt gegebene Abschreibungstabelle zu Grunde gelegt worden. Weiterhin durften mit der Umstellung auf die Doppik Vermögenswerte, zu denen Abschreibungen bereits im vorhergehenden Rechnungswesen angesetzt worden sind unverändert fortgeführt werden. Bisherige Werte und Nutzungsdauern wurden danach fortgeführt. Für den Fall der Nachaktivierung wurden Nutzungsdauern ggf. angepasst. Außerplanmäßige Abschreibungen im Sinne des § 43 Abs. 6 GemHVO-Doppik sind bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung von Vermögensgegenständen zur Eröffnungsbilanz vorgenommen worden, sofern diesem Umstand nicht durch Bildung einer Rückstellung begegnet werden konnte.

Nach § 41 Abs. 3 GemHVO-Doppik gelten auch Erhaltungsmaßnahmen z. B. von Gebäuden als investiv, wenn hierfür Zuschüsse, Zuweisungen oder zinsgünstige Darlehen von Körperschaften oder Förderbanken gezahlt wurden. In solchen Fällen wird nicht von einer Verlängerung der Restnutzungsdauer ausgegangen. Im Jahr der Nachaktivierung wird diese Werterhöhung voll im Rahmen der ordentlichen Aufwendungen abgeschrieben.

Ist ein Vermögensgegenstand, der weiterhin genutzt wird, vollständig abgeschrieben, wurde er mit einem Erinnerungswert im Inventar und in der Bilanz dargestellt. Dieser Erinnerungswert beträgt für die Hansestadt Lübeck grundsätzlich 1,00 €. Abweichende Werte in Vermögensverzeichnissen, die bereits vom Finanzamt anerkannt sind oder auf Abstimmungen mit dem Finanzamt basieren, wurden unverändert fortgeführt.

Der Erinnerungswert von 1,00 € wurde zur Eröffnungsbilanz auch dann für einen Vermögensgegenstand angesetzt, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten unbekannt waren und der Wiederbeschaffungszeitwert nur mit nicht vertretbarem Aufwand hätte ermittelt werden können.

Die in der Eröffnungsbilanz für die einzelnen Vermögensgegenstände ermittelten Werte gelten für die künftigen Haushaltsjahre als Anschaffungs- oder Herstellungskosten und stellen somit die wertmäßige Obergrenze dar.

In die Bilanz wurden nur Vermögensgegenstände aufgenommen, bei denen die Hansestadt Lübeck das wirtschaftliche Eigentum hat. Wirtschaftliches Eigentum wurde dann angenommen, wenn der Hansestadt Lübeck dauerhaft für die wirtschaftliche Nutzungsdauer Besitz, Gefahr, Nutzungen und Lasten zustehen und wenn sie über das Verwertungsrecht verfügt und somit die tatsächliche Verfügungsgewalt ausübt.

Im Eigentum der Hansestadt Lübeck befindliche Grundstücke, die treuhänderisch verwaltet werden, wurden bilanziert. Soweit Erschließungsträger im Auftrage der Hansestadt städtische Grundstücke entwickelt haben, werden die „Entwicklungen“ bzw. Aufbauten entsprechend der Abrechnungen der Erschließungsträger vollständig dargestellt. Die Abrechnungen der Grundstücks-Gesellschaft TRAVE mbH als Sanierungsträger gehen erst mit dem Verkauf der sanierten Immobilie ein.

Geschäftsbesorgungsverträge hat die Stadt insbesondere mit eigenen Gesellschaften abgeschlossen. Die Unternehmen bewirtschaften z. B. städtischen Parkraum, Wohnungen und sonstige Gebäude. Zu diesen Verträgen liegen zur Fertigstellung dieses Jahresabschlusses Abrechnungen vor, die im Rechnungswesen der Hansestadt vollständig übernommen wurden.

Als weiterer Bewertungsgrundsatz wurde weit überwiegend das Prinzip der Einzelbewertung angewandt. Es besagt, dass Vermögen und Schulden zum Bilanzstichtag einzeln zu bewerten sind. Davon sind Vermögensgegenstände ausgenommen, die nicht selbstständig nutzbar sind und mit anderen Vermögensgegenständen eine Bewertungseinheit bilden. In begründeten Fällen wurden bestimmte Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens zur Vereinfachung der Bewertung gemäß § 37 Abs. 2 GemHVO-Doppik mithilfe eines Festwertes bilanziert. Beispiele hierfür sind der Bestand der Medien der Stadtbibliothek, der Holzbestand des Stadtwaldes, der Bestand an Verkehrszeichen oder Grünflächen, die regelmäßig erneuert werden, ohne dass der Gesamtwert gravierend abweicht. In diesen Fällen wird vereinfachend davon ausgegangen, dass sich Zugänge und Abschreibungen grundsätzlich ausgleichen. Um dies zu prüfen, sind für diese Vermögenswerte gesonderte Erfolgsbuchungen vorgesehen, die die Veränderung von Festwertbeständen widerspiegeln sollen. Nicht in allen Fällen wurden aber Festwertänderungen auf den dafür eingerichteten Erfolgskonten gebucht. Im Rahmen der körperlichen 1. Folgeinventur sind die Festwerte und ihre Entwicklung zu überprüfen.

Der Wertaufhellungszeitpunkt endet üblicherweise mit dem Tag, an dem der Jahresabschluss rechtmäßiger Weise hätte fertig gestellt sein sollen. Erkenntnisse, die bilanzierungsrelevant sind, aber erst nach diesem Zeitpunkt bekannt geworden sind, dürfen im Regelbetrieb nicht mehr verwendet werden. Hinsichtlich der Beurteilung der Werthaltigkeit von Forderungen wurden dagegen die aktuellen Daten verwendet. Ebenfalls wurden zum Teil keine Rückstellungen für noch ausstehende Eingangsrechnungen gebildet, wenn die Rechnung inzwischen ordnungsgemäß vorlag. In diesen Fällen wurden oftmals anstelle der Rückstellung als ungewisse Verbindlichkeit die inzwischen konkreten Verbindlichkeiten direkt gebucht.

Zur Anwendung weiterer Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wird auf die nachfolgenden speziellen Ausführungen pro Bilanzposten verwiesen.

C. Besondere Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

1 Anlagevermögen

Auf den beigefügten Anlagenspiegel sei verwiesen.

Da der Anlagenspiegel auf den Grunddaten der einzelnen Anlagen basiert, sind bei rechtmäßiger Umsetzung der rückwirkenden Korrekturen an der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2010 nach § 56 GemHVO-Doppik Besonderheiten im Vergleich zu anderen Teilen des Jahresabschlusses zu berücksichtigen.

Die zum 31.12.2014 ausgewiesenen Bestände sind in der Bilanz und im Anlagenspiegel identisch. Die Vorjahreswerte in den Bilanzposten des Anlagevermögens sind in der Bilanz unverändert aus der Vorjahresbilanz übernommen. Im Anlagenspiegel berücksichtigen die Vorjahreswerte zusätzlich die Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) der nachträglich erfassten Vermögenswerte.

Im Anlagenspiegel ausgewiesene Abschreibungen weichen von den bilanziellen Abschreibungen der Ergebnisrechnung ab, weil in der Ergebnisrechnung weitere Konten hinterlegt sind, die nicht die Abschreibung des Sachanlage-vermögens darstellen. In der Ergebnisrechnung werden die Abschreibungen des laufenden Wirtschaftsjahres dargestellt. Dem gegenüber sind im Anlagenspiegel zusätzlich auch die Abschreibungen enthalten, die bei nachträglicher Bilanzierung von seit langem vorhandenen Vermögenswerten in den Vorjahren seit der Anschaffung zu berechnen gewesen wären.

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle. Vermögenswerte	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014	Zu- und Abgänge
Summe	11.133.120,90	-952.850,00	10.180.270,90	584.576,43

Die oben dargestellte Tabelle stellt in der Spalte „Entwicklung“ die Differenz zwischen dem Endbestand und dem Anfangsbestand dar. Als Zu- und Abgänge sind darin enthaltene Veränderungen aufgrund von Kaufverträgen oder Umbuchungen enthalten. Umbuchungen sind unter anderem erforderlich, nachdem eine Anlage im Bau fertig gestellt wurde. Diese Tabellenstruktur wird für alle Bilanzposten des Anlagevermögens verwendet.

Voraussetzung für die Aktivierung immaterieller Vermögensgegenstände ist, dass diese entgeltlich erworben wurden. Selbsterstellte immaterielle Vermögensgegenstände wurden gemäß § 40 Abs. 4 GemHVO-Doppik nicht aktiviert.

Immaterielle Vermögensgegenstände wurden bilanziert für:

- Lizenzen und DV-Software sowie
- Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände

Wesentliche sonstige immaterielle Vermögensgegenstände sind Rechte an fremden Grundstücken sowie an die Deutsche Bahn geleistete Vorteilsausgleiche. Ebenfalls ist die Finanzsoftware “Mach“ dieser Bilanzposition zugeordnet.

Zum Jahresabschluss 2014 ergibt sich eine Abweichung bei den immateriellen Vermögensgegenständen zwischen Bilanz und Anlagenspiegel zum 31.12.2014

in Höhe von 725,33 €. Es handelt sich hierbei um eine systembedingte fehlerhafte Kontenzuordnung im Anlagenspiegel.

1.2 Sachanlagen

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Unbebaute Grundstücke ...	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014	Zu- und Abgänge
Summe:	228.384.857,79	509.832,67	228.894.690,46	732.678,54

Unter den *Grünflächen* wurden Erholungsflächen, Parkanlagen sowie Freizeit- und Erholungsflächen einschließlich der dazugehörigen Oberflächengewässer sowie Naturschutzgebiete und Ausgleichflächen subsumiert.

Ackerland ist Grund und Boden, der landwirtschaftlich, gartenbaulich kommerziell oder für eigene Zwecke genutzt wird.

Bei dem Posten *Wald und Forsten* handelt es sich einerseits um den Grund und Boden, der forstwirtschaftlich genutzt wird. Andererseits umfasst der Posten das stehende Holzvermögen, das einer regelmäßigen Bewirtschaftung unterliegt. Das Holzvermögen ist durch ein forstwirtschaftliches Gutachten auf der Grundlage der letztmalig 2005 erhobenen Forsteinrichtungsdaten bewertet worden. Es ist als Festwert ausgewiesen.

Unter dem Bilanzposten *sonstige unbebaute Grundstücke* wird anderweitig nicht genannter Grund und Boden bilanziert. Diesem Posten sind auch die zahlreichen mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücke der Hansestadt Lübeck zugeordnet.

Eröffnungsbilanzkorrekturen
Zuvor nicht erfasste Grundstücke wurden mit einem Betrag von 367.754,67 € nacherfasst. Darüber hinaus sind Umbuchungen erfolgt, die aber nicht Korrekturen nach § 56 GemHVO-Doppik darstellen.

Sonstige Umbuchungen, Zu- und Abgänge
Die Zugänge (1,6 Mio. €) und Anlagenumbuchungen (9,8 T€) in dieser Bilanzposition ergeben sich neben den Korrekturen überwiegend aus Grundstücksankäufen und aus Umbuchungen (z. B. Nachaktivierungen) zwischen den Sammelanlagen für Flurstücke. Diese resultieren z. B. aus Nutzungsänderungen. Die Abgänge (891 T€) resultieren ebenfalls größtenteils aus Grundstücksverkäufen und Umbuchungen zwischen den Sammelanlagen für Flurstücke.

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

bebaute Grundstücke ...	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014	Zu- und Abgänge
Summe:	271.414.404,92	24.006.415,66	295.420.820,58	33.857.685,01

Auf den beigefügten Anlagenspiegel sei verwiesen.

Grund und Boden für kommunale Nutzungen sind als Gemeinbedarfsflächen dauerhaft der öffentlichen Zweckbestimmung vorbehalten. Damit sind sie grundsätzlich einer Marktpreisentwicklung entzogen. Dementsprechend wurde der Wert des Grund und Bodens für kommunalnutzungsorientiert errichtete Gebäude objektbezogen ermittelt und der Bodenrichtwert mit 40 % des aktuellen Wertes des umgebenden erschlossenen Baulandes in der bestehen-

den örtlichen Lage zur Eröffnungsbilanz 2010 veranschlagt. Den Zeitwert für Grundstücke, die nutzungsbedingt eine Marktanbindung haben, bildet regelmäßig der Verkehrswert. Dieser Wert ist auf der Grundlage der Bodenrichtwerttabelle der Hansestadt Lübeck unter Berücksichtigung der jeweiligen Lage festgesetzt worden. Die Werte der Eröffnungsbilanz wurden fortgeführt.

Die Außenanlagen wurden bei den Berechnungen zur Eröffnungsbilanz auf pauschal fünf Prozent der Herstellungskosten des Gebäudewertes festgelegt und zusammen mit diesem erfasst. Falls sich der Bestand der Außenanlagen ändert, wird dieser im Einzelfall berücksichtigt und führt zu einer allmählichen Trennung der Werte für Gebäude und Außenanlagen.

Gebäude, die ab dem 01.01.2000 hergestellt wurden, wurden mit tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet.

Eröffnungsbilanzkorrekturen
Drei Flurstücke wurden nachträglich mit einem Betrag von 16.383,49 € erfasst.

sonstige Umbuchungen, Zu- und Abgänge
Im Bereich „Schulen“ sind Zugänge bei der Emil-Possehl-Schule und diversen Außenanlagen aufgrund der Abrechnung der Anlage im Bau: „Umbau und Erweiterung Emil-Possehl-Schule“ in Höhe von 13,7 Mio. € zu verzeichnen. Des Weiteren ist ein Zugang durch den Neubau einer Außenanlage bei der Grundschule Travemünde in Höhe von 57 T€ erfolgt. Aufgrund einer Umbuchung von der Position 1.2.3 Infrastrukturvermögen wurden 1,3 Mio. € für das Parkhaus Possehlstraße nachaktiviert.

Die Summe der Anlagenabgänge resultiert u. a. aus dem Abgang in Höhe von 130 T€ aufgrund des Verkauf eines Arbeiterwohnheims auf dem Priwall in der Wiekstraße. Ebenfalls sind Abgänge aus Grundstücksverkäufen (73 T€) und Umbuchungen (255 T€) zwischen den Sammelanlagen für Flurstücke aufgrund von Nutzungsänderungen angefallen.

1.2.3 Infrastrukturvermögen

Infrastruktur-vermögen	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014	Zu- und Abgänge
Summe:	388.022.231,09	10.178.653,54	398.200.884,63	25.498.326,98

Das Infrastrukturvermögen der Stadt umfasst die öffentlichen Einrichtungen, die im engeren Sinne die Grundvoraussetzung für das „Leben in der Stadt“ bilden. Der Bilanzausweis beinhaltet deshalb nur Verkehrs- sowie Ver- und Entsorgungseinrichtungen und ist gesetzlich wie folgt strukturiert:

- Grund und Boden des Infrastrukturvermögens,
- Brücken und Tunnel,
- Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen,
- Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen,
- Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen und
- sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens.

1.2.3.1 Grundstücke des Infrastrukturvermögens

In der Eröffnungsbilanz 2010 wurden die Werte für Grund und Boden getrennt nach dem Innenbereich und dem Außenbereich ermittelt. Die Werte wurden fortgeführt.

Die Zugänge in dieser Bilanzposition ergeben sich u. a. aus Eröffnungsbilanzkorrekturen in Höhe von 13.080,88 €. Die Abgänge in dieser Bilanzposition in Höhe von 9 T€ ergeben sich ebenfalls zum Teil aus Eröffnungsbilanzkorrekturen in Höhe von 3.318,36 €.

1.2.3.2 Brücken und Tunnel

Unter dieser Bilanzposition sind alle Brücken und Tunnel sowie Stütz- und Lärmschutzwände im Stadtgebiet erfasst und bewertet worden.

Der Herrentunnel wurde in der Bilanz nicht erfasst, da die Hansestadt Lübeck als Konzessionsgeber lediglich zivilrechtlicher Eigentümer des Tunnelbauwerks ist und das bilanzierungsnotwendige wirtschaftliche Eigentum nicht vorliegt. Wirtschaftlicher Eigentümer ist der Konzessionär für die Dauer der Überlassung.

Die Abgänge in Höhe von 28 T€ in dieser Bilanzposition ergeben sich durch einen Verkauf von Leerrohren aus der St. Lorenzbrücke.

Zugänge konnten u.a. aufgrund einer Umbuchung von der Baumaßnahme „Nordtangente“ zur „Eric-Warburg-Brücke“ in Höhe von 2,3 Mio. € verzeichnet werden.

1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen

Hier werden die Gleisanlagen der Hafenbahn abgebildet. Die Werte wurden zur Eröffnungsbilanz 2010 dem bestehenden Anlagenverzeichnis des BgA Hafen entnommen und seitdem fortgeführt.

Die Zugänge in dieser Bilanzposition ergeben sich überwiegend aus Umbuchungen von fertiggestellten Baumaßnahmen wie die Erneuerung des Gleises 4 des Konstinbahnhofs (438 T€).

1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

Der bilanzierte Wert wurde unter Berücksichtigung von Abschreibungen fortgeführt.

Ausgewiesen sind im städtischen Eigentum stehende Regenwasserleitungen, die einzig der Straßenentwässerung dienen.

Die Abwasserbeseitigungsanlagen, die wert- und mengenmäßig immens bedeutender sind, sind im Eigentum der Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) und entsprechend dort bilanziert. Die EBL sind als Eigenbetrieb im Finanzanlagevermögen ausgewiesen.

1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen

Die Bewertung des Straßennetzes der Hansestadt Lübeck wurde zur Eröffnungsbilanz 2010 durch ein anerkanntes und spezialisiertes Unternehmen mithilfe einer Bestands- und Zustandserfassung durchgeführt.

Im Posten 1.2.3.5 der Bilanz sind auch die Straßenbeleuchtungsanlagen und Verkehrslenkungsanlagen enthalten. Die Verkehrslenkungsanlagen unterteilen sich in die folgenden Anlagen:

- Lichtsignalanlagen,
- Vor- und Tabellenwegweiser,
- StVO-Beschilderungen.

Für Vor- und Tabellenwegweiser, StVO-Beschilderung und Straßenbeleuchtung wurden Festwerte gemäß § 37 Abs. 2 GemHVO-Doppik gebildet. Lichtsignalanlagen wurden einzeln erfasst und bewertet.

Eröffnungsbilanzkorrekturen
Die Zugänge in dieser Bilanzposition ergeben sich u. a. aus Eröffnungsbilanzkorrekturen für die Eschenburgstraße und die Kieler Straße in Höhe von insgesamt 179.364,08 €. Dem gegenüber sind keine Abgänge aus Korrekturen im Wirtschaftsjahr 2014 zu verzeichnen.

sonstige Umbuchungen, Zu- und Abgänge
Es ergeben sich im Wirtschaftsjahr 8,8 Mio. € Zugänge aus Umbuchungen aufgrund der Abrechnungen von Baumaßnahmen, wie u. a. der Neubau der „B75 Marlistraße“, der zum Teil fertiggestellt und im Wirtschaftsjahr 2014 teilabgerechnet werden konnte. Die „grundhafte Erneuerung der Straße Krempelsdorfer Allee/ Fackenburger Allee“ und die „grundhafte Erneuerung. der Straße Moorgarten/ Neinhüsen", im Rahmen der „Fahrbahndeckensanierung“, konnten ebenfalls abgerechnet werden.

Als weitere große Baumaßnahmen konnte die „K 13/ Ortsumgehung Steinrade“ abgerechnet werden (7,8 Mio. €).

1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens

Unter den sonstigen Bauten des Infrastrukturvermögens sind überwiegend Bauten der Lübeck Port Authority ausgewiesen, vor allem Kaimauern und sonstige wasserbauliche Anlagen (überwiegend Verkehrsflächen).

Die Werte wurden zur Eröffnungsbilanz dem existierenden Anlagennachweis des BgA entnommen und fortgeführt.

Die Zugänge in dieser Bilanzposition setzen sich überwiegend aus Umbuchungen von fertiggestellten Baumaßnahmen wie u. a. die Ufereinfassung Mühlenteich (476 T€) und der Skandinavienkai-Umbau, hier Anleger 7 (12,2 Mio. €) zusammen.

1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden

Die Hansestadt Lübeck hat Erbbaurechte an neun Grundstücken. In der Eröffnungsbilanz 2010 und bis zum Jahresabschluss 2014 waren hierzu noch keine Werte bilanziert.

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Kunstgegenstände Kulturdenkmäler	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014	Zu- und Abgänge
Summe:	60.625.173,04	-399.649,90	60.225.523,14	-545.200,92

Zu den Kunstgegenständen gehören sämtliche Kunstgegenstände der Kunst¬halle St. Annen, des St. Annen-Museums, des Museums Behnhaus Drägerhaus, des Museums Holstentor, des Museums für Natur und Umwelt,

des Kulturforums Burgkloster mit Museum für Archäologie, der Geschichtswerkstatt Herrenwyk und der Museumskirche St. Katharinen.

Das Archivgut der Hansestadt Lübeck besteht zum einem aus archivwürdigem Schriftgut der Stadtverwaltung (auch historisch) und zum anderen aus archivwürdigem Schriftgut Dritter, das dem Bereich Archiv angeboten wird. Es wer¬den keine Archivalien gekauft, damit entstehen auch keine Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Aus den genannten Gründen scheidet eine Bilanzierung des Archivguts der Hansestadt Lübeck insgesamt und somit auch als Kunstgegenstand aus.

Die Fundstücke des Bereiches Archäologie und Denkmalpflege ergeben sich aus Ausgrabungen und Funden. Die Gegenstände werden nicht angeschafft oder hergestellt, sondern wachsen der Hansestadt Lübeck zu. Es gibt daher keine Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die aktiviert werden könnten. Somit sind die archäologischen Fundstücke nicht zu bilanzieren.

Der Bereich Stadtbibliothek vereint im Gebäude in der Hundestraße eine moderne Informationsbibliothek und eine wissenschaftliche Bibliothek mit teilweise historischem Buchbestand. Dieser historische Buchbestand wird in Gänze praktisch genutzt und steht der Öffentlichkeit zur Verfügung. Damit entspricht der historische Buchbestand nicht der Definition für Kunstgegenstände und wird zusammen mit dem Leihmedienbestand unter der Betriebs- und Geschäftsausstattung bilanziert.

Die Abgänge resultieren u.a. aus einer Umbuchung der „Ausstellung Wassermann“ (518 T€) in die Bilanzposition 1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung.

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Maschinen, techn. Anlagen ...	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014	Zu- und Abgänge
Summe:	**21.155.858,00**	**4.740.511,55**	**25.896.369,55**	**8.004.043,96**

Den wertmäßig größten Anteil an den Maschinen macht der Fuhrpark der Feuerwehr aus. Weitere größere Posten sind Fahrzeuge der Lübeck Port Authority und des Bereichs Stadtgrün und Verkehr. Ebenfalls sind hier technische Anlagen in den Naturwissenschaftsräumen der Schulen angesiedelt.

sonstige Umbuchungen, Zu- und Abgänge
Im Wirtschaftsjahr 2014 sind für die Feuerwehr diverse Löschfahrzeuge und Rettungswagen (RTW), für den Schulbereich u.a. ein Schulbus (104 T€) und die Ausstattung für den Naturwissenschaftlichen Raum in der Baltic-Schule (220 T€) angeschafft worden. Des Weiteren wurden diverse Fahrzeuge der Grünanlagen, wie ein Kranwagen LKW (250 T€) und ein Großflächenmäher (107 T€) beschafft.

Den Zugängen dieser Bilanzposition stehen Abgänge u. a. für Verkäufe von Fahrzeugen (Verkauf z. B. von mehreren Transportfahrzeugen) gegenüber.

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Betriebs- und Geschäftsaus. ...	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014	Zu- und Abgänge
Summe:	19.543.056,39	652.867,00	20.195.923,39	2.489.477,83

Den höchsten Anteil an den Vermögensgegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung machen die Einrichtungsgegenstände und Lehrmittel der Schulen aus. Weitere größere Posten sind die Büroausstattung in den Verwaltungsräumen, die städtischen IT-Systeme, sowie die Ausstattung in der Musik- und Kongresshalle.

Für die Schulen wurden insbesondere Festwerte für die Standardausstattung in den Klassenräumen gebildet.

Darüber hinaus wurden Festwerte für Hardwarekomponenten (IT-Ausstattung an Arbeitsplätzen, IT-Infrastrukturkomponenten und Telekommunikation), Regalsysteme im Archiv und für den Medienbestand der Stadtbibliothek gebildet.

sonstige Umbuchungen, Zu- und Abgänge
Die Zugänge in dieser Bilanzposition sind hauptsächlich durch neu angeschaffte geringwertige Wirtschaftsgüter und sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung zu verzeichnen (u. a. Schulmöbel, technische Ausstattung und Gegenstände für den Bereich Feuerwehr). Die weiteren Zugänge in dieser Bilanzposition ergeben sich überwiegend aus Umbuchungen von geleisteten Anzahlungen wie u. a. die Akustikmaßnahmen in Gymnasien (z.B. Ernestinenschule, Johanneum, Holstentorgemeinschaftsschule), die Ausstattung von Berufsschulen (Emil-Possehl-Schule), eine Schulküche in der Baltic-Schule sowie die Ausstattung von Turnhallen (Schule Lauerholz). Die Ausstattung von Grün- und Erholungsplätzen mit neuen Geräten (Neugestaltung Meesenplatz) führen ebenfalls zu Zugängen in dieser Bilanzposition.

Den Zugängen dieser Bilanzposition stehen Abgänge u. a. von Ausstattungsgegenständen (z. B. von Schulen und Feuerwehr) aufgrund von Neuanschaffungen gegenüber.

Zum Jahresabschluss 2014 ergibt sich eine Abweichung bei den immateriellen Vermögensgegenständen zwischen Bilanz und Anlagenspiegel zum 31.12.2014 in Höhe von 725,33 €. Es handelt sich hierbei um eine systembedingte fehlerhafte Kontenzuordnung im Anlagenspiegel.

1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Geleistete Anzahlungen, AiB	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014	Zu- und Abgänge
Summe:	76.105.240,38	-45.044.441,98	31.060.798,40	-44.943.238,44

Diese Position beinhaltet neben den geleisteten Anzahlungen im Wesentlichen den Wert sämtlicher Baumaßnahmen, die zum Bilanzstichtag noch nicht fertig gestellt waren. Hierzu gehören insbesondere Großprojekte wie der Umbau und Erweiterung der Emil-Possehl-Schule, der Ausbau der Ortsumgebung Steinrade/K13, der Ausbau der Niendorfer Hauptstraße (1.-3. Bauabschnitt), die Restaurierung der Katharinenkirche im Rahmen eines Investitionsprogramm der UNESCO, die Energieeffizienzmaßnahme der Holstentor-Gemeinschaftsschule, und der Neubau des Skandinavienkai-Anlegers 7.

sonstige Umbuchungen, Zu- und Abgänge
Projekte wie u. a. die K13/Ortsumgehung Steinrade, die Neugestaltung des Meesenplatzes, der Ausbau der K16 Untertrave /Kanalstraße, der Neubau der B75 Marlistraße, die Verlegung der Skandinavienkai-Gleise und der Anleger 7, die Ufereinfassung am Mühlenteich, der Umbau und die Erweiterung zur Schaffung einer U-3-Gruppe und die EEM-Maßnahme in der Kita Hallandhaus, der Kinderspielplatz auf der Katharineumswiese, der Umbau und die Erweiterung der Emil-Possehl-Schule und der Schule Vorwerk, die EEM-Maßnahme und der Einbau eines Aufzuges in der Holstentorgemeinschaftsschule, sowie die Fassaden des Trave Schulzentrums konnten im Wirtschaftsjahr 2014 abgeschlossen und der entsprechenden Bilanzposition zugeordnet werden.

Eröffnungsbilanzkorrekturen
Im Rahmen der Baumaßnahme Nordtangente/ neue Travequerung ist eine Eröffnungsbilanzkorrektur in Höhe von 79.005,87 € als Zugang bei der Anlage im Bau durchgeführt worden.

Zum Jahresabschluss 2014 ergibt sich eine Abweichung bei den geleisteten Anzahlungen zwischen Bilanz und Anlagenspiegel zum 31.12.2014 in Höhe von 2.540,74 €. Es handelt sich hierbei um Anzahlungen für Grundstücksankäufe, zu denen der Anlagenzugang erst im Folgejahr gebucht wurde.

Die von den Bereichen als fertig gemeldeten Anlagen im Bau (AiB) wurden im Wirtschaftsjahr 2014 fristgerecht abgerechnet.

Die Maßnahmen wurden mit den bis zum Bilanzstichtag angefallenen Ausgaben aktiviert.

1.3 Finanzanlagen

Finanzanlagen	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014
Summe:	**244.055.998,57**	**269.317,13**	**244.325.315,70**

Zu den Finanzanlagen gehören folgende Bilanzpositionen:

- Anteile an verbundenen Unternehmen
- Beteiligungen
- Sondervermögen
- Ausleihungen
- Wertpapiere des Anlagevermögens

Der Bewertung der bilanzierten Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und der Sondervermögen lagen die Vorschriften des § 55 Abs. 3 GemHVO-Doppik zugrunde. Gemäß § 55 Abs. 3 GemHVO-Doppik konnte als Wert das anteilige Eigenkapital angesetzt werden. Die gemäß § 55 Abs. 3 GemHVO-Doppik ermittelten Werte für Finanzanlagen gelten gemäß § 55 Abs. 4 GemHVO-Doppik in zukünftigen Haushaltsjahren als Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Bei der BQL Berufsausbildungs- und Qualifizierungsagentur Lübeck GmbH liegt kein beherrschender Einfluss vor. Diese ist daher den Beteiligungen zugeordnet.

Unternehmen	2014
Verbundene Unternehmen	**€**
Lübeck und Travemünde Marketing GmbH (LTM)	810.000,00
Grundstücksgesellschaft Metallhüttengelände mbH (GGM)	1,00
KWL GmbH	19.890.424,89
Grundstücksgesellschaft der Kurhausbetriebe Travemünde mbH (GGK)	0,00
Lübecker Musik-und Kongreßhallen GmbH (LMuK)	46.080,00
Grundstücks-Gesellschaft TRAVE mbH (GG TRAVE)	36.496.193,47
Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH (LHG)	25.934.166,79
Stadtwerke Lübeck Holding GmbH	9.599.778,21
Theater Lübeck gGmbH (LTG)	664.091,37
Flughafen Service Ges. mbH (FSG)	28.801,45
Summe aus verbundenen Unternehmen:	**93.469.537,18**
Beteiligungen	
Stadtwerke Lübeck GmbH (SWL)	4.441.770,47
BQL Berufsausbildungs- und Qualifizierungsagentur Lübeck GmbH	188.347,85
LVS Landesweite Verkehrsservice GmbH, Kiel	868,33
SANA Kliniken Lübeck GmbH	120.523,86
IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR	2.500,00
Summe aus Beteiligungen:	**4.754.010,51**
Sondervermögen	
SeniorInneneinrichtungen	3.658.307,38
Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL)	114.238.279,86
Kurbetrieb Travemünde (KBT)	5.334.096,81
Lübecker Schwimmbäder (LSB)	2.012.000,00
Summe aus Sondervermögen:	**125.242.684,05**
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	
Darlehen an die Stadtwerke Lübeck Holding GmbH	11.500.000,00
Darlehen an die KWL GmbH	1.648.932,29
Summe aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen:	**13.148.932,29**

Die Bewertung der Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen sowie der sonstigen Ausleihungen erfolgte zum voraussichtlichen Rückzahlungsbetrag.

Die GGK Kurhausbetriebe Travemünde ist im Geschäftsjahr 2014 liquidiert worden. Das Stammkapital in Höhe von 352.859,32 € ist dadurch in Abgang gebracht worden. Dem gegenüber steht ein Ertrag in derselben Höhe. Neue Geschäftsanteile wurden bei der Hamburg Marketing GmbH in Höhe von 500 € erworben. Bei den Beteiligungen sind im Geschäftsjahr 2014 keine weiteren Änderungen erfolgt.

Bei den Ausleihungen sind Rest-Darlehen an die Stadtwerke Lübeck Holding GmbH (11,5 Mio. €) und an die KWL GmbH (1,6 Mio. €) enthalten.

Die Hansestadt Lübeck hat der KWL GmbH vier Forderungen (Darlehen und Kassenkredite) mit einem Gesamtvolumen von 20,9 Mio. € gewährt. Mit dem Ziel, die seinerzeit befürchtete Überschuldung der KWL GmbH zu beseitigen, wurde zwischen der Hansestadt Lübeck und der KWL GmbH am 1. Dezember 2003 ein Forderungsverzicht mit Besserungsschein vereinbart. Da eine Besserung der wirtschaftlichen Lage (Rückzahlbarkeit der Darlehensforderungen und höhere Eigenkapitalquote) zunächst nicht zu erwarten war, wurden die Darlehensforderungen nur mit einem Erinnerungswert von jeweils 1,00 € in der Eröffnungsbilanz 2010 erfasst.

Im Jahr 2014 konnte eine Tilgung seitens der KWL in Höhe von 480 T€ erfolgen. Bilanzseitig ist das Darlehen gegenüber der KWL nunmehr in Höhe von rund 1,6 Mio. € entsprechend unter der Position „Ausleihungen“ ausgewiesen. Zum Jahresabschluss 2014 ergibt sich eben hieraus eine

Abweichung bei den Finanzanlagen (Position Ausleihungen) zwischen Bilanz und Anlagenspiegel in Höhe von 1.648.932,29 €, da diese nicht als Anlage gebucht wird.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens setzen sich aus der in Versorgungsfonds angelegten Versorgungsrücklage zusammen. Die Bewertung erfolgte mit der Summe aller bis zum Bilanzstichtag eingezahlten Beiträge und valutiert mit ca. 7,7 Mio. € (Vorjahr: ca. 6,6 Mio. €).

2 Umlaufvermögen

2.1 Vorräte

Vorräte	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014
Summe:	693.456,79	- 46.762,38	646.694,41

Zum Vorratsvermögen gehören die

- Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe,
- Unfertige Erzeugnisse und unfertigen Leistungen,
- Fertigen Erzeugnisse und Waren sowie
- Geleisteten Anzahlungen und sonstigen Vorräte.

Die Entwicklung der Vorratsbestände resultiert überwiegend aus der Bestandsveränderung bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen. Hier ergibt sich eine Verringerung um 78 T€, da für die betroffenen Lager keine Bestandmeldung abgegeben werden konnte. Demgegenüber stieg der Lagerbestand der Beleuchtung um 75 T€ an. Die Bestände der Lagen für Lichtsignalanlagen und Schilder verringerten sich um jeweils 16 T€.

Unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen liegen aus einem Geschäftsbesorgungsvertrag in Höhe von ca. 22 T € vor.

Die fertigen Erzeugnisse und Waren wurden zum Herstellungswert bilanziert.

Die Bewertung der geleisteten Anzahlungen und sonstigen Vorräten erfolgte zum Anschaffungswert.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen und sonstige Vermögenswerte	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014	Wertberichtigungen
Summe:	**92.359.730,16**	**-12.449.908,88**	**79.909.821,28**	**- 17.781.906,07**
Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	14.181.845,18	645.123,98	14.826.969,16	- 3.094.533,89
Sonst. öffentlich-rechtliche Forderungen	6.841.158,06	1.940.738,08	8.781.896,14	- 13.438.633,90
Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	8.125.134,10	-2.663.629,70	5.461.504,40	- 1.176.999,52
Sonstige privatrechtliche Forderungen	13.939.658,44	- 6.827.788,59	7.111.869,85	- 56.400,00
Sonstige Vermögensgegenstände	49.271.934,38	- 5.544.352,65	43.727.581,73	- 15.338,76

Weitere Einzelheiten sind dem Forderungsspiegel zu entnehmen. Insbesondere sind dort die Forderungen nach ihren Fristigkeiten getrennt dargestellt.

Die Position untergliedert sich insbesondere in öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Forderungen, unter denen wiederum unterschiedliche Forderungsarten angesetzt und abgebildet werden und in sonstige Vermögensgegenstände. Sämtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert worden.

Enthalten in den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen sind auch befristet niedergeschlagene Forderungen, die nach den Meldungen der städtischen Bereiche einzelwertberichtigt wurden. Unbefristet niedergeschlagene Forderungen wurden nicht bilanziert.

Soweit weitere Forderungen nicht mehr werthaltig waren, wurden auch diese einzeln wertberichtigt. Im Übrigen wurden pauschale Wertberichtigungen vorgenommen. Hierfür wurden, abhängig von der Forderungsart und der Dauer der Zahlungsfristüberschreitung, unterschiedliche Wertberichtigungs-quoten analog der Verfahrensweise zur Vorjahresbilanz festgelegt. Der Werterhellungszeitpunkt wurde diesbezüglich bis zum 20.12.2016 ausgedehnt. Da in zukünftigen Jahresabschlüssen dieser erweiterte Erkenntniszeitraum nicht genutzt werden kann, wären zukünftig höhere Wertberichtigungen anzusetzen, so dass der Bilanzausweis der Forderungen dann niedriger ausfällt.

Die größte Veränderung im Bereich Sonstige Vermögensgegenstände ist auf die Reduzierung der Umbuchung umgeschlagener Posten der Debitoren/Kreditoren im Bereich der Transferleistungen zurückzuführen (Reduzierung von 12 Mio. € auf 5 Mio. €).

Die privatrechtlichen Forderungen wurden in Höhe von 359 T€ einzeln und in Höhe von 890 T€ pauschal wertberichtigt.

Als Eröffnungsbilanzkorrektur wurden im Rahmen der Übernahme von Geldern des Bildungsfonds die sonstigen privatrechtlichen Forderungen um 236.982,71 € reduziert, da diese bereits bilanziert gewesen sind.

Forderungen in Fremdwährungen lagen am Bilanzstichtag nicht vor.

2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

Wertpapiere des Umlaufvermögens	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014
Summe:	**1.322.411,05**	**- 66.782,47**	**1.255.628,58**

Die Hansestadt Lübeck verfügte zum Bilanzstichtag über Wertpapiere aus einer Erbschaft, die im Jahr 2010 zugegangen ist. Das Erbe wurde am 22.10.2010 angetreten und erfolgte in Form von Wertpapieren und Barmitteln. Diese Erbschaft ist zweckgebunden und soll über Jahre verteilt kulturellen Zwecken zu Gute kommen.

2.4 Liquide Mittel

	31.12.2013	31.12.2014
Bilanzwert	30.630.061,14	40.202.942,03
ausgelagerter Bestand	1.645.066,45	332.378,09
= Liquidität	**32.275.127,59**	**40.535.320,12**

Diese Position umfasst alle liquiden Mittel, die als Bar- oder Buchgeld kurzfristig zur Disposition stehen. Dazu gehören in erster Linie die Bestände der Bar-Kassen und Handvorschüsse sowie die Bankguthaben. Zum Kassenbestand sind auch nicht verbrauchte Markenbestände wie Fahrkarten, Briefmarken und Francotypwerte hinzugerechnet worden.

Der ausgelagerte Liquiditätsbestand zweier Geschäftsbesorger (GG TRAVE u KWL GmbH), die im Namen und für Rechnung der Hansestadt Einnahmen erhalten und Ausgaben leisten, wurde nicht im Bilanzposten „Liquide Mittel“ sondern unter „sonstigen privatrechtlichen Forderungen“ bilanziert. Die Forderungen sind gegen die Geschäftsbesorger gerichtet. In die Finanzrechnung sind die Zahlungen vollständig eingegangen.

Im Rahmen von Eröffnungsbilanzkorrekturen wurden Bar-Kassenbestände an Schulen mit einem Betrag von insgesamt 114.463,72 € nacherfasst.

3 Aktive Rechnungsabgrenzung (ARAP)

ARAP	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014
Summe	**12.607.501,62**		**15.155.052,51**
- davon 1. aus Rechnungsabgrenzung	614.592,84		293.618,52
Zugänge		**286.794,58**	
Abgänge/Verbrauch		**607.768,90**	
- davon 2. ARAP aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen	11.992.908,78		14.861.433,99
Zugänge		**4.005.854,16**	
Abgänge/Auflösung		**1.137.328,95**	

Als aktive Rechnungsabgrenzung wurden grundsätzlich Ausgaben vor dem Abschlussstichtag berücksichtigt, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit danach darstellen und die Beträge nicht geringfügig sind. Seit der Eröffnungsbilanz 2010 wurden nur Einzelfälle über 5.000,00 € abgegrenzt. Die zum Jah-

resabschluss gebildeten Werte werden mittelfristig nahezu vollständig aufgelöst.

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind nach § 40 Abs. 7 GemHVO-Doppik zudem auch geleistete Investitionszuwendungen für die Anschaffung und Herstellung von Vermögensgegenständen, die nicht im wirtschaftlichen Eigentum stehen, zu erfassen und über die Zweckbindungsfrist aufzulösen. Die Summe aus Zugängen und Abgängen ergibt insgesamt einen Zuwachs von 2,5 Mio. €.

Eine wesentliche Veränderung gegenüber dem niedrigeren Vorjahreswert entsteht aus der Bildung eines weiteren aktiven Rechnungsabgrenzungspostens über den kommunaler Eigenanteil zur Sanierung "Städtebaulicher Denkmalschutz" in Höhe von insgesamt 0,5 Mio. € im Rechnungsjahr 2014.

Zudem wurde zur Sanierung des Wagenfähranlegers in Travemünde, ein weiterer aktiver Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 2,5 Mio. € gebildet.

Weiterhin wurde ein Rechnungsabgrenzungsposten über eine Zuwendung für den Bau von Gleisanlagen am Skandinavienkai über 0,3 Mio. € gebildet.

4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Auf die Erläuterungen zum Eigenkapital auf der Folgeseite wird verwiesen.

Passiva

1 Eigenkapital

Eigenkapital	31.12.2013	Entwicklung	Anmerkung	31.12.2014
Allgemeine Rücklage	243.827.199,73	22.749,73	§ 56 Abs. 2 GemHVO-Doppik	243.849.949,46
Sonderrücklage	111.191,56	-14.292,50		96.899,06
Ergebnisrücklage	0,00			0,00
Vorgetragener Jahresfehlbetrag	- 338.890.691,37	- 709.667,34 26.764,39 - 22.749,73	Ergebnisverwendung 2013 Eröffnungsbilanzkorrekturen § 56 Abs. 2 GemHVO-Doppik	-339.596.344,05
Jahresfehlbetrag	- 709.667,34	-557.007,43		-152.659,91
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	95.661.967,42	140.188,02		95.802.155,44
Summe	**0,00**			**0,00**

Die *Allgemeine Rücklage* errechnete sich in der Eröffnungsbilanz als Differenz aus allen Aktiva und Passiva abzüglich des Betrags, der nach § 54 Abs. 3 GemHVO-Doppik als Ergebnisrücklage auszuweisen ist. Nach § 26 Abs. 4 GemHVO-Doppik darf ein vorgetragener Jahresfehlbetrag frühestens nach 5 Jahren zu Lasten der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden.

Mit der Änderung der Regelungen nach § 56 Abs. 2 GemHVO-Doppik zum 01.01.2013 sind Korrekturen an der Eröffnungsbilanz zu 85 % mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Demzufolge wurden die Eröffnungsbilanzkorrekturen, die im Jahr 2014 umgesetzt wurden, zunächst beim vorgetragenen Jahresfehlbetrag in Höhe von - 26.764,39 € ermittelt und danach zum Teil mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet.

Dass eine Verrechnung mit der Allgemeinen Rücklage für alle auch in den Vorjahren umgesetzten Korrekturen durchzuführen ist, wurde nicht eindeutig vorgegeben. Daher wurde hiervon abgesehen. Bei einer vollständigen Berücksichtigung von 85 % aller bisher auch in den Vorjahren umgesetzten Korrekturen ergäbe sich eine allgemeine Rücklage in Höhe von nur noch 224.945.395,83 € und ein analog erhöhter Bestand des vorgetragenen Jahresfehlbetrags, so dass die Summe des Eigenkapitals unverändert bei 0,00 € läge.

Als *Sonderrücklage* ist unter anderem die Stellplatzrücklage der Hansestadt Lübeck ausgewiesen. Daneben wurden Sonderbedarfszuweisungen nach § 17 FAG und ein nicht aufzulösender Sonderposten für das Grundstück des Günter-Grass-Hauses bilanziert. Der Verbrauch im Jahre 2014 betrifft ausschließlich die Stellplatzrücklage.

Die *Ergebnisrücklage* dient zum Ausgleich von Fehlbeträgen und soll grundsätzlich durch Jahresüberschüsse aufgefüllt werden. In der Eröffnungsbilanz wurde gemäß § 54 Abs. 3 GemHVO-Doppik eine Ergebnisrücklage in Höhe von 15 % der Allgemeinen Rücklage angesetzt. Nach § 26 Abs. 3 GemHVO-Doppik sollen Jahresfehlbeträge durch Umbuchen aus Mitteln der Ergebnisrücklage ausgeglichen werden. Diese Verfahrensweise führte dazu, dass nach den Buchungen zur Verwendung des Jahresfehlbetrags 2010 die Ergebnisrücklage vollständig verbraucht war.

Nach § 56 Abs. 2 GemHVO-Doppik sind Wertänderungen nach einer Berichtigung der Eröffnungsbilanz ergebnisneutral mit der Ergebnisrücklage zu verrechnen. Die Eröffnungsbilanz gilt dann als geändert.

Ein *Vorgetragener Jahresfehlbetrag* wurde in der Eröffnungsbilanz nicht ausgewiesen. Allerdings wurden gemäß § 54 Abs. 4 GemHVO-Doppik *Fehlbeträge aus Vorjahren* unter dem Jahresfehlbetrag bilanziert. Der in der Eröffnungsbilanz dargestellte Wert von 243 Mio. € wurde im Jahresabschluss 2010 zunächst unverändert vorgetragen. Erst mit dem Beschluss zur Ergebnisverwendung und der Feststellung des Jahresabschlusses wird im nachfolgenden Jahresabschluss das nach Verrechnung mit den Rücklagen verbleibende Jahresergebnis dem vorgetragenen Jahresfehlbetrag zugerechnet. Für diesen Jahresabschluss 2014 wurden die Vorträge der Jahresfehlbeträge 2010 bis 2013 unterstellt.

Neben den Fehlbeträgen aus Vorjahren weist der vorgetragene Jahresfehlbetrag auch die Verrechnung der Eröffnungsbilanzkorrekturen und periodenfremde Veränderungen beispielsweise durch Fusionen mit Unternehmen der Hansestadt aus.

Eröffnungsbilanzkorrekturen, die zum Jahresabschluss 2014 umgesetzt wurden, verbessern das Eigenkapital zum Stichtag 31.12.2014 saldiert um 26.764,39 €. Weitere Korrekturen sind erforderlich und werden zulässigerweise im jeweils nächsterreichbaren Jahresabschluss umgesetzt.

Mit der folgenden Tabelle werden zu den im Jahresabschluss 2014 umgesetzten Korrekturen die korrespondierenden Kontengruppen dargestellt. In einzelnen Fällen wie z. B. bei der nachträglichen Erfassung des Verkaufserlöses eines nicht in der Eröffnungsbilanz bilanzierten Grundstückes wäre der korrespondierende Bilanzposten die Ergebnisrücklage selbst. Positive Beträge stellen hier Mehrungen des jeweiligen Bilanzpostens dar.

Korrekturbilanz	Änderung pro Kontengruppe	Summe
1 Anlagevermögen		652.270,63
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	
1.2 Sachanlagen	652.270,63	
1.3 Finanzanlagen	0,00	
2 Umlaufvermögen		-122.518,99
2.1 Vorräte	0,00	
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	-236.982,71	
2.4 Liquide Mittel	114.463,72	
3 Aktive Rechnungsabgrenzung		
Summe Aktiv		**529.751,64**
1 Eigenkapital		**0,00**
1.2 Sonderrücklagen	0,00	
1.3 Ergebnisrücklage	0,00	
2 Sonderposten		**-196.172,85**
2.1 für aufzulösende Zuschüsse	-363,00	
2.2 für aufzulösende Zuweisungen	-195.809,85	
2.3 für Beiträge	0,00	
2.5 für Treuhandvermögen	0,00	
2.7 Sonstige Sonderposten	0,00	
3 Rückstellungen		**586.789,14**
3.1 Pensionsrückstellungen	0,00	
3.2 Altersteilzeitrückstellungen	0,00	
3.4 Altlastenrückstellung	600.000,00	
3.5 Steuerrückstellung	0,00	
3.6 Verfahrensrückstellung	0,00	
3.9 Sonstige andere Rückstellungen	-13.210,86	
4 Verbindlichkeiten		**112.370,96**
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	112.370,96	
5 Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	**0,00**
Summe Passiv		**502.987,25**
Aktiv ./. Passiv		**26.764,39**

Wesentliche Änderungen umfassen die Umsetzung von Eröffnungsbilanzkorrekturen bereits bilanzierter Sachanlagen hinsichtlich des Anlagevermögens und der dazu ggf. korrespondierenden Sonderposten. So hat sich durch Eröffnungsbilanzkorrekturen der Wert der Sachanlagen insgesamt um 0,7 Mio. € erhöht. Diese Werterhöhung kam insbesondere durch Nacherfassungen von Grund und Boden zustande.

Insbesondere durch die Nachaktivierung von Nebenkassen bei Schulen erhöht sich im Jahr 2014 das Umlaufvermögens um 0,1 Mio. €.

Die Reduzierung der Sonderposten um 0,2 Mio. € ist auf eine nachträgliche Anpassung von Zuschüssen zu einer Verkehrsfläche zurückzuführen.

Die Erhöhung der Rückstellungen in Höhe von 0,6 Mio. € bedingt sich durch eine Nachpassivierung einer Altlastenrückstellung.

Die Erhöhung der sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 0,1 Mio. € ergibt sich aus der Nachmeldung von Kassenbeständen in Schulen, die von der

Hansestadt lediglich verwaltet werden und welche bislang nicht erfasst worden waren.

Zum *Jahresergebnis* sei auf die Erläuterungen der Ergebnisrechnung und den Lagebericht verwiesen.

Das Eigenkapital ist vollständig verbraucht. Es wird ein „*nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag*“ von 95,8 Mio. € ausgewiesen. Dieser Fehlbetrag ist im Vergleich zum Vorjahr um 140.188,02 € gestiegen.

2 Sonderposten

Sonderposten	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014
aufzulösende Zuschüsse	115.165.179,04	+383.159,35	115.548.338,39
aufzulösende Zuweisungen	86.585.409,15	+4.188.128,14	90.773.537,29
aufzulösende Beiträge	14.666.400,79	-298.025,21	14.368.375,58
Gebührenausgleich	0,00	0,00	0,00
Treuhandvermögen	1.768.342,05	-40.055,53	1.728.286,52
Sonstige Sonderposten	3.711.318,52	-3.287.063,19	424.255,33
Gesamt	**221.896.649,55**	**+946.143,56**	**222.842.793,11**

Nach § 40 Abs. 5 GemHVO-Doppik sind *erhaltene Zuschüsse und Zuweisungen* für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen als Sonderposten zu passivieren und entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände aufzulösen.

Sonderposten für „nicht aufzulösende Beiträge“ und Gebührenausgleich wurden nicht gebildet.

Sonderposten für aufzulösende Zuweisungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der Zuordnung zu gefördertem Anlagevermögen in Höhe von insgesamt 4,2 Mio. €.

Im Rahmen von Eröffnungsbilanzkorrekturen wurden nachträglich 196.172,85 € an Sonderposten passiviert.

Gemäß § 40 Abs. 6 Satz 2 GemHVO-Doppik werden *aufzulösende Beiträge* als Sonderposten passiviert und entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände aufgelöst. Es handelt sich insbesondere um erhobene Ausbau- und Erschließungsbeiträge.

Für *Treuhandvermögen*, welches von der Hansestadt Lübeck verwaltet wird, wurden gemäß § 50 Abs. 2 GemHVO-Doppik Sonderposten gebildet. Hierbei handelt es sich um vier Nachlässe die zweckgebunden zu verwenden sind.

Unter den *sonstigen Sonderposten* sind grundsätzlich Zuwendungen gebucht, die bis zum Bilanzstichtag noch nicht verwendet worden sind. Wertmäßig bedeutsam sind die Sonderposten der bereits als Forderung erfassten, aber geldmäßig noch nicht eingegangenen Zuwendungen. Im Jahr 2014 wurde ein im Jahr 2012 und 2013 gebildeter sonstiger Sonderposten aus dem Bildungsfond in Höhe von 1,8 Mio. € verbraucht.

Ein weiterer im Jahr 2012 gebildeter sonstiger Sonderposten zu SGB II-Leistungen in Höhe von 1,5 Mio. € wurde im Jahr 2014 verbraucht.

3 Rückstellungen

Rückstellungsart	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014
Pensionsrückstellungen	410.978.534,96	15.153.510,84	426.132.045,80
Altersteilzeitrückstellungen	8.766.760,53	-2.031.061,02	6.735.699,51
Altlastenrückstellung	2.622.046,18	- 53.974,14	2.568.072,04
Steuerrückstellung	0,00	0,00	0,00
Verfahrensrückstellung	313.869,44	-163.233,01	150.636,43
Instandhaltungsrückstellung	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen, fehlende Rechnung	0,00	1.102.767,10	1.102.767,10
Sonstige Rückstellungen	14.923.037,30	2.074.343,59	16.997.380,89
Gesamt	**437.604.248,41**	**16.082.353,36**	**453.686.601,77**

Die Gliederung der Rückstellungen entspricht der geänderten Vorgabe nach § 48 GemHVO-Doppik. Entgegen der Darstellung der Vorjahre ist seit dem Jahresabschluss 2014 eine neue Position enthalten. Diese Rückstellungen sind zu bilden, wenn für Verbindlichkeiten aufgrund von im Haushaltsjahr empfangenen Lieferungen und Leistungen keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist (vgl. Landesverordnung vom 10.06.2016, GVOBl. S. 410).

Entgegen der handelsrechtlichen Regelung sind nicht für alle Eventualverbindlichkeiten Rückstellungen zu bilden. Neben den fest vorgegebenen Rückstellungsarten dürfen nur dann freiwillig zusätzliche Rückstellungen für Unternehmen und Einrichtungen, die der Körperschaftssteuerpflicht unterliegen, gebildet werden, soweit diese steuerrechtlich anerkannt sind. Diese sind dann unter sonstigen anderen Rückstellungen erfasst. Diese Regelung wurde durch die Landesverordnung vom 02.12.2014, GVOBl. S. 495 geändert. Mit ebendieser Verordnung wurde zudem festgelegt, dass die sonstigen Rückstellungen nach der vorab geltenden Regelung bis einschließlich für das Jahr 2013 gebildet werden durften (vgl. § 60 Abs. 4 GemHVO-Doppik).

Rückstellungen für später entstehende *Kosten der Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung* und *Finanzausgleichsrückstellungen* wurden bisher nicht gebildet.

Die Höhe der berücksichtigten *Altersteilzeitrückstellungen* beträgt zum 31.12.2014 insgesamt 6.735.699,51 € und verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 2.031.061,02 €. Dies begründet sich darauf, dass auch in diesem Jahr nur zwei neue Altersteilzeitverträge abgeschlossen wurden und vorrangig bereits gebildete Rückstellungen verbraucht wurden.

Für Altersteilzeitrückstellungen besteht die Möglichkeit, den Rückstellungsbetrag abzuzinsen. Wie in den vorhergegangenen Geschäftsjahren wird diese Wahlmöglichkeit weiterhin negativ ausgeübt, da es im Hinblick auf die Finanzlage der Hansestadt sowie des Kapitalmarktes nicht möglich ist, einen Abzinsungsbetrag zu erwirtschaften.

Mit *Pensionsrückstellungen* werden die Verpflichtungen zur Leistung zukünftig wahrscheinlich anfallender Pensionszahlungen und ähnlicher Versorgungsleistungen dargestellt. Sie umfassen Pensionsverpflichtungen nach den beamten-

rechtlichen Vorschriften. Zu den Rückstellungen gehören bestehende Versorgungsansprüche sowie sämtliche Anwartschaften und andere folgende Ansprüche nach dem Ausscheiden aus dem Dienst. Zu den Pensionsrückstellungen gehören im Weiteren die Beihilferückstellungen und die Versorgungsrücklagen.

Die Berechnung des Barwertes der Pensionsrückstellungen erfolgt nach den Grundsätzen für die Bemessung von Pensionsrückstellungen durch die Versorgungsausgleichskasse (VAK) vom 09.10.2009. Die wesentlichen Parameter sind Zins, Sterbetafel, Beginn der Dienstzeit, Alter zum Pensionsbeginn, das Endgehalt und das Eintrittsalter in den Ruhestand. Bei aktiven und verheirateten Versorgungsberechtigten wird das Sterbegeld berücksichtigt. Sonstige Einmal- und Sonderzahlungen bleiben unberücksichtigt. Der Rechnungszins beträgt nach § 24 Nr. 1 GemHVO-Doppik 5 %. Als Beginn der Dienstzeit wird für Beamtinnen und Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes das 19. Lebensjahr, für Beamtinnen und Beamte des höheren Dienstes das vollendete 25 Lebensjahr angesetzt. Der von der VAK ermittelte Barwert zum 31.12.2014 beträgt 367.079.002,95 €.

Der darin berücksichtigte und landesrechtlich vorgegebene Zinssatz zur Abzinsung von 5 % ist nach diesseitiger Einschätzung ebenfalls derzeit und auch langfristig nicht am Kapitalmarkt zu erzielen. Demzufolge wird entsprechend der rechtlichen Regelungen und dem zugrunde zu legenden VAK-Gutachten ein gravierend zu geringer Rückstellungsbetrag bilanziert. Zur Größenordnung des daraus resultierenden Risikos wird auf den Lagebericht verwiesen.

Auch für Beihilfeverpflichtungen sind Rückstellungen zwingend zu bilden. In der Bilanz werden sie ebenfalls bei den Pensionsrückstellungen abgebildet. Der Barwert der Ansprüche auf Beihilfen darf als prozentualer Anteil der Pensionsrückstellungen ermittelt werden. Der Prozentsatz wird errechnet aus dem Verhältnis der Beihilfezahlungen für Versorgungsempfänger der letzten drei Jahre zu den Zahlungen für Pensionen und beträgt 14,21 %. Die Beihilferückstellungen belaufen sich auf 52.161.926,32 €.

Ebenso bei den Pensionsrückstellungen ausgewiesen ist die Versorgungsrücklage gem. § 14a BBesG (Bundesbesoldungsgesetz). Diese soll nach den Vorgaben des Landes auf der Aktiv- und der Passivseite ausgewiesen werden (siehe dazu auch der Ausweis unter den Wertpapieren des Anlagevermögens). Die gehaltenen Wertpapiere weisen zum Stichtag einen höheren Marktwert aus als die Versorgungsrücklage.

Grundstücke, bei denen ein Altlastenverdacht vorliegt, sind bei der Bewertung des Anlagevermögens im Wert um 50 % reduziert worden. *Altlastenrückstellungen* wurden nur gebildet sofern es einen Beschluss zur Sanierung gibt.

Der Betrag der Altlastenrückstellung verringert sich durch den Verbrauch bei drei Maßnahmen um 57.105,17 €. Für eine dieser Maßnahmen wurde die Rückstellung in Höhe von 596.868,97 € nicht benötigt und entsprechend aufgelöst. Im Rahmen einer Eröffnungsbilanzkorrektur wurde eine Altlastenrückstellung in Höhe von 600.000,00 € nacherfasst, die aufgrund eines Vertrages aus dem Jahr 2007 hätte gebildet werden müssen. Durch diese Veränderungen ergibt sich zum 31.12.2014 ein Rückstellungswert von 2.568.072,04 €.

Es wurde keine *Steuerrückstellung* in dem Geschäftsjahr 2014 gebucht.

Verfahrensrückstellungen wurden für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren gebildet. Für fünf neue Verfahren wurden insgesamt 42.710,00 € zurückgestellt. Demgegenüber verringerte sich diese

Bilanzposition durch Verbrauch um 68.763,46 € und Auflösung in Höhe von 131.179,55 €. Damit ergibt sich insgesamt eine Verringerung der Rückstellung um 163.233,01 €.

Unter den *sonstigen Rückstellungen* wurden Verpflichtungen aus ungewissen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Bauerneuerungsrückstellungen sind seit dem 31.12.2009 nach HGB nicht mehr zulässig. Sofern von Geschäftsbesorgern im Rahmen der Jahresabrechnungen Bauerneuerungsrückstellungen ausgewiesen worden sind, sind diese der Vollständigkeit der Abrechnung halber auch auf Seiten der Hansestadt gebucht worden. In einem zweiten Schritt wurden sie jedoch auf einem separaten Konto wieder aufgelöst.

Seit der Änderung der GemHVO-Doppik vom 02.12.2014 wurde die Möglichkeit zur Bildung von Rückstellungen eingeschränkt. Entsprechend § 24 Nr. 10 GemHVO-Doppik dürfen sonstige Rückstellungen nur für Verbindlichkeiten für im Haushaltsjahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist, gebildet werden. Daneben dürfen nur noch für Betriebe gewerblicher Art der Hansestadt steuerrechtlich zulässige Rückstellungen gebildet werden. Diese neuen Regelungen ersetzen die weitergehende Bildungsmöglichkeit von sonstigen Rückstellungen, soweit diese durch § 249 HGB zugelassen sind.

Die Rückstellungen für Verbindlichkeiten für im Haushaltsjahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist, betragen zum 31.12.2014 insgesamt 1.102.767,10 €. Dieser Betrag setzt sich größtenteils aus der Unterhaltung von Hochbauten (370.120,00 €), Kostenerstattungen im Rahmen der Jugendhilfe (327.100,00 €) sowie Kostenerstattungen gegenüber sozialen Einrichtungen (109.250,00 €) zusammen.

Die sonstigen Rückstellungen betragen zum 31.12.2014 insgesamt 16.997.380,89 € und haben sich damit dem Vorjahr gegenüber um 2.074.343,59 € erhöht.

Bei den Zuführungen innerhalb dieser Position handelt es sich größtenteils um die Bildung von Rückstellungen aufgrund eventuell zu zahlender Erbbauzinsen (1.716.300,00 €) die Rückstellung aufgrund des Verlustes der SeniorInneneinrichtungen Lübeck (1.874.000,00 €) und einer Rückstellung im Zusammenhang mit Niederschlagswassergebühren (350.000,00 €).

Als Korrektur zur Eröffnungsbilanz wurde eine sonstige Rückstellung mit einem Betrag von 13.210,86 € ausgebucht.

4 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014
Verb. aus Krediten für Investitionen	538.436.027,97	12.873.105,67	551.309.133,64
Verb. aus Kassenkrediten	240.000.000,00	-10.268.282,42	229.731.717,58
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	38.224.538,02	- 24.576.127,13	13.648.410,89
Sonstige Verbindlichkeiten	52.776.520,23	- 364.970,29	52.411.549,94
Summe:	**869.437.086,22**	**-22.336.274,17**	**847.100.812,05**

Nähere Angaben sind dem Verbindlichkeitenspiegel zu entnehmen. Dort sind auch die Verbindlichkeiten nach ihren Fristigkeiten getrennt ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag hat die Hansestadt Lübeck keine Anleihen emittiert.

Kredite für Investitionen wurden sowohl am privaten Kapitalmarkt aufgenommen als auch vom öffentlichen Bereich. Auf die Darstellungen in der Finanzrechnung sei hier verwiesen.

Die Kassenkredite wurden zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Hansestadt Lübeck aufgenommen. Die Entwicklung der Kassenkredite wird im Lagebericht ausführlicher erläutert.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen setzen sich hauptsächlich aus Verlustausgleichsverpflichtungen gegenüber den Sondervermögen und Beteiligungen der Hansestadt Lübeck zusammen. Die großen Veränderungen in diesem Bereich kommen aus dem Bereich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Auszahlungen an Sondervermögen, Beteiligungen und Eigenbetriebe.

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen bestehen zum 31.12.2014 in Höhe von 0,9 Mio. €, diese sind in der o.a. Tabelle unter Sonstige Verbindlichkeiten aufgeführt. Es handelt sich hierbei um zugesagte Leistungen der Hansestadt Lübeck an Dritte, die ohne eine konkrete Gegenleistung erbracht werden. Insbesondere sind hier Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, wie z. B. für Kindertagesstätten oder Schulen erfasst, aber auch Sozialtransferaufwendungen, die noch nicht an die entsprechenden Empfänger ausgezahlt worden sind.

Als Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, wurde vorrangig eine Leibrentenverpflichtung, die mit ihrem Barwert angesetzt wurde, bilanziert und ist in der oben stehenden Tabelle in den Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen enthalten.

Unter den Sonstigen Verbindlichkeiten sind unter anderem Umsatzsteuerverpflichtungen (1,2 Mio. €) und ein Kassenkredit gegenüber dem Kurbetrieb Travemünde (2,1 Mio. €) ausgewiesen.

Im Rahmen einer Eröffnungsbilanzkorrektur wurden sonstige Verbindlichkeiten um 112.370,96 € erhöht.

Verbindlichkeiten in Fremdwährungen lagen am Bilanzstichtag nicht vor.

5 Passive Rechnungsabgrenzung (PRAP)

PRAP	31.12.2013	Entwicklung	31.12.2014
Summe	**24.777.085,08**		**23.742.684,07**
Zugang		*860.696,19*	
Abgang		*-1.895.097,20*	

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind vor dem Bilanzstichtag eingegangene Einzahlungen auszuweisen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Dabei wurden nur Einzelfälle über 5.000,00 € abgegrenzt.

Der weit überwiegende Teil in Höhe von 20,8 Mio. € betrifft in der Vergangenheit bezahlte Grabnutzungsentgelte, die über die vorgesehene Ruhefrist aufgelöst werden. Die Summe aus Zugängen und Abgängen ergibt insgesamt einen Verminderung im Wirtschaftsjahr 2012 von 1,0 Mio. €.

Weiterhin wurde ein im Jahr 2011 gebildeter Passiver Rechnungsabgrenzungsposten zur Erstattung von SGB II Leistungen vom Bund im Jahr 2014 in Höhe von 1,0 Mio. € aufgelöst.

Ergebnisrechnung

1. Erträge

Auf die Ergebnisrechnung und den Lagebericht wird verwiesen.

ordentliche Erträge	Ist 2013	Ist 2014
Steuern und ähnliche Abgaben	215.940.687,27	228.735.239,23
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	228.806.517,24	252.532.136,15
Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen	194.519.707,13	203.656.060,94
Sonstige Erträge	46.070.298,51	29.276.315,63
Summe	**685.337.210,15**	**714.199.751,95**

Die ordentlichen Erträge sind seit der Umstellung auf die doppische Buchhaltung kontinuierlich gestiegen und erreichen im Jahr 2014 mit 714,2 Mio. € einen neuen Höchstwert. Dieser Trend spiegelt sich auch in den Erträgen aus Steuern und ähnlichen Abgaben wieder, die wie auch im vorhergegangenen Wirtschaftsjahr weiter angestiegen sind. Die Steigerung um 12,8, Mio. € gegenüber dem Vorjahr resultiert vorwiegend aus dem anhaltenden Anstieg der Gewerbesteuererträge um 9,0 Mio. € auf 95,7 Mio. €. Zudem haben sich die Erträge aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 2,9 Mio. € auf insgesamt 65,7 Mio. € erhöht.

Die Zunahme der Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträgen dauert weiter an, sodass sich der Wert im Vergleich zum Vorjahr um 23,7 Mio. € erhöht (im Vorjahr Erhöhung um 12,7 Mio. €).
Dies begründet sich insbesondere aus den Schlüsselzuweisungen des Landes in Höhe von 124,8 Mio. €, die gegenüber dem Vorjahr (102,7 Mio. €) erneut ansteigen.

Die Erträge aus Leistungsentgelten, Kostenerstattungen und Kostenumlagen stiegen insgesamt um 9,1 Mio. €. Diese Steigerung basiert überwiegend auf den Kostenerstattungen und Kostenumlagen, die um 7,5 Mio. € höher ausfallen als im Vorjahr. Signifikant hierbei ist die Bundesbeteiligung an der Grundsicherung, deren Betrag im Vergleich zum Vorjahr um 8,7 Mio. € gestiegen ist.

Die sonstigen Erträge setzen sich aus den aktivierten Eigenleistungen (1,4 Mio. €), den Bestandsveränderungen und den sonstigen ordentlichen Erträgen (27,9 Mio. €) zusammen.
Die sonstigen ordentlichen Erträge aus dieser Position gehen im Vergleich zum Vorjahr um 16,8 Mio. € zurück. Diese Verringerung lässt sich größtenteils auf geringere Erträge aus dem Verkauf von Grundstücken (-4,7 Mio. €), die geringere Auflösung von Rückstellungen (-2,6 Mio. €) und die geringere Auflösung von Wertberichtigungen (-2,5 Mio. €) zurückführen.

Insgesamt sind die ordentlichen Erträge im Vergleich zum Vorjahr um 28,9 Mio. € gestiegen.

2. Aufwendungen

Auf die Ergebnisrechnung und den Lagebericht wird verwiesen.

Aufwendungen	Ist 2013	Ist 2014
Personal- und Versorgungsaufwendungen	167.695.648,21	175.913.053,28
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	67.071.297,00	68.537.608,43
Transferaufwendungen	275.814.342,10	290.988.072,91
Sonstige ordentliche Aufwendungen	113.977.033,32	118.957.104,83
Bilanzielle Abschreibungen	39.763.413,95	38.658.421,53
Summe	**664.321.734,58**	**693.054.260,98**

Die Transferaufwendungen steigen im Jahr 2014 um 15,1 Mio. € an und setzen den stetigen Anstieg (Vorjahr 15,4 Mio. €) fort. Mit Aufwendungen in Höhe von 291,0 Mio. € bilden die Transferaufwendungen einen Anteil von 42 % (Vorjahr 41,5 %) der ordentlichen Aufwendungen und stellen damit deren größte Einzelposition dar. Eine Zunahme innerhalb dieser Position ist insbesondere bei den Zuschüssen für laufende Zwecke sozialer oder ähnlicher Einrichtungen (+ 3,7 Mio. €), sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen (+ 3,3 Mio. €) und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (+ 2,8 Mio. €) zu erkennen.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 8,2 Mio. € angestiegen, wobei hiervon lediglich eine Steigerung von 2,4 Mio. € auf die Personalaufwendungen entfallen und die Versorgungsaufwendungen um 5,8 Mio. € ansteigen, nachdem diese im Vorjahr um 1,9 Mio. € gesunken waren. Dies beruht auf einem aktualisiert vorgelegten Gutachten der Versorgungsausgleichskasse (VAK), aufgrund dessen eine Aufstockung der Pensionsrückstellung um 10,4 Mio. € erforderlich wurde. Die Verwendung dieses regelmäßig zu aktualisierenden Gutachtens ist für die Stadt verpflichtend.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Mio. €. Die Aufwendungen für die Unterhaltungen der Hochbauten sind im Vergleich zum Vorjahr um 1,0 Mio. € gestiegen. Diese Position der ordentlichen Aufwendungen setzt sich aus Aufwendungen für eine Vielzahl von Verwaltungsleistungen zusammen, bei denen jedoch keine signifikante Veränderung gegenüber dem Vorjahr zu erkennen ist.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen steigen im Vergleich zum Vorjahr um 5,0 Mio. €, was einem Anstieg um 4,4 % entspricht. Innerhalb dieser Position ist ein Anstieg der Aufwendungen aus Wertveränderungen beim Umlaufvermögen aufgrund der Bildung von Forderungswertberichtigungen um 1,3 Mio. € ersichtlich. Zudem sind die Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Mio. € angestiegen.

Der Wert der bilanziellen Abschreibungen ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Mio. € gesunken. Die darin enthaltenen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Mio. € angestiegen. Die Ausbuchungen von Restbuchwerten aufgrund von Anlagenabgängen sind um 2,1 Mio. € gesunken.

Aus diesen Entwicklungen in der Position der bilanziellen Abschreibungen wird bereits deutlich, dass hier nicht nur die Abschreibungen des Anlagevermögens enthalten sind, so wie diese im Anlagenspiegel abgebildet werden. Nach den Verwaltungsvorschriften für den Kontenrahmen und den Zuordnungsvorschriften sind unter bilanziellen Abschreibungen weitere Positionen

zu buchen. So werden hier ebenfalls die Abgänge von Sach- und Finanzanlagen dargestellt, denen gegenüber im Falle eines Verkaufes ein Verkaufserlös bei den sonstigen ordentlichen Erträgen gebucht wird. Auch Abschreibungen auf das Umlaufvermögen oder auf aktive Rechnungsabgrenzungsposten, die im Falle von gewährten Zuwendungen der Hansestadt zu bilden sind, werden in dieser Aufwandsposition niedergelegt.

3. Jahresergebnis

Auf die Erläuterungen im Lagebericht sei verwiesen.

Jahresergebnis	Ist 2013	Ist 2014
Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit	21.015.475,57	21.145.490,97
Finanzergebnis	- 21.786.025,13	- 21.298.346,40
außerordentliches Ergebnis	60.882,22	195,52
Ergebnis aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00
Jahresergebnis	**- 709.667,34**	**- 152.659,91**

Das Jahresergebnis ist wiederum erheblich besser ausgefallen als es ursprünglich geplant werden konnte. Erwartet wurde ein Jahresfehlbetrag von 83,8 Mio. €. Erreicht wurde ein Fehlbetrag von „nur noch“ 0,2 Mio. €. Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit konnte sogar mit einem Wert von 21,1 Mio. € abgeschlossen werden, womit die Planung dieses Ergebnisses um 72,2 Mio. € übertroffen wurde.

Im Jahresabschluss ergibt sich ein außerordentliches Ergebnis von 195,52 €. Dieses Ergebnis resultiert ausschließlich aus außerordentlichen Erträgen. Grund hierfür sind Kassenüberschüsse diverser städtischer Kassenstellen.

Im Rahmen der internen Leistungsbeziehungen werden Aufwendungen und Erträge auf Grundlage der Kostenrechnung den verursachenden Produkten zugerechnet. Zusätzliche Aufwendungen und Erträge entstehen hieraus nicht.

In der Ergebnisrechnung werden diese Leistungsbeziehungen danach getrennt ausgewiesen, ob sie als budgetrelevant oder nicht budgetrelevant gelten. Damit wird das landesrechtlich vorgegebene Formular der Ergebnisrechnung freiwillig um zusätzliche Informationen erweitert.

Darüber hinaus werden Leistungen zwischen Bereichen der Hansestadt erfolgswirksam gebucht, wenn sie aus eigener Wertschöpfung entstanden sind. Beispielsweise stellen die im Stadtwald selbst gezogenen Weihnachtsbäume, die den Kindertagesstätten zur Verfügung und in Rechnung gestellt werden, zusätzliche Leistungen dar, die nicht erfolgsneutral gebucht werden können.

III Ergänzende Hinweise

A. Noch nicht erhobene Beiträge aus fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen

Gemäß § 51 Abs. 2 Nr. 5 GemHVO-Doppik ist darauf hinzuweisen, für welche fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen noch keine Erschließungsbeiträge erhoben worden sind.

Zum 31. Dezember 2014 besteht keine Erschließungsmaßnahme, für welche noch nicht die Beiträge erhoben worden sind.

B. Derivative Finanzinstrumente

Gemäß § 51 Abs. 2 Nr. 6 GemHVO-Doppik sind Art und Umfang derivativer Finanzinstrumente zu erläutern.

Insgesamt gibt es bei der Hansestadt Lübeck zwei Zinsswapverträge mit einem nominalen Startvolumen von 24,8 Mio. € bzw. 27,9 Mio. €. Aus diesen Verträgen zahlt die Hansestadt Lübeck einen festen Zinssatz und empfängt jeweils den 3-Monats-EURIBOR. Die Swap-Vereinbarungen dienen zur Absicherung von Zinsrisiken. Die Laufzeit und das Volumen der Swaps sind nicht höher als das Grundgeschäft. Es besteht Konnexität zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft, so dass Swaps und Darlehen eine sog. Bewertungseinheit bilden. Aufgrund der Strukturierung der bestehenden Vereinbarungen ergeben sich derzeit grundsätzlich keine Risiken für die Hansestadt Lübeck, für die eine Rückstellung zu bilden wäre.

Erstmals im Jahr 2015 ist der 3-Monats-EURIBOR allerdings negativ geworden. Daraufhin hat sich bei einem Vertrag der Zahlungsstrom im Swap umgedreht.

Im Geschäftsjahr wurden keine weiteren derivativen Geschäfte vereinbart.

C. Umrechnung von Fremdwährungen

Gemäß § 50 Abs. 1 Satz 7 GemHVO-Doppik ist die Umrechnung von Fremdwährungen darzustellen. Fremdwährungsbestände lagen zum Stichtag nicht vor. Die Bewertung erfolgt – wenn erforderlich – zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag.

D. Kostenunterdeckungen im Gebührenhaushalt

Gemäß § 50 Abs. 1 Satz 2 GemHVO-Doppik sind Kostenunterdeckungen in Gebührenhaushalten, die ausgeglichen werden sollen, im Anhang zu erläutern. Zum Bilanzstichtag bestanden keine Kostenunterdeckungen, die ausgeglichen werden sollen.

E. Haftungsverhältnisse und Bürgschaften

Unterhalb der Bilanz sind die Haftungsverhältnisse nachrichtlich auszuweisen. Zum 31. Dezember 2014 hatte die Hansestadt Lübeck 82 Bürgschaften im Umfang von 93,0 Mio. € (Ursprungshöhe: 211,9 Mio. €) übernommen.

Hiervon entfallen 83,1 Mio. € (Ursprungshöhe: 193,2 Mio. €) auf Bürgschaften zugunsten städtischer Beteiligungen, 6,7 Mio. € (Ursprungshöhe 11,6 Mio. €) zugunsten von Stiftungen und 3,2 Mio. € (Ursprungshöhe: 7,1 Mio. €) zugunsten von übrigen Schuldnern.

Eine Übersicht über die Bürgschaften ist als Anlage beigefügt.

Darüber hinaus bestehen zwei Patronatserklärungen zugunsten der Grundstücksgesellschaft Metallhüttengelände mbH und der KWL GmbH mit einem

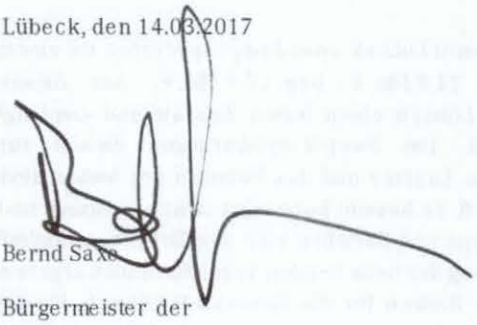
zugrundeliegenden Darlehensbetrag in Höhe von 4,0 Mio. € und in Höhe von 6,5 Mio. €.

F. Verpflichtungen aus kreditähnlichen Geschäften

Bei den kreditähnlichen Geschäften handelt es sich um eine Leibrente, die im Zusammenhang mit dem Kauf von Liegenschaften als Kaufpreis vereinbart wurde. Auf den Verbindlichkeitenspiegel wird verwiesen.

Daneben hat die Stadt Aufwendungen aufgrund eines Leasingvertrages für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen im Umfang von jährlich rund 53,4 T €. Diesen liegt ein Gesamtvolumen von insgesamt 213,6 T€ zugrunde.

Lübeck, den 14.03.2017



Bernd Saxe

Bürgermeister der
Hansestadt Lübeck

Anlagen zum Anhang nach § 51 Abs. 3 GemHVO-Doppik

Anlagenspiegel

Hansestadt LÜBECK

Anlagenspiegel GJ 2014

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellkosten					Abschreibungen				Restbuchwert am Ende des Wirtschaftsjahres	Restbuchwert am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres	Kennzahlen	
	Anfangsbestand	Zugang	Abgang	Umbuchung	Endbestand	Anfangsbestand	Zugang, d.h. Abschreibungen im Haushaltsjahr	Abgang, d.h. angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 5 ausgewiesenen Abgänge	Endbestand			Durchschn. Abschreibungssatz	Durchschn. restbuchwert
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	v.H.	v.H.
1 2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
01 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	18.953.947,79	746.166,82	100.468,22	-61.122,17	19.538.524,22	7.820.101,56	1.623.008,91	85.582,48	9.357.527,99	10.180.996,23	11.133.846,23	8,3	52,1
Summe Immaterielles Vermögen	18.953.947,79	746.166,82	100.468,22	-61.122,17	19.538.524,22	7.820.101,56	1.623.008,91	85.582,48	9.357.527,99	10.180.996,23	11.133.846,23	8,3	52,1
1.2 Sachanlagen													
02 1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	231.296.546,74	1.614.091,75	891.293,64	9.880,43	232.029.225,28	2.911.688,95	222.846,52	0,65	3.134.534,82	228.894.690,46	228.384.857,79	0,1	98,6
1.2.1.1 Grünflächen	67.506.798,44	1.962.971,40	6.314,95	42.946,09	69.506.400,98	2.911.613,43	222.846,52	0,11	3.134.459,84	66.371.941,14	64.595.185,01	0,3	95,5
1.2.1.2 Ackerland	11.309.125,73	1.918,76	6.895,24	-56.164,94	11.247.984,31	0,00	0,00	0,00	0,00	11.247.984,31	11.309.125,73	0,0	100,0
1.2.1.3 Wald, Forsten	42.825.690,18	0,00	2.520,59	-362,78	42.822.806,81	0,00	0,00	0,00	0,00	42.822.806,81	42.825.690,18	0,0	100,0
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	109.654.932,39	-350.798,41	875.562,86	23.462,06	108.452.033,18	75,52	0,00	0,54	74,98	108.451.958,20	109.654.856,87	0,0	100,0
03 1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	432.556.500,90	-714.119,15	745.028,74	35.316.832,90	466.414.185,91	161.142.095,98	7.341.225,16	475.290,28	170.993.365,33	295.420.820,58	271.414.404,92	1,6	63,3
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	20.633.103,74	7.893,43	0,00	2.625.135,07	23.266.132,24	10.225.019,21	501.407,00	0,00	10.726.426,21	12.539.706,03	10.408.084,53	2,2	53,9
1.2.2.2 Schulen	257.332.218,55	-1.025.094,51	274.146,73	28.186.921,69	284.219.899,00	83.689.461,94	3.968.408,18	224.483,82	87.433.386,30	196.786.512,70	173.642.756,61	1,4	69,2
1.2.2.3 Wohnbauten	6.283.566,93	161.548,20	419.303,50	-2.207,25	6.023.604,38	2.124.950,20	62.346,26	216.253,12	1.971.043,34	4.052.561,04	4.158.616,73	1,0	57,3
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	148.307.611,68	141.533,73	51.578,51	4.506.983,39	152.904.550,29	65.102.664,63	2.809.063,72	34.553,34	70.862.509,48	82.042.040,81	83.204.947,05	1,8	53,7
04 1.2.3 Infrastrukturvermögen	671.007.480,18	446.966,68	113.595,79	25.164.956,09	696.505.807,16	282.985.249,09	18.371.509,91	66.502,00	298.304.922,53	398.200.884,63	388.022.231,09	2,6	57,2
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	100.829.795,35	56.812,33	8.991,84	88.388,05	100.966.003,89	14.985,09	3.447,00	0,00	18.432,09	100.947.571,80	100.814.810,26	0,0	100,0
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	100.534.748,32	2.396,92	28.230,76	2.656.045,65	103.164.960,13	22.640.460,32	1.359.471,01	764,20	23.999.167,13	79.165.793,00	77.894.288,00	1,3	76,7
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung u. Sicherheitsanl.	38.293.502,39	75.227,58	0,00	509.309,12	38.878.039,09	19.115.938,39	1.531.635,70	0,00	20.647.574,09	18.230.465,00	19.177.564,00	3,9	46,9
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	2.820.952,87	0,00	0,00	0,00	2.820.952,87	1.754.976,87	52.969,00	0,00	1.807.945,87	1.013.007,00	1.065.976,00	1,9	35,9
1.2.3.5 Straßennetze mit Wegen, Plätzen, Verkehrslenkungsanl.	228.435.270,57	65.588,58	76.373,19	8.821.648,86	237.246.134,82	110.885.133,79	6.518.563,52	65.737,80	114.352.625,04	122.893.509,78	117.550.136,78	2,7	51,8
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	200.093.210,68	246.941,27	0,00	13.089.564,41	213.429.716,36	128.573.754,63	8.905.423,68	0,00	137.479.178,31	75.950.538,05	71.519.456,05	4,2	35,6
05 1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
06 1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	61.244.881,39	176.581,10	0,00	-721.782,02	60.699.680,47	619.708,35	59.070,98	0,00	474.157,33	60.225.523,14	60.625.173,04	0,1	99,2
07 1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	69.688.232,33	2.677.542,07	905.731,93	6.232.233,82	77.692.276,29	48.532.374,33	4.130.759,88	867.227,47	51.795.906,74	25.896.369,55	21.155.858,00	5,3	33,3
08 1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	43.651.640,24	2.592.497,18	1.923.299,31	1.820.279,96	46.141.118,07	24.109.309,18	3.529.337,98	1.897.349,15	25.945.920,01	20.195.198,06	19.542.331,06	7,6	43,8
09 1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anzahlungen im Bau	76.001.496,10	23.554.818,69	365.865,84	-68.132.191,29	31.058.257,66	0,00	0,00	0,00	0,00	31.058.257,66	76.001.496,10	0,0	100,0
Summe Sachanlagevermögen	1.585.446.777,88	30.348.378,32	4.944.815,25	-309.790,11	1.610.540.550,84	520.300.425,88	33.654.750,43	3.306.369,55	550.648.806,76	1.059.891.744,08	1.065.146.352,00	2,1	65,8
1.3 Finanzanlagen													
10 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	93.825.646,50	0,00	352.859,32	0,00	93.472.787,18	0,00	0,00	0,00	0,00	93.472.787,18	93.825.646,50	0,0	100,0
11 1.3.2 Beteiligungen	4.754.010,51	500,00	0,00	0,00	4.754.510,51	0,00	0,00	0,00	0,00	4.754.510,51	4.754.010,51	0,0	100,0
12 1.3.3 Sondervermögen	125.242.684,05	0,00	0,00	0,00	125.242.684,05	0,00	0,00	0,00	0,00	125.242.684,05	125.242.684,05	0,0	100,0
13 1.3.4 Ausleihungen	11.500.000,00	0,00	0,00	0,00	11.500.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.500.000,00	11.500.000,00	0,0	100,0
1.3.4.1 Ausleihungen an verb. Unternehmen, Beteilig., SV	11.500.000,00	0,00	0,00	0,00	11.500.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.500.000,00	11.500.000,00	0,0	100,0
1.3.4.2 Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
14 1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	6.604.602,72	1.101.798,95	0,00	0,00	7.706.401,67	0,00	0,00	0,00	0,00	7.706.401,67	6.604.602,72	0,0	100,0
Summe Finanzanlagevermögen	241.926.943,78	1.102.298,95	352.859,32	0,00	242.676.383,41	0,00	0,00	0,00	0,00	242.676.383,41	241.926.943,78	0,0	100,0
Gesamtsumme	1.846.327.669,45	32.196.844,09	5.398.142,79	-370.912,28	1.872.755.458,47	528.120.527,44	35.277.759,34	3.391.952,03	560.006.334,75	1.312.749.123,72	1.318.207.142,01	1,9	70,1

Forderungsspiegel

FORDERUNGSSPIEGEL 2014

Art der Forderung		Gesamtbetrag des Haushalts-jahres in EUR	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag des Vorjahres in EUR
			bis zu 1 Jahr in EUR	1 bis 5 Jahre in EUR	mehr als 5 Jahre in EUR	
1	2	3	4	5	6	7
161	2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	14.826.969,16	14.826.969,16	0,00	0,00	14.181.845,18
169	2.2.2 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	8.781.896,14	2.349.822,97	0,00	6.432.073,17	6.841.158,06
171	2.2.3 Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	5.461.504,40	5.461.504,40	0,00	0,00	8.125.134,10
179	2.2.4 Sonstige privatrechtliche Forderungen	7.111.869,85	7.111.869,85	0,00	0,00	13.939.658,44
178	2.2.5 Sonstige Vermögensgegenstände	43.727.581,73	9.711.457,13	11.913.290,00	22.102.834,60	49.271.934,38
	Summe	79.909.821,28	39.461.623,51	11.913.290,00	28.534.907,77	92.359.730,16

Verbindlichkeitenspiegel

Verbindlichkeitenspiegel 2014

Art der Verbindlichkeit[1]		Gesamtbetrag des Haushalts-jahres in EUR	mit einer Restlaufzeit[2] von			Gesamtbetrag des Vorjahres in EUR
			bis zu 1 Jahr in EUR	1 bis 5 Jahre in EUR	mehr als 5 Jahre in EUR	
1[3]	2	3	4	5	6	7
30	4.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
32	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	550.909.536,49 0,00	422.492,20	48.649.991,14	501.837.053,15	537.993.361,50 0,00
321-	4.2.1 von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
321-	4.2.2 vom öffentlichen Bereich	83.105.384,70	401.996,11	826.032,73	81.877.355,86	80.899.990,31
321-	4.2.3 vom privaten Kreditmarkt	467.804.151,79	20.496,09	47.823.958,41	419.959.697,29	457.093.371,19
33	4.3 Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten	229.731.717,58	6.731.717,58	223.000.000,00	0,00	240.000.000,00
34	4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	399.597,15	0,00	0,00	399.597,15	442.666,47
35	4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13.648.410,89	13.648.410,89	0,00	0,00	38.224.538,02
36	4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	938.982,72	938.982,72	0,00	0,00	2.503.576,74
37	4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	51.472.567,22	28.234.883,33	4.057.248,14	19.180.435,75	50.272.943,49
	Summe	**847.100.812,05**	**49.976.486,72**	**275.707.239,28**	**521.417.086,05**	**869.437.086,22**
			-	-	-	-
	Nachrichtlich	-	-	-	-	-
	Schulden aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, soweit nicht in der Bilanzposition 4.4 enthalten.	53.369,77	-	53.369,77	-	106.769,89
	Schulden der Sondervermögen[4] mit Sonderrechnung	-	-	-	-	-
	- aus Krediten	204.945.595,04	21.672.168,46	52.669.680,58	130.603.746,00	212.958.538,00
	Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL)	199.362.422,74	21.346.779,53	50.977.651,72	127.037.991,49	207.050.167,28
	Kurbetrieb Travemünde (KBT)	1.388.750,00	105.000,00	410.000,00	873.750,00	1.503.750,00
	Lübecker Schwimmbäder	4.194.422,30	220.388,93	1.282.028,86	2.692.004,51	4.404.620,72
	- aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	-	-	-

1 siehe auch § 48 Abs. 4 GemHVO-Doppik.

2 Als Restlaufzeit gilt der Zeitraum zwischen dem Abschlussstichtag des Jahresabschlusses und dem Zeitpunkt des vollständigen Ausgleichs der Verbindlichkeit.

3 Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

4 Die Angaben sind zu trennen nach den verschiedenen Sondervermögen (z.B. Stadtwerke, Krankenhaus usw.)

Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen

Anlage 27, Muster zu § 51 Abs. 3 Nr. 4 GemHVO-Doppik

Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen 2014

I. Übersicht über die übertragenen Aufwendungen nach § 23 Abs. 1 GemHVO-Doppik

Produktgruppe/Unterproduktgruppe				
Nummer	Bezeichnung	übertragen auf das neue Haushaltsjahr in EUR	davon gebunden in EUR	davon frei verfügbar in EUR
1	2	3	4	5
111	Verwaltungssteuerung und -service	6.658.562,22	6.658.562,22	0,00
122	Ordnungsangelegenheiten	10.061,64	10.061,64	0,00
126	Brandschutz	115.000,00	115.000,00	0,00
128	Katastrophenschutz	25.900,00	25.900,00	0,00
241	Schülerbeförderung	10.280,00	10.280,00	0,00
251	Wissenschaft und Forschung	614.000,00	614.000,00	0,00
272	Bücherein	12.668,74	12.668,74	0,00
281	Heimat- und sonstige Kulturpflege	10.711,73	10.711,73	0,00
311	Grundversorgung und Hilfen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)	2.848,82	2.848,82	0,00
315	Soziale Einrichtung (ohne Einrichtungen der Jugendhilfe)	19.270,64	19.270,64	0,00
365	Tageseinrichtungen für Kinder	36.300,00	36.300,00	0,00
367	Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	51.394,18	51.394,18	0,00
414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	7.125,55	7.125,55	0,00
511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	352.960,02	352.960,02	0,00
523	Denkmalschutz und -pflege	20.200,00	20.200,00	0,00
541	Gemeindestraße	724.000,00	724.000,00	0,00
547	ÖPNV	948.586,34	948.586,34	0,00
551	Öffentliches Grün / Landschaftsbau	420.000,00	420.000,00	0,00
552	Öffentliches Gewässer / Wasserbauliche Anlagen	244.307,61	244.307,61	0,00
553	Friedhofs- und Bestattungswesen	184.000,00	184.000,00	0,00
554	Naturschutz und Landschaftspflege	69.021,99	69.021,99	0,00
561	Umweltschutzmaßnahme	11.454,37	11.454,37	0,00
Summe		10.548.653,85	10.548.653,85	0,00

II. Übersicht über die übertragenen Auszahlungen nach § 23 Abs. 2 GemHVO-Doppik

Produktgruppe/Unterproduktgruppe				
Nummer	Bezeichnung	übertragen auf das neue Haushaltsjahr in EUR	davon gebunden in EUR	davon frei verfügbar in EUR
1	2	3	4	5
111007	IT-Architekturmangement/IT-Service	1.830.000,00	1.160.014,00	669.986,00
111008	Zentrale Personalarbeit	448,00	448,00	0,00
111013	Stabsstelle Bilanzen	90.000,00	90.368,00	-368,00
111014	Beteiligungscontrolling	1.000,00	1.000,00	0,00
111016	Buchhaltung und Finanzen	225.022,00	225.022,00	0,00
111020	Grundstücksmanagement	4.482,00	4.482,00	0,00
111023	Leitung, Controlling, Dienste FB 4	233.572,00	233.572,00	0,00
111026	Leitung, Controlling, Dienste FB 5	1.580,00	1.580,00	0,00
111027	Personalrat FB 5	700,00	700,00	0,00
111029	Gebäudemanagement	11.892.258,12	10.912.258,12	980.000,00
122003	Melde- und Gewerbeangelegenheiten	13.090,00	13.090,00	0,00
122004	Verbraucherschutz und Tiergesundheit	6.380,00	6.380,00	0,00
122005	Verkehrsangelegenheiten	19.967,00	19.967,00	0,00
126001	Gefahrenabwehr	6.959.840,00	6.959.840,00	0,00
127001	Rettungsdienst	1.175.100,00	1.175.100,00	0,00
128001	Katastrophenschutz	416.500,00	416.500,00	0,00
Summe Produktbereich 1 - Zentrale Verwaltung		**22.869.939,12**	**21.220.321,12**	**1.649.618,00**
211001	Grundschulen	503.859,00	503.859,00	0,00
216101	Grund- u. Regionalschulen	3.537.579,00	3.537.579,00	0,00
217001	Gymnasien	871.980,00	871.980,00	0,00
218201	Gemeinschaftsschulen	1.915.718,00	1.915.718,00	0,00
221001	Förderzentren	506.448,00	486.448,00	20.000,00
233001	Berufsschulen	2.570.444,00	2.570.444,00	0,00
241001	Schülerbeförderung	14.127,00	14.127,00	0,00
243001	Allgemeine Schulträgeraufgaben	12.172,00	12.172,00	0,00
251001	Die Lübecker Museen	372.106,00	372.106,00	0,00
271001	VHS Lübeck	12.048,00	12.048,00	0,00
272001	Stadtbibliothek	33.100,00	33.100,00	0,00
Produktbereich 2 - Schule und Kultur		**10.349.581,00**	**10.329.581,00**	**20.000,00**
311001	Grundversorgung u. Hilfen SGB XII	12.834,00	12.834,00	0,00
315001	Soziale Einrichtungen und Angebote	3.400,00	3.400,00	0,00
362002	Jugendarbeit	1.100,00	1.100,00	0,00
363002	Jugendhilfe	6.200,00	6.200,00	0,00
365002	Betreuung in Kindertageseinrichtungen	1.814.869,00	1.639.869,00	175.000,00
366001	Jugendfreizeiteinrichtungen	205.452,00	205.452,00	0,00
Produktbereich 3 - Soziales und Jugend		**2.043.855,00**	**1.868.855,00**	**175.000,00**
421001	Förderung des Sports	77.517,00	77.517,00	0,00
424001	Sportstätten	37.761,00	37.761,00	0,00
424003	Bark Passat/Passathafen	976.941,00	976.941,00	0,00

Produktbereich 4 - Gesundheit und Sport		**1.092.219,00**	**1.092.219,00**	**0,00**
511003	Stadtplanung und -entwicklung	6.207.464,64	6.207.464,64	0,00
521001	Baulicher Brandschutz	4.600,00	4.600,00	0,00
521002	Bauaufsicht	6.964,00	6.964,00	0,00
522001	Kommunaldarlehen	694.000,00	694.000,00	0,00
523001	Archäologie und Denkmalpflege	96.783,00	96.783,00	0,00
538001	EBL (Abwasserbeseitigung)	35.000,00	35.000,00	0,00
541001	Gemeindestraßen	6.848.645,00	5.948.645,00	900.000,00
542001	Kreisstraßen	6.511.598,00	6.511.598,00	0,00
543001	Landesstraßen	1.056.351,00	1.056.351,00	0,00
544001	Bundesstraßen	10.261.879,00	7.753.240,00	2.508.639,00
547001	Aufgabenträgerschaft ÖPNV	314.369,29	314.369,29	0,00
548001	Flughafen Lübeck GmbH	500.000,00	500.000,00	0,00
551001	Grün- und Landschaftsbau	1.453.639,00	1.453.639,00	0,00
552001	Wasser und Hafen	19.359.480,00	16.958.966,00	2.400.514,00
553001	Friedhofs- und Bestattungswesen	183.800,00	183.800,00	0,00
554001	Naturschutz und Landschaftspflege	9.000,00	9.000,00	0,00
555001	Land- und Forstwirtschaft	86.858,00	86.858,00	0,00
561001	Umweltschutzmaßnahmen	4.800,00	4.800,00	0,00
573002	Wochen- und Jahrmärkte	303.895,00	303.895,00	0,00
573003	Lübecker Musik- und Kongresshallen GmbH	70.482,00	70.482,00	0,00
Produktbereich 5 - Bauen und Wohnen		**54.009.607,93**	**48.200.454,93**	**5.809.153,00**
612003	Grundstücksan- und -verkäufe	5.534.505,00	5.534.505,00	0,00
Produktbereich 6 - Allgemeine Finanzleistungen		**5.534.505,00**	**5.534.505,00**	**0,00**
Summe Produktbereiche 1 - 6		**95.899.707,05**	**88.245.936,05**	**7.653.771,00**

Übersicht über Sondervermögen, Zweckverbände, Gesellschaften, Kommunalunternehmen, andere Anstalten sowie Wasser- und Bodenverbände

Übersicht Beteiligungen

lfd. Nr.	Name	Stamm-kapital in Währung	Währung	Anteil der HL am Stammkapital		Gewinnabführung (+) Verlustabdeckung (-) Umlagen (-)			Jahresergebnis	
				in T€/TDM/ TDKK	in %	2012 in T€	2013 in T€	2014 in T€	Jahr	in T€
I. Sondervermögen										
1	Kurbetrieb Travemünde	2.550	T€	2.550	100,00%	0	0	0	2012	-1.320
2	SeniorInneneinrichtungen (Alten- und Pflegeheime)	3.210	T€	3.210	100,00%	-1.562.800	-1.000.000	-877.100	2012	-1.563
3	Entsorgungsbetriebe Lübeck	5.113	T€	5.113	100,00%	0	0	0	2012	-2.208
4	Lübecker Schwimmbäder	1.500	T€	1.500	100,00%	-4.180	-3.971	-3.940	2012	-4.302
II. Zweckverbände										
	keine									
III. Gesellschaften										
	unmittelbare Beteiligungen									
1	BQL Berufsausbildungs- und Qualifizierungsagentur Lübeck GmbH	120,0	T€	60,0	50,00%	0	0	0	2012	24
2	Entsorgungszentrum Lübeck GmbH (EZL)	100,0	T€	100,0	100,00%	0	0	0	2012	[4]
3	FLG Service-Gesellschaft mbH (FLG SG)	30,0	T€	30,0	100,00%	0	0	0	2012	-1
4	Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH (GOES), Neumünster	300,0	T€	5,1	1,68%	0	0	0		
5	Grundstücksgesellschaft der Kurhausbetriebe Travemünde mbH i.L. (GGK)	500,0	TDM	500,0	100,00%	0	2.519	0	2012	2.519
6	Grundstücksgesellschaft Metallhüttengelände mbH (GGM)	50,0	TDM	50,0	100,00%	0 [1]	0 [1]	0 [1]	2012	-417
7	Grundstücks-Gesellschaft TRAVE mbH (GG TRAVE)	10.100,0	T€	9.342,5	92,50%	472	472	472	2012	1.592
8	KWL GmbH	2.045,2	T€	2.045,2	100,00%	0	0	0	2012	1.903
9	Lübeck und Travemünde Marketing GmbH (LTM)	100,0	T€	90,0	90,00%	-1.953	-1.994	-1.810	2012	-2.009
10	Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH (LHG)	5.420,0	T€	3.387,5	62,50%	0	0	0	2012	522
11	Lübecker Musik- und Kongreßhallen GmbH (LMuK)	51,2	T€	46,1	90,00%	-569	-532	-496	2012	-351
12	LVS Landesweite Verkehrsservice GmbH, Kiel	51,0	TDM	1,7	3,33%	0	0	0		
13	Ostsee-Tourismus-Service GmbH (OTS)	25,2	T€	1,4	5,56%	0	0	0		
14	SANA Kliniken Lübeck GmbH	25,0	T€	1,3	5,20%	0	0	0		
15	Stadtwerke Lübeck Holding GmbH (SWL-H)	45.000,0	T€	45.000,0	100,00%	0	0	0	2012	2.596
16	Theater Lübeck gGmbH (LTG)	26,0	T€	16,3	62,50%	0 [2]	0 [2]	0 [2]	2012	-84
	mittelbare Beteiligungen									
17	Baltic Rail Gate GmbH (BRG)	100,0	T€	37,5	37,45%	0	0	0		
18	DONG Energy Nysted A/S	100.000,0	TDKK	10.860,5	10,86%	0	0	0		
19	European Cargo Logistics GmbH (ECL)	25,0	T€	18,7	74,89%	0	0	0	2012	0 [5]
20	Fachhochschule Lübeck Projekt-GmbH	75,4	T€	3,9	5,17%	0	0	0		
21	Hochschulstadtteil-Entwicklungsgesellschaft mbH (HEG)	51,2	T€	51,2	100,00%	0	0	0	2012	0 [5]
22	items GmbH, Münster/Westf.	1.237,3	T€	238,3	19,26%	0	0	0		
23	LHG Service-Gesellschaft mbH (LHG-SG)	51,0	TDM	38,2	74,89%	0	0	0	2012	0 [5]
24	Lübeck Distribution GmbH (LDG)	50,0	TDM	18,7	37,45%	0	0	0		
25	Lübeck-Travemünder Verkehrsgesellschaft mbH (LVG)	154,0	T€	77,2	50,10%	0	0	0	2012	0 [5]
26	Nahverkehr Schleswig Holstein GmbH (ehem. ZAST - Zentrale Abrechnungsstelle Schleswig-Holstein-Tarif)	43,2	T€	6,2	14,30%	0	0	0		
27	Nordic Rail Service GmbH (NRS)	25,0	T€	18,7	74,89%	0	0	0	2012	0 [5]
28	Regionalnetz Ostholstein Süd GmbH & Co. KG	25,0	T€	Kommanditistin		0	0	0	2012	0 [5]
29	Regionalnetz Ostholstein Süd Verwaltung GmbH	25,0	T€	18,7	74,90%	0	0	0	2012	0 [5]
30	Skandic Service GmbH (SSG)	25,0	T€	18,7	74,89%	0	0	0	2012	0 [5]
31	Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG	6.622,6	T€	Kommanditistin		0	0	0		
32	Stadtverkehr Lübeck GmbH (SL)	10.000,0	T€	5.010,0	50,10%	0	0	0	2012	0 [5]
33	Stadtwerke Lübeck GmbH (SWL)	48.753,0	T€	36.516,0	74,90%	0	0	0	2012	0 [5]
34	Stadtwerke Lübeck Netz GmbH (SWL-N)	100,0	T€	74,9	74,90%	0	0	0	2012	0 [5]
35	TraveKom Telekommunikationsgesellschaft mbH	1.300,0	TDM	1.300,0	100,00%	0	0	0	2012	0 [5]
36	Trianel GmbH, Aachen	18.146,0	T€	941,8	5,19%	0	0	0		
37	Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG	18.750,0	T€	294,9	1,57%	0	0	0		
38	Windpark Stockelsdorf GmbH	25,0	T€	9,4	37,45%	0	0	0		
39	Wirtschaftsförderung Lübeck GmbH (Wifö)	26,0	T€	18,2	70,00%	0 [3]	0 [3]	0 [3]	2012	0 [5]
IV. Kommunalunternehmen nach § 106 a GO										
	keine									
V. gemeinsame Kommunalunternehmen nach § 19 b GkZ										
41	IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR	41,8	T€	2,5	5,99%	0	0	0		
VI. andere Anstalten die von der Gemeinde getragen werden mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Sparkassen										
	keine									

▨ der HL ggü. nicht berichtspflichtig

[1] Die Gesellschaft erhält einen jährlichen Zuschuss (kein Verlustausgleich, keine Umlage). Er beträgt aktuell 380 T€.

[2] Die Gesellschaft erhält einen jährlichen Zuschuss (kein Verlustausgleich, keine Umlage). Er beträgt aktuell 16.927 T€, inkl. Landeszuweisung.

[3] Die Gesellschaft erhält einen jährlichen Zuschuss (kein Verlustausgleich, keine Umlage). Er beträgt aktuell 327 T€.

[4] Wirtschaftsplan/Jahresabschluss liegt noch nicht endgültig vor

[5] nach Ergebnisabführung an die jeweilige Muttergesellschaft

Weitere Anlage zum Anhang:

Übersicht über die Bürgschaften

**Übersicht über die übernommenen Bürgschaften,
Verpflichtungen aus Gewährverträgen sowie Rechtsgeschäften,
die diesen wirtschaftlich gleichkommen**

		Datum der Über-nahme	Zweck	Ursprungs-höhe in TEUR	voraussichtliche Höhe zu Beginn des Haushaltsjahres 2015 in TEUR	voraussichtliches Datum des Auslaufens der Bürgschaft
1		2	3	4	5	6
I. Bürgschaften						
1	GG Kurhausbetriebe mbH	15.10.84	Entsch. Erbbaurecht	1.278	0	2014
2	GG Metallhüttengelände mbH	30.01.03	Metallhüttengelände	13.000	6.000	2016
3	Koordinier.Wirtsch.Lüb.GmbH (KWL)	21.12.93	Parkhaus Falkenstr.	6.647	1.696	2020
4	Lüb.Hafengesellschaft mbH	29.08.00	Investitionen	9.050	5.025	2024
5	Lüb.Hafengesellschaft mbH	19.01.98	Investitionen	5.691	2.438	2021
6	Lüb.Hafengesellschaft mbH	27.01.98	Investitionen	10.226	4.437	2022
7	Lüb.Hafengesellschaft mbH	29.08.00	Investitionen	5.113	2.839	2024
8	Lüb.Hafengesellschaft mbH	15.12.95	Investitionen	7.669	3.104	2022
9	Lüb.Hafengesellschaft mbH	23.10.00	KV-Terminal	11.818	4.727	2023
10	Lüb.Hafengesellschaft mbH	23.10.00	KV-Terminal	2.955	1.182	2023
11	Grundstücksgesellschaft Trave mbH	05.07.84	Wohnungen	92	58	2066
12	Grundstücksgesellschaft Trave mbH	12.07.95	Wohnpav.Rübenkop.	398	117	2024
13	Grundstücksgesellschaft Trave mbH	12.07.95	Wohnpav.Ziegelstr.	410	121	2024
14	Grundstücksgesellschaft Trave mbH	07.02.95	Wohnpav.Heiweg	459	78	2016
15	Grundstücksgesellschaft Trave mbH	02.10.92	Kita	1.235	522	2020
16	Grundstücksgesellschaft Trave mbH	13.02.95	Kita	194	113	2021
17	Stadtwerke Lübeck GmbH	02.01.01	Investitionen	6.136	590	2015
18	Stadtwerke Lübeck GmbH	02.01.01	Investitionen	2.341	728	2019
19	Stadtwerke Lübeck GmbH	02.01.01	Investitionen	2.341	873	2019
20	Stadtwerke Lübeck GmbH	14.03.01	Investitionen	2.045	767	2020
21	Stadtwerke Lübeck GmbH	16.10.01	Investitionen	6.136	2.714	2021
22	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.246	1.351	2025
23	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.233	188	2015
24	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.250	1.252	2026
25	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.375	1.381	2028
26	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	1.870	408	2017
27	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.443	1.242	2030
28	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	1.421	255	2017
29	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.408	80	2015
30	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.402	1.414	2026
31	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.474	1.528	2030
32	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	4.783	2.047	2021
33	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.422	1.287	2024
34	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	10.630	5.855	2023
35	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.236	291	2016
36	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.443	1.588	2028
37	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.422	1.243	2023
38	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.422	1.288	2024
39	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	4.901	2.758	2025
40	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.422	1.044	2023
41	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.474	1.521	2031
42	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.392	956	2022
43	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.443	1.199	2022
44	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	1.364	0	2014
45	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.439	1.633	2029
46	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	3.039	1.264	2022
47	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.408	1.468	2027
48	Stadtverkehr Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	1.880	0	2014
49	Stadtverkehr Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	4.901	2.758	2025
50	Stadtverkehr Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	4.955	2.682	2024
51	Stadtverkehr Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	1.403	753	2023
52	Stadtverkehr Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	9.930	3.634	2019
53	Stadtwerke Lübeck GmbH (Holding)	29.03.01	Investitionen	1.561	628	2021
54	Stiftung Vereinigte Testamente	06.10.93	Altenheim + Wohn.	1.892	697	2021
55	Stiftung Vereinigte Testamente	27.01.94	Altenwohnungen	2.120	1.674	2078
56	Stiftung Vereinigte Testamente	30.04.98	Altenheim	1.436	1.005	2031
57	Stiftung Vereinigte Testamente	08.01.98	Altenheim	869	575	2028
58	Stiftung Vereinigte Testamente	02.06.99	Altenheim	1.057	818	2038
59	Stiftung Lübecker Wohnstifte	10.04.97	Altenheim	1.324	662	2027
60	Stiftung Lübecker Wohnstifte	07.05.97	Altenheim	1.064	333	2020

		Datum der Über-nahme	Zweck	Ursprungs-höhe in TEUR	voraussichtliche Höhe zu Beginn des Haushaltsjahres 2015 in TEUR	voraussichtliches Datum des Auslaufens der Bürgschaft
61	Stiftung Lübecker Wohnstifte	20.11.97	Altenheim	115	72	2027
62	Stiftung Lübecker Wohnstifte	30.04.98	Altenheim	494	346	2031
63	Kulturstiftung	17.11.99	Buddenbrookhaus	128	49	2019
64	Kulturstiftung	19.04.00	Buddenbrookhaus	128	39	2020
65	Kulturstiftung	02.08.00	Buddenbrookhaus	614	262	2019
66	Kulturstiftung	21.05.02	Buddenbrookhaus	332	133	2022
67	Lübecker Bauverein e.G.	06.09.94	Kinderheim Idun	818	417	2024
68	Lübecker Bauverein e.G.	25.07.95	Sozialberatungsst.	578	160	2018
69	Babygruppe Lübeck e. V.	09.02.93	Kita	252	50	2017
70	Ursula´s Kinderstube e. V.	29.09.94	Kita	61	0	2014
71	Kleine Strolche e. V.	30.12.92	Kita	230	48	2017
72	Kunterbunte Kinderkiste e. V.	6.93./27.6.9	Kita	82	0	2014
73	Franz Schmitt	07.08.92	Kita	332	53	2018
74	Franz Schmitt	08.07.93	Kita	332	66	2018
75	Verein Waldorfpädagogik e. V.	13.09.93	Festsaal	1.534	1.135	2032
76	Kinderförderv. "Unter der Kastanie"	30.05.96	Kita	374	41	2016
77	Kinderförderv. "Unter der Kastanie"	29.10.96	Kita	205	105	2023
78	Beruf und Kind gGmbH	05.09.96	Kita	205	23	2016
79	Beruf und Kind gGmbH	25.07.97	Kita	1.043	618	2031
80	Deutsches Jugendherbergswerk e.V.	24.02.97	Jugendherberge	693	190	2019
81	Sportclub Buntekuh e. V.	29.07.99	Sport- u. Jugendheim	107	72	2028
82	Netzwerk Selbsthilfe e. V.	22.12.99	Sozial gepr.Wohng.	225	196	2085
	Summe:			**211.872**	**92.966**	
II. Verpflichtungen						
1	GG Metallhüttengelände mbH	27.10.00	harte Patronatserklärung	12.312	4.000	
2	Koordinier. Wirtsch. Lüb. GmbH	06.10.00	weiche Patronatserklärung	ohne	6.460	
	Summe:			**12.312**	**10.460**	

Hansestadt LÜBECK

Teilergebnisrechnung zum Jahresabschluss

31. Dezember 2014



1.201.2 – Abteilung Bilanzen
2017

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111001 Verwaltungsleitung

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	752.910,96	300,00	591.367,68	591.067,68	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	122,76	100,00	122,76	22,76	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	77.104,71	11.500,00	869,40	-10.630,60	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	830.138,43	11.900,00	592.359,84	580.459,84	
50	11	Personalaufwendungen	-280.401,38	-281.400,00	-288.596,21	-7.196,21	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-572.770,47	-20.500,00	-439.132,58	-418.632,58	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-45.628,04	-900,00	-45.482,94	-44.582,94	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-34.804,86	-36.100,00	-36.047,18	52,82	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-6.212,80	-8.000,00	-6.843,00	1.157,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-939.817,55	-346.900,00	-816.101,91	-469.201,91	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-109.679,12	-335.000,00	-223.742,07	111.257,93	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-109.679,12	-335.000,00	-223.742,07	111.257,93	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-109.679,12	-335.000,00	-223.742,07	111.257,93	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-12.735,59	-10.200,00	-9.451,09	748,91	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-122.414,71	-345.200,00	-233.193,16	112.006,84	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	280.200,00	284.900,00	284.900,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-81.700,00	-99.300,00	-99.300,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	76.085,29	-159.600,00	-47.593,16	112.006,84	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111002 Leitung, Controlling, Dienste FB 1

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	-204.583,07	-213.600,00	-203.508,61	10.091,39	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-360,94	-1.700,00	-1.152,03	547,97	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.396,37	-5.100,00	-1.612,33	3.487,67	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-206.340,38	-220.500,00	-206.272,97	14.227,03	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-206.340,38	-220.500,00	-206.272,97	14.227,03	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-206.340,38	-220.500,00	-206.272,97	14.227,03	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-206.340,38	-220.500,00	-206.272,97	14.227,03	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-2.900,00	-7.500,00	-6.800,00	700,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-209.240,38	-228.000,00	-213.072,97	14.927,03	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	245.500,00	250.700,00	250.700,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-26.600,00	-35.500,00	-35.500,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	9.659,62	-12.800,00	2.127,03	14.927,03	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111003 Management Politische Gremien

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	3.202,88	100,00	49,98	-50,02	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	9.500,00	12.200,00	3.280,05	-8.919,95	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	12.702,88	12.300,00	3.330,03	-8.969,97	
50	11	Personalaufwendungen	-129.471,49	-192.100,00	-224.590,60	-32.490,60	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-23.769,97	-29.900,00	-19.859,15	10.040,85	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-12.220,12	-3.300,00	-10.585,00	-7.285,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-706.803,52	-680.000,00	-670.840,08	9.159,92	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-326.723,31	-409.300,00	-299.403,25	109.896,75	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.198.988,41	-1.314.600,00	-1.225.278,08	89.321,92	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.186.285,53	-1.302.300,00	-1.221.948,05	80.351,95	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.186.285,53	-1.302.300,00	-1.221.948,05	80.351,95	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.186.285,53	-1.302.300,00	-1.221.948,05	80.351,95	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-66.565,81	-68.100,00	-57.581,42	10.518,58	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-1.252.851,34	-1.370.400,00	-1.279.529,47	90.870,53	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	322.300,00	305.700,00	305.700,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-158.300,00	-263.200,00	-263.200,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-1.088.851,34	-1.327.900,00	-1.237.029,47	90.870,53	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111004 Geschäftsführung für die Verwaltungsleitung

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	396.875,00	300,00	242.319,61	242.019,61	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	12,80	12,80	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	16.934,49	8.100,00	8.193,40	93,40	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	77.152,52	19.000,00	1.389,73	-17.610,27	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	490.962,01	27.400,00	251.915,54	224.515,54	
50	11	Personalaufwendungen	-498.809,47	-489.700,00	-496.212,46	-6.512,46	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-475.086,73	-1.111.000,00	-1.143.256,68	-32.256,68	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-4.975,65	-500,00	-2.495,00	-1.995,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-220.440,33	-227.600,00	-225.962,04	1.637,96	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.199.312,18	-1.828.800,00	-1.867.926,18	-39.126,18	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-708.350,17	-1.801.400,00	-1.616.010,64	185.389,36	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	3.161,01	3.161,01	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	3.161,01	3.161,01	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-708.350,17	-1.801.400,00	-1.612.849,63	188.550,37	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-708.350,17	-1.801.400,00	-1.612.849,63	188.550,37	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-17.798,67	-18.800,00	-20.467,76	-1.667,76	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-726.148,84	-1.820.200,00	-1.633.317,39	186.882,61	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	475.000,00	497.300,00	497.300,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-113.700,00	-135.600,00	-135.600,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-364.848,84	-1.458.500,00	-1.271.617,39	186.882,61	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111005 Logistik

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	6.380,00	6.300,00	6.704,00	404,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	64,75	100,00	0,00	-100,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	211.548,93	208.000,00	145.295,41	-62.704,59	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	4.210,24	120.000,00	5.440,81	-114.559,19	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	3.417,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	225.620,92	334.400,00	157.440,22	-176.959,78	
50	11	Personalaufwendungen	-1.050.072,83	-1.115.700,00	-1.084.493,62	31.206,38	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-221.557,33	-199.800,00	-184.530,97	15.269,03	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-17.630,36	-16.300,00	-17.969,19	-1.669,19	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-754.202,58	-722.400,00	-698.546,06	23.853,94	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-2.043.463,10	-2.054.200,00	-1.985.539,84	68.660,16	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.817.842,18	-1.719.800,00	-1.828.099,62	-108.299,62	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.817.842,18	-1.719.800,00	-1.828.099,62	-108.299,62	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.817.842,18	-1.719.800,00	-1.828.099,62	-108.299,62	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	289.768,42	435.100,00	327.954,02	-107.145,98	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-373.272,50	-358.700,00	-357.294,57	1.405,43	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-1.901.346,26	-1.643.400,00	-1.857.440,17	-214.040,17	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	1.782.300,00	1.779.800,00	1.779.800,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-247.700,00	-238.000,00	-238.000,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-366.746,26	-101.600,00	-315.640,17	-214.040,17	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111006 Arbeitsschutz

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	1,00	1,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	80.038,82	78.500,00	78.046,07	-453,93	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	80.038,82	78.600,00	78.047,07	-552,93	
50	11	Personalaufwendungen	-207.597,01	-217.000,00	-232.532,27	-15.532,27	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-3.316,25	-7.150,00	-2.554,76	4.595,24	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-1.524,00	-1.600,00	-1.889,27	-289,27	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.093,73	-4.250,00	-2.641,91	1.608,09	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-214.530,99	-230.000,00	-239.618,21	-9.618,21	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-134.492,17	-151.400,00	-161.571,14	-10.171,14	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-134.492,17	-151.400,00	-161.571,14	-10.171,14	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-134.492,17	-151.400,00	-161.571,14	-10.171,14	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-35.311,14	-38.000,00	-36.616,91	1.383,09	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-169.803,31	-189.400,00	-198.188,05	-8.788,05	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	213.700,00	216.000,00	216.000,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-40.700,00	-44.200,00	-44.200,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	3.196,69	-17.600,00	-26.388,05	-8.788,05	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111007 IT-Architekturmanagement / IT-Service

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	200,00	0,00	-200,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	25.700,00	0,00	-25.700,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	25.900,00	0,00	-25.900,00	
50	11	Personalaufwendungen	-2.452.125,07	-2.795.500,00	-2.687.380,64	108.119,36	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-1.799.797,43	-2.305.400,00	-1.939.478,91	365.921,09	100.000,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-512.982,92	-400.000,00	-529.490,74	-129.490,74	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-737.930,99	-877.700,00	-560.600,02	317.099,98	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-5.502.836,41	-6.378.600,00	-5.716.950,31	661.649,69	100.000,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-5.502.836,41	-6.352.700,00	-5.716.950,31	635.749,69	100.000,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-5.502.836,41	-6.352.700,00	-5.716.950,31	635.749,69	100.000,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-5.502.836,41	-6.352.700,00	-5.716.950,31	635.749,69	100.000,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-145.897,81	-173.500,00	-172.126,85	1.373,15	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-5.648.734,22	-6.526.200,00	-5.889.077,16	637.122,84	100.000,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	6.633.600,00	6.600.100,00	6.600.100,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-375.800,00	-355.800,00	-355.800,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	609.065,78	-281.900,00	355.222,84	637.122,84	100.000,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111008 Zentrale Personalarbeit

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	104.859,53	143.500,00	127.070,31	-16.429,69	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	3.073,25	100,00	10,10	-89,90	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	46.496,73	68.600,00	36.612,75	-31.987,25	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	598.742,17	487.600,00	391.255,47	-96.344,53	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	218,12	100,00	119,95	19,95	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	753.389,80	699.900,00	555.068,58	-144.831,42	
50	11	Personalaufwendungen	-3.512.555,18	-3.698.500,00	-3.615.983,32	82.516,68	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-404.364,07	-631.112,95	-462.930,80	168.182,15	68.000,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-10.084,47	-10.700,00	-9.434,99	1.265,01	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	-6.924,34	-6.924,34	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-292.587,63	-391.599,80	-303.494,03	88.105,77	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-4.219.591,35	-4.731.912,75	-4.398.767,48	333.145,27	68.000,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-3.466.201,55	-4.032.012,75	-3.843.698,90	188.313,85	68.000,00
46	20	Finanzerträge	2.898,13	2.000,00	2.338,83	338,83	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	2.898,13	2.000,00	2.338,83	338,83	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-3.463.303,42	-4.030.012,75	-3.841.360,07	188.652,68	68.000,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-3.463.303,42	-4.030.012,75	-3.841.360,07	188.652,68	68.000,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-167.580,01	-182.100,00	-175.978,18	6.121,82	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-3.630.883,43	-4.212.112,75	-4.017.338,25	194.774,50	68.000,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	4.496.900,00	4.757.500,00	4.757.500,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-544.300,00	-565.700,00	-565.700,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	321.716,57	-20.312,75	174.461,75	194.774,50	68.000,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111009 Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	39.663,30	3.100,00	22.880,29	19.780,29	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	75.516,02	20.000,00	24.410,94	4.410,94	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	115.179,32	23.100,00	47.291,23	24.191,23	
50	11	Personalaufwendungen	-217.861,11	-215.100,00	-224.339,25	-9.239,25	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-34.518,50	-37.950,00	-49.235,80	-11.285,80	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-367,00	-400,00	-331,00	69,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-111.849,05	-115.850,00	-110.276,88	5.573,12	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-364.595,66	-369.300,00	-384.182,93	-14.882,93	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-249.416,34	-346.200,00	-336.891,70	9.308,30	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-249.416,34	-346.200,00	-336.891,70	9.308,30	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-249.416,34	-346.200,00	-336.891,70	9.308,30	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-21.366,22	-24.500,00	-22.121,42	2.378,58	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-270.782,56	-370.700,00	-359.013,12	11.686,88	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	460.900,00	424.300,00	424.300,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-52.100,00	-53.200,00	-53.200,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	138.017,44	400,00	12.086,88	11.686,88	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111010 Prüfungen, Gutachten, Stellungnahmen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	20,54	100,00	63,92	-36,08	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	117.769,98	17.100,00	2.037,57	-15.062,43	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	117.790,52	17.200,00	2.101,49	-15.098,51	
50	11	Personalaufwendungen	-803.975,56	-909.600,00	-863.889,38	45.710,62	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-22.899,39	-26.700,00	-18.402,27	8.297,73	5.100,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-6.355,96	-300,00	-6.351,00	-6.051,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-13.315,83	-16.600,00	-8.395,85	8.204,15	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-846.546,74	-953.200,00	-897.038,50	56.161,50	5.100,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-728.756,22	-936.000,00	-894.937,01	41.062,99	5.100,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-728.756,22	-936.000,00	-894.937,01	41.062,99	5.100,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-728.756,22	-936.000,00	-894.937,01	41.062,99	5.100,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-44.753,22	-50.400,00	-49.107,52	1.292,48	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-773.509,44	-986.400,00	-944.044,53	42.355,47	5.100,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	399.500,00	417.300,00	417.300,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-103.700,00	-116.700,00	-116.700,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-477.709,44	-685.800,00	-643.444,53	42.355,47	5.100,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111011 Frauenemanzipatorische Gleichstellungsarbeit

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	4.100,00	100,00	1.400,00	1.300,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	4.112,94	200,00	3.459,60	3.259,60	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	20.303,72	23.300,00	205,37	-23.094,63	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	28.516,66	23.700,00	5.064,97	-18.635,03	
50	11	Personalaufwendungen	-174.664,79	-192.600,00	-161.371,33	31.228,67	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-14.410,40	-14.100,00	-14.704,78	-604,78	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-43,00	-300,00	-44,00	256,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-5.335,69	-7.200,00	-5.297,69	1.902,31	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-194.453,88	-214.200,00	-181.417,80	32.782,20	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-165.937,22	-190.500,00	-176.352,83	14.147,17	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-165.937,22	-190.500,00	-176.352,83	14.147,17	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-165.937,22	-190.500,00	-176.352,83	14.147,17	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-11.687,92	-14.400,00	-13.854,30	545,70	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-177.625,14	-204.900,00	-190.207,13	14.692,87	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	81.500,00	82.600,00	82.600,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-30.500,00	-34.700,00	-34.700,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-126.625,14	-157.000,00	-142.307,13	14.692,87	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111012 Haushalt und Steuerung

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	140,66	100,00	0,00	-100,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	154.193,22	60.300,00	3.823,73	-56.476,27	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	154.333,88	60.400,00	3.823,73	-56.576,27	
50	11	Personalaufwendungen	-1.000.763,82	-1.116.300,00	-1.052.089,26	64.210,74	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-24.046,45	-18.157,53	-12.922,11	5.235,42	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-2.529,88	-1.000,00	-11.647,17	-10.647,17	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-66.322,99	-173.344,85	-165.712,75	7.632,10	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.093.663,14	-1.308.802,38	-1.242.371,29	66.431,09	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-939.329,26	-1.248.402,38	-1.238.547,56	9.854,82	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-939.329,26	-1.248.402,38	-1.238.547,56	9.854,82	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-939.329,26	-1.248.402,38	-1.238.547,56	9.854,82	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-56.203,35	-57.000,00	-55.250,37	1.749,63	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-995.532,61	-1.305.402,38	-1.293.797,93	11.604,45	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	1.448.400,00	1.537.900,00	1.537.900,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-265.500,00	-258.600,00	-258.600,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	187.367,39	-26.102,38	-14.497,93	11.604,45	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111013 Stabsstelle Bilanzen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	547,96	100,00	41,98	-58,02	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	55.900,00	0,00	-55.900,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	547,96	56.000,00	41,98	-55.958,02	
50	11	Personalaufwendungen	-710.586,79	-404.800,00	-386.352,10	18.447,90	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-19.893,47	-18.958,56	-4.810,84	14.147,72	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-505.206,89	-740.000,00	-846.873,51	-106.873,51	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-86.248,42	-77.639,06	-39.344,86	38.294,20	35.000,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.321.935,57	-1.241.397,62	-1.277.381,31	-35.983,69	35.000,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.321.387,61	-1.185.397,62	-1.277.339,33	-91.941,71	35.000,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.321.387,61	-1.185.397,62	-1.277.339,33	-91.941,71	35.000,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.321.387,61	-1.185.397,62	-1.277.339,33	-91.941,71	35.000,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-14.173,51	-15.700,00	-15.616,53	83,47	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-1.335.561,12	-1.201.097,62	-1.292.955,86	-91.858,24	35.000,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	1.351.300,00	1.445.600,00	1.445.600,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-233.200,00	-247.900,00	-247.900,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-217.461,12	-3.397,62	-95.255,86	-91.858,24	35.000,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111014 Beteiligungscontrolling

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	-346.340,76	-435.800,00	-426.859,60	8.940,40	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-10.498,79	-6.900,00	-2.557,21	4.342,79	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-682,52	-500,00	-364,00	136,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-193.701,72	-245.000,00	-68.803,30	176.196,70	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-551.223,79	-688.200,00	-498.584,11	189.615,89	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-551.223,79	-688.200,00	-498.584,11	189.615,89	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-551.223,79	-688.200,00	-498.584,11	189.615,89	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-551.223,79	-688.200,00	-498.584,11	189.615,89	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-13.859,42	-16.100,00	-14.704,26	1.395,74	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-565.083,21	-704.300,00	-513.288,37	191.011,63	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-98.300,00	-96.400,00	-96.400,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-663.383,21	-800.700,00	-609.688,37	191.011,63	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111015 Steuern

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	432,70	100,00	816,60	716,60	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	364,40	100,00	514,30	414,30	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	58,51	100,00	23,56	-76,44	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	98.421,60	130.000,00	132.715,45	2.715,45	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	2.101.544,18	30.000,00	46.344,56	16.344,56	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	2.200.821,39	160.300,00	180.414,47	20.114,47	
50	11	Personalaufwendungen	-679.399,50	-816.100,00	-783.767,51	32.332,49	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-24.021,23	-24.600,00	-13.521,69	11.078,31	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-637,00	-400,00	-593,00	-193,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-9.147,19	-11.200,00	-1.634.042,52	-1.622.842,52	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-713.204,92	-852.300,00	-2.431.924,72	-1.579.624,72	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	1.487.616,47	-692.000,00	-2.251.510,25	-1.559.510,25	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	1.487.616,47	-692.000,00	-2.251.510,25	-1.559.510,25	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	1.487.616,47	-692.000,00	-2.251.510,25	-1.559.510,25	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-72.094,79	-76.900,00	-74.133,36	2.766,64	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	1.415.521,68	-768.900,00	-2.325.643,61	-1.556.743,61	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-685.400,00	-776.100,00	-776.100,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	730.121,68	-1.545.000,00	-3.101.743,61	-1.556.743,61	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111016 Buchhaltung und Finanzen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	11.572,20	1.500,00	3.416,05	1.916,05	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	446,92	200,00	320,80	120,80	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	1.080,71	400,00	3.577,31	3.177,31	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	286.538,48	304.500,00	123.989,84	-180.510,16	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	501.398,61	550.000,00	605.013,18	55.013,18	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	801.036,92	856.600,00	736.317,18	-120.282,82	
50	11	Personalaufwendungen	-3.728.834,10	-3.830.500,00	-4.223.565,24	-393.065,24	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-67.854,51	-58.000,00	-58.311,98	-311,98	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-22.643,17	-73.400,00	-22.875,07	50.524,93	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-168.767,11	-179.500,00	-177.981,72	1.518,28	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-3.988.098,89	-4.141.400,00	-4.482.734,01	-341.334,01	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-3.187.061,97	-3.284.800,00	-3.746.416,83	-461.616,83	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-3.187.061,97	-3.284.800,00	-3.746.416,83	-461.616,83	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	11,24	100,00	104,42	4,42	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	11,24	100,00	104,42	4,42	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-3.187.050,73	-3.284.700,00	-3.746.312,41	-461.612,41	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-249.029,09	-262.300,00	-258.877,53	3.422,47	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-3.436.079,82	-3.547.000,00	-4.005.189,94	-458.189,94	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	3.964.300,00	4.531.600,00	4.531.600,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-563.600,00	-521.600,00	-521.600,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-35.379,82	463.000,00	4.810,06	-458.189,94	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
111017 Rechtsangelegenheiten

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	155,00	700,00	279,40	-420,60	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	8.431,64	7.500,00	967,14	-6.532,86	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	131.718,99	87.700,00	71.659,99	-16.040,01	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	29.630,30	10.700,00	15.628,15	4.928,15	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	169.935,93	106.600,00	88.534,68	-18.065,32	
50	11	Personalaufwendungen	-767.399,54	-827.400,00	-852.805,34	-25.405,34	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-9.992,11	-12.363,29	-9.975,12	2.388,17	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-898,50	-300,00	-919,03	-619,03	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-125.126,10	-128.936,71	-111.294,98	17.641,73	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-903.416,25	-969.000,00	-974.994,47	-5.994,47	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-733.480,32	-862.400,00	-886.459,79	-24.059,79	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-733.480,32	-862.400,00	-886.459,79	-24.059,79	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-733.480,32	-862.400,00	-886.459,79	-24.059,79	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-52.001,59	-58.200,00	-58.339,97	-139,97	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-785.481,91	-920.600,00	-944.799,76	-24.199,76	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	917.200,00	945.900,00	945.900,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-216.900,00	-202.100,00	-202.100,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-85.181,91	-176.800,00	-200.999,76	-24.199,76	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111018 Leitung, Controlling, Dienste FB 2

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	7.155,75	2.500,00	2.827,92	327,92	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	45,90	0,00	60,00	60,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	19.597,11	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	26.798,76	2.500,00	2.887,92	387,92	
50	11	Personalaufwendungen	-1.163.798,78	-1.281.300,00	-1.209.360,26	71.939,74	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-11.792,65	-15.322,01	-9.179,48	6.142,53	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-4.241,30	-2.600,00	-4.762,55	-2.162,55	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-78.293,59	-87.177,99	-12.241,25	74.936,74	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.258.126,32	-1.386.400,00	-1.235.543,54	150.856,46	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.231.327,56	-1.383.900,00	-1.232.655,62	151.244,38	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.231.327,56	-1.383.900,00	-1.232.655,62	151.244,38	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	2,00	2,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	2,00	2,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.231.327,56	-1.383.900,00	-1.232.653,62	151.246,38	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-85.249,69	-93.700,00	-92.185,44	1.514,56	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-1.316.577,25	-1.477.600,00	-1.324.839,06	152.760,94	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	1.472.600,00	1.473.100,00	1.473.100,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-164.000,00	-236.200,00	-236.200,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-7.977,25	-240.700,00	-87.939,06	152.760,94	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111019 Personalrat FB 2

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	-88.527,91	-93.400,00	-91.073,65	2.326,35	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-2.188,17	-6.237,75	-1.481,19	4.756,56	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-80,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.087,60	-4.662,25	-1.474,91	3.187,34	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-92.883,68	-104.400,00	-94.029,75	10.370,25	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-92.883,68	-104.400,00	-94.029,75	10.370,25	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-92.883,68	-104.400,00	-94.029,75	10.370,25	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-92.883,68	-104.400,00	-94.029,75	10.370,25	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-9.502,67	-10.600,00	-10.470,65	129,35	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-102.386,35	-115.000,00	-104.500,40	10.499,60	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-8.700,00	-23.400,00	-23.400,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-111.086,35	-138.400,00	-127.900,40	10.499,60	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111020 Grundstücksmanagement

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	100,00	0,00	-100,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	26.718,00	21.000,00	28.072,20	7.072,20	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	5.413.423,53	5.540.300,00	5.977.830,51	437.530,51	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	232.958,80	315.600,00	215.334,57	-100.265,43	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	285.161,50	800,00	45.943,98	45.143,98	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	5.958.261,83	5.877.800,00	6.267.181,26	389.381,26	
50	11	Personalaufwendungen	-2.150.617,99	-2.202.800,00	-2.116.209,27	86.590,73	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-1.110.505,42	-953.037,45	-983.488,23	-30.450,78	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-308.255,76	-98.800,00	-50.066,08	48.733,92	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-12.812,89	-117.300,00	-7.300,00	110.000,00	110.000,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.065.921,77	-270.362,55	-2.093.980,66	-1.823.618,11	492.922,22
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-4.648.113,83	-3.642.300,00	-5.251.044,24	-1.608.744,24	602.922,22
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	1.310.148,00	2.235.500,00	1.016.137,02	-1.219.362,98	602.922,22
46	20	Finanzerträge	199,30	11.000,00	761,86	-10.238,14	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	-51.350,49	-500,00	0,00	500,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	-51.151,19	10.500,00	761,86	-9.738,14	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	1.258.996,81	2.246.000,00	1.016.898,88	-1.229.101,12	602.922,22
49	24	außerordentliche Erträge	4.000,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	4.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	1.262.996,81	2.246.000,00	1.016.898,88	-1.229.101,12	602.922,22
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-1.094.879,41	-1.037.100,00	-1.031.778,27	5.321,73	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	168.117,40	1.208.900,00	-14.879,39	-1.223.779,39	602.922,22
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-576.200,00	-551.800,00	-551.800,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-408.082,60	657.100,00	-566.679,39	-1.223.779,39	602.922,22

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111021 Leitung, Controlling und Dienste FB 3

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	11,60	100,00	0,00	-100,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	3.784,32	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	3.795,92	100,00	0,00	-100,00	
50	11	Personalaufwendungen	-454.339,57	-519.700,00	-453.169,99	66.530,01	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-5.632,95	-12.700,00	-2.953,15	9.746,85	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-775,00	-800,00	-774,00	26,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-300,00	-300,00	-300,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-4.626,53	-13.400,00	-4.127,32	9.272,68	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-465.674,05	-546.900,00	-461.324,46	85.575,54	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-461.878,13	-546.800,00	-461.324,46	85.475,54	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-461.878,13	-546.800,00	-461.324,46	85.475,54	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-461.878,13	-546.800,00	-461.324,46	85.475,54	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-40.489,60	-41.600,00	-39.814,19	1.785,81	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-502.367,73	-588.400,00	-501.138,65	87.261,35	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	420.400,00	609.000,00	609.000,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-83.700,00	-87.400,00	-87.400,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-165.667,73	-66.800,00	20.461,35	87.261,35	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111022 Personalrat FB 3

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	100,00	0,00	-100,00	
50	11	Personalaufwendungen	-107.376,46	-109.000,00	-111.052,73	-2.052,73	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-3.786,10	-5.100,00	-2.665,08	2.434,92	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-151,00	-300,00	-151,00	149,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.101,65	-7.500,00	-1.628,01	5.871,99	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-113.415,21	-121.900,00	-115.496,82	6.403,18	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-113.415,21	-121.800,00	-115.496,82	6.303,18	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-113.415,21	-121.800,00	-115.496,82	6.303,18	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-113.415,21	-121.800,00	-115.496,82	6.303,18	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-5.000,00	-5.900,00	-5.615,00	285,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-118.415,21	-127.700,00	-121.111,82	6.588,18	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-5.900,00	-14.400,00	-14.400,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-124.315,21	-142.100,00	-135.511,82	6.588,18	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111023 Leitung, Controlling, Dienste FB 4

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	200,00	0,00	-200,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	790,04	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	5.058,49	5.058,49	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	790,04	200,00	5.058,49	4.858,49	
50	11	Personalaufwendungen	-403.138,79	-43.600,00	-461.167,93	-417.567,93	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-5.854,77	-17.800,00	-5.449,35	12.350,65	10.000,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-2.284,10	-2.400,00	-2.135,31	264,69	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-14.316,64	-38.000,00	-36.660,13	1.339,87	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-425.594,30	-101.800,00	-505.412,72	-403.612,72	10.000,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-424.804,26	-101.600,00	-500.354,23	-398.754,23	10.000,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-424.804,26	-101.600,00	-500.354,23	-398.754,23	10.000,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-424.804,26	-101.600,00	-500.354,23	-398.754,23	10.000,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-32.043,50	-57.700,00	-47.819,19	9.880,81	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-456.847,76	-159.300,00	-548.173,42	-388.873,42	10.000,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	517.500,00	481.400,00	481.400,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-13.200,00	-17.800,00	-17.800,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	47.452,24	304.300,00	-84.573,42	-388.873,42	10.000,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111024 Personalrat FB 4

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	7,51	0,00	187,02	187,02	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	7,51	0,00	187,02	187,02	
50	11	Personalaufwendungen	-145.059,63	-140.500,00	-187.698,71	-47.198,71	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-1.570,14	-4.800,50	-2.448,73	2.351,77	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-14.862,29	-10.999,50	-9.636,50	1.363,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-161.492,06	-156.300,00	-199.783,94	-43.483,94	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-161.484,55	-156.300,00	-199.596,92	-43.296,92	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-161.484,55	-156.300,00	-199.596,92	-43.296,92	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-161.484,55	-156.300,00	-199.596,92	-43.296,92	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-21.320,60	-22.100,00	-21.985,20	114,80	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-182.805,15	-178.400,00	-221.582,12	-43.182,12	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-7.700,00	-17.700,00	-17.700,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-190.505,15	-196.100,00	-239.282,12	-43.182,12	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111025 Archiv

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	98.020,00	40.500,00	85.778,00	45.278,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	18.555,82	12.000,00	27.871,94	15.871,94	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	10.728,30	11.500,00	10.822,80	-677,20	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	127.304,12	64.000,00	124.472,74	60.472,74	
50	11	Personalaufwendungen	-608.988,26	-655.800,00	-594.243,87	61.556,13	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-62.146,97	-42.200,00	-78.989,64	-36.789,64	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-11.210,59	-14.200,00	-11.398,17	2.801,83	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-38.880,83	-39.700,00	-57.129,53	-17.429,53	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-721.226,65	-751.900,00	-741.761,21	10.138,79	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-593.922,53	-687.900,00	-617.288,47	70.611,53	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-593.922,53	-687.900,00	-617.288,47	70.611,53	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,10	0,10	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,10	0,10	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-593.922,53	-687.900,00	-617.288,37	70.611,63	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-174.014,39	-158.600,00	-158.671,27	-71,27	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-767.936,92	-846.500,00	-775.959,64	70.540,36	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-110.600,00	-112.900,00	-112.900,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-878.536,92	-959.400,00	-888.859,64	70.540,36	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111026 Leitung, Controlling, Dienste FB 5

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	328,50	100,00	125,00	25,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	3.834,69	100,00	242,00	142,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	2.000,00	2.000,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	4.163,19	200,00	2.367,00	2.167,00	
50	11	Personalaufwendungen	-560.925,79	-503.100,00	-528.333,04	-25.233,04	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-11.194,91	-14.410,00	-11.674,12	2.735,88	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-701,40	-800,00	-1.899,52	-1.099,52	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-7.851,09	-9.390,00	-35.084,70	-25.694,70	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-580.673,19	-527.700,00	-576.991,38	-49.291,38	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-576.510,00	-527.500,00	-574.624,38	-47.124,38	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-576.510,00	-527.500,00	-574.624,38	-47.124,38	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-576.510,00	-527.500,00	-574.624,38	-47.124,38	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-73.361,33	-85.400,00	-85.240,77	159,23	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-649.871,33	-612.900,00	-659.865,15	-46.965,15	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	673.900,00	619.400,00	619.400,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-67.500,00	-73.600,00	-73.600,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-43.471,33	-67.100,00	-114.065,15	-46.965,15	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111027 Personalrat FB 5

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	151,36	200,00	0,00	-200,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	151,36	200,00	0,00	-200,00	
50	11	Personalaufwendungen	-160.949,51	-144.000,00	-167.307,46	-23.307,46	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-1.768,02	-3.400,00	-2.056,31	1.343,69	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-709,00	-400,00	-678,00	-278,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-3.002,27	-3.600,00	-3.091,71	508,29	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-166.428,80	-151.400,00	-173.133,48	-21.733,48	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-166.277,44	-151.200,00	-173.133,48	-21.933,48	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-166.277,44	-151.200,00	-173.133,48	-21.933,48	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-166.277,44	-151.200,00	-173.133,48	-21.933,48	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-9.371,46	-10.200,00	-10.149,80	50,20	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-175.648,90	-161.400,00	-183.283,28	-21.883,28	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-29.500,00	-30.800,00	-30.800,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-205.148,90	-192.200,00	-214.083,28	-21.883,28	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111028 Gebäudereinigung Hansestadt Lübeck

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111029 Gebäudemanagement

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	2.623.970,21	2.353.100,00	1.644.818,27	-708.281,73	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	1.927,25	0,00	1.140,97	1.140,97	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	640.839,56	631.200,00	677.409,00	46.209,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	1.160.615,22	234.200,00	366.359,36	132.159,36	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	37.712,02	100,00	19.284,39	19.184,39	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	197.754,58	888.100,00	241.930,16	-646.169,84	
472	9	Bestandsveränderungen	3.569,81	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	4.666.388,65	4.106.700,00	2.950.942,15	-1.155.757,85	
50	11	Personalaufwendungen	-10.004.204,34	-11.311.100,00	-10.344.434,34	966.665,66	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-26.591.170,88	-33.775.177,44	-27.516.391,51	6.258.785,93	5.769.110,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-7.681.802,81	-9.162.400,00	-7.119.934,47	2.042.465,53	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-369.587,89	-260.431,76	-939.031,21	-678.599,45	68.430,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-44.646.765,92	-54.509.109,20	-45.919.791,53	8.589.317,67	5.837.540,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-39.980.377,27	-50.402.409,20	-42.968.849,38	7.433.559,82	5.837.540,00
46	20	Finanzerträge	405,60	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	-3.450,23	-30.000,00	0,00	30.000,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	-3.044,63	-30.000,00	0,00	30.000,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-39.983.421,90	-50.432.409,20	-42.968.849,38	7.463.559,82	5.837.540,00
49	24	außerordentliche Erträge	2.826,93	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	2.826,93	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-39.980.594,97	-50.432.409,20	-42.968.849,38	7.463.559,82	5.837.540,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	42.794.300,00	42.853.100,00	43.220.350,00	367.250,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-719.108,49	-894.500,00	-904.011,33	-9.511,33	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	2.094.596,54	-8.473.809,20	-652.510,71	7.821.298,49	5.837.540,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	646.200,00	734.000,00	734.000,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-3.148.400,00	-3.348.500,00	-3.348.500,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-407.603,46	-11.088.309,20	-3.267.010,71	7.821.298,49	5.837.540,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111030 Passivbesteuerung

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	53.600,00	42.800,00	46.778,32	3.978,32	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	53.600,00	42.900,00	46.778,32	3.878,32	
50	11	Personalaufwendungen	-285.597,65	-337.400,00	-364.339,66	-26.939,66	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-5.121,55	-20.400,00	-7.605,25	12.794,75	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	-70,69	-70,69	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-13.290,12	-45.500,00	-8.089,91	37.410,09	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-304.009,32	-403.300,00	-380.105,51	23.194,49	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-250.409,32	-360.400,00	-333.327,19	27.072,81	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-250.409,32	-360.400,00	-333.327,19	27.072,81	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-250.409,32	-360.400,00	-333.327,19	27.072,81	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-19.149,07	-21.000,00	-21.009,60	-9,60	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-269.558,39	-381.400,00	-354.336,79	27.063,21	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	460.500,00	450.700,00	450.700,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-82.300,00	-82.800,00	-82.800,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	108.641,61	-13.500,00	13.563,21	27.063,21	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111034 Gesamtpersonalrat

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	100,00	0,00	-100,00	
50	11	Personalaufwendungen	-90.170,81	-83.400,00	-91.860,06	-8.460,06	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-918,53	-2.600,00	-842,23	1.757,77	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-1.800,00	-1.800,00	-1.800,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-861,21	-3.100,00	-801,55	2.298,45	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-93.750,55	-91.000,00	-95.303,84	-4.303,84	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-93.750,55	-90.900,00	-95.303,84	-4.403,84	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-93.750,55	-90.900,00	-95.303,84	-4.403,84	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-93.750,55	-90.900,00	-95.303,84	-4.403,84	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-10.632,13	-11.700,00	-11.610,36	89,64	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-104.382,68	-102.600,00	-106.914,20	-4.314,20	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-66.200,00	-68.200,00	-68.200,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-170.582,68	-170.800,00	-175.114,20	-4.314,20	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111035 Personalrat FB 1

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	100,00	0,00	-100,00	
50	11	Personalaufwendungen	-103.433,30	-92.400,00	-105.179,92	-12.779,92	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-458,41	-1.600,00	-151,21	1.448,79	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-130,96	-200,00	-57,00	143,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.529,90	-4.800,00	-2.766,44	2.033,56	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-106.552,57	-99.000,00	-108.154,57	-9.154,57	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-106.552,57	-98.900,00	-108.154,57	-9.254,57	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-106.552,57	-98.900,00	-108.154,57	-9.254,57	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-106.552,57	-98.900,00	-108.154,57	-9.254,57	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-5.600,00	-6.800,00	-6.600,00	200,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-112.152,57	-105.700,00	-114.754,57	-9.054,57	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-4.500,00	-13.100,00	-13.100,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-116.652,57	-118.800,00	-127.854,57	-9.054,57	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111098 Entgelte und Bezüge

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	2.266.923,24	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	2.266.923,24	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	-3.855.132,79	0,00	-852.339,74	-852.339,74	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	279,54	0,00	-2.409,74	-2.409,74	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	207,94	0,00	2.300,24	2.300,24	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-3.854.645,31	0,00	-852.449,24	-852.449,24	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.587.722,07	0,00	-852.449,24	-852.449,24	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.587.722,07	0,00	-852.449,24	-852.449,24	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.587.722,07	0,00	-852.449,24	-852.449,24	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-1.587.722,07	0,00	-852.449,24	-852.449,24	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-1.587.722,07	0,00	-852.449,24	-852.449,24	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
111099 Versorgung

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	646.294,18	276.300,00	296.666,27	20.366,27	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	200,00	0,00	-200,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	646.294,18	276.500,00	296.666,27	20.166,27	
50	11	Personalaufwendungen	-36.872,28	-307.100,00	-244.705,62	62.394,38	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-697.785,09	-769.187,25	-769.160,25	27,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-734.657,37	-1.076.287,25	-1.013.865,87	62.421,38	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-88.363,19	-799.787,25	-717.199,60	82.587,65	0,00
46	20	Finanzerträge	49.049,87	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	49.049,87	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-39.313,32	-799.787,25	-717.199,60	82.587,65	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-39.313,32	-799.787,25	-717.199,60	82.587,65	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-39.313,32	-799.787,25	-717.199,60	82.587,65	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-39.313,32	-799.787,25	-717.199,60	82.587,65	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

121001 Statistik und Wahlen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	2.776,00	2.776,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	722,95	600,00	645,00	45,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	189.188,96	140.000,00	267.944,32	127.944,32	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	100,00	0,00	-100,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	189.911,91	140.700,00	271.365,32	130.665,32	
50	11	Personalaufwendungen	-417.397,89	-405.300,00	-403.587,89	1.712,11	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-12.691,35	-16.500,00	-12.694,89	3.805,11	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-469,00	-500,00	-2.479,00	-1.979,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-164.673,30	-152.700,00	-73.591,77	79.108,23	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-595.231,54	-575.000,00	-492.353,55	82.646,45	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-405.319,63	-434.300,00	-220.988,23	213.311,77	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-405.319,63	-434.300,00	-220.988,23	213.311,77	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-405.319,63	-434.300,00	-220.988,23	213.311,77	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-41.797,15	-72.300,00	-42.681,51	29.618,49	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-447.116,78	-506.600,00	-263.669,74	242.930,26	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-93.200,00	-98.200,00	-98.200,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-540.316,78	-604.800,00	-361.869,74	242.930,26	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

122001 Sondernutzung Marktbereiche

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

122002 Hafen- und Seemannsamt

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	100,00	0,00	-100,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	241.883,50	250.400,00	241.203,45	-9.196,55	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	2.590,00	2.500,00	1.785,00	-715,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	182.114,57	200.000,00	186.498,13	-13.501,87	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	3.794,58	1.500,00	2.615,60	1.115,60	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	430.382,65	454.500,00	432.102,18	-22.397,82	
50	11	Personalaufwendungen	-653.949,93	-555.000,00	-553.475,07	1.524,93	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-9.503,65	-24.970,00	-9.174,50	15.795,50	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-1.870,64	-1.900,00	-1.611,15	288,85	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-37.243,06	-47.700,00	-52.107,66	-4.407,66	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-53.245,13	-57.930,00	-46.969,24	10.960,76	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-755.812,41	-687.500,00	-663.337,62	24.162,38	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-325.429,76	-233.000,00	-231.235,44	1.764,56	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-325.429,76	-233.000,00	-231.235,44	1.764,56	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-325.429,76	-233.000,00	-231.235,44	1.764,56	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-34.551,39	-27.200,00	-26.183,94	1.016,06	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-359.981,15	-260.200,00	-257.419,38	2.780,62	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-58.900,00	-26.100,00	-26.100,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-418.881,15	-286.300,00	-283.519,38	2.780,62	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

122003 Melde-u.Gewerbeangelegenheiten

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	1.661.835,56	1.900.800,00	1.772.424,95	-128.375,05	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	27.027,90	27.500,00	18.838,55	-8.661,45	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	35.106,66	8.500,00	9.827,51	1.327,51	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	35.092,50	40.000,00	28.628,89	-11.371,11	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	1.759.062,62	1.976.800,00	1.829.719,90	-147.080,10	
50	11	Personalaufwendungen	-3.075.871,75	-3.179.600,00	-3.165.952,85	13.647,15	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-182.518,46	-209.300,00	-157.494,81	51.805,19	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-43.217,94	-42.700,00	-24.478,78	18.221,22	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-61.167,61	-64.300,00	-64.207,71	92,29	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-816.176,35	-1.068.600,00	-891.326,94	177.273,06	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-4.178.952,11	-4.564.500,00	-4.303.461,09	261.038,91	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-2.419.889,49	-2.587.700,00	-2.473.741,19	113.958,81	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-2.419.889,49	-2.587.700,00	-2.473.741,19	113.958,81	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	81,70	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	81,70	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-2.419.807,79	-2.587.700,00	-2.473.741,19	113.958,81	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-308.229,43	-342.000,00	-338.992,18	3.007,82	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-2.728.037,22	-2.929.700,00	-2.812.733,37	116.966,63	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	360.400,00	360.400,00	360.400,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-734.600,00	-801.000,00	-801.000,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-3.102.237,22	-3.370.300,00	-3.253.333,37	116.966,63	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

122004 Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	90.300,00	57.292,04	-33.007,96	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	43.434,09	90.000,00	76.097,37	-13.902,63	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	200,00	2.140,00	1.940,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	9,20	120.700,00	138.783,32	18.083,32	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	590,00	1.500,00	7.215,41	5.715,41	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	44.033,29	302.700,00	281.528,14	-21.171,86	
50	11	Personalaufwendungen	-644.533,46	-2.198.900,00	-2.049.109,49	149.790,51	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-17.745,99	-307.240,16	-280.927,34	26.312,82	10.061,64
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-1.253,63	-12.500,00	-8.874,98	3.625,02	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-155.991,52	-171.901,52	-165.392,38	6.509,14	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-819.524,60	-2.690.541,68	-2.504.304,19	186.237,49	10.061,64
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-775.491,31	-2.387.841,68	-2.222.776,05	165.065,63	10.061,64
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-775.491,31	-2.387.841,68	-2.222.776,05	165.065,63	10.061,64
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-775.491,31	-2.387.841,68	-2.222.776,05	165.065,63	10.061,64
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-34.388,64	-134.300,00	-133.140,58	1.159,42	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-809.879,95	-2.522.141,68	-2.355.916,63	166.225,05	10.061,64
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-122.800,00	-341.200,00	-341.200,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-932.679,95	-2.863.341,68	-2.697.116,63	166.225,05	10.061,64

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

122005 Verkehrsangelegenheiten

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	6.522,00	12.100,00	11.159,00	-941,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	2.819.058,32	2.441.600,00	2.841.709,07	400.109,07	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	54.813,56	2.700,00	53.809,48	51.109,48	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	23.065,46	25.100,00	26.129,80	1.029,80	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	4.618.365,44	4.428.100,00	4.399.296,21	-28.803,79	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	7.521.824,78	6.909.600,00	7.332.103,56	422.503,56	
50	11	Personalaufwendungen	-4.411.303,02	-4.714.200,00	-4.451.981,45	262.218,55	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-245.246,19	-263.700,00	-222.042,88	41.657,12	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-118.145,91	-143.400,00	-111.060,25	32.339,75	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-3.385,20	-4.508,40	-4.508,40	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-155.224,71	-184.491,60	-151.635,39	32.856,21	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-4.933.305,03	-5.310.300,00	-4.941.228,37	369.071,63	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	2.588.519,75	1.599.300,00	2.390.875,19	791.575,19	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	2.588.519,75	1.599.300,00	2.390.875,19	791.575,19	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	74,32	0,00	35,70	35,70	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	74,32	0,00	35,70	35,70	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	2.588.594,07	1.599.300,00	2.390.910,89	791.610,89	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-297.831,48	-334.600,00	-333.629,48	970,52	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	2.290.762,59	1.264.700,00	2.057.281,41	792.581,41	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-2.513.400,00	-2.580.800,00	-2.580.800,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-222.637,41	-1.316.100,00	-523.518,59	792.581,41	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
122006 Standesamt

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	345.528,19	322.500,00	359.398,80	36.898,80	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	15.771,00	16.000,00	23.566,80	7.566,80	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	4.847,12	0,00	3.335,86	3.335,86	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	366.146,31	338.500,00	386.301,46	47.801,46	
50	11	Personalaufwendungen	-689.456,69	-781.900,00	-719.572,94	62.327,06	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-97.877,68	-123.848,51	-110.064,98	13.783,53	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-4.081,41	-5.000,00	-4.223,06	776,94	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-12.118,27	-16.451,49	-11.458,57	4.992,92	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-803.534,05	-927.200,00	-845.319,55	81.880,45	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-437.387,74	-588.700,00	-459.018,09	129.681,91	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-437.387,74	-588.700,00	-459.018,09	129.681,91	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,50	0,50	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,50	0,50	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-437.387,74	-588.700,00	-459.017,59	129.682,41	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-151.111,71	-135.000,00	-133.336,29	1.663,71	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-588.499,45	-723.700,00	-592.353,88	131.346,12	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-414.000,00	-162.400,00	-162.400,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-1.002.499,45	-886.100,00	-754.753,88	131.346,12	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
122007 Straßenverkehrsbehörde

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	849.402,68	900.000,00	819.892,00	-80.108,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	849.402,68	900.000,00	819.892,00	-80.108,00	
50	11	Personalaufwendungen	-622.138,57	-613.900,00	-705.738,16	-91.838,16	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-8.300,15	-14.547,41	-9.754,43	4.792,98	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-88,00	-100,00	-88,00	12,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-14.276,54	-21.052,59	-13.772,53	7.280,06	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-644.803,26	-649.600,00	-729.353,12	-79.753,12	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	204.599,42	250.400,00	90.538,88	-159.861,12	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	204.599,42	250.400,00	90.538,88	-159.861,12	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	204.599,42	250.400,00	90.538,88	-159.861,12	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-40.475,00	-116.700,00	-117.125,57	-425,57	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	164.124,42	133.700,00	-26.586,69	-160.286,69	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-105.200,00	-28.900,00	-28.900,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	58.924,42	104.800,00	-55.486,69	-160.286,69	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

126001 Gefahrenabwehr

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	528.806,17	684.600,00	588.488,72	-96.111,28	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	374.620,81	420.000,00	237.160,40	-182.839,60	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	25.118,10	12.200,00	56.862,81	44.662,81	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	192.525,39	189.600,00	269.084,62	79.484,62	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	46.142,99	13.500,00	19.749,80	6.249,80	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	2.259,84	0,00	4.099,32	4.099,32	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	1.169.473,30	1.319.900,00	1.175.445,67	-144.454,33	
50	11	Personalaufwendungen	-11.179.241,76	-12.295.300,00	-11.427.227,12	868.072,88	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-1.164.878,20	-1.216.250,00	-1.202.816,96	13.433,04	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-1.123.212,45	-1.419.900,00	-1.230.430,63	189.469,37	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-282.681,43	-329.050,00	-281.531,58	47.518,42	115.000,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-13.750.013,84	-15.260.500,00	-14.142.006,29	1.118.493,71	115.000,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-12.580.540,54	-13.940.600,00	-12.966.560,62	974.039,38	115.000,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-12.580.540,54	-13.940.600,00	-12.966.560,62	974.039,38	115.000,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-12.580.540,54	-13.940.600,00	-12.966.560,62	974.039,38	115.000,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-998.829,03	-1.034.000,00	-1.033.838,33	161,67	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-13.579.369,57	-14.974.600,00	-14.000.398,95	974.201,05	115.000,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	579.000,00	579.000,00	579.000,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-681.100,00	-848.500,00	-848.500,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-13.681.469,57	-15.244.100,00	-14.269.898,95	974.201,05	115.000,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
127001 Rettungsdienst

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	11.926.360,34	13.082.800,00	12.528.799,09	-554.000,91	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	51.885,96	10.000,00	32.209,48	22.209,48	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	100,00	8.800,00	8.700,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	6.656,00	10.000,00	37.069,04	27.069,04	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	11.984.902,30	13.102.900,00	12.606.877,61	-496.022,39	
50	11	Personalaufwendungen	-4.773.184,58	-4.188.400,00	-5.091.795,86	-903.395,86	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-1.668.985,51	-1.450.700,00	-1.473.446,49	-22.746,49	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-760.813,74	-889.700,00	-786.223,18	103.476,82	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-5.602.980,32	-5.640.765,00	-5.771.962,02	-131.197,02	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-12.805.964,15	-12.169.565,00	-13.123.427,55	-953.862,55	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-821.061,85	933.335,00	-516.549,94	-1.449.884,94	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-821.061,85	933.335,00	-516.549,94	-1.449.884,94	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-821.061,85	933.335,00	-516.549,94	-1.449.884,94	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-2.742,91	-4.900,00	-4.719,72	180,28	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-823.804,76	928.435,00	-521.269,66	-1.449.704,66	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-1.077.500,00	-1.194.500,00	-1.194.500,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-1.901.304,76	-266.065,00	-1.715.769,66	-1.449.704,66	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

128001 Katastrophenschutz

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	99.474,00	56.800,00	101.275,00	44.475,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	3.765,49	3.765,49	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	1.746,32	5.300,00	652,00	-4.648,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	2.800,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	104.020,32	62.100,00	105.692,49	43.592,49	
50	11	Personalaufwendungen	-268.838,06	-280.500,00	-219.733,69	60.766,31	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-149.487,13	-103.637,00	-74.276,77	29.360,23	25.900,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-104.657,83	-101.100,00	-116.727,85	-15.627,85	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-53.025,96	-55.000,00	-53.443,40	1.556,60	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	518,52	-15.800,00	-14.397,40	1.402,60	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-575.490,46	-556.037,00	-478.579,11	77.457,89	25.900,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-471.470,14	-493.937,00	-372.886,62	121.050,38	25.900,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-471.470,14	-493.937,00	-372.886,62	121.050,38	25.900,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-471.470,14	-493.937,00	-372.886,62	121.050,38	25.900,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-896,04	-900,00	-850,33	49,67	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-472.366,18	-494.837,00	-373.736,95	121.100,05	25.900,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-28.100,00	-32.900,00	-32.900,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-500.466,18	-527.737,00	-406.636,95	121.100,05	25.900,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
211001 Grundschulen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	46.627,42	24.200,00	47.227,83	23.027,83	
42	3	sonstige Transfererträge	244,04	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	20,40	0,00	55,70	55,70	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	29.420,51	8.300,00	9.698,08	1.398,08	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	104.674,33	66.800,00	50.588,35	-16.211,65	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	69,00	69,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	1.509,98	0,00	5.694,92	5.694,92	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	182.496,68	99.300,00	113.333,88	14.033,88	
50	11	Personalaufwendungen	-1.564.930,74	-1.315.400,00	-1.737.739,46	-422.339,46	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-524.358,64	-762.137,48	-637.687,96	124.449,52	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-267.832,12	-196.200,00	-291.047,81	-94.847,81	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-372.261,03	-696.861,65	-461.987,77	234.873,88	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-2.729.382,53	-2.970.699,13	-3.128.463,00	-157.763,87	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-2.546.885,85	-2.871.399,13	-3.015.129,12	-143.729,99	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-2.546.885,85	-2.871.399,13	-3.015.129,12	-143.729,99	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-2.546.885,85	-2.871.399,13	-3.015.129,12	-143.729,99	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-3.511.128,08	-3.602.000,00	-3.601.975,79	24,21	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-6.058.013,93	-6.473.399,13	-6.617.104,91	-143.705,78	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-251.400,00	-242.600,00	-242.600,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-6.309.413,93	-6.715.999,13	-6.859.704,91	-143.705,78	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
216101 Grund- und Regionalschulen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	31.287,16	14.800,00	26.114,88	11.314,88	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	2.818,63	0,00	1.096,00	1.096,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	12.376,63	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	11.319,74	0,00	167.311,40	167.311,40	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	57.802,16	14.800,00	194.522,28	179.722,28	
50	11	Personalaufwendungen	-596.437,38	-84.300,00	-464.419,96	-380.119,96	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-142.404,43	-47.710,46	-33.397,55	14.312,91	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-148.618,13	-490.200,00	-124.703,45	365.496,55	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-171.816,83	-5.838,20	-4.137,20	1.701,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.059.276,77	-628.048,66	-626.658,16	1.390,50	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.001.474,61	-613.248,66	-432.135,88	181.112,78	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.001.474,61	-613.248,66	-432.135,88	181.112,78	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.001.474,61	-613.248,66	-432.135,88	181.112,78	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-1.092.941,82	-416.900,00	-416.900,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-2.094.416,43	-1.030.148,66	-849.035,88	181.112,78	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-92.400,00	-40.200,00	-40.200,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-2.186.816,43	-1.070.348,66	-889.235,88	181.112,78	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
217001 Gymnasien

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	232.353,82	33.300,00	82.067,25	48.767,25	
42	3	sonstige Transfererträge	166,60	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	477,90	0,00	263,40	263,40	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	11.499,70	3.000,00	9.046,66	6.046,66	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	969.168,75	889.900,00	895.748,68	5.848,68	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	509,15	0,00	131,25	131,25	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	14.547,88	0,00	1.320,18	1.320,18	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	1.228.723,80	926.200,00	988.577,42	62.377,42	
50	11	Personalaufwendungen	-1.025.756,31	-827.300,00	-1.086.725,81	-259.425,81	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-680.806,51	-907.728,36	-792.498,38	115.229,98	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-458.877,42	-526.100,00	-460.299,91	65.800,09	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-290.257,69	-727.616,60	-404.250,79	323.365,81	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-2.455.697,93	-2.988.744,96	-2.743.774,89	244.970,07	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.226.974,13	-2.062.544,96	-1.755.197,47	307.347,49	0,00
46	20	Finanzerträge	113,69	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	113,69	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.226.860,44	-2.062.544,96	-1.755.197,47	307.347,49	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.226.860,44	-2.062.544,96	-1.755.197,47	307.347,49	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-3.037.468,90	-3.022.400,00	-3.022.375,79	24,21	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-4.264.329,34	-5.084.944,96	-4.777.573,26	307.371,70	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-210.900,00	-218.300,00	-218.300,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-4.475.229,34	-5.303.244,96	-4.995.873,26	307.371,70	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
218101 Gesamtschulen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	64,00	7.800,00	63,00	-7.737,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	17,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	231,12	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	312,12	7.800,00	63,00	-7.737,00	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-27.654,00	-66.900,00	-17.363,00	49.537,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-27.654,00	-66.900,00	-17.363,00	49.537,00	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-27.341,88	-59.100,00	-17.300,00	41.800,00	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-27.341,88	-59.100,00	-17.300,00	41.800,00	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-27.341,88	-59.100,00	-17.300,00	41.800,00	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-27.341,88	-59.100,00	-17.300,00	41.800,00	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-27.341,88	-59.100,00	-17.300,00	41.800,00	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
218201 Gemeinschaftsschulen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	89.985,48	24.200,00	121.820,48	97.620,48	
42	3	sonstige Transfererträge	65,00	0,00	196,35	196,35	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	142,95	0,00	113,70	113,70	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	6.455,83	0,00	10.320,67	10.320,67	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	436.920,61	422.300,00	490.070,99	67.770,99	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	160,10	160,10	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	32.888,65	0,00	13.078,60	13.078,60	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	566.458,52	446.500,00	635.760,89	189.260,89	
50	11	Personalaufwendungen	-1.797.873,30	-1.483.800,00	-1.903.068,26	-419.268,26	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-774.479,25	-1.621.714,88	-1.297.793,36	323.921,52	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-593.973,25	-857.900,00	-669.876,76	188.023,24	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-690.018,54	-1.282.243,04	-762.507,06	519.735,98	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-3.856.344,34	-5.245.657,92	-4.633.245,44	612.412,48	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-3.289.885,82	-4.799.157,92	-3.997.484,55	801.673,37	0,00
46	20	Finanzerträge	32,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	32,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-3.289.853,82	-4.799.157,92	-3.997.484,55	801.673,37	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-3.289.853,82	-4.799.157,92	-3.997.484,55	801.673,37	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-5.133.697,01	-6.472.100,00	-6.492.065,42	-19.965,42	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-8.423.550,83	-11.271.257,92	-10.489.549,97	781.707,95	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-348.600,00	-436.600,00	-436.600,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-8.772.150,83	-11.707.857,92	-10.926.149,97	781.707,95	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
221001 Förderzentren

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	20.380,22	6.200,00	18.279,00	12.079,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	661,90	0,00	434,75	434,75	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	251.474,40	237.400,00	200.928,47	-36.471,53	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	652,73	652,73	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	1.814,72	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	274.331,24	243.600,00	220.294,95	-23.305,05	
50	11	Personalaufwendungen	-904.523,59	-1.038.700,00	-1.216.911,23	-178.211,23	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-97.443,31	-262.957,62	-237.847,93	25.109,69	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-68.821,59	-116.700,00	-74.173,01	42.526,99	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-719.325,13	-882.572,00	-766.018,72	116.553,28	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.790.113,62	-2.301.029,62	-2.294.950,89	6.078,73	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.515.782,38	-2.057.429,62	-2.074.655,94	-17.226,32	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.515.782,38	-2.057.429,62	-2.074.655,94	-17.226,32	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.515.782,38	-2.057.429,62	-2.074.655,94	-17.226,32	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-1.001.088,20	-1.004.300,00	-1.004.299,83	0,17	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-2.516.870,58	-3.061.729,62	-3.078.955,77	-17.226,15	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-133.900,00	-127.000,00	-127.000,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-2.650.770,58	-3.188.729,62	-3.205.955,77	-17.226,15	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
233001 Berufsschulen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	87.159,00	92.700,00	79.003,70	-13.696,30	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	1.037,20	200,00	592,00	392,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	56.496,34	54.000,00	49.207,86	-4.792,14	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	2.368.909,67	2.340.000,00	2.059.812,37	-280.187,63	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	2.300,00	2.300,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	85.964,57	0,00	5.099,47	5.099,47	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	2.599.566,78	2.486.900,00	2.196.015,40	-290.884,60	
50	11	Personalaufwendungen	-1.092.097,57	-982.700,00	-1.110.622,38	-127.922,38	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-1.728.606,90	-1.515.055,68	-1.509.898,97	5.156,71	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-1.041.102,55	-1.408.800,00	-954.673,11	454.126,89	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-713,31	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.434.354,45	-1.475.837,00	-1.239.103,79	236.733,21	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-5.296.874,78	-5.382.392,68	-4.814.298,25	568.094,43	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-2.697.308,00	-2.895.492,68	-2.618.282,85	277.209,83	0,00
46	20	Finanzerträge	41,10	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	41,10	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-2.697.266,90	-2.895.492,68	-2.618.282,85	277.209,83	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-2.697.266,90	-2.895.492,68	-2.618.282,85	277.209,83	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-5.007.770,63	-4.367.500,00	-4.387.470,61	-19.970,61	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-7.705.037,53	-7.262.992,68	-7.005.753,46	257.239,22	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-402.600,00	-383.300,00	-383.300,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-8.107.637,53	-7.646.292,68	-7.389.053,46	257.239,22	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

241001 Schülerbeförderung

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	6.316,34	6.316,34	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	1.180,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	646.279,19	314.600,00	580.684,12	266.084,12	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	647.459,19	314.600,00	587.000,46	272.400,46	
50	11	Personalaufwendungen	-66.759,03	-194.100,00	-207.669,66	-13.569,66	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-781.328,52	-794.284,42	-784.026,62	10.257,80	10.280,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-26.774,00	-30.800,00	-28.123,90	2.676,10	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-98.168,06	-267.205,18	-101.040,51	166.164,67	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-973.029,61	-1.286.389,60	-1.120.860,69	165.528,91	10.280,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-325.570,42	-971.789,60	-533.860,23	437.929,37	10.280,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-325.570,42	-971.789,60	-533.860,23	437.929,37	10.280,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-325.570,42	-971.789,60	-533.860,23	437.929,37	10.280,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	-100,00	-99,83	0,17	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-325.570,42	-971.889,60	-533.960,06	437.929,54	10.280,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-44.800,00	-46.100,00	-46.100,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-370.370,42	-1.017.989,60	-580.060,06	437.929,54	10.280,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

242001 Schneiderei BALI/JAW

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

243001 Allgemeine Schulträgeraufgaben

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	1.836.641,82	1.900.200,00	1.834.572,34	-65.627,66	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	71,49	71,49	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	62,70	0,00	5,10	5,10	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	178.356,88	116.600,00	160.892,57	44.292,57	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	37.655,94	37.655,94	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	2.015.061,40	2.016.800,00	2.033.197,44	16.397,44	
50	11	Personalaufwendungen	-707.036,36	-3.904.700,00	-840.779,35	3.063.920,65	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-491.116,26	-513.084,38	-511.725,55	1.358,83	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-15.393,74	-12.400,00	-20.501,89	-8.101,89	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-870.534,49	-1.094.323,48	-993.206,51	101.116,97	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.604.601,76	-1.892.317,59	-1.867.029,03	25.288,56	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-3.688.682,61	-7.416.825,45	-4.233.242,33	3.183.583,12	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.673.621,21	-5.400.025,45	-2.200.044,89	3.199.980,56	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.673.621,21	-5.400.025,45	-2.200.044,89	3.199.980,56	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.673.621,21	-5.400.025,45	-2.200.044,89	3.199.980,56	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-121.619,06	-130.700,00	-130.672,34	27,66	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-1.795.240,27	-5.530.725,45	-2.330.717,23	3.200.008,22	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-280.900,00	-288.700,00	-288.700,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-2.076.140,27	-5.819.425,45	-2.619.417,23	3.200.008,22	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

243002 Angebote der Ganztagsbetreuung

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	195.250,19	230.400,00	273.608,58	43.208,58	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	4.092,71	3.800,00	4.812,84	1.012,84	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	199.342,90	234.200,00	278.421,42	44.221,42	
50	11	Personalaufwendungen	-364.537,14	0,00	-406.407,76	-406.407,76	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-0,01	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-766.710,18	-1.527.796,44	-1.498.325,69	29.470,75	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,69	0,69	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.131.247,33	-1.527.796,44	-1.904.732,76	-376.936,32	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-931.904,43	-1.293.596,44	-1.626.311,34	-332.714,90	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-931.904,43	-1.293.596,44	-1.626.311,34	-332.714,90	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-931.904,43	-1.293.596,44	-1.626.311,34	-332.714,90	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	-100,00	-99,83	0,17	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-931.904,43	-1.293.696,44	-1.626.411,17	-332.714,73	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-47.600,00	-47.700,00	-47.700,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-979.504,43	-1.341.396,44	-1.674.111,17	-332.714,73	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

243003 Bildungsfond

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

251001 Die Lübecker Museen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	680.701,95	40.100,00	795.663,28	755.563,28	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	731.666,05	633.700,00	711.581,09	77.881,09	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	39.000,00	38.580,00	-420,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	12.000,00	12.000,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	1.097,94	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	1.413.465,94	712.800,00	1.557.824,37	845.024,37	
50	11	Personalaufwendungen	-1.563.327,79	-1.614.200,00	-1.526.983,43	87.216,57	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	-3.951,35	-4.500,00	-2.767,14	1.732,86	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-1.038.950,88	-1.006.350,00	-1.198.672,95	-192.322,95	614.000,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-128.493,71	-95.400,00	-126.077,99	-30.677,99	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-514.679,30	-716.400,00	-581.273,87	135.126,13	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-623.736,14	-633.450,00	-618.249,71	15.200,29	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-3.873.139,17	-4.070.300,00	-4.054.025,09	16.274,91	614.000,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-2.459.673,23	-3.357.500,00	-2.496.200,72	861.299,28	614.000,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-2.459.673,23	-3.357.500,00	-2.496.200,72	861.299,28	614.000,00
49	24	außerordentliche Erträge	164,63	0,00	52,80	52,80	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	164,63	0,00	52,80	52,80	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-2.459.508,60	-3.357.500,00	-2.496.147,92	861.352,08	614.000,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-1.305.081,51	-1.343.200,00	-1.339.270,90	3.929,10	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-3.764.590,11	-4.700.700,00	-3.835.418,82	865.281,18	614.000,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-316.800,00	-345.200,00	-345.200,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-4.081.390,11	-5.045.900,00	-4.180.618,82	865.281,18	614.000,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

261001 Theater Lübeck gGmbH

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	9.780.000,00	9.927.000,00	9.928.500,00	1.500,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	339.353,08	339.300,00	367.632,51	28.332,51	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	10.119.353,08	10.266.300,00	10.296.132,51	29.832,51	
50	11	Personalaufwendungen	-7.355,53	-9.000,00	-8.761,16	238,84	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-16.780.000,00	-17.327.000,00	-17.328.500,00	-1.500,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-16.787.355,53	-17.336.100,00	-17.337.261,16	-1.161,16	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-6.668.002,45	-7.069.800,00	-7.041.128,65	28.671,35	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-6.668.002,45	-7.069.800,00	-7.041.128,65	28.671,35	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-6.668.002,45	-7.069.800,00	-7.041.128,65	28.671,35	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-1.087.400,00	-1.079.500,00	-1.079.500,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-7.755.402,45	-8.149.300,00	-8.120.628,65	28.671,35	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-7.755.402,45	-8.149.300,00	-8.120.628,65	28.671,35	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

271001 VHS Lübeck

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	195.496,04	117.200,00	89.065,40	-28.134,60	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	1.139.880,85	1.100.000,00	1.133.286,10	33.286,10	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	4.508,01	3.400,00	9.497,57	6.097,57	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	49.062,25	100,00	41.411,05	41.311,05	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	82,46	100,00	105,13	5,13	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	1.129,92	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	204,69	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	1.390.364,22	1.220.800,00	1.273.365,25	52.565,25	
50	11	Personalaufwendungen	-1.188.595,97	-1.251.800,00	-1.318.165,39	-66.365,39	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	-297,02	-2.000,00	-185,33	1.814,67	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-163.048,08	-153.900,00	-143.436,84	10.463,16	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-23.626,50	-18.900,00	-26.638,61	-7.738,61	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-116.277,11	-74.400,00	-76.589,76	-2.189,76	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.491.844,68	-1.501.000,00	-1.565.015,93	-64.015,93	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-101.480,46	-280.200,00	-291.650,68	-11.450,68	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-101.480,46	-280.200,00	-291.650,68	-11.450,68	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-101.480,46	-280.200,00	-291.650,68	-11.450,68	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-244.275,70	-269.100,00	-269.622,38	-522,38	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-345.756,16	-549.300,00	-561.273,06	-11.973,06	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-109.400,00	-136.000,00	-136.000,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-455.156,16	-685.300,00	-697.273,06	-11.973,06	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
272001 Stadtbibliothek

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	134.657,23	4.300,00	89.877,70	85.577,70	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	342.056,69	332.100,00	344.259,79	12.159,79	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	4.134,65	6.600,00	5.702,64	-897,36	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	5,80	0,00	555,63	555,63	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	480.854,37	343.000,00	440.395,76	97.395,76	
50	11	Personalaufwendungen	-2.332.201,02	-2.522.900,00	-2.431.030,00	91.870,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-208.559,55	-194.084,07	-226.759,30	-32.675,23	12.668,74
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-69.802,23	-46.100,00	-58.849,43	-12.749,43	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-504.445,17	-515.900,00	-505.076,87	10.823,13	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-3.115.007,97	-3.278.984,07	-3.221.715,60	57.268,47	12.668,74
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-2.634.153,60	-2.935.984,07	-2.781.319,84	154.664,23	12.668,74
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-2.634.153,60	-2.935.984,07	-2.781.319,84	154.664,23	12.668,74
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-2.634.153,60	-2.935.984,07	-2.781.319,84	154.664,23	12.668,74
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-706.848,92	-745.600,00	-745.051,11	548,89	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-3.341.002,52	-3.681.584,07	-3.526.370,95	155.213,12	12.668,74
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-380.200,00	-399.900,00	-399.900,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-3.721.202,52	-4.081.484,07	-3.926.270,95	155.213,12	12.668,74

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

281001 Kulturangebote

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	15.459,47	200,00	2.605,00	2.405,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	30.540,00	4.000,00	27.994,43	23.994,43	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	2.600,00	0,00	-2.600,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	45.999,47	6.800,00	30.599,43	23.799,43	
50	11	Personalaufwendungen	-151.074,35	-178.300,00	-169.491,05	8.808,95	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-118.054,70	-89.934,47	-89.893,66	40,81	10.711,73
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-710,86	0,00	-3.696,98	-3.696,98	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-326.269,00	-331.278,89	-327.569,00	3.709,89	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-10.788,64	-9.300,00	-1.500,66	7.799,34	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-606.897,55	-608.813,36	-592.151,35	16.662,01	10.711,73
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-560.898,08	-602.013,36	-561.551,92	40.461,44	10.711,73
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-560.898,08	-602.013,36	-561.551,92	40.461,44	10.711,73
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-560.898,08	-602.013,36	-561.551,92	40.461,44	10.711,73
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-31.644,92	-24.000,00	-22.912,79	1.087,21	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-592.543,00	-626.013,36	-584.464,71	41.548,65	10.711,73
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-12.800,00	-11.000,00	-11.000,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-605.343,00	-637.013,36	-595.464,71	41.548,65	10.711,73

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
281002 Nordische Filmtage

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	313.550,00	177.900,00	322.750,00	144.850,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	148.480,49	101.100,00	183.819,87	82.719,87	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	462.030,49	279.000,00	506.569,87	227.569,87	
50	11	Personalaufwendungen	-147.354,14	-122.400,00	-122.069,78	330,22	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-458.852,90	-299.892,10	-523.133,97	-223.241,87	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	-200,00	0,00	200,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-106.392,98	-121.824,31	-124.594,95	-2.770,64	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-712.600,02	-544.316,41	-769.798,70	-225.482,29	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-250.569,53	-265.316,41	-263.228,83	2.087,58	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-250.569,53	-265.316,41	-263.228,83	2.087,58	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-250.569,53	-265.316,41	-263.228,83	2.087,58	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-14.006,10	-9.500,00	-7.959,20	1.540,80	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-264.575,63	-274.816,41	-271.188,03	3.628,38	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-10.700,00	-9.200,00	-9.200,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-275.275,63	-284.016,41	-280.388,03	3.628,38	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

311001 Grundversorgung u. Hilfen SGB XII

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	10.073,90	200,00	26.593,20	26.393,20	
42	3	sonstige Transfererträge	8.308.128,56	7.299.700,00	7.812.203,36	512.503,36	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	16.278,00	25.400,00	10.434,44	-14.965,56	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	94.940.775,33	104.718.600,00	103.376.523,82	-1.342.076,18	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	35.490,24	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	103.310.746,03	112.043.900,00	111.225.754,82	-818.145,18	
50	11	Personalaufwendungen	-4.970.640,77	-5.273.396,84	-5.330.815,92	-57.419,08	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-106.428,34	-119.554,67	-114.044,53	5.510,14	2.848,82
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-11.782,67	-15.500,00	-10.294,54	5.205,46	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-124.700.321,35	-131.994.670,61	-129.448.854,34	2.545.816,27	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-167.424,17	-153.636,90	-113.412,61	40.224,29	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-129.956.597,30	-137.556.759,02	-135.017.421,94	2.539.337,08	2.848,82
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-26.645.851,27	-25.512.859,02	-23.791.667,12	1.721.191,90	2.848,82
46	20	Finanzerträge	19.802,34	0,00	31.717,07	31.717,07	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	19.802,34	0,00	31.717,07	31.717,07	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-26.626.048,93	-25.512.859,02	-23.759.950,05	1.752.908,97	2.848,82
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-26.626.048,93	-25.512.859,02	-23.759.950,05	1.752.908,97	2.848,82
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-324.773,10	-380.400,00	-383.529,73	-3.129,73	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-26.950.822,03	-25.893.259,02	-24.143.479,78	1.749.779,24	2.848,82
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-4.060.100,00	-4.026.700,00	-4.026.700,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-31.010.922,03	-29.919.959,02	-28.170.179,78	1.749.779,24	2.848,82

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
312101 SGB II

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	19.087.911,90	19.900.600,00	21.585.274,51	1.684.674,51	
42	3	sonstige Transfererträge	547.160,62	500.000,00	531.006,65	31.006,65	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	19.635.072,52	20.400.600,00	22.116.281,16	1.715.681,16	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	-74,80	-74,80	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-204.242,29	-200.000,00	-153.153,78	46.846,22	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-70.726.312,92	-71.716.600,00	-71.990.588,05	-273.988,05	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-70.930.555,21	-71.916.600,00	-72.143.816,63	-227.216,63	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-51.295.482,69	-51.516.000,00	-50.027.535,47	1.488.464,53	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-51.295.482,69	-51.516.000,00	-50.027.535,47	1.488.464,53	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-51.295.482,69	-51.516.000,00	-50.027.535,47	1.488.464,53	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-51.295.482,69	-51.516.000,00	-50.027.535,47	1.488.464,53	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-51.295.482,69	-51.516.000,00	-50.027.535,47	1.488.464,53	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

312901 Verwaltung SGB II

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	6.411.134,70	6.385.000,00	6.478.287,19	93.287,19	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	6.411.134,70	6.385.000,00	6.478.287,19	93.287,19	
50	11	Personalaufwendungen	-5.693.679,46	-5.764.210,08	-5.712.190,65	52.019,43	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-3.978,78	-26.449,81	-2.081,50	24.368,31	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-911,74	-1.200,00	-910,00	290,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-3.461.848,18	-3.605.450,19	-3.615.166,26	-9.716,07	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-9.160.418,16	-9.397.310,08	-9.330.348,41	66.961,67	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-2.749.283,46	-3.012.310,08	-2.852.061,22	160.248,86	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-2.749.283,46	-3.012.310,08	-2.852.061,22	160.248,86	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-2.749.283,46	-3.012.310,08	-2.852.061,22	160.248,86	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-2.749.283,46	-3.012.310,08	-2.852.061,22	160.248,86	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-148.700,00	-150.400,00	-150.400,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-2.897.983,46	-3.162.710,08	-3.002.461,22	160.248,86	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

312902 Öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	58.540,06	531.000,00	500.539,10	-30.460,90	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	58.540,06	531.000,00	500.539,10	-30.460,90	
50	11	Personalaufwendungen	-12.568,17	-12.292,58	-12.292,58	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-534.073,94	-1.106.100,00	-1.049.344,12	56.755,88	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-546.642,11	-1.118.392,58	-1.061.636,70	56.755,88	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-488.102,05	-587.392,58	-561.097,60	26.294,98	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-488.102,05	-587.392,58	-561.097,60	26.294,98	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-488.102,05	-587.392,58	-561.097,60	26.294,98	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-488.102,05	-587.392,58	-561.097,60	26.294,98	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-25.000,00	-19.100,00	-19.100,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-513.102,05	-606.492,58	-580.197,60	26.294,98	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

313001 Hilfen für Asylbewerber

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	55.942,99	700,00	71.344,23	70.644,23	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	2.668.403,71	3.605.200,00	5.336.794,46	1.731.594,46	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	2.724.346,70	3.605.900,00	5.408.138,69	1.802.238,69	
50	11	Personalaufwendungen	-106.135,68	-151.100,00	-132.090,26	19.009,74	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-4.050.623,74	-5.215.638,87	-6.864.918,83	-1.649.279,96	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-30.252,23	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-4.187.011,65	-5.366.838,87	-6.997.009,09	-1.630.170,22	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.462.664,95	-1.760.938,87	-1.588.870,40	172.068,47	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.462.664,95	-1.760.938,87	-1.588.870,40	172.068,47	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.462.664,95	-1.760.938,87	-1.588.870,40	172.068,47	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-5.100,00	-10.000,00	-10.000,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-1.467.764,95	-1.770.938,87	-1.598.870,40	172.068,47	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-70.800,00	-112.900,00	-112.900,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-1.538.564,95	-1.883.838,87	-1.711.770,40	172.068,47	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

315001 Soziale Einrichtungen und Angebote

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	37.820,73	1.700,00	39.153,11	37.453,11	
42	3	sonstige Transfererträge	1.100,00	100,00	111,81	11,81	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	262.699,54	840.300,00	484.747,08	-355.552,92	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	200,00	9,40	-190,60	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	397.300,29	386.700,00	317.741,44	-68.958,56	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	698.920,56	1.229.000,00	841.762,84	-387.237,16	
50	11	Personalaufwendungen	-468.951,83	-595.600,00	-491.072,53	104.527,47	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-5.394,22	-10.300,00	-8.410,08	1.889,92	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-4.469,89	-3.800,00	-5.098,15	-1.298,15	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-25.559,93	-17.317,61	-27.946,97	-10.629,36	19.270,64
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-958.155,43	-2.399.900,00	-1.658.749,31	741.150,69	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.462.531,30	-3.026.917,61	-2.191.277,04	835.640,57	19.270,64
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-763.610,74	-1.797.917,61	-1.349.514,20	448.403,41	19.270,64
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-763.610,74	-1.797.917,61	-1.349.514,20	448.403,41	19.270,64
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-763.610,74	-1.797.917,61	-1.349.514,20	448.403,41	19.270,64
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-144.973,40	-169.500,00	-331.988,29	-162.488,29	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-908.584,14	-1.967.417,61	-1.681.502,49	285.915,12	19.270,64
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-44.100,00	-61.900,00	-61.900,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-952.684,14	-2.029.317,61	-1.743.402,49	285.915,12	19.270,64

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

315002 Integration in der Hansestadt Lübeck

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	100,00	0,00	-100,00	
50	11	Personalaufwendungen	-138.501,33	-128.200,00	-117.337,95	10.862,05	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-3.237,03	-5.900,00	-1.321,55	4.578,45	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-600,23	-2.700,00	-402,30	2.297,70	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-142.338,59	-136.800,00	-119.061,80	17.738,20	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-142.338,59	-136.700,00	-119.061,80	17.638,20	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-142.338,59	-136.700,00	-119.061,80	17.638,20	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-142.338,59	-136.700,00	-119.061,80	17.638,20	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-331,23	-900,00	-594,84	305,16	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-142.669,82	-137.600,00	-119.656,64	17.943,36	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-4.600,00	-8.700,00	-8.700,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-147.269,82	-146.300,00	-128.356,64	17.943,36	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

315201 SeniorInneneinrichtungen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	-2.723,95	-2.956,92	-2.956,92	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-1.694.565,35	-877.100,00	0,00	877.100,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	-1.874.000,00	-1.874.000,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.697.289,30	-880.056,92	-1.876.956,92	-996.900,00	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.697.289,30	-880.056,92	-1.876.956,92	-996.900,00	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.697.289,30	-880.056,92	-1.876.956,92	-996.900,00	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.697.289,30	-880.056,92	-1.876.956,92	-996.900,00	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-1.697.289,30	-880.056,92	-1.876.956,92	-996.900,00	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-1.697.289,30	-880.056,92	-1.876.956,92	-996.900,00	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

321001 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	121.811,79	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	121.811,79	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	-22.630,51	-23.085,05	-23.085,04	0,01	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-132.188,92	-61.000,00	-42.257,62	18.742,38	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-40.994,18	-40.000,00	-37.468,00	2.532,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-195.813,61	-124.085,05	-102.810,66	21.274,39	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-74.001,82	-124.085,05	-102.810,66	21.274,39	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-74.001,82	-124.085,05	-102.810,66	21.274,39	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-74.001,82	-124.085,05	-102.810,66	21.274,39	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-3.000,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-77.001,82	-124.085,05	-102.810,66	21.274,39	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-11.900,00	-2.900,00	-2.900,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-88.901,82	-126.985,05	-105.710,66	21.274,39	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

331001 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	354.632,22	367.200,00	384.517,15	17.317,15	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	354.632,22	367.300,00	384.517,15	17.217,15	
50	11	Personalaufwendungen	-98.423,89	-99.058,42	-99.058,47	-0,05	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-3.076.404,49	-3.173.500,00	-3.154.716,57	18.783,43	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-3.174.828,38	-3.272.658,42	-3.253.775,04	18.883,38	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-2.820.196,16	-2.905.358,42	-2.869.257,89	36.100,53	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-2.820.196,16	-2.905.358,42	-2.869.257,89	36.100,53	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-2.820.196,16	-2.905.358,42	-2.869.257,89	36.100,53	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-3.000,00	-3.300,00	-3.300,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-2.823.196,16	-2.908.658,42	-2.872.557,89	36.100,53	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-97.600,00	-89.900,00	-89.900,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-2.920.796,16	-2.998.558,42	-2.962.457,89	36.100,53	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

341001 Unterhaltsvorschuss

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	100,00	5,10	-94,90	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	100,00	5,10	-94,90	
50	11	Personalaufwendungen	-310.798,72	-337.800,00	-343.369,90	-5.569,90	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	-8.900,00	0,00	8.900,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-1.301,59	-900,00	-1.705,55	-805,55	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-3.858,82	-7.800,00	-4.206,15	3.593,85	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-315.959,13	-355.400,00	-349.281,60	6.118,40	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-315.959,13	-355.300,00	-349.276,50	6.023,50	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-315.959,13	-355.300,00	-349.276,50	6.023,50	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-315.959,13	-355.300,00	-349.276,50	6.023,50	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-40.376,49	-42.500,00	-42.442,22	57,78	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-356.335,62	-397.800,00	-391.718,72	6.081,28	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-16.600,00	-18.900,00	-18.900,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-372.935,62	-416.700,00	-410.618,72	6.081,28	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
343001 Betreuungsangelegenheiten

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	3.780,00	100,00	2.450,00	2.350,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	3.780,00	100,00	2.450,00	2.350,00	
50	11	Personalaufwendungen	-300.642,66	-550.900,00	-342.732,47	208.167,53	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-10.137,06	-11.600,00	-8.562,66	3.037,34	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-3.839,90	-5.200,00	-4.324,60	875,40	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-314.619,62	-567.800,00	-355.619,73	212.180,27	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-310.839,62	-567.700,00	-353.169,73	214.530,27	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-310.839,62	-567.700,00	-353.169,73	214.530,27	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-310.839,62	-567.700,00	-353.169,73	214.530,27	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-29.000,00	-33.100,00	-33.132,42	-32,42	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-339.839,62	-600.800,00	-386.302,15	214.497,85	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-17.600,00	-23.700,00	-23.700,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-357.439,62	-624.500,00	-410.002,15	214.497,85	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

345001 Leistungen für Bildung und Teilhabe

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	1.001.467,74	849.400,00	1.011.966,51	162.566,51	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	1.001.467,74	849.400,00	1.011.966,51	162.566,51	
50	11	Personalaufwendungen	-252.483,35	-227.900,00	-194.496,22	33.403,78	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-4.829,07	-4.500,00	0,00	4.500,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-113,00	-200,00	-113,00	87,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-680.991,87	-802.798,95	-802.798,95	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-5.200,00	-1.606,93	3.593,07	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-938.417,29	-1.040.598,95	-999.015,10	41.583,85	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	63.050,45	-191.198,95	12.951,41	204.150,36	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	63.050,45	-191.198,95	12.951,41	204.150,36	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	63.050,45	-191.198,95	12.951,41	204.150,36	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-20.800,00	-15.500,00	-15.500,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	42.250,45	-206.698,95	-2.548,59	204.150,36	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-30.500,00	-27.500,00	-27.500,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	11.750,45	-234.198,95	-30.048,59	204.150,36	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

351001 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	14.437,73	0,00	13.173,60	13.173,60	
42	3	sonstige Transfererträge	3.594,36	200,00	1.410,00	1.210,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	592,25	200,00	3.414,25	3.214,25	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	3.067.427,46	3.161.900,00	3.039.374,27	-122.525,73	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	1.935,00	100,00	0,00	-100,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	3.087.986,80	3.162.400,00	3.057.372,12	-105.027,88	
50	11	Personalaufwendungen	-1.063.904,13	-1.080.400,00	-951.645,23	128.754,77	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-25.809,07	-30.900,00	-24.111,51	6.788,49	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-1.922,14	-1.900,00	-595,00	1.305,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-5.813.655,08	-6.103.900,00	-5.811.942,19	291.957,81	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-66.836,42	-10.400,00	-111.997,55	-101.597,55	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-6.972.126,84	-7.227.500,00	-6.900.291,48	327.208,52	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-3.884.140,04	-4.065.100,00	-3.842.919,36	222.180,64	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	100,00	0,00	-100,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	100,00	0,00	-100,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-3.884.140,04	-4.065.000,00	-3.842.919,36	222.080,64	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-3.884.140,04	-4.065.000,00	-3.842.919,36	222.080,64	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-71.900,00	-75.900,00	-76.094,53	-194,53	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-3.956.040,04	-4.140.900,00	-3.919.013,89	221.886,11	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-210.000,00	-227.700,00	-227.700,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-4.166.040,04	-4.368.600,00	-4.146.713,89	221.886,11	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
351002 Lastenausgleich

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	-4.115,94	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-4.115,94	0,00	0,00	0,00	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-4.115,94	0,00	0,00	0,00	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-4.115,94	0,00	0,00	0,00	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-4.115,94	0,00	0,00	0,00	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-4.115,94	0,00	0,00	0,00	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-4.115,94	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

361001 Finanzielle Förderung in Kindertageseinrichtungen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	240.968,00	240.968,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	50.000,00	-40,00	-50.040,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	50.000,00	240.928,00	190.928,00	
50	11	Personalaufwendungen	-316.533,22	-310.800,00	-161.401,06	149.398,94	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-1.744,69	-3.300,00	-1.966,86	1.333,14	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-582,00	-600,00	-473,00	127,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-5.020.413,53	-5.610.000,00	-5.467.965,03	142.034,97	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-380,80	-1.600,00	0,00	1.600,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-5.339.654,24	-5.926.300,00	-5.631.805,95	294.494,05	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-5.339.654,24	-5.876.300,00	-5.390.877,95	485.422,05	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-5.339.654,24	-5.876.300,00	-5.390.877,95	485.422,05	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-5.339.654,24	-5.876.300,00	-5.390.877,95	485.422,05	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-23.400,00	-12.700,00	-11.809,82	890,18	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-5.363.054,24	-5.889.000,00	-5.402.687,77	486.312,23	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-173.600,00	-172.600,00	-172.600,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-5.536.654,24	-6.061.600,00	-5.575.287,77	486.312,23	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

361002 Familienservice

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-99,00	0,00	-39,00	-39,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-99,00	0,00	-39,00	-39,00	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-99,00	0,00	-39,00	-39,00	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-99,00	0,00	-39,00	-39,00	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-99,00	0,00	-39,00	-39,00	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-99,00	0,00	-39,00	-39,00	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-99,00	0,00	-39,00	-39,00	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
361003 Tagespflege

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	1.442.067,29	1.410.100,00	1.462.392,02	52.292,02	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	1.442.067,29	1.410.300,00	1.462.392,02	52.092,02	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	-201.000,00	-112.858,23	88.141,77	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-665,88	-4.800,00	0,00	4.800,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-1.407,44	-1.200,00	-682,40	517,60	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-7.600.819,51	-7.320.100,00	-8.062.196,90	-742.096,90	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-1.800,00	-138,40	1.661,60	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-7.602.892,83	-7.528.900,00	-8.175.875,93	-646.975,93	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-6.160.825,54	-6.118.600,00	-6.713.483,91	-594.883,91	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-6.160.825,54	-6.118.600,00	-6.713.483,91	-594.883,91	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-6.160.825,54	-6.118.600,00	-6.713.483,91	-594.883,91	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-7.836,30	-8.000,00	-8.017,01	-17,01	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-6.168.661,84	-6.126.600,00	-6.721.500,92	-594.900,92	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-195.700,00	-209.200,00	-209.200,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-6.364.361,84	-6.335.800,00	-6.930.700,92	-594.900,92	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

362001 Planung Jugendarbeit

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	575.272,08	350.000,00	195.840,17	-154.159,83	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	781,58	781,58	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	575.272,08	350.000,00	196.621,75	-153.378,25	
50	11	Personalaufwendungen	-499.816,05	-322.600,00	-262.191,85	60.408,15	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-25.543,11	-161.100,00	-43.275,07	117.824,93	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-692,00	-700,00	-581,00	119,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-3.911,39	-8.500,00	-1.041,00	7.459,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-529.962,55	-492.900,00	-307.088,92	185.811,08	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	45.309,53	-142.900,00	-110.467,17	32.432,83	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	45.309,53	-142.900,00	-110.467,17	32.432,83	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	45.309,53	-142.900,00	-110.467,17	32.432,83	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-5.400,00	-2.400,00	-2.400,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	39.909,53	-145.300,00	-112.867,17	32.432,83	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-15.300,00	-8.800,00	-8.800,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	24.609,53	-154.100,00	-121.667,17	32.432,83	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

362002 Jugendarbeit

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	27.104,08	17.500,00	13.125,22	-4.374,78	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	51.060,27	78.100,00	42.923,03	-35.176,97	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	78.164,35	95.800,00	56.048,25	-39.751,75	
50	11	Personalaufwendungen	-688.616,32	-507.200,00	-1.950.147,80	-1.442.947,80	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-41.913,14	-35.387,31	-30.041,26	5.346,05	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	-200,00	0,00	200,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-1.975.765,71	-1.985.993,92	-1.977.223,82	8.770,10	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-4.338,51	-6.630,81	-4.430,61	2.200,20	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-2.710.633,68	-2.535.412,04	-3.961.843,49	-1.426.431,45	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-2.632.469,33	-2.439.612,04	-3.905.795,24	-1.466.183,20	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	100,00	0,00	-100,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	-50.000,00	0,00	50.000,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	-49.900,00	0,00	49.900,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-2.632.469,33	-2.489.512,04	-3.905.795,24	-1.416.283,20	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-2.632.469,33	-2.489.512,04	-3.905.795,24	-1.416.283,20	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-122.523,77	-129.836,30	-128.292,91	1.543,39	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-2.754.993,10	-2.619.348,34	-4.034.088,15	-1.414.739,81	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-95.700,00	-99.900,00	-99.900,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-2.850.693,10	-2.719.248,34	-4.133.988,15	-1.414.739,81	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
362003 Bildungsfonds

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	3.890.617,37	3.527.900,00	3.979.371,16	451.471,16	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	3.015,00	2.500,00	3.120,00	620,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	3.893.632,37	3.530.400,00	3.982.491,16	452.091,16	
50	11	Personalaufwendungen	-2.424,02	-4.000,00	-2.894,34	1.105,66	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-46.843,35	-66.709,56	-66.709,56	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-4.061.233,05	-3.966.290,44	-4.435.741,88	-469.451,44	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-4.110.500,42	-4.037.100,00	-4.505.345,78	-468.245,78	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-216.868,05	-506.700,00	-522.854,62	-16.154,62	0,00
46	20	Finanzerträge	297,52	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	297,52	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-216.570,53	-506.700,00	-522.854,62	-16.154,62	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-216.570,53	-506.700,00	-522.854,62	-16.154,62	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-216.570,53	-506.700,00	-522.854,62	-16.154,62	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-46.000,00	-63.900,00	-63.900,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-262.570,53	-570.600,00	-586.754,62	-16.154,62	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

363001 Planung Jugendhilfe

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	-20.783,68	-21.600,00	-40.520,86	-18.920,86	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	-1.100,00	0,00	1.100,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-20.783,68	-22.800,00	-40.520,86	-17.720,86	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-20.783,68	-22.800,00	-40.520,86	-17.720,86	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-20.783,68	-22.800,00	-40.520,86	-17.720,86	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-20.783,68	-22.800,00	-40.520,86	-17.720,86	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-2.100,00	-2.400,00	-2.400,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-22.883,68	-25.200,00	-42.920,86	-17.720,86	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-500,00	-500,00	-500,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-23.383,68	-25.700,00	-43.420,86	-17.720,86	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

363002 Jugendhilfe

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	482.655,31	165.100,00	517.170,20	352.070,20	
42	3	sonstige Transfererträge	2.292.326,71	1.883.500,00	1.381.934,03	-501.565,97	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	1.555,37	100,00	1.269,50	1.169,50	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	1.589.843,69	809.900,00	911.678,81	101.778,81	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	15.560,00	100,00	10.759,00	10.659,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	4.381.941,08	2.858.800,00	2.822.811,54	-35.988,46	
50	11	Personalaufwendungen	-5.764.842,21	-6.439.400,00	-6.102.018,53	337.381,47	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-90.185,46	-121.000,00	-107.811,58	13.188,42	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-13.633,40	-16.000,00	-12.763,14	3.236,86	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-29.138.417,85	-32.464.200,00	-30.947.778,29	1.516.421,71	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.928.936,91	-2.593.000,00	-2.174.984,63	418.015,37	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-36.936.015,83	-41.633.600,00	-39.345.356,17	2.288.243,83	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-32.554.074,75	-38.774.800,00	-36.522.544,63	2.252.255,37	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-32.554.074,75	-38.774.800,00	-36.522.544,63	2.252.255,37	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-32.554.074,75	-38.774.800,00	-36.522.544,63	2.252.255,37	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-374.328,76	-398.263,70	-398.552,98	-289,28	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-32.928.403,51	-39.173.063,70	-36.921.097,61	2.251.966,09	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-1.135.500,00	-1.192.200,00	-1.192.200,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-34.063.903,51	-40.365.263,70	-38.113.297,61	2.251.966,09	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

365001 Planung und Bezuschussung Kindertagesbetreuung

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	11.830.051,90	10.600.000,00	11.809.190,76	1.209.190,76	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	8.150,00	8.150,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	174.445,12	75.000,00	200.479,03	125.479,03	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	12.004.497,02	10.675.000,00	12.017.819,79	1.342.819,79	
50	11	Personalaufwendungen	-362.562,29	-303.300,00	-399.205,96	-95.905,96	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-37.546,63	-58.566,69	-57.429,00	1.137,69	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-6.863,10	-900,00	-7.028,93	-6.128,93	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-37.651.066,36	-43.674.533,31	-41.908.771,46	1.765.761,85	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-247.570,96	-220.100,00	-131.928,72	88.171,28	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-38.305.609,34	-44.257.400,00	-42.504.364,07	1.753.035,93	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-26.301.112,32	-33.582.400,00	-30.486.544,28	3.095.855,72	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-26.301.112,32	-33.582.400,00	-30.486.544,28	3.095.855,72	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-26.301.112,32	-33.582.400,00	-30.486.544,28	3.095.855,72	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-152.200,00	-132.500,00	-297.500,00	-165.000,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-26.453.312,32	-33.714.900,00	-30.784.044,28	2.930.855,72	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-819.800,00	-797.900,00	-797.900,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-27.273.112,32	-34.512.800,00	-31.581.944,28	2.930.855,72	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

365002 Betreuung in Kindertageseinrichtungen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	9.139.600,78	10.684.500,00	9.972.151,46	-712.348,54	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	2.155.158,32	2.245.600,00	2.184.079,53	-61.520,47	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	3.471.002,50	3.912.200,00	3.425.719,47	-486.480,53	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	84.771,36	200,00	59.361,56	59.161,56	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	153.378,45	0,00	7.021,00	7.021,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	47.710,59	0,00	12.164,00	12.164,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	15.051.622,00	16.842.500,00	15.660.497,02	-1.182.002,98	
50	11	Personalaufwendungen	-11.682.005,07	-13.720.000,00	-12.914.590,75	805.409,25	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-963.544,84	-1.234.350,00	-1.096.359,41	137.990,59	33.200,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-365.048,78	-120.600,00	-288.666,31	-168.066,31	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-421.081,69	-179.900,00	-392.550,77	-212.650,77	3.100,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-13.431.680,38	-15.254.850,00	-14.692.167,24	562.682,76	36.300,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	1.619.941,62	1.587.650,00	968.329,78	-619.320,22	36.300,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	1.619.941,62	1.587.650,00	968.329,78	-619.320,22	36.300,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	1.619.941,62	1.587.650,00	968.329,78	-619.320,22	36.300,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-4.310.349,29	-4.856.700,00	-4.858.020,57	-1.320,57	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-2.690.407,67	-3.269.050,00	-3.889.690,79	-620.640,79	36.300,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-1.016.900,00	-1.083.100,00	-1.083.100,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-3.707.307,67	-4.352.150,00	-4.972.790,79	-620.640,79	36.300,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

366001 Jugendfreizeiteinrichtungen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	112.637,59	40.900,00	82.771,89	41.871,89	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	33.906,33	11.600,00	23.401,85	11.801,85	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	6.237,89	1.200,00	4.387,50	3.187,50	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	4.231,87	4.231,87	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	120.000,00	120.000,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	3.325,39	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	156.107,20	173.700,00	234.793,11	61.093,11	
50	11	Personalaufwendungen	-1.309.007,46	-1.605.300,00	-109.919,44	1.495.380,56	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-320.772,87	-248.077,24	-301.223,80	-53.146,56	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-19.565,04	-22.000,00	-19.043,73	2.956,27	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-20.696,16	-21.064,72	-20.106,67	958,05	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.670.041,53	-1.896.441,96	-450.293,64	1.446.148,32	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.513.934,33	-1.722.741,96	-215.500,53	1.507.241,43	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.513.934,33	-1.722.741,96	-215.500,53	1.507.241,43	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	169,04	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	169,04	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.513.765,29	-1.722.741,96	-215.500,53	1.507.241,43	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-502.238,20	-520.193,88	-518.592,91	1.600,97	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-2.016.003,49	-2.242.935,84	-734.093,44	1.508.842,40	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-92.900,00	-95.600,00	-95.600,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-2.108.903,49	-2.338.535,84	-829.693,44	1.508.842,40	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

367001 Abwicklung Wakenitzhof

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	100,00	0,00	-100,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	193.876,02	201.000,00	194.946,80	-6.053,20	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	193.876,02	201.100,00	194.946,80	-6.153,20	
50	11	Personalaufwendungen	-198.828,19	-205.100,00	-207.037,30	-1.937,30	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-198.828,19	-205.200,00	-207.037,30	-1.837,30	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-4.952,17	-4.100,00	-12.090,50	-7.990,50	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-4.952,17	-4.100,00	-12.090,50	-7.990,50	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-4.952,17	-4.100,00	-12.090,50	-7.990,50	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-4.952,17	-4.100,00	-12.090,50	-7.990,50	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-4.952,17	-4.100,00	-12.090,50	-7.990,50	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

367002 Kriminalprävention

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	40.000,00	400,00	40.000,00	39.600,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	8.338,00	8.338,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	40.000,00	500,00	48.338,00	47.838,00	
50	11	Personalaufwendungen	-12.284,96	-7.400,00	-12.773,70	-5.373,70	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-28,38	-2.800,00	-107,53	2.692,47	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-67.964,59	-30.646,00	-90.773,31	-60.127,31	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-386,33	-1.000,00	-289,99	710,01	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-80.664,26	-41.846,00	-103.944,53	-62.098,53	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-40.664,26	-41.346,00	-55.606,53	-14.260,53	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-40.664,26	-41.346,00	-55.606,53	-14.260,53	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-40.664,26	-41.346,00	-55.606,53	-14.260,53	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	-206,12	-631,45	-425,33	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-40.664,26	-41.552,12	-56.237,98	-14.685,86	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-1.800,00	-1.900,00	-1.900,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-42.464,26	-43.452,12	-58.137,98	-14.685,86	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

367003 Jugendberufshilfe

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	672.029,91	226.600,00	221.706,89	-4.893,11	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	10.203,00	5.700,00	11.487,00	5.787,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	30.477,36	26.800,00	12.462,68	-14.337,32	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	15.706,44	200,00	5.320,80	5.120,80	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	728.416,71	259.300,00	250.977,37	-8.322,63	
50	11	Personalaufwendungen	-479.155,51	-380.362,16	-380.362,16	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-36.545,44	-33.554,83	-21.465,79	12.089,04	8.253,18
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-28.114,02	-26.200,00	-23.848,50	2.351,50	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-371.576,75	-81.045,17	-40.827,51	40.217,66	43.141,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-915.391,72	-521.162,16	-466.503,96	54.658,20	51.394,18
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-186.975,01	-261.862,16	-215.526,59	46.335,57	51.394,18
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-186.975,01	-261.862,16	-215.526,59	46.335,57	51.394,18
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-186.975,01	-261.862,16	-215.526,59	46.335,57	51.394,18
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-205.467,23	-201.300,00	-201.214,69	85,31	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-392.442,24	-463.162,16	-416.741,28	46.420,88	51.394,18
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-195.300,00	-193.400,00	-193.400,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-587.742,24	-656.562,16	-610.141,28	46.420,88	51.394,18

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

411001 Krankenhausinvestitionsbeitrag

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	-1.713,88	-1.749,95	-1.749,95	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-3.083.972,04	-3.164.120,00	-3.141.736,26	22.383,74	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-3.085.685,92	-3.165.969,95	-3.143.486,21	22.483,74	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-3.085.685,92	-3.165.969,95	-3.143.486,21	22.483,74	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-3.085.685,92	-3.165.969,95	-3.143.486,21	22.483,74	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-3.085.685,92	-3.165.969,95	-3.143.486,21	22.483,74	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-3.085.685,92	-3.165.969,95	-3.143.486,21	22.483,74	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-3.085.685,92	-3.165.969,95	-3.143.486,21	22.483,74	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
414001 Gesundheitsamt

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	76.976,51	46.000,00	80.729,34	34.729,34	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	350.931,42	290.000,00	327.414,00	37.414,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	64.894,57	60.100,00	61.187,13	1.087,13	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	252.923,32	127.000,00	125.775,59	-1.224,41	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	745.725,82	523.100,00	595.106,06	72.006,06	
50	11	Personalaufwendungen	-2.732.567,79	-2.880.800,00	-2.854.647,68	26.152,32	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-404.083,09	-370.551,86	-306.642,82	63.909,04	7.125,55
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-6.212,97	-8.000,00	-5.444,89	2.555,11	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-109.180,67	-75.251,22	-105.420,67	-30.169,45	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-3.252.044,52	-3.334.603,08	-3.272.156,06	62.447,02	7.125,55
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-2.506.318,70	-2.811.503,08	-2.677.050,00	134.453,08	7.125,55
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-2.506.318,70	-2.811.503,08	-2.677.050,00	134.453,08	7.125,55
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-2.506.318,70	-2.811.503,08	-2.677.050,00	134.453,08	7.125,55
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-255.607,73	-280.500,00	-278.511,72	1.988,28	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-2.761.926,43	-3.092.003,08	-2.955.561,72	136.441,36	7.125,55
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-309.500,00	-314.700,00	-314.700,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-3.071.426,43	-3.406.703,08	-3.270.261,72	136.441,36	7.125,55

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
418001 Kurbetrieb Travemünde

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	-1.816,00	-1.971,23	-1.971,23	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.816,00	-2.071,23	-1.971,23	100,00	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.816,00	-2.071,23	-1.971,23	100,00	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	100,00	0,00	-100,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	100,00	0,00	-100,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.816,00	-1.971,23	-1.971,23	0,00	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.816,00	-1.971,23	-1.971,23	0,00	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-1.816,00	-1.971,23	-1.971,23	0,00	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-1.816,00	-1.971,23	-1.971,23	0,00	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

421001 Förderung des Sports

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	-12.895,53	0,00	-14.133,53	-14.133,53	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-1.538,58	-2.500,00	-2.434,64	65,36	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-87.299,09	-49.400,00	-121.121,88	-71.721,88	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-260.779,90	-340.159,00	-260.806,80	79.352,20	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-362.513,10	-392.059,00	-398.496,85	-6.437,85	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-362.513,10	-392.059,00	-398.496,85	-6.437,85	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-362.513,10	-392.059,00	-398.496,85	-6.437,85	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-362.513,10	-392.059,00	-398.496,85	-6.437,85	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-557,15	-200,00	-199,65	0,35	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-363.070,25	-392.259,00	-398.696,50	-6.437,50	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-13.600,00	-14.100,00	-14.100,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-376.670,25	-406.359,00	-412.796,50	-6.437,50	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
424001 Sportstätten

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	13.071,26	1.400,00	16.366,00	14.966,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	672,27	672,27	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	-2,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	166.424,96	145.000,00	175.830,78	30.830,78	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	6.115,00	4.500,00	1.735,00	-2.765,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	828,15	828,15	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	15.106,14	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	200.715,36	150.900,00	195.432,20	44.532,20	
50	11	Personalaufwendungen	-1.275.765,79	-378.600,00	-801.055,21	-422.455,21	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-161.418,86	-190.461,35	-139.761,91	50.699,44	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-336.056,35	-772.000,00	-296.243,23	475.756,77	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-116.978,80	-168.341,45	-132.636,01	35.705,44	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.890.219,80	-1.509.402,80	-1.369.696,36	139.706,44	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.689.504,44	-1.358.502,80	-1.174.264,16	184.238,64	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.689.504,44	-1.358.502,80	-1.174.264,16	184.238,64	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.689.504,44	-1.358.502,80	-1.174.264,16	184.238,64	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-4.996.405,43	-4.531.600,00	-4.531.599,83	0,17	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-6.685.909,87	-5.890.102,80	-5.705.863,99	184.238,81	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-253.200,00	-234.900,00	-234.900,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-6.939.109,87	-6.125.002,80	-5.940.763,99	184.238,81	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

424002 Lübecker Schwimmbäder

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	-7.355,61	-9.000,00	-8.761,19	238,81	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-3.814.824,80	-3.941.000,00	-4.097.175,20	-156.175,20	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-100,00	-94.510,00	-94.410,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-3.822.180,41	-3.950.100,00	-4.200.446,39	-250.346,39	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-3.822.180,41	-3.950.100,00	-4.200.446,39	-250.346,39	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-3.822.180,41	-3.950.100,00	-4.200.446,39	-250.346,39	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-3.822.180,41	-3.950.100,00	-4.200.446,39	-250.346,39	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-3.822.180,41	-3.950.100,00	-4.200.446,39	-250.346,39	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-3.822.180,41	-3.950.100,00	-4.200.446,39	-250.346,39	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

424003 Bark Passat/Passathafen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	23.691,56	0,00	18.741,76	18.741,76	
42	3	sonstige Transfererträge	195,32	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	905.029,07	897.400,00	893.608,10	-3.791,90	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	706,07	0,00	636,87	636,87	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	929.622,02	897.400,00	912.986,73	15.586,73	
50	11	Personalaufwendungen	-354.085,43	-225.500,00	-330.008,61	-104.508,61	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-185.231,70	-128.634,65	-70.187,73	58.446,92	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-28.987,19	-239.300,00	-31.290,73	208.009,27	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-77.236,14	-441.343,09	-71.646,27	369.696,82	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-645.540,46	-1.034.777,74	-503.133,34	531.644,40	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	284.081,56	-137.377,74	409.853,39	547.231,13	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	284.081,56	-137.377,74	409.853,39	547.231,13	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	284.081,56	-137.377,74	409.853,39	547.231,13	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-507.187,69	-397.100,00	-533.745,60	-136.645,60	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-223.106,13	-534.477,74	-123.892,21	410.585,53	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-48.600,00	-54.500,00	-54.500,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-271.706,13	-588.977,74	-178.392,21	410.585,53	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

511001 Betreuung Gutachterausschuss

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	7.500,00	7.500,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	57.232,28	60.000,00	37.061,43	-22.938,57	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	700,00	0,00	-700,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	57.232,28	60.700,00	44.561,43	-16.138,57	
50	11	Personalaufwendungen	-8.033,69	-8.262,75	-8.262,75	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-300.964,05	-330.300,00	-290.151,02	40.148,98	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-308.997,74	-338.562,75	-298.413,77	40.148,98	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-251.765,46	-277.862,75	-253.852,34	24.010,41	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-251.765,46	-277.862,75	-253.852,34	24.010,41	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-251.765,46	-277.862,75	-253.852,34	24.010,41	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-200,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-251.965,46	-277.862,75	-253.852,34	24.010,41	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-5.300,00	-5.100,00	-5.100,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-257.265,46	-282.962,75	-258.952,34	24.010,41	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

511003 Stadtplanung und -entwicklung

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	20.351,04	500,00	38.339,20	37.839,20	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	6.283,40	2.500,00	2.025,20	-474,80	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	26,78	200,00	18,45	-181,55	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	28.493,76	8.800,00	5.251,35	-3.548,65	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	100,00	216.203,35	216.103,35	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	55.154,98	12.100,00	261.837,55	249.737,55	
50	11	Personalaufwendungen	-2.572.050,07	-2.903.800,00	-2.418.136,65	485.663,35	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-49.265,76	-66.300,00	-35.616,45	30.683,55	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-548.931,81	-771.500,00	-512.799,43	258.700,57	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	-8.600,00	0,00	8.600,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-437.344,23	-479.168,28	-496.554,25	-17.385,97	352.960,02
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-3.607.591,87	-4.229.368,28	-3.463.106,78	766.261,50	352.960,02
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-3.552.436,89	-4.217.268,28	-3.201.269,23	1.015.999,05	352.960,02
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	-27.356,82	-300.000,00	-516,80	299.483,20	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	-27.356,82	-300.000,00	-516,80	299.483,20	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-3.579.793,71	-4.517.268,28	-3.201.786,03	1.315.482,25	352.960,02
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-3.579.793,71	-4.517.268,28	-3.201.786,03	1.315.482,25	352.960,02
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-106.517,48	-127.700,00	-117.539,07	10.160,93	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-3.686.311,19	-4.644.968,28	-3.319.325,10	1.325.643,18	352.960,02
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-329.900,00	-267.600,00	-267.600,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-4.016.211,19	-4.912.568,28	-3.586.925,10	1.325.643,18	352.960,02

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

521001 Baulicher Brandschutz

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	25.163,59	17.000,00	19.525,95	2.525,95	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	25.163,59	17.000,00	19.525,95	2.525,95	
50	11	Personalaufwendungen	-309.799,82	-302.400,00	-380.204,38	-77.804,38	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-3.549,38	-15.843,00	-11.105,94	4.737,06	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-2.180,10	-5.000,00	-2.126,00	2.874,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-10.021,33	-10.155,00	-7.927,72	2.227,28	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-325.550,63	-333.398,00	-401.364,04	-67.966,04	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-300.387,04	-316.398,00	-381.838,09	-65.440,09	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-300.387,04	-316.398,00	-381.838,09	-65.440,09	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-300.387,04	-316.398,00	-381.838,09	-65.440,09	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-1.001,51	-1.200,00	-1.156,49	43,51	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-301.388,55	-317.598,00	-382.994,58	-65.396,58	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-14.700,00	-17.500,00	-17.500,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-316.088,55	-335.098,00	-400.494,58	-65.396,58	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

521002 Bauaufsicht

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	15.000,00	0,00	-15.000,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	2.599.359,11	2.050.000,00	3.325.238,50	1.275.238,50	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	429,50	100,00	571,20	471,20	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	1.000,00	100,00	2.032,00	1.932,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	51,36	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	2.600.839,97	2.065.200,00	3.327.841,70	1.262.641,70	
50	11	Personalaufwendungen	-1.346.781,95	-1.480.500,00	-1.313.737,37	166.762,63	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-17.998,29	-29.300,00	-23.145,68	6.154,32	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-16.580,78	-2.000,00	-22.615,69	-20.615,69	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-574.081,13	-222.900,00	-501.598,22	-278.698,22	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.955.442,15	-1.734.700,00	-1.861.096,96	-126.396,96	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	645.397,82	330.500,00	1.466.744,74	1.136.244,74	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	645.397,82	330.500,00	1.466.744,74	1.136.244,74	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	645.397,82	330.500,00	1.466.744,74	1.136.244,74	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-91.066,68	-97.200,00	-96.188,94	1.011,06	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	554.331,14	233.300,00	1.370.555,80	1.137.255,80	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-237.500,00	-239.800,00	-239.800,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	316.831,14	-6.500,00	1.130.755,80	1.137.255,80	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

522001 Kommunaldarlehen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	26.825,08	0,00	4.863,03	4.863,03	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	107.319,36	144.000,00	161.267,46	17.267,46	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	134.144,44	144.000,00	166.130,49	22.130,49	
50	11	Personalaufwendungen	-24.100,74	-36.000,00	-24.788,20	11.211,80	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-24.100,74	-36.100,00	-24.788,20	11.311,80	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	110.043,70	107.900,00	141.342,29	33.442,29	0,00
46	20	Finanzerträge	126.315,63	141.500,00	147.512,27	6.012,27	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	126.315,63	141.500,00	147.512,27	6.012,27	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	236.359,33	249.400,00	288.854,56	39.454,56	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	236.359,33	249.400,00	288.854,56	39.454,56	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-200,00	-1.000,00	-1.000,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	236.159,33	248.400,00	287.854,56	39.454,56	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	236.159,33	248.400,00	287.854,56	39.454,56	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

522002 Öffentlich geförderter Wohnungsbau

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	-47.101,73	-272.900,00	-271.730,23	1.169,77	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-4.003,60	-4.810,19	-4.454,39	355,80	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-149,34	-1.089,81	-274,19	815,62	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-51.254,67	-278.900,00	-276.458,81	2.441,19	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-51.254,67	-278.900,00	-276.458,81	2.441,19	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-51.254,67	-278.900,00	-276.458,81	2.441,19	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-51.254,67	-278.900,00	-276.458,81	2.441,19	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-18.900,00	-17.500,00	-17.500,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-70.154,67	-296.400,00	-293.958,81	2.441,19	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-9.500,00	-12.300,00	-12.300,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-79.654,67	-308.700,00	-306.258,81	2.441,19	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

522003 Grundstücksgesellschaft Trave mbH

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	-1.667,69	-100,00	-1.781,32	-1.681,32	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.667,69	-200,00	-1.781,32	-1.581,32	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.667,69	-200,00	-1.781,32	-1.581,32	0,00
46	20	Finanzerträge	943.686,92	471.800,00	0,00	-471.800,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	943.686,92	471.800,00	0,00	-471.800,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	942.019,23	471.600,00	-1.781,32	-473.381,32	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	942.019,23	471.600,00	-1.781,32	-473.381,32	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	942.019,23	471.600,00	-1.781,32	-473.381,32	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	942.019,23	471.600,00	-1.781,32	-473.381,32	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

523001 Archäologie und Denkmalpflege

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	1.385.966,45	500,00	215.070,61	214.570,61	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	18.354,44	7.100,00	35.624,87	28.524,87	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	34,30	8.200,00	250,00	-7.950,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	500,00	109.500,00	500,00	-109.000,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	2.665,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	1.407.520,19	125.300,00	251.445,48	126.145,48	
50	11	Personalaufwendungen	-1.023.208,65	-1.189.800,00	-1.028.407,01	161.392,99	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-2.666.014,72	-1.768.835,81	-1.637.546,41	131.289,40	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-57.652,68	-47.900,00	-59.855,36	-11.955,36	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-24.782,05	-65.624,49	-15.768,17	49.856,32	20.200,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-3.771.658,10	-3.072.260,30	-2.741.576,95	330.683,35	20.200,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-2.364.137,91	-2.946.960,30	-2.490.131,47	456.828,83	20.200,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-2.364.137,91	-2.946.960,30	-2.490.131,47	456.828,83	20.200,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-2.364.137,91	-2.946.960,30	-2.490.131,47	456.828,83	20.200,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-918.738,08	-291.800,00	-291.565,76	234,24	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-3.282.875,99	-3.238.760,30	-2.781.697,23	457.063,07	20.200,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-240.200,00	-198.300,00	-198.300,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-3.523.075,99	-3.437.060,30	-2.979.997,23	457.063,07	20.200,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

535001 Stadtwerke

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	-4.539,85	-4.928,41	-4.928,41	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-36.459,00	-156.300,00	-181.035,00	-24.735,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	-17.850,00	-17.850,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-40.998,85	-161.228,41	-203.813,41	-42.585,00	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-40.998,85	-161.228,41	-203.813,41	-42.585,00	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-40.998,85	-161.228,41	-203.813,41	-42.585,00	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-40.998,85	-161.228,41	-203.813,41	-42.585,00	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-40.998,85	-161.228,41	-203.813,41	-42.585,00	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-40.998,85	-161.228,41	-203.813,41	-42.585,00	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
535002 Konzessionsabgaben

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	13.305.086,17	13.250.000,00	12.623.389,11	-626.610,89	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	13.305.086,17	13.250.000,00	12.623.389,11	-626.610,89	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	13.305.086,17	13.250.000,00	12.623.389,11	-626.610,89	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	13.305.086,17	13.250.000,00	12.623.389,11	-626.610,89	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	13.305.086,17	13.250.000,00	12.623.389,11	-626.610,89	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	13.305.086,17	13.250.000,00	12.623.389,11	-626.610,89	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	13.305.086,17	13.250.000,00	12.623.389,11	-626.610,89	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

537001 EBL (Abfallwirtschaft)

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	0,00	-300,00	0,00	300,00	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	0,00	-300,00	0,00	300,00	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	-300,00	0,00	300,00	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	0,00	-300,00	0,00	300,00	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	0,00	-300,00	0,00	300,00	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	0,00	-300,00	0,00	300,00	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
538001 EBL (Abwasserbeseitigung)

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-5.000,00	0,00	-5.000,00	-5.000,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-395.000,00	-260.000,00	-260.000,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-400.000,00	-260.200,00	-265.000,00	-4.800,00	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-400.000,00	-260.200,00	-265.000,00	-4.800,00	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-400.000,00	-260.200,00	-265.000,00	-4.800,00	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-400.000,00	-260.200,00	-265.000,00	-4.800,00	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-400.000,00	-260.200,00	-265.000,00	-4.800,00	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-400.000,00	-260.200,00	-265.000,00	-4.800,00	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
541001 Gemeindestraßen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	858.702,55	669.100,00	1.026.927,17	357.827,17	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	1.125.434,09	958.000,00	1.255.879,38	297.879,38	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	45.479,64	51.000,00	33.475,24	-17.524,76	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	237.156,43	81.100,00	48.743,95	-32.356,05	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	6.075,89	19.900,00	3.674,39	-16.225,61	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	8.988,00	377.000,00	85.923,54	-291.076,46	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	2.281.836,60	2.156.100,00	2.454.623,67	298.523,67	
50	11	Personalaufwendungen	-3.695.060,59	-4.046.800,00	-3.703.710,68	343.089,32	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-4.689.140,34	-6.319.906,68	-5.383.198,59	936.708,09	724.000,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-4.615.779,56	-4.945.000,00	-4.901.252,17	43.747,83	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-8.738.482,78	-8.181.192,25	-8.080.719,11	100.473,14	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-21.738.463,27	-23.492.898,93	-22.068.880,55	1.424.018,38	724.000,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-19.456.626,67	-21.336.798,93	-19.614.256,88	1.722.542,05	724.000,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	2.051,87	2.051,87	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	2.051,87	2.051,87	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-19.456.626,67	-21.336.798,93	-19.612.205,01	1.724.593,92	724.000,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-19.456.626,67	-21.336.798,93	-19.612.205,01	1.724.593,92	724.000,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	450,00	450,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-167.844,28	-187.400,00	-187.516,15	-116,15	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-19.624.470,95	-21.524.198,93	-19.799.271,16	1.724.927,77	724.000,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-846.100,00	-1.019.900,00	-1.019.900,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-20.470.570,95	-22.544.098,93	-20.819.171,16	1.724.927,77	724.000,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

542001 Kreisstraßen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	1.269.260,14	1.273.000,00	1.467.679,01	194.679,01	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	32.345,20	103.200,00	67.462,45	-35.737,55	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	1.611,15	34.000,00	1.595,01	-32.404,99	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	623.972,00	16.000,00	167.035,26	151.035,26	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	150,82	5.200,00	28.230,76	23.030,76	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	2.345,44	47.400,00	46.834,43	-565,57	
472	9	Bestandsveränderungen	13.304,59	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	1.942.989,34	1.478.800,00	1.778.836,92	300.036,92	
50	11	Personalaufwendungen	-1.211.946,21	-1.282.400,00	-1.243.830,32	38.569,68	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-1.246.753,73	-1.491.248,02	-460.554,16	1.030.693,86	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-3.483.116,99	-2.511.100,00	-3.159.639,32	-648.539,32	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-48.340,01	-72.406,04	-67.794,36	4.611,68	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-5.990.156,94	-5.357.154,06	-4.931.818,16	425.335,90	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-4.047.167,60	-3.878.354,06	-3.152.981,24	725.372,82	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-4.047.167,60	-3.878.354,06	-3.152.981,24	725.372,82	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-4.047.167,60	-3.878.354,06	-3.152.981,24	725.372,82	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-34.100,00	-7.900,00	-7.900,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-4.081.267,60	-3.886.254,06	-3.160.881,24	725.372,82	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-197.900,00	-172.500,00	-172.500,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-4.279.167,60	-4.058.754,06	-3.333.381,24	725.372,82	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

543001 Landesstraßen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	56.075,00	114.200,00	62.811,00	-51.389,00	
42	3	sonstige Transfererträge	-42.173,58	20.000,00	0,00	-20.000,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	305,00	600,00	220,00	-380,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	11.855,26	300,00	0,00	-300,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	3.800,00	14.296,81	10.496,81	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	26.061,68	139.000,00	77.327,81	-61.672,19	
50	11	Personalaufwendungen	-226.784,33	-236.700,00	-242.272,44	-5.572,44	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-155.413,08	-301.013,26	-128.760,94	172.252,32	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-189.085,24	-366.700,00	-210.795,63	155.904,37	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-9.195,30	-6.100,00	-3.903,40	2.196,60	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-580.477,95	-910.513,26	-585.732,41	324.780,85	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-554.416,27	-771.513,26	-508.404,60	263.108,66	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-554.416,27	-771.513,26	-508.404,60	263.108,66	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-554.416,27	-771.513,26	-508.404,60	263.108,66	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-4.900,00	-500,00	-500,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-559.316,27	-772.013,26	-508.904,60	263.108,66	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-19.000,00	-31.300,00	-31.300,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-578.316,27	-803.313,26	-540.204,60	263.108,66	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)
544001 Bundesstraßen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	118.674,41	231.000,00	187.875,52	-43.124,48	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	40.000,00	0,00	-40.000,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	975,00	1.200,00	775,00	-425,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	3.183,90	0,00	1.375,28	1.375,28	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	39.000,00	22.123,86	-16.876,14	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	122.833,31	311.200,00	212.149,66	-99.050,34	
50	11	Personalaufwendungen	-398.822,61	-416.700,00	-405.114,34	11.585,66	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-355.546,56	-218.876,20	-131.997,35	86.878,85	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-511.011,44	-1.383.000,00	-775.211,06	607.788,94	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-4.440,97	-1.100,00	4,63	1.104,63	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.269.821,58	-2.019.676,20	-1.312.318,12	707.358,08	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.146.988,27	-1.708.476,20	-1.100.168,46	608.307,74	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.146.988,27	-1.708.576,20	-1.100.168,46	608.407,74	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.146.988,27	-1.708.576,20	-1.100.168,46	608.407,74	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-4.700,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-1.151.688,27	-1.708.576,20	-1.100.168,46	608.407,74	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-27.400,00	-68.600,00	-68.600,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-1.179.088,27	-1.777.176,20	-1.168.768,46	608.407,74	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

545001 EBL (Straßenreinigung)

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-1.452.000,00	-1.870.000,00	-1.458.000,00	412.000,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.452.000,00	-1.870.200,00	-1.458.000,00	412.200,00	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.452.000,00	-1.870.200,00	-1.458.000,00	412.200,00	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.452.000,00	-1.870.200,00	-1.458.000,00	412.200,00	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.452.000,00	-1.870.200,00	-1.458.000,00	412.200,00	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-1.452.000,00	-1.870.200,00	-1.458.000,00	412.200,00	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-1.452.000,00	-1.870.200,00	-1.458.000,00	412.200,00	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

547001 Aufgabenträgerschaft ÖPNV

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	3.155.553,30	2.997.200,00	3.390.648,70	393.448,70	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	639,42	0,00	1.535,00	1.535,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	200,00	0,00	-200,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	3.156.192,72	2.997.500,00	3.392.183,70	394.683,70	
50	11	Personalaufwendungen	-131.967,48	-65.600,00	-203.046,52	-137.446,52	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-59,11	-1.600,00	-370,79	1.229,21	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-755,79	0,00	-2.230,00	-2.230,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-3.241.674,05	-4.399.535,79	-3.616.459,92	783.075,87	898.316,34
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-141.316,67	-136.603,58	-26.646,29	109.957,29	50.270,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-3.515.773,10	-4.603.339,37	-3.848.753,52	754.585,85	948.586,34
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-359.580,38	-1.605.839,37	-456.569,82	1.149.269,55	948.586,34
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-359.580,38	-1.605.839,37	-456.569,82	1.149.269,55	948.586,34
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-359.580,38	-1.605.839,37	-456.569,82	1.149.269,55	948.586,34
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-1.400,00	-9.200,00	-6.584,77	2.615,23	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-360.980,38	-1.615.039,37	-463.154,59	1.151.884,78	948.586,34
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-145.200,00	-198.500,00	-198.500,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-506.180,38	-1.813.539,37	-661.654,59	1.151.884,78	948.586,34

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

548001 Bewirtschaftung Flughafen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	389.458,61	0,00	473.579,00	473.579,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	1.240,08	0,00	1.240,08	1.240,08	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	886.959,27	300.000,00	308.476,88	8.476,88	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	427,49	0,00	0,52	0,52	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	18.799,72	367.000,00	17.898,27	-349.101,73	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	1.296.885,17	667.000,00	801.194,75	134.194,75	
50	11	Personalaufwendungen	-59.260,99	-17.800,00	-17.043,99	756,01	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	-866,09	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-34.099,84	-1.000,00	-27.122,97	-26.122,97	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-1.376.992,73	-1.309.400,00	-1.229.916,87	79.483,13	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-188.114,09	-296.100,00	-193.446,45	102.653,55	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.659.333,74	-1.624.300,00	-1.467.530,28	156.769,72	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-362.448,57	-957.300,00	-666.335,53	290.964,47	0,00
46	20	Finanzerträge	977,64	0,00	339,56	339,56	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	-56.981,86	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	-56.004,22	0,00	339,56	339,56	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-418.452,79	-957.300,00	-665.995,97	291.304,03	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	9.545,45	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	9.545,45	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-408.907,34	-957.300,00	-665.995,97	291.304,03	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	-900,00	-773,84	126,16	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-408.907,34	-958.200,00	-666.769,81	291.430,19	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	-27.300,00	-27.300,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-408.907,34	-985.500,00	-694.069,81	291.430,19	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

551001 Grün- und Landschaftsbau

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	21.989,74	2.500,00	101.132,10	98.632,10	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	5.373,04	4.000,00	1.105,00	-2.895,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	51.590,81	76.000,00	30.208,40	-45.791,60	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	213.335,52	250.100,00	234.630,64	-15.469,36	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	31.747,00	1.500,00	14.652,14	13.152,14	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	28.300,00	13.669,96	-14.630,04	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	324.036,11	362.400,00	395.398,24	32.998,24	
50	11	Personalaufwendungen	-6.752.168,01	-6.691.900,00	-6.840.847,63	-148.947,63	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-2.070.676,81	-3.651.577,44	-2.413.910,29	1.237.667,15	420.000,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-601.085,84	-460.000,00	-567.691,69	-107.691,69	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-88.641,77	-109.834,43	-97.371,96	12.462,47	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-9.512.572,43	-10.913.311,87	-9.919.821,57	993.490,30	420.000,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-9.188.536,32	-10.550.911,87	-9.524.423,33	1.026.488,54	420.000,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-9.188.536,32	-10.550.911,87	-9.524.423,33	1.026.488,54	420.000,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-9.188.536,32	-10.550.911,87	-9.524.423,33	1.026.488,54	420.000,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-263.531,92	-262.900,00	-262.862,07	37,93	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-9.452.068,24	-10.813.811,87	-9.787.285,40	1.026.526,47	420.000,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	1.725.500,00	1.725.500,00	1.725.500,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-506.400,00	-565.400,00	-565.400,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-8.232.968,24	-9.653.711,87	-8.627.185,40	1.026.526,47	420.000,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

552001 Wasser und Hafen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	2.104.762,53	25.000,00	2.293.308,28	2.268.308,28	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	39.023,21	900.000,00	97.628,29	-802.371,71	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	16.530.713,86	15.405.100,00	16.134.044,17	728.944,17	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	1.628.391,68	1.666.300,00	1.649.497,70	-16.802,30	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	2.300.444,83	300,00	6.948,64	6.648,64	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	884.523,71	600.000,00	734.720,23	134.720,23	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	23.487.859,82	18.596.700,00	20.916.147,31	2.319.447,31	
50	11	Personalaufwendungen	-3.811.756,90	-4.489.400,00	-3.957.575,33	531.824,67	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-3.121.971,85	-3.768.537,39	-3.394.757,46	373.779,93	8.247,61
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-10.691.715,07	-10.960.100,00	-10.617.167,35	342.932,65	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-5.734,06	-6.650,00	-6.639,66	10,34	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-3.257.968,62	-1.360.112,61	-1.068.214,39	291.898,22	236.060,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-20.889.146,50	-20.584.800,00	-19.044.354,19	1.540.445,81	244.307,61
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	2.598.713,32	-1.988.100,00	1.871.793,12	3.859.893,12	244.307,61
46	20	Finanzerträge	0,00	100,00	153.507,72	153.407,72	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	-3.188.505,18	-3.000.000,00	-2.968.407,42	31.592,58	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	-3.188.505,18	-2.999.900,00	-2.814.899,70	185.000,30	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-589.791,86	-4.988.000,00	-943.106,58	4.044.893,42	244.307,61
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-589.791,86	-4.988.000,00	-943.106,58	4.044.893,42	244.307,61
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	145.128,39	0,00	136.647,50	136.647,50	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-299.923,35	-193.700,00	-192.862,81	837,19	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-744.586,82	-5.181.700,00	-999.321,89	4.182.378,11	244.307,61
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-770.100,00	-775.200,00	-775.200,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-1.514.686,82	-5.956.900,00	-1.774.521,89	4.182.378,11	244.307,61

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

553001 Friedhofs- und Bestattungswesen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	21.512,65	300,00	22.079,36	21.779,36	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	2.964.428,09	2.700.000,00	2.953.992,70	253.992,70	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	4.092,00	3.400,00	10.038,35	6.638,35	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	315.535,80	314.300,00	319.308,13	5.008,13	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	12.726,75	2.700,00	3.154,00	454,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	6.296,00	6.296,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	3.318.295,29	3.020.700,00	3.314.868,54	294.168,54	
50	11	Personalaufwendungen	-3.177.818,58	-3.212.500,00	-3.217.410,64	-4.910,64	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-375.816,42	-539.574,16	-313.232,19	226.341,97	184.000,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-83.776,50	-85.800,00	-95.085,70	-9.285,70	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-167.254,13	-146.200,00	-138.743,11	7.456,89	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-3.804.665,63	-3.984.174,16	-3.764.471,64	219.702,52	184.000,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-486.370,34	-963.474,16	-449.603,10	513.871,06	184.000,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-486.370,34	-963.474,16	-449.603,10	513.871,06	184.000,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-486.370,34	-963.474,16	-449.603,10	513.871,06	184.000,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-275.923,70	-289.500,00	-289.433,25	66,75	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-762.294,04	-1.252.974,16	-739.036,35	513.937,81	184.000,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-169.800,00	-151.700,00	-151.700,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-932.094,04	-1.404.674,16	-890.736,35	513.937,81	184.000,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

554001 Naturschutz und Landschaftspflege

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	113.020,77	158.700,00	146.085,48	-12.614,52	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	42.254,63	50.000,00	30.725,49	-19.274,51	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	1.100,00	0,00	-1.100,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	43,70	8.000,00	4,70	-7.995,30	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	500,00	100,00	-400,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	155.319,10	218.300,00	176.915,67	-41.384,33	
50	11	Personalaufwendungen	-933.672,08	-894.200,00	-763.788,79	130.411,21	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-154.879,56	-228.389,39	-142.235,99	86.153,40	20.000,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-7.787,11	-8.500,00	-5.735,82	2.764,18	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-82.700,00	-82.700,00	-82.700,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-78.292,69	-120.132,66	-65.975,21	54.157,45	49.021,99
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.257.331,44	-1.333.922,05	-1.060.435,81	273.486,24	69.021,99
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.102.012,34	-1.115.622,05	-883.520,14	232.101,91	69.021,99
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.102.012,34	-1.115.622,05	-883.520,14	232.101,91	69.021,99
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.102.012,34	-1.115.622,05	-883.520,14	232.101,91	69.021,99
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-51.371,34	-38.000,00	-37.198,52	801,48	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-1.153.383,68	-1.153.622,05	-920.718,66	232.903,39	69.021,99
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-165.200,00	-158.700,00	-158.700,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-1.318.583,68	-1.312.322,05	-1.079.418,66	232.903,39	69.021,99

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

555001 Land- und Forstwirtschaft

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	85.328,63	26.100,00	25.276,21	-823,79	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	1.477.250,22	2.045.000,00	1.459.929,09	-585.070,91	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	141.223,81	100.000,00	54.000,00	-46.000,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	6.700,00	0,00	24.976,79	24.976,79	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	34,24	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	3.334,28	100,00	1.425,00	1.325,00	
	10	**ordentliche Erträge**	1.713.871,18	2.171.200,00	1.565.607,09	-605.592,91	
50	11	Personalaufwendungen	-1.263.670,63	-1.363.200,00	-1.357.585,27	5.614,73	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-615.609,85	-615.788,89	-577.017,40	38.771,49	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-94.107,01	-116.300,00	-102.603,95	13.696,05	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-57.852,88	-63.531,11	-62.283,67	1.247,44	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-2.031.240,37	-2.158.820,00	-2.099.490,29	59.329,71	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-317.369,19	12.380,00	-533.883,20	-546.263,20	0,00
46	20	Finanzerträge	162,50	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	162,50	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-317.206,69	12.380,00	-533.883,20	-546.263,20	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-317.206,69	12.380,00	-533.883,20	-546.263,20	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-207.034,85	-218.700,00	-217.409,42	1.290,58	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-524.241,54	-206.320,00	-751.292,62	-544.972,62	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-145.800,00	-153.700,00	-153.700,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-670.041,54	-360.020,00	-904.992,62	-544.972,62	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

561001 Umweltschutzmaßnahmen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	245.404,79	71.900,00	88.148,38	16.248,38	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	37.771,55	100,00	0,00	-100,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	200,00	0,00	-200,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	159.616,28	500,00	0,00	-500,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	2.888,28	100,00	0,00	-100,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	445.680,90	72.800,00	88.148,38	15.348,38	
50	11	Personalaufwendungen	-1.620.007,01	-407.300,00	-408.139,43	-839,43	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-336.633,13	-104.694,68	-107.680,43	-2.985,75	11.454,37
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-15.104,24	-7.000,00	-7.119,17	-119,17	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-24.287,62	-4.510,28	-2.617,86	1.892,42	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.996.032,00	-523.504,96	-525.556,89	-2.051,93	11.454,37
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.550.351,10	-450.704,96	-437.408,51	13.296,45	11.454,37
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.550.351,10	-450.704,96	-437.408,51	13.296,45	11.454,37
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.550.351,10	-450.704,96	-437.408,51	13.296,45	11.454,37
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-91.852,23	-26.200,00	-25.932,84	267,16	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-1.642.203,33	-476.904,96	-463.341,35	13.563,61	11.454,37
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-255.600,00	-57.200,00	-57.200,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-1.897.803,33	-534.104,96	-520.541,35	13.563,61	11.454,37

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

571001 Wirtschaftsförderung

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	200,00	0,00	-200,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	400,00	0,00	-400,00	
50	11	Personalaufwendungen	-81.113,57	-70.400,00	-68.175,68	2.224,32	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	-7.100,00	-124,95	6.975,05	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-235.011,00	-472.600,00	-222.642,00	249.958,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-208.875,39	-43.100,00	-219.042,44	-175.942,44	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-524.999,96	-593.200,00	-509.985,07	83.214,93	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-524.999,96	-592.800,00	-509.985,07	82.814,93	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-524.999,96	-592.800,00	-509.985,07	82.814,93	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-524.999,96	-592.800,00	-509.985,07	82.814,93	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-3.448,72	-3.700,00	-2.899,56	800,44	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-528.448,68	-596.500,00	-512.884,63	83.615,37	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-11.100,00	-10.000,00	-10.000,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-539.548,68	-606.500,00	-522.884,63	83.615,37	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

573001 Grundstücksgesellschaft Metallhüttengelände mbH

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	-69,24	-100,00	-85,44	14,56	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-380.000,00	-380.000,00	-380.000,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-380.069,24	-380.200,00	-380.085,44	114,56	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-380.069,24	-380.200,00	-380.085,44	114,56	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-380.069,24	-380.200,00	-380.085,44	114,56	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-380.069,24	-380.200,00	-380.085,44	114,56	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-380.069,24	-380.200,00	-380.085,44	114,56	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-380.069,24	-380.200,00	-380.085,44	114,56	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

573002 Wochen- und Jahrmärkte

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	224.414,52	210.000,00	183.377,74	-26.622,26	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	224.414,52	210.000,00	183.377,74	-26.622,26	
50	11	Personalaufwendungen	-102.218,90	-155.454,38	-155.454,38	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-10.559,16	-13.650,00	-10.533,23	3.116,77	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-32.454,00	-33.100,00	-30.526,00	2.574,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-4.496,05	-6.050,00	-3.650,24	2.399,76	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-149.728,11	-208.254,38	-200.163,85	8.090,53	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	74.686,41	1.745,62	-16.786,11	-18.531,73	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	74.686,41	1.745,62	-16.786,11	-18.531,73	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	74.686,41	1.745,62	-16.786,11	-18.531,73	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-69.910,29	-76.600,00	-76.600,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	4.776,12	-74.854,38	-93.386,11	-18.531,73	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-6.400,00	-3.700,00	-3.700,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-1.623,88	-78.554,38	-97.086,11	-18.531,73	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

573003 Lübecker Musik- und Kongresshallen GmbH

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	3.037.679,18	0,00	3.717.819,45	3.717.819,45	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	22.100,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	3.059.779,18	0,00	3.717.819,45	3.717.819,45	
50	11	Personalaufwendungen	-7.355,53	-9.000,00	-8.761,16	238,84	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-3.550.733,81	0,00	-4.213.587,55	-4.213.587,55	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-207.355,70	-192.700,00	-96.292,78	96.407,22	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-19.484,22	-485.400,00	-28.650,00	456.750,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-3.784.929,26	-687.100,00	-4.347.291,49	-3.660.191,49	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-725.150,08	-687.100,00	-629.472,04	57.627,96	0,00
46	20	Finanzerträge	32.541,28	0,00	36.764,78	36.764,78	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	32.541,28	0,00	36.764,78	36.764,78	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-692.608,80	-687.100,00	-592.707,26	94.392,74	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-692.608,80	-687.100,00	-592.707,26	94.392,74	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-638.100,00	-653.400,00	-653.400,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-1.330.708,80	-1.340.500,00	-1.246.107,26	94.392,74	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-1.330.708,80	-1.340.500,00	-1.246.107,26	94.392,74	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

573004 Werbeeinrichtungen, Parkplätze

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	-172.600,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	4.536.110,86	3.510.100,00	0,00	-3.510.100,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	1.129.309,50	890.000,00	5.525.309,11	4.635.309,11	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	186,67	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	5.493.007,03	4.400.100,00	5.525.309,11	1.125.209,11	
50	11	Personalaufwendungen	-138.183,11	-31.900,00	-128.753,31	-96.853,31	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-2.826.920,19	-2.854.000,00	-2.572.116,49	281.883,51	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-1.703,15	0,00	-1.703,00	-1.703,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-3.079,88	-100,00	-4.318,64	-4.218,64	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-2.969.886,33	-2.886.000,00	-2.706.891,44	179.108,56	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	2.523.120,70	1.514.100,00	2.818.417,67	1.304.317,67	0,00
46	20	Finanzerträge	1.561,98	0,00	1.268,77	1.268,77	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	1.561,98	0,00	1.268,77	1.268,77	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	2.524.682,68	1.514.100,00	2.819.686,44	1.305.586,44	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	2.524.682,68	1.514.100,00	2.819.686,44	1.305.586,44	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	-6.900,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	2.517.782,68	1.514.100,00	2.819.686,44	1.305.586,44	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	-300,00	-98.400,00	-98.400,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	2.517.482,68	1.415.700,00	2.721.286,44	1.305.586,44	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

573011 Grundstücksgesellschaft der Kurhausbetriebe Travemünde mbH

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	250.000,00	355.816,24	105.816,24	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	250.000,00	355.816,24	105.816,24	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	-250.000,00	-352.859,32	-102.859,32	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	0,00	-250.000,00	-352.859,32	-102.859,32	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	0,00	0,00	2.956,92	2.956,92	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	30.000,00	30.000,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	30.000,00	30.000,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	32.956,92	32.956,92	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	0,00	0,00	32.956,92	32.956,92	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	0,00	0,00	32.956,92	32.956,92	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	0,00	0,00	32.956,92	32.956,92	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

575001 Lübeck und Travemünde Marketing GmbH

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	172.598,23	0,00	122.850,00	122.850,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	100,00	0,00	-100,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	172.598,23	100,00	122.850,00	122.750,00	
50	11	Personalaufwendungen	-1.816,00	-1.971,23	-1.971,23	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-1.986.650,54	-1.810.280,00	-1.802.932,46	7.347,54	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-172.598,23	-100,00	-105.000,00	-104.900,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-2.161.064,77	-1.812.351,23	-1.909.903,69	-97.552,46	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-1.988.466,54	-1.812.251,23	-1.787.053,69	25.197,54	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-1.988.466,54	-1.812.251,23	-1.787.053,69	25.197,54	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-1.988.466,54	-1.812.251,23	-1.787.053,69	25.197,54	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-1.988.466,54	-1.812.251,23	-1.787.053,69	25.197,54	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-1.988.466,54	-1.812.251,23	-1.787.053,69	25.197,54	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

575002 Hamburg Marketing GmbH

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	-10.000,00	0,00	10.000,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	-5.833,33	-5.833,33	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	0,00	-10.000,00	-5.833,33	4.166,67	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	0,00	-10.000,00	-5.833,33	4.166,67	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	-10.000,00	-5.833,33	4.166,67	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	0,00	-10.000,00	-5.833,33	4.166,67	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	0,00	-10.000,00	-5.833,33	4.166,67	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	0,00	-10.000,00	-5.833,33	4.166,67	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

611001 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	215.940.254,57	198.280.800,00	228.734.422,63	30.453.622,63	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	141.223.459,01	142.158.500,00	164.947.780,21	22.789.280,21	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	2.042.950,59	700.000,00	1.829.780,50	1.129.780,50	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	359.206.664,17	341.139.300,00	395.511.983,34	54.372.683,34	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	-76.205,32	-76.205,32	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-14.206.804,00	-10.831.400,00	-14.449.660,00	-3.618.260,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-14.206.804,00	-10.831.400,00	-14.525.865,32	-3.694.465,32	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	344.999.860,17	330.307.900,00	380.986.118,02	50.678.218,02	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	-516.751,00	-500.000,00	-1.092.583,00	-592.583,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	-516.751,00	-500.000,00	-1.092.583,00	-592.583,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	344.483.109,17	329.807.900,00	379.893.535,02	50.085.635,02	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	344.483.109,17	329.807.900,00	379.893.535,02	50.085.635,02	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	344.483.109,17	329.807.900,00	379.893.535,02	50.085.635,02	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	344.483.109,17	329.807.900,00	379.893.535,02	50.085.635,02	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

612001 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	960,54	960,54	
42	3	sonstige Transfererträge	785.894,25	4.274.200,00	608.152,52	-3.666.047,48	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	548,34	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	3.323.495,13	311.300,00	1.195.719,24	884.419,24	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	4.109.937,72	4.585.500,00	1.804.832,30	-2.780.667,70	
50	11	Personalaufwendungen	-811.185,82	-1.050.000,00	-914.739,94	135.260,06	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-10.948,73	0,00	-371,22	-371,22	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-628.977,52	-1.000,00	-397.653,08	-396.653,08	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-1.451.112,07	-1.051.000,00	-1.312.764,24	-261.764,24	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	2.658.825,65	3.534.500,00	492.068,06	-3.042.431,94	0,00
46	20	Finanzerträge	194.345,30	80.200,00	244.526,34	164.326,34	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	-19.345.980,16	-29.609.300,00	-17.890.789,26	11.718.510,74	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	-19.151.634,86	-29.529.100,00	-17.646.262,92	11.882.837,08	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-16.492.809,21	-25.994.600,00	-17.154.194,86	8.840.405,14	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	44.008,91	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	44.008,91	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-16.448.800,30	-25.994.600,00	-17.154.194,86	8.840.405,14	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-16.448.800,30	-25.994.600,00	-17.154.194,86	8.840.405,14	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-16.448.800,30	-25.994.600,00	-17.154.194,86	8.840.405,14	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

612002 Pauschalierter nicht zahlungswirksamer Aufwand zur Vervollständigung des dopp. Haushalts

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,00	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	-21.528.761,31	-13.400.000,00	-27.328.592,26	-13.928.592,26	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-21.528.761,31	-13.400.000,00	-27.328.592,26	-13.928.592,26	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	-21.528.761,31	-13.400.000,00	-27.328.592,26	-13.928.592,26	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	-21.528.761,31	-13.400.000,00	-27.328.592,26	-13.928.592,26	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	-21.528.761,31	-13.400.000,00	-27.328.592,26	-13.928.592,26	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	-21.528.761,31	-13.400.000,00	-27.328.592,26	-13.928.592,26	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	4.400,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	-21.524.361,31	-13.400.000,00	-27.328.592,26	-13.928.592,26	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

612003 Grundstücksan- und verkäufe

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	8.075,00	0,00	8.075,00	8.075,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	21.400,00	21.400,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	39.200,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	13.498.152,56	1.000.000,00	6.183.176,53	5.183.176,53	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	3,00	0,00	6.319,47	6.319,47	
	10	**ordentliche Erträge**	13.545.430,56	1.000.000,00	6.218.971,00	5.218.971,00	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	-2.074.527,62	-1.122.000,00	-975.071,47	146.928,53	0,00
53	15	Transferaufwendungen	-604.708,71	0,00	-385.926,83	-385.926,83	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-55.035,89	-237.000,00	-676.364,24	-439.364,24	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	-2.734.271,62	-1.359.000,00	-2.037.362,54	-678.362,54	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	10.811.158,94	-359.000,00	4.181.608,46	4.540.608,46	0,00
46	20	Finanzerträge	31.919,81	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	31.919,81	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	10.843.078,75	-359.000,00	4.181.608,46	4.540.608,46	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	10.843.078,75	-359.000,00	4.181.608,46	4.540.608,46	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	-450,00	-450,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	10.843.078,75	-359.000,00	4.181.158,46	4.540.158,46	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	10.843.078,75	-359.000,00	4.181.158,46	4.540.158,46	0,00

Teilergebnisrechnung Jahr 2014 (in EUR)

612004 Pauschalierte zahlungswirksame Vorgänge

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	öffentlich-rechtl. Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	privatrechtliche Leistungsentg.	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	Kostenerstattungen und Kostenuml.	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	sonstige ordentliche Erträge	0,70	0,00	0,00	0,00	
471	8	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**ordentliche Erträge**	0,70	0,00	0,00	0,00	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	davon Verfügungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	18	**ordentliche Aufwendungen**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	19	**ERGEBNIS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGK.**	0,70	0,00	0,00	0,00	0,00
46	20	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
55	21	Zinsen, sonstige Finanzaufwend.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22	**FINANZERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	23	**ORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,70	0,00	0,00	0,00	0,00
49	24	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	25	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	26	**AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	27	**ERGEBNIS VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN**	0,70	0,00	0,00	0,00	0,00
48	28	Erträge aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	29	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., soweit budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	30	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG, -BUDGETERGEBNIS-**	0,70	0,00	0,00	0,00	0,00
48	31	Erträge aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
58	32	Aufwendungen aus int. Leistungsabr., nicht budgetrelevant	0,00	0,00	0,00	0,00	
	33	**ERGEBNIS NACH INTERNER LEISTUNGSABRECHNUNG**	0,70	0,00	0,00	0,00	0,00

Hansestadt LÜBECK

Teilfinanzrechnung zum Jahresabschluss

31. Dezember 2014



1.201.2 – Abteilung Bilanzen
2017

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111001 Verwaltungsleitung

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	712.044,92	300,00	545.736,69	545.436,69	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	122,76	100,00	122,76	22,76	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	72.380,18	11.500,00	71.218,25	59.718,25	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	784.547,86	11.900,00	617.077,70	605.177,70	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-572.770,47	-20.500,00	-436.046,04	-415.546,04	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-31.795,38	-36.100,00	-36.088,86	11,14	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-5.863,19	-8.000,00	-7.642,57	357,43	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-610.429,04	-64.600,00	-479.777,47	-415.177,47	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	174.118,82	-52.700,00	137.300,23	190.000,23	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	107.008,04	0,00	5.499,99	5.499,99	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	107.008,04	0,00	5.499,99	5.499,99	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-7.008,04	0,00	-5.928,94	-5.928,94	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-7.008,04	0,00	-5.928,94	-5.928,94	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	100.000,00	0,00	-428,95	-428,95	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111002 Leitung, Controlling, Dienste FB 1

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-192,44	-1.700,00	-957,71	742,29	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-1.491,49	-5.100,00	-1.626,31	3.473,69	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-1.683,93	-6.800,00	-2.584,02	4.215,98	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-1.683,93	-6.800,00	-2.584,02	4.215,98	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	-400,00	0,00	400,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-400,00	0,00	400,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	-400,00	0,00	400,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111003 Management Politische Gremien

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	3.289,75	100,00	0,00	-100,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	8.700,00	12.200,00	4.000,05	-8.199,95	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	11.989,75	12.300,00	4.000,05	-8.299,95	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-18.116,71	-29.900,00	-22.775,08	7.124,92	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-684.945,20	-680.000,00	-616.568,23	63.431,77	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-321.466,98	-409.300,00	-311.091,29	98.208,71	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-1.024.528,89	-1.119.200,00	-950.434,60	168.765,40	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-1.012.539,14	-1.106.900,00	-946.434,55	160.465,45	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-1.128,12	-1.000,00	0,00	1.000,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-1.128,12	-1.000,00	0,00	1.000,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-1.128,12	-1.000,00	0,00	1.000,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111004 Geschäftsführung für die Verwaltungsleitung

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	419.571,91	300,00	209.533,61	209.233,61	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	16.740,75	8.100,00	8.824,33	724,33	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	72.398,36	19.000,00	73.073,19	54.073,19	
65	7	sonstige Einzahlungen	4.789,92	0,00	18.531,39	18.531,39	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,01	0,01	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	513.500,94	27.400,00	309.962,53	282.562,53	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-558.102,71	-1.111.000,00	-1.118.012,39	-7.012,39	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-219.540,90	-227.600,00	-248.398,12	-20.798,12	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-777.643,61	-1.338.600,00	-1.366.410,51	-27.810,51	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-264.142,67	-1.311.200,00	-1.056.447,98	254.752,02	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	20.638,17	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	20.638,17	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-3.121,65	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-3.121,65	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	17.516,52	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111005 Logistik

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.280,89	100,00	17,51	-82,49	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	240.824,43	208.000,00	201.600,08	-6.399,92	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	11.152,36	120.000,00	16.586,41	-103.413,59	
65	7	sonstige Einzahlungen	2.971,38	0,00	4.223,62	4.223,62	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	265.229,06	328.100,00	222.427,62	-105.672,38	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-93.632,87	-199.800,00	-304.315,09	-104.515,09	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-716.576,36	-722.400,00	-738.656,49	-16.256,49	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-810.209,23	-922.200,00	-1.042.971,58	-120.771,58	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-544.980,17	-594.100,00	-820.543,96	-226.443,96	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	3.417,00	3.417,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	408,91	408,91	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	3.825,91	3.825,91	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-4.629,98	-20.000,00	-6.707,19	13.292,81	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-4.629,98	-20.000,00	-6.707,19	13.292,81	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-4.629,98	-20.000,00	-2.881,28	17.118,72	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111006 Arbeitsschutz

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	100,00	0,00	-100,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	7.181,37	78.500,00	179.241,54	100.741,54	
65	7	sonstige Einzahlungen	-18,09	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	7.163,28	78.600,00	179.241,54	100.641,54	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.987,52	-7.150,00	-2.760,23	4.389,77	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-2.090,36	-4.250,00	-2.645,28	1.604,72	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-5.077,88	-11.400,00	-5.405,51	5.994,49	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	2.085,40	67.200,00	173.836,03	106.636,03	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	-4.200,00	-2.444,27	1.755,73	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-4.200,00	-2.444,27	1.755,73	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	-4.200,00	-2.444,27	1.755,73	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111007 IT-Architekturmanagement / IT-Service

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	200,00	0,00	-200,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	25.700,00	0,00	-25.700,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	25.900,00	0,00	-25.900,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.757.652,45	-2.305.400,00	-1.917.123,34	388.276,66	-100.000,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-667.482,86	-877.700,00	-524.077,86	353.622,14	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-2.425.135,31	-3.183.100,00	-2.441.201,20	741.898,80	-100.000,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-2.425.135,31	-3.157.200,00	-2.441.201,20	715.998,80	-100.000,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-576.409,02	-2.218.840,00	-673.386,26	1.545.453,74	-1.575.000,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-41.744,65	-25.000,00	-34.535,53	-9.535,53	-255.000,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-618.153,67	-2.243.840,00	-707.921,79	1.535.918,21	-1.830.000,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-618.153,67	-2.243.840,00	-707.921,79	1.535.918,21	-1.830.000,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111008 Zentrale Personalarbeit

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	62.757,20	143.200,00	175.553,31	32.353,31	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.873,25	100,00	10,10	-89,90	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	43.850,18	68.600,00	34.275,39	-34.324,61	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.031.818,48	487.600,00	720.523,03	232.923,03	
65	7	sonstige Einzahlungen	248,19	100,00	119,95	19,95	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	2.889,51	2.000,00	2.312,17	312,17	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	1.147.436,81	701.600,00	932.793,95	231.193,95	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-409.144,19	-631.112,95	-462.430,56	168.682,39	-68.000,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-264.295,47	-391.599,80	-322.756,36	68.843,44	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-673.439,66	-1.022.712,75	-785.186,92	237.525,83	-68.000,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	473.997,15	-321.112,75	147.607,03	468.719,78	-68.000,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	24.680,43	18.400,00	18.898,91	498,91	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	24.680,43	18.400,00	18.898,91	498,91	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-5.726,41	-23.656,00	-13.192,67	10.463,33	-448,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-5.726,41	-23.656,00	-13.192,67	10.463,33	-448,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	18.954,02	-5.256,00	5.706,24	10.962,24	-448,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111009 Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	35.726,76	3.100,00	25.468,47	22.368,47	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	71.826,41	20.000,00	72.251,35	52.251,35	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	107.553,17	23.100,00	97.719,82	74.619,82	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-34.605,96	-37.950,00	-52.683,83	-14.733,83	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-111.039,40	-115.850,00	-111.402,49	4.447,51	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-145.645,36	-153.800,00	-164.086,32	-10.286,32	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-38.092,19	-130.700,00	-66.366,50	64.333,50	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	-1.000,00	0,00	1.000,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-1.000,00	0,00	1.000,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	-1.000,00	0,00	1.000,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111010 Prüfungen, Gutachten, Stellungnahmen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	20,54	100,00	63,92	-36,08	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	110.421,40	17.100,00	111.458,97	94.358,97	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	110.441,94	17.200,00	111.522,89	94.322,89	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-22.221,95	-26.700,00	-19.079,71	7.620,29	-5.100,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-15.072,84	-16.600,00	-9.192,67	7.407,33	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-37.294,79	-43.300,00	-28.272,38	15.027,62	-5.100,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	73.147,15	-26.100,00	83.250,51	109.350,51	-5.100,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-283,96	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-283,96	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-283,96	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111011 Frauenemanzipatorische Gleichstellungsarbeit

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.100,00	100,00	1.400,00	1.300,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	100,00	0,00	-100,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	4.255,74	200,00	3.209,60	3.009,60	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	19.025,96	23.300,00	19.231,33	-4.068,67	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	24.381,70	23.700,00	23.840,93	140,93	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-14.969,23	-14.100,00	-15.294,17	-1.194,17	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-5.714,68	-7.200,00	-5.226,94	1.973,06	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-20.683,91	-21.300,00	-20.521,11	778,89	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	3.697,79	2.400,00	3.319,82	919,82	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	-1.000,00	0,00	1.000,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-1.000,00	0,00	1.000,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	-1.000,00	0,00	1.000,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111012 Haushalt und Steuerung

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	72,30	100,00	68,36	-31,64	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	144.523,50	60.300,00	147.807,23	87.507,23	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	144.595,80	60.400,00	147.875,59	87.475,59	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-23.929,84	-18.157,53	-18.514,05	-356,52	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-60.863,62	-173.344,85	-162.433,17	10.911,68	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-84.793,46	-191.502,38	-180.947,22	10.555,16	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	59.802,34	-131.102,38	-33.071,63	98.030,75	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-58.573,58	-11.500,00	-1.880,47	9.619,53	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-58.573,58	-11.500,00	-1.880,47	9.619,53	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-58.573,58	-11.500,00	-1.880,47	9.619,53	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111013 Stabsstelle Bilanzen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	547,96	100,00	154.135,83	154.035,83	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	55.900,00	-154.105,83	-210.005,83	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	547,96	56.000,00	30,00	-55.970,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-20.132,66	-18.958,56	-4.893,66	14.064,90	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-95.171,97	-77.639,06	-39.651,38	37.987,68	-35.000,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-115.304,63	-96.597,62	-44.545,04	52.052,58	-35.000,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-114.756,67	-40.597,62	-44.515,04	-3.917,42	-35.000,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-281.458,21	-340.000,00	-93.754,35	246.245,65	-90.000,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-281.458,21	-340.000,00	-93.754,35	246.245,65	-90.000,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-281.458,21	-340.000,00	-93.754,35	246.245,65	-90.000,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111014 Beteiligungscontrolling

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-11.711,46	-6.900,00	-2.485,27	4.414,73	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-726.475,74	-245.000,00	-84.604,57	160.395,43	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-738.187,20	-251.900,00	-87.089,84	164.810,16	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-738.187,20	-251.900,00	-87.089,84	164.810,16	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-575,52	-1.000,00	0,00	1.000,00	-1.000,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-575,52	-1.000,00	0,00	1.000,00	-1.000,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-575,52	-1.000,00	0,00	1.000,00	-1.000,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111015 Steuern

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	317,10	100,00	516,60	416,60	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	343,00	100,00	531,10	431,10	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	59,11	100,00	22,21	-77,79	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	259.821,60	130.000,00	10.042,25	-119.957,75	
65	7	sonstige Einzahlungen	17.899,46	30.000,00	18.190,00	-11.810,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	278.440,27	160.300,00	29.302,16	-130.997,84	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-20.193,39	-24.600,00	-13.643,60	10.956,40	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-4.255,06	-11.200,00	-3.117,02	8.082,98	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-24.448,45	-35.800,00	-16.760,62	19.039,38	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	253.991,82	124.500,00	12.541,54	-111.958,46	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	-1.000,00	0,00	1.000,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-1.000,00	0,00	1.000,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	-1.000,00	0,00	1.000,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111016 Buchhaltung und Finanzen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.572,20	1.500,00	4.410,03	2.910,03	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	471,77	200,00	329,65	129,65	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	2.293,13	400,00	2.929,01	2.529,01	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	634.061,11	304.500,00	80.564,86	-223.935,14	
65	7	sonstige Einzahlungen	542.461,34	550.000,00	605.365,57	55.365,57	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	11,24	100,00	104,14	4,14	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	1.190.870,79	856.700,00	693.703,26	-162.996,74	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-60.789,46	-58.000,00	-54.870,89	3.129,11	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-167.838,50	-179.500,00	-182.621,84	-3.121,84	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-228.627,96	-237.500,00	-237.492,73	7,27	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	962.242,83	619.200,00	456.210,53	-162.989,47	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-8.917,38	-239.710,00	-10.635,35	229.074,65	-225.022,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-8.917,38	-239.710,00	-10.635,35	229.074,65	-225.022,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-8.917,38	-239.710,00	-10.635,35	229.074,65	-225.022,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)
111017 Rechtsangelegenheiten

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	405,00	700,00	279,40	-420,60	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	8.437,39	7.500,00	966,64	-6.533,36	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	80.628,91	87.700,00	199.381,02	111.681,02	
65	7	sonstige Einzahlungen	10.424,98	10.600,00	17.501,30	6.901,30	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	99.896,28	106.500,00	218.128,36	111.628,36	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-9.779,11	-12.363,29	-9.718,94	2.644,35	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-129.878,84	-103.936,71	-80.740,56	23.196,15	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-139.657,95	-116.300,00	-90.459,50	25.840,50	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-39.761,67	-9.800,00	127.668,86	137.468,86	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	-1.000,00	-1.963,53	-963,53	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-1.000,00	-1.963,53	-963,53	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	-1.000,00	-1.963,53	-963,53	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111018 Leitung, Controlling, Dienste FB 2

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	6.514,75	2.500,00	1.350,51	-1.149,49	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	202,50	0,00	105,90	105,90	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	19.057,84	0,00	1.184,22	1.184,22	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	25.775,09	2.500,00	2.640,63	140,63	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-11.833,63	-15.322,01	-8.794,65	6.527,36	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-18.359,89	-87.177,99	-71.889,25	15.288,74	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-30.193,52	-102.500,00	-80.683,90	21.816,10	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-4.418,43	-100.000,00	-78.043,27	21.956,73	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-5.215,50	-4.800,00	-2.478,65	2.321,35	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-5.215,50	-4.800,00	-2.478,65	2.321,35	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-5.215,50	-4.800,00	-2.478,65	2.321,35	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111019 Personalrat FB 2

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.127,40	-6.237,75	-1.541,96	4.695,79	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-2.018,34	-4.662,25	-1.544,25	3.118,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-4.145,74	-10.900,00	-3.086,21	7.813,79	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-4.145,74	-10.900,00	-3.086,21	7.813,79	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	-200,00	0,00	200,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-200,00	0,00	200,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	-200,00	0,00	200,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111020 Grundstücksmanagement

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	100,00	0,00	-100,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	25.371,89	21.000,00	28.891,30	7.891,30	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	6.194.971,91	5.540.300,00	5.937.930,37	397.630,37	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	174.465,20	315.600,00	285.865,18	-29.734,82	
65	7	sonstige Einzahlungen	171.530,18	1.600,00	159.870,46	158.270,46	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	199,30	11.000,00	4.761,86	-6.238,14	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	6.566.538,48	5.889.600,00	6.417.319,17	527.719,17	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-813.202,51	-953.037,45	-1.245.898,96	-292.861,51	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	-472,65	-500,00	-348,50	151,50	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-12.812,89	-117.300,00	-7.300,00	110.000,00	-110.000,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-635.706,58	-270.362,55	-3.433.392,42	-3.163.029,87	-492.922,22
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-1.462.194,63	-1.341.200,00	-4.686.939,88	-3.345.739,88	-602.922,22
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	5.104.343,85	4.548.400,00	1.730.379,29	-2.818.020,71	-602.922,22
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	39.034,21	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	10.000,00	0,00	-10.000,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	300,00	63,40	-236,60	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	39.034,21	10.300,00	63,40	-10.236,60	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-42.891,92	-46.000,00	-43.069,32	2.930,68	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-576,70	-8.000,00	-1.017,12	6.982,88	-4.482,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	-40.000,00	0,00	40.000,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-43.468,62	-94.000,00	-44.086,44	49.913,56	-4.482,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-4.434,41	-83.700,00	-44.023,04	39.676,96	-4.482,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111021 Leitung, Controlling und Dienste FB 3

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	11,60	100,00	0,00	-100,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	3.784,32	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	3.795,92	100,00	0,00	-100,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-5.632,95	-12.700,00	-2.739,47	9.960,53	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-300,00	-300,00	-300,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-4.429,51	-13.400,00	-4.621,44	8.778,56	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-10.362,46	-26.400,00	-7.660,91	18.739,09	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-6.566,54	-26.300,00	-7.660,91	18.639,09	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111022 Personalrat FB 3

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	100,00	0,00	-100,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	100,00	0,00	-100,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.786,10	-5.100,00	-2.665,08	2.434,92	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-1.874,44	-7.500,00	-1.989,53	5.510,47	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-5.660,54	-12.600,00	-4.654,61	7.945,39	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-5.660,54	-12.500,00	-4.654,61	7.845,39	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111023 Leitung, Controlling, Dienste FB 4

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	200,00	0,00	-200,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	543,82	0,00	246,22	246,22	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	5.058,49	5.058,49	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	543,82	200,00	5.304,71	5.104,71	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-7.090,96	-17.800,00	-4.791,85	13.008,15	-10.000,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-14.177,64	-38.000,00	-35.871,06	2.128,94	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-21.268,60	-55.800,00	-40.662,91	15.137,09	-10.000,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-20.724,78	-55.600,00	-35.358,20	20.241,80	-10.000,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	450.000,00	235.000,00	135.000,00	-100.000,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	450.000,00	235.000,00	135.000,00	-100.000,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-1.411,10	-2.000,00	-296,31	1.703,69	-1.703,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-282.831,16	-776.304,00	-627.268,47	149.035,53	-231.869,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-284.242,26	-778.304,00	-627.564,78	150.739,22	-233.572,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	165.757,74	-543.304,00	-492.564,78	50.739,22	-233.572,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111024 Personalrat FB 4

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	163,13	163,13	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	163,13	163,13	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.570,14	-4.800,50	-2.448,73	2.351,77	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-15.081,82	-10.999,50	-9.868,44	1.131,06	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-16.651,96	-15.800,00	-12.317,17	3.482,83	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-16.651,96	-15.800,00	-12.154,04	3.645,96	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111025 Archiv

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	70.300,00	40.500,00	113.498,00	72.998,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	23.844,49	12.000,00	27.947,44	15.947,44	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	10.728,30	11.500,00	10.822,80	-677,20	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,10	0,10	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	104.872,79	64.000,00	152.268,34	88.268,34	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-61.926,89	-42.200,00	-53.536,08	-11.336,08	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-38.510,78	-39.700,00	-59.301,31	-19.601,31	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-100.437,67	-81.900,00	-112.837,39	-30.937,39	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	4.435,12	-17.900,00	39.430,95	57.330,95	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-5.792,09	-16.720,00	-16.617,17	102,83	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-5.792,09	-16.720,00	-16.617,17	102,83	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-5.792,09	-16.720,00	-16.617,17	102,83	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111026 Leitung, Controlling, Dienste FB 5

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	328,50	100,00	125,00	25,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	3.834,69	100,00	242,00	142,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	4.163,19	200,00	367,00	167,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-11.383,36	-14.410,00	-11.647,49	2.762,51	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-8.248,29	-9.390,00	-35.213,98	-25.823,98	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-19.631,65	-23.800,00	-46.861,47	-23.061,47	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-15.468,46	-23.600,00	-46.494,47	-22.894,47	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	2.000,00	2.000,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	2.000,00	2.000,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	-2.000,00	-17.416,92	-15.416,92	-1.580,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-2.000,00	-17.416,92	-15.416,92	-1.580,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	-2.000,00	-15.416,92	-13.416,92	-1.580,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111027 Personalrat FB 5

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	151,36	200,00	0,00	-200,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	151,36	200,00	0,00	-200,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.106,02	-3.400,00	-1.959,45	1.440,55	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-2.591,77	-3.600,00	-3.280,02	319,98	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-4.697,79	-7.000,00	-5.239,47	1.760,53	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-4.546,43	-6.800,00	-5.239,47	1.560,53	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	-700,00	0,00	700,00	-700,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-700,00	0,00	700,00	-700,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	-700,00	0,00	700,00	-700,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111028 Gebäudereinigung Hansestadt Lübeck

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	909.153,93	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	909.153,93	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	909.153,93	0,00	0,00	0,00	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111029 Gebäudemanagement

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.540,86	200,00	20.000,00	19.800,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	55,79	55,79	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	623.458,15	631.100,00	684.417,43	53.317,43	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	112.338,93	234.200,00	383.485,91	149.285,91	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	433,39	433,39	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	747.337,94	865.500,00	1.088.392,52	222.892,52	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-22.812.140,44	-33.775.177,44	-30.088.610,57	3.686.566,87	-5.769.110,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	-3.450,23	-30.000,00	0,00	30.000,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-914.247,45	-260.431,76	-765.376,84	-504.945,08	-68.430,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-23.729.838,12	-34.065.609,20	-30.853.987,41	3.211.621,79	-5.837.540,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-22.982.500,18	-33.200.109,20	-29.765.594,89	3.434.514,31	-5.837.540,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	2.443.887,10	4.486.500,00	2.411.174,53	-2.075.325,47	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	11.000,00	100,00	11.501,00	11.401,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	513,62	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	2.455.400,72	4.486.600,00	2.422.675,53	-2.063.924,47	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-27.290,65	-204.880,00	-83.319,65	121.560,35	-77.027,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-10.324.501,31	-17.465.635,16	-7.459.220,56	10.006.414,60	-11.698.990,26
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-10.351.791,96	-17.670.515,16	-7.542.540,21	10.127.974,95	-11.776.017,26
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-7.896.391,24	-13.183.915,16	-5.119.864,68	8.064.050,48	-11.776.017,26

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111030 Passivbesteuerung

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	100,00	0,00	-100,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	3.400,00	42.800,00	115.278,32	72.478,32	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	3.400,00	42.900,00	115.278,32	72.378,32	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-5.121,55	-20.400,00	-7.980,25	12.419,75	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-16.972,97	-45.500,00	-12.602,11	32.897,89	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-22.094,52	-65.900,00	-20.582,36	45.317,64	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-18.694,52	-23.000,00	94.695,96	117.695,96	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	-500,00	-348,69	151,31	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-500,00	-348,69	151,31	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	-500,00	-348,69	151,31	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111034 Gesamtpersonalrat

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	100,00	0,00	-100,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	100,00	0,00	-100,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-450,10	-2.600,00	-1.310,66	1.289,34	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	-1.800,00	-3.600,00	-1.800,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-836,84	-3.100,00	-825,92	2.274,08	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-1.286,94	-7.500,00	-5.736,58	1.763,42	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-1.286,94	-7.400,00	-5.736,58	1.663,42	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111035 Personalrat FB 1

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	100,00	0,00	-100,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	100,00	0,00	-100,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-458,41	-1.600,00	-151,21	1.448,79	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-2.502,76	-4.800,00	-2.970,02	1.829,98	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-2.961,17	-6.400,00	-3.121,23	3.278,77	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-2.961,17	-6.300,00	-3.121,23	3.178,77	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	-283,96	-283,96	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	-283,96	-283,96	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	-283,96	-283,96	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111098 Entgelte und Bezüge

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	-133.256.844,24	-142.182.100,00	-137.662.811,00	4.519.289,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-23.624,01	0,00	-25.642,02	-25.642,02	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-270.634,13	0,00	-125.744,00	-125.744,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-133.551.102,38	-142.182.100,00	-137.814.197,02	4.367.902,98	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-133.551.102,38	-142.182.100,00	-137.814.197,02	4.367.902,98	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

111099 Versorgung

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	640.955,55	276.300,00	332.015,48	55.715,48	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	49.049,87	49.049,87	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	640.955,55	276.300,00	381.065,35	104.765,35	
70	10	Personalauszahlungen	-2.319.258,87	-2.757.100,00	-2.607.105,65	149.994,35	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	-21.046.546,99	-21.705.500,00	-21.402.057,72	303.442,28	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-1.001.538,42	-769.187,25	-1.287.842,20	-518.654,95	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-24.367.344,28	-25.231.787,25	-25.297.005,57	-65.218,32	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-23.726.388,73	-24.955.487,25	-24.915.940,22	39.547,03	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

121001 Statistik und Wahlen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	722,95	600,00	645,00	45,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	189.188,96	140.000,00	267.944,32	127.944,32	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	100,00	0,00	-100,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	189.911,91	140.700,00	268.589,32	127.889,32	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-11.736,79	-16.500,00	-13.545,97	2.954,03	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-164.139,62	-152.700,00	-75.874,47	76.825,53	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-175.876,41	-169.200,00	-89.420,44	79.779,56	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	14.035,50	-28.500,00	179.168,88	207.668,88	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	-1.500,00	0,00	1.500,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-1.500,00	0,00	1.500,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	-1.500,00	0,00	1.500,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

122001 Sondernutzung Marktbereiche

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

122002 Hafen- und Seemannsamt

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	100,00	0,00	-100,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	241.396,16	250.400,00	239.838,40	-10.561,60	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	2.590,00	2.500,00	1.820,00	-680,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	145.342,67	200.000,00	212.497,30	12.497,30	
65	7	sonstige Einzahlungen	3.663,98	1.500,00	2.960,00	1.460,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	392.992,81	454.500,00	457.115,70	2.615,70	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-10.038,61	-24.970,00	-9.680,91	15.289,09	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-41.351,86	-47.700,00	-52.107,66	-4.407,66	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-51.903,64	-57.930,00	-48.231,81	9.698,19	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-103.294,11	-130.600,00	-110.020,38	20.579,62	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	289.698,70	323.900,00	347.095,32	23.195,32	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-544,01	-1.000,00	-530,15	469,85	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-544,01	-1.000,00	-530,15	469,85	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-544,01	-1.000,00	-530,15	469,85	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

122003 Melde-u.Gewerbeangelegenheiten

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.630.220,72	1.900.800,00	1.740.713,59	-160.086,41	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	28.648,74	27.500,00	19.559,65	-7.940,35	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	33.827,40	8.500,00	9.886,74	1.386,74	
65	7	sonstige Einzahlungen	35.697,50	40.000,00	43.569,99	3.569,99	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	81,70	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	1.728.476,06	1.976.800,00	1.813.729,97	-163.070,03	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-177.293,11	-209.300,00	-160.541,54	48.758,46	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-61.167,61	-64.300,00	-64.207,71	92,29	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-813.661,61	-1.068.600,00	-899.512,96	169.087,04	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-1.052.122,33	-1.342.200,00	-1.124.262,21	217.937,79	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	676.353,73	634.600,00	689.467,76	54.867,76	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	145,89	145,89	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	145,89	145,89	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-8.523,74	-17.770,00	-4.582,28	13.187,72	-13.090,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-8.523,74	-17.770,00	-4.582,28	13.187,72	-13.090,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-8.523,74	-17.770,00	-4.436,39	13.333,61	-13.090,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

122004 Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	90.300,00	116.625,00	26.325,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	43.368,53	90.000,00	72.491,26	-17.508,74	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	200,00	2.140,00	1.940,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	9,20	120.700,00	137.732,77	17.032,77	
65	7	sonstige Einzahlungen	957,28	1.500,00	2.305,24	805,24	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	44.335,01	302.700,00	331.294,27	28.594,27	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-21.478,95	-307.240,16	-212.764,65	94.475,51	-10.061,64
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-156.476,36	-171.901,52	-164.442,35	7.459,17	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-177.955,31	-479.141,68	-377.207,00	101.934,68	-10.061,64
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-133.620,30	-176.441,68	-45.912,73	130.528,95	-10.061,64
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-2.139,63	-12.600,00	-5.207,52	7.392,48	-6.380,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-2.139,63	-12.600,00	-5.207,52	7.392,48	-6.380,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-2.139,63	-12.600,00	-5.207,52	7.392,48	-6.380,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

122005 Verkehrsangelegenheiten

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.697,00	9.200,00	7.337,00	-1.863,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.760.929,99	2.441.600,00	2.815.155,50	373.555,50	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	54.848,68	2.700,00	53.809,48	51.109,48	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	21.129,97	25.100,00	22.583,40	-2.516,60	
65	7	sonstige Einzahlungen	4.624.646,62	4.428.100,00	4.404.435,94	-23.664,06	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	74,32	0,00	135,70	135,70	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	7.464.326,58	6.906.700,00	7.303.457,02	396.757,02	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-221.200,64	-263.700,00	-203.065,02	60.634,98	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-3.291,60	-4.508,40	-6.294,60	-1.786,20	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-153.360,38	-184.491,60	-151.103,77	33.387,83	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-377.852,62	-452.700,00	-360.463,39	92.236,61	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	7.086.473,96	6.454.000,00	6.942.993,63	488.993,63	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	8.240,00	8.240,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	8.240,00	8.240,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-25.628,93	-60.616,00	-68.449,06	-7.833,06	-19.967,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-25.628,93	-60.616,00	-68.449,06	-7.833,06	-19.967,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-25.628,93	-60.616,00	-60.209,06	406,94	-19.967,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

122006 Standesamt

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	345.305,93	322.500,00	358.578,15	36.078,15	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	15.830,97	16.000,00	22.385,80	6.385,80	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	3.719,42	0,00	3.335,86	3.335,86	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,50	0,50	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	364.856,32	338.500,00	384.300,31	45.800,31	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-99.293,32	-123.848,51	-109.481,40	14.367,11	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-11.892,67	-16.451,49	-11.519,37	4.932,12	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-111.185,99	-140.300,00	-121.000,77	19.299,23	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	253.670,33	198.200,00	263.299,54	65.099,54	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-8.196,67	-10.000,00	-8.155,06	1.844,94	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-8.196,67	-10.000,00	-8.155,06	1.844,94	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-8.196,67	-10.000,00	-8.155,06	1.844,94	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

122007 Straßenverkehrsbehörde

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	889.713,78	900.000,00	825.558,15	-74.441,85	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	889.713,78	900.000,00	825.558,15	-74.441,85	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-9.823,25	-14.547,41	-10.329,98	4.217,43	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-14.964,81	-21.052,59	-13.836,51	7.216,08	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-24.788,06	-35.600,00	-24.166,49	11.433,51	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	864.925,72	864.400,00	801.391,66	-63.008,34	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

126001 Gefahrenabwehr

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	33.492,37	33.500,00	34.134,96	634,96	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	386.538,47	420.000,00	225.932,10	-194.067,90	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	24.946,57	12.200,00	55.214,00	43.014,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	191.308,79	189.600,00	270.301,22	80.701,22	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	636.286,20	655.300,00	585.582,28	-69.717,72	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.191.393,90	-1.216.250,00	-1.109.284,60	106.965,40	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-224.260,85	-329.050,00	-225.299,86	103.750,14	-115.000,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-1.415.654,75	-1.545.300,00	-1.334.584,46	210.715,54	-115.000,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-779.368,55	-890.000,00	-749.002,18	140.997,82	-115.000,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	737.855,00	877.300,00	726.988,29	-150.311,71	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	46.142,99	13.500,00	19.749,80	6.249,80	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	783.997,99	890.800,00	746.738,09	-144.061,91	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-1.266.776,54	-4.229.500,00	-625.974,96	3.603.525,04	-2.732.800,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-79.562,69	-4.887.921,00	-679.976,92	4.207.944,08	-4.227.040,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-1.346.339,23	-9.117.421,00	-1.305.951,88	7.811.469,12	-6.959.840,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-562.341,24	-8.226.621,00	-559.213,79	7.667.407,21	-6.959.840,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

127001 Rettungsdienst

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	11.264.489,63	13.082.800,00	11.269.807,54	-1.812.992,46	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	51.885,96	10.000,00	32.455,44	22.455,44	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	100,00	4.400,00	4.300,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	585,97	585,97	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	11.316.375,59	13.092.900,00	11.307.248,95	-1.785.651,05	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.701.327,55	-1.450.700,00	-1.423.602,48	27.097,52	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-5.343.874,98	-5.640.765,00	-5.889.256,38	-248.491,38	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-7.045.202,53	-7.091.465,00	-7.312.858,86	-221.393,86	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	4.271.173,06	6.001.435,00	3.994.390,09	-2.007.044,91	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	9.207,00	10.000,00	37.069,04	27.069,04	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	9.207,00	10.000,00	37.069,04	27.069,04	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-404.990,98	-1.940.100,00	-844.145,46	1.095.954,54	-1.175.100,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-404.990,98	-1.940.100,00	-844.145,46	1.095.954,54	-1.175.100,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-395.783,98	-1.930.100,00	-807.076,42	1.123.023,58	-1.175.100,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

128001 Katastrophenschutz

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	24.180,00	22.500,00	22.760,00	260,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	3.515,49	3.515,49	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.746,32	5.300,00	652,00	-4.648,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	25.926,32	27.800,00	26.927,49	-872,51	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-134.614,19	-103.637,00	-76.184,39	27.452,61	-25.900,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-48.351,76	-55.000,00	-56.819,60	-1.819,60	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	2.252,75	-15.800,00	-13.665,00	2.135,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-180.713,20	-174.437,00	-146.668,99	27.768,01	-25.900,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-154.786,88	-146.637,00	-119.741,50	26.895,50	-25.900,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	50.000,00	50.000,00	50.000,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	2.800,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	52.800,00	50.000,00	50.000,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-275.151,65	-417.700,00	-2.216,51	415.483,49	-416.500,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-275.151,65	-417.700,00	-2.216,51	415.483,49	-416.500,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-222.351,65	-367.700,00	47.783,49	415.483,49	-416.500,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)
211001 Grundschulen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.380,42	0,00	3.920,00	3.920,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	244,04	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	20,40	0,00	55,70	55,70	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	29.001,70	8.300,00	9.926,68	1.626,68	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	74.604,08	66.800,00	100.377,08	33.577,08	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	69,00	69,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	109.250,64	75.100,00	114.348,46	39.248,46	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-482.092,74	-762.137,48	-650.275,35	111.862,13	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-179.409,84	-100,00	-193,08	-93,08	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-288.025,20	-696.861,65	-320.495,67	376.365,98	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-949.527,78	-1.459.099,13	-970.964,10	488.135,03	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-840.277,14	-1.383.999,13	-856.615,64	527.383,49	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	6.643,65	6.643,65	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	6.643,65	6.643,65	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	-500,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-184.501,61	-402.380,44	-168.798,04	233.582,40	-211.223,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-9.337,32	-400.174,00	-126.837,38	273.336,62	-292.636,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-194.338,93	-802.554,44	-295.635,42	506.919,02	-503.859,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-194.338,93	-802.554,44	-288.991,77	513.562,67	-503.859,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

216101 Grund- und Regionalschulen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	17.844,32	0,00	8.561,20	8.561,20	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	2.769,74	0,00	1.588,18	1.588,18	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	11.512,05	0,00	16.809,91	16.809,91	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	32.126,11	0,00	26.959,29	26.959,29	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-151.756,46	-47.710,46	-40.603,92	7.106,54	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-59.884,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-162.200,88	-5.838,20	-16.191,22	-10.353,02	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-373.841,34	-53.548,66	-56.795,14	-3.246,48	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-341.715,23	-53.548,66	-29.835,85	23.712,81	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	565,00	565,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	565,00	565,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-26.416,94	-146.920,00	-12.811,60	134.108,40	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-86.583,52	-4.058.620,00	-765.247,59	3.293.372,41	-3.367.133,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-113.000,46	-4.205.540,00	-778.059,19	3.427.480,81	-3.367.133,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-113.000,46	-4.205.540,00	-777.494,19	3.428.045,81	-3.367.133,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)
217001 Gymnasien

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	172.844,48	0,00	7.058,20	7.058,20	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	41,60	0,00	125,00	125,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	477,90	0,00	263,40	263,40	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	9.658,30	3.000,00	9.546,98	6.546,98	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	609.311,51	889.900,00	1.023.933,07	134.033,07	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	8.101,00	8.101,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	113,69	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	792.447,48	892.900,00	1.049.027,65	156.127,65	
70	10	Personalauszahlungen	6.309,18	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-630.307,63	-907.728,36	-790.909,62	116.818,74	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-223.832,12	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-162.744,90	-727.616,60	-397.308,10	330.308,50	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-1.010.575,47	-1.635.344,96	-1.188.217,72	447.127,24	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-218.127,99	-742.444,96	-139.190,07	603.254,89	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	318.975,06	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	509,15	509,15	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	318.975,06	0,00	509,15	509,15	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-162.083,44	-416.137,56	-185.602,84	230.534,72	-195.396,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-1.170.153,29	-944.354,00	-215.562,73	728.791,27	-676.584,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-1.332.236,73	-1.360.491,56	-401.165,57	959.325,99	-871.980,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-1.013.261,67	-1.360.491,56	-400.656,42	959.835,14	-871.980,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)
218101 Gesamtschulen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	34,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	34,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	34,00	0,00	0,00	0,00	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-788,47	0,00	-4.295,70	-4.295,70	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-15.136,13	-41.000,00	0,00	41.000,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-15.924,60	-41.000,00	-4.295,70	36.704,30	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-15.924,60	-41.000,00	-4.295,70	36.704,30	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

218201 Gemeinschaftsschulen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	20.896,32	0,00	6.634,32	6.634,32	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	65,00	0,00	196,35	196,35	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	142,95	0,00	113,70	113,70	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	6.138,62	0,00	7.678,65	7.678,65	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	268.030,74	422.300,00	462.247,59	39.947,59	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	423,51	423,51	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	32,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	295.305,63	422.300,00	477.294,12	54.994,12	
70	10	Personalauszahlungen	-4.725,08	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-772.160,10	-1.621.714,88	-1.246.373,16	375.341,72	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-500.442,50	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-568.570,73	-1.282.243,04	-686.981,21	595.261,83	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-1.845.898,41	-2.903.957,92	-1.933.354,37	970.603,55	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-1.550.592,78	-2.481.657,92	-1.456.060,25	1.025.597,67	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	516.650,47	0,00	517.804,76	517.804,76	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	516.650,47	0,00	517.804,76	517.804,76	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-220.193,42	-1.277.571,00	-508.279,63	769.291,37	-808.835,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-1.107.405,76	-1.689.445,00	-735.515,64	953.929,36	-1.243.519,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-1.327.599,18	-2.967.016,00	-1.243.795,27	1.723.220,73	-2.052.354,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-810.948,71	-2.967.016,00	-725.990,51	2.241.025,49	-2.052.354,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

221001 Förderzentren

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.970,52	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	1.207,44	0,00	158,00	158,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	295.561,99	237.400,00	185.420,65	-51.979,35	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	1.077,33	1.077,33	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	300.739,95	237.400,00	186.655,98	-50.744,02	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-117.240,29	-262.957,62	-233.326,42	29.631,20	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-628.423,78	-100,00	-405,87	-305,87	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-624.607,00	-882.572,00	-303.383,22	579.188,78	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-1.370.271,07	-1.145.629,62	-537.115,51	608.514,11	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-1.069.531,12	-908.229,62	-350.459,53	557.770,09	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-40.485,16	-486.465,00	-111.870,60	374.594,40	-368.826,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-121.550,71	-207.872,00	-76.020,03	131.851,97	-137.622,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-162.035,87	-694.337,00	-187.890,63	506.446,37	-506.448,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-162.035,87	-694.337,00	-137.890,63	556.446,37	-506.448,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

233001 Berufsschulen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.037,20	200,00	592,00	392,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	71.074,63	54.000,00	58.186,40	4.186,40	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	2.336.998,28	2.340.000,00	2.063.190,41	-276.809,59	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	320,70	0,00	95,50	95,50	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	2.409.430,81	2.394.200,00	2.122.064,31	-272.135,69	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.652.295,36	-1.515.055,68	-1.519.082,55	-4.026,87	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-290.620,58	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-1.093.088,25	-1.475.837,00	-1.311.139,06	164.697,94	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-3.036.004,19	-2.990.892,68	-2.830.221,61	160.671,07	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-626.573,38	-596.692,68	-708.157,30	-111.464,62	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	300.000,00	10.000,00	-290.000,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	2.300,00	2.300,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	300.000,00	12.300,00	-287.700,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-1.523.593,33	-1.074.205,17	-621.646,28	452.558,89	-653.207,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-7.999.208,50	-3.659.614,40	-2.331.104,39	1.328.510,01	-1.917.237,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-9.522.801,83	-4.733.819,57	-2.952.750,67	1.781.068,90	-2.570.444,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-9.522.801,83	-4.433.819,57	-2.940.450,67	1.493.368,90	-2.570.444,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

241001 Schülerbeförderung

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	6.316,34	6.316,34	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	3.843,11	0,00	178,00	178,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	581.214,37	314.600,00	1.007.682,57	693.082,57	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	585.057,48	314.600,00	1.014.176,91	699.576,91	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-756.160,58	-794.284,42	-848.879,99	-54.595,57	-10.280,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-18.297,07	-267.205,18	-206.904,68	60.300,50	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-774.457,65	-1.061.489,60	-1.055.784,67	5.704,93	-10.280,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-189.400,17	-746.889,60	-41.607,76	705.281,84	-10.280,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-105.025,00	-119.975,00	-103.530,00	16.445,00	-14.127,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-105.025,00	-119.975,00	-103.530,00	16.445,00	-14.127,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-105.025,00	-119.975,00	-103.530,00	16.445,00	-14.127,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

242001 Schneiderei BALI/JAW

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	-20,53	-20,53	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	-20,53	-20,53	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	-20,53	-20,53	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

243001 Allgemeine Schulträgeraufgaben

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.883.042,16	0,00	875,00	875,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	640,39	0,00	71,49	71,49	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	62,70	0,00	5,10	5,10	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	181.367,97	116.600,00	161.915,08	45.315,08	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	138.573,70	138.573,70	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	2.065.113,22	116.600,00	301.440,37	184.840,37	
70	10	Personalauszahlungen	-18.800,00	0,00	-18.000,00	-18.000,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-492.166,36	-513.084,38	-507.181,49	5.902,89	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-840.195,57	-1.094.323,48	-1.039.779,81	54.543,67	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-1.605.698,25	-1.892.317,59	-1.871.787,81	20.529,78	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-2.956.860,18	-3.499.725,45	-3.436.749,11	62.976,34	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-891.746,96	-3.383.125,45	-3.135.308,74	247.816,71	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-19.771,11	-53.970,43	-13.314,26	40.656,17	-24.640,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-19.771,11	-53.970,43	-13.314,26	40.656,17	-24.640,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-19.771,11	-53.970,43	-13.314,26	40.656,17	-24.640,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)
243002 Angebote der Ganztagsbetreuung

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	209.043,28	230.400,00	223.236,46	-7.163,54	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	4.577,59	3.800,00	4.469,01	669,01	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	213.620,87	234.200,00	227.705,47	-6.494,53	
70	10	Personalauszahlungen	-5.225,84	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-771.274,62	-1.527.796,44	-1.461.908,38	65.888,06	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-776.500,46	-1.527.796,44	-1.461.908,38	65.888,06	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-562.879,59	-1.293.596,44	-1.234.202,91	59.393,53	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)
243003 Bildungsfond

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	68,00	0,00	157,20	157,20	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	112.370,96	112.370,96	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	68,00	0,00	112.528,16	112.528,16	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	-700,00	-700,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	-236.982,71	-236.982,71	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	-237.682,71	-237.682,71	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	68,00	0,00	-125.154,55	-125.154,55	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

251001 Die Lübecker Museen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	804.966,12	300,00	790.578,65	790.278,65	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	723.178,07	633.700,00	706.923,13	73.223,13	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	57.810,00	39.000,00	0,00	-39.000,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	15.812,11	0,00	17.719,16	17.719,16	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	164,63	0,00	52,80	52,80	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	1.601.930,93	673.000,00	1.515.273,74	842.273,74	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	-3.951,35	-4.500,00	-2.767,14	1.732,86	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.114.221,21	-1.006.350,00	-1.172.026,43	-165.676,43	-614.000,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	-172,69	-172,69	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-13.665,66	-716.400,00	-685.723,96	30.676,04	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-288.741,43	-633.450,00	-316.743,32	316.706,68	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-1.420.579,65	-2.360.700,00	-2.177.433,54	183.266,46	-614.000,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	181.351,28	-1.687.700,00	-662.159,80	1.025.540,20	-614.000,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	9.929,20	0,00	69.525,33	69.525,33	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	627.682,20	0,00	427.462,00	427.462,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	637.611,40	0,00	496.987,33	496.987,33	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-994.230,37	-499.047,00	-162.278,21	336.768,79	-35.130,31
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-567.248,25	0,00	-377.962,82	-377.962,82	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-6.072,28	-12.331,03	-34.407,62	-22.076,59	-7.440,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-1.567.550,90	-511.378,03	-574.648,65	-63.270,62	-42.570,31
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-929.939,50	-511.378,03	-77.661,32	433.716,71	-42.570,31

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

261001 Theater Lübeck gGmbH

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.780.000,00	9.927.000,00	9.928.500,00	1.500,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	339.353,08	339.300,00	339.353,08	53,08	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	64.477,08	0,00	64.477,08	64.477,08	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	10.183.830,16	10.266.300,00	10.332.330,16	66.030,16	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-16.780.000,00	-17.327.000,00	-17.328.500,00	-1.500,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-16.780.000,00	-17.327.100,00	-17.328.500,00	-1.400,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-6.596.169,84	-7.060.800,00	-6.996.169,84	64.630,16	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

271001 VHS Lübeck

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	229.678,58	114.600,00	91.381,10	-23.218,90	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.124.274,65	1.100.000,00	1.183.977,44	83.977,44	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	5.168,01	3.400,00	8.352,57	4.952,57	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	49.980,44	100,00	51.840,95	51.740,95	
65	7	sonstige Einzahlungen	2.423,40	100,00	2.954,39	2.854,39	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	1.411.525,08	1.218.200,00	1.338.506,45	120.306,45	
70	10	Personalauszahlungen	-561.398,53	0,00	-577.369,54	-577.369,54	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	-165,98	-2.000,00	-131,04	1.868,96	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-165.753,41	-153.900,00	-137.041,46	16.858,54	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-114.674,80	-74.400,00	-83.189,61	-8.789,61	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-841.992,72	-230.300,00	-797.731,65	-567.431,65	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	569.532,36	987.900,00	540.774,80	-447.125,20	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	500,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	500,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-12.016,00	-38.893,00	-26.844,61	12.048,39	-12.048,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-75.296,63	-8.218,00	-6.590,91	1.627,09	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-87.312,63	-47.111,00	-33.435,52	13.675,48	-12.048,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-86.812,63	-47.111,00	-33.435,52	13.675,48	-12.048,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

272001 Stadtbibliothek

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	85.148,33	400,00	117.168,20	116.768,20	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	337.795,89	332.100,00	339.218,49	7.118,49	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	4.146,65	6.600,00	5.702,64	-897,36	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	52,62	0,00	5,80	5,80	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	427.143,49	339.100,00	462.095,13	122.995,13	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-214.305,39	-194.084,07	-228.441,00	-34.356,93	-12.668,74
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-506.856,37	-515.900,00	-505.169,66	10.730,34	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-721.161,76	-709.984,07	-733.610,66	-23.626,59	-12.668,74
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-294.018,27	-370.884,07	-271.515,53	99.368,54	-12.668,74
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	41.699,60	200,00	0,00	-200,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	41.699,60	200,00	0,00	-200,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-105.152,80	-81.000,00	-24.590,40	56.409,60	-33.100,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-105.152,80	-81.000,00	-24.590,40	56.409,60	-33.100,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-63.453,20	-80.800,00	-24.590,40	56.209,60	-33.100,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

281001 Kulturangebote

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	15.889,73	200,00	2.709,53	2.509,53	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	26.112,00	4.000,00	25.994,43	21.994,43	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	2.600,00	0,00	-2.600,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	42.001,73	6.800,00	28.703,96	21.903,96	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-111.914,81	-89.934,47	-101.226,19	-11.291,72	-10.711,73
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-326.269,00	-331.278,89	-233.769,00	97.509,89	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-10.788,64	-9.300,00	-1.463,64	7.836,36	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-448.972,45	-430.513,36	-336.458,83	94.054,53	-10.711,73
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-406.970,72	-423.713,36	-307.754,87	115.958,49	-10.711,73
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-567,92	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-567,92	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-567,92	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

281002 Nordische Filmtage

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	318.505,48	177.900,00	325.250,00	147.350,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	145.891,24	101.100,00	58.921,36	-42.178,64	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	9.617,01	0,00	8.751,18	8.751,18	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	474.013,73	279.000,00	392.922,54	113.922,54	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-397.643,34	-299.892,10	-534.432,10	-234.540,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-170.448,98	-121.824,31	-207.112,52	-85.288,21	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-568.092,32	-421.716,41	-741.544,62	-319.828,21	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-94.078,59	-142.716,41	-348.622,08	-205.905,67	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

311001 Grundversorgung u. Hilfen SGB XII

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.904,82	200,00	26.593,20	26.393,20	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	7.966.288,08	7.299.700,00	7.832.193,53	532.493,53	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	16.344,00	25.400,00	13.488,00	-11.912,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	94.763.820,85	104.718.600,00	101.584.426,26	-3.134.173,74	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	20.053,11	0,00	32.575,32	32.575,32	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	102.775.410,86	112.043.900,00	109.489.276,31	-2.554.623,69	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-102.776,42	-119.554,67	-113.656,83	5.897,84	-2.848,82
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-124.445.167,33	-131.994.670,61	-130.216.817,29	1.777.853,32	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-158.940,31	-153.636,90	-122.566,71	31.070,19	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-124.706.884,06	-132.267.862,18	-130.453.040,83	1.814.821,35	-2.848,82
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-21.931.473,20	-20.223.962,18	-20.963.764,52	-739.802,34	-2.848,82
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	200,00	0,00	-200,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	200,00	0,00	-200,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-9.774,28	-24.500,00	-11.815,86	12.684,14	-12.834,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-9.774,28	-24.500,00	-11.815,86	12.684,14	-12.834,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-9.774,28	-24.300,00	-11.815,86	12.484,14	-12.834,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)
312101 SGB II

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.793.233,52	19.900.600,00	18.999.540,98	-901.059,02	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	490.141,06	500.000,00	584.868,41	84.868,41	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	-74,80	-74,80	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	19.283.374,58	20.400.600,00	19.584.334,59	-816.265,41	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-204.242,29	-200.000,00	-160.097,68	39.902,32	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-70.763.283,81	-71.716.600,00	-66.880.280,22	4.836.319,78	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-70.967.526,10	-71.916.600,00	-67.040.377,90	4.876.222,10	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-51.684.151,52	-51.516.000,00	-47.456.043,31	4.059.956,69	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

312901 Verwaltung SGB II

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	6.421.633,95	6.385.000,00	6.524.347,23	139.347,23	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	6.421.633,95	6.385.000,00	6.524.347,23	139.347,23	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-4.225,26	-26.449,81	-2.165,08	24.284,73	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-3.420.515,08	-3.605.450,19	-3.567.191,54	38.258,65	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-3.424.740,34	-3.631.900,00	-3.569.356,62	62.543,38	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	2.996.893,61	2.753.100,00	2.954.990,61	201.890,61	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-1.250,74	-1.700,00	0,00	1.700,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-1.250,74	-1.700,00	0,00	1.700,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-1.250,74	-1.700,00	0,00	1.700,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

312902 Öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	58.540,06	531.000,00	500.539,10	-30.460,90	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	58.540,06	531.000,00	500.539,10	-30.460,90	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-728.677,36	-1.106.100,00	-907.085,53	199.014,47	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-728.677,36	-1.106.100,00	-907.085,53	199.014,47	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-670.137,30	-575.100,00	-406.546,43	168.553,57	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

313001 Hilfen für Asylbewerber

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	53.818,03	700,00	89.310,59	88.610,59	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	2.490.020,24	3.605.200,00	4.737.946,46	1.132.746,46	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	2.543.838,27	3.605.900,00	4.827.257,05	1.221.357,05	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-3.792.182,80	-5.215.638,87	-7.125.542,20	-1.909.903,33	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-31.477,57	-100,00	0,00	100,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-3.823.660,37	-5.215.738,87	-7.125.542,20	-1.909.803,33	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-1.279.822,10	-1.609.838,87	-2.298.285,15	-688.446,28	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

315001 Soziale Einrichtungen und Angebote

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	36.965,01	200,00	36.858,98	36.658,98	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	57.042,03	100,00	111,81	11,81	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	250.408,45	840.300,00	480.606,03	-359.693,97	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	493,58	200,00	9,40	-190,60	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	414.570,49	386.700,00	329.790,97	-56.909,03	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	2,00	2,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	759.479,56	1.227.500,00	847.379,19	-380.120,81	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-6.476,96	-10.300,00	-8.743,31	1.556,69	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-26.469,30	-17.317,61	-23.943,12	-6.625,51	-19.270,64
74	15	sonstige Auszahlungen	-651.077,14	-2.399.900,00	-1.533.421,98	866.478,02	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-684.023,40	-2.427.517,61	-1.566.108,41	861.409,20	-19.270,64
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	75.456,16	-1.200.017,61	-718.729,22	481.288,39	-19.270,64
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-2.899,30	-8.300,00	-6.648,81	1.651,19	-3.400,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-2.899,30	-8.300,00	-6.648,81	1.651,19	-3.400,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-2.899,30	-8.300,00	-6.648,81	1.651,19	-3.400,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

315002 Integration in der Hansestadt Lübeck

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	20,60	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	100,00	20.000,00	19.900,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	20,60	100,00	20.000,00	19.900,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.737,03	-5.900,00	-2.821,55	3.078,45	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-618,64	-2.700,00	-402,30	2.297,70	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-2.355,67	-8.600,00	-3.223,85	5.376,15	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-2.335,07	-8.500,00	16.776,15	25.276,15	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

315201 SeniorInneneinrichtungen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-1.302.382,36	-1.000.000,00	-3.257.365,28	-2.257.365,28	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-1.302.382,36	-1.000.000,00	-3.257.365,28	-2.257.365,28	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-1.302.382,36	-1.000.000,00	-3.257.365,28	-2.257.365,28	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

321001 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	1.300,00	1.300,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	217.247,73	0,00	106.124,56	106.124,56	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	217.247,73	0,00	107.424,56	107.424,56	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-114.428,86	-61.000,00	-22.363,98	38.636,02	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-40.000,00	-58.150,58	-18.150,58	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-114.428,86	-101.000,00	-80.514,56	20.485,44	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	102.818,87	-101.000,00	26.910,00	127.910,00	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

331001 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	100,00	0,00	-100,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	355.829,75	367.200,00	384.517,15	17.317,15	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	355.829,75	367.300,00	384.517,15	17.217,15	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-3.042.584,00	-3.173.500,00	-3.167.503,75	5.996,25	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-3.042.584,00	-3.173.600,00	-3.167.503,75	6.096,25	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-2.686.754,25	-2.806.300,00	-2.782.986,60	23.313,40	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

341001 Unterhaltsvorschuss

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	100,00	5,10	-94,90	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	100,00	5,10	-94,90	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	-8.900,00	0,00	8.900,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-3.914,56	-7.800,00	-4.206,15	3.593,85	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-3.914,56	-16.700,00	-4.206,15	12.493,85	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-3.914,56	-16.600,00	-4.201,05	12.398,95	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-1.949,59	-2.100,00	-2.030,55	69,45	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-1.949,59	-2.100,00	-2.030,55	69,45	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-1.949,59	-2.100,00	-2.030,55	69,45	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

343001 Betreuungsangelegenheiten

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.560,00	100,00	2.670,00	2.570,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	3.560,00	100,00	2.670,00	2.570,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-10.113,11	-11.600,00	-8.586,61	3.013,39	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-3.363,10	-5.200,00	-4.781,10	418,90	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-13.476,21	-16.900,00	-13.367,71	3.532,29	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-9.916,21	-16.800,00	-10.697,71	6.102,29	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

345001 Leistungen für Bildung und Teilhabe

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.754.808,21	849.400,00	194.496,22	-654.903,78	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	1.754.808,21	849.400,00	194.496,22	-654.903,78	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-4.829,07	-4.500,00	0,00	4.500,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-779.787,98	-802.798,95	-696.884,66	105.914,29	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-5.200,00	-1.606,93	3.593,07	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-784.617,05	-812.498,95	-698.491,59	114.007,36	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	970.191,16	36.901,05	-503.995,37	-540.896,42	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

351001 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	14.437,73	0,00	13.173,60	13.173,60	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	4.719,36	200,00	2.677,50	2.477,50	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	592,25	200,00	1.261,25	1.061,25	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	3.092.456,24	3.161.900,00	3.063.030,66	-98.869,34	
65	7	sonstige Einzahlungen	537,00	100,00	207,00	107,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	100,00	0,00	-100,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	3.112.742,58	3.162.500,00	3.080.350,01	-82.149,99	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-27.464,84	-30.900,00	-22.593,92	8.306,08	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-5.828.049,63	-6.103.900,00	-5.792.400,97	311.499,03	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-4.772,28	-10.400,00	-121.787,62	-111.387,62	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-5.860.286,75	-6.145.200,00	-5.936.782,51	208.417,49	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-2.747.544,17	-2.982.700,00	-2.856.432,50	126.267,50	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)
351002 Lastenausgleich

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,52	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,52	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	-11.554,31	-11.554,31	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	-11.554,31	-11.554,31	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	0,52	0,00	-11.554,31	-11.554,31	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

361001 Finanzielle Förderung in Kindertageseinrichtungen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	240.968,00	240.968,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	10.647,10	50.000,00	6.682,24	-43.317,76	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	10.647,10	50.000,00	247.650,24	197.650,24	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.310,29	-3.300,00	-2.998,48	301,52	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-5.057.576,64	-5.610.000,00	-5.532.180,98	77.819,02	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-380,80	-1.600,00	0,00	1.600,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-5.059.267,73	-5.614.900,00	-5.535.179,46	79.720,54	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-5.048.620,63	-5.564.900,00	-5.287.529,22	277.370,78	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

361002 Familienservice

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)
361003 Tagespflege

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	51.508,74	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	1.152.753,15	1.410.100,00	1.099.780,98	-310.319,02	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	100,00	-130,40	-230,40	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	100,00	0,00	-100,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	1.204.261,89	1.410.300,00	1.099.650,58	-310.649,42	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-665,88	-4.800,00	0,00	4.800,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-7.247.869,47	-7.320.100,00	-8.103.618,49	-783.518,49	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-1.800,00	-138,40	1.661,60	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-7.248.535,35	-7.326.700,00	-8.103.756,89	-777.056,89	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-6.044.273,46	-5.916.400,00	-7.004.106,31	-1.087.706,31	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-1.397,44	-500,00	0,00	500,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-1.397,44	-500,00	0,00	500,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-1.397,44	-500,00	0,00	500,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

362001 Planung Jugendarbeit

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	509.888,97	350.000,00	261.223,28	-88.776,72	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	500,00	500,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	281,58	281,58	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	509.888,97	350.000,00	262.004,86	-87.995,14	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-25.543,11	-161.100,00	-43.973,01	117.126,99	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-3.989,49	-8.500,00	-1.041,00	7.459,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-29.532,60	-169.600,00	-45.014,01	124.585,99	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	480.356,37	180.400,00	216.990,85	36.590,85	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

362002 Jugendarbeit

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	27.104,08	17.500,00	13.125,22	-4.374,78	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	100,00	0,00	-100,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	100,00	0,00	-100,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	40.480,93	78.100,00	42.923,03	-35.176,97	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	100,00	0,00	-100,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	67.585,01	95.900,00	56.048,25	-39.851,75	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-45.369,16	-35.387,31	-33.806,43	1.580,88	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	-49.920,00	-50.000,00	-49.920,00	80,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-1.968.093,81	-1.985.993,92	-1.993.798,36	-7.804,44	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-4.591,16	-6.630,81	-4.640,95	1.989,86	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-2.067.974,13	-2.078.012,04	-2.082.165,74	-4.153,70	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-2.000.389,12	-1.982.112,04	-2.026.117,49	-44.005,45	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	-1.100,00	0,00	1.100,00	-1.100,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-1.100,00	0,00	1.100,00	-1.100,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	-1.100,00	0,00	1.100,00	-1.100,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

362003 Bildungsfonds

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.426.425,87	3.527.900,00	4.163.551,86	635.651,86	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	3.015,00	2.500,00	3.120,00	620,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	297,52	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	3.429.738,39	3.530.400,00	4.166.671,86	636.271,86	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-53.921,31	-66.709,56	-68.540,60	-1.831,04	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-4.157.946,31	-3.966.290,44	-4.310.839,79	-344.549,35	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-4.211.867,62	-4.033.100,00	-4.379.380,39	-346.280,39	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-782.129,23	-502.700,00	-212.708,53	289.991,47	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

363001 Planung Jugendhilfe

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	-1.100,00	0,00	1.100,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	-1.200,00	0,00	1.200,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	0,00	-1.200,00	0,00	1.200,00	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

363002 Jugendhilfe

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	481.976,55	165.100,00	514.928,10	349.828,10	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	2.153.000,22	1.883.500,00	1.391.090,33	-492.409,67	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	100,00	-235,07	-335,07	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	1.555,37	100,00	1.269,50	1.169,50	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.357.019,36	809.900,00	1.867.516,02	1.057.616,02	
65	7	sonstige Einzahlungen	14.425,00	100,00	9.294,00	9.194,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	4.007.976,50	2.858.800,00	3.783.862,88	925.062,88	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-99.266,68	-121.000,00	-103.372,82	17.627,18	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-29.557.235,59	-32.464.200,00	-29.706.550,42	2.757.649,58	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-1.993.673,96	-2.593.000,00	-2.133.022,26	459.977,74	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-31.650.176,23	-35.178.200,00	-31.942.945,50	3.235.254,50	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-27.642.199,73	-32.319.400,00	-28.159.082,62	4.160.317,38	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	100,00	0,00	-100,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	100,00	0,00	-100,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-12.244,39	-11.050,00	-12.476,08	-1.426,08	-1.500,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	-4.700,00	0,00	4.700,00	-4.700,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-12.244,39	-15.750,00	-12.476,08	3.273,92	-6.200,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-12.244,39	-15.650,00	-12.476,08	3.173,92	-6.200,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

365001 Planung und Bezuschussung Kindertagesbetreuung

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.734.029,33	10.600.000,00	11.806.042,04	1.206.042,04	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	8.150,00	8.150,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	163.522,37	75.000,00	220.244,70	145.244,70	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	11.897.551,70	10.675.000,00	12.034.436,74	1.359.436,74	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-37.546,63	-58.566,69	-56.260,16	2.306,53	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-37.478.088,57	-43.674.533,31	-42.056.843,97	1.617.689,34	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-205.473,08	-220.100,00	-161.489,92	58.610,08	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-37.721.108,28	-43.953.200,00	-42.274.594,05	1.678.605,95	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-25.823.556,58	-33.278.200,00	-30.240.157,31	3.038.042,69	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	1.626.938,95	0,00	3.526.636,48	3.526.636,48	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	1.626.938,95	0,00	3.526.636,48	3.526.636,48	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	-2.100.119,72	0,00	-3.184.754,92	-3.184.754,92	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-1.724,10	-2.000,00	-1.705,93	294,07	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-2.101.843,82	-2.000,00	-3.186.460,85	-3.184.460,85	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-474.904,87	-2.000,00	340.175,63	342.175,63	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

365002 Betreuung in Kindertageseinrichtungen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.090.377,99	10.664.700,00	9.896.263,34	-768.436,66	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.155.158,32	2.245.600,00	2.184.079,53	-61.520,47	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	3.477.454,28	3.912.200,00	3.433.421,87	-478.778,13	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	91.328,74	200,00	64.270,41	64.070,41	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	14.814.319,33	16.822.700,00	15.578.035,15	-1.244.664,85	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-972.207,35	-1.234.350,00	-1.083.079,43	151.270,57	-33.200,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-371.173,97	-179.900,00	-440.341,66	-260.441,66	-3.100,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-1.343.381,32	-1.414.250,00	-1.523.421,09	-109.171,09	-36.300,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	13.470.938,01	15.408.450,00	14.054.614,06	-1.353.835,94	-36.300,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	1.114,88	305.000,00	1.655.296,32	1.350.296,32	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	7.021,00	7.021,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	1.114,88	305.000,00	1.662.317,32	1.357.317,32	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	-570.000,00	-665.000,00	-95.000,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-153.978,50	-662.235,00	-438.360,46	223.874,54	-242.732,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-1.580.343,76	-2.446.712,00	-1.127.123,49	1.319.588,51	-1.534.323,86
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-1.734.322,26	-3.678.947,00	-2.230.483,95	1.448.463,05	-1.777.055,86
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-1.733.207,38	-3.373.947,00	-568.166,63	2.805.780,37	-1.777.055,86

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

366001 Jugendfreizeiteinrichtungen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	105.015,06	38.600,00	56.278,58	17.678,58	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	29.551,49	11.600,00	26.772,61	15.172,61	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	3.924,66	1.200,00	11.466,16	10.266,16	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	4.231,87	4.231,87	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	138.491,21	51.400,00	98.749,22	47.349,22	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	-38.103,00	-38.103,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-295.860,23	-248.077,24	-317.448,57	-69.371,33	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-20.221,37	-21.064,72	-19.568,67	1.496,05	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-316.081,60	-269.141,96	-375.120,24	-105.978,28	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-177.590,39	-217.741,96	-276.371,02	-58.629,06	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	-462,56	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	120.000,00	120.000,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	-462,56	120.000,00	120.000,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-21.432,04	-75.932,00	-21.896,42	54.035,58	-24.359,85
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-11.051,08	-262.664,00	-64.218,61	198.445,39	-181.092,15
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-32.483,12	-338.596,00	-86.115,03	252.480,97	-205.452,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-32.945,68	-218.596,00	33.884,97	252.480,97	-205.452,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

367001 Abwicklung Wakenitzhof

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	100,00	0,00	-100,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	177.876,02	201.000,00	210.946,80	9.946,80	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	177.876,02	201.100,00	210.946,80	9.846,80	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	177.876,02	201.000,00	210.946,80	9.946,80	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

367002 Kriminalprävention

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	40.000,00	400,00	40.000,00	39.600,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	100,00	0,00	-100,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	8.338,00	8.338,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	40.000,00	500,00	48.338,00	47.838,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-19,24	-2.800,00	-116,67	2.683,33	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-67.964,59	-30.646,00	-90.773,31	-60.127,31	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-170,66	-1.000,00	-523,92	476,08	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-68.154,49	-34.446,00	-91.413,90	-56.967,90	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-28.154,49	-33.946,00	-43.075,90	-9.129,90	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

367003 Jugendberufshilfe

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.265.132,06	218.100,00	242.741,67	24.641,67	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.107,48	5.700,00	10.501,00	4.801,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	33.309,17	26.800,00	12.634,37	-14.165,63	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	22.277,17	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	4.336,33	0,00	2.823,65	2.823,65	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	1.340.162,21	250.600,00	268.700,69	18.100,69	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-31.543,67	-33.554,83	-6.555,96	26.998,87	-8.253,18
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-40.814,58	0,00	-19.191,34	-19.191,34	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-645.352,02	-81.045,17	-326.362,55	-245.317,38	-43.141,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-717.710,27	-114.600,00	-352.109,85	-237.509,85	-51.394,18
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	622.451,94	136.000,00	-83.409,16	-219.409,16	-51.394,18
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	200,00	0,00	-200,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	19.473,83	200,00	13.826,07	13.626,07	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	19.473,83	400,00	13.826,07	13.426,07	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-1.247,12	-200,00	-250,00	-50,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-1.247,12	-200,00	-250,00	-50,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	18.226,71	200,00	13.576,07	13.376,07	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

411001 Krankenhausinvestitionsbeitrag

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-3.083.972,04	-3.164.120,00	-3.141.736,26	22.383,74	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-3.083.972,04	-3.164.220,00	-3.141.736,26	22.483,74	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-3.083.972,04	-3.164.220,00	-3.141.736,26	22.483,74	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

414001 Gesundheitsamt

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	66.130,61	46.000,00	76.532,34	30.532,34	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	350.722,61	290.000,00	323.766,23	33.766,23	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	65.296,17	60.100,00	61.156,41	1.056,41	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	248.040,19	127.000,00	153.068,11	26.068,11	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	730.189,58	523.100,00	614.523,09	91.423,09	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-425.414,07	-370.551,86	-312.413,66	58.138,20	-7.125,55
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-105.440,74	-75.251,22	-108.007,53	-32.756,31	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-530.854,81	-445.803,08	-420.421,19	25.381,89	-7.125,55
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	199.334,77	77.296,92	194.101,90	116.804,98	-7.125,55
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	540,01	500,00	540,01	40,01	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	540,01	500,00	540,01	40,01	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-1.670,97	-9.000,00	-2.199,89	6.800,11	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-1.670,97	-9.000,00	-2.199,89	6.800,11	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-1.130,96	-8.500,00	-1.659,88	6.840,12	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)
418001 Kurbetrieb Travemünde

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	100,00	0,00	-100,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	100,00	0,00	-100,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	1.000,00	0,00	-1.000,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	1.000,00	0,00	-1.000,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	-1.000,00	0,00	1.000,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-1.000,00	0,00	1.000,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

421001 Förderung des Sports

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.538,58	-2.500,00	-2.434,64	65,36	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-258.452,10	-340.159,00	-263.028,70	77.130,30	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-259.990,68	-342.659,00	-265.463,34	77.195,66	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-259.990,68	-342.659,00	-265.463,34	77.195,66	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	33,95	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	33,95	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	-372.302,09	-225.802,00	-151.117,88	74.684,12	-77.517,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-372.302,09	-225.802,00	-151.117,88	74.684,12	-77.517,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-372.268,14	-225.802,00	-151.117,88	74.684,12	-77.517,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

424001 Sportstätten

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	672,27	672,27	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.529,80	0,00	150,00	150,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	175.952,55	145.000,00	204.240,59	59.240,59	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.204,80	4.500,00	1.819,03	-2.680,97	
65	7	sonstige Einzahlungen	28.989,99	0,00	33.367,33	33.367,33	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	207.677,14	149.500,00	240.249,22	90.749,22	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-167.286,61	-190.461,35	-144.654,60	45.806,75	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-147.036,92	-168.341,45	-160.058,98	8.282,47	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-314.323,53	-358.802,80	-304.713,58	54.089,22	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-106.646,39	-209.302,80	-64.464,36	144.838,44	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	50.000,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	828,15	828,15	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	50.000,00	0,00	828,15	828,15	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-19.198,00	-35.944,00	-46.277,44	-10.333,44	-1.302,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-79.629,61	-36.459,00	-603,52	35.855,48	-36.459,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-98.827,61	-72.403,00	-46.880,96	25.522,04	-37.761,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-48.827,61	-72.403,00	-46.052,81	26.350,19	-37.761,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

424002 Lübecker Schwimmbäder

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-3.971.000,00	-3.941.000,00	-3.941.000,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-3.971.000,00	-3.941.100,00	-3.941.000,00	100,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-3.971.000,00	-3.941.100,00	-3.941.000,00	100,00	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	1.000,00	0,00	-1.000,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	1.000,00	0,00	-1.000,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	-1.000,00	0,00	1.000,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-1.000,00	0,00	1.000,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

424003 Bark Passat/Passathafen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.774,08	0,00	12.660,53	12.660,53	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	195,32	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	899.516,75	897.400,00	888.341,42	-9.058,58	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	706,07	0,00	636,87	636,87	
65	7	sonstige Einzahlungen	119.345,09	0,00	117.522,40	117.522,40	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	1.036.537,31	897.400,00	1.019.161,22	121.761,22	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-172.185,19	-128.634,65	-100.915,89	27.718,76	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-101.918,69	-441.343,09	-117.987,30	323.355,79	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-274.103,88	-569.977,74	-218.903,19	351.074,55	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	762.433,43	327.422,26	800.258,03	472.835,77	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	797,23	797,23	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	797,23	797,23	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-7.101,19	-47.878,00	-14.147,73	33.730,27	-33.729,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-23.728,73	-1.293.516,00	-197.536,53	1.095.979,47	-903.212,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-30.829,92	-1.341.394,00	-211.684,26	1.129.709,74	-936.941,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-30.829,92	-1.341.394,00	-210.887,03	1.130.506,97	-936.941,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

511001 Betreuung Gutachterausschuss

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	7.500,00	7.500,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	55.352,46	60.000,00	38.528,99	-21.471,01	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	700,00	0,00	-700,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	8.524,26	0,00	5.632,18	5.632,18	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	63.876,72	60.700,00	51.661,17	-9.038,83	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-301.082,77	-330.300,00	-292.929,00	37.371,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-301.082,77	-330.300,00	-292.929,00	37.371,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-237.206,05	-269.600,00	-241.267,83	28.332,17	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

511003 Stadtplanung und -entwicklung

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.187,00	500,00	121,50	-378,50	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	6.576,00	2.500,00	1.860,60	-639,40	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	26,78	200,00	18,45	-181,55	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	28.493,76	8.800,00	5.251,35	-3.548,65	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	36.283,54	12.000,00	7.251,90	-4.748,10	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-54.358,70	-66.300,00	-36.028,22	30.271,78	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	-212.756,82	-300.000,00	-121.213,45	178.786,55	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	-8.600,00	0,00	8.600,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-205.495,16	-299.168,28	-288.701,95	10.466,33	-352.960,02
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-472.610,68	-674.068,28	-445.943,62	228.124,66	-352.960,02
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-436.327,14	-662.068,28	-438.691,72	223.376,56	-352.960,02
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	216.610,54	1.813.200,00	414.692,97	-1.398.507,03	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	216.610,54	1.813.200,00	414.692,97	-1.398.507,03	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	-191.756,25	-7.141.800,00	-569.735,16	6.572.064,84	-6.061.941,31
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-1.140,25	-5.869,00	-6.252,63	-383,63	-346,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-68.377,33	-184.966,42	-39.589,09	145.377,33	-145.177,33
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-261.273,83	-7.332.635,42	-615.576,88	6.717.058,54	-6.207.464,64
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-44.663,29	-5.519.435,42	-200.883,91	5.318.551,51	-6.207.464,64

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

521001 Baulicher Brandschutz

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	23.064,94	17.000,00	19.618,07	2.618,07	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	23.064,94	17.000,00	19.618,07	2.618,07	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.635,39	-15.843,00	-10.981,45	4.861,55	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-8.402,06	-10.155,00	-7.822,17	2.332,83	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-12.037,45	-25.998,00	-18.803,62	7.194,38	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	11.027,49	-8.998,00	814,45	9.812,45	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	-4.600,00	-3.915,10	684,90	-4.600,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-4.600,00	-3.915,10	684,90	-4.600,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	-4.600,00	-3.915,10	684,90	-4.600,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

521002 Bauaufsicht

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	15.000,00	0,00	-15.000,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.825.663,57	2.050.000,00	3.227.578,72	1.177.578,72	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.353,00	100,00	865,74	765,74	
65	7	sonstige Einzahlungen	500,00	100,00	1.016,00	916,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	2.827.516,57	2.065.200,00	3.229.460,46	1.164.260,46	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-17.259,46	-29.300,00	-23.603,60	5.696,40	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-476.767,18	-222.900,00	-594.198,52	-371.298,52	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-494.026,64	-252.200,00	-617.802,12	-365.602,12	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	2.333.489,93	1.813.000,00	2.611.658,34	798.658,34	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-2.482,78	-9.517,00	-43.361,49	-33.844,49	-4.619,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	-26.310,00	-2.634,85	23.675,15	-2.345,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-2.482,78	-35.827,00	-45.996,34	-10.169,34	-6.964,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-2.482,78	-35.827,00	-45.996,34	-10.169,34	-6.964,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

522001 Kommunaldarlehen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	46.972,99	0,00	4.863,03	4.863,03	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	104.660,77	144.000,00	158.427,05	14.427,05	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	149.865,51	141.500,00	140.494,31	-1.005,69	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	301.499,27	285.500,00	303.784,39	18.284,39	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	301.499,27	285.400,00	303.784,39	18.384,39	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	1.303.717,75	586.000,00	1.451.878,47	865.878,47	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	1.303.717,75	586.000,00	1.451.878,47	865.878,47	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	-1.403.000,00	-705.970,22	697.029,78	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-1.403.000,00	-705.970,22	697.029,78	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	1.303.717,75	-817.000,00	745.908,25	1.562.908,25	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

522002 Öffentlich geförderter Wohnungsbau

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-4.003,60	-4.810,19	-4.454,39	355,80	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-107,34	-1.089,81	-301,89	787,92	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-4.110,94	-5.900,00	-4.756,28	1.143,72	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-4.110,94	-5.900,00	-4.756,28	1.143,72	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

522003 Grundstücksgesellschaft Trave mbH

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	471.843,46	471.800,00	471.843,46	43,46	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	471.843,46	471.800,00	471.843,46	43,46	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	471.843,46	471.700,00	471.843,46	143,46	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

523001 Archäologie und Denkmalpflege

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.400.424,45	500,00	243.000,00	242.500,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	16.449,98	7.100,00	36.876,27	29.776,27	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	34,30	8.200,00	250,00	-7.950,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.000,00	109.500,00	500,00	-109.000,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	1.417.908,73	125.300,00	280.626,27	155.326,27	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	-5.184,59	-5.184,59	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.660.030,54	-1.768.835,81	-1.602.065,45	166.770,36	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-20.834,66	-65.624,49	-24.743,26	40.881,23	-20.200,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-2.680.865,20	-1.834.560,30	-1.631.993,30	202.567,00	-20.200,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-1.262.956,47	-1.709.260,30	-1.351.367,03	357.893,27	-20.200,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	200,00	0,00	-200,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	2.665,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	2.665,00	200,00	0,00	-200,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	-41.698,88	-123.297,00	-48.590,00	74.707,00	-71.792,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-10.052,20	-36.935,00	-12.242,96	24.692,04	-24.991,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-51.751,08	-160.232,00	-60.832,96	99.399,04	-96.783,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-49.086,08	-160.032,00	-60.832,96	99.199,04	-96.783,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

535001 Stadtwerke

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	-17.850,00	-17.850,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	-17.850,00	-17.850,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	-17.850,00	-17.850,00	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	-1.250.000,00	-2.500.000,00	-2.500.000,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-1.250.000,00	-2.500.000,00	-2.500.000,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-1.250.000,00	-2.500.000,00	-2.500.000,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

535002 Konzessionsabgaben

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	13.490.836,96	13.250.000,00	13.289.190,38	39.190,38	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	13.490.836,96	13.250.000,00	13.289.190,38	39.190,38	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	13.490.836,96	13.250.000,00	13.289.190,38	39.190,38	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

537001 EBL (Abfallwirtschaft)

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	-200,00	0,00	200,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	0,00	-200,00	0,00	200,00	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)
538001 EBL (Abwasserbeseitigung)

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-995.000,00	-260.000,00	-260.000,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-995.000,00	-260.100,00	-260.000,00	100,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-995.000,00	-260.100,00	-260.000,00	100,00	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	-50.000,00	-35.000,00	0,00	35.000,00	-35.000,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-50.000,00	-35.000,00	0,00	35.000,00	-35.000,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-50.000,00	-35.000,00	0,00	35.000,00	-35.000,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

541001 Gemeindestraßen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	15.000,00	0,00	-15.000,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	863.763,23	444.000,00	751.361,78	307.361,78	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	47.719,20	51.000,00	37.267,40	-13.732,60	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	163.752,99	81.100,00	125.625,94	44.525,94	
65	7	sonstige Einzahlungen	12.162,54	6.300,00	1.301,69	-4.998,31	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	50,00	50,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	1.087.397,96	597.400,00	915.606,81	318.206,81	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-5.420.747,47	-6.319.906,68	-3.540.522,52	2.779.384,16	-724.000,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-5.546.641,93	-8.181.192,25	-14.593.751,09	-6.412.558,84	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-10.967.389,40	-14.501.098,93	-18.134.273,61	-3.633.174,68	-724.000,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-9.879.991,44	-13.903.698,93	-17.218.666,80	-3.314.967,87	-724.000,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	207.865,06	2.460.700,00	2.604.305,34	143.605,34	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	1.748,59	1.748,59	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	2.665,00	13.500,00	0,00	-13.500,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	693.423,58	0,00	439.470,14	439.470,14	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	903.953,64	2.474.200,00	3.045.524,07	571.324,07	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	-3.013.300,00	0,00	3.013.300,00	-2.463.300,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-335.148,98	-299.769,00	-265.603,70	34.165,30	-97.750,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-4.481.765,67	-7.724.526,00	-3.588.041,21	4.136.484,79	-4.379.774,86
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-4.816.914,65	-11.037.595,00	-3.853.644,91	7.183.950,09	-6.940.824,86
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-3.912.961,01	-8.563.395,00	-808.120,84	7.755.274,16	-6.940.824,86

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

542001 Kreisstraßen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	590.000,00	475.215,00	-114.785,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.008,91	86.800,00	14.613,56	-72.186,44	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	4.944,50	34.000,00	1.779,67	-32.220,33	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	631.458,86	16.000,00	180.513,23	164.513,23	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	646.412,27	726.800,00	672.121,46	-54.678,54	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.118.144,00	-1.491.248,02	-784.582,25	706.665,77	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-19.678,36	-72.406,04	-85.688,95	-13.282,91	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-1.137.822,36	-1.563.654,06	-870.271,20	693.382,86	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-491.410,09	-836.854,06	-198.149,74	638.704,32	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	4.441.596,61	4.659.000,00	803.109,79	-3.855.890,21	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	5.200,00	28.230,76	23.030,76	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	11.718,88	0,00	21.035,18	21.035,18	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	4.453.315,49	4.664.200,00	852.375,73	-3.811.824,27	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	-1.215.730,00	0,00	1.215.730,00	-1.215.730,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-53.823,78	-252.563,00	-126.611,53	125.951,47	-125.500,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-11.293.598,81	-8.950.629,00	-4.904.396,44	4.046.232,56	-4.822.158,76
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-11.347.422,59	-10.418.922,00	-5.031.007,97	5.387.914,03	-6.163.388,76
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-6.894.107,10	-5.754.722,00	-4.178.632,24	1.576.089,76	-6.163.388,76

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

543001 Landesstraßen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	20.000,00	0,00	-20.000,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	355,00	600,00	220,00	-380,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	12.087,07	300,00	0,00	-300,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	100,00	0,00	-100,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	12.442,07	21.000,00	220,00	-20.780,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-171.169,43	-301.013,26	-127.845,62	173.167,64	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-7.677,63	-6.100,00	-3.904,99	2.195,01	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-178.847,06	-307.113,26	-131.750,61	175.362,65	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-166.404,99	-286.113,26	-131.530,61	154.582,65	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	161.600,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	5.753,33	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	167.353,33	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-492.008,87	-1.154.716,00	-94.959,38	1.059.756,62	-1.056.351,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-492.008,87	-1.154.716,00	-94.959,38	1.059.756,62	-1.056.351,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-324.655,54	-1.154.716,00	-94.959,38	1.059.756,62	-1.056.351,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

544001 Bundesstraßen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	41.860,67	17.000,00	43.981,52	26.981,52	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	40.000,00	0,00	-40.000,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.055,00	1.200,00	775,00	-425,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	5.839,85	0,00	3.289,96	3.289,96	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	48.755,52	58.200,00	48.046,48	-10.153,52	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-352.021,08	-218.876,20	-146.392,25	72.483,95	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-1.100,00	0,00	1.100,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-352.021,08	-220.076,20	-146.392,25	73.683,95	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-303.265,56	-161.876,20	-98.345,77	63.530,43	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	406.776,96	2.514.500,00	0,00	-2.514.500,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	406.776,96	2.514.500,00	0,00	-2.514.500,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	-3.888.277,00	0,00	3.888.277,00	-3.888.277,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-1.206.993,36	-6.996.575,00	-814.017,67	6.182.557,33	-6.380.602,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-1.206.993,36	-10.884.852,00	-814.017,67	10.070.834,33	-10.268.879,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-800.216,40	-8.370.352,00	-814.017,67	7.556.334,33	-10.268.879,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

545001 EBL (Straßenreinigung)

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-1.452.000,00	-1.870.000,00	-1.468.000,00	402.000,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-1.452.000,00	-1.870.100,00	-1.468.000,00	402.100,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-1.452.000,00	-1.870.100,00	-1.468.000,00	402.100,00	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

547001 Aufgabenträgerschaft ÖPNV

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.155.483,48	2.997.200,00	3.390.231,70	393.031,70	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	200,00	0,00	-200,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	100,00	0,00	-100,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	3.155.483,48	2.997.500,00	3.390.231,70	392.731,70	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-59,11	-1.600,00	-370,79	1.229,21	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-3.329.109,71	-4.399.535,79	-3.595.279,92	804.255,87	-898.316,34
74	15	sonstige Auszahlungen	-107.041,85	-136.603,58	-74.042,64	62.560,94	-50.270,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-3.436.210,67	-4.537.739,37	-3.669.693,35	868.046,02	-948.586,34
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-280.727,19	-1.540.239,37	-279.461,65	1.260.777,72	-948.586,34
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	218.598,22	430.100,00	450.300,00	20.200,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	20.960,00	10.400,00	0,00	-10.400,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	239.558,22	440.500,00	450.300,00	9.800,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	-125.087,89	-467.847,58	-501.702,52	-33.854,94	-167.630,79
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-100.075,17	-291.583,41	-53.988,19	237.595,22	-146.738,50
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-225.163,06	-759.430,99	-555.690,71	203.740,28	-314.369,29
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	14.395,16	-318.930,99	-105.390,71	213.540,28	-314.369,29

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

548001 Bewirtschaftung Flughafen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	440.118,90	300.000,00	165.525,14	-134.474,86	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	14.673,93	0,00	0,52	0,52	
65	7	sonstige Einzahlungen	412.272,05	0,00	104.179,13	104.179,13	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	3.793,12	0,00	3.122,47	3.122,47	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	870.858,00	300.000,00	272.827,26	-27.172,74	
70	10	Personalauszahlungen	-319.617,68	0,00	-1.658,25	-1.658,25	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	-866,09	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-324.075,59	-1.000,00	-14.772,33	-13.772,33	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-294.380,60	-291.600,00	-239.834,81	51.765,19	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-938.939,96	-292.600,00	-256.265,39	36.334,61	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-68.081,96	7.400,00	16.561,87	9.161,87	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	600.326,13	0,00	1.162.173,87	1.162.173,87	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	1,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	1.000,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	20,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	601.347,13	0,00	1.162.173,87	1.162.173,87	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	-500.000,00	0,00	500.000,00	-500.000,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-320.297,87	0,00	-26.888,44	-26.888,44	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-320.297,87	-500.000,00	-26.888,44	473.111,56	-500.000,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	281.049,26	-500.000,00	1.135.285,43	1.635.285,43	-500.000,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

551001 Grün- und Landschaftsbau

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.978,74	0,00	91.468,10	91.468,10	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.413,04	4.000,00	955,00	-3.045,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	61.313,74	76.000,00	33.793,93	-42.206,07	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	214.144,10	250.100,00	330.694,28	80.594,28	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	500,00	0,00	-500,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	293.849,62	330.600,00	456.911,31	126.311,31	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.031.842,13	-3.651.577,44	-2.566.304,34	1.085.273,10	-420.000,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-101.643,99	-109.834,43	-109.928,45	-94,02	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-2.133.486,12	-3.761.411,87	-2.676.232,79	1.085.179,08	-420.000,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-1.839.636,50	-3.430.811,87	-2.219.321,48	1.211.490,39	-420.000,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	25.000,00	25.000,00	0,00	-25.000,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	459,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	17.735,00	1.000,00	102.487,76	101.487,76	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	43.194,00	26.000,00	102.487,76	76.487,76	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-108.163,77	-1.155.547,00	-791.810,56	363.736,44	-736.287,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-189.500,01	-1.169.910,00	-229.982,13	939.927,87	-864.236,77
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-297.663,78	-2.325.457,00	-1.021.792,69	1.303.664,31	-1.600.523,77
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-254.469,78	-2.299.457,00	-919.304,93	1.380.152,07	-1.600.523,77

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

552001 Wasser und Hafen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	39.229,53	25.000,00	94.442,14	69.442,14	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	59.200,81	900.000,00	1.246.965,28	346.965,28	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	16.353.999,90	15.405.100,00	15.180.901,74	-224.198,26	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.912.609,52	1.666.300,00	1.403.017,04	-263.282,96	
65	7	sonstige Einzahlungen	3.266.797,03	0,00	3.198.141,73	3.198.141,73	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	100,00	153.507,72	153.407,72	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	21.631.836,79	17.996.500,00	21.276.975,65	3.280.475,65	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.478.303,07	-3.768.537,39	-3.066.095,74	702.441,65	-8.247,61
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	-3.000.000,00	0,00	3.000.000,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-5.734,06	-6.650,00	-6.639,66	10,34	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-3.376.117,64	-1.359.912,61	-2.515.068,54	-1.155.155,93	-236.060,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-6.860.154,77	-8.135.100,00	-5.587.803,94	2.547.296,06	-244.307,61
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	14.771.682,02	9.861.400,00	15.689.171,71	5.827.771,71	-244.307,61
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	3.032.984,00	378.000,00	1.767.512,38	1.389.512,38	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	18.905,64	100,00	0,00	-100,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	101,92	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	3.051.991,56	378.100,00	1.767.512,38	1.389.412,38	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	-2.282.173,89	0,00	2.282.173,89	-2.282.173,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-220.591,82	-664.559,97	-201.901,87	462.658,10	-582.681,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-8.918.121,50	-17.600.054,03	-4.059.545,41	13.540.508,62	-16.494.626,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	-694.000,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-9.138.713,32	-20.546.787,89	-4.261.447,28	16.285.340,61	-20.053.480,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-6.086.721,76	-20.168.687,89	-2.493.934,90	17.674.752,99	-20.053.480,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

553001 Friedhofs- und Bestattungswesen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	21.512,65	300,00	23.901,36	23.601,36	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.893.740,42	2.700.000,00	2.534.045,69	-165.954,31	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	1.488,00	3.400,00	4.182,35	782,35	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	317.199,92	314.300,00	319.308,13	5.008,13	
65	7	sonstige Einzahlungen	2.465,65	1.700,00	1.181,35	-518,65	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	3.236.406,64	3.019.700,00	2.882.618,88	-137.081,12	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-292.972,67	-539.574,16	-407.976,32	131.597,84	-184.000,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-123.938,81	-146.200,00	-181.713,56	-35.513,56	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-416.911,48	-685.874,16	-589.689,88	96.184,28	-184.000,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	2.819.495,16	2.333.825,84	2.292.929,00	-40.896,84	-184.000,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	1.000,00	10.483,00	9.483,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	1.000,00	10.483,00	9.483,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-219.460,76	-371.202,00	-35.732,12	335.469,88	-130.100,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-1.488,27	-284.278,00	-51.718,60	232.559,40	-145.400,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-220.949,03	-655.480,00	-87.450,72	568.029,28	-275.500,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-220.949,03	-654.480,00	-76.967,72	577.512,28	-275.500,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

554001 Naturschutz und Landschaftspflege

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	151.546,86	157.000,00	155.520,79	-1.479,21	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	33.639,19	50.000,00	41.111,60	-8.888,40	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	1.100,00	0,00	-1.100,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	43,70	8.000,00	4,70	-7.995,30	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	500,00	0,00	-500,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	185.229,75	216.600,00	196.637,09	-19.962,91	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	-16.000,00	0,00	16.000,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-94.168,35	-228.389,39	-153.810,67	74.578,72	-20.000,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-82.700,00	-82.700,00	-82.700,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-55.697,40	-120.132,66	-81.748,50	38.384,16	-49.021,99
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-232.565,75	-447.222,05	-318.259,17	128.962,88	-69.021,99
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-47.336,00	-230.622,05	-121.622,08	108.999,97	-69.021,99
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	3.647,47	3.647,47	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	3.647,47	3.647,47	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-1.140,54	-10.000,00	-5.043,99	4.956,01	-9.000,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-1.140,54	-10.000,00	-5.043,99	4.956,01	-9.000,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-1.140,54	-10.000,00	-1.396,52	8.603,48	-9.000,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

555001 Land- und Forstwirtschaft

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.224,12	26.000,00	73.813,24	47.813,24	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	1.489.157,34	2.045.000,00	1.386.552,22	-658.447,78	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	106.821,53	100.000,00	86.394,40	-13.605,60	
65	7	sonstige Einzahlungen	41.299,56	0,00	47.748,92	47.748,92	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	162,50	162,50	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	1.653.502,55	2.171.000,00	1.594.671,28	-576.328,72	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-668.612,95	-615.788,89	-495.880,32	119.908,57	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-58.332,85	-63.431,11	-72.279,54	-8.848,43	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-726.945,80	-679.220,00	-568.159,86	111.060,14	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	926.556,75	1.491.780,00	1.026.511,42	-465.268,58	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	6.535,48	6.535,48	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	100,00	8.676,00	8.576,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	6.832,40	400,00	16.300,79	15.900,79	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	6.832,40	500,00	31.512,27	31.012,27	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-79.031,25	-67.100,00	-77.917,58	-10.817,58	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	-601,55	-118.000,00	-5.141,47	112.858,53	-86.858,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-79.632,80	-185.100,00	-83.059,05	102.040,95	-86.858,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-72.800,40	-184.600,00	-51.546,78	133.053,22	-86.858,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

561001 Umweltschutzmaßnahmen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	245.894,42	71.900,00	84.258,21	12.358,21	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	38.626,07	100,00	3.291,67	3.191,67	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	200,00	0,00	-200,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	151.850,01	500,00	608,09	108,09	
65	7	sonstige Einzahlungen	215,14	100,00	43,89	-56,11	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	436.585,64	72.800,00	88.201,86	15.401,86	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-323.641,83	-104.694,68	-244.609,73	-139.915,05	-11.454,37
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-22.329,03	-4.510,28	-4.503,83	6,45	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-345.970,86	-109.204,96	-249.113,56	-139.908,60	-11.454,37
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	90.614,78	-36.404,96	-160.911,70	-124.506,74	-11.454,37
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	2.731,05	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	2.731,05	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-6.091,48	-5.300,00	-2.810,23	2.489,77	-4.800,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	-62.531,24	0,00	62.531,24	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-6.091,48	-67.831,24	-2.810,23	65.021,01	-4.800,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-3.360,43	-67.831,24	-2.810,23	65.021,01	-4.800,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)
571001 Wirtschaftsförderung

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	200,00	0,00	-200,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	100,00	0,00	-100,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	100,00	0,00	-100,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	400,00	0,00	-400,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-64,74	-7.100,00	-124,95	6.975,05	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-213.181,60	-472.600,00	-220.495,83	252.104,17	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-205.812,27	-43.100,00	-192.586,13	-149.486,13	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-419.058,61	-522.800,00	-413.206,91	109.593,09	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-419.058,61	-522.400,00	-413.206,91	109.193,09	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

573001 Grundstücksgesellschaft Metallhüttengelände mbH

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-380.000,00	-380.000,00	-380.000,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-380.000,00	-380.100,00	-380.000,00	100,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-380.000,00	-380.100,00	-380.000,00	100,00	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

573002 Wochen- und Jahrmärkte

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	230.912,25	210.000,00	187.488,76	-22.511,24	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	42.485,30	0,00	35.052,45	35.052,45	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	273.397,55	210.000,00	222.541,21	12.541,21	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-8.635,83	-13.650,00	-11.866,20	1.783,80	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-6.847,60	-6.050,00	-5.419,97	630,03	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-15.483,43	-19.700,00	-17.286,17	2.413,83	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	257.914,12	190.300,00	205.255,04	14.955,04	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	-303.895,00	0,00	303.895,00	-303.895,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-303.895,00	0,00	303.895,00	-303.895,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	-303.895,00	0,00	303.895,00	-303.895,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

573003 Lübecker Musik- und Kongresshallen GmbH

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	2.970.277,94	0,00	4.126.672,29	4.126.672,29	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	522.190,24	0,00	559.226,87	559.226,87	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	3.492.468,18	0,00	4.685.899,16	4.685.899,16	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.697.624,81	0,00	-3.718.609,05	-3.718.609,05	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-1.232.740,98	-485.400,00	-1.732.054,16	-1.246.654,16	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-3.930.365,79	-485.400,00	-5.450.663,21	-4.965.263,21	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-437.897,61	-485.400,00	-764.764,05	-279.364,05	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	-68.542,34	-296.925,00	-161.928,18	134.996,82	-70.482,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-68.542,34	-296.925,00	-161.928,18	134.996,82	-70.482,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-68.542,34	-296.925,00	-161.928,18	134.996,82	-70.482,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

573004 Werbeeinrichtungen, Parkplätze

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	-172.600,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.536.110,86	3.510.100,00	0,00	-3.510.100,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	1.065.825,19	890.000,00	5.077.627,98	4.187.627,98	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	290.151,51	0,00	296.126,37	296.126,37	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	1.561,98	0,00	1.268,77	1.268,77	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	5.721.049,54	4.400.100,00	5.375.023,12	974.923,12	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.775.827,74	-2.854.000,00	-2.410.875,32	443.124,68	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-258.965,71	-100,00	-243.701,10	-243.601,10	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-3.034.793,45	-2.854.100,00	-2.654.576,42	199.523,58	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	2.686.256,09	1.546.000,00	2.720.446,70	1.174.446,70	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

573011 Grundstücksgesellschaft der Kurhausbetriebe Travemünde mbH

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	2.532.758,27	0,00	30.000,00	30.000,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	2.532.758,27	0,00	30.000,00	30.000,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	-761.799,36	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	-34,61	-34,61	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-761.799,36	0,00	-34,61	-34,61	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	1.770.958,91	0,00	29.965,39	29.965,39	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	250.000,00	355.816,24	105.816,24	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	250.000,00	355.816,24	105.816,24	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	250.000,00	355.816,24	105.816,24	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

575001 Lübeck und Travemünde Marketing GmbH

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	172.598,23	0,00	122.850,00	122.850,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	100,00	0,00	-100,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	172.598,23	100,00	122.850,00	122.750,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-1.986.650,54	-1.810.280,00	-1.802.932,46	7.347,54	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-243.242,79	-100,00	-85.000,00	-84.900,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-2.229.893,33	-1.810.380,00	-1.887.932,46	-77.552,46	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-2.057.295,10	-1.810.280,00	-1.765.082,46	45.197,54	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

575002 Hamburg Marketing GmbH

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	-10.000,00	0,00	10.000,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	-5.833,33	-5.833,33	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	-10.000,00	-5.833,33	4.166,67	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	0,00	-10.000,00	-5.833,33	4.166,67	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	-500,00	-500,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	-500,00	-500,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	-500,00	-500,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

611001 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	220.177.497,85	198.280.800,00	223.763.682,38	25.482.882,38	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	141.210.262,02	142.158.500,00	164.949.060,28	22.790.560,28	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	561,53	561,53	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	2.195.797,20	700.000,00	1.642.278,82	942.278,82	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	363.583.557,07	341.139.300,00	390.355.583,01	49.216.283,01	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	-516.751,00	-500.000,00	-1.092.394,00	-592.394,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-14.206.804,00	-10.831.400,00	-13.547.436,00	-2.716.036,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-14.723.555,00	-11.331.400,00	-14.639.830,00	-3.308.430,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	348.860.002,07	329.807.900,00	375.715.753,01	45.907.853,01	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

612001 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	785.894,25	4.274.200,00	608.152,52	-3.666.047,48	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-10.948,73	0,00	-371,22	-371,22	
65	7	sonstige Einzahlungen	352.170,76	311.300,00	308.577,60	-2.722,40	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	123.584,32	80.200,00	58.096,46	-22.103,54	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	1.250.700,60	4.665.700,00	974.455,36	-3.691.244,64	
70	10	Personalauszahlungen	-811.185,82	-1.050.000,00	-914.739,94	135.260,06	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	-23.016.370,86	-29.331.400,00	-20.691.587,75	8.639.812,25	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-390.972,59	-1.000,00	-18.009,63	-17.009,63	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-24.218.529,27	-30.382.400,00	-21.624.337,32	8.758.062,68	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-22.967.828,67	-25.716.700,00	-20.649.881,96	5.066.818,04	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	520.278,01	520.278,01	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	520.278,01	520.278,01	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	-200.000,00	0,00	-1.858.019,03	-1.858.019,03	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-200.000,00	0,00	-1.858.019,03	-1.858.019,03	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-200.000,00	0,00	-1.337.741,02	-1.337.741,02	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

612002 Pauschalierter nicht zahlungswirksamer Aufwand zur Vervollständigung des dopp. Haushalts

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

612003 Grundstücksan- und verkäufe

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	21.400,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	39.200,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	2.523.447,99	0,00	105.060,82	105.060,82	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	2.584.047,99	0,00	105.060,82	105.060,82	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-39.200,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-56.263,09	-37.000,00	-1.345.650,25	-1.308.650,25	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-95.463,09	-37.000,00	-1.345.650,25	-1.308.650,25	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	2.488.584,90	-37.000,00	-1.240.589,43	-1.203.589,43	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	9.378.795,81	1.000.100,00	8.687.815,22	7.687.715,22	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	9.378.795,81	1.000.100,00	8.687.815,22	7.687.715,22	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	-187.040,00	0,00	-182.670,00	-182.670,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-1.245.703,54	-3.757.485,11	-1.500.718,66	2.256.766,45	-3.481.949,61
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	-2.063.000,00	0,00	2.063.000,00	-2.063.000,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-1.432.743,54	-5.820.485,11	-1.683.388,66	4.137.096,45	-5.544.949,61
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	7.946.052,27	-4.820.385,11	7.004.426,56	11.824.811,67	-5.544.949,61

Teilfinanzrechnung Jahr 2014 (in EUR)

612004 Pauschalierte zahlungswirksame Vorgänge

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2013	2014	2014	2014	2014
1	2	3	4	5	6	7	8
LAUFENDE VERWALTUNGSTÄTIGKEIT							
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	1.609.861,85	0,00	1.171.841,45	1.171.841,45	
66	8	Zinsen und sonst. Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	9	**Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	1.609.861,85	0,00	1.171.841,45	1.171.841,45	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-2.069.619,66	0,00	-2.574.598,01	-2.574.598,01	0,00
	16	**Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	-2.069.619,66	0,00	-2.574.598,01	-2.574.598,01	0,00
	17	**SALDO AUS LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	-459.757,81	0,00	-1.402.756,56	-1.402.756,56	0,00
INVESTITIONSTÄTIGKEIT							
681	18	Einzahlungen a. Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einzahlungen aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einzahlungen aus Veräußerung von bew. Sachanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen Dritter)	0,00	0,00	342.757,79	342.757,79	
688	24	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	sonst. Investitionseinzahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Summe der investiv. Einzahl.**	0,00	0,00	342.757,79	342.757,79	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zusch. für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	-365.427,98	0,00	0,00	0,00	0,00
	33	sonstige Investitionsauszahl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Summe der investiven Auszahl.**	-365.427,98	0,00	0,00	0,00	0,00
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	-365.427,98	0,00	342.757,79	342.757,79	0,00

Hansestadt LÜBECK

Lagebericht zum Jahresabschluss

31. Dezember 2014



1.201.2 – Abteilung Bilanzen
2017

Inhaltsverzeichnis

I ALLGEMEINE HINWEISE, RECHTSGRUNDLAGEN 3

A Allgemeine Hinweise und Rechtsgrundlagen 3

II KURZFASSUNG FÜR EILIGE LESERINNEN 5

III ALLGEMEINE LAGE DER HANSESTADT 6

A Rahmenbedingungen und Organisation der Verwaltung 6
B Gemeindefläche 6
C Konjunkturpolitik 6
D Steuerpolitik 6
E Gemeindespezifische Wettbewerbsverhältnisse 6
F Einwohnerzahl, Haushalte, Altersstruktur 7
G Nachfrage nach kommunalen Leistungen 7
H Kostenentwicklung 7
I 34. Internationaler Hansetag 7

IV VERMÖGENS-, SCHULDEN- UND FINANZLAGE DER HANSESTADT 9

1 Vermögens- und Schuldenlage 9
A Bilanz 2014 9
B Eigenkapitalquote I 9
C Eigenkapitalquote II 9
D Pro-Kopf-Verschuldung 10
E Infrastrukturquote 10
2 Finanzlage 13
3 Gesamteinschätzung zur Vermögens- und Finanzlage 14

V ERTRAGSLAGE DER HANSESTADT 15

A Ergebnisrechnung zum 31.12.2014 15
B Gesamteinschätzung zur Ertragslage 20

VI VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG 21

A Doppik-Einführung 21
B Konsolidierungsfonds 21
C Wachsender Zustrom von Flüchtlingen aus Krisenregionen 21

VII CHANCEN, RISIKEN UND PROGNOSEN 22

A Konsolidierung des städtischen Haushalts 22
B weitere Einflussfaktoren von außen 22
C Konsolidierungsfonds 22
D Wohnungsbau und Gewerbeflächen 22
E Tourismus 22
F Zinsänderungsrisiko 23
G Risiko der Fehlbewertung von Pensionsrückstellungen 23
H Prognosen 24
Zusammenfassende Einschätzung 25

VIII ANLAGEN 26

A Investitionsmaßnahmen 26

I Allgemeine Hinweise, Rechtsgrundlagen

A Allgemeine Hinweise und Rechtsgrundlagen

Mit dem Jahresabschluss und dem Lagebericht zum 31.12.2014 legt die Hansestadt Lübeck den nächsten Jahresabschluss entsprechend der Regelungen nach § 95 m Abs. 1 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) bzw. nach den Regeln der Doppik vor. Nach § 95 m Abs. 2 GO war dieser bis zum 31.3.2015 aufzustellen. Das Problem gravierender Verzögerungen bei der Vorlage der ersten Jahresabschlüsse nach der Umstellung auf die Doppik ist inzwischen allgemein anerkannt.

Das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein vermittelt den Kommunen inzwischen regelmäßig, dass zukünftig die Genehmigungen der Haushaltssatzungen von der frühzeitigeren Vorlage oder zumindest der Benennung verbindlicher Vorlagetermine von überfälligen Jahresabschlüssen abhängig sind. Dazu wurde zuletzt am 24.11.2016 von der Bürgerschaft der folgende Zeitplan zur Kenntnis genommen:

Zeitplan zur Vorlage von Jahresabschlüssen der Hansestadt Lübeck (JA):

JA	Urspr. Termin	Aktual. Termin	Status
2011	15.05.2015	15.05.2015	erreicht
2012	13.05.2016	31.03.2016	vorfristig erreicht
2013	04.11.2016	15.09.2016	vorfristig erreicht
2014	19.05.2017	31.03.2017	vorfristig erreicht
2015	17.11.2017	30.09.2017	Bearbeitungszeit: 6 Monate
2016	25.05.2018	31.03.2018	Bearbeitungszeit: 6 Monate
2017	23.11.2018	30.09.2018	Bearbeitungszeit: 6 Monate
2018	30.04.2019	30.04.2019	Bearbeitungszeit: 4 Monate
2019	31.03.2020	31.03.2020	Geplante fristgemäße Erstellung

Festzustellen ist, dass der Zeitplan bisher eingehalten oder unterschritten wurde.

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Jahresabschlusses 2014 mit dem Lagebericht war die Prüfung des Jahresabschlusses 2011 durch das städtische Rechnungsprüfungsamt noch nicht abgeschlossen. Nach § 56 GemHVO-

Doppik können bestimmte Änderungen an der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2010 in den fünf darauf folgenden Jahresabschlüssen – letztmalig mit nun diesem Abschluss - ergebnisneutral berücksichtigt werden. Insoweit unterliegen Aussagen im Lagebericht, die auf Jahresabschluss-Angaben mit Bezug zur Eröffnungsbilanz oder zum Vorjahresabschluss basieren, ebenfalls und letztmalig einer Korrektureventualität.

Als finaler Meilenstein des Umstellungsprozesses auf die Doppik ist der erste Gesamtabschluss 2019 (Konzern-Jahresabschluss) nach § 53 GemHVO-Doppik im Jahre 2020 vorgesehen. Die Vorlage dieses Konzernabschlusses ist geplant, nachdem der erste Jahresabschluss im zeitlich zulässigen Rahmen bis zum März des Folgejahres erstellt worden ist.

Zum Jahresabschluss der Hansestadt Lübeck 2014: Nach § 52 GemHVO-Doppik ist der Lagebericht so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu enthalten. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

Der Lagebericht ist somit ein weiteres Instrument zur Darstellung der wirtschaftlichen Situation neben dem Jahresabschluss als dem eigentlichen Zahlenwerk, das insbesondere auch die zeitliche Lücke zwischen dem Bilanzstichtag und dem Zeitpunkt der Erstellung schließen soll.

Sollten nicht ausdrücklich Angaben zur Maßeinheit dem Kontext zu entnehmen sein, ist von Beträgen in Euro auszugehen. Beträge sind einzeln gerundet. Summen wurden nicht aufgrund von Rundungen angepasst.

II Kurzfassung für eilige LeserInnen

Vorab sei auf wenige markante Daten zum Jahresabschluss hingewiesen, ohne auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Einzelnen einzugehen. Diesbezüglich sei auf die entsprechenden Erläuterungen im weiteren Teil des Lageberichts und auf den Jahresabschluss verwiesen:

- Die Hansestadt ist weiterhin zunehmend bilanziell überschuldet. Die Höhe der Überschuldung ist auf 95,8 Mio. € (Vorjahr: 95,7 Mio. €) weiter gestiegen.
- Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts wurden im Jahre 2014 fortgesetzt. Im Haushaltsjahr 2014 entstand ein Jahresfehlbetrag von ca. 0,2 Mio. €; das Jahr konnte damit wiederum deutlich besser als erwartet abgeschlossen werden. Der ursprüngliche Fehlbetrag betrug auf Grundlage der Ausgangsplanung 83,8 Mio. €.
- Das Finanzergebnis sank auf –21,3 Mio. € (Vorjahr: -21,8 Mio. €) und führt zum Jahresfehlbetrag. Es spiegelt die weiterhin erhebliche Verschuldung der Hansestadt wider. Aufgrund des niedrigen Marktzinses konnten trotz steigender Verbindlichkeiten weiter sinkende Zinsaufwendungen erreicht werden.
- Bei gleichen Tilgungsleistungen und Kreditneuaufnahmen werden die Schulden nicht in absehbarer Zeit wesentlich reduziert werden können.
- Die Hansestadt konnte zu jedem Zeitpunkt im Jahre 2014 ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen.
- Die Abschreibungen für Anlagevermögen betrugen im Geschäftsjahr 2014 insgesamt 36,9 Mio. € (Vorjahr: 38,3 Mio. €). Dem stehen Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 47,4 Mio. € (Vorjahr: 64,5 Mio. €) gegenüber.

III Allgemeine Lage der Hansestadt

A Rahmenbedingungen und Organisation der Verwaltung

Die Hansestadt Lübeck ist eine kreisfreie Gebietskörperschaft; damit obliegen ihr kommunale und kreisbezogene Aufgaben. Lübeck gehört als zweitgrößte Stadt zu den vier Oberzentren des Bundeslandes Schleswig-Holstein. Das Stadtgebiet ist in 10 Stadtteile mit 35 Stadtbezirken gegliedert.

An der Spitze der Verwaltung steht seit 01.05.2000 Bürgermeister Bernd Saxe. Die Verwaltung ist in fünf Fachbereiche gegliedert (Bürgermeister; Wirtschaft und Soziales; Umwelt, Sicherheit und Ordnung; Kultur und Bildung; Planen und Bauen). In dieser Kernverwaltung sind 3.069 MitarbeiterInnen (Vorjahr 3.368) beschäftigt.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck ist das oberste willensbildende Organ und verfügt über 49 Sitze. Der Vorsitz obliegt in der Wahlperiode 2013-2018 der Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer.

B Gemeindefläche

Die Stadtgebietsfläche umfasst ca. 21.400 ha. Die Ausdehnung des Stadtgebietes beträgt von Nordost nach Südwest ca. 29,5 km, von Nordwest nach Südost ca. 15,5 km. Der Umfang des Stadtgebietes beträgt 120 km.

C Konjunkturpolitik

Der örtliche Arbeitsmarkt hat sich weiter als robust erwiesen. Die Zahl der Erwerbslosen ist auf 9,6 % gesunken bei gleichzeitig deutlichem Anstieg der Beschäftigtenzahlen. Der Hafen hat weiter mit den Folgen der Weltfinanzkrise zu kämpfen. Der Umschlag mit 26,0 Mio. Tonnen bewegt sich auf Vorjahresniveau.

Mit der Eröffnung des IKEA und Luv-Centers wurde der Wirtschaftsstandort Lübeck weiter gestärkt.

Erfreulich entwickelte sich weiter der Tourismus. Auch im Jahr 2014 stieg die Zahl der Übernachtungen weiter an und erreicht den neuen Rekordwert von 1,46 Mio. Übernachtungen (Vorjahr 1,36 Millionen). Dazu dürfte nicht unwesentlich der erfolgreich verlaufene 34. Hansetag der Neuzeit in Lübeck beigetragen haben.

D Steuerpolitik

Der Hebesatz der Grundsteuer B wurde zum 01.01.2011 auf 500 % erhöht, ebenso wurde der Hebesatz für die Grundsteuer A auf 400 % angehoben. Beide Hebesätze blieben im Jahr 2014 unverändert. Auch der Gewerbesteuerhebesatz bleibt unverändert bei 430 %. Im November 2014 hat die Bürgerschaft die Aufhebung der Übernachtungssteuer beschließen müssen, die nach Änderung des Kommunalabgabengesetzes zum 01.01.2012 in Kraft trat.

E Gemeindespezifische Wettbewerbsverhältnisse

Die Hansestadt Lübeck steht im Wettbewerb mit den Umlandgemeinden bei der Ansiedlung von Familien und Unternehmen. Um den Zuzug von Familien nach Lübeck zu ermöglichen oder eine Abwanderung zu verhindern, ist es erforderlich, ausreichend Wohnbauland vorzuhalten und gegebenenfalls neu auszuweisen, damit die Nachfrage in Lübeck bedient werden kann und nicht im Umland.

Genauso gilt es im Bereich der Wirtschaftsförderung, genügend Gewerbe flächen für Neuansiedlungen und für die Bestandssicherung von Unternehmen in Lübeck vorzuhalten. Insbesondere in Richtung Mecklenburg-Vorpommern führt aber die weiterhin bestehende Ungleichheit bei der Höhe der zulässigen Förderquoten nach wie vor dazu, dass Unternehmen dorthin abwandern. Hinzu kommen naturgemäß geringere Gewerbesteuerhebesätze in den Umlandgemeinden, die zusätzlich zu einer Verschärfung des Standortwettbewerbs für Lübeck führen.

Die Güte der sozialen und kulturellen Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb der Städte und Regionen. Mit der Lübecker Altstadt als UNESCO-Weltkulturerbe, der vielfältigen Kulturangebote mit Museen, Bibliotheken und Theater hat sich Lübeck das Profil als Kulturhauptstadt des Nordens erarbeitet. Hinzu kommt die nachweisbar hohe Lebensqualität mit dem Ostseeheilbad Travemünde und der malerischen Altstadt.

Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur als ein weiterer wichtiger Standortfaktor ist seit Jahren ein wichtiger Investitionsschwerpunkt des städtischen Haushalts.

F Einwohnerzahl, Haushalte, Altersstruktur

Die Einwohnerzahl liegt Ende 2014 bei 215.800 EinwohnerInnen (2013: 213.922). Die Zahl der Haushalte liegt Ende 2014 bei 119.258 (2013: 118.068). Die Altersstruktur für das Jahr 2014 stellt sich wie folgt dar: In der Altersgruppe bis 17 Lebensjahre leben 32.478 Kinder und Jugendliche, das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 15,1 %. Die Altersgruppe 18 bis 64 Lebensjahre umfasst 133.671 Personen, das entspricht einem Anteil von 61,9 %. Ab 65 Lebensjahre sind 49.651 Personen mit einem Anteil von 23 % in der amtlichen Statistik verzeichnet.

G Nachfrage nach kommunalen Leistungen

Die Nachfrage nach kommunalen Leistungen der Kernverwaltung betraf insbesondere die Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur mit Straßen, Brücken, Rad- und Gehwegen, aber auch Schulen, Kinderbetreuung, Museen, Theater, Schwimmbäder und Sportstätten. Hinzu kommen Verkehrsangelegenheiten, Feuerwehr und Rettungsdienst, die Entsorgung und die Straßenreinigung, Sozial- und Jugendhilfe, ferner die Bearbeitung von Bauanträgen und Bauleitplanungen sowie die Bereitstellung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Mit 400 aufgenommenen Flüchtlingen kommt 2014 ein neuer Fokus auf.

H Kostenentwicklung

Trotz Konsolidierungsmaßnahmen steigen in einigen Bereichen weiter die Kosten, ohne dass die Stadt darauf direkten Einfluss nehmen kann, weil hier bundes- oder landesgesetzliche Regelungen zu erfüllen sind.

Dazu tragen die Nettobelastungen der Stadt bei den sozialen Leistungen nach SGB II und SGB XII inklusive Grundsicherung bei.

Der Personalaufwand der Kernverwaltung für das Jahr 2014 betrug einschließlich Versorgungsaufwendungen 176 Mio. € (Vorjahr 168 Mio. €).

I 34. Internationaler Hansetag

Beim 34. Internationalen Hansetag der Neuzeit hat Lübeck sich als großartiger Gastgeber präsentiert. Die Stimmung war sehr schön, das Programm

abwechslungsreich und ansprechend und die Willkommenskultur beeindruckend. Viele Bereiche und Betriebe der Verwaltung haben bei der Vorbereitung und Durchführung Großartiges geleistet, und viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich auch weit über die Dienstpflichten hinaus in ihrer Freizeit engagiert, um dazu beizutragen, dass der Hansetag für die vielen Teilnehmer, Gäste und Besucher ein unvergessliches Erlebnis wurde.

IV Vermögens-, Schulden- und Finanzlage der Hansestadt

1 Vermögens- und Schuldenlage

A Bilanz 2014

Aktiva	(Mio. €)	Passiva	(Mio. €)
Anlagevermögen	1.320,44	Eigenkapital	0,00
Umlaufvermögen	122,02	Sonderposten	222,84
Akt. RAP	15,16	Rückstellungen	453,69
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	95,80	Verbindlichkeiten	847,10
		Pass. RAP	23,74
Summe	1.547,37	Summe	1.547,37

Die Hansestadt ist überschuldet. Ihr Eigenkapital ist vollständig verbraucht. Der nicht mehr durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beträgt 95,8 Mio. € (Vorjahr: 95,66 Mio. €) und wird nach § 50 Abs. 3 GemHVO-Doppik als „negatives Eigenkapital“ auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen.

B Eigenkapitalquote I

Die Eigenkapitalquote I zeigt den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital und errechnet sich als Prozentsatz aus Eigenkapital, zu dem der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ mit zugerechnet wird im Verhältnis zu der Bilanzsumme.

31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
-5,8 %	-6,2 %	-6,2 %

C Eigenkapitalquote II

Zusätzlich zur Eigenkapitalquote I werden bei der Eigenkapitalquote II zum Eigenkapital die Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträge mit herangezogen und ins Verhältnis zur Bilanzsumme gesetzt. Die Eigenkapitalquote II misst den Anteil des „wirtschaftlichen“ Eigenkapitals am Gesamtkapital und verwendet zusätzlich die Sonderposten als eigenkapitalähnliche Werte.

31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
7,9 %	7,8 %	8,1 %

Selbst unter zusätzlicher Berücksichtigung von Sonderposten wird kein erhebliches Eigenkapital ausgewiesen. Sonderposten stellen Zuwendungen dar, die in der Regel nicht zurück zu zahlen sind. Dem entsprechend werden sie als eigenkapitalähnlich gewertet. Analog zu Erfahrungswerten für kreisfreie Städte anderer Bundesländer kann ein Orientierungswert von 50 % herangezogen werden.

D Pro-Kopf-Verschuldung

Die Pro-Kopf-Verschuldung stellt die Kreditbelastung der Hansestadt pro EinwohnerIn dar.

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
Kredit-Verbindlichk.	759.807.576,34	777.993.361,50	780.641.254,07
EinwohnerInnen	213.368	213.922	215.800
Pro-Kopf-Verschuldung	3.561,02	3.636,81	3.617,43

Durch den stärkeren Anstieg der Einwohnerzahl im Vergleich zu den Kredit-Verbindlichkeiten sinkt die Pro-Kopf-Verschuldung geringfügig. Die Einwohnerzahl ist dem Statistischen Jahrbuch der Hansestadt entnommen.

Hierbei ist zu beachten, dass für die Berechnung der Pro-Kopf-Verschuldung nur die Kredite aus Investitions- und Kassenkrediten herangezogen wurden. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und auch langfristig gebundenen Rückstellungen wurden nicht mit zur Berechnung herangezogen.

E Infrastrukturquote

Die Quote gibt das Verhältnis von Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen der Aktivseite der Bilanz wieder. Das Infrastrukturvermögen beinhaltet nur Verkehrs- sowie Ver- und Entsorgungseinrichtungen und hat zum 31.12.2014 einen bilanzierten Wert von 398,2Mio. €.

31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
26,1%	25,0%	25,7 %

Mit der Entwicklung dieser Kennzahl wird dargestellt, dass der Wert des gesamten Infrastrukturvermögens gemessen an der Entwicklung der weiteren Vermögenspositionen der Bilanz stetig sinkt, im Vergleich zum Vorjahr jedoch geringfügig ansteigt. Das gesamte Anlagevermögen ist im gleichen Zeitraum wertmäßig um 6,0 Mio. € auf 1.314,4 Mio. € gesunken.

in T€ Einzahlungen aus	Fortgeschriebener Ansatz 2014	Ist 2014	Abweichung	Abweichung in %
Zuwendung für Investitionen	15.728	16.386	-2.151	14
Veräußerung von Grundstücken/ Gebäuden	1.130	8.830	7.699	681
Veräußerung von bewegl. Anlagevermögen	45	244	199	442
Veräußerung von Finanzanlagen	250	783	533	213
Rückflüsse für Investitionen Dritter	605	2.335	1.730	286
Beiträge und ähnliche Entgelte	10	461	450	4500
Sonstige Investitionseinzahlung	0	0	0	0
Summe	20.578	29.039	8.461	**41**

Der verzögerte Mittelabfluss im Bereich der eigenen Baumaßnahmen sowie der mit städtischen Zuweisungen und Zuschüssen geförderten Baumaßnahmen anderer Bauträger resultiert im Wesentlichen aus Verzögerungen bei der Planung bzw. im Baufortschritt der veranschlagten Maßnahmen.

Als Anlage A werden die wichtigsten Investitionsmaßnahmen dargestellt, die im Haushaltsjahr 2014 ein Investitionsvolumen von 100 T€ oder mehr ausweisen. Dabei ist es unerheblich, ob die Maßnahmen 2014 fortgesetzt, begonnen oder abschließend umgesetzt worden sind. Aus der Spalte „Auszahlungen“ ist ersichtlich, inwieweit bei den jeweiligen Maßnahmen in 2014 ein Mittelabfluss (Auszahlung) stattgefunden hat. Ist die Auszahlung höher als der Planansatz zzgl. bzw. abzüglich über- und außerplanmäßiger Mittel, verfügt die Maßnahme über zusätzliche maßnahmenbezogene Haushaltsauszahlungsreste aus Vorjahren. Weiter könnten vorgenommene Sollübertragungen von deckungsberechtigten Maßnahmen oder unechte Deckungen (zweckgebundene Einzahlungen z. B. Spenden, Zuwendungen) in Anspruch genommen worden sein.

Kredite für Investitionen

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sind seit dem Jahr 2000 von 490,8 Mio. € auf 551,0 Mio. € am Ende des Jahres 2014 gestiegen (darin enthalten sind 165,0 Mio. € Ablösekredite für Kassenkredite). Ohne Berücksichtigung der Ablösekredite ist ein weiterer Rückgang der Investitionskredite von 408,0 Mio. € Ende 2013 auf 385,9 Mio. € Ende 2014 festzustellen. Ursachen hierfür sind u. a. weitere Einzahlungen aus der Veräußerung von Erbbaurechten und sonstigen Grundstücksveräußerungen sowie die verstärkte Ausnutzung von Fördermöglichkeiten in den vergangenen Jahren. Insbesondere die Verzögerungen bei der Umsetzung veranschlagter Investitionsmaßnahmen führten in der Vergangenheit zu rückläufigen Kreditaufnahmen. So ist der genehmigte Gesamtbetrag der Kredite 2014 i.H.v. rd. 33 Mio. € vollständig ins das Jahr 2015 übertragen und dort auch nur teilweise in Anspruch genommen worden. In 2014 sind lediglich Kreditaufnahmen in Höhe von 9,75 Mio. € zu Lasten der übertragenen Kreditermächtigung aus 2013 erfolgt. Ende 2016 betrugen die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen noch rd. 351,1 Mio. € (ohne Ablösekredite).

Kassenkredite

Die zur Sicherstellung der Liquidität aufgenommenen Fremdmittel inkl. Kassenkrediten im engeren Sinne haben sich seit 2010 unter Berücksichtigung des Finanzmittelfehlbetrages der Vorjahre wie folgt entwickelt:

Jahr	Finanzmittelfehlbetrag in Mio. €		Fremdmittel zum Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsschwankungen am Jahresende in Mio. €
	Plan	Ist	
2010	195,1	39,0	279,2
2011	191,2	17,7	316,9
2012	175,1	18,0	367,1
2013	189,2	*5,3*	258,9 (+ Ablösekredite 130,0)
2014	73,6	5,5 (Überschuss)	248,8 (+ Ablösekredite 165,0)

Die hier ausgewiesenen Fremdmittel beinhalten neben den Kassenkrediten im engeren Sinne zusätzliche finanzielle Mittel, die die Hansestadt von den von ihr verwalteten Stiftungen und von ihren Eigenbetrieben entgegen genommen hat. Die Bilanzposition Kassenkredite enthält nur die Werte, die von Banken ausdrücklich als Kassenkredite aufgenommen wurden in Höhe von 229,7 Mio. € zum 31.12.2014. Der Landesgesetzgeber hat Kommunen mit einem hohen Kassenkreditbestand Ende des Jahres 2012 die Möglichkeit eingeräumt, Kassenkredite durch Kredite mit einer Laufzeit bis längstens zum Jahr 2021 abzulösen (Ablösekredite). Davon hat die Hansestadt Lübeck Gebrauch gemacht. Bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2014 wurden insgesamt 165 Mio. € abgelöst. Aufgrund einer erneuten gesetzlichen Regelung wurden im Folgejahr 2015 weitere 35 Mio. € mit einer Laufzeit bis längstens zum Jahr 2024 abgelöst. Nach Ende der Laufzeit müssen diese Verbindlichkeiten zurückgeführt werden. Ziel ist, die Ablösekredite vollständig zu tilgen und hierfür möglichst keine neuen Kassenkredite aufzunehmen um die Verschuldung nachhaltig abzubauen. Bei weiterhin unausgeglichenen Finanzplänen und deren Auswirkung in den Finanzrechnungen wird die Notwendigkeit der Aufnahme zusätzlicher Kassenkredite generell weiter bestehen. Gesetzlich ist dies mit einer Laufzeit von max. bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes möglich. Eine Ausweitung des Kreditbedarfes geht mit einem ansteigenden Zinsänderungsrisiko einher.

2 Finanzlage

Lfd. Nr.	Entwicklung der Finanzrechnung	Fortgeschriebener Plan-Ansatz 2014 in T€	Ist 2014 in T€	Abweichung in T€	Abweichung in %
1	Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	633.549	692.540	58.991	9
2	Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-686.550	-671.546	15.004	-2
3	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 + 2)	53.002	20.993	73.995	-140
4	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	20.578	29.039	8.461	41
5	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-130.818	-47.370	83.447	-64
6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 4 + 5)	-110.240	-18.331	91.908	-83
7	Veränderung fremder Finanzmittel	0	2.876	2.876	100
8	Finanzmittelfehlbetrag (Zeilen 3 + 6 +7)	-163.241	5.539	168.780	-103
9	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	23.219	2.722	-20.497	-88
10	= Veränderung eigener Finanzmittel (Zeilen 8 + 9)	-140.022	8.260	148.282	-106
11	Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	32.275	32.275	100
12	Liquide Mittel (Zeilen 10 + 11)	-140.022	40.535	180.557	-129

Der Anfangsbestand der liquiden Mittel (11) betrug zum 01.01.2014 insgesamt: 32.275.127,59 €.

Die liquiden Mittel weisen zum Ende des Jahres 2014 insgesamt 40.535.320,12€ aus und liegen damit um 8.260.192,53 € über dem Anfangsbestand. Dies resultiert u. a. aus der Aufnahme von Krediten zur Ablösung von Kassenkrediten über 165,0 Mio. € in 2014. Erfahrungsgemäß sind in den Monaten November bis Januar Kreditaufnahmen nur beschränkt möglich, um eine ausreichende Anzahl von wirtschaftlichen Angeboten zur erhalten, ist die Aufnahme im laufenden Haushaltsjahr erfolgt.

Der Betrag der liquiden Mittel weicht zwischen Finanzrechnung und Bilanz ab, da in der Bilanz zwei Konten den Forderungen zugeordnet wurden, welche auch mit in die Finanzrechnung einfließen. Diese Konten werden als Bankbestand für Geschäftsbesorgungen durch die Lübecker Musik- und Kongreßhallen GmbH und die KWL GmbH geführt.

3 Gesamteinschätzung zur Vermögens- und Finanzlage

Die Hansestadt hat im Jahre 2014 und weiterhin stets ihre Verbindlichkeiten bedient.

Prekär ist die erhebliche Verschuldung der Hansestadt. Aufgrund des sehr geringen Marktzinses kam es nicht zu einer weiteren erhöhten Zinsbelastung, die wiederum zu weiteren Kreditaufnahmen hätte führen können.

Mit den Mechanismen zum Gemeindefinanzausgleich bzw. des Konsolidierungsfonds wurden erste geeignete Maßnahmen umgesetzt, die die Stadt bei ihren Konsolidierungsaufgaben unterstützen.

Zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage ist zudem die Betrachtung der erheblichen Bürgschaften der Hansestadt zugunsten anderer Kreditnehmer relevant. Bedingt durch die kontinuierliche Tilgung der im Bestand befindlichen von der Hansestadt verbürgten Kredite ist am Jahresende 2014 eine Reduzierung der Bürgschaftssumme auf 93 Mio. € zu verzeichnen (Vorjahr 103 Mio. €).

V Ertragslage der Hansestadt

A Ergebnisrechnung zum 31.12.2014

Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 152,7 T€. ab. Gegenüber dem geplanten Fehlbetrag von 71,2 Mio. € bedeutet dies eine erhebliche Verbesserung in Höhe von 71 Mio. €. Gegenüber dem Fehlbetrag von 83,8 Mio. €, der sich aus dem berichtspflichtigen fortgeschriebenen Planansatz (ursprünglich beschlossener Planansatz zzgl. Nachtrag, übertragener Ermächtigungen aus dem Vorjahr und Sollübertragungen, ohne über- u. außerplanmäßige Bewilligungen und unechter Deckung) ergibt, kommt es sogar zu einer Verbesserung von 83,7 Mio. €.

Die folgende Tabelle verdeutlicht, in welchen Ergebnisbereichen diese Verbesserung entstanden ist:

Mio. €	Ist 2013	Fortgeschriebener Plan-ansatz 2014	Ist 2014	Veränderung (Vgl. fortg. Planansatz mit Ist 2014)	Abweichung in %
Ordentliche Erträge	685,3	644	714,2	70,2	10,9
Ordentliche Aufwendungen	664,3	695,1	693,1	-2	-0,3
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	21	-51	21,1	72,1	-141,4
Finanzergebnis	-21,8	-32,8	-21,3	11,5	-35,1
Außerordentliches Ergebnis	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresergebnis	**-0,7**	**-83,8**	**-0,2**	**83,7**	**-99,8**

Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit

Ordentliche Aufwendungen in Höhe von 693,1 Mio. € (ggü. 695,1 Mio. €) und ordentliche Erträge in Höhe von 714,2 Mio. € (ggü. 644 Mio. €) führen in 2014 zu einem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 21,1 Mio. € (ggü. minus 51 Mio. €). Damit wird das geplante Ergebnis um 72,1 Mio. € übertroffen. Diese Verbesserung kommt insbesondere durch eine Steigerung der Erträge um 11% und einer Kostenreduzierung um 0,3% zustande.

Finanzergebnis

Das negative Finanzergebnis von minus 21,3 Mio. € (ggü. minus 32,8 Mio. €) ergibt sich aus Finanzerträgen von 0,7 Mio. €, denen Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen von 22 Mio. € gegenüber stehen. Die Verbesserung von 11,5 Mio. € gegenüber der Planung ist im Wesentlichen auf das anhaltend niedrige Zinsniveau und die gegenüber der ursprünglichen Planung geringere Kassenkreditaufnahme zurückzuführen. Auch die verringerte und verzögerte Aufnahme von Krediten für Investitionen trägt zu dem Ergebnis bei.

Ordentliche Erträge

Mio. €	Ist 2013	Fortgeschriebener Planansatz 2014	Ist 2014	Veränderung (Vgl. fortg. Planansatz mit Ist 2014)	Abweichung in %
Steuern und ähnliche Abgaben	215,9	198,3	228,7	30,5	15,3
Zuwendungen und allgemeine Umlage	215,6	209,3	240,7	31,4	15,0
Sonstige Transfererträge	13,2	15,5	11,9	-3,6	-23,2
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	34,3	34,8	31,4	-3,4	-9,8
Privatrechtliche Leistungsentgelte	36,1	31,9	40,7	8,8	27,6
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	124,1	131,2	131,6	0,4	0,3
Sonstige ordentliche Erträge	44,7	21,1	27,9	6,8	32,2
Aktivierte Eigenleistungen	1,3	2,0	1,4	-0,6	-30,0
Bestandsveränderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe ordentliche Erträge	**685,3**	**644,0**	**714,2**	70,2	10,9

Die gute gesamtwirtschaftliche Konjunktur wirkt sich positiv auf die Ertragssituation der Hansestadt Lübeck in 2014 aus. So haben z. B. die Erträge aus Gewerbesteuern Ende 2014 mit rd. 96 Mio. € ein sehr hohes Niveau erreicht.

Steuern und ähnliche Abgaben

In der folgenden Übersicht wird auf die Steuereinnahmen und wichtigsten Finanzzuweisungen sowie Umlagen detaillierter eingegangen. Das Gesamtergebnis wurde insbesondere positiv beeinflusst durch gewährte Konsolidierungshilfe, die Fehlbetragszuweisung (17,4 Mio. €) und die höheren Erträge bei der Gewerbesteuer der (plus von ca. 28,2 Mio. €).

Fehlbetragszuweisungen (ebenso wie die ab 2012 gewährten Konsolidierungshilfen des Landes) dürfen nicht in die planmäßige Veranschlagung einbezogen werden, sie stellen immer eine außerplanmäßige Verbesserung dar.

Bezeichnung	Ist 2013	Fortgeschr. Planans. 2014	Ist 2014	Veränderung (Vgl. fortg.Planansatz mit Ist 2014)	Abweichung 2014
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	in %
Grundsteuer A	180	190	227	37	19
Grundsteuer B	35.450	34.479	35.852	1.373	4
Gewerbesteuer	86.750	67.501	95.707	28.206	42
Gemeindanteil an der Einkommensteuer	62.785	66.229	65.651	-578	-1
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	11.514	11.921	11.812	-109	-1
Vergnügungssteuern	2.280	1.601	2.246	645	40
Hundesteuer	846	800	943	143	18
Zweitwohnungssteuer	998	900	1.004	104	12
andere Steuern	2.086	1.300	1.639	339	26
allgemeine Schlüsselzuweisungen	102.662	120.790	124.795	4.005	3
Sonderschlüsselzuweisungen	0	1.221	1.815	594	49
Fehlbetragszuweisung	20.955	-	17.402	17.402	100
Schlüsselzuweisungen nach § 15 FAG (übergemeindliche Aufgaben)	17.290	19.836	20.657	821	4
Ausgleichsleistungen nach dem Familienleistungsausgleich (§ 31 a FAG)	5.920	6.236	6.530	294	5
sonstige allgem. Finanzzuweisungen	316	311	297	-14	-5
Summe der allgem. Deckungsmittel	**350.032**	**333.315**	**386.577**	53.262	16
Gewerbesteuerumlage	-14.207	-10.831	-14.450	-3.619	33
allgemeine Kreisumlage				0	
zusätzliche Kreisumlage				0	
Amtsumlage				0	
Zusatzamtsumlage				0	
Finanzausgleichsumlage				0	
Summe der Umlagen	**-14.207**	**-10.831**	**-14.450**	-3.619	33

Öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Leistungsentgelte

Die Erträge bei den öffentlich – rechtlichen Leistungsentgelten fallen im Vergleich um 3,4 Mio. € niedriger aus. Die Planung 2014 lag bei 34,8 Mio. €, das tatsächliches IST - Ergebnis des Haushaltsjahres 2014 beträgt 31,4 Mio. €.

Bei den Verwaltungsgebühren wurden Mehrerträge in Höhe von 0,4 Mio. € und den Erträgen aus den Verwaltungsgebühren Statik 1,2 Mio. € generiert. Die Erträge aus Benutzungsgebühren fallen niedriger aus (Planung 2014: 25,7 Mio. €, IST 2014: 20,6 Mio. €). Die Erträge aus der notwendigen Auflösung der Sonderposten für eingezahlte investive Beiträge sind im Ergebnis mit 0,2 Mio. € Verbesserung enthalten.

Zu den privatrechtlichen Leistungsentgelten gehören u. a. Mieten, Pachten (plus 4,7 Mio. €), Erträge aus Verkauf von Vorräten (plus 456 T€), sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte (plus 3,9 Mio. €), Leistungsentgelte Kita (minus 418 T€), Beköstigungsentgelte (minus 70 T€).

Sonstige ordentliche Erträge

Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen sind folgende Abweichungen zwischen fortgeschriebener Planung und dem Ist-Ergebnis zu nennen:

- 5,2 Mio. € Mehrerträge aus der Veräußerung von Grundstücken/ Gebäuden,
- 106 T€ Mehrerträge aus Veräußerung von Finanzanlagen
- Mehrertrag aus Nachzahlungszinsen Gewerbesteuer 2,0 Mio. €
- Mehrerträge bei den Säumniszuschlägen rd. 60,3 T€.
- Mehrerträge aus der Verzinsung von Steuernachforderungen 850 T€
- Mehrerträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von sonst. anderen Rückstellungen in Höhe von 502 T€.

Aktivierte Eigenleistungen

Aktivierte Eigenleistungen waren im Jahre 2014 mit 2,0 Mio. € veranschlagt, sind aber lediglich in Höhe von 1,4 Mio. € angefallen und gebucht worden.

Ordentliche Aufwendungen

Mio. €	Ist 2013	Fortgeschriebener Planansatz 2014	Ist 2014	Veränderung (Vgl. fortg. Planansatz mit Ist 2014)	Abweichung in %
Personalaufwendungen	146,2	152,7	148,6	4,2	-2,7
Versorgungsaufwendungen	21,5	13,4	27,3	13,9	103,7
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	67,1	76,2	68,5	-7,7	-10,1
Bilanzielle Abschreibungen	39,8	43,0	38,7	-4,3	-10,0
Transferaufwendungen	275,8	293,1	291,0	-2,1	-0,7
Sonstige ordentliche Aufwendungen	114,0	116,6	119,0	2,3	2,1
ordentliche Aufwendungen	**664,3**	**695,1**	**693,1**	**-2,0**	**-0,3**

Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen stellen mit 24,60 % eine wesentliche Aufwandsposition an den geplanten Gesamtaufwendungen 2014 dar. Die Personalaufwendungen sind unter Berücksichtigung der Personalkostendurchschnittswerte und notwendiger kassenwirksamer Anpassungen von den Fachbereichen kalkuliert und bewirtschaftet worden. Die Personalaufwendungen werden aufgrund des seit Jahren bestehenden defizitären Ergebnisplanes äußerst restriktiv (Wiederbesetzungssperren, Einsparung von Planstellen usw.) bewirtschaftet. U. a. dadurch weichen die Ist-Ergebnisse in der Regel von den geplanten Personalaufwendungen am Jahresende ab. Die Differenzen ergeben sich aus einer Vielzahl von Einzelvorgängen.

Im Vergleich zum Vorjahr sind Tarifsteigerungen zu berücksichtigen.

Stellenentwicklung der Vollzeitstellen bei der Hansestadt Lübeck ab 1.1.2010

Datum	Beamte		Angestellte		Lohnempfänger		Vollzeit-stellen	Personal-aufwand TEUR	Anteil an Ges.aufw %	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%				
01.01.2010	928,65	32,29	1.497,37	52,06	450,10	15,65	2.876,12	146.320	**23,59**	1)
01.01.2011	950,55	32,55	1.532,74	52,48	437,36	14,97	2.920,65	154.958	**24,04**	1)
01.01.2012	964,67	32,62	1.557,66	52,67	434,99	14,71	2.957,32	155.636	**23,51**	1)
01.01.2013	965,42	30,31	1.585,74	49,78	634,27	19,91	3.185,43	167.696	**24,39**	2)
01.01.2014	963,45	30,14	1.600,27	50,07	632,70	19,79	3.196,42	175.913	**24,60**	3)
01.01.2015	970,00	30,26	1.609,25	50,21	625,81	19,53	3.205,06	173.321	**23,14**	3)
01.01.2016	981,56	29,96	2.310,92			70,04	3.292,48	191.417	**23,64**	4)
01.01.2017	972,39	29,03	2.376,65			70,97	3.349,04	196.747	**24,14**	5)

1) Personalaufwendungen gem. Jahresabschluss 2010 bis 2012

2) Zum 01.01.2013 werden 218,13 Vollzeitstellen der Gebäudereinigung HL in die Kernverwaltung zurückgeführt. Personalaufwendungen gem. Jahresabschluss 2013

3) Personalaufwendungen gem. Jahresabschluss 2014 u. Ergebnisplan 2015

4) Personalaufwendungen gem. Ergebnisplan 2016. Stellenplan erstmalig erstellt mit KoPers. Differenzierung zwischen Lohnempfänger- u. Angestelltenplanstellen wird abgelöst durch Summe der Beschäftigtenplanstellen im Tarifbereich.

5) Personalaufwendungen gem. Ergebnisplan 2017

Versorgungsaufwendungen

Um die Höhe der Pensionsrückstellung gem. des mathematischen Gutachtens der VAK zu erreichen ist eine zusätzliche Zuführung nötig.

Die Zuführung zur Pensionsrückstellung wurde mit einem pauschalen Wert i.H.v. 13,4 Mio. € bei der Planung berücksichtigt. Aufgrund des aktualisiert vorliegenden Gutachtens der VAK wurde eine Aufstockung um 10,4 Mio. € erforderlich, so dass insgesamt die Höhe der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen 23,8 Mio. € beträgt.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zu dieser Aufwandsart gehören eine Vielzahl unterschiedlichster Aufwendungen bei denen die Abweichungen zwischen der Planung und dem Ist 2014 in der normalen Bandbreite liegen. Bei folgenden Positionen sind Abweichungen erwähnenswert:

- Unterhaltung der Hochbauten (Minderaufwendungen 5,0 Mio. €),
- Unterhaltung des sonst. unbeweglichen Vermögens (Minderaufwendungen 3,2 Mio. €),
- sonst. Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Minderaufwendungen 1,6 Mio. €) und
- Mieten und Pachten für Liegenschaften (Mehraufwendungen 0,2 Mio. €).

Die vorgenannten Abweichungen ergeben im Saldo rd. 9,6 Mio. € Verbesserungen. Hierzu ist anzumerken, dass insbesondere die zwei erst genannten „Verbesserungen“ negative Auswirkungen auf das Anlagevermögen der Hansestadt Lübeck haben werden, da notwendige Unterhaltungsmaßnahmen nicht ausreichend vorgenommen werden konnten.

Aufgezehrt wird ein Teil dieser Verbesserungen im Wesentlichen durch Mehraufwendungen bei den besonderen Verwaltungs- u. Betriebsaufwendungen (1,2 Mio. €) und den Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen (2,1 Mio. €).

Transferaufwendungen

Die Verbesserung bei den Transferaufwendungen (Aufwendungen, die ohne Gegenleistung an Dritte geleistet werden) von 2,1 Mio. € ergibt sich aus Reduzierungen bei den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke an verschiedene Bereiche in Höhe von 3,5 Mio. € und beinhaltet maßgeblich Minderaufwendungen für Zuschüsse an verbundene Unternehmen von rd. 1,8 Mio. €.

Minderaufwendungen sind insbesondere bei der Jugendhilfe in Höhe von 1,0 Mio. € zu verzeichnen. Dazu kommen Minderaufwendungen bei den übrigen Sozialtransferleistungen in Höhe von 1,2 Mio. €.

Hinzu kommt, dass durch die höheren Erträge bei der Gewerbesteuer (plus ca. 28,2 Mio. €) auch die Gewerbesteuerumlage steigt, was zu einem Mehraufwand bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von 3,6 Mio. € führt.

Insgesamt ist somit eine Verbesserung von 2,1 Mio. € bei den Transferaufwendungen zu verzeichnen.

B Gesamteinschätzung zur Ertragslage

Die Ertragslage 2014 der Hansestadt Lübeck ist durch ein positives Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit (plus 21,1 Mio. €) und ein negatives Finanzergebnis (minus 21,3 Mio. €) geprägt. Es haben sich im Haushaltsvollzug im Saldo erhebliche Verbesserungen gegenüber der Planung im Umfang von 83,7 Mio. € - davon rd. 70 Mio. € bei den Erträgen - ergeben. Dies hat letztlich zu einem Defizit von nur 0,2 Mio. € geführt.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Aufwendungen parallel zu den Erträgen gestiegen, sodass wiederum nur eine „rote Null“ erreicht werden konnte. Insgesamt ist das operative Ergebnis noch nicht geeignet, die dramatische Vermögenslage zu verbessern.

VI Vorgänge von besonderer Bedeutung

A Doppik-Einführung

Die vollständige Umsetzung der Doppik ist noch nicht abgeschlossen und wird weitere Jahre benötigen, bis dass z.B. der Jahresabschluss rechtmäßigerweise innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres erstellt wird. Derzeit wird davon ausgegangen, dass der Jahresabschluss 2019 erstmals fristgemäß vorgelegt werden kann. Die Erstellung des ersten Gesamtabschlusses 2019 soll sich daran anschließen.

B Konsolidierungsfonds

Die Hansestadt Lübeck hat in den vergangenen Jahren Haushaltskonsolidierung als permanente Aufgabe verstanden und auch so gehandelt.

Das vom Land aufgelegte Programm „Konsolidierungshilfen für notleidende Kommunen“ auf der Grundlage des § 16 a FAG für den Zeitraum 2012 bis 2018 und die damit verbundene Verpflichtung zu eigenen Anstrengungen brachte hierzu eine neue Dynamik.

Im Konsolidierungsfonds wurde die erste Hürde erfolgreich genommen: 60 % des gesamten Konsolidierungsvolumens konnten planmäßig erbracht werden. Im Gegenzug zu dieser Leistung erhält die Stadt Landeshilfen in Höhe von circa 76,4 Mio. €. Nun musste im ersten Halbjahr 2015 das zweite und letzte Konsolidierungspaket mit einem Volumen von noch einmal 10 Mio. € auf den Weg gebracht werden, so dass zukünftig weitere Hilfen erwartet werden können, deren Höhe in Abhängigkeit zu der Entwicklung der Jahresergebnisse der Hansestadt Lübeck und der weiteren Teilnehmer des Konsolidierungsfonds steht.

C Wachsender Zustrom von Flüchtlingen aus Krisenregionen

Eine Herausforderung besonderer Dimension war schon im Jahr 2014 und auch in 2015/2016 der wachsende Zustrom von Flüchtlingen aus Krisenregionen. 600 Menschen sind als Flüchtlinge 2014 in Lübeck angekommen, weitere 1.000 wurden für das Jahr 2015 prognostiziert.

Es wurden große Kraftanstrengungen erforderlich, um den zu der Hansestadt kommenden Menschen Unterkunft und Verpflegung zu gewähren und ihnen auch die Integrationsleistungen zu bieten, die sie brauchen: Sprachunterricht, Betreuung und Beistand. Zur Verhinderung von Knappheit am Wohnungsmarkt wird verstärkt der Neubau von Wohnraum durchgeführt werden müssen.

VII Chancen, Risiken und Prognosen

A Konsolidierung des städtischen Haushalts

Die Haushaltslage der Hansestadt Lübeck ist weiter angespannt. Vor diesem Hintergrund wird seit einigen Jahren die Haushaltskonsolidierung als eine permanente Aufgabe verstanden. Durch unterschiedlichste Maßnahmen (z.B. Budgetierung, Wiederbesetzungssperren, Aufgabenkritik, Einsparungen, Streichung und Kürzung von Leistungen, Erhöhung von Steuern, Entgelten und Gebühren, Veräußerung von Vermögen und nicht zuletzt Personalabbau) versuchen Verwaltung und Kommunalpolitik, die Haushaltslage nachhaltig zu verbessern.

B weitere Einflussfaktoren von außen

Die Gewerbesteuereinnahmen als Haupteinnahmequelle der Stadt sind erheblichen Schwankungen unterworfen, so dass eine verlässliche Planung kaum möglich erscheint. Auch für die Zukunft ist davon auszugehen, dass die Sozialausgaben weiter ansteigen werden. Ebenso bedeutsam für den städtischen Haushalt ist die Entwicklung des Zinsniveaus angesichts einer hohen städtischen Verschuldung für Investitionen und Kassenkredite Die Belastungen aus den künftigen Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst gehen weiter zu Lasten des Haushalts. Der Sanierungsstau bei der städtischen Infrastruktur stellt ein weiteres erhebliches Risiko für den Haushalt dar, dem in den kommenden Jahren durch Prioritätensetzung im Haushalt zu begegnen ist. Erforderlich hierfür ist aber auch, durch zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen wieder Gestaltungsspielräume im investiven Bereich zu schaffen, die derzeit nicht gegeben sind. Das Fazit bleibt, dass vor dem Hintergrund der weiterhin angespannten Haushaltslage und Verschuldungssituation die Haushaltskonsolidierung alternativlos bleibt.

C Konsolidierungsfonds

Auf der Grundlage von § 16a des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) können Gemeinden und Kreise mit besonderen Finanzproblemen im Zeitraum 2012 bis 2018 Konsolidierungshilfen unter der Voraussetzung erhalten, dass sie selbst weitere eigene nachhaltige Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung vornehmen.

D Wohnungsbau und Gewerbeflächen

Im Gründungsviertel auf der Altstadtinsel wird nach Abriss der dortigen Schulgebäude ein neues Wohnquartier auf 39 Parzellen entstehen. Am Stadtgraben entstehen weitere 80 Wohneinheiten. Mit diesen und anderen Maßnahmen von Privatinvestoren soll zusätzlicher, attraktiver Wohnraum geschaffen werden. Im Jahr 2014 wurde das LUV SHOPPING-Einkaufszentrum in Lübeck-Dänischburg eröffnet. Diese Investition schafft 400 zusätzliche Arbeitsplätze und ist seitens der Stadtentwicklung ein weiterer wichtiger Beitrag zur Revitalisierung der nördlich gelegenen Stadtbezirke.

E Tourismus

Der Tourismus gehört zu den Wachstumsmotoren der Stadt. Mit der Neubebauung des Aqua-Top-Grundstücks mit einem Hotel, der Realisierung des Projekts Priwall Waterfront auf dem Priwall, der Ansiedlung eines weiteren Hotels auf der Altstadtinsel werden zusätzliche Übernachtungskapazitäten geschaffen. Im Jahr 2014 ist Lübeck Gastgeberin des 34. Hansetages der Neuzeit, zu dem ca. 750.000 Besucher erwartet

wurden. Der Baufortschritt des Europäischen Hansemuseums ist ein weiterer Meilenstein zur Profilierung Lübecks als Kultur- und Tourismusstandort.

F Zinsänderungsrisiko

Die Hansestadt Lübeck ist weiterhin auf Kapitalmarktkredite zur Finanzierung von Investitionen angewiesen, weil Überschüsse im konsumtiven Teil des Haushalts seit Jahren nicht erwirtschaftet wurden. Die allgemeine Zinsentwicklung ist deshalb für die Haushaltssituation von erheblicher Relevanz. Das betrifft nicht nur die Aufnahme von neuen Darlehen, sondern auch den Altbestand an Darlehen im Hinblick auf das Auslaufen von Zinsbindungsfristen. Derzeit wird der Haushalt durch ein niedriges Zinsniveau begünstigt. Die Europäische Zentralbank EZB hat ihre Niedrigzinspolitik beibehalten. Aufgrund des anhaltenden Wirtschaftswachstums in den USA wird dort von einem steigenden Zinsniveau ausgegangen, diese Entwicklung kann auch zu steigenden Zinsen im Euroraum führen. Zudem vermehren sich die Anzeichen für eine Belebung der europäischen Wirtschaftstätigkeit, so dass längerfristig auch wieder mit einem höheren Zinsniveau gerechnet werden muss. Das Ankaufprogramm der EZB für Anleihen wurde bis Ende 2017 verlängert, nach Beendigung könnten spätestens in 2018 die Zinsen wieder merklich steigen. Allerdings stehen im Laufe des Jahres 2017 einige wesentliche politische Entscheidungen an, wie der Beginn der Verhandlungen zum Brexit oder die Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich, die zu erneuten Unsicherheiten an den Finanzmärkten führen können. Es besteht die Möglichkeit, dass damit eine Abschwächung der Wirtschaftsbelebung einhergeht. Dies würde gegen ein steigendes Zinsniveau sprechen.

G Risiko der Fehlbewertung von Pensionsrückstellungen

Nach § 24 Nr. 1 GemHVO-Doppik ist für Pensionsrückstellungen konkret geregelt, dass diese als Barwert auszuweisen und mit einem Alternativzinssatz von 5 % abzuzinsen sind. Hierfür wird entsprechend der Kommentierungen empfohlen, dass die Versorgungsausgleichskasse (VAK) die entsprechenden Berechnungen vornimmt. Diesen rechtlichen Vorgaben ist die Hansestadt in vollem Umfang gefolgt.

Zum Bilanzstichtag ergeben sich hieraus Pensionsrückstellungen von 367,1 Mio. €, die den Umfang des tatsächlichen Rückstellungsbedarfs nicht vollständig wiedergeben. Schließlich ist eine Verzinsung von 5 % am Kapitalmarkt seit Jahren nicht zu erwirtschaften. Die unterstellte Möglichkeit, bis zu einer späteren Belastung das erforderliche Kapital in dieser Höhe zinsbringend anlegen zu können, ist faktisch nicht realistisch.

Der rechtlich vorgegebene, fehlerhafte Ausweis wird bei der Betrachtung einer analogen Berechnung des Barwertes für einen durchschnittlichen Musterbeamten deutlich und wird hier anhand einer Beispielrechnung zum Jahresabschluss 2010 wiedergegeben. Wenn bei den Berechnungen im Jahre 2010 der Zinsfuß von 5 % auf z. B. 3,25 % abgesenkt worden wäre, sind bereits dramatisch abweichende Darstellungen festzustellen. Die Rückstellung betrug nach Berechnung der VAK für den Musterbeamten nur 186.350 € und würde aufgrund der fälschlicherweise unterstellten Verzinsungsmöglichkeit auf 288.943 € steigen. Hierbei war zu berücksichtigen, dass 1.486 Beamte im aktiven Dienst oder bereits pensioniert waren. Für alle wäre die Differenz jeweils als grober Schätzbetrag anzusetzen. Wenn ein zusätzlicher Ausweis notwendig ist, führt dies zu Aufwendungen in gleicher Höhe. Auf Basis der o. g. Zahlen ergab sich für die Hansestadt Lübeck ein zusätzliches Risiko aus den zu niedrig anzusetzenden Pensionsrückstellungen in der Größenordnung von mehr als 150 Mio. €. Aufgrund des seitdem weiter gesunkenen

Marktzinsniveaus ergeben sich heute noch gravierendere Abweichungen. Der Basiszinssatz liegt inzwischen unter 0 %.

Nach Rückfrage beim Innenministerium ist die Beibehaltung der Regelung beabsichtigt, dass für die Berechnung des Barwertes als Abzinsungszinssatz weiterhin 5 % anzusetzen sind. Ein abweichender Zinssatz nach § 41 Abs. 8 GemHVO-Doppik soll nur für Betriebe gewerblicher Art zugelassen werden. Danach würde die Rückstellung in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt und Rückstellung mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst werden.

H Prognosen

Im Ergebnisplan wird für das Jahr 2015 ein Fehlbedarf von 57,8 Mio. € geplant. Den Gesamterträgen von 691,1 Mio. € stehen Aufwendungen von 748,9 Mio. € gegenüber.

Vorgesehen sind für das Jahr 2015 Investitionen in Höhe von 47,4 Mio. € Investitionsschwerpunkte für das Jahr 2015 sind wie in den Vorjahren die Sanierung und Erneuerung von städtischen Gebäuden, Schulen und Sporthallen, Straßen- und Brückenbau sowie die Hafeninfrastruktur.

Zusammenfassende Einschätzung

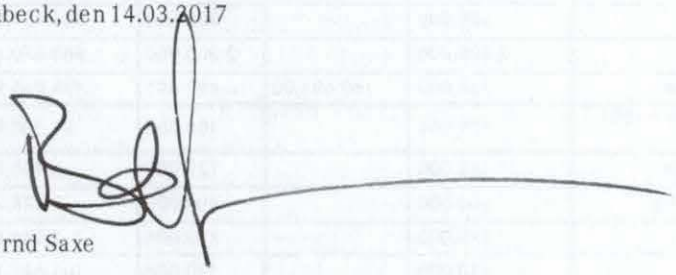
Trotz der sehr günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufgrund deutlich gestiegener Gewerbesteuereinnahmen oder des niedrigen Marktzinses bedarf es erheblicher Anstrengungen, ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erreichen. Diese Anstrengungen sind weiterhin innerhalb der Strukturen der Hansestadt fortzusetzen, um bei wieder schlechteren Bedingungen handlungsfähig zu bleiben.

Im Jahre 2014 war insbesondere zu berücksichtigen, dass zusätzliche Leistungen wie beispielsweise die Unterbringung von Flüchtlingen in einer bisher noch nicht gekannten Intensität durch die Kommunen vorfinanziert werden mussten und erfolgreich umgesetzt werden konnten.

Hinsichtlich der ausreichenden Finanzausstattung der Kommunen sind über die Konsolidierungsleistungen der Stadt hinaus das Land und der Bund gefordert. Mit dem Land Schleswig-Holstein wurden Konsolidierungsvereinbarungen getroffen, die finanzielle Unterstützungen und Eigenleistungen regeln. Weitere Einschränkungen betreffen die Qualität der Dienstleistungen der Verwaltung, die inzwischen nach außen spürbar wird.

Um die Handlungsmöglichkeiten der Hansestadt nicht weiter einzuschränken und zukünftige Generationen nicht weiter zu belasten, sind solche Maßnahmen möglichst im akzeptablen Rahmen zu halten, zum Teil aber nicht zu vermeiden.

Lübeck, den 14.03.2017



Bernd Saxe

Bürgermeister der
Hansestadt Lübeck

488 von 1236 in Zusammenstellung

VIII Anlagen

A Investitionsmaßnahmen

Bezeichnung Produkte	Maßnahmen	2014	über-/außerplanmäßige Mittel	Summe Spalte 2 u. 3	Auszahlungen
		Euro	Euro	Euro	Euro
1		2	3	4	5
IT-Architekturmangement/IT-Service	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	750.000	-349.150,00	400.850	743.825,43
Stabsstelle Bilanzen	Finanzsoftware	340.000	-80.000,00	260.000	99.631,22
Buchhaltung und Finanzen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	220.000		220.000	9.163,00
Stadtwerke	Priwallwagenfähre/Anleger	2.500.000		2.500.000	2.500.000,00
Flughafen Lübeck GmbH	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen privater Unternehmen	500.000		500.000	0,00
Grundstücksan- und -verkäufe	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	290.000	-20.600,31	269.400	188.906,32
Gefahrenabwehr	Neubau Feuerwache 3	3.400.000		3.400.000	343.276,40
Gefahrenabwehr	Feuerwehrhaus FFW Kücknitz	560.000		560.000	11.404,47
Gefahrenabwehr	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	900.000	-265.000,00	635.000	387.335,00
Gefahrenabwehr	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 - 1.000 €	587.000		587.000	354.623,67
Rettungsdienst	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	900.000		900.000	699.721,16
Katastrophenschutz	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	230.000		230.000	0,00
Leitung, Controlling, Dienste FB 4	Burgkloster/UNESCO	235.000		235.000	544.434,88
Grund- u. Regionalschulen	Schule an der Wakenitz	2.500.000		2.500.000	608.670,18
Gymnasien	Ernestinen-Schule/Chemieraum	332.000	160.691,00	492.691	155.865,93
Gymnasien	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 - 1.000 €	105.000		105.000	81.300,81
Gemeinschaftsschulen	Akustikdecken in Klassenräumen	125.000		125.000	5.405,70
Gemeinschaftsschulen	Geschw-Prenski-Sch/Erweiterung	400.000		400.000	15.228,24
Gemeinschaftsschulen	HGS/Erweiterung Trakt C	270.000		270.000	7.046,53
Gemeinschaftsschulen	Projekt "Schulen ans Netz"	110.000		110.000	101.611,13
Gemeinschaftsschulen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	146.000		146.000	64.858,40
Gemeinschaftsschulen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 - 1.000 €	173.000		173.000	134.446,02
Förderzentren	Projekt "Schulen ans Netz"	100.000		100.000	74.796,24
Berufsschulen	BSZ Dankwartsgrube	1.907.000		1.907.000	1.615.813,07
Berufsschulen	Gew.f.Nahr./Ern. Bistro	300.000		300.000	0,00
Berufsschulen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	155.000		155.000	166.956,79
Berufsschulen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 - 1.000 €	151.000		151.000	132.346,99
Förderung des Sports	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen übriger Bereiche	150.000		150.000	148.284,88
Bark Passat/Passathafen	Bark Passat/Ern. Passatbrücke	400.000		400.000	127.272,49
Bark Passat/Passathafen	Bark Passat/Brandschutz	170.000		170.000	23.292,34
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Kita Aug.-Beb./Umbau/Pavillon	150.000		150.000	0,00
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Kita Heiweg/Umbau/Sanierung	500.000		500.000	160.959,82
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Kita Glockengießerstraße/Umbau	150.000		150.000	39.931,74
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Kita Dietrich-Buxtehude/Umbau	630.000	48.739,47	678.739	288.094,54
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Kita Kunterbunt/Umbau	150.000		150.000	86.832,76
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 - 1.000 €	120.000	346,52	120.347	145.350,52
Jugendfreizeiteinrichtungen	Burgtor/Jugendkulturcafé	120.000	320,72	120.321	103.421,72

Stadtplanung und -entwicklung	Sanierungsmaßn./Innenstadt	1.996.000		1.996.000	0,00
Stadtplanung und -entwicklung	Soziale Stadt Buntekuh	450.000	67.735,16	517.735	235.068,50
Stadtplanung und -entwicklung	Soziale Stadt Moisling	303.000		303.000	0,00
Aufgabenträgerschaft ÖPNV	Bushaltestellen	100.000		100.000	25.521,09
Aufgabenträgerschaft ÖPNV	Dyn. Fahrgastinformationsanl.	250.000		250.000	0,00
Aufgabenträgerschaft ÖPNV	elektron. Fahrgastdatenerfassung	120.000		120.000	0,00
Gebäudemanagement	Mühlendamm/EEM	150.000		150.000	25.682,00
Gebäudemanagement	Meesenring 7/EEM	805.000	35.000,00	840.000	1.036.392,51
Gebäudemanagement	Germanistenkeller Rathaus	252.000		252.000	246.338,62
Gebäudemanagement	Schule Falkenfeld/GTB/GebMod	150.000		150.000	12.483,10
Gebäudemanagement	C.J.Burckhardt-Gym./EEM/ Aula	300.000	5.723,97	305.724	87.911,97
Gebäudemanagement	Kita Marlistraße/EEM	600.000	269.000,00	869.000	277.878,10
Gebäudemanagement	Mühlenweg Schule/EEM	1.954.000		1.954.000	963.146,42
Gebäudemanagement	Katharinenkiche/UNESCO	990.000		990.000	658.402,56
Gebäudemanagement	Rathaus	165.000		165.000	744.552,64
Gebäudemanagement	A.-Schw.-Schule/Umbau/Erweit.	500.000		500.000	17.169,75
Gebäudemanagement	Fackenburger Allee 27-29	300.000		300.000	0,00
Gebäudemanagement	Marienschule/Umstruk/GebMod	700.000		700.000	28.488,49
Gebäudemanagement	Raumplanung	350.000	-861.000,00	-511.000	74.439,56
Gebäudemanagement	Sicherheitsbel. an Schulen	100.000		100.000	81.311,94
Gebäudemanagement	Baltic-GMS/Umb.betr.GS/GebMod	500.000		500.000	0,00
Gebäudemanagement	B-Schröder-Sch./Umstruk/GebMod	250.000		250.000	0,00
Gebäudemanagement	E-Geibel-Schule/Umstruk/GebMod	300.000		300.000	0,00
Gebäudemanagement	Kita Glockeng./Umstruk/GebMod	100.000		100.000	0,00
Gebäudemanagement	Schule Rangenberg/Brandschutz	400.000		400.000	61.820,94
Gebäudemanagement	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	139.000		139.000	147.065,03
Gebäudemanagement	Hochbaumaßnahmen	100.000	-50.000,00	50.000	72.652,89
Gemeindestraßen	Sanierung von Fahrbahndecken	1.105.000	-40.000,00	1.065.000	1.195.670,00
Gemeindestraßen	Kanalbrücke Oberbüssau	1.450.000		1.450.000	0,00
Gemeindestraßen	Um- und Ausbau von Radwegen	400.000	16.692,11	416.692	257.195,11
Gemeindestraßen	Straßenbrücke Reecke	1.300.000		1.300.000	567.782,81
Gemeindestraßen	Umb. LSA Holstenstr.-Untertrave	100.000		100.000	94.612,90
Gemeindestraßen	Kostenbet. EBL Fehlingstr. 2.BA	275.000		275.000	0,00
Gemeindestraßen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	150.000	25.000,00	175.000	227.344,20
Kreisstraßen	Hafendrehbrücke	1.200.000	1.929,72	1.201.930	1.008.993,72
Kreisstraßen	Siem. Ldstr.OI. Siems-Herrenmoor	500.000		500.000	34.094,82
Kreisstraßen	Ausbau KP K16/Untertr./Kanalstr	1.850.000		1.850.000	1.334.935,69
Kreisstraßen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	100.000		100.000	125.184,08
Bundesstraßen	Possehlbrücke/Ersatzneubau	3.350.000		3.350.000	541.360,76
Grün- und Landschaftsbau	Grundüberholung Spielplätze	300.000	60.385,81	360.386	177.724,81
Grün- und Landschaftsbau	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	430.000	277.000,00	707.000	926.922,63
Grün- und Landschaftsbau	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 - 1.000 €	103.000		103.000	48.029,66
Friedhofs- und Bestattungswesen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	150.000	-237.000,00	-87.000	49.967,12
Wasser und Hafen	Ersatz Transportponton Weberkoppel	200.000		200.000	0,00
Wasser und Hafen	Erneuerung Bohlwerk/Stege Gothmund	150.000		150.000	0,00
Wasser und Hafen	Uferwand Priwallfähr. Nordseite	250.000		250.000	0,00
Wasser und Hafen	Fischaufstiegsanlage Wakenitz	420.000		420.000	25.256,57
Wasser und Hafen	Spülfeld am Stau/Erweiterung	100.000		100.000	4.551,50
Wasser und Hafen	Lagerp. Weberkop./Ersatz Lager	180.000		180.000	9.128,87
Wasser und Hafen	Vorw.Hf, Anleg.4, Ern. Spundw.	500.000		500.000	25.694,77
Wasser und Hafen	Skandinavienkai / Flächenanhebung	900.000		900.000	88.331,38
Wasser und Hafen	Skandinavienkai/Flächenausbau 2. BA	100.000	-100.000,00	0	0,00
Wasser und Hafen	Skandinavienkai / Anleger 5	136.000		136.000	0,00
Wasser und Hafen	Skandikai/Umbau Anleger 8	200.000		200.000	0,00

Wasser und Hafen	Seelandkai / 5. BA, Liegeplatz 4	100.000		100.000	0,00
Wasser und Hafen	Seelandkai/ 6. BA - Liegeplatz 4/ Kaimauer	100.000	-100.000,00	0	0,00
Wasser und Hafen	Schlutupkai I/Flächenerneuerung	150.000		150.000	0,00
Wasser und Hafen	Bhf. Skandikai/Ern.Gleis 21	230.000		230.000	8.605,89
Wasser und Hafen	Vorwerker Hafen/Ern. Gleis 82	170.000		170.000	0,00
Wasser und Hafen	Konstinbhf./Ern.Gleise 4 und 6	400.000		400.000	506.003,87
Wasser und Hafen	Hafenumgehung/BÜ Am Waldsaum	200.000		200.000	0,00
Wasser und Hafen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	133.000		133.000	43.176,14
		50.432.000,00	**-1.134.185,83**	**49.297.814**	**22.267.001,80**

Hinweis:

Aufgelistet sind alle Investitionsmaßnahmen, die im Haushaltsjahr 2014 ein Investitionsvolumen von 100.000 Euro oder mehr ausweisen. Dabei ist es unerheblich, ob die Maßnahmen 2014 fortgesetzt, begonnen oder abschließend umgesetzt worden sind. Aus der Spalte Auszahlungen ist ersichtlich, inwieweit bei den jeweiligen Maßnahmen in 2014 ein Mittelabfluss stattgefunden hat. Sind die Auszahlungen höher als der Planansatz zzgl. bzw. abzgl. über- und außerplanmäßiger Mittel, verfügt die Maßnahme über zusätzliche Haushaltsauszahlungsreste aus Vorjahren und/ oder Sollübertragungen/unechte Deckungen.

Hansestadt LÜBECK

Bericht
über die
Prüfung des
Jahresabschlusses
der Hansestadt Lübeck
zum 31. Dezember 2014
und des Lageberichtes für das
Haushaltsjahr 2014

Rechnungsprüfungsamt

14. Dezember 2018

Impressum

Herausgeber:
Hansestadt Lübeck
Der Bürgermeister
Rechnungsprüfungsamt

Bereichsleitung
Dr. Katja Schur

Prüfungsleitung
Nadine Lietzow

Prüfungsteam
Lutz Baltz
Lars Boller
Kristina Braatz
Jürgen Burmeister
Elke Kreutzer
Dieter Sünder
Stefan Wegner
Detlef Wieschendorf
Layout: Elke Buller

Inhaltsverzeichnis

Seite

Tabellenverzeichnis V

Abkürzungsverzeichnis VII

1 Allgemeines 1

1.1 Gegenstand der Prüfung 1

1.2 Vollständigkeitserklärung 2

1.3 Prüfungsumfang 2

1.4 Prüfungsdurchführung 3

1.5 Vorjahresabschluss 3

2 Einhaltung des Haushaltsplans 3

2.1 Einhaltung des Ergebnisplans 4

2.1.1 Plan-Ist-Abweichungen bezogen auf Ertrags- und Aufwandsarten 5

2.1.2 Plan-Ist-Abweichungen bezogen auf Fachbereichs- / Produktebene 7

2.2 Übertragung von Haushaltsermächtigungen (konsumtiv) 18

2.3 Übertragung von Haushaltsermächtigungen (investiv) 19

2.4 Einhaltung des Finanzplans 21

3 Bilanz 22

3.1 Anlagevermögen 22

3.1.1 Inventur des Anlagevermögens 23

3.1.2 Anlagenspiegel 24

3.1.3 Zugänge 25

3.1.4 Abgänge 27

3.1.5 Anlagen im Bau 29

3.1.6 EB-Korrekturen im Anlagevermögen 29

3.1.7 Anhangsangaben 30

3.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 31

3.2.1 Forderungen aus öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen 31
3.2.2 Sonstige privatrechtliche Forderungen 32
3.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände 33
3.2.4 Altersstruktur der Forderungen 34
3.2.5 Pauschalwertberichtigungen 34
3.2.6 Forderungsmanagement 35
3.2.7 Forderungen gegen verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen 35
3.3 Liquide Mittel 36
3.3.1 Nachweis der liquiden Mittel 37
3.3.2 Vollständigkeit 38
3.3.3 Eröffnungsbilanzkorrekturen 39
3.3.4 Anhangsangaben 39
3.4 Aktive Rechnungsabgrenzung 40
3.4.1 ARAP für geleistete Auszahlungen 40
3.4.2 ARAP aus geleisteten Zuwendungen 41
3.5 Eigenkapital 42
3.5.1 Allgemeine Rücklage 42
3.5.2 Sonderrücklage 43
3.5.3 Ergebnisrücklage 43
3.5.4 Vorgetragener Jahresfehlbetrag 43
3.5.5 Jahresfehlbetrag 44
3.5.6 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag 44
3.6 Sonderposten 45
3.6.1 Aufzulösende Zuschüsse 45
3.6.2 Aufzulösende Zuweisungen 46
3.6.3 Aufzulösende Beiträge 47
3.6.4 Treuhandvermögen 47
3.6.5 Sonstige Sonderposten 48
3.7 Rückstellungen 48

3.7.1 Wertgrenze ... 49
3.7.2 Pensionsrückstellungen ... 50
3.7.3 Altersteilzeitrückstellungen ... 51
3.7.4 Altlastenrückstellungen ... 52
3.7.5 Rückstellungen für Verbindlichkeiten für im Haushaltsjahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist ... 54
3.7.6 Sonstige Rückstellungen ... 55
3.8 Verbindlichkeiten ... 57
3.8.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen ... 57
3.8.2 Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten ... 59
3.8.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen ... 59
3.8.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ... 59
3.8.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen ... 60
3.8.6 Sonstige Verbindlichkeiten ... 61
3.8.7 Ergebnis- und Finanzrechnung ... 62
3.8.8 Anhangsangaben ... 62
3.9 Passive Rechnungsabgrenzung ... 63
3.9.1 Wertgrenze ... 63
3.9.2 PRAP für Grabnutzungsentgelte ... 64
3.9.3 PRAP für übrige Verbindlichkeiten ... 64
3.9.4 Vollständigkeit der PRAP ... 64
4 Ergebnisrechnung ... 65
4.1 Steuern und ähnliche Abgaben ... 66
4.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen ... 66
4.3 Kostenerstattungen und Kostenumlagen ... 68
4.4 Sonstige ordentliche Erträge ... 68
4.5 Finanzerträge ... 69
4.6 Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen ... 70
4.6.1 Personalaufwendungen ... 70

4.6.2 Versorgungsaufwendungen ... 71
4.7 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ... 72
4.8 Bilanzielle Abschreibungen ... 73
4.9 Transferaufwendungen ... 74
4.10 Sonstige ordentliche Aufwendungen ... 75
4.11 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen ... 76

5 Finanzrechnung ... 76

5.1 Einzahlungen und Auszahlungen aus Kassenkrediten ... 77
5.2 Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel - Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel ... 77
5.3 Sonstige Ein- und Auszahlungen ... 77

6 Anhang ... 78

6.1 Allgemeine Hinweise ... 78
6.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ... 79
6.3 Erläuterungen der Bilanz ... 80
6.4 Erläuterungen der Ergebnisrechnung ... 81
6.5 Ergänzende Hinweise ... 81

7 Lagebericht ... 82

7.1 Allgemeine Lage der HL ... 82
7.2 Vermögens-, Schulden- und Finanzlage der HL ... 83
7.3 Ertragslage der HL ... 84
7.4 Vorgänge von besonderer Bedeutung ... 85
7.5 Chancen, Risiken und Prognosen ... 85
7.6 Anlagen ... 86

8 Korrekturen der Eröffnungsbilanz ... 87

9 Korrekturen aus der Prüfung vorausgegangener Jahresabschlüsse ... 87

10 Zusammenfassung ... 88

Tabellenverzeichnis

Seite

Tabelle 1: Plan-Ist-Abweichungen der Ergebnisse 2010-2014 4

Tabelle 2: Bedeutende Plan-Ist-Verbesserungen der Ergebnisplanung 2014 5

Tabelle 3: Bedeutende Plan-Ist-Verschlechterungen der Ergebnisplanung 2014 6

Tabelle 4: Ist-Ergebnisse 2014 der Produkte des FB 1 7

Tabelle 5: Ist-Ergebnisse 2014 der Produkte des FB 2 10

Tabelle 6: Ist-Ergebnisse 2014 der Produkte des FB 3 11

Tabelle 7: Ist-Ergebnisse 2014 der Produkte des FB 4 13

Tabelle 8: Ist-Ergebnisse 2014 der Produkte des FB 5 15

Tabelle 9: Ist-Ergebnisse 2014 der Produkte der allgemeinen Finanzwirtschaft 17

Tabelle 10: Übertragung von konsumtiven Aufwandsermächtigungen 2010-2014 19

Tabelle 11: Übertragung von Auszahlungsermächtigungen für Investitionen 2010-2014 (in Mio. EUR) 20

Tabelle 12: Investitionsplan und Auszahlungen für Investitionen und Verwendungsquoten 2010-2014 21

Tabelle 13: Entwicklung des Anlagevermögens 22

Tabelle 14: Zugänge des Anlagevermögens 26

Tabelle 15: Abgänge des Anlagevermögens 27

Tabelle 16: EB-Korrekturen des Anlagevermögens 30

Tabelle 17: Forderungen aus öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen 31

Tabelle 18: Sonstige privatrechtliche Forderungen 32

Tabelle 19: Sonstige Vermögensgegenstände 33

Tabelle 20: Pauschalwertberichtigungen 34

Tabelle 21: Liquide Mittel 37

Tabelle 22: ARAP 41

Tabelle 23: Gliederung des Eigenkapitals 42

Tabelle 24: Erhöhung des vorgetragenen Jahresfehlbetrages 44

Tabelle 25: Sonderposten 45

Tabelle 26: Pensionsrückstellungen 50

Tabelle 27: Sonstige Rückstellungen 55

Tabelle 28: Rückstellungen für sonstige ungewisse Verbindlichkeiten 56

Tabelle 29: Erträge 65

Tabelle 30: Aufwendungen 66

Tabelle 31: Zuwendungen und allgemeinen Umlagen 67

Tabelle 32: Sonstige ordentliche Erträge 68

Tabelle 33: Finanzerträge 69

Tabelle 34: Versorgungsaufwendungen 71

Tabelle 35: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 72

Tabelle 36: Bilanzielle Abschreibungen 73

Tabelle 37: Transferleistungen 74

Tabelle 38: Sonstige ordentliche Aufwendungen 75

Tabelle 39: Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen 76

Abkürzungsverzeichnis

AA GemHVO-Doppik	–	Ausführungsanweisung zur Gemeindehaushaltsverordnung über die Aufstellung und Ausführung eines doppischen Haushaltsplanes der Gemeinden
AfA	–	Absetzung für Abnutzung
AHK	–	Anschaffungs- und Herstellungskosten
AiB	–	Anlage im Bau
ARAP	–	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten
AsylbLG	–	Asylbewerberleistungsgesetz
ATZ	–	Altersteilzeit
BgA	–	Betrieb gewerblicher Art
BuT	–	Bildung- und Teilhabe-Paket
BWL-Konzept	–	Betriebswirtschaftliches Fachkonzept der HL
EB	–	Eröffnungsbilanz
EBL	–	Entsorgungsbetriebe Lübeck (Eigenbetrieb)
e. V.	–	eingetragener Verein
FAG	–	Finanzausgleichsgesetz
FB	–	Fachbereich
FLG	–	Flughafen Lübeck GmbH
GBV	–	Geschäftsbesorgungsvertrag, Geschäftsbesorger
GemHVO-Doppik	–	Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik
gGmbH	–	gemeinnützige GmbH
GO	–	Gemeindeordnung Schleswig-Holstein
GoB	–	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GWG	–	Geringwertige Wirtschaftsgüter
HH-Jahr	–	Haushaltsjahr
HGB	–	Handelsgesetzbuch
HL	–	Hansestadt Lübeck
IKS	–	Internes Kontrollsystem
JA	–	Jahresabschluss
Kita	–	Kindertagesstätte
KiTaG	–	Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen
KJHG	–	Kinder- und Jugendhilfegesetz
LHG	–	Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH
MACH	–	Finanzsoftware für die Finanzbuchhaltung
MuK	–	Musik- und Kongresshalle Lübeck

PAISY	–	Personal-Abrechnungs- und Informationssystem
PB	–	Produktbereich
POS	–	Personal- und Organisationsservice
PRAP	–	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten
RPA	–	Rechnungsprüfungsamt
SGB	–	Sozialgesetzbuch
SIE	–	SeniorInnenEinrichtungen der HL
TEUR	–	Tausend Euro
VAK	–	Versorgungsausgleichskasse
VJ	–	Vorjahr
VV-Kontenrahmen	–	Verwaltungsvorschriften über den Kontenrahmen für die Haushalte der Gemeinden

1 Allgemeines

In § 95m Abs. 1 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) ist geregelt, dass die Hansestadt Lübeck (HL) zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres (HH-Jahr) einen Jahresabschluss (JA) aufzustellen hat, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft nachzuweisen ist. Der JA muss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage der HL vermitteln. Bestandteile des JA sind die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung, die Teilrechnungen, die Bilanz und der Anhang. Ihm ist ein Lagebericht beizufügen. Nach § 95m Abs. 2 GO ist der JA innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des HH-Jahres aufzustellen und gemäß § 95n Abs. 3 GO nach der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt (RPA) bis spätestens 31. Dezember des auf das HH-Jahr folgenden Jahres von der Bürgerschaft zu beschließen. Entsprechend § 116 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 95n Abs. 1 GO obliegt dem RPA die Prüfung des JA und des Lageberichtes mit allen Unterlagen.

1.1 Gegenstand der Prüfung

Gemäß § 95n Abs. 1 GO hat das RPA den JA und den Lagebericht mit allen Unterlagen dahingehend zu prüfen, ob

- der Haushaltsplan eingehalten ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt worden sind,
- bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach den geltenden Vorschriften verfahren worden ist,
- das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind,
- der Anhang zum JA vollständig und richtig ist und
- der Lagebericht zum JA vollständig und richtig ist.

Das RPA kann die Prüfung nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränken und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichten. Gegenstand der Prüfung 2014 war die dem JA zugrunde liegende Buchführung und der fünfte nach den Regeln der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) aufgestellte doppische JA der HL zum 31.12.2014. Der unterschriebene JA wurde dem RPA im Dezember 2017 schriftlich zur Prüfung vorgelegt. Der vollständige JA 2014 wurde zuvor mit Pressemitteilung vom 14.03.2017 auf der Homepage der HL veröffentlicht. Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der GoB, der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GO und der GemHVO-Doppik geprüft.

Die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von strafrechtlichen Tatbeständen oder Ordnungswidrigkeiten, soweit sie nicht die Ordnungs-

mäßigkeit des JA betreffen, waren nicht Gegenstand dieser Prüfung. Die Prüfung 2014 umfasste nicht die detaillierte Nachverfolgung der aus Sicht des RPA erforderlichen Korrekturen aus der Prüfung der Eröffnungsbilanz (EB) sowie aus den Prüfungen der JA 2010 bis 2013.

1.2 Vollständigkeitserklärung

Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung des JA lagen in der Verantwortung des damaligen Bürgermeisters. Eine zusätzliche Vollständigkeitserklärung wurde für den JA 2014 nicht angefordert. Die Unterzeichnung des JA durch den Bürgermeister stellt eine Vollständigkeitserklärung dahingehend dar, dass der JA alle Bestandteile und Anlagen enthält, die haushaltsrechtlich vorgeschrieben bzw. notwendig sind. Eine Vollständigkeitserklärung der Verwaltung an das RPA ist nicht in der GemHVO-Doppik vorgesehen. Von den Bereichen wurden jedoch an den Bereich Haushalt und Steuerung Vollständigkeitserklärungen abgegeben. Diese Erklärungen waren nicht Gegenstand der Prüfung des JA 2014.

1.3 Prüfungsumfang

Zum Zwecke einer beschleunigten Prüfung und Berichterstellung hat das RPA auf die weiterführende Aufnahme von Geschäftsprozessen im Rahmen der Prüfung des JA 2014 verzichtet. Das RPA hat die Prüfung auf der Grundlage eines risikoorientierten Prüfungsansatzes in Anlehnung an die vom Institut der Rechnungsprüfer e. V. festgestellten Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung vorgenommen. Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung möglichst so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung, der JA inklusive des Anhangs sowie des Lageberichts frei von wesentlichen Fehlaussagen sind. Die Prüfung war so angelegt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unter Beachtung der GoB wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt wurden. In der Risikoabschätzung berücksichtigte das RPA die bisherigen Erfahrungen der HL mit der Aufstellung doppischer JA sowie den Umstand, dass das interne Kontrollsystem (IKS) zur Absicherung der Jahresabschlussdaten nicht weiterführend geprüft wurde. Die Beurteilung der Risiken wurde daneben auf Grundlage der Ergebnisse der Vorjahresprüfungen vorgenommen.

Ausgerichtet auf diesen Prüfungsansatz, standen bei der Prüfung des JA 2014 insbesondere die Positionen der Bilanz sowie die Einhaltung des Haushaltsplanes im Vordergrund. Weitere Prüfungsschwerpunkte 2014 waren die Ordnungsmäßigkeit des Anlagenspiegels, die Erläuterungen des Anhangs sowie die Darstellungen des Lageberichts. Die Prüfung erfolgte grundsätzlich stichprobengestützt. Die Auswahl von Stichproben wurde vorrangig unter dem Aspekt monetärer Relevanz bzw. Wesentlichkeit vorgenommen. Die Auswertung, Analyse und Detailprüfung produktbezogener Bilanzen waren nicht möglich, da diese nicht aus dem Finanzverfahren MACH erstellt werden können und eine manuelle Erstellung von den

Bereichen Haushalt und Steuerung bzw. Buchhaltung und Finanzen nicht vorgenommen worden ist.

1.4 Prüfungsdurchführung

Die Prüfung wurde in den Monaten Juli bis November 2018 durchgeführt und mit Bericht vom 14.12.2018 abgeschlossen. Die Prüfungshandlungen umfassten Auswertungen der vorgelegten Unterlagen sowie Auswertungen aus der Buchhaltungssoftware MACH. Auf die umfangreiche Prüfung von Einzelbelegen wurde verzichtet. Im Rahmen der Prüfung der Verbindlichkeiten sowie der Guthaben bei Kreditinstituten wurden von Kreditinstituten Bestätigungen über Guthaben und Verpflichtungen der HL eingeholt. In diesem Bericht sind die Erkenntnisse berücksichtigt, die sich bis einschließlich zum 30.11.2018 aus den vorgelegten Unterlagen bzw. Erläuterungen ergeben haben. Danach eingehende Unterlagen, Erläuterungen und dergleichen konnten nicht mehr berücksichtigt werden. Die erbetenen Auskünfte und Nachweise konnten im Wesentlichen durch den Bereich Haushalt und Steuerung bis zum Abschluss der Prüfung und des Prüfungsberichtes erteilt werden. Diesbezügliche Ausnahmen bzw. Ausführungen zu Feststellungen und vorliegenden Prüfungshemmnissen aufgrund fehlender Unterlagen, Nichtbeantwortungen und dergleichen befinden sich im Berichtsteil betroffener Prüffelder. Für die Berichtszwecke werden die Beträge im Wesentlichen gerundet in TEUR oder Mio. EUR angegeben.

1.5 Vorjahresabschluss

Am 28.11.2018 hat der Bürgermeister der Bürgerschaft den JA 2013 und den Lagebericht für das HH-Jahr 2013 zusammen mit dem Schlussbericht des RPA vom 27.06.2018 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Die Bürgerschaft hat den JA 2013 und den Lagebericht für das HH-Jahr 2013 gemäß § 95n Abs. 3 GO beschlossen sowie den Schlussbericht zur Kenntnis genommen. Es wurde beschlossen, den Jahresfehlbetrag 2013 in Höhe von -709.667,34 EUR vorzutragen. Die örtliche Bekanntmachung nach § 95n Abs. 4 GO, dass der JA 2013 inklusive des Lageberichts für das HH-Jahr 2013, des Schlussberichts 2013 und des Beschlusses der Bürgerschaft ortsüblich ausgelegt werden, ist am 04.12.2018 erfolgt. Danach wird die öffentliche Auslegung im Zeitraum vom 10.12.2018 - 11.01.2019 vorgenommen.

2 Einhaltung des Haushaltsplans

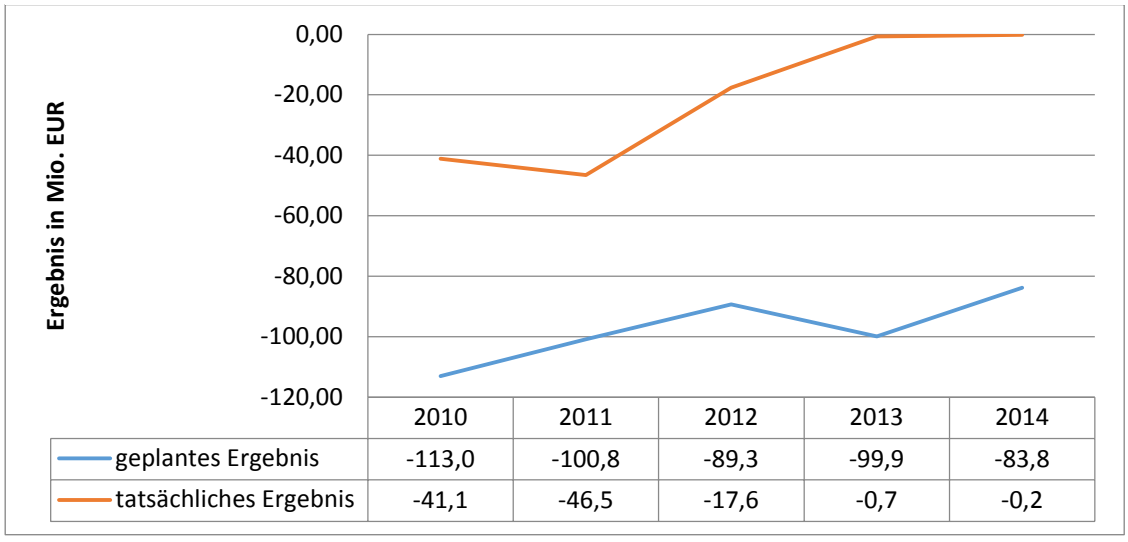
Der wirtschaftlichen Betrachtungsweise des doppischen Rechnungswesens entsprechend orientieren sich auch die allgemeinen Planungsgrundsätze gemäß § 10 GemHVO-Doppik an der kaufmännischen Buchführung. Demzufolge sind bereits in der Planungsphase die GoB zwingend zu beachten sowie das Ressourcenaufkommen und der Ressourcenverbrauch in Form von Erträgen und Aufwendungen in ihrer voraussichtlichen Höhe in der Ergebnispla-

nung des HH-Jahres zu veranschlagen, dem sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Hierbei ist für die Finanzplanung zu beachten, dass Erträge und Aufwendungen auch keine bzw. deutlich zeitversetzte Zahlungsvorgänge nach sich ziehen können. Im Gegensatz zur Ergebnisplanung orientiert sich die Finanzplanung an dem Kassenwirksamkeitsprinzip, sodass Ein- und Auszahlungen in dem HH-Jahr zu veranschlagen sind, in dem der jeweilige Zahlungsmittelzufluss bzw. -abfluss tatsächlich erfolgt. Grundlage für Haushaltsberatungen und die daraus resultierenden Beschlüsse und Genehmigungen kann nur eine qualifizierte Haushaltsplanung sein, die den Haushaltsgrundsätzen von Wahrheit und Klarheit verpflichtet ist und ein realistisches Bild der finanziellen Situation einer Kommune zeichnet. Dies bedeutet, dass die voraussichtlich erzielbaren Erträge und zu erwartenden Aufwendungen einer Rechnungsperiode hinsichtlich ihrer Höhe und ihres Zeitpunktes realistisch geschätzt und geplant werden müssen, um keine finanziellen Fehlentwicklungen zu verursachen.

2.1 Einhaltung des Ergebnisplans

Die Ergebnisplanung für das HH-Jahr 2014 prognostizierte als fortgeschriebenen Ansatz ein Defizit in Höhe von 83,8 Mio. EUR. Nach Rechnungslegung ergab sich letztendlich jedoch lediglich ein Fehlbetrag in Höhe von 153 TEUR. Der Haushaltsplan für 2014 wurde somit eingehalten, das erwartete Defizit deutlich unterschritten und ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis erreicht. Es musste jedoch festgehalten werden, dass, wie in den doppischen HH-Jahren 2010-2013, auch die Durchführung des Ergebnisplans 2014 durch eine massive Plan-Ist-Abweichung zwischen Haushaltsplanung und Haushaltergebnis geprägt war. Dem RPA ist bewusst, dass zum Zeitpunkt der Planaufstellung aufgrund fehlender JA kaum Erfahrungswerte aus den Vorjahren (VJ) vorlagen und eine belastbare Ergebnisplanung erheblich erschwert wurde. Auf die Gesamtergebnisrechnung bezogen, erschienen die Plan-Ist-Abweichungen jedoch zu groß, als dass diese aus Sicht des RPA ignoriert werden könnten. Die nachfolgende Grafik verdeutlicht, in welchem Umfang seit 2010 in den JA gegenüber der Ergebnisplanung Ergebnisverbesserungen erzielt wurden.

Tabelle 1: Plan-Ist-Abweichungen der Ergebnisse 2010-2014



	2010	2011	2012	2013	2014
geplantes Ergebnis	-113,0	-100,8	-89,3	-99,9	-83,8
tatsächliches Ergebnis	-41,1	-46,5	-17,6	-0,7	-0,2

Die positive Planabweichung 2014 resultierte im Wesentlichen aus Mehrerträgen. So waren für das Ergebnis 70,1 Mio. EUR aus Mehrerträgen und rund 13,5 Mio. EUR aus geringeren Aufwendungen verantwortlich. Wie bereits in den VJ konnte auch dem Anhang zum JA 2014 lediglich entnommen werden, wie sich die Erträge und Aufwendungen gegenüber dem VJ entwickelten. Angaben zu Plan-Ist-Abweichungen im Anhang sind durch die GemHVO-Doppik nicht zwingend vorgesehen. Das RPA hätte entsprechende Erläuterungen jedoch angesichts der im Rahmen der JA fortgesetzten massiven Abweichungen zwischen den Plan- und Ist-Ergebnissen erwartet. Auch dem Grundsatz einer transparenten Haushaltsaufstellung und -durchführung würde dadurch Rechnung getragen werden.

2.1.1 Plan-Ist-Abweichungen bezogen auf Ertrags- und Aufwandsarten

Die nachfolgende Tabelle gibt, bezogen auf die einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten, Auskunft darüber, wo sich prozentual signifikante Verbesserungen ergaben.

Tabelle 2: Bedeutende Plan-Ist-Verbesserungen der Ergebnisplanung 2014

Ertrags- bzw. Aufwandsart	Fortgeschriebener Ansatz 2014 in Mio. EUR	Ist-Ergebnis 2014 in Mio. EUR	Vergleich: Ansatz-Ist in Mio. EUR	Abweichung Plan-Ist in %
Steuern und ähnliche Abgaben	198,3	228,7	30,4	15,3
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	209,3	240,7	31,4	15,0
privatrechtliche Leistungsentgelte	31,9	40,7	8,8	27,6
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-33,5	-22,0	11,5	-34,3

Die Mehreinnahmen bei den Steuern und ähnliche Abgaben resultierten im Wesentlichen aus überplanmäßigen Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 28,2 Mio. EUR. Dies entsprach einer Steigerung gegenüber der Planung in Höhe von 41,7 %. Alle anderen Steuerarten wiesen lediglich geringfügige Plan-Ist-Abweichungen auf. Auf welcher Grundlage die seinerzeitige Schätzung der Gewerbesteuereinnahmen des HH-Jahres 2014 vorgenommen wurde, konnte bis zum Abschluss der Prüfung nicht ermittelt werden. Daher bittet das RPA um Stellungnahme.

Die Mehreinnahmen der Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen beruhten vorrangig aus Fehlbetragszuweisungen des Landes (+17,4 Mio. EUR) und waren nachvollziehbar, da diese Mittel nicht bei Haushaltsplanung berücksichtigt werden dürfen. Wie bereits im VJ waren auch im HH-Jahr 2014 Mehreinnahmen in Höhe von 4,6 Mio. EUR bei den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten angefallen. Ferner entstanden Mehreinnahmen in Höhe von 4,0 Mio. EUR bei den Schlüsselzuweisungen, die im Verhältnis zur Gesamtsumme der Schlüsselzuweisungen (124,8 Mio. EUR) als vertretbar eingestuft wurden. Die gegenüber der Planung bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten realisierten Mehr-

einnahmen ergaben sich maßgeblich aus ungeplanten Mieten und Pachten in Höhe von 4,6 Mio. EUR, die beim Produkt 573004 Werbeeinrichtungen und Parkplätze entstanden. Das RPA bittet um Stellungnahme zu den Ursachen. Im Lagebericht 2014 wurde die Plan-Ist-Abweichung genannt, jedoch nicht erläutert bzw. analysiert. Des Weiteren wurden 11,5 Mio. EUR der geplanten Zinsen und Finanzaufwendungen nicht verausgabt. Zum einen bewirkte die Liquiditätslage, dass deutlich weniger Kassenkredite als ursprünglich veranschlagt benötigt wurden. Zum anderen führten Verzögerungen bei der Umsetzung der geplanten Investitionsmaßnahmen dazu, dass nur ein geringer Anteil der für das HH-Jahr 2014 vorgesehenen Aufnahmen von Investitionskrediten tatsächlich realisiert wurde.

In das Jahresergebnis 2014 flossen zum Teil auch erhebliche prozentuale Verschlechterungen der nachfolgenden Ertrags- und Aufwandsarten ein.

Tabelle 3: Bedeutende Plan-Ist-Verschlechterungen der Ergebnisplanung 2014

Ertrags- bzw. Aufwandsart	Fortgeschriebener Ansatz 2014 in Mio. EUR	Ist-Ergebnis 2014 in Mio. EUR	Vergleich: Ansatz-Ist in Mio. EUR	Abweichung Plan-Ist in %
sonstige Transfererträge	15,5	11,9	-3,6	-23,2
öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	34,8	31,4	-3,4	-9,8
aktivierte Eigenleistungen	2,0	1,4	-0,6	-30,0
Versorgungsaufwendungen	-13,4	-27,3	-13,9	103,7

Die Mindereinnahmen bei den sonstigen Transfererträgen entfielen auf Mindereinnahmen bei den Schuldendienstleistungen von verbundenen Unternehmen. Für die Mindereinnahmen bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten waren vornehmlich nicht vereinnahmte Benutzungsgebühren bei den Produkten 127001 Rettungsdienst in Höhe von 0,5 Mio. EUR, 552001 Wasser und Hafen in Höhe von 0,8 Mio. EUR und 573004 Werbeeinrichtungen und Parkplätze in Höhe von 3,5 Mio. EUR verantwortlich. Das RPA bittet um Stellungnahme zu den Hintergründen der geringeren Ist-Einnahmen. Die nicht erfolgten aktivierten Eigenleistungen entsprangen hauptsächlich dem Produkt 541001 Gemeindestraßen.

Umfangreiche Mehraufwendungen entstanden bei den Versorgungsaufwendungen. Hier standen bei den Zuführungen zur Pensionsrückstellung dem Planansatz von 13,4 Mio. EUR Mehraufwendungen in Höhe von 10,4 Mio. EUR gegenüber. Das RPA bittet um Stellungnahme, auf welcher Grundlage seinerzeit die Planwerte ermittelt wurden. Die erhöhten Versorgungsaufwendungen werden im Lagebericht mit überplanmäßigen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen auf Basis der Erkenntnisse aus dem Gutachten der Versorgungsausgleichskasse (VAK) begründet. Zudem wurde erneut festgestellt, dass für die Aufwendungen zur Beihilferückstellung keinerlei Planansatz bestand, sodass die tatsächlichen Buchungen in Höhe von 3,6 Mio. EUR zu einem Anstieg des Aufwandes und folglich einer ent-

sprechenden Verschlechterung des geplanten Ergebnisses beitrugen. Erst ab dem HH-Jahr 2016 wurden Zuführungen zu den Beihilferückstellungen im Planansatz berücksichtigt.

2.1.2 Plan-Ist-Abweichungen bezogen auf Fachbereichs- / Produktebene

In Abstimmung mit dem Bereich Haushalt und Steuerung erfolgt die Darstellung der Plan-Ist-Abweichungen auf Produktebene abweichend vom VJ nicht auf Grundlage der Produktbereiche, sondern auf Grundlage der verantwortlichen Fachbereiche (FB). Plan-Ist-Abweichungen sind bei der Haushaltsdurchführung bei den einzelnen Erträgen und Aufwendungen nicht zu vermeiden, hinsichtlich des Ergebnisses der einzelnen FB sollten diese aber angesichts der umfassenden Budgetierung auf ein geringes Maß beschränkt sein. Das RPA hält insofern einen Maßstab von +/-20 % bei Plan-Ist Abweichungen für vertretbar, den aber lediglich 53 % der Produkte einhielten. Bei 28 % der Produkte lag der Grad der Plan-Ist-Abweichung zwischen 20–100 %, bei 19 % der Produkte lag die Abweichung bei mehr als +/-100 %. Auch die Planaufstellung des HH-Jahres 2014 wurde für die planenden Bereiche durch die bis dato noch ausstehenden JA erheblich erschwert. Dennoch erschienen die Plan-Ist-Abweichungen auf Produktebene dem RPA zu hoch. Es bleibt zu beobachten, ob sich zukünftig eine Nivellierung der planerischen Abweichungen ergibt, sobald die ausstehenden JA aufgearbeitet wurden und sodann bei der Planung auf konkrete Referenzdaten zurückgegriffen werden kann. Gleichwohl bleibt die Forderung des RPA bestehen, dass künftig besonders markante Plan-Ist-Abweichungen im Anhang zum JA benannt und erläutert werden sollten, um dem Gebot einer transparenten Haushaltsaufstellung und -durchführung Rechnung zu tragen. Die nachfolgenden tabellarischen Darstellungen fassen die Ergebnisse der einzelnen Produkte gebündelt nach FB zusammen.

Tabelle 4: Ist-Ergebnisse 2014 der Produkte des FB 1

FB 1		Plan-Ergebnis 2014 in TEUR	Ist-Ergebnis 2014 in TEUR	(+)* in TEUR	(-)* in TEUR
Produkt					
111001	Verwaltungsleitung	-160	-48	112	
111002	Leitung, Controlling, Dienste FB	-13	2	15	
111003	Management Politische Gremien	-1.328	-1.237	91	
111004	Geschäftsführung für die Verwaltungsleitung	-1.459	-1.272	187	
111005	Logistik	-102	-316		-214
111006	Arbeitsschutz	-18	-26		-8
111007	IT-Architekturmanagement / IT-Service	-282	355	637	
111008	Zentrale Personalarbeit	-20	174	194	
111009	Presse und Öffentlichkeitsarbeit	0	12	12	

FB 1 Produkt		Plan-Ergebnis 2014 in TEUR	Ist-Ergebnis 2014 in TEUR	(+)* in TEUR	(-)* in TEUR
111010	Prüfungen, Gutachten, Stellungnahmen	-690	-643	47	
111011	Frauenemanzipatorische Gleichstellungsarbeit	-157	-142	15	
111012	Haushalt und Steuerung	-26	-14	12	
111013	Stabsstelle Bilanzen	-3	-95		-92
111014	Beteiligungscontrolling	-801	-610	191	
111015	Steuern	-1.545	-3.102		-1.557
111016	Buchhaltung und Finanzen	463	5		-458
111017	Rechtsangelegenheiten	-177	-201		-24
111030	Passivbesteuerung	-14	14	28	
111034	Gesamtpersonalrat	-171	-175		-4
111035	Personalrat	-119	-128		-9
111098	Entgelte und Bezüge	0	-852		-852
111099	Versorgung	-800	-717	83	
121001	Statistik und Wahlen	-605	-362	243	
573001	Grundstücksgesellschaft Metallhüttengelände mbH	-380	-380	0	
573011	Grundstücksgesellschaft der Kurhausbetriebe Travemünde mbH	0	33	33	
FB 1 gesamt		**-8.407**	**-9.725**	**1.900**	**-3.218**

* (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung

Insgesamt ergaben sich innerhalb des FB 1 Verschlechterungen gegenüber den jeweiligen planerischen Ansätzen der einzelnen Produkte in einer Gesamthöhe von 1,3 Mio. EUR (-16 %). Nachfolgende Produkte wiesen dabei besonders signifikante Plan-Ist-Abweichungen auf.

Produkt 111005 Logistik

Die Plan-Ist-Verschlechterung in Höhe von 214 TEUR war in erster Linie auf Mindereinnahmen zurückzuführen. So wurden bei den sonstigen privatrechtlichen Entgelten 58 TEUR Portoerstattungen und bei den Kostenerstattungen von verbundenen Unternehmen 115 TEUR weniger als geplant vereinnahmt. Die Mindereinnahmen bei den Kostenerstattungen wurden durch eine deutlich geringere Inanspruchnahme der Zentrale Vervielfältigungsstelle verursacht.

Produkt 111007 IT-Architekturmanagement / IT-Service

Mit einem Überschuss von 355 TEUR bei einem planerischen Defizit in Höhe von 282 TEUR wies dieses Produkt innerhalb des FB 1 den größten Plan-Ist Unterschied auf (+226 %). Wie bereits im VJ, waren für die Ergebnisverbesserung nicht ausgeschöpfte Aufwandsermächtigungen verantwortlich. So wurde beispielsweise der Ansatz für die Ersatzbeschaffung von IT-Festwerten nur zu 54 % ausgeschöpft, wodurch sich bereits eine Reduzierung des Aufwandes von 297 TEUR ergab. Insgesamt erschienen die geplanten Aufwendungen an dieser Stelle zu hoch auszufallen. Eine Erläuterung des Bereiches lag bis zum Abschluss der Prüfung nicht vor. Das RPA bittet um Stellungnahme.

Produkt 111015 Steuern

Statt des planerischen Defizits in Höhe von 1,5 Mio. EUR entstand ein Defizit in Höhe von 3,1 Mio. EUR. Diese Abweichung resultierte im Wesentlichen aus ungeplanten Ist-Aufwendungen aus Wertberichtigungen des Umlaufvermögens im Umfang von 1,6 Mio. EUR. Es handelte sich insbesondere um die Wertberichtigung einer Gewerbesteuerforderung aus dem Jahr 2009 (720 TEUR), die Pauschalwertberichtigung von Gewerbesteuerforderungen 2014 (501 TEUR) sowie die Pauschalwertberichtigung von Stundungszinsen aus Gewerbesteuerforderungen 2010 (214 TEUR). Die konkreten Hintergründe dieser Wertberichtigungen wurden nicht im Detail geprüft.

Produkt 111016 Buchhaltung und Finanzen

Für die Plan-Ist-Abweichung in Höhe von –458 TEUR waren in erster Linie Personalmehrausgaben in Höhe von 355 TEUR verantwortlich. Daneben konnten geplante Kostenerstattungen durch sonstige öffentliche Bereiche und durch verbundene Unternehmen in einem Gesamtumfang von 222 TEUR nicht realisiert werden. Der Bereich teilte hierzu mit, dass es sich bei den Kostenerstattungen um die Leistungsabrechnung mit den Entsorgungsbetrieben Lübeck (EBL) sowie den verwalteten Stiftungen handelte. Von den im HH-Jahr 2014 nicht vereinnahmten Kostenerstattungen wurden auskunftsgemäß 41 TEUR auf anderen Konten in der Ergebnisrechnung 2014 ausgewiesen und 148 TEUR in späteren HH-Jahren vereinnahmt.

Produkt 111098 Entgelte und Bezüge

In diesem Produkt entstand gegenüber der ausgeglichenen Planung ein Defizit in Höhe von 852 TEUR. Hierbei handelte es sich um die Personalkostenanteile, die nicht an die Kostenstellen weiterverteilt wurden (z. B. Unfallkasse und Berufsgenossenschaft). Das Produkt wurde mit keinen Planansätzen versehen, da auch hier noch keine Erkenntnisse aus etwaigen JA bestanden. Das RPA bittet um Stellungnahme, ob und ggf. auf welchen Konten die entsprechenden Planansätze an anderer Stelle veranschlagt wurden.

Tabelle 5: Ist-Ergebnisse 2014 der Produkte des FB 2

FB 2 Produkt		Plan-Ergebnis 2014 in TEUR	Ist-Ergebnis 2014 in TEUR	(+)* in TEUR	(-)* in TEUR
111018	Leitung, Controlling, Dienste FB	-241	-88	153	
111019	Personalrat	-138	-128	10	
111020	Grundstücksmanagement	657	-567		-1.224
122001	Sondernutzung Marktbereiche	0	0	0	
311001	Grundversorgung/Hilfen SGB XII	-29.920	-2.8170	1.750	
312101	SGB II	-51.516	-50.028	1.488	
312901	Verwaltung SGB II	-3.162	-3.002	160	
312902	Öff. geförderte Beschäftigungs-entgelte	-606	-580	26	
313001	Hilfen für Asylbewerber	-1.884	-1.712	172	
315001	Soziale Einrichtungen und Angebote	-2029	-1.743	286	
315002	Integration in der HL	-146	-128	18	
315201	SeniorInnenEinrichtungen	-880	-1.877		-997
321001	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	-127	-106	21	
331001	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	-2.999	-2.962	37	
343001	Betreuungsangelegenheiten	-625	-410	215	
345001	Leistungen für BuT	-234	-30	204	
351001	sonstige soziale Hilfen und Leistungen	-4.369	-4.147	222	
351002	Lastenausgleich	0	0	0	
367003	Jugendberufshilfe	-657	-610	47	
411001	Krankenhausinvestitions-förderung	-3.166	-3.143	23	
414001	Gesundheitsamt	-3.407	-3.270	137	
418001	Kurbetrieb Travemünde	-2	-2	0	
511001	Betreuung Gutachterausschuss	-283	-259	24	
522001	Kommunaldarlehen	248	288	40	
522002	Öff. geförderter Wohnungsbau	-309	-306	3	
535001	Stadtwerke	-161	-204		-43
548001	Bewirtschaftung Flughafen	-986	-694	292	
571001	Wirtschaftsförderung	-607	-523	84	
573002	Wochen- und Jahrmärkte	-79	-97		-18

FB 2		Plan-Ergebnis 2014 in TEUR	Ist-Ergebnis 2014 in TEUR	(+)* in TEUR	(-)* in TEUR
Produkt					
575001	Lübeck und Travemünde Marketing GmbH	-1.812	-1.787	25	
575002	Hamburg Marketing GmbH	-10	-6	4	
FB 2 gesamt		**-109.450**	**-106.291**	**5.441**	**-2.282**

* (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung

Insgesamt ergaben sich innerhalb des FB 2 Verbesserungen gegenüber den jeweiligen planerischen Ansätzen der einzelnen Produkte in einer Gesamthöhe von 3,2 Mio. EUR (+3 %). Insgesamt bewegten sich die Abweichungen innerhalb eines vertretbaren Rahmens. Lediglich bei zwei Produkten ergaben sich erklärungsbedürftige Plan-Ist-Abweichungen.

Produkt 111020 Grundstücksmanagement

Statt eines geplanten Überschusses in Höhe von 657 TEUR entstand hier ein Defizit in Höhe von 567 TEUR (-186 %). Bereits im Vorjahr ergab sich eine Abweichung in ähnlicher Höhe. Die Abweichung 2014 in Höhe von 1,2 Mio. EUR war im Wesentlichen Mehraufwendungen für die Zuführung zu den Rückstellungen für Erbbauzinsrückzahlungen (+726 TEUR), Mindereinnahmen aus Kostenerstattungen privater Unternehmen (-74 TEUR) sowie Mehraufwendungen bei den Bewirtschaftungskosten (+278 TEUR) geschuldet.

Produkt 315201 SeniorInnenEinrichtungen

Das geplante Defizit in Höhe von 880 TEUR wurde mehr als verdoppelt und betrug nach Rechnungslegung insgesamt 1,9 Mio. EUR. Ursächlich hierfür waren erhöhte Rückstellungszuführungen für den Verlustausgleich der SIE für das HH-Jahr 2014.

Tabelle 6: Ist-Ergebnisse 2014 der Produkte des FB 3

FB 3		Plan-Ergebnis 2014 in TEUR	Ist-Ergebnis 2014 in TEUR	(+)* in TEUR	(-)* in TEUR
Produkt					
111021	Leitung, Controlling, Dienste FB	-67	20	87	
111022	Personalrat	-142	-136	6	
122003	Melde- und Gewerbeangelegenheiten	-3.370	-3.253	117	
122004	Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz	-2.863	-2.697	166	
122005	Verkehrsangelegenheiten	-1.316	-524	792	
122006	Standesamt	-886	-755	131	
126001	Gefahrenabwehr	-15.244	-14.270	974	
127001	Rettungsdienst	-266	-1.716		-1.450
128001	Katastrophenschutz	-528	-407	121	

FB 3 Produkt		Plan-Ergebnis 2014 in TEUR	Ist-Ergebnis 2014 in TEUR	(+)* in TEUR	(-)* in TEUR
521001	Baulicher Brandschutz	-335	-400		-65
537001	EBL (Abfallwirtschaft)	0	0	0	
538001	EBL (Abwasserbeseitigung)	-260	-265		-5
545001	EBL (Straßenreinigung)	-1.870	-1.458	412	
554001	Naturschutz und Landschaftspflege	-1.312	-1.079	233	
555001	Land- und Forstwirtschaft	-360	-905		-545
561001	Umweltschutzmaßnahmen	-534	-521	13	
FB 3 gesamt		**-29.353**	**-28.366**	**3.052**	**-2.065**

* (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung

Insgesamt ergaben sich im FB 3 Verbesserungen gegenüber den jeweiligen planerischen Ansätzen in einer Gesamthöhe von 1,0 Mio. EUR (+3 %). Bei einzelnen Produkten dieses FB ergaben sich die nachfolgenden signifikanten Abweichungen.

Produkt 122005 Verkehrsangelegenheiten

Gegenüber der Planung entstand eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 792 TEUR. Hierfür waren in erster Linie Mehreinnahmen bei den Verwaltungsgebühren in Höhe von 400 TEUR (+16 %) und Personalminderausgaben in Höhe von 262 TEUR (–6 %) verantwortlich.

Produkt 126001 Gefahrenabwehr

Die Plan-Ist-Verbesserung von +954 TEUR beruhte im Wesentlichen auf geringeren Personalkosten (-868 TEUR) und ungeplanten Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten (+550 TEUR). Das RPA bittet um Stellungnahme, worauf die Minderaufwendungen von -868 TEUR beim Personal zurückzuführen waren.

Produkt 127001 Rettungsdienst

In Summe entstand eine Ergebnisverschlechterung von 1,5 Mio. EUR (-545 %). Wie bereits im Vorjahr konnten geplante Benutzungsgebühren in einem Umfang von 554 TEUR (-4 %) nicht vereinnahmt werden. Zudem trugen Personalmehraufwendungen in Höhe von 903 TEUR (+22 %) zur Ergebnisverschlechterung bei. Eine ähnliche Plan-Ist-Abweichung im JA 2013 wurde seinerzeit damit begründet, dass die neu verhandelten Gebühren sich erst ab September 2013 realisieren ließen. Unklar war in diesem Zusammenhang, inwieweit für das HH-Jahr 2014 mit nochmals höheren Entgelten geplant wurde. Erläuterungen zu den Personalmehrausgaben 2014 wurden bis zum Abschluss der Prüfung nicht gegeben. Das RPA bittet um Stellungnahme.

Produkt 555001 Land- und Forstwirtschaft

Für die gegenüber der Planung eingetretene Ergebnisverschlechterung von -545 TEUR (-151 %) waren vor allem nicht vereinnahmte Erträge aus dem Verkauf von Vorräten in Höhe von 542 TEUR verantwortlich. Dies entsprach 25 % der bei diesem Produkt geplanten Gesamteinnahmen und wird daher vom RPA als erklärungsbedürftig eingestuft. Das RPA bittet um Stellungnahme.

Tabelle 7: Ist-Ergebnisse 2014 der Produkte des FB 4

FB 4 Produkt		Plan-Ergebnis 2014 in TEUR	Ist-Ergebnis 2014 in TEUR	(+)* in TEUR	(-)* in TEUR
111023	Leitung, Controlling, Dienste FB	304	-85		-389
111024	Personalrat	-196	-239		-43
111025	Archiv	-959	-889	70	
211001	Grundschulen	-6716	-6.860		-144
216101	Grund- und Regionalschulen	-1.070	-889	181	
217001	Gymnasium	-5.303	-4.996	307	
218101	Gesamtschulen	-59	-17	42	
218201	Gemeinschaftsschulen	-11.708	-10.926	782	
221001	Förderzentren	-3.189	-3.206		-17
233001	Berufsschulen	-7.646	-7.389	257	
241001	Schülerbeförderung	-1.018	-580	438	
242001	Schneiderei BALI/JAW	0	0	0	
243001	Allgemeine Schulträgeraufgaben	-5.819	-2.619	3.200	
243002	Angebote der Ganztagsbetreuung	-1.341	-1.674		-333
243003	Bildungsfond	0	0	0	
251001	Die Lübecker Museen	-5.046	-4.181	865	
261001	Theater Lübeck gGmbH	-8.149	-8.121	28	
271001	VHS Lübeck	-685	-697		-12
272001	Stadtbibliothek	-4081	-3.926	155	
281001	Kulturangebote	-637	-595	42	
281002	Nordische Filmtage	-284	-280	4	
341001	Unterhaltsvorschuss	-417	-411	6	
361001	Finanzielle Förderung in Kindertageseinrichtungen	-6.061	-5.575	486	
361002	Familienservice	0	0	0	
361003	Tagespflege	-6.336	-6.931		-595
362001	Planung Jugendarbeit	-154	-122	32	

FB 4 Produkt		Plan-Ergebnis 2014 in TEUR	Ist-Ergebnis 2014 in TEUR	(+)* in TEUR	(-)* in TEUR
362002	Jugendarbeit	-2.719	-4.134		-1.415
362003	Bildungsfonds	-571	-587		-16
363001	Planung Jugendhilfe	-26	-43		-17
363002	Jugendhilfe	-40.365	-38.113	2.252	
365001	Planung und Bezuschussung Kindertagesbetreuung	-34.513	-31.582	2.931	
365002	Betreuung in Kindertages-einrichtungen	-4.352	-4.973		-621
366001	Jugendfreizeiteinrichtungen	-2.339	-830	1.509	
367001	Abwicklung Wakenitzhof	-4	-12		-8
367002	Kriminalprävention	-43	-58		-15
421001	Förderung des Sports	-406	-413		-7
424001	Sportstätten	-6.125	-5.941	184	
424002	Lübecker Schwimmbäder	-3.950	-4.200		-250
424003	Bark Passat / Passathafen	-589	-178	411	
523001	Archäologie und Denkmalpflege	-3.437	-2.980	457	
573003	Lübecker Musik- und Kongress-hallen GmbH	-1.341	-1.246	95	
FB 4 gesamt		**-177.350**	**-166.498**	**14.734**	**-3.882**

* (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung

Insgesamt ergaben sich im FB 4 Verbesserungen in einer Gesamthöhe von 10,8 Mio. EUR (+6 %). Bei einzelnen Produkten fielen deutlich größere Abweichungen an.

Produkt 243001 Allgemeine Schulträgeraufgaben

Das geplante Defizit in Höhe von 5,8 Mio. EUR wurde um 3,2 Mio. EUR verbessert. Diese Ergebnisverbesserung konnte im Wesentlichen auf Personalminderausgaben in Höhe von 3,1 Mio. EUR zurückgeführt werden. Der FB erklärte hierzu, dass die Personalkostenanteile für die Abweichungen verantwortlich sind, da sie planerisch in voller Höhe dem Produkt 243001 zugeordnet, im Ergebnis jedoch auf andere Produkte weiterverteilt wurden. Auskunftsgemäß resultierten hieraus auch die Personalkosten-überschreitungen, die bei nahezu allen anderen Produkten des Bereiches entstanden waren. Der Bereich teilte mit, dass auch in den folgenden JA mit entsprechenden Plan-Ist-Abweichungen zu rechnen ist, aber langfristig die Personalkostenplanung entsprechend angepasst wird.

Produkt 251001 Die Lübecker Museen

Bei diesem Produkt war eine Ergebnisverbesserung von 865 TEUR festzustellen (+17 %). Diese konnte weitestgehend auf entsprechende Mehrerträge bei den Zuwendungen und allgemeine Umlagen zurückgeführt werden. Geplanten Einnahmen in Höhe von 40 TEUR

standen hier Ist-Einnahmen in Höhe von 796 TEUR gegenüber. Es handelte sich dabei insbesondere um Zuweisungen vom Land (103 TEUR) sowie Spendenerträge für Sonderausstellungen (538 TEUR). Obschon Erträge in der Planung vorsichtig bewertet werden sollten, erschien in diesem Zusammenhang bei der Planung allzu vorsichtig vorgegangen worden zu sein. Erläuterungen zu den Hintergründen wurden bis zum Abschluss der Prüfung nicht gegeben. Das RPA bittet um Stellungnahme.

Produkt 362002 Jugendarbeit

Die gegenüber der Planung eingetretene Ergebnisverschlechterung in Höhe von 1,4 Mio. EUR war auf Personalmehrausgaben zurückzuführen.

Tabelle 8: Ist-Ergebnisse 2014 der Produkte des FB 5

FB 5 / Produkt		Plan-Ergebnis 2014 in TEUR	Ist-Ergebnis 2014 in TEUR	(+)* in TEUR	(-)* in TEUR
111026	Leitung, Controlling, FB-Dienste	-67	-114		-47
111027	Personalrat	-192	-214		-22
111028	Gebäudereinigung HL	0	0	0	
111029	Gebäudemanagement	-11.088	-3.267	7.821	
122002	Hafen- und Seemannsamt	-286	-284	2	
122007	Straßenverkehrsbehörde	105	-55		-160
511003	Stadtplanung und -entwicklung	-4.913	-3.587	1.326	
521002	Bauaufsicht	-7	1.131	1.138	
522003	Grundstücksges. Trave mbH	472	-2		-474
541001	Gemeindestraßen	-22.544	-20.819	1.725	
542002	Kreisstraßen	-4.059	-3.333	726	
543001	Landesstraßen	-803	-540	263	
544001	Bundesstraßen	-1.777	-1.169	608	
547001	Aufgabenträgerschaft ÖPNV	-1.814	-662	1.152	
551001	Grün- und Landschaftsbau	-9.654	-8.627	1.027	
552001	Wasser und Hafen	-5.957	-1.775	4.182	
553001	Friedhofs- und Bestattungswesen	-1.405	-891	514	
573004	Werbeeinrichtungen, Parkplätze	1.416	2.721	1.305	
FB 5 gesamt		**-62.573**	**-41.487**	**21.789**	**-703**

* (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung

Auf die Fachbereichsebene bezogen ergaben sich im FB 5 die größten Plan-Ist-Abweichungen. Insgesamt wurden Verbesserungen in einer Gesamthöhe von 21,1 Mio. EUR (+34 %) erzielt. Auch unter Berücksichtigung der ins Folgejahr übertragenen Aufwandsermächtigungen verblieb ein Abweichungsgrad von +20 %, der dem RPA als zu hoch erschien. Zu den

einzelnen Produkten dieses Produktbereichs ergaben sich hinsichtlich der Plan-Ist-Abweichung die nachfolgenden Feststellungen.

Produkt 111029 Gebäudemanagement

Hier entstand innerhalb des FB 5 die betragsmäßig größte Plan-Ist-Abweichung in Höhe von 7,8 Mio. EUR. Statt des geplanten Defizits in Höhe von 11,1 Mio. EUR entstand lediglich eines in Höhe von 3,2 TEUR. Die Ergebnisverbesserung beruhte im Wesentlichen auf nicht in Anspruch genommenen Ansätzen für Unterhaltungskosten. Hiervon wurden 5,8 Mio. EUR als Aufwandsermächtigung in das HH-Jahr 2015 übertragen. Im Lagebericht 2014 wurde korrekt darauf hingewiesen, dass nicht in Anspruch genommene Unterhaltungsaufwendungen einen negativen Effekt auf das Anlagevermögen der HL nach sich ziehen. Aus Sicht des RPA ist es aus Transparenzgründen erforderlich, im Anhang über die nicht planmäßig im HH-Jahr 2014 durchgeführten Maßnahmen und über die jeweiligen Ursachen zu informieren.

Produkt 521002 Bauaufsicht

Statt des geplanten geringen Defizits in Höhe von 7 TEUR wurde ein Überschuss von 1,1 Mio. EUR erzielt. Diese Ergebnisverbesserung resultierte überwiegend aus Mehreinnahmen von Verwaltungsgebühren (+0,9 Mio. EUR). Insbesondere zu den überplanmäßigen Einnahmen bei den Verwaltungsgebühren Statik in Höhe von 0,8 Mio. EUR bittet das RPA um Stellungnahme. Unklar war insbesondere, weshalb der Planansatz 2013 in Höhe von 1,1 Mio. EUR auf einen Planansatz 2014 in Höhe von 0,5 Mio. EUR reduziert wurde.

Produkt 522003 Grundstücksgesellschaft Trave mbH

Der geplante Überschuss in Höhe von 472 TEUR wurde verfehlt, da die geplanten Gewinnanteile von der Grundstücksgesellschaft Trave mbH für das Jahr 2014 nicht im HH-Jahr 2014, sondern erst im HH-Jahr 2015 vereinnahmt wurden. Das RPA bittet um Stellungnahme, wie es zu dieser Verzögerung gekommen ist.

Produkt 552001 Wasser und Hafen

Statt des geplanten Defizits in Höhe von 5,6 Mio. EUR wurde lediglich ein Defizit in Höhe von 1,8 Mio. EUR realisiert. Diese deutliche Ergebnisverbesserung resultierte im Wesentlichen aus Mehrerträgen aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 2,2 Mio. EUR sowie Mehrerträgen aus sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten in Höhe von 1,2 Mio. EUR. Das RPA bittet um Stellungnahme, weshalb die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und die Gebühren für die Hafenbenutzung nicht im Planansatz berücksichtigt wurden.

Produkt 573004 Werbeeinrichtungen, Parkplätze

Den Ergebnisverbesserung von 1,3 Mio. EUR lagen vor allem Mehreinnahmen aus Mieten und Pachten in Höhe 4,6 Mio. EUR zu Grunde. Gleichzeitig wurden geplante Benutzungsgebühren in Höhe von 3,5 Mio. EUR nicht vereinnahmt. Saldiert ergibt sich daraus eine Er-

gebnisverbesserung in Höhe von 1,1 Mio. EUR. Das RPA bittet um Stellungnahme, inwieweit ggf. die verkehrten Ertragskonten beplant bzw. bebucht wurden. Zudem sollten aus Sicht des RPA Mieten und Pachten anhand von bestehenden Verträgen relativ genau planbar sein. Eine Antwort lag dem RPA bis zum Abschluss der Prüfung nicht vor, sodass hier eine Stellungnahme erwartet wird.

Tabelle 9: Ist-Ergebnisse 2014 der Produkte der allgemeinen Finanzwirtschaft

Allgemeine Finanzwirtschaft		Plan-Ergebnis des HH-Jahres 2014 in TEUR	Ist-Ergebnis des HH-Jahres 2014 in TEUR	(+)* in TEUR	(-)* in TEUR
Produkt					
535002	Konzessionsabgaben	13.250	12.623		-627
611001	Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen	329.808	379.894	50.086	
612001	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	-25.995	-17.154	8.841	
612002	Pauschalierter nicht zahlungswirksamer Aufwand zur Vervollständigung des dopp. HH	-13.400	-27.329		-13.929
612003	Grundstücksan- und -verkäufe	-359	4.181	4.540	
612004	Pauschalierte zahlungswirksame Vorgänge	0	0	0	
Allgemeine Finanzwirtschaft gesamt		**303.304**	**352.215**	**63.467**	**-14.556**

* (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung

Insgesamt ergaben sich bei den Produkten der allgemeinen Finanzwirtschaft die betragsmäßig größten Plan-Ist-Abweichungen in Höhe von 48,9 Mio. EUR. Dies entsprach 58 % der Gesamtergebnisverbesserung. Hinsichtlich der Plan-Ist-Abweichungen ergaben sich für die einzelnen Produkte nachfolgende Feststellungen.

Produkt 611001 Steuern, allg. Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Es ergab sich hier mit einer Verbesserung in Höhe von 50,1 Mio. EUR (+15 %) die größte Plan-Ist-Abweichung, vgl. Punkt 2.1.1.

Produkt 612001 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Hier wurde eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 8,8 Mio. EUR (+34 %) erzielt. Hierfür waren nicht angefallene Aufwendungen im Umfang von 40 % des Planansatzes verantwortlich. So wurden bezüglich der geplanten Zinsen und sonstigen Finanz-aufwendungen 11,8 Mio. EUR weniger verausgabt. Die größten Effekte entstanden hierbei durch die geringere Inanspruchnahme von Kassenkrediten. Demgegenüber wurden 3,7 Mio. EUR weniger an geplanten Erträgen aus Schuldendiensthilfen von verbundenen Unternehmen vereinnahmt. Das RPA bittet um Stellungnahme zu den Hintergründen.

Produkt 612002 Pauschalierter nicht zahlungswirksamer Aufwand zur Vervollständigung des doppischen Haushalts

Im HH-Jahr 2014 entstanden wesentliche nicht zahlungswirksame Mehraufwendungen durch ungeplante Zuführungen zur Beihilferückstellungen in Höhe von 3,6 Mio. EUR und überplanmäßige Zuführungen zur Pensionsrückstellungen in Höhe von 10,4 Mio. EUR, die das erhöhte Defizit dieses Produktbereichs in Höhe von 13,9 Mio. EUR begründeten. Zu diesen Plan-Ist-Abweichungen sei auf die entsprechenden Ausführungen bei der Betrachtung auf der Ebene der Kontenarten verwiesen (vgl. Punkt 2.1.2).

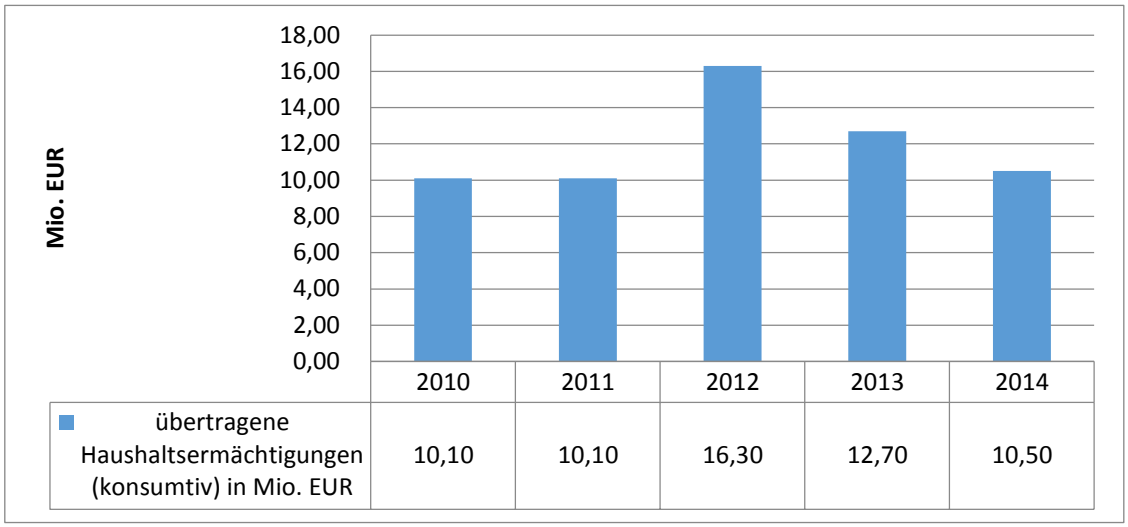
Produkt 612003 Grundstücksan- und -verkäufe

Die Ergebnisverbesserung dieses Produktes in Höhe von 4,5 Mio. EUR (+1265 %) resultierte im Wesentlichen aus überplanmäßigen Erträgen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden in Höhe von 5,1 Mio. EUR. Da Grundstücksveräußerungen in der Regel an einen relativ langwierigen formalen Ablauf gebunden sind, erschienen dem RPA dermaßen hohe überplanmäßige Erträge in diesem Zusammenhang als unschlüssig. Um entsprechende Erläuterungen in der Stellungnahme wird gebeten.

2.2 Übertragung von Haushaltsermächtigungen (konsumtiv)

Gemäß § 23 Abs. 1 GemHVO-Doppik können Aufwendungen und die dazugehörigen Auszahlungen unter den dort genannten Voraussetzungen in das Folgejahr übertragen werden. Derartige übertragene Aufwandsermächtigungen fließen in den fortgeschriebenen Ansatz des Folgejahres ein und ermöglichen so zusätzliche Zahlungsermächtigungen über den ursprünglichen Planansatz hinaus. Gemäß den Erläuterungen zu § 23 GemHVO-Doppik ist bei der Entscheidung zur Übertragung von Aufwandsermächtigungen grundsätzlich dem Haushaltsausgleich Vorrang gegenüber anderen Erwägungen einzuräumen. Da Übertragungen von Aufwandsermächtigungen das geplante Ergebnis des Folgejahres zusätzlich belasten, sollten diese grundsätzlich nur in Höhe eines im Rahmen der ursprünglichen Haushaltsplanung prognostizierten Überschusses übertragen werden. Alternativ kommt eine Übertragung von Aufwendungen bzw. Auszahlungen nur dann in Betracht, sofern rechtliche Verpflichtungen aus dem abgeschlossenen HH-Jahr vorliegen, die entsprechende Leistungen im Folgejahr begründen. Insgesamt wurden im Rahmen des JA 2014 Aufwandsermächtigungen in einer Gesamthöhe von 10,5 Mio. EUR in das Folgejahr 2015 übertragen, dies entsprach 2 % der Gesamtaufwendungen des HH-Jahres 2014. Es wurden somit 2,1 Mio. EUR weniger als im VJ übertragen. In Summe sind die übertragenen Aufwandsermächtigungen bereits im zweiten Jahr in Folge deutlich zurückgegangen. Bei einem in der ursprünglichen Haushaltsplanung für 2015 prognostizierten Ergebnis in Höhe von -57,8 Mio. EUR entsprach die Übertragung der Aufwandsermächtigungen mit 10,5 Mio. EUR einer Erhöhung des geplanten Defizits 2015 um 18 %. Die nachfolgende Grafik ermöglicht einen Überblick über die im Rahmen der bisherigen doppischen JA übertragenen konsumtiven Aufwandsermächtigungen.

Tabelle 10: Übertragung von konsumtiven Aufwandsermächtigungen 2010-2014



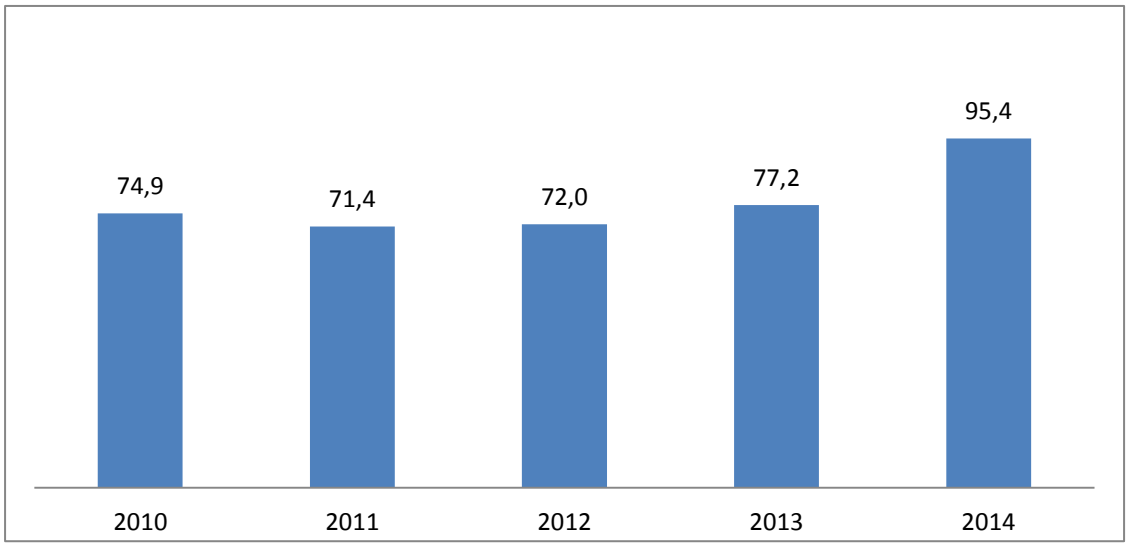
	2010	2011	2012	2013	2014
übertragene Haushaltsermächtigungen (konsumtiv) in Mio. EUR	10,10	10,10	16,30	12,70	10,50

Ca. 70 % der übertragenen Aufwandsermächtigungen entfielen auf Aufwendungen für die Unterhaltung der Liegenschaften und auf Bewirtschaftungskosten und waren für das RPA hinsichtlich ihrer rechtlichen Zulässigkeit nachvollziehbar, da der Gesetzgeber an die Übertragbarkeit derartiger Aufwendungen keine weiteren Bedingungen knüpft. Die stichprobenmäßige Prüfung der für die Übertragung der restlichen Aufwandsermächtigungen erforderlichen Voraussetzungen führte zu keinen wesentlichen Beanstandungen. Jedoch war nicht in jedem Fall erkennbar, dass die Übertragung aufgrund konkreter Auftragserteilungen bzw. unterlassener Zahlungsverpflichtungen vorgenommen wurde. Vielmehr hatte das RPA vereinzelt den Eindruck, dass Übertragungen vorsorglich erfolgten, um im HH-Jahr 2014 nicht in Anspruch genommene Aufwandsermächtigungen für das HH-Jahr 2015 zu sichern. Hier bedarf es aus Sicht des RPA auch zukünftig einer kritischeren Einzelfallbetrachtung.

2.3 Übertragung von Haushaltsermächtigungen (investiv)

Gemäß § 23 Abs. 2 GemHVO-Doppik können auch Auszahlungsermächtigungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in das Folgejahr übertragen werden und stehen dort bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck zur Verfügung, bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch zwei Jahre nach Ende des HH-Jahres, in dem der Gegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen wurde. Die nachfolgende Grafik liefert einen Überblick über die Entwicklung der Übertragungen von investiven Auszahlungsermächtigungen seit Einführung der Doppik. Demzufolge erreichten die im Rahmen des JA 2014 erfolgten Ermächtigungsübertragungen einen bisherigen Höchstwert.

Tabelle 11: Übertragung von Auszahlungsermächtigungen für Investitionen 2010-2014 (in Mio. EUR)



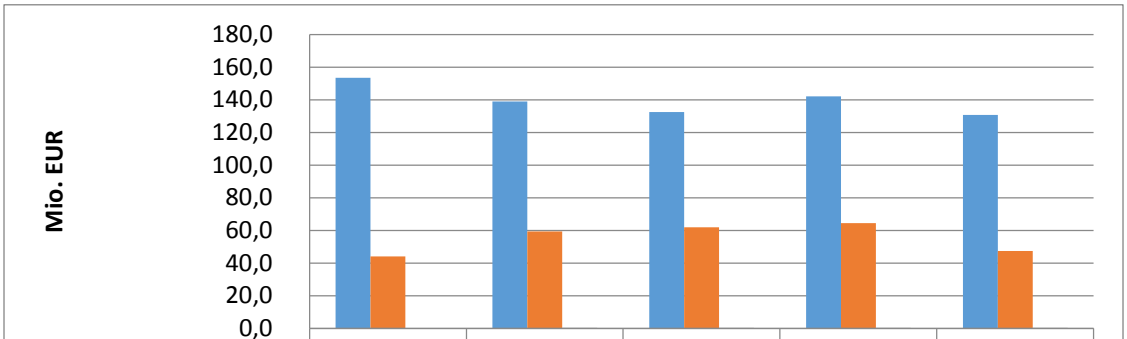
Hohe Haushaltsübertragungen von Auszahlungsermächtigungen für Investitionen lassen einen grundsätzlichen Rückschluss darauf zu, in welchem Umfange Investitionen nicht planmäßig umgesetzt werden. Eine entsprechende Übersicht über die in das HH-Jahr 2015 übertragenen investiven Auszahlungsermächtigungen ist dem Anhang zum JA 2014 beigefügt worden, allerdings werden dort nur auf die jeweiligen Produktuntergruppen bezogene Summen ausgewiesen. Angesichts der nicht unerheblichen Summe von Haushaltsübertragungen und aus Gründen der transparenten Haushaltsführung erachtet das RPA es nach wie vor für angemessen, zukünftig zumindest größere Investitionsmaßnahmen konkret zu benennen und ggf. zu erläutern. Gemäß der Übersicht im Anhang entfielen beispielsweise die höchsten Übertragungen 2014 auf die Produkte 552001 Wasser und Hafen (19,4 Mio. EUR), 110029 Gebäudemanagement (11,9 Mio. EUR) sowie 544001 Bundesstraßen (10,3 Mio. EUR).

Ferner weist die in der Anlage zum Anhang 2014 berichtete Gesamtsumme in Höhe von 95.899.707,05 EUR eine Differenz von +544.931,69 EUR zu der in Gesamtfinanzrechnung berichteten Summe von 95.354.775,36 EUR auf. Eine vergleichbare Feststellung wurde bereits für den JA 2013 getroffen. Die Abweichung wurde seinerzeit vom Bereich Haushalt und Steuerung damit begründet, dass die Übersicht im Anhang neben den Auszahlungen gemäß der Finanzrechnung auch Korrekturbeträge enthielt. Für das RPA war die Abweichung 2014 auch mit dieser Begründung erneut nicht nachvollziehbar. Weitergehende Erläuterungen zu der Differenz 2014 wurden bis zum Abschluss der Prüfung nicht gegeben. Das RPA bittet daher um Stellungnahme und Klärung der Differenz.

2.4 Einhaltung des Finanzplans

Die Finanzplanung muss sich vorrangig am Kassenwirksamkeitsprinzip ausrichten demzufolge die Ein- und Auszahlungen des HH-Jahres in Höhe ihres voraussichtlichen Anfalls zu veranschlagen sind. Die nachfolgende Grafik veranschaulicht das Verhältnis zwischen den geplanten Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und den tatsächlich in den bisherigen doppischen HH-Jahren in Anspruch genommenen Mitteln.

Tabelle 12: Investitionsplan und Auszahlungen für Investitionen und Verwendungsquoten 2010-2014



	2010	2011	2012	2013	2014
Investitionsplanung	153,5	139,0	132,5	142,1	130,8
Ist-Auszahlungen für Investitionen	44,1	59,4	61,9	64,5	47,4
Verwendungsquote	29%	43%	47%	45%	36%

Von den für das HH-Jahr 2014 geplanten Investitionsauszahlungen in Höhe von 130,8 Mio. EUR wurden lediglich 47,4 Mio. EUR realisiert. Dies entsprach einer Verwendungsquote von 36 %. Für die Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden ergab sich sogar nur eine Verwendungsquote von 25 %. Nachdem über die HH-Jahre 2010 - 2013 eine geringfügige stetige Verbesserung festzustellen war, ist im Jahr 2014 eine deutliche Verschlechterung der Verwendungsquote eingetreten. Das RPA ist daher weiterhin der Auffassung, dass die Finanzplanung hinsichtlich der Investitionsauszahlungen in fortgesetztem Maße eklatante Abweichungen zwischen dem planerischen Ansätzen und den letztlich realisierten Ist-Ausgaben aufweist. Zu den umgesetzten Investitionsmaßnahmen 2014 wurde dem Lagebericht zum JA 2014 eine entsprechende Übersicht als Anlage beigefügt. Angesichts der niedrigen Verwendungsquote erachtet es das RPA für sachgerecht, wenn hierbei künftig auch zu den noch nicht umgesetzten Investitionsmaßnahmen insbesondere zu den jeweiligen Umsetzungshemmnissen berichtet wird. Das Land S-H hat in den Erläuterungen zur Haushaltsgenehmigung 2017 eine durchschnittliche Verwendungsquote in Höhe von 60 % als mit dem Kassenwirksamkeitsprinzip und den Haushaltsgrundsätzen von Wahrheit und Klarheit als zu vereinbarenden Grenzwert formuliert. Dieser Wert wird sowohl im HH-Jahr 2014 als auch in allen vorherigen doppischen HH-Jahren deutlich verfehlt. Angesichts des vorliegenden Investitions- und Sanierungsstaus bei den städtischen Liegenschaften

steht weiterhin zu befürchten, dass sich diese Situation verschärfen und der o. a. Grenzwert, ohne eine deutliche Optimierung der Investitionsplanung, auf Dauer unerreichbar sein wird.

3 Bilanz

Das für die Bilanz vorgegebene Muster zu § 45 GemHVO-Doppik nach Anlage 23 AA GemHVO-Doppik-Muster wurde nicht vollständig für die Bilanz 2014 der HL übernommen. Durch die fehlende Angabe der Kontengruppen bzw. Kontenarten ist die Verständlichkeit der Bilanz grundsätzlich nicht wesentlich beeinträchtigt. Die angegebenen Vorjahreswerte wurden korrekt aus der Vorjahresbilanz übertragen.

Die rechnerische Richtigkeit der Summen ist gegeben.

3.1 Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hatte sich im HH-Jahr 2014 laut vorgelegtem Anlagenspiegel wie folgt entwickelt:

Tabelle 13: Entwicklung des Anlagevermögens

	Stand 01.01.2014 in TEUR	Zugänge in TEUR	Um-buchungen in TEUR	Restbuchwert-abgänge in TEUR	Abschrei-bungen in TEUR	Stand 31.12.2014 in TEUR
Immaterielle Vermögens-gegenstände	11.133	746	-61	15	1.623	10.181
Sachanlagen	1.065.147	30.348	-310	1.638	33.655	1.059.892
Finanzanlagen	241.927	1.102	0	353	0	242.676
Gesamt	**1.318.207**	**32.196**	**-371**	**2.006**	**35.278**	**1.312.749**

Schwerpunkte der Prüfung des Anlagevermögens 2014 waren die Entwicklungen im HH-Jahr 2014, insbesondere die Zugänge, Umbuchungen, Abgänge und EB-Korrekturen sowie die Ordnungsmäßigkeit des Anlagenspiegels inklusive der im Anhang 2014 gegebenen Erläuterungen zum Anlagevermögen. Daneben waren die Ermittlung des aktuellen Standes der Anlageninventur, die Buchung und Entwicklung der Anlagen im Bau (AiB), sowie die Abgrenzung der Aktivierungen zu den Instandhaltungsaufwendungen Gegenstand der Prüfung. Die Prüfung der Werthaltigkeit bzw. das grundsätzliche Vorhandensein der bereits im Anlagevermögen geführten Vermögensgegenstände durch eine Belegprüfung war kein Schwerpunkt der Prüfung 2014. Dies behält sich das RPA für die Prüfung der folgenden HH-Jahre vor.

3.1.1 Inventur des Anlagevermögens

Die HL verfügt über eine Inventurrichtlinie mit Stand vom 09.02.2011. Die wesentlichen Regelungen betreffen die Zuständigkeiten, die Durchführung der Inventur sowie die Aufstellung des Inventars und der Bilanz. Zur Klärung des aktuellen Standes der Inventuren wurde dem RPA eine aktuelle Übersicht zur Verfügung gestellt, aus der hervorging, für welche Inventurbereiche, je unterschiedlich nach Kostenstellen, Bereichen, Produkten, Betrieb gewerblicher Art (BgA) oder Standort, zwischen Dezember 2014 und Juli 2018 die 1. Folgeinventur oder bereits die 2. Folgeinventur durchgeführt wurde. Das RPA beanstandet, dass die vorgelegte Liste keine Angaben zu sämtlichen Bereichen macht. Die Erstinventur des BgA Theater Verpachtung wurde laut Übersicht mit Datum vom 10.02.2016 vorgenommen bzw. beendet. Die Ergebnisse der körperlichen Inventur lagen vor, wurden jedoch bis zum Zeitpunkt der Prüfung des JA 2014 im Jahr 2018 nicht eingebucht, da weiterhin Klärungsbedarf, insbesondere bezüglich der Wertermittlung diverser Vermögensgegenstände, besteht. Auskunftsgemäß wird die buchhalterische Erfassung voraussichtlich in 2019 im Rahmen der Erstellung des JA 2018 erfolgen. Aufgrund dessen wird das RPA die Inventur des BgA Theater frühestens innerhalb der JA-Prüfung 2018 thematisieren. Während der Liste somit entnommen werden konnte, dass die Erstinventur des BgA für das Theater Verpachtung bislang nicht abgeschlossen ist, fehlten insbesondere Informationen zu den Bereichen Informationstechnik, Feuerwehr, Gebäudemanagement und Stadtgrün und Verkehr. Die entsprechenden Bereichsnummern waren nicht aufgelistet. Auf Nachfrage des RPA wurde mitgeteilt, dass die vorgelegte Übersicht den aktuellen Stand der Rückmeldungen wiedergibt und somit die fraglichen Bereiche bislang keine Inventurergebnisse gemeldet haben. Im Anhang 2014 waren keine entsprechenden Erläuterungen vorhanden, die auf fehlende Inventuren bzw. fehlende Rückmeldungen hinweisen. Abweichend von den tatsächlichen Gegebenheiten wurde erläutert, dass vor Aufstellung des JA eine Inventur durchgeführt und ein Inventar aufgestellt wurde. Das RPA bemängelt insofern die fehlenden, klarstellenden Anhangsangaben, dass die vollständige Erstinventur des Anlagevermögens der HL bislang nicht abgeschlossen ist und dementsprechend auch zum Stichtag 31.12.2014 nicht in der Bilanz abgebildet sein kann. Eine Einschätzung des RPA, inwieweit sich die fehlende Abbildung der Erstinventur des BgA Theater Verpachtung sowie die fehlenden Rückmeldungen einzelner Bereiche wertmäßig auf das Gesamtbild HL im JA 2014 auswirken, war nicht möglich. Aus der vorgelegten Übersicht war des Weiteren nicht erkennbar, in welchem JA die jeweiligen Inventurergebnisse berücksichtigt wurden. Auskunftsgemäß werden Abgänge aus den gemeldeten Inventuren in dem jeweiligen Jahr der Inventur gebucht.

Folgeinventur, Inventur Festwerte

Zutreffend wurde im Anhang 2014 darauf hingewiesen, dass die gesetzlich vorgeschriebene Folgeinventur nicht beendet ist. Unverändert zum VJ wurden per 31.12.2014 im Anlagevermögen der HL Festwerte in Höhe von mindestens 75,4 Mio. EUR bilanziert. Die Festwerte betrafen im Wesentlichen die Bilanzpositionen Wald und Forsten (32,2 Mio. EUR), Grünflächen (36,6 Mio. EUR) sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung (5,5 Mio. EUR). Den in der Finanzsoftware MACH dokumentierten Buchungsbewegungen für die Anlagennummern

war zu entnehmen, dass insbesondere bei den Festwerten für Wald und Forsten sowie für die Grünflächen seit dem Jahr 2002 keine Veränderungen vorgenommen wurden. Den Anhangsangaben 2014 zu Folge beruhte der Festwert des Holzvermögens bei der Bilanzposition Wald und Forsten unverändert auf dem Datenbestand aus dem Jahr 2005. Das RPA beanstandet, dass die gesetzlich vorgeschriebene Inventur der Festwerte nach wie vor aussteht und dieser Umstand im Anhang 2014 nicht erläutert wird. Auch die Höhe der Festwerte ist aus Sicht des RPA darzustellen, da es sich um nicht unwesentliche Beträge handelt.

3.1.2 Anlagenspiegel

Der vorgelegte Anlagenspiegel 2014 bildete die tatsächlichen Verhältnisse der HL nicht ab. Dies betraf im Speziellen die nachfolgenden Feststellungen.

Rechnerische Differenzen

Der Anlagenspiegel 2014 war rechnerisch nicht ohne weiteres nachvollziehbar. Für die Anlagepositionen der sonstigen Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude, der Straßennetze mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen, der Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung war die rechnerische Richtigkeit (horizontal) nicht gegeben. Es ergaben sich bei den Angaben zu den Abschreibungen in den Spalten 8 bis 11 des Anlagenspiegels Differenzen. Gemäß einer Aufstellung der Verwaltung zu den Differenzen resultieren diese aus Umgliederungen von zwei Anlagen zwischen den Bilanzpositionen. Zum einen handelt es sich um eine Umgliederung, die vom RPA als EB-Korrektur gefordert wurde. Zum anderen wurde der Ausweis eines versehentlich als Parkplatz ausgewiesenen Parkhauses korrigiert. Die hierzu entsprechend erforderlichen Umbuchungen der historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) sowie der historischen Abschreibungen zwischen den Bilanzpositionen wurden durch den vom Gesetzgeber mit dem AA GemHVO-Doppik-Muster 24 für den Anlagenspiegel vorgegebenen Vordruck nicht vollständig berücksichtigt.

Nach Ansicht des RPA ist das gesetzliche Muster für den Anlagenspiegel prinzipiell nicht geeignet, alle Sachverhalte einer Anlagenbuchhaltung sachgerecht darzustellen. Dies betrifft vorrangig die fehlende Spalte zur Abbildung von Umbuchungen bei den Abschreibungen, aber auch die sachgerechte Wiedergabe von EB-Korrekturen. Wenngleich der vorgelegte Anlagenspiegel 2014 dem gesetzlichen Muster entsprach, sollte insbesondere aus Transparenzgründen überlegt werden, das Muster zu erweitern, um die Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse für das Anlagevermögen zu ermöglichen und Differenzen zu vermeiden.

Differenzen zur Bilanz

Der Abgleich der Restbuchwerte zwischen dem vorgelegten Anlagenspiegel 2014 und der Bilanz 2014 führte zu Differenzen. Dies betraf sowohl die Restbuchwerte 2014 als auch die Restbuchwerte des VJ 2013. Hierzu wurden verschiedene Ursachen festgestellt. Zum einen

wurde die Verschiebung von Anlagegütern zwischen den Anlageklassen nicht korrekt im Anlagenspiegel nachgehalten. Dies betraf u. a. die im Anhang erläuterte Verschiebung zwischen den immateriellen Vermögensgegenständen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 1 TEUR. Die Differenzen bestehen bereits seit dem JA 2012 und sind bis einschließlich zum JA 2016 nicht behoben. Es handelte sich um im Jahr 2012 zugegangene Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) (Software), die aufgrund der vorgesehenen Nutzungsdauer von drei Jahren für GWG-Sammelposten bereits per 31.12.2014 auf 0 EUR abgeschrieben waren und als Abgänge hätten gezeigt werden müssen. Zum anderen wurden vereinzelt Vermögensgegenstände des Anlagevermögens in der Hauptbuchhaltung geführt, nicht jedoch im Anlagenspiegel ausgewiesen. Dies betraf insbesondere die AiB in Höhe von -3 TEUR (VJ -104 TEUR) sowie die Finanzanlagen in Höhe von -1.649 TEUR (VJ -2.129 TEUR). Hierauf wurde im Anhang hingewiesen, eine plausible Begründung wurde jedoch nicht gegeben. Die Erläuterung, dass es sich bei den AiB um Anzahlungen für Grundstücksankäufe handelt, zu denen der Anlagenzugang erst im Folgejahr gebucht wurde, ist für das RPA als Begründung grundsätzlich nicht nachvollziehbar oder ausreichend. Auch diese AHK sind nach Ansicht des RPA zwingend unter der jeweiligen Anlage im Anlagenspiegel der HL abzubilden. Der Saldo zum 31.12.2014 in Höhe von 3 TEUR wurde bis zum Jahr 2017 nicht als Anlagenzugang erfasst. Nicht erläutert wurde zudem, dass im JA 2014 über dieses gesonderte AiB-Konto auch die Rückzahlung von Kaufpreisen aus Kaufverträgen aus dem Jahr 2004 in Höhe von 18 TEUR gebucht wurde. Der Hintergrund dieser Buchungen, der Zusammenhang zu geleisteten Anzahlungen für Grundstücksankäufe der HL und die Zuordnung zu konkreten Inventarnummern war für das RPA nicht nachvollziehbar. Die Restbuchwerte des Anlagenspiegels und der Bilanz müssen zwingend übereinstimmen. Eine Anpassung bzw. Überarbeitung des als Auswertung aus dem Buchhaltungssystem MACH generierten Anlagenspiegels in künftigen JA ist dementsprechend unerlässlich.

3.1.3 Zugänge

Für das HH-Jahr 2014 wies der vorgelegte Anlagenspiegel Zugänge bei den Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) zum Anlagevermögen in Höhe von insgesamt 32,2 Mio. EUR aus. Die Abstimmung mit der vorgelegten Zugangsliste zum Anlagevermögen 2014 führte zu einer Abweichung in geringfügiger Höhe. Diese betraf eine Inventarnummer, für die bei der Buchung statt der Nachaktivierung fälschlicherweise der AHK-Abzug gewählt wurde. Für das RPA war grundsätzlich nicht nachvollziehbar, wie es möglich ist, dass der derselbe Sachverhalt im Anlagenspiegel und der Zugangsliste unterschiedlich dargestellt werden kann. Auskunftsgemäß handelte es sich um technisches Problem, wonach die gewählte Buchungsart in der Zugangs- bzw. Abgangsliste nicht vorhanden ist und dementsprechend nicht abgebildet wird.

Die Zugänge 2014 (32,2 Mio. EUR) betrafen im Wesentlichen die folgenden Bilanzpositionen:

Tabelle 14: Zugänge des Anlagevermögens

Bilanzposition	2014 in TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	746
Unbebaute Grundstücke etc.	1.614
Bebaute Grundstücke etc.	- 714
Maschinen, technische Anlagen etc.	2.677
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.592
AiB, Anzahlungen	23.555
Wertpapiere des Anlagevermögens	1.102
Summe	**31.572**

Der vorgelegte Anlagenspiegel 2014 wies zunächst für zwei Positionen in Summe negative AHK-Zugänge aus, zum einen für die sonstigen unbebauten Grundstücke etc. (-351 TEUR), zum anderen für die Schulen (-1.025 TEUR). Aus der detaillierten Zugangsliste 2014 war jedoch ersichtlich, dass für insgesamt zehn Anlagen und AiB negative Zugänge in Höhe von insgesamt -2.839 TEUR erfasst wurden. Diese betrafen dabei in Höhe von -2.573 TEUR EB-Korrekturen, in Höhe von -230 TEUR Rückbuchungen von Anlagen zu AiB sowie in Höhe von -39 TEUR Ausbuchungen in den Aufwand. Die Abbildung von negativen Zugängen sieht das RPA grundsätzlich kritisch. Aus Transparenzgründen wird eine zusätzliche Spalte im Anlagenspiegel für die Darstellung von EB-Korrekturen empfohlen. Daneben war nicht nachvollvollziehbar, weshalb Rück-buchungen zu den AiB nicht in der Umbuchungsspalte bzw. Ausbuchungen in den Aufwand nicht in der Abgangsspalte des Anlagenspiegels gezeigt werden. Die Zugänge bei den Maschinen und technische Anlagen etc. in Höhe von 2.677 TEUR betrafen inhaltlich u. a. Fahrzeuge für Grünanlagen (895 TEUR), sonstige technische Anlagen und Maschinen (725 TEUR), sonstige Spezialfahrzeuge (307 TEUR) sowie GWG (245 TEUR). Die vom RPA für die sonstigen technischen Anlagen und Maschinen in Stichproben angeforderten Belege wurden vorgelegt. Beanstandungen haben sich hierbei nicht ergeben. Auffällig war jedoch, dass bei den GWG statt der gesetzlich vorgesehenen Bildung eines Sammelpostens die Einzelerfassung der Wirtschaftsgüter vorgenommen und auch Wirtschaftsgüter unter der GWG-Grenze von 150 EUR netto aktiviert wurden. Ein Wahlrecht für die Aktivierung von Wirtschaftsgütern unterhalb dieser Grenze, ist nach Ansicht des RPA in § 38 Abs. 4 GemHVO oder § 41 Abs. 5 GemHVO nicht vorgesehen.

Die Zugänge bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 2.592 TEUR umfassen vor allem GWG (1.388 TEUR), Hardware und EDV-technische Ausstattung (354 TEUR) sowie Möbel (311 TEUR). Auch die GWG-Zugänge im Rahmen der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden einzeln erfasst und nicht als GWG-Sammelposten 2014 aktiviert. Auskunftsgemäß wurden erst ab dem JA 2016 GWG-Sammelposten je Bereich und Produkt eingerichtet und bebucht. Davor wurden GWGs als einzelne Anlagen mit einer Nutzungsdauer von fünf Jahren geführt und bei verspäteter Inventarisierung mit einer entsprechend verkürzten

Nutzungsdauer von z. B. drei Jahren angesetzt. Auskunftsgemäß werden diese Sachverhalte in den Folgejahren mittels Abgangsbuchungen bereinigt. Die Erläuterungen waren für das RPA grundsätzlich nachvollziehbar. Nachfragen des RPA zu dem vorgenommenen Ausweis zugegangener Wirtschaftsgüter wurden vor Abschluss der Prüfung beantwortet und ggf. erforderliche Korrekturen für den JA 2018 angekündigt. Der Zugang bei den Wertpapieren beinhaltete, wie im Anhang 2014 dargestellt, den Anstieg der Versorgungsrücklage. Die Wertpapiere für die Versorgungsrücklage waren darüber hinaus kein Prüfungsschwerpunkt 2014.

3.1.4 Abgänge

Für das HH-Jahr 2014 wurden durch den vorgelegten Anlagenspiegel AHK-Abgänge in Höhe von insgesamt 5,4 Mio. EUR genannt, die mit der Summe der Abgänge laut der vorgelegten Abgangsliste zum Anlagevermögen 2014 hinsichtlich der Anschaffungs- und Herstellungskosten übereinstimmten. Die Abgänge (5.398 TEUR) betrafen im Wesentlichen die folgenden Bilanzpositionen:

Tabelle 15: Abgänge des Anlagevermögens

Bilanzposition	2014 in TEUR
Unbebaute Grundstücke etc.	891
Bebaute Grundstücke etc.	745
Maschinen, technische Anlagen etc.	906
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.923
AiB, Anzahlungen	366
Anteile an verbundenen Unternehmen	353
Summe	**5.184**

Die in der Abgangsliste ausgewiesenen Verkaufserlöse in Höhe von 6.495 TEUR sowie die Abgänge der Restbuchwerte in Höhe von 2.006 TEUR konnten grundsätzlich zu den Erträgen und Aufwendungen in der Ergebnisrechnung 2014 abgestimmt werden. Die Verkaufserlöse betrafen insbesondere die Abgänge von Grundstücken und Gebäuden (6.359 TEUR), die in Verbindung mit den Aufwendungen aus Restbuchwertabgängen zu einem Buchgewinn von 5.245 TEUR führten. Die Summe von 6.495 TEUR beinhaltete jedoch nicht die Erträge, die sich aus der Liquidation der Grundstücksgesellschaft der Kurhausbetriebe Travemünde mbH ergaben (386 TEUR). Die erfassten Erträge wurden in Stichproben mit den entsprechenden Einzahlungen abgestimmt. Es ergaben sich keine wesentlichen Beanstandungen, jedoch sind insbesondere für die Abgänge von Flurstücken nur eingeschränkt Einzelabstimmungen möglich, da für mehrere Flurstücke teilweise summierte Beträge gebucht waren. Insofern konnte nicht nachvollzogen werden, welchem einzelnen Flurstück welcher Ertrag bzw. Aufwand und Gewinn sowie welche tatsächliche Einzahlung zuzuordnen ist. Die Abgänge der unbebauten Grundstücke etc. betrafen im Wesentlichen eine Inventarnummer, auf der diverse Flurstücke zusammengefasst waren. Es handelte sich um einen Teilabgang

von dieser Inventarnummer in Höhe von 875 TEUR. Die in der Abgangsliste 2014 ausgewiesenen korrespondierenden Aufwendungen aus Restbuchwertabgängen (875 TEUR) bzw. Verkaufserlöse (4.340 TEUR) waren in der Ergebnisrechnung nachvollziehbar. In Stichproben wurden Verkaufsverträge angefordert. Es ergaben sich keine wesentlichen Feststellungen.

Die Abgänge der bebauten Grundstücke etc. beinhalteten vorwiegend den Abriss einer Sporthalle (188 TEUR), den Verkauf von Flurstücken (73 TEUR) sowie den Verkauf eines Arbeiterwohnheims (346 TREUR). Die korrespondierenden Aufwendungen aus Restbuchwertabgängen in Höhe von 27 TEUR für den Sporthallenabriss bzw. in Höhe von 73 TEUR für die Flurstücke und 130 TEUR für das Arbeiterwohnheim waren zur Ergebnisrechnung abstimmbar. Aus den Verkäufen ergaben sich Erträge in Höhe von 184 TEUR für die Flurstücke sowie 154 TEUR für das Arbeiterwohnheim. Die Erträge fanden sich korrekt in der Ergebnisrechnung wieder. Die für die Maschinen und technische Anlagen etc. gezeigten Abgänge in Höhe von 906 TEUR umfassten vorrangig den Verkauf von Fahrzeugen (310 TEUR) sowie Abgänge von GWG (386 TEUR). Die aus dem Verkauf der Fahrzeuge erzielten Erlöse (48 TEUR) und die damit in Zusammenhang stehenden Aufwendungen aus den Restbuchwertabgängen (28 TEUR) waren in der Ergebnisrechnung abstimmbar. Der Abgang der GWG betraf diverse einzeln erfasste GWG sowie GWG-Sammelposten der Jahre 2008 und 2009. Es war somit festzustellen, dass die GWG nicht gemäß den Vorschriften der GemHVO-Doppik bzw. des BWL-Konzeptes gebucht wurden. Die im JA 2014 erfassten GWG-Abgänge hätten bereits in den JA 2012 bzw. JA 2013 als Abgänge ausgewiesen sein müssen. Die Abgänge der GWG 2010 hätten darüber hinaus im JA 2014 gezeigt werden müssen. Auskunftsgemäß wurden diese Abgänge erst im JA 2015 gebucht. Von den 1.923 TEUR betreffend die Abgänge der Betriebs- und Geschäftsausstattung entfielen 79 TEUR auf die Ausstattung von Werkstätten sowie 1.642 TEUR auf GWG der Jahre 2008 und 2009. Für die GWG wurden dieselben Feststellungen getroffen, wie bereits zu den Maschinen und technische Anlagen etc. erläutert. Die Abgänge der AiB (366 TEUR) betrafen mit 292 TEUR im Wesentlichen die Ausbuchung von Aufwendungen, die teilweise irrtümlich aktiviert wurden. In Höhe von 85 TEUR wurde hingegen der Abgang einer AiB gebucht, weil im November 2014 der Verkauf des entsprechenden Gebäudes inklusive des Grundstücks beschlossen wurde. Der fragliche Kaufvertrag wurde jedoch erst in 2015 abgeschlossen. Die Abgänge für das Grundstück und das Gebäude mit Restbuchwerten von insgesamt 67 TEUR und der Erlös aus dem Verkauf in Höhe von 300 TEUR wurden korrekt im JA 2015 gezeigt. Für das RPA war daher es nicht sachgerecht bzw. periodengerecht, dass der Abgang der AiB stattdessen bereits im JA 2014 erfasst wurde.

Der Abgang von Anteilen an verbundenen Unternehmen (353 TEUR) betraf, wie im Anhang erwähnt, die Auflösung der Grundstücksgesellschaft der Kurhausbetriebe Travemünde mbH. Laut der Anhangserläuterung stand dem Abgang in derselben Höhe ein Ertrag gegenüber. Diese Aussage war für das RPA der Höhe nach nicht exakt erklärlich. Insgesamt waren in der Ergebnisrechnung Erträge in Höhe von 386 TEUR und in der Finanzrechnung Einzahlungen ebenfalls in Höhe von 386 TEUR ausgewiesen. Aus der Auflösung der Gesellschaft entstand folglich ein Gewinn. Für die Abgänge des Anlagevermögens war insgesamt zu beachten, dass durch die 5.398 TEUR nicht sämtliche Abgänge im Anlagenspiegel gezeigt wurden. Dies betraf Vermögensgegenstände, die nicht als Anlage in der Anlagenbuch-

haltung geführt werden, zum einen die Ausleihung an die KWL GmbH (1.649 TEUR) und zum anderen ein gesondertes AiB-Konto (3 TEUR). Die Ausleihung an die KWL GmbH reduzierte sich im HH-Jahr 2014 um die Tilgung in Höhe von 480 TEUR. Die entsprechenden Einzahlungen waren mit der Finanzrechnung 2014 abstimmbar. Der Abgang aus den AiB, die nicht in der Anlagenbuchhaltung erfasst sind, betrug im HH-Jahr 2014 22 TEUR.

3.1.5 Anlagen im Bau

Die Zugänge zu den AiB im Jahr 2014 wurden in Stichproben mittels einer Durchsicht der Bauausgabebücher nachvollzogen. Eine Belegprüfung der zugrunde liegenden Rechnungen ist teilweise erfolgt und führte zu keinen wesentlichen Feststellungen. Für eine AiB konnten zu Planungsleistungen, die bereits bis zur EB 2010 angefallen waren, keine Unterlagen vorgelegt werden (989 TEUR). Auf der Grundlage der in Stichproben geprüften AiB kommt das RPA zu der Erkenntnis, dass die Fertigstellungsmeldungen unzuverlässig bzw. verspätet erfolgen. Bei Teilfertigstellung wurden anteilige Aktivierungen vorgenommen, wodurch folglich entsprechende Abschreibungen in die Ergebnisrechnung eingeflossen sind. Nichtsdestotrotz besteht ein hohes Risiko dahingehend, dass das Bild der tatsächlichen Verhältnisse nicht korrekt vermittelt werden kann, da Abschreibungen aufgrund der verspäteten Fertigstellungsmeldungen in nicht bezifferbarer Höhe fehlen. Übersichten über die Finanzierung der AiB sind nicht zentral vorhanden und werden daher in den Prüfungen der Folgeabschlüsse von den jeweils zuständigen Bereichen abgefordert. Aus den in Stichproben geprüften AiB wird ersichtlich, dass die AiB z. T. über Zuschüsse finanziert wurden. Die Prüfung 2014 umfasste daher auch die Abstimmung der korrespondierenden Sonderposten (Zugänge, Umbuchungen, Abgänge). Diese Abstimmung ergab keine Auffälligkeiten, kann jedoch keine Aussage zur Vollständigkeit der bilanzierten Sonderposten treffen. Die AiB wurden i. d. R. nicht vollständig durch Zuschüsse finanziert. Für das RPA fehlten die Informationen, wie die Restsummen der einzelnen AiB finanziert, in welcher Höhe beispielsweise Eigenmittel oder Investitionskredite in Anspruch genommen wurden. Hierzu werden in den Folgeprüfungen genauere Informationen von den jeweils zuständigen Bereichen eingeholt. Die AHK-Zugänge und AHK-Umbuchungen der AiB beinhalteten nicht ausschließlich Zugänge und Umbuchungen für im Bau befindliche Anlagen. Vielmehr wurden in der Zugangsspalte des Anlagenspiegels auch Nachaktivierungen auf bereits aktivierte Anlagen, d. h. abgeschlossene AiB, als Zugänge ausgewiesen. Generell ist für das RPA nicht nachvollziehbar, weshalb auf bereits aktivierten und dementsprechend geschlossenen AiB Nachaktivierungen erfolgen. Hierzu fanden sich zudem keine Hinweise oder Erläuterungen im Anhang.

3.1.6 EB-Korrekturen im Anlagevermögen

Gemäß der Korrekturbilanz im Anhang 2014 wurden im JA 2014 EB-Korrekturen für die Sachanlagen in Höhe von +652 TEUR vorgenommen. Der Prüfung dieser Korrekturen des Anlagevermögens lag eine Übersicht über sämtliche im JA 2014 enthaltenen EB-Korrektu-

ren zugrunde. Demnach handelte es sich bei der Summe von +652 TEUR um Restbuchwerte, die im Wesentlichen folgende Positionen betrafen:

Tabelle 16: EB-Korrekturen des Anlagevermögens

Bilanzposition	2014 in TEUR
Unbebaute Grundstücke	+1.608
Bebaute Grundstücke	+1.224
Infrastrukturvermögen	+189
Anlagen im Bau	+79
Summe	**+3.100**

Im Gegensatz zum VJ wurden die EB-Korrekturen betragsmäßig im Anlagenspiegel 2014 nicht als veränderte historische AHK-Werte bzw. laufende AfA-Werte, sondern ausschließlich als AHK-Zugänge und AHK-Abgänge des laufenden Jahres abgebildet. Die zwingende Erläuterung dieser zum VJ abweichenden Vorgehensweise wurde nicht im Anhang 2014 gegeben. Für die abschreibungsrelevanten Korrekturen des Infrastrukturvermögens war festzustellen, dass statt der historischen AHK-Werte (224 TEUR) und AfA-Werte (45 TEUR) lediglich die Restbuchwerte per 01.01.2014 (189 TEUR) als AHK-Bestände in die Anlagenbuchhaltung aufgenommen wurden. Der Anlagenspiegel 2014 wies dementsprechend zu geringere Bestände für die historischen AHK- und AfA-Werte aus. Die diesbezügliche Anhangserläuterung, wonach für die richtige Abbildung der historischen AfA der korrigierten Anlagen einmalig die historischen AfA im Anlagenspiegel als laufende AfA gezeigt und in der Ergebnisrechnung eliminiert werden, ist falsch. Auch den Angaben im Anhang 2014, dass die EB-Korrekturen im direkten Vergleich mit dem Anlagenspiegel nachzuvollziehen sind und die Jahresendwerte der Bilanz und des Anlagenspiegels immer korrekt ausgewiesen werden, kann das RPA somit nicht folgen. Durch die Darstellung von EB-Korrekturen im Anlagenspiegel, kann der Bilanzleser durch einen Vergleich der Restbuchwerte zwischen der Bilanz und dem Anlagenspiegel keine Abweichungen feststellen und folglich keine EB-Korrekturen erkennen. Nicht für alle aufgelisteten Korrekturen konnten durch das RPA die Hintergründe nachvollzogen werden. Insbesondere bezüglich der Korrekturen für die unbebauten und bebauten Grundstücke war nicht erklärlich, wie es einerseits zu Fehlern bei der Zuordnung von Grundstücken als bebaut oder unbebaut kommen konnte, andererseits unbebaute Grundstücke in Höhe von 368 TEUR überhaupt nicht bilanziert waren.

3.1.7 Anhangsangaben

Die im Anhang gegebenen Erläuterungen zum Anlagevermögen sind aus Sicht des RPA nicht ausreichend und wie zuvor dargelegt teilweise unrichtig. Da es sich bei dem Anlagevermögen um die entscheidende Aktivaposition der HL-Bilanz handelt, sollte beispielsweise über den baulichen Zustand des Anlagevermögens und die Finanzierung wesentlicher Neuzugänge informiert werden. Insbesondere auf die, auch zum Zeitpunkt der Prüfung des JA 2014, noch nicht abschließend geklärten und buchhalterisch erfassten Korrekturen des An-

lagevermögens im Zusammenhang mit der Bewertung des Infrastrukturvermögens bzw. der Gebäude und der entsprechenden Berücksichtigung von Bauschäden ist zwingend im Anhang hinzuweisen. Der Umstand, dass dies im Anhang 2014 nicht erfolgte, führte aus Sicht des RPA dazu, dass das Bild der tatsächlichen Verhältnisse nicht durch den JA 2014 abgebildet sein kann. Es fehlt daneben die Erläuterung und Begründung, dass die Darstellung der EB-Korrekturen im Anlagenspiegel nicht mit dem VJ vergleichbar ist.

3.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände beliefen sich zum Bilanzstichtag 2014 auf insgesamt 79,9 Mio. EUR (VJ 92,4 Mio. EUR). Dies entsprach einem Rückgang von 13 % gegenüber dem VJ. Der Forderungsspiegel wurde auf Plausibilität geprüft. Es haben sich keine Beanstandungen ergeben. Als Prüfungsschwerpunkte 2014 wurden die öffentlich-rechtlichen Forderungen aus Dienstleistungen, die sonstigen privatrechtlichen Forderungen sowie die sonstigen Vermögensgegenstände herangezogen.

3.2.1 Forderungen aus öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen

Die Forderungen aus öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen (14.827 TEUR) setzten sich zum 31.12.2014 wie folgt zusammen:

Tabelle 17: Forderungen aus öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen

Forderungsart	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Dienstleistungen	12.119	10.821	1.298	12
Transferleistungen	4.524	4.359	165	4
Beteiligungsgesellschaften	131	531	-400	-75
Eigenbetriebe	387	440	-53	-12
Wertberichtigungen	-2.518	-2.121	397	19
sonstige Forderungen	184	151	33	22
Summe	**14.827**	**14.181**	**646**	**5**

Die Dienstleistungen betrafen im Wesentlichen Forderungen aus Bußgeldern, Verwaltungsgebühren, Vollstreckungskosten und anderen Gebühren gegen die Bürger der HL. Die Transferleistungen beinhalteten fast ausschließlich Rückforderungen von Unterhaltsvorschussleistungen gegen andere Jugendämter oder, sofern es sich um Ausfallleistungen handelte, gegen die jeweiligen Sozialleistungsträger des Landes.

3.2.2 Sonstige privatrechtliche Forderungen

Die sonstigen privatrechtlichen Forderungen (7.112 TEUR) setzten sich zum 31.12.2014 wie folgt zusammen:

Tabelle 18: Sonstige privatrechtliche Forderungen

Forderungsart	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Stiftungen	3.327	3.394	-67	-2
Sonstige privatrechtliche Forderungen	1.068	2.878	-1.1810	-63
Personal	0	2.412	-2.412	-100
Umsatzsteuer/Vorsteuer	701	1.869	-1.168	-62
Liquide Mittel GBV	332	1.645	-.1313	-80
Bildungsfonds	646	614	32	5
Umgeschlagene VV-Verbindlichkeiten	222	565	-343	-61
GBV	755	491	264	54
Sonstige Forderungen	61	72	-11	-15
Summe	**7.112**	**13.940**	**-6.828**	**-49**

Die Forderungen gegen die Stiftungen betrafen Verrechnungen. Die sonstigen privatrechtlichen Forderungen beinhalteten überwiegend Forderungen aus Spendenzusagen für die Sanierung von Schulen, Kindertagesstätten (Kitas), Sporthallen und Radwegen gegen die Possehl-Stiftung. Für das RPA war nicht eindeutig, ob es sich bei den Spendenzusagen ausschließlich um schriftliche Zusagen oder auch mündliche Zusagen handelte. Um Stellungnahme wird daher gebeten. Die Personalforderungen betrafen im VJ die Besoldungszahlungen für den Januar 2014. Ab dem Jahr 2017 werden diese Sachverhalte auskunftsgemäß richtigerweise als aktive Rechnungsabgrenzungsposten (ARAP) ausgewiesen (vgl. Punkt 1). Im JA 2014 wurden die Vorauszahlungen abweichend zum VJ unter der Bilanzposition der sonstigen Vermögensgegenstände ausgewiesen (vgl. Punkt 3.2.3). Die erforderliche Erläuterung dieser Änderung der Bilanzierungsmethoden wurde im Anhang 2014 nicht gegeben.

Im Rahmen einer EB-Korrektur wurden gemäß der Korrekturbilanz und der Erläuterungen im Anhang die sonstigen privatrechtlichen Forderungen in Höhe von 237 TEUR im HH-Jahr 2014 reduziert, wodurch eine Doppelerfassung bereinigt werden sollte. Die Korrektur war für das RPA nicht nachvollziehbar. Die entsprechende Buchung konnte nicht auf ein Konto der sonstigen privatrechtlichen Forderungen, sondern lediglich auf ein Konto der sonstigen Verbindlichkeiten, die durch die Korrektur erhöht wurden, zurückgeführt werden. Auskunftsgemäß betraf die Korrektur ein Konto der liquiden Mittel, für das fälschlicherweise das entsprechende Gegenkonto bei den Verbindlichkeiten nicht parallel eingerichtet worden war. Welche konkrete sonstige privatrechtliche Forderung betroffen war, konnte vom RPA

daher nicht geklärt werden. Das RPA bittet insofern um Stellungnahme. Darüber hinaus wurde die EB-Korrektur bzw. die Einbuchung des Bestandes der 237 TEUR per 31.12.2013, in der Finanzrechnung als Einzahlung und parallel als Auszahlung abgebildet. Diese Vorgehensweise ist aus Sicht des RPA nicht zulässig, da in der Finanzrechnung 2014 ausschließlich die Ein- und Auszahlungen auszuweisen waren, die tatsächlich im HH-Jahr 2014 angefallen waren.

3.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände (43.727 TEUR) umfassten vorrangig:

Tabelle 19: Sonstige Vermögensgegenstände

Forderungsart	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Forderungen aus Wohnungsbaudarlehen	32.480	33.324	-844	-3
Forderungen aus debitorischen Kreditoren	9.711	14.210	-4.499	-32
Forderungen aus Verlustausgleich	1.172	1.328	-156	-12
Darlehensforderungen	286	354	-68	-19
Sonstige Forderungen	78	56	22	39
Summe	**43.727**	**49.272**	**-5.545**	**-11**

Zum 31.12.2014 bestanden Forderungen aus 125 Wohnungsbaudarlehen. Diese wurden in den Jahren 1970 bis 2014 an verbundene Unternehmen und Dritte zur Mitförderung des sozialen Wohnungsbaues vergeben. Die Darlehen haben eine Laufzeit von 14 bis 100 Jahren und wurden im Jahr 2014 auskunftsgemäß planmäßig getilgt. Die detaillierte Prüfung der Tilgungen und Zinserträge war nicht Gegenstand der Prüfung 2014. Im HH-Jahr 2014 wurden zwei weitere Darlehen an die Grundstücksgesellschaft Trave mbH in Höhe von insgesamt 706 TEUR vergeben. Die Auszahlungen waren zur Finanzrechnung 2014 abstimmbar. Die Darlehensverträge wurden nicht eingeholt. Die debitorischen Kreditoren wurden für Transferleistungen (4.990 TEUR, VJ 11.845 TEUR), Personalforderungen (2.356 TEUR, VJ 0 TEUR), Lieferungen und Leistungen (1.707 TEUR, VJ 1.738 TEUR), Beteiligungsunternehmen (0 TEUR, VJ 177 TEUR) sowie Sonstiges (659 TEUR, VJ 449 TEUR) ausgewiesen. Die Prüfung ergab, dass es sich zumindest bei den Transferleistungen, Personalforderungen und den Lieferungen und Leistungen nicht um Vermögensgegenstände der HL handelt, die zu einem späteren Zeitpunkt zu Einzahlungen führten, sondern stattdessen um geleistete Auszahlungen, die unter den ARAP auszuweisen waren (vgl. Punkt 3.4.1). Für die fehlerhaft als debitorische Kreditoren ausgewiesenen Transferleistungen wurde darüber hinaus festgestellt, dass sich der Saldo von 4.990 TEUR aus ARAP (8.914 TEUR) und Verbindlichkeiten (-3.924 TEUR) zusammensetzte. Die 3.924 TEUR betrafen Aufwendungen für Leistungen der Jugendhilfe innerhalb und außerhalb von Einrichtungen für das Jahr 2014. Die entspre-

chenden Aufwendungen wurden in der Ergebnisrechnung 2014 unter den Transferaufwendungen ausgewiesen. Der saldierte Ausweis in der Bilanz bei Aktiva ist somit fehlerhaft.

3.2.4 Altersstruktur der Forderungen

Für die öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Forderungen sowie die sonstigen öffentlich-rechtlichen und sonstigen privatrechtlichen Forderungen wurde eine Altersstrukturanalyse durchgeführt. Diese ergab, dass von den Forderungen zum Bilanzstichtag 31.12.2014 in Höhe von 39,8 Mio. EUR, ohne Berücksichtigung der gebildeten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, zum Prüfungszeitpunkt im Oktober 2018 noch Forderungen in Höhe von 9,7 Mio. EUR (24,4 %) offen waren. Von diesen Forderungen stammten 20 TEUR aus dem Jahr 2008, 398 TEUR aus dem 2009, 848 TEUR aus dem Jahr 2010, 960 TEUR aus dem Jahr 2011, 710 TEUR aus dem Jahr 2012, 1.170 TEUR aus dem Jahr 2013 und 5.559 TEUR aus dem Jahr 2014. Inhaltlich handelte es sich bei den offenen Forderungen in Höhe von 9,7 Mio. EUR vornehmlich um Gewerbesteuerforderungen (4,2 Mio. EUR), Forderungen aus Transferleistungen (2,3 Mio. EUR) und öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen (1,6 Mio. EUR).

3.2.5 Pauschalwertberichtigungen

Zum Bilanzstichtag bestanden für folgende Bilanzpositionen Pauschalwertberichtigungen:

Tabelle 20: Pauschalwertberichtigungen

Forderungsart	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	-2.513	-2.115	-398	19
Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	-1.034	-207	-827	400
Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	-890	-915	25	-3
Summe	**-4.436**	**-3.237**	**-1.200**	**37**

Laut dem BWL-Konzept der HL werden Wertberichtigungen berücksichtigt, sobald Zweifel an der Werthaltigkeit einer Forderung bestehen oder die Wertminderung eingetreten ist. Als Grundlagen für Wertberichtigungen werden beispielsweise fruchtlose Pfändungen, erfolglose Mahnverfahren sowie Bonitätsanalysen genannt. Sofern Forderungen ganz oder teilweise wertberichtigt werden müssen, sind danach zunächst Einzelwertberichtigungen vorzunehmen. Für das verbleibende Wertrisiko soll dann eine Pauschalwertberichtigung auf den verbleibenden Forderungsbestand erfolgen. Das BWL-Konzept der HL sieht vor, dass für die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen Erfahrungswerte von Forderungsausfällen

zu dem Forderungsvolumen zu Grunde gelegt werden und der hieraus ermittelte prozentuale Wert jährlich überprüft und angepasst wird. Für den JA 2014 verwendete der Bereich Haushalt und Steuerung für die Pauschalwertberichtigungen auskunftsgemäß die gleichen Prozentsätze wie in den VJ. Diese betrugen demnach:

- 40 % für alle öffentlich-rechtlichen Forderungen,
- 50 % für Kita-Gebühren, die noch nicht länger als 1 Jahr fällig sind,
- 90 % für Kita-Gebühren, die länger als 1 Jahr fällig sind,
- 5 % für sonstige privatrechtliche Forderungen, die noch nicht länger als 1 Jahr fällig sind,
- 75 % für sonstige privatrechtliche Forderungen, die länger als 1 Jahr fällig sind.

Auskunftsgemäß handelte es sich hierbei um geschätzte Werte, zu deren Ermittlung es keine Aufzeichnungen gibt. Eine Überprüfung oder Anpassung hat auskunftsgemäß bislang nicht stattgefunden, da neue Erkenntnisse über die Quoten oder Wahrscheinlichkeiten der Forderungsausfälle noch nicht ausgewertet werden konnten. Diese Auswertung hat aus Sicht des RPA schnellstmöglich zu erfolgen, um die Pauschalwertberichtigungen den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen. Eine stichprobenartige Überprüfung der konkreten Berechnung der Pauschalwertberichtigungen für den JA 2014 auf Basis der prozentualen Schätzwerte ergab keine Auffälligkeiten.

3.2.6 Forderungsmanagement

Entsprechend den unter Punkt 3.2.4 genannten offenen Forderungen zum Prüfungszeitpunkt wird für das RPA deutlich, dass der Aufbau und die Weiterentwicklung eines Forderungsmanagements weiterhin unerlässlich sind. Das RPA nimmt positiv zur Kenntnis, dass es seit dem Jahr 2015 ein Projekt zur Einführung eines zentralen Forderungsmanagements gibt. Wesentliche Ziele des Projektes bestehen in der Steigerung der Wirtschaftlichkeit und der Erhöhung der Realisierungsquote ausstehender Forderungen durch optimierte Prozesse des Forderungsmanagements in der Kernverwaltung der HL. Als ursprünglich geplantes Projektende war der 30.06.2018 vorgesehen. Zwischenzeitlich ergaben sich jedoch Verzögerungen, sodass per Oktober 2018 eingeschätzt wurde, dass mit einem Abschluss des Projektes im dritten Quartal 2019 zu rechnen sei.

3.2.7 Forderungen gegen verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände enthielten zum 31.12.2014 Forderungen gegen verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen von mindestens 8,4 Mio. EUR (VJ 11,3 Mio. EUR). Eine Abstimmung der Forderungen der HL mit den Verbindlichkeiten der verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen zum Stichtag 31.12.2014 war laut dem Bereich Haushalt und Steuerung überwiegend nicht mehr

bzw. lediglich mit diversen Abweichungen möglich. Ihre JA wurden von den jeweiligen Unternehmen entsprechend den gesetzlichen Fristen aufgestellt und berücksichtigten dem Bereich Haushalt und Steuerung zufolge alle den Unternehmen bekannten Sachverhalte mit der HL. Aufgrund des deutlichen Zeitverzuges bei der Aufstellung der JA der HL war eine Abstimmung der Forderungen und Verbindlichkeiten zu den Stichtagen nicht möglich. Laut dem Bereich Haushalt und Steuerung wurde versucht, im Rahmen der Aufstellung eines jeden weiteren JA der HL die Abstimmung im Verbund vorzunehmen und zu verbessern. Die letzten Jahre waren demgemäß von intensiven Abstimmungen und Gesprächen mit den jeweiligen kaufmännischen Abteilungen der Unternehmen geprägt. Es wurden Abweichungen zwischen den Werten der bereits geprüften JA der Unternehmen und den der HL bekannten Werten festgestellt. In diesen Fällen wurden durch den Bereich Haushalt und Steuerung aktiv Klärungen mit den jeweiligen Unternehmen gesucht. Teilweise wurden von den Unternehmen keine Ausgangsrechnungen an die HL gesandt. Aus Sicht des RPA handelte es sich in diesen Fällen um einen gravierenden IKS-Mangel bei den Unternehmen, den die HL grundsätzlich kaum beeinflussen, jedoch durch die gezielte Abstimmung der Forderungen und Verbindlichkeiten aufzeigen kann. Die Erstellung des JA 2017 der HL wurde vom Bereich Haushalt und Steuerung zeitlich erstmals parallel zu den Unternehmen vorgenommen, sodass Abstimmungen zum Stichtag 31.12.2017 grundsätzlich erreichbar waren. Diese Abstimmung wird das RPA im Rahmen der JA-Prüfung 2017 detailliert prüfen.

Für das RPA war die fehlende Abstimmung der Forderungen gegen die verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen im JA 2014 kritisch. Wenngleich die durch den Bereich Haushalt und Steuerung gegebenen Erläuterungen nachvollziehbar waren, konnten das Vorhandensein und die Werthaltigkeit der zum Bilanzstichtag 31.12.2014 ausgewiesenen Forderungen nicht geprüft werden.

3.3 Liquide Mittel

Unter dieser Bilanzposition sind alle liquiden Mittel in Form von Sicht-, Spar- und Termineinlagen bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestände mit ihrem Nominalwert zum Bilanzstichtag auszuweisen.

3.3.1 Nachweis der liquiden Mittel

Per 31.12.2014 umfassten die liquiden Mittel:

Tabelle 21: Liquide Mittel

Liquide Mittel	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Kurzfristige Geldanlagen	18.370	15.450	2.920	19
Guthaben auf Girokonten	17.908	11.517	6.391	55
Schulkonten	558	637	-79	-12
Kassenbestände Kernverwaltung	121	160	-39	-24
Schecks	15	9	6	67
Kassenbestände GBV	25	24	1	4
Girokonten GBV	1.477	1.650	-173	-10
Fest- und Termingelder GBV	1.729	1.183	546	46
Summe	**40.203**	**30.630**	**9.573**	**31**

Als Prüfungsnachweis zur Vollständigkeit und Existenz der kurzfristigen Geldanlagen und Guthaben bei Kreditinstituten wurden Bankbestätigungen von den Kreditinstituten angefordert. Bis zum Prüfungsende lagen für alle Banken Bestätigungen vor. Bei dem Abgleich der vorgelegten Nachweise mit den Salden aus der Bilanz wurden keine Differenzen festgestellt. Für ein Kautionskonto (75 TEUR) sowie vier Konten bei einem Geschäftsbesorger von zusammen 223 TEUR lagen keine Bankbestätigungen vor. In diesen Fällen erfolgte als alternative Prüfungshandlung eine Abstimmung der bilanzierten Kontostände mit Kontoauszügen zum 31.12.2014. Es ergaben sich keine Differenzen.

Im Rahmen der Prüfung der Bankbestätigungen 2014 wurde festgestellt, dass das durch Dienstanweisungen festgeschriebene Vier-Augen-Prinzip hinsichtlich der Zugriffs- und Zeichnungsberechtigungen nicht komplett für alle Konten der HL eingerichtet war. Weiterhin hatten auch Beschäftigte nicht zuständiger Bereiche sowie Personen, die nicht bei der HL beschäftigt sind, Zugriff auf städtische Konten. Durch die Dienstanweisung für das Kassenwesen vom 08.08.2003 ist für die Verfügung von Guthaben auf Bankkonten das Vier-Augen-Prinzip festgelegt. Demnach sind der Leiter der Finanzbuchhaltung und seine Stellvertretung berechtigt, Unterschriften zu leisten. Bei Bedarf können weiteren KassenmitarbeiterInnen Berechtigungen eingeräumt werden. Das RPA hat den Bürgermeister bereits im Jahr 2017 im Rahmen der Prüfung des JA 2012 über diesen Sachverhalt und den dringenden Handlungsbedarf informiert. Auskunftsgemäß werden aktuell keine neuen Berechtigungen erteilt und es laufen Abstimmungsgespräche des Bereiches Buchhaltung und Finanzen mit den betroffenen Bereichen und dem RPA. Es ist geplant die Schulkonten abzuschaffen und die Buchungen über das Finanzverfahren abzuwickeln. Bei der Abstimmung der

Schulkonten wurden Differenzen in Höhe von -181 TEUR festgestellt. Es handelte sich um zehn Guthabenkonten der Schulen der HL, die diese als Trägerin dieser Schulen auf der Aktivseite der HL-Bilanz als Guthaben noch zu buchen hat. Hier wird deutlich, dass nach wie vor noch nicht sämtliche Bankkonten seitens der Bereiche Buchhaltung und Finanzen sowie Haushalt und Steuerung bekannt sind. Die Vollständigkeit ist künftig im Rahmen einer Buchinventur sicherzustellen. Unter dem Sammelbegriff Schulkonten wurden darüber hinaus unterjährig keine Einzel-, sondern Summenbuchungen vorgenommen. Nach den GoB ist jedoch jeder Geschäftsvorfall einzeln zu buchen. Die Verwaltung wird aufgefordert, dieses künftig zu beachten.

Die zum Abschlussstichtag gebuchten Kassenbestände wurden geprüft. Bei einer Kasse ergab sich eine unwesentliche Differenz. Dieses wurde mit dem Bereich Buchhaltung und Finanzen kommuniziert. Die Nebenkassenkassen wurden zum 31.12.2014 mit 58 TEUR (VJ 67 TEUR) bilanziert. Im Rahmen des JA 2012 wurden die Nebenkassen stichprobenartig geprüft. Hierbei wurde deutlich, dass noch nicht sämtliche Barmittel seitens der Bereiche Buchhaltung und Finanzen sowie Haushalt und Steuerung bekannt sind. Die Nebenkassen wurden in 2014 erneut geprüft. Für in der Bilanz ausgewiesene Kassenbestände in Höhe von 5 TEUR lagen keine Nachweise vor. Wegen Unwesentlichkeit wurden hierzu jedoch keine weiteren Prüfungshandlungen vorgenommen. Für das RPA war daneben unklar, in welcher Höhe zum Bilanzstichtag 2014 und nachfolgend Bestände aus Nebenkassen nicht bilanziert sind. Die Vollständigkeit ist künftig im Rahmen einer Buchinventur sicherzustellen. Die Scheckbestände wurden richtig und vollständig nachgewiesen. Allerdings beanstandet das RPA, dass das nach der Dienstanweisung der Finanzbuchhaltung verpflichtende Scheckü̈berwachungsbuch für das Jahr 2014 nicht geführt wurde. Seit dem 01.01.2016 führt der Bereich das geforderte Scheckü̈berwachungsbuch. Die erforderlichen Nachweise für die GBV, z. B. in Form von Bankbestätigungen oder Kontoauszügen, wurden vollständig vorgelegt. Auf die Bankguthaben und Kassenbestände aus den GBV von 3.231 TEUR (VJ 2.856 TEUR) kann die HL nicht im direkten Wege zugreifen. Aus diesem Grunde handelt es sich nach Ansicht des RPA um nicht disponible Guthaben, die unter der Bilanzposition der sonstigen Vermögensgegenstände, statt unter den sonstigen privatrechtlichen Forderungen bzw. unter den liquiden Mitteln auszuweisen sind. Auch Guthaben auf Transferkonten bei den GBV sind unter der Bilanzposition sonstige Vermögensgegenstände auszuweisen.

3.3.2 Vollständigkeit

Laut den Anhangsangaben umfasste die Position alle liquiden Mittel, die als Bar- oder Buchgeld kurzfristig zur Disposition stehen. Explizit genannt wurden die Bestände der Barkassen und Handvorschüsse sowie die Bankguthaben. Zum Kassenbestand wurden auch nicht verbrauchte Markenbestände wie Fahrkarten, Briefmarken und Francotypwerte hinzugerechnet. Bezüglich der Vollständigkeit der liquiden Mittel per 31.12.2014 gab der Leiter der Finanzbuchhaltung eine eingeschränkte Vollständigkeitserklärung ab. Es wurde erklärt, dass die Bestände aus den Geldannahmestellen fehlten. Die Höhe der Bestände ist nicht bekannt. Der Sachverhalt wurde dem Bereich Buchhaltung und Finanzen erstmalig durch die Abfrage im Jahre 2015 und 2016 grundsätzlich bekannt. Ein aus Sicht des RPA erforderlicher Hin-

weis hierzu und auf die Unvollständigkeit der liquiden Mittel fehlte im Anhang 2014. Zudem wurden entgegen der Erläuterung im Anhang die Handvorschüsse grundsätzlich nicht unter den liquiden Mitteln ausgewiesen. Aufgrund der eingeschränkten Vollständigkeitserklärung geht das RPA davon aus, dass die zur Bilanzierung notwendige Inventur der Kassenbestände zum 31.12.2014 nicht ordnungsgemäß stattgefunden hat. Die Prüfung ergab weiterhin, dass das Konto der Schuldnerberatungsstelle in Höhe von 104 TEUR (VJ 7 TEUR) sowie die Konten der Beistandschaften fehlten, siehe dazu auch bereits die Feststellungen des Kassenprüfungsberichts vom 27.02.2017. Diese Konten waren aus Sicht des RPA bei den liquiden Mitteln der HL aufzunehmen. Das RPA befindet sich hierzu aktuell in einer Abstimmung mit dem Bereich Haushalt und Steuerung. Zusammenfassend ist darauf hinzuweisen, dass die Bereiche Buchhaltung und Finanzen sowie Haushalt und Steuerung künftig die Vollständigkeit der liquiden Mittel sicherstellen müssen.

3.3.3 Eröffnungsbilanzkorrekturen

Laut der vorgelegten Korrekturbilanz zum JA 2014 wurde der Wert der EB 2010 bei den liquiden Mittel um 114 TEUR erhöht. Nach den Angaben im Anhang handelte es sich um die Nachaktivierung von Kassen im Schulbereich. Grundsätzlich konnten die Werte bis auf die Korrektur des Kassenbestandes für das Abendgymnasium nachvollzogen werden. Das RPA beanstandet jedoch, dass die Korrekturwerte nicht zum Stichtag 01.01.2010 ermittelt wurden. Es wurde der Bestand zum 31.12.2013 in das Finanzverfahren MACH eingebucht. Diese Vorgehensweise war aus Sicht des RPA nicht zulässig. Es waren die Werte vom Stichtag 01.01.2010 als EB-Korrekturen zu buchen. Die Anhangsangabe war nach Ansicht des RPA inhaltlich zudem irreführend, da es sich bei den Korrekturen im Schulbereich nicht allein um Nachaktivierung von Nebenkassen handelte, sondern im Wesentlichen um die Nacherfassung von Bankbeständen. Bei den Nebenkassen wurden 2 TEUR und bei den Bankbeständen 112 TEUR bilanziell nacherfasst.

3.3.4 Anhangsangaben

Für die liquiden Mittel wurden im Anhang ergänzende Informationen gegeben. Die dort aufgeführte Tabelle spiegelte aus den zuvor erläuterten Gründen nicht den tatsächlichen Bestand der liquiden Mittel der HL wider und ist künftig entsprechend der Prüfungsbemerkungen des RPA anzupassen. Weiterhin wurde im Anhang 2014 darauf verwiesen, dass der ausgelagerte Liquiditätsbestand der GBV nicht über die Bilanzposition liquide Mittel, sondern unter den sonstigen privatrechtlichen Forderungen bilanziert ist. Wie unter Punkt 3.3.1 dargestellt, handelte es sich nach Ansicht des RPA jedoch nicht um sonstige privatrechtliche Forderungen, sondern um sonstige Vermögensgegenstände. Der fehlerhafte Ausweis ist künftig zu korrigieren.

3.4 Aktive Rechnungsabgrenzung

Die Schlussbilanz der HL wies bei der Position des ARAP 15,2 Mio. EUR aus (VJ 12,6 Mio. EUR). Diese gliederten sich in die klassischen ARAP (293 TEUR, VJ 615 TEUR) und die ARAP aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen (14,9 Mio. EUR, VJ 12,0 Mio. EUR).

3.4.1 ARAP für geleistete Auszahlungen

Gemäß § 49 Abs. 1 GemHVO-Doppik sind vor dem Abschlussstichtag geleistete Auszahlungen als ARAP anzusetzen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Diese stellen die ARAP im klassischen Sinne dar. Der Rückgang gegenüber dem VJ um 322 TEUR von 615 TEUR auf 293 TEUR betraf u. a. die Bilanzierung der Geschäftsbesorgung durch die Lübecker MuK GmbH (74 TEUR, VJ 355 TEUR). Für Anzahlungen für Veranstaltungen in 2014 wurden insgesamt dabei 43 TEUR (VJ 322 TEUR) ausgewiesen.

Wertgrenze

Im Anhang wurde erläutert, dass seit der EB nur Einzelfälle über 5 TEUR abgegrenzt wurden. Diese Wertgrenze wurde auch durch das Jahresrundschreiben 2014 des Bereiches Haushalt und Steuerung kommuniziert. In § 49 Abs. 1 GemHVO-Doppik oder den zugehörigen Erläuterungen findet sich hingegen kein Ermessensspielraum für eine Wertgrenze. Fallen Zahlung und Aufwand bzw. Ertrag in unterschiedliche HH-Jahre ist zur ordnungsgemäßen Ergebnisermittlung eine Rechnungsabgrenzung vorzunehmen. Dabei gibt es im gemeindlichen Haushaltsrecht keine Regelung zu einer Wertgrenze, unterhalb derer keine Rechnungsabgrenzung erfolgen muss. Das RPA bemängelt daher erneut die Wertgrenze in Höhe von 5 TEUR, unterhalb derer die Verwaltung auf die ordnungsgemäße Abgrenzung verzichtete. Diese klassischen ARAP sind aus Sicht des RPA dementsprechend unvollständig bilanziert.

Leistungen nach dem SGB II

Im Gegensatz zum VJ (5,1 Mio. EUR) waren für die Leistungen nach SGB II im JA 2014 keine Rechnungsabgrenzungen zu buchen. Mit Buchungsdatum im Dezember 2014 wurden Leistungsbeteiligungen nach § 22 Abs. 1 SGB II für Dezember 2014 ausgezahlt. Die Auszahlungen für den Januar 2015 erfolgten erst mit Buchungsdatum 2015.

Leistungen nach dem SGB XII

Nach dem SGB XII ist es Aufgabe der Sozialhilfe, den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Für den Januar 2015 wurden 8 Mio. EUR (VJ 8,3 Mio. EUR) für soziale Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen bereits im Dezember 2014 gezahlt. Die Sozialleistungen werden aus der Fachsoftware des Bereichs Soziale Sicherung über Sammelposten in die Buchhaltungssoftware der HL übernommen. Die 8 Mio. EUR waren der Abteilung Eingliederungshilfe / Hilfe zur Pflege in Einrichtungen und der Abteilung Materielle Hilfen zuzuordnen. Der zugehö-

rige Aufwand wurde korrekt erst im Januar 2015 gebucht und die Auszahlungen im Dezember 2014 korrekt in der Finanzrechnung unter den Transferauszahlungen gezeigt. Für diese Auszahlungen wurden in der Bilanz 2014 statt eines ARAP jedoch sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen. Das RPA beanstandet diesen falschen Ausweis, da er dazu führt, dass das Vermögen der HL zu hoch abgebildet wird. Die 8 Mio. EUR stellen kein Vermögen der HL dar.

Beamtenbezüge

Die Beamtenbezüge wurden jeweils am Monatsende im Voraus bezahlt. So wurden 2,3 Mio. EUR für Januar 2015 bereits im Dezember 2014 ausgezahlt. Die Bildung eines ARAP ist nicht erfolgt. Auch hier wurde die erforderliche Rechnungsabgrenzung als Vermögen der HL bilanziert. Der Ausweis der 2,3 Mio. EUR wird dabei unter den sonstigen Vermögensgegenständen vorgenommen. Die klassischen ARAP wurden folglich durch den fehlerhaften Bilanzausweis von Auszahlungen unter den sonstigen Vermögensgegenständen um insgesamt mindestens 10,3 Mio. EUR zu niedrig im JA 2014 ausgewiesen. Auskunftsgemäß wird der korrekte Ausweis der Sozialleistungen und der Beamtenbezüge als ARAP ab dem JA 2017 erfolgen.

3.4.2 ARAP aus geleisteten Zuwendungen

Geleistete Zuschüsse und Zuweisungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen, an denen die Gemeinde nicht das wirtschaftliche Eigentum hat, sind nach § 40 Abs. 7 GemHVO-Doppik als Rechnungsabgrenzungsposten zu buchen. Die HL bilanzierte ARAP aus geleisteten Zuwendungen in Höhe von 14,9 Mio. EUR. Diese waren gegenüber dem VJ um 2,9 Mio. EUR angestiegen. Die entsprechende Angabe der Veränderung im Anhang 2014 von 2,5 Mio. EUR ist insofern der Höhe nach ohne weiteres nicht nachvollziehbar.

Die ARAP aus geleisteten Zuwendungen setzten sich zum Bilanzstichtag 31.12.2014 wie folgt zusammen:

Tabelle 22: ARAP

ARAP	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Zuschüsse an verbundene Unternehmen	5.784	3.656	2.128	58
Zuschüsse an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	142	87	55	63
Zuschüsse an private Unternehmen	723	464	259	56
Zuschüsse an übrige Bereiche	7.744	7.295	449	6
Summe	**14.393**	**11.502**	**2.891**	**25**

Im Jahr 2014 wurden den ARAP für geleistete Zuschüsse und Zuweisungen insgesamt 3.635 TEUR zugeführt und 1.137 TEUR aufgelöst sowie, wie im Anhang 2014 angegeben, 371 TEUR vom Anlagevermögen in den ARAP umgebucht. Die Hintergründe der Umbuchung wurden nicht geprüft. Die Auflösungen wurden in Summe zur Ergebnisrechnung 2014 abgestimmt. Es ergaben sich keine Beanstandungen. Der Anstieg der ARAP für Zuschüsse an verbundene Unternehmen in Höhe von 2.128 TEUR betraf vorrangig die zweite Rate für die Sanierung und Erneuerung des Priwall-Fährenlegers. Die korrespondierende Auszahlung war zur Finanzrechnung 2014 abstimmbar. Der zugrundeliegende Bescheid wurde eingesehen. Die Erhöhung der ARAP für Zuschüsse an übrige Bereiche beinhaltete u. a. Zuführungen zum ARAP in Höhe von 515 TEUR für den städtebaulichen Denkmalschutz. Die 515 TEUR stellten dabei Eigenmittel der HL dar, die diese im Rahmen der erhaltenen Bundes- und Landesmittel aus dem Städtebauförderungsprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ einbringen musste. Da wie im VJ auch im Jahr 2014 das Sanierungsgebiet noch nicht festgelegt und somit kein Sanierungsträger vorhanden war, wurden in 2014 keine Mittel ausgezahlt. Ohne eine Auszahlung lagen jedoch die Voraussetzungen des § 40 Abs. 7 GemHVO-Doppik nicht vor und die 515 TEUR hätten dementsprechend nicht als ARAP ausgewiesen werden dürfen. Im Folgejahr 2015 wurden die Zuführungen zum ARAP für die Eigenanteile im Zusammenhang mit dem Städtebauförderungsprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ der Jahre 2012 bis 2014 von insgesamt 2.019 TEUR wieder storniert. Eine detaillierte Prüfung hierzu wird im Rahmen der JA-Prüfung 2015 erfolgen.

3.5 Eigenkapital

Das Eigenkapital der HL gliederte sich zum 31.12.2014 wie folgt:

Tabelle 23: Gliederung des Eigenkapitals

Eigenkapital	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Allgemeine Rücklage	243.850	243.827	-23	0
Sonderrücklage	97	111	-14	14
Ergebnisrücklage	0	0	0	0
Vorgetragener Jahresfehlbetrag	-339.596	-338.891	-705	0
Jahresfehlbetrag	-153	-709	556	363
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	95.802	95.662	140	0
Eigenkapital gesamt	**0**	**0**	**0**	**0**

3.5.1 Allgemeine Rücklage

Seit der EB 2010 sind bis einschließlich zum JA 2012 keine Wertänderungen der allgemeinen Rücklage erfolgt. Gemäß § 56 Abs. 2 GemHVO-Doppik sind Wertänderungen aus einer

Berichtigung der EB ergebnisneutral zu 85 % mit der allgemeinen Rücklage und zu 15 % mit der Ergebnisrücklage zu verrechnen. Die Summe für die im Jahr 2014 vorgenommenen EB-Korrekturen wurde mit 27 TEUR ermittelt und im Anhang 2014 tabellarisch angegeben. Die Verrechnung zu 85 % mit der allgemeinen Rücklage in Höhe von 23 TEUR ist rechnerisch korrekt erfolgt. Aus der Verrechnung ergab sich der Endstand der allgemeinen Rücklage 2014 mit 243.850 TEUR.

3.5.2 Sonderrücklage

Die Sonderrücklage setzte sich aus Zuweisungen zur Finanzierung von Investitionen, die nicht aufgelöst werden sollen (81 TEUR) und Mitteln, die anstatt der Herstellung von Stellplätzen durch Bauherrinnen oder Bauherren geleistet worden sind (16 TEUR), zusammen. Aufgrund der Unwesentlichkeit der Sonderrücklage für den JA 2014 wurde diese keiner Prüfung unterzogen. Das RPA verweist jedoch erneut darauf, dass gemäß § 25 Abs. 2 Satz 2 GemHVO-Doppik die Mittel in die allgemeine Rücklage umzubuchen sind, wenn sie zweckentsprechend verwendet wurden. Es handelte sich bei den Zuweisungen zum einen um 53 TEUR aus der Zuweisung für das Grundstück des Günter Grass-Hauses, die in 2010 als EB-Korrektur eingebucht wurde und zum anderen um 28 TEUR Sonderbedarfszuweisungen für das Sturmtief Daisy, die ebenfalls bereits in 2010 vereinnahmt wurden. Für beide Rücklagen wurden im HH-Jahr 2014 keine Buchungen vorgenommen. Die Umgliederungen sind nachzuholen.

3.5.3 Ergebnisrücklage

Im Anhang 2014 wurde korrekt erläutert, dass die Ergebnisrücklage dazu dient, Fehlbeträge auszugleichen und grundsätzlich durch Jahresüberschüsse aufgefüllt werden soll. Ebenfalls wurde zutreffend darauf hingewiesen, dass nach den Buchungen zur Verwendung des Jahresfehlbetrages 2010 die Ergebnisrücklage bereits zum 31.12.2010 vollständig verbraucht war. Dementsprechend wurde die Ergebnisrücklage zum 31.12.2014 wie in den Vorjahren in Summe mit 0 EUR korrekt ausgewiesen.

3.5.4 Vorgetragener Jahresfehlbetrag

Im HH-Jahr 2014 hat sich der vorgetragene Jahresfehlbetrag von 338.891 TEUR um 705 TEUR auf 339.596 TEUR erhöht. Die Erhöhung setzte sich aus den vier folgenden Positionen zusammen:

Tabelle 24: Erhöhung des vorgetragenen Jahresfehlbetrages

Vorgetragener Jahresfehlbetrag	2014 in TEUR
Ergebnis 2013	-709
EB-Korrekturen 2014	+27
Anteilige Verrechnung EB-Korrekturen 2014 mit allgemeinen Rücklagen	-23
Summe	**-705**

Der Jahresfehlbetrag 2013 betrug –709 TEUR und wurde gemäß § 26 Abs. 4 GemHVO-Doppik in das HH-Jahr 2014 vorgetragen. Der dafür notwendige Beschluss der Bürgerschaft gemäß § 95n Abs. 3 GO lag erst seit dem 29.11.2018 vor und wurde daher im Rahmen der Erstellung des JA 2014, wie im Anhang 2014 erläutert, unterstellt. Die EB-Korrekturen in Höhe von 27 TEUR wurden zu 85 % (23 TEUR) mit der allgemeinen Rücklage verrechnet. Die entsprechende Buchung erfolgte im HH-Jahr 2014. Die restlichen 15 % (4 TEUR) wurden allerdings nicht im Jahr 2014 über die Ergebnisrücklage gebucht, sondern zum 31.12.2014 weiterhin unter dem vorgetragenen Jahresfehlbetrag ausgewiesen. Der Hintergrund für diese, im Vergleich zu der Buchung der allgemeinen Rücklage abweichende Vorgehensweise war dem RPA nicht erklärlich. Wie im Prüfungsbericht 2013 festgestellt, war das Jahresergebnis 2013 in Höhe von -710 TEUR der Höhe nach nicht korrekt, aufwandswirksame Buchungen aus der Zuführung zur Pensionsrückstellung 2013 in Höhe von 1,0 Mio. EUR fehlten. Durch den nicht zutreffenden Jahresfehlbetrag 2013 kann der vorgetragene Jahresfehlbetrag 2014 der Höhe nach nicht korrekt sein. Die sich aus der Prüfung des JA 2013 resultierende Korrektur der 1,0 Mio. EUR kann gemäß den zeitlichen Verzögerungen zwischen den JA-Erstellungen und den JA-Prüfungen nicht im JA 2014 enthalten sein.

3.5.5 Jahresfehlbetrag

Als Jahresfehlbetrag 2014 wurde in der Bilanz der Saldo der Ergebnisrechnung des HH-Jahres 2014 ausgewiesen. Der Wert von 153 TEUR ist aus der Ergebnisrechnung 2013 grundsätzlich richtig in die Bilanz 2014 übernommen worden. Aus Sicht des RPA wurde der Jahresfehlbetrag 2014 jedoch insgesamt zu hoch abgebildet. Dies ergibt sich vorrangig aus fehlerhaften Auflösung des sonstigen Sonderpostens für Mittel 2012 aus dem Bildung und Teilhabepaket (BuT) in Höhe von 1.454 TEUR (vgl. Punkt 3.6.5).

3.5.6 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Dieser sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite ausgewiesene Bilanzposten zeigte das insgesamt negative Eigenkapital und damit die bilanzielle Überschuldung der HL auf. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag hatte sich im HH-Jahr 2014 nochmals von -95,7 Mio. EUR um -140 TEUR auf -95,8 Mio. EUR erhöht. Die Veränderung ergab sich rechnerisch aus dem Jahresfehlbetrag (153 TEUR) und den das Eigenkapital erhöhenden EB-Korrekturen (27 TEUR) sowie der Entnahme aus der Sonderrücklage (-14 TEUR) zu Gunsten

des Sonderpostens für aufzulösende Beiträge. Die Entnahme aus der Sonderrücklage war kein Prüfungsgegenstand 2014.

3.6 Sonderposten

Die bilanzierten Sonderposten von 222.843 TEUR (VJ 221.897 TEUR) setzten sich zum 31.12.2014 wie folgt zusammen:

Tabelle 25: Sonderposten

Sonderposten	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Aufzulösende Zuschüsse	115.548	115.165	383	0
Aufzulösende Zuweisungen	90.774	86.586	4.188	5
Aufzulösende Beiträge	14.368	14.667	-299	-2
Treuhandvermögen	1.728	1.768	-40	-2
Sonstige Sonderposten	424	3.711	-3.287	-89
Summe	**222.842**	**221.897**	**945**	**0**

3.6.1 Aufzulösende Zuschüsse

Die aufzulösenden Zuschüsse umfassten im Wesentlichen Zuschüsse von übrigen Bereichen (113.417 TEUR), davon für Gebäude (42.004 TEUR), Straßen (41.034 TEUR), Kunst (23.163 TEUR), AiB (1.734 TEUR) und Brücken (1.690 TEUR) sowie Zuschüsse von privaten Unternehmen (2.065 TEUR) für Kunstgegenstände (1.1.89 TEUR), Betriebs- und Geschäftsausstattung (399 TEUR), Grundstücke und Gebäude (214 TEUR) und Straßen (151 TEUR). Für die Zugänge und Umbuchungen ausgewählter AiB wurde eine Abstimmung zwischen den Angaben im Anlagenspiegel bzw. Anlagennachweis 2014 und dem jeweiligen Sonderposten vorgenommen. Es ergaben sich keine wesentlichen Feststellungen. Die Sonderposten für Zuschüsse von privaten Unternehmen haben sich im HH-Jahr 2014 durch Zugänge in Höhe von 141 TEUR erhöht. Die Zugänge wurden anhand von Spendenbescheiden, Spendenbestätigungen und Rechnungen nachvollzogen. Wesentliche Beanstandungen haben sich nicht ergeben. Die Zugänge 2014 betrafen in Höhe von 97 TEUR Geldspenden sowie in Höhe von 44 TEUR Sachspenden. Die Einzahlungen der Geldspenden waren zur Finanzrechnung 2014 (87 TEUR) und zur Finanzrechnung 2015 (10 TEUR) abstimmbar. Die Zugänge der Sachspenden waren in der Anlagenbuchhaltung korrekt ausgewiesen. Zugänge in Höhe von 3.393 TEUR erhöhten den Sonderposten für Zuschüsse von übrigen Bereichen in 2014. Davon betrafen 1.570 TEUR die Aktivierung der Umgestaltungsmaßnahmen für die Achse Schrangen-Klingenberg sowie in Höhe von 1.050 TEUR die Sanierung der Turnhalle am Koggenweg. Die Zuschüsse für die Sanierung der Turnhalle am Koggenweg wurden zu den Zuschuss- und Spendenbescheiden sowie die Einzahlungen für die Zugänge in Höhe

von 1.570 TEUR und 1.050 TEUR wurden zur Finanzrechnung 2014 abgestimmt. Feststellungen wurden nicht getroffen. Für die aufzulösenden Zuschüsse wurden die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten zur Ergebnisrechnung abgestimmt. Das RPA beanstandet, dass zu den aufzulösenden Zuschüssen als größtem Sonderposten keine Erläuterungen im Anhang gegeben wurden.

3.6.2 Aufzulösende Zuweisungen

Die aufzulösenden Zuweisungen betrafen im Wesentlichen Zuweisungen des Landes (70.163 TEUR) für AiB (2.741 TEUR), Brücken (13.946 TEUR), Bauten des Infrastrukturvermögens (8.172 TEUR) Gebäude (9.673 TEUR) sowie Straßen (8.374 TEUR) und Zuweisungen des Bundes (18.740 TEUR) für Gebäude (13.828 TEUR), AiB (3.846 TEUR) sowie technische Anlagen und Maschinen (578 TEUR). Die Zugänge zu den Zuweisungen des Landes 2014 beinhalteten vorrangig Zuweisungen für den Skandinavienkai-Anleger (3.175 TEUR), AiB (645 TEUR), Straßen (1.199 TEUR) und Gebäude (2.160 TEUR). Für die Zugänge wurden in Stichproben die Einzahlungen zur Finanzrechnung abgestimmt. Es ergaben sich keine Beanstandungen. Eine Belegprüfung der entsprechenden Zuweisungsbescheide ist nicht erfolgt. Bei den Zuweisungen des Bundes gab es im Jahr 2014 Zugänge von 972 TEUR, die auf die AiB entfielen. Die Zugänge betrafen die Katharinenkirche (713 TEUR), das Hansemuseum (135 TEUR) und die Schule am Koggenweg (84 TEUR). Eine Belegprüfung der entsprechenden Zuweisungsbescheide ist für die Zuschüsse der der Schule am Koggenweg, jedoch für die Katharinenkirche und das Hansemuseum nicht erfolgt. Die Abstimmung der Einzahlungen für die Zugänge der Zuschüsse 2014 zur Finanzrechnung führte zu keinen Feststellungen. Bezüglich des Sonderpostens für die Katharinenkirche war auffällig, dass der Sonderposten zum Bilanzstichtag 31.12.2014 teilweise einen höheren Buchwert auswies, als die korrespondierende Anlage im Anlagevermögen. Auskunftsgemäß beruhte dies auf einer nicht korrekten Aufteilung der Zuschüsse auf die zwei Anlagennummern, die im Rahmen des JA 2016 richtig gestellt wird.

Die Abstimmung der Erträge aus der Auflösung der Sonderposten aus den aufzulösenden Zuweisungen zur Ergebnisrechnung hat zu keinen Auffälligkeiten geführt. Im HH-Jahr 2014 wurden für die aufzulösenden Zuweisungen EB-Korrekturen in Höhe von insgesamt 196 TEUR durchgeführt. Die wesentliche Korrektur betraf dabei die Zuweisung für den Ausbau des Skandinavienkais (169 TEUR). Vom Zuweisungsgeber wurde im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung eine Rückzahlung in Höhe von 256 TEUR gefordert. Die Zahlung wurde von der HL unter Vorbehalt vorgenommen. Korrigiert wurden im HH-Jahr 2014 dementsprechend historische AHK in Höhe von 256 TEUR in Verbindung mit historischen AfA-Werten in Höhe von 87 TEUR. Die HL hatte gegen die Rückzahlung jedoch Klage erhoben, woraufhin das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht mit Urteil vom 30.06.2011 entschied, dass der HL bezüglich der gezahlten 256 TEUR eine Rückerstattung in Höhe von 57 TEUR zusteht. Für das RPA war daher die EB-Korrektur 2014 mit 256 TEUR der Höhe nach nicht nachvollziehbar. Das RPA bittet um Stellungnahme.

3.6.3 Aufzulösende Beiträge

Die Sonderposten für die aufzulösenden Beiträge betrafen zum Bilanzstichtag 31.12.2014 laut Anhang insbesondere erhobene Ausbau- und Erschließungsbeiträge. Die Sonderposten entfielen zum Bilanzstichtag 31.12.2014 vor allem auf Straßen (12.313 TEUR), Beleuchtung (1.286 TEUR) sowie AiB (321 TEUR). Im Jahr 2014 wurden Zugänge in Höhe von 2.247 TEUR erfasst, die im Wesentlichen die Straßen betrafen. Nachfragen des RPA zu einzelnen Zugängen konnten bis zum Abschluss der Prüfung nicht geklärt werden und sind daher Gegenstand der Prüfung 2015.

3.6.4 Treuhandvermögen

Die Sonderposten für Treuhandvermögen umfassten zum Bilanzstichtag laut Erläuterung im Anhang vier Nachlässe, die von der HL verwaltet werden. Diese Sonderposten wurden im JA 2014 erstmals einer detaillierteren Prüfung unterzogen. Der wesentliche Sonderposten (1.419 TEUR) betraf eine Erbschaft aus dem Jahr 2010. Wie im Anhang unter den Ausführungen zu den Wertpapieren des Umlaufvermögens korrekt dargestellt, betraf die Erbschaft Wertpapiere und liquide Mittel, die zweckgebunden für kulturelle Zwecke eingesetzt werden sollen. Aus Sicht des RPA sollte hier aus Transparenzgründen ebenso erwähnt werden, dass die Erbschaft innerhalb einer 10-Jahres-Frist zu verwenden ist. Nach Ablauf dieser Frist fallen die verbliebenen Mittel an die Stiftung Kulturgut hansischer Städte, Lübeck, als Nacherbin. Das RPA beanstandet in diesem Zusammenhang ebenfalls, dass keine Informationen zu der bisherigen Verwendung der Erbschaft vermittelt werden. Laut der Angabe im Anhang bezüglich der Wertpapiere des Umlaufvermögens wurde das Erbe am 22.10.2010 angetreten. Die Prüfung ergab jedoch, dass der Erbfall bereits am 09.07.2010 eingetreten war und die Erbschaft per Eilentscheidung des Bürgermeisters am 15.09.2010 angenommen wurde. Der Zugang der Erbschaft wurde aufgrund dessen per 15.09.2010 bilanziert. Für das RPA ist sowohl das im Anhang erwähnte Datum 22.10.2010 als auch das Zugangsdatum 15.09.2010 sachlich nicht korrekt. Die Erbschaft war zum 09.07.2010 auf die HL übergegangen und hätte daher mit Buchungsdatum 09.07.2010 mit den zu diesem Tag bestehenden Werten erfasst werden müssen.

Von der zuständigen Abwicklungstestamentsvollstreckerin wurde auf den 09.07.2010 ein vorläufiges Nachlassverzeichnis erstellt, wonach Nachlassvermögen in Höhe von 2.241 TEUR und Nachlassverbindlichkeiten in Höhe von 77 TEUR vorhanden war. Durch das RPA konnte nicht ermittelt werden, ob zu einem späteren Zeitpunkt ein endgültiges Nachlassverzeichnis aufgestellt wurde. Die per 15.09.2010 eingebuchten Werte konnten der Höhe nach nicht exakt zu dem vorläufigen Nachlassverzeichnis abgestimmt werden. Dies betraf insbesondere die Wertpapiere. Gemäß dem vorläufigen Nachlassverzeichnis waren zum 09.07.2010 Wertpapiere in Höhe von 2.086 TEUR im Vermögen des Erblassers gelistet. Als Zugang aus der Erbschaft wurden bei der HL demgegenüber Wertpapiere in Höhe von 2.023 TEUR per 15.09.2010 erfasst. Für die Bewertung der Wertpapiere ergab sich folglich kein Risiko einer Überbewertung. Aus diesem Grunde wurde die Differenz von -63 TEUR nicht weiter verfolgt. Die in dem Zeitraum zwischen dem 09.07.2010 und dem 15.09.2010

angefallenen Erträge und Aufwendungen, z. B. aus Käufen und Verkäufen von Wertpapieren, wurden nicht in der Ergebnisrechnung der HL gezeigt. Darüber hinaus wurden seit Antritt der Erbschaft grundsätzlich nicht sämtliche Erträge und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Erbschaft stehen, in der Ergebnisrechnung berücksichtigt. Stattdessen wurden vereinzelte Aufwendungen ergebniswirksam verbucht. Der wesentliche Teil wurde lediglich saldiert bilanziell gebucht. Nach Ansicht des RPA steht diese Vorgehensweise nicht im Einklang mit dem Vollständigkeitsgebot des § 40 Abs. 1 GemHVO sowie dem Saldierungsverbot nach § 40 Abs. 3 GemHVO.

Die aus der Erbschaft in Summe von 2.023 TEUR im Jahr 2010 zugegangenen Wertpapiere wurden zum Bilanzstichtag 31.12.2014 mit einer Höhe von insgesamt 1.256 TEUR im Umlaufvermögen der HL bilanziert. Anhaltspunkte, dass die Wertpapiere unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips für die Wertpapiere des Umlaufvermögens nicht korrekt bewertet waren, haben sich durch die Prüfung nicht ergeben. Die sonstigen Sonderposten für die Treuhandvermögen entsprachen ihrer Höhe nach den unter den Wertpapieren des Umlaufvermögens und den liquiden Mitteln ausgewiesenen Vermögenspositionen.

3.6.5 Sonstige Sonderposten

Die sonstigen Sonderposten wurden zum Bilanzstichtag 31.12.2014 mit 424 TEUR (VJ 3.711 TEUR) ausgewiesen. Die Sonderposten betrafen zu Jahresbeginn 2014 die in den Jahren 2012 und 2013 erhaltenen Mittel für BuT, die bis dahin nicht verwendet worden waren. Im Jahr 2014 wurden für Leistungen aus dem Bildungsfonds 1.833 TEUR verbraucht und entsprechend aus dem Sonderposten aufgelöst. Verwendungsnachweise für diese Mittel wurden nicht erstellt. Aufgrund einer Meldung zum JA 2012, wonach im Jahr 2014 voraussichtlich 1.454 TEUR der BuT-Mittel für Leistungen der Unterkunft und Heizung verwendet werden, wurde im JA 2014 ein Verbrauch gebucht. Der konkrete Verwendungsnachweis für das Jahr 2014 ergab einen Kostenüberhang von 999 TEUR. Dieser Mehrbedarf wurde aus noch nicht verwendeten BuT-Mittel des Jahres 2011 gedeckt, die bilanziell als PRAP ausgewiesen waren (vgl. Punkt 3.9.3). Die Auflösung der BuT-Mittel 2012 in Höhe von 1.454 TEUR aus dem Sonderposten war folglich sachlich unzutreffend und verbesserte das Jahresergebnis 2014 unzulässig. Die aufwandswirksame Korrektur dieser fehlerhaften Buchung erfolgte im JA 2015. Hinsichtlich der Feststellung, dass die Zuschüsse für BuT der diversen Jahre nicht einheitlich als Sonderposten in der Bilanz ausgewiesen werden, sei auf Punkt 3.9.3 verwiesen.

3.7 Rückstellungen

Die Rückstellungen betrugen zum Bilanzstichtag 2014 insgesamt 453,7 Mio. EUR (VJ 437,6 Mio. EUR). Ein vom RPA erbetener Gesamtrückstellungsspiegel, aus dem die einzelnen Beträge der Zuführung, der Auflösung sowie des Verbrauchs der jeweiligen Rückstellung ersichtlich sind, lag zur Prüfung nicht vor. Für einzelne Rückstellungen existierten entsprechende Spiegel, jedoch nicht für u. a. die Pensionsrückstellungen oder die Altersteil-

zeitrückstellungen. Im Anhang 2014 wurden die Rückstellungen nach Rückstellungsarten aufgegliedert. Die Prüfung zu den in der Bilanz ausgewiesenen Werten hat keine Auffälligkeiten ergeben. Die Beträge der einzelnen Rückstellungsarten wurden korrekt übernommen. § 24 GemHVO-Doppik regelt die zu bildenden Rückstellungen. Im JA 2014 der HL wurden demgemäß die folgenden Pflichtrückstellungen gebildet:

- Pensionsrückstellungen
- Beihilferückstellungen
- Altersteilzeitrückstellungen
- Altlastenrückstellungen
- Verfahrensrückstellungen
- Rückstellungen für Verbindlichkeiten für im HH-Jahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist.

Daneben wurde von dem Wahlrecht nach § 24 Satz 2 GemHVO-Doppik Gebrauch gemacht, sonstige Rückstellungen zu bilden. Die in der Aufzählung des § 24 GemHVO-Doppik genannten Rückstellungsarten, für die keine Rückstellungen gebildet wurden, sind in der Bilanz nachrichtlich mit 0 EUR dargestellt. Diese Rückstellungen waren nicht Gegenstand der Prüfung. Das RPA beanstandet grundsätzlich, dass in der Buchhaltungssoftware MACH Buchungen trotz unvollständiger Umbuchungsanordnungen erfolgten. Es wurde festgestellt, dass in der Regel die Angaben zum Klarnamen, der Stempel, das Datum und die Unterschrift in den Feldern zur rechnerischen und sachlichen Richtigkeit und Anordnung fehlten. Die Dienstanweisung der HL über Form, Inhalt und Erteilung von Kassenanordnungen sieht diese Mindestangaben zwingend vor. Die Ermittlung der Rückstellungshöhe ist stets schriftlich nachvollziehbar zu dokumentieren.

3.7.1 Wertgrenze

Im BWL-Konzept der HL ist für die Bildung einzelner Rückstellungsarten eine Wertgrenze von 5 TEUR vorgesehen, ab der Rückstellungen zu buchen sind. Eine Wertgrenze zur Verwaltungsvereinfachung ist hingegen in der GemHVO-Doppik nicht enthalten. Bei der Prüfung wurde festgestellt, dass ungeachtet der vom Bereich Haushalt und Steuerung vorgegebenen Wertgrenze dennoch von den Bereichen Rückstellungen unterhalb der Wertgrenze gebildet worden sind. Diese Handhabung führte so einerseits zu einer unvollständigen und andererseits zu einer uneinheitlichen Bildung von Rückstellungen im JA 2014. Es kann somit nicht ausgeschlossen werden, dass aufgrund der Anwendung der Wertgrenze entsprechend dem BWL-Konzept die Rückstellungen nicht vollständig gebildet worden sind.

3.7.2 Pensionsrückstellungen

Die Pensionsrückstellungen in Höhe von 426.132 TEUR (VJ 410.979 TEUR) setzten sich zum Bilanzstichtag 2014 aus den folgenden Positionen zusammen:

Tabelle 26: Pensionsrückstellungen

Pensionsrückstellungen	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Pensionsrückstellungen	367.079	354.955	12.124	3
Beihilferückstellungen	52.162	50.047	2.115	4
Versorgungsrücklage	6.891	5.977	914	15
Summe	**426.132**	**410.979**	**15.153**	**4**

Die Pensions- und Beihilferückstellungen inklusive der Versorgungsrücklage wurden unter dem richtigen Bilanzposten ausgewiesen und hatten sich im Vergleich zum Vorjahr somit um 15,1 Mio. EUR (4 %) erhöht. Aus den Personalberichten des Bereichs Personal- und Organisationsservice (POS) geht hervor, dass die Anzahl der BeamtInnen von 825 in 2013 auf 787 in 2014 gesunken war und somit nicht ursächlich für die erhöhte Rückstellung sein kann. Die Erhöhung resultierte entsprechend des zugrunde liegenden Gutachtens der VAK aus den veränderten Parametern der Berechnung der Pensionsrückstellungen, u. a. Zins, Sterbetafel, Beginn der Dienstzeit, Alter zum Pensionsbeginn, Endgehalt sowie Eintrittsalter in den Ruhestand. Angaben darüber, wie stark sich die einzelnen Parameter im Jahresvergleich verändert haben, gingen aus dem VAK-Gutachten nicht hervor und waren auch dem Bereich POS nicht bekannt. Um die Gefahr der Heranziehung falscher Parameter durch die VAK zu vermeiden, wurden Musterkontoauszüge als Stichproben vom Bereich POS kontrolliert. Die Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgte auf Grundlage des VAK-Gutachtens, für deren Berechnung bzw. Erstellung der Bereich POS die relevanten MitarbeiterInnendaten der VAK zur Verfügung stellte. Die übergebenen Mitarbeiterdaten stimmten hinsichtlich der aufgelisteten Anzahl sowohl der VerwaltungsbeamtInnen als auch der FeuerwehrbeamtInnen mit denen in der Abrechnung der VAK überein.

In Stichproben wurden die aufgelisteten Namen der MitarbeiterInnen abgestimmt. Es ergaben sich keine Abweichungen. Die von der VAK berechneten Pensionsrückstellungen laut dem erstellten VAK-Gutachten in Höhe von 367.079 TEUR wurden korrekt im JA 2014 gebucht. Die Rückstellungen betreffen in Höhe von 177.713 TEUR die Barwerte für die aktiven BeamtInnen und in Höhe von 189.054 TEUR die Barwerte für die VersorgungsempfängerInnen. Es ergaben sich im Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag 31.12.2014 und der Erstellung des JA 2014 werterhellende Erkenntnisse, die korrekt im JA 2014 bilanziert wurden. So musste die von der VAK ermittelte Rückstellung nach Erhalt des Gutachtens aufgrund einer Abfindung nochmals um 311 TEUR erhöht werden. Aufgrund dessen musste auch die in ihrer Höhe von der Pensionsrückstellung abhängige Beihilferückstellung angepasst werden. Die Berechnungen der Pensionsrückstellungen für die einzelnen Beamten waren nicht Prüfungsgegenstand. Diese Berechnungen erfolgen durch die VAK im Rahmen des versicherungsmathematischen Gutachtens, welches diverse Parameter und Annahmen über die

künftige Entwicklung der Pensionsverpflichtungen berücksichtigt, u. a. Rechnungszins, Rententrends, Gehaltstrends, Biometrie. Entscheidend für die Richtigkeit der Rückstellungsberechnung ist die korrekte und vollständige Meldung der zugrunde liegenden Daten durch den Bereich POS an die VAK. Korrekturen der EB für den Bilanzposten der Pensionsrückstellungen wurden im JA 2014 nicht gebucht.

Im Anhang 2014 wurde die Entwicklung zur Bildung der Pensionsrückstellungen ausreichend beschrieben. Die Einschätzung, dass die landesrechtlich vorgegebene Abzinsung um 5 % derzeit und langfristig am Kapitalmarkt nicht zu erzielen ist und es damit zu einer insgesamt zu niedrigen Rückstellungsbildung gekommen ist, war für das RPA nachvollziehbar. Auch im Lagebericht 2014 wurde auf das Risiko der zu geringen Rückstellungsbildung durch die landesrechtlich zwingende Abzinsung um 5 % ausführlich eingegangen. Die Aufwendungen aus den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sowie der Verbrauch der Rückstellungen waren ohne weiteres nicht prüffähig. So wurden die Rückstellungen einerseits basierend auf den PAISY-Läufen monatlich in jeweils unterschiedlicher Höhe erhöht. Diese Buchungen stellten jedoch lediglich den saldierten Wert von Zuführungen und Verbräuchen dar, wie sie der Buchhaltung vom Bereich POS gemeldet wurden. Daneben wurden die Rückstellungen monatlich durch als „Abschlag Versorgungsbezüge“ bezeichnete Buchungen in gleichbleibender Höhe von 1,6 Mio. EUR reduziert. Eine stichprobenweise Prüfung der Auszahlungen durch verbrauchte Pensionsrück-stellungen hat in der Finanzrechnung keine Auffälligkeiten ergeben. Die Berechnung und Verbuchung der Beihilferückstellungen erfolgte der Höhe nach korrekt als durchschnittlicher Prozentwert der dem HH-Jahr 2014 vorausgehenden drei Jahre 2011 bis 2013 entsprechend dem Verhältnis der Pensionszahlungen zu den Beihilfezahlungen an VersorgungsempfängerInnen. Die Ermittlung der zugrundeliegenden Pensionszahlungen wurde dabei verändert, war jedoch für das RPA nachvollziehbar. Das RPA wurde bei seiner Prüfung durch den Bereich POS unterstützt. Angeforderte Unterlagen wurden dem RPA fristgerecht zur Verfügung gestellt.

3.7.3 Altersteilzeitrückstellungen

Die ATZ-Rückstellungen beliefen sich zum Bilanzstichtag 2014 auf 6.736 TEUR (VJ 8.767 TEUR) und wurden in der Bilanz unter der korrekten Position ausgewiesen. Im Anhang 2014 wurde hierzu die Veränderung der Rückstellung zutreffend mit einem Rückgang von 2.031 TEUR beziffert. Laut den vorgelegten Unterlagen wurden im HH-Jahr Zuführungen in Höhe von 567 TEUR (VJ 4.178 TEUR) sowie ein Verbrauch von 2.598 TEUR (VJ 3.615 TEUR) gebucht. Die Vorjahresbuchungen betrafen jedoch bei den Zuführungen in Höhe von 3.041 TEUR bzw. bei den Verbräuchen in Höhe von 320 TEUR Korrekturen der EB und der Jahre 2010 bis 2012. Der Rückgang der ATZ-Rückstellung beruhte somit, wie im Anhang 2014 zutreffend dargestellt, vorrangig auf dem Verbrauch der Rückstellungen. Die Bewertung erfolgte auf Grundlage der 113 TVöD-Beschäftigten und BeamtInnen, die sich zum 01.01.2014 in ATZ befanden sowie der zwei weiteren MitarbeiterInnen, deren ATZ im HH-Jahr 2014 begann. Der Abschluss der zwei neuen Verträge im HH-Jahr 2014 wurde korrekt im Anhang benannt. Zum Ende des HH-Jahres 2014 befanden sich somit 115 MitarbeiterInnen in ATZ-Arbeitsverhältnissen, davon 87 TVöD-Beschäftigte sowie 28 BeamtInnen.

Für 18 MitarbeiterInnen, die sich zum 31.12.2014 in der Arbeitsphase befanden, davon je neun BeamtInnen und TVöD-Beschäftigte, wurden basierend auf den Tarifsteigerungen die korrekten Beträge zu den ATZ-Rückstellungen zugeführt. Die Gegebenheiten bestehender, auslaufender sowie neuer ATZ-Fälle wurden mit einem in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungsbetrag realistisch abgebildet. Korrekturerfordernisse haben sich durch die Prüfung des JA 2014 nicht ergeben. Es wurden Buchungen eines Journals, das Zuführungen beinhaltet, im Einzelnen geprüft. Es haben sich keine Feststellungen ergeben. Hinsichtlich der Bewertung der Rückstellungen liegen keine Anhaltspunkte für eine Falschberechnung der in 2014 gebuchten ATZ-Fälle vor. Die vorgenommenen Verbräuche für die sich in der Freizeitphase befindenden MitarbeiterInnen des ATZ-Blockmodells und die Aufstockungsbeträge aller ATZ-Fälle, inklusive Fälle des Teilzeitmodells, wurden nachvollziehbar dokumentiert. Korrekturen zur EB wurden nicht durchgeführt. Bezüglich der Abzinsung des Rückstellungsbetrages wurde gemäß Anhangsangabe 2014 wie im VJ von der Wahlmöglichkeit Gebrauch gemacht, auf diese zu verzichten. Die in der Bilanz ausgewiesenen Beträge für die ATZ-Rückstellungen 2014 sowie für das VJ stimmen mit den Betragsangaben im Anhang überein. Die im Anhang vorhandene Erläuterung zu den ATZ-Rückstellungen war ausreichend. Im Lagebericht gab es keine Ausführungen zu den ATZ-Rückstellungen. Aufgrund der sukzessiv abnehmenden Bedeutung für die HL durch die sinkende Fallzahl sind hier Ausführungen entbehrlich.

3.7.4 Altlastenrückstellungen

Für fünf Altlasten wurden zum Bilanzstichtag 31.12.2014 Rückstellungen in Höhe von 2.568 TEUR gebildet (VJ 2.622 TEUR). Gemäß den Erläuterungen zu § 24 Nr. 5 GemHVO-Doppik dienen die Rückstellungen als Vorsorge für die anstehende Sanierung von Altlasten. Das HL-eigene BWL-Konzept sieht dementsprechend vor, dass für altlastbehaftete Flächen in Höhe der voraussichtlichen Aufwendungen für die Schadensbeseitigung Rückstellungen zu bilden sind, sofern zum Bilanzstichtag eine Verpflichtung zur Sanierung besteht. Diese Sanierungsverpflichtung wird laut dem BWL-Konzept aus der Eigentümerstellung der HL für die altlastenbehafteten Flächen abgeleitet. Wie im Anhang 2014 erläutert, wurde im Gegensatz dazu für die Rückstellungsbildung jedoch nicht auf das tatsächliche Bestehen der Altlast, sondern das Vorliegen einer konkreten Sanierungsabsicht in Form eines Sanierungsbeschlusses abgestellt. Das HL-eigene BWL-Konzept verweist dabei darauf, dass ein vorhandenes Kataster mit altlastverdächtigen Flächen zwar vorliegt, jedoch reine Verdachtsfälle bei der Bildung der Rückstellung nicht berücksichtigt wurden. Daneben werden Verdachtsfälle in der Regel nicht weiter aufgeklärt. Eine Untersuchung findet ggf. erst statt, wenn das fragliche Grundstück veräußert werden soll. Gemäß dem BWL-Konzept wurden für alle städtischen Grundstücke, für die ein Altlastenverdacht bestand, bei der Bewertung zur EB ein Wertabschlag von 50 % vorgenommen.

Als Verdachtsfälle wurden im Rahmen der Ermittlung von Grundstückswerten für die EB im Jahr 2009 in einem Vermerk 32 Flächen auf städtischen Grundstücken ermittelt. Die Anzahl wurde anschließend aufgrund abgeschlossener Sanierungsmaßnahmen reduziert. Detaillierte Angaben über Gutachten oder die genannten erfolgten Sanierungen lagen dem RPA

zur Prüfung nicht vor. Aktuelle Nachweise, wie die Vollständigkeit der Altlastenrückstellungen sichergestellt wird, lagen ebenfalls nicht vor. Da es sich bei den Rückstellungen für Altlasten um Pflichtrückstellungen handelt, ist für das RPA im Ergebnis nicht nachvollziehbar, weshalb allein auf die Vorlage eines Sanierungsbeschluss verwiesen wurde. Angesichts der gesetzlichen Pflicht zur Rückstellungsstellungsbildung und aufgrund des Vorsichtsprinzips ist Verdachtsfällen zumindest in dem Maße nachzugehen, dass nachweisbar belegt oder widerlegt werden kann, dass fragliche Rückstellungen nicht zu bilden sind.

Die betragsmäßig größte Rückstellung in Höhe von 1.381 TEUR für die Altlastensanierung auf der Teerhofinsel wurde einer detaillierteren Prüfung unterzogen. Die Rückstellung basierte auf zwei Gutachten aus den Jahren 2005 bzw. 2008, die dem RPA vorlagen. Die Altlastrisiken für dieses Grundstück wurden sowohl mit einem 50 %igen Abschlag bei der Bewertung des Grundstückes (175 TEUR), als auch mit der Rückstellung von 1.381 TEUR in der Bilanz abgebildet. Dies entsprach nicht den Vorgaben des HL-eigenen BWL-Konzeptes, wonach der Grundstückswert in voller Höhe auf der Aktivseite darzustellen ist, wenn die Sanierungskosten passiviert werden. Darüber hinaus konnte die Höhe der Rückstellung nicht exakt nachvollzogen werden. Die vorgelegte Kostenschätzung beziffert die Sanierungskosten auf 1.172 TEUR brutto. Für das RPA war jedoch nicht erkennbar, aus welchem Jahr die Kostenschätzung stammte bzw. inwieweit es einen zeitlichen Bezug zu den Gutachten gab. Die Abweichung zwischen der Kostenschätzung und der gebildeten Rückstellung war für das RPA ohne weiteres nicht erklärlich. Auskunftsgemäß vermutete der zuständige Bereich, dass in die Bildung der Rückstellung eine Teuerungsrate von ca. 20 % eingeflossen ist. Zu diesem Preisaufschlag auf die möglichen Sanierungskosten lag keine Dokumentation zur Ermittlung oder Anpassung an aktuelle Preisentwicklungen oder die Inflationsrate vor. Da die Berechnung der Altlastenrückstellung für die Teerhofinsel als einzige einen Preisaufschlag enthielt, bittet das RPA um Stellungnahme, weshalb bei der Rückstellungsbildung nicht einheitlich vorgegangen wurde.

Zutreffend wurde im Anhang 2014 dargestellt, dass im HH-Jahr 2014 eine EB-Korrektur für die Altlastenrückstellungen vorgenommen wurde. In Höhe von 600 TEUR wurde eine Rückstellung für Flächen auf dem Priwall gebildet. Der entsprechende Kaufvertrag wurde bereits im Dezember 2007 abgeschlossen. Der Verkauf wurde unter der Maßgabe vereinbart, dass die Teilflächen frei von Altlasten sind bzw. auf Kosten der HL frei von Altlasten gestellt werden. Den mit der Rückstellung berücksichtigten Sanierungskosten lag ein Sachverständigengutachten zugrunde, das auf das Jahr 2016 datiert war. Das RPA bittet um Stellungnahme, aus welchen Gründen die Buchung nicht bereits aufgrund des Kaufvertrages zeitnah zur EB erfolgt ist. Im Anhang 2014 wurde zudem angegeben, dass für eine Altlastsanierung die zurückgestellten Mittel nicht benötigt und daher in Höhe von 597 TEUR aufgelöst wurden. Ursprünglich waren für diese Sanierungsmaßnahmen 750 TEUR als Rückstellung gebildet worden. In den HH-Jahren 2011 bis 2014 wurden lediglich insgesamt 153 TEUR verbraucht. Das RPA bittet um Stellungnahme zu den Hintergründen dieser auffälligen Abweichung. Für die Rückstellung einer Altlast für das Grundstück Geniner Ufer konnte das RPA bis zum Abschluss der Prüfung nicht klären, inwieweit es sich tatsächlich um Eigentum der HL handelte. Die Prüfung wird für den JA 2015 fortgesetzt. Das RPA erwartet künftig, dass die Höhe der gebildeten Altlastenrückstellungen anhand von Gutachten, Sanierungskonzepten, nachvollziehbaren Erfahrungswerten oder ähnlichen begründenden Unterlagen schrift-

lich dokumentiert wird. Auch die betroffenen Bereiche müssen ein Interesse an nachvollziehbaren Dokumentationen haben, um die Rückstellungen an die laufende Entwicklung anpassen zu können.

3.7.5 Rückstellungen für Verbindlichkeiten für im Haushaltsjahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist

Ab dem HH-Jahr 2014 war gemäß dem Runderlass des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten S-H vom 17.07.2015 eine neue Pflichtrückstellung zu bilden und in der Bilanz unter der Position 3.9 mit der Bezeichnung „Rückstellungen für Verbindlichkeiten für im Haushaltsjahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist“ auszuweisen. Das RPA beanstandet insofern die nicht erklärliche Abweichung der Bezeichnung in der Bilanz der HL als „Rückstellung, fehlende Rechnung“. Dies entsprach nicht den gesetzlichen Vorgaben. Eine Erläuterung fand sich im Anhang nicht. Für entsprechende Sachverhalte wurden im HH-Jahr 2014 Rückstellungen in Höhe von 1.103 TEUR gebildet. Die Rückstellungen betrafen in Höhe von 406 TEUR den Bereich Gebäudemanagement, der Rückstellungen für die Unterhaltung von Hochbauten und für sonstige Bewirtschaftungskosten gebildet hatte. Die Höhe der davon betragsmäßig größten Rückstellung (233 TEUR) wurde anhand einer detaillierten Aufstellung offener Rechnungsbeträge ermittelt. Das RPA begrüßt die detaillierte Aufstellung zum Nachweis der Rückstellungshöhe. Die zum Teil centgenauen Werte ließen jedoch den Schluss zu, dass es sich nicht um reine Prognosewerte handelte.

Vom Bereich Haushalt und Steuerung wurde hierzu bestätigt, dass die Rückstellungsbeträge den konkreten Rechnungen entnommen wurden, die bis zum Zeitpunkt der Erstellung des JA 2014 eingegangen waren. Für das RPA ist der Ausweis als Rückstellung somit nicht zulässig, da Rückstellungen lediglich für die Lieferungen und Leistungen zu bilden sind, für die bis zur Erstellung des JA keine Rechnungen vorliegen. Richtigerweise hätte der Ausweis unter den Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen erfolgen müssen. Vom Bereich Familienhilfen / Jugendamt wurden Rückstellungen für Verbindlichkeiten für im HH-Jahr 2014 empfangene Lieferungen und Leistungen von 327 TEUR gebildet. Die Rückstellungen waren im Wesentlichen für Kostenerstattungen an Kommunen als Träger der öffentlichen Jugendhilfe für Leistungen im Rahmen der Jugendhilfe bestimmt. Die Höhe der betragsmäßig größten Rückstellung (300 TEUR) basiert dabei auf einer Schätzung entsprechend den im Bereich gesammelten Erfahrungen. Eine schriftliche Dokumentation zu diesen Erfahrungswerten bzw. für die Berechnung der Rückstellung war nicht vorhanden. Auskunftsgemäß wird der Bereich zukünftig versuchen, die Kostenerstattungsfälle so konkret wie möglich zu erfassen, um dadurch die Rückstellungen schriftlich und nachvollziehbar zu dokumentieren. Mit den Prüfungen der folgenden JA wird das RPA entsprechende Prüfungshandlungen vornehmen. Das Berufsvorbereitungs- und Ausbildungszentrum Lübeck Innenstadt / Jugendaufbauwerk (BALI / JAW) wurde im Jahr 2014 aufgelöst. Zum Bilanzstichtag 31.12.2014 bestanden Rückstellungen für Verbindlichkeiten aus HH-Jahren 2012 (87 TEUR)

und 2013 (60 TEUR) für empfangene Lieferungen und Leistungen, für die bislang keine Rechnungen vorliegen. Begründende Unterlagen für die Bildung und die Höhe der Rückstellungen, in Form von Verträgen oder ähnlichem, lagen nicht vor. Für das HH-Jahr 2014 wurden laut dem Bereich Haushalt und Steuerung keine weiteren Rechnungen erwartet. Die ausstehenden Rechnungen für die Jahre 2012 und 2013 sind im HH-Jahr 2014 nicht eingegangen. Bei den Rückstellungen handelte es sich nicht um eine aufwandswirksame Buchung für das HH-Jahr 2014, sondern um eine Umgliederung von den sonstigen Rückstellungen.

3.7.6 Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen (16.997 TEUR) setzten sich zum Bilanzstichtag 31.12.2014 im Wesentlichen wie folgt zusammen:

Tabelle 27: Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Sonstige ungewisse Verbindlichkeiten	10.396	11.989	-1.593	-13
Erbbauzinsrückzahlungen	3.879	2.214	1.665	75
Verlustausgleichverpflichtungen	1.968	10	1.958	19580
Bauerneuerung	227	227	0	0
Summe	**16.470**	**14.440**	**2.030**	**14**

Die Rückstellungen für Erbbauzinsrückzahlungen wurden vom Bereich Wirtschaft und Liegenschaften gebildet. Dem RPA lag eine umfassende Liste über die zu erstattenden Erbbauzinsen für die Jahre 2009 bis 2014 vor. Das Urteil, aus dem sich die zu erstattenden Erbbauzinsen ergeben wurde vom RPA angefordert, konnte jedoch bis zum Abschluss der Prüfung nicht vorgelegt werden. Zwischen der ursprünglichen Beschlussvorlage für die Bürgerschaft (2,9 Mio. EUR) und der gebildeten Rückstellung (3,9 Mio. EUR) ergab sich eine Abweichung in Höhe von 1,0 Mio. EUR. Eine Anfrage zu diesen abweichenden Werten konnte vom Bereich bis zum Abschluss der Prüfung nicht beantwortet werden. Das Thema wird mit der Prüfung des JA 2015 vom RPA weiterverfolgt. Die Rückstellungen für drohende Verlustausgleichsverpflichtungen betraf mit 1.874 TEUR im Wesentlichen die SIE für das Jahr 2014. Gemäß dem Beteiligungsbericht 2016 der HL wurde für SIE ein Verlust 2014 in Höhe von 1.791 TEUR ausgewiesen. Der Beteiligungsbericht lag bereits im Dezember 2015 vor. Die Höhe der Rückstellung für den Verlustausgleich 2014 hätte somit zeitlich gesehen bei der Erstellung des JA 2014 im Jahr 2016 der HL entsprechend den vorliegenden Kenntnissen angepasst werden können und müssen. Die Rückstellung 2014 wurde stattdessen um 83 TEUR zu hoch gebildet und das Jahresergebnis 2014 in dieser Höhe folglich mit entsprechendem Aufwand unnötig belastet. Die Rückstellung für den Verlustausgleich der Schwimmbäder in Höhe von 95 TEUR war der Höhe nach für das RPA nachvollziehbar. Der erstellte JA 2014 der Schwimmbäder lag vor. Im Anhang 2014 wurde zu den Bauerneue-

rungsrückstellungen ausgeführt, dass diese seit dem 31.12.2009 nach HGB nicht mehr zulässig sind. Sofern von Geschäftsbesorgern im Rahmen der Jahresabrechnungen Bauerneuerungsrückstellungen ausgewiesen wurden, sind diese der Vollständigkeit halber auch auf Seiten der HL gebucht worden. In einem zweiten Schritt wurden sie jedoch auf einem separaten Konto wieder aufgelöst. Diese Erläuterungen waren für das RPA nicht nachvollziehbar bzw. unvollständig. Für den Bilanzleser war nicht transparent, dass zum Bilanzstichtag 31.12.2014 tatsächlich Rückstellungen in Höhe von 227 TEUR bilanziert wurden. Ein Hinweis auf diese bestehenden und weitergeführten Altbestände fehlte.

Die Rückstellungen für sonstige ungewisse Verbindlichkeiten umfassten insbesondere:

Tabelle 28: Rückstellungen für sonstige ungewisse Verbindlichkeiten

Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Arbeitnehmersicherung LHG	5.100	5.100	0	0
Straßenbaulastträgerpauschale	3.440	3.440	0	0
Mieterentschädigung Herreninsel	534	534	0	0
Niederschlagswassergebühren	394	432	-38	-9
Korrektur Grunderwerbsteuer	245	245	0	0
Zweckentfremdungszinsen	242	387	-145	-37
Erschließungskosten	200	1.462	-1.262	-86
Summe	**10.155**	**11.600**	**-1.445**	**-12**

Die höchste Rückstellung für sonstige ungewisse Verbindlichkeiten wurde von der Bürgerschaft mit 5,1 Mio. EUR für die Arbeitnehmersicherung der Beschäftigten der LHG und des HBV beschlossen. Die Arbeitnehmersicherung hat eine Gültigkeitsdauer bis zum 31.12.2024. Bemerkungen dazu haben sich nicht ergeben. Unter den Rückstellungen für sonstige ungewisse Verbindlichkeiten wurden daneben zwei Rückstellungen für die Straßenbaulast ausgewiesen. Trägerin der Straßenbaulast ist die HL, sie lässt aber die Niederschlagsentwässerung durch die Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) wahrnehmen. Die Umsetzung wurde für die Jahre 2008 bis 2011 mit einer schriftlichen Zahlungsvereinbarung geregelt. Die Rückstellungen 2014 betrafen diesbezüglich in Höhe von 1.100 TEUR die Restzahlung für das Jahr 2012 sowie in Höhe von 2.340 TEUR die restlichen Zahlungen für das Jahr 2011. Die o. g. Vereinbarung zwischen der HL und den EBL ist am 04.12.2012 geschlossen worden, sodass zum Zeitpunkt der Bildung der Rückstellungen für das HH-Jahr 2014 der Zahlungsgrund, die Höhe des Betrages und der Fälligkeitstermin für die Restzahlung 2011 feststanden. Es lagen folglich keine sonstigen ungewissen Verbindlichkeiten vor, für die Rückstellungen zu bilden gewesen wären, sondern vielmehr konkrete Verbindlichkeiten. Es handelte sich somit im JA 2014 um einen Ausweisfehler in Höhe von 2.340 TEUR für das Jahr 2011, der im Grunde seit dem JA 2012 mit Unterzeichnung der Vereinbarung bestand.

Die Zahlung der Straßenbaulastträgerpauschale für das Jahr 2012 wurde von den EBL mit Schreiben vom 07.08.2013 vorläufig auf 2.200 TEUR festgesetzt. Gemäß dem Schreiben er-

folgte im HH-Jahr 2014 durch die HL die Zahlung der ersten Rate in Höhe von 1.100 TEUR. Der Ausweis als Rückstellung war grundsätzlich unkritisch, jedoch wurde festgestellt, dass der Gesamtbetrag von 2.200 TEUR zum 01.01.2014 in Höhe von 1.100 TEUR als Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten sowie in Höhe von 1.100 TEUR als Verbindlichkeit aus Lieferung und Leistung bilanziert war. Diese uneinheitliche Vorgehensweise war dem RPA nicht erklärlich. Des Weiteren konnte durch das RPA bis zum Abschluss der Prüfung nicht ermittelt werden, ob es entsprechend dem Schreiben vom 07.08.2013 zu der vorgesehenen endgültigen Festsetzung der Pauschale 2012 gekommen ist. Bezüglich der Straßenbaulastträgerpauschalen für die HH-Jahre 2013 und 2014 sei auf Punkt 3.8.4 verwiesen. Die Rückstellungen für Erschließungskosten wurden in Höhe von 1.261 TEUR im HH-Jahr 2014 verbraucht. Der Verbrauch ließ sich anhand der von der KWL GmbH erstellten Rechnungen nachvollziehen.

3.8 Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten gilt der Bewertungsgrundsatz gemäß § 41 Abs. 6 GemHVO-Doppik, dass diese mit ihrem Rückzahlungsbetrag zu bilanzieren sind. Es ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass Verbindlichkeiten nicht mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt wurden. Die Bilanz 2014 wies Verbindlichkeiten von insgesamt 847,1 Mio. EUR aus (VJ 869,4 Mio. EUR). Die Verbindlichkeiten gingen um 22,3 Mio. EUR zurück. Das entsprach einem prozentualen Rückgang von 3 %. Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen (65 %) und die Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten (27 %) hatten mit zusammen 92 % den größten Anteil an den Verbindlichkeiten. Sonstige Verbindlichkeiten umfassten 6 % und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 2 %. Auf die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen und die Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, entfielen zusammen 0,2 %.

3.8.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

Nach § 95g Abs. 1 GO dürfen Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie zur Umschuldung aufgenommen werden. Die Ermächtigung zur Aufnahme von neuen Investitionskrediten wurde in der Haushaltssatzung 2014 auf 33,3 Mio. EUR festgesetzt. Die Netto-Kreditaufnahme ohne Umschuldungen lag im HH-Jahr 2014 bei 9,5 Mio. EUR, die Festsetzung wurde somit eingehalten. Die HL nahm im Jahr 2014 keine Investitionskredite von verbundenen Unternehmen, Beteiligungsunternehmen oder Sondervermögen auf. Die Gesamtverbindlichkeit aus Krediten für Investitionen betrug im HH-Jahr 2014 550,9 Mio. EUR (VJ 538,0 Mio. EUR). Diese Kreditverbindlichkeiten setzten sich aus den Verbindlichkeiten vom öffentlichen Bereich von 83,1 Mio. EUR (VJ 80,9 Mio. EUR) und den Verbindlichkeiten vom privaten Kreditmarkt von 467,8 Mio. EUR (VJ 457,1 Mio. EUR) zusammen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden anhand von Saldenbestätigungen der Banken verifiziert. Darlehensverträge sowie Zins- und Tilgungsleistungen wurden stichprobenweise geprüft. Anmerkungen ergaben sich nicht. Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen haben sich insgesamt um 12,9 Mio. EUR erhöht. Die Verän-

derung resultierte aus der Aufnahme neuer Investitionskredite über 9,8 Mio. EUR sowie der Aufnahme eines Darlehens als Ablösekredit für Kassenkredite in Höhe von 35,0 Mio. EUR in Verbindung mit der planmäßigen Tilgung von Krediten in Höhe von 31,9 Mio. EUR. Die Ablösekredite für Kassenkredite hatten zum Bilanzstichtag 2014 ein Gesamtvolumen von 165,0 Mio. EUR erreicht (VJ 130,0 Mio. EUR). Der Gesetzgeber ermöglichte mit dem Landesgesetz zur Konsolidierung kommunaler Haushalte den Kommunen unter bestimmten Voraussetzungen, Kassenkredite durch die Umwandlung in ordentliche Kredite abzulösen. Als eine der Voraussetzungen wird in der Begründung zum Entwurf des Landesgesetzes zur Konsolidierung kommunaler Haushalte[1] sowie im Haushaltserlass 2012[2] die Vereinbarung von entsprechenden Tilgungen genannt.

Demzufolge hätten nach Ansicht des RPA durch die HL entsprechend hohe, jährliche Tilgungen während der Laufzeit vereinbart und geleistet werden müssen, wie dies bei ordentlichen Krediten der Fall ist. Die Ablösekredite wurden jedoch mit einer endfälligen Tilgung vereinbart. Die aufgenommenen Kredite entsprachen in dieser Ausgestaltung weiterhin Kassenkrediten, jedoch mit einer unzulässig langen Laufzeit. Die Kreditaufnahme allein zur Sicherung der niedrigen Zinsen, ohne die parallel zu erbringende Gegenleistung, erfüllte nach Auffassung des RPA nicht die gesetzlichen Vorgaben. Die Ablösekredite hätten als Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten ausgewiesen werden müssen. Bei den Verbindlichkeiten aus investiven Krediten ergaben sich Abweichungen zwischen der Bilanz 2014 und der Finanzrechnung 2014. Die Bilanz wies eine Änderung zum VJ in Höhe von 12,9 Mio. EUR aus. Die in der Finanzrechnung korrespondierend ausgewiesenen Einzahlungen (44,7 Mio. EUR) und Auszahlungen (-32,6 Mio. EUR) ergeben für das HH-Jahr 2014 stattdessen einen Saldo von 12,1 Mio. EUR. Die Abweichung betrug 781 TEUR. Ursächlich für diese Differenz waren drei Sachverhalte. Von einem Sondervermögen wurde im HH-Jahr 2011 ein Kassenkredit zur Verfügung gestellt, dessen Saldo per 01.01.2014 2,8 Mio. EUR betrug. Drei Tilgungszahlungen über insgesamt 700 TEUR wurden im HH-Jahr 2014 vorgenommen. Diese Auszahlungen wurden in der Finanzrechnung fälschlicherweise bei den Tilgungen von Krediten für Investitionen ausgewiesen. Daneben wies der Bilanzposten für die investiven Kredite Verbindlichkeiten von 114 TEUR aus, deren Erfüllung erst im Januar 2015 erfolgte. Die entsprechenden Auszahlungen wurden in der Finanzrechnung 2015 gezeigt.

Der dritte Sachverhalt beruhte auf einem Zuwendungsbescheid aus dem Jahr 2002 mit dem Land S-H, wonach für einen Kredit, der von der HL aufgenommen wurde, das Land S-H die Leistungen der Tilgungen und Zinsen übernahm. Im Bewilligungsbescheid war die Abwicklung als Aufrechnung vorgegeben. Das Land S-H zahlte die Tilgungen und Zinsen direkt an den Kreditgeber. Die entsprechende Buchung über 33 TEUR erfolgte daher im Rechnungswesen der HL lediglich bilanziell, ohne Berücksichtigung der Finanzrechnung. Gemäß § 23 Ziffer 3 der gültigen Dienstanweisung waren jedoch bei Aufrechnungen und Verrechnungen entsprechende Ein- und Auszahlungen zu buchen und in der Finanzrechnung auszuweisen.

1 Parlamentsdrucksache 17/1868 vom 20.09.2011.

2 Aufstellung der Haushaltspläne der Kommunen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltserlass 2012) vom 21.09.2011.

3.8.2 Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten

Als Prüfungsnachweis zur Vollständigkeit und Existenz der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Bankbestätigungen von den Kreditinstituten angefordert. Bis zum Prüfungsende lagen für alle Bestätigungen vor. Die Prüfung der eingegangenen Bankbestätigungen ergab keine Auffälligkeiten. Hinsichtlich des Ausweises der Verbindlichkeiten wurde festgestellt, dass nicht sämtliche Sachverhalte korrekt unter der Bilanzposition Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten bilanziert wurden. Die HL hat von den Sonder- und Treuhandvermögen, dem Kurbetrieb Travemünde, den SIE und den Stiftungen, zum Stichtag 31.12.2014 Kassenkredite in Höhe von 18.783 TEUR (VJ 17.793 TEUR) aufgenommen. Diese wurden fälschlicherweise unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten wurde im Anhang 2014 nicht erläutert. Es wurde diesbezüglich auf den Lagebericht 2014 verwiesen. Die dortigen Erklärungen hielt das RPA grundsätzlich für ausreichend, ist jedoch der Ansicht, dass diese Erläuterungen nicht im Lagebericht, sondern im Anhang vorzunehmen sind.

3.8.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Bei den Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen wies die Schlussbilanz einen Saldo von 400 TEUR aus (VJ 443 TEUR). Bilanziert wurden Verbindlichkeiten aus Leibrentenverpflichtungen aufgrund eines Grundstückskaufvertrages aus dem Jahr 1991. Parallel wurde eine Rückstellung für die nicht realisierte Erhöhung der Leibrentenverpflichtung geführt, die sich nach der Entwicklung des zu Grunde zu legenden Verbraucherpreisindexes seit der letzten Anpassung bemisst. Gemäß dieser Wertsicherungsklausel des Kaufvertrages wurde im JA 2014 die Rückstellung geringfügig erhöht. Das RPA vertritt den Standpunkt, dass die Leibrentenverpflichtungen einheitlich insgesamt als Rückstellungen oder Verbindlichkeiten zu bilanzieren sind.

3.8.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beliefen sich zum Stichtag auf 13,6 Mio. EUR (VJ 38,2 Mio. EUR). Der Rückgang betrug somit 64 %. Gegenüber dem Bilanzstichtag 31.12.2.2013 existierten wesentlich weniger Verbindlichkeiten aus baulichen Investitionen zum 31.12.2014. Als Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber den SIE wurden in der Schlussbilanz Verbindlichkeiten in Höhe von 0 TEUR ausgewiesen. Im VJ betrugen die Verbindlichkeiten 3,3 Mio. EUR und betrafen Verlustabdeckungen für die Jahre 2012 und 2013. Die entsprechenden Zahlungen von der HL an die SIE erfolgten im HH-Jahr 2014. Für die Verlustausgleichsverpflichtung bezüglich des Jahres 2014 wurde bei der HL im JA 2014 hingegen eine Rückstellung gebildet (1,8 Mio. EUR). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber den Beteiligungen beliefen sich im HH-Jahr 2014 auf 2,6 Mio. EUR, mithin haben sie sich gegenüber dem Vorjahreswert von 6,0 Mio. EUR mehr als halbiert (-57 %). Im VJ waren erheblich höhere Verbindlichkeiten für

die Lieferung von Strom, Gas und Wasser vorhanden. Für Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Eigenbetrieben betrug der Saldo 600 TEUR (VJ 7,6 Mio. EUR). Ursächlich für den hohen Bestand des VJ waren im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber den EBL im Zusammenhang mit Straßenbaulastträgerpauschalen. Wie unter Punkt 3.7.6 erwähnt, wurde im Dezember 2012 zwischen der HL als Straßenbaulastträger und den EBL eine Zahlungsvereinbarung für die Jahre 2008 bis 2011 getroffen. Dieser Vereinbarung lag eine geänderte Rechtsprechung zu Grunde, die zu einer grundsätzlichen, erheblichen Kostenverschiebung zu Lasten der HL führte. Durch die neue Rechtsprechung waren rückwirkend auch Neuberechnungen der Straßenbaulastträgerpauschale für Leistungen der Jahre 2012 und 2013 notwendig. Die Verbindlichkeiten aus Straßenbaulastträgerpauschalen gegenüber den EBL per 31.12.2013 betrafen in Höhe von 3.495 TEUR das Jahr 2013, in Höhe von 1.100 TEUR das Jahr 2012 sowie in Höhe von 1.936 TEUR das Jahr 2010. Die jeweiligen Auszahlungen für diese Jahre erfolgten im Verlauf des Jahres 2014 und sind korrekt in der Finanzrechnung als sonstige Auszahlungen enthalten.

Die Prüfung ergab, dass im HH-Jahr 2014 insgesamt 6.990 TEUR nach Eingang der vorläufigen Rechnung 2014 zum Zeitpunkt der tatsächlichen Auszahlung in der Buchhaltung berücksichtigt wurden. Der entsprechende Aufwand war in der Ergebnisrechnung 2014 unter den sonstigen ordentlichen Aufwendungen gebucht (vgl. Punkt 4.10). Laut den entsprechenden Schreiben handelte es sich bei den Rechnungen für die Straßenbaulastträgerpauschalen jeweils um vorläufige Berechnungen, für die nach Vorliegen der entsprechenden Betriebsergebnisse und Größenangeben eine endgültige Festsetzung erfolgen sollte. Die Rechnung für das HH-Jahr 2014 lag dem RPA nicht zur Prüfung vor. Für das RPA war bis zum Abschluss der Prüfung nicht nachvollziehbar, ob die endgültigen Festsetzungen vorgenommen wurden.

3.8.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen wurden in Höhe von 939 TEUR ausgewiesen (VJ 2,5 Mio. EUR). Der Rückgang lag somit bei 63 %. Der Saldo von 0,9 Mio. EUR ergab sich rechnerisch aus einem Forderungsbestand in Höhe von 4.051 TEUR (VJ 9.342 TEUR) sowie dem Ausweis von debitorischen Kreditoren in Höhe von -4.990 TEUR (VJ -11.845 TEUR). Bei den als debitorische Kreditoren ausgewiesenen Sachverhalten in Höhe von -4.990 TEUR handelte es sich inhaltlich im Wesentlichen um mehrere Auszahlungen im Dezember 2014 für den Januar 2015. In Höhe von -4.952 Mio. EUR wurden Auszahlungen u. a. für Transferleistungen in den Bereichen SGB XII, Wohngeld sowie Jugendhilfeleistungen im Voraus vorgenommen. Diese Vorgänge stellten weder Verbindlichkeiten noch debitorische Kreditoren dar, sondern ARAP. Der Ausweis der -4.952 TEUR erfolgte jedoch fälschlicherweise unter den sonstigen Vermögensgegenständen und führte dadurch zum Bilanzstichtag 2014 zu einer verzerrten Darstellung in der Bilanz.

3.8.6 Sonstige Verbindlichkeiten

Die Bilanz wies sonstige Verbindlichkeiten von 51,5 Mio. EUR aus (VJ 50,3 Mio. EUR). Unter diesem Bilanzposten wurden die von den Sondervermögen und Treuhandvermögen erhaltenen Termingelder von zusammen 18,8 Mio. EUR gezeigt. Da diese Mittel zur Liquiditätssicherung eingesetzt wurden, hätten die daraus resultierenden Verbindlichkeiten als Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten bilanziert werden müssen. Aufgrund von Vorgängen, bei denen die ausstehenden Rechnungen im Zeitraum zwischen dem Stichtag 31.12.2014 und der Erstellung des JA 2014 eingegangen waren, wurden sonstige Verbindlichkeiten von zusammengefasst 7,7 Mio. EUR ausgewiesen (VJ 1,4 Mio. EUR). Die Stichprobe für eine Gesamtverbindlichkeit von 2,7 Mio. EUR zur Prüfung der Höhe der Verbindlichkeiten ergab keine Bemerkungen. Für ein Städtebauförderungsprogramm waren Verbindlichkeiten über 7,2 Mio. EUR (VJ 5,9 Mio. EUR) ausgewiesen. Die Fördermittel waren abgerufen worden, ein Treuhändervertrag allerdings auch im Jahr 2014 nicht vereinbart, sodass die Mittel noch nicht an den vorgesehenen Sanierungsträger weitergeleitet werden konnten.

Bilanziert wurden darüber hinaus Verbindlichkeiten von 1,7 Mio. EUR (VJ 2,4 Mio. EUR) aufgrund einer Abtretungsverpflichtung. Die HL hatte sich verpflichtet, Grundstücksverkaufserlöse eines festgelegten Grundstückskontingents an eine städtische Gesellschaft abzutreten. Als Verbindlichkeit wurden die Buchwerte der noch nicht veräußerten Grundstücke des Kontingents ausgewiesen. Diese Verbindlichkeiten waren kein Prüfungsschwerpunkt 2014. Des Weiteren wurden in Höhe von 2,6 Mio. EUR Verbindlichkeiten aus durchlaufenden Geldern für Unterhaltsvorschüsse (VJ 2,5 Mio. EUR), Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer in Höhe von 1,3 Mio. EUR (VJ 1,7 Mio. EUR) sowie Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen für die investiven Kredite und die Kassenkredite in Höhe von 697 TEUR (VJ 796 TEUR) bilanziert. Diese Verbindlichkeiten wurden für das HH-Jahr keiner detaillierteren Prüfung unterzogen. Die HL hatte mit städtischen Beteiligungen mehrere Geschäftsbesorgungen vereinbart. Ein Geschäftsbesorgungsvertrag ist ein entgeltlicher Dienst- oder Werkvertrag, durch den sich der Geschäftsbesorger zur Besorgung eines Geschäfts für einen anderen verpflichtet. Die aus diesen Verträgen resultierenden sonstigen Verbindlichkeiten betrugen 708 TEUR (VJ 1,1 Mio. EUR). Diese Verbindlichkeiten wurden nicht geprüft.

Gemäß der Anhangsangabe 2014 wurden für die sonstigen Verbindlichkeiten im HH-Jahr 2014 EB-Korrekturen in Höhe von 112 TEUR vorgenommen. Inhaltlich betrafen die Korrekturen die Nacherfassung von Beständen auf Schulbankkonten (vgl. Punkt 3.3.3). Auskunftsgemäß wurden für diese Bankbestände entsprechend dem Vorsichtsprinzip parallel sonstige Verbindlichkeiten gebildet, weil es sich bei den eingezahlten Mitteln wahrscheinlich sämtlich um durchlaufende Gelder handelte. Das RPA beanstandet, dass die EB-Korrektur bzw. die Einbuchung des Bestandes per 31.12.2013, in der Finanzrechnung als Einzahlung abgebildet wurde. Diese Vorgehensweise ist aus Sicht des RPA nicht zulässig, da in der Finanzrechnung 2014 ausschließlich die Ein- und Auszahlungen auszuweisen sind, die tatsächlich im HH-Jahr 2014 angefallen waren. Die Begründung, dass es sich um durchlaufende Gelder handelte, war für das RPA nicht plausibel. So ergab eine stichprobenhafte Analyse der Ein- und Auszahlungen 2014 eine Reihe von Anhaltspunkten, dass es sich nur teilweise um fremde Finanzmittel handelte, an denen die HL kein wirtschaftliches Eigentum hat. Statt

sich grundsätzlich auf das Vorsichtsprinzip zu berufen und sämtliche Mittel zu passivieren, hätten nach Ansicht des RPA durch die Verwaltung die Fragen des wirtschaftlichen Eigentums der Mittel und der etwaigen Rückzahlungspflichten konkret aufgeklärt werden müssen. Zum Stichtag 31.12.2014 bestanden die Verbindlichkeiten in Höhe von 96 TEUR.

3.8.7 Ergebnis- und Finanzrechnung

Die mit den Verbindlichkeiten verbundenen Buchungen in der Ergebnis- und Finanzrechnung wurden stichprobenweise geprüft. Ausgenommen dem Ausweis der Rückzahlung von Kassenkrediten haben sich keine Auffälligkeiten ergeben. Das RPA beanstandet weiterhin, dass die Einzahlungen, denen keine Forderungen zugeordnet werden konnten, unterjährig ausschließlich bilanziell als Verbindlichkeiten ausgewiesen wurden. Die entsprechende Buchung der Finanzrechnungskonten erfolgte lediglich zum JA. Dieses Vorgehen entsprach nicht den haushaltsrechtlichen Regelungen. Seit April 2016 lag eine Bestätigung der Kommunalaufsicht vor, dass die Finanzrechnungskonten bereits unterjährig zu buchen sind. Der Sachverhalt wurde zwischenzeitlich bereits im Kassenprüfungsbericht 2016 entsprechend thematisiert. Die unterjährige Vorgehensweise entspricht folglich nicht den Vorgaben der GemHVO-Doppik. Die in der Finanzrechnung abgebildeten Werte werden für das HH-Jahr 2014 der Höhe nach korrekt dargestellt.

3.8.8 Anhangsangaben

Der gesetzlich geforderte Verbindlichkeitenspiegel war als Anlage zum Anhang 2014 enthalten. Zusätzlich gab es eine zusammenfassende Darstellung der Verbindlichkeiten im Anhang selbst. Sowohl im Verbindlichkeitenspiegel als auch in der Zusammenfassung wurden die Verbindlichkeitssalden 2014 entsprechend der Bilanz zum 31.12.2014 korrekt ausgewiesen. Den im Verbindlichkeitenspiegel aufgeführten Restlaufzeiten für die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen lag eine Kreditübersicht zur Grunde, die mit der für die Kreditverwaltung eingesetzten Fachsoftware erstellt und dem RPA im Rahmen der Prüfung vorgelegt wurde. Es ergaben sich diverse Abweichungen, sodass die im Anhang genannten Restlaufzeiten für das RPA nicht nachvollziehbar waren. Im Verbindlichkeitenspiegel wurde entsprechend dem verbindlichen Muster nachrichtlich für Schulden aus Vorgängen, die wirtschaftlich einer Kreditaufnahme gleichkommen, aber nicht in der entsprechenden Bilanzposition 4.4 enthalten sind, ein Betrag von 53 TEUR angegeben. Es handelte sich inhaltlich um Leasing von Kraftfahrzeugen, bei denen ein Erwerb der Fahrzeuge nicht - auch nicht optional - vorgesehen war. Die Verpflichtungen aus diesen Leasingverträgen stellten aus Sicht des RPA keine Schulden aus Vorgängen dar, die wirtschaftlich einer Kreditaufnahme gleichkommen, und hätten daher an dieser Stelle nicht ausgewiesen werden dürfen. Die im Anhang getätigten Angaben zu diesen Leasingverträgen waren unter der Überschrift Verpflichtungen aus kreditähnlichen Geschäften ebenfalls gliederungstechnisch unzutreffend.

Für das RPA handelt es sich bei den 53 TEUR inhaltlich um die im HGB vorgesehene Angabe der nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäfte (§ 285 Nr. 3 HGB). Die Angabe war für das RPA grundsätzlich nachvollziehbar, die 53 TEUR stellten jedoch der Höhe nach keine erheblichen finanziellen Verpflichtungen für die HL dar. Die gewählte Überschrift im Anhang war für diesen Sachverhalt nicht sachgerecht. Die Verweise im Anhang bei den Verbindlichkeiten aus den Krediten für Investitionen auf die Finanzrechnung 2014 sowie bei den Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten auf den Lagebericht 2014 waren nicht zweckmäßig. Die Erläuterungen der Verbindlichkeiten sind nach § 51 Abs. 1 GemHVO Bestandteil des Anhangs. Nach Auffassung des RPA waren insbesondere die Angaben und Erläuterungen im Anhang zu den erheblichen Rückgängen bei den Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung sowie den Verbindlichkeiten aus Transferleistungen nicht ausreichend. Für den Bilanzleser wurde u. a. nicht transparent dargestellt, weshalb es zu den wesentlichen Veränderungen im Vergleich im VJ kam. Die Angaben im Anhang zu derivativen Finanzinstrumenten waren zutreffend und ausreichend.

3.9 Passive Rechnungsabgrenzung

Gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO-Doppik sind vor dem Abschlussstichtag eingegangene Einzahlungen, soweit sie einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, als passive Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP) anzusetzen.

3.9.1 Wertgrenze

In seinen jährlichen Jahresabschlussrundschreiben an die Bereiche teilt der Bereich Haushalt und Steuerung zur Erfassung von Rechnungsabgrenzungsposten (RAP) mit, dass, sofern eine Leistung für zwei HH-Jahre berechnet werde, der Teil für das nächste Jahr als passiver RAP abzugrenzen sei, wenn der abzugrenzende Betrag summarisch 5 TEUR übersteigt. Das RPA beanstandet diese Vorgehensweise. Eine Wertgrenze zur Bildung von RAP ist in § 49 GemHVO-Doppik nicht vorgesehen. Die Regelung, für Beträge unter 5 TEUR keine RAP zu bilden, entsprach somit nicht dem geltenden Haushaltsrecht. Die Erläuterung im Anhang, dass nur Einzelfälle über 5 TEUR abgegrenzt wurden, heilte diesen Fehler nicht. Bei der Prüfung wurde zudem festgestellt, dass ungeachtet der vom Bereich Haushalt und Steuerung vorgegebenen Wertgrenze dennoch von den Bereichen auch RAP unterhalb der Wertgrenze gebildet wurden. Diese unterschiedliche Handhabung der Wertgrenze führte so einerseits zu einer unvollständigen und andererseits zu einer uneinheitlichen Bildung von PRAP im JA 2014. Das RPA stellte des Weiteren fest, dass das Meldeformular zur Bildung von RAP keine Begründung vorsieht, warum eine Abgrenzung erfolgen muss. Auch aus den beizufügenden begründenden Buchungsunterlagen ist i. d. R. nicht erkennbar, warum die Einzahlungen erst nach dem Bilanzstichtag Ertrag darstellen. Eine kurze Begründung im Meldebogen wäre aus Sicht des RPA zweckmäßig. Die wesentlichen Beträge entfielen mit 20,8 Mio. EUR auf die PRAP für Grabnutzungs-entgelte sowie in Höhe von 2,9 Mio. EUR auf die PRAP für übrige Verbindlichkeiten.

3.9.2 PRAP für Grabnutzungsentgelte

In der Bilanz 2014 wurden 20,8 Mio. EUR als PRAP ausgewiesen. Der Geschäftsprozess zu den Grabnutzungsentgelten wurde mit dem JA 2011 geprüft, Beanstandungen ergaben sich damals nicht. Die Prüfung der zu den Grabnutzungs-entgelten gebildeten PRAP hat keine Hinweise auf fehlerhaft oder unvollständig ausgewiesene Werte ergeben. Eine Prüfung der in der Friedhofsverwaltung eingesetzten Fachsoftware ist nicht erfolgt. Die Friedhofsgebühren sind im HH-Jahr 2014 nicht verändert worden.

3.9.3 PRAP für übrige Verbindlichkeiten

Die PRAP aus übrigen Verbindlichkeiten betrafen im Wesentlichen die FB Wirtschaft und Soziales (708 TEUR) und Planen und Bauen (1.747 TEUR). Mit 1.454 TEUR waren im VJ im Fachbereich Wirtschaft und Soziales vor allem Bundesmittel für das Projekt BuT als PRAP ausgewiesen. Diese Mittel betrafen das HH-Jahr 2011. Da die HL für das Projekt BuT 2014 vom Bund nach dem SGB II 1.938 TEUR erhalten hatte, aber 2.888 TEUR benötigt wurden, sind 950 TEUR des PRAP aus den Mitteln des HH-Jahres 2011 zweckentsprechend eingesetzt worden. Die verbliebenen zweckgebundenen 503 TEUR werden für das folgende HH-Jahr 2015 bereitgehalten. Diesbezüglich beanstandet das RPA, dass nicht verbrauchte BuT-Mitteln weiterhin unter den PRAP ausgewiesen werden, obwohl es sich nicht um Einzahlungen handelte, die in Folgejahren Erträge darstellen. Korrekterweise wären diese Mittel als Sonderposten oder Verbindlichkeiten zu bilanzieren. Ab dem HH-Jahr 2015 sind laut den betroffenen Bereichen alle Restmittel des Projekts BuT in den Sonderposten gebucht worden, sodass seit diesem Zeitpunkt ein einheitliches Verfahren gewährleistet sein soll. Der PRAP für den Fachbereich Planen und Bauen betrifft mit 1.245 TEUR (VJ 1.264 TEUR) insbesondere die Abgrenzung eines Zuschusses von der DB Netz AG aus dem Jahre 2010 für die jährlich notwendige Unterhaltung von Berührungsschutzanlagen. Die Anlagen selbst wurden ebenfalls durch die DB Netz AG der HL zugewendet. Die Verwendung des Zuschusses und somit die Auflösung des PRAP wird voraussichtlich bis zum Jahr 2080 erfolgen. Die eingehende Prüfung dieses PRAP war nicht Gegenstand der Prüfung 2014. Daneben wurden 419 TEUR für in den HH-Jahren 2013 und 2014 erhobene Beiträge für Straßenentwässerungsanlagen abgegrenzt. Das RPA konnte bis zum Abschluss der Prüfung nicht aufklären, ob es sich sachlich tatsächlich um abzugrenzende Einzahlungen für das Folgejahr handelte. Diverse im HH-Jahr 2014 abgegrenzte Beträge wurden beispielsweise erst im JA 2015 in der Finanzrechnung als Einzahlungen abgebildet. Für den JA 2015 erfolgt dementsprechend eine detaillierte Prüfung dieses PRAP.

3.9.4 Vollständigkeit der PRAP

In der Finanzrechnung 2014 wurden unter den privatrechtlichen Leistungsentgelten Einzahlungen für Mieten und Pachten in Höhe von 24,9 Mio. EUR ausgewiesen. PRAP für etwaige Einzahlungen, die das HH-Jahr 2015 betreffen, wurden nicht gebildet. Die wesentlichen Einzahlungen gingen in den Bereichen Wasser und Hafen mit 14,9 Mio. EUR, Stadtgrün und

Verkehr mit 5,1 Mio. EUR und Wirtschaft und Liegenschaften mit 2,3 Mio. EUR ein. Der überwiegende Teil der Einzahlungen erfolgte monatlich oder zum Quartal, sodass die Bildung von PRAP nicht erforderlich war. Im Bereich Wirtschaft und Liegenschaften erfolgten keine Rechnungsabgrenzungen. Der Bereich hatte aber bereits zum Vorjahresabschluss zugesagt, in der laufenden Bearbeitung der Einzelfälle die Bildung von PRAP in den Fokus zu rücken und ggf. Buchungen zu korrigieren. Umfassende Änderungen sind erst im HH-Jahr 2019 zu erwarten. Das RPA kommt folglich zu dem Ergebnis, dass ein hohes Risiko besteht, dass im JA 2014 nicht alle notwendigen PRAP gebildet wurden.

4 Ergebnisrechnung

Das für die Ergebnisrechnung vorgegebene Muster zu § 45 GemHVO-Doppik nach Anlage 20 AA GemHVO-Doppik-Muster wurde nicht vollständig für die Ergebnisrechnung 2014 der HL übernommen. Grundsätzlich wird durch Abweichungen vom Muster die Verständlichkeit der Ergebnisrechnung nicht wesentlich beeinträchtigt. Das RPA beanstandet jedoch, dass die vorgesehene Bezeichnung Jahresergebnis durch das Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen ersetzt wurde. Sofern beabsichtigt ist, dem JA-Adressaten zusätzliche Informationen zu den Erträgen, Aufwendungen und dem Ergebnis aus der internen budgetrelevanten Leistungsabrechnung zu vermitteln, sollte dies nach Ansicht des RPA unterhalb der Ergebnisrechnung erfolgen, vergleichbar mit den korrekt dargestellten nachrichtlichen Angaben zu den Erträgen, Aufwendungen und dem Ergebnis aus internen, nicht budgetrelevanten Leistungen. Die Ergebnisrechnung 2014 wies Erträge von insgesamt 714.854 TEUR (VJ 686.802 TEUR) und Aufwendungen in Höhe von 715.007 TEUR (VJ 687.511 TEUR) aus. Die Erträge setzten sich vor allem aus den folgenden Positionen zusammen:

Tabelle 29: Erträge

Erträge	2014 in Mio. EUR	2013 in Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Steuern und ähnliche Abgaben	228,7	215,9	12,8	6
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	240,6	215,6	25,0	12
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	131,6	124,1	7,5	6
Sonstige ordentliche Erträge	27,9	44,7	-16,8	-38
Summe	**628,8**	**600,3**	**28,5**	**5**

Die Aufwendungen der HL beruhten demgegenüber maßgeblich auf:

Tabelle 30: Aufwendungen

Aufwendungen	2014 in Mio. EUR	2013 in Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Transferaufwendungen	291,0	275,8	15,2	5
Personal- und Versorgungs-aufwendungen	175,9	167,7	8,2	5
Sonstige ordentliche Aufwendungen	119,0	114,0	5,0	4
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	68,5	67,1	1,4	2
Bilanzielle Abschreibungen	38,7	39,8	-1,1	-3
Summe	**693,1**	**664,4**	**28,7**	**4**

4.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Sowohl im Anhang als auch im Lagebericht zum JA 2014 fanden sich Aussagen zu den Erträgen aus Steuern und allgemeinen Umlagen. Im Lagebericht 2014 wurde betragsmäßig korrekt wiedergegeben, dass sich die Erträge vornehmlich aus der Grundsteuer (36,1 Mio. EUR), Gewerbesteuer (95,7 Mio. EUR) sowie dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (65,7 Mio. EUR) und der Umsatzsteuer (11,8 Mio. EUR) zusammensetzten. Eine Analyse der Entwicklung der Erträge erfolgte jedoch nicht. Der große Zuwachs der Gewerbesteuererträge von 86,8 Mio. EUR im VJ auf 95,7 Mio. EUR im HH-Jahr 2014 wurde vom Bereich Steuern auf die anhaltend gute Konjunkturlage zurückgeführt. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer konnte durch den entsprechenden Bescheid des Innenministers nachgewiesen werden.

4.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Unter den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sind gemäß VV-Kontenrahmen Erträge aus Zuweisungen, Zuschüssen, allgemeinen Umlagen, aufgabenbezogenen Leistungsbeteiligungen sowie Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen auszuweisen. Zuwendungen bezeichnen Zuweisungen und Zuschüsse. Diese stellen Finanzhilfen zur Erfüllung von Aufgaben des Empfängers dar. Zuweisungen bilden die Übertragung finanzieller Mittel innerhalb des öffentlichen Bereichs ab. Hingegen handelt es sich bei Zuschüssen um finanzielle Übertragungen zwischen unternehmerischem oder übrigem privatem und öffentlichem Bereich. Bei den allgemeinen Umlagen handelt es sich um Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden an übergebietliche Körperschaften zur Deckung eines allgemeinen Finanzbedarfs, d. h. ohne Zweckbindung an einen bestimmten

Aufgabenbereich. Diese Zuweisungen werden i. d. R. aufgrund eines bestimmten Schlüssels geleistet.

Im JA der HL wurden für das HH-Jahr 2014 unter den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen folgende Erträge ausgewiesen:

Tabelle 31: Zuwendungen und allgemeinen Umlagen

Erträge	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Schlüsselzuweisungen	126.610	102.662	23.948	23
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	42.490	42.658	-168	0
Leistungsbeteiligungen	21.593	19.102	2.491	13
sonstigen allgemeinen Zuweisungen	20.955	17.606	3.349	19
Fehlbetragszuweisungen	17.402	20.955	-3.553	-17
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	7.848	8.390	-542	-6
Spenden für laufende Zwecke	3.758	4.211	-453	-11
Summe	**240.656**	**215.584**	**25.072**	**12**

Schlüsselzuweisungen bezeichnen allgemeine Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs von Bund oder Land an die Kommunen. Sie werden nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel in Abhängigkeit zur jeweiligen Finanzkraft der Kommune berechnet. Die Schlüsselzuweisungen enthielten im HH-Jahr 2014 in Höhe von 1.815 TEUR Sonderschlüsselzuweisungen. Die sonstigen allgemeinen Zuweisungen beinhalteten im Wesentlichen allgemeine Zuweisungen des Landes (20.657 TEUR). Diese Zuweisungen und die Schlüsselzuweisungen bildeten zusammen die mit FAG-Erlass vom 22.01.2014 geregelten Erträge der HL ab. Die Höhe der Erträge in Summe von 147.267 TEUR konnte nachvollzogen werden. Die korrespondierenden Einzahlungen sind in der Finanzrechnung unter den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen ausgewiesen. Die Schlüsselzuweisungen (124,8 Mio. EUR), Sonderschlüsselzuweisungen (1,8 Mio. EUR), Fehlbetragszuweisungen (17,4 Mio. EUR) und die allgemeinen Zuweisungen vom Land S-H (20,7 Mio. EUR) konnten durch entsprechende Belege nachgewiesen werden.

Bei den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke handelt es sich generell um einmalige oder laufende Geldleistungen, die nicht für Investitionen bestimmt sind. Sie dürfen außerdem weder Geldleistungen für Erstattungen sein noch Schuldendiensthilfen beinhalten. Diese Erträge sind unter anderen Positionen der Ergebnisrechnung zu bilanzieren. Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke betrafen im JA 2014 im Wesentlichen Landesmittel (28.782 TEUR), davon insbesondere Zuweisungen für die Kitas (11.798 TEUR), Betriebskostenzuschüsse für die Theater Lübeck gGmbH (9.928 TEUR) sowie Zuweisungen für die Finanzierung des ÖPNV mit Bussen (2.847 TEUR). Die Durchsicht der entsprechenden Buchungen führte zu keinen Beanstandungen. Die Leistungsbeteiligungen umfassten

die aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung des Bundes an den sozialen Leistungen der Kommune gemäß SGB II. Zur Prüfung der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten siehe Punkt 3.6.1 und 3.6.2.

4.3 Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Kostenerstattungen und Kostenumlagen sind einmalige oder laufende Erträge. Kostenerstattungen verstehen sich als Ersatz von personen- und sachbezogenen Aufwendungen bzw. Leistungen, die eine Stelle für eine andere Stelle erbracht hat. Der Kostenerstattung liegt ein auftragsähnliches Verhältnis zugrunde. Gemäß den Regelungen des VV-Kontenrahmens wurden unter dieser Position im JA 2014 insbesondere Kostenerstattungen des Landes (85,9 Mio. EUR), des Bundes (30,5 Mio. EUR) sowie sonstiger öffentlicher Bereiche (6,2 Mio. EUR) und von Gemeinden (4,7 Mio. EUR) ausgewiesen.

4.4 Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge sollen solche Erträge der HL ausweisen, die keiner anderen Ertragsposition zugeordnet werden können. Sie stellen dementsprechend eine Auffang- oder Sammelposition dar. Für das Jahr 2014 setzten sich die sonstigen ordentlichen Erträge von insgesamt 27.894 TEUR (VJ 44.737 TEUR) im Wesentlichen aus folgenden Positionen zusammen:

Tabelle 32: Sonstige ordentliche Erträge

Erträge	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Konzessionsabgaben	12.623	13.305	-682	-5
Erträge aus der Veräußerung von Anlagevermögen	6.519	11.204	-4.685	-42
Erträge aus Bußgeldern	4.451	4.682	-231	-5
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.101	3.062	-1.961	-64
Erträge aus der Wertberichtigungen von Forderungen	97	4.682	-4.585	-98
Erträge aus Vertragsstrafen	0	2.434	-2.434	-100
Erträge aus der Auflösung von Januarbezügen der Beamten	0	2.267	-2.267	-100
Summe	**24.791**	**41.636**	**-16.845**	**-40**

Bei den Konzessionsabgaben handelte es sich um Entgelte der Versorgungsunternehmen für die Einräumung des Rechts zur Benutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung

und den Betrieb von Leitungen, die der unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern im Gebiet der HL mit Strom, Gas und Wasser dienen. Laut Vorbericht zum Haushalt 2014 wurden für Strom, Gas und Wasser die höchstzulässigen Konzessionsabgaben erhoben. Unterjährig werden quartalsweise Abschläge auf die Abgaben an die HL vorausgezahlt und nach Abschluss des HH-Jahres erfolgt von dem Energieversorger eine Endabrechnung. Die Durchsicht der Buchungen hat keine besonderen Feststellungen zu den Konzessionsabgaben ergeben. Die Erträge aus der Veräußerung von Anlagevermögen betrafen vorrangig Grundstücke und Gebäude (6.323 TEUR). Die Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen wurden in Stichproben zu den Einzahlungen der entsprechenden Positionen der Finanzrechnung abgestimmt. Es ergaben sich keine wesentlichen Beanstandungen. Die Prüfung der zugrunde liegenden Verträge ist in Einzelfällen erfolgt. Erträge aus Bußgeldern betrafen den Bereich Verkehrsangelegenheiten. Über eine Fachsoftware werden täglich Listen erstellt, über die die Sollbestände der Bußgelder an den Bereich Buchhaltung und Finanzen übermittelt werden. Einen Abgleich zwischen den Beständen der Fachsoftware und den eingebuchten Erträgen zum Jahresende, beispielsweise in Form einer Jahresliste, gibt es auskunftsgemäß nicht. Für das RPA ist insofern fraglich, wie die Vollständigkeit der Erträge sichergestellt wird. Um Stellungnahme wird gebeten. Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen bezogen sich insbesondere auf Rückstellungen für Altlasten (597 TEUR) sowie auf die Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus Niederschlagswassergebühren (128 TEUR). Daneben wurden Auflösungen von Rückstellungen für Zweckentfremdungszinsen (216 TEUR) und Verfahrensrückstellungen (126 TEUR) gebucht. Da es sich bei diesen Rückstellungen im Vergleich zu den Pensions- und ATZ-Rückstellungen um Bilanzpositionen von untergeordneter Bedeutung handelt, wurde auf eine detailliertere Prüfung verzichtet. Das RPA beanstandet jedoch, dass im JA 2014 die Hintergründe zu den aufgelösten, d. h. nicht benötigten Rückstellungen nicht dargestellt wurden.

4.5 Finanzerträge

Die Finanzerträge beinhalteten im Jahr 2014:

Tabelle 33: Finanzerträge

Erträge	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen	220	976	-756	-77
Zinserträge sonstige öffentliche Bereiche	189	163	26	16
Zinserträge sonstige inländische Bereiche	126	90	36	40
Zinserträge verbundene Unternehmen	87	58	29	50
Zinserträge Kreditinstitute	27	33	-6	-18
Übriges	5	84	-79	-94
Summe	**654**	**1.404**	**-750**	**-53**

Bei der Prüfung der Zinserträge von Kreditinstituten kam es zu keiner Beanstandung.

4.6 Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen

Als Personalaufwendungen sind die Bruttobeträge der aktiven MitarbeiterInnen zu verstehen, d. h. die Löhne der Arbeiter, die Vergütungen der Angestellten, die Bezüge der Beamten sowie Sachbezüge. Auch die Zuführungen von Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen fallen unter die Personalaufwendungen. Die Versorgungsaufwendungen beinhalten alle Aufwendungen für Personen, die sich bereits im Ruhestand befinden und ggf. für Hinterbliebene. Hierzu zählen hauptsächlich die Versorgungsbezüge und die Beihilfen an Versorgungsempfänger.

4.6.1 Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen gehörten in der Ergebnisrechnung zu den wesentlichen Positionen der Ordentlichen Aufwendungen. Sie hatten sich von 146,2 Mio. im VJ auf 148,6 Mio. EUR im HH-Jahr 2014 erhöht. Eine Erläuterung, weshalb sich der Personalaufwand um 2,4 Mio. EUR erhöht hatte, wurde im Anhang nicht gegeben. Um die Erhöhung der Personalaufwendungen 2014 im Vergleich zu 2013 zu plausibilisieren, müssen grundsätzlich diverse Parameter herangezogen werden, u. a. die Anzahl der Vollzeitäquivalente, Tarifsteigerungen, Einmalzahlungen, Anzahl Langzeiterkrankter, Auszubildender und Anwärter, geringfügig Beschäftigter und Praktikanten sowie nicht zuletzt der Besoldungssteigerungen. Eine konkrete Analyse des Bereichs POS für die Erhöhung des Personalaufwandes lag dem RPA nicht vor. Gemäß den Angaben im Lagebericht wurden die Personalaufwendungen entsprechend den Personaldurchschnittskostenwerten inklusive notwendiger Anpassungen kalkuliert und bewirtschaftet. Darüber hinaus wurden auch im Lagebericht 2014 die Gründe für die Aufwandssteigerung 2014 nicht konkret benannt. Es wurden lediglich die Werte aus den Stellenplänen tabellarisch aufgelistet. Nicht transparent dargestellt wurde, dass die geplante Zahl der Beamten, Angestellten und Lohnempfänger hier dem tatsächlichen Ist-Aufwand der Jahre 2010 bis 2014 bzw. dem geplanten Aufwand für die Jahre 2015 bis 2017 gegenübergestellt wurde. Für das RPA war nicht erklärlich, weshalb nicht die Ist-Mitarbeiterzahl zu dem Ist-Personalaufwand ins Verhältnis gesetzt wurde.

Die Prüfung ergab, dass die Vollzeitäquivalente vom 31.12.2013 von 2.649 auf 2.671 zum 31.12.2014 gestiegen waren. Daneben fielen Tarifsteigerungen von 1,3 % im HH-Jahr 2013 bzw. von 3 % im HH-Jahr 2014 an. Der Anstieg der Personalaufwendungen war somit grundsätzlich nachvollziehbar. Im Rahmen der Abstimmung zwischen dem Vorverfahren Personalauskunfts- und Informationssystem (PAISY) und den Werten der Buchhaltung wurden Differenzen für mehrere Konten festgestellt. Der vom Bereich POS auf der Grundlage der Daten aus der PAISY ermittelten Summe in Höhe von 148.412 TEUR standen Personalaufwendungen laut Gesamtergebnisrechnung in Höhe von 148.582 TEUR gegenüber. Es ergab sich folglich eine Abweichung von 170 TEUR (1 %).

Der Bereich POS legte zur Aufklärung eine vollständige Auflistung für die Zusammensetzung der Differenz vor und begründete die Differenzen mit diversen Vorgängen. Danach resultierten die Differenzen insbesondere aus:

- Zahlungen an Dritte, die im Aufwand berücksichtigt wurden, jedoch nicht in PAISY abgebildet sind (z. B. Honorarkräfte, Feuerwehrunfallkasse, gesetzliche Unfallversicherung)
- Manuelle Buchungen durch Zuführungen und Verbräuche im Zusammenhang mit den ATZ-Rückstellungen

Die Differenzen waren somit für das RPA nachvollziehbar und nicht zu beanstanden. Das im HH-Jahr 2014 verwendete Programm PAISY wurde zum 01.01.2015 abgelöst. Daher konnten zum Prüfungszeitpunkt im Jahr 2018 aufgrund des fehlenden Zugriffs keine Stichprobenprüfungen vorgenommen werden.

4.6.2 Versorgungsaufwendungen

Die Versorgungsaufwendungen in Höhe von 27.331 TEUR (VJ 21.534 TEUR) setzten sich im HH-Jahr 2014 im Wesentlichen wie folgt zusammen:

Tabelle 34: Versorgungsaufwendungen

Aufwendungen	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Zuführung zu Pensionsrückstellungen (Versorgungsempfänger)	23.763	16.673	7.090	43
Zuführung zu Beihilferückstellungen (Versorgungsempfänger)	3.565	4.856	-1.291	-27
Summe	**27.328**	**51.529**	**5.799**	**27**

Die Versorgungsaufwendungen 2014 in Höhe stiegen damit gegenüber im VJ um 5.797 TEUR. Diese Veränderung wurde korrekt im Anhang 2014 angegeben und mit der Anpassung der Pensionsrückstellungen an das aktualisierte VAK-Gutachtens begründet. Im Lagebericht 2014 wurde zudem zutreffend die Überschreitung des Planansatzes dargestellt. Auf die Versorgungsaufwendungen wurde nach Ansicht des RPA im Anhang und Lagebericht für das HH-Jahr 2014 ausreichend eingegangen. Die Entwicklung der Höhe des Versorgungsaufwandes fließt als ein Parameter in die der VAK beauftragten Berechnung der Pensionsrückstellungen für den Haushalt des Folgejahres ein. Auffällige Buchungen wurden nicht identifiziert.

4.7 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bezeichnen Aufwendungen, die im Rahmen der gewöhnlichen Geschäfts- bzw. Verwaltungstätigkeit regelmäßig wiederkehrend anfallen und planbar sind.

Gemäß dem VV-Kontenrahmen wurden hier folgende Aufwendungen für das HH-Jahr 2014 bei der HL in Höhe von 69.057 TEUR (VJ 67.071 TEUR) ausgewiesen:

Tabelle 35: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Aufwendungen	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Bewirtschaftung von Grundstücken und baulichen Anlagen	17.690	18.691	-1.001	-5
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	15.460	14.908	552	4
Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen	11.907	10.881	1.026	9
Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	8.175	8.452	-277	-3
Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	7.452	6.797	655	10
Mieten, Pachten, Leasing	3.736	3.206	530	17
Summe	**64.420**	**62.935**	**1.485**	**2**

Prüfungsschwerpunkt 2014 waren die Unterhaltungsaufwendungen bezüglich der Grundstücke, baulichen Anlagen und des sonstigen unbeweglichen Anlagevermögens. Es wurden in Stichproben die Aufwandsbuchungen nachverfolgt und Rechnungsbelege geprüft. Es ergaben sich die folgenden wesentlichen Feststellungen. Irrtümlich wurde die Schlussrechnung für eine Anlage im Bau in Höhe von 105 TEUR als Aufwand erfasst. Im JA 2015 wurde hierzu eine entsprechende ergebniswirksame Korrekturbuchung vorgenommen. Folglich wurde das Jahresergebnis 2014 um 105 TEUR in der Ergebnisrechnung zu negativ und im Folgeabschluss 2015 um denselben Betrag zu positiv dargestellt. Eine aus Sicht des RPA erforderliche Erläuterung dieses Effektes auf das Jahresergebnis 2014 erfolgt im Anhang 2014 nicht. Für einen weiteren Sachverhalt der Instandhaltungsaufwendungen wurde festgestellt, dass versehentlich eine Anlage nicht aktiviert, sondern als Aufwand erfasst wurde. Das Jahresergebnis wurde dadurch um mindestens 98 TEUR zu negativ ausgewiesen. Auskunftsgemäß wird die entsprechende Korrektur und Darstellung im JA 2018 erfolgen. Die Aufwendungen für die Bewirtschaftung von Grundstücken und baulichen Anlagen beinhalteten vor allem Energie- und Wasserkosten (8.336 TEUR), Reinigungskosten (2.869 TEUR) und sonstige Bewirtschaftungskosten (6.214 TEUR). Die Durchsicht der gebuchten Energie- und Wasserkosten ergab keine Auffälligkeiten.

Der Anstieg der Aufwendungen für Mieten, Pachten und Leasing beruhte im Wesentlichen auf der Anmietung von neuen Objekten. Dies betraf neben der Unterbringung von Flüchtlingen (143 TEUR) vorrangig neue Mietverträge für zwei Kitas. Die Aufwendungen waren anhand der vorgelegten Mietverträge nicht vollständig nachvollziehbar. So wurde im Rahmen der Verträge für die zwei Kitas die Höhe des Mietzinses an die Zahlung von Investitionszuschüssen geknüpft. Für den Fall, dass die Zuschüsse in Höhe von 285 TEUR bzw. 380 TEUR nicht zum vertraglich geregelten Zeitpunkt von der HL gezahlt werden, wurden entsprechende Mieterhöhungen festgelegt. Die fristgemäße Zahlung der Zuschüsse war nicht erfolgt, sodass sich die monatlichen Mieten im HH-Jahr 2014 mehrfach veränderten. Bei den vereinbarten Zuschüssen handelt es sich aus Sicht des RPA um nach § 40 Abs. 7 GemHVO-Doppik abgrenzungspflichtige Sachverhalte. Entsprechende ARAP für die im HH-Jahr 2014 geleisteten Zahlungen waren für das RPA nicht erkennbar.

4.8 Bilanzielle Abschreibungen

Abschreibungen dienen dazu, den Werteverzehr bzw. -verlust des Anlagevermögens durch die betriebliche Nutzung darzustellen. Für das HH-Jahr 2014 wurden unter dieser Position in Höhe von 38.658 TEUR (VJ (39.763 TEUR) Abschreibungen für folgende Bilanzpositionen erfasst:

Tabelle 36: Bilanzielle Abschreibungen

Aufwendungen	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	37.284	38.366	-1.082	-3
Umlaufvermögen	237	423	-186	-44
Geleistete Zuwendungen/ARAP	1.137	974	163	17
Summe	**38.658**	**39.763**	**-1.105**	**-3**

Die Abschreibungen auf geleistete Zuwendungen stellen die Auflösungen der entsprechenden ARAP dar und werden korrekt gemäß dem VV-Kontenrahmen unter den bilanziellen Abschreibungen ausgewiesen. Die Abstimmung der Aufwendungen zu den Veränderungen der ARAP ergab keine wesentlichen Feststellungen. Die Abschreibungen auf das Umlaufvermögen bildeten im Wesentlichen Anpassungen der Wertberichtigungen sowie Ausbuchungen von Forderungen ab und betrafen u. a. Steuerforderungen (76 TEUR) sowie Forderungen gegen das Jobcenter aus dem Jahr 2010 (154 TEUR). Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen beinhalteten, wie im Anhang korrekt erläutert, nicht allein die Abschreibungen für das HH-Jahr 2014, sondern zusätzlich auch die Aufwendungen im Zusammenhang mit Restbuchwert-Abgängen. Für das RPA ist diese Vorgehensweise einerseits nicht aus den Vorgaben des VV-Kontenrahmens ableitbar und andererseits für die Nachvollziehbarkeit der Abschreibungen nicht sachgerecht. Im JA 2014 wurden zudem in Höhe von 36 TEUR Aufwendungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden, die in der Anlagenbuchhaltung keiner Anlage zugeordnet waren, aus-

gewiesen. Für das RPA war nicht nachvollziehbar, welchen Grundstücken oder Gebäuden die Aufwendungen zuzurechnen sind. Die Erträge bzw. Aufwendungen aus den Abgängen des Anlagevermögens sollten unter den sonstigen ordentlichen Erträgen bzw. den sonstigen ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit gezeigt werden. Unter den Abschreibungen sind nach Ansicht des RPA lediglich die Aufwendungen für die Abnutzungen und den Verschleiß der Vermögensgegenstände auszuweisen. Darüber hinaus wurde im Anhang nicht transparent dargestellt, dass die genannte Ausbuchung von Restbuchwerten in Höhe von 2,1 Mio. EUR nicht die Abgänge des Finanzanlagevermögens (353 TEUR) miteinschließt.

4.9 Transferaufwendungen

Zu den Transferleistungen zählen alle Leistungen der HL an Dritte, die ohne eine konkrete Gegenleistung, d. h. ohne konkreten Leistungsaustausch, erbracht werden. Gemäß dem VV-Kontenrahmen wurden hier folgende Aufwendungen ausgewiesen:

Tabelle 37: Transferleistungen

Aufwendungen	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Sozialtransferaufwendungen	186.320	175.977	10.343	6
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	90.218	85.630	4.588	5
Steuerbeteiligungen	14.450	14.207	243	2
Summe	**290.988**	**275.814**	**15.174**	**6**

Die Sozialtransferaufwendungen beinhalten u. a. Aufwendungen für Leistungen nach den SGB II, VIII und XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und dem Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (KJHG). Im HH-Jahr 2014 betrafen die Aufwendungen im Wesentlichen soziale Leistungen an natürliche Personen innerhalb von Einrichtungen (99.380 TEUR, VJ 96.757 TEUR), soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen (73.207 TEUR, VJ 68.292 TEUR), Leistungen nach dem AsylbLG (6.799 TEUR, VJ 4.022 TEUR) sowie weitere soziale Leistungen (5.840 TEUR, VJ 5.840 TEUR). Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke wurden hauptsächlich an übrige Bereiche (47.092 TEUR, VJ 42.619 TEUR), an Sonderrechnungen (17.383 TEUR, VJ 16.794 TEUR) sowie an verbundene Unternehmen (11.181 TEUR, VJ 12.792 TEUR) geleistet. Die Zuweisungen und Zuschüsse an die übrigen Bereiche betrafen im Wesentlichen Betriebskostenzuschüsse für Kitas nach § 25 KiTaG (31.274 TEUR), Mittel aus dem Bildungsfonds für Kitas und Schulen (4.436 TEUR) sowie Mittel zur Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege (2.726 TEUR), der Jugendarbeit und Jugendhilfe (3.229 TEUR) und der Tagespflege (856 TEUR). Zuwendungsbescheide für die Aufwendungen aus Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke waren nicht Prüfungsgegenstand 2014. Die stichprobenhafte Durchsicht der Aufwandskonten ergab keine Auffälligkeiten.

4.10 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind eine Auffangposition für alle Aufwendungen, die dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit zuzurechnen sind und unter keiner der anderen Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung erfasst werden können. Die Aufwendungen des HH-Jahres 2014 in Höhe von 118.957 TEUR (VJ 113.977 TEUR) setzten bei der HL im Wesentlichen wie folgt zusammen:

Tabelle 38: Sonstige ordentliche Aufwendungen

Aufwendungen	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen	71.991	70.726	1.265	2
Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit	28.524	28.271	253	1
Geschäftsaufwendungen	8.157	7.540	617	8
Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen	5.124	3.625	1.499	41
Summe	**113.796**	**110.162**	**3.634**	**3**

Die Aufwendungen für die aufgabenbezogenen Leistungsbeteiligungen betrafen die Grundsicherung für Arbeitssuchende für Unterkunft und Heizung, zur Eingliederung und für einmalige Leistungen (69.103 TEUR) sowie BuT-Leistungen an Arbeitssuchende (2.888 TEUR). Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit wurden insbesondere an verbundene Unternehmen (9.654 TEUR), übrige Bereiche (7.502 TEUR), Gemeinden (3.438 TEUR), den Bund (3.623 TEUR) und Sonderrechnungen (1.884 TEUR) geleistet. Die Erstattungen an verbundene Unternehmen betrafen vorrangig Aufwendungen an die EBL aus der Straßenbaulastträgerpauschale 2014 (6.990 TEUR) und für Winterdienstleistungen (506 TEUR). Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen waren darüber hinaus kein Prüfungsschwerpunkt 2014.

4.11 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Aufwendungen 2014 setzten sich wie folgt zusammen:

Tabelle 39: Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Aufwendungen	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Bund	0	353	-353	-100
Land	1	1.877	-1.876	-100
Sonderrechnungen	1.824	0	1.824	100
Darlehen	13.173	13.793	-620	-4
Kassenkredite	2.606	5.294	-2.688	-51
Ablösekredite	3.070	1.083	1.987	183
Erstattungszinsen Gewerbesteuer	1.093	517	576	111
Übriges	185	273	-88	-32
Summe	**21.952**	**23.190**	**-1.238**	**-5**

Bei der stichprobenartigen Prüfung der Zinsaufwendungen für Kassenkredite kam es zu keiner wesentlichen Beanstandungen. Bei zwei Verträgen war auffallend, dass die Verträge keine eindeutige Zinsmethode enthielten.

5 Finanzrechnung

Die ausgewiesene Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln für das HH-Jahr 2014 in der Gesamtfinanzrechnung entsprach der Gesamtsumme der gebuchten Einzahlungen und Auszahlungen in der Finanzsoftware MACH. Allerdings gaben die Werte der vorgelegten Teilfinanzrechnungen in Summe nicht vollständig die Beträge der Gesamtfinanzrechnung wieder. Folgende Ursachen wurden festgestellt:

- In der Teilfinanzrechnung für das Produkt 612001 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft wurden die Zeilen 37 bis 43 des Musters zur Finanzrechnung nicht mit ausgewiesen
- Bei den Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen kam es zu Additionsfehlern

Nach Ansicht des RPA ist insbesondere der Umstand, dass die Teilfinanzrechnungen in Summe nicht die in der Gesamtfinanzrechnung ausgewiesenen Werte ergaben, nicht akzeptabel. Entsprechende Fehler sind im Rahmen einer abschließenden Qualitätskontrolle vor Veröffentlichung und Vorlage des JA zu vermeiden bzw. zu beheben.

5.1 Einzahlungen und Auszahlungen aus Kassenkrediten

Gemäß VV-Kontenrahmen des Landes S-H sind alle Kassenkreditaufnahmen und Kassenkreditrückzahlungen über die Finanzrechnung zu buchen. Die kurzfristigen Kassenkreditaufnahmen und -tilgungen wurden im JA 2014 wie im VJ nur bilanziell gebucht. Es fehlten hierdurch Buchungen von jeweils 675.890 TEUR in der Finanzrechnung 2014. Weitere Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten wurden, wie unter Punkt 3.8.2 bzw. 3.8.6 dargestellt, falsch unter der Bilanzposition sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen (18.783 TEUR). Die korrespondierenden Einzahlungen aus der Aufnahme dieser Kredite und die Auszahlungen aus für Tilgungen dieser Kredite wurden nicht bei den korrekten Finanzrechnungspositionen gebucht. Infolgedessen war der Ausweis der Positionen für die Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten in Höhe von 145 TEUR und für die Auszahlungen aus der Tilgung für Kassenkredite in der Finanzrechnung 2014 in Höhe von 1.300 TEUR zu niedrig. Die Einzahlung der 145 TEUR wurde stattdessen unter den Einzahlungen aus Rückflüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter bzw. die 1.300 TEUR in Höhe von 700 TEUR unter der Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie in Höhe von 600 TEUR unter den Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel.

5.2 Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel - Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel

In der Finanzrechnung sind über die Position Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel sämtliche Auszahlungen zu buchen, die die Vergabe von Darlehen durch die HL betreffen. Voraussetzung ist, dass die Darlehen regelmäßig kurzfristiger Natur sind und der Anlage liquider Mittel dienen. Die Rückzahlung dieser Darlehen ist über die Position Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel zu buchen. Relevante Geschäftsvorfälle sind beispielhaft die Gewährung von Betriebsmittelkrediten an Firmen mit städtischer Beteiligung bzw. an Betriebe des Sondervermögens zur Überwindung von kurzfristigen Zahlungsschwierigkeiten. Das RPA stellte fest, dass im HH-Jahr 2014 unrichtigerweise Zahlungen in Summe von 600 TEUR (VJ 36.409 TEUR) für Kassenkredite ausgewiesen wurden. Die Betriebe der HL hatten der Kernverwaltung der HL einen Kassenkredit gewährt. Derartige Zahlungen sind unter den Finanzrechnungspositionen Aufnahme von Kassenkrediten bzw. Tilgung von Kassenkrediten darzustellen.

5.3 Sonstige Ein- und Auszahlungen

Den Angaben im Anhang 2014 zur Folge wurden in der Finanzrechnung der HL die Zahlungen auf Konten der GBV erfasst. Unter welchen Positionen diese Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung gezeigt werden, war für das RPA nicht ohne weiteres nachzuvollziehen. Auskunftsgemäß wurden je nach Art der Geschäftsbesorgung bzw. der Geschäftsvorfälle un-

terschiedliche Ein- und Auszahlungskonten angesprochen. Das RPA vertritt die Meinung, dass Zahlungen auf den Konten der GBV generell nicht in der Finanzrechnung der HL nachzuweisen sind.

6 Anhang

Der Anhang ist gemäß § 95m GO Bestandteil des JA. In ihm sind zu den Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden bekanntzugeben, sodass sachverständige Dritte diese beurteilen können. Die erforderlichen Informationen sollen dabei in einem sachlichen Zusammenhang mit der Ergebnisrechnung und der Bilanz sowie ihren Untergliederungen, aber auch mit der Finanzrechnung stehen. Im Anhang sind gleichzeitig Zusatzinformationen von der HL anzugeben, die für die Beurteilung der Ergebnisrechnung und der Bilanz sowie der Finanzrechnung eine besondere Bedeutung haben. Diese Angaben dienen einem besseren Verständnis einzelner Sachverhalte. Sie sollen dem JA-Adressaten die Interpretation erleichtern, sodass mit dem Anhang das durch den JA zu vermittelnde Bild der Vermögens- und Schuldenlage der HL klar und verständlich ergänzt wird. Dem Anhang sind gemäß § 51 Abs. 3 GemHVO-Doppik folgende Anlagen beizufügen:

- Ein Anlagenspiegel, in dem das gesamte Vermögen der HL mit seinen wertmäßigen Veränderungen aufgezeigt wird.
- Ein Forderungsspiegel, der die noch offenen Ansprüche der HL aufzeigt.
- Ein Verbindlichkeitenspiegel, durch den die noch bestehenden Verpflichtungen der HL offengelegt werden und zusätzlich die Verpflichtungen, die nicht oder noch nicht zu Ansätzen in der städtischen Bilanz geführt haben.

Die geforderten Anlagen lagen dem JA 2014 bei.

6.1 Allgemeine Hinweise

Neben der Darstellung der Fristen und des Zeitplanes für die JA der HL wurde unter den allgemeinen Hinweisen 2014 insbesondere auf die Vorgehensweise bei den EB-Korrekturen eingegangen. Dem erläuterten Verfahren, im Anlagenspiegel EB-Korrekturen für die historischen AfA-Werte bei den AfA-Werten des laufenden HH-Jahres abzubilden, kann das RPA nicht folgen. Aus Sicht des RPA führt dieses Verfahren entgegen der entsprechenden Angabe nicht dazu, dass die Jahresendwerte der Bilanz, der Ergebnisrechnung und des Anlagenspiegels übereinstimmend und immer korrekt ausgewiesen werden. Übereinstimmung war insbesondere zwischen den Werten der Bilanz und des Anlagenspiegels nicht gegeben. Für den Bilanzleser wurde darüber hinaus nicht transparent dargestellt, dass die EB-Korrekturen der historischen AHK in der Zugangs- bzw. Abgangsspalte für das laufende HH-Jahr 2014 enthalten waren. Das RPA ist der Ansicht, dass zum besseren Verständnis des Anlagenspiegels für den JA-Adressaten konkret darauf eingegangen werden sollte, für welche

Anlagenpositionen in welchen Spalten des Anlagenspiegels in welcher Höhe Veränderungen aus EB-Korrekturen vorgenommen wurden. Hinzukommend sollten bei der Erwähnung von Differenzen oder Abweichungen diese der Höhe nach beziffert werden.

6.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der zusätzliche Ausweis der Bilanzposition des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages wurde erläutert. Im Gegensatz hierzu wurde der ebenfalls vom Bilanzgliederungsschema abweichende, zulässige Ausweis der Position der Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Überbrückungskrediten an dieser Stelle nicht, wie nach § 48 Abs. 4 Satz 2 GemHVO-Doppik gefordert, angegeben. Das RPA beanstandet, dass insofern nicht einheitlich vorgegangen wurde. Zudem war für das RPA nicht nachvollziehbar, weshalb Positionen in der Bilanz gezeigt wurden, die keine Werte zum Stichtag bzw. keine Vorjahreswerte enthalten. Die entsprechende Anhangsformulierung, dass derartige Posten nach § 48 Abs. 3 Satz 2 GemHVO-Doppik nicht ausgewiesen werden, war demzufolge nicht korrekt. Angegeben wurde, dass vor Erstellung des JA eine Inventur durchgeführt und ein Inventar mit allen Vermögensgegenständen und Schulden aufgestellt wurde. Das RPA bemängelt, dass in diesem Zusammenhang für den JA-Adressaten nicht deutlich war, von welchem JA konkret die Rede war. Die fragliche Angabe erfolgte unverändert seit mehreren JA. Nicht erkennbar ist darüber hinaus, dass die Inventur grundsätzlich nicht zeitgleich für alle Bereiche der HL vorgenommen und zum Stichtag 31.12.2014 die vollständige Erstinventur bei der HL bislang nicht abgeschlossen wurde. Auf die Nichteinhaltung der gesetzlichen Vorgabe, wonach Folgeinventuren im Drei-Jahres-Rhythmus erfolgen sollen, wurde hingewiesen.

Im Anhang 2014 wurde erläutert, dass die allgemeinen Bewertungsgrundsätze gemäß § 39 GemHVO-Doppik eingehalten wurden. Einschränkend wurde dazu dargestellt, dass das Prinzip der Einzelbewertung weit überwiegend angewandt wird. Für den JA-Adressaten wurde nicht ersichtlich, bei welchen Bilanzpositionen in welcher Höhe keine Einzelbewertung vorgenommen wurde. Beispielhaft wurde hierzu zwar die Bildung von Festwerten für Positionen des Anlagevermögens genannt, unklar blieb jedoch, dass unverändert zu den VJ Festwerte in Höhe von mindestens 75.372 TEUR bilanziert wurden. Zusätzlich wurde nicht angegeben, dass die vorgeschriebene Inventur der Festwerte bislang nicht erfolgt ist. Die Einzelbewertung wurde daneben ebenfalls nicht für alle bilanzierten Vermögensgegenstände bei den Außenanlagen und Grundstücken angewandt. Erläuterungen hierzu fanden sich im Anhang 2014 nicht. Auch die Darstellung, dass statt der tatsächlichen AHK für die Bilanzierung von Vermögensgegenständen Erfahrungswerte herangezogen wurden, ist nach Ansicht des RPA nicht ausreichend. Die Bewertung der überwiegenden Teile der Gebäude erfolgte im Zuge der EB nach dem Sachwertverfahren, sofern die Gebäudeerrichtung vor dem Jahr 2000 datierte. Für den JA-Adressaten wurde durch diese Anhangsangaben jedoch nicht ersichtlich, dass es nach wie vor nicht abschließend geklärt ist, inwieweit wesentliche Bauschäden in der Bewertung von Gebäuden und Ingenieurbauwerken zur EB bzw. in den darauf folgenden JA vorlagen und berücksichtigt hätten werden müssen bzw. künftig berücksichtigt werden. Grundsätzlich sind nach Einschätzung des RPA die entsprechenden finanziellen Risiken im Anhang konkret zu erwähnen. Zumindest auf den jeweils aktuellen

Stand der Bearbeitung dieser Problematik sollte eingegangen werden. Nachfolgend wird auf die aus Sicht des RPA wesentlichen Feststellungen zu einzelnen Anhangsabschnitten eingegangen.

6.3 Erläuterungen der Bilanz

Hinsichtlich der Ausführungen zum Anlagevermögen war festzustellen, dass der vorhandene Instandhaltungsstau nicht thematisiert wurde. Auch Informationen zu den im HH-Jahr 2014 vorgenommenen oder erforderlichen außerplanmäßigen Abschreibungen fanden sich nicht. Für die Positionen der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen wurden aus Sicht des RPA unnötige bzw. für den JA-Adressaten verwirrende Angaben gemacht. So trug das Zusammenfassen mehrerer Spalten des Anlagenspiegels in der tabellarischen Angabe als Zu- bzw. Abgänge ohne weiterführende Erläuterungen nach Ansicht des RPA nicht zu einem besseren Verständnis des JA bei. Bezüglich der Abweichungen zwischen den Restbuchwerten des Anlagenspiegel und der Bilanz zum 31.12.2014 vgl. Punkt 3.1.2.

Das RPA bemängelt, dass im Rahmen der sonstigen Vermögensgegenstände und ARAP nicht erläutert wurde, dass diverse abzugrenzende Sachverhalte nicht als ARAP, sondern fälschlicherweise als sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen wurden, u. a. vorausgezahlte Sozialleistungen und die Januarbezüge der BeamtInnen. Für die Rückstellungen 2014 wurde die Veränderung der Ist-Werte im Vergleich zum VJ übersichtlich durch eine Tabelle vermittelt. Der Hintergrund der EB-Korrektur für die Altlastenrückstellungen wurde jedoch nicht erläutert.

Die wesentlichen Rückstellungen, die in der Bilanz unter den sonstigen Rückstellungen nicht gesondert ausgewiesen werden, wurden der Höhe nach zutreffend genannt. Das RPA ist der Ansicht, dass die Erläuterung im Anhang 2014, dass die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragsmäßig überwiegend Verlustausgleichsverpflichtungen gegenüber den Eigenbetrieben und Beteiligungen betrafen, nicht korrekt war. Zum Stichtag 31.12.2014 beliefen sich die Verbindlichkeiten gegenüber Eigenbetrieben, Beteiligungen und Sondervermögen auf 3.329 TEUR, mithin ein Anteil von 24 % an den gesamten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (13.648 TEUR) Daneben wurden zum Bilanzstichtag 31.12.2014 Rückstellungen für Verlustausgleichsverpflichtungen in Höhe von 1.968 TEUR unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen (vgl. Punkt 3.7.6). Folglich beruhten die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen nicht überwiegend auf Verlustausgleichsverpflichtungen gegenüber den Eigenbetrieben und Beteiligungen. Insgesamt sollten für vorgenommene EB-Korrekturen stets die Hintergründe vermittelt werden, weshalb die jeweilige Korrektur erforderlich war.

6.4 Erläuterungen der Ergebnisrechnung

Sowohl für die Erträge als auch die Aufwendungen wurde in Form eines Vorjahresvergleichs eine tabellarische Übersicht nach Ertrags- bzw. Aufwandsarten gegeben. Dabei wurden teilweise mehrere Positionen der Ergebnisrechnung zusammengefasst. Die anschließenden Erläuterungen befassten sich mit den wesentlichen Veränderungen einzelner Erträge und Aufwendungen. Grundsätzlich wären aus Sicht des RPA diese Erläuterungen für den JA-Adressaten nachvollziehbarer, wenn die in den Tabellen genannten Summen der Erträge und Aufwendungen zunächst inhaltlich aufgegliedert werden würden. So wurden beispiels-weise die Veränderungen zum VJ beziffert, aber unklar blieb die Summe der jeweiligen Erträge bzw. Aufwendungen für das HH-Jahr 2014. Eine Analyse der Gründe für die betragsmäßigen Veränderungen erfolgte ebenfalls nicht. Bei den Erläuterungen wurde darüber hinaus nicht einheitlich vorgegangen. So werden grundsätzlich die Ist-Abweichungen zum VJ berücksichtigt, vereinzelt stattdessen jedoch Plan-Ist-Abweichungen. Beispielsweise wurden bei den Erläuterungen des Jahresergebnisses 2014 zunächst einerseits tabellarisch die Ist-Werte verglichen, jedoch andererseits anschließend die Plan-Ist-Abweichung kommentiert. Eine Analyse, weshalb das Jahresergebnis deutlich positiver als im VJ ausfiel, wurde nicht gegeben. Für die Feststellungen zu den bilanziellen Abschreibungen sei auf Punkt 4.8 verwiesen.

6.5 Ergänzende Hinweise

Nach § 51 Abs. 1 GemHVO-Doppik sind im Anhang auch alle Sachverhalte zu erläutern, die künftig zu erheblichen finanziellen Verpflichtungen führen können. Im Anhang des HH-Jahres 2014 finden sich entsprechende Informationen zu relevanten Leasingaufwendungen. Das RPA konnte zeitnah nicht nachvollziehen, inwieweit nicht außerdem sonstige finanzielle Verpflichtungen aus langfristigen Miet- und Pachtverträgen zum Bilanzstichtag vorhanden waren, die im Anhang 2014 zu berücksichtigen gewesen wären. Für das HH-Jahr 2014 wurden Aufwendungen aus Mieten, Pachten und Leasing in Höhe von 3.736 TEUR in der Ergebnisrechnung ausgewiesen. Dass hierbei lediglich die im Anhang genannten Leasingaufwendungen künftig zu erheblichen finanziellen Verpflichtungen führen, erschien dem RPA fraglich. Im Hinblick auf die Negativerklärungen zu den noch nicht erhobenen Beiträgen aus fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen, der Fremdwährungsumrechnung und den Kostenunterdeckungen im Gebührenhaushalt, ist für das RPA nicht plausibel, weshalb zu den finanziellen Verpflichtungen aus möglichen Miet- und Pachtverträgen keine Informationen gegeben wurden. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass bei der Erstellung des Anhangs sorgfältiger vorzugehen ist. Verwirrende Formulierungen für den JA-Adressaten und Doppelungen sind zu vermeiden. Verweise zwischen den einzelnen Abschnitten sollten erfolgen. Erläuterungen, die nicht zutreffend bzw. veraltet sind, sollten gestrichen oder überarbeitet werden. Die Erläuterungen des Anhangs sollten zudem zu jedem Bilanzstichtag dahingehend geprüft werden, inwieweit sie noch sachgerecht und erforderlich sind. Aus Sicht des RPA ist daher eine formale und inhaltliche Qualitätsprüfung des Anhangs vor Vorlage des JA zwingend erforderlich.

7 Lageberich t

Der Lagebericht der HL stellt ein eigenständiges Instrument des JA dar, in dem eine Bewertung und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der HL vorzunehmen ist. Der Lagebericht hat eine umfassende und vielfältige Informations- und Ergänzungsfunktion zu den JA-Bestandteilen und ist gemäß § 52 GemHVO-Doppik so zu verfassen, dass er einen Überblick über die wirtschaftliche Lage der HL gibt und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Bei der Lagebeurteilung sind die Ergebnisse der Haushaltswirtschaft des abgelaufenen HH-Jahres und des JA von den Verantwortlichen unter Berücksichtigung der städtischen Aufgabenerfüllung zu interpretieren. Hierfür hat eine Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der HL, ggf. unter Einbeziehung von Jahresabschlusskennzahlen, zu erfolgen. Außerdem muss im Lagebericht ausgewogen Auskunft über die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der HL gegeben werden. Dazu sollen auch die Entwicklungen gekennzeichnet werden, die nach dem Stichtag 31.12.2014 eintraten, aber nicht im JA zu berücksichtigen waren, weil diese wirtschaftlich nicht dem abgelaufenen HH-Jahr 2014 zugerechnet wurden. Die Aussagen des Lageberichts müssen klar, sorgfältig abgewogen und zeitnah sein. Der Lagebericht wurde insbesondere daraufhin geprüft, ob er mit dem JA in Einklang steht und durch ihn in Übereinstimmung mit dem JA ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der HL vermittelt wird. Für die äußere Gestaltung des Lageberichts, seine Gliederung und den Umfang sind keine besonderen Formvorgaben vorgegeben. Zum Lagebericht werden nachfolgend die wesentlichen Sachverhalte erwähnt, die nach Ansicht des RPA als unzutreffend einzustufen sind oder die das RPA als pflichtige bzw. sachgerechte Inhalte vermisst.

7.1 Allgemeine Lage der HL

Die Beschreibung der allgemeinen Lage der HL dient als Ausgangspunkt für die Analyse und Beurteilung des HH-Jahres 2014. Um ein Verständnis der wirtschaftlichen Lage der HL zu erlangen und wesentliche Veränderungen gegenüber dem VJ zu erkennen, ist die Berichterstattung in diesem Grundlagenteil nachvollziehbar. Um die Vergleichbarkeit zu den JA der VJ zu möglichen, sollten die Erläuterungen in vergleichbarem Umfang erfolgen. Beispielhaft seien hier die Informationen zu der Nachfrage nach kommunalen Leistungen genannt, zu denen in den Lageberichten bis 2012 detailliertere Angaben gemacht wurden. Die quantitativen Aussagen wurden mit den dem RPA zur Verfügung stehenden Unterlagen und Informationen abgestimmt. Es ergaben sich keine wesentlichen Feststellungen. Durch eine formale und inhaltliche Qualitätsprüfung des Lageberichtes vor Vorlage und Veröffentlichung des JA ist jedoch sicherzustellen, dass die gemachten Angaben innerhalb des Lageberichtes abstimmbar sind. Beispielsweise wurde die Erläuterung zur Steuerpolitik aus dem Vorjahreslagebericht ohne weitere Informationen dahingehend verändert, dass das Datum des Beschlusses der Bürgerschaft über die Aufhebung der Übernachtungssteuer vom November 2011 auf November 2014 umdatiert wurde. Auch die Angabe der Anzahl von Flüchtlingen variiert innerhalb des Lageberichtes. Während unter den Informationen zur Nachfrage nach kommunalen Leistungen 400 Flüchtlinge genannt wurden, beziffert die Erläute-

rung der Vorgänge von besonderer Bedeutung im Rahmen des wachsenden Zustromes von Flüchtlingen die Anzahl auf 600.

7.2 Vermögens-, Schulden- und Finanzlage der HL

Die Vermögens- und Finanzlage der HL wurde im Lagebericht betragsmäßig zutreffend dargestellt. Hinsichtlich der verwendeten Kennzahlen fehlen jedoch angemessene Analysen und Interpretationen. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag und die Eigenkapitalquote I werden korrekt angegeben. Die finanzielle Instabilität bzw. die bilanzielle Überschuldung der HL werden deutlich gemacht. Der im Rahmen der Eigenkapitalquote zugrunde gelegte Orientierungswert von 50 % war für das RPA jedoch nicht nachvollziehbar. Es wurde nicht erkennbar, aus welcher Quelle der Orientierungswert abgeleitet wurde und inwieweit es sich bei den kreisfreien Städten der anderen Bundesländer um mit der HL vergleichbare Städte handelte. Das RPA sah es grundsätzlich als wenig sachgerecht an, Kennzahlen der HL auf Basis von Orientierungswerten anderer Bundesländer heranzuziehen, da die gesetzlichen Vorgaben zur Bilanzierung zwischen den Bundesländern häufig nur sehr eingeschränkt vergleichbar sind. Durch eine formale und inhaltliche Qualitätsprüfung des Lageberichtes vor Vorlage und Veröffentlichung des JA sollte sichergestellt werden, dass keine irreführenden Angaben gemacht werden. Zu nennen ist hier beispielsweise die in tabellarischer Form erfolgten Informationen zu diversen Einzahlungen 2014. Diese waren betragsmäßig plausibel. Einzig der Betrag des fortgeschriebenen Ansatzes 2014 für die Zuwendung für Investitionen war veraltet und stellte fälschlicherweise den Vorjahreswert dar. Das RPA beanstandet zudem, dass ein Zusammenhang zwischen den Informationen der Tabelle und den vorherigen oder nachfolgenden Erläuterungen nicht erkennbar war. Während die Tabelle Auskunft über Einzahlungen gab, wurde nachfolgend über den verzögerten Mittelabfluss, gleichbedeutend mit Auszahlungen berichtet. Sowohl die Tabelle als auch die unter der Vermögens- und Schuldenlage aufgeführten Hinweise zu Mittelabflüssen sind dementsprechend der späteren Erläuterung der Finanzlage zuzuordnen. Die Höhe der Kredite für Investitionen zum Stichtag 31.12.2014 wurde mit 551,0 Mio. EUR zutreffend benannt. Zu dem aus Sicht des RPA falschen Ausweis der Ablösekredite siehe Punkt 3.8.1.

Unter Ausschluss der Ablösekredite wurde im Lagebericht von einem Rückgang der Investitionskredite gesprochen, zu dessen Begründung u. a. auf die Umstände verwiesen wurde, dass Erbbaurechte und Grundstücke veräußert sowie Fördermöglichkeiten verstärkt ausgenutzt wurden. Entgegen dem Vorjahreslagebericht wurde nicht aufgezeigt, inwieweit die Finanzierung und die Ausführung von notwendigen Investitionsmaßnahmen betroffen waren. Das RPA beanstandet daher weiterhin, dass die Erläuterungen nicht als ausreichend angesehen werden können, um die Problematik für den JA-Adressaten entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen der HL zu verdeutlichen. Detailliertere Informationen, insbesondere zum baulichen Zustand, Bauschäden, Sanierungsstau, Instandhaltungsaufwand usw. sowie eine Analyse der hieraus entstehenden Risiken für die HL sind erforderlich. Im Zusammenhang mit den Kassenkrediten wurde für das HH-Jahr 2014 ein geplanter Finanzmittelfehlbetrag von 73,6 Mio. EUR genannt. Dieser Wert war nicht mit den Angaben der Finanzrechnung 2014 bzw. dem dort bezifferten fortgeschriebenen Ansatz für das HH-Jahr 2014 in

Höhe von -163,2 Mio. EUR abstimmbar. Für den Bilanzleser muss deutlich erkennbar sein, auf welchem konkreten Planansatz abgestellt wird. Für das RPA war nicht nachvollziehbar, weshalb an dieser Stelle auf den ursprünglichen Planansatz zurückgegriffen wurde. Für die Finanzlage der HL 2014 wurden die geplanten Ein- und Auszahlungen den tatsächlichen Werten gegenübergestellt. Die Angaben waren mit den Werten der Finanzrechnung abstimmbar. Das RPA beanstandet jedoch, dass keine Analyse der Plan-Ist-Abweichungen vorgenommen wurde und dadurch für den JA-Adressaten im Grunde keine über die Finanzrechnung hinausgehenden Informationen vermittelt werden. Im Rahmen der Gesamteinschätzung zur Vermögens- und Finanzlage wurde über die Schuldenlage der HL ausgesagt, dass die Verbindlichkeiten stets bedient werden. Aus Sicht des RPA fehlte hierbei der Zusatz, dass dies lediglich mittels der Aufnahme von Kassenkrediten möglich war. Zutreffend und konkret wurde dagegen die erhebliche Verschuldung der HL benannt und auf die positive Beeinflussung durch das geringe Zinsniveau hingewiesen.

7.3 Ertragslage der HL

Ein Vergleich der Ergebnispositionen mit dem VJ ist in tabellarischer Form erfolgt. Zusätzlich wurde der im HH-Jahr 2014 tatsächlich erzielte Jahresfehlbetrag gemäß Ergebnisrechnung dem geplanten Fehlbetrag aus dem fortgeschriebenen Planansatz gegenübergestellt. Für den JA-Adressaten irritierend, wurde zu Beginn neben dem Ist-Jahresfehlbetrag und dem Fehlbetrag aus dem fortgeschriebenen Planansatz unnötigerweise der ursprünglich geplante Fehlbetrag benannt. Die betragsmäßig gemachten Angaben konnten anhand der dem RPA zur Verfügung stehenden Unterlagen und Informationen abgestimmt werden. Es ergaben sich keine wesentlichen Feststellungen. Im Rahmen der Analyse der Ertragslage wurde auf wesentliche Veränderungen im Vergleich zum Planansatz und teilweise auf die dafür ursächlichen Faktoren eingegangen. Bei den ordentlichen Erträgen wurden die wesentlichen Erträge der HL benannt, insbesondere wurden die allgemeinen Deckungsmittel bezüglich der wichtigsten Steuereinnahmen und Finanzzuweisungen aufgegliedert. Für den JA-Adressaten sollte an dieser Stelle deutlicher erkennbar gemacht werden, dass nicht sämtliche Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben (228,7 Mio. EUR) sowie aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (240,6 Mio. EUR) in der Aufgliederung enthalten waren. Insgesamt sollten aus Gründen der Klarheit und zum besseren Verständnis für den JA-Adressaten den Erläuterungen zu den einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten eine inhaltliche Aufgliederung der genannten Summen der Erträge und Aufwendungen vorangestellt werden. So wurden beispielsweise die Veränderungen zum fortgeschriebenen Planansatz beziffert, aber unklar blieb, wie sich die Positionen der Erträge bzw. Aufwendungen für das HH-Jahr 2014 zusammensetzten.

Nicht nachvollziehbar für das RPA war, weshalb die Hintergründe zu den nicht geplanten Mehrerträgen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden (5,2 Mio. EUR) nicht detaillierter benannt wurden. Auch eine Aussage darüber, inwieweit bzw. in welcher Höhe mit der Verkaufsaktion ein Gewinn oder Verlust erzielt wurde, fehlte. Sachlich nicht korrekt war daneben die Aussage, dass Mehrerträge aus der Veräußerung von Finanzanlagen ange-

fallen waren. Diese Erträge resultierten, wie im Anhang 2014 zutreffend erwähnt, aus der Liquidation einer Gesellschaft.

Die Plan-Ist-Abweichung der Versorgungsaufwendungen in Höhe von 13,9 Mio. EUR wurde aus Sicht des RPA unzureichend erläutert. Die Aufstockung der Zuführung zu der Pensionsrückstellung mit 10,4 Mio. EUR ließ offen, woraus die übrige Erhöhung dieser Aufwandsposition resultierte. Hinzukommend wurde im Zusammenhang mit den Personalaufwendungen 2014 nicht erwähnt, in welcher Höhe die Rückstellungen für Pensionen und ATZ tatsächlich verbraucht wurden. Wesentliche Abweichungen zwischen Ist- und Plan-Aufwendungen für die Sach- und Dienstleistungen wurden beziffert. Hinsichtlich der Minderaufwendungen für die Unterhaltung der Hochbauten wurde zutreffend ausgeführt, dass es sich nicht um eine Verbesserung im eigentlichen Sinne handelte. Das RPA beanstandet, dass im Gegensatz zum Vorjahreslagebericht nicht auf die Gründe eingegangen wurde, weshalb die notwendigen Maßnahmen nicht ausreichend durchgeführt werden konnten. Auch sollte an dieser Stelle deutlicher dargestellt werden, dass sich aus den nicht vorgenommenen Unterhaltungsmaßnahmen das Risiko bezüglich des Instandhaltungs- und Sanierungsstaus bei der HL erhöht bzw. bereits bestehende Probleme verschärft werden.

7.4 Vorgänge von besonderer Bedeutung

Mit den Erläuterungen zu der Doppik-Einführung und dem Konsolidierungsfonds für die Jahre 2012-2018 wurden Vorgänge von besonderer Bedeutung berücksichtigt, die ihren Ursprung nicht im HH-Jahr 2014 haben und deren Auswirkungen sich jedoch über mehrere Jahre erstrecken. Dementsprechend sind diese Erläuterungen nicht zu beanstanden. Als wesentlicher Vorgang von besonderer Bedeutung, der im HH-Jahr 2014 eintrat, wurde der Zustrom von Flüchtlingen genannt. Für den JA-Adressaten wurde nicht deutlich, in welcher Höhe hieraus für die HL Aufwendungen entstanden sind und wie diese konkret finanziert wurden. Relevante Vorgänge, die nach dem Stichtag 31.12.2014 eingetreten sind und die diesbezüglich erwarteten Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden nicht dargestellt und erläutert. Auch an dieser Stelle sind für das RPA künftig Ausführungen zum baulichen Zustand, den entsprechenden Risiken oder auch größeren Bauvorhaben unabdingbar.

7.5 Chancen, Risiken und Prognosen

Mit dem Prognose-, Chancen und Risikobericht soll es dem verständigen Adressaten des Lageberichts möglich werden, sich in Verbindung mit Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung ein zutreffendes Bild von der voraussichtlichen Entwicklung der HL und den mit ihr einhergehenden wesentlichen Chancen und Risiken zu machen. Da das HH-Jahr 2014 mehrere Jahre in der Vergangenheit lag, ist die Darstellung der Chancen und Risiken zum 31.12.2014 mit einem nun in der Vergangenheit liegenden Zeithorizont grundsätzlich überholt. Formal wurde die voraussichtliche Entwicklung der HL mit ihren wesentlichen Chan-

cen und Risiken angemessen beurteilt und erläutert. Unter den weiteren Einflussfaktoren von außen wurden diverse Risiken aufgezählt. Eine konkrete Beurteilung der Risiken erfolgte jedoch nicht und auch zugrunde liegende Annahmen wurden nicht angegeben. Die reine Nennung ist nach Ansicht des RPA nicht ausreichend. Zu beanstanden war, dass die Risiken aus den erheblichen baulichen Schäden bzw. insbesondere dem Zustand des Sachanlagevermögens nicht erwähnt wurden. In den Folgejahren wird jedoch der Instandhaltungs- und Sanierungsstau ein steigendes Risiko darstellen und erheblichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben. Insgesamt war auffällig, dass kaum Erläuterungen zu möglichen Chancen der HL gegeben wurden. So wurden einerseits unter den Punkten Wohnungsbau und Gründungsviertel sowie Tourismus Bauprojekte als Chancen für die HL grundsätzlich benannt, jedoch war hierzu andererseits festzustellen, dass es sich teilweise um Informationen handelte, die seit dem JA 2012 unverändert fortgeführt wurden. Der zum Zeitpunkt der JA-Erstellung aktuelle Stand der Bauprojekte und folglich eine Einschätzung der hieraus abzuleitenden Chancen und Risiken für die HL war nicht erkennbar. Das Risiko der Fehlbewertung von Pensionsrückstellungen aufgrund der gesetzlichen Vorgabe, die Rückstellungen mit einem Zinssatz 5 % abzuzinsen, wurde zutreffend erwähnt. Das RPA bemängelt, dass das zur Verdeutlichung gewählte Rechenbeispiel nicht auf den Ist-Werten des HH-Jahres 2014 basiert. Die Berücksichtigung veralteter Werte aus dem Jahr 2010 und der Hinweis, dass sich die zum Zeitpunkt der JA-Erstellung ergebenden Abweichungen noch gravierender darstellen, kann nicht als ausreichend betrachtet werden. Für das RPA war daneben nicht nachvollziehbar, weshalb im Zusammenhang mit den Chancen und Risiken keine Ausführungen zu den Beteiligungsunternehmen getroffen wurden. Lediglich im Rahmen der Gesamteinschätzung zur Vermögens- und Finanzlage wurde auf die Reduzierung der Bürgschaftssumme eingegangen. Insbesondere im Hinblick auf die nicht unwesentliche Höhe von abgegebenen Bürgschaftserklärungen ist eine Einschätzung der wirtschaftlichen Situation der Beteiligungsunternehmen und der daraus für die HL resultierenden Chancen und Risiken vorzunehmen. Das Risiko, aus den Bürgschaftsverpflichtungen in Anspruch genommen zu werden, ist zu beurteilen.

7.6 Anlagen

Als Anlage zum Lagebericht 2014 wurden wesentliche im HH-Jahr 2014 geplante, durchgeführte bzw. begonnene Investitionsmaßnahmen aufgelistet. Summiert ergaben sich daraus im HH-Jahr 2014 geleistete Auszahlungen in Höhe von 22.267 TEUR. Im Vergleich zu der in der Finanzrechnung 2014 für die tatsächlichen Ist-Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ausgewiesenen Summe von 47.370 TEUR verbleibt ein nicht näher erläuterter Auszahlungsrest von 25.103 TEUR, mithin 53 %. Für das RPA handelte es sich hierbei um einen nicht unwesentlichen Betrag, den es zu erläutern galt. Auch der Bezug zwischen den Veränderungen der Bilanz, in Form der Anlagenzugänge gemäß der Zugangsspalte des Anlagenspiegels, den Angaben aus der Finanzrechnung und der Anlage des Lageberichtes sollte erkennbar sein.

8 Korrekturen der Eröffnungsbilanz

Grundsätzlich sind gemäß § 56 Abs. 1 GemHVO-Doppik die Werte von Vermögensgegenständen, Sonderposten und Schulden, die in der EB unrichtig angesetzt worden waren, zu korrigieren. Die während des HH-Jahres 2014 durchgeführten EB-Korrekturen wurden gebündelt und jeweils als Korrektursaldo für betroffene Bilanzposten in einer Korrekturbilanz im Anhang 2014 ausgewiesen. Es wurden im Zuge des JA 2014 elf Korrekturbuchungen durchgeführt, die teilweise aus diversen Einzelbuchungen bestanden bzw. Korrekturen für mehrere Sachverhalte darstellten. Die EB-Korrekturen erhöhten das Eigenkapital dabei in Summe um 27 TEUR. Zu den EB-Korrekturen lag dem RPA für die Prüfung des JA 2014 eine Übersicht vor, aus der neben den jeweiligen Beträgen der Korrekturen auch teilweise die zugrunde liegenden Sachverhalte ersichtlich werden. Insbesondere im Anlagevermögen konnten jedoch nicht für alle EB-Korrekturen die Hintergründe nachvollzogen werden (vgl. Punkt 3.1.7).

Eine vollständige Abstimmung der EB-Korrekturen dahingehend, ob es sich um eine Korrektur aus Feststellungen des RPA zur EB oder um Buchungen für Korrekturbedarf handelte, der von den Bereichen selbst erkannt wurde, ist nicht vorgenommen worden. Insofern ist davon auszugehen, dass der vom RPA im Rahmen der EB-Prüfung festgestellte Korrekturbedarf bislang keine bzw. keine vollständige Berücksichtigung bei der Erstellung der nachfolgenden JA fand. Eine entsprechende Klärung wird im Rahmen der Prüfung der nächsten JA erforderlich sein. Dies trifft insbesondere auf den weiterhin offenen Korrekturbedarf der Bilanzwerte der Gebäude und des Infrastrukturvermögens zu. Das sich hiermit befassende Projekt ist auch zum Abschluss der JA-Prüfung 2014 noch nicht abschließend umgesetzt. In welchem JA alle buchhalterisch relevanten Änderungen enthalten sein werden, ist derzeit nicht absehbar. Voraussichtlich wird dies frühestens ab dem JA 2019 der Fall sein. Das RPA erwartet nichts desto trotz innerhalb eines jeden JA ausführliche Informationen zu vorgenommenen EB-Korrekturen und deren Hintergründen.

9 Korrekturen aus der Prüfung vorausgegangener Jahresabschlüsse

Das RPA hat jeweils Prüfungsfeststellungen aus der Prüfung vorangegangener JA in seinen Prüfungsberichten zusammengestellt. Erwartet wird, dass zu diesen Feststellungen bzw. deren Berücksichtigung in den folgenden JA bzw. in der Dokumentation der Jahresabschlusserstellung Informationen enthalten sein werden. Nach Durchsicht des JA 2014 und der vorgelegten Dokumentation war festzustellen, dass in diesem JA nicht auf die vom RPA mit Prüfungsbericht zum JA 2010 zusammengestellten Korrekturbedarfe eingegangen wurde. Zeitlich wäre dies grundsätzlich möglich gewesen. Die Prüfungsfeststellungen des RPA zu den JA 2011 bis JA 2013 konnten mit der Erstellung bzw. Veröffentlichung des JA 2014 am 14.03.2017 von der Bilanzbuchhaltung verständlicherweise noch nicht verarbeitet worden sein. Zur leichteren Nachvollziehbarkeit und Prüfung empfiehlt das RPA, über die durchgeführten Korrekturen aus der Prüfung vorausgegangener JA künftig eigene Kapitel im Anhang einzurichten bzw. aufzunehmen.

10 Zusammenfassung

Unabhängig von ausstehenden Korrekturen zur EB sowie zu den vorausgegangenen JA haben sich mit der Prüfungsdurchführung zum HH-Jahr 2014 die in diesem Bericht einzeln beschriebenen Feststellungen ergeben. Als abschließendes Ergebnis dieser Prüfung ist festzuhalten, dass insbesondere aufgrund der folgenden Umstände nicht bestätigt werden kann, dass der vorgelegte JA 2014 die tatsächlichen Verhältnisse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der HL abbildet:

- Bislang nicht erfolgte Korrekturen der Prüfungsfeststellungen zur EB sowie zu den JA 2010-2013 (Schwerpunkt Anlagevermögen),
- fehlende Aussagekraft des Anlagenspiegels 2014 mit Differenzen zu den Restbuchwerten der Bilanz 2014 sowie nicht ausreichende Darstellungen und Erläuterungen der in den jeweiligen Spalten ausgewiesenen Werte,
- Ausweis eines der Höhe nach falschen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages, insbesondere aufgrund der fehlenden, aufwandswirksamen Korrektur für die Pensionsrückstellung in Höhe von 1,0 Mio. EUR aus dem Jahr 2013
- Ausweis eines der Höhe nach falschen Jahresergebnisses 2014 ohne Erläuterungen im Anhang (Instandhaltungsaufwand, Auflösung Sonderposten).

Auch im Hinblick auf die vorliegende Überschuldung stellen die ausstehenden Anpassungen bzw. Korrekturen des JA an die tatsächlichen Verhältnisse eine weiterhin nicht unerhebliche Abweichung dar.

Eine Stellungnahme wird zu folgenden Themen erbeten:

Tz.	Bezeichnung	Seite
2. ff.	Einhaltung des Haushaltsplans	3
3.2.2	Sonstige privatrechtliche Forderungen	32
3.6.2	Sonderposten für aufzulösende Zuweisungen	46
3.7.4	Altlastenrückstellungen	52
4.4	Sonstige ordentliche Erträge	68

Unabhängig davon ist es der Verwaltung freigestellt, sich darüber hinausgehend zu äußern.

Lübeck, 14.12.2018
14.07.13.01-2014
nl/bu

Dr. Katja Schur
Bereichsleitung Rechnungsprüfungsamt

Nadine Lietzow
Prüfungsleitung

1.201 – Haushalt und Steuerung
1.201.2 – Abteilung Bilanzen, Haupt- und Anlagenbuchhaltung

Zeichen:

Lübeck, den 07.05.2019
Auskunft: Daniel Schewe
Dieter l' Orteye
Jörg Kaminski
Manfred Uhlig
Tel.: 2070; Fax: 2090
e-mail: bilanzen@luebeck.de

1.140 – Rechnungsprüfungsamt

über

1.101 – Bürgermeisterkanzlei 9.5.19
1.000 – Bürgermeister

Stellungnahme zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Lübeck zum 31.12.2014

Das Rechnungsprüfungsamt übermittelte den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 mit Schreiben vom 20.12.2018 und erbat eine Stellungnahme bis zum 31.01.2019. Für diese Stellungnahme zum Prüfbericht waren umfangreich Zuarbeiten der budgetverantwortlichen Verwaltungsteile abzustimmen, für die es RPA-seitig Rückfragen und Stellungnahmeaufforderungen gab. Zudem war im ersten Quartal 2019 der Jahresabschluss 2018 erstmals fristgerecht zum 31.3.2019 aufzustellen, so dass diese Stellungnahme zum Prüfbericht erst jetzt vorgelegt werden kann.

Soweit die Verwaltung aufgrund eigener Erkenntnisse oder aufgrund von Prüfungsfeststellungen Änderungsnotwendigkeiten sieht, wurden und werden Verfahrensweisen unverzüglich für die jeweils erreichbaren nächsten Jahresabschlüsse geändert. Einige im Prüfbericht aufgeführte Sachverhalte werden jeweils fachlich fundiert vom Rechnungsprüfungsamt und von der Verwaltung unterschiedlich gewertet. Solche Sachverhalte werden weiterhin einvernehmlich zusammengetragen und abschließend gemeinsam zwischen dem Bereich Haushalt und Steuerung und dem Rechnungsprüfungsamt geklärt.

2 Einhaltung des Haushaltsplans

Der erste doppische Jahresabschluss 2010 der Hansestadt Lübeck wurde im Sommer 2014 erstellt. Damit lagen nach dem Systemwechsel zum doppischen Rechnungswesen erst zu diesem Zeitpunkt fundierte Werte zur Ergebnisrechnung vor, die für eine darauf aufbauende Planung zukünftiger Jahre hätte verwendet werden können.

2.1 Einhaltung des Ergebnisplans

Die Einhaltung des Haushaltsplans kann sich aus Sicht der Verwaltung lediglich auf die Einhaltung des Gesamtplans (Ergebnis- und Finanzplan) und auf die Einhaltung der Teilpläne (Ergebnis- und Finanzplan) beziehen. Zur Ermittlung der Gründe für Plan/IST-Abweichungen ist die Kontengruppenebene heranzuziehen, da nur diese Gegenstand der Haushaltsplanung ist, nicht aber die Kontenebene, die unter anderem aus steuerrechtlichen Gründen einen Detailliertheitsgrad vorsehen muss, der planerisch nicht vollständig erfasst werden kann. Eine im Gesamtplan/Teilplan festgestellte Plan/IST-Abweichung bzw. eine entsprechende Abweichungsquote ist mit Planabweichungen in den Kontengruppen zu begründen, nicht wie im vorliegenden Bericht geschehen mit Abweichungen in den einzelnen Konten. Hilfreich für künftige Jahresrechnungen ist möglicherweise die mit dem Haushalt 2019 eingeführte Veränderung der Mittelkontrolle auf die Ebene der Kontengruppe. Diese Ebene ist seit dem für die Planung wie auch für die Bewirtschaftung maßgebend.
Bis zu welcher Höhe eine Abweichung als vertretbar anzusehen ist und die Einhaltung des Haushaltsplans damit bestätigt werden kann, gibt es keine gesetzliche Regelung. Der Maßstab von 20 % in Bezug auf das Zuschussbudget bzw. den Überschuss pro Teilplan ist nach der Einschätzung der Verwaltung unbegründet.

...

Die gesetzlichen Vorschriften geben eine Reihe von Regelungen vor, die eine „vorsichtige" Planung erfordern. Tatsächlich erfolgt in 2014 wie auch in Vorjahren regelmäßig eine Unterschreitung des Ansatzes. Eine solche Plan/IST-Abweichung ist anders zu beurteilen als eine Überschreitung des Budgets.

Die Betrachtungsebene „Plan" meint den fortgeschriebenen Planansatz, was letztendlich das im Haushalt ursprünglich genehmigte „Urbudget" zuzüglich der aus dem Vorjahr übertragenen Ermächtigungen sowie unterjährige Planumbuchungen berücksichtigt. Nicht berücksichtigt werden richtigerweise die übrigen Bewirtschaftungsmaßnahmen wie unechte Deckungen und über- und außerplanmäßige Bewilligungen. Diese führen teilweise jedoch dazu, dass die Ansätze zwischen Produkten bzw. Fachbereichen verschoben werden und Aufwendungen bzw. Auszahlungen tatsächlich an anderer Stelle als im Haushalt geplant entstehen und damit auch im IST abgebildet werden. Ein Teil der im Jahresabschluss bzw. in den Teilrechnungen ablesbaren Plan/IST-Abweichungen ist hiermit zu erklären.

Neben den Verzerrungen die sich auf Teilrechnungsebene ergeben, führt dieser Ansatz dazu, dass kleinen Zuschussbudgets eine exaktere Planung abverlangt wird, als großen – ungeachtet des Mittelvolumens im Teilplan insgesamt.
Würde das Aufwands- und Ertragsvolumen berücksichtigt bzw. eine Deckungs- oder Zuschussquote zur Ermittlung der Plan/Ist-Abweichungsquote herangezogen, würden deutlich weniger Produkte/Teilpläne die gegriffene 20 %-Marke überschreiten.

Letztlich gilt für den Haushalt das Gesamtdeckungsprinzip. Bei Betrachtung des Gesamtergebnisplans ergibt sich eine absolute Abweichung im Jahresfehlbetrag von 83,7 Mio. € bzw. eine Deckungsquote nach der im vorliegenden Bericht verwendeten Berechnungsmethode von 99,9 %.

	Plan	Ist
Erträge	644.744.800,00 €	714.853.897,55 €
Aufwendungen	728.568.602,85 €	715.006.557,46 €
Deckungsquote	88,49 %	99,98 %

Mehreinnahmen bei den Steuern und ähnlichen Abgaben

Die Gewerbesteuereinnahmen werden grundsätzlich anhand der Vorauszahlungen (VZ) des vorausgehenden Planjahres geschätzt (in 2014 anhand der Zahlen für 2013).
Zu diesem VZ-Betrag werden die durchschnittlichen zusätzlichen Einnahmen aus den Festsetzungen für vergangene Steuerjahre gerechnet. Hierbei werden in der Regel die letzten 3 Jahre berücksichtigt und die bekannte Einmaleffekte herausgerechnet. Zusätzlich werden dann die Ergebnisse des Arbeitskreise Steuerschätzung (jeweils Stand Mai) berechnet und – sofern diese plausibel für Lübeck sind – berücksichtigt.

Die Planung 2014 ist identisch mit der Planung 2013 und beruht anhand der Unterlagen darauf, dass der Arbeitskreis Steuerschätzung im Mai 2013 eher geringe Abweichungen für die Folgejahre prognostiziert hat. Zudem ist dem Haushaltserlass des Innenministeriums regelmäßig zu entnehmen, dass die Entwicklung der Gewerbesteuer von unterschiedlichen Tendenzen bei den einzelnen Gebietskörperschaften geprägt ist und aufgrund dessen empfohlen wird, die Planung der Einnahmen anhand der jeweiligen Verhältnisse vor Ort sorgfältig zu schätzen. Zum Zeitpunkt der Planung war ein derart massiver Anstieg der Einnahmen – auch seitens des Arbeitskreises Steuerschätzung – nicht absehbar. Auch die Einnahmesteigerung in 2013 von immerhin 19,2 Mio. ist größtenteils erst in der 2. Jahreshälfte generiert worden.

Zudem bittet das Rechnungsprüfungsamt um Stellungnahmen zu Plan-Ist-Abweichungen bei folgenden Produkten:

Produkt 573004 Werbeeinrichtungen und Parkplätze

Im Produkt Werbeeinrichtungen, Parkplätze wird neben den Pachterträgen für die Nutzung von Werbeflächen die Ergebnisse des Geschäftsbesorgungsvertrages zur Bewirtschaftung der Parkflächen der Stadt abgebildet. Bis einschließlich 2013 wurden die Erträge aus den Parkgebühren auf dem Konto 4321000 – Benutzungsgebühren vereinnahmt. Von daher wurde die Haushaltsplanung für 2014 entsprechend vorgenommen.
Ab dem Jahr 2014 wurde von der Buchhaltung vorgegeben, dass Erträge aus Parkgebühren auf dem Konto 4411 – Mieten und Pachten zu buchen sind. Somit wurden auf dem Konto Benutzungsgebühren keine Buchungen vorgenommen, was andererseits zu den Mehreinnahmen auf dem Konto Mieten und Pachten geführt hat.

...

Die Mehrerträge bei Mieten und Pachten resultieren aus guten Ergebnissen der Parkraumbewirtschaftung, die höher als geplant ausfielen. Entgegen der Annahme des Rechnungsprüfungsamtes, dass Erträge aus Mieten und Pachten relativ verlässlich geplant werden können, ist dies im Produkt Werbeeinrichtungen, Parkplätze leider nicht möglich, da die Auslastung der Parkplätze im Vorhinein nicht genau prognostiziert werden kann.

Produkt 552001 Wasser und Hafen

Pkt. 2.1.1 – geringere Ist-Einnahmen bei den Benutzungsgebühren (0,8 Mio. EUR) im Produkt 552001 Kto: 4321000
Pkt. 2.1.2 – Höhere Ist-Einnahmen bei sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten (1,2 Mio. EUR) Kto: 4461000

Die Abweichungen bei den o.g. Konten ergaben sich aufgrund der internen Forderung die auf dem Konto 4321000 erfassten Erträge auf das Konto 4461000 umzubuchen. Hieraus resultieren 0,8 Mio. EUR Mindererträge bei 4321000 und entsprechend 0,8 Mio. EUR Mehrerträge bei 4461000.
Hintergrund für die Umbuchungen waren steuerrechtliche Belange in Bezug auf die rechtliche Grundlage der Erträge, die nicht zu den Konten der Doppik passten. Nach der Klarstellung, welche Erträge auf welchem Konto zu erfassen sind, sind derartige Abweichungen zwischen dem Urbudget und den Ist-Werten für die Zukunft ausgeschlossen.

Die weiteren 0,4 Mio.€ Mehrerträge bei 4461000 ergaben sich aus einem Auftrag für den Hafen Neustadt der insgesamt 400.000 € Erträge für Baggerleistungen eingebracht hat, aber zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für das Jahr 2014 noch nicht sicher absehbar war.

Pkt. 2.1.2 - Verbesserung des geplanten Defizits im Produkt 552001 – Wasser und Hafen (2,2 Mio. € aus der Auflösung Sonderposten)

Das Rechnungsprüfungsamt bittet insbesondere um Erläuterungen, warum Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von rund 2,2 Mio. € im Jahre 2014 gebucht wurden, aber hierfür kein Planwert vorhanden war.

Für die LPA bestanden vor der Umstellung der Kameralistik auf die Doppik bereits Vereinbarungen, wie mit Zuschüssen und Zuweisungen für Investitionen verfahren werden soll. Seinerzeit hatte der damalige Bereich Steuern gemeinsam mit dem Finanzamt für die Betriebe gewerblicher Art (BgA) Hafen und Wasser und Hafen entschieden, dass Zuwendungen und Zuschüsse zu Investitionsmaßnahmen dieser BgA als einkommensneutrale Kapitalzuführung und damit als Einlage zu werten sind, da unter dieser Betrachtungsweise, das Finanzamt die Anerkennung der Kreditzinsen zusagte.

Mit der Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik ist der Lübeck Port Authority (LPA) im Laufe der ersten beiden Jahre aufgefallen, dass die steuerrechtliche Entscheidung, den Sonderposten nicht aufzulösen, Auswirkungen auf das doppische Produkt 552001 – Wasser und Hafen hat, da dort zwar die Abschreibungsbeträge das Budget belasten, aber eine Entlastung aus der Auflösung der Sonderposten nicht erfolgt.

Nach ausgiebiger Prüfung durch die Verwaltung wurde festgestellt, dass eine Verfahrensänderung zulässig ist und grundsätzlich erfolgen soll. Daraufhin sind dann auch ab 2016 Planwerte für die beiden Produktsachkonten im Rahmen der Haushaltsplanung aufgenommen worden.

Produkt 522003 Grundstücksgesellschaft Trave mbH

Die Gewinnanteile können stets erst im darauffolgenden Jahr vereinnahmt werden, weil die Gesellschaftervertretung den Jahresabschluss erst feststellen muss.

Produkt 521002 Bauaufsicht

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass sowohl die Verwaltungsgebühren – Bauaufsicht – als auch das Gebührenaufkommen – Statik – nur schwer bis überhaupt nicht zu schätzen sind. In Abhängigkeit vom Antragseingang aber auch von der Größe der Bauvorhaben können die Gebühren höher aber auch niedriger liegen. Der damalige Bereich Bauordnung hat deshalb (auch in Absprache mit dem Fachbereichscontrolling) die Gebührenerwartungen immer sehr konservativ/zurückhaltend geschätzt.

. . .

Nach Auswertung scheint es so zu sein, dass bei der o. a. Prüfungsbemerkung die Position „Urbudget" und „Planung (Planansatz)" nicht korrekt miteinander verglichen wurden.
Das Urbudget beim Konto 4311001 betrug 200.000,00 €, beim Konto 5431007 ebenfalls 200.000,00 €. Die Konten sind einseitig deckungsfähig. Dadurch ergibt sich immer eine Differenz zwischen den Planungsjahren. Mehreinnahmen bei 4311001 decken Mehrausgaben bei 5431007. Die Differenz ergibt sich daraus, dass 0,5 Mio. € durch eigenes (Statik)-Personal erwirtschaftet wurde.

Produkt 127001 Rettungsdienst / Benutzungsgebühren (Rettungsdienstentgelte)
(zu 2.1.1 auf S. 6 des Berichts / zu 2.1.2 auf S. 12 des Berichts)

Für die gegenüber der Planung um 554.000 € geringeren Entgelte des Rettungsdienstes waren zwei Faktoren ursächlich:

1. Die erst 2015 erfolgte Vereinbarung höherer Entgelte.
2. Aufgelaufene Arbeitsrückstände in der Abrechnung der Entgelte.

Die Rettungsdiensteinsätze des gesamten Jahres 2014 wurden mit Entgelten abgerechnet, die im Juni 2013 festgesetzt wurden. Diese waren für die Aufwendungen des Jahres 2014 nicht mehr auskömmlich. Höhere Entgelte konnten mit den Kostenträgern (Krankenkassen /-verbänden) erst im Jahr 2015 vereinbart werden. Entgelte des Rettungsdienstes können nicht einseitig durch den Träger (Hansestadt Lübeck) festgesetzt werden wie Benutzungsgebühren. Sie sind nach § 7 Abs. 1 des Rettungsdienstgesetzes SH (vormals § 8 a Abs. 1 des Rettungsdienstgesetzes SH) mit den Krankenkassen und Krankenkassenverbänden (Kostenträgern) zu vereinbaren. Zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung für 2014 ging die Feuerwehr noch von einer Anwendung der geplanten (höheren) Entgelte im Laufe des Jahres 2014 aus.

Aufgrund mehrwöchiger Personalausfälle im Sommer / Herbst 2014 sind im Sachgebiet Abrechnung Rettungsdienst Arbeitsrückstände aufgelaufen, die bis zum Jahresende 2014 nicht mehr ausgeglichen werden konnten.

Für die Berechnung der Rettungsdienstentgelte bedeutet dieser Fehlbetrag, dass er als Vortrag in die nächste Berechnung aufzunehmen war, da § 7 Abs. 1 des Rettungsdienstgesetzes eine Vollkostendeckung vorsieht.

. . .

Produkt 126001 Gefahrenabwehr / Produkt 127001 Rettungsdienst / Personalaufwendungen
(zu 2.1.2 auf S. 12 des Berichts)

Die geringeren Personalaufwendungen im Produkt 126001 und die Personalmehraufwendungen im Produkt 127001 relativieren sich bei Betrachtung der Personalaufwendungen auf Kostenstellenebene erheblich.
Die Personalkostenplanung wurde bereits für das Haushaltsjahr 2014 von der Feuerwehr auf Kostenstellenebene vorgenommen. Da fast alle MitarbeiterInnen (Planstellen) mehreren Produkten der Feuerwehr zugeordnet sind, ist eine 1:1-Zuordnung von MitarbeiterIn (Planstelle) zum Produkt nicht möglich. Nach der Zuordnung zu Kostenstellen erfolgt bereits in der Planung eine Auflösung der „Vorkostenstellen" anhand der prozentualen Zuordnung des BAB im Stufenleiterverfahren. Daraus ergeben sich die geplanten Personalkosten für jedes Produkt, die als Bedarf für die Haushaltsplanung zur Anmeldung gelangen.

Die entsprechenden Ist-Kosten werden in der Buchhaltung ebenfalls auf der Kostenstellenebene dargestellt. Im Ergebnis stellt sich der Plan-Ist-Vergleich der Personalaufwendungen dadurch wie folgt dar:

Produkt	Plankosten	Istkosten
126001 – Gefahrenabwehr	12.295.300,00 €	12.367.326,57 €
127001 – Rettungsdienst	4.188.400,00 €	4.153.271,20 €

Produkt 111007 IT-Architekturmanagement / IT-Service

Im Jahr 2014 konnte die Migration der Clients und Server auf die neue Umgebung VDI (Virtuelle Desktop Infrastruktur) nicht wie geplant umgesetzt werden.

Produkt 111098 Versorgungsaufwendungen

Umfangreiche Mehraufwendungen entstanden bei den Versorgungsaufwendungen. Hier standen bei den Zuführungen zur Pensionsrückstellung dem Planansatz von 13,4 Mio. € Mehraufwendungen in Höhe von 10,4 Mio. € gegenüber. Das Rechnungsprüfungsamt bittet um Stellungnahme, auf welcher Grundlage seinerzeit die Planwerte ermittelt wurden.

Die Versorgung der BeamtInnen der HL erfolgt über die Versorgungsausgleichskasse (VAK). Die Planwerte für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 basierten jeweils auf den Berechnungen der VAK.

Die Höhe der Auflösung der Pensionsrückstellung lt. Berechnung der VAK (01.01.2014 - 31.12.2014): 5.445.954 € abzgl. der eingeplanten Abschlagszahlungen an die VAK in 2014: 18.805.500 € ergibt eine Differenz von 13.359.546 €

Seit dem Haushalt 2018 erfolgte die Berechnung unter Bezugnahme der drei dem Planjahr vorangegangenen Jahre:

Sonderzuführung 2018 =(Deckungslücke 2014+Deckungslücke 2015+Deckungslücke 2016)/3.

Entgelte und Bezüge
In diesem Produkt entstand gegenüber der ausgeglichenen Planung ein Defizit in Höhe von 852 T€. Hierbei handelte es sich um die Personalkostenanteile, die nicht an die Kostenstellen weiterverteilt wurden (z. B. Unfallkasse und Berufsgenossenschaft). Das Produkt wurde mit keinen Planansätzen versehen, da auch hier noch keine Erkenntnisse aus etwaigen Jahresabschlüssen bestanden. Das Rechnungsprüfungsamt bittet um Stellungnahme, ob und ggf. auf welchen Konten die entsprechenden Planansätze an anderer Stelle veranschlagt wurden.

Die Aufwendungen für die Gesetzliche Unfallversicherung (GUV) sind in den Personalkostendurchschnittswerten enthalten und somit auch von den Bereichen entsprechend geplant worden. Für das Haushaltsjahr 2018 ist es gelungen, einen Weg zu finden, der eine Verteilung des Aufwands für die GUV entsprechend den anderen Personalkosten an die Bereiche ermöglicht. Für die Haushaltsjahre bis 2017 gilt dies noch nicht, so dass die GUV-Kosten im Produkt 111098 verblieben sind, ohne dass an dieser Stelle ein entsprechender Ansatz geplant wurde.

Bei der Altersteilzeit (ATZ) werden bestimmte Kostenanteile an die Bereiche weitergereicht bzw. aus der Rückstellung entnommen und führen somit zu einem Ausgleich im Produkt 111098. Es verbleiben aber die

. . .

Zuführungen in die ATZ-Rückstellung für die Tariferhöhungen und für die Arbeitgeberanteile der Sozialversicherung und der Zusatzversorgung im Produkt 111098, weil es für diese Kostenanteile keine Verteilung auf die Bereiche gibt. Zudem verbleibt im Produkt 111098 der Aufwand für BeamtInnen in der ATZ-Freistellungsphase für die Pensions- und Beihilferückstellung sowie für die Beihilfeumlage, weil für diese Kostenarten keine Rückstellung während der Arbeitsphase gebildet werden darf, die dann in der Freistellungsphase der ATZ-Rückstellung entnommen werden könnte. Für alle diese im Produkt 111098 verbleibenden ATZ-Kostenanteile gibt es keine Planung an anderer (dezentraler) Stelle.

Produkt 612001 Schuldendiensthilfen

Mindererträge über rd. 3,7 Mio. € bei dem Konto 4235 Schuldendiensthilfen verb. Unternehmen:

Veranschlagt wurden Erträge aus Schuldendiensterstattungen zugunsten der KWL für von der HL übernommene Darlehen zur Finanzierung der Klughafenbrücke und von Parkierungseinrichtungen i.H.v. 866,1 T€. Dies erfolgte auf Grundlage eines mit der KWL vereinbarten Geschäftsbesorgungsvertrages, wonach die Schuldendienste aus den Parkgebühren finanziert werden. Im Laufe des Jahres 2014 wurde dann festgelegt, dass die im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen vorgenommenen Zahlungsanforderungen für Zins- und Tilgungsleistungen nicht mehr als Ausgangsrechnung sondern nur noch als Überträge von einem städtischen Bankkonto zu einem anderen Bankkonto zu buchen sind. Auf dem Konto 4235000 durften daher keine Erträge mehr erfasst werden. Rückwirkend ab dem Jahr 2011 wurden demnach die Schuldendienste im Rahmen der jährlichen Abrechnung des Geschäftsbesorgungsvertrages aus den Überschüssen der Parkraumbewirtschaftung finanziert und im Produkt 573004000 Werbeeinrichtungen, Parkplätze vereinnahmt. Mit dieser Verfahrensänderung wird dem Rechnung getragen, dass ein Geschäftsbesorger keine eigenen Erträge sondern Erträge im Namen und für Rechnung der Hansestadt erhält.

Weiterhin wurden Erträge aus dem sog. Zinsersatz der Lübecker Hafengesellschaft mbH i.H.v. 2,8 Mio. € eingeplant. Auch hier wurde im Laufe des Jahres 2014 festgelegt, dass die bisherige innerstädtische Abrechnung rückwirkend zum 01.01.2011 geändert wird. Die bis dahin vorgenommene Verfahrensweise (Erfassung mittels Eingangs- und Ausgangsrechnung bei den Produkten 612001 und 552001) hatte dazu geführt, dass in der gesamtstädtischen Betrachtung Beträge doppelt dargestellt wurden. Um Fehler zu vermeiden, wurde ab dem Jahr 2011 mittels Sachbuchung eine direkte Entlastung des Aufwandskontos in Höhe der jeweiligen Erträge vorgenommen. Hierzu wurde das Unterkonto 5517 000 588 eingerichtet.

2.3 Übertragung von Haushaltsermächtigungen (investiv)

In dem Abgleich zwischen der Gesamtfinanzrechnung und der Anlage zum Anhang über die übertragenen, investiven Haushaltsermächtigungen hat das Rechnungsprüfungsamt eine Differenz in Höhe von 544.931,69 € festgestellt und bittet um eine Erläuterung.

Die Gesamtdifferenz ergibt sich aus einzelnen Plansperren im Januar 2017, die sich dann auf den Report Gesamtfinanzrechnung ausgewirkt haben und später aufgehoben wurden. Anbei übermitteln wir eine Liste der Auszahlungsermächtigungsübertragungen von 2014 nach 2015 mit den einzelnen Produktsachkonten und Erläuterungen zu den Abweichungen.

3.2.2 Sonstige privatrechtliche Forderungen

Das Rechnungsprüfungsamt bittet um Stellungnahme, inwiefern eine Korrektur an der Eröffnungsbilanz zu den sonstigen Verbindlichkeiten eine Auswirkung auf die sonstigen Forderungen hat. Das Rechnungsprüfungsamt stellt dar, dass es sich bei der Buchung der sonstigen Verbindlichkeiten um ein Ausgleichskonto zu den liquiden Mitteln aus dem Bildungsfonds handelt. Die Angabe im Anhang hätte sich dementsprechend auf die liquiden Mittel beziehen müssen und nicht auf die sonstigen Forderungen.

...

3.6.2 Sonderposten für aufzulösende Zuweisungen

Das Rechnungsprüfungsamt stellt dar, dass eine wesentliche Korrektur an der Eröffnungsbilanz für diese Bilanzposition die Zuweisung für den Ausbau des Skandinavienkais (169 TEUR) beträfe. Von einem Zuweisungsgeber wurde im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung eine Rückzahlung in Höhe von 256 TE€ gefordert. Die Zahlung wurde von der Hansestadt unter Vorbehalt vorgenommen. Korrigiert wurden im Jahr 2014 historische Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) in Höhe von 256 T€ in Verbindung mit historischen AfA-Werten in Höhe von 87 T€. Die Hansestadt Lübeck hatte gegen die Rückzahlung jedoch Klage erhoben, woraufhin das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht mit Urteil vom 30.06.2011 entschied, dass der Stadt bezüglich der gezahlten 256 T€ eine Rückerstattung in Höhe von 57 T€ zusteht. Für das Rechnungsprüfungsamt war daher die Korrektur 2014 mit einem Betrag von 256 T€ der Höhe nach nicht nachvollziehbar. Es wurde daher um Stellungnahme gebeten.

Die vom Rechnungsprüfungsamt genannten 57 T€ (57.876,77 €) unterteilen sich in Fördermittel (31 T€) und Zinsanteile (27 T€). Der Anteil der rückerstatteten Fördermittel wurde im Jahr 2014 der Anlage im Bau im Zusammenhang mit dem Skandinavienkai zugebucht.
Bei der durchgeführten Korrektur handelt es sich um eine Verringerung der Sonderposten für aufzulösende Zuweisungen. Laut Berechnung des zuständigen Bereiches der Verwaltung war der angegebene Betrag zum Einen für eine Verkehrfläche des Skandinavienkais, und zum Anderen für eine Anlage im Bau zu hoch bilanziert. Aufgrund dieser zu hohen Bewertung wurde im Rahmen der Korrektur an der Eröffnungsbilanz der abgebildete Wert reduziert.

3.7.4 Altlastenrückstellungen

Das Rechnungsprüfungsamt erfragt, weshalb bei der Altlastenrückstellung für die Teerhofinsel ein Preisaufschlag auf die Kostenschätzung von 1,2 Mio. € vorgenommen worden ist, da diese Verfahrensweise für die übrigen Fälle so nicht durchgeführt worden ist.

Zur Eröffnungsbilanz wurden für diesen Sachverhalt die Werte aus offenen Haushaltsausgaberesten in Höhe von 708 T€ zur Bildung der Altlastenrückstellung gemeldet und entsprechend gebildet. Im Jahre 2012 wurde dies vom Rechnungsprüfungsamt überprüft und festgestellt, dass ein Angebot aus dem Jahr 2004 für die Sanierung mit einem Betrag von 979 T€ netto vorgelegen hat. Da dieses Angebot bereits abgelauf war, kam das Rechnungsprüfungsamt zu dem Schluss, dass eine Neubewertung notwendig sei und schlug vor, dass hierfür eine Hochrechnung mithilfe des Baupreisindex für Straßenbau verwendet werden solle. Dieser Verfahrensweise wurde gefolgt und entprechend eine Neubewertung vorgenommen.

4.4 Sonstige ordentliche Erträge

Über eine Fachsoftware werden täglich Listen erstellt, über die die Sollbestände der Bußgelder an den Bereich Buchhaltung & Finanzen übermittelt werden. Einen Abgleich zwischen den Beständen der Fachsoftware und den gebuchten Erträgen zum Jahresende, beispielsweise in Form einer Jahresliste, gibt es auskunftsgemäß nicht. Für das Rechnungsprüfungsamt ist insofern fraglich, wie die Vollständigkeit der Erträge sichergestellt wird. Um Stellungnahme wurde gebeten.

Wie vom Rechnungsprüfungsamt skizziert, werden die Daten aus einer Fachsoftware für Bußgelderfassungen in die Buchhaltungssoftware übernommen. Hierzu werden die Daten in einem Übergabeverzeichnis bereitgestellt und dort zum Buchen „abgeholt". Parallel sendet der für das Vorprogramm verantwortliche Bereich (hier: Verkehrsangelegenheiten/Bußgeldstelle) einen von der jeweiligen Fachanwendung erzeugten Auszug über die zu buchenden Daten in Listenform. Nach der Bearbeitung erfolgt ein Abgleich zwischen den in MACH gebuchten Datensätzen mit den in der Liste aus der Fachsoftware geführten Daten (Anzahl und Summen); das Ergebnis wird in einer zusätzlichen Liste (Excel) dokumentiert. Sofern sich in Einzelfällen Abweichungen ergeben, werden diese in der Excel-Liste erläutert und mit dem betreffenden Bereich abgesprochen.

Die Vollständigkeit der Erträge ist insoweit durch die tägliche Kontrolle sichergestellt, weshalb die zusätzliche Prüfung einer etwaigen Jahresliste zu keinem anderen Ergebnis führen dürfte.

...

Fazit

Mit den nun zeitgerechter erstellten Jahresabschlüssen und Prüfberichten nähert sich die Verwaltung mit dem Rechnungsprüfungsamt den rechtlich vorgegebenen Fristen und erreicht in inzwischen absehbarer Zeit den Normalbetrieb. Die zeitgerechte Erstellung und Prüfung sind für eine funktionierende Gesamtverwaltung unerlässlich. Schließlich ist weiterhin noch ein wachsendes Verständnis in allen Verwaltungsbereichen für doppische bzw. wirtschaftliche Notwendigkeiten auszubauen. Dies setzt in der Verwaltung und im Rechnungsprüfungsamt erhebliche Anstrengungen voraus.

Jan Lindenau

Bürgermeister der Hansestadt Lübeck

Anlagen:
Zu 2.3 des Prüfberichtes: Liste der Auszahlungsermächtigungsübertragungen von 2014 nach 2015

Hansestadt Lübeck
Eröffnungsbilanz 2015

II. Übersicht über die übertragenen Auszahlungen nach § 23 Abs. 2 GemHVO-Doppik

Produktgruppe/Unterproduktgruppe																		
Nummer	Bezeichnung	übertragen auf das neue Haushaltsjahr in EUR	Übertragen auf das neue Haushaltsjahr mit Sollübertragungen	Summe der Sollübertragungen	Finanzrechnung	Differenz: berichtete Gesamtsumme zur Gesamtfinanzrechnung	HARListe	Finanzrechnung	Diff zur Liste	HARListe	Finanzrechnung	Diff	Diff insg.	Diff	Diff bei PSK	Eingabe in MACH	Begründung	Datum
1	2	3					783			785				781				
111007	IT-Architekturmanagement/IT-Service	1.830.000,00	1.830.000,00		1.830.000,00													
111008	Zentrale Personalarbeit	448,00	448,00		448,00													
111013	Stabsstelle Bilanzen	90.000,00	90.000,00		90.000,00													
111014	Beteiligungscontrolling	1.000,00	1.000,00		1.000,00													
111016	Buchhaltung und Finanzen	225.022,00	225.022,00		225.022,00													
111020	Grundstücksmanagement	4.482,00	4.482,00		4.482,00													
111023	Leitung, Controlling, Dienste FB 4	233.572,00	233.572,00		233.572,00													
111026	Leitung, Controlling, Dienste FB 5	1.580,00	1.580,00		1.580,00													
111027	Personalrat FB 5	700,00	700,00		700,00													
111029	Gebäudemanagement	11.892.258,12	11.900.335,26	8.077,14	11.776.017,26	-124.318,00	37.034,00	77.027,00	39.993,00	11.863.301,26	11.698.990,26	-164.311,00	-124.318,00		111029 002 7851	-124.318,00	Plansperre	10 01 2017
122003	Melde- und Gewerbeangelegenheiten	13.090,00	13.090,00		13.090,00										111029 089 7831	39.993,00	Planreduzierung	20 06 2017
122004	Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz	6.380,00	6.380,00		6.380,00										111029 089 7851	-39.993,00	Plamerhöhung	20 06 2017
122005	Verkehrsangelegenheiten	19.967,00	19.967,00		19.967,00													
126001	Gefahrenabwehr	6.959.840,00	6.959.840,00		6.959.840,00													
127001	Rettungsdienst	1.175.100,00	1.175.100,00		1.175.100,00													
128001	Katastrophenschutz	416.500,00	416.500,00		416.500,00													
Summe Produktbereich 1 - Zentrale Verwaltung		**22.869.939,12**	**22.878.016,26**	**8.077,14**	**22.753.698,26**	**-124.318,00**			**39.993,00**			**-164.311,00**	**-124.318,00**					
211001	Grundschulen	503.859,00	503.859,00		503.859,00													
216101	Grund- u. Regionalschulen	3.537.579,00	3.367.133,00	-170.446,00	3.367.133,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.367.133,00	3.367.133,00	0,00	0,00					
217001	Gymnasien	871.980,00	871.980,00		871.980,00													
218201	Gemeinschaftsschulen	1.915.718,00	2.113.696,00	197.978,00	2.052.354,00	-61.342,00	808.835,00	808.835,00	0,00	1.304.861,00	1.243.519,00	-61.342,00	-61.342,00		218201 200 7851	-61.342,00	Plansperre	10 01 2017
221001	Förderzentren	506.448,00	506.448,00		506.448,00													
233001	Berufsschulen	2.570.444,00	2.570.444,00		2.570.444,00													
241001	Schülerbeförderung	14.127,00	14.127,00		14.127,00													
243001	Allgemeine Schulträgeraufgaben	12.172,00	24.640,00	12.468,00	24.640,00	0,00	24.640,00	24.640,00	0,00				0,00					
251001	Die Lübecker Museen	372.106,00	372.106,00		42.570,31	-329.535,69	364.666,00	35.130,31	-329.535,69	7.440,00	7.440,00	0,00	-329.535,69		251001 999 7831	-218.099,69	Plansperre	10 01 2017
271001	VHS Lübeck	12.048,00	12.048,00		12.048,00										251001 999 7832	-111.436,00	Plansperre	10 01 2017
272001	Stadtbibliothek	33.100,00	33.100,00		33.100,00													
Produktbereich 2 - Schule und Kultur		**10.349.581,00**	**10.389.581,00**	**40.000,00**	**9.998.703,31**	**-390.877,69**			**-329.535,69**			**-61.342,00**	**-390.877,69**					
311001	Grundversorgung u. Hilfen SGB XII	12.834,00	12.834,00		12.834,00													
315001	Soziale Einrichtungen und Angebote	3.400,00	3.400,00		3.400,00													
362002	Jugendarbeit	1.100,00	1.100,00		1.100,00													
363002	Jugendhilfe	6.200,00	6.200,00		6.200,00													
365002	Betreuung in Kindertageseinrichtungen	1.814.869,00	1.806.791,86	-8.077,14	1.777.055,86	-29.736,00	242.732,00	242.732,00	0,00	1.564.059,86	1.534.323,86	-29.736,00	-29.736,00		365002 013 7851	-29.736,00	Plansperre	08 05 2016
366001	Gemeinwesenarbeit	205.452,00	205.452,00		205.452,00													
Produktbereich 3 - Soziales und Jugend		**2.043.855,00**	**2.035.777,86**	**-8.077,14**	**2.006.041,86**	**-29.736,00**						**-29.736,00**	**-29.736,00**					
421001	Förderung des Sports	77.517,00	77.517,00		77.517,00													
424001	Sportstätten	37.761,00	37.761,00		37.761,00													
424003	Bark Passat/Passathafen	976.941,00	936.941,00		936.941,00	0,00	33.729,00	33.729,00	0,00	903.212,00	903.212,00	0,00	0,00					
Produktbereich 4 - Gesundheit und Sport		**1.092.219,00**	**1.052.219,00**	**-40.000,00**	**1.052.219,00**	**0,00**						**0,00**	**0,00**					
511003	Stadtplanung und -entwicklung	6.207.464,64	6.207.464,64		6.207.464,64													
521001	Baulicher Brandschutz	4.600,00	4.600,00		4.600,00													
521002	Bauaufsicht	6.964,00	6.964,00		6.964,00													

TOP 5.2

Produktgruppe/Unterproduktgruppe																		
Nummer	**Bezeichnung**	**übertragen auf das neue Haushaltsjahr in EUR**	**Übertragen auf das neue Haushaltsjahr mit Sollübertragungen**	**Summe der Sollübertragungen**	**Finanzrechnung**	**Differenz: berichtete Gesamtsumme zur Gesamtfinanzrechnung**	**HARListe**	**Finanzrechnung**	**Diff zur Liste**	**HARListe**	**Finanzrechnung**	**Diff**	**Diff insg.**	**Diff**	**Diff bei PSK**	**Eingabe in MACH**	**Begründung**	**Datum**
1	**2**	**3**					**783**			**785**				**781**				
522001	Kommunaldarlehen	694.000,00	694.000,00		0,00	-694.000,00							-694.000,00		522001 999 7865300	wurde in Mach richtig eingegeben, nur in der berichteten Gesamtsumme falsch zugeordnet		
523001	Archäologie und Denkmalpflege	96.783,00	96.783,00		96.783,00													
538001	EBL (Abwasserbeseitigung)	35.000,00	35.000,00		35.000,00													
541001	Gemeindestraßen	6.848.645,00	6.940.824,86		6.940.824,86	0,00	97.750,00	97.750,00	0,00	4.379.774,86	4.379.774,86	0,00	0,00	0,00				
542001	Kreisstraßen	6.511.598,00	6.163.388,76		6.163.388,76	0,00	125.500,00	125.500,00	0,00	4.822.158,76	4.822.158,76	0,00	0,00					
543001	Landesstraßen	1.056.351,00	1.056.351,00	TOP 5.2	1.056.351,00													
544001	Bundesstraßen	10.261.879,00	10.268.879,00		10.268.879,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.380.602,00	6.380.602,00	0,00	0,00					
547001	Aufgabenträgerschaft ÖPNV	314.369,29	314.369,29		314.369,29													
548001	Bewirtschaftung Flughafen	500.000,00	500.000,00		500.000,00													
551001	Grün- und Landschaftsbau	1.453.639,00	1.600.523,77		1.600.523,77	0,00	736.287,00	736.287,00	0,00	864.236,77	864.236,77	0,00	0,00					
552001	Wasser und Hafen	19.359.480,00	19.359.480,00		20.053.480,00	694.000,00	582.681,00	582.681,00	0,00	16.494.626,00	16.494.626,00	0,00	694.000,00		552001 999 7865300	wurde in Mach richtig eingegeben, nur in der berichteten Gesamtsumme falsch zugeordnet		
553001	Friedhofs- und Bestattungswesen	183.800,00	275.500,00		275.500,00	0,00	130.100,00	130.100,00	0,00	145.400,00	145.400,00	0,00	0,00					
554001	Naturschutz und Landschaftspflege	9.000,00	9.000,00		9.000,00													
555001	Land- und Forstwirtschaft	86.858,00	86.858,00		86.858,00													
561001	Umweltschutzmaßnahmen	4.800,00	4.800,00		4.800,00													
573002	Wochen- und Jahrmärkte	303.895,00	303.895,00		303.895,00													
573003	Lübecker Musik- und Kongresshallen GmbH	70.482,00	70.482,00		70.482,00													
Produktbereich 5 - Bauen und Wohnen		**54.009.607,93**	**53.999.163,32**	**-10.444,61**	**53.999.163,32**	**-10.444,61**			**0,00**			**0,00**	**0,00**					
612003	Grundstücksan- und -verkäufe	5.534.505,00	5.544.949,61		5.544.949,61	0,00												
Produktbereich 6 - Allgemeine Finanzleistungen		**5.534.505,00**	**5.544.949,61**	**10.444,61**	**5.544.949,61**	**0,00**							**0,00**					
Summe Produktbereiche 1 - 6		**95.899.707,05**	**95.899.707,05**	**0,00**	**95.354.775,36**	**-544.931,69**			**-289.542,69**			**-255.389,00**	**-544.931,69**			**-544.931,69**		

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07828
öffentlich

Lübeck, 13.06.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
1.201 - Haushalt und Steuerung

Bearbeitung: Jörg Kaminski (E-Mail: joerg.kaminski@luebeck.de Telefon: 122-2060)

Stiftung Vereinigte Testamente - Jahresabschluss 2011

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
26.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1) Der Jahresabschluss 2011 mit einem Jahresüberschuss von 469.649,68 € (Ergebnisrechnung) wird gem. § 95 n Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H zur Kenntnis genommen.

2) Die negative Ergebnisrücklage in Höhe von 12.170,92 € wird aufgrund von Korrekturen an der Eröffnungsbilanz gem. § 56 Abs. 2 GemHVO-Doppik zum 31.12.2010 mit der Allgemeinen Rücklage (Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied) verrechnet.

3) Dieser Jahresüberschuss wird anteilig ***(***= 187.859,87 €) der ***Freien Rücklage*** sowie der ***Zweckrücklage*** (= 281.789,81 €) zugeführt. Die Berechnung ist in der Begründung erläutert.

4) Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der im Rechnungsprüfungsaausschuss am 06.06.2019 abschließend beraten wurde (VO/2019/07648) wird zur Kenntnis genommen.

Verfahren:
Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

- [ ] Ja
- [X] Nein, da nicht betroffen.

Die Maßnahme ist:

- [ ] neu
- [ ] freiwillig
- [X] vorgeschrieben durch GO S-H:

Finanzielle Auswirkungen:

- [X] Nein
- [ ] Ja (Anlage 1)

Begründung:
Die ***Freie Rücklage*** beträgt nach Verwendung des Jahresergebnisses 2011 (nach Beschlussfassung der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck) dann im Jahr 2012: 817.346,29 € (Vorjahr 629.486,42 €). **Die Freie Rücklage erhöht sich um einen Wert von 187.859,87 €.** Der verbleibende Anteil des Jahresergebnisses soll nach Beschlussfassung der Zweckrücklage zugeführt werden.

Nach Beschlussfassung der Verwendung des Jahresergebnisses 2011 durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck **soll der Zweckrücklage ein anteiliger Betrag in Höhe von 281.789,81** € (verbleibendes Jahresergebnis nach Zuführung zur Freien Rücklage) **zugeführt werden**. Die ***Zweckrücklage*** wird dann im Jahr 2012 mit einem Betrag von 395.012,41 € (Vorjahr: 113.222,60 €) ausgewiesen.

Aufgrund einer nicht zutreffenden Pauschalabrechnung im Wirtschaftsjahr 2010 sind die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu hoch ausgewiesen. Daraufhin ist im Wirtschaftsjahr 2011 aufgrund einer Rückzahlungsvereinbarung zwischen der Stiftungsverwaltung und dem Gebäudemanagement der Hansestadt Lübeck ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten zu den Jahren 2010 (622.572,01 €) und 2011 (-147.228,83 €) in Höhe von 475.343,18 € gebildet worden, der im Wirtschaftsjahr 2012 wieder aufgelöst wurde. Im Wirtschaftsjahr 2011 ergeben sich die durch die Bildung dieses Aktiven Rechnungsabgrenzungspostens eine Erhöhung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 147.228,83 € durch den Verbrauch sowie ein außerordentlicher Ertrag von 622.572,01 €.

Anlagen:

Bürgermeister Jan Lindenau

Hansestadt LÜBECK

► **Nr. VO/2019/07648**
öffentlich

Lübeck, 13.05.2019

Bearbeitung: Yvonne Bretfeld (E-Mail: yvonne.bretfeld@luebeck.de Telefon: 122-7103)

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2011 der Stiftung Vereinigte Testamente und des Lageberichtes für das Haushaltsjahr 2011

Beratung, Erörterung und ggf. Empfehlung zum o.a. Prüfungsbericht im Zuge der Erstbehandlung.

Hansestadt LÜBECK

Bericht
über die Prüfung des
Jahresabschlusses der
Stiftung Vereinigte Testamente
zum 31.12.2011
und des Lageberichts für das
Haushaltsjahr 2011

Rechnungsprüfungsamt

März 2019

Impressum

Herausgeber:
Hansestadt Lübeck
Der Bürgermeister
Rechnungsprüfungsamt
Rechnungsprüferin Elke Kreutzer
Layout: Elke Buller

Inhalt:

Seite

Tabellenverzeichnis II

Abkürzungsverzeichnis III

1 Vorbemerkungen 1

1.1 Vorjahre 2

1.2 Haushaltsplanung 3

2 Jahresabschluss 2011 3

2.1 Bilanz 3

2.1.1 Sonstige privatrechtliche Forderungen 4

2.1.2 Liquide Mittel 4

2.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzung 5

2.1.4 Stiftungskapital und Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied 5

2.1.5 Zweckrücklage 6

2.1.6 Jahresüberschuss 7

2.1.7 Sonstige Verbindlichkeiten 7

2.2 Ergebnisrechnung 8

2.2.1 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 8

2.2.2 Außerordentliche Erträge 9

2.3 Finanzrechnung 9

2.3.1 Rückflüsse und Gewährung von Ausleihungen 10

2.3.2 Ein- und Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln 10

2.3.3 Fazit zur Finanzrechnung 11

2.4 Anhang 12

2.5 Lagebericht 12

3 Erhalt des Stiftungsvermögens und Mittelverwendung 12

4 Zusammenfassung 14

Tabellenverzeichnis

Seite

Tabelle 1: Prüfungsbemerkungen der Vorjahre 2

Tabelle 2: Forderungen gegenüber der Hansestadt Lübeck 4

Tabelle 3: Zusammensetzung der sonstigen Verbindlichkeiten 7

Tabelle 4: Wesentliche Konten der Kontengruppe 52 8

Tabelle 5: Rücklagenentwicklung 13

Tabelle 6: Prüfungsbemerkungen mit erforderlicher Stellungnahme 14

Abkürzungsverzeichnis

AHK	–	Anschaffungs- und Herstellungskosten
AO	–	Abgabenordnung
APH	–	Alten- und Pflegeheim
ARAP	–	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten
BGA	–	Betriebs- und Geschäftsausstattung
AZ	–	Auszahlungen
EB	–	Eröffnungsbilanz
EZ	–	Einzahlungen
GBV	–	Geschäftsbesorgungsvertrag
GemHVO-Doppik	–	Landesverordnung über die Aufstellung und Ausführung eines doppischen Haushaltsplanes der Gemeinden - Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik
GG	–	Grundstücksgesellschaft
GMHL	–	Gebäudemanagement der Hansestadt Lübeck
GO	–	Gemeindeordnung
HL	–	Hansestadt Lübeck
JA	–	Jahresabschluss
RPA	–	Rechnungsprüfungsamt
SIE	–	SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck
StiftG	–	Stiftungsgesetz
VJ	–	Vorjahr
VT	–	Vereinigte Testamente

1 Vorbemerkungen

Die Stiftung Vereinigte Testamente (VT) ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts. Sie wird gemäß § 5 ihrer Satzung von der Hansestadt Lübeck (HL) nach den Vorschriften der Gemeindeordnung (GO) verwaltet. Es handelt sich um Treuhandvermögen im Sinne von § 98 GO, demnach unterliegen die Jahresabschlüsse (JA) der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt (RPA).

§ 95n Abs. 1 GO:
In Gemeinden, in denen ein RPA besteht, prüft dieses den JA und den Lagebericht mit allen Unterlagen dahin, ob

1. der Haushaltsplan eingehalten ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt worden sind,
3. bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach den geltenden Vorschriften verfahren worden ist,
4. das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind,
5. der Anhang zum JA vollständig und richtig ist,
6. der Lagebericht zum JA vollständig und richtig ist.

Das RPA kann die Prüfung nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränken und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichten.

Im Sinne einer zügigen Prüfung zurückliegender JA machte das RPA von dieser Regelung Gebrauch. Die nicht geprüften Positionen werden jeweils am Ende der Kapitel Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung in diesem Bericht aufgelistet.

Prüfungsgegenstand war der JA des Jahres 2011. Dieser wurde im Februar 2015 vom Bürgermeister unterzeichnet und dem RPA im Mai 2018 zur Prüfung vorgelegt. Die weiteren Prüfungsunterlagen wurden während der Prüfung, die hauptsächlich von September bis November 2018 stattfand, bereitgestellt. Ein geänderter JA wurde am 01.02.2019 vom Bürgermeister unterzeichnet und ist Grundlage dieses Berichts.

Die Stiftung besitzt vier an die SeniorInnenEinrichtungen der HL (SIE) vermietete Alten- und Pflegeheime (APH) (Dornbreite, Dreifelderweg, Elswigstraße und Prassekstraße) und daran angeschlossene betreute Wohnungen, die von der Grundstücksgesellschaft (GG) Trave mbH verwaltet werden. Die Stiftung hat mit der GG Trave mbH einen Geschäftsbesorgungsvertrag (GBV) geschlossen. Der Geschäftsbesorger verwaltet die Wohnungen der Stiftung. Er ist für die Vermietung und die Instandhaltung zuständig und erhält dafür von der Stiftung eine jährliche Verwaltungskostenpauschale. Erwirtschaftete Überschüsse werden an die Stiftung abgeführt. Die Zahlungsströme des Geschäftsbesorgers waren nicht Gegenstand dieser Prüfung.

1.1 Vorjahre

Die Eröffnungsbilanz (EB) zum Stichtag 01.01.2010 und der Bericht des RPA zu deren Prüfung vom 26.03.2015 sind zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts noch nicht von der Bürgerschaft beschlossen worden. Der JA 2010 wurde am 22.03.2018 von der Bürgerschaft zur Kenntnis genommen.

Tabelle 1: Prüfungsbemerkungen der Vorjahre

Bilanzposten	Prüfungsbemerkung	Stellungnahme der Verwaltung	Anmerkungen
EB (Stichtag 01.01.2010)			
Wohnbauten	Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) enthalten unzulässigerweise Erhaltungsaufwand.	Soweit Prüfungsfeststellungen bestätigt werden können, werden Änderungen im JA 2014 umgesetzt.	Bisher (März 2019) ist keine Korrektur erfolgt.
Wohnbauten	AHK enthalten Werte der Bilanzposten Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung (BGA).	Falsch zugeordnetes Sachanlagevermögen wird bei der Folgeinventur erfasst, den entsprechenden Bilanzpositionen zugeordnet und über die korrekte Nutzungsdauer abgeschrieben.	Bisher (März 2019) ist keine Korrektur erfolgt.
Wohnbauten	Alle elf Anlagen hätten bei Bauten auf fremdem Grund ausgewiesen werden müssen.	Eine Umbuchung zwischen den Bilanzpositionen steht gemäß Anhang bislang aus.	Bisher (März 2019) ist keine Korrektur erfolgt.
Jahresüberschuss	507 TEUR Haushaltsausgabereste des Jahres 2009 fanden keine Berücksichtigung in der EB, wodurch die Mittel nicht mehr für den Stiftungszweck zur Verfügung standen.	Dies ist ein einmaliger Effekt, der dem Übergang von Kameralistik hin zur Doppik geschuldet ist.	Mit Beschluss der Bürgerschaft über die EB wird diese Bemerkung nicht weiter verfolgt werden.
JA 2010			
Stiftungskapital	Eine Verrechnung zwischen Ergebnisrücklage und Allgemeiner Rücklage hätte von der Bürgerschaft beschlossen werden müssen und erst zum JA 2011 umgesetzt werden dürfen.		Die Vorlage zum JA 2010 (VO/2018/05790) für die Bürgerschaft enthielt keinen entsprechenden Beschlussvorschlag.
Zweckrücklage	Die Zweckrücklage wurde zur Erneuerung der Trinkwasseranlage des APH Prassekstraße gebildet und darf dementsprechend nicht zum geplanten allgemeinen Ausgleich eines Jahresfehlbetrages verwendet werden.	Ohne eine Abstimmung mit der Stiftungsaufsicht sollte das Jahresergebnis ohne Verrechnung mit den Rücklagen zunächst vorgetragen werden.	Mit der Vorlage des JA 2010 am 22.03.2018 in der Bürgerschaft wurde die Verrechnung des Jahresfehlbetrages (614 TEUR) mit der Zweckrücklage beschlossen (siehe Tz. 3).

Die Verwaltung wurde im Rahmen der Prüfung um Auskunft zum aktuellen Stand der EB-Korrekturen gebeten. Diese wurde nicht erteilt. Das RPA fordert die Verwaltung nunmehr

erneut auf, im Rahmen der Stellungnahme mitzuteilen, bei welchen Wohnbauten zwischenzeitlich tatsächlich überprüft wurde, ob die AHK Erhaltungsaufwand und / oder Maschinen, technische Anlagen oder BGA enthalten und wann die Korrekturen vorgenommen werden sollen oder aber warum Korrekturen nicht beabsichtigt sind.

1.2 Haushaltsplanung

Der Haushaltsplan für 2011 wurde am 26.05.2011 von der Bürgerschaft beschlossen und bereits im März 2011 dem Innenminister gemeinsam mit dem städtischen Haushalt vorgelegt.

2 Jahresabschluss 2011

Der JA der Stiftung besteht entsprechend § 95m GO aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und dem Anhang. Ihm ist ein Lagebericht beigefügt.

2.1 Bilanz

Der Eigenkapitalausweis weicht von der in § 48 Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) vorgegebenen Gliederung ab. Die Gliederungsnummern 1.01, 1.011, 1.02 und 1.03 existieren nicht, auch die Kontenart 200 ist in den Verwaltungsvorschriften über den Kontenrahmen für die Haushalte der Gemeinden nicht enthalten. Freie Rücklage und Zweckrücklage sind der Ergebnisrücklage zuzuordnen, die Verwaltung wird um Umgliederung der Rücklagen mit dem nächsten JA gebeten.

Die liquiden Mittel stimmen mit der Finanzrechnung überein. Des Weiteren wurde die Übereinstimmung der Bilanzposten mit den Anlagen zum Anhang (Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitenspiegel) überprüft.

Die geprüften wesentlichen Posten der Bilanz werden im Folgenden erläutert. Weitere wesentliche Posten der Bilanz, die nicht systematisch im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2011 geprüft wurden, sind:

- Wohnbauten,
- Sonstige Ausleihungen,
- Freie Rücklage,
- Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen vom öffentlichen Bereich und
- Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen vom privaten Kreditmarkt.

2.1.1 Sonstige privatrechtliche Forderungen

	31.12.2010	31.12.2011
Kontenart 179	**2.001.336 EUR**	**2.581.429 EUR**

Die sonstigen privatrechtlichen Forderungen nahmen in 2011 um 580 TEUR zu. Sie bestehen aus Forderungen gegenüber der HL in Höhe von 2.291 TEUR und gegenüber der GG Trave mbH in Höhe von 291 TEUR.

Um den JA der Stiftung vollständig abzubilden, wurden die Forderungen der GG Trave mbH (im Wesentlichen Forderungen aus nicht abgerechneten Betriebskosten) zum Jahresende auf dem Konto 1791619171 Forderung aus GBV Trave mit einem Wert von 290.819 EUR [Vorjahr (VJ) 304.821 EUR] übernommen.

Die Zunahme um 580 TEUR beruhte überwiegend auf Veränderungen von Forderungen gegenüber der HL.

Tabelle 2: Forderungen gegenüber der Hansestadt Lübeck

Forderungen VT ggü. HL	01.01.2011 EUR	31.12.2011 EUR	Veränderung EUR
1791991172 Mbr. a. lfd Fdg.	16.677	3.077	-13.600
1791991174 aus Darlehen	1.400.000	1.400.000	0
1791991178 aus Darlehen	279.838	887.532	607.694
Summe	**1.696.515**	**2.290.609**	**594.094**

Die Höhe des Termingelds blieb unverändert bei 1,4 Mio. EUR.

Die Stiftung hatte 2010 (abgesehen von den bei der GG Trave mbH geführten Konten) kein eigenes Geschäftskonto und wickelte ihren Zahlungsverkehr über Konten der HL ab. Einzahlungen dort wurden als Forderungen der Stiftung gegenüber der HL abgebildet. Die Zunahme bei den Forderungen durch die Kontoführung entspricht einer Liquiditätszunahme und beruht auf dem Gewinn des Jahres 2011. Bei der HL waren die entsprechenden Verbindlichkeiten in der Bilanz ausgewiesen.

2.1.2 Liquide Mittel

	31.12.2010	31.12.2011
Kontengruppe 18	**223.424 EUR**	**353.253 EUR**

Die GG Trave mbH verwaltet im Rahmen der Geschäftsbesorgung auch Konten der Stiftung. Die Zahlen wurden aus der Abrechnung der GG Trave mbH in das Finanzbuchhaltungssys-

tem der Stiftung VT übernommen. Das RPA überprüfte die Kontostände anhand von Kontoauszügen bei der GG Trave mbH.

Die liquiden Mittel setzten sich aus drei Festgeldkonten mit insgesamt 310 TEUR (VJ 180 TEUR) und drei Girokonten mit insgesamt 43 TEUR zusammen. Die Liquiditätszunahme beruhte auf dem Überschuss in der Wohnungsbewirtschaftung der Trave.

2.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzung

	31.12.2010	31.12.2011
Kontengruppe 19	0 EUR	475.343 EUR

Gemäß § 49 Abs. 1 GemHVO-Doppik sind vor dem Abschlussstichtag geleistete Auszahlungen als Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten (ARAP) anzusetzen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Der Einbuchung der ARAP lag eine Rückzahlungsvereinbarung zwischen der Stiftung VT und dem Bereich Gebäudemanagement der Hansestadt Lübeck (GMHL) zugrunde. Der Bereich GMHL verpflichtete sich 2014 dazu, die Überzahlung der Stiftung für das Jahr 2010 (623 TEUR)[1] zurück zu zahlen. Die Zahlung der Stiftung erfolgte für 2010 und nicht für zukünftigen Aufwand, sie war aufgrund der fehlenden Abrechnung durch den Bereich GMHL überhöht. Es handelte sich nicht um ARAP nach § 49 Abs. 1 GemHVO; die Rückzahlungsverpflichtung hätte als Forderung gegenüber der HL ausgewiesen werden müssen. Der Falschausweis wird im Anhang mit Belangen der Buchhaltungssoftware begründet.

Für 2011 waren aufgrund der Vereinbarung noch 147 TEUR von der Stiftung an den Bereich GMHL zu zahlen. Dies wurde für den JA 2011 mit dem ARAP (eigentlich der Forderung) verrechnet, sodass im Ergebnis noch 475 TEUR als ARAP in der Bilanz ausgewiesen sind.

2.1.4 Stiftungskapital und Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied

		31.12.2010	31.12.2011
Konto	2009000 Stiftungskapital	384.413 EUR	384.413 EUR
Konto	2009011 Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied	6.191.416 EUR	6.191.416 EUR

In der EB wurde das Stiftungskapital noch zusammengefasst mit dem Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied ausgewiesen. Seit dem JA 2010 werden sie getrennt dargestellt.

[1] Vgl. Bericht über die Prüfung des JA der Stiftung VT zum 31.12.2010 vom 08.12.2017, Tz. 2.2.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Das RPA hatte im Bericht über die Prüfung des JA 2010 empfohlen, in künftigen JA eine Erläuterung des Stiftungskapitals im Anhang vorzunehmen. Dies erfolgte im neu vorgelegten JA 2011 sowohl im Anhang als auch im Lagebericht.

Das Stiftungskapital wird als Stiftungskapital im engeren Sinne bezeichnet bzw. mit dem Grundstockvermögen gleichgesetzt. Die Verwaltung sah also das Stiftungskapital als passives Abbild des Stiftungsvermögens im engeren Sinne[2], bzw. des Grundstockvermögens[3] an, also des Stiftungsvermögens, das nach § 4 Abs. 2 Stiftungsgesetz (StiftG) in seinem Bestand zu erhalten ist. Die 384 TEUR entsprechen dem „Kapitalvermögen gemäß Satzung" bei der letzten kameralen Rücklagenaufstellung. Laut Rücklagenspiegel der Stiftung handelt es sich um den Erlös aus einem Grundstücksverkauf im Jahr 1997. Das Stiftungskapital bildet damit vermutlich (wenn überhaupt) nur einen Teil des Grundstockvermögens ab. Weiteres Grundstockvermögen ist vermutlich als Teil des Stiftungskapitals aus Bilanzierungsunterschied abgebildet. Sollte eine nachträgliche Zuordnung, wie im Lagebericht für das Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied beschrieben, zum Errichtungs- oder Zustiftungskapital[4] einerseits oder im Laufe der Jahrhunderte erwirtschafteten Eigenkapitalanteilen (Ergebnisrücklagen oder Umschichtungsergebnissen) andererseits nicht möglich sein, so empfiehlt das RPA, auf die Unterteilung für die Vergangenheit gänzlich zu verzichten, da die jetzt vorgenommene Aufteilung keine Aussagekraft bezüglich des Grundstockvermögens und dessen Erhalt bietet.

2.1.5 Zweckrücklage

	31.12.2010	31.12.2011
Konto 2009020 Zweckrücklage	**727.021 EUR**	**113.223 EUR**

Bei der Zweckrücklage betrug der Anfangsbestand 727.021 EUR. Die Abnahme um 614 TEUR beruhte auf dem Jahresfehlbetrag 2010. Dieser wurde durch eine Entnahme aus der Zweckrücklage ausgeglichen. Die Verrechnung war Bestandteil des Beschlusses der Bürgerschaft zum JA 2010 vom 22.03.2018 (VO/2018/05790). (Zur materiellen Prüfung siehe Tz. 3.)

2 Stiftungsvermögen im engeren Sinne bezeichnet das Grundstockvermögen, das der Stiftung durch Stiftungsakt und Vermögensausstattung und spätere Zustiftungen übertragen worden ist. Es bildet den Stiftungsstock, der in seinem Bestand unverändert zu erhalten ist. Vgl. SEIFART Handbuch des Stiftungsrechts § 10 Rn 3f.

3 Das zu erhaltene Vermögen, das der Stifter der Stiftung im Rahmen ihrer Gründung zugewendet hat, zzgl. später erfolgter Vermögenszuwendungen in Form von Zustiftungen, wird als Grundstockvermögen bezeichnet. Vgl. IDW RS HFA 5 Rn 9 vom 06.12.2013.

4 Das Errichtungskapital entspricht dem Wert des Vermögens, das der Stiftung im Rahmen der Errichtung durch Stiftungsakt vom Stifter übertragen worden ist. Zustiftungskapital ist der Ausweis von der Stiftung zu einem späteren Zeitpunkt dauerhaft ausgestattetem Vermögen. Vgl. IDW RS HFA 5 Rn 56 vom 06.12.2013.

2.1.6 Jahresüberschuss

	31.12.2010	31.12.2011
Kontenart 205 Jahresüberschuss	-613.798 EUR	469.650 EUR

Die Stiftung schloss das Jahr 2011 mit einem Überschuss von 470 TEUR (VJ -614 TEUR Fehlbetrag) ab. Die Verbesserung gegenüber dem VJ wurde durch die Aufwendungen für die Bewirtschaftung der APH durch den Bereich GMHL verursacht. 2011 betrugen die Aufwendungen 761 TEUR, 2010 noch 1.121 TEUR (siehe Tz. 2.2.1). Außerdem wurde aufgrund der Überzahlung noch ein außerordentlicher Ertrag in 2011 von 623 TEUR (siehe Tz. 2.2.2) generiert.

2.1.7 Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2010	31.12.2011
Kontengruppe 37	421.441 EUR	1.025.214 EUR

Tabelle 3: Zusammensetzung der sonstigen Verbindlichkeiten

Konto	31.12.2010 EUR	Umsatzsaldo EUR	31.12.2011 EUR
3791502200 Zinsabgrenzungen	11.308	-900	10.408
3791619171 GBV Trave	408.917	-8.670	400.247
3791991172 lfd. Verb. ggü. HL	1.217	613.342	614.559
Summe	421.442	603.772	1.025.214

Bei den Verbindlichkeiten aus dem GBV mit der GG Trave mbH handelte es sich überwiegend um Nebenkostenvorauszahlungen der Mieter (208 TEUR Betriebskosten und 121 TEUR Wärmeversorgung). Die Zahlen wurden korrekt aus der Abrechnung der GG Trave mbH übernommen.

Die wesentliche Veränderung fand bei den Verbindlichkeiten gegenüber der HL statt. Sie entstand durch die Abgrenzung einer Rechnung des Bereichs GMHL für Bauunterhaltung, Betriebskosten und Bauleitkosten für die vier APH für 2011. Die Rechnung wurde im Januar 2012 ausgestellt, der Aufwand bei der Stiftung noch im JA 2011 ausgewiesen (siehe Tz. 2.2.1), die Zahlung erfolgte aber erst in 2012. Damit wurde auch in 2012 die Verbindlichkeit wieder aufgelöst. Die HL bilanzierte 2011 eine Forderung gegenüber der Stiftung in gleicher Höhe.

Das RPA empfiehlt, Veränderungen dieser Größenordnung zukünftig im Anhang zu erläutern.

2.2 Ergebnisrechnung

Die Aufstellung entspricht den Vorgaben des § 45 i. V. m. § 2 GemHVO-Doppik. Die Ergebnisrechnung ist rechnerisch richtig. Die fortgeschriebenen Planansätze sind richtig dargestellt. Des Weiteren wurde die Übereinstimmung der Ergebnisrechnung mit den Abschreibungen im Anlagenspiegel und mit den Zahlen des Finanzbuchhaltungssystems überprüft.

Im Folgenden werden die geprüften wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung dargestellt. Weitere wesentliche Positionen, die nicht systematisch im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2011 geprüft wurden, sind:

- Privatrechtliche Leistungsentgelte,
- Bilanzielle Abschreibungen und
- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

2.2.1 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

	2010	2011
Kontengruppe 52	**1.723.185 EUR**	**1.293.997 EUR**

Tabelle 4: Wesentliche Konten der Kontengruppe 52

Konto	Bezeichnung	Plan EUR	IST EUR	davon an GG Trave mbH EUR	davon an GMHL EUR
5211000	Unterhalt. Grundst./baul.Anl.	75.200	75.146	0	75.146
5211001	Unterhaltung der Hochbauten	626.300	771.452	145.623	625.829
5241004	Sonst. Bewirtschaftungsk.	479.900	439.930	362.649	60.100
	Summe	**1.181.400**	**1.286.528**	**508.272**	**761.075**

508 TEUR (VJ 578 TEUR) für Bauunterhaltung und Bewirtschaftungskosten wurden aus der Abrechnung der GG Trave mbH übernommen. Weitere 701 TEUR (VJ 1.061 TEUR) für Bauunterhaltung und 60.100 EUR für Betriebskosten wurden an den Bereich GMHL gezahlt.

Der Rückgang gegenüber dem Aufwand in 2010 beruhte auf der Abrechnung des Bereichs GMHL. 2010 wurden noch 1.121 TEUR an den Bereich GMHL gezahlt, wobei dies eine Überzahlung von 623 TEUR beinhaltete. Für die Bauunterhaltung in 2011 hat die Stiftung zunächst den vollen Planansatz von 614 TEUR an den Bereich GMHL geleistet. Allerdings waren die tatsächlichen Aufwendungen des Bereichs GMHL höher als der Planansatz. Weitere 147 TEUR wurden als Aufwand zusätzlich gebucht durch Verrechnung mit dem ARAP. Durch diesen zusätzlichen Aufwand wurde der fortgeschriebene Planansatz überschritten, eine überplanmäßige Bewilligung fand nicht statt. Der Aufwand wurde von der Verwaltung also ohne Ermächtigung durch den Haushaltsplan getätigt. Das RPA sieht hier die Haus-

haltshoheit der Bürgerschaft berührt. Die Verwaltung wird um Stellungnahme gebeten, auch zur technischen Durchführbarkeit der Buchung eines Aufwandes ohne vorhandene Mittel im Finanzbuchhaltungssystem.

Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Kontengruppe 72) betrugen nur 532 TEUR. Die Differenz zum Aufwand kam durch die Abrechnung des Bereichs GMHL zustande. Die Auszahlung erfolgte erst in 2012, bzw. es fand eine nicht zahlungswirksame Verrechnung mit dem ARAP statt.

2.2.2 Außerordentliche Erträge

	2010	2011
Kontengruppe 49	0 EUR	622.572 EUR

Außerordentliche Erträge sind Erträge, die außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit anfallen, selten vorkommen und von einiger materieller Bedeutung sind (§ 59 Nr. 6 GemHVO-Doppik).

Die 623 TEUR Ertrag entstanden, da sich der Bereich GMHL aufgrund einer Überzahlung in 2010 in einer Rückzahlungsvereinbarung 2014 zu dieser Zahlung verpflichtete. Die Verpflichtung wurde zum JA 2011 eingebucht (siehe auch Tz. 2.1.3).

Der außerordentliche Ertrag wurde, wie in den Erläuterungen zu § 45 GemHVO-Doppik gefordert, im Anhang erläutert.

2.3 Finanzrechnung

Die Finanzrechnung setzt sich, anders als im Anhang angegeben, aus den beiden Teilrechnungen der Produkte 573010000 VT und 99210998 Stiftungsverrechnung zusammen.

Die Finanzrechnung ist formal und rechnerisch richtig. Der Anfangsbestand der liquiden Mittel wurde korrekt aus der Schlussbilanz 2011 übernommen. Der Endbestand stimmt mit der Schlussbilanz überein. Die Zahlungen stimmen mit den Veränderungen bei den Investitionskrediten in der Bilanz überein. Des Weiteren wurde die Übereinstimmung mit dem Finanzbuchhaltungssystem überprüft.

Im Folgenden werden die geprüften wesentlichen Positionen der Finanzrechnung dargestellt, soweit sie nicht bereits bei den entsprechenden Ergebnisrechnungspositionen erläutert worden sind. Weitere wesentliche Positionen, die nicht systematisch im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2011 geprüft wurden, sind:

- Privatrechtliche Leistungsentgelte,
- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen und
- Tilgung von Krediten für Investitionen.

2.3.1 Rückflüsse und Gewährung von Ausleihungen

	2010	2011
Kontenart 686 Einzahlungen (EZ)	12.487 EUR	293.506 EUR
Kontenart 786 Auszahlungen (AZ)	-279.838 EUR	-887.532 EUR

Die EZ beruhten zum Großteil (280 TEUR) auf der Umbuchung von Forderungen aus Darlehen gegenüber der HL (1791991178) aus der Schlussbilanz 2010 auf Forderungen aus lfd. Konto gegenüber der HL (1791991173) zum Jahresbeginn.[5] Gleichzeitig erfolgte die Buchung 686 an 772 AZ aus fremden Finanzmitteln (siehe nächste Tz.).

Weitere 13.668 EUR wurden von der GG Trave mbH zur Tilgung eines Darlehens geleistet, das der Mitfinanzierung von Wohnungen dient. Die Tilgungsrate entspricht der Darlehensvereinbarung, das Darlehen ist um den entsprechenden Betrag gemindert in der Bilanz ausgewiesen. Allerdings erfolgte die Einzahlung auf dem Konto 6868300, die korrekte Bereichsabgrenzung hätte 6866300 für sonstige öffentliche Sonderrechnungen gelautet.[6]

Die Auszahlungen resultierten aus der erneuten Rückbuchung der Forderungen im Rahmen des JA. Für die Darstellung in der Schlussbilanz wurden die Forderungen wieder umgebucht vom Konto 1791991173 auf das Konto 1791991178. Gleichzeitig erfolgte die Buchung 672 EZ fremde Finanzmittel (siehe nächste Tz.) an 786.

Die Ein- und Auszahlungskonten sind durch die Bebuchung bei Umgliederungen im Rahmen der Eröffnungsbuchungen bzw. des JA, ohne dass dieser tatsächliche Zahlungsströme entsprechen, zu hoch ausgewiesen.

2.3.2 Ein- und Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln

	2010	2011
Kontenart 672 Einzahlungen	281.626 EUR	886.357 EUR
Kontenart 772 Auszahlungen	489.278 EUR	-895.026 EUR

Unter den Kontenarten 672/772 Ein- und Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln sollen Zahlungen ausgewiesen werden, die als durchlaufende Gelder nach § 14 GemHVO-Doppik über Kassen oder Konten der Stiftung abgewickelt werden. Die Stiftung besaß allerdings keine Geschäftskonten in eigener Verwaltung, sondern sie bediente sich des städtischen Bereiches Buchhaltung und Finanzen, der für sie den Zahlungsverkehr über städtische Geschäftskonten abwickelte. Es gab im Ergebnis bei der Stiftung keine Auszahlungen, sondern

[5] Vgl. Bericht über die Prüfung des JA der Stiftung VT zum 31.12.2010 vom 08.12.2017, Tz. 2.3.1 AZ für die Gewährung von Ausleihungen.

[6] Vgl. Bericht über die Prüfung des JA der Stiftung VT zum 31.12.2010 vom 08.12.2017, Tz. 2.1.1 Sonstige Ausleihungen.

nur Verschiebungen von Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der HL. Durch die Bebuchung der Kontenarten 672 und 772 wurde letztlich die Finanzrechnung ausgeglichen, sodass die liquiden Mittel am Ende der Finanzrechnung nicht durch die Finanzmittelbewegungen bei der HL berührt wurden, sondern allein durch die Bewegungen beim Geschäftsbesorger verändert wurden. Es handelt sich bei den hier ausgewiesenen Ein- und Auszahlungen nicht um durchlaufende Gelder.

Zur Eröffnung des Jahres 2011 wurden die Forderungen gegenüber der HL auf das laufende Konto umgebucht (1791991173 an 1791991178). Bei der Buchung wurden auch die Finanzrechnungskonten angesprochen, obwohl es sich um eine reine Sachbuchung ohne Zahlungsmittelfluss handelte (6868100 an 7720000), wodurch das Auszahlungskonto (ebenso wie die Einzahlungen aus Rückflüssen) um 280 TEUR zu hoch ausgewiesen ist.

Im Rahmen des JA wurden die verbliebenen Forderungen für die Schlussbilanz wieder umgebucht (1791991128 an 1791991123) und dabei abermals die Finanzrechnung berührt. Auch hier handelte es sich um eine Sachbuchung, wodurch die Konten 6720000 und 7868100 um 884 TEUR zu hoch ausgewiesen sind.

Die übrigen AZ dienten dem Ausgleich der Finanzrechnung. Sie waren Gegenbuchungen zu EZ bei der HL, dabei handelte es sich überwiegend um die Mieten der SIE für die vier APH. Das Verbindlichkeitenkonto 3791991173 ist, wie bereits zum JA 2010 berichtet, falsch verknüpft, als EZ-Konto ist das Konto 772 hinterlegt, sodass als Gegenbuchung zu den AZ bei der HL (hauptsächlich Zins- und Tilgungsleistungen) das Konto 772 im Soll bebucht (insgesamt 436 TEUR) wird, statt EZ auf 672. Sowohl Ein- als auch Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln sind dadurch zu niedrig ausgewiesen. Der Saldo aus fremden Finanzmitteln in der Finanzrechnung ändert sich durch diesen Falschausweis nicht.

2.3.3 Fazit zur Finanzrechnung

Durch auch auf Finanzrechnungskonten gebuchte Sachbuchungen sind Ein- und Auszahlungskonten um insgesamt jeweils 1,2 Mio. EUR zu hoch ausgewiesen. Das RPA fordert die Verwaltung auf, die geschilderten Buchungen künftig auszuführen, ohne dass die Finanzrechnung berührt wird.

In der Finanzrechnung sind nach § 46 GemHVO-Doppik die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen auszuweisen. Die Finanzrechnung der Stiftung VT weist Ein- und Auszahlungen aus, obwohl diese nicht tatsächlich stattgefunden haben. Sie suggeriert durch den Ausweis fremder Finanzmittel sogar, dass zusätzlich durchlaufende Gelder verwaltet wurden. Damit vermittelt die Finanzrechnung nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Finanzlage der Stiftung. Dieser Umstand wird im Anhang erläutert (§ 51 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO). Seit 2012 verfügt die Stiftung über ein eigenes Geschäftskonto, sodass die Finanzrechnung ab dem JA 2013 diese Besonderheiten nicht mehr ausweisen sollte.

2.4 Anhang

Der Anhang steht grundsätzlich im Einklang mit dem übrigen JA. Die Anlagen entsprechen den gesetzlichen Mustern.

Nach § 51 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO-Doppik sind besondere Umstände, die dazu führen, dass der JA nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt, im Anhang zu erläutern. Der Ausweis von Forderungen fälschlicherweise bei den ARAP und die Besonderheiten der Finanzrechnung werden erläutert.

2.5 Lagebericht

Dem JA ist ein vom Bürgermeister am 01.02.2019 unterzeichneter Lagebericht beigefügt. Dieser vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage.

3 Erhalt des Stiftungsvermögens und Mittelverwendung

Das Stiftungsvermögen ist in seinem Bestand zu erhalten (§ 4 StiftG). Im Lagebericht wird der Vermögenserhalt dadurch belegt, dass sich das Stiftungskapital nicht verändert hat. Um eine Aussage bezüglich des Erhalts des Stiftungsvermögens zu treffen, ist aus Sicht des RPA die Betrachtung allein des Stiftungskapitals nicht ausreichend. Auch im Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied ist das Grundstockvermögen passivisch abgebildet (siehe auch Tz. 2.1.4).

Die Stiftung erwirtschaftete in 2011 einen Überschuss. Stiftungskapital und Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied blieben konstant, sodass davon ausgegangen werden kann, dass das Stiftungsvermögen nicht geschmälert wurde.

Für gemeinnützige Stiftungen gilt der Grundsatz der zeitnahen Mittelverwendung [§ 55 Abs. 1 Nr. 5 Abgabenordnung (AO)]. Bei der Stiftung VT handelt es sich um eine Anstaltsstiftung, d. h. sie setzt ihr Vermögen (vorwiegend APH und Altenwohnungen) - und nicht wie eine Kapitalstiftung ihre Erträge - unmittelbar zur Verwirklichung des Stiftungszwecks (Unterstützung Lübecker Bürger u. a. durch die Förderung von bestehenden APH) ein. Eine Ausnahme vom Gebot der zeitnahen Mittelverwendung stellt die steuerrechtlich unschädliche Bildung von Rücklagen nach § 62 Abs. 1 AO dar.

Tabelle 5: Rücklagenentwicklung

Jahr	Freie Rücklage (§ 62 Abs. 1 Nr. 3 AO)			Zweckrücklage (§ 62 Abs. 1 Nr. 1 AO)			Summe
	Anfangsbestand EUR	Einstellung/ Entnahme(-) EUR	Endbestand EUR	Anfangsbestand EUR	Einstellung/ Entnahme EUR	Endbestand EUR	EUR
2002	474.781	0	474.781	1.135.148	-39.110	1.096.038	1.570.819
2003	474.781	-224.193	250.588	1.096.038	-672.579	423.459	674.047
2004	250.588	65.150	315.738	423.459	97.725	521.184	836.922
2005	315.738	103.094	418.832	521.184	154.641	675.825	1.094.657
2006	418.832	92.727	511.559	675.825	139.090	814.915	1.326.474
2007	511.559	0	511.559	814.915	-11.254	803.661	1.315.220
2008	511.559	39.126	550.685	803.661	58.682	862.343	1.413.028
2009	550.685	78.801	629.486	862.343	-135.322	727.021	1.356.507
2010	629.486	0	629.486	727.021	0	727.021	1.356.507
2011	**629.486**	**0**	**629.486**	**727.021**	**-613.798**	**113.223**	**742.709**

Es wurden der Zweckrücklage 613.798 EUR entnommen, um den Jahresfehlbetrag 2010 auszugleichen.

Die Zweckrücklage wurde nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO gebildet, um die Trinkwasseranlage des APH Prassekstraße zu erneuern. Dementsprechend hätte sie nicht zum allgemeinen Ausgleich eines Jahresfehlbetrages verwendet werden dürfen. Die Verwaltung konnte die zweckentsprechende Verwendung nicht nachweisen. (Im Jahr der Entstehung des Fehlbetrages wurden vom Bereich GMHL 46 TEUR für Bauunterhaltung des APH Prassekstraße ausgegeben, davon laut Auskunft des Bereichs GMHL aus 2013 (eine aktuelle Aufstellung hat der Bereich GMHL trotz wiederholter Aufforderung nicht vorgelegt) nur 5 TEUR für die Erneuerung der Trinkwasseranlage. Im Jahr der Rücklagenentnahme wurden vom Bereich GMHL 213 TEUR für Bauunterhaltung, davon 175 TEUR für die Trinkwasseranlage ausgegeben.)

Das RPA hatte der Verwaltung im Prüfbericht zum JA 2010 empfohlen, die Entnahme aus der Zweckrücklage nur für den Fall beschließen zu lassen, dass die zweckentsprechende Verwendung nachgewiesen werden kann. In der Stellungnahme hatte die Verwaltung erklärt, dass das Jahresergebnis zunächst ohne Verrechnung mit den Rücklagen vorgetragen werde. In der Beschlussvorlage zum JA 2010 (VO/2018/05790) hieß es dann aber unter Punkt 2, dass der Jahresfehlbetrag in Höhe von -614 TEUR aus der Zweckrücklage zu tragen sei. Die Vorlage wurde unverändert am 22.03.2018 von der Bürgerschaft beschlossen.

Das RPA fordert die Verwaltung auf, die zeitnahe, zweckentsprechende Mittelverwendung der Rücklagenentnahme nunmehr im Rahmen der Stellungnahme nachzuweisen.

4 Zusammenfassung

Beim Bilanzposten Wohnbauten wurden bereits bei der Prüfung der EB wesentliche Fehler vom RPA festgestellt und er wurde im Rahmen dieser Prüfung keiner systematischen Prüfung unterzogen. Von der Verwaltung wurden bisher dort keine EB-Korrekturen durchgeführt. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass der JA insoweit fehlerhaft ist.

Mit dieser Einschränkung vermittelt der JA 2011 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung VT.

Die Prüfung des Erhalts des Stiftungsvermögens in 2011 ergab keine Einwendungen.

Die satzungsgemäße, zeitnahe Mittelverwendung wurde durch den JA 2011 nicht nachgewiesen.

Die wesentlichen Punkte des Berichts sind am 12.12.2018 mit der Abteilung Bilanzen und der Stiftungsverwaltung besprochen worden. Der JA wurde daraufhin in Teilen geändert und am 05.02.2019 als Prüfungsgrundlage vorgelegt.

Eine Stellungnahme der Verwaltung wird zu folgenden Textziffern erbeten:

Tabelle 6: Prüfungsbemerkungen mit erforderlicher Stellungnahme

Tz.	Bezeichnung	Seite
1.1	Vorjahre	2
2.2.1	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8
3	Erhalt des Stiftungsvermögens und Mittelverwendung	12

Unabhängig davon wird anheim gestellt, sich darüber hinausgehend zu äußern.

Lübeck, 15.03.2019
14.906.07.13-2011
xer/bu

Dr. Katja Schur Elke Kreutzer

Anlage:

JA 2011 und Lagebericht der Stiftung VT

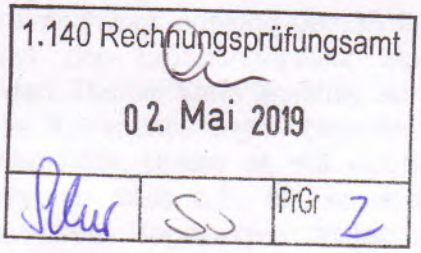
1.201 – Haushalt und Steuerung
1.201.2 –Abteilung Bilanzen, Haupt- und Anlagenbuchhaltung

Zeichen: DS/KS

Lübeck, den 23.04.2019
Auskunft: Daniel Schewe,
Katrin Sinner
Tel.: 2070; 2356; Fax: 2090
e-mail: bilanzen@luebeck.de

1.140 – Rechnungsprüfungsamt
über

1.000 – Bürgermeister



Rechnungsprüfungsangelegenheiten: Stellungnahme zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stiftung Vereinigte Testamente zum 31.12.2011

Das Rechnungsprüfungsamt (RPA) hat mit dem Schreiben vom 19.03.2019 seinen Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2011 vorgelegt.

Das Rechnungsprüfungsamt ist der Ansicht, dass mit einer Einschränkung, der bisher nicht durchgeführten Eröffnungsbilanzkorrekturen beim Bilanzposten Wohnbauten, der Jahresabschluss 2011 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung Vereinigte Testamente widerspiegelt.

Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass für eventuelle Korrekturen an der Eröffnungsbilanz bisher keine abschließende Klärung erfolgen konnte. Die Sachverhalte sind bereits im Mai 2018 seitens der Verwaltung mit offiziellem Schreiben an die Stiftungsaufsichtsbehörde des Innenministeriums thematisiert worden, mit der Bitte um Klarstellung diverser stiftungsrechtlicher Sachverhalte, die durch die Regelungen der GemHVO-Doppik nicht oder nur im Widerspruch zu anderen rechtlichen Regelungen umgesetzt werden könnten.
Trotz regelmäßiger Nachfrage reagierte die Stiftungsaufsichtsbehörde erst am 12.12.2018 mit einer Email, die auf die übermittelten Fragen grundsätzlich nicht eingeht aber dem Hinweis, dass allgemeingültige Antworten noch nicht gegeben werden können. Auf das Angebot seitens der Verwaltung (Anfang 2019) die Sachverhalte konkret vorzustellen, blieb eine Reaktion der Stiftungsaufsicht leider bisher aus. Damit bleibt der Rechtsrahmen für die Verwaltung und das Rechnungsprüfungsamt weiterhin eigenständig interpretationsfähig und offen.

Die Gliederung des Prüfberichtes wird im Folgenden zur Beantwortung und einfacheren Vergleichbarkeit übernommen.

Ebenfalls bat das Rechnungsprüfungsamt mit dem Prüfbericht 2011 um Stellungnahme insbesondere zu folgenden Sachverhalten, zu dem die Verwaltung wie folgt Stellung mit:

1.1 Vorjahre

Das Rechnungsprüfungsamt bittet die Verwaltung im Rahmen der Stellungnahme mitzuteilen, bei welchen Wohnbauten zwischenzeitlich tatsächlich überprüft wurde, ob die Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) Erhaltungsaufwand und/oder Maschinen, technische Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung enthalten und wann die Korrekturen vorgenommen werden oder nicht beabsichtigt sind.

...

Die Verwaltung kann zu den offenen Sachverhalten folgendes mitteilen:

Übernahme aus vorhandenen Anlagenverzeichnissen

Bislang konnte zwischen dem Rechnungsprüfungsamt und der Verwaltung noch keine einheitliche Interpretation zur Anwendung der Vereinfachungsregelung gemäß § 55 Abs. 5 GemHVO-Doppik erreicht werden. Danach dürfen mit der Eröffnungsbilanz die Werte aus bestehenden Anlagennachweisen übernommen werden. Hierbei kann unstrittig auf eine Prüfung der sachlichen Richtigkeit nicht verzichtet werden. Die Kommentierungen betonen einheitlich insbesondere die Notwendigkeit eines zahlenmäßigen Abgleichs. Unklar ist, mit welchem Aufwand darüber hinaus eine Prüfung angesetzt werden muss, so dass z.B. die kameralen Berechnungsgrundlagen hinterfragt und den heutigen, doppischen Regelungen angepasst werden müssen. Nach Einschätzung der Verwaltung würde damit aber eine Vereinfachung dann nicht mehr erreicht.

Eine erneute Anfrage an das Innenministerium ist mit der Bitte um diesbezügliche Klarstellung bereits seit Mai 2018 auf den Weg gebracht.

Umgliederung von Wohngebäuden in einen anderen Bilanzposten

Die 1. Folgeinventur wurde im Frühjahr 2016 nachgeholt. Erkenntnisse aus der Inventur wurden, wenn erforderlich, im Wirtschaftsjahr 2016 umgesetzt und gebucht. Die nächste Inventur erfolgt im Wirtschaftsjahr 2019.

Bei 11 Anlagen, die unter den Wohnbauten ausgewiesen worden sind, handelt es sich nach Feststellung des Rechnungsprüfungsamtes um Gebäude, die der Bilanzposition 1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden zuzuweisen sind, da diese auf fremden Grund und Boden stehen. Eine Umbuchung zwischen den Bilanzpositionen, die keine Veränderung der insgesamt bilanzierten Werte zur Folge hat, steht aufgrund anderer Prioritätensetzungen bislang aus.

Beschlussfassung Bürgerschaft

Die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 ist am 29.11.2018 in der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck beschlossen worden.

Die Beschlussfassung für die Verrechnung zwischen Ergebnisrücklage und Allgemeiner Rücklage (Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied) zum 31.12.2010 soll im Rahmen des Beschlussvorschlages zum Jahresabschluss 2011 durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck nachgeholt werden.

2.2.1 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Das Rechnungsprüfungsamt stellt fest, dass aufgrund der Rückzahlungsvereinbarung mit dem Gebäudemanagement der Hansestadt Lübeck der fortgeschriebene Planansatz durch die Buchung des zusätzlichen Aufwands von rund 147 T€ überschrieben wurde. Eine überplanmäßige Bewilligung fand nicht statt. Das Rechnungsprüfungsamt sieht hier die Haushaltshoheit der Bürgerschaft berührt. Die Verwaltung wird hier um Stellungnahme gebeten, auch zur technischen Durchführbarkeit der Buchung eines Aufwandes ohne vorhandene Mittel im Finanzbuchhaltungssystem.

Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass aufgrund einer nicht zutreffenden Pauschalabrechnung im Wirtschaftsjahr 2010 die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu hoch ausgewiesen sind. Daraufhin ist im Wirtschaftsjahr 2011 aufgrund einer Rückzahlungsvereinbarung zwischen der

...

Stiftungsverwaltung und dem Gebäudemanagement der Hansestadt Lübeck ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten zu den Jahren 2010 (622.572,01 €) und 2011 (-147.228,83 €) in Höhe von 475.343,18 € gebildet worden, der im Wirtschaftsjahr 2012 wieder aufgelöst wurde. Im Wirtschaftsjahr 2011 ergeben sich die durch die Bildung dieses Aktiven Rechnungsabgrenzungspostens eine Erhöhung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 147.228,83 € durch den Verbrauch sowie ein außerordentlicher Ertrag von 622.572,01 €.

Der Sachverhalt zum Ablauf der Rückzahlungsvereinbarung mit dem Gebäudemanagement wird der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck im Rahmen des Beschlussvorschlages zum Jahresabschluss 2011 zur Kenntnis gegeben.

Die technische Umsetzung im Wirtschaftsjahr 2010 ist leider aufgrund des bereits erstellten Jahresabschlusses nicht mehr möglich gewesen.

Aufgrund des eingetretenen Geschäftsvorfalls und im Rahmen der Einhaltung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung (Vollständigkeit) sind die Buchungen im Finanzbuchhaltungssystem korrekterweise abgebildet worden, auch wenn hier u.a. der Haushaltsansatz überschritten wurde.

Zudem konnte aufgrund der zeitlichen Verzögerung bei der Erstellung des Jahresabschlusses die Vervollständigung dieses Geschäftsvorfalles erst im Jahr 2014 gebucht werden. Zu diesem Zeitpunkt war das Haushaltsjahr bereits abgeschlossen, was eine nachträgliche Planung entbehrlich macht (vgl. § 80 Abs. 1 S. 1 GO). Nachträgliche Änderungen an Planwerten hätten eine rein informative Wirkung und können aufgrund des bereits realisierten Eintrittes keinen Mehrwert für die Haushaltshoheit der Bürgerschaft erzielen.

3 Erhalt des Stiftungsvermögens und Mittelverwendung

Das Rechnungsprüfungsamt bittet die Verwaltung, die zweckentsprechende Mittelverwendung der Rücklagenentnahme zum Jahresergebnis 2010 im Rahmen der Stellungnahme nachzuweisen.

Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass auf Grundlage der HU-Bau vom Juli 2008 über die Teilerneuerung des Trinkwassernetzes in der SIE Prassekstraße mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 897 T€ im Wirtschaftsjahr 2010 mit der Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen begonnen worden ist. Die Durchführung war in einzelne Bauabschnitte unterteilt. Die Verwaltung ist der Meinung, dass aufgrund der vorliegenden Jahresabschlussunterlagen der Nachweis im bestmöglichen Sinne zur Entnahme aus der Zweckrücklage für diese Projektmaßnahme erbracht ist.
Mehrere Kontaktanfragen der Verwaltung aber auch des Rechnungsprüfungsamtes selbst an das Gebäudemanagement der Hansestadt Lübeck zur Anforderung eines Verwendungsnachweises oder alternativ geeigneter Unterlagen über die entstandenen Kosten zur Teilerneuerung des Trinkwassernetzes des Altenpflegeheimes in der Prassekstraße bezogen auf die einzelnen Wirtschaftsjahre blieben erfolglos.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Lindenau
Bürgermeister der Hansestadt Lübeck

Hansestadt LÜBECK

Stiftung Vereinigte Testamente

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2011

Haushalt und Steuerung

Januar 2019

Inhaltsverzeichnis

I. BILANZ 4

II. ERGEBNISRECHNUNG 6

III. FINANZRECHNUNG 7

IV. ANHANG 9

I. ALLGEMEINE HINWEISE 10

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN 11

A. GLIEDERUNG DER BILANZ 11
B. ALLGEMEINE BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN 11
AKTIVA 13
1 Anlagevermögen 13
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände 13
1.2 Sachanlagen 13
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte 13
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte 13
1.2.3 Infrastrukturvermögen 14
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden 14
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler 14
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge 14
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung 14
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau 14
1.3 Finanzanlagen 14
2 Umlaufvermögen 14
2.1 Vorräte 14
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 14
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens 15
2.4 Liquide Mittel 15
3 Aktive Rechnungsabgrenzung 15
PASSIVA 16
1 Eigenkapital 16
2 Sonderposten 16
3 Rückstellungen 16
4 Verbindlichkeiten 16
5 Passive Rechungsabgrenzung 17
ERGEBNISRECHNUNG 18
1 Erträge 18
2 Aufwendungen 18
3 Jahresergebnis 19

III. SONSTIGE ANGABEN 20

IV. STIFTUNGSGREMIEN 20

ANLAGEN ZUM ANHANG NACH § 51 ABS. 3 GEMHVO-DOPPIK 21

Anlagenspiegel 22
Forderungsspiegel 23
Verbindlichkeitenspiegel 24

V. LAGEBERICHT 25

Stiftung Vereinigte Testamente, Lübeck

Abschlussbilanz Stiftungen * zum 31.Dezember 2011

Aktiva

Text	Schlusssaldo Vorj... (01/10)	Schlusssaldo (01/11)
AKTIVA		
1. Anlagevermögen		
02-09 1.2 Sachanlagen		
02 1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
03 1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
031 1.2.2.3 Wohnbauten	12.240.245,00	11.903.333,00
04 1.2.3 Infrastrukturvermögen		
045 1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	36.582,00	35.059,00
1.3 Finanzanlagen		
13 1.3.4 Ausleihungen		
13- 1.3.4.2 Sonstige Ausleihungen	174.194,55	160.526,37
2. Umlaufvermögen		
15 2.1 Vorräte		
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
171 2.2.3 Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	0,00	0,00
179 2.2.4 Sonstige privatrechtliche Forderungen	2.001.336,12	2.581.428,57
178 2.2.5 Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00
18 2.4 Liquide Mittel	223.424,40	353.253,10
19 3. Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00	475.343,18
Summe Aktiva	**14.675.782,07**	**15.508.943,22**
nachrichtlich:		
Summe der übertragenen Ermächtigungen		
für Aufwendungen nach § 23 (1) GemHVO-Doppik	0,00	0,00
Summe der übertragenen Ermächtigungen		
für Auszahlungen für Investitionen und -förderungsmassnahmen nach § 23 (2) GemHVO-Do...	0,00	0,00
Summe der von der Stiftung		
übernommenen Bürgschaften (Wert zum Bilanzstichtag)	0,00	0,00
# Zeilenstruktur gültig bis 31.12.2013 #		

Passiva

	Schlusssaldo Vorj... (01/10)	Schlusssaldo (01/11)
PASSIVA		
20 1. Eigenkapital		
200900x 1.01 Stiftungskapital	384.413,00	384.413,00
2009011 1.011 Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied	6.191.416,28	6.191.416,28
2009010 1.02 Freie Rücklage	629.486,42	629.486,42
2009020 1.03 Zweckrücklage	727.021,00	113.222,60
203 1.3 Ergebnisrücklage	0,00	0,00
205 1.5 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-613.798,40	469.649,68
23 2. Sonderposten		
233 2.3 für Beiträge		
25, 26, 27, 28 3. Rückstellungen		
289 3.9 Sonstige Rückstellungen	94.763,82	94.763,82
3 4. Verbindlichkeiten		
32 4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
32- 4.2.2 vom öffentlichen Bereich	2.998.091,42	2.926.814,65
32- 4.2.3 vom privaten Kreditmarkt	3.840.308,55	3.670.715,33
35 4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.639,25	3.247,82
37 4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	421.440,73	1.025.213,62
39 5. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Summe Passiva	**14.675.782,07**	**15.508.943,22**

629 von 1236 in Zusammenstellung

Ergebnisrechnung (Anlage 20 GemHVO) Jahr 2011

9 Stiftung Vereinigte Testamente gesamt - alle Produkte -

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2010	2011	2011	2011	2011
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
42	3	+ sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	1.659.868,10	1.736.000,00	1.691.698,67	-44.301,33	
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.523,50	3.500,00	3.523,50	23,50	
45	7	+ sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**= ORDENTLICHE ERTRÄGE**	**1.663.391,60**	**1.739.500,00**	**1.695.222,17**	**-44.277,83**	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	+ Aufw. für Sach-u. Dienstleistungen	-1.723.184,65	-1.195.500,00	-1.293.996,62	-98.496,62	0,00
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	-338.435,00	-338.500,00	-338.435,00	65,00	0,00
53	15	+ Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	-44.429,93	-56.700,00	-51.434,25	5.265,75	0,00
	17	**= ORDENTLICHE AUFWENDUNGEN**	**-2.106.049,58**	**-1.590.700,00**	**-1.683.865,87**	**-93.165,87**	**0,00**
	18	**= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	**-442.657,98**	**148.800,00**	**11.356,30**	**-137.443,70**	**0,00**
46	19	+ Finanzerträge	30.853,08	33.200,00	29.142,47	-4.057,53	
55	20	- Zinsen und sonstige Finanzaufw.	-201.993,50	-200.000,00	-193.421,10	6.578,90	0,00
	21	**= FINANZERGEBNIS**	**-171.140,42**	**-166.800,00**	**-164.278,63**	**2.521,37**	**0,00**
	22	**= ORDENTLICHES ERGEBNIS**	**-613.798,40**	**-18.000,00**	**-152.922,33**	**-134.922,33**	**0,00**
49	23	+ außerordentliche Erträge	0,00	18.000,00	622.572,01	604.572,01	
59	24	- außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	25	**= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	**0,00**	**18.000,00**	**622.572,01**	**604.572,01**	**0,00**
	26	**= JAHRESERGEBNIS**	**-613.798,40**	**0,00**	**469.649,68**	**469.649,68**	**0,00**

Nachrichtlich: Interne Leistungsbeziehungen		Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist
		2010	2011	2011	2011
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	3	4	5	6	7
48	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
58	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
	ERGEBNIS AUS INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Finanzrechnung (Anlage 21 GemHVO) Jahr 2011

9 Stiftung Vereinigte Testamente gesamt - alle Produkte -

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2010	2011	2011	2011	2011
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtl. Leistungsentgelte	1.669.020,87	1.736.000,00	1.705.700,28	-30.299,72	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	3.523,50	3.500,00	3.523,50	23,50	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen, sonst. Finanzeinzahlungen	14.175,68	33.200,00	42.742,28	9.542,28	
	9	**Einz. lfd. Verwaltungstätigkeit**	**1.686.720,05**	**1.772.700,00**	**1.751.966,06**	**-20.733,94**	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Ausz. Sach- und Dienstleistungen	-1.722.206,22	-1.195.500,00	-532.312,83	663.187,17	0,00
75	13	Zinsen, sonst. Finanzauszahlungen	-202.856,75	-200.000,00	-194.320,81	5.679,19	0,00
73	14	Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-43.213,40	-56.600,00	-51.938,49	4.661,51	0,00
	16	**Ausz. lfd. Verwaltungstätigkeit**	**-1.968.276,37**	**-1.452.100,00**	**-778.572,13**	**673.527,87**	**0,00**
	17	**SALDO LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	**-281.556,32**	**320.600,00**	**973.393,93**	**652.793,93**	**0,00**
681	18	Einz. Zuw. u. Zusch. für Invest.	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einz. Veräuß. v. Grundst./Geb.	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einz. Veräuß. v. bew. Anlagev.	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einz. a. d. Veräuß. v. Finanzanl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einz. Abwicklung v. Baumaßn.	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einz.Rückfl. (f. Invest. Dritter)	12.487,11	0,00	293.506,34	293.506,34	
688	24	Einz. Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
689	25	sonstige Investitionseinzahlung	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Einz. a. Investitionstätigkeit**	**12.487,11**	**0,00**	**293.506,34**	**293.506,34**	
781	27	Ausz. Zuw. u. Zusch. für Invest.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Ausz. Erwerb v. Grundst./Geb.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Ausz. Erwerb v. bew. Anlagever.	0,00	-2.000,00	0,00	2.000,00	0,00
784	30	Ausz. f. d. Erwerb v. Finanzanl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	-300,00	0,00	300,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	-279.838,16	0,00	-887.532,03	-887.532,03	0,00
787	33	sonstige Investitionsauszahlung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Auszahlung Investitionstätigkeit**	**-279.838,16**	**-2.300,00**	**-887.532,03**	**-885.232,03**	**0,00**
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	**-267.351,05**	**-2.300,00**	**-594.025,69**	**-591.725,69**	**0,00**
	35a	Einzahl. aus fremden Finanzmitteln	281.625,92	0,00	886.356,63	886.356,63	
	35b	Ausz. aus fremden Finanzmitteln	489.278,13	0,00	-895.026,18	-895.026,18	
	35c	**SALDO AUS FREMDEN FINANZMITTELN**	**770.904,05**	**0,00**	**-8.669,55**	**-8.669,55**	
	36	**FINANZMITTELÜBERSCHUSS/-FEHLBETRAG**	**221.996,68**	**318.300,00**	**370.698,69**	**52.398,69**	**0,00**
692	37	Aufnahme Kred. f. Investitionen	0,00	100,00	0,00	-100,00	
695	38	Einz. a. Rückfl. v. Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0,00	12.700,00	0,00	-12.700,00	
693	39	Aufnahme v. Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00	
792	40	Tilg. v. Kred. f. Investitionen	-262.138,05	-246.600,00	-240.869,99	5.730,01	0,00
795	41	Ausz. a. d. Gewährung v. Darl. z. Anlage liquider Mittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
793	42	Tilg. v. Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Finanzrechnung (Anlage 21 GemHVO) Jahr 2011

9 Stiftung Vereinigte Testamente gesamt - alle Produkte -

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2010	2011	2011	2011	2011
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
	43	**SALDO A. FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT**	-262.138,05	-233.800,00	-240.869,99	-7.069,99	0,00
	44	**ÄND. BEST. A. EIG. FINANZMITTELN**	-40.141,37	84.500,00	129.828,70	45.328,70	0,00
	45	Anfangsbestand an Finanzmitteln	263.565,77	0,00	223.424,40	223.424,40	0,00
	46	**LIQUIDE MITTEL**	223.424,40	84.500,00	353.253,10	268.753,10	0,00
		Nachrichtlich davon:					
		Fremde Finanzmittel nach § 14 GemHVO-Doppik					
		Bestand Vorjahr	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		+ Einzahlungen	281.625,92	0,00	886.356,63	886.356,63	
		- Auszahlungen	489.278,13	0,00	-895.026,18	-895.026,18	0,00
		Bestand Haushaltsjahr	770.904,05	0,00	-8.669,55	-8.669,55	0,00

Finanzrechnung (Anlage 21 GemHVO) Jahr 2011
9 Stiftung Vereinigte Testamente gesamt - alle Produkte -

Nachrichtlich: an das Land abzuführender Beitrag nach § 21 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (AG-KHG), Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen, Auszahlungen aus dem Erwerb von Finanzanlagen und Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist
		2010	2011	2011	2011
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	3	4	5	6	7
7311..	abzuführender Beitrag nach § 21 Abs. 2 AG-KHG	0,00	0,00	0,00	0,00
684	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
6841	Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
6842	Börsennotierte Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00
6843	Nicht börsennotierte Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00
6844	Sonstige Anteilsrechte	0,00	0,00	0,00	0,00
6845	Investmentzertifikate	0,00	0,00	0,00	0,00
6846	Kapitalmarktpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
6847	Geldmarktpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
6848	Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00
784	Auszahlungen aus dem Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
7841	Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
7842	Börsennotierte Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00
7843	Nicht börsennotierte Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00
7844	Sonstige Anteilsrechte	0,00	0,00	0,00	0,00
7845	Investmentzertifikate	0,00	0,00	0,00	0,00
7846	Kapitalmarktpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
7847	Geldmarktpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
7848	Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00
792..4	Umschuldung	0,00	-100,00	0,00	100,00
792..5	Ordentliche Tilgung	-262.138,05	-246.500,00	-240.869,99	5.630,01
792..6	Außerordentliche Tilgung	0,00	0,00	0,00	0,00

Hansestadt LÜBECK

Stiftung Vereinigte Testamente

Anhang zum Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2011

Haushalt und Steuerung

Januar 2019

I. Allgemeine Hinweise

Die Stiftung "Vereinigte Testamente" hat zum 31. Dezember 2011 den zweiten „doppischen" Jahresabschluss nach § 5 Abs. 1 der Stiftungssatzung vom 25.06.1976 in Verbindung mit § 95 m der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) aufgestellt. Die Eröffnungsbilanz wurde zum 1. Januar 2010 erstellt.

Nach § 95 m Abs. 1 GO i.V.m. § 135 Abs. 2a Nr. 7 GO i.V.m. § 44 Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) ist ein Anhang in entsprechender Anwendung der Regelungen nach § 51 GemHVO-Doppik und §§ 43 Abs. 6 Satz 3, § 48 Abs. 4 Satz 3, § 48 Abs. 5 Sätze 2 und 3 sowie § 50 Abs. 1 Satz 2 GemHVO-Doppik ein Teil des doppischen Jahresabschlusses. Neben dem Anhang besteht der Jahresabschluss nach § 95 m Abs. 1 GO aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen und der Bilanz.

Im Anhang sind entsprechend die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu den Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung anzugeben und so zu erläutern, dass sachverständige Dritte die Richtigkeit, Vollständigkeit und Angemessenheit beurteilen können. Die Anwendung von Vereinfachungsregelungen und Schätzungen ist zu beschreiben. Ferner sind die im Verbindlichkeitenspiegel auszuweisenden Haftungsverhältnisse sowie alle Sachverhalte, aus denen sich künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen für die „Vereinigte Testamente" ergeben können, zu erläutern. Auch die konkreten Sachverhalte i.S.d. § 51 Abs. 2 GemHVO-Doppik sind anzugeben und zu erläutern. Weiterhin sind dem Anhang nach § 51 Abs. 3 GemHVO-Doppik ein Anlage-, ein Forderungs- und ein Verbindlichkeitenspiegel sowie eine Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen und eine Übersicht über verbundene Unternehmen bzw. Beteiligungen beizufügen.

Für die äußere Gestaltung des Anhangs, seinen Aufbau und Umfang bestehen keine besonderen Formvorgaben. Um die Fülle der erforderlichen Informationen in einen direkten Zusammenhang mit den Posten der Bilanz zu stellen, ist jedoch eine entsprechende Strukturierung sinnvoll. Im Anschluss an die allgemeinen Hinweise sowie der Gliederung der Bilanz und der allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden folgt deshalb die Erläuterung der Posten der Bilanz der nach § 48 GemHVO-Doppik vorgegebenen Bilanzgliederung und der Ergebnisrechnung nach § 45 GemHVO-Doppik. Anschließend erfolgen die notwendigen Angaben nach § 51 Abs. 2 und 3 GemHVO-Doppik soweit sie nicht bereits erläutert wurden.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

A. Gliederung der Bilanz

Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach §§ 48 Abs. 1 und 2 GemHVO-Doppik. Posten, die keinen Betrag enthalten, werden nicht ausgewiesen (§ 48 Abs. 3 Satz 3 GemHVO-Doppik).

Auf der Aktivseite werden die Vermögensgegenstände getrennt nach Anlagevermögen und Umlaufvermögen erfasst. Dabei wird das Vermögen mit den zum Bilanzstichtag ermittelten Werten aufgeführt. Die Aktivseite gliedert sich auf der obersten Ebene nach:

- Anlagevermögen
- Umlaufvermögen
- Aktive Rechnungsabgrenzung

Auf der Passivseite wird das Kapital getrennt nach Eigenkapital und Fremdkapital unterschieden.

Die Passivseite zeigt die Herkunft der Mittel, während die Aktivseite die Verwendung der Mittel ausweist.

Die Passivseite gliedert sich auf der obersten Ebene wie folgt:

- Eigenkapital
- Sonderposten
- Rückstellungen
- Verbindlichkeiten
- Passive Rechnungsabgrenzung

Entsprechend § 45 Abs. 1 GemHVO-Doppik wurde die Gliederung der Ergebnisplanung nach § 2 GemHVO-Doppik für die Gliederung der Ergebnisrechnung verwendet. Diese entspricht dem nach den Ausführungsanweisungen vorgegebenem Muster.

B. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz standen Ansatz und Bewertung von Vermögen und Schulden im Mittelpunkt. Dabei ist zu beachten, dass Ansatz- und Bewertungsvorschriften zu unterscheiden sind. Die Ansatzvorschriften legen fest, ob ein Vermögensgegenstand oder eine Schuld dem Grunde nach ausgewiesen werden muss. Die Bewertungsvorschriften regeln, mit welchem Wert der Ansatz erfolgen muss.

Bei der Erfassung und Bewertung von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten wurden für den Jahresabschluss zum 31.12.2011 nach § 55 Abs. 4 GemHVO-Doppik die Bewertungen der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 und des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 als Grundlagen genommen. Für Zwecke der Eröffnungsbilanz fanden die Bewertungsvorgaben der §§ 39 bis 43 und die §§ 44, 48 und 51 GemHVO-Doppik Anwendung. Die besonderen Bilanzierungs- und Bewertungsregeln zur Aufstellung der Eröffnungsbilanz in den §§ 54 bis 56 GemHVO-Doppik wurden ebenfalls berücksichtigt.

Darüber hinaus finden ergänzend die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung Anwendung. Die Grundsätze für die Ordnungsmäßigkeit der laufenden Buchführung und Inventur sollen sicherstellen, dass sich sachverständige Dritte in angemessener Zeit einen Überblick über die Aufzeichnung von

Buchungsvorfällen und die Aufzeichnung von Vermögens- und Schuldenpositionen verschaffen können und Manipulationsmöglichkeiten verhindert werden.

Entsprechend dem Grundsatz der Vollständigkeit wurden in der Bilanz sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden im wirtschaftlichen Eigentum der Stiftung „Vereinigte Testamente" wertmäßig erfasst.

Entsprechend § 37 Abs. 1 GemHVO-Doppik wurde vor der Aufstellung des Jahresabschlusses eine Inventur durchgeführt und ein Inventar mit allen Vermögensgegenständen und Schulden aufgestellt. Auf eine körperliche Inventur wurde allerdings aufgrund der Vermögensstruktur verzichtet.

Von der Verfahrensweise zur erstmaligen Bewertung in der Eröffnungsbilanz und des Jahresabschlusses 2010 wurde grundsätzlich nicht abgewichen. Nach § 56 GemHVO-Doppik können Berichtigungen an der Eröffnungsbilanz noch im fünften auf die Eröffnungsbilanz folgenden Jahresabschluss erfolgen. Dies betrifft Vermögens- oder Schuldwerte soweit sie mit einem zu niedrigen oder zu hohen Wert oder zu Unrecht oder Unrecht nicht angesetzt worden waren.

Die erstmalige Bewertung der Vermögensgegenstände der Stiftung „Vereinigte Testamente" erfolgte grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um Abschreibungen nach § 43 GemHVO-Doppik. § 55 Abs. 2 GemHVO-Doppik schreibt vor, dass hiervon abgewichen werden kann, wenn die tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand ermittelt werden können. In diesem Fall können den Preisverhältnissen zum Anschaffungs- oder Herstellungszeitpunkt entsprechende Erfahrungswerte angesetzt werden, vermindert um Abschreibungen nach § 43 GemHVO-Doppik seit diesem Zeitpunkt.

Nach § 43 Abs. 4 GemHVO-Doppik können bei Vermögensgegenständen, für die bereits im bisherigen Rechnungswesen der Stiftung Abschreibungen angesetzt worden sind, die Abschreibungen mit unveränderten Abschreibungssätzen fortgeführt werden. Ebenso können gem. § 55 Abs. 5 GemHVO-Doppik die im bisherigen Rechnungswesen ermittelten Wertansätze für Vermögensgegenstände übernommen werden. Bei der Stiftung „Vereinigte Testamente" wurden bereits seit den 1970er-Jahren Anlagennachweise geführt. Daher wurden sowohl die Werte des bisherigen Anlagennachweises als auch die Abschreibungspläne übernommen.

Der Begriff des Zeitwerts ist kein bestimmter Wert, sondern der unter Berücksichtigung der Verhältnisse des Einzelfalls sinnvollste Wert. Somit bildet der vorsichtig geschätzte Zeitwert einen übergeordneten Wertbegriff, der dem in § 39 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO-Doppik festgeschriebenen Vorsichtsprinzip folgt und der sich aus verschiedenen Wertbegriffen wie dem Verkehrswert, dem Wiederbeschaffungszeitwert oder den Anschaffungs- oder Herstellungskosten ableiten lässt. Sofern Zeitwerte bei der Wertermittlung verändert wurden, wurden diese auf den Zeitpunkt der Anschaffung oder Herstellung zurück indiziert.

Aus dem Vorsichtigkeitsprinzip ergibt sich auch, dass Vermögensgegenstände eher zu niedrig als zu hoch zu bewerten sind. Nicht realisierte Gewinne zum Stichtag dürfen nicht, aber vorhersehbare Risiken und Verluste müssen berücksichtigt werden (Imparitätsprinzip).

Bei abnutzbaren Vermögensgegenständen wurde der auf den abgelaufenen Nutzungszeitraum entfallende Wertverlust – bei Berücksichtigung der Gesamtnutzungsdauer – abgezogen.

Für die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer von abnutzbaren Vermögensgegenständen ist gemäß § 43 Abs. 4 GemHVO-Doppik die vom Innenministerium bekannt gegebene Abschreibungstabelle zu Grunde gelegt worden, soweit nicht die bisherigen Werte fortgeführt wurden.

Außerplanmäßige Abschreibungen im Sinne des § 43 Abs. 6 GemHVO-Doppik sind bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung von Vermögensgegenständen vorgenommen worden, sofern diesem Umstand nicht durch Bildung einer Rückstellung begegnet werden konnte.

Ist ein Vermögensgegenstand vollständig abgeschrieben, der aber weiterhin genutzt wird, wurde er mit einem Erinnerungswert im Inventar und in der Bilanz dargestellt. Dieser Erinnerungswert beträgt für die Stiftung „Vereinigte Testamente" grundsätzlich 1,00 €. Abweichende Werte in

Vermögensverzeichnissen, die bereits vom Finanzamt anerkannt sind, werden unverändert fortgeführt.

Der Erinnerungswert von 1,00 € wurde auch dann für einen Vermögensgegenstand angesetzt, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten unbekannt sind und der Wiederbeschaffungszeitwert nur mit nicht vertretbarem Aufwand ermittelt werden kann.

Die in der Eröffnungsbilanz für die einzelnen Vermögensgegenstände ermittelten Werte gelten für die künftigen Haushaltsjahre als Anschaffungs- oder Herstellungskosten und stellen somit die wertmäßige Obergrenze dar.

In die Bilanz wurden nur Vermögensgegenstände aufgenommen, bei denen die „Vereinigte Testamente" das wirtschaftliche Eigentum innehat. Wirtschaftliches Eigentum wurde dann angenommen, wenn der Stiftung „Vereinigte Testamente" dauerhaft für die wirtschaftliche Nutzungsdauer Besitz, Gefahr, Nutzungen und Lasten zustehen und wenn sie über das Verwertungsrecht verfügt und somit die tatsächliche Verfügungsgewalt ausübt.

Des Weiteren wurden Vermögenswerte und Schulden aus existierenden Geschäftsbesorgungsverträgen bilanziert, die im Namen und für Rechnung der Stiftung „Vereinigte Testamente" von der Grundstücksgesellschaft Trave mbH ausgeführt wurden.

Als weiterer Bewertungsgrundsatz wurde ganz überwiegend das Prinzip der Einzelbewertung angewandt. Es besagt, dass Vermögen und Schulden zum Bilanzstichtag einzeln zu bewerten sind.

Davon sind Vermögensgegenstände ausgenommen, die nicht selbständig nutzbar sind und mit anderen Vermögensgegenständen eine Bewertungseinheit bilden.

In begründeten Fällen wurde für Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens zur Vereinfachung der Bewertung eine Festbewertung gem. § 37 Abs. 2 GemHVO-Doppik durchgeführt.

Aktiva

1 Anlagevermögen

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände liegen nicht vor.

1.2 Sachanlagen

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die Stiftung "Vereinigte Testamente" ist nicht im Besitz von unbebauten Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten an unbebauten Grundstücken.

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die Stiftung "Vereinigte Testamente" besitzt Altenpflegeheime und seniorengerechte Wohnungen im Wert von 11.903.333,00 € (Vorjahr: 12.240.245,00 €). Zudem wurde ein Erbbaurecht bilanziert. Die Stiftung „Vereinigte Testamente" ist Eigentümerin des Grundstückes, für das ein Erbbaurecht vergeben wurde.

Bei 11 Anlagen, die unter den Wohnbauten ausgewiesen worden sind, handelt es sich nach Feststellung des Rechnungsprüfungsamtes um Gebäude, die der Bilanzposition 1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden zuzuweisen sind, da diese auf fremden Grund und Boden stehen. Eine Umbuchung zwischen den Bilanzpositionen, die keine Veränderung der insgesamt bilanzierten Werte zur Folge hat, steht bislang aus.

Die Werte wurden den Anlagennachweisen entnommen. Immobilien wurden im Jahresverlauf nicht gekauft und auch nicht verkauft.

1.2.3 Infrastrukturvermögen

Die Stiftung "Vereinigte Testamente" hat unter diesem Bilanzabschnitt nur beim Posten „Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen" Vermögen in Höhe von 35.059,00 € (Vorjahr: 36.582,00 €) vorzuweisen.

Hierbei handelt es sich um Wege, Zufahrten und PKW-Stellflächen, die zu den Alten- und Pflegeheimen gehören.

1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden

Siehe unter 1.2.2

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Das Vermögen der Stiftung "Vereinigte Testamente" beinhaltet keine Kunstgegenstände oder Kulturdenkmäler.

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Maschinen und technische Anlagen oder Fahrzeuge befinden sich nicht im Eigentum der Stiftung "Vereinigte Testamente".

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Stiftung "Vereinigte Testamente" hat keine Betriebs- und Geschäftsausstattung.

1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Die Stiftung "Vereinigte Testamente" hat keine Anlagen im Bau.

1.3 Finanzanlagen

Die Stiftung "Vereinigte Testamente" hat eine Ausleihung über 160.526,37 € (Vorjahr: 174.194,55 €) an die Grundstücksgesellschaft Trave mbH vergeben. Diese wurde planmäßig durch die Gesellschaft bedient. Die Bewertung der Ausleihung erfolgte zum Bilanzstichtag.

2 Umlaufvermögen

2.1 Vorräte .

Vorräte liegen bei der Stiftung "Vereinigte Testamente" nicht vor.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Position untergliedert sich insbesondere in öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Forderungen, unter denen wiederum unterschiedliche Forderungsarten angesetzt und abgebildet werden.

Sämtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert worden.

Einzelheiten sind dem Forderungsspiegel zu entnehmen (siehe Abschnitt V).

Es sind wie im Vorjahr ein kurzfristiges Darlehen gegenüber der Hansestadt Lübeck i.H.v. 1.400.000,00 € sowie Forderungen aus der laufenden Geschäftsabwicklung i.H.v. insgesamt 890.609,62 € (Vorjahr: 296.515,56 €) enthalten.

Es bestehen Forderungen gegenüber Mietern in Höhe von 290.818,95 € (Vorjahr: 304.820,56 €), die von der Grundstücksgesellschaft Trave mbH im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages verwaltet werden.

Forderungen in Fremdwährung lagen am Bilanzstichtag nicht vor.

2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

Die Stiftung "Vereinigte Testamente" verfügte zum Bilanzstichtag über keine Wertpapiere des Umlaufvermögens.

2.4 Liquide Mittel

Bei der Stiftung "Vereinigte Testamente" liegen liquide Mittel in Höhe von 353.253,10 € (Vorjahr: 223.424,40 €) vor, die von der Grundstücksgesellschaft Trave mbH im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages verwaltet werden.

3 Aktive Rechnungsabgrenzung

Bei der Stiftung "Vereinigte Testamente" wurde ein Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 475.343,18 € gebildet. Dieser ergibt sich aus einer Rückzahlungsvereinbarung zwischen der Stiftungsverwaltung und der Hansestadt Lübeck (Gebäudemanagement) zu den Jahren 2010 und 2011 (siehe auch III. Sonstige Angaben). Aufgrund buchungstechnischer und systembedingter Belange in der Buchhaltungssoftware konnte der Aktive Rechnungsabgrenzungsposten nur in dieser Bilanzposition korrekt und nicht wie vom Rechnungsprüfungsamt gefordert unter 2.2 „Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände" dargestellt werden. Daher ist die Bilanzposition Aktive Rechnungsabgrenzung um rund 475T€ zu hoch ausgewiesen, die Forderungen entsprechend zu niedrig. Diese Darstellungsweise hat insgesamt keine Veränderung der insgesamt bilanzierten Werte zur Folge.

Passiva

1 Eigenkapital

Das Eigenkapital der Stiftung "Vereinigte Testamente" gliedert sich in die Positionen

- Stiftungskapital,
- Freie Rücklage,
- Zweckrücklage und
- Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag.

Das Stiftungskapital ist wie im Vorjahr insgesamt mit einem Betrag von 6.575.829,28 € ausgewiesen. Darin enthalten ist neben dem Stiftungskapital im engeren Sinne der im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 ermittelte Differenzbetrag zwischen Aktiva und Passiva in Höhe von 6.191.416,28 €

Ebenfalls sind in der Bilanzposition „Stiftungskapital" Buchungen zur Korrektur der Eröffnungsbilanz enthalten. Dieser Bilanzposten enthält ausschließlich Korrekturen an den Werten der Eröffnungsbilanz nach § 56 GemHVO-Doppik. Danach sind Wertberichtigungen ergebnisneutral mit der Ergebnisrücklage zu verrechnen. Mit der Änderung der GemHVO-Doppik zum 01.01.2013 können sogar noch Korrekturen bis zum fünften auf die Eröffnungsbilanz folgenden Jahresabschluss durchgeführt werden.

Die Korrekturerfordernisse betreffen eine Zinsabgrenzung aus dem Wirtschaftsjahr 2009.

Die Freie Rücklage beträgt unverändert wie im Vorjahr eine Höhe von 629.486,42 €.

Die Zweckrücklage wird nach Verwendung des Jahresfehlbetrages 2010 von 613.798,40 € in einer Höhe von 113.222,60 € (Vorjahr: 727.021,00 €) zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Im Wirtschaftsjahr 2011 konnte die Stiftung „Vereinigte Testamente" einen Jahresüberschuss von 469.649,68 € erzielen. Nach Beschlussfassung des Jahresergebnisses 2011 durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck soll dieser im darauffolgenden Wirtschaftsjahr jeweils anteilig der Freien Rücklage und der Zweckrücklage zugeführt werden.

2 Sonderposten

Die Stiftung "Vereinigte Testamente" hat keine Sonderposten gebildet.

3 Rückstellungen

Die Stiftung "Vereinigte Testamente" hatte eine Sonstige Rückstellung gebildet und führt diese unverändert fort. Diese betrifft die Bauerneuerungsrückstellung in Höhe von 94.763,82 €, die sich aus der Bilanz der von der Grundstücksgesellschaft Trave mbH bewirtschafteten Konten im Rahmen der Geschäftsbesorgungsverträge ergibt. Nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) dürfen Rückstellungen entsprechend § 249 Abs. 2 HGB a.F. nicht mehr in einem Jahresabschluss mit Stichtag nach dem 31.12.2009 gebildet werden. Sie dürfen lediglich erfolgsneutral aufgelöst oder zweckgerecht verbraucht werden. Ein Verbrauch wurde nicht gebucht (s.a. Zweckrücklagen).

4 Verbindlichkeiten

Kredite für Investitionen vom privaten Kapitalmarkt betrugen zum Stichtag 3.670.715,33 € (Vorjahr: 3.840.308,55 €). Investive Kredite von Kapitalgebern aus dem öffentlichen Bereich haben einen Bestand von 2.926.814,65 € (Vorjahr: 2.998.091,42 €).

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Verbindlichkeiten von 3.247,82 € (Vorjahr: 2.639,25 €), die sich aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Grundstücksgesellschaft Trave mbH ergeben, ausgewiesen.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 1.025,213,62 € enthalten alle Verbindlichkeiten, die anderen Verbindlichkeiten nicht zuzurechnen sind. Hierzu gehören Verbindlichkeiten aus der Abrechnung aufgrund der Geschäftsbesorgung durch die Hansestadt Lübeck in Höhe von 614.558,68 € (Vorjahr: 1.216,53 €) und die Grundstücksgesellschaft Trave mbH in Höhe von 400.246,98 € (Vorjahr: 408.916,53 €). Diese resultieren aus noch nicht abgerechneten Mietnebenkosten. Der verbleibende Betrag von 10.407,96 € resultiert aus einer Zinsabgrenzung.

Verwahrposten bestehen nicht.

Verbindlichkeiten in Fremdwährung lagen am Bilanzstichtag nicht vor.

5 Passive Rechnungsabgrenzung

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind vor dem Bilanzstichtag eingegangene Einzahlungen auszuweisen, soweit sie anteilig Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Bei der Stiftung "Vereinigte Testamente" wurden keine passiven Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

Ergebnisrechnung

1 Erträge

Die Erträge bestehen hauptsächlich aus privatrechtlichen Leistungsentgelten.

Die Erlöse aus privatrechtlichen Leistungsentgelten (Mieten und Pachten) liegen in etwa im Rahmen der Erwartungen. Das erwartete Niveau an Zinserträgen konnte trotz der niedrigen Kapitalmarktzinsen fast erreicht werden. Durch die Erzielung eines Außerordentlichen Ertrages liegen die Gesamterträge deutlich über dem Haushaltsplan. Hierzu liegt eine Rückzahlungsvereinbarung mit der Hansestadt (Gebäudemanagement) vor. Diese wird auch im Rahmen der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten berücksichtigt.

	Ergebnis 2010 €	Planansatz 2011 €	Ergebnis 2011 €
privatrechtliche Leistungsentgelte	1.659.868,10	1.736.000,00	1.691.698,67
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.523,50	3.500,00	3.523,50
Finanzerträge	30.853,08	33.200,00	29.142,47
Außerordentliche Erträge	0,00	18.000,00	622.572,01
Summe	**1.694.244,68**	**1.790.700,00**	**2.346.936,65**

2 Aufwendungen

Der Stiftung „Vereinigte Testamente" entstanden hauptsächlich Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (u. a. Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude, Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen), die sich in etwas über dem kalkulierten Haushaltsansatz bewegen. Die Stiftung hat kein eigenes Personal. Die übrigen angefallenen Aufwendungen liegen im Rahmen der erwarteten Planansätze.

	Ergebnis 2010 €	Planansatz 2011 €	Ergebnis 2011 €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.723.184,65	1.195.500,00	1.293,996,62
bilanzielle Abschreibungen	338.435,00	338.500,00	338.435,00
sonstige ordentliche Aufwendungen	44.429,93	56.700,00	51.434,25
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	201.993,50	200.000,00	193.421,10
Summe	**2.308.043,08**	**1.790.700,00**	**1.877.286,97**

3 Jahresergebnis

Es wurde ein positives Jahresergebnis in Höhe von 469.649,68 € erzielt, welches nach Beschlussfassung durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck jeweils anteilig der Freien Rücklage und der Zweckrücklage zugeführt werden.

	Ergebnis 2010 €	Planansatz 2011 €	Ergebnis 2011 €
Jahresergebnis vor Verwendung	-613.798,40	- 18.000,00	469.649,68
Verrechnung mit der Freien Rücklage	0,00	0,00	0,00
Verrechnung mit der Zweckrücklage	613.798,40	0,00	0,00
Summe	**0,00**	**- 18.000,00**	**469.649,68**

III. Sonstige Angaben

Die Stiftung „Vereinigte Testamente“ plant und bebucht lediglich ein Produkt, so dass die Teilrechnungen nach § 47 GemHVO-Doppik der beigefügten Ergebnisrechnung bzw. der beigefügten Finanzrechnung entsprechen.

Haushaltsmittel wurden nicht in das Jahr 2012 übertragen, so dass eine entsprechende Aufstellung nach § 51 Abs. 3 Nr. 4 GemHVO-Doppik entfällt.

Die Stiftung „Vereinigte Testamente“ besitzt im Wirtschaftsjahr 2011 keine eigenen liquiden Mittel (siehe auch. II. Aktiva 2.4 Liquide Mittel), stattdessen verwaltet die Hansestadt Lübeck die liquiden Mittel der Stiftung. Ab dem Wirtschaftsjahr 2013 wird dies so umgestellt (Stichtag 01.01.2013), dass jede von der Hansestadt Lübeck verwaltete Stiftung über ein entsprechendes eigenständiges Geschäftskonto verfügt. Die Ein- und Auszahlungen werden bis dahin bei der Stiftung „Vereinigte Testamente“ als Forderung bzw. als Verbindlichkeit gegenüber der Hansestadt Lübeck entsprechend ausgewiesen. Die Bewegungen der liquiden Mittel werden in der Finanzrechnung als Ein- bzw. Auszahlungen fremder Finanzmittel (Zeilen 35 a-c) ausgewiesen.

Eine Übersicht über Sondervermögen, Zweckverbände, Gesellschaften etc.nach § 51 Abs. 3 Nr. 4 GemHVO-Doppik entfällt, da solche Beziehungen von der Stiftung nicht gehalten werden.

Die Stiftung „Vereinigte Testamente“ ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil Sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient. Ein entsprechender Freistellungsbescheid des Finanzamtes Lübeck vom 14.11.2016 liegt vor.

IV. Stiftungsgremien

Die Stiftung "Vereinigte Testamente" wird von der Hansestadt Lübeck nach den Vorschriften der Gemeindeordnung für Schleswig- Holstein nach § 5 Abs. 1 der Stiftungssatzung verwaltet. Die Hansestadt Lübeck darf durch Verwaltungsaufgaben, die den Zwecken der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen nicht begünstigt werden.

Soweit die Hansestadt Lübeck entsprechend der Bestimmung des § 181 BGB in der Vertretung der Stiftung „Vereinigte Testamente“ nach § 5 Abs. 2 der Stiftungssatzung gehindert ist, wird diese durch einen Vorstand wahrgenommen, der aus drei Mitgliedern besteht. Sie werden vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein für die Dauer von 6 Jahren ernannt. Die Vorstandsmitglieder sollen Bürger der Hansestadt Lübeck, sie dürfen jedoch nicht deren Bedienstete sein. Zur rechtswirksamen Vertretung der Stiftung „Vereinigte Testamente“ genügt die Mitwirkung von zwei Vorstandsmitgliedern.

Lübeck, den 01.02.2019

Jan Lindenau

Bürgermeister der
Hansestadt Lübeck

Anlagen zum Anhang nach § 51 Abs. 3 GemHVO-Doppik

Anlagenspiegel GJ 2011

Anlagevermögen MANDANT: 117	Anschaffung- und Herstellkosten					Abschreibungen				Restbuchwert am Ende des Wirtschaftsjahres	Restbuchwert am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres	Kennzahlen	
	Anfangsbestand	Zugang	Abgang	Umbuchungen	Endbestand	Anfangsbestand	Zugang, d.h. Abschreibungen im Haushaltsjahr	Abgang, d.h. angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 5 ausgewiesenen Abgänge	Endbestand			Durchschn. Abschreibungssatz	Durchschn. Restbuchwert
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	v.H.	v.H.
1 2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
01 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
Summe Immaterielles Vermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2 Sachanlagen													
02 1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.1.1 Grünflächen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.1.2 Ackerland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.1.3 Wald, Forsten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
03 1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	20.757.305,00	0,00	0,00	0,00	20.757.305,00	8.517.060,00	336.912,00	0,00	8.853.972,00	11.903.333,00	12.240.245,00	1,6	57,3
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.2.2 Schulen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.2.3 Wohnbauten	20.757.305,00	0,00	0,00	0,00	20.757.305,00	8.517.060,00	336.912,00	0,00	8.853.972,00	11.903.333,00	12.240.245,00	1,6	57,3
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
04 1.2.3 Infrastrukturvermögen	177.825,00	0,00	0,00	0,00	177.825,00	141.243,00	1.523,00	0,00	142.766,00	35.059,00	36.582,00	0,9	19,7
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung u. Sicherheitsanl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.3.5 Straßennetze mit Wegen, Plätzen, Verkehrslenkungsanl.	177.825,00	0,00	0,00	0,00	177.825,00	141.243,00	1.523,00	0,00	142.766,00	35.059,00	36.582,00	0,9	19,7
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
05 1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
06 1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
07 1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
08 1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
09 1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anzahlungen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
Summe Sachanlagevermögen	20.935.130,00	0,00	0,00	0,00	20.935.130,00	8.658.303,00	338.435,00	0,00	8.996.738,00	11.938.392,00	12.276.827,00	1,6	57,0
1.3 Finanzanlagen													
10 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
11 1.3.2 Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
12 1.3.3 Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
13 1.3.4 Ausleihungen	174.194,55	0,00	13.668,18	0,00	160.526,37	0,00	0,00	0,00	0,00	160.526,37	174.194,55	0,0	0,0
1.3.4.1 Ausleihungen an verb. Unternehmen, Beteilig., SV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.3.4.2 Sonstige Ausleihungen	174.194,55	0,00	13.668,18	0,00	160.526,37	0,00	0,00	0,00	0,00	160.526,37	174.194,55	0,0	0,0
14 1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
Summe Finanzanlagevermögen	174.194,55	0,00	13.668,18	0,00	160.526,37	0,00	0,00	0,00	0,00	160.526,37	174.194,55	0,0	0,0
Gesamtsumme	21.109.324,55	0,00	13.668,18	0,00	21.095.656,37	8.658.303,00	338.435,00	0,00	8.996.738,00	12.098.918,37	12.451.021,55	1,6	57,0

647 von 1236 in Zusammenstellung

FORDERUNGSSPIEGEL 2011

Art der Forderung		Gesamtbetrag des Haushalts-jahres in EUR	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag des Vorjahres in EUR
			bis zu 1 Jahr in EUR	1 bis 5 Jahre in EUR	mehr als 5 Jahre in EUR	
1	2	3	4	5	6	7
161	2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
169	2.2.2 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
171	2.2.3 Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
179	2.2.4 Sonstige privatrechtliche Forderungen	2.581.428,57	2.581.428,57	0,00	0,00	2.001.336,12
178	2.2.5 Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	----------					
	1 siehe auch § 48 Abs. 3 GemHVO-Doppik					
	2 Als Restlaufzeit gilt der Zeitraum zwischen dem Abschlussstichtag des Jahresabschlusses und dem letzten					
	Fälligkeitstag der einzelnen Forderung					
	3 Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird					
	Summe	**2.581.428,57**	**2.581.428,57**	**0,00**	**0,00**	**2.001.336,12**

VERBINDLICHKEITENSPIEGEL 2011

Art der Verbindlichkeit		Gesamtbetrag des Haushalts-jahres in EUR	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag des Vorjahres in EUR
			bis zu 1 Jahr in EUR	1 bis 5 Jahre in EUR	mehr als 5 Jahre in EUR	
1	2	3	4	5	6	7
30	4.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
32	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	-6.597.529,98	0,01	-11.794,26	-6.585.735,73	-6.838.399,97
321-	4.2.1 von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
321-	4.2.2 vom öffentlichen Bereich	-2.926.814,65	0,01	0,00	-2.926.814,66	-2.998.091,42
321-	4.2.3 vom privaten Kreditmarkt	-3.670.715,33	0,00	-11.794,26	-3.658.921,07	-3.840.308,55
33	4.3 Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-3.247,82	-3.247,82	0,00	0,00	-2.639,25
36	4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	-1.025.213,62	-1.025.213,62	0,00	0,00	-421.440,73
	----------					
	1 siehe auch § 48 Abs. 4 GemHVO-Doppik					
	2 Als Restlaufzeit gilt der Zeitraum zwischen dem Abschlussstichtag des Jahresabschlusses und dem Zeitpunkt					
	des vollständigen Ausgleichs der Verbindlichkeit					
	3 Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird					
	Summe	**-7.625.991,42**	**-1.028.461,43**	**-11.794,26**	**-6.585.735,73**	**-7.262.479,95**

Stiftung Vereinigte Testamente
Lagebericht und Jahresabschluss 2011

1. Allgemeines

1.1 Geschichtlicher Hintergrund.

Nach dem Ende des 1. Weltkrieges und der Geldentwertung war eine Vielzahl von Lübecker Stiftungen nicht mehr in der Lage, ihrem angedachten Stiftungszweck nachzukommen. Um diesen Stiftungen, deren Vermögen nicht aus Grundvermögen bestand, erneut wirtschaftliche Kraft zu verleihen, entschloss sich der Senat der Freien und Hansestadt Lübeck die Stiftung Vereinigte Testamente ins Leben zu rufen. Die hauptsächliche Aufgabe dieser Stiftungen war die „Armenfürsorge". Auch wenn zunächst nur von einer Verwaltungsgemeinschaft gesprochen wurde, so ist doch die Stiftung Vereinigte Testamente als eine durchaus selbständige Stiftung geschaffen worden. Sie wurde auch jederzeit als eine solche geführt. So wurden z.B. Grundrechte stets unter dem Namen der Stiftung in das Grundbuch eingetragen. Letztendlich sind die Vermögen der einzelnen Stiftungen so unentwirrbar miteinander verschmolzen, dass aus tatsächlicher Übung heraus die einheitliche Vermögensgemeinschaft „Vereinigte Testamente" entstanden ist. Die bestehenden Zweifel an der Selbständigkeit der Stiftung sind 1941 durch den nochmaligen Zusammenschluss der Stiftungen der Vereinigten Testamente zu der einheitlichen Stiftung „Vereinigte Testamente" endgültig behoben worden. In der Stiftung sind bis heute über 180 Einzelstiftungen eingegliedert worden. Im Laufe der Zeit wurde der Stiftungszweck nach und nach angepasst. Die Stiftung erfüllt auch heute noch eine Aufgabe von großer sozialer Bedeutung. Das Vermögen der Stiftung wurde für den Bau von Alten- und Pflegeheimen und Altenwohnungen eingesetzt. Zu den Schwerpunkten zählen heute die Unterhaltung und Modernisierung der o.g. stiftungseigenen Einrichtungen.

1.2 Zweck der Stiftung

Aufgabe der Stiftung Vereinigte Testamente ist unmittelbar und ausschließlich Lübecker Bürger, die infolge ihrer wirtschaftlichen Not der Hilfe bedürfen, zu unterstützen. Sie erfüllt diesen Zweck

a) durch Gewährung von Unterstützungen,
b) durch Förderung von bestehenden Alten- und Pflegeheimen,
c) durch Schaffung von neuen Alten- und Pflegeheimen.

1.3 Vermögen der Stiftung

Zum Vermögen der Stiftung Vereinigte Testamente gehören 1 Grundstück in Lübeck, das als Erbbaurecht vergeben wurde; 4 Pflegeheime mit je ca. 80 Pflegeplätzen, die von der Hansestadt Lübeck betrieben werden, sowie an allen Pflegeheimstandorten angegliederte betreute Altenwohnungen (gesamt 206). Die Immobilien haben einen Buchwert von insgesamt von rund 11,9 Mio. €. Daneben besteht das Vermögen aus Forderungen in Höhe von 2,6 Mio. € und liquiden Mitteln von 353,3 T€. Des Weiteren existiert eine Ausleihung (Hypothekenforderung) in Höhe von 160,5 T€.

1.4 Organe der Stiftung

Die Stiftung Vereinigte Testamente wird von der Hansestadt Lübeck nach den Vorschriften der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein verwaltet. Die Hansestadt Lübeck darf durch Verwaltungsaufgaben, die den Zwecken der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen nicht begünstigt werden. Die Hansestadt Lübeck vertritt die Stiftung im Regelfall gerichtlich und außergerichtlich.
Soweit die Hansestadt Lübeck entsprechend der Bestimmung des § 181 BGB in der Vertretung der Stiftung gehindert ist, wird diese durch einen Vorstand wahrgenommen, der aus drei Mitgliedern besteht. Sie werden vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein für die

Dauer von sechs Jahren ernannt.
Die Stiftung wird vertreten durch den Bürgermeister der Hansestadt Lübeck - 2.280.5 Stiftungsverwaltung.

1.5 Stiftungssatzung

Die Stiftung Vereinigte Testamente wird als ***Stiftung des bürgerlichen Rechts*** nach dem Stiftungsgesetz -StiG (GVOBl. Schl.-H. 2000 Nr. 5 S. 208) und nach der Satzung der Stiftung Vereinigte Testamente vom 23.01.1959, zuletzt geändert durch Beschluss der Bürgerschaft vom 27.05.1982, geführt.

2. Geschäftsablauf im Berichtsjahr

Das Haushalts- und Rechnungswesen der Stiftung wurde erstmalig im Haushaltsjahr 2010 in der Systematik der „Doppelten Buchführung in Konten (Doppik)" geführt. Sie bedient sich dabei den Regelungsinhalten, Vorgaben und Konzepten der Hansestadt Lübeck zur Umstellung des Haushalts- und Rechnungswesens, soweit diese für Stiftungen anwendbar sind. Grundlage bildet insbesondere die Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik. Sie gilt nach § 58 GemHVO-Doppik für Treuhandvermögen der Gemeinde sinngemäß.

Wesentliche Aufgabe der Doppik ist der Nachweis des periodengerechten Ressourcen-verbrauchs mit seiner Folgewirkung auf die Bilanzrelationen und das Eigenkapital. Die bei Privatunternehmen wichtigen Funktionen des Rechnungswesens zur Feststellung des Gewinns und der Bemessung des zu versteuernden Einkommens sind im Stiftungsrecht – soweit es gemeinnützige Stiftungen betrifft – von untergeordneter Bedeutung. Die Stiftung Vereinigte Testamente ist weitgehend steuerbefreit, ein Ansammeln von „Gewinnen" widerspricht der Pflicht der „zeitnahen Mittelverwendung" sowie dem grundsätzlichen Thesaurierungs- und Admassierungsverbot im Stiftungssteuerrecht.
Relevant sind Aussagen über die Konstanz des Eigenkapitals, das maßgeblich durch die Jahresergebnisse (Ergebnisrechnung) bestimmt wird sowie Aussagen über die Leistungsfähigkeit der Stiftung im Rahmen der Zweckverfolgung.

Die Stiftung Vereinigte Testamente stellt eine sog. Anstaltsstiftung dar, die ausschließlich operativ arbeitet, d.h. der Stiftungszweck wird nicht über Ausschütten von Vermögenserträgen erfüllt, sondern durch Einsatz der Vermögenssubstanz selbst sowie durch Dienstleistungen.
Zu ihrem Grundbesitz gehören vier SeniorInneneinrichtungen in der Wattstraße, Prassekstraße, Elswigstraße und in Dornbreite. Die angeschlossenen betreuten Wohnungen werden gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag von der Grundstücksgesellschaft„Trave mbH bewirtschaftet.
Die Erträge aus Mieten und Pachten in Höhe von 1,7 Mio. € liegen im Rahmen der Erwartungen (1,7 Mio. €). Das erwartete Niveau an Zinserträgen in Höhe von 33,2 T€ konnte trotz der niedrigen Kapitalmarktzinsen fast erreicht werden und liegt bei 29,1 T€.

Für die bauliche Unterhaltung einschließlich der Betriebskosten der stiftungseigenen Liegenschaften wurden 1,3 Mio. € verausgabt (Vorjahr: 1,7 Mio. €).
Die Aufwendungen für Sach-und Dienstleistungen sind allerdings im Wirtschaftsjahr 2010 aufgrund einer nicht zutreffenden Pauschalabrechnung zu hoch ausgewiesen. Daraufhin ist im Wirtschaftsjahr 2011 aufgrund einer Rückzahlungsvereinbarung zwischen der Stiftungs-verwaltung und dem Gebäudemanagement der Hansestadt Lübeck ein aktiver Rechnungs-abgrenzungsposten zu den Jahren 2010 (622.572,01 €) und 2011 (-147.228,83 €) in Höhe von 475.343,18 € gebildet worden, der im Wirtschaftsjahr 2012 wieder aufgelöst wurde. Im Wirtschaftsjahr 2011 ergeben sich die durch die Bildung dieses Aktiven Rechnungs-abgrenzungspostens eine Erhöhung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 147.228,83 € durch den Verbrauch sowie ein außerordentlicher Ertrag von 622.572,01 €.

Die Zinsaufwendungen für Darlehen inkl. der Kreditbeschaffungskosten beliefen sich auf 193,4 T€ (Vorjahr: 202 T€). Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen vom öffentlichen Bereich haben zum Stichtag 31.12.2011 einen Wert von 2,9 Mio. €, vom privaten Kreditmarkt beträgt dieser 3,7 Mio. €.

Aufgrund des außerordentlichen Ertrages konnte ein positives Jahresergebnis in Höhe von 469.649,68 € erreicht werden. Nach Beschlussfassung des Jahresergebnisses durch die

Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck soll dieses im darauffolgenden Wirtschaftsjahr gem. den gesetzlichen Regelungen im § 62 der Abgabenordnung anteilig der Freien Rücklage und der Zweckrücklage zugeführt werden.

3. Vermögenslage

Das bilanzierte Stiftungskapital der Stiftung Vereinigte Testamente setzt sich aus den Positionen „Stiftungskapital" von 384,4 T€ und „Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied von 6,19 Mio. € zum 31.12.2011 zusammen. Hierbei bildet das „Stiftungskapital" das Grundstockvermögen der Stiftung inklusive der Entwicklung vor der Umstellung auf die doppische Buchführung ab. Das „Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied" hingegen stellt die rein rechnerische Differenz zwischen der neu ermittelten Aktiv- und der Passivseite der Bilanz dar und bildet die bis dahin erwirtschafteten stillen Reserven ab, die mit den Neubewertungen von Vermögens- und Schuldwerten aufgrund der Überleitung auf die doppische Buchführung offengelegt wurden. Das Erwirtschaften stiller Reserven ist rechtlich zulässig, ausdrücklich wünschenswert und aufgrund der Einhaltung z.B. des Niederstwertprinzips bei der doppischen Bewertung unvermeidbar.

Eine nachträgliche Zuordnung von rein mathematisch ermittelten, aber zum Teil über Jahrhunderte erwirtschafteten, stillen Reserven zu bestimmten Eigenkapitalbestandteilen ist nicht seriös möglich.

Das zu erhaltende Stiftungskapital kann sich daher lediglich auf das Grundstockvermögen beziehen, das unabhängig vom System des Rechnungswesens einheitlich betrachtet wird und den Vorgaben der Stiftungsaufsichtsbehörde entspricht.

Im Wirtschaftsjahr 2011 gab es keine Veränderung des Grundstockvermögens als Stiftungskapital. Der Erhalt des Stiftungskapitals ist hiermit gewährleistet.

Darüber hinaus haben sich die Ergebnisrücklagen im Wirtschaftsjahr 2011 leider nicht positiv entwickelt. Nach Verwendung des Jahresergebnisses 2010 beläuft sich die Freie Rücklage unverändert auf 629,5 T€ und die Zweckrücklage auf 113,2 T€ (Vorjahr: 727,0 T€) zum Bilanzstichtag.

4. Finanzlage

Die Finanzierung der Stiftungsleistungen ist weiterhin gesichert. Evt. Risiken, die die dauernde Leistungsfähigkeit der Stiftung beeinträchtigen, sind derzeit nicht vorhanden bzw. nicht erkennbar.
Die Zahlungsfähigkeit der Stiftung war im Jahr 2011 jederzeit gegeben.

5. Ausblick

In Zusammenarbeit mit dem Bereich Gebäudemanagement der Hansestadt Lübeck und der Grundstücksgesellschaft Trave mbH, Lübeck sollen die Pflegeheime sowie die angegliederten Altenwohnungen in den nächsten Jahren umfassend modernisiert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Betreibern ähnlicher Einrichtungen zu erhalten bzw. nachhaltig zu verbessern. Insbesondere wird daran gedacht, Einsparungspotentiale in energetischer Hinsicht zu suchen.

Lübeck, den 01.02.2019

Jan Lindenau
Bürgermeister der
Hansestadt Lübeck

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07831
öffentlich

Lübeck, 13.06.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
1.201 - Haushalt und Steuerung

Bearbeitung: Jörg Kaminski (E-Mail: joerg.kaminski@luebeck.de Telefon: 122-2060)

Stiftung Kriegsopferdank - Jahresabschluss 2012

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
26.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. **Der Jahresabschluss 2012 mit einem Jahresüberschuss von 44.664,78 € (Ergebnisrechnung) wird nach § 95 n Abs. 3 GO i.V.m. § 17Abs. 2 Stiftungsgesetz des Landes Schleswig-Holstein zur Kenntnis genommen.**

2. **Dieser Jahresüberschuss wird anteilig (=3.725,57 €) der Freien Rücklage sowie in 2 Teilen der Zweckrücklage (=35.350,85 € + 5.588,36 €) zugeführt. Die Berechnung ist in der Begründung erläutert.**

3. **Die negative Ergebnisrücklage in Höhe von 766.375,83 € wird aufgrund von Korrekturen an der Eröffnungsbilanz gem. § 56 Abs. 2 GemHVO-Doppik zum 31.12.2010 mit der Allgemeinen Rücklage (Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied) verrechnet.**

4. **Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der im Rechnungsprüfungsausschuss am 06.06.2019 abschließend beraten wurde (VO/2019/07647) wird zur Kenntnis genommen.**

Verfahren:
Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:	[ ]	Ja
	[X]	Nein, da nicht betroffen.
Begründung:		

Die Maßnahme ist:	[ ]	neu
	[ ]	freiwillig
	[X]	vorgeschrieben durch: GO S-H

Finanzielle Auswirkungen:	[X]	Nein
	[ ]	Ja (Anlage 1)

Begründung:
Die ***Freie Rücklage*** beträgt nach Verwendung des Jahresergebnisses 2012 (nach Beschlussfassung der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck) dann im Jahr 2013: 259.869,76 € (Vorjahr: 256.144,19 €). **Die Zuführung zur Freien Rücklage von 3.725,57 € errechnet sich** gemäß § 62 Abs. 1 S. 3 AO aus höchstens 1/3 des anteiligen Jahresüberschusses (Rest Jahresüberschuss nach Zuführung zur Zweckrücklage Bauerneuerung aus GBV = 9.313,93 € - davon 1/3 = 3.104,64 €) zuzüglich 10 % der noch zu verwendenden Mittel (10 % = 620,93 €).
Der verbleibende Anteil des Jahresergebnisses wird in 2 Teilen der Zweckrücklage zugeführt werden.

Die ***Zweckrücklage*** beträgt dann nach Verwendung des Jahresergebnisses 2012: 149.302,91 € (Vorjahr: 108.363,70 €). Nach Beschlussfassung der Verwendung des Jahresergebnisses durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck soll der Zweckrücklage **ein anteiliger Betrag in Höhe von 35.350,85 € zu Bauerneuerungen sowie allgemein ein Betrag von 5.588,36 € zugeführt werden**.

Anlagen:

Bürgermeister Jan Lindenau

Hansestadt LÜBECK

► **Nr. VO/2019/07647**
öffentlich

Lübeck, 13.05.2019

Bearbeitung: Yvonne Bretfeld (E-Mail: yvonne.bretfeld@luebeck.de Telefon: 122-7103)

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 der Stiftung Kriegsopferdank und des Lageberichtes für das Haushaltsjahr 2012

Beratung, Erörterung und ggf. Empfehlung zum o.a. Prüfungsbericht im Zuge der Erstbehandlung.

Hansestadt LÜBECK

Bericht
über die Prüfung des
Jahresabschlusses 2012
der Stiftung Kriegsopferdank
und des Lageberichts für das
Haushaltsjahr 2012

Rechnungsprüfungsamt

März 2019

Impressum

Herausgeber:
Hansestadt Lübeck
Der Bürgermeister
Rechnungsprüfungsamt
Rechnungsprüferin Tina Wendt
Layout: Elke Buller

Inhalt:

Seite

Tabellenverzeichnis II

Abkürzungsverzeichnis III

1 Prüfungsgegenstand und -auftrag 1

1.1 Vorjahre 2

1.2 Haushaltsplanung 3

2 Jahresabschluss 2012 4

2.1 Bilanz 4

2.1.1 Sonstige privatrechtliche Forderungen 4

2.1.2 Liquide Mittel 5

2.1.3 Eigenkapital 5

2.1.3.1 Stiftungskapital 5

2.1.3.2 Zweckrücklage 6

2.1.3.3 Freie Rücklage 7

2.1.4 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen 7

2.2 Ergebnisrechnung 8

2.2.1 Privatrechtliche Leistungsentgelte (Erträge) 8

2.2.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 9

2.2.3 Bilanzielle Abschreibungen 10

2.3 Finanzrechnung 10

2.3.1 Privatrechtliche Leistungsentgelte (EZ) 11

2.3.2 Auszahlungen aus dem Erwerb von Grundstücken 11

2.3.3 Ein- und Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen 12

2.3.4 Ein- und Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln 12

2.4 Anhang 13

2.5 Lagebericht 13

3 Erhalt des Stiftungsvermögens 14

4 Mittelverwendung / Stiftungszweck 14

5 Zusammenfassung 15

Tabellenverzeichnis

Seite

Tabelle 1: Prüfungsbemerkungen 2

Tabelle 2: Berechnung der Erträge aus privatrechtlichen Leistungsentgelten 8

Tabelle 3: Berechnung des Bewirtschaftungsaufwands 9

Abkürzungsverzeichnis

AO	–	Abgabenordnung
AZ	–	Auszahlungen
EB	–	Eröffnungsbilanz
EZ	–	Einzahlungen
GBV	–	Geschäftsbesorgungsvertrag
GemHVO-Doppik	–	Landesverordnung über die Aufstellung und Ausführung eines doppischen Haushaltsplanes der Gemeinden - Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik
GO	–	Gemeindeordnung Schleswig-Holstein
HL	–	Hansestadt Lübeck
KOD	–	Stiftung Kriegsopferdank
KGr	–	Kontengruppe
JA	–	Jahresabschluss
RPA	–	Rechnungsprüfungsamt
Trave	–	Grundstücksgesellschaft Trave mbH
VV	–	Verwaltungsvorschriften

1 Prüfungsgegenstand und -auftrag

Die Stiftung Kriegsopferdank (KOD) ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts. Sie wird gemäß § 4 ihrer Satzung von der Hansestadt Lübeck (HL) nach den Vorschriften der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) verwaltet. Es handelt sich um Treuhandvermögen im Sinne von § 98 GO. Demnach unterliegen die Jahresabschlüsse (JA) der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt (RPA).

§ 95n Abs. 1 GO:
In Gemeinden, in denen ein RPA besteht, prüft dieses den JA und den Lagebericht mit allen Unterlagen dahin, ob

1. der Haushaltsplan eingehalten ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt worden sind,
3. bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen (EZ) und Auszahlungen (AZ) sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach den geltenden Vorschriften verfahren worden ist,
4. das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind,
5. der Anhang zum JA vollständig und richtig ist,
6. der Lagebericht zum JA vollständig und richtig ist.

Das RPA kann die Prüfung nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränken und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichten.

Im Sinne einer zügigen Prüfung zurückliegender JA hat das RPA von dieser Regelung Gebrauch gemacht. Die nicht geprüften wesentlichen Positionen werden am Ende der geprüften Positionen der Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung in diesem Bericht aufgelistet.

Prüfungsgegenstand war der JA des Jahres 2012. Dieser wurde im April 2018 vom Bürgermeister unterzeichnet und dem RPA im Mai 2018 zur Prüfung vorgelegt. Die weiteren Prüfungsunterlagen wurden während der Prüfung, die hauptsächlich im Dezember 2018 und Februar 2019 stattfand, bereitgestellt.

Zweck der Stiftung ist neben der Gewährung von Hilfen zur Linderung besonderer Notfälle für Kriegsgeschädigte oder deren Hinterbliebene sowie Menschen mit einer Schwerbehinderung und deren Familien u. a. der Bau und die Unterhaltung von entsprechenden Wohnungen. Die Stiftung hat mit der Grundstücksgesellschaft Trave mbH (Trave) einen Geschäftsbesorgungsvertrag (GBV) geschlossen. Der Geschäftsbesorger verwaltet die Wohnungen. Er ist für die Vermietung und Instandhaltung zuständig und erhält dafür von der Stiftung eine jährliche Verwaltungskostenpauschale. Erwirtschaftete Überschüsse werden an die Stiftung abgeführt. Es ist darauf hinzuweisen, dass Zahlungsströme des Geschäftsbesorgers nicht Gegenstand dieser Prüfung waren.

1.1 Vorjahre

Allgemeine Prüfungsbemerkungen in den Berichten zur Eröffnungsbilanz (EB) und der JA der Vorjahre waren:

Tabelle 1: Prüfungsbemerkungen

Thema	Prüfungsbemerkung	Stellungnahme der Verwaltung	Bemerkungen
EB			
Inventur	Es fand keine ordnungsgemäße Inventur statt.	Eine baldmöglichst durchzuführende Inventur kann für weitere Klarheit sorgen.	Die Inventur wurde 2016 durchgeführt. Diese wird zum JA 2016 Prüfungsgegenstand.
Wohnbauten	Die Anlagen 9500012 und -13 stehen auf fremdem Grund und hätten entsprechend ausgewiesen werden müssen.	Eine Umsetzung erfolgt im nächst erreichbaren JA.	Eine Umsetzung erfolgte bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Prüfungsberichts nicht. Im Anhang wurde darauf hingewiesen.
JA 2010			
Eigenkapital / Anhang / Lagebericht	Fehlende Erläuterung der Aufgliederung des Stiftungskapitals.		Die Erläuterung wurde im Lagebericht 2012 vorgenommen, Anmerkungen siehe unter Tz. 2.1.3.1.
JA 2011			
Zweckrücklage / Freie Rücklage	Das RPA empfahl die Zweckrücklage und die freie Rücklage der Ergebnisrücklage (Kontoart 203) zuzuordnen.	Der Zuordnung zu den Ergebnisrücklagen wird zukünftig gefolgt (JA 2010).	Die Zweckrücklage und die freie Rücklage wurden im JA 2012 wieder unter der Kontoart 200 ausgewiesen - siehe Tz. 2.1.3.
Stiftungskapital / Erhalt des Grundstockvermögens	Das RPA empfiehlt die Änderung der Definition des Grundstockvermögens im Lagebericht und Anhang und die Zusammenfassung von Stiftungskapital i.e.S. und Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied.		Die Definition des Grundstockvermögens und der Ausweis des Stiftungskapitals ist unverändert im JA 2012.

Thema	Prüfungsbemerkung	Stellungnahme der Verwaltung	Bemerkungen
AZ für die Gewährung von Ausleihungen / Fremde Finanzmittel	Die EZ- und AZ-Konten sind bei der Umgliederung von Bilanzkonten mitbebucht worden und dadurch zu hoch ausgewiesen.		Die Finanzrechnungskonten sind 2012 erneut durch Sachbuchungen zu hoch ausgewiesen (siehe Tz. 2.3.3 und 2.3.4).
Mieterträge / Aufwendungen aus Bewirtschaftung	Falscher Ausweis der Höhe nach in Ergebnisrechnung. Im Saldo hatte dies jedoch keinen Einfluss auf das Jahresergebnis.	Gemäß Aussage der Verwaltung in einer Besprechung am 12.12.2018 besteht Problematik ab JA 2017 nicht mehr.	In 2012 erfolgte erneut ein falscher Ausweis der Höhe nach.
Bilanzielle Abschreibungen	Der Ausweis von Abgängen aus Verkauf von Anlagen erfolgte unter KGr 57 anstatt KGr 54.		Im Haushaltsjahr 2012 wurde kein Verkauf vorgenommen.
Mieteinzahlungen	Der Ausweis von Einzahlungen aus sonstigen Forderungen aus Bewirtschaftung erfolgte unter den Mieteinzahlungen.	Die korrekte Zuordnung erfolgt ab dem JA 2017.	
Auszahlung aus dem Erwerb von Grundstücken	Hochbaumaßnahmen sind auf dem Konto 7831000 – Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden ausgewiesen worden. Es ist jedoch das Konto 7851000 – Hochbaumaßnahmen zu verwenden. Das RPA empfahl im Prüfungsbericht 2011, entsprechende Sachverhalte zukünftig im Anhang zu erläutern.	Gemäß Verwaltung ist dies systemtechnisch nicht anders möglich, da bei der Ersteinrichtung der Gebäude in der Weberkoppel die Anlagenkontierungstypen aufgrund des Kaufs so eingerichtet wurden.	Im JA 2012 werden Hochbaumaßnahmen erneut fehlerhaft ausgewiesen.

1.2 Haushaltsplanung

Der Haushaltsplan für 2012 wurde am 23.02.2012 von der Bürgerschaft beschlossen. Auf Abweichungen von der Haushaltsplanung wird ggf. unter den einzelnen Positionen eingegangen.

2 Jahresabschluss 2012

Der JA der Stiftung besteht entsprechend § 95m GO aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und dem Anhang. Ihm ist ein Lagebericht beigefügt. Da die JA 2011, 2012 und 2013 im Mai 2018 zusammen vorgelegt worden sind, wiederholen sich im Prüfungsbericht 2012 einige Prüfbemerkungen aus dem Bericht 2011.

2.1 Bilanz

Der Jahresüberschuss (44.665 EUR) stimmte mit der Ergebnisrechnung und die liquiden Mittel (1.086.585 EUR) stimmten mit der Finanzrechnung überein. Des Weiteren wurden die Bilanzposten mit den Anlagen zum Anhang (Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitenspiegel) und dem Finanzbuchhaltungssystem abgestimmt.

Die Bilanz war rechnerisch richtig, formell gab es jedoch beim Eigenkapital Abweichungen vom Muster zu § 48 GemHVO-Doppik (siehe Tz. 2.1.3). Wie bereits zum Abschluss 2011 empfiehlt das RPA, in der Bilanz auch die aufsummierten Beträge aller werthaltigen Bilanzposten anzugeben. Die Angabe der Beträge der tiefer untergliederten Bilanzposten ist im Sinne einer guten Lesbarkeit nicht ausreichend.

2.1.1 Sonstige privatrechtliche Forderungen

	31.12.2011	31.12.2012
Kontenart 179	1.482.696 EUR	991.159 EUR

Die sonstigen privatrechtlichen Forderungen bestanden im Wesentlichen aus Forderungen gegenüber der HL in Höhe von 818 TEUR (Vorjahr 1,32 Mio. EUR) und Forderungen aus dem GBV mit der Trave in Höhe von 174 TEUR (Vorjahr 160 TEUR).

Der Rückgang der Forderungen war im Wesentlichen auf die Errichtung eines eigenen Geschäftskontos durch die Stiftung zurückzuführen. Bis Ende 2012 besaß die Stiftung KOD kein eigenes Geschäftskonto, sodass Zahlungen über Konten der HL abgewickelt wurden. EZ für die Stiftung wurden als Forderungen der Stiftung gegenüber der HL abgebildet. Mit Eröffnung des Geschäftskontos Ende 2012 reduzierten sich die aufsummierten Forderungen gegenüber der HL um 582 TEUR. Das RPA empfiehlt, Veränderungen dieser Größenordnung zukünftig zu erläutern. Zum Jahresende wurde noch eine Forderung gegenüber der HL in Höhe von 18 TEUR ausgewiesen. Dieser Betrag fand sich auf den Forderungskonten bis 2017 wieder. Nach Aussage der Verwaltung konnte dieser Restbetrag durch die verzögerte Jahresabschlusserstellung erst in Folgejahren gänzlich gebucht werden.

Die Termingeldanlage in Höhe von 800 TEUR blieb unverändert. Bei der HL wurden die entsprechenden Verbindlichkeiten ausgewiesen.

2.1.2 Liquide Mittel

	31.12.2011	31.12.2012
Kontengruppe (KGr) 18	490.697 EUR	1.086.585 EUR

Die liquiden Mittel werden zum einen von der Trave im Rahmen der Geschäftsbesorgung sowie von der Stiftung selbst verwaltet.

Die Zahlen wurden aus der Jahresabrechnung der Trave in das Finanzbuchhaltungssystem der Stiftung KOD übernommen. Das RPA hat die Kontostände anhand von Kontoauszügen bei der Trave überprüft. Die liquiden Mittel, welche von der Trave verwaltet werden, setzten sich aus drei Festgeldkonten mit insgesamt 485.000 EUR und vier Girokonten mit insgesamt 20.032 EUR zusammen.

Wie bereits unter Tz. 2.1.1 dargestellt, wurde Ende 2012 ein eigenes Geschäftskonto der Stiftung für den bis dahin über städtische Konten abgewickelten Zahlungsverkehr errichtet. Die Liquiditätszunahme von 2011 nach 2012 in Höhe von 596 TEUR ergab sich im Wesentlichen aus der Eröffnung des Geschäftskontos (582 TEUR) und der entsprechenden Reduzierung der Forderungen gegenüber der HL. Im Anhang oder Lagebericht wurde dieser Sachverhalt aus Sicht des RPA nicht ausreichend dargestellt.

2.1.3 Eigenkapital

Der Ausweis des Eigenkapitals wich vom Muster zur Bilanz gemäß § 48 GemHVO-Doppik ab. Die Gliederungsnummern 1.01, 1.011, 1.02 und 1.03 existieren nicht, auch die Kontenart 200 ist in den VV-Kontenrahmen nicht enthalten. Die freie Rücklage und die Zweckrücklage hätten der Ergebnisrücklage zugeordnet werden müssen. Die Verwaltung hatte in der Stellungnahme zum JA 2010 mitgeteilt, dass der Zuordnung zukünftig gefolgt wird.

2.1.3.1 Stiftungskapital

	31.12.2011	31.12.2012
Konto 2009000 Stiftungskapital	1.013.296 EUR	1.198.912 EUR
Konto 2009011/012 Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied	1.268.233 EUR	1.268.233 EUR

Stiftungskapital

Beim Stiftungskapital handelt es sich um den Gegenwert des auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesenen Grundstockvermögens.[1] Als Grundstockvermögen wird das Vermögen be-

[1] Vgl. Berndt, Rechnungslegung und Prüfung von Stiftungen, 2016, E Rn. 126.

zeichnet, das der Stifter der Stiftung im Rahmen ihrer Gründung zugewendet hat, zzgl. später erfolgter Zustiftungen.

Auch im JA 2012 wurde das Stiftungskapital in das Stiftungskapital im engeren Sinne und das Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied unterteilt. Gemäß Lagebericht wurde das Stiftungskapital im engeren Sinne mit dem Grundstockvermögen gleichgesetzt. Das Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied wurde als rechnerische Differenz zwischen der Aktiv- und Passivseite definiert.

Das Stiftungskapital im engeren Sinne entsprach dem Kapitalvermögen bei der letzten kameralen Rücklagenaufstellung 2009[2] zzgl. Zuführungen zum Stiftungskapital aus Buchwertüberschüssen durch Verkauf von zwei gestifteten Grundstücken (Zuführung aus dem Grundstücksverkauf 2011 in Höhe von 185 TEUR). Der Wert der im Rahmen der Errichtung der Stiftung zugewendeten bebauten Grundstücke wurde hingegen nicht unter dem Stiftungskapital im engeren Sinne ausgewiesen. Dies hatte zur Folge, dass das Grundstockvermögen dort nicht vollständig abgebildet wurde. Das Grundstockvermögen aus bebauten Grundstücken wurde im Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied gespiegelt.

Insgesamt ist somit festzustellen, dass entgegen der Beschreibung im Lagebericht das Stiftungskapital im engeren Sinne nicht das gesamte Grundstockvermögen beinhaltete und somit auch nicht dem Stiftungskapital laut Definition entsprach. Sollte, wie im Lagebericht beschrieben, eine nachträgliche Zuordnung der bebauten Grundstücke zum Grundstockvermögen oder der entsprechenden Eigenkapitalanteile nicht möglich sein, empfiehlt das RPA, auf die Unterteilung gänzlich zu verzichten, da die jetzt vorgenommene Aufteilung keine Aussagekraft bezüglich des Erhalts des Grundstockvermögens bietet.

Wie bereits im Prüfungsbericht vom 21.01.2019 zum JA 2011 wird für zukünftige JA empfohlen, Umschichtungsergebnisse (d. h. Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von Vermögensgegenständen) als eigenen Punkt innerhalb des Eigenkapitals, jedoch außerhalb des zu erhaltenden Stiftungskapitals auszuweisen.[3]

Die Verwaltung wird hierzu um Stellungnahme gebeten.

2.1.3.2 Zweckrücklage

	31.12.2011	31.12.2012
Kontenart 200	31.973 EUR	108.364 EUR

Die Zweckrücklage nach § 62 Abgabenordnung (AO) ist für die Erfüllung der steuerbegünstigten, satzungsmäßigen Zwecke bestimmt. Gemäß Körperschaftssteuererklärung wurde die

2 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung zum JA 2010 v. 14.10.2016. Das tatsächliche Grundstockvermögen sowohl in Art als auch Bewertung ist nicht bekannt, da Aufzeichnungen nicht mehr vorhanden oder zugänglich sind (Kriegswirren, Stadtbrände, Auslagerungen).

3 Vgl. IDW RS HFA Rn. 55., vgl. Prüfbericht KOD 2011 vom 21.01.2019, S. 6.

Rücklage für die energetische Sanierung der Wohnanlage Weberkoppel 4a-4g gebildet. Die Zweckrücklage wurde zum Stichtag mit einem Betrag in Höhe von 108.364 EUR ausgewiesen. Hierbei handelte es sich um die anteilige Zuführung von Jahresüberschüssen aus dem Abschluss 2011 und den Vorjahren. Über die Entscheidung der Verwendung von Jahresüberschüssen und somit über die Einstellung in eine Rücklage hat die Bürgerschaft (§ 95n Abs. 3 GO i. V. m. § 26 GemHVO-Doppik) zu beschließen. Der JA 2011 wurde aufgrund der verzögerten Jahresabschlusserstellung noch nicht der Bürgerschaft vorgelegt. Der Jahresüberschuss aus 2011 wurde in 2012 ohne Beschluss gebucht. Das RPA empfiehlt, mit Vorlage des JA 2011 den entsprechenden Beschluss der Bürgerschaft einzuholen.

2.1.3.3 Freie Rücklage

	31.12.2011	31.12.2012
Kontenart 200	250.130 EUR	256.144 EUR

Die Freie Rücklage nahm 2012 um 6.014 EUR von 250.130 EUR auf 256.144 EUR zu. Dies beruhte auf der im Anhang erläuterten anteiligen Verwendung des Jahresüberschusses 2011. Die Zuführung muss allerdings mit dem Beschluss über den JA 2011 erst von der Bürgerschaft beschlossen werden (§ 95n Abs. 3 GO). Die Zuführung wurde mit Buchungsdatum 01.01.2012 vorgenommen. Aufgrund der verzögerten Jahresabschlusserstellung liegt ein entsprechender Beschluss noch nicht vor. Der Beschluss sollte mit Vorlage des JA 2011 nachträglich eingeholt werden.

2.1.4 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

	31.12.2011	31.12.2012
KGr 32	3.727.722 EUR	3.687.278 EUR

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen bestanden im Wesentlichen aus den Verbindlichkeiten aus Krediten vom öffentlichen Bereich in Höhe von 3,69 Mio. EUR (Vorjahr 3,73 Mio. EUR).

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen verringerten sich insgesamt um 40 TEUR. Dies entsprach der auf dem Konto 792 ausgewiesenen Tilgung in 2012.

Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2012 wurden anhand von Jahresauszügen der Banken geprüft. Es gab keine Beanstandungen.

Folgende wesentliche Posten der Bilanz wurden im Rahmen der JA-Prüfung 2012 nicht systematisch geprüft:

- Wohnbauten,
- Betriebs- und Geschäftsausstattung,
- Sonstige Verbindlichkeiten,
- Sonstige Rückstellungen.

2.2 Ergebnisrechnung

Die Aufstellung entsprach den Vorgaben des § 45 i. V. m. § 2 GemHVO-Doppik, das zugehörige Muster wurde eingehalten. Die Ergebnisrechnung war rechnerisch richtig. Die fortgeschriebenen Planansätze wurden richtig dargestellt.

2.2.1 Privatrechtliche Leistungsentgelte (Erträge)

	31.12.2011	31.12.2012
Kontenarten 441, 442 und 446	490.801 EUR	503.373 EUR

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte bestanden hauptsächlich (502.234 EUR) aus Mieten (Konto 4411000), die vom Geschäftsbesorger für die Stiftung vereinnahmt wurden (Vorjahr 486.723 EUR). Der Ertrag leitete sich aus der Abrechnung der Trave her und setzte sich wie folgt zusammen:

Tabelle 2: Berechnung der Erträge aus privatrechtlichen Leistungsentgelten

Abrechnung der Trave	EUR
Mieteinzahlungen	487.047
zzgl. Forderungsveränderung Miete	249
zzgl. Forderungsveränderung aus noch nicht abger. Nebenkosten	10.290
zzgl. Forderungsveränderung aus noch nicht abger. Wärmeversorgung	4.648
Summe Mieterträge	**502.234**

Wie bereits zum JA 2011 der Stiftung KOD festgestellt, wurden die Mieterträge fehlerhaft hergeleitet.[4]

Wie oben dargestellt, wurde bei der Überleitung der Jahresabrechnung 2012 der Trave die Veränderung der Forderungen aus noch nicht abgerechneten Nebenkosten sowie aus noch nicht abgerechneter Wärmeversorgung bei den Mieteinzahlungen hinzugerechnet und so der Mietertrag ermittelt. Die Veränderung der Verbindlichkeiten aus Nebenkosten und

4 Vgl. Bericht über die Prüfung des JA der Stiftung KOD zum 31.12.2011 vom 21.01.2019, Tz. 2.2.1.

Wärmeversorgung wurde entsprechend den Bewirtschaftungsauszahlungen hinzugerechnet, um den Bewirtschaftungsaufwand zu errechnen. Die Verbindlichkeiten beruhten jedoch auf Einnahmen von den Mietern, die in den Mieteinzahlungen enthalten waren und demnach bei den Erträgen enthalten waren. Dementsprechend hätten diese dort herausgerechnet werden müssen. Die Forderungen gegen die Mieter entstanden aufgrund von Auszahlungen für Betriebskosten und Wärmeversorgung an Dritte, dementsprechend sind diese nicht unter dem Ertrag, sondern unter dem Aufwand zu berücksichtigen.

Bei dieser Berechnung hätte sich für das Jahr 2012 ein tatsächlicher Mietertrag in Höhe von 482.756 EUR ergeben. Die Mieterträge wurden somit um 19.478 EUR zu hoch ausgewiesen. Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass die fehlerhafte Herleitung im Saldo keinen Einfluss auf das Jahresergebnis hat, da sich der Aufwand aus Bewirtschaftung auch entsprechend verändern würde (siehe Tz. 2.2.2).

Nach Aussage der Verwaltung besteht die Problematik der Herleitung der Erträge und Aufwendungen ab 2017 nicht mehr, da die Trave mit Einführung eines neuen Buchhaltungssystems Erträge und Aufwendungen direkt ausweist.

2.2.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

	31.12.2011	31.12.2012
KGr 52	-261.982 EUR	-310.493 EUR
Konto 52110015 Unterhaltung der Hochbauten	-44.382 EUR	-75.782 EUR
Konto 52410045 Bewirtschaftungskosten	-217.600 EUR	-234.711 EUR

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen handelte sich um Kosten für die Bauunterhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude der Stiftung durch die Trave.

Der Aufwand für Bewirtschaftung leitete sich aus der Abrechnung der Trave anhand der AZ und der Veränderung der Verbindlichkeiten wie folgt her:

Tabelle 3: Berechnung des Bewirtschaftungsaufwands

Abrechnung der Trave in EUR	EUR
Auszahlungen aus Bewirtschaftung	228.575
zzgl. Veränderung der Verb. (aus noch nicht abger. Nebenkosten)	3.620
zzgl. Veränderung der Verb. (aus noch nicht abger. Wärmeversorgung)	918
zzgl. Veränderung der Verb. (aus Vermietung)	1.598
Summe Aufwand aus Bewirtschaftung	**234.711**

Die Problematik der Herleitung aus der Abrechnung spiegelte sich auch bei den Bewirtschaftungskosten wider (siehe Tz. 2.2.1). Die Höhe der Bewirtschaftungsaufwendungen war ebenfalls nicht plausibel. Die Veränderung der Verbindlichkeiten hätte, wie oben beschrie-

ben, bei den EZ abgezogen werden müssen. Die Forderungen gegen die Mieter entstanden aufgrund von Auszahlungen für Betriebskosten und Wärmeversorgung an Dritte. Dementsprechend hätten die Forderungen analog der Systematik bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten von den Bewirtschaftungsauszahlungen abgezogen werden müssen.

Bei veränderter Berechnung hätte sich für das Jahr 2012 ein tatsächlicher Aufwand aus Bewirtschaftung in Höhe von 215.235 EUR ergeben. Die Aufwendungen wurden in gleicher Höhe wie die Mieterträge zu hoch ausgewiesen. Wie bereits unter Tz. 2.2.1 festgestellt, hat die fehlerhafte Herleitung somit im Saldo keinen Einfluss auf das Jahresergebnis.

2.2.3 Bilanzielle Abschreibungen

	31.12.2011	31.12.2012
Konto 5711000	-95.915 EUR	-92.305 EUR

Die Abschreibungen auf dem Konto 5711000 wurden mit dem Anlagenspiegel abgestimmt. In 2010 wurde ein großes Wohngebäude in Betrieb genommen. Dabei handelte es sich um den größten Abschreibungsbetrag im Jahr 2012 (53 TEUR). Die zugrunde liegende betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer entsprach der VV-Abschreibungen.

Gemäß Anhang zum JA 2012 wurden für Wohngebäude, für die vor der Einführung der Doppik bereits Anlagennachweise geführt wurden, die Abschreibungssätze und Wertansätze (§ 55 Abs. 5 und § 43 Abs. 4 GemHVO-Doppik) übernommen. Die Prüfung der Anlagen ergab, dass der Restbuchwert aus den Anlagennachweisen übernommen wurde, jedoch ein höherer Abschreibungsbetrag weitergeführt wurde. Ursächlich ist hierfür ein unterschiedlicher Abschreibungsbeginn in der Anlagennachweiskarte und der Finanzbuchhaltungssoftware. Hieraus resultiert, dass die Abschreibungen jährlich um 1 TEUR zu hoch ausgewiesen werden.

Die Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen wurden im Rahmen der JA-Prüfung 2012 nicht systematisch geprüft.

2.3 Finanzrechnung

Die Finanzrechnung war formal und rechnerisch richtig. Der Anfangsbestand der liquiden Mittel wurde korrekt aus dem JA 2011 übernommen. Der Endbestand stimmte mit der Schlussbilanz überein.

2.3.1 Privatrechtliche Leistungsentgelte (EZ)

	31.12.2011	31.12.2012
Kontenarten 641, 642 und 646	518.415 EUR	489.513 EUR

Der Großteil der EZ aufgrund privatrechtlicher Entgelte erfolgte mit 488.374 EUR auf dem Konto 6411000000 EZ Mieten und Pachten. Aus der Abrechnung der Trave wurden die EZ übergeleitet. Die EZ wurden um 1 TEUR zu hoch ausgewiesen, da die EZ aus den sonstigen Forderungen unter dem Konto 6411000000 ebenfalls berücksichtigt wurden. Bei den sonstigen Forderungen, handelte es sich gemäß Abrechnung der Trave um Forderungen aus der Bewirtschaftung. Diese waren somit nicht den EZ aus Mieten zuzuordnen. Die sonstigen Forderungen wurden jedoch auf demselben Konto (17916191151 Forderung aus GBV KOD / Trave) wie die Forderungen aus Mietverträgen ausgewiesen und damit auch mit demselben Einzahlungskonto verknüpft, wodurch es zum falschen Ausweis auf dem Konto 6411000000 EZ Mieten und Pachten kam.

Der Ausweis ist, wie in vorherigen Abschlüssen angemerkt, zukünftig auf einem der EZ entsprechenden Konto vorzunehmen. Gemäß Stellungnahme der Verwaltung soll eine Umsetzung im Abschluss 2017 erfolgen.

2.3.2 Auszahlungen aus dem Erwerb von Grundstücken

	31.12.2011	31.12.2012
Konto 7821000	-49.203 EUR	-8.221 EUR

Auf dem Konto AZ aus dem Erwerb von Grundstücken wurden 8.221 EUR gebucht. Hierbei handelte es sich um Anschaffungs- und Herstellungskosten für den Bau des Gebäudes der Weberkoppel 2-2b. Diese wurden auf der Anlage nachaktiviert. AZ für Baumaßnahmen (hier Hochbaumaßnahmen) sind jedoch auf dem Konto 7851000 zu verbuchen. Gemäß Auskunft der Verwaltung zum JA 2011 ist die Nachaktivierung bei einer Anlage über den Anlagenkontierungstyp entsprechend mit einem Auszahlungskonto in der Finanzrechnung verknüpft. Die Auszahlungskonten in der Finanzrechnung können nachträglich bei Bebuchung einer Anlage nicht geändert werden. Bei der Ersteinrichtung der Gebäude in der Weberkoppel sind die Anlagenkontierungstypen aufgrund des Kaufs so eingerichtet worden.

Wie bereits im Prüfungsbericht 2011 angemerkt, empfiehlt das Rechnungsprüfungsamt entsprechende Sachverhalte zukünftig im Anhang zu erläutern.

2.3.3 Ein- und Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen

	31.12.2011	31.12.2012
Kontenart 686	375.653 EUR	524.148 EUR
Kontenart 786	520.733 EUR	13.086 EUR

Die EZ auf der Kontenart 686 beruhten zum Großteil (521 TEUR) auf der Umbuchung von Forderungen aus Darlehen gegenüber der HL (Konto 1791991158) auf Forderungen gegenüber der HL (Konto 1791991153) zum Jahresbeginn.[5] Gleichzeitig erfolgte die Buchung vom Konto 6860000000 an das Konto 7720000000 AZ aus fremden Finanzmitteln.
Die Auszahlungen resultierten aus der erneuten Rückbuchung der Forderungen im Rahmen des JA. Gleichzeitig erfolgte die Buchung vom Konto 6720000000 EZ fremde Finanzmittel (siehe Tz. 2.3.4) an das Konto 7860000000. Da Ende 2012 ein eigenes Geschäftskonto für die Stiftung eingerichtet wurde, haben die Forderungen gegenüber der HL aus der Kontenführung stark abgenommen (siehe Tz 2.1.1). Somit sanken auch die AZ im Vergleich zum Vorjahr deutlich.

2.3.4 Ein- und Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln

	31.12.2011	31.12.2012
Kontenart 672	647.151 EUR	612.065 EUR
Kontenart 772	-662.011 EUR	-622.381 EUR

Unter den Kontenarten 672/772 Ein- und Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln sollen Zahlungen ausgewiesen werden, die als durchlaufende Gelder nach § 14 GemHVO-Doppik über Kassen oder Konten der Stiftung abgewickelt werden. Die Stiftung besaß allerdings bis Dezember 2012 kein Geschäftskonto, sondern sie bediente sich des städtischen Bereiches Buchhaltung und Finanzen, der für sie den Zahlungsverkehr über städtische Geschäftskonten abwickelte. Es gab im Ergebnis keine AZ, sondern nur Verschiebungen von Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der HL. Durch die Bebuchung der Kontenarten 672 und 772 wurde letztlich die Finanzrechnung ausgeglichen, sodass die liquiden Mittel am Ende der Finanzrechnung nicht durch die Finanzmittelbewegungen bei der HL berührt wurden, sondern allein durch die Bewegungen beim Geschäftsbesorger verändert wurden.

Zur Eröffnung des Jahres 2012 wurden die Forderungen gegenüber der HL auf das laufende Konto umgebucht (1791991153 an 1791991158). Bei der Buchung wurden auch die Finanzrechnungskonten angesprochen, obwohl es sich um eine reine Sachbuchung ohne Zahlungsmittelfluss handelte (6868100000 an 7720000000), wodurch das Auszahlungskonto um 520.733 EUR zu hoch ausgewiesen ist (s. o.).

5 Vgl. Bericht über die Prüfung des JA der Stiftung KOD zum 31.12.2011 vom 21.01.2019, S. 14.

Die Eröffnung des Girokontos der Stiftung führte zu Einzahlungen in Höhe von 581.555 EUR bei der Auflösung der Forderungen gegenüber der HL (siehe Tz. 2.1.1).

Zum JA wurden die Forderungen und Verbindlichkeiten aus laufendem Konto gegenüber der HL gegeneinander verrechnet (3791991153 an 1791991153). Bei der Buchung wurden auch die Finanzrechnungskonten angesprochen, obwohl es sich um eine reine Sachbuchung ohne Zahlungsmittelfluss handelte. Beide Konten sind hierdurch um 8.716 EUR zu hoch ausgewiesen.

Ebenfalls im Rahmen des JA wurden die verbliebenen Forderungen für die Schlussbilanz wieder umgebucht (1791991158 an 1791991153) und dabei abermals die Finanzrechnung berührt. Auch hier handelte es sich um eine Sachbuchung, wodurch die Konten 6720000 und 7868100 um 13.086 EUR zu hoch ausgewiesen sind (s. o.).

Durch auch auf Finanzrechnungskonten gebuchte Sachbuchungen sind Ein- und Auszahlungskonten zu hoch ausgewiesen. Der Ausweis fremder Finanzmittel suggeriert, dass durchlaufende Gelder verwaltet wurden. Damit vermittelt die Finanzrechnung nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Finanzlage der Stiftung. Dieser Umstand wird im Anhang erläutert (§ 51 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO).

Mit der Einrichtung des stiftungseigenen Geschäftskontos Ende 2012 sollen die als fremde Finanzmittel deklarierten Buchungen über städtische Konten voraussichtlich in 2013 entfallen.

Die Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen wurden im Rahmen der JA-Prüfung 2012 nicht systematisch geprüft.

2.4 Anhang

Der Anhang stand im Einklang mit dem übrigen JA. Die Anlagen entsprachen den gesetzlichen Mustern. Das RPA empfiehlt, wie bereits unter den Positionen liquiden Mittel und sonstige privatrechtlichen Forderungen angemerkt, Veränderungen in diesen entsprechenden Größenordnungen zukünftig zu erläutern.

2.5 Lagebericht

Dem JA wurde ein vom Bürgermeister am 18.12.2018 unterzeichneter Lagebericht beigefügt. Dieser vermittelte ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage.

3 Erhalt des Stiftungsvermögens

Gemäß § 3 Abs. 1 der Satzung der Stiftung Kriegsopferdank besteht das Vermögen der Stiftung aus bebauten Grundstücken, Wertpapieren, Kapital und Hypothekenforderungen. Gemäß § 4 Abs. 2 des Stiftungsgesetzes ist das der Stiftung zur dauernden und nachhaltigen Erfüllung des Stiftungszwecks zugewandte Vermögen (Stiftungsvermögen[6]) in seinem Bestand zu erhalten. Die Erhaltung des Stiftungsvermögens bzw. Grundstockvermögens lässt sich wertmäßig durch die Erhaltung des Stiftungskapitals nachweisen. Wie bereits unter Tz. 2.1.3.1 dargestellt, wies das Stiftungskapital den Gegenwert des bei Errichtung der Stiftung eingebrachten Grundstockvermögens aus.[7]

Der Erhalt des Stiftungsvermögens wurde mit der Zuführung des Buchwertüberschusses aus der Veräußerung eines stiftungseigenen Grundstückes in das Stiftungskapital im engeren Sinne begründet.

Im Lagebericht des JA 2012 wurde das Stiftungskapital „im engeren Sinne" mit dem Grundstockvermögen gleichgesetzt. Wie bereits unter Tz. 2.1.3.1 dargestellt, bildete das Stiftungsvermögen im engeren Sinne das Grundstockvermögen nicht vollständig ab, dementsprechend kann dies nicht allein als Indikator zum Erhalt des Grundstockvermögens gesehen werden. Es muss auch das Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied Berücksichtigung finden, in welchem sich das Grundstockvermögen der bebauten Grundstücke zu einem Teil widerspiegelt.

Insgesamt ist somit festzustellen, dass das Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied und das Stiftungskapital im engeren Sinne als Ganzes zum Nachweis des Erhalts des Stiftungsvermögens betrachtet werden muss. Da das Stiftungskapital insgesamt sowie das Eigenkapital nicht abnahmen[8], ist davon auszugehen, dass das Stiftungsvermögen in 2012 nicht geschmälert wurde. Zudem wurde im Lagebericht auch auf die positive Entwicklung der Ergebnisrücklagen hingewiesen.

4 Mittelverwendung / Stiftungszweck

Bei der Stiftung KOD handelt es sich um eine Anstaltsstiftung. D. h. sie setzt ihr Vermögen (vorwiegend Gebäudebesitz) - und nicht wie eine Kapitalstiftung ihre Erträge – unmittelbar zur Verwirklichung des Stiftungszwecks (u. a. Bau und Unterhaltung von Wohnungen für Menschen mit einer Schwerbehinderung und deren Familien) ein.

---

6 Das Stiftungsvermögen bezeichnet im engeren Sinne das Grundstockvermögen, das der Stiftung durch Stiftungsakt und Vermögensausstattung und spätere Zustiftungen übertragen worden ist. Vgl. SEIFART Handbuch des Stiftungsrechts, 1987, § 10 Rn. 3f.

7 Vgl. IDW RS HFA 5 Rn. 9.

8 Das Stiftungskapital bleibt auch unter fiktiver Herausrechnung von Umschichtungsergebnissen konstant.

Im Rahmen des JA 2012 erfolgte eine Überprüfung der Einhaltung des Stiftungszwecks bzw. der Mittelverwendung hinsichtlich der Mieterauswahl. Hierfür wurden die Akten der Neumietverträge aus 2012 beim Geschäftsbesorger der Stiftung KOD gesichtet. Bei der Prüfung der Mieterauswahl wurde festgestellt, dass die Vermietung der Wohnungen weit überwiegend an Personen erfolgte, welche nicht unter den Stiftungszweck fallen. Kleinere Wohnungen (ca. 26 m²) wurden hauptsächlich an Studenten und größere Wohnungen an Personen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, vergeben. Aus den gesichteten Unterlagen und dem anschließenden Gespräch mit der Trave ging hervor, dass grundsätzlich keine Berücksichtigung bzw. Überprüfung der Einhaltung des Stiftungszwecks der Stiftung KOD bei der Mieterauswahl erfolgte. Gemäß § 3 Abs. 2 der Stiftungssatzung dürfen die Mittel der Stiftung nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Im GBV vom 01.09.2012 ist keine Regelung enthalten, die der Trave eine entsprechende Berücksichtigung des Stiftungszwecks vorschreibt. Hier ist lediglich in § 5 festgelegt, dass bei Abschluss von Mietverträgen von der Stiftung benannte Personen bevorzugt zu berücksichtigen sind. Nach Aussage der Trave erfolgte eine Benennung von Personen in der Regel nicht. Die Verwaltung wird um Stellungnahme gebeten.

Zudem ergab sich in der Prüfung, dass das in 2010 in Betrieb genommene Wohnobjekt in der Weberkoppel 2 / Ratzeburger Allee 109a mit einem Darlehen aus der sozialen Wohnraumförderung finanziert wurde, das neben Menschen mit einer Schwerbehinderung auch Altenwohnungen, d. h. Personen die das 60. Lebensjahr vollendet haben, fördert. Gemäß Mitteilung der Trave sind hiermit 10 der 33 Wohnungen für Schwerbehinderte und 18 Wohnungen für ältere Menschen gefördert worden. Die Verwaltung wird um Stellungnahme gebeten, warum Wohnungen bei dem Neubau mit Mitteln gefördert wurden, die nicht den Stiftungszweck stützen.

Das RPA weist darauf hin, dass im Freistellungsbescheid zur Körperschaftssteuer von 2011 bis 2013 vom 14.11.2016 die Steuerbegünstigung für „kirchliche Zwecke“ und der „Förderung der Altenhilfe“ erteilt wurde. Bei Neuanträgen sollte zukünftig darauf geachtet werden, den Personenkreis des Stiftungszwecks zu berücksichtigen.

Das RPA empfiehlt zudem, den GBV mit der Trave anzupassen und die Berücksichtigung des Stiftungszwecks in den Vertrag aufzunehmen.

5 Zusammenfassung

Der JA 2012 vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung KOD.

Bei der Prüfung des Erhalts des Stiftungsvermögens wurde festgestellt, dass entgegen der Darstellung im Lagebericht neben dem Stiftungskapital im engeren Sinne auch das Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied für die Beantwortung der Frage der Kapitalerhaltung betrachtet werden muss. Aufgrund des Anstiegs des Stiftungskapitals insgesamt sowie des Eigenkapitals ist davon auszugehen, dass das Stiftungsvermögen erhalten wird.

Bei der Prüfung der satzungsgemäßen Verwendung der Stiftungsmittel wurde festgestellt, dass die Vermietung der Wohnungen überwiegend an Personen erfolgte, welche nicht unter den Stiftungszweck fallen. Die zweckentsprechende Mittelverwendung ist somit nicht gegeben.

Die wesentlichen Punkte des Berichts sind am 15.03.2019 mit der Abteilung Bilanzen und der Stiftungsverwaltung besprochen worden.

Eine Stellungnahme der Verwaltung wird zu folgenden Textziffern erbeten:

Tz.	Bezeichnung	Seite
2.1.3.1	Stiftungskapital	5
4	Mittelverwendung / Stiftungszweck	14

Unabhängig davon wird anheimgestellt, sich darüber hinausgehend zu äußern.

Lübeck, 29.03.2019
14.904.07.13-2012
wt/bu

Dr. Katja Schur

Tina Wendt

Anlage

Hansestadt LÜBECK

Stiftung Kriegsopferdank

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2012

Haushalt und Steuerung

April 2018

Inhaltsverzeichnis

I. BILANZ 4

II. ERGEBNISRECHNUNG 6

III. FINANZRECHNUNG 7

IV. ANHANG 9

I. ALLGEMEINE HINWEISE 10

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN 11

A. GLIEDERUNG DER BILANZ **11**
B. ALLGEMEINE BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN **11**
AKTIVA 13
1 Anlagevermögen 13
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände 13
1.2 Sachanlagen 13
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte 13
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte 13
1.2.3 Infrastrukturvermögen 13
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden 13
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler 13
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge 13
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung 14
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau 14
1.3 Finanzanlagen 14
2 Umlaufvermögen 14
2.1 Vorräte 14
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 14
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens 14
2.4 Liquide Mittel 14
3 Aktive Rechnungsabgrenzung 15
PASSIVA 15
1 Eigenkapital 15
2 Sonderposten 16
3 Rückstellungen 16
4 Verbindlichkeiten 16
5 Passive Rechungsabgrenzung 16
ERGEBNISRECHNUNG 17
1 Erträge 17
2 Aufwendungen 17
3 Jahresergebnis 18

III. SONSTIGE ANGABEN 19

IV. STIFTUNGSGREMIEN 19

ANLAGEN ZUM ANHANG NACH § 51 ABS. 3 GEMHVO-DOPPIK 20

Anlagenspiegel 21
Forderungsspiegel 23
Verbindlichkeitenspiegel 25

V. LAGEBERICHT 27

Stiftung Kriegsopferdank, Lübeck

Abschlussbilanz Stiftungen * zum 31.Dezember 2012

Aktiva

Text	Schlusssaldo Vorj... (01/11)	Schlusssaldo (01/12)
AKTIVA		
1. Anlagevermögen		
02-09 1.2 Sachanlagen		
02 1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
03 1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
031 1.2.2.3 Wohnbauten	4.845.524,00	4.771.579,00
04 1.2.3 Infrastrukturvermögen		
06 1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	8.797,00	8.484,00
07 1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	19.111,00	16.221,00
08 1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	106.546,00	99.610,00
1.3 Finanzanlagen		
13 1.3.4 Ausleihungen		
13- 1.3.4.2 Sonstige Ausleihungen	11.794,26	8.380,21
2. Umlaufvermögen		
15 2.1 Vorräte		
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
171 2.2.3 Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	0,00	0,00
179 2.2.4 Sonstige privatrechtliche Forderungen	1.482.695,82	991.159,30
18 2.4 Liquide Mittel	490.696,70	1.086.585,03
Summe Aktiva	**6.965.164,78**	**6.982.018,54**
nachrichtlich:		
Summe der übertragenen Ermächtigungen		
für Aufwendungen nach § 23 (1) GemHVO-Doppik	0,00	0,00
Summe der übertragenen Ermächtigungen		
für Auszahlungen für Investitionen und -förderungsmassnahmen nach § 23 (2) GemHVO-Do...	35.000,00	0,00
Summe der von der Stiftung		
übernommenen Bürgschaften (Wert zum Bilanzstichtag)	0,00	0,00

Passiva

	Schlusssaldo Vorj... (01/11)	Schlusssaldo (01/12)
PASSIVA		
20 1. Eigenkapital		
200900x 1.01 Stiftungskapital	-1.013.296,00	-1.198.912,00
2009011 1.011 Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied	-1.268.233,34	-1.268.233,34
2009010 1.02 Freie Rücklage	-250.129,92	-256.144,19
2009020 1.03 Zweckrücklage	-31.973,49	-108.363,70
205 1.5 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-268.020,48	-44.664,78
23 2. Sonderposten		
231 2.1 für aufzulösende Zuschüsse	-29.109,00	-28.631,00
233 2.3 für Beiträge		
25, 26, 27, 28 3. Rückstellungen		
289 3.9 Sonstige Rückstellungen	-100.302,79	-100.302,79
3 4. Verbindlichkeiten		
32 4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
32- 4.2.2 vom öffentlichen Bereich	-3.725.140,82	-3.685.358,66
32- 4.2.3 vom privaten Kreditmarkt	-2.581,50	-1.918,91
35 4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-28.631,68	-30.229,54
37 4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	-247.745,76	-259.259,63
39 5. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Summe Passiva	**-6.965.164,78**	**-6.982.018,54**

681 von 1236 in Zusammenstellung

Stiftung Kriegsopferdank, Lübeck

Abschlussbilanz Stiftungen * zum 31.Dezember 2012

Aktiva			Passiva		
Text	**Schlusssaldo Vorj...**	**Schlusssaldo**		**Schlusssaldo Vorj...**	**Schlusssaldo**
	(01/11)	**(01/12)**		**(01/11)**	**(01/12)**
# Zeilenstruktur gültig bis 31.12.2013 #					

682 von 1236 in Zusammenstellung

Ergebnisrechnung (Anlage 20 GemHVO) Jahr 2012 (in EUR)
9 Stiftung Kriegsopferdank gesamt - alle Produkte -

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2011	2012	2012	2012	2012
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	484,00	0,00	478,00	478,00	
42	3	+ sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	490.801,47	518.000,00	503.372,77	-14.627,23	
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	+ sonstige ordentliche Erträge	187.000,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**= ORDENTLICHE ERTRÄGE**	**678.285,47**	**518.000,00**	**503.850,77**	**-14.149,23**	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	+ Aufw. für Sach-u. Dienstleistungen	-261.982,09	-350.400,00	-310.492,61	39.907,39	0,00
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	-95.915,24	-88.300,00	-92.304,96	-4.004,96	0,00
53	15	+ Transferaufwendungen	-234,95	-100,00	0,00	100,00	0,00
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	-21.883,13	-24.700,00	-22.545,43	2.154,57	0,00
	17	**= ORDENTLICHE AUFWENDUNGEN**	**-380.015,41**	**-463.500,00**	**-425.343,00**	**38.157,00**	**0,00**
	18	**= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	**298.270,06**	**54.500,00**	**78.507,77**	**24.007,77**	**0,00**
46	19	+ Finanzerträge	17.260,51	13.900,00	13.420,12	-479,88	
55	20	- Zinsen und sonstige Finanzaufw.	-47.510,09	-48.200,00	-47.263,11	936,89	0,00
	21	**= FINANZERGEBNIS**	**-30.249,58**	**-34.300,00**	**-33.842,99**	**457,01**	**0,00**
	22	**= ORDENTLICHES ERGEBNIS**	**268.020,48**	**20.200,00**	**44.664,78**	**24.464,78**	**0,00**
49	23	+ außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	24	- außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	25	**= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	26	**= JAHRESERGEBNIS**	**268.020,48**	**20.200,00**	**44.664,78**	**24.464,78**	**0,00**

Nachrichtlich: Interne Leistungsbeziehungen		Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist
		2011	2012	2012	2012
1	3	4	5	6	7
48	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
58	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
	ERGEBNIS AUS INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Finanzrechnung Jahr 2012 (in EUR)

9 Stiftung Kriegsopferdank gesamt - alle Produkte -

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2011	2012	2012	2012	2012
1	2	3	4	5	6	7	8
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtl. Leistungsentgelte	518.414,58	518.000,00	489.513,40	-28.486,60	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen, sonst. Finanzeinzahlungen	24.499,81	13.900,00	11.168,34	-2.731,66	
	9	**Einz. lfd. Verwaltungstätigkeit**	**542.914,39**	**531.900,00**	**500.681,74**	**-31.218,26**	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Ausz. Sach- und Dienstleistungen	-259.455,64	-350.400,00	-308.894,75	41.505,25	0,00
75	13	Zinsen, sonst. Finanzauszahlungen	-47.510,09	-48.200,00	-47.263,11	936,89	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-234,95	-100,00	0,00	100,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-40.173,87	-24.600,00	-715,29	23.884,71	0,00
	16	**Ausz. lfd. Verwaltungstätigkeit**	**-347.374,55**	**-423.300,00**	**-356.873,15**	**66.426,85**	**0,00**
	17	**SALDO LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	**195.539,84**	**108.600,00**	**143.808,59**	**35.208,59**	**0,00**
681	18	Einz. Zuw. u. Zusch. für Invest.	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einz. Veräuß. v. Grundst./Geb.	187.000,00	100,00	0,00	-100,00	
683	20	Einz. Veräuß. v. bew. Anlagev.	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einz. a. d. Veräuß. v. Finanzanl.	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	Einz. Abwicklung v. Baumaßn.	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einz.Rückfl. (f. Invest. Dritter)	375.652,66	3.400,00	524.147,54	520.747,54	
688	24	Einz. Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
689	25	sonstige Investitionseinzahlung	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Einz. a. Investitionstätigkeit**	**562.652,66**	**3.500,00**	**524.147,54**	**520.647,54**	
781	27	Ausz. Zuw. u. Zusch. für Invest.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Ausz. Erwerb v. Grundst./Geb.	-49.203,15	-35.000,00	-8.220,96	26.779,04	0,00
783	29	Ausz. Erwerb v. bew. Anlagever.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Ausz. f. d. Erwerb v. Finanzanl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	-100,00	0,00	100,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	-520.733,49	0,00	-13.085,82	-13.085,82	0,00
787	33	sonstige Investitionsauszahlung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Auszahlung Investitionstätigkeit**	**-569.936,64**	**-35.100,00**	**-21.306,78**	**13.793,22**	**0,00**
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	**-7.283,98**	**-31.600,00**	**502.840,76**	**534.440,76**	**0,00**
	35a	Einzahl. aus fremden Finanzmitteln	647.151,13	0,00	612.065,09	612.065,09	
	35b	Ausz. aus fremden Finanzmitteln	-662.011,47	0,00	-622.381,36	-622.381,36	
	35c	**SALDO AUS FREMDEN FINANZMITTELN**	**-14.860,34**	**0,00**	**-10.316,27**	**-10.316,27**	
	36	**FINANZMITTELÜBERSCHUSS/-FEHLBETRAG**	**173.395,52**	**77.000,00**	**636.333,08**	**559.333,08**	**0,00**
692	37	Aufnahme Kred. f. Investitionen	0,00	200,00	0,00	-200,00	
695	38	Einz. a. Rückfl. v. Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0,00	0,00	0,00	0,00	
693	39	Aufnahme v. Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00	
792	40	Tilg. v. Kred. f. Investitionen	-37.353,01	-43.000,00	-40.444,75	2.555,25	0,00
795	41	Ausz. a. d. Gewährung v. Darl. z. Anlage liquider Mittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
793	42	Tilg. v. Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	43	**SALDO A. FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT**	**-37.353,01**	**-42.800,00**	**-40.444,75**	**2.355,25**	**0,00**
	44	**ÄND. BEST. A. EIG. FINANZMITTELN**	**136.042,51**	**34.200,00**	**595.888,33**	**561.688,33**	**0,00**
	45	Anfangsbestand an Finanzmitteln	354.654,19	0,00	490.696,70	490.696,70	0,00
	46	**LIQUIDE MITTEL**	**490.696,70**	**34.200,00**	**1.086.585,03**	**1.052.385,03**	**0,00**
		Nachrichtlich davon:					

Finanzrechnung Jahr 2012 (in EUR)
9 Stiftung Kriegsopferdank gesamt - alle Produkte -

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2011	2012	2012	2012	2012
1	2	3	4	5	6	7	8
		Fremde Finanzmittel nach § 14 GemHVO-Doppik					
		Bestand Vorjahr	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		+ Einzahlungen	647.151,13	0,00	612.065,09	612.065,09	
		- Auszahlungen	-662.011,47	0,00	-622.381,36	-622.381,36	0,00
		Bestand Haushaltsjahr	**-14.860,34**	**0,00**	**-10.316,27**	**-10.316,27**	**0,00**

Nachrichtlich: an das Land abzuführender Beitrag nach § 21 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (AG-KHG), Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen, Auszahlungen aus dem Erwerb von Finanzanlagen und Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist
		2011	2012	2012	2012
1	3	4	5	6	7
7311..	abzuführender Beitrag nach § 21 Abs. 2 AG-KHG	0,00	0,00	0,00	0,00
684	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
6841	Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
6842	Börsennotierte Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00
6843	Nicht börsennotierte Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00
6844	Sonstige Anteilsrechte	0,00	0,00	0,00	0,00
6845	Investmentzertifikate	0,00	0,00	0,00	0,00
6846	Kapitalmarktpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
6847	Geldmarktpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
6848	Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00
784	Auszahlungen aus dem Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
7841	Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
7842	Börsennotierte Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00
7843	Nicht börsennotierte Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00
7844	Sonstige Anteilsrechte	0,00	0,00	0,00	0,00
7845	Investmentzertifikate	0,00	0,00	0,00	0,00
7846	Kapitalmarktpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
7847	Geldmarktpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
7848	Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00
792..4	Umschuldung	0,00	-100,00	0,00	100,00
792..5	Ordentliche Tilgung	-37.353,01	-42.900,00	-40.444,75	2.455,25
792..6	Außerordentliche Tilgung	0,00	0,00	0,00	0,00

Hansestadt LÜBECK

Stiftung Kriegsopferdank

Anhang zum Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2012

Haushalt und Steuerung

April 2018

I. Allgemeine Hinweise

Die Stiftung "Kriegsopferdank" hat zum 31. Dezember 2012 den Jahresabschluss nach § 5 Abs. 1 der Stiftungssatzung vom 14.1.2004 in Verbindung mit § 95 m der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) aufgestellt. Die Eröffnungsbilanz wurde zum 1. Januar 2010 erstellt.

Nach § 95 m Abs. 1 GO i.V.m. § 135 Abs. 2a Nr. 7 GO i.V.m. § 44 Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) ist ein Anhang in entsprechender Anwendung der Regelungen nach § 51 GemHVO-Doppik und §§ 43 Abs. 6 Satz 3, § 48 Abs. 4 Satz 3, § 48 Abs. 5 Sätze 2 und 3 sowie § 50 Abs. 1 Satz 2 GemHVO-Doppik ein Teil des doppischen Jahresabschlusses. Neben dem Anhang besteht der Jahresabschluss nach § 95 m Abs. 1 GO aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen und der Bilanz.

Im Anhang sind entsprechend die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu den Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung anzugeben und so zu erläutern, dass sachverständige Dritte die Richtigkeit, Vollständigkeit und Angemessenheit beurteilen können. Die Anwendung von Vereinfachungsregelungen und Schätzungen ist zu beschreiben. Ferner sind die im Verbindlichkeitenspiegel auszuweisenden Haftungsverhältnisse sowie alle Sachverhalte, aus denen sich künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen für die Stiftung „Kriegsopferdank" ergeben können, zu erläutern. Auch die konkreten Sachverhalte i.S.d. § 51 Abs. 2 GemHVO-Doppik sind anzugeben und zu erläutern. Weiterhin sind dem Anhang nach § 51 Abs. 3 GemHVO-Doppik ein Anlage-, ein Forderungs- und ein Verbindlichkeitenspiegel sowie eine Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen und eine Übersicht über verbundene Unternehmen bzw. Beteiligungen beizufügen.

Für die äußere Gestaltung des Anhangs, seinen Aufbau und Umfang bestehen keine besonderen Formvorgaben. Um die Fülle der erforderlichen Informationen in einen direkten Zusammenhang mit den Posten der Bilanz zu stellen, ist jedoch eine entsprechende Strukturierung sinnvoll. Im Anschluss an die allgemeinen Hinweise sowie der Gliederung der Bilanz und der allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden folgt deshalb die Erläuterung der Posten der Bilanz der nach § 48 GemHVO-Doppik vorgegebenen Bilanzgliederung und der Ergebnisrechnung nach § 45 GemHVO-Doppik. Anschließend erfolgen die notwendigen Angaben nach § 51 Abs. 2 und 3 GemHVO-Doppik soweit sie nicht bereits erläutert wurden.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

A. Gliederung des Jahresabschlusses

Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach §§ 48 Abs. 1 und 2 GemHVO-Doppik. Posten, die keinen Betrag enthalten, werden nicht ausgewiesen (§ 48 Abs. 3 Satz 3 GemHVO-Doppik).

Auf der Aktivseite werden die Vermögensgegenstände getrennt nach Anlagevermögen und Umlaufvermögen erfasst. Dabei wird das Vermögen mit den zum Bilanzstichtag ermittelten Werten aufgeführt. Die Aktivseite gliedert sich auf der obersten Ebene nach:

- Anlagevermögen
- Umlaufvermögen
- Aktive Rechnungsabgrenzung

Auf der Passivseite wird das Kapital getrennt nach Eigenkapital und Fremdkapital unterschieden.

Die Passivseite zeigt die Herkunft der Mittel, während die Aktivseite die Verwendung der Mittel ausweist.

Die Passivseite gliedert sich auf der obersten Ebene wie folgt:

- Eigenkapital
- Sonderposten
- Rückstellungen
- Verbindlichkeiten
- Passive Rechnungsabgrenzung

Entsprechend § 45 Abs. 1 GemHVO-Doppik wurde die Gliederung der Ergebnisplanung nach § 2 GemHVO-Doppik für die Gliederung der Ergebnisrechnung verwendet. Diese entspricht dem nach den Ausführungsanweisungen vorgegebenem Muster.

Die Gliederung der Finanzrechnung entspricht dem Muster, das nach den rechtlichen Vorschriften erst ab dem 1.1.2013 zu verwenden ist. Hier wurden vom Gesetzgeber drei zusätzliche Zeilen zur Darstellung fremder Finanzmittel eingefügt, so dass der nun ermittelte Liquiditätsbestand mit dem der Bilanz übereinstimmt.

B. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz standen Ansatz und Bewertung von Vermögen und Schulden im Mittelpunkt. Dabei ist zu beachten, dass Ansatz- und Bewertungsvorschriften zu unterscheiden sind. Die Ansatzvorschriften legen fest, ob ein Vermögensgegenstand oder eine Schuld dem Grunde nach ausgewiesen werden muss. Die Bewertungsvorschriften regeln, mit welchem Wert der Ansatz erfolgen muss.

Bei der Erfassung und Bewertung von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten wurden für den Jahresabschluss zum 31.12.2012 nach § 55 Abs. 4 GemHVO-Doppik die Bewertungen der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2010 und folgende als Grundlagen genommen. Für Zwecke der Eröffnungsbilanz fanden die Bewertungsvorgaben entsprechend §§ 39

bis 43 und §§ 44, 48 und 51 GemHVO-Doppik Anwendung. Die besonderen Bilanzierungs- und Bewertungsregeln zur Aufstellung der Eröffnungsbilanz in den §§ 54 bis 56 GemHVO-Doppik wurden ebenfalls berücksichtigt.

Darüber hinaus finden ergänzend die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung Anwendung. Entsprechend dem Grundsatz der Vollständigkeit wurden in der Bilanz sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden im wirtschaftlichen Eigentum der Stiftung „Kriegsopferdank" wertmäßig erfasst.

Auf eine körperliche Inventur wurde allerdings aufgrund der Vermögensstruktur verzichtet.

Von der Verfahrensweise der erstmaligen Bewertung aus der Eröffnungsbilanz wurde nicht abgewichen und erfolgte grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um Abschreibungen nach § 43 GemHVO-Doppik.

Nach § 43 Abs. 4 GemHVO-Doppik können bei Vermögensgegenständen, für die bereits im vorherigen Rechnungswesen der Stiftung Abschreibungen angesetzt worden sind, die Abschreibungen mit unveränderten Abschreibungssätzen fortgeführt werden. Ebenso können gem. § 55 Abs. 5 GemHVO-Doppik die im bisherigen Rechnungswesen ermittelten Wertansätze für Vermögensgegenstände übernommen werden. Bei der Stiftung „Kriegsopferdank" wurden bereits seit den 1990er-Jahren Anlagennachweise geführt. Daher wurden sowohl die Werte des bisherigen Anlagennachweises als auch die Abschreibungspläne übernommen.

Der Begriff des Zeitwerts ist kein bestimmter Wert, sondern der unter Berücksichtigung der Verhältnisse des Einzelfalls sinnvollste Wert. Somit bildet der vorsichtig geschätzte Zeitwert einen übergeordneten Wertbegriff, der dem in § 39 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO-Doppik festgeschriebenen Vorsichtsprinzip folgt und der sich aus verschiedenen Wertbegriffen wie dem Verkehrswert, dem Wiederbeschaffungszeitwert oder den Anschaffungs- oder Herstellungskosten ableiten lässt. Sofern Zeitwerte bei der Wertermittlung verändert wurden, wurden diese auf den Zeitpunkt der Anschaffung oder Herstellung zurück indiziert.

Aus dem Vorsichtigkeitsprinzip ergibt sich auch, dass Vermögensgegenstände eher zu niedrig als zu hoch zu bewerten sind. Nicht realisierte Gewinne zum Stichtag dürfen nicht, aber vorhersehbare Risiken und Verluste müssen berücksichtigt werden (Imparitätsprinzip).

Bei abnutzbaren Vermögensgegenständen wurde der auf den abgelaufenen Nutzungszeitraum entfallende Wertverlust – bei Berücksichtigung der Gesamtnutzungsdauer – abgezogen.

Für die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer von abnutzbaren Vermögensgegenständen ist gemäß § 43 Abs. 4 GemHVO-Doppik die vom Innenministerium bekannt gegebene Abschreibungstabelle zu Grunde gelegt worden, soweit nicht die bisherigen Werte fortgeführt wurden.

Außerplanmäßige Abschreibungen im Sinne des § 43 Abs. 6 GemHVO-Doppik sind bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung von Vermögensgegenständen vorgenommen worden, sofern diesem Umstand nicht durch Bildung einer Rückstellung begegnet werden konnte.

Ist ein Vermögensgegenstand vollständig abgeschrieben, der aber weiterhin genutzt wird, wurde er mit einem Erinnerungswert im Inventar und in der Bilanz dargestellt. Dieser Erinnerungswert beträgt für die Stiftung „Kriegsopferdank" grundsätzlich 1,00 €. Abweichende Werte in Vermögensverzeichnissen, die bereits vom Finanzamt anerkannt sind, werden unverändert fortgeführt.

Der Erinnerungswert von 1,00 € wurde auch dann für einen Vermögensgegenstand angesetzt, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten unbekannt sind und der Wiederbeschaffungszeitwert nur mit nicht vertretbarem Aufwand ermittelt werden kann.

Die in der Eröffnungsbilanz für die einzelnen Vermögensgegenstände ermittelten Werte gelten für die künftigen Haushaltsjahre als Anschaffungs- oder Herstellungskosten und stellen somit die wertmäßige Obergrenze dar.

In die Bilanz wurden nur Vermögensgegenstände aufgenommen, bei denen die Stiftung „Kriegsopferdank" das wirtschaftliche Eigentum innehat. Wirtschaftliches Eigentum wurde dann angenommen, wenn der Stiftung „Kriegsopferdank" dauerhaft für die wirtschaftliche Nutzungsdauer Besitz, Gefahr, Nutzungen und Lasten zustehen und wenn sie über das Verwertungsrecht verfügt und somit die tatsächliche Verfügungsgewalt ausübt.

Des Weiteren wurden Vermögenswerte und Schulden aus existierenden Geschäftsbesorgungsverträgen bilanziert, die im Namen und für Rechnung der Stiftung „Kriegsopferdank" von der Grundstücksgesellschaft Trave mbH ausgeführt wurden.

Als weiterer Bewertungsgrundsatz wurde ganz überwiegend das Prinzip der Einzelbewertung angewandt. Es besagt, dass Vermögen und Schulden zum Bilanzstichtag einzeln zu bewerten sind.

Davon sind Vermögensgegenstände ausgenommen, die nicht selbständig nutzbar sind und mit anderen Vermögensgegenständen eine Bewertungseinheit bilden.

In begründeten Fällen wurde für Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens zur Vereinfachung der Bewertung eine Festbewertung gem. § 37 Abs. 2 GemHVO-Doppik durchgeführt.

Aktiva

1 Anlagevermögen

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände liegen nicht vor.

1.2 Sachanlagen

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die Stiftung „Kriegsopferdank" ist nicht im Besitz von unbebauten Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten an unbebauten Grundstücken.

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die Stiftung "Kriegsopferdank" besitzt Wohngebäude inklusive der Außenanlagen (207.450,00 €) im Wert von 4.749.582,00 € (Vorjahr: 4.823.527,00 €). Die bebauten Grundstücke haben einen Wert in Höhe von 21.997,00 € (Vorjahr: 21.997,00 €).

1.2.3 Infrastrukturvermögen

Infrastrukturvermögen liegt zum Stichtag nicht vor.

1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden

Siehe unter 1.2.2

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Die Stiftung "Kriegsopferdank" hat im Wirtschaftsjahr 2010 für die Immobilie „Weberkoppel" eine Natursteintafel erworben, die zum Bilanzstichtag einen Restbuchwert von 8.484,00 € (Vorjahr: 8.797,00 €) hat.

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Maschinen und technische Anlagen oder Fahrzeuge haben zum Bilanzstichtag einen Wert in Höhe von 16.221,00 € (Vorjahr: 19.111,00 €).

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Stiftung "Kriegsopferdank" besitzt Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 99.610,00 € (Vorjahr: 106.546,00 €).

1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Die Position beinhaltet neben den geleisteten Anzahlungen im Wesentlichen den Wert sämtlicher Baumaßnahmen, die zum Bilanzstichtag noch nicht fertig gestellt waren.

Zum Bilanzstichtag lagen keine Anlagen im Bau vor.

1.3 Finanzanlagen

Die Stiftung „Kriegsopferdank" hat eine Ausleihung an die Stiftung „Vereinigte Testamente" vergeben. Die Grundstücksgesellschaft Trave mbH bedient diese Ausleihung im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages. Zum Stichtag valutiert die Ausleihung mit 8.380,21 € (Vorjahr: 11.794,26 €).

2 Umlaufvermögen

2.1 Vorräte

Vorräte liegen bei der Stiftung "Kriegsopferdank" nicht vor.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Position untergliedert sich insbesondere in öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Forderungen, unter denen wiederum unterschiedliche Forderungsarten angesetzt und abgebildet werden.

Sämtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert worden.

Einzelheiten sind dem Forderungsspiegel zu entnehmen (siehe Abschnitt V).

Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen bestehen zum Stichtag nicht.

In der Bilanzposition „Sonstige privatrechtliche Forderungen" sind ein kurzfristiges Darlehen gegenüber der Hansestadt Lübeck i. H. v. 800.000,00 € (Vorjahr: 800.000,00 €) sowie Forderungen aus der laufenden Geschäftsabwicklung mit einem Wert von 17.584,87 € (Vorjahr: 522.980,76 €) enthalten. Gegenüber der Grundstücksgesellschaft Trave mbH bestehen Forderungen in Höhe von 173.574,43 € (Vorjahr: 159.715,06 €), die aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag resultieren. Die Gesamthöhe der sonstigen privatrechtlichen Forderungen beträgt zum Stichtag 991.159,30 € (Vorjahr: 1.482.695,82 €).

Forderungen in Fremdwährung lagen am Bilanzstichtag nicht vor.

2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

Die Stiftung "Kriegsopferdank" verfügte zum Bilanzstichtag über keine Wertpapiere des Umlaufvermögens.

2.4 Liquide Mittel

Bei der Stiftung "Kriegsopferdank" liegen zum Bilanzstichtag neben den von der Hansestadt auf Bankkonten der Stadt * verwalteten finanziellen Mittel weitere liquide Mittel in Höhe von insgesamt 1.086.585,03 € vor. Darin enthalten sind ebenfalls „Liquide Mittel" von 505.031,65 € (Vorjahr: 490.696,70 €), die von der Grundstücksgesellschaft Trave mbH im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages verwaltet werden (siehe auch unter III. Sonstige Angaben).

3 Aktive Rechnungsabgrenzung

Bei der Stiftung "Kriegsopferdank" wurden keine aktiven Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

Passiva

1 Eigenkapital

Das Eigenkapital der Stiftung "Kriegsopferdank" gliedert sich in die Positionen

- Stiftungskapital,
- Freie Rücklage,
- Zweckrücklage und
- Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag.

Das Stiftungskapital ist nach Verwendung des Jahresergebnisses 2011 mit einem Betrag von 2.467.145,34 €ausgewiesen. Darin enthalten ist neben dem Stiftungskapital im engeren Sinne der im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2010 ermittelte Differenzbetrag zwischen Aktiva und Passiva i.H.v. 1.268.233,34 €. Die Zuführung zum Stiftungskapital von 185.616,00 € ergibt sich aus den Buchwert-Überschüssen aus dem Verkauf eines gestifteten Grundstückes im Wirtschaftsjahr 2011.

Ebenfalls sind in der Bilanzposition „Stiftungskapital" Buchungen zur Korrektur der Eröffnungsbilanz enthalten. Dieser Bilanzposten enthält ausschließlich Korrekturen an den Werten der Eröffnungsbilanz nach § 56 GemHVO-Doppik. Danach sind Wertberichtigungen ergebnisneutral mit der Ergebnisrücklage zu verrechnen. Mit der Änderung der GemHVO-Doppik zum 1.1.2013 können sogar noch Korrekturen bis zum fünften auf die Eröffnungsbilanz folgenden Jahresabschluss durchgeführt werden.

Die Korrekturerfordernisse betreffen sämtlichst die ehemalige Anlage im Bau „Weberkoppel" und resultieren daraus, dass der Geschäftsbesorger die Abrechnungen in bewährter Weise für kameralistische Zwecke gefertigt hatte. Für die doppische Betrachtungsweise waren nun andere Bewertungsmaßstäbe insbesondere hinsichtlich des Investitionsbegriffs anzusetzen, was erst bei der detaillierten Abrechnung des Bauvorhabens im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten erkannt worden war.

Die *Freie Rücklage* wird nach Verwendung des Jahresergebnisses 2011 (nach Beschlussfassung der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck) zum Stichtag in Höhe von 256.144,19 € (Vorjahr: 250.129,92 €) ausgewiesen. Die Zuführung zur Freien Rücklage von 6.014,27 € errechnet sich gemäß § 62 Abs. 1 S. 3 AO aus höchstens 1/3 des anteiligen Jahresüberschusses 2011 (Rest Jahresüberschuss nach Zuführung zum Stiftungskapital und Zweckrücklage Bauerneuerung aus GBV = 15.035,66 € - davon 1/3 = 5.011,89 €) zuzüglich 10 % der noch zu verwendenden Mittel (10 % = 1.002,38 €). Der verbleibende Anteil des Jahresergebnisses 2011 soll der Zweckrücklage zugeführt werden.

Die *Zweckrücklage* wird zum Stichtag mit einem Betrag in Höhe von 108.363,70 € (Vorjahr: 31.973,49 €) ausgewiesen. Nach Beschlussfassung der Verwendung des Jahresergebnisses 2011 durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck soll der Zweckrücklage ein anteiliger Betrag in Höhe von 9.021,39 € zugeführt werden. In dieser Bilanzposition (Zweckrücklage) ist gemäß der Abrechnung aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Grundstücksgesellschaft Trave mbH eine Zweckrücklage aufgrund einer Bauerneuerung in Höhe von 93.198,85 € (Vorjahr: 25.830,03 €) enthalten. Die Zuführung in Höhe von 67.368,82 € ergibt sich sowohl aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Grundstücksgesellschaft Trave mbH als auch aus der Verwendung des Jahresergebnisses 2011.

Hierbei ist auch die Beschlussfassung der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck erforderlich. Die bisher bilanzierte Bauerneuerungs-Rückstellung wird nach Art. 67 Abs. 3 EG-HGB weitergeführt (s.a. Rückstellungen).

Im Wirtschaftsjahr 2012 konnte die Stiftung „Kriegsopferdank" einen Jahresüberschuss von 44.664,78 € erzielen. Nach Beschlussfassung des Jahresergebnisses 2012 durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck soll dieser im darauffolgenden Wirtschaftsjahr jeweils anteilig der Freien Rücklage und der Zweckrücklage zugeführt werden.

2 Sonderposten

Die Stiftung "Kriegsopferdank" hat aufzulösende Sonderposten gebildet, die zum Stichtag in Höhe von 28.631,00 € (Vorjahr: 29.109,00 €) valutierten.

3 Rückstellungen

Die Stiftung "Kriegsopferdank" hat lediglich eine Sonstige Rückstellung gebildet. Dahinter verbirgt sich die Bauerneuerungsrückstellung i.H.v. 100.302,79 €, die sich aus der Bilanz der von der Grundstücksgesellschaft Trave mbH bewirtschafteten Konten im Rahmen der Geschäftsbesorgungsverträge ergibt. Nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) dürfen Rückstellungen entsprechend § 249 Abs. 2 HGB a.F. nicht mehr in einem Jahresabschluss mit Stichtag nach dem 31.12.2009 gebildet werden. Sie dürfen lediglich erfolgsneutral aufgelöst oder zweckgerecht verbraucht werden. Ein Verbrauch wurde nicht gebucht (s.a. Zweckrücklagen).

4 Verbindlichkeiten

Kredite für Investitionen vom privaten Kapitalmarkt betragen zum Stichtag 1.918,91 € (Vorjahr: 2.581,50 €). Investive Kredite von Kapitalgebern aus dem öffentlichen Bereich haben einen Bestand von 3.685.358,66 € (Vorjahr: 3.725.140,82 €).

Bei den ***Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen*** sind Verbindlichkeiten von 30.229,54 € (Vorjahr: 28.631,68 €), die sich überwiegend aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Grundstücksgesellschaft Trave mbH ergeben, ausgewiesen.

Die ***sonstigen Verbindlichkeiten*** enthalten alle Verbindlichkeiten, die anderen Verbindlichkeiten nicht zuzurechnen sind. Hierzu gehören u.a. Verbindlichkeiten aus der Abrechnung aufgrund der Geschäftsbesorgung durch die Hansestadt Lübeck (22.542,43 €) und Vorauszahlungen aus noch nicht abgerechneten Mietnebenkosten aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Grundstücksgesellschaft Trave mbH (236.717,20 €). Die Gesamthöhe der sonstigen Verbindlichkeiten zum Stichtag beträgt 259.259,63 € (Vorjahr: 247.745,76 €).

Verwahrposten bestehen nicht.

Verbindlichkeiten in Fremdwährung lagen am Bilanzstichtag nicht vor.

5 Passive Rechnungsabgrenzung

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind vor dem Bilanzstichtag eingegangene Einzahlungen auszuweisen, soweit sie anteilig Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Bei der Stiftung "Kriegsopferdank" wurden zum Stichtag keine passiven Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

Ergebnisrechnung

1 Erträge

Die Erträge setzen sich hauptsächlich aus privatrechtlichen Leistungsentgelten (Mieten und Pachten) zusammen, die sich im Wesentlichen im Rahmen des kalkulierten Haushaltsansatzes bewegen. Die Zinserträge liegen ebenfalls im Rahmen der Erwartungen. Grundstücksverkäufe sind im Wirtschaftsjahr 2012 nicht getätigt worden.

	Ergebnis 2011 €	Planansatz 2012 €	Ergebnis 2012 €
Zuwendungen und allgemeine Umlagen + Privatrechtliche Leistungsentgelte	491.285,47	518.000,00	503.850,77
Sonstige ordentliche Erträge (Grundstücksverkauf)	187.000,00	0,00	0,00
Finanzerträge	17.260,51	13.900,00	13.420,12
Summe	**695.545,98**	**531.900,00**	**517.270,89**

2 Aufwendungen

Der Stiftung „Kriegsopferdank" entstanden u.a. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und bilanzielle Abschreibungen. Ebenfalls sind Verwaltungskosten (u.a. für Personal) gegenüber der Hansestadt Lübeck und Zinsaufwendungen angefallen. Die Stiftung „Kriegsopferdank" hat kein eigenes Personal. Sie wird von der Hansestadt Lübeck verwaltet. Die angefallenen Aufwendungen bewegen sich im Wesentlichen innerhalb des Rahmens der kalkulierten Planansätze.

	Ergebnis 2011 €	Planansatz 2012 €	Ergebnis 2012 €
Aufwendungen für Sach-und Dienst-leistungen	261.982,09	350.400,00	310.492,61
Bilanzielle Abschreibungen	95.915,24	88.300,00	92.304,96
Transferaufwendungen	234,95	100,00	0,00
Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.883,13	24.700,00	22.545,43
Zinsen und sonstige Finanz-aufwendungen	47.510,09	48.200,00	47.263,11
Summe	**427.525,50**	**511.700,00**	**472.606,11**

3 Jahresergebnis

Im Wirtschaftsjahr 2012 konnte ein Jahresüberschuss von 44.664,78 € erzielt werden. Nach Beschlussfassung des Jahresergebnisses durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck soll dieser jeweils anteilig der Freien Rücklage und der Zweckrücklage zugeführt werden.

	Ergebnis 2011 €	Planansatz 2012 €	Ergebnis 2012 €
Jahresergebnis vor Verwendung	268.020,48 €	20.200,00	44.664,78
Zuführung zur Bauerneuerungsrücklage	-67.368,82	0,00	0,00
Zuführung zur Zweckrücklage	-9.021,39	0,00	0,00
Zuführung zum Stiftungskapital	-185.616,00	0,00	0,00
Zuführung zur Freien Rücklage	-6.014,27	0,00	0,00
Summe	**0,00**	**20.200,00**	**44.664,78**

III. Sonstige Angaben

Die Stiftung „Kriegsopferdank" plant und bebucht lediglich ein Produkt, so dass die Teilrechnungen nach
§ 47 GemHVO-Doppik der beigefügten Ergebnisrechnung bzw. der beigefügten Finanzrechnung entsprechen.

Haushaltsmittel wurden nicht in das Jahr 2013 übertragen, so dass eine entsprechende Aufstellung nach § 51 Abs. 3 Nr. 4 GemHVO-Doppik entfällt.

Die Stiftung „Kriegsopferdank" besitzt im Wirtschaftsjahr 2012 nur zum Teil eigene liquide Mittel (siehe auch. II. Aktiva 2.4 Liquide Mittel), stattdessen verwaltet die Hansestadt Lübeck zum Teil die liquiden Mittel der Stiftung. Ab dem Wirtschaftsjahr 2013 wird dies so umgestellt (Stichtag 01.01.2013), dass jede von der Hansestadt Lübeck verwaltete Stiftung vollständig über ein entsprechendes eigenständiges Geschäftskonto verfügt. Die Ein- und Auszahlungen werden bis dahin bei der Stiftung „Kriegsopferdank" als Forderung bzw. als Verbindlichkeit gegenüber der Hansestadt Lübeck entsprechend ausgewiesen. Die Bewegungen der liquiden Mittel werden in der Finanzrechnung als Ein- bzw. Auszahlungen fremder Finanzmittel (Zeilen 35 a-c) ausgewiesen.

Eine Übersicht über Sondervermögen, Zweckverbände, etc. nach § 51 Abs. 3 Nr. 4 GemHVO-Doppik entfällt, da solche Beziehungen von der Stiftung nicht gehalten werden.

Die Stiftung „Kriegsopferdank" ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer befreit und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil Sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient. Ein entsprechender Freistellungsbescheid des Finanzamtes Lübeck vom 14.11.2016 liegt vor.

IV. Stiftungsgremien

Die Stiftung "Kriegsopferdank" wird von der Hansestadt Lübeck nach den Vorschriften der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein verwaltet. Die Hansestadt Lübeck darf durch Verwaltungsaufgaben, die den Zwecken der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen nicht begünstigt werden.

Die Hansestadt Lübeck vertritt die Stiftung vorbehaltlich der Bestimmungen des Abs. 3 gerichtlich und außergerichtlich. Soweit die Hansestadt Lübeck entsprechend der Bestimmung des § 181 BGB in der Vertretung der Stiftung „Kriegsopferdank" gehindert ist, wird diese durch einen Vorstand wahrgenommen, der aus drei Mitgliedern besteht. Sie werden vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein für die Dauer von 6 Jahren ernannt. Die Vorstandsmitglieder sollen Bürger der Hansestadt Lübeck, sie dürfen jedoch nicht deren Bedienstete sein. Zur rechtswirksamen Vertretung der Stiftung „Kriegsopferdank" genügt die Mitwirkung von zwei Vorstandsmitgliedern.

Lübeck, den 18/4/18

Bernd Saxe
Bürgermeister der
Hansestadt Lübeck

Anlagen zum Anhang nach § 51 Abs. 3 GemHVO-Doppik

Anlagenspiegel

Anlagenspiegel GJ 2012

Anlagevermögen MANDANT: 115	Anschaffung- und Herstellkosten					Abschreibungen				Restbuchwert am Ende des Wirtschaftsjahres	Restbuchwert am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres	Kennzahlen	
	Anfangsbestand	Zugang	Abgang	Umbuchungen	Endbestand	Anfangsbestand	Zugang, d.h. Abschreibungen im Haushaltsjahr	Abgang, d.h. angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 5 ausgewiesenen Abgänge	Endbestand			Durchschn. Abschreibungssatz	Durchschn. Restbuchwert
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	v.H.	v.H.
1 2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
01 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
Summe Immaterielles Vermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2 Sachanlagen													
02 1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.1.1 Grünflächen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.1.2 Ackerland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.1.3 Wald, Forsten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
03 1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	6.253.107,12	8.220,96	0,00	0,00	6.261.328,08	1.407.583,12	82.165,96	0,00	1.489.749,08	4.771.579,00	4.845.524,00	1,3	76,2
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.2.2 Schulen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.2.3 Wohnbauten	6.253.107,12	8.220,96	0,00	0,00	6.261.328,08	1.407.583,12	82.165,96	0,00	1.489.749,08	4.771.579,00	4.845.524,00	1,3	76,2
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
04 1.2.3 Infrastrukturvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung u. Sicherheitsanl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.3.5 Straßennetze mit Wegen, Plätzen, Verkehrslenkungsanl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
05 1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
06 1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	9.371,25	0,00	0,00	0,00	9.371,25	574,25	313,00	0,00	887,25	8.484,00	8.797,00	3,3	90,5
07 1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	24.411,71	0,00	0,00	0,00	24.411,71	5.300,71	2.890,00	0,00	8.190,71	16.221,00	19.111,00	11,8	66,4
08 1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	119.264,41	0,00	0,00	0,00	119.264,41	12.718,41	6.936,00	0,00	19.654,41	99.610,00	106.546,00	5,8	83,5
09 1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anzahlungen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
Summe Sachanlagevermögen	6.406.154,45	8.220,96	0,00	0,00	6.414.375,45	1.426.176,45	92.304,96	0,00	1.518.481,45	4.895.894,00	4.979.978,00	1,4	76,3
1.3 Finanzanlagen													
10 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
11 1.3.2 Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
12 1.3.3 Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
13 1.3.4 Ausleihungen	11.794,26	0,00	3.414,05	0,00	8.380,21	0,00	0,00	0,00	0,00	8.380,21	11.794,26	0,0	0,0
1.3.4.1 Ausleihungen an verb. Unternehmen, Beteilig., SV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.3.4.2 Sonstige Ausleihungen	11.794,26	0,00	3.414,05	0,00	8.380,21	0,00	0,00	0,00	0,00	8.380,21	11.794,26	0,0	0,0
14 1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
Summe Finanzanlagevermögen	11.794,26	0,00	3.414,05	0,00	8.380,21	0,00	0,00	0,00	0,00	8.380,21	11.794,26	0,0	0,0
Gesamtsumme	6.417.948,75	8.220,96	3.414,05	0,00	6.422.755,66	1.426.176,45	92.304,96	0,00	1.518.481,45	4.904.274,21	4.991.772,26	1,4	76,3

699 von 1236 in Zusammenstellung

Forderungsspiegel

FORDERUNGSSPIEGEL 2012

Art der Forderung		Gesamtbetrag des Haushalts-jahres in EUR	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag des Vorjahres in EUR
			bis zu 1 Jahr in EUR	1 bis 5 Jahre in EUR	mehr als 5 Jahre in EUR	
1	2	3	4	5	6	7
161	2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
169	2.2.2 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
171	2.2.3 Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
179	2.2.4 Sonstige privatrechtliche Forderungen	991.159,30	991.159,30	0,00	0,00	1.482.695,82
178	2.2.5 Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Summe	**991.159,30**	**991.159,30**	**0,00**	**0,00**	**1.482.695,82**

Verbindlichkeitenspiegel

VERBINDLICHKEITENSPIEGEL 2012

Art der Verbindlichkeit		Gesamtbetrag des Haushaltsjahres in EUR	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag des Vorjahres in EUR
			bis zu 1 Jahr in EUR	1 bis 5 Jahre in EUR	mehr als 5 Jahre in EUR	
1	2	3	4	5	6	7
30	4.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
32	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	-3.687.277,57	0,00	0,00	-3.687.277,57	-3.727.722,32
321-	4.2.1 von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
321-	4.2.2 vom öffentlichen Bereich	-3.685.358,66	0,00	0,00	-3.685.358,66	-3.725.140,82
321-	4.2.3 vom privaten Kreditmarkt	-1.918,91	0,00	0,00	-1.918,91	-2.581,50
33	4.3 Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-30.229,54	-30.229,54	0,00	0,00	-28.631,68
36	4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	-259.259,63	-259.259,63	0,00	0,00	-247.745,76
	Summe	**-3.976.766,74**	**-289.489,17**	**0,00**	**-3.687.277,57**	**-4.004.099,76**

Stiftung Kriegsopferdank
Lagebericht und Jahresabschluss 2012

1. Allgemeines

1.1 Geschichtlicher Hintergrund.

Im Jahre 1915 wurde durch den Senat der Freien und Hansestadt Lübeck der „Lübecker Landes-Ausschuß für Kriegsverletzte" zur Unterstützung von Kriegsopfern gebildet. Die Mittel, die dem Ausschuss zur Verfügung standen, wurden für Beihilfen und Darlehen an Kriegsopfer verwandt. Nach dem 1. Weltkrieg bis 1928 konnte der Ausschuss nicht tätig werden, da das Kapital durch Kriegseinwirkungen und Entwertung zusammengeschmolzen war. Durch Zahlung von Renten auf Kriegsanleihen floss dem Ausschuss neues Kapital zu, so dass er seine Arbeit wieder aufnehmen konnte. Ab 1930 wurde Kapital in Grundstücken und Häusern angelegt. Die Beseitigung der Wohnungsnot wurde zur vordringlichsten Aufgabe des Ausschusses. Die durch den Ausschuss errichteten Häuser und Wohnungen wurden an Kriegsgeschädigte vermietet. 1936 wurde der Ausschuss in die „Stiftung Kriegsopferdank" umgewandelt, die weiterhin die gleichen Aufgaben wie der Ausschuss erfüllte. Nach dem 2. Weltkrieg konnte die Stiftung wegen Mittellosigkeit nur im beschränkten Umfang tätig werden. Nach der 1949 durchgeführten „Kriegsopferdankwoche" und durch die Auflösung der „Senator-Possehl-Kriegsstiftung und der „Gottlieb-Nicolaus-Stolterfoht-Stiftung", deren Vermögen der Stiftung „Kriegsopferdank" zugeführt wurde, sowie durch Spenden Lübecker Firmen war es der Stiftung wieder möglich, notleidenden Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen außerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten zu helfen. Die Rückläufigkeit der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in den letzten Jahrzehnten ermöglichte eine Satzungsänderung, die nunmehr auch Schwerbeschädigte und deren Familien zu dem begünstigten Personenkreis gehören lassen. Durch die mit der Zeit immer weiterreichende gesetzliche soziale Absicherung spielt die Gewährung von Beihilfen nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Hauptaufgaben der Stiftung liegen heute in der Schaffung (Neubau Ecke Weberkoppel / Ratzeburger Allee) und Unterhaltung von alten- und behindertengerechten Wohnungen.

1.2 Zweck der Stiftung

Aufgabe der Stiftung "Kriegsopferdank" ist

1. Gewährung von Hilfen an Kriegsgeschädigte und deren Hinterbliebenen sowie Menschen mit einer Schwerbehinderung zur Linderung besonderer Notfälle, soweit im Rahmen der Kriegsopferfürsorge oder der Sozialhilfe nicht oder nicht im ausreichendem Maße geholfen werden kann.
2. der Bau und die Unterhaltung von Wohnungen für
   a) Kriegsgeschädigte oder deren Hinterbliebenen
   b) Menschen mit einer Schwerbehinderung und deren Familien

1.3 Vermögen der Stiftung

Zum Vermögen der „Stiftung Kriegsopferdank" gehören 11 Grundstücke innerhalb von Lübeck, auf denen sich eigene Wohngebäude mit insgesamt 127 Wohneinheiten befinden. Der Buchwert der Immobilien beläuft sich auf insgesamt ca. 4,77 Mio. €. Des Weiteren befinden sich im Eigentum der Stiftung Kunstgegenstände / Kulturdenkmäler, Maschinen / technische Anlagen und sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung im Wert von rund 124,3 T€. Daneben besteht das Vermögen aus Forderungen in Höhe von rund 991,1 T€ und liquiden Mitteln von ca. 1,08 Mio. €, hiervon werden 505,0 T€ von der Grundstücksgesellschaft Trave mbH über den Geschäftsbesorgungsvertrag für die Altenwohnungen verwaltet. Des Weiteren existiert eine Ausleihung an die Stiftung Vereinigte Testamente in Höhe von rund 8,4 T€. Die Ausleihung

diente zur Mitfinanzierung der Errichtung der betreuten Altenwohnungen in Lübeck, Elswigstraße 66a.

1.4 Organe der Stiftung

Die Stiftung Kriegsopferdank wird von der Hansestadt Lübeck nach den Vorschriften der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein verwaltet. Die Hansestadt Lübeck darf durch Verwaltungsaufgaben, die den Zwecken der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen nicht begünstigt werden.
Die Hansestadt Lübeck vertritt die Stiftung im Regelfall gerichtlich und außergerichtlich.

Soweit die Hansestadt Lübeck entsprechend der Bestimmung des § 181 BGB in der Vertretung der Stiftung gehindert ist, wird diese durch einen Vorstand wahrgenommen, der aus drei Mitgliedern besteht. Sie werden vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein für die Dauer von sechs Jahren ernannt.
Die Stiftung wird vertreten durch den Bürgermeister der Hansestadt Lübeck - 2.280.5 Stiftungsverwaltung.

1.5 Stiftungssatzung

Die Stiftung Kriegsopferdank wird als ***Stiftung des bürgerlichen Rechts*** nach dem Stiftungsgesetz -StiG (GVOBl. Schl.-H. 2000 Nr. 5 S. 208) und nach der Satzung der Stiftung Kriegsopferdank in der Fassung vom 14.01.2004 geführt.

2. Geschäftsablauf im Berichtsjahr

Das Haushalts- und Rechnungswesen der Stiftung wird seit dem Haushaltsjahr 2010 in der Systematik der „Doppelten Buchführung in Konten (Doppik)" geführt. Sie bedient sich dabei den Regelungsinhalten, Vorgaben und Konzepten der Hansestadt Lübeck zur Umstellung des Haushalts- und Rechnungswesens, soweit diese für Stiftungen anwendbar sind. Grundlage bildet insbesondere die Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik. Sie gilt nach § 58 GemHVO-Doppik für Treuhandvermögen der Gemeinde sinngemäß.

Wesentliche Aufgabe der Doppik ist der Nachweis des periodengerechten Ressourcenverbrauchs mit seiner Folgewirkung auf die Bilanzrelationen und das Eigenkapital. Die bei Privatunternehmen wichtigen Funktionen des Rechnungswesens zur Feststellung des Gewinns und der Bemessung des zu versteuernden Einkommens sind im Stiftungsrecht – soweit es gemeinnützige Stiftungen betrifft – von untergeordneter Bedeutung. Die „Stiftung KOD" ist weitgehend steuerbefreit, ein Ansammeln von „Gewinnen" widerspricht der Pflicht der „zeitnahen Mittelverwendung" sowie dem grundsätzlichen Thesaurierungs- und Admassierungsverbot im Stiftungssteuerrecht.
Relevant sind Aussagen über die Konstanz des Eigenkapitals, das maßgeblich durch die Jahresergebnisse (Ergebnisrechnung) bestimmt wird sowie Aussagen über die Leistungsfähigkeit der Stiftung im Rahmen der Zweckverfolgung.

Die „Stiftung Kriegsopferdank" stellt eine sog. Anstaltsstiftung dar, die ausschließlich operativ arbeitet, d.h. der Stiftungszweck wird nicht über Ausschütten von Vermögenserträgen erfüllt, sondern durch Einsatz der Vermögenssubstanz selbst sowie durch Dienstleistungen.
Zu ihrem Grundbesitz gehören Einfamilienhäuser, Doppelhaushälften und größere Gebäudekomplexe in Karlshof, Dornbreite und St. Jürgen, die z.T. barrierefrei und behindertengerecht hergerichtet wurden. Sämtliche Objekte werden gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag von der Grundstücksgesellschaft „Trave" mbH bewirtschaftet. Die Erträge aus der Bewirtschaftung im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der GG Trave mbH betragen 503,8 T€ (Vorjahr: 491,3 T€). Die Zinserträge in Höhe von 13,4 T€ liegen knapp unter dem erwartetem Niveau (13,9 T€). Für die bauliche Unterhaltung einschließlich der Betriebskosten der stiftungseigenen Wohnanlagen wurden 310,5 T€ (Vorjahr: 262,3 T€) verausgabt. An die Hansestadt Lübeck wurden Verwaltungskosten (Personalkosten,

Kassengeschäfte usw.) in Höhe von 22,1 T€ (Vorjahr: 21,8 T€) erstattet. Die Zinsaufwendungen für Darlehen beliefen sich auf 47,3 T€ (Vorjahr: 47,5 T€). An Tilgungsleistungen wurden 40,4 T€ erbracht (Vorjahr: 37,3 T€). Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen zum Stichtag 31.12.2012 belaufen sich auf einen Wert von insgesamt 3,69 Mio. €.

Es wurde ein positives Jahresergebnis in Höhe von 44.664,78 € erzielt. Nach Beschlussfassung des Jahresergebnisses durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck soll dieses im darauffolgenden Wirtschaftsjahr gem. den gesetzlichen Regelungen im § 62 der Abgabenordnung anteilig der Freien Rücklage und der Zweckrücklage sowie der Zweckrücklage BER Trave zugeführt werden.

3. Vermögenslage

Das bilanzierte Stiftungskapital der Stiftung Kriegsopferdank setzt sich aus den Positionen „Stiftungskapital" von 1,19 Mio. € (Vorjahr: 1,01 Mio. €) und „Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied" von 1,26 Mio. € zum 31.12.2012 zusammen. Hierbei bildet das „Stiftungskapital" das Grundstockvermögen der Stiftung inklusive der Entwicklung vor der Umstellung auf die doppische Buchführung ab. Das „Stiftungskapital aus Bilanzierungsunterschied" hingegen stellt die rein rechnerische Differenz zwischen der neu ermittelten Aktiv- und der Passivseite der Bilanz dar und bildet die bis dahin erwirtschafteten stillen Reserven ab, die mit den Neubewertungen von Vermögens- und Schuldwerten aufgrund der Überleitung auf die doppische Buchführung offenlegt wurden. Das Erwirtschaften stiller Reserven ist rechtlich zulässig, ausdrücklich wünschenswert und aufgrund der Einhaltung z.B. des Niederstwertprinzips bei der doppischen Bewertung unvermeidbar.

Eine nachträgliche Zuordnung von rein mathematisch ermittelten, aber zum Teil über Jahrhunderte erwirtschafteten, stillen Reserven zu bestimmten Eigenkapitalbestandteilen ist nicht seriös möglich.

Das zu erhaltende Stiftungskapital kann sich daher lediglich auf das Grundstockvermögen beziehen, das unabhängig vom System des Rechnungswesens einheitlich betrachtet wird, und den Vorgaben der Stiftungsaufsichtsbehörde entspricht.

Im Wirtschaftsjahr 2012 hat sich das Grundstockvermögen (Stiftungskapital) durch eine Zuführung des Buchwertüberschusses in Höhe von 185,6 T€ aus einer Veräußerung eines stiftungseigenen Grundstücks incl. Wohngebäudes in Lübeck, Forstmeisterweg 38, aus dem Jahresergebnis 2011 erhöht.
Der Erhalt des Stiftungsvermögens ist gewährleistet.

Darüber hinaus haben sich auch die Ergebnisrücklagen im Wirtschaftsjahr 2013 positiv entwickelt. Nach Verwendung des Jahresergebnisses 2011 beläuft sich die Freie Rücklage auf 256,1 T€ (Vorjahr: 250,1 T€) und die Zweckrücklage auf 108,4 T€ (Vorjahr: 31,9 T€) zum Bilanzstichtag.

4. Finanzlage

Die Finanzierung der Stiftungsleistungen ist weiterhin gesichert. Evt. Risiken sind derzeit nicht vorhanden bzw. nicht erkennbar.
Die Zahlungsfähigkeit der Stiftung war im Jahr 2012 jederzeit gegeben.

5. Ausblick

Mit der Ergebnis- und Finanzrechnung für das Geschäftsjahr 2012 wird sichergestellt, dass auch 2013 die dauernde Leistungsfähigkeit der Stiftung nicht beeinträchtigt wird. Der Stiftungszweck kann weiterhin verfolgt werden. Für die nächsten Jahre sind schrittweise die zum Teil überfälligen Sanierungen und Modernisierungen der Wohnanlagen in Zusammenarbeit mit der Grundstücksgesellschaft Trave mbH Lübeck geplant. Daneben werden auch Überlegungen angestellt, einen Teil der unwirtschaftlichen Objekte zu veräußern, um damit neue Projekte im Rahmen des Stiftungszweckes mitzufinanzieren.

Lübeck, den 18/4/18

Bernd Saxe
Bürgermeister der
Hansestadt Lübeck

1.201 – Haushalt und Steuerung
1.201.2 –Abteilung Bilanzen, Haupt- und Anlagenbuchhaltung

Zeichen: DS/KS

Lübeck, den 29.04.2019
Auskunft: Daniel Schewe,
Katrin Sinner
Tel.: 2070; 2356; Fax: 2090
e-mail: bilanzen@luebeck.de

1.140 – Rechnungsprüfungsamt
über

1.000 – Bürgermeister

1.140 Rechnungsprüfungsamt
07. Mai 2019
PrGr

Rechnungsprüfungsangelegenheiten: Stellungnahme zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stiftung Kriegsopferdank zum 31.12.2012

Das Rechnungsprüfungsamt (RPA) hat mit dem Schreiben vom 29.03.2019 seinen Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 vorgelegt.

Das Rechnungsprüfungsamt ist der Ansicht, dass der Jahresabschluss 2012 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung Kriegsopferdank widerspiegelt.

Die Gliederung des Prüfberichtes wird im Folgenden zur Beantwortung und einfacheren Vergleichbarkeit übernommen.

Ebenfalls bat das Rechnungsprüfungsamt mit dem Prüfbericht 2012 um Stellungnahme insbesondere zu folgenden Sachverhalten, zu dem die Verwaltung wie folgt Stellung mit:

2.1.3.1 Stiftungskapital

Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt, wie bereits im Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2011 mitgeteilt, Umschichtungsergebnisse (d.h. Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von Vermögensgegenständen) als eigenen Punkt innerhalb des Eigenkapitals, jedoch außerhalb des zu erhaltenden Stiftungskapitals auszuweisen.

Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass eine abschließende Klärung bisher nicht erfolgen konnte. Der Sachverhalt u.a. zum Thema „Stiftungskapital" ist bereits im Mai 2018 seitens der Verwaltung mit offiziellem Schreiben an die Stiftungsaufsichtsbehörde des Innenministeriums thematisiert worden, mit der Bitte um Klarstellung diverser stiftungsrechtlicher Sachverhalte, die durch die Regelungen der GemHVO-Doppik nicht oder nur im Widerspruch zu anderen rechtlichen Regelungen umgesetzt werden könnten.
Trotz regelmäßiger Nachfrage reagierte die Stiftungsaufsichtsbehörde erst am 12.12.2018 mit einer Email, die auf die übermittelten Fragen grundsätzlich nicht eingeht aber dem Hinweis, dass allgemeingültige Antworten noch nicht gegeben werden können. Auf das Angebot seitens der Verwaltung (Anfang 2019) die Sachverhalte konkret vorzustellen, blieb eine Reaktion der Stiftungsaufsicht leider bisher aus. Damit bleibt der Rechtsrahmen für die Verwaltung und das Rechnungsprüfungsamt weiterhin eigenständig interpretationsfähig und offen.

...

4 Mittelverwendung/Stiftungszweck

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 erfolgte eine Überprüfung des Rechnungsprüfungsamtes bezüglich der Einhaltung des Stiftungszweckes bzw. der Mittelverwendung hinsichtlich der Mieterauswahl. Bei der Prüfung der Mieterauswahl wurde festgestellt, dass die Vermietung der Wohnungen weit überwiegend an Personen erfolgte, welche nicht unter den Stiftungszweck fallen.
Gemäß § 3 Abs. 2 der Stiftungssatzung dürfen die Mittel der Stiftung nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Im Geschäftsbesorgungsvertrag vom 01.09.2012 ist keine Regelung enthalten, die der Trave eine entsprechende Berücksichtigung des Stiftungszweckes vorschreibt. Nach Aussage der Trave erfolgte eine Benennung von Personen in der Regel nicht. Das Rechnungsprüfungsamt bittet die Verwaltung hier um Stellungnahme, wo die Verwaltung folgendes zu mitteilen kann:
Beide Feststellungen treffen zu und sind gewollt. Der Verwaltung ist keine Vorschrift in Satzung oder Stiftungsrecht bekannt, die vorschreibt, dass ertragsbringendes Vermögen selbst zugleich und in vollem Umfang der unmittelbaren Verfolgung des Stiftungszweckes dienen muss. Das Vermögen einer Stiftung kann bei operativ wirkenden Stiftungen zugleich oder in Teilen Stiftungszweck sein, muss es jedoch nicht. Der Stiftungszweck der Stiftung KOD kann nur finanziert werden, wenn Vermögen vorhanden ist, Erträge erwirtschaftet werden und das Vermögen nicht über Wahrnehmung des Stiftungszweckes „verbraucht" wird. Eine Stiftung kann und muss so viel für den Stiftungszweck ausgeben, wie sie über die Erträge ihres Vermögens nach Abzug ihrer „Unkosten" erwirtschaftet. Sind Erträge nicht vorhanden, beschränkt oder erfordert die Unterhaltung des Vermögens einen Großteil ihrer Erträge, ist der Stiftungszweck daran auszurichten. Die dauerhafte Erhaltung des Vermögens genießt Vorrang vor Ausübung des Stiftungszweckes. Die Stiftung KOD wird auch in Zukunft die Förderung von Personen über subventionierte Mieten nur in dem Umfang vornehmen, wie es die Ertragssituation zulässt. In diesem Zusammenhang darf angemerkt werden, dass die Stiftung KOD mit Errichtung des Gebäudeensembles Weberkoppel 2-2b/Ratzeburger Allee 109a erstmalig in ihrer Nachkriegsgeschichte mehr als eine (1) Person fördert. Durch eine eigens den Bedürfnissen entsprechenden hergerichtete Wohngemeinschaft ist die Stiftung KOD nunmehr in der Lage, weiteren 12 jungen Menschen mit einer Schwerbehinderung dort helfen zu können. Es ist geplant, diesen Personenkreis über Mieterhöhungen bei nicht geförderten Personen zu erweitern. Ferner ist auch nicht bekannt und nicht auszuschließen, ob nicht in weiteren KOD-Wohnungen lebende Personen evtl. ebenfalls einen dem Stiftungszweck entsprechenden Status besitzen bzw. mittlerweile besitzen. Aufzeichnungen hierüber werden nicht geführt und würden auch der Datenschutz-Grundverordnung widersprechen.

Zudem hat das Rechnungsprüfungsamt in der Prüfung festgestellt, dass das in 2010 in Betrieb genommene Wohnobjekt der Weberkoppel 2/Ratzeburger Allee 109 a mit einem Darlehen aus der sozialen Wohnraumförderung finanziert wurde, das neben Menschen mit einer Schwerbehinderung auch Altenwohnungen fördert. Die Verwaltung wird hier um Stellungnahme gebeten, warum Wohnungen bei dem Neubau mit Mitteln gefördert wurden, die nicht den Stiftungszweck stützen.

Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass im Zuge der Planungen des Neubauprojektes Weberkoppel 2-2b/Ratzeburger Allee 109a mit der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen des Innenministeriums Schleswig-Holstein im Vorwege die dazugehörige Wirtschaftlichkeitsberechnung mit der Finanzierung u.a. durch ein Darlehen aus dem Programm der Investitionsbank Schleswig-Holstein des sozialen Wohnungsbaus abgestimmt wurde. Alternative Berechnungsmodelle über evtl. Finanzierungsmöglichkeiten mit anderen Kreditinstituten hatten alle eine nicht darstellbare Wirtschaftlichkeit des Projektes zum Ergebnis und hätten somit deren Realisierung nicht zugelassen.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Lindenau
Bürgermeister der Hansestadt Lübeck

...

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07858
öffentlich

Lübeck, 18.06.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
1.201 - Haushalt und Steuerung

Bearbeitung: Jörg Kaminski (E-Mail: joerg.kaminski@luebeck.de Telefon: 122-2060)

Stiftung Haus der Jugend - Jahresabschluss 2012

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
26.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss 2012 der Stiftung Haus der Jugend mit einem Jahresüberschuss von 3.928,50 € (Ergebnisrechnung) wird gem. § 95 n Abs. 3 GO S.H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H zur Kenntnis genommen.

2. Dieser Jahresüberschuss wird in 2013 der Ergebnisrücklage zugeführt.

3. Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der im Rechnungsprüfungsaausschuss am 06.06.2019 abschließend beraten wurde (VO/2019/07646) wird zur Kenntnis genommen.

Verfahren:
Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

- [ ] Ja
- [X] Nein da nicht relevant.

Die Maßnahme ist:

- [ ] neu
- [ ] freiwillig
- [X] vorgeschrieben durch: GO S-H

Finanzielle Auswirkungen:

- [X] Nein
- [ ] Ja (Anlage 1)

Begründung:
Die Ergebnis-Rücklage beträgt im Jahr 2012: 1.924,38 € und erhöht sich durch die o.a. zu beschließende Zuführung dann in 2013 auf einen Wert von 5.852,88 €.

Anlagen:

Bürgermeister Jan Lindenau

Hansestadt LÜBECK

► **Nr. VO/2019/07646**
öffentlich

Lübeck, 13.05.2019

Bearbeitung: Yvonne Bretfeld (E-Mail: yvonne.bretfeld@luebeck.de Telefon: 122-7103)

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 der Stiftung Haus des Jugend und des Lageberichtes für das Haushaltsjahr 2012

Beratung, Erörterung und ggf. Empfehlung zum o.a. Prüfungsbericht im Zuge der Erstbehandlung.

Hansestadt LÜBECK

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 der Stiftung Haus der Jugend und des Lageberichts für das Haushaltsjahr 2012

Rechnungsprüfungsamt

Februar 2019

Impressum

Herausgeber:
Hansestadt Lübeck
Der Bürgermeister
Rechnungsprüfungsamt
Rechnungsprüferin Kristina Braatz
Layout Elke Buller

Inhalt:

Seite

1 Vorbemerkung 1

1.1 Prüfungsgegenstand und -durchführung 1

1.2 Prüfungsunterlagen 2

1.3 Haushaltsplanung 2

2 Jahresabschluss 2012 2

2.1 Bilanz 3

2.1.1 Bauten auf fremden Grund und Boden 3

2.1.2 Sonstige Privatrechtliche Forderungen 4

2.1.3 Sonstige Vermögensgegenstände 4

2.1.4 Liquide Mittel 5

2.1.5 Ergebnisrücklage 6

2.1.6 Jahresüberschuss 6

2.1.7 Sonderposten 6

2.2 Ergebnisrechnung 6

2.2.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen 7

2.2.2 Privatrechtliche Leistungsentgelte (Erträge) 7

2.2.3 Bilanzielle Abschreibungen 7

2.2.4 Transferaufwendungen 8

2.2.5 Sonstige ordentliche Aufwendungen 8

2.2.6 Finanzerträge 8

2.2.7 Jahresüberschuss 8

2.2.8 Finanzrechnung 9

2.2.9 Einzahlungen / Rückflüsse Investitionen Dritter 9

2.2.10 Ein- und Auszahlung aus fremden Finanzmitteln 9

2.3 Anhang 10

2.4 Lagebericht 10

3 Ergebnis 10

4 Schlussbemerkung 10

Abkürzungsverzeichnis

AiB	–	Anlage im Bau
GemHVO-Doppik	–	Landesverordnung über die Aufstellung und Ausführung eines doppischen Haushaltsplanes der Gemeinden - Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik
GO	–	Gemeindeordnung
HdJ	–	Haus der Jugend
HL	–	Hansestadt Lübeck
ILA	–	Interne Leistungsabrechnung
JA	–	Jahresabschluss
RPA	–	Rechnungsprüfungsamt

1 Vorbemerkung

Die Stiftung Haus der Jugend (HdJ) ist eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in der Hansestadt Lübeck (HL).

Die Stiftung wurde im 16. Jahrhundert gegründet. Mit den Mitteln der Stiftung sollen Einrichtungen der Jugendhilfe geschaffen, unterhalten und gefördert werden.

Zu dem Vermögen der Stiftung gehören zwei Flurstücke in der Straße Fegefeuer 16. Ursprünglich war auf diesem Grundstück ein Waisenhaus vorhanden. Dieses wurde im Zweiten Weltkrieg jedoch zerstört. Auf dem Grundstück befindet sich aktuell ein Kindergarten. Die Stiftung erhält für die Nutzung des Grundstücks einen Erbbauzins.

Des Weiteren gehört der Stiftung der Gebäudeteil des Burgtors, in dem das Jugendzentrum Burgtor untergebracht ist. Das hierzu gehörende Grundstück befindet sich im Eigentum der HL. Die Stiftung ist erbbauberechtigt. Die HL kommt für die laufenden Lasten des Grundstücks auf. Außerdem ist geregelt, dass die HL für die gesamte bauliche Instandhaltung des Gebäudes inkl. der Instandsetzung des Inventars sowie die Ausführung von Schönheitsreparaturen zuständig ist. Es besteht eine Verpflichtung der HL, das Gebäude in einem ordnungsgemäßen Zustand zu erhalten.

Die Stiftung verfügt außerdem über Geldvermögen.

1.1 Prüfungsgegenstand und -durchführung

Die Stiftung HdJ wird gemäß § 5 ihrer Satzung nach den Vorschriften der Gemeindeordnung (GO) durch die HL verwaltet. Der Bereich Jugendarbeit ist mit diesen Aufgaben betraut. Unter anderem wird dort über die Anträge auf Zuwendungen aus Stiftungsmitteln entschieden.

Es handelt sich um Treuhandvermögen entsprechend § 98 GO, wonach die Jahresabschlüsse (JA) der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt (RPA) unterliegen.

Prüfungsgegenstand war der JA der Stiftung des Jahres 2012. Der JA wurde am 13.09.2018 vom Bürgermeister unterzeichnet und dem RPA Ende September 2018 inklusive der prüffähigen Unterlagen elektronisch zur Prüfung vorgelegt.

§ 95n Abs. 1 GO:
In Gemeinden, in denen ein RPA besteht, prüft dieses den JA und den Lagebericht mit allen Unterlagen dahin, ob

1. der Haushaltplan eingehalten ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt worden sind,

3. bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach den geltenden Vorschriften verfahren worden ist,
4. das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind,
5. der Anhang zum JA vollständig und richtig ist,
6. der Lagebericht zum JA vollständig und richtig ist.

Das RPA kann die Prüfung nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränken und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichten.

Ein Teil des Anlagevermögens (bebaute Grundstücke) wurde nicht weitergehend betrachtet, da sich hier im Vergleich zum Vorjahr keine Änderungen ergeben haben. Ebenso wurden das Stiftungskapital und die Allgemeine Rücklage nicht explizit geprüft, da sich die Beträge gegenüber dem Vorjahr nicht verändert haben.

Es liegt eine Vollständigkeitserklärung vor, dass in der Bilanz alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte etc. richtig enthalten sind.

1.2 Prüfungsunterlagen

Folgende Unterlagen wurden zur Prüfung herangezogen:

- JA 2012,
- Buchungsunterlagen des Bereichs 1.201 - Haushalt und Steuerung,
- Unterlagen vom Bereich 4.513 - Jugendarbeit.

1.3 Haushaltsplanung

Der Haushaltsplan für 2012 wurde am 23.02.2012 von der Bürgerschaft beschlossen (§ 98 Abs. 2 GO).

2 Jahresabschluss 2012

Im Folgenden werden die Bilanz, die Ergebnisrechnung und die Finanzrechnung dargestellt.

2.1 Bilanz

Die Bilanz entspricht nicht in allen Punkten den formalen Vorschriften des § 48 GemHVO-Doppik. Die Werte der Passivseite wurden für die 2012er Zahlen mit einem negativen Vorzeichen dargestellt, die Vorjahreswerte bis auf eine Summe ebenso. Dies stellt formell nicht die tatsächlichen Verhältnisse dar. Die Vorjahreswerte stimmen auf der Aktiv- und Passivseite zahlenmäßig mit dem JA 2011 überein.

2.1.1 Bauten auf fremden Grund und Boden

Kontenart 0500 1.692.330,00 EUR[1]

Die Stiftung verfügt unter anderem über Sachanlagen in Form von Bauten auf fremdem Grund und Boden (Gebäudeteil Jugendzentrum Burgtor).

Der Wert des Gebäudeteils hat sich von 18.399,00 EUR im Vorjahr auf den oben genannten Wert erhöht.

Der Gebäudeteil wurde im Zeitraum 2010 bis 2014 unter anderem energetisch saniert (Erneuerung der Elektroinstallation, Einbau von Behindertentoiletten und -aufzug, Erneuerung der Fenster, Innendämmung der Hoffassaden und obersten Decken). Die Kosten für die Sanierung wurden von der HL getragen. Die Stiftung hat 2012 in Höhe von 1.685.882,56 EUR einen Investitionszuschuss von der HL erhalten. Die Summe entspricht der hierzu vorher bei der HL geführten Anlage im Bau (und dem bis 2012 aktivierten Teil).

Die Maßnahme wurde dahingehend gewertet, dass der Zuschuss der HL für die Baumaßnahme Sanierung Jugendzentrum Burgtor zu einer über den ursprünglichen Zustand hinausgehenden wesentlichen Verbesserung des Gebäudes geführt hat und nicht als Instandhaltung eingestuft wird.

Gemäß der Investitionsrichtlinie der HL liegt eine wesentliche Veränderung vor, wenn durch Art und Umfang der Maßnahmen an einem Gebäude der Gebrauchswert des Gebäudes und damit sein Nutzungspotenzial von einem sehr einfachen auf einen mittleren oder von einem mittleren auf einen sehr anspruchsvollen Standard gehoben wird.

Als Beurteilungskriterien werden Art und Umfang der zentralen Ausstattungsmerkmale einer Wohnung herangezogen. Diese sind

1. Heizungsinstallation,
2. Sanitärinstallation,
3. Elektroinstallation und
4. Fenster.

---

1 Siehe auch 2.1.7 Sonderposten.

Eine Standarderhöhung tritt ein, wenn durch ein Bündel von Maßnahmen bei mindestens drei der vier zentralen Ausstattungsmerkmale eine Erhöhung und Erweiterung des Gebrauchswerts eintritt.

Laut den Unterlagen zur Sanierungsmaßnahme wurde die komplette Elektroinstallation (Einbau Brandmeldeanlage, Notlichtanlage, Fluchtwegebeleuchtung) erneuert, ein Behindertenaufzug sowie -toilette eingebaut, Isolierfenster eingebaut und eine Innendämmung der Hoffassaden und obersten Decken vorgenommen.

Die Voraussetzungen wurden erfüllt, es sind drei der zentralen Ausstattungsmerkmale saniert worden, es handelt hier gemäß der oben genannten Investitionsrichtlinie um eine wesentliche Veränderung, die dementsprechend als Investition bei der Stiftung gebucht wurde.

2.1.2 Sonstige Privatrechtliche Forderungen

Kontenart 179	2012	27.042,52 EUR
	2011	171.185,26 EUR

Im Jahr 2012 verfügte die Stiftung weiterhin über kein eigenes Geschäftskonto. Die Verwaltung der Gelder wurde durch die HL vorgenommen und über sonstige Forderungen abgebildet. Die oben genannte Summe setzt sich aus drei Beträgen zusammen:

Geldanlage bei der HL	13.000,00 EUR
Geld verwaltet durch die HL (analog Kontokorrentkonto)	13.326,07 EUR
Zinserträge HL	716,45 EUR

Bislang hatte die Stiftung Kapital bei der HL fest angelegt. Hier hat eine Veränderung stattgefunden, ab dem 24.04.2012 wurde ein Betrag in Höhe von 144.300,00 EUR bei einem Lübecker Wohnungsbauunternehmen zu einem fest vereinbarten Zins (4 %) angelegt (siehe auch Pkt. 2.1.4 Liquide Mittel). Die oben genannte Summe hat sich folglich im Vergleich zum Vorjahr reduziert.

2.1.3 Sonstige Vermögensgegenstände

Kontenart 178	25,00 EUR

Die Stiftung hat im Frühjahr 2012 Kapital bei einem Lübecker Wohnungsunternehmen angelegt. In diesem Zusammenhang wurde ein Genossenschaftsanteil für den oben genannten Betrag erworben.

2.1.4 Liquide Mittel

Kontenart 18 149.258,24 EUR

Ab dem 24.04.2012 hat die Stiftung eine Summe in Höhe von 144.300,00 EUR zu einem Festzins bei einem Lübecker Wohnungsbauunternehmen angelegt. Bislang war dieses Geld direkt bei der HL angelegt worden.

Grundsätzlich gilt, dass die Stiftung Sorge tragen muss, dass ihr Kapital dauerhaft erhalten wird.

Einerseits müssen stetig relevante Erträge erzielt werden, damit die Stiftung ihrem Zweck nachkommen kann, andererseits ist das Kapital sicher anzulegen. Diese Vorgaben sind in Zeiten andauernder Niedrigzinsphasen eher konträr und nicht einfach einzuhalten.

Eine Beurteilung, ob es sich bei der gewählten Anlageform um eine sichere Geldanlage handelt, ist derzeit noch nicht abschließend möglich.

Das Wohnungsbauunternehmen informiert über seinen Internetauftritt, dass es als Mitglied dem Selbsthilfefonds zur Sicherung von Spareinlagen bei Wohnungsgenossenschaften mit Spareinrichtung angeschlossen ist:

„Ausschließlicher Zweck der Selbsthilfefonds ist es, die Einlagen der Kunden bei den angeschlossenen Wohnungsgenossenschaften zu sichern. Die angeschlossenen Wohnungsgenossenschaften leisten jährliche Beiträge.

Besteht die Gefahr, dass eine Wohnungsgenossenschaft mit Spareinrichtung die Verpflichtung aus Einlagen nicht erfüllen kann, so kann der GdW den Selbsthilfefonds im Rahmen des Statuts und im Interesse des Vertrauens in die angeschlossenen Wohnungsgenossenschaften einsetzen. Eine Begrenzung der Einlagensicherung ist im Statut nicht vorgesehen. Ein formaler Rechtsanspruch von Seiten der Genossenschaft oder der Sparer besteht jedoch nicht."

Gemäß den Angaben besteht zwar ein sogenannter Selbsthilfefonds, ein Rechtsanspruch der Sparer auf Mittel aus dem Einlagenfonds jedoch nicht. Somit könnte für den Fall einer Insolvenz des Wohnungsunternehmens das Geld der Stiftung unter Umständen größtenteils oder ggf. sogar vollständig verloren sein.

Es wurde bereits von Seiten des RPA eine Anfrage an das zuständige Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein gestellt hinsichtlich der Klärung, ob es Bedenken gegen eine derartige Geldanlage für eine Stiftung geben könnte. Die Antwort steht bislang aus.

Der weitere Betrag in Höhe von 4.958,24 EUR beinhaltet die für 2012 für die oben genannte Geldanlage erhaltenen Zinsen in Höhe von 3.960,23 EUR sowie 997,00 EUR auf einem Konto bei einer Bank und 1,01 EUR auf einem Sparkonto beim dem Lübecker Wohnungsbauunternehmen (Klassik Sparkonto).

2.1.5 Ergebnisrücklage

Konto 2030000000 **1.924,38 EUR**

Die Ergebnisrücklage hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 4.674,74 EUR verringert. Es handelt sich dabei um die Verrechnung mit dem vorgetragenen Jahresfehlbetrag 2011.

2.1.6 Jahresüberschuss

Kontenart 205 **3.928,50 EUR**

Die Stiftung hat einen Jahresüberschuss erwirtschaftet. Dieser Betrag stimmt mit dem Ergebnis der Ergebnisrechnung überein.

2.1.7 Sonderposten

Kontenart 231 **1.674.643,00 EUR**

Bei Sonderposten handelt es sich um Zuwendungen von Dritten, deren Verwendung festgelegt ist. Eine eindeutige Zuordnung der Sonderposten zum Eigen- oder Fremdkapital ist nicht möglich, daher erfolgt ein gesonderter Ausweis auf der Passivseite der Bilanz.

Der Gebäudeteil des Jugendzentrums Burgtor wurde energetisch saniert. Die Kosten der Sanierung hat die HL getragen. Dieser Investitionszuschuss wurde als Sonderposten passiviert. Die Höhe des Sonderpostens entspricht - abzüglich des abzuschreibenden Anteils - der bei der HL 2012 geführten Anlage im Bau (AiB) bzw. dem für 2012 aktivierten Anteil der AiB.

Der Sonderposten wird gemäß § 40 Abs. 7 der GemHVO über 25 Jahre aufgelöst und abgeschrieben. Dies entspricht der gesetzlichen Handhabung für die Auflösung von Zuschüssen für Bauten auf fremden Grund und Boden.

2.2 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung erfüllt die Vorgaben des § 45 i. V. m. § 2 GemHVO-Doppik, das Muster wurde eingehalten. Die Ergebnisrechnung ist rechnerisch richtig. Die fortgeschriebenen Planansätze sind richtig dargestellt.

2.2.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Kontenart 41 11.239,56 EUR

Der Gebäudeteil des Jugendzentrums Burgtor wurde im Jahr 2012 einer energetischen Sanierung unterzogen. Die Kosten für die Sanierung wurden von der HL getragen (siehe Pkt. 2.1.7 Sonderposten). Sonderposten sind i. d. R. analog der Nutzungsdauer des dagegenstehenden Vermögensgegenstandes aufzulösen, sodass die ordentlichen Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens dem Aufwand aus der Abschreibung des Vermögensgegenstandes entgegenwirken. Die Höhe der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen entspricht der Höhe der Abschreibung 2012 für den Posten Bauten auf fremden Grund und Boden.

2.2.2 Privatrechtliche Leistungsentgelte (Erträge)

Kontenart 441 505,98 EUR

Die Höhe der Erträge entspricht der Summe des Vorjahres. Die Stiftung erhält jährlich eine Miete in Höhe von 462,50 EUR sowie Erbbauzinsen in Höhe von 43,48 EUR jeweils für das Flurstück Fegefeuer 16 pro Jahr (Erbbauvertrag vom 14.12.1961, Laufzeit bis zum 31.03.2059). Weitere Einnahmen aus privatrechtlichen Entgelten sind nicht vorhanden. Der Haushaltsansatz belief sich auf 600,00 EUR.

2.2.3 Bilanzielle Abschreibungen

Kontengruppe 57		
	2012	-11.951,56 EUR
	2011	-4.089,00 EUR

Geplant wurde ein Haushaltsansatz von 3.600,00 EUR. Der erhebliche Anstieg ergibt sich aus einer energetischen Sanierung des Gebäudeteils Jugendzentrum Burgtor und der damit verbundenen Erhöhung des Buchwerts des Gebäudes. Die Sanierung des Jugendzentrums wurde von der HL finanziert. Die Abschreibung des Gebäudes erfolgt nunmehr über einen Zeitraum von 25 Jahren analog der Auflösung des Sonderpostens (siehe Pkt. 2.1.7).

2.2.4 Transferaufwendungen

Kontengruppe 53 **400,00 EUR**

Die Stiftung hat aus ihren Mitteln die oben genannte Summe im Jahr 2012 ausgeschüttet. Die Auszahlung unterstützte eine Lübecker Jugendorganisation bei der Förderung eines mobilen Computerraums.

2.2.5 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Kontenart 540 **103,00 EUR**

Der Haushaltsansatz belief sich auf 2.400,00 EUR. Die Stiftung zahlte 100 EUR für die Umlage für den Beitrag zum Kommunalen Schadenausgleich. Hinzu kamen 3,00 EUR Kontoführungsgebühr im Rahmen der Geldanlage beim Lübecker Wohnungsunternehmen.

Im Jahr 2012 wurden der Stiftung keine ILA-Kosten in Rechnung gestellt (Vorjahr 1.200,00 EUR). Die Berechnung ist von der Verwaltung nachträglich erfolgt und wurde der Stiftung erst 2015 belastet.

Die Stiftung hat die Rechnung über die ILA-Kosten in Höhe von 2.344,57 EUR Anfang 2014 erhalten. Zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung 2012 war der Aufwand der Höhe nach bereits bekannt, sodass hierfür entsprechend eine Verbindlichkeit hätte gebildet werden müssen oder zumindest eine Rückstellung über den bislang abgerechneten Betrag in Höhe von 1.200,00 EUR hätte erwartet werden dürfen.

2.2.6 Finanzerträge

Kontengruppe 46 **4.637,52 EUR**

Das Geldvermögen der Stiftung wurde ab dem 24.04.2012 bei einer Lübecker Wohnungsbaugesellschaft angelegt. Hieraus erzielte die Stiftung im Jahr 2012 die wesentlichen Erträge. Der Haushaltsansatz betrug 5.800,00 EUR.

2.2.7 Jahresüberschuss

Für 2012 ergibt sich ein rechnerischer Überschuss in Höhe von 3.928,50 EUR.

Durch die Veränderung bei der Vermögensanlage konnten höhere Erträge erwirtschaftet werden. Außerdem wurden der Stiftung 2012 von der HL zeitnah keine ILA-Kosten in Rech-

nung gestellt, sodass die Aufwendungen entgegen den realen Gegebenheiten gesunken sind.

Die Förderung bzw. Unterstützung von Jugendlichen ist mit einer Ausschüttung von 400,00 EUR in einem begrenzten Rahmen ausgefallen.

Aus eigenen Mitteln wäre es der Stiftung nicht gelungen das Jahresergebnis ins Positive zu verändern. Der Investitionszuschuss der HL an die Stiftung für die energetische Sanierung des Gebäudes des Jugendzentrums Burgtor bewirkt lediglich eine sogenannte Bilanzverlängerung, ändert aber ansonsten nichts an der Ertragslage. Die Einschätzung des RPA (siehe Bericht zum JA 2011), dass der Fortbestand der Stiftung aus ökonomischer Sicht nur eingeschränkt sinnvoll erscheint, bleibt bestehen. Der Verwaltungsaufwand der HL für die Führung der Stiftung liegt höher als der derzeit aus der Stiftung für das Gemeinwohl gewonnene Nutzen.

2.2.8 Finanzrechnung

Die Finanzrechnung ist formal und rechnerisch richtig.

2.2.9 Einzahlungen / Rückflüsse Investitionen Dritter

Kontenart 686	**158.146,09 EUR**

Das oben genannte Konto stellt Einzahlungen von Dritten (Rückflüsse getätigter Ausleihungen) dar.

Hierbei handelt es sich um Finanzmittel, welche bislang bei der HL angelegt wurden. Das Geld wurde an die Stiftung zurückgezahlt und von der Stiftung überwiegend anderweitig angelegt (siehe Pkt. 2.1.4 Liquide Mittel).

2.2.10 Ein- und Auszahlung aus fremden Finanzmitteln

Kontenart 672	**1.026,00 EUR**
Kontenart 772	**-14.352,07 EUR**

Unter den oben genannten Kontenarten sollen Zahlungen ausgewiesen werden, die als durchlaufende Gelder nach § 14 GemHVO-Doppik über Kassen oder Konten der Stiftung abgewickelt werden. Die Stiftung besaß keine Geschäftskonten. Der städtische Bereich Buchhaltung und Finanzen erledigte für die Stiftung den Zahlungsverkehr über Geschäftskonten der HL. Es gab dementsprechend keine Auszahlungen, sondern nur Verschiebungen von Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der HL.

Eine entsprechende Erläuterung der gehandhabten Praxis ist im Anhang vorhanden. Ab 2013 erfolgt eine Umstellung, da die Stiftung ab diesem Jahr über ein eigenständiges Geschäftskonto verfügt.

2.3 Anhang

Der Anhang weicht nicht von dem übrigen JA ab. Die Anlagen entsprechen den gesetzlichen Mustern.

In diesem Bericht ist nicht explizit auf das Stiftungsvermögen sowie die Allgemeine Rücklage eingegangen worden, die Summen sind unverändert zum Vorjahr.

2.4 Lagebericht

Der dem Jahresabschluss beigefügte Lagebericht vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Stiftung über ihre Vermögens-, Schulden, Ertrags- und Finanzlage.

3 Ergebnis

Der JA vermittelt mit Ausnahme der formellen Darstellung der Bilanz ein in wesentlichen Punkten den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Stiftung HdJ.

Die Stiftung ist finanziell nur in einem begrenzten Rahmen in der Lage, Einrichtungen der Jugendhilfe zu fördern. Die geleistete Förderung von Jugendlichen in Höhe von 400,00 EUR fällt sehr gering aus und wird von dem notwendigen Verwaltungsaufwand der HL für die Stiftung überstiegen. Der gesunkene Aufwand begründet sich unter anderem in den nicht zeitnah in Rechnung gestellten ILA-Kosten.

4 Schlussbemerkung

Die wesentlichen Punkte dieses Berichtes sind am 11.02.2019 mit dem Bereich Jugendarbeit besprochen worden.

Eine Stellungnahme der Bereiche Jugendarbeit sowie Haushalt und Steuerung wird zu folgender Textziffer bis zum 12.04.2019 erbeten:

Tz.	Bezeichnung	Seite
2.2.5	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8

Unabhängig davon wird frei gestellt, sich darüber hinausgehend zu äußern.

Lübeck, 04.03.2019
14.903.07.13-2012
br/bu

Dr. Katja Schur

Kristina Braatz

Hansestadt LÜBECK

Stiftung Haus der Jugend

Jahresabschluss

mit Lagebericht

zum 31. Dezember 2012

Haushalt und Steuerung

September 2018

Inhaltsverzeichnis

I. BILANZ 4

II. ERGEBNISRECHNUNG 5

III. FINANZRECHNUNG 6

IV. ANHANG 8

I. ALLGEMEINE HINWEISE 9

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN 10

A. GLIEDERUNG DER BILANZ 10
B. ALLGEMEINE BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN 10
AKTIVA 12
1 Anlagevermögen 12
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände 12
1.2 Sachanlagen 12
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte 12
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte 12
1.2.3 Infrastrukturvermögen 12
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden 12
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler 12
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge 12
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung 12
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau 12
1.3 Finanzanlagen 12
2 Umlaufvermögen 13
2.1 Vorräte 13
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 13
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens 13
2.4 Liquide Mittel 13
3 Aktive Rechnungsabgrenzung 13
PASSIVA 14
1 Eigenkapital 14
2 Sonderposten 14
3 Rückstellungen 14
4 Verbindlichkeiten 14
5 Passive Rechungsabgrenzung 14
ERGEBNISRECHNUNG 15
1 Erträge 15
2 Aufwendungen 15
3 Jahresergebnis 16

III. SONSTIGE ANGABEN 17

730 von 1236 in Zusammenstellung

IV. STIFTUNGSGREMIEN 17

ANLAGEN ZUM ANHANG NACH § 51 ABS. 3 GEMHVO-DOPPIK 18

Anlagenspiegel 19
Forderungsspiegel 21
Verbindlichkeitenspiegel 23

V. LAGEBERICHT 25

Haus der Jugend, Lübeck

Abschlussbilanz Stiftungen * zum 31.Dezember 2012

Aktiva

Text	Schlusssaldo Vorj... (01/11)	Schlusssaldo (01/12)
AKTIVA		
1. Anlagevermögen		
02-09 1.2 Sachanlagen		
02 1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
03 1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
032 1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	19.020,00	19.020,00
04 1.2.3 Infrastrukturvermögen		
05 1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	18.399,00	1.692.330,00
1.3 Finanzanlagen		
13 1.3.4 Ausleihungen		
2. Umlaufvermögen		
15 2.1 Vorräte		
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
171 2.2.3 Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	0,00	0,00
179 2.2.4 Sonstige privatrechtliche Forderungen	171.185,26	27.042,52
178 2.2.5 Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	25,00
18 2.4 Liquide Mittel	0,00	149.258,24
Summe Aktiva	**208.604,26**	**1.887.675,76**
nachrichtlich:		
Summe der übertragenen Ermächtigungen		
für Aufwendungen nach § 23 (1) GemHVO-Doppik	0,00	0,00
Summe der übertragenen Ermächtigungen		
für Auszahlungen für Investitionen und -förderungsmassnahmen nach § 23 (2) GemHVO-Do...	0,00	0,00
Summe der von der Stiftung		
übernommenen Bürgschaften (Wert zum Bilanzstichtag)	0,00	0,00
# Zeilenstruktur gültig bis 31.12.2013 #		

Passiva

	Schlusssaldo Vorj... (01/11)	Schlusssaldo (01/12)
PASSIVA		
20 1. Eigenkapital		
200900x 1.01 Stiftungskapital	-167.029,29	-167.029,29
201 1.1 Allgemeine Rücklage	-39.650,59	-39.650,59
203 1.3 Ergebnisrücklage	-6.599,12	-1.924,38
205 1.5 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	4.674,74	-3.928,50
23 2. Sonderposten		
231 2.1 für aufzulösende Zuschüsse	0,00	-1.674.643,00
233 2.3 für Beiträge		
25, 26, 27, 28 3. Rückstellungen		
3 4. Verbindlichkeiten		
32 4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
35 4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	-400,00
37 4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	-100,00
39 5. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Summe Passiva	**-208.604,26**	**-1.887.675,76**

732 von 1236 in Zusammenstellung

Ergebnisrechnung (Anlage 20 GemHVO) Jahr 2012 (in EUR)
9 Stiftung Haus der Jugend gesamt - alle Produkte -

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2011	2012	2012	2012	2012
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	11.239,56	11.239,56	
42	3	+ sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
441 442 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	505,98	600,00	505,98	-94,02	
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
45	7	+ sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	**= ORDENTLICHE ERTRÄGE**	**505,98**	**600,00**	**11.745,54**	**11.145,54**	
50	11	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	+ Aufw. für Sach-u. Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	-4.089,00	-3.600,00	-11.951,56	-8.351,56	0,00
53	15	+ Transferaufwendungen	-500,00	-400,00	-400,00	0,00	0,00
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.500,00	-2.400,00	-103,00	2.297,00	0,00
	17	**= ORDENTLICHE AUFWENDUNGEN**	**-7.089,00**	**-6.400,00**	**-12.454,56**	**-6.054,56**	**0,00**
	18	**= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	**-6.583,02**	**-5.800,00**	**-709,02**	**5.090,98**	**0,00**
46	19	+ Finanzerträge	1.908,28	5.800,00	4.637,52	-1.162,48	
55	20	- Zinsen und sonstige Finanzaufw.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	21	**= FINANZERGEBNIS**	**1.908,28**	**5.800,00**	**4.637,52**	**-1.162,48**	**0,00**
	22	**= ORDENTLICHES ERGEBNIS**	**-4.674,74**	**0,00**	**3.928,50**	**3.928,50**	**0,00**
49	23	+ außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	24	- außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	25	**= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	26	**= JAHRESERGEBNIS**	**-4.674,74**	**0,00**	**3.928,50**	**3.928,50**	**0,00**

Nachrichtlich: Interne Leistungsbeziehungen		Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist
		2011	2012	2012	2012
1	3	4	5	6	7
48	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
58	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
	ERGEBNIS AUS INTERNEN LEISTUNGSBEZIEHUNGEN	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Finanzrechnung (Anlage 21 GemHVO) Jahr 2012 (in EUR)

9 Stiftung Haus der Jugend gesamt - alle Produkte -

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrie-bener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2011	2012	2012	2012	2012
1	2	3	4	5	6	7	8
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	
61	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
62	3	sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
641 642 646	5	privatrechtl. Leistungsentgelte	505,98	600,00	505,98	-94,02	
648	6	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
65	7	sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
66	8	Zinsen, sonst. Finanzeinzahlungen	5.174,27	5.800,00	3.960,24	-1.839,76	
	9	**Einz. lfd. Verwaltungstätigkeit**	**5.680,25**	**6.400,00**	**4.466,22**	**-1.933,78**	
70	10	Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
71	11	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
72	12	Ausz. Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
75	13	Zinsen, sonst. Finanzauszahlungen	0,00	0,00	-25,00	-25,00	0,00
73	14	Transferauszahlungen	-500,00	-400,00	0,00	400,00	0,00
74	15	sonstige Auszahlungen	-2.600,00	-2.400,00	-3,00	2.397,00	0,00
	16	**Ausz. lfd. Verwaltungstätigkeit**	**-3.100,00**	**-2.800,00**	**-28,00**	**2.772,00**	**0,00**
	17	**SALDO LFD. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT**	**2.580,25**	**3.600,00**	**4.438,22**	**838,22**	**0,00**
681	18	Einz. Zuw. u. Zusch. für Invest.	0,00	0,00	0,00	0,00	
682	19	Einz. Veräuß. v. Grundst./Geb.	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	Einz. Veräuß. v. bew. Anlagev.	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	Einz. a. d. Veräuß. v. Finanzanl.	0,00	0,00	26,00	26,00	
685	22	Einz. Abwicklung v. Baumaßn.	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	Einz.Rückfl. (f. Invest. Dritter)	11.265,84	0,00	158.146,09	158.146,09	
688	24	Einz. Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
689	25	sonstige Investitionseinzahlung	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	**Einz. a. Investitionstätigkeit**	**11.265,84**	**0,00**	**158.172,09**	**158.172,09**	
781	27	Ausz. Zuw. u. Zusch. für Invest.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
782	28	Ausz. Erwerb v. Grundst./Geb.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
783	29	Ausz. Erwerb v. bew. Anlagever.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
784	30	Ausz. f. d. Erwerb v. Finanzanl.	0,00	0,00	-26,00	-26,00	0,00
785	31	Ausz. f. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
786	32	Ausz. f. d. Gewähr. v. Ausleih.	-13.846,09	0,00	0,00	0,00	0,00
787	33	sonstige Investitionsauszahlung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	34	**Auszahlung Investitionstätigkeit**	**-13.846,09**	**0,00**	**-26,00**	**-26,00**	**0,00**
	35	**SALDO INVESTITIONSTÄTIGKEIT**	**-2.580,25**	**0,00**	**158.146,09**	**158.146,09**	**0,00**
	35a	Einzahl. aus fremden Finanzmitteln	16.946,09	0,00	1.026,00	1.026,00	
	35b	Ausz. aus fremden Finanzmitteln	-16.946,09	0,00	-14.352,07	-14.352,07	
	35c	**SALDO AUS FREMDEN FINANZMITTELN**	**0,00**	**0,00**	**-13.326,07**	**-13.326,07**	
	36	**FINANZMITTELÜBERSCHUSS/-FEHLBETRAG**	**0,00**	**3.600,00**	**149.258,24**	**145.658,24**	**0,00**
692	37	Aufnahme Kred. f. Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
695	38	Einz. a. Rückfl. v. Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0,00	0,00	0,00	0,00	
693	39	Aufnahme v. Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00	
792	40	Tilg. v. Kred. f. Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
795	41	Ausz. a. d. Gewährung v. Darl. z. Anlage liquider Mittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
793	42	Tilg. v. Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	43	**SALDO A. FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	44	**ÄND. BEST. A. EIG. FINANZMITTELN**	**0,00**	**3.600,00**	**149.258,24**	**145.658,24**	**0,00**
	45	Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	46	**LIQUIDE MITTEL**	**0,00**	**3.600,00**	**149.258,24**	**145.658,24**	**0,00**
		Nachrichtlich davon:					

Finanzrechnung (Anlage 21 GemHVO) Jahr 2012 (in EUR)
9 Stiftung Haus der Jugend gesamt - alle Produkte -

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist	Übertragene Ermächtigungen
			2011	2012	2012	2012	2012
1	2	3	4	5	6	7	8
		Fremde Finanzmittel nach § 14 GemHVO-Doppik					
		Bestand Vorjahr	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		+ Einzahlungen	16.946,09	0,00	1.026,00	1.026,00	
		- Auszahlungen	-16.946,09	0,00	-14.352,07	-14.352,07	0,00
		Bestand Haushaltsjahr	**0,00**	**0,00**	**-13.326,07**	**-13.326,07**	**0,00**

Nachrichtlich: an das Land abzuführender Beitrag nach § 21 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (AG-KHG), Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen, Auszahlungen aus dem Erwerb von Finanzanlagen und Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich: Ansatz / Ist
		2011	2012	2012	2012
1	3	4	5	6	7
7311..	abzuführender Beitrag nach § 21 Abs. 2 AG-KHG	0,00	0,00	0,00	0,00
684	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	26,00	26,00
6841	Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
6842	Börsennotierte Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00
6843	Nicht börsennotierte Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00
6844	Sonstige Anteilsrechte	0,00	0,00	26,00	26,00
6845	Investmentzertifikate	0,00	0,00	0,00	0,00
6846	Kapitalmarktpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
6847	Geldmarktpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
6848	Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00
784	Auszahlungen aus dem Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	-26,00	-26,00
7841	Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
7842	Börsennotierte Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00
7843	Nicht börsennotierte Aktien	0,00	0,00	0,00	0,00
7844	Sonstige Anteilsrechte	0,00	0,00	-26,00	-26,00
7845	Investmentzertifikate	0,00	0,00	0,00	0,00
7846	Kapitalmarktpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
7847	Geldmarktpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
7848	Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00
792..4	Umschuldung	0,00	0,00	0,00	0,00
792..5	Ordentliche Tilgung	0,00	0,00	0,00	0,00
792..6	Außerordentliche Tilgung	0,00	0,00	0,00	0,00

Hansestadt LÜBECK

Stiftung Haus der Jugend

Anhang zum Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2012

Haushalt und Steuerung

September 2018

I. Allgemeine Hinweise

Die Stiftung „Haus der Jugend" ist eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in der Hansestadt Lübeck.

Die Stiftung „Haus der Jugend" verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke, und zwar insbesondere dadurch, dass Einrichtungen der Jugendhilfe geschaffen, unterhalten und gefördert werden.

Die Stiftung „Haus der Jugend" hat zum 31. Dezember 2012 den Jahresabschluss nach § 5 Abs. 1 der Stiftungssatzung vom 14.1.2004 in Verbindung mit § 95 m der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) aufgestellt. Die Eröffnungsbilanz wurde zum 1. Januar 2010 erstellt.

Nach § 95 m Abs. 1 GO i.V.m. § 135 Abs. 2a Nr. 7 GO i.V.m. § 44 Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) ist ein Anhang in entsprechender Anwendung der Regelungen nach § 51 GemHVO-Doppik und § 43 Abs. 6 Satz 3, § 48 Abs. 4 Satz 3, § 48 Abs. 5 Sätze 2 und 3 sowie § 50 Abs. 1 Satz 2 GemHVO-Doppik zu fertigen und ein Teil des doppischen Jahresabschlusses. Neben dem Anhang besteht der Jahresabschluss nach § 95 m Abs. 1 GO aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen und der Bilanz.

Im Anhang sind entsprechend die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu den Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung anzugeben und so zu erläutern, dass sachverständige Dritte die Richtigkeit, Vollständigkeit und Angemessenheit beurteilen können. Die Anwendung von Vereinfachungsregelungen und Schätzungen ist zu beschreiben. Ferner sind die im Verbindlichkeitenspiegel auszuweisenden Haftungsverhältnisse sowie alle Sachverhalte, aus denen sich künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen für die Stiftung „Haus der Jugend" ergeben können, zu erläutern. Auch die konkreten Sachverhalte i.S.d. § 51 Abs. 2 GemHVO-Doppik sind anzugeben und zu erläutern. Weiterhin sind dem Anhang nach § 51 Abs. 3 GemHVO-Doppik ein Anlage-, ein Forderungs- und ein Verbindlichkeitenspiegel sowie eine Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen und eine Übersicht über verbundene Unternehmen bzw. Beteiligungen – sofern vorhanden - beizufügen.

Für die äußere Gestaltung des Anhangs, seinen Aufbau und Umfang bestehen keine besonderen Formvorgaben. Um die Fülle der erforderlichen Informationen in einen direkten Zusammenhang mit den Posten der Bilanz zu stellen, ist jedoch eine entsprechende Strukturierung sinnvoll. Im Anschluss an die allgemeinen Hinweise sowie der Gliederung der Bilanz und der allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden folgt deshalb die Erläuterung der Posten der Bilanz der nach § 48 GemHVO-Doppik vorgegebenen Bilanzgliederung und der Ergebnisrechnung nach § 45 GemHVO-Doppik. Anschließend erfolgen die notwendigen Angaben nach § 51 Abs. 2 und 3 GemHVO-Doppik soweit sie nicht bereits erläutert wurden.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

A. Gliederung des Jahresabschlusses

Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach §§ 48 Abs. 1 und 2 GemHVO-Doppik. Posten, die keinen Betrag enthalten, werden nicht ausgewiesen (§ 48 Abs. 3 Satz 2 GemHVO-Doppik).

Auf der Aktivseite werden die Vermögensgegenstände getrennt nach Anlagevermögen und Umlaufvermögen erfasst. Dabei wird das Vermögen mit den zum Bilanzstichtag ermittelten Werten aufgeführt. Die Aktivseite gliedert sich auf der obersten Ebene nach:

- Anlagevermögen
- Umlaufvermögen
- Aktive Rechnungsabgrenzung

Auf der Passivseite wird das Kapital getrennt nach Eigenkapital und Fremdkapital unterschieden.

Die Passivseite zeigt die Herkunft der Mittel, während die Aktivseite die Verwendung der Mittel ausweist.

Die Passivseite gliedert sich auf der obersten Ebene wie folgt:

- Eigenkapital
- Sonderposten
- Rückstellungen
- Verbindlichkeiten
- Passive Rechnungsabgrenzung

Entsprechend § 45 Abs. 1 GemHVO-Doppik wurde die Gliederung der Ergebnisplanung nach § 2 GemHVO-Doppik für die Gliederung der Ergebnisrechnung verwendet. Diese entspricht dem nach den Ausführungsanweisungen vorgegebenen Muster.

Die Gliederung der Finanzrechnung entspricht dem Muster, das nach den rechtlichen Vorschriften erst ab dem 1.1.2013 zu verwenden ist. Hier wurden vom Gesetzgeber drei zusätzliche Zeilen zur Darstellung fremder Finanzmittel eingefügt, so dass der nun ermittelte Liquiditätsbestand mit dem der Bilanz übereinstimmt.

B. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz standen Ansatz und Bewertung von Vermögen und Schulden im Mittelpunkt. Dabei ist zu beachten, dass Ansatz- und Bewertungsvorschriften zu unterscheiden sind. Die Ansatzvorschriften legen fest, ob ein Vermögensgegenstand oder eine Schuld dem Grunde nach ausgewiesen werden muss. Die Bewertungsvorschriften regeln, mit welchem Wert der Ansatz erfolgen muss.

Bei der Erfassung und Bewertung von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten wurden für den Jahresabschluss zum 31.12.2012 nach § 55 Abs. 4 GemHVO-Doppik die Bewertungen der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2010 und folgende als Grundlagen genommen. Für Zwecke der Eröffnungsbilanz fanden die Bewertungsvorgaben der §§ 39 bis 43 und die §§ 44, 48 und 51 GemHVO-Doppik Anwendung. Die besonderen Bilanzierungs- und Bewertungsregeln zur Aufstellung der Eröffnungsbilanz in den §§ 54 bis 56 GemHVO-Doppik wurden ebenfalls berücksichtigt.

Darüber hinaus finden ergänzend die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung Anwendung.

Entsprechend dem Grundsatz der Vollständigkeit wurden in der Bilanz sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden im wirtschaftlichen Eigentum der Stiftung „Haus der Jugend" wertmäßig erfasst.

Nach § 37 Abs. 1 GemHVO-Doppik wurde vor der Aufstellung des Jahresabschlusses eine Inventur durchgeführt und ein Inventar mit allen Vermögensgegenständen und Schulden aufgestellt. Auf eine körperliche Inventur wurde allerdings aufgrund der Vermögensstruktur verzichtet.

Von der Verfahrensweise der erstmaligen Bewertung aus der Eröffnungsbilanz wurde nicht abgewichen und erfolgte grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um Abschreibungen nach § 43 GemHVO-Doppik.

Nach § 43 Abs. 4 GemHVO-Doppik können bei Vermögensgegenständen, für die bereits im vorherigen Rechnungswesen der Stiftung Abschreibungen angesetzt worden sind, mit unveränderten Abschreibungssätzen fortgeführt werden. Ebenso können gem. § 55 Abs. 5 GemHVO-Doppik die im bisherigen Rechnungswesen ermittelten Wertansätze für Vermögensgegenstände übernommen werden.

Der Begriff des Zeitwerts ist kein bestimmter Wert, sondern der unter Berücksichtigung der Verhältnisse des Einzelfalls sinnvollste Wert. Somit bildet der vorsichtig geschätzte Zeitwert einen übergeordneten Wertbegriff, der dem in § 39 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO-Doppik festgeschriebenen Vorsichtsprinzip folgt und der sich aus verschiedenen Wertbegriffen wie dem Verkehrswert, dem Wiederbeschaffungszeitwert oder den Anschaffungs- oder Herstellungskosten ableiten lässt. Sofern Zeitwerte bei der Wertermittlung verändert wurden, wurden diese auf den Zeitpunkt der Anschaffung oder Herstellung zurück indiziert.

Aus dem Vorsichtigkeitsprinzip ergibt sich auch, dass Vermögensgegenstände eher zu niedrig als zu hoch zu bewerten sind. Nicht realisierte Gewinne zum Stichtag dürfen nicht, aber vorhersehbare Risiken und Verluste müssen berücksichtigt werden (Imparitätsprinzip).

In die Bilanz wurden nur Vermögensgegenstände aufgenommen, bei denen die Stiftung „Haus der Jugend" das wirtschaftliche Eigentum innehat. Wirtschaftliches Eigentum wurde dann angenommen, wenn der Stiftung dauerhaft für die wirtschaftliche Nutzungsdauer Besitz, Gefahr, Nutzungen und Lasten zustehen und wenn sie über das Verwertungsrecht verfügt und somit die tatsächliche Verfügungsgewalt ausübt.

Als weiterer Bewertungsgrundsatz wurde ganz überwiegend das Prinzip der Einzelbewertung angewandt. Es besagt, dass Vermögen und Schulden zum Bilanzstichtag einzeln zu bewerten sind.

Aktiva

1 Anlagevermögen

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände liegen nicht vor.

1.2 Sachanlagen

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Unbebaute Grundstücke sind im Vermögen der Stiftung nicht vorhanden.

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die Stiftung „Haus der Jugend" besitzt zwei Flurstücke in der Straße Fegefeuer Hausnummer 16, im Wert von 19.020,00 € (Vorjahr: 19.020,00 €), für die Erbbaurechte vergeben wurden.

1.2.3 Infrastrukturvermögen

Es befindet sich kein Infrastrukturvermögen in Besitz der Stiftung „Haus der Jugend".

1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden

Als Bauten auf fremdem Grund und Boden ist ein Gebäude in der Großen Burgstraße 2 im Wert von 1.692.330,00 € (Vorjahr: 18.399,00 €) ausgewiesen. Die Stiftung ist erbbauberechtigt, allerdings ist das Grundstück im Eigentum der Hansestadt Lübeck, die auch die laufenden Nutzen und Lasten trägt. Im Wirtschaftsjahr 2012 konnte die energetische Sanierung des Stadtteilzentrums (Jugendfreizeitheim) am Burgtor in Höhe von 1.685.882,56 € größtenteils abgeschlossen werden. Analog wurde ein Sonderposten im Rahmen des geleisteten Investitionszuschusses gebildet (siehe auch Passiva, 2.1 Sonderposten).

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler liegen nicht vor.

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge sind zum Bilanzstichtag nicht ausgewiesen.

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Stiftung verfügt zum Stichtag nicht über Betriebs- und Geschäftsausstattung.

1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Es liegen keine geleisteten Anzahlung oder Anlagen im Bau vor.

1.3 Finanzanlagen

Die Stiftung „Haus der Jugend" hat zum Bilanzstichtag keine Finanzanlagen.

2 Umlaufvermögen

2.1 Vorräte

Vorräte liegen bei der Stiftung „Haus der Jugend“ zum Bilanzstichtag nicht vor.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Sämtliche Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert worden.

Einzelheiten sind dem Forderungsspiegel zu entnehmen (siehe Abschnitt V). Da die Stiftung „Haus der Jugend“ keine öffentlich-rechtlichen Forderungen besitzt, ist nur die Unterpositionen 2.2.4 und 2.2.5 vorhanden.

In dieser Bilanzposition sind sonstige privatrechtliche Forderungen in Höhe von 27.042,52 € (Vorjahr: 171.185,26 €) ausgewiesen, die aus einem kurzfristigen Darlehen gegenüber der Hansestadt Lübeck von 13.000,00 € (Vorjahr: 157.300,00 €) sowie aus Forderungen aus der laufenden Geschäftsabwicklung von 14.042,52 € (Vorjahr: 13.885,26 €) resultieren.

Ebenfalls sind Sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 25,00 € (Vorjahr: 0,00 €) zum Stichtag ausgewiesen.

2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

Wertpapiere des Umlaufvermögens liegen nicht vor.

2.4 Liquide Mittel

Bei der Stiftung "Haus der Jugend" liegen zum Bilanzstichtag neben den von der Hansestadt auf Bankkonten der Stadt verwalteten finanziellen Mittel weitere liquide Mittel in Höhe von insgesamt 149.258,24 € vor. Darin enthalten sind sowohl eine Festgeldanlage von 148.260,23 € als auch ein Sparkonto von 1,01 € beim Lübecker Bauverein und das laufende Geschäftskonto in Höhe von 997,00 € (siehe auch III. Sonstige Angaben).

3. Aktive Rechnungsabgrenzung

Bei der Stiftung „Haus der Jugend“ wurden zum Bilanzstichtag keine aktiven Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

Passiva

1 Eigenkapital

Das Eigenkapital der Stiftung „Haus der Jugend" gliedert sich in die Positionen

- Stiftungskapital,
- Allgemeine Rücklage,
- Ergebnisrücklage und
- Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag.

Das ausgewiesene ***Stiftungskapital*** beträgt wie im Vorjahr 167.029,29 €.

Die ***Allgemeine Rücklage*** ist ebenfalls unverändert zu Stichtag mit 39.650,59 €. Der Jahresfehlbetrag aus dem Wirtschaftsjahr 2011 von 4.674,74 € soll nach Beschlussfassung entsprechend nach § 26 Abs. 3 GemHVO-Doppik mit der Ergebnisrücklage verrechnet werden, so dass nach der Verrechnung des Jahresfehlbetrages 2011 ein Rest von 1.924,38 € (Vorjahr: 6.599,12 €) verbleibt.

Im Wirtschaftsjahr 2012 konnte die Stiftung „Haus der Jugend" einen Jahresüberschuss von 3.928,50 € erzielen.

2 Sonderposten

Für die Stiftung „Haus der Jugend" wurden Sonderposten zum Bilanzstichtag von 1.674.643,00 € gebildet. Es handelt sich für das Wirtschaftsjahr 2012 um einen geleisteten Investitionszuschuss von der Hansestadt Lübeck an die Stiftung „Haus der Jugend". Der gebildete Sonderposten betrifft ein Gebäude in der Großen Burgstraße 2 (Jugendfreizeitheim am Burgtor, siehe auch Aktiva, 1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden), welcher analog zur Abschreibung des Gebäudes ertragswirksam aufgelöst wird.

3 Rückstellungen

Für die Stiftung „Haus der Jugend" wurden keine Rückstellungen gebildet.

4 Verbindlichkeiten

Für die Stiftung „Haus der Jugend" liegen zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 400,00 € (Vorjahr: 0,00 €) vor.

Sonstige Verbindlichkeiten sind in Höhe von 100,00 € (Vorjahr: 0,00 €) zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

5 Passive Rechungsabgrenzung

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind vor dem Bilanzstichtag eingegangene Einzahlungen auszuweisen, soweit sie anteilig Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Bei der Stiftung „Haus der Jugend" wurden keine passiven Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

Ergebnisrechnung

1 Erträge

Die Erträge bestehen hauptsächlich aus Zuwendungen/allgemeinen Umlagen und Finanzerträgen. Erträge aus Zuwendungen ergeben sich aus der Auflösung eines Sonderpostens im Rahmen eines geleisteten Investitionszuschusses für ein Gebäude in der Großen Burgstraße.

	Ergebnis 2011 €	Planansatz 2012 €	Ergebnis 2012 €
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	11.239,56
Privatrechtliche Leistungsentgelte	505,98	600,00	505,98
Finanzerträge	1.908,28	5.800,00	4.637,52
Summe	**2.414,26**	**6.400,00**	**16.383,06**

2 Aufwendungen

Der Stiftung „Haus der Jugend" entstanden u. a. Transferaufwendungen und bilanzielle Abschreibungen. Die Stiftung hat kein eigenes Personal. Die Abschreibungen ergeben sich aus der Fertigstellung der energetischen Sanierung des Stadtteilzentrums (Jugendfreizeitheim) am Burgtor im Wirtschaftsjahr 2012.

	Ergebnis 2011 €	Planansatz 2012 €	Ergebnis 2012 €
Bilanzielle Abschreibungen	4.089,00	3.600,00	11.951,56
Transferaufwendungen	500,00	400,00	400,00
Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.500,00	2.400,00	103,00
Summe	**7.089,00**	**6.400,00**	**12.454,56**

3 Jahresergebnis

Im Wirtschaftsjahr 2012 konnte ein Jahresüberschuss von 3.928,50 € erzielt werden. Nach Beschlussfassung des Jahresergebnisses 2012 durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck soll dieser in voller Höhe der Ergebnisrücklage zugeführt werden.

	Ergebnis 2011 €	Planansatz 2012 €	Ergebnis 2012 €
Jahresergebnis vor Verwendung	- 4.674,74	0,00	3.928,50
Zuführung zur Ergebnisrücklage	0,00	0,00	0,00
Verrechnung mit der Ergebnisrücklage	4.674,74	0,00	0,00
Summe	**0,00**	**0,00**	**3.928,50**

III. Sonstige Angaben

Die Stiftung „Haus der Jugend" plant und bebucht lediglich ein Produkt, so dass die Teilrechnungen nach § 47 GemHVO-Doppik der beigefügten Ergebnisrechnung bzw. der beigefügten Finanzrechnung entsprechen.

In das Jahr 2013 wurden keine konsumtiven und investiven Budgetmittel als Haushaltsausgabereste übertragen.

Die Stiftung „Haus der Jugend" besitzt im Wirtschaftsjahr 2012 nur zum Teil eigene liquide Mittel (siehe auch. II. Aktiva 2.4 Liquide Mittel), stattdessen verwaltet die Hansestadt Lübeck zum Teil die liquiden Mittel der Stiftung. Ab dem Wirtschaftsjahr 2013 wird dies so umgestellt (Stichtag 01.01.2013), dass jede von der Hansestadt Lübeck verwaltete Stiftung vollständig über ein entsprechendes eigenständiges Geschäftskonto verfügt. Die Ein- und Auszahlungen werden bis dahin bei der Stiftung „Haus der Jugend" als Forderung bzw. als Verbindlichkeit gegenüber der Hansestadt Lübeck entsprechend ausgewiesen. Die Bewegungen der liquiden Mittel werden in der Finanzrechnung als Ein- bzw. Auszahlungen fremder Finanzmittel (Zeilen 35 a-c) ausgewiesen.

Eine Übersicht über Sondervermögen, Zweckverbände, Gesellschaften, Kommunalunternehmen, andere Anstalten und Wasser- und Bodenverbände nach § 51 Abs. 3 Nr. 4 GemHVO-Doppik entfällt, da solche Unternehmen von der Stiftung nicht gehalten werden.

Die Veranlagung zur Körperschaftssteuer entfällt aufgrund des öffentlich-rechtlichen Charakters der Stiftung „Haus der Jugend".

IV. Stiftungsgremien

Die Stiftung "Haus der Jugend" wird von der Hansestadt Lübeck nach den Vorschriften der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein verwaltet. Die Hansestadt Lübeck darf durch Verwaltungsaufgaben, die den Zwecken der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen nicht begünstigt werden.

Die Hansestadt Lübeck vertritt die Stiftung vorbehaltlich der Bestimmungen nach § 5 Satz 2 der Stiftungssatzung gerichtlich und außergerichtlich. Soweit die Hansestadt Lübeck entsprechend der Bestimmung des § 181 BGB in der Vertretung der Stiftung „Haus der Jugend" gehindert ist, wird diese durch einen Vorstand wahrgenommen, der aus drei Mitgliedern besteht. Sie werden vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein für die Dauer von 6 Jahren ernannt. Die Vorstandsmitglieder sollen Bürger der Hansestadt Lübeck, sie dürfen jedoch nicht deren Bedienstete sein. Zur rechtswirksamen Vertretung der Stiftung „Haus der Jugend" genügt die Mitwirkung von zwei Vorstandsmitgliedern.

Lübeck, den 13.09.18

Jan Lindenau
Bürgermeister der
Hansestadt Lübeck

Anlagen zum Anhang nach § 51 Abs. 3 GemHVO-Doppik

Anlagenspiegel

Anlagenspiegel GJ 2012

Anlagevermögen MANDANT: 111	Anschaffung- und Herstellkosten					Abschreibungen				Restbuchwert am Ende des Wirtschaftsjahres	Restbuchwert am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres	Kennzahlen	
	Anfangsbestand	Zugang	Abgang	Umbuchungen	Endbestand	Anfangsbestand	Zugang, d.h. Abschreibungen im Haushaltsjahr	Abgang, d.h. angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 5 ausgewiesenen Abgänge	Endbestand			Durchschn. Abschreibungssatz	Durchschn. Restbuchwert
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	v.H.	v.H.
1 2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
01 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
Summe Immaterielles Vermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2 Sachanlagen													
02 1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.1.1 Grünflächen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.1.2 Ackerland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.1.3 Wald, Forsten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
03 1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	19.020,00	0,00	0,00	0,00	19.020,00	0,00	0,00	0,00	0,00	19.020,00	19.020,00	0,0	100,0
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	19.020,00	0,00	0,00	0,00	19.020,00	0,00	0,00	0,00	0,00	19.020,00	19.020,00	0,0	100,0
1.2.2.2 Schulen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.2.3 Wohnbauten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
04 1.2.3 Infrastrukturvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung u. Sicherheitsanl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.3.5 Straßennetze mit Wegen, Plätzen, Verkehrslenkungsanl.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
05 1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	286.220,37	1.685.882,56	0,00	0,00	1.972.102,93	267.821,37	11.951,56	0,00	279.772,93	1.692.330,00	18.399,00	0,6	85,8
06 1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
07 1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
08 1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
09 1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anzahlungen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
Summe Sachanlagevermögen	305.240,37	1.685.882,56	0,00	0,00	1.991.122,93	267.821,37	11.951,56	0,00	279.772,93	1.711.350,00	37.419,00	0,6	85,9
1.3 Finanzanlagen													
10 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
11 1.3.2 Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
12 1.3.3 Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
13 1.3.4 Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.3.4.1 Ausleihungen an verb. Unternehmen, Beteilig., SV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
1.3.4.2 Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
14 1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
Summe Finanzanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
Gesamtsumme	305.240,37	1.685.882,56	0,00	0,00	1.991.122,93	267.821,37	11.951,56	0,00	279.772,93	1.711.350,00	37.419,00	0,6	85,9

748 von 1236 in Zusammenstellung

Forderungsspiegel

FORDERUNGSSPIEGEL 2012

Art der Forderung		Gesamtbetrag des Haushalts-jahres in EUR	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag des Vorjahres in EUR
			bis zu 1 Jahr in EUR	1 bis 5 Jahre in EUR	mehr als 5 Jahre in EUR	
1	2	3	4	5	6	7
161	2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
169	2.2.2 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
171	2.2.3 Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
179	2.2.4 Sonstige privatrechtliche Forderungen	27.042,52	27.042,52	0,00	0,00	171.185,26
178	2.2.5 Sonstige Vermögensgegenstände	25,00	0,00	25,00	0,00	0,00
	Summe	**27.067,52**	**27.042,52**	**25,00**	**0,00**	**171.185,26**

Verbindlichkeitenspiegel

VERBINDLICHKEITENSPIEGEL 2012

Art der Verbindlichkeit		Gesamtbetrag des Haushalts-jahres in EUR	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag des Vorjahres in EUR
			bis zu 1 Jahr in EUR	1 bis 5 Jahre in EUR	mehr als 5 Jahre in EUR	
1	2	3	4	5	6	7
30	4.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
32	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
321-	4.2.1 von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
321-	4.2.2 vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
321-	4.2.3 vom privaten Kreditmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	4.3 Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-400,00	-400,00	0,00	0,00	0,00
36	4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	-100,00	-100,00	0,00	0,00	0,00
	Summe	**-500,00**	**-500,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Stiftung Haus der Jugend
Lagebericht und Jahresabschluss 2012

Die Stiftung „Haus der Jugend" wurde im 16. Jahrhundert gegründet und dient der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen.

Bis zum Ende des 2.Weltkriegs lag eine wesentliche Tätigkeit im Betrieb eines Waisenhauses auf dem Grundstück am Fegefeuer 16. Palmsonntag 1942 wurde die Einrichtung vernichtet. Heute wird der Zweck in der Regel durch die Bezuschussung von Angeboten für Kinder und Jugendliche realisiert.

Heute befindet sich dort die Kindertagesstätte Idun, betrieben durch den Bereich städtische Kindertageseinrichtungen der Hansestadt Lübeck.

Die Stiftung „Haus der Jugend" wird nach den Regeln der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein geführt.

Die Stiftung hat neben der Geschäftsführung durch die Hansestadt Lübeck, Bereich Jugendarbeit, einen Formalvorstand, der sich aus 3 Personen zusammensetzt.

Das Vermögen der Stiftung besteht hauptsächlich aus zwei Grundstücken, einem Erbbaurecht und Liquiden Mitteln (u. a. einer Termingeldanlage). Langfristige Kredite bestehen nicht. Erhebliche Investitionen sind nicht geplant.

Die Liquidität war stets gesichert.

Die Stiftung „Haus der Jugend" erfüllt ihre Aufgaben ausschließlich aus eigenen Erträgen, die aus dem vorhandenen Vermögen erwirtschaftet werden. Das Grundstück Fegefeuer 16 ist mit einem Erbbaurecht belastet, dass bis zum Jahr 2059 lediglich sehr geringe Erträge erwirtschaftet. Zudem ist zu berücksichtigen, dass das derzeitige Zinsniveau sehr niedrig liegt und damit die Handlungsspielräume sehr gering sind.

Trotzdem konnte im Wirtschaftsjahr 2012 eine Maßnahme gefördert werden, so dass der Stiftungszweck erfüllt wurde:

geförderte Institution	Förderung für	Betrag in €
Lübecker Jugendring e.V.	Einrichtung eines mobilen Computerraumes	400,00
	Summe	**400,00**

Im Geschäftsjahr 2012 konnte die Stiftung „Haus der Jugend" einen Jahresüberschuss von 3.928,50 € (Vorjahr: - 4.674,74 €) erzielen. Die höheren Erträge wurden durch die Sanierung des Jugendzentrums Burgtor auf dem Grundstück in der Großen Burgstraße 2 und die Zinserträge erwirtschaftet. Im Wirtschaftsjahr 2012 konnte die energetische Sanierung des Jugendzentrums Burgtor in Höhe von 1.685.882,56 € größtenteils abgeschlossen werden. Hierbei handelt es sich um einen geleisteten Investitionszuschuss von der Hansestadt Lübeck an die Stiftung „Haus der Jugend". Für die Stiftung wurden Sonderposten zum Bilanzstichtag gebildet, die analog zur Abschreibung des Gebäudes ertragswirksam aufgelöst werden.

Weitere wesentliche Aufwendungen bestehen nicht.

Das Eigenkapital der Stiftung (inkl. Allgemeine Rücklage und Ergebnisrücklage) beträgt zum Bilanzstichtag eine Höhe von 208.604,26 € (Vorjahr: 213.279,00 €). Der Jahresüberschuss von 3.928,50 € soll im darauffolgenden Wirtschaftsjahr nach Beschlussfassung durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck in voller Höhe der Ergebnisrücklage zugeführt werden.

Durch den geleisteten Investitionszuschuss der Hansestadt Lübeck beim Jugendzentrum Burgtor und der ertragswirksamen Auflösung der daraus gebildeten Sonderposten steht der Stiftung „Haus der Jugend" ein langfristig nutzbares Gebäude zur Erfüllung des Stiftungszweck zur Verfügung. Zudem können die anfallenden Abschreibungen durch die längere Nutzungsdauer des Gebäudes gestreckt werden, womit der Stiftung jährlich geringere Aufwendungen entstehen.

Als nächstes muss versucht werden die Stiftung bekannter zu machen, damit die Erträge entsprechend des Stiftungszwecks ausgegeben werden können.

Es kann festgestellt werden, dass die Stiftung „Haus der Jugend" auf einer gesicherten Grundlage seine Aufgaben langfristig wahrnehmen kann.

Lübeck, den 13.09.18

Jan Lindenau
Bürgermeister der
Hansestadt Lübeck

1.201 – Haushalt und Steuerung
1.201.2 –Abteilung Bilanzen, Haupt- und Anlagenbuchhaltung

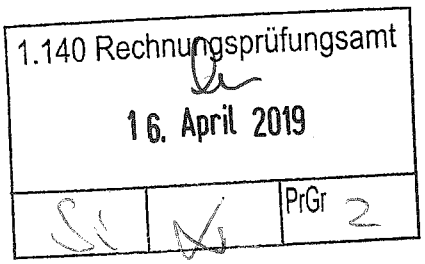
Zeichen: DS/

Lübeck, den 08.04.2019
Auskunft: D. Schewe
D. Gladasch
Tel.: 2070; Tel: 1217
e-mail: bilanzen@luebeck.de

1.140 – Rechnungsprüfungsamt

über

1.000 – Bürgermeister



Rechnungsprüfungsangelegenheiten: Stellungnahme zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stiftung Haus der Jugend zum 31.12.2012

Das Rechnungsprüfungsamt (RPA) hat mit dem Schreiben vom 06.03.2019 seinen Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 vorgelegt.

Das Rechnungsprüfungsamt ist der Ansicht, dass der Jahresabschluss 2012 mit Ausnahme der formellen Darstellung der Bilanz ein in wesentlichen Punkten den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Stiftung Haus der Jugend widerspiegelt.

Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass aufgrund von systembedingten Gründen in der Buchhaltungssoftware eine Anpassung der Vorzeichen zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses noch nicht möglich gewesen ist. Bei zukünftigen Jahresabschlüssen wird die richtige Darstellung der Vorzeichen in der Bilanz berücksichtigt.

Die Gliederung des Prüfberichtes wird im Folgenden zur Beantwortung und einfacheren Vergleichbarkeit übernommen.

Ebenfalls bat das Rechnungsprüfungsamt mit dem Prüfbericht 2012 um Stellungnahme insbesondere zu folgendem Sachverhalt, zu dem die Verwaltung wie folgt Stellung nimmt:

2.2.5 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Das Rechnungsprüfungsamt stellt dar, das so genannte ILA-Kosten der Stiftung von der Hansestadt Lübeck rechtzeitig zum Jahresabschluss 2012 in Rechnung gestellt werden müssen. Dies ist nicht erfolgt, insbesondere nicht innerhalb des Werterhellungszeitraumes. Unter dieser Voraussetzung hätte das Rechnungsprüfungsamt im Jahresabschluss der Stiftung als Leistungsempfänger trotzdem eine Verbindlichkeit oder eine Rückstellung gebucht.

Die Möglichkeiten zur Bilanzierung einer Verbindlichkeit setzen voraus, dass die Zahlungsverpflichtung dem Grunde und der Höhe nach am Bilanzstichtag sicher bekannt war. Dies trifft nicht zu. Eine Verbindlichkeit hätte nicht rechtmäßig gebucht werden dürfen.

Die Regelungen nach § 24 GemHVO-Doppik zum Ansatz von Rückstellungen sind sehr begrenzt und entgegen handelsrechtlichen Verfahrensweisen abschließend aufgelistet. Zu den zwingend bilanzierungspflichtigen Rückstellungen gehörte eine zu befürchtende Eingangsrechnung über so genannte ILA-Leistungen im Jahre 2012 ausdrücklich nicht. Erst zum 01.01.2014 wurden die Regelungen nach § 24 GemHVO-Doppik dahingehend geändert, dass Verbindlichkeiten für im Haushaltjahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist, gebildet werden dürfen. Regelungen, die erst ab 2014 ein-

...

geführt wurden, können für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit eines Jahresabschlusses 2012 nicht der entscheidende Maßstab sein.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Lindenau
Bürgermeister der Hansestadt Lübeck

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07990
öffentlich

Lübeck, 07.08.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
2.000 - Fachbereichsleitung

Bearbeitung: Regina Kühl (E-Mail: kuehl@aph-luebeck.de Telefon: 6099035)

Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2018

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
19.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
03.09.2019	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2018 wird mit einer Bilanzsumme von € 3.668.745,57, einem Jahresfehlbetrag von € 3.202.331,32 und einem Bilanzverlust von € 3.187.069,23 festgestellt.

2. Der Bilanzverlust 2018 in Höhe von € 3.187.069,23 ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
1.201 - Haushalt und Steuerung
1.203 – Beteiligungscontrolling
1.210 - Buchhaltung und Finanzen

Ergebnis:
= jeweils Zustimmung

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
[ ] Ja
[X] Nein
Begründung:
Die Belange von Kindern und Jugendlichen sind nicht betroffen.

Die Maßnahme ist:
[ ] neu
[ ] freiwillig
[X] vorgeschrieben durch: GO SH

Finanzielle Auswirkungen:
[ ] Nein
[X] Ja (siehe Begründung)

Begründung:

Rechtliche Grundlagen
Die SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck (SIE) sind stationäre Pflegeeinrichtungen im Sinne des § 71 Abs. 2 SGB XI und werden mit Wirkung vom 01. Januar 1996 als Sondervermögen der Hansestadt Lübeck in analoger Anwendung der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) geführt. Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein hat mit Erlass vom 12. Oktober 1995 die diesbezügliche Zustimmung erteilt.

Der Regiebetrieb unterhält mit den stationären Betriebsstätten sowie mit den heimangeschlossenen betreuten Altenwohnungen steuerbegünstigte Zweckbetriebe i.S.d. §§ 66 und 68 AO.

Die Buchführung, die Aufstellung des Jahresabschlusses und der Lagebericht unterliegen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, der Pflegebuchführungsverordnung (PBV), der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) sowie dem Kommunalprüfungsgesetz (KPG). Die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung unterliegt den Grundsätzen des § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG).

Versorgungsauftrag
Die SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck (kurz SIE) unterhalten sieben Betriebsstätten. Es bestehen Versorgungsverträge mit den Pflegekassen auf der Grundlage der §§ 72 und 73 SGB XI. Durch die Einrichtung einer gerontopsychiatrischen Abteilung mit z.Zt. 43 Plätzen in der SIE Am Behnckenhof konnte ab dem 01.05.2005 das Leistungsangebot für Pflegebedürftige mit besonderem Bedarf (BewohnerInnen mit gerontopsychiatrischen Verhaltensauffälligkeiten) erweitert werden. Ein diesbezüglicher Versorgungsvertrag sowie die Leistungs- und Qualitätsvereinbarung wurde am 15. März 2005 im Rahmen von Vergütungsverhandlungen geschlossen.

Jahresabschluss
Die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 wurde im Mai und Juni 2019 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG in den Geschäftsräumen des Regiebetriebes durchgeführt. Gegenstand der Prüfung waren der Jahresabschluss unter Einbeziehung der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, der Lagebericht, das Risikofrüherkennungssystem gem. § 91 Abs. 2 AktG sowie die Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung.

Der Wirtschaftsprüfer erteilte folgenden Bestätigungsvermerk:

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
Prüfungsurteile: Wir haben den Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck, Lübeck – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- Entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Betriebe geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Betriebs zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- Vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Betriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.
Grundlage für die Prüfungsurteile: Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit 3 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.
Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend un geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen. …„

Der vollständige Prüfungsbericht kann in der Verwaltung der SeniorInnenEinrichtungen eingesehen werden.

Aktivitäten des Regiebetriebs
Dem Regiebetrieb ist die Bewirtschaftung folgender stationärer Einrichtungen bzw. Dienste mit folgenden Kapazitäten übertragen worden.

Einrichtung	Kapazitäten zum 31.12.2018		
	SIE inkl. KzP	Betreutes Wohnen	Gesamt-Plätze
SIE Dreifelderweg	70	37	107
SIE Prassekstraße	70	24	94
SIE Elswigstraße	72	60	132
SIE Dornbreite	75	84	159
SIE Solmitzstraße	104	123	227
SIE Am Behnckenhof	80	0	80
Gerontopsychiatrischer Bereich	43	0	43
SIE Heiligen-Geist-Hospital	80	0	80
	594	328	922

Leistungs- und Belegungsentwicklung
Aus den Aufzeichnungen des Regiebetriebes ergeben sich unter Vernachlässigung von krankheits- und urlaubsbedingter Abwesenheit folgende Belegungsdaten und Nutzungsgrade für den Berichtszeitraum:

Einrichtung	Pflegetage Ist	Pflegetage Soll	Auslastung Pflege %
SIE Dreifelderweg	25.008	25.550	98
SIE Schönböckener Straße	15.755	29.565	53
SIE Prassekstraße	24.820	25.550	97
SIE Elswigstraße	25.627	26.280	98
SIE Dornbreite	27.197	27.375	99
SIE Solmitzstraße	37.509	37.960	99
SIE Am Behnckenhof	22.704	29.200	78
Gerontopsychiatrischer Bereich	15.158	15.695	97
SIE Heiligen-Geist-Hospital	28.807	29.200	99
	222.585	246.375	90

Jahresergebnis
Im Wirtschaftsjahr 2018 schließen die SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck mit einem Jahresfehlbetrag von € 3.202.331,32 ab (§ 8 Abs. 6 EigVO SH).

Zuletzt wurde im Dezember 2018 der Bilanzverlust 2017 in Höhe von € 1.399.341,73 ausgeglichen.

Vermögenslage

Aktiva	31.12.2018		31.12.2017		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Anlagevermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	21,8	1	29	1	-7,3
Geleistete Anzahlungen	5,4	0	0	0	5,4
Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	194,2	5	222	4	-27,8
Mieterein- und -umbauten	143,6	4	209	4	-65,4
Bewegliches Sachanlagevermögen	833,9	23	694	13	139,9
	1.198,90	33	1.154	21	44,9
Umlaufvermögen					
Vorräte	87,9	2	83	2	4,9
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.075,20	29	1831	33	-755,8
Forderungen an den Träger	1.196,10	33	2286	41	-1.089,9
Forderungen gegen verbunden Unternehmen	0	0	4	0	-4
Sonstige Vermögensgegenstände	31,0	1	23	0	8
Flüssige Mittel	63,00	2	106	2	-43
	2.453,20	67	4.333	78	-1879,8
Rechnungsabgrenzungsposten	16,6	0	12	0	4,6
	3.668,70	100	5.500	100	-1.831,3
Passiva	**31.12.2018**		**31.12.2017**		**Veränderung**
	T€	%	T€	%	T€
Eigenkapital					
Betriebskapital	3.210,30	87,5	3.210	58	0
Rücklagen nach § 58 AO	330,8	9,0	346	6	-15,2
Bilanzgewinn/ -verlust	-3.187,10	-86,9	-1.399	-25	-1.788,1
	354,00	9,6	2.157	39	-1.803
Mittel- und kurzfristiges Fremdkapital					
Pensionsrückstellungen	951,6	25,9	922	17	29,6
Steuerrückstellungen	2,5	0,1	1	0	1,5
Sonstige Rückstellungen	859,2	23,4	847	15	12,2
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	275,3	7,5	199	4	76,3
Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger	56,6	1,5	140	3	-83,4
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	102,3	2,8	66	1	36,3
Sonstige Verbindlichkeiten	577,2	15,7	677	12	-99,8
	2.824,70	77,0	2.852	52	-27,3
Rechnungsabgrenzungsposten	490	13,4	491	9	-1
	3.668,70	100	5.500	100	-1.831,3

Die Eigenkapitalquote ist auf 9,6% (Vj. 39%) gesunken. Das Anlagevermögen wird komplett durch Eigenkapital gedeckt. Als städtischer Bereich sind die SIE nicht eigenständig rechts- und somit auch nicht insolvenzfähig.

Ertragslage 2018 unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten aufbereitet und im Vergleich zum Vorjahr dargestellt:

Die betrieblichen Aufwendungen und Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	Ist 2018	Ist 2017	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Betriebsbereich				
Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen	15.041,5	15.572,2	-530,7	-3,4
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	5.685,6	5.980,8	-295,2	-4,9
Erträge aus Investitionskomponenten	2.961,0	3.110,8	-149,8	-4,8
Umsatzerlöse nach § 277, 1 HGB	707,4	740,9	-33,5	-4,5
Betriebskostenzuschüsse	101,0	13,7	87,3	637,2
Sonstige betriebliche Erträge	445,3	220,6	224,7	101,9
Betriebsleistung	24.941,8	25.639,0	-697,2	-2,7
Personalaufwand	-19.451,1	-18.905,1	-546	2,9
Materialaufwand	-4.630,0	-4.232,0	-398	9,4
Zentrale Dienstleistungen	-143,7	-136,0	-7,7	5,7
Abschreibungen	-228,8	-213,0	-15,8	7,4
Mieten, Pacht, Leasing	-2.866,3	-2.733,8	-132,5	4,8
Instandhaltungsaufwendungen	-236,5	-176,0	-60,5	34,4
Abgaben und Versicherungen	-160,0	-154,0	-6	3,9
Sonstiger betrieblicher Aufwand	-394,2	-464,3	70,1	-15,1
	-28.110,6	-27.014,2	-1096,4	4,1
Ergebnis des Betriebsbereiches	-3.168,8	-1.375,2	-1793,6	130,4
Investitions- und Finanzierungsbereich				
Zinsertrag	1,3	0,7	0,6	85,7
Zinsaufwand	-34,8	-31,8	-3	9,4
Ergebnis im Investitions- und Finanzbereich	-33,5	-31,1	-2,4	7,7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	-3.202,3	-1.406,3	-1796	127,7
Verlustvortrag	-1.399,3	-2.992,0	1592,7	-53,2
Verlustausgleich	1.399,3	2.992,0	-1592,7	-53,2
Verbrauch der Rücklagen	15,2	7,0	8,2	117,1
Einstellung in die Rücklagen	0,0	0,0	0	0,0
Bilanzverlust	-3.187,1	-1.399,3	-1787,8	127,8

Die Betriebsleistung ist im Vergleich zum Vorjahr um 697 T€ bzw. 3% gesunken, was auf die Schließung der Schönböckener Str. zurückzuführen ist. Der Materialaufwand ist durch den erhöhten Bedarf an Leihpersonal angestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten hauptsächlich Wertberichtigungen zu Forderungen in Höhe von 282 T€ (VJ 328 T€).

Vergleich der Planzahlen für das Berichtsjahr mit den Ist-Zahlen

	2018		Veränderung	
	T€ Plan	T€ Ist	T€	%
Pflegeleistungen	24.214	23.689	-525	-2,2
Umsatzerlöse nach § 277 HGB	754	707	-47	-6,6
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	10	101	91	90,1
Sonstige betriebliche Erträge	227	445	218	49,0
Zwischenergebnis	25.205	24.942	-263	130
Personalaufwand	-19.305	-19.451	-146	0,8
Materialaufwand	-4.228	-4.630	-402	8,7
Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	-142	-144	-2	1,4
Steuern, Abgaben, Versicherungen	-193	-160	33	-20,6
Mieten, Pachten, Leasing	-2.724	-2.866	-142	5,0
Abschreibungen	-254	-229	25	-10,9
Instandhaltung	-219	-236	-17	7,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-244	-394	-150	38,1
Zwischenergebnis	-2.104	-3.168	-1.064	160
Zinsergebnis	-33	-34	-1	2,9
Jahresfehlbetrag	-2.137	-3.202	-1.065	163

Die Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen (einschließlich der Erträge aus Unterkunft, Verpflegung und Betreuung) liegen aufgrund der früheren Schließung einer Einrichtung unter den Plan-Werten. Der Anstieg bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist auf die Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen zurückzuführen. Auf der Aufwandseite sind hauptsächlich der Materialaufwand durch Leihpersonal sowie die Rückstellung für die Schönböckener Str. Gründe für die Abweichung zu den Plan-Werten.

Anlagen:

./.

Senator Sven Schindler

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07993
öffentlich

Lübeck, 08.08.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
2.000 - Fachbereichsleitung

Bearbeitung: Marion Höfs (E-Mail: marion.hoefs@luebeck.de Telefon: 122-1222)

Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. §95 d, Abs. 1, Gemeindeordnung Schl.-Holst. (GO) für das Haushaltsjahr 2019 im Produkt 315201 - SeniorInneneinrichtungen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
19.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
03.09.2019	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsjahr 2019 werden beim Produktsachkonto 3152015315000 SeniorInnenEinrichtungen – Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke 838.700,00 € zur Deckung des höheren Verlustes im Wirtschaftsjahr 2018 überplanmäßig gemäß § 95 d GO S-H bewilligt.

Die Deckung erfolgt aus Minderaufwendungen im Haushaltsjahr 2019 beim Produktsachkonto 312101000 5461100 SGB II – Leistungen Unterkunft und Heizung in Höhe von 838.700,00 €.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:	1.201 – Haushalt und Steuerung = zustimmend 2.502 – SeniorInnenEinrichtungen = zustimmend
Ergebnis:	
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:	[ ] Ja [X] Nein
Begründung:	Die Belange von Kindern und Jugendlichen sind nicht berührt.
Die Maßnahme ist:	[ ] neu [ ] freiwillig [X] vorgeschrieben durch: § 8, Abs. 6 Eigenbetriebsverordnung i.V. mit §§ 95 d und 97 GO
Finanzielle Auswirkungen:	[ ] Nein [X] Ja

Begründung:

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der SeniorInnenEinrichtungen (SIE) wurde im Mai und Juni 2019 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG in den Geschäftsräumen des Regiebetriebes durchgeführt. Nach Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der SIE, wird das Jahresergebnis mit einem Jahresbilanzverlust in Höhe von 3.187.069,23 € abschließen. Die Feststellung des Rechnungsergebnisses der SIE für das Wirtschaftsjahr 2018 wird der Bürgerschaft zu ihrer Sitzung am 26.09.2019 (VO/2019/07990) zur Beschlussfassung vorgelegt.

Für die SIE findet § 8, Abs. 6, der Eigenbetriebsverordnung Schl.-Holst. in Verbindung mit § 97 (Anmerkung) Gemeindeordnung Schl.-Holst. Anwendung. Danach sind Jahresverluste aus Haushaltsmitteln der Gemeinde auszugleichen, wenn nach der Finanzplanung des Betriebes (hier: des Sondervermögens) keine Gewinne zu erwarten sind. Diese Annahme trifft für das Sondervermögen der Hansestadt Lübeck, die SIE, dauerhaft zu.

Im Rahmen der Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 wurde die Verlustabdeckung der SIE mit 2.348.400 € für das Wirtschaftsjahr 2018 geplant.
Die Ergebnisverschlechterung sind im Wesentlichen auf die Auswirkungen durch die vorzeitige Schließung der Einrichtung Schönböckener Straße zurückzuführen (siehe hierzu Vorlage VO/2019/07990).

Die Deckung des darüber hinausgehenden Fehlbetrages in Höhe von 838.669,23 € kann aufgrund geringerer Aufwendungen im Haushaltsjahr 2019 bei dem Produktsachkonto 312101000 5461100 SGB II – Leistungen Unterkunft und Heizung, zur Verfügung gestellt werden. Infolge der stabilen Arbeitsmarktlage werden hier weniger Leistungen benötigt, als ursprünglich geplant.

Anlagen:

./.

Senator Sven Schindler

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08059
öffentlich

Lübeck, 19.08.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
2.502 - SeniorInneneinrichtungen

Bearbeitung: Matthias Schröder (E-Mail: matthias.schroeder@aph-luebeck.de Telefon: 6099034)

Mietanpassung SeniorInnenEinrichtungen Heiligen-Geist-Hospital (HGH)

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
26.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
03.09.2019	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die neue Miete für die SeniorInnenEinrichtung Heiligen-Geist-Hospital wird zum 01.01.2020 angepasst und beträgt p.a. 562.624,99 € (bisher 282.844,66 €).
Die neue Miete wird im Wirtschaftsplan 2020 der SIE geordnet und somit entsprechend berücksichtigt werden.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:

1.201 – Haushalt und Steuerung = Zustimmung
1.203 – Beteiligungscontrolling = Zustimmung
1.300 – Recht = keine rechtl. Bedenken

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

[ ] Ja
[X] Nein
Die Belange sind nicht direkt betroffen.

Die Maßnahme ist:

[ ] neu
[X] freiwillig
[ ] vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

[ ] Nein
[X] Ja (s. VO/2019/08036)

Begründung:
Der Vorstand der Stiftung Heilgen-Geist-Hospital hat mit Schreiben vom 14.05.2018 den Mietvertrag vom 24.10.1979 zwischen der Stiftung Heiligen-Geist-Hospital und der Hansestadt Lübeck zum 24.10.2019 gekündigt. Zur Sicherstellung des Stiftungszweckes der Stiftung Heiligen-Geist-Hospital (Altenpflege) wird eine neue Mietvereinbarung durch die Stiftungsverwaltung erarbeitet.

Die Hansestadt Lübeck hat sich zu den SIE in kommunaler Verantwortung als Ergänzung zu privaten Einrichtungen bekannt. Mit Beschluss der Bürgerschaft vom 26.11.2015 wurde bestätigt, dass die SeniorInnenEinrichtung Heiligen-Geist-Hospital fortbestehen wird. Ferner wird der Bedarf an stationären Pflegeplätzen kontinuierlich steigen (rund +500 bis 2030), so dass die SeniorInnenEinrichtung Heiligen-Geist-Hospital mit neuen Mietkonditionen -insbesondere mit Blick auf die Stiftungssituation – auch in Zukunft vollstationäre Pflegeplätze anbieten wird.
Hintergrund der Anpassung der Mietkonditionen bildet die zu geringe Miete für die vermieteten Gebäudeteile; insbesondere für Investitionen oder Instandsetzungen und Brandschutzertüchtigung in vorgegebener Form. Bislang wurde eine Konstruktion zur Ermittlung der Miethöhe zu Grunde gelegt, die lediglich die entstandenen Ausgaben deckt. Zukünftig wird zur nachhaltigen Sicherstellung des Stiftungszweckes eine Kostenmiete analog II. Berechnungsverordnung vorgenommen, d.h. dass im Wesentlichen bislang unberücksichtigte Abschreibungen an die Stelle der angesetzten Tilgungsleistungen aufgenommener Darlehen treten (siehe nachfolgende Tabelle).:

	2019 HGH	2020 HGH	Diff. neu/alt €
Tilgung	27.289 €	0 €	-27.289 €
Zinsen	0 €	158.228 €	158.228 €
Abschreibungen	0 €	129.177 €	129.177 €
weitere Miet-	255.556 €	275.220 €	19.664 €
bestandteile			
Gesamt	**282.845 €**	**562.625 €**	**279.780 €**

Die Miete der Einrichtung Heiligen-Geist-Hospital (HGH) erhöht sich somit um rund +T€ 279,8.

		2020		2019			
	Wohn-/Nutzflä	Miete	€/m²	Miete	€/m²	Erhöhung	Erhöhung €/m²
HGH	5919	562.700 €	7,92 €	359.800 €	5,07 €	202.900 €	2,86 €

Es wurde durch die Stiftungsverwaltung eine entsprechende Wirtschaftlichkeitsberechnung erstellt. Die neue Miete wird im Wirtschaftsplan 2020 der SIE geordnet und somit entsprechend berücksichtigt werden.

Anlagen:
./.

Senator Sven Schindler

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08060
öffentlich

Lübeck, 19.08.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
2.502 - SeniorInneneinrichtungen

Bearbeitung: Matthias Schröder (E-Mail: matthias.schroeder@aph-luebeck.de Telefon: 6099034)

Mietanpassungen der SeniorInnenEinrichtungen Dornbreite, Dreifelderweg, Elswigstraße und Prassekstraße (Häuser der Stiftung Vereinigte Testamente (VT))

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
26.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
03.09.2019	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:
Die neue Miete für die SeniorInnenEinrichtungen Dreifelderweg, Prassekstraße, Dornbreite und Elswigstraße wird zum 01.01.2020 p.a. 1.307.724,15 € betragen (bisher 970.729,85 €). Die neue Miete wird im Wirtschaftsplan 2020 der SIE geordnet und somit entsprechend berücksichtigt werden.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:		1.201 Haushalt und Steuerung = Zustimmung
Ergebnis:		1.203 Beteiligungscontrolling = Zustimmung
		1.300 Recht = keine rechtl. Bedenken
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	[ ]	Ja
gem. § 47 f GO ist erfolgt:	[X]	Nein
Begründung:		Die Belange sind nicht direkt betroffen.
Die Maßnahme ist:	[ ]	neu
	[X]	freiwillig
	[ ]	vorgeschrieben durch:
Finanzielle Auswirkungen:	[ ]	Nein
	[X]	Ja (s. VO/2019/08036)

Begründung:
Der ungekündigte Mietvertrag für die Stiftungshäuser der Vereinigten Testamente vom 01.04.1980 wurde seinerzeit für die Dauer von 20 Jahren abgeschlossen. Sofern er nicht 1 Jahr vor Ablauf der Mietzeit gekündigt wird, verlängert sich die Mietdauer um jeweils 10 Jahre. Im Falle einer fristgerechten Kündigung würde das Mietverhältnis zum 31.03.2030 enden.

Die Stiftung Vereinigte Testamente und die Stiftungsverwaltung haben im ungekündigten Vertragsverhältnis in gegenseitiger Übereinkunft vereinbart, die Miethöhe der Stiftungshäuser/Einrichtungen Dreifelderweg, Prassekstraße, Dornbreite und Elswigstraße zum 01.01.2020 anheben zu wollen.

Anlass der Mieterhöhung ist die Jahrzehntelang zu geringe Miete für die vermieteten Einrichtungen; insbesondere für Investitionen oder Instandsetzungen und Brandschutzertüchtigung in vorgegebener Form. Bislang wurde ein System zur Ermittlung der Miethöhe zu Grunde gelegt, welches lediglich die entstandenen Ausgaben deckt. Zukünftig soll eine Kostenmiete analog II. Berechnungsverordnung gelten, d.h. dass im Wesentlichen bislang unberücksichtigte Abschreibungen an die Stelle der angesetzten Tilgungsleistungen aufgenommener Darlehen treten (siehe hierzu nachfolgende Tabellen):

	2019 Dreifelderweg	2020 Dreifelderweg	Diff. neu/alt €		2019 Prassekstraße	2020 Prassekstraße	Diff. neu/alt €
Tilgung	123.578 €	0€	-123.578 €		54.181 €	0€	-54.181 €
Zinsen	3.261 €	140.324 €	137.063 €		2.792 €	83.647 €	80.856 €
Abschreibungen	0€	75.029 €	75.029 €		0€	33.263 €	33.263 €
weitere Miet-	124.148 €	122.982 €	-1.166 €		176.724 €	176.590 €	-134 €
bestandteile							
Gesamt	**250.987 €**	**338.335 €**	**87.348 €**		**233.696 €**	**293.500 €**	**59.804 €**
	2019 Elswigstraße	**2020 Elswigstraße**	**Diff. neu/alt €**		**2019 Dornbreite**	**2020 Dornbreite**	**Diff. neu/alt €**
Tilgung	75.505 €	0€	-75.505 €		36.521 €	0€	-36.521 €
Zinsen	10.924 €	96.352 €	85.428 €		30.568 €	120.635 €	90.066 €
Abschreibungen	0€	53.710 €	53.710 €		0€	71.453 €	71.453 €
weitere Miet-	174.119 €	175.579 €	1.460 €		158.410 €	158.160 €	-249 €
bestandteile							
Gesamt	**260.548 €**	**325.641 €**	**65.093 €**		**225.499 €**	**350.248 €**	**124.749 €**

		2020		2019			
	Wohn-/Nutzfl	Miete	€/m²	Miete	€/m²	Erhöhung	Erhöhung €/m²
SIE Dreifelderweg	3381	338.400 €	8,34 €	251.000 €	6,19 €	87.400 €	2,15 €
SIE Prassekstraße	3257	293.500 €	7,51 €	233.700 €	5,98 €	59.800 €	1,53 €
SIE Elswigstraße	3539	325.700 €	7,67 €	260.500 €	6,13 €	65.200 €	1,54 €
SIE Dornbreite	4193	350.300 €	6,96 €	225.500 €	4,48 €	124.800 €	2,48 €
Summe:	**14370**	**1.307.900 €**		**970.700 €**		**337.200 €**	
Durchschnitt:			**7,62 €**		**5,70 €**		**1,92 €**

Es wurde durch die Stiftungsverwaltung eine entsprechende Wirtschaftlichkeitsberechnung erstellt. Die neue Miete wird im Wirtschaftsplan 2020 der SIE geordnet und somit entsprechend berücksichtigt werden.

In den 2020er Jahren wird in Lübeck der Bedarf an stationären Pflegeplätzen kontinuierlich steigen (rund +500 Plätze bis 2030).

Die Stiftung VT wird dennoch nicht „auf Dauer“ Eigentümer und Vermieter von 4 Pflegeheimen an die SIE bleiben können, keinesfalls mehr für die nächsten 10 Jahre.

Die laufenden Mietverträge mit den neuen höheren Mieten sind daher für eine zeitlich befristete Übergangsphase zu verstehen. Es soll auf der Grundlage eines noch zu treffenden Beschlusses der Bürgerschaft ein neuer, leistungsfähiger Eigentümer und Vermieter der Einrichtungen gefunden werden. Die Gebäude selbst stehen allesamt auf städtischen Erbbaurechtsgrundstücken mit Restlaufzeiten von mehr als 40 Jahren.

Anlagen:
./.

Senator Sven Schindler

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08036
öffentlich

Lübeck, 15.08.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
2.502 - SeniorInneneinrichtungen

Bearbeitung: Matthias Schröder (E-Mail: matthias.schroeder@luebeck.de Telefon: 6099034)

Wirtschaftsplan 2020 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
19.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
03.09.2019	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Es betragen

1.1	**im Erfolgsplan**	**€**
	die Erträge	25.072.200
	die Aufwendungen	28.548.800
	der Jahresgewinn	0
	der Jahresverlust	-3.476.600
1.2	**im Vermögensplan**	
	die Einzahlungen auf	671.500
	die Auszahlungen auf	671.500
2.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	0
2.1	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf	0
2.2	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	3.900.000

3. die Stellenübersicht 2020 (Anlage 8) nebst Änderungsliste (Anlage 8a).

Der Festsetzung des Wirtschaftsplans 2020 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen im Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales für das Geschäftsjahr 2020 wird gemäß Anlagen 1-10 im Rahmen der Haushaltssatzung 2020 zugestimmt.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:	1.201 – Haushalt und Steuerung = Zustimmung 1.203 – Beteiligungscontrolling = Zustimmung
Ergebnis:	
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:	[ ] Ja [X] Nein
Begründung:	Die Belange von Kindern und Jugendlichen sind nicht betroffen.
Die Maßnahme ist:	[ ] neu [ ] freiwillig [X] vorgeschrieben durch: §§ 77, 97 GO SH
Finanzielle Auswirkungen:	[ ] Nein [X] Ja (Anlagen 3 - 10) Der Jahresfehlbetrag i. H. v.3.476,6 T€ wird im Haushalt 2020 geordnet.

Begründung:

Siehe Vorbericht (Anlagen 1 und 2)

Anlagen:
Wirtschaftsplan SIE 2020 inkl. Anlagen 3 - 10

Senator Sven Schindler

Hansestadt Lübeck **Anlage 1**
2.502 SeniorInnenEinrichtungen

Vorbericht allgemeiner Teil:

Realisierung der Vision 2030

In den 2020er Jahren wird in Lübeck der Bedarf an stationären Pflegeplätzen kontinuierlich steigen (rund +500 Plätze bis 2030). Die Hansestadt Lübeck trägt mit den SIE dazu bei, im Rahmen ihrer kommunalen Daseinsvorsorge diese absehbaren Bedarfe mit abzudecken und Unterversorgungen vorzubeugen.

In den zurückliegenden Monaten wurde für die SeniorInnenEinrichtungen das Zukunftskonzept „Vision 2030 - Älter werden, aber im Quartier bleiben“ entwickelt und positiv durch die politischen Gremien der Hansestadt Lübeck gebracht.

Die „Vision 2030“ sieht eine quartiersbezogene (sozialraumorienterte) Versorgung älterer Menschen vor. Ziel sind lokale Versorgungsketten Wohnen – Service – Pflege. Die Zielsetzungen der Pflegestärkungsgesetze („ambulant vor stationär“) werden aufgegriffen. Konkret bedeutet das eine konzeptionelle Weiterentwicklung der SIE ebenso wie notwendige Immobilienkonzepte für die SIE-Standorte.

Der vorgelegte Wirtschaftsplan kann allerdings noch keinen Ausblick auf Auswirkungen der Vision 2030 nehmen. Ziel wird es sein, erste unternehmensrelevante Veränderungen zwar schon im Zeitrahmen der mittelfristigen Finanzplanung eintreten zu lassen, belastbare Aussagen können allerdings in diesem Wirtschaftsplan noch nicht getroffen werden. Aktuell werden erste Konzepte erarbeitet, die die Vision 2030 inhaltlich weiter ausgestalten. In einem begleitenden Prozess mit unterstützender Beratung erfolgt die notwendige Vertiefung. Während der Vakanz in der Position der Bereichsleitung gilt es, keine Zeit zu verlieren.

Insbesondere wird dabei die Frage zu klären sein, welche Umsetzungsschritte inhaltlich und strukturell zur Optimierung der SIE erforderlich sind und wie diese Schritte zeitlich und organisatorisch in den laufenden Betrieb eingepasst werden können. Das Thema der Bestandsimmobilien und ihrer Eignung zur Anpassung des laufenden Betriebes an moderne Pflegeformen ist dabei von einiger Bedeutung.
Die Konzeption einer optimierten SIE wird sich an der Zukunftsvision SIE 2030 orientieren und mehr als nur stationäre Pflege anbieten. Soweit dafür Neubauten erforderlich werden, sollen diese nach Möglichkeit nicht am Rande, sondern in den Herzen von Stadtteilen entwickelt werden, um den Anforderungen, die die Vision 2030 stellt, gerecht zu werden.

Der FB2 wird eine Konzeptskizze entwerfen, die in einem Zeit- und Maßnahmenplan Umsetzungsschritte darstellen wird, um die SIE für die Zukunft besser aufzustellen.

Gesetzliche Grundlagen

Kommunale Altenpflegeheime sind in Schleswig-Holstein öffentlich- rechtliche Einrichtungen nach § 97 der Gemeindeordnung (GO Schl.- H.), für die aufgrund gesetzlicher Vorschriften Sonderrechnungen geführt werden müssen. Die gesetzlichen Vorschriften sind u.a.

a) das Sozialgesetzbuch (SGB) Elftes Buch vom 26. Mai 1994 (Soziale Pflegeversicherung/ Pflegestärkungsgesetze I-III)

b) das Selbstbestimmungsstärkungsgesetz des Landes Schleswig-Holstein (SbStG) sowie das Gesetz zur Regelung von Verträgen über Wohnraum mit Pflege- oder Betreuungsleistungen (Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz - WBVG)

c) die Verordnung über die Rechnungs- und Buchführungspflichten der Pflegeeinrichtungen (Pflege-Buchführungsverordnung -PBV)

Für das in § 97 der Gemeindeordnung aufgeführte Sondervermögen gilt eingeschränkt die Eigenbetriebsverordnung (EigVO) des Landes Schleswig-Holstein.
Gemäß § 12 EigVO ist ein Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser setzt sich zusammen aus

dem Erfolgsplan (Anlage 3)
dem Vermögensplan (Anlage 5)
der Stellenübersicht (Anlagen 8, 9)

Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen beizufügen:

ein Vorbericht, der den Wirtschaftsplan insgesamt erläutert (Anlagen 1 + 2),
eine Erfolgsübersicht bei Betrieben mit mehr als einem Betriebszweig (Anlage 4),
ein fünfjähriger Finanzplan (Anlagen 6 + 7).

Darüber hinaus sind in Form der Anlagen 8, 9 und 10 Stellenübersichten nach Entgeltgruppen, Änderungsliste und Stellenplanquerschnitte für das Planjahr 2019 beigefügt.

Hansestadt Lübeck **Anlage 2**
2.502 SeniorInnenEinrichtungen

Vorbericht nach § 12 Abs. 2 Nr. 1 EigVO zum Wirtschaftsplan 2020

1. Erläuterungen zum Erfolgsplan

Der Erfolgsplan ist nach § 13 Abs. 1 i.V.m. § 21 Abs. 1 EiGVO sowie nach den Vorschriften der Pflegebuchführungsverordnung (PBV) gegliedert. Die Planung der Erträge und Aufwendungen erfolgt auf der Grundlage der definitiven Ist-Werte des Wirtschaftsjahres 2018 unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung im Wirtschaftsjahr 2019 sowie derjenigen Sachverhalte, die wesentlichen Einfluss auf die Ergebnisse des Wirtschaftsjahres 2020 nehmen.

In der Kommentierung wird in der Regel ein Vergleich der Ergebniswerte des Jahres 2018 gezogen, um einen reinen Planzahlenvergleich zu vermeiden und die geplante Entwicklung auf der Grundlage einer real eingetretenen Ausgangslage zu interpretieren.

Die erste Einflussgröße auf das Wirtschaftsergebnis des Jahres 2020 ist die Planung der Erträge im Bereich der Pflegeleistungen. Im März 2019 wurde eine Anpassung der Pflegevergütungssätze für alle Einrichtungen vorgenommen, die mindestens ein Jahr Gültigkeit hat. Im Planjahr 2020 soll mit den Kostenträgern nach dem 8. Kapitel des SGB XI erneut verhandelt werden. Es wird mit rund 3,5 % Steigerung ab Mai 2020 gerechnet.

Die zweite Einflussgröße ist die zu erwartende BewohnerInnenstruktur. Bei der Einnahmenberechnung wurde die aktuelle Pflegegradstruktur des Jahres 2019 zu Grunde gelegt.

Der dritte Einflussfaktor ist die erwartete Nachfrageentwicklung im vollstationären Pflegebereich. Insgesamt hat sich die Gesamtauslastung positiv entwickelt. Die Auslastung im Jahr 2018 lag bei rund 95,4 % - ohne SIE Schönböckener Straße -. Bei der Wirtschaftsplanung 2020 wird von einer Gesamtauslastung von rund 96 % ausgegangen. Die Gesamtbettenzahl beträgt 591 und setzt sich wie folgt zusammen: SIE Dreifelderweg 70 Pflegeplätze, SIE Prassekstraße 70 Pflegeplätze, SIE Elswigstraße 72 Pflegeplätze, SIE Dornbreite 75 Pflegeplätze, SIE Solmitzstraße 104 Pflegeplätze, SIE Am Behnckenhof 80 Pflegeplätze, SIE Geronto Am Behnckenhof 43 Pflegeplätze, SIE Heiligen-Geist-Hospital 77 Pflegeplätze. In allen Einrichtungen wird neben der vollstationären Pflege auch Kurzzeitpflege angeboten.

Vierte bedeutsame Einflussgröße ist die Entwicklung der Personalkosten. Die Berechnung erfolgt auf der Grundlage der Bewertung aller Stellen des Stellenplanes 2019. Die Bewertung der Stellen des Stellenplans erfolgt zum 30.06.2019. Ergebnisbeeinflussende Personalkostenänderungen (z.B. erwartete Tarifsteigerungen im März 2020 und September 2020, neuer Pflegepersonalschlüssel) oder die Gemeindeunfallversicherung (GUV) wurden berücksichtigt und sind in die Berechnungen eingeflossen. Die Personalaufwandsquote liegt gemäß Wirtschaftsplan 2020 bei rund 83 % (Ist 2018 = 78 %). Die Quote liegt somit über dem Vergleichswert und zeigt deutlich, dass das Wirtschaftsergebnis strukturell bedingt ist.

Bei der Ermittlung der Sachkosten für das neue Wirtschaftsjahr wurden die Jahresrechnung 2018, die Erwartungsdaten 2019 sowie die veränderten Bettentage in 2020 berücksichtigt.

Grundsätzlich planen wir Sachkostensteigerungen in Höhe von rund 2 % gegenüber dem Vorjahr. Von dieser Grundregel wird in verschiedenen Aufwandspositionen, wie zum Beispiel Energie, Mieten, Abschreibungen (AfA) und Lebensmittel, abgewichen und individuell berechnet. Hier liegen vorgegebene, vertraglich fixierte, investitionsabhängige oder sonstige beschäftigungsunabhängige Kosten vor.

Ebenfalls berücksichtigt wurden die erhöhten Mietkonditionen, die nach Verhandlungen zwischen den SIE und den Stiftungen HGH und VT vorbehaltlich der Zustimmung der städtischen Gremien entwickelt wurden. In Abänderung des bisherigen Mietmodells wurde ein Modus gefunden, der es dem Vermieter ermöglicht, die Mietsache nachhaltig zu bewirtschaften. Entsprechende Beschlussvorlagen werden der Bürgerschaft für die September-Sitzung entgegen gebracht.
Zu Einzelheiten siehe die Erläuterungen zu Ziffer 11 des Erfolgsplanes.
Diese Vereinbarung, die den Wirtschaftsplan belastet, steht unter dem Vorbehalt eines Gremienbeschlusses, der zum Zeitpunkt der Vorberichtsformulierung noch nicht ins Verfahren gegeben werden konnte. Gleichwohl ist die Veränderung im Aufwand bereits dargestellt worden.

Für das Wirtschaftsjahr 2020 wird mit einem Jahresverlust in Höhe von rund T€ -3.477 gerechnet; dieser Verlust ist bekanntermaßen strukturell bedingt.
An Gegensteuerungsmaßnahmen, verbunden mit weiteren Einspareffekten der SIE wird weiterhin intensiv gearbeitet. U.a. wurden und werden Vergütungsverhandlungen mit den Kostenträgern geführt. Die Nachfrageentwicklung ist aktuell in allen Einrichtungen positiv. Alle Gegensteuerungsmaßnahmen führen zwar zur wirtschaftlichen Ergebnisverbesserung der SIE, aber die regelmäßigen Tariferhöhungen oder z.B. höheren Wasser- und Energiekosten (alte Gebäude) übersteigen diese Einspareffekte bei weitem.

2. Erläuterungen zur Erfolgsübersicht

Die Erfolgsübersicht (Anlage 4) zeigt die geplanten Betriebsergebnisse der beiden Leistungszweige der städtischen SeniorInnenEinrichtungen. Für den Pflegebetrieb (sieben Häuser) zeigt die Erfolgsübersicht des Jahres 2020, das die Personalkosten mit rund 72,4 % des Gesamtaufwands den weitaus größten Posten darstellen, Materialaufwand mit 13,7 % den zweitgrößten Faktor. Andere betriebliche Aufwendungen, wie z.B. Mieten, bilden mit 12,8 % den drittgrößten Kostenfaktor. Diese drei Hauptfaktoren verursachen also rund 99 % der Gesamtkosten des Pflegebereichs. Das Planungsergebnis des gemeinnützigen Betriebszweiges "Betreutes Wohnen" liegt bei rund +T€ 1.

3. Erläuterungen zum Vermögensplan

Der Vermögensplan (Anlage 5) ist entsprechend der Anlage 3 zur Ausführungsanweisung zur EigVO gegliedert. Die Ausgaben des Vermögensplanes für das Wirtschaftsjahr 2020 liegen bei rund T€ 672 aufgrund von erforderlichen Ersatzbeschaffungen im materiellen und immateriellen Bereich.

4. Erläuterungen zur Finanzplanung

Die Finanzpläne (Anlagen 6 + 7) sind bis zum Jahre 2024 fortgeschrieben. Aufgrund bestehender Vorschriften sind Gewinne und Verluste auf neue Rechnung vorzutragen. Verluste sind durch Haushaltsmittel auszugleichen, soweit sie nicht durch Rücklagen bzw. Jahresgewinne der folgenden fünf Jahre getilgt werden.

5. Erläuterung zur Stellenübersicht

Die Stellenübersicht 2020 (Anlage 8) in der Fassung der Anlage 8a (Änderungsliste) enthält alle für den Betrieb der Pflegeeinrichtungen, des Betreuten Wohnens und der Zentral-verwaltung vorhandenen Stellen. Ferner sind Stellenplanquerschnitte nach Entgeltgruppen in Form der Anlage 9 beigefügt.

Hansestadt Lübeck
2.502 - SeniorInnenEinrichtungen

Anlage 3

Erfolgsplan nach § 13 Abs. 1 EigVO für das Wirtschaftsjahr 2020

		Planansatz 2020	Planansatz 2019	vorl. Ergebnis Jahresrechnung 2018
		€	€	€
1.-3.	Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen, einschl. der Erträge aus Unterkunft, Verpflegung und Betreuung	24.208.500	23.182.600	23.688.116
4.	Umsatzerlöse nach §277 HGB, soweit nicht in Nr.1-3 enthalten	637.100	683.900	707.364
5.	Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	25.000	75.000	101.011
6.	Sonstige betriebliche Erträge	201.600	191.200	445.320
	Zwischenergebnis	**25.072.200**	**24.132.700**	**24.941.811**
7.	Personalaufwand Löhne und Gehälter einschließlich Sozialabgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	20.737.600	18.731.200	19.454.691
8.	Materialaufwand	3.881.600	3.934.100	4.629.972
9.	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	146.400	124.000	143.668
10.	Steuern, Abgaben, Versicherungen	142.500	142.500	159.934
11.	Mieten, Pacht, Leasing	2.895.700	2.624.900	2.866.314
	Zwischenergebnis	-2.731.600	-1.424.000	-2.312.768
12.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-gegenstände und Sachanlagen sowie auf Forderungen	264.200	237.000	228.920
13.	Aufwendungen für Instandhaltung	227.500	180.000	236.514
14.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	218.800	267.300	394.130
	Zwischenergebnis	-3.442.100	-2.108.300	-3.172.333
15.	Zins- und ähnliche Erträge	500	700	1.338
16.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	35.000	35.000	31.336
17.	**Jahresüberschuß (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**-3.476.600**	**-2.142.600**	**-3.202.331**

Erläuterungen zum Erfolgsplan 2020:

zu Nr. 1.-3. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen einschließlich der Erträge aus Unterkunft, Verpflegung und Betreuung (Stationäre Pflegeleistungen)

Planansatz 2020	Planansatz 2019	vorl. Ergebnis Jahresrechnung 2018
€	€	€
24.208.500	23.182.600	23.688.116

Die Ermittlung der Erträge 2020 des vollstationären Pflegebereichs beruht auf einer Auslastungsannahme von durchschnittlich 96 %. Die steigende Nachfrageentwicklung wirkt sich positiv auf die Auslastungslage aus. Die Umsatzerlöse werden auf Basis einer Gesamtbettenkapazität von durchschnittlich 591 Plätzen ermittelt. Davon werden 43 Plätze in der gerontopsychiatrischen Abteilung der SIE Am Behnckenhof vorgehalten. In den Umsätzen wurden die geplanten Pflegeentgelteanpassung sowie die Erstattungen der zusätzlichen Betreuungskräfte nach § 43b SGB XI eingerechnet.

zu Nr. 4. Umsatzerlöse nach § 277 HGB, soweit nicht in Nr.1-3 enthalten

	Planansatz 2020	Planansatz 2019	vorl. Ergebnis Jahresrechnung 2018
	€	€	€
a) Betreuungsentgelte Betreutes Wohnen	315.000	335.000	345.465
b) Inkontinenzerstattungen	157.000	156.000	172.791
c) Stationärer Mittagstisch	137.000	145.000	151.244
d) sonstige Erträge/Erstattungen	28.100	47.900	37.864
	637.100	683.900	707.364

Es wird mit weniger Erlöse nach § 277 HGB gerechnet (rund -10 %). Hauptursächlich ist im Vergleich zum Vergleichsjahr 2018 die Schließung der SIE Schönböckener Straße.

zu Nr. 5. Sonstige betriebliche Erträge
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten

Planansatz 2020	Planansatz 2019	vorl. Ergebnis Jahresrechnung 2018
€	€	€
25.000	75.000	101.011

Das BZgA Projekt "Implementierung von Maßnahmen zur Förderung der Aktivität und Mobilität in den Pflegeprozess der SIE, Sicherung von Kooperationen" ist zum Jahreswechsel 2018/2019 beendet worden. Dadurch ist der Planansatz im Planjahr 2020 entsprechend geringer.

zu Nr. 6. Sonstige betriebliche Erträge

	Planansatz 2020	Planansatz 2019	vorl. Ergebnis Jahresrechnung 2018
	€	€	€
a) Dienstleistungen, Energielieferungen Stift. HGH	65.000	65.000	65.945
b) Sonstige Erstattungen, Therapietrakt	25.000	25.000	27.104
c) Übrige	111.600	101.200	352.271
	201.600	191.200	445.320

Der Planansatz der sonstigen betrieblichen Erträge ist gegenüber dem Vergleichsjahr 2018 um rund 55 % geringer, u.a. wegen geringere Ansätze bei den periodenfremden Erträgen und Auflösungen von Verbindlichkeiten.

zu Nr. 7. Personalaufwand

Planansatz 2020	Planansatz 2019	vorl. Ergebnis Jahresrechnung 2018
€	€	€

Löhne und Gehälter und sonstige Personalaufwendungen	16.175.400	14.610.200	15.299.239
soziale Aufwendungen und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	4.562.200	4.121.000	4.155.452
Gesamt	20.737.600	18.731.200	19.454.691

Die Gesamtpersonalkosten 2020 sind insgesamt im Vergleich zum Ergebnis 2018 um rund 6,6 % erhöht. Ergebnisbeeinflussende Personalkostenänderungen durch Tarifverhandlungen im Jahr 2019 und 2020 (weitere Steigerungen im März 2020 um ca. +1,1 % sowie ca. 2,6 % ab Sep 2020) sowie Kosten der Gemeindeunfallversicherung wurden berücksichtigt und sind in die Berechnungen eingeflossen. Die Umsetzung des Tarifvertrages, insbesondere in den Pflege-Tarifentgeltgruppen sowie der mit den Kostenträgern geeinte höhere Personalschlüssel, sorgt im Vergleich zu 2018 für einen Anstieg der Personalkosten (speziell im Leitungsbereich Pflege).

zu Nr.	Materialaufwand	Planansatz 2020 €	Planansatz 2019 €	vorl. Ergebnis Jahresrechnung 2018 €
8.				
a)	Lebensmittel	1.090.000	1.060.000	1.199.094
b)	Pflege- und Betreuungsaufwand	794.600	977.300	1.467.671
c)	Wasser, Energie, Brennstoffe	1.049.500	1.038.000	1.134.464
d)	Wirtschafts- und Verwaltungsbedarf	947.500	858.800	828.743
		3.881.600	3.934.100	4.629.972

Insgesamt liegen die Kosten des Materialaufwands gegenüber dem Ergebnis 2018 um rund -16 % niedriger, hauptursächlich aufgrund der Betriebsbeendigung der SIE Schönböckener Straße. Im Bereich Pflege- und Betreuungsaufwendungen ist der Planansatz um -46 % geringer, hauptursächlich durch angepasste Leiharbeitskosten.

zu Nr.	Steuern, Abgaben, Versicherungen	Planansatz 2020 €	Planansatz 2019 €	vorl. Ergebnis Jahresrechnung 2018 €
10.				
	Abgaben	135.200	135.500	152.751
	Versicherungen	7.300	7.000	7.183
		142.500	142.500	159.934

Hauptursächlich aufgrund der Betriebsbeendigung der SIE Schönböckener Straße wird mit einer Kostenreduzierung von rund -11 % gerechnet.

zu Nr.	Mieten, Pacht, Leasing	Planansatz 2020 €	Planansatz 2019 €	vorl. Ergebnis Jahresrechnung 2018 €
11.	SIE Dreifelderweg (Stift. Vereinigte Testamente, kurz VT*)	338.400	280.000	270.088
	SIE Schönböckener Straße (bis Ende 2018)	0	190.000	575.010
	SIE Prassekstraße (Stift. Vereinigte Testamente*)	293.500	240.000	231.814
	SIE Elswigstraße (Stift. Vereinigte Testamente*)	325.700	265.000	259.363
	SIE Dornbreite (Stift. Vereinigte Testamente*)	350.300	270.000	254.254
	SIE Solmitzstraße (GGTrave*)	546.600	546.600	503.698
	SIE Am Behnckenhof (Vonovia*)	440.500	440.500	442.565
	SIE Heiligen-Geist-Hospital (Stift. Heiligen-Geist-Hospital*)	562.700	359.800	297.699
	Sonstiges	6.000	0	4.700
	Gerätemieten	32.000	33.000	27.123
	(* Vermieter)	2.895.700	2.624.900	2.866.314

Die Aufwendungen für Mieten, Pacht und Leasing haben sich gegenüber dem Vergleichsjahr 2018 um rund +1 % gesteigert. Ursächlich ist einerseits die Schließung der SIE Schönböckener Straße (Reduzierung der Miete um rd. -575T€), andererseits müssen die Mieten der VT Häuser angepasst werden. Anlass der Mieterhöhungen bei den VT Häusern sowie beim Heiligen-Geist-Hospital sind die jahrzehntelang zu geringen Mieten für die gemieteten Einrichtungen; insbesondere für Investitionen oder Instandsetzungen und Brandschutzertüchtigungen in vorgegebener Form. Bislang wurde ein System zur Ermittlung der Miethöhe zu Grunde gelegt, welches lediglich die entstandenen Ausgaben deckt. Zukünftig wird eine Kostenmiete analog II. Berechnungsverordnung vorgenommen, d.h. dass im Wesentlichen bislang unberücksichtigte Abschreibungen an die Stelle der angesetzten Tilgungsleistungen aufgenommener Darlehen treten. Im Vergleich zu den Mietkosten 2018 betragen die Mietanpassungen insgesamt rund +559T€ (SIE Heiligen-Geist-Hospital +265T€, SIE Dreifelderweg +69T€), SIE Prassekstraße (+62T€), SIE Elwsigstraße (+67T€) sowie SIE Dornbreite (96T€).

zu Nr. 12. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

	Planansatz 2020	Planansatz 2019	vorl. Ergebnis Jahresrechnung 2018
	€	€	€
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	264.200	237.000	228.920
	264.200	237.000	228.920

Die Abschreibungen im Planjahr 2019 sind gegenüber dem Vergleichsjahr 2018 um rund +15 % höher. Die Ursache liegt hauptursächlich in der Umsetzung von geplanten und notwendigen Ersatzbeschaffungen sowie in der Beschaffung von Software/Softwarelizenzen.

zu Nr. 14. Sonstige betriebliche Aufwendungen

	Planansatz 2020	Planansatz 2019	vorl. Ergebnis Jahresrechnung 2018
	€	€	€
a) Personalnebenkosten	108.800	102.300	106.312
b) Periodenfremde Aufwendungen	10.000	10.000	5.698
c) anderer sonstiger betrieblicher Aufwand	100.000	155.000	282.120
	218.800	267.300	394.130

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen im Planjahr 2020 mit rund -45 % ggü. dem Vergleichsjahr niedriger. Hauptursächlich sind angepasste, reduzierte Einstellungen in die Einzelwertberichtigungen.

zu Nr. 15. Zins- und ähnliche Erträge

	Planansatz 2020	Planansatz 2019	vorl. Ergebnis Jahresrechnung 2018
	€	€	€
Betriebsmittelzinsen	200	500	253
Zinsen auf Forderungen (Verzugszinsen)	300	200	1.085
	500	700	1.338

zu Nr. 16. Zins- und ähnliche Aufwendungen

	Planansatz 2020	Planansatz 2019	vorl. Ergebnis Jahresrechnung 2018
	€	€	€
Aufzinsung der Pensionsrückstellung	35.000	35.000	31.336
	35.000	35.000	31.336

Hansestadt Lübeck
2.502 - SeniorInneneinrichtungen

Anlage 4

Erfolgsübersicht nach § 13 Abs. 4 EigVO
für das Wirtschaftsjahr 2020

	Pflege-betrieb	Betreute Alten-wohnungen	Betrag insgesamt
	€	€	€
1. Materialaufwand	3.876.970	4.630	3.881.600
2. Löhne und Gehälter einschließlich Sozialabgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	20.446.800	290.800	20.737.600
3. Abschreibungen	263.750	450	264.200
4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	35.000	0	35.000
5. Andere betriebliche Aufwendungen	3.611.580	19.320	3.630.900
Summe 1 bis 5	28.234.100	315.200	28.549.300
6. Betriebserträge	24.756.700	316.000	25.072.700
Jahresgewinn (+)/Jahresverlust (-)	-3.477.400	800	-3.476.600

TOP 5.10

Hansestadt Lübeck
2.502 - SeniorInneneinrichtungen

Anlage 5

Vermögensplan nach § 14 EigVO
für das Wirtschaftsjahr 2020

Einzahlungen		**PLANANSATZ**		vorl. Ergebnis der Jahresrechnung
Nr.	Bezeichnung	2020 **€**	2019 **€**	2018 **€**
1	2	3	4	5
1	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-gegenstände und Sachanlagen	671.500	410.700	272.245
		671.500	410.700	272.245

Auszahlungen		**PLANANSATZ**		vorl. Ergebnis der Jahresrechnung
Nr.	Bezeichnung	2020 **€**	2019 **€**	2018 **€**
1	2	3	4	5
1	Software (*)	250.000	150.000	2.371
2	Betriebsbauten auf fr. Grundstücken	0	0	0
3	Mietereinbauten	0	0	0
4	Einrichtungen und Ausstattungen (**)	421.500	260.700	269.874
		671.500	410.700	272.245

(*) u.a. erforderliche Ersatzbeschaffungen Buchhaltungsprogramm
(**) u.a. erforderliche Ersatzbeschaffungen von technische Ausstattungen, Pflegebetten, Möbel etc.

Hansestadt Lübeck **Anlage 6**
2.502 - SeniorInneneinrichtungen

Finanzplan nach § 16 Nr. 1 EigVO
für das Wirtschaftsjahr 2020

Nr.	Bezeichnung	2020 **T€**	2021 **T€**	2022 **T€**	2023 **T€**	2024 **T€**
	Einzahlungen					
1	Eigenmittel Rücklagen	0	0	0	0	0
2	Abschreibungen	264	264	264	264	264
3	Sonstige Einnahmen	0	0	0	0	0
	Summe der Einnahmen	264	264	264	264	264

Nr.	Bezeichnung	2020 **T€**	2021 **T€**	2022 **T€**	2023 **T€**	2024 **T€**
	Auszahlungen					
1	Einrichtungen und Ausstattungen etc.	264	264	264	264	264
	Summe der Ausgaben	264	264	264	264	264

Hansestadt Lübeck **Anlage 7**
2.502 - SeniorInneneinrichtungen

Finanzplan nach § 16 Nr. 2 EigVO
für das Wirtschaftsjahr 2020

Nr.	Bezeichnung	2020 (*) **T€**	2021 (*) **T€**	2022 (*) **T€**	2023 (*) **T€**	2024 (*) **T€**
A	**Einnahmen**					
1	Zuweisungen der Stadt	3477	3477	3477	3477	3477
	Summe der Einnahmen	3477	3477	3477	3477	3477
B	**Ausgaben**					
1	Ablieferung an die Stadt (Interne Leistungsverrechnungen)	147	147	147	147	147
	Summe der Ausgaben	147	147	147	147	147

(*) In die Finanzplanungen der Jahre 2020 bis 2024 sind insbesondere Personalkostensteigerungen, Ertragsteigerungen durch weitere Entgelterhöhungen nach erfolgten Pflegesatzverhandlungen eingeflossen. Mögliche Ergebnisveränderungen durch Neubauplanungen (Umsetzung der Version 2030) sind nicht berücksichtigt.

Hansestadt Lübeck **Anlage 8**

2.502 - SeniorInneneinrichtungen

Stellenübersicht 2020

Zusammenstellung

1	2		3	4
Einrichtung	**Anz. der Planstellen Vorjahr**	**Anz. der Planstellen Vorjahr VZÄ**	**Ist 30.06.**	**Anz. der Planstellen lfd. Jahr VZÄ**
Verwaltung	26	24,25	22,50	25,25
Dreifelderweg	50	36,25	32,00	41,75
*Schönböckener Straße**	*51*	*42,50*	*18,77*	*0,00*
Prassekstraße	50	37,00	33,00	40,75
Elswigstraße	50	38,00	34,75	41,50
Dornbreite	50	40,75	34,28	43,00
Solmitzstraße	72	55,75	46,51	61,75
Am Behnckenhof	54	46,00	35,00	47,25
Geronto Am Behnckenhof	41	25,00	17,53	30,00
Heiligen-Geist-Hospital	54	44,50	41,25	44,50
Gesamt	498	390,00	315,59	375,75

**fällt zukünftig weg*

1	2		3	4
	Anz. der Planstellen Vorjahr	**Anz. der Planstellen Vorjahr VZÄ**	**Ist 30.06.**	**Anz. der Planstellen lfd. Jahr VZÄ**
Beamte	2	2,00	1,00	1,00
Beschäftigte	462	388,00	313,83	389,00
Gesamt	498	390,00	315,59	375,75

I. Gemeinde-(Landkreis) Verwaltung

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2.502.100000 SIE - Verwaltung								
2502.0.0000	Verwaltungsdirektor/in	1,000	A15	0,000		1,000	A15	41 Std.
2502.0.1000	Controller/in	1,000	12	1,000	12	1,000	12	
2502.0.1100	Controller/in					1,000	10	
2502.0.2000	Qualitätsmanagementbeauftragte/r	1,000	11	1,000	11	1,000	11	
2502.1.1000	Sachbearbeiter/in	1,000	09	1,000	09b	1,000	09	
2502.1.2000	Sachbearbeiter/in	1,000	08	1,000	09a	1,000	08	f.d.P. EG9
2502.1.3000	Angestellte/r im Schreibdienst	1,000	06	1,000	06	1,000	06	
2502.1.4000	Sachbearbeiter/in	1,000	05	1,000	05	1,000	05	
2502.1.5000	Sachbearbeiter/in	1,000	05	1,000	05	1,000	05	
2502.1.5100	Sachbearbeiter/in	1,000	05	0,500	05	1,000	05	
2502.1.5200	Sachbearbeiter/in	1,000	05	1,000	05	1,000	05	
2502.1.5300	Sachbearbeiter/in	1,000	05	0,250	05	1,000	05	
				0,750	08			
2502.1.5400	Sachbearbeiter/in	1,000	05	1,000	05	1,000	05	
2502.1.5500	Sachbearbeiter/in	0,500	05	0,500	05	0,500	05	nvb 19,5 Std.
2502.1.6000	Beikoch / Beiköchin	1,000	03	1,000	03	1,000	03	Freistellung Personalrat
2502.1.6100	Beikoch / Beiköchin	1,000	03	1,000	03	1,000	03	Freistellung Personalrat
2502.2.0000	Amtsrat	1,000	A11	1,000	A11	1,000	A12	41 Std.
2502.2.1000	Sachbearbeiter/in	0,750	09	0,750	09b	0,750	09b	nvb 29,25 Std.
2502.3.0000	Sachgebietsleiter/in	1,000	11	1,000	11	1,000	11	
2502.3.1000	Sachbearbeiter/in	1,000	09	1,000	11	1,000	09	
2502.3.2000	Sachbearbeiter/in	1,000	09	1,000	09a	1,000	09	
2502.3.3000	Sachbearbeiter/in	1,000	08	1,000	09a	1,000	08	
2502.3.4000	Sachbearbeiter/in	1,000	08	0,750	08	1,000	08	
2502.3.5000	Sachbearbeiter/in	1,000	08	1,000	08	1,000	08	
2502.3.7000	Sachbearbeiter/in	1,000	08	1,000	08	1,000	08	
2502.3.8000	Buchhalter Debitoren	1,000	08	1,000	08	1,000	08	
Summe	**26**	**24,250**		**22,500**		**25,250**		

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2.502.200000 SIE - Dreifelderweg								
2520.0.0100	Einrichtungsleitung	0,500	09	0,500	09b	0,500	09	nvb 19,5 Std.
2520.0.0200	PDL Pflegedienstleitung	1,000	P11	1,000	P14	1,000	P14	
2520.0.0300	Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000	P11	1,000	P12	1,000	P12	
2520.0.1000	Wohnbereichsleitung	1,000	P10	1,000	P12	1,000	P12	
2520.0.1100	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2520.0.1200	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,500	P5	1,000	P7	
				0,500	P7			
2520.0.1300	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,250	P5	1,000	P7	
				0,750	P7			
2520.0.1400	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2520.0.1500	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,500	P5	1,000	P7	
				0,250	P7			
2520.0.1600	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2520.0.1700	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,500	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2520.0.1800	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P5	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2520.0.1900	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2520.0.2000	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2520.0.2100	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2520.0.2200	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2520.0.2300	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2520.0.2500	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P6	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2520.0.2600	Altenpfleger/in					1,000	P7	
2520.0.2700	Altenpfleger/in					1,000	P7	
2520.0.2800	Altenpfleger/in					1,000	P7	
2520.0.2900	Altenpfleger/in					1,000	P7	
2520.0.3000	Altenpflegehelfer/in	1,000	P6	0,750	P5	1,000	P6	
2520.0.3100	Altenpflegehelfer/in	1,000	P6	0,750	P5	1,000	P6	
2520.0.4000	Pflegehelfer/in	1,000	P5	1,000	P5	1,000	P5	

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2520.0.4100	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2520.0.4200	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2520.0.4300	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2520.0.4400	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,250	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2520.0.4500	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2520.0.4600	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2520.0.4700	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P6	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2520.0.4800	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2520.0.4900	Pflegehelfer/in					0,750	P7	
2520.0.5000	Pflegehelfer/in					0,750	P7	
2520.0.6000	Therapeut/in	0,500	06	0,500	06	0,500	06	nvb 19,5 Std.
2520.0.6100	Therapeut/in	0,500	06	0,500	03	0,500	06	nvb 19,5 Std.
2520.0.7000	Hauswirtschaftsleitung	0,500	09	0,500	09b	0,500	09	nvb 19,5 Std.
2520.0.7100	Koch / Köchin	1,000	05	0,000		1,000	05	
2520.0.7200	Beikoch / Beiköchin	1,000	03	1,000	03	1,000	03	
2520.0.7300	Vorarbeiter/in Haus	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	+8%
2520.0.7400	Hausmeister/in	1,000	05	1,000	05	1,000	05	
2520.0.8000	Küchenhilfe	1,000	02 Ü	0,500	02 Ü	1,000	02 Ü	
2520.0.8100	Küchenhilfe	1,000	02 Ü	0,750	02 Ü	1,000	02 Ü	
2520.0.8200	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2520.0.8300	Haus- und Küchenhilfe	0,750	02	0,750	02 Ü	0,750	02	nvb 29,25 Std.
2520.0.9000	Haus- und Küchenhilfe	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	
2520.0.9100	Haus- und Küchenhilfe	0,500	02 Ü	0,500	02 Ü	0,500	02 Ü	nvb 19,5 WAZ
2520.0.9200	Haus- und Küchenhilfe	1,000	01	0,500	02 Ü	1,000	01	
2520.0.9300	Haus- und Küchenhilfe	0,500	01	0,000		0,500	01	nvb 19,5 WAZ
Summe	**50**	**36,250**		**32,000**		**41,750**		

2.502.210000 SIE - Schönböckener Straße

2521.0.0100	Einrichtungsleitung	1,000	09	0,000				

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2521.0.0200	PDL Pflegedienstleitung	1,000	P11	1,000	P14			
2521.0.0300	Wohnbereichsleitung	1,000	P11	1,000	P12			
2521.0.1000	Wohnbereichsleitung	1,000	P10	0,770	P12			
				0,000	P7			
2521.0.1100	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7			
2521.0.1200	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,000				
2521.0.1300	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7			
2521.0.1400	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7			
2521.0.1500	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,000	P7			
2521.0.1600	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,250	P7			
2521.0.1700	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7			
2521.0.1800	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,000				
2521.0.1900	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,000				
2521.0.2000	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,500	07a			
2521.0.2100	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,000				
2521.0.2200	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,000				
2521.0.2300	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,000				
2521.0.2400	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7			
2521.0.2500	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,000				
2521.0.2600	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,000				
2521.0.3000	Altenpflegehelfer/in	0,750	P6	0,750	P5			
2521.0.3100	Altenpflegehelfer/in	0,750	P6	0,000				
2521.0.3200	Altenpflegehelfer/in	0,750	P6	0,000				
2521.0.4000	Pflegehelfer/in	1,000	P5	1,000	P5			
2521.0.4100	Pflegehelfer/in	1,000	P5	0,000				
2521.0.4200	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,000				
2521.0.4300	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5			
2521.0.4400	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,000				
2521.0.4500	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5			
2521.0.4600	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5			

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2521.0.4700	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,000				
2521.0.4800	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5			
2521.0.4900	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,000				
2521.0.5000	Pflegehelfer/in	1,000	P5	0,000				
2521.0.5100	Pflegehelfer/in	1,000	P5	1,000	P5			
2521.0.6000	Therapeut/in	0,500	08	0,000				
2521.0.6100	Therapeut/in	0,500	06	0,000				
2521.0.7000	Hauswirtschaftsleitung	1,000	09	0,000				
2521.0.7100	Beikoch / Beiköchin	1,000	03	0,000				
2521.0.7200	Vorarbeiter/in Haus	1,000	02 Ü	0,000				
2521.0.7300	Hausmeister/in	1,000	05	1,000	03			
2521.0.8000	Küchenhilfe	0,500	02 Ü	0,000	02 Ü			
2521.0.8100	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,000				
2521.0.8200	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü			
2521.0.8300	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,000	02 Ü			
2521.0.8400	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü			
2521.0.9000	Haus- und Küchenhilfe	1,000	01	1,000	02 Ü			
2521.0.9100	Haus- und Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,250	02 Ü			
2521.0.9200	Haus- und Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,500	02 Ü			
2521.0.9300	Haus- und Küchenhilfe	1,000	02	0,500	02 Ü			
2521.0.9400	Haus- und Küchenhilfe	0,500	01	0,000				
Summe	**51**	**42,500**		**18,770**		**0,000**		

2.502.220000 SIE - Prassekstraße

2522.0.0100	Einrichtungsleitung	1,000	09	0,000		1,000	09	
2522.0.0200	PDL Pflegedienstleitung	1,000	P11	1,000	P14	1,000	P14	
2522.0.0300	Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000	P11	1,000	P12	1,000	P12	
2522.0.1000	Wohnbereichsleitung	1,000	P10	1,000	09b	1,000	P12	
2522.0.1100	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2522.0.1200	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2522.0.1300	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,750	P7	1,000	P7	
2522.0.1400	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,250	P5	1,000	P7	
				0,500	P7			
2522.0.1500	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2522.0.1600	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2522.0.1700	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2522.0.1800	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2522.0.1900	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2522.0.2000	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2522.0.2100	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2522.0.2200	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2522.0.2300	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P5	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2522.0.2400	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2522.0.2500	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2522.0.2600	Altenpfleger/in					0,750	P7	
2522.0.2700	Altenpfleger/in					0,750	P7	
2522.0.2800	Altenpfleger/in					0,750	P7	
2522.0.3000	Altenpflegehelfer/in	1,000	P6	1,000	P5	1,000	P6	
2522.0.3100	Altenpflegehelfer/in	1,000	P6	0,250	P5	1,000	P6	
				0,750	P6			
2522.0.4000	Pflegehelfer/in	1,000	P5	1,000	P5	1,000	P5	
2522.0.4100	Pflegehelfer/in	1,000	P5	1,000	P5	1,000	P5	
2522.0.4200	Pflegehelfer/in	1,000	P5	0,500	P5	1,000	P5	
				0,000	P7			
2522.0.4300	Pflegehelfer/in	1,000	P5	0,750	P5	1,000	P5	
2522.0.4400	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2522.0.4500	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2522.0.4600	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2522.0.4700	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2522.0.4900	Pflegehelfer/in					0,750	P5	
2522.0.6000	Therapeut/in	0,500	06	0,000	03a	0,500	06	nvb 19,5 Std.
				0,500	06			
2522.0.6100	Therapeut/in	0,500	03	0,500	03	0,500	03	nvb 19,5 Std.
2522.0.7000	Koch / Köchin	1,000	05	1,000	05	1,000	05	
2522.0.7100	Beikoch / Beiköchin	1,000	03	0,000		1,000	03	
2522.0.7200	Vorarbeiter/in Haus	1,000	02 Ü	0,750	02 Ü	1,000	02 Ü	+8%
2522.0.7300	Hausmeister/in	1,000	05	1,000	05	1,000	05	
2522.0.7400	Hauswirtschaftsleitung	0,500	09	0,500	02 Ü	0,500	09	nvb 19,5 Std.
2522.0.8000	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,250	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2522.0.8100	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,500	01	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
				0,250	02 Ü			
2522.0.8200	Küchenhilfe	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	
2522.0.8300	Haus- und Küchenhilfe	0,750	02	0,750	02 Ü	0,750	02	nvb 29,25 Std.
2522.0.8400	Haus- und Küchenhilfe	0,500	02	0,500	02 Ü	0,500	02	nvb 19,5 Std.
2522.0.9000	Haus- und Küchenhilfe	0,500	01	0,500	01	0,500	01	nvb 19,5 Std.
2522.0.9100	Haus- und Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	03	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2522.0.9200	Haus- und Küchenhilfe	0,500	01	0,500	01	0,500	01	nvb 19,5 Std.
2522.0.9300	Haus- und Küchenhilfe	0,500	01	0,500	02 Ü	0,500	01	nvb 19,5 Std.
2522.4800	Pflegehelfer/in					0,750	P5	
Summe	**50**	**37,000**		**33,000**		**40,750**		

2.502.230000 SIE - Elswigstraße

2523-0.5000	Pflegehelfer/in					1,000	P5	
2523.0.0100	Einrichtungsleitung	1,000	09	1,000	11	1,000	09	mit Sonderaufg. f. d. P. EG11
2523.0.0200	PDL Pflegedienstleitung	1,000	P11	1,000	P14	1,000	P14	
2523.0.0300	Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000	P11	1,000	P12	1,000	P12	
2523.0.1000	Wohnbereichsleitung	1,000	P10	1,000	P7	1,000	P12	
2523.0.1100	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P12	1,000	P7	

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2523.0.1200	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2523.0.1300	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2523.0.1400	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2523.0.1500	Pflegehelfer/in	1,000	P5	1,000	P5	1,000	P5	
2523.0.1600	Pflegehelfer/in	1,000	P5	1,000	P5	1,000	P5	
2523.0.1700	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2523.0.1800	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2523.0.1900	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2523.0.2000	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2523.0.2100	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,500	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2523.0.2200	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2523.0.2300	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2523.0.2400	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2523.0.2500	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P5	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2523.0.2600	Altenpfleger/in					0,750	P7	
2523.0.2700	Altenpfleger/in					0,750	P7	
2523.0.3000	Altenpflegehelfer/in	1,000	P6	0,750	P5	1,000	P6	
2523.0.3100	Altenpflegehelfer/in	1,000	P6	0,500	P5	1,000	P6	
				0,500	P6			
2523.0.4000	Pflegehelfer/in	1,000	P5	1,000	P5	1,000	P5	
2523.0.4100	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2523.0.4200	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2523.0.4300	Pflegehelfer/in	0,750	03a	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2523.0.4400	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2523.0.4500	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2523.0.4600	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2523.0.4700	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2523.0.4800	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2523.0.4900	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2523.0.5100	Pflegehelfer/in					1,000	P5	

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2523.0.6000	Therapeut/in	0,500	08	0,500	P5	0,500	08	nvb 19,5 Std. f.d.P.EG 9
2523.0.6100	Therapeut/in	0,500	06	0,500	08	0,500	06	nvb 19,5 Std.
2523.0.7000	Koch / Köchin	1,000	05	0,750	05	1,000	05	
2523.0.7100	Beikoch / Beiköchin	1,000	03	0,750	03	1,000	03	
2523.0.7200	Vorarbeiter/in Haus	1,000	02 Ü	0,000		1,000	02 Ü	+8%
2523.0.7300	Hausmeister/in	1,000	05	1,000	05	1,000	05	DW 411
2523.0.8000	Küchenhilfe	1,000	01	0,500	02 Ü	1,000	01	
2523.0.8200	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2523.0.8300	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2523.0.9000	Haus- und Küchenhilfe	0,500	02 Ü	0,500	02 Ü	0,500	02 Ü	nvb 19,5 Std.
2523.0.9100	Haus- und Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2523.0.9200	Haus- und Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,500	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2523.0.9300	Haus- und Küchenhilfe	0,500	02	0,000		0,500	02	nvb 19,5 Std.
2523.0.9400	Haus- und Küchenhilfe	1,000	02	1,000	02 Ü	1,000	02	
2523.0.9500	Haus- und Küchenhilfe	0,500	01	0,500	02 Ü	0,500	01	nvb 19,5 Std.
Summe	**50**	**38,000**		**34,750**		**41,500**		

2.502.240000 SIE - Dornbreite

2524.0.0100	Einrichtungsleitung	1,000	09	0,500	05	1,000	09	
				0,500	09b			
2524.0.0200	PDL Pflegedienstleitung	1,000	P11	1,000	P14	1,000	P14	
2524.0.0300	Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000	P11	1,000	P12	1,000	P12	
2524.0.1000	Wohnbereichsleitung	1,000	P10	1,000	P12	1,000	P12	
2524.0.1100	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2524.0.1200	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,750	P7	1,000	P7	
2524.0.1300	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2524.0.1400	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2524.0.1500	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2524.0.1600	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2524.0.1700	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P5	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2524.0.1800	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2524.0.1900	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,000	03a	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
				0,750	P5			
2524.0.2000	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,000	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2524.0.2100	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P5	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2524.0.2200	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,250	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2524.0.2300	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2524.0.2400	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,500	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2524.0.2500	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,500	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2524.0.2600	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2524.0.2700	Altenpfleger/in					0,750	P7	
2524.0.2800	Altenpfleger/in					0,750	P7	
2524.0.3000	Altenpflegehelfer/in	1,000	P6	0,750	P5	1,000	P6	
2524.0.3100	Altenpflegehelfer/in	1,000	P6	0,500	P5	1,000	P6	
2524.0.4000	Pflegehelfer/in	1,000	P5	0,640	P5	1,000	P5	
2524.0.4100	Pflegehelfer/in	1,000	P5	0,500	P5	1,000	P5	
2524.0.4200	Pflegehelfer/in	1,000	P5	0,640	P5	1,000	P5	
2524.0.4300	Pflegehelfer/in	1,000	P5	0,750	P5	1,000	P5	
2524.0.4400	Pflegehelfer/in	1,000	P5	0,750	P5	1,000	P5	
2524.0.4500	Pflegehelfer/in	1,000	P5	1,000	P5	1,000	P5	
2524.0.4600	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2524.0.4700	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2524.0.4800	Pflegehelfer/in					0,750	P5	
2524.0.6000	Therapeut/in	0,500	08	0,500	P7	0,500	08	nvb 19,5 Std.,f.d.P.EG 9
2524.0.6100	Therapeut/in	0,750	06	0,750	06	0,750	06	nvb 29,25 Std.
2524.0.7000	Hauswirtschaftsleitung	0,750	09	0,750	09a	0,750	09	nvb 29,25 Std.
2524.0.7100	Koch / Köchin	1,000	05	1,000	05	1,000	05	
2524.0.7200	Beikoch / Beiköchin	1,000	03	1,000	03	1,000	03	
2524.0.7300	Vorarbeiter/in Haus	1,000	02 Ü	0,750	02 Ü	1,000	02 Ü	+8%

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2524.0.7400	Hausmeister/in	1,000	05	1,000	05	1,000	05	DW 418
2524.0.8000	Küchenhilfe	1,000	02 Ü	0,500	02 Ü	1,000	02 Ü	
2524.0.8100	Küchenhilfe	1,000	02 Ü	0,250	02 Ü	1,000	02 Ü	
2524.0.8200	Küchenhilfe	1,000	01	0,250	01	1,000	01	
				0,750	02 Ü			
2524.0.8400	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	01	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2524.0.9000	Haus- und Küchenhilfe	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	
2524.0.9100	Haus- und Küchenhilfe	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	
2524.0.9200	Haus- und Küchenhilfe	0,500	02 Ü	0,500	02 Ü	0,500	02 Ü	nvb 19,5 Std.
2524.0.9300	Haus- und Küchenhilfe	0,500	02	0,000		0,500	02	nvb 19,5 Std.
2524.0.9400	Haus- und Küchenhilfe	0,500	02	0,500	02 Ü	0,500	02	nvb 19,5 Std.
2524.0.9500	Haus- und Küchenhilfe	0,500	01	0,250	01	0,500	01	nvb 19,5 Std.
				0,250	02 Ü			
Summe	**50**	**40,750**		**34,280**		**43,000**		

2.502.250000 SIE - Solmitzstraße

2525.0.0100	Einrichtungsleitung	1,000	09	1,000	11	1,000	09	Mit Sonderaufgaben f.d. P. EG 11
2525.0.0200	PDL Pflegedienstleitung	1,000	P11	1,000	P14	1,000	P14	
2525.0.0300	Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000	P11	1,000	P13	1,000	P13	
2525.0.0400	Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000	P10	1,000	P12	1,000	P12	
2525.0.0500	Wohnbereichsleitung					1,000	P12	
2525.0.1000	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,000		1,000	P7	
2525.0.1100	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,000		1,000	P7	
2525.0.1200	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2525.0.1300	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2525.0.1400	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2525.0.1500	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2525.0.1600	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2525.0.1700	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2525.0.1800	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2525.0.1900	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P5	1,000	P7	
2525.0.2000	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2525.0.2100	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2525.0.2200	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,500	P6	1,000	P7	
				0,250	P7			
2525.0.2300	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2525.0.2400	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2525.0.2500	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2525.0.2600	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2525.0.2700	Altenpfleger/in					0,750	P7	
2525.0.2800	Altenpfleger/in					0,750	P7	
2525.0.2900	Altenpfleger/in					0,750	P7	
2525.0.3000	Altenpflegehelfer/in	1,000	P6	0,750	05	1,000	P6	
2525.0.3100	Altenpflegehelfer/in	1,000	P6	0,760	P5	1,000	P6	
2525.0.3200	Altenpflegehelfer/in	1,000	P6	0,000		1,000	P6	
2525.0.3300	Altenpflegehelfer/in	0,750	P6	0,750	P5	0,750	P6	nvb 29,25 Std.
2525.0.3400	Altenpflegehelfer/in	0,750	P6	0,750	P6	0,750	P6	nvb 29,25 Std.
2525.0.4000	Pflegehelfer/in	1,000	P5	0,750	P5	1,000	P5	
2525.0.4100	Pflegehelfer/in	1,000	P5	0,750	P5	1,000	P5	
2525.0.4200	Pflegehelfer/in	1,000	P5	1,000	P5	1,000	P5	
2525.0.4300	Pflegehelfer/in	1,000	P5	0,750	P5	1,000	P5	
2525.0.4400	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2525.0.4500	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2525.0.4600	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2525.0.4700	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2525.0.4800	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2525.0.4900	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,000	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2525.0.5000	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2525.0.5100	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2525.0.5200	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2525.0.5300	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2525.0.5400	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2525.0.5500	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2525.0.5600	Pflegehelfer/in					0,750	P5	
2525.0.5700	Pflegehelfer/in					0,750	P5	
2525.0.5800	Pflegehelfer/in					0,750	P5	
2525.0.6000	Therapeut/in	0,500	06	0,500	03	0,500	06	nvb 19,5 Std.
2525.0.6100	Therapeut/in	0,500	06	0,500	06	0,500	06	nvb 19,5 Std., f.d.P. Kr. 7a
2525.0.6200	Therapeut/in	0,500	03	0,500	03	0,500	03	nvb 19,5 Std.
2525.0.6300	Therapeut/in					0,500	08	
2525.0.7000	Hauswirtschaftsleitung	1,000	09	1,000	09a	1,000	09	
2525.0.7100	Koch / Köchin	1,000	05	1,000	05	1,000	05	
2525.0.7200	Beikoch / Beiköchin	1,000	03	1,000	05	1,000	03	
2525.0.7300	Vorarbeiter/in Haus	1,000	02 Ü	0,750	02 Ü	1,000	02 Ü	+8%
2525.0.7400	Hausmeister/in	1,000	05	1,000	05	1,000	05	
2525.0.8000	Küchenhilfe	1,000	02 Ü	0,000	02 Ü	1,000	02 Ü	
2525.0.8100	Küchenhilfe	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	
2525.0.8300	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	01	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2525.0.8400	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,000	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2525.0.8500	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2525.0.8600	Haus- und Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2525.0.8700	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,000	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2525.0.9000	Haus- und Küchenhilfe	1,000	01	0,500	02 Ü	1,000	01	
2525.0.9100	Küchenhilfe	1,000	01	0,750	02 Ü	1,000	01	
2525.0.9200	Haus- und Küchenhilfe	0,750	01	0,750	02 Ü	0,750	01	nvb 29,25 Std.
2525.0.9300	Haus- und Küchenhilfe	0,750	01	0,500	02 Ü	0,750	01	nvb 29,25 Std.
2525.0.9400	Haus- und Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,500	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2525.0.9500	Haus- und Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2525.0.9600	Haus- und Küchenhilfe	1,000	02	1,000	02 Ü	1,000	02	
Summe	**72**	**55,750**		**46,510**		**61,750**		

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2.502.260000 SIE - Am Behnckenhof								
2526.0.0100	Einrichtungsleitung	1,000	09	0,000		1,000	09	Davon 1/3 Stellenanteil für WB Geronto
2526.0.0200	PDL Pflegedienstleitung	1,000	P11	1,000	P14	1,000	P14	Davon 1/3 Stellenanteil für WB Geronto
2526.0.0300	Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000	P10	1,000	P12	1,000	P12	
2526.0.0400	Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000	P10	1,000	P12	1,000	P12	
2526.0.1000	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2526.0.1100	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2526.0.1200	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,750	P7	1,000	P7	
2526.0.1300	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,750	P7	1,000	P7	
2526.0.1400	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,000		1,000	P7	
2526.0.1500	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,000		1,000	P7	
2526.0.1600	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2526.0.1700	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2526.0.1800	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,000		1,000	P7	
2526.0.1900	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P6	1,000	P7	
2526.0.2300	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2526.0.2400	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,000		0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2526.0.2500	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2526.0.2600	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,000		0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2526.0.3100	Altenpflegehelfer/in	0,750	P6	0,750	P6	0,750	P6	nvb 29,25 Std.
2526.0.3200	Altenpflegehelfer/in	0,750	P6	0,750	P6	0,750	P6	nvb 29,25 Std.
2526.0.4000	Pflegehelfer/in	1,000	P5	1,000	P6	1,000	P5	
2526.0.4100	Pflegehelfer/in	1,000	P5	0,500	P5	1,000	P5	
2526.0.4200	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2526.0.4300	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2526.0.4400	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2526.0.4500	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2526.0.4600	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2526.0.4700	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P6	0,750	P5	nvb 29,25 Std.

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2526.0.4800	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2526.0.4900	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,000		0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2526.0.5000	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2526.0.5100	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,000		0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2526.0.5200	Pflegehelfer/in	1,000	P5	1,000	P5	1,000	P5	
2526.0.5300	Pflegehelfer/in					0,750	P5	
2526.0.6000	Therapeut/in	0,500	08	0,500	08	0,500	08	nvb 19,5 Std.
2526.0.6100	Therapeut/in	0,500	06	0,500	08	0,500	06	nvb 19,5 Std.
2526.0.7000	Hauswirtschaftsleitung	0,500	09	0,000		1,000	09	nvb 19,5 Std.
2526.0.7100	Koch / Köchin	1,000	05	1,000	05	1,000	05	Davon 1/3 Stellenanteil für WB Geronto
2526.0.7200	Beikoch / Beiköchin	1,000	03	1,000	03	1,000	03	
2526.0.7300	Vorarbeiter/in Haus	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	+8%
2526.0.7400	Hausmeister/in	1,000	05	0,000		1,000	05	Davon 1/3 Stellenanteil für WB Geronto
2526.0.8000	Küchenhilfe	1,000	02 Ü	0,750	02 Ü	1,000	02 Ü	
2526.0.8100	Küchenhilfe	1,000	02 Ü	0,750	02 Ü	1,000	02 Ü	
2526.0.8200	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2526.0.8400	Küchenhilfe	0,500	02 Ü	0,000		0,500	02 Ü	nvb 19,5 Std.
2526.0.9000	Haus- und Küchenhilfe	1,000	01	1,000	02 Ü	1,000	01	
2526.0.9100	Haus- und Küchenhilfe	1,000	01	0,750	02 Ü	1,000	01	
2526.0.9200	Haus- und Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2526.0.9300	Haus- und Küchenhilfe	0,500	02 Ü	0,500	02 Ü	0,500	02 Ü	nvb 19,5 Std.
2526.0.9400	Haus- und Küchenhilfe	1,000	01	1,000	02 Ü	1,000	01	
2528.0.0100	Haus- und Küchenhilfe	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	
2528.0.0200	Haus- und Küchenhilfe	1,000	02 Ü	0,750	01	1,000	02 Ü	
2528.0.0300	Haus- und Küchenhilfe	1,000	02 Ü	0,750	02	1,000	02 Ü	
				0,250	02 Ü			
2528.0.0400	Haus- und Küchenhilfe	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	
Summe	**54**	**46,000**		**35,000**		**47,250**		

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2.502.270000 SIE - Heiligen-Geist-Hospital								
2527.0.0100	Einrichtungsleitung	1,000	09	1,000	09b	1,000	09	
2527.0.0200	PDL Pflegedienstleitung	1,000	P11	1,000	P14	1,000	P14	
2527.0.0300	Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000	P10	1,000	P12	1,000	P12	
2527.0.0400	Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000	P10	1,000	P12	1,000	P12	
2527.0.1000	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2527.0.1100	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2527.0.1200	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P6	1,000	P7	
2527.0.1300	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,750	P5	1,000	P7	
				0,250	P7			
2527.0.1400	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2527.0.1500	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2527.0.1600	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2527.0.1700	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2527.0.1800	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2527.0.1900	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2527.0.2000	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2527.0.2100	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2527.0.2200	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2527.0.2300	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P5	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2527.0.2400	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,500	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2527.0.2500	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2527.0.2600	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2527.0.3000	Altenpflegehelfer/in	1,000	P6	0,500	P6	1,000	P6	
2527.0.3100	Altenpflegehelfer/in	0,750	P6	0,750	P5	0,750	P6	nvb 29,25 Std.
2527.0.3200	Altenpflegehelfer/in	0,750	P6	0,750	P6	0,750	P6	nvb 29,25 Std.
2527.0.4000	Pflegehelfer/in	1,000	P5	1,000	P5	1,000	P5	
2527.0.4100	Pflegehelfer/in	1,000	P5	1,000	P5	1,000	P5	
2527.0.4200	Pflegehelfer/in	1,000	P5	1,000	P5	1,000	P5	

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2527.0.4300	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2527.0.4400	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2527.0.4500	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2527.0.4600	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2527.0.4700	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2527.0.4800	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2527.0.4900	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2527.0.5000	Pflegehelfer/in	1,000	P5	0,500	P5	1,000	P5	
				0,250	P7			
2527.0.5100	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,500	P5	0,750	P5	nvb 29,25 WAZ
2527.0.6000	Therapeut/in	0,500	08	0,500	09a	0,500	08	nvb 19,5 Std. f.d.P. EG 9
2527.0.6100	Therapeut/in	0,500	06	0,500	P6	0,500	06	nvb 19,5 Std.
2527.0.7000	Koch / Köchin	1,000	05	1,000	05	1,000	05	
2527.0.7100	Beikoch / Beiköchin	1,000	03	0,000	03	1,000	03	
2527.0.7200	Vorarbeiter/in Haus und Küche	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	+8%
2527.0.7300	Hausarbeiter/in	1,000	03	1,000	03	1,000	03	
2527.0.7400	Hauswirtschaftsleitung	0,500	09	0,500	09b	0,500	09	nvb 19,5 Std.
2527.0.8000	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2527.0.8100	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2527.0.8200	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2527.0.8300	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	01	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2527.0.8400	Küchenhilfe	0,500	01	0,500	02 Ü	0,500	01	nvb 19,5 Std.
2527.0.9000	Haus- und Küchenhilfe	1,000	01	0,750	01	1,000	01	
2527.0.9100	Haus- und Küchenhilfe	1,000	02 Ü	0,750	02 Ü	1,000	02 Ü	
2527.0.9200	Haus- und Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,500	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2527.0.9300	Haus- und Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,500	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2527.0.9400	Haus- und Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2527.0.9500	Haus- und Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
Summe	**54**	**44,500**		**41,250**		**44,500**		

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2.502.360000 SIE - Geronto - Am Behnckenhof								
2536.0.0100	Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000	P10	1,000	P13	1,000	P13	
2536.0.0200	PDL Pflegedienstleitung					1,000	P14	
2536.0.1000	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2536.0.1100	Altenpfleger/in	1,000	P7	1,000	P7	1,000	P7	
2536.0.1200	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,000		1,000	P7	
2536.0.1300	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,890	P7	1,000	P7	
2536.0.1400	Altenpfleger/in	1,000	P7	0,000		1,000	P7	Nachtwache
2536.0.1500	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,750	P7	0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2536.0.1600	Altenpfleger/in	0,750	P7	0,000		0,750	P7	nvb 29,25 Std.
2536.0.1700	Altenpfleger/in	0,500	P7	0,250	P7	0,500	P7	nvb 19,5 Std.
2536.0.1800	Altenpfleger/in	0,500	P7	0,500	P7	0,500	P7	nvb 19,5 Std.
2536.0.1900	Altenpfleger/in	0,500	P7	0,390	P7	0,500	P7	nvb 19,5 Std. Nachtwache
2536.0.2000	Altenpfleger/in	0,500	P7	0,000	07a	0,500	P7	nvb 19,5 Std. Nachtwache
2536.0.3000	Altenpflegehelfer/in	1,000	P6	0,000		1,000	P6	
2536.0.3100	Altenpflegehelfer/in	0,500	P6	0,500	P6	0,500	P6	nvb 19,5 Std.
2536.0.4000	Pflegehelfer/in	1,000	P5	1,000	P5	1,000	P5	
2536.0.4100	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2536.0.4200	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std. Nachtwache
2536.0.4300	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std. Nachtwache
2536.0.4400	Pflegehelfer/in	0,500	P5	0,500	P5	0,500	P5	nvb 19,5 Std.
2536.0.4500	Pflegehelfer/in	0,500	P5	0,500	P5	0,500	P5	nvb 19,5 Std.
2536.0.4600	Pflegehelfer/in	0,500	P5	0,000		0,500	P5	nvb 19,5 Std.
2536.0.4700	Pflegehelfer/in	0,500	P5	0,500	P5	0,500	P5	nvb 19,5 Std.
2536.0.4800	Pflegehelfer/in	0,500	P5	0,250	P5	0,500	P5	nvb 19,5 Std.
2536.0.4900	Pflegehelfer/in	0,500	P5	0,000		0,500	P5	nvb 19,5 Std.
2536.0.5000	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,750	P5	0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2536.0.5100	Pflegehelfer/in	0,750	P5	0,000		0,750	P5	nvb 29,25 Std.
2536.0.6000	Therapeut/in	0,750	08	0,750	09a	0,750	08	nvb 29,25 Std. f.d.P.EG 9

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2536.0.6100	Therapeut/in	0,500	06	0,000	02	0,500	06	nvb 19,5 Std.
				0,500	P7			
2536.0.8000	Küchenhilfe	1,000	02 Ü	0,750	02 Ü	1,000	02 Ü	
2536.0.8100	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2536.0.8200	Küchenhilfe	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	0,750	02 Ü	nvb 29,25 Std.
2536.0.8300	Beikoch / Beiköchin					1,000	03	
2536.0.8400	Vorarbeiter/in Haus					1,000	02 Ü	
2536.0.9000	Haus- und Küchenhilfe	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	1,000	02 Ü	
2536.0.9100	Haus- und Küchenhilfe	0,500	01	0,500	02 Ü	0,500	01	nvb 19,5 Std.
2536.0.9200	Haus- und Küchenhilfe	0,500	02 Ü	0,500	02 Ü	0,500	02 Ü	nvb 19,5 Std.
2536.0.9300	Haus- und Küchenhilfe	0,500	02 Ü	0,000	02 Ü	0,500	02 Ü	nvb 19,5 Std.
2536.0.9400	Haus- und Küchenhilfe					0,500	02 Ü	
2536.0.9500	Haus- und Küchenhilfe					0,750	02 Ü	
2536.0.9600	Haus- und Küchenhilfe					0,750	02 Ü	
Summe	**41**	**25,000**		**17,530**		**30,000**		
Summe	**498**	**390,000**		**315,590**		**375,750**		

II. nachrichtlich geführte Stellen

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2.502.200000 SIE - Dreifelderweg								
2520.2.0100	Auszubildende/r HuK	1,000	AZU	0,000		1,000	AZU	
2520.2.0200	Auszubildende/r HuK	1,000	AZU	0,000		1,000	AZU	
2520.2.0300	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	1,000	KPF	1,000	KPF	
2520.2.0400	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	1,000	KPF	1,000	KPF	
2520.2.0500	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	0,000		1,000	KPF	
Summe	**5**	**5,000**		**2,000**		**5,000**		
2.502.210000 SIE - Schönböckener Straße								
2521.2.0100	Auszubildende/r HuK	1,000	AZU	0,000				
2521.2.0200	Auszubildende/r HuK	1,000	AZU	0,000				
2521.2.0300	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	0,000				
2521.2.0400	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	0,000				
2521.2.0500	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	0,000				
Summe	**5**	**5,000**		**0,000**		**0,000**		
2.502.220000 SIE - Prassekstraße								
2522.2.0100	Auszubildende/r HuK	1,000	AZU	0,000		1,000	AZU	
2522.2.0200	Auszubildende/r HuK	1,000	AZU	0,000		1,000	AZU	
2522.2.0300	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	1,000	KPF	1,000	KPF	
2522.2.0400	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	0,000		1,000	KPF	
2522.2.0500	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	0,000		1,000	KPF	
Summe	**5**	**5,000**		**1,000**		**5,000**		
2.502.230000 SIE - Elswigstraße								
2523.2.0100	Auszubildende/r HuK	1,000	AZU	0,000		1,000	AZU	

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2523.2.0200	Auszubildende/r HuK	1,000	AZU	0,000		1,000	AZU	
2523.2.0300	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	0,000		1,000	KPF	
2523.2.0400	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	1,000	KPF	1,000	KPF	
2523.2.0500	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	1,000	KPF	1,000	KPF	
Summe	**5**	**5,000**		**2,000**		**5,000**		

2.502.240000 SIE - Dornbreite

2524.2.0100	Auszubildende/r HuK	1,000	AZU	0,000		1,000	AZU	
2524.2.0200	Auszubildende/r HuK	1,000	AZU	0,000		1,000	AZU	
2524.2.0300	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	1,000	KPF	1,000	KPF	
2524.2.0400	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	1,000	KPF	1,000	KPF	
2524.2.0500	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	0,000		1,000	KPF	
Summe	**5**	**5,000**		**2,000**		**5,000**		

2.502.250000 SIE - Solmitzstraße

2525.2.0100	Auszubildende/r HuK	1,000	AZU	0,000		1,000	AZU	
2525.2.0200	Auszubildende/r HuK	1,000	AZU	0,000		1,000	AZU	
2525.2.0300	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	1,000	KPF	1,000	KPF	
2525.2.0400	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	1,000	KPF	1,000	KPF	
2525.2.0500	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	0,000		1,000	KPF	
Summe	**5**	**5,000**		**2,000**		**5,000**		

2.502.260000 SIE - Am Behnckenhof

2526.2.0100	Auszubildende/r HuK	1,000	AZU	0,000		1,000	AZU	
2526.2.0200	Auszubildende/r HuK	1,000	AZU	0,000		1,000	AZU	
2526.2.0300	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	1,000	KPF	1,000	KPF	
2526.2.0400	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	0,000		1,000	KPF	
2526.2.0500	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	0,000		1,000	KPF	
Summe	**5**	**5,000**		**1,000**		**5,000**		

Stellen-nummer	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	im Vorjahr		tats. Besetzung am 30.6. des Vorjahres		im laufenden Haushaltsjahr		Bemerkung
		Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	Anzahl	Bewertung	
1	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6
2.502.270000 SIE - Heiligen-Geist-Hospital								
2527.2.0100	Auszubildende/r HuK	1,000	AZU	0,000		1,000	AZU	
2527.2.0200	Auszubildende/r HuK	1,000	AZU	0,000		1,000	AZU	
2527.2.0300	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	1,000	KPF	1,000	KPF	
2527.2.0400	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	1,000	KPF	1,000	KPF	
2527.2.0500	Auszubildende/r Pflege	1,000	KPF	0,000		1,000	KPF	
Summe	**5**	**5,000**		**2,000**		**5,000**		
Summe	**40**	**40,000**		**12,000**		**35,000**		

Stellennummer	nach Produktbereichen	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	Zahl der Stellen 2020	Höher-, Herabstufungen und Umwandlungen		Zugänge Bes./Entg. Gr.	Abgänge Bes./Entg. Gr.
				von Bes./ Entg.Gr.	nach Bes./ Entg.Gr.		
1	2	3	4	5	6	7	8
I. Gemeinde-(Landkreis) Verwaltung							
2.502.100000: SIE - Verwaltung							
2502.2.0000		Stadtamtfrau/-mann	0,000	A11			1,000
2502.2.0000		Amtsrat	1,000		A12	1,000	
2502.0.1100		Controller/in	1,000		10	1,000	
2502.2.1000		Sachbearbeiter/in	0,000	09			0,750
2502.2.1000		Sachbearbeiter/in	0,750		09b	0,750	
Zusammenfassung						2,750	1,750
Stellenzugang in SIE - Verwaltung: Stellenzugang: 1,000 (2,750 Zugänge - 1,750 Abgänge = 1,000 Stellen)							
2.502.200000: SIE - Dreifelderweg							
2520.0.0200		PDL Pflegedienstleitung	0,000	P11			1,000
2520.0.0200		PDL Pflegedienstleitung	1,000		P14	1,000	
2520.0.0300		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	0,000	P11			1,000
2520.0.0300		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000		P12	1,000	
2520.0.1000		Wohnbereichsleitung	0,000	P10			1,000
2520.0.1000		Wohnbereichsleitung	1,000		P12	1,000	
2520.0.2600		Altenpfleger/in	1,000		P7	1,000	
2520.0.2700		Altenpfleger/in	1,000		P7	1,000	
2520.0.2800		Altenpfleger/in	1,000		P7	1,000	
2520.0.2900		Altenpfleger/in	1,000		P7	1,000	
2520.0.4900		Pflegehelfer/in	0,750		P7	0,750	
2520.0.5000		Pflegehelfer/in	0,750		P7	0,750	
Zusammenfassung						8,500	3,000
Stellenzugang in SIE - Dreifelderweg: Stellenzugang: 5,500 (8,500 Zugänge - 3,000 Abgänge = 5,500 Stellen)							
2.502.210000: SIE - Schönböckener Straße							
2521.0.0100		Einrichtungsleitung	0,000	09			1,000
2521.0.0200		PDL Pflegedienstleitung	0,000	P11			1,000
2521.0.0300		Wohnbereichsleitung	0,000	P11			1,000
2521.0.1000		Wohnbereichsleitung	0,000	P10			1,000
2521.0.1100		Altenpfleger/in	0,000	P7			1,000

Stellennummer	nach Produktbereichen	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	Zahl der Stellen 2020	Höher-, Herabstufungen und Umwandlungen		Zugänge Bes./Entg. Gr.	Abgänge Bes./Entg. Gr.
				von Bes./ Entg.Gr.	nach Bes./ Entg.Gr.		
1	2	3	4	5	6	7	8
2521.0.1200		Altenpfleger/in	0,000	P7			1,000
2521.0.1300		Altenpfleger/in	0,000	P7			1,000
2521.0.1400		Altenpfleger/in	0,000	P7			1,000
2521.0.1500		Altenpfleger/in	0,000	P7			1,000
2521.0.1600		Altenpfleger/in	0,000	P7			1,000
2521.0.1700		Altenpfleger/in	0,000	P7			1,000
2521.0.1800		Altenpfleger/in	0,000	P7			0,750
2521.0.1900		Altenpfleger/in	0,000	P7			0,750
2521.0.2000		Altenpfleger/in	0,000	P7			0,750
2521.0.2100		Altenpfleger/in	0,000	P7			0,750
2521.0.2200		Altenpfleger/in	0,000	P7			0,750
2521.0.2300		Altenpfleger/in	0,000	P7			0,750
2521.0.2400		Altenpfleger/in	0,000	P7			0,750
2521.0.2500		Altenpfleger/in	0,000	P7			0,750
2521.0.2600		Altenpfleger/in	0,000	P7			0,750
2521.0.3000		Altenpflegehelfer/in	0,000	P6			0,750
2521.0.3100		Altenpflegehelfer/in	0,000	P6			0,750
2521.0.3200		Altenpflegehelfer/in	0,000	P6			0,750
2521.0.4000		Pflegehelfer/in	0,000	P5			1,000
2521.0.4100		Pflegehelfer/in	0,000	P5			1,000
2521.0.4200		Pflegehelfer/in	0,000	P5			0,750
2521.0.4300		Pflegehelfer/in	0,000	P5			0,750
2521.0.4400		Pflegehelfer/in	0,000	P5			0,750
2521.0.4500		Pflegehelfer/in	0,000	P5			0,750
2521.0.4600		Pflegehelfer/in	0,000	P5			0,750
2521.0.4700		Pflegehelfer/in	0,000	P5			0,750
2521.0.4800		Pflegehelfer/in	0,000	P5			0,750
2521.0.4900		Pflegehelfer/in	0,000	P5			0,750
2521.0.5000		Pflegehelfer/in	0,000	P5			1,000
2521.0.5100		Pflegehelfer/in	0,000	P5			1,000
2521.0.6000		Therapeut/in	0,000	08			0,500

Stellennummer	nach Produktbereichen	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	Zahl der Stellen 2020	Höher-, Herabstufungen und Umwandlungen		Zugänge Bes./Entg. Gr.	Abgänge Bes./Entg. Gr.
				von Bes./ Entg.Gr.	nach Bes./ Entg.Gr.		
1	2	3	4	5	6	7	8
2521.0.6100		Therapeut/in	0,000	06			0,500
2521.0.7000		Hauswirtschaftsleitung	0,000	09			1,000
2521.0.7100		Beikoch / Beiköchin	0,000	03			1,000
2521.0.7200		Vorarbeiter/in Haus	0,000	02 Ü			1,000
2521.0.7300		Hausmeister/in	0,000	05			1,000
2521.0.8000		Küchenhilfe	0,000	02 Ü			0,500
2521.0.8100		Küchenhilfe	0,000	02 Ü			0,750
2521.0.8200		Küchenhilfe	0,000	02 Ü			0,750
2521.0.8300		Küchenhilfe	0,000	02 Ü			0,750
2521.0.8400		Küchenhilfe	0,000	02 Ü			0,750
2521.0.9000		Haus- und Küchenhilfe	0,000	01			1,000
2521.0.9100		Haus- und Küchenhilfe	0,000	02 Ü			0,750
2521.0.9200		Haus- und Küchenhilfe	0,000	02 Ü			0,750
2521.0.9300		Haus- und Küchenhilfe	0,000	02			1,000
2521.0.9400		Haus- und Küchenhilfe	0,000	01			0,500
Zusammenfassung						0,000	42,500
Stellenabgang in SIE - Schönböckener Straße: Stellenabgang: 42,500 (0,000 Zugänge - 42,500 Abgänge = 42,500 Stellen)							
2.502.220000: SIE - Prassekstraße							
2522.0.0200		PDL Pflegedienstleitung	0,000	P11			1,000
2522.0.0200		PDL Pflegedienstleitung	1,000		P14	1,000	
2522.0.0300		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	0,000	P11			1,000
2522.0.0300		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000		P12	1,000	
2522.0.1000		Wohnbereichsleitung	0,000	P10			1,000
2522.0.1000		Wohnbereichsleitung	1,000		P12	1,000	
2522.0.2600		Altenpfleger/in	0,750		P7	0,750	
2522.0.2700		Altenpfleger/in	0,750		P7	0,750	
2522.0.2800		Altenpfleger/in	0,750		P7	0,750	
2522.0.4900		Pflegehelfer/in	0,750		P5	0,750	
2522.4800		Pflegehelfer/in	0,750		P5	0,750	
Zusammenfassung						6,750	3,000
Stellenzugang in SIE - Prassekstraße: Stellenzugang: 3,750 (6,750 Zugänge - 3,000 Abgänge = 3,750 Stellen)							

Stellennummer	nach Produktbereichen	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	Zahl der Stellen 2020	Höher-, Herabstufungen und Umwandlungen		Zugänge Bes./Entg. Gr.	Abgänge Bes./Entg. Gr.
				von Bes./ Entg.Gr.	nach Bes./ Entg.Gr.		
1	2	3	4	5	6	7	8
2.502.230000: SIE - Elswigstraße							
2523-0.5000		Pflegehelfer/in	1,000		P5	1,000	
2523.0.0200		PDL Pflegedienstleitung	0,000	P11			1,000
2523.0.0200		PDL Pflegedienstleitung	1,000		P14	1,000	
2523.0.0300		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	0,000	P11			1,000
2523.0.0300		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000		P12	1,000	
2523.0.1000		Wohnbereichsleitung	0,000	P10			1,000
2523.0.1000		Wohnbereichsleitung	1,000		P12	1,000	
2523.0.2600		Altenpfleger/in	0,750		P7	0,750	
2523.0.2700		Altenpfleger/in	0,750		P7	0,750	
2523.0.4300		Pflegehelfer/in	0,000	03a			0,750
2523.0.4300		Pflegehelfer/in	0,750		P5	0,750	
2523.0.5100		Pflegehelfer/in	1,000		P5	1,000	
Zusammenfassung						7,250	3,750
Stellenzugang in SIE - Elswigstraße: Stellenzugang: 3,500 (7,250 Zugänge - 3,750 Abgänge = 3,500 Stellen)							
2.502.240000: SIE - Dornbreite							
2524.0.0200		PDL Pflegedienstleitung	0,000	P11			1,000
2524.0.0200		PDL Pflegedienstleitung	1,000		P14	1,000	
2524.0.0300		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	0,000	P11			1,000
2524.0.0300		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000		P12	1,000	
2524.0.1000		Wohnbereichsleitung	0,000	P10			1,000
2524.0.1000		Wohnbereichsleitung	1,000		P12	1,000	
2524.0.2700		Altenpfleger/in	0,750		P7	0,750	
2524.0.2800		Altenpfleger/in	0,750		P7	0,750	
2524.0.4800		Pflegehelfer/in	0,750		P5	0,750	
Zusammenfassung						5,250	3,000
Stellenzugang in SIE - Dornbreite: Stellenzugang: 2,250 (5,250 Zugänge - 3,000 Abgänge = 2,250 Stellen)							
2.502.250000: SIE - Solmitzstraße							
2525.0.0200		PDL Pflegedienstleitung	0,000	P11			1,000
2525.0.0200		PDL Pflegedienstleitung	1,000		P14	1,000	
2525.0.0300		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	0,000	P11			1,000

Stellennummer	nach Produktbereichen	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	Zahl der Stellen 2020	Höher-, Herabstufungen und Umwandlungen		Zugänge Bes./Entg. Gr.	Abgänge Bes./Entg. Gr.
				von Bes./ Entg.Gr.	nach Bes./ Entg.Gr.		
1	2	3	4	5	6	7	8
2525.0.0300		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000		P13	1,000	
2525.0.0400		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	0,000	P10			1,000
2525.0.0400		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000		P12	1,000	
2525.0.0500		Wohnbereichsleitung	1,000		P12	1,000	
2525.0.2700		Altenpfleger/in	0,750		P7	0,750	
2525.0.2800		Altenpfleger/in	0,750		P7	0,750	
2525.0.2900		Altenpfleger/in	0,750		P7	0,750	
2525.0.5600		Pflegehelfer/in	0,750		P5	0,750	
2525.0.5700		Pflegehelfer/in	0,750		P5	0,750	
2525.0.5800		Pflegehelfer/in	0,750		P5	0,750	
2525.0.6300		Therapeut/in	0,500		08	0,500	
Zusammenfassung						9,000	3,000
Stellenzugang in SIE - Solmitzstraße: Stellenzugang: 6,000 (9,000 Zugänge - 3,000 Abgänge = 6,000 Stellen)							
2.502.260000: SIE - Am Behnckenhof							
2526.0.0200		PDL Pflegedienstleitung	0,000	P11			1,000
2526.0.0200		PDL Pflegedienstleitung	1,000		P14	1,000	
2526.0.0300		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	0,000	P10			1,000
2526.0.0300		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000		P12	1,000	
2526.0.0400		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	0,000	P10			1,000
2526.0.0400		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000		P12	1,000	
2526.0.5300		Pflegehelfer/in	0,750		P5	0,750	
2526.0.7000		Hauswirtschaftsleitung	1,000	09	09	0,500	
Zusammenfassung						4,250	3,000
Stellenzugang in SIE - Am Behnckenhof: Stellenzugang: 1,250 (4,250 Zugänge - 3,000 Abgänge = 1,250 Stellen)							
2.502.270000: SIE - Heiligen-Geist-Hospital							
2527.0.0200		PDL Pflegedienstleitung	0,000	P11			1,000
2527.0.0200		PDL Pflegedienstleitung	1,000		P14	1,000	
2527.0.0300		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	0,000	P10			1,000
2527.0.0300		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000		P12	1,000	
2527.0.0400		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	0,000	P10			1,000
2527.0.0400		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000		P12	1,000	

Stellennummer	nach Produktbereichen	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	Zahl der Stellen 2020	Höher-, Herabstufungen und Umwandlungen		Zugänge Bes./Entg. Gr.	Abgänge Bes./Entg. Gr.
				von Bes./ Entg.Gr.	nach Bes./ Entg.Gr.		
1	2	3	4	5	6	7	8
Zusammenfassung						3,000	3,000
Kein Stellenzugang oder Stellenabgang in SIE - Heiligen-Geist-Hospital: Stellen: 0,000 (3,000 Zugänge - 3,000 Abgänge = 0,000 Stellen)							
2.502.360000: SIE - Geronto - Am Behnckenhof							
2536.0.0100		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	0,000	P10			1,000
2536.0.0100		Wohnbereichsleitung / stellv. PDL	1,000		P13	1,000	
2536.0.0200		PDL Pflegedienstleitung	1,000		P14	1,000	
2536.0.8300		Beikoch / Beiköchin	1,000		03	1,000	
2536.0.8400		Vorarbeiter/in Haus	1,000		02 Ü	1,000	
2536.0.9400		Haus- und Küchenhilfe	0,500		02 Ü	0,500	
2536.0.9500		Haus- und Küchenhilfe	0,750		02 Ü	0,750	
2536.0.9600		Haus- und Küchenhilfe	0,750		02 Ü	0,750	
Zusammenfassung						6,000	1,000
Stellenzugang in SIE - Geronto - Am Behnckenhof: Stellenzugang: 5,000 (6,000 Zugänge - 1,000 Abgänge = 5,000 Stellen)							

Stellennummer	nach Produktbereichen	Bezeichnung der Stelle Amts-/Funktionsbezeichnung	Zahl der Stellen 2020	Höher-, Herabstufungen und Umwandlungen		Zugänge Bes./Entg. Gr.	Abgänge Bes./Entg. Gr.
				von Bes./ Entg.Gr.	nach Bes./ Entg.Gr.		
1	2	3	4	5	6	7	8
II. nachrichtlich geführte Stellen							
2.502.210000: SIE - Schönböckener Straße							
2521.2.0100		Auszubildende/r HuK	0,000	AZU			1,000
2521.2.0200		Auszubildende/r HuK	0,000	AZU			1,000
2521.2.0300		Auszubildende/r Pflege	0,000	KPF			1,000
2521.2.0400		Auszubildende/r Pflege	0,000	KPF			1,000
2521.2.0500		Auszubildende/r Pflege	0,000	KPF			1,000
Zusammenfassung						0,000	5,000
Stellenabgang in SIE - Schönböckener Straße: Stellenabgang: 5,000 (0,000 Zugänge - 5,000 Abgänge = 5,000 Stellen)							

Gesamt Zusammenfassung
Stellenabgang in Stellenplan 2020: Stellenabgang: 14,250 (52,750 Zugänge - 67,000 Abgänge = 14,250 Stellen)
Vergleich Querschnitt 2019: 390,000 Stellen zum Querschnitt 2020: 375,750 Stellen = -14,250 Stellenabgang

STELLENPLANQUERSCHNITT

Dez	Amt	PROD	Produkte		BEA01 A15	BEA01 A12	BEA01 A11	**SUMME BEA01**
	2.502 .100000			E	1,000	1,000		**2,000**

STELLENPLANQUERSCHNITT

Dez	Amt	PROD	Produkte		BEA01 A15	BEA01 A12	BEA01 A11	**SUMME BEA01**
Gesamt			Stellenplan 2020		1,000	1,000		**2,000**
			Vorjahr		1,000		1,000	**2,000**
			mehr/weniger			1,000	-1,000	
			nachrichtlicher Teil					
			Vorjahr					
			mehr/weniger					
Verwaltung			Stellenplan 2020					
			Vorjahr					
			mehr/weniger					
			nachrichtlicher Teil					
			Vorjahr					
			mehr/weniger					
Einrichtungen und Betriebe			Stellenplan 2020		1,000	1,000		**2,000**
			Vorjahr		1,000		1,000	**2,000**
			mehr/weniger			1,000	-1,000	
			nachrichtlicher Teil					
			Vorjahr					
			mehr/weniger					

STELLENPLANQUERSCHNITT

Amt	PROD	Produkte		TVPBW P5	TVPBW P6	TVPBW P7	TVPBW P10	TVPBW P11	TVPBW P12	TVPBW P13	TVPBW P14	**SUMME TVPBW**
2.502 .200000			E	7,000	2,000	17,250			2,000		1,000	**29,250**
2.502 .220000			E	10,000	2,000	13,250			2,000		1,000	**28,250**
2.502 .230000			E	11,750	2,000	12,250			2,000		1,000	**29,000**
2.502 .240000			E	8,250	2,000	15,000			2,000		1,000	**28,250**
2.502 .250000			E	15,250	4,500	18,250			2,000	1,000	1,000	**42,000**
2.502 .260000			E	11,250	1,500	13,000			2,000		1,000	**28,750**
2.502 .270000			E	10,000	2,500	14,000			2,000		1,000	**29,500**
2.502 .360000			E	7,750	1,500	8,500				1,000	1,000	**19,750**

STELLENPLANQUERSCHNITT

Amt	PROD	Produkte		TVPBW P5	TVPBW P6	TVPBW P7	TVPBW P10	TVPBW P11	TVPBW P12	TVPBW P13	TVPBW P14	**SUMME TVPBW**
Gesamt		Stellenplan 2020		81,250	18,000	111,500			14,000	2,000	8,000	**234,750**
		Vorjahr		82,250	20,250	112,250	11,000	14,000				**239,750**
		mehr/weniger		-1,000	-2,250	-0,750	-11,000	-14,000	14,000	2,000	8,000	**-5,000**
		nachrichtlicher Teil										
		Vorjahr										
		mehr/weniger										
Verwaltung		Stellenplan 2020										
		Vorjahr										
		mehr/weniger										
		nachrichtlicher Teil										
		Vorjahr										
		mehr/weniger										
Einrichtungen und Betriebe		Stellenplan 2020		81,250	18,000	111,500			14,000	2,000	8,000	**234,750**
		Vorjahr		82,250	20,250	112,250	11,000	14,000				**239,750**
		mehr/weniger		-1,000	-2,250	-0,750	-11,000	-14,000	14,000	2,000	8,000	**-5,000**
		nachrichtlicher Teil										
		Vorjahr										
		mehr/weniger										

STELLENPLANQUERSCHNITT

Amt	PROD	Produkte		TVOED 12	TVOED 11	TVOED 10	TVOED 09b	TVOED 09	TVOED 08	TVOED 06	TVOED 05	TVOED 03	TVOED 02a	TVOED 02	TVOED 01	**SUMME TVOED**
2.502 .100000			E	1,000	2,000	1,000	0,750	3,000	6,000	1,000	6,500	2,000				**23,250**
2.502 .200000			E					1,000		1,000	2,000	1,000	5,250	0,750	1,500	**12,500**
2.502 .220000			E					1,500		0,500	2,000	1,500	4,250	1,250	1,500	**12,500**
2.502 .230000			E					1,000	0,500	0,500	2,000	1,000	4,500	1,500	1,500	**12,500**
2.502 .240000			E					1,750	0,500	0,750	2,000	1,000	6,250	1,000	1,500	**14,750**
2.502 .250000			E					2,000	0,500	1,000	2,000	1,500	8,250	1,000	3,500	**19,750**
2.502 .260000			E					2,000	0,500	0,500	2,000	1,000	9,500		3,000	**18,500**
2.502 .270000			E					1,500	0,500	0,500	1,000	2,000	8,000		1,500	**15,000**
2.502 .360000			E						0,750	0,500		1,000	7,500		0,500	**10,250**

STELLENPLANQUERSCHNITT

Amt	PROD	Produkte		TVOED 12	TVOED 11	TVOED 10	TVOED 09b	TVOED 09	TVOED 08	TVOED 06	TVOED 05	TVOED 03	TVOED 02a	TVOED 02	TVOED 01	**SUMME TVOED**
Gesamt		Stellenplan 2020		1,000	2,000	1,000	0,750	13,750	9,250	6,250	19,500	12,000	53,500	5,500	14,500	**139,000**
		Vorjahr		1,000	2,000			16,000	9,250	6,750	20,500	12,000	56,500	6,500	16,000	**146,500**
		mehr/weniger				1,000	0,750	-2,250		-0,500	-1,000		-3,000	-1,000	-1,500	**-7,500**
		nachrichtlicher Teil														
		Vorjahr														
		mehr/weniger														
Verwaltung		Stellenplan 2020														
		Vorjahr														
		mehr/weniger														
		nachrichtlicher Teil														
		Vorjahr														
		mehr/weniger														
Einrichtungen und Betriebe		Stellenplan 2020		1,000	2,000	1,000	0,750	13,750	9,250	6,250	19,500	12,000	53,500	5,500	14,500	**139,000**
		Vorjahr		1,000	2,000			16,000	9,250	6,750	20,500	12,000	56,500	6,500	16,000	**146,500**
		mehr/weniger				1,000	0,750	-2,250		-0,500	-1,000		-3,000	-1,000	-1,500	**-7,500**
		nachrichtlicher Teil														
		Vorjahr														
		mehr/weniger														

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08090
öffentlich

Lübeck, 27.08.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
4.525 - Lübecker Schwimmbäder

Bearbeitung: Björn Hoppe (E-Mail: b.hoppe@luebecker-schwimmbaeder.de Telefon: 0451-31772201)

Wirtschaftsplan 2020 der Lübecker Schwimmbäder

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
02.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
10.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:
Der Wirtschaftsplan 2020 für die Lübecker Schwimmbäder wird in der Fassung der Anlage 1 gemäß §5 Abs. 1 Nr. 6 der Eigenbetriebsverordnung festgestellt.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:

1.201 – Haushalt und Steuerung
Ergebnis: Zustimmung

1.203 – Beteiligungscontrolling
Ergebnis: Zustimmung

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

[ ] Ja
[X] Nein
Belange von Kindern und Jugendlichen werden nicht berührt

Die Maßnahme ist:

[ ] neu
[ ] freiwillig
[X] vorgeschrieben durch: Eigenbetriebsverordnung

Finanzielle Auswirkungen:

[ ] Nein
[x] Ja (Anlage 1)

Begründung:
Siehe Anlage 1

Anlagen:
Anlage 1: Wirtschaftsplan 2020 der Lübecker Schwimmbäder

Senatorin Kathrin Weiher

Anlage 1:

Wirtschaftsplan 2020 der Lübecker Schwimmbäder

Inhalt:

	Seite
Zusammenstellungen nach § 12 Abs.1 Eigenbetriebsverordnung	2
Erfolgsplan	3
Vermögensplan	4
Anlagen:	
Vorbericht / Geschäftsplan / Lagebericht und	
Ausblick der Werkleitung	5 - 12
Bäderinstandsetzungsplan	13
Darlehensentwicklung	14
Finanzplan	14 - 15
Übersicht Auszahlungen nach § 16 Nr. 2 Eigenbetriebs-	15
Verordnung sowie Verpflichtungsermächtigungen	16
Stellenplan	17 - 20
Rahmenplan zur Frauenförderung	21

Zusammenstellung nach § 12 Abs. 1 EigVO

Wirtschaftsjahr 2020

Aufgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 6 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung hat die Bürgerschaft durch Beschluss vom
und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde den Wirtschaftsplan 2020 für die Lübecker Schwimmbäder festgestellt:

1. Es betragen		**2020**
	1.1 im Erfolgsplan	T €
	die Erträge	1.442
	die Aufwendungen	5.503
	das Jahresergebnis (von HL auszugleichen)	- 4.061
	1.2 im Vermögensplan	
	die Einzahlungen	0
	die Auszahlungen	0
2. Es werden festgesetzt		
	2.1 der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen auf	0
	2.2 der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-ermächtigungen auf	0
	2.3 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0

Gewinn- und Verlustkalkulation 2020

Nr.	Bezeichnung	Plan 2020	HR 2019	Plan 2019	IST 2018
1.	Umsatzerlöse	1.406	1.370	1.472	1.518
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0	0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	36	36	25	25
5.	Materialaufwand				
	a. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	-887	-880	-993	-876
	b. Aufwendungen für Fremdleistungen	-530	-510	-440	-404
	Betrieblicher Rohertrag	**25**	**16**	**64**	**263**
6.	Personalkosten	-3.100	-3.044	-2.908	-2.965
7.	Abschreibungen	-420	-409	-447	-461
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-399	-388	-380	-387
	Betriebsergebnis	**-3.894**	**-3.825**	**-3.671**	**-3.550**
9.	Zinserträge	0	0	0	0
10.	Zinsaufwendungen	-155	-175	-140	-183
11.	Sonstige Steuern	-12	-11	-1	-10
12.	**Unternehmensergebnis**			**-3.812**	**-3.743**
13.	Verlustausgleich Hansestadt Lübeck	4.061	3.812	3.812	3.812
	Abzuf. Gewinn(-) bzw. empf. Zahlungen auf Verlust (+)	0	199	0	-69
	Forderungen (-) Verbindlichkeiten (+) gegen HL	0		0	0
	Ergebnis	0	0	0	**-69**

Lübecker Schwimmbäder: Vermögensplan gem. §14 EigVo für 2020

Einzahlungen				
Bezeichnung	Plan 2020	HR 2019	Plan 2019	Ist 2018
	€ T	€ T	€ T	€ T
Zuweisungen der Gemeinde, Zuführungen zu Rücklagen und Rückstellung mit langfristigem Charakter	0	0	0	0
Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil				
Rückflüsse aus Darlehen und Zinsaufwand Arbeitnehmer Vermögensbildung				
Veräußerung von Beteiligungen sowie Rückflüsse von Kapitalanlagen	0	0	0	0
Zuschüsse Land Schleswig-Holstein				
Ertragszuschüsse Nutzungsberechtigter				
Sonstige Bauzuschüsse (von HL – Sanierung Sportbad St. Lorenz)	0			
Kapitalzuschüsse				
Abschreibungen	420	440	447	461
Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens				
Kreditaufnahme (ohne Kredite für Zwecke der Umschuldung)				
Sonstige Einzahlungen	297	99	617	57
Summe:	717	539	1.064	508

Auszahlungen				
	Planansatz		Investititonen und Invenstionsförderungsmaßnahmen	
Bezeichnung	Ausgaben 2020	Verplichtungs-ermächtigung 2021	Gesamt-auszahlungs-bedarf	bisher bereitgestellt 2019
1. Beteiligungen	0	0	0	0
2. Auflösung von Rücklagen u. Rückstellun gen mit langfristigem Charakter				
3. Auflösung von Sonderposten mit Rücklagenanteil				
4. Auflösung von Zuschüssen Nutzungsberechtigter Kapitalzuschüsse				
5. Tilgung / Auflösung von Vorjahresverlusten				
6. Investititonen (zur Sanierung Sportbad St. Lorenz sowie sonstige Investitionen)	255			
7. Tilgung von Krediten (ohne Tilgung für Zwecke der Umschuldung)	462			
8. Sonstige Auszahlungen				
Summe:	717			0

Geschäftsplan für den Betrieb der Lübecker Schwimmbäder (LSB)
- Lagebericht mit Ausblick für das Geschäftsjahr 2020 -

1. Allgemeines zur Branche

Bäderbetriebe stehen ganz allgemein und deutschlandweit, ständig, wegen einem dauerhaft, hohen Betriebs- und Erhaltungskostenzuschuss, im Fokus öffentlicher Haushaltsdiskussionen. Auf der einen Seite gewinnen sie an Bedeutung hinsichtlich der sport-, gesundheits- und sozialpolitischen Aufgaben von Kommunen - die Nachfrage von Vereinen und Schulen zur Nutzung von Wasserflächen steigt - auf der anderen Seite stehen gerade öffentliche Betreiber unter großem Druck eine gewisse Kostendeckung zu erwirtschaften und gleichzeitig wettbewerbsfähig - für den Kunden attraktiv zu sein. Je nach geographischer Lage (Nord/Süd- & Ost/Westgefälle) sprechen die Medien bereits vom Bädersterben und von Regionen, in denen die Zahl der Nichtschwimmer stark zu nehmen. Konkurrenzdruck entsteht besonders da, wo Privatbetreiber mit modernen Freizeitparadiesen direkt auf Kommunalbetreibern mit einfachen Hallenbädern aufeinander treffen. Befeuert wird die Problematik auch noch durch Investitionsstaus und einem fortschreitenden Fachkräftemangel in einer sehr personallastigen Branche.

Die Lösung (en): Gegen Fachkräftemangel wirken attraktive Arbeitsplätze, eine entsprechend, qualitative Personalausstattung mit zugehöriger Nachwuchsförderung sowie einer gründlichen Reform der Ausbildungsordnung. Zur Verhinderung von Investitionsstaus gehört eine nachhaltige Bäder-bedarfsplanung mit „entsprechender Finanzausstattung“. Dazu braucht es einen fortgeschriebenen Sanierungsplan, welcher konsequent abgearbeitet werden kann und ausgewogene, moderne Betriebskonzepte.

Die heutigen Besucher (Schulen, Vereinssport & Öffentlichkeit) sind vielschichtig/ anspruchsvoll und es gilt erfolgreich Interessenkonflikten zu begegnen bzw. für zukünftige Veränderungen im Freizeitverhalten gewappnet zu sein. Parallel dazu legen die Gremien oft stark subventionierte Eintrittspreise und Mietkonditionen (insbesondere für Vereine) fest, so dass, ein wirtschaftlich orientiertes Agieren am Freizeitmarkt praktisch unmöglich erscheint. Dennoch soll beispielsweise der Schwimmsport für jeden Besucher, unabhängig von den Betriebskosten, bezahlbar bleiben und die Öffnungszeiten sollen attraktiv sein. Ergänzend ist für viele Schwimmbäder festzustellen, dass sie marode sind bzw. schieben einige von ihnen mit veralteter Technik und sanierungsbedürftigen Anlagen, einen Investitions- und Sanierungsstau vor sich her. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels stellen sich bereits viele Badbetreiber dem Fachkräftemangel im Bäderwesen. Gelingt es nicht, dem Fachkräftemangel nachhaltig zu begegnen, könnte hier ein möglicher Grund für Badschließungen liegen.

2.1 Unternehmensgrundlagen Lübecker Schwimmbäder (LSB) und Betriebsteile im Einzelnen

Die Lübecker Schwimmbäder (LSB) gehören, als eigenbetriebsähnliches Sondervermögen, zur Hansestadt Lübeck. Sie betreiben 5 Betriebsteile: 1 Sportbad, 2 Hallenbäder und zwei Freibäder.

Das Sportbad St. Lorenz mit zusätzlichem Saunabetrieb, das Zentralbad Lübeck und das Hallenbad Kücknitz werden ganzjährig betrieben. Die beheizten Freibäder in Moisling und Schlutup befanden sich dieses Jahr im Saisonbetrieb - für 4 Monate von Mai bis September. Außerdem sind die LSB für das seit 1.1.2015 stillgelegte, aber bis 2027 fest angemietete Therapiezentrum Lübeck, Am Behnckenhof, finanziell in der Pflicht (Mietvertrag ohne Nutzung).

Zum Anlagevermögen gehören außerdem die Naturbäder Falkenwiese, Marli, Eichholz Kleiner See und Krähenteich. Die Naturbäder werden durch Vereine betrieben, unterstützt durch die unentgeltliche Gestellung von 6 Aufsichtsfachkräften der Lübecker Schwimmbäder für jeweils 6 Monate jährlich (inkl. Vor-/Nachbereitungszeit).

Die Lübecker Schwimmbäder wurden vorwiegend von den regionalen Schulen, Sportvereinen und der Öffentlichkeit im Verhältnis 60/40 genutzt. Sie stellen, als gemeinnützig tätige Einrichtung der Hansestadt Lübeck, die erforderlichen Wasserflächen, Räumlichkeiten und das Fachpersonal, entsprechend den anerkannten DIN Vorschriften für Wasseraufbereitung und Wasseraufsicht, zur Verfügung. Des Weiteren unterrichten die LSB Kleinkinder, Kinder, Jugendliche und Erwachsene vom Babyschwimmen über die Wassergewöhnung und die Schwimmschulung bis zu den Abzeichen-Kursen Bronze/Silber/ Gold. Außerdem bieten die LSB altersunabhängig diverse Aqua-Kursangebote zur Förderung von Bewegung und in Form von Gesundheitssport an. 2018 hatten die LSB insgesamt 444.055 Badeintritte in allen 5 Einrichtungen zu verzeichnen. 2019 erwarten die LSB, bei einem ähnlich starken Sommer zum Zeitpunkt der Erstellung rd. 450.000 Gäste.

2.1.1. Sportbad St. Lorenz

- Bj. 1974
- Laufzeit 45 Jahre
- Letzte Teilsanierung: 2015
- Besucherzahl 2018 182.158
- Kostendeckungsgrad - Rechnungsergebnis 2018: 30,00 %
- Zuschuss/je Eintritt – Rechnungsergebnis 2018: 7,96 €

Anmerkung:
Das Sportbad St. Lorenz ist sanierungsbedürftig. Diese Sanierungsbedürftigkeit wurde bereits im Jahre 2015 durch die damalige Werkleitung festgestellt. Das Architektenbüro „geising + böker gmbh“, Hamburg (Experten im Bäderbau) hat bereits im Jahr 2015 eine diesbezügliche Kostenschätzung durchgeführt. Im Jahre 2015 wurde aus diesem Paket die Fassadensanierung vorgezogen. Die Kernsanierung wurde seinerzeit nicht weiter verfolgt. Mit Wechsel der Werkleitung im Jahre 2017 wurden die Aktivitäten mit dem Ziel einer planmäßigen Sanierung des Sportbads wieder aufgenommen. Ein Beteiligungsverfahren (Gäste/ Nichtgäste/ Schulen/ Vereine/ Mitarbeiter/ Kommunale Selbstverwaltung) zur Sportbadsanierung unter dem Arbeitstitel „Sportbad PLUS“ wurde im September 2018 abgeschlossen und im Werkausschuss präsentiert. Neu aufgenommen als Basis weiterer Überlegungen ist der Kleinkinderbereich. Mit diesem Hintergrund wurde die Kostenschätzung des Jahres 2015 überarbeitet und aktualisiert; Das Architektenbüro „geising + böker“ hat diese Überarbeitung im Mai 2019 abgeschlossen. Die Kostenschätzung (Nettobaukosten) kommt zu folgendem Ergebnis:

Sportbadehalle inkl. Edelstahlbecken, Erneuerung Brücke KGR 200-700:	2.600.000 €
Kursbecken, inkl. Edelstahlbecken, inkl. Hubboden:	2.100.000 €
Überarbeitung Umkleidebereich/ Duschen/ WC’s:	2.400.000 €
Maßnahmen UG Technik:	1.850.000 €
Kleinkinderbereich mit Planschbecken, Sprayground:	1.100.000 €
Personalbereich im UG:	350.000 €
Neugestaltung Eingangsbereich:	280.000 €
Summe:	10.680.000 €

Im Ergebnis ist unter Berücksichtigung eines Puffers mit Nettobaukosten in Höhe von 11 Mio € zu rechnen. Zu diesen Nettobaukosten sind Planungsaufwendungen für Architektenleistungen, Ingenieurleistungen für die technische Gebäudeausrüstung (TGA) und Statiker in Höhe von 28% der Nettobaukosten zu addieren. Weiter ist für die Planung, Einwerbung von Fördermitteln, das Vergabeverfahren, die Baubegleitung inkl. Baukostencontrolling, das Veranlassen evtl. Mängelbeseitigungen, sowie die Abrechnung inkl. der Erstellung eines Verwendungsnachweises für die Fördermittelgeber ein Ingenieurbüro als Projektsteuerer zu beauftragen, dessen Dienstleistung mit rd. 2 % der Nettobaukosten zu berücksichtigen ist.

Zusammenfassend ist mit folgenden Kosten zu rechnen:

Nettobaukosten:	11,00 Mio €
Planungskosten (Architekt, TGA-Planer, Statiker)	3,08 Mio €
Projektsteuerer	0,22 Mio €
Summe	14,30 Mio €

Eine Veranschlagung in diesem Wirtschaftsplanentwurf und damit eine haushaltswirtschaftliche Ordnung der Investitions- sowie der Finanzierungsmittel erfolgt nicht. Diese ist nach einer erforderlichen Grundsatzentscheidung der Bürgerschaft nachzuholen.

Wie schon öfters festgestellt, besteht dringender Handlungsbedarf. Eine technische Havarie kann nicht ausgeschlossen werden. Für einen ungeplanten Ausfall des Sportbads gibt es keine kurzfristigen Lösungen, um einen Wegfall von 16 25-Meter-Bahnen für den Schul- und Vereinssport zufriedenstellend zu kompensieren.

Nach erfolgter Grundsatzbeschlussfassung über die weitere Planung und durchzuführender Ausschreibung für die Sanierungsmaßnahmen im Sportbad werden die weiteren vorbereitende Planungs- und Umsetzungsschritte beauftragt und den Gremien jeweils zur Entscheidung vorgelegt.

Die Finanzierung der Maßnahmen wird unter Einwerbung von Fördermitteln in noch nicht bekannter Größe erfolgen. Die Eigenmittel wären durch die Hansestadt Lübeck mittels eines Investitionskostenzuschusses oder durch die Aufnahme eines Darlehens durch die LSB bereitzustellen.

Ein Zeitplan für die Sanierung steht noch nicht. Nach ersten Einschätzungen ist mit einer Planungs- und Vorbereitungszeit ab Grundsatzbeschlussfassung von 12 Monaten, voraussichtlich im Jahr 2020, sowie mit einer Bauzeit von mindestens 9 Monaten, voraussichtlich im Jahr 2021, zu rechnen. Für die Bauzeit ist die Schließung der Halle für alle Nutzergruppen unumgänglich.

Für den Zeitraum der Sanierungstätigkeiten ist noch zu klären, in wie weit eine Umverteilung der bestehenden Wasserflächen auf die Vereine/Schulen, während der Schließungszeit möglich ist. Die mit der Schließungszeit einhergehenden Auswirkungen auf laufende Erlöse und Aufwendungen werden im Zuge der Verlustausgleichsregelungen durch die Hansestadt Lübeck getragen.

Folgende Schritte sind nunmehr erforderlich:
Politischer Arbeitsauftrag zur Planung an die Verwaltung → Konzeption → Planung→ Machbarkeit → Wirtschaftlichkeit → Potentialanalyse → Finanzierung → Bauplanung → Abstimmung mit den Nutzern → Ausschreibung → Umsetzung

2.1.2. Zentralbad Schmiedestraße

- Bj. 1959
- Laufzeit 60 Jahre
- Letzte Sanierungen: 2005/2009

- Besucherzahl 2018 114.619
- Kostendeckungsgrad: 27,34 %
- Zuschuss/je Eintritt: 9,64 €

Anmerkung:
In 2019 sind Sanierungsarbeiten an der Dehnungsfuge des Beckenumgangs im Erdgeschoss und 1. Untergeschoss, Betonsanierungsarbeiten sowie die Sanierung des Sprungturms erforderlich. Diese Arbeiten werden rd. 120.000 € kosten. Mittelfristig ist im Zentralbad die Sanierung des gesamten Beckens überfällig. D.h. eine neue Überlaufrinne nebst Beckenkopf und Auskleidung z.B. in Edelstahl („Wanne in Wanne-System“) sollte realisiert werden. Eine Konzeptionsüberprüfung mit zus. Attraktivierung stehen ebenfalls nach über 60 Jahren an.

2.1.3. Hallenbad Kücknitz

- Bj. 1965
- Laufzeit 54 Jahre
- Letzte Sanierungen: 2007/2008
- Besucherzahl 2018 62.339
- Kostendeckungsgrad: 26,17 %
- Zuschuss/je Eintritt: 10,56 €

Anmerkung:
Keine planmäßigen, größeren Ausgaben für 2020. Im vergangenen Jahr wurde die komplette Mess- und Steuerungstechnik (MSR Technik) umgestellt und erneuert.

2.1.4. Freibad Moisling

- Bj. 1971
- Laufzeit 48 Jahre
- Letzte Sanierungen: 2011 - 2014
- Besucherzahl 2018 39.772
- Kostendeckungsgrad: 26,46 %
- Zuschuss/je Eintritt: 7,16 €

Anmerkung:
Keine planmäßigen größeren Ausgaben für 2020. Die Flachdachsanierung und eine Ersatzbeschaffung vom Kiosk/Imbissgebäude wurden zum Saisonbeginn 2019 umgesetzt. Außerdem soll ein Spielplatzprojekt, in Kooperation mit „Toller Ort Moisling“ umgesetzt werden. Während die Bürgerbeteiligung für dieses Projekt bereits Ende 2017 abgeschlossen wurde, liegen die Fördermittelanträge (rd. 84.000 €) zur Städtebauförderung seit Anfang 2018 zur Prüfung und Entscheidung im Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein. Derzeit ist nicht absehbar, wann mit einer positiven Entscheidung seitens des Ministeriums gerechnet werden kann.

2.1.5 Freibad Schlutup

- Bj. 1958
- Laufzeit 61 Jahre
- Letzte Sanierungen: 2002/2010/2018
- Besucherzahl 2018 41.789
- Kostendeckungsgrad: 53,78 %
- Zuschuss/je Eintritt: 2,30 €

Anmerkung:
Keine planmäßigen, größeren Ausgaben für 2020.

2.2. Aufgaben, Chancen der LSB

Im Rahmen der Daseinsvorsorge sind die wesentlichen Aufgaben der LSB:

- Die Bereitstellung von Wasserflächen für Schwimmer/ Nichtschwimmer indoor/outdoor entsprechend den DIN Vorgaben der Schwimmbadbetriebsnormen.
- Die Ermöglichung der Ausübung der gesunden Ganzkörpersportart Schwimmen für alle Menschen, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten.
- Die Vermittlung von Schwimmunterricht für Kinder & Erwachsene
- Die Vermittlung und das Erlebnis unserer sog. Bade- & Schwimmkultur für alle.
- Die Vorhaltung attraktiver Präventionsleistungen im Wasser: Mit Hinblick auf die demografische Entwicklung nutzen besonders älteren Menschen spezielle Kursangebote, welche die Bewegungsfähigkeit lange erhalten und damit einer ggf. erforderlich werdenden Pflegebedürftigkeit vorbeugen.
- Das Angebot einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung, vor allem für Kinder und Jugendliche, zu bezahlbaren Bedingungen anzubieten.
- Einen Beitrag zur sozialen und kulturellen Integration von Einwohnern -auch mit Migrationshintergrund - zu leisten.
- Die Förderung und Zusammenarbeit/Kooperation mit Schulen, Vereinen, gewerblichen bzw. touristischen Leistungsträgern der Region.
- Die aktive Wahrnehmung der Aufgabe als Ausbildungsbetrieb mit Ausbildungsabteilung für Fachangestellte im Bäderbetrieb (FAB) zur Nachwuchsförderung und gegen Fachkräftemangel/Überalterung.

3. Geschäftsverlauf/Wesentliche Vorgänge des Gesamtbetriebes

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Lübecker Schwimmbäder ist ein dauerhaft, defizitärer Zuschussbetrieb der Hansestadt. Auch im Jahr 2018 sind die Schwimmbäder mit dem Verlustausgleich von 3.812 Mio/€ im dritten Jahr in Folge ausgekommen. Ein gutes Ergebnis, obwohl erhebliche Personal-/Energiekostensteigerungen aufzufangen waren. Im Wirtschaftsjahr 2019 und 2020 wird, bedingt durch Personalkostensteigerungen als Auswirkungen der Tarifverhandlungen des Öffentlichen Dienstes, mit einem Anstieg des Verlustausgleichs seitens der Hansestadt Lübeck gerechnet.

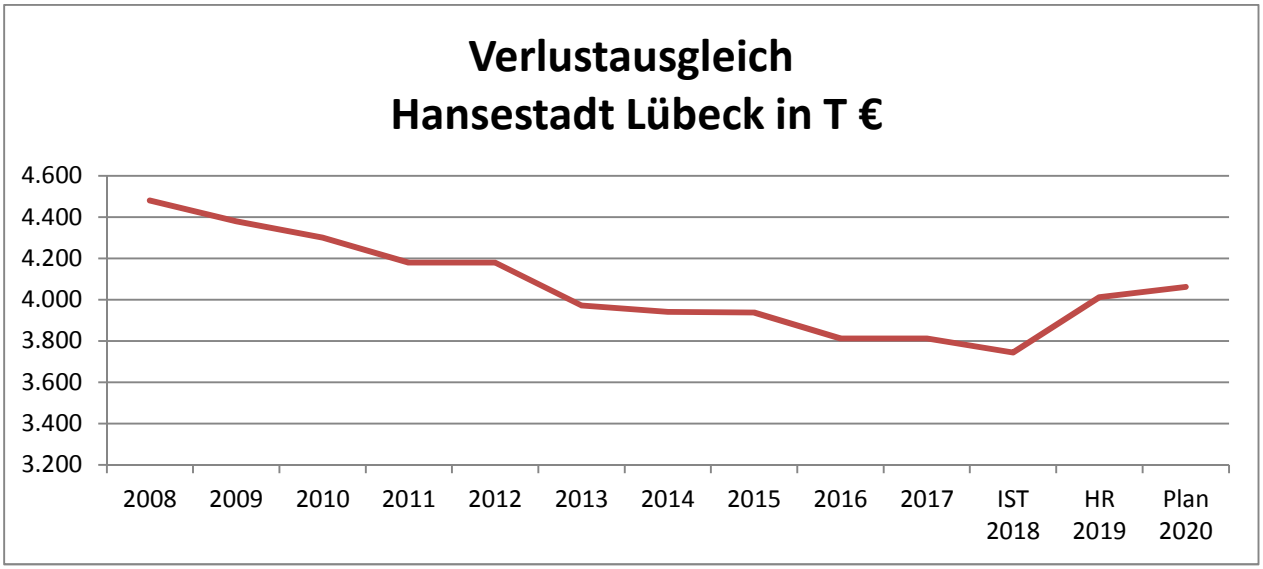
Die wirtschaftliche Entwicklung der Schwimmbäder hängt im Wesentlichen von der Akzeptanz der Besucher, gebunden an die Attraktivität der Leistung und von der Zuverlässigkeit der Technik ab. Ergänzt wird die Auflistung bei den Freibädern noch vom unbeeinflussbaren, ext. Faktoren, wie z. B. Wetter und Freizeitverhalten der Gäste.

Mit den Betriebskosten für Energie, den Personalaufwand (TVÖD) und der Finanzdienstleistung/Bank stehen am 01.01. eines jeden Jahres bereits fast 80% der Gesamtausgaben unbeeinflussbar fest. Des Weiteren ist die Einnahmensituation durch politisch beschlossene Eintrittspreise und Bahnmieten zur Förderung des Schwimmsports geprägt. Dieses Gesamtkonstrukt sorgt für einen stabilen aber eben auch sehr niedrigen Kostendeckungsbeitrag von rd. 26,20% (Gesamtbetrieb inkl. Verwaltung) verbunden mit einem durchschnittlichen Zuschussbedarf pro Schwimmbadbesuch (Annahme: 440.000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr) von 9,29 € in Lübeck. Dieser Deckungsbeitrag ist als branchentypisch normal jedoch leicht steigend zu bezeichnen.

Die LSB werden im Wirtschaftsjahr 2020 voraussichtlich insgesamt 5.503 T€ umsetzen und mit einem Zuschussbedarf in Höhe von 4.061 T€ abschließen.

Der wirtschaftliche Erfolg hängt im Wesentlichen von der Attraktivität und der Akzeptanz der Badebetriebe bzw. von sog. Freizeittrends, die die Badbesucher lenken, ab. Relevant ist außerdem, besonders bei den Freibädern, das jeweilige Wetter.

Grafik Verlustausgleich 2007 – 2020



Kennzahlen Ertragslage:

Jahre:	Plan 2020	HR 2019	Ist 2018
Kostendeckungsgrad: (Verhältnis Gesamterlöse zum Gesamtaufwand)	26,20 %	25,96 %	29,19 %
Personalaufwendungen: (Verhältnis Personalaufwand zum Gesamtaufwand)	56,33 %	56,19 %	56,08 %
Jahresverlust:	4.061 T€	4.011 T€	3.743 T€

4. Finanz- und Vermögenslage

Ziel des Finanzmanagements der LSB ist es nicht nur jederzeit den Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, sondern auch nachhaltig und zukunftsorientiert zu wirtschaften (planen & agieren). D.h. auch die LSB rufen die Ausgleichszahlungen zeitnah und bedarfsgerecht bei der Hansestadt Lübeck ab und schonen so die städtischen Ressourcen. Außerbilanzielle Finanzierungsinstrumente wie z.B. das Leasing werden nicht genutzt. Es werden keine weiteren Fremdmittel aufgenommen und die Tilgung vom Fremdkapital verläuft planmäßig. Die Rücklagen dienen dem Abbau des Sanierungsstaus und zur Planung der Kernsanierung im Sportbad.

5.1 Vermögenslage

Die Bilanz der LSB ist branchentypisch durch eine überdurchschnittlich hohe Anlagenquote und einen hohen Fremdfinanzierungsanteil, verbunden mit einer langen Laufzeit und einem steigend, hohen Erhaltungsaufwand bei zunehmender Nutzungsdauer der Anlagen geprägt.

Der im Wirtschaftsplan 2020 ausgewiesene, planmäßige Anspruch auf Verlustzuweisung d.d. Hansestadt Lübeck in Höhe von 4.061 T€ gleicht das, sonst negative Jahresergebnis, wie in den Vorjahren aus.

6. Erlösplanung 2020

Eine Anpassung des Preistarifs erfolgt nicht. Die letzte Preisanpassung erfolgte zum 01.02.2017. Die LSB wollen den Bereich Kurse weiter ausbauen und damit zusätzliche Einnahmen beim Badegast generieren.

7. Betriebsziele

Da die LSB auf die Besucherzahlen aus den Vereinen und Schulen keinerlei Einfluss haben und auch die Bahnmieten/Zuschüsse gedeckelt sind, wollen die LSB verstärkt die Öffentlichkeit in die Schwimmbäder holen. Steigende Besucherzahlen aus der Öffentlichkeit bedeuten auch steigende Umsätze insgesamt, denn hier ist der Deckungsbeitrag höher. „Kundenzufriedenheit & Servicegedanke sollen weiter Einzug in die erfolgreiche Arbeit am Badegast halten“. Slogan und Maxime für die kommenden Jahre: „Lübeck geht schwimmen!“ Dabei setzen die LSB vollkommen auf das Thema Schwimmunterricht denn jeder Mensch, der nicht schwimmen lernt, ist als potentieller Nichtschwimmer dauerhaft auch als Kunde verloren.

8. Markteinschätzung

Die LSB stehen im permanenten, starken Wettbewerb mit anderen Badbetreibern aus dem Einzugsgebiet. Ergänzend sinkt bei vielen Menschen die „freie Zeit/Freizeit“ bei gleichzeitig steigendem Freizeitangebot insgesamt und sinkendem Interesse am Schwimmsport im Besonderen. Das Freizeitverhalten über alle Altersgruppen verändert sich.
Die LSB müssen zukünftig um jeden einzelnen Badegast kämpfen. Jegliche Bewegung im Wasser wird als vielseitig angesehen und auch von Ärzten für Menschen aller Altersgruppen empfohlen.

9. Risikobeurteilung

Auf Grund der gemischten, aber dennoch ausgewogenen Gäste-/Nutzerstruktur (53% Öffentlichkeit - 24% Schulnutzer - 23% Vereinsschwimmer) ist das Umsatzrisiko vergleichsweise niedrig. Das Unfallrisiko unserer Badegäste und ein damit verbundener „Imageverlust“ ist als branchenüblich (kalkulier-/vergleichbar) zu bewerten, da sich die LSB bei der Schichtbesetzung der Aufsichtskräfte genau an das extern erstellt Betriebshandbuch halten. Bei Veranstaltungen oder in Sondersituationen verstärken die LSB den Aufsichtsbereich jeweils personell deutlich. Ein evt. auch längerer Betriebsausfall rückt als Risiko immer deutlicher in den Fokus, je länger sich beispielsweise die Sanierungsmaßnahmen wie im Sportbad verschieben. Gesteigert wird das Ausfallrisiko durch die lange Laufzeit der Schwimmbäder mit über 50 Jahren. Ein sog. Ampelplan mit Realisierungsspielraum für planbare Technikinstandsetzungen und eine jährliche Revisionszeit mindern dieses Risiko.

Im Bereich Sauna (Sportbad) decken die Umsätze trotz größerer Marketingaktivitäten nicht mal mehr die Personalkosten für die Betreuung. Die Anlage ist veraltet, unattraktiv und spiegelt derzeit nicht die Kundenwünsche wider. Sie ist so nicht wettbewerbsfähig. Die Alternativen eines Weiterbetriebs, verbunden mit einer Modernisierung oder einer Schließung des Betriebsteils, sind im Rahmen der Sanierungsplanung für das Sportbad insgesamt zu klären.

10. Fazit

Unerlässlich für den Erhalt der Marktposition der LSB, die Erfüllung der Aufgaben, die Erlösplanung, die Sanierungsplanung und letztendlich für das Betriebsergebnis sind eine verlässliche Technik, ein engagiertes Mitarbeiterteam und eine zukunftsorientierte Betriebsausrichtung.

Mit der Kernsanierung im Sportbad St. Lorenz könnten die LSB einen ersten Schritt gehen und hätten eine echte Chance für eine nachhaltige Ausrichtung der ersten Lübecker Schwimmhalle. Das Zentralbad Schmiedestraße und das Hallenbad Kücknitz müssten absehbar folgen.
Das Projekt SPORTBAD PLUS wäre eine Chance für die zukünftige Entwicklung der Lübecker Schwimmbäder. Hier könne ein Vorzeigeprojekt für die gesamte Lübecker Bevölkerung (Öffentlichkeit, Schüler, Vereine) heranwachsen. Das könnte ein Beispiel von guter Daseinsvorsorge in der Hansestadt Lübeck sein. Hier könnten die LSB, neben der technischen Sanierung, verbunden mit der Realisierung von Einsparpotentialen im Energiebereich, auch ihrer ökologischen Verantwortung gerecht werden. Das Sportbad Plus ist der Arbeitstitel, der das Motto „Lübeck geht schwimmen!“ nachdrücklich unterstreicht. Da stehen die politisch gesetzte Wettkampftauglichkeit direkt neben dem Thema Barrierefreiheit und dem Kursangebot im neuen Hubbodenbecken und auch der Kleinkinderbereich auf einer Ebene und nicht im Widerspruch zueinander. Die LSB könnten mit der Neuausrichtung eine nachhaltige Schwimmbadkonzeption sowie den Spagat zwischen wettkampftauglichem Sportbad und erfolgreichem Angebot für die Öffentlichkeit schaffen.

11. Bäderinstandhaltungsplan

Bäder-Instandhaltungsplan: Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes						**Stand: 01.08.2019**
Lfd.	Beschreibung der Maßnahme	Schwimmbad:	Kosten Priorität 1	Kosten Priorität 2	Kosten Priorität 3	Begründung:
1	Trennung SW und RW Kiosk / Kasse /SM / Garderobe	Freibad Schlutup		60.000 €		Saubere Trennung zwischen Schmutzwasser und Regenwasser
2	Erneuerung Bollwerk	Naturbad Marli			190.000 €	Marode durch Zeitablauf
3	Einbau einer Abwasseranlage	Sportbad St. Lorenz			**0 €**	Vorgaben Entsorgungsbetriebe. Die Abwasseranlage wird mit der Sanierung des Bades eingebaut (300.000 €).
4	Erneuerung d. Rohrleitungen f. d. Wasserversorgung d.	Sportbad St. Lorenz	40.000 €			Rohrleitungen zeigen starke Materialermüdungen
5	Filter 1 - 4 neue Innenbeschichtung und Füllung	Sportbad St. Lorenz		140.000 €		Vorsorgliche Planungsposition. Ohne eine intakte Beschichtung und Füllung werden Die Vorschriften für den Bäderbetrieb nicht erfüllt. Umsetzung möglichst mit Gesamtsanierung.
6	Mehrzweckbecken Wärmetauscher erneuern.	Sportbad St. Lorenz		40.000 €		Vorsorgliche Planungsposition. Die alten Rohrbündeltauscher sind Leistungsreduziert und sind abgängig. Umsetzung möglichst mit Gesamtsanierung.
7	Austausch einer Heizungspumpe	Sportbad St. Lorenz		15.000 €		Vorsorgliche Planungsposition. Ersatz für abgängige Pumpe. Umsetzung möglichst mit Gesamtsanierung.
8	Gesamtsanierung	Sportbad St. Lorenz		14.300.000 €		3,30Mio € für Planung (Archikekten und Ingenieurleistungen sowie Projektsteuerung) in 2020; 11 Mio € für Baukosten in 2021
9	Umstellen der Aussen-beleuchtung auf LED-Licht	Sportbad St. Lorenz			15.000 €	Beleuchtung defekt. Keine Ersatzteile.
10	Sanierung des Schwimmbecken	Zentralbad Lübeck			**950.000 €**	Nach einer Betriebszeit von 60 Jahren treten Schäden an den Fliesen auf.
11						
12						
13						
14						
Priorität 1 : nicht mehr aufschiebbar						40.000 €
Priorität 2 : Ausführung 2020 / 2021						**14.555.000 €**
Priorität 3 : Ausführung ab 2023						1.155.000 €
Ohne Priorität:						
Summe:						15.750.000 €

Darlehensentwicklung

Bezeichnung	HR 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023
Anfangsbestand	3.691	3.242	2.780	2.296	1.810
Tilgung auf Altbestand	-449	-462	-485	-485	-485
Darlehensaufnahme	0	0	0	0	0
Tilgung auf Neuaufnahme	0	0	0	0	0
Endbestand	3.242	2.780	2.296	1.810	1.325

Finanzplan 2020

Finanzplanung des Betriebs

Einzahlungen und Auszahlungen nach § 16 Nr. 1 EigVO						
Nr	**Bezeichnung**	**HR**	**Plan**	**Plan**	**Plan**	**Plan**
		2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
		T €	**T €**	**T €**	**T €**	**T €**
	Einzahlungen					
1	Zuweisungen der Gemeinde, Rück-lagenzuführung					
2	Zuweisungen der Gemeinde zum Verlustausgleich Vorjahre					
3	Abschreibungen	440	420	384	362	340
4	Abgang von Gegenständen des Anlagever-mögens					
5	Kreditaufnahme (ohne Kredite zur Umschuldung)					
6			0	0		
7	Sonstige Einzahlungen	99	297	101	123	1.300
	Summe	**539**	**717**	**485**	**485**	**1.640**

Nr	Bezeichnung	HR	Plan	Plan	Plan	Plan
		2019	2020	2021	2022	2023
		T €	T €	T €	T €	T €
	Auszahlungen					
1	Auflösung von Rücklagen u. Rückstellungen mit langfristigem Charakter					
2	Investitionen*	40	255	0	0	1.155
3	Tilgung von Krediten (ohne Tilgung für Zwecke der Umschuldung)	499	462	485	485	485
4	Sonstige Auszahlungen					
	Summe	539	717	485	485	1.640

*. **Die Investitionen – HR 2019** - i.H.v. 40 T€ bezieht sich auf die Ziffer 4 des – Bäderinstandhaltungsplans - Priorität1 (siehe Seite 13)

. **Die Investitionen – Plan 2020** - i.H.v. 255 T€ beziehen sich auf die Ziffern 1 und 5 – 7 des Bäderinstandhaltungsplans – Priorität 2 (siehe Seite 13)

Die Investition – Plan 2023 - i.H.v. 1.155 T€ beziehen sich auf die Ziffern 2, 9 und 10 des Bäderinstandhaltungsplans – Priorität 3 (siehe Seite 13)

Übersicht über die Auszahlungen, die sich auf den Haushalt der Hansestadt Lübeck auswirken nach § 16 Nr.2 EigVO

Bezeichnung	IST	HR	Plan	Plan	Plan	Plan
Einzahlungen	2018	2019	2019	2020	2021	2022
	T €	T €	T €	T €	T €	T €
Zuweisungen der Gemeinde zum Verlustausgleich	3.743	4.011	3.812	4.061	4.061	4.061
Zuweisungen der Gemeinde						
Summe	3.743	4.011	3.812	4.061	4.061	4.061

Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben			
Im Vermögensplan des Jahres	**2018**	**2019**	**2020**
	T €	**T €**	**T €**
2019	0	0	0
2020	0	0	0
2021	0	0	0
Summe	0	0	0

Stellenplan 2019

Stellen-Nr.	Funktions- oder Dienstbezeichnung	Anzahl und Bewertung			Stellenplanvermerk
		Vorjahr	Ist 30.06	lfd. Jahr	
02	**VERWALTUNG**				
02.0.0100.1	Werkleiter/in	A 15 BBO	EG 15	A 15 BBO	
02.0.0100.2	stellv. Werkleiter/in	EG 12	A 13 BBO	EG 12	
02.2.0110.1	Buchhalter/in	EG 8	EG 8	EG 8	
02.2.0120.1	Personalsachbearbeiter/in	EG 9b	EG 9b	EG 9b	
02.2.0130.1	Sachbearbeiter/in	EG 6	EG 7	EG 6	
40.2.0095.1	Sachbearbeiter/in	EG 8	EG 7	EG 8	
03	**TECHNIK-BEREICH**				
02.2.0140.1	Techn. Leiter/in	EG 10	EG 10	EG 10	
02.2.0150.1	Handwerksmeister/-in	EG 9b	EG 9b	EG 9b	
03.5.0075.6	Mechaniker/in	EG 6		EG 6	N. N.
03.5.0075.8	Maschinenschlosser/in	EG 8		EG 8	N. N.
03.5.0075.9	Elektriker/in	EG 8	EG 7	EG 8	
03.5.0075.10	Haus- und Anlagenpfleger/in	EG 3	EG 2	EG 3	
01	**ZENTRALBAD SCHMIEDESTRASSE (+Saison Frei- und Naturbäder)**				
	Schwimmhalle, Kasse, Garderobe				
01.2.0040.1	Betriebsleiter/in SM	EG 8	EG 9b	EG 8	7 Monate / 5 Monate Freibad
	Schwimmhalle				
13.5.0090.4	FAB / SMG / RS	EG 6	EG 5	EG 6	Schichtführer
06.2.0030.3	FAB / SMG / RS	EG 5	EG 6	EG 5	6 Monate / 6 Monate Naturbad
01.2.0030.2	FAB / SMG / RS	EG 5	EG 6	EG 5	
05.5.0040.3	FAB / SMG / RS	EG 3	EG 4	EG 3	6 Monate / 6 Monate Naturbad
05.2.0030.3	FAB / SMG / RS	EG 5	EG 6	EG 5	7 Monate / 5 Monate Freibad
01.2.0030.4	FAB / SMG / RS	EG 5	EG 5	EG 5	
05.5.0040.1	FAB / SMG / RS	EG 5	EG 5	EG 5	
07.2.0030.2	FAB / SMG / RS	EG 5	EG 6	EG 5	
07.2.0070.4	FAB / SMG / RS	EG 5		EG 5	Saisonkraft vom 15.05-15.09.

Kasse

01.2.0050.1	Kassierer/in	EG 5	EG 5	EG 5	nvb 33,50 Std.
01.2.0050.2	Kassierer/in	EG 5	EG 5	EG 5	nvb 32,50 Std. 7 Monate / 5 Monate Freibad

Stellen-Nr.	Funktions- oder Dienstbezeichnung	Anzahl und Bewertung			Stellenplanvermerk
		Vorjahr	Ist 30.06	lfd. Jahr	
	Garderoben- und Reinigungsdienst				
01.5.0080.1	Wäscher/in	EG 1	EG 3	EG 1	nvb 35,50 Std.
01.5.0060.2	Garderobenwärter/in	EG 1	EG 2	EG 1	nvb 35 Std.
01.5.0060.3	Garderobenwärter/in	EG 1		EG 1	N. N. nvb 35,50 Std.
01.5.0060.4	Garderobenwärter/in	EG 1		EG 1	7 Monate / 5 Monate Freibad N. N. nvb 35 Std.
05.5.0060.3	Garderobenwärter/in	EG 1	EG 2	EG 1	nvb 33 Std.
06.5.0060.1	Garderobenwärter/in	EG 1		EG 1	N. N. nvb 27,50 Std
05	**SPORTSCHWIMMBAD ST. LORENZ (+Saison Frei- und Naturbäder)**				
	Sportbad, Sauna, Kasse, Garderobe				
05.2.0010.1	Betriebsleiter/in SM	EG 9b	EG 9b	EG 9b	
	Sportbad				
05.2.0010.2	Stellv. Betriebsleiter/in SM	EG 8		EG 8	N. N.
05.2.0020.1	SM	EG 5	EG 8	EG 5	n.v.B. 21,50 Std.
05.2.0020.3	SM	EG 8	EG 9b	EG 8	Ausb.Leiter 7 Monate / 5 Monate Freibad
10.2.0010.1	SM	EG 8	EG 8	EG 8	
05.2.0030.2	FAB / SMG / RS	EG 5	EG 4	EG 5	n.v.B. 20,00 Std.
05.2.0030.5	FAB / SMG / RS	EG 5	EG 6	EG 5	6 Monate / 6 Monate Naturbad
05.2.0030.6	FAB / SMG / RS	EG 6	EG 5	EG 6	Schichtführer 7 Monate / 5 Monate Freibad
05.2.0030.7	FAB / SMG / RS	EG 5	EG 6	EG 5	6 Monate / 6 Monate Naturbad
01.2.0010.2	FAB / SMG / RS	EG 5	EG 5	EG 5	7 Monate / 5 Monate Freibad
01.2.0030.1	FAB / SMG / RS	EG 5	EG 6	EG 5	
01.2.0010.1	SM	EG 6	EG 8	EG 6	
05.2.0080.1	FAB / SMG / RS	EG 5		EG 5	N. N. Saisonkraft vom 15.05-15.09.
05.5.0040.2	FAB / SMG / RS	EG 1		EG 1	N. N Reinigung
05.5.0040.4	FAB / SMG / RS	EG 3	EG 4	EG 3	
21.5.0085.2	Masseur/in Med. Bademeister/in	EG 3	EG 5	EG 3	Einsatz als RS (ehemals TZL)
	Sauna				
21.5.0085.1	Saunameister/in	EG 3	EG 4	EG 3	
13.5.0090.1	Saunahelfer/hilfe	EG 3		EG 3	N. N. nvb 28 Std
13.5.0090.3	Saunahelfer/hilfe	EG 3	EG 3	EG 3	nvb 28,50 Std. 7 Monate / 5 Monate Freibad

Kasse

05.2.0050.1	Kassierer/in	EG 5	EG 5	EG 5	nvb 35 Std.
21.5.0090.2	Kassierer/in	EG 5	EG 4	EG 5	nvb 32 Std. 28,00 Std. 7 Monate / 5 Monate Freibad

Stellen-Nr.	Funktions- oder Dienstbezeichnung	Anzahl und Bewertung			Stellenplanvermerk
		Vorjahr	Ist 30.06	lfd. Jahr	

Garderoben-/Reinigungsdienst

05.5.0060.2	Garderobenwärter/in	EG 1	EG 2	EG 1	nvb 31 Std.
05.5.0060.1	Raumpfleger/in	EG 1	EG 3	EG 1	nvb 25 Std..
05.5.0070.1	Raumpfleger/in	EG 1	EG 2	EG 1	nvb 31,00 Std
05.5.0070.3	Raumpfleger/in	EG 1	EG 2	EG 1	nvb 27,00 Std.
21.5.0090.3	Garderobenwärter/in	EG 1		EG 1	

06 SCHWIMMHALLE KÜCKNITZ (+Saison Frei- und Naturbäder)

Schwimmhalle, Kasse, Garderobe

04.2.0010.2	Betriebsleiter/in FAB / SMG / RS	EG 8	EG 8	EG 8	

Schwimmhalle

07.2.0010.1	SM	EG 6	EG 8	EG 6	
05.2.0020.2	SM	EG 5	EG 5	EG 5	
06.2.0030.1	FAB / SMG / RS	EG 5	EG 6	EG 5	6 Monate / 6 Monate Naturbad
06.2.0030.2	FAB / SMG / RS	EG 5	EG 6	EG 5	
05.2.0030.4	FAB / SMG / RS	EG 5	EG 5	EG 5	
01.5.0070.2	FAB / SMG / RS	EG 6	EG 6	EG 6	

Kasse

06.2.0050.1	Kassierer/in	EG 5	EG 5	EG 5	nvb 27,50 Std
05.2.0050.2	Kassierer/in	EG 5	EG 5	EG 5	

Garderoben- und Reinigungsdienst

06.5.0060.2	Garderobenwärter/in	EG 1	EG 3	EG 1	nvb 27,50 Std
06.5.0060.3	Garderobenwärter/in	EG 1	EG 2	EG 1	nvb 27,50 Std.

Stellenübersicht 2019

		Vorjahr	Ist 30.6	lfd. Jahr
Beamte	SHBsesG A15	1		1
	SHBsesG A13		1	
Beschäftigte	EG 15		1	
	EG 12	1		1
	EG 10	1	1	1
	EG 9b	2	5	3
	EG 8	10	6	9
	EG 7		3	
	EG 6	7	10	7
	EG 5	24	13	24
	EG 4		5	
	EG 3	7	4	7
	EG 2		7	
	EG 1	14		14
Summe Beamte		1	1	1
Summe Beschäftigte		66	55	66
		67	**56**	**67**

Die Stellen der Auszubildenden sind nachrichtlich aufzuführen:

Fachangestellte/r für Bäderbetriebe	4 Auszubildende

Rahmenplan zur Frauenförderung – Maßnahmenplan

Handlungsfelder und Maßnahmen bis 2020

Berufsorientierung, Ausbildung und Nachwuchsförderung

Die Lübecker Schwimmbäder möchten zukünftig Maßnahmen ergreifen mehr Mädchen und Frauen für den technisch-handwerklichen Bereich zu interessieren.

Frauen sollen durch langfristig attraktive Rahmenbedingungen (Z. B. Vereinbarkeit von Familie und Beruf) eine realisierbare Perspektive aufgezeigt bekommen.

Zudem soll die Anwerbung von qualifizierten Frauen über Aushänge an Universitäten und FH´s (Angebot von Praktika in diesem Bereich gezielt für Studentinnen) verstärkt werden.

Gleichfalls kann eine Anwerbung von qualifizierten Frauen über Soziale Netzwerke (Facebook, Xing o. a.) erfolgen.

Zwischenstand der Zielerreichung:

Berufsorientierung, Ausbildung und Nachwuchsförderung

Die Lübecker Schwimmbäder haben sich verstärkt auf Berufs- und Ausbildungsmessen präsentiert und konnten schon jetzt einen erheblichen Zuwachs an Praktikumsanfragen und Bewerbungen für eine Ausbildung zur „Fachangestellten für Bäderbetriebe“ feststellen.

Weiterhin konnten Kontakte zu Lübecker Schulen hergestellt werden wo die Lübecker Schwimmbäder im Rahmen von Beruf-Orientierungswochen Schülerinnen und Schülern Beruf / Firma / Ausbildung / Arbeitsstelle vorstellen konnten. Auch hier wurden gezielt Mädchen und junge Frauen aufgefordert sich zu bewerben.

Die Lübecker Schwimmbäder bilden bereits im Berufsbild „Fachangestellte für Bäderbetriebe“ drei weibliche Auszubildende aus. Damit sind 75% der Nachwuchskräfte weiblich.

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08111
öffentlich

Lübeck, 30.08.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
4.040 - Fachbereichs-Controlling

Bearbeitung: Ronny Hopp (E-Mail: ronny.hopp@luebeck.de Telefon: 122-7540)

Vorlage zur überplanmäßigen Bewilligung von Haushaltsmitteln für die Nachfinanzierung des laufenden Geschäftsjahres 2019 der Theater Lübeck gGmbH

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
09.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	

Beschlussvorschlag:
Zur Nachfinanzierung des laufenden Geschäftsjahres werden im Haushaltsjahr 2019 auf dem Produktsachkonto 261001000 5316000 Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige öffentliche Sonderrechnungen 950.000,-- Euro überplanmäßig bewilligt.

Die Deckung der überplanmäßig bewilligten Haushaltsmittel erfolgt aus dem Produktsachkonto 611001000 4013000 Steuern Allgemeine Zuweisungen, Allgemeine Umlagen, Gewerbesteuer.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:	1.201 – Haushalt und Steuerung
Ergebnis:	Zustimmung 1.203 – Beteiligungscontrolling Zustimmung
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:	[ ] Ja [X] Nein
Begründung:	Eine Beteiligung ist nicht erfolgt, da die Interessen von Kindern und Jugendlichen nicht berührt sind.
Die Maßnahme ist:	[ ] neu [ ] freiwillig [X] vorgeschrieben durch: § 8, Abs. 6 EigVO, § 16, Abs. 5 Gesellschaftsvertrag der Theater Lübeck gGmbH
Finanzielle Auswirkungen:	[ ] Nein [X] Ja

Begründung:
Für das Geschäftsjahr 2019 ergeben sich die folgenden Punkte, die zu einer Nachfinanzierung des laufenden Geschäftsjahres führen.

Es kommt zu drastisch gestiegenen Kosten für den Arbeitsschutz durch Auflagen der Unfallkasse Nord (Arbeitsschutzbehörde für die Theater Lübeck gGmbH), Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates bei Arbeitsschutz und vor allem bei Arbeitsgestaltung. Der Bereich unterliegt laut Betriebsverfassungsgesetz strenger Mitbestimmung. Der Aufwand für Gutachten, Schulungen, Gefährdungsanalysen ist erheblich gestiegen. Es ergeben sich Folgekosten im konsumtiven Bereich und im Investitionsbereich, die nicht verschoben werden können.

Durch die Mindestlohnerhöhung des Jahres 2017 und die hohen Tarifabschlüsse der Jahre 2018 bis 2020 kann die Mitarbeiterzahl und das Niveau des Theaters und Orchesters nur auf diese Weise aufrechterhalten werden. Anders als in den Vorjahren können pauschale Einsparungen bei den Personalkosten, die in den Haushaltsplänen angesetzt werden, 2019 nicht erreicht werden. Lohnnebenkostenerhöhungen, wie die hälftige Übernahme der Krankenkassenzusatzbeiträge oder die Erhöhung des Beitrags zur Pflegeversicherung von 2,55 auf 3,05 Prozent, schlagen hier besonders zu Buche.

Die Sanierung der Bühnenmaschinerie im Großen Haus musste im Sommer 2019 abgeschlossen werden. Ursprünglich war geplant, diese Ersatzinvestitionen mit in Aussicht gestellten Haushaltsresten des Landes Schleswig-Holstein oder mit Spenden finanziert werden. Die Spenden mussten für die Überarbeitung der Bestuhlung Großes Haus genutzt werden.

Für die Hydraulikanlage mussten neues Hydrauliköl, Filterwechsel und Schläuche erworben werden und das Altöl umweltgerecht entsorgt werden. Diese Kosten sind bisher vom Vermieter der Immobilie, der Hansestadt Lübeck, über das GMHL übernommen worden.

Dies hat für das Geschäftsjahr 2019 zur Folge, dass 950.000,-- Euro benötigt werden im Vorgriff auf den prognostizierten Verlustausgleich sowie zur Sicherung der Liquidität, da sonst das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit besteht.

Anlagen:
keine

Senatorin Kathrin Weiher

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07869
öffentlich

Lübeck, 21.06.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
4.401 - Schule und Sport

Bearbeitung: Claudia Weiß (E-Mail: Claudia.Weiss@luebeck.de Telefon: 122-4030)

Änderung des Tarifs für die Benutzung und Besichtigung der Viermastbark "Passat" in Lübeck-Travemünde/Priwall

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
26.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
19.09.2019	Schul- und Sportausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage beigefügte 4. Änderung des Tarifs für die Benutzung und Besichtigung der Viermastbark "Passat" in Lübeck-Travemünde/Priwall wird beschlossen.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: 1.201 Haushalt und Steuerung - Zustimmung
Ergebnis: 1.300 Recht – keine rechtlichen Bedenken

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

- [ ] Ja
- [x] Nein

Die Maßnahme ist:

- [ ] neu
- [x] freiwillig
- [ ] vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

- [ ] Nein
- [x] Ja (Anlage 1)

Begründung:

Im Vorgriff auf die für 2020/21 angestrebte Konsolidierungsmaßnahme zur Anpassung des Tarifes für die Benutzung und Besichtigung der „Passat“ ist eine anteilige Änderung des Tarifs vorgesehen. Letztmalig wurde der Tarif vollumfänglich in 2012 angepasst. Hintergrund hierfür sind die Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Realisierung des Projektes Priwall Waterfront und die damit verbundenen Beeinträchtigungen für die BesucherInnen der Passat.

Der Verbraucherpreisindex hat seit der letzten Tarifanpassung im Mai 2012 bis Mai 2019 eine Erhöhung um 8,6 % erfahren. Eine Erhöhung des Passat-Tarifs nach dem Verbraucherpreisindex würde nur die Inflation im Betrachtungszeitraum ausgleichen. Neben der allgemeinen Kostensteigerung sind jedoch in den vergangenen Jahren vorgenommene Investitionen z.B. zu verbesserten Sicherheitsstandards aufgrund einer Brandmeldeanlage sowie dem Angebot umfassend modernisierter Ausstellungs- und Sanitärräume zu berücksichtigen.

In einem ersten Schritt sollen daher zunächst zum 01.04.2020 nur die Besichtigungsentgelte gemäß § 7 des Tarifs angepasst werden. Die Erhöhung der Besichtigungsentgelte erfolgt oberhalb der Veränderung des Verbraucherpreisindexes im Betrachtungszeitraum in Orientierung an vergleichbare museale Einrichtungen und unter Berücksichtigung von gerundeten Bruttobeträgen mit nur einer Nachkommastelle für eine leichtere Abrechnung durch das Kassenpersonal.

Für die in einem zweiten Schritt geplante ganzheitliche Anpassung des Tarifs ist zeitnah die Veranlassung einer Entgeltkalkulation unter Betrachtung der gesamten zu deckenden Kosten vorgesehen, die eine erneute Beschlussfassung über den gesamten Tarif im Jahr 2020 ermöglichen wird.

Die hier vorgesehene Preiserhöhung umfasst alle bisherigen Besichtigungsentgelte nach § 7, mit Ausnahme derer für Kinder unter 6 Jahren. Ihnen wird auch künftig freier Eintritt gewährt. Die konkreten Änderungen sind in den Anlagen dargestellt.

Vorgenannte Preiserhöhungen lassen unter Zugrundelegung der letztjährigen durchschnittlichen Besucherzahlen (31.000 Personen) jährlich Mehreinnahmen von ca. 25.000,00 Euro erwarten.

Anlagen:
1 - Finanzielle Auswirkungen
2 - 4. Änderung des Tarif für die Benutzung und Besichtigung der Viermastbark "Passat" in Lübeck-Travemünde/Priwall (gültig ab 01.04.2020)
3 - Synoptische Darstellung des geänderten § 7

Senatorin Kathrin Weiher

Bereich: 4.401 Schule und Sport | **Anlage zur Vorlage vom 21.06.2019**
Produkte: 424004 | **VO-Nr.: VO/2019/07869**

2. Verfahrensübersicht – Finanzielle Auswirkungen — KONSUMTIV

Finanzielle Auswirkungen in €	2020	2021	2022	2023
Erträge	25.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Saldo Ergebnisplan	**25.000,00**	**25.000,00**	**25.000,00**	**25.000,00**
Einzahlungen	**25.000,00**	**25.000,00**	**25.000,00**	**25.000,00**
Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Saldo Finanzplan	**25.000,00**	**25.000,00**	**25.000,00**	**25.000,00**

2020	Ergebnisplan	Finanzplan	Ergebnisplan Gesamtlaufzeit	Finanzplan Gesamtlaufzeit
Mittel **veranschlagt**				
Zusätzl. **zu ordnen**				
Haushalts**belastend**				
Haushalts**entlastend**	X	X	X	X
Haushalts**neutral**				

Haushaltsjahr 2020	Produktsachkonten Bezifferung	Produktsachkonten Bezeichnung	Ergebnisplan Betrag in €
(Minder) Erträge:			
(Mehr) Erträge:	424004 000.4461	Bark Passat/ sonst. privat-rechtl. Leistungsentgelte	**25.000,00**
(Minder) Aufwendungen:			
(Mehr) Aufwendungen:			
		Saldo Ergebnisplan	**25.000,00**

	Produktsachkonten Bezifferung	Produktsachkonten Bezeichnung	Finanzplan Betrag in €
(Minder) Einzahlungen:			
(Mehr) Einzahlungen:	424004 000.6461	Bark Passat/ sonst. privat-rechtl. Leistungsentgelte	**25.000,00**
(Minder) Auszahlungen:			
(Mehr) Auszahlungen:			
		Saldo Finanzplan	**25.000,00**

Anlage

4. Änderung des Tarifs für die Benutzung und Besichtigung der Viermastbark "Passat" in Lübeck-Travemünde/Priwall

Aufgrund des § 28 Abs. 1 Ziffer 13 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird der Tarif für die Benutzung und Besichtigung der Viermastbark "Passat" in Lübeck-Travemünde/Priwall vom 25.05.2012 durch Beschluss der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck vom .. . .. .2019 wie folgt geändert:

1.

§ 7 - Besichtigungsentgelte - erhält folgende Fassung:

Für die „Passat“ wird **pro Person und Besuch** ein Eintrittsgeld in folgender Höhe erhoben:

a) Erwachsene	5,00 Euro
b) Kinder u. Jugendliche 6 bis 18 Jahre (nur in Begleitung eines Erwachsenen/Jugendgruppenleiter/in mit amtlichem Ausweis)	2,50 Euro

Ermäßigten Eintritt erhalten:

a) Erwachsenengruppen ab 10 Personen	4,50 Euro
b) Schulklassen u. Jugendgruppen ab 10 Personen (nur in Begleitung einer Lehrkraft/Jugendgruppenleiter/in mit amtlichem Ausweis)	2,00 Euro
c) notwendige Begleitperson (pro 10-köpfiger Gruppe wird 1 Begleitperson anerkannt)	2,50 Euro
d) Familien mit Familienkarte 1 (1 Erw. mit max. 5 seiner/ihrer Kinder bis zu 18 Jahren)	6,00 Euro
e) Familien mit Familienkarte 2 (bis zu 2 Erw. mit max. 5 derer Kinder bis zu 18 Jahren)	10,00 Euro
f) Erwachsene mit Ostsee-Card	4,00 Euro
g) Kinder u. Jugendliche mit Ostsee-Card	2,00 Euro
h) Besichtigungsgäste mit Lübeck-Card	2,50 Euro

Freien Eintritt erhalten:

a) Kinder unter 6 Jahren
b) Gäste der Passat, die im Rahmen von Feierlichkeiten/Raumanmietungen das Schiff incl. Ausstellungsraum besichtigen
c) Inhaber/innen eines Lübecker Ferienpasses
d) Personen, an deren Besuch die Hansestadt Lübeck ein Interesse hat (Einzelfallentscheidung)

2.

Die Änderung des Tarifs tritt am 01.04.2020 in Kraft.

Lübeck, den

Der Bürgermeister

Tarif für die Benutzung und Besichtigung der Viermastbark "Passat" in Lübeck-Travemünde/Priwall vom 25.05.2012

Der Tarif für die Benutzung und Besichtigung der Viermastbark "Passat" in Lübeck-Travemünde/Priwall vom 27.05.1977 wird nach Beschlussfassung durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck am 24.05.2012 gem. § 28 Ziff. 13 der GO Schleswig-Holstein wie folgt festgesetzt:

Auszug:

§ 7
Besichtigungsentgelte

Für die „Passat“ wird **pro Person und Besuch** ein Eintrittsgeld in folgender Höhe erhoben:

a) Erwachsene	4,00 Euro
b) Kinder u. Jugendliche 6 bis 18 Jahre (nur in Begleitung eines Erwachsenen/Jugendgruppenleiter/in mit amtlichem Ausweis)	2,00 Euro

Ermäßigten Eintritt erhalten:

a) Erwachsenengruppen ab 10 Personen	3,50 Euro
b) Schulklassen u. Jugendgruppen ab 10 Personen (nur in Begleitung einer Lehrkraft/Jugendgruppenleiter/in mit amtlichem Ausweis)	1,00 Euro
c) notwendige Begleitperson (pro 10-köpfiger Gruppe wird 1 Begleitperson anerkannt)	1,50 Euro
d) Familien mit Familienkarte 1 (1 Erw. mit max. 5 seiner/ihrer Kinder bis zu 18 Jahren)	5,00 Euro
e) Familien mit Familienkarte 2 (bis zu 2 Erw. mit max. 5 derer Kinder bis zu 18 Jahren)	9,00 Euro
f) Erwachsene mit Ostsee-Card	3,20 Euro
g) Kinder u. Jugendliche mit Ostsee-Card	1,60 Euro
h) Besichtigungsgäste mit Lübeck-Pass	2,00 Euro

Freien Eintritt erhalten:

a) Kinder unter 6 Jahren
b) Gäste der Passat, die im Rahmen von Feierlichkeiten/Raumanmietungen das Schiff incl. Ausstellungsraum besichtigen
c) Inhaber/innen eines Lübecker Ferienpasses
d) Personen, an deren Besuch die Hansestadt Lübeck ein Interesse hat (Einzelfallentscheidung)

Tarif für die Benutzung und Besichtigung der Viermastbark "Passat" in Lübeck-Travemünde/Priwall vom .. . .. .2019

Der Tarif für die Benutzung und Besichtigung der Viermastbark "Passat" in Lübeck-Travemünde/Priwall vom 27.05.1977 wird nach Beschlussfassung durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck am .. . .. .2019 gem. § 28 Ziff. 13 der GO Schleswig-Holstein wie folgt festgesetzt:

Auszug:

§ 7
Besichtigungsentgelte

Für die „Passat“ wird **pro Person und Besuch** ein Eintrittsgeld in folgender Höhe erhoben:

a) Erwachsene	5,00 Euro
b) Kinder u. Jugendliche 6 bis 18 Jahre (nur in Begleitung eines Erwachsenen/Jugendgruppenleiter/in mit amtlichem Ausweis)	2,50 Euro

Ermäßigten Eintritt erhalten:

a) Erwachsenengruppen ab 10 Personen	4,50 Euro
b) Schulklassen u. Jugendgruppen ab 10 Personen (nur in Begleitung einer Lehrkraft/Jugendgruppenleiter/in mit amtlichem Ausweis)	2,00 Euro
c) notwendige Begleitperson (pro 10-köpfiger Gruppe wird 1 Begleitperson anerkannt)	2,50 Euro
d) Familien mit Familienkarte 1 (1 Erw. mit max. 5 seiner/ihrer Kinder bis zu 18 Jahren)	6,00 Euro
e) Familien mit Familienkarte 2 (bis zu 2 Erw. mit max. 5 derer Kinder bis zu 18 Jahren)	10,00 Euro
f) Erwachsene mit Ostsee-Card	4,00 Euro
g) Kinder u. Jugendliche mit Ostsee-Card	2,00 Euro
h) Besichtigungsgäste mit Lübeck-Card	2,50 Euro

Freien Eintritt erhalten:

a) Kinder unter 6 Jahren
b) Gäste der Passat, die im Rahmen von Feierlichkeiten/Raumanmietungen das Schiff incl. Ausstellungsraum besichtigen
c) Inhaber/innen eines Lübecker Ferienpasses
d) Personen, an deren Besuch die Hansestadt Lübeck ein Interesse hat (Einzelfallentscheidung)

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07941
öffentlich

Lübeck, 22.07.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
2.000 - Fachbereichsleitung

Bearbeitung: Britta Pohlmann (E-Mail: britta.pohlmann@luebeck.de Telefon: 122-2001)

Annahme einer Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck in Höhe von 20.000,00 EUR für das Weihnachtswunderland (Kindereisbahn) im Jahr 2019

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
19.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
09.09.2019	Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck für die Kindereisbahn des Weihnachtswunderlandes im Jahr 2019 in Höhe von 20.000,00 EUR wird angenommen.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: 1.201 – Haushalt und Steuerung
Ergebnis: Zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
[ ] Ja
[X] Nein
Begründung: Es handelt sich lediglich um eine Spendenannahme.

Die Maßnahme ist:
[ ] neu
[ ] freiwillig
[X] vorgeschrieben durch: § 76 Abs. 4 GO

Finanzielle Auswirkungen:
[ ] Nein
[X] Ja

Begründung:

Auch in diesem Jahr soll die weihnachtliche Aktivlandschaft am Europäischen Hansemuseum vom 25. November 2019 bis 01. Januar 2020 wieder zum beliebten Treffpunkt für alle kleinen Weihnachtsengel und diejenigen werden, die sich ihr inneres Kind bewahren konnten.

Die 200 m² große Kindereisbahn am Europäischen Hansemuseum ist eines der stärksten Zugpferde des „Weihnachtswunderlandes“.

Für die Mehrfachspende gilt nach Abschnitt II. der Dienstanweisung zur Umsetzung von § 76 Abs. 4 GO:

Leistet ein/e GeberIn in einem Haushaltsjahr mehrere Spenden, deren Gesamtwert die Wertgrenze für die Zuständigkeit als Einzelspende überschreitet, so entscheidet vom Zeitpunkt der Überschreitung der Wertgrenze das unter Zugrundelegung der Höhe des Gesamtwertes der Spenden zuständige Organ über die Annahme oder Vermittlung der Spenden.

Mit der Spende über 20.000,00 Euro erreicht die Spendensumme der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck im Jahr 2019 einen Gesamtwert von 336.875,00 Euro. Im Zuge des Mehrfachspendenverfahrens ist der Hauptausschuss nach der am 21.03.2013 von ihr beschlossenen Delegationsregelung für die Annahme dieser Einzelspende über 20.000,00 Euro zuständig.

Anlagen:
./.

Senator Sven Schindler

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07942
öffentlich

Lübeck, 22.07.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
2.000 - Fachbereichsleitung

Bearbeitung: Britta Pohlmann (E-Mail: britta.pohlmann@luebeck.de Telefon: 122-2001)

Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 80.000,00 EUR für das Weihnachtswunderland im Jahr 2019

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
02.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
09.09.2019	Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 80.000,00 EUR für die Durchführung des Weihnachtswunderlandes im Jahr 2019 wird angenommen.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: 1.201 – Haushalt und Steuerung
Ergebnis: Zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
[ ] Ja
[X] Nein
Begründung: Es handelt sich lediglich um eine Spendenannahme.

Die Maßnahme ist:
[ ] neu
[ ] freiwillig
[X] vorgeschrieben durch: § 76 Abs. 4 GO

Finanzielle Auswirkungen:
[ ] Nein
[X] Ja

Begründung:

Auch in diesem Jahr soll die weihnachtliche Aktivlandschaft am Europäischen Hansemuseum vom 25. November 2019 bis 01. Januar 2020 wieder zum beliebten Treffpunkt für alle kleinen Weihnachtsengel und diejenigen werden, die sich ihr inneres Kind bewahren konnten.

Es handelt sich bei dieser Spende um eine Mehrfachspende.

Für die Mehrfachspende gilt nach Abschnitt II. der Dienstanweisung zur Umsetzung von § 76 Abs. 4 GO:

Leistet ein/e GeberIn in einem Haushaltsjahr mehrere Spenden, deren Gesamtwert die Wertgrenze für die Zuständigkeit als Einzelspende überschreitet, so entscheidet vom Zeitpunkt der Überschreitung der Wertgrenze das unter Zugrundelegung der Höhe des Gesamtwertes der Spenden zuständige Organ über die Annahme oder Vermittlung der Spenden.
Mit der Spende über 80.000,00 Euro erreicht die Spendensumme der Possehl-Stiftung im Jahr 2019 einen Gesamtwert von 369.371,00 Euro.

Im Zuge des Mehrfachspendenverfahrens ist der Hauptausschuss nach der am 21.03.2013 von ihr beschlossenen Delegationsregelung für die Annahme dieser Einzelspende über 80.000,00 Euro zuständig.

Anlagen:
./.

Senator Sven Schindler

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08137
öffentlich

Lübeck, 04.09.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
4.041 - Fachbereichs-Dienste

Bearbeitung: Friederike Lorenzen (E-Mail: friederike.lorenzen@luebeck.de Telefon: 122-7518)

Annahme von Zuwendungen der Possehl-Stiftung für den Wissensglobus (35.000,00 EUR und 10.000,00 EUR), die Jugendberufsagentur (23.000,00 EUR) und den Lübecker Wissenschaftspfad (39.000,00 EUR)

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
16.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:
Die von der Possehl-Stiftung zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 35.000,00 EUR, 10.000,00 EUR, 23.000,00 EUR und 39.000,00 EUR werden angenommen.

Verfahren:
Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

- [ ] Ja
- [X] Nein

Die Maßnahme ist:

- [ ] neu
- [X] freiwillig
- [ ] vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

- [ ] Nein
- [X] Ja

Begründung:
Der Wissensglobus: "Immersive experiences“ eröffnen neue Erkenntnis Horizonte
Ein Globus bildet die Welt in klein ab und macht Zusammenhänge sichtbar und verständlich. Der „Wissensglobus“ knüpft genau da an und bringt die Welt auf ungewöhnliche Art und Weise zu den Menschen vor Ort. Der „Wissensglobus“ ist eine individuelle und medienwirksame Plattform für Digitalisierungsthemen und damit ein neuer innovativer Ort für Kommunikation und Kooperation, ein Ort für Kunst und Kultur in der Symbiose mit Wissen(schaft) in Form eines mobilen, kugelförmigen 360°-Kinos als Erlebnis- und Möglichkeitsraum - initiiert als Co-Creation von Susanne Kasimir - Hansestadt Lübeck - und Ralph Heinsohn, Kurator des Schwerpunkts immersiver Medien auf den Nordischen Filmtagen Lübeck und Creative Direc-

tor des Science Domes an der Experimenta in Heilbronn, dem nach Neueröffnung im März 2019 größten Science Center Deutschlands.
Erstmalig im Frühjahr 2019 wurde im Rahmen dieses Projektes in Kooperation mit der Interessengemeinschaft Dornbreite e.V. ein besonderer witterungsunabhängiger Ort für die Auszeichnung des „Bewegungstreffpunkts Humboldtwiese“ als offizielles Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt geschaffen: Eine Wiese als digitaler Experimentierraum im Grünen. Nachhaltigkeit und Digitalisierung wuchsen in Lübeck zusammen. Die Hansestadt Lübeck konnte sich durch diese kreative Idee auch überregional als innovativer Standort darstellen.
Mit diesem Auftakt wurde ein Experiment zum Pilotprojekt: Eine nächste kreative Partnerschaft ist bereits bei den diesjährigen 61. Nordischen Filmtagen Lübeck beabsichtigt.
Das auf der Humboldtwiese zum Einsatz gekommene sog. Fulldome-"Kino" bietet rd. 35 Gästen in der knapp 10 m Durchmesser großen Halbkugel ein witterungsunabhängiges Erleben von immersiven Produktionswelten – Virtual Reality ohne Brille.
Während des Filmfestivals wird erstmalig in der Hansestadt Lübeck auf dem Klingenberg eines der größten mobilen Full-Dome-Systeme weltweit aufgestellt werden: der 360°- „InfinityDome“ mit einem Außen-Durchmesser von fast 20 m, mit dem es möglich ist, VR-Content und 360°-Produktionen für bis zu 200 Personen gleichzeitig vorzuführen. Um den erhöhten Aufwand leisten und inhaltliche Synergieeffekte nutzen zu können, wird der „Infinity-Dome“ während der Festivaltage grundsätzlich am Vormittag bzw. über die Mittagsstunden als „Wissensglobus“ und ab Nachmittag bis in den Abend das 360°-Kino und damit die Spielstätte der NFL. Mit dieser Aufteilung kann eine effizientere Nutzung und Auslastung erreicht werden. Zum Thema Wasser soll mittels speziellem Format ein "echtes" virtuelles Erleben durch eine Kombination von 360°-Film, Vortrag und Unterwasserprojektionen erreicht werden.
Es ist der Stabstelle Strategische Projektplanung und Fundraising mit einem überzeugenden Konzept gelungen, die Possehl-Stiftung in ihrem 100. Jubiläumsjahr als „Möglichkeitsmacher“ dieses besonderen Projekts und Wissensortes zu gewinnen mit Spenden in Höhe von

- 10.000 EUR für den „Wissensglobus: Die Humboldtwiese 360° Experimentierraum im Grünen“ vom 08.-10-03.2019 und
- 35.000 EUR für den „Wissensglobus@nordischefilmtage“ vom 29.10.-03.11..2019

Für die Mehrfachspende gilt nach Abschnitt II. der Dienstanweisung zur Umsetzung von § 76 Abs. 4 GO:

Leistet ein/e GeberIn in einem Haushaltsjahr mehrere Spenden, deren Gesamtwert die Wertgrenze für die Zuständigkeit als Einzelspende überschreitet, so entscheidet vom Zeitpunkt der Überschreitung der Wertgrenze das unter Zugrundelegung der Höhe des Gesamtwertes der Spenden zuständige Organ über die Annahme oder Vermittlung der Spenden.
Mit der Spende über 35.000,00 EUR und 10.000,00 EUR erreicht die Spendensumme der Possehl-Stiftung im Jahr 2019 einen Gesamtwert von 414.371,00 EUR. Im Zuge des Mehrfachspendenverfahrens ist der Hauptausschuss nach der am 21.03.2013 von ihr beschlossenen Delegationsregelung für die Annahme dieser Einzelspende über 10.000,00 Euro zuständig.

Die Jugendberufsagentur und ihr Eingang in eine bessere Berufswelt
Mit der Einrichtung einer JBA soll in Lübeck eine zentrale Anlaufstelle für Jugendliche und junge Erwachsene geschaffen werden mit dem Ziel, durch verstärkte Kooperation unter einem Dach und verbessertem behördenübergreifenden Ressourceneinsatz einen umfassenden Zugang zu allen Beratungs- und Dienstleistungsangeboten zu garantieren. Hieran wird bereits seit Anfang 2017 intensiv gearbeitet. Mit Beschluss vom 30.08.2018 bekannte sich die Lübecker Bürgerschaft zu dem Kooperationsprojekt und stellte damit die entscheidenden Weichen zur Zusammenführung aller Aufgabenträger unter dem gemeinsamen Dach einer JBA Lübeck am zentralen Standort Hans-Böckler-Straße. Die Hansestadt Lübeck, die Agentur für Arbeit Lübeck und das Jobcenter Lübeck sowie die beruflichen und allgemeinbildenden Schulen wollen diese Herausforderung nun künftig gemeinsam im engen Schulterschluss angehen. Verwaltungsvereinbarungen regeln sowohl Zusammenarbeit als auch die Finanzierung durch die einzelnen Kooperationspartner. Die MitarbeiterInnen der beteiligten Aufgabenträger nach den Sozialgesetzbücher (SGB) II, III, VIII, IX und XII sowie Lehrkräfte der berufsbildenden Schulen arbeiten dann gemeinsam zu Öffnungs- und Präsenzzeiten

bzw. nach Bedarf in einem eigenen, gekennzeichneten Bereich. Hierfür sind seitens der Arbeitsagentur Lübeck umfangreiche Baumaßnahmen und interne Umzüge sowie die Anmietung zusätzlicher Raumressourcen für auszulagernde Teilbereiche des Jobcenters erforderlich. Beabsichtigt ist, diese Bau- / Umbaumaßnahme an die große Baumaßnahme durch das Jobcenter zu koppeln. Die Hansestadt Lübeck hat aufgrund der hohen Bedeutung Finanzmittel und Personalstellen in den Haushalt eingestellt, um ebenso wie alle weiteren Beteiligten ihren Beitrag zu leisten.
Der Eingangsbereich ist die Visitenkarte eines Hauses und heißt den eintretenden Gast willkommen. Dieser Gestaltung kommt bei der JBA eine große Bedeutung zu. Hier müssen neue Wege gegangen werden. Es geht nicht nur darum, den jungen Menschen den Übergang zwischen Schule und Beruf durch ein von allen Partnern getragenes Übergangsmanagement zu erleichtern und sie zu qualifizieren, zumal der demographische Wandel schon jetzt Folgen für den Arbeitsmarkt und die Fachkräftesituation aufweist. Der selbst gesetzte Auftrag aller Kooperationspartner „Niemand darf verloren gehen“ soll sich bereits beim Aufsuchen wiederfinden. Es gilt, diese jungen Menschen zu motivieren, ein neues Image zu schaffen und Aufbruchstimmung zu erzeugen: Weg von der staatlichen „Hilfe“ hin zum modernen „Coaching“. Dieses Gefühl soll sich bereits beim Betreten der JBA einstellen: Ein Eingang in eine bessere Zukunft!
Um einen jugendgerechten „Raum“ zu schaffen, der über die üblichen öffentlichen Gestaltungsrichtlinien und damit gesetztem Finanzrahmen hinaus eine erlaubende und vertrauensvolle Atmosphäre ermöglicht, waren deshalb weitere Partner über einzuwerbende Spenden erforderlich. Die Possehl-Stiftung hat für das Projekt antragsgemäß 50 % über eine Spende in Höhe von **20.000 EUR** bewilligt und zusätzlich noch einen Betrag in Höhe von **bis zu 3.000 EUR** zur Verfügung gestellt für Maßnahmen und Anschaffungen, die von der Zielgruppe „SchülerInnen mit Lernhemmnisse“ ausgearbeitet bzw. vorgeschlagen werden.
Für die Mehrfachspende gilt nach Abschnitt II. der Dienstanweisung zur Umsetzung von § 76 Abs. 4 GO:

Leistet ein/e GeberIn in einem Haushaltsjahr mehrere Spenden, deren Gesamtwert die Wertgrenze für die Zuständigkeit als Einzelspende überschreitet, so entscheidet vom Zeitpunkt der Überschreitung der Wertgrenze das unter Zugrundelegung der Höhe des Gesamtwertes der Spenden zuständige Organ über die Annahme oder Vermittlung der Spenden.
Mit der Spende über 23.000,00 Euro erreicht die Spendensumme der Possehl-Stiftung im Jahr 2019 einen Gesamtwert von 437.371,00 Euro. Im Zuge des Mehrfachspendenverfahrens ist der Hauptausschuss nach der am 21.03.2013 von ihr beschlossenen Delegationsregelung für die Annahme dieser Einzelspende über 23.000,00 Euro zuständig.

Der Lübecker Wissenschaftspfad
Seit Beginn des Lübecker Wissenschaftsjahres 2012 führt ein besonderer Themenpfad durch die Innenstadt: Vom Burgtor und Europäischen Hansemuseum bis hin zum Mühlentor und Museum für Natur und Umwelt stellen zehn interaktive Exponate naturwissenschaftliche Phänomene vor, erklären diese, bieten die Möglichkeit zum Ausprobieren und greifen die starken Forschungsfelder der Lübecker Hochschulen auf. Die Bedeutung von Wissenschaft für die Zukunft der Stadt wird betont, indem der Wissenschaftspfad auch in allen zehn Stadtteilen über jeweils ein interaktives Partnergerät präsent ist. Dies war ein gelungenes Experiment für alle. Wissenschaft wurde damit erstmalig „begreifbar“ und die Lübecker Hochschulen im Herzen der Stadt sichtbar.
Der Wissenschaftspfad ist heute fester Bestandteil des „Stadtmobiliars“ und erfreut sich nach wie vor der Beliebtheit bei Touristen und Gästen. Jedoch konnten mit Auslaufen der finanziellen Förderung des Wissenschaftsmanagements zum 31.12.2016 in der sich anschließenden "Übergangsphase" durch die Hansestadt Lübeck mit Blick auf das angekündigte neue Konzept der drei Lübecker Hochschulen weder Verpflichtungen eingegangen noch Förderanträge gestellt werden.
Es war eine Grundsatzentscheidung zum Wissenschaftspfad erforderlich: Aufrechterhaltung oder Rückbau.
Nachdem im Sommer 2018 mit den PräsidentInnen der drei Hochschulen Einvernehmen erzielt wurde, dass das bestehende Stadtteilkonzept mit dem Wissenschaftspfad nicht nur aufrechterhalten, sondern auch weiterentwickelt und in der Zukunft auch von diesen wissen-

schaftlich begleitet werden soll, wurde auf deren Bitte ein entsprechender Antrag auf die für den Fortbestand erforderlichen Fördermittel direkt und gesondert von der Hansestadt Lübeck gestellt werden. Hintergrund ist, dass sich das neue Konzept ausschließlich auf die drei Hochschulen ohne die Stadt bezieht. Bei diesem Pfad der Wissenschaft handelt es sich seit Anbeginn um ein Drittmittel-finanziertes Projekt – von der Errichtung bis hin zum Aufwand für Unterhaltung und Pflege der Exponate.
Dank einer Förderzusage der **Possehl-Stiftung in Höhe von 39.000 EUR** ist der **Fortbestand des Lübecker Wissenschaftspfads** für einen **dreijährigen Zeitraum vom 01.01.2019 – 31.12.2021** gesichert, dieses umfasst auch die dringend notwendige Instandsetzung.
Um Synergien bestmöglich zu nutzen, wurde das Projekt "Lübecker Wissenschaftspfad" bereits zum 01.01.2019 der Volkshochschule übertragen, um eine Verbindung mit dem ebenfalls durch die Possehl-Stiftung geförderten und von der VHS koordinierten Projekt "Bürgerakademie" herzustellen. Denn mit erfolgreicher Bewerbung der Hansestadt Lübeck um den Titel „Stadt der Wissenschaft“ wurde die Ursprungsidee einer „Akademie der Lübecker Wissensbürger“ (aus der Erstbewerbung 2009) im Jahre 2011 als "Bürgerakademie" realisiert. Gegenüber dem früheren Format, das vorrangig eine Bündelung von Angeboten diverser Vereine, Institutionen etc. vorsah, sollte im Zuge der Neukonzeption der Bürgerakademie schwerpunktmäßig gezielt eine inhaltliche thematische Ausgestaltung angestrebt werden. Eine verstärkte Vermarktung in touristischer Hinsicht soll zudem durch die LTM erfolgen; mit dem Kulturkatalog 2017 und 2019 wurde hier bereits ein erster Anfang gemacht.
Der Lübecker Wissenschaftspfad bildet eine geeignete Struktur zur Verdeutlichung und Erprobung von Wissen als Wert für jeden einzelnen Bürger und auch die Touristen. Daher soll er fortbestehen, wissenschaftlich begleitet und einer breiten Öffentlichkeit stärker vermittelt werden. Zugleich bietet sich hierüber ein sehr großes Potential, um für unsere Stadt als Hochschulstandort zu werben. Dieses gilt es mit vereinten Kräften wieder stärker in den Focus zu rücken.
Für die Mehrfachspende gilt nach Abschnitt II. der Dienstanweisung zur Umsetzung von § 76 Abs. 4 GO:

Leistet ein/e GeberIn in einem Haushaltsjahr mehrere Spenden, deren Gesamtwert die Wertgrenze für die Zuständigkeit als Einzelspende überschreitet, so entscheidet vom Zeitpunkt der Überschreitung der Wertgrenze das unter Zugrundelegung der Höhe des Gesamtwertes der Spenden zuständige Organ über die Annahme oder Vermittlung der Spenden.
Mit der Spende über 39.000,00 EUR erreicht die Spendensumme der Possehl-Stiftung im Jahr 2019 einen Gesamtwert von 476.371,00 EUR. Im Zuge des Mehrfachspendenverfahrens ist der Hauptausschuss nach der am 21.03.2013 von ihr beschlossenen Delegationsregelung für die Annahme dieser Einzelspende über 39.000,00 EUR zuständig.

Anlagen:
Spendenzusagen der Possehl-Stiftung

Senatorin Kathrin Weiher

Fachbereich Kultur und Bildung
Fachbereichsleitung
– 8. Mai 2019
Eingegangen

POSSEHL Stiftung

Frau
Senatorin Kathrin Weiher
Hansestadt Lübeck
Schildstraße 12

23552 Lübeck

Lübeck, 29. April 2019 /ms-mi
(Bei Korrespondenz bitte angeben):C_190144

Bitte um finanzielle Unterstützung für den Wissensglobus vom 08.03.19 - 10.03.19

Sehr geehrte Frau Senatorin Weiher,

wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass die Possehl-Stiftung in ihrer Sitzung vom 25.04.2019 beschlossen hat, für Ihr oben genanntes Projekt einen Betrag in Höhe von

€ 10.000,00

zur Verfügung zu stellen. **Grundlage für diese Zuwendung und die sich daraus ergebende Förderquote (prozentualer Anteil der Possehl-Förderung an den Gesamtkosten) sind u. a. die in der Antragstellung genannten Gesamtkosten. Wir bitten unbedingt zu beachten, dass Abweichungen zu den in der Antragstellung genannten Gesamtkosten bzw. zur Förderquote unmittelbar mitgeteilt werden müssen. Diese bedürfen ggfs. der Zustimmung des Stiftungsvorstandes.**

Für die Zahlungsabwicklung bitten wir um Verwendung des beigefügten Formulars „Mittelabruf". Die Überweisung wird dann von hier aus automatisch vorgenommen. Nach Eingang senden Sie uns bitte eine Spendenbescheinigung zu.

Nach Abschluss des Projektes: Wir bitten um Vorlage eines Verwendungsnachweises. Der formale Aufbau richtet sich nach dem mit dem Antrag eingereichten Kosten- und Finanzierungsplan. Es müssen **alle** Ausgaben und Einnahmen aufgeführt werden. Die Ausgaben und Einnahmen müssen ausgeglichen sein.

Possehl-Stiftung Beckergrube 38-52, 23552 Lübeck
Telefon +49(0)451 148–200, Telefax +49(0)451 148–302
possehl-stiftung@possehl.de, www.possehl-stiftung.de

Der Förderbetrag sowie in der Antragstellung genannte Eigenanteile sind in der Einnahmenberechnung auszuweisen. Der Abgleich zwischen Antragstellung und Verwendungsnachweis muss nachvollziehbar sein.

Wir wünschen Ihnen und allen Beteiligten für Ihr Vorhaben alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Max Schön
Vorsitzender

POSSEHL Stiftung

Absender:

Possehl-Stiftung
- Zahlungsabwicklung -
Beckergrube 38-52
23552 Lübeck

Mittelabruf zu Bewilligung Nr.: _____

Verwendungszweck bzw. Titel:

Wir bitten um Überweisung von Fördermitteln in Höhe von _____ €

Unsere Bankverbindung:

Name des Kreditinstituts _____

IBAN (bitte vollständig) _____

BIC _____

Name des Kontoinhabers _____

Adresse _____

Diesem Mittelabruf sind folgende Anlagen beigefügt:
(Verwendungsnachweis, ggf. Zahlungsplan)

Ort, Datum

Name und Funktion der/des Unterzeichnenden

rechtsverbindliche Unterschrift(en) und Stempel

Fachbereich Kultur und Bildung
Fachbereichsleitung
11. Juli 2019
Eingegangen

POSSEHL Stiftung

Frau
Senatorin Kathrin Weiher
Hansestadt Lübeck
Schildstraße 12
23552 Lübeck

Lübeck, 1. Juli 2019 /wr-Hi
(Bei Korrespondenz bitte angeben): C-190256

Projekt: Der Wissensglobus: "Immersive experiences“ eröffnen neue Erkenntnis Horizonte.

Sehr geehrte Frau Senatorin Weiher,

wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass die Possehl-Stiftung in ihrer Sitzung vom 28.06.2019 beschlossen hat, für Ihr oben genanntes Projekt einen Betrag in Höhe von

€ 35.000,00

zur Verfügung zu stellen. **Grundlage für diese Zuwendung und die sich daraus ergebende Förderquote (prozentualer Anteil der Possehl-Förderung an den Gesamtkosten) sind u. a. die in der Antragstellung genannten Gesamtkosten. Wir bitten unbedingt zu beachten, dass Abweichungen zu den in der Antragstellung genannten Gesamtkosten bzw. zur Förderquote unmittelbar mitgeteilt werden müssen. Diese bedürfen ggfs. der Zustimmung des Stiftungsvorstandes.**

Für die Zahlungsabwicklung bitten wir um Verwendung des beigefügten Formulars „Mittelabruf“. Nach Eingang senden Sie uns bitte eine Spendenbescheinigung zu.

Nach Abschluss des Projektes: Wir bitten um Vorlage eines Verwendungsnachweises. Der formale Aufbau richtet sich nach dem mit dem Antrag eingereichten Kosten- und Finanzierungsplan. Es müssen **alle** Ausgaben und Einnahmen aufgeführt werden. Die Ausgaben und Einnahmen müssen ausgeglichen sein. **Der Förderbetrag sowie in der Antragstellung genannte Eigenanteile sind in der Einnahmenberechnung auszuweisen.** Der Abgleich zwischen Antragstellung und Verwendungsnachweis muss nachvollziehbar sein.

Wir wünschen Ihnen und allen Beteiligten für Ihr Vorhaben alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Klaus-Peter Wolf-Regett
Stellv. Vorstandsvorsitzender
der Possehl-Stiftung

EMIL EIN100
Hundert Jahre
Possehl-Stiftung!

Beckergrube 38–52
23552 Lübeck
Tel. +49(0)451 148–200
Fax +49(0)451 148–302
possehl-stiftung@possehl.de
www.possehl-stiftung.de

POSSEHL Stiftung

Absender:

Possehl-Stiftung
- Zahlungsabwicklung -
Beckergrube 38-52
23552 Lübeck

Mittelabruf zu Bewilligung Nr.: _____

Verwendungszweck bzw. Titel gemäß Antragstellung:

Wir bitten um Überweisung von Fördermitteln in Höhe von _____ €

Unsere Bankverbindung:

Name des Kreditinstituts _____

IBAN (bitte vollständig) _____

BIC _____

Verwendungszweck _____

Name des Kontoinhabers _____

Adresse _____

Diesem Mittelabruf sind folgende Anlagen beigefügt:
(Verwendungsnachweis, ggfs. Zahlungsplan)

_____ _____

Ort, Datum Name und Funktion der/des Unterzeichnenden

_____

rechtsverbindliche Unterschrift(en) und Stempel

WV → n. Stellungnahme.
Kopie, Bitte I. Kenntnis
FBA und

Fachbereich Kultur und Bildung
Fachbereichsleitung
11. Juli 2019
Eingegangen

POSSEHL Stiftung

SK 12/08.2019

Frau
Senatorin Kathrin Weiher
Hansestadt Lübeck
Schildstraße 12
23552 Lübeck

Lübeck, 2. Juli 2019 /wr-Hi
(Bei Korrespondenz bitte angeben): D-190258

Projekt: Die Jugendberufsagentur und ihr Eingang in eine bessere Berufswelt

Sehr geehrte Frau Senatorin Weiher,

wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass die Possehl-Stiftung in ihrer Sitzung vom 28.06.2019 beschlossen hat, für Ihr oben genanntes Projekt einen Betrag in Höhe von

€ 20.000,00

zur Verfügung zu stellen.

Grundlage für diese Zuwendung und die sich daraus ergebende Förderquote (prozentualer Anteil der Possehl-Förderung an den Gesamtkosten) sind u. a. die in der Antragstellung genannten Gesamtkosten. Wir bitten unbedingt zu beachten, dass Abweichungen zu den in der Antragstellung genannten Gesamtkosten bzw. zur Förderquote unmittelbar mitgeteilt werden müssen. Diese bedürfen ggfs. der Zustimmung des Stiftungsvorstandes.

Zusätzlich zu dieser Förderung steht Ihnen ein Betrag von

→ Frau Reichelt

bis zu € 3.000,00

zur Verfügung. Dieses ergänzende Zusatzbudget steht ausschließlich für Maßnahmen und Anschaffungen zur Verfügung, die von der Zielgruppe "Schüler/Innen mit Lernhemmnissen" ausgearbeitet bzw. vorgeschlagen werden. Wir bitten diesbezüglich um einen entsprechenden Bericht.

EMIL EINOO
Hundert Jahre
Possehl-Stiftung!

Beckergrube 38–52
23552 Lübeck
Tel. +49(0)451 148–200
Fax +49(0)451 148–302
possehl-stiftung@possehl.de
www.possehl-stiftung.de

Für die Zahlungsabwicklung bitten wir um Verwendung des beigefügten Formulars „Mittelabruf".

Mit Rücksicht auf die Höhe der Zuwendung bitten wir ergänzend zum Mittelabruf um Hergabe eines Zahlungsplans, aus dem ersichtlich ist, wann etwaige Teilbeträge jeweils benötigt werden. Die Überweisungen werden dann von hier aus automatisch vorgenommen. Nach Eingang senden Sie uns bitte eine Spendenbescheinigung zu.

Nach Abschluss des Projektes: Wir bitten um Vorlage eines Verwendungsnachweises. Der formale Aufbau richtet sich nach dem mit dem Antrag eingereichten Kosten- und Finanzierungsplan. Es müssen **alle** Ausgaben und Einnahmen aufgeführt werden. Die Ausgaben und Einnahmen müssen ausgeglichen sein. **Der Förderbetrag sowie in der Antragstellung genannte Eigenanteile sind in der Einnahmenberechnung auszuweisen.** Der Abgleich zwischen Antragstellung und Verwendungsnachweis muss nachvollziehbar sein.

Wir wünschen Ihnen und allen Beteiligten für Ihr Vorhaben alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Klaus-Peter Wolf-Regett
Stellv. Vorstandsvorsitzender
der Possehl-Stiftung

POSSEHL Stiftung

Absender:

Possehl-Stiftung
- Zahlungsabwicklung -
Beckergrube 38-52
23552 Lübeck

Mittelabruf zu Bewilligung Nr.: _____

Verwendungszweck bzw. Titel gemäß Antragstellung:

Wir bitten um Überweisung von Fördermitteln in Höhe von _____ €

Unsere Bankverbindung:

Name des Kreditinstituts _____

IBAN (bitte vollständig) _____

BIC _____

Verwendungszweck _____

Name des Kontoinhabers _____

Adresse _____

Diesem Mittelabruf sind folgende Anlagen beigefügt:
(Verwendungsnachweis, ggfs. Zahlungsplan)

_____ _____
Ort, Datum Name und Funktion der/des Unterzeichnenden

_____
rechtsverbindliche Unterschrift(en) und Stempel

Fachbereich Kultur und Bildung
Fachbereichsleitung
- 6. Nov. 2018
Eingegangen

POSSEHL Stiftung

1.
Hansestadt Lübeck, Fachbereich 4
Frau Senatorin Kathrin Weiher
Schildstraße 12
23539 Lübeck

2. Dr. B. Maschke
AE mit
Dankschreiben über Se. erledigt
6/11.

Lübeck, 29. Oktober 2018 /ins-Hi
(Bei Korrespondenz bitte angeben): C-180386

Projekt: Der Lübecker Wissenschaftspfad

Sehr geehrte Frau Senatorin Weiher,

wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass die Possehl-Stiftung in ihrer Sitzung vom 26.10.2018 beschlossen hat, für Ihr oben genanntes Projekt einen Betrag in Höhe von

€ 39.000,00

zur Verfügung zu stellen. Die Förderung gilt für die bestehenden Objekte und den QR-Code - nicht für Prospekte - verbunden mit der Bitte, keine neuen Objekte in der Innenstadt aufzustellen.

Grundlage für diese Zuwendung und die sich daraus ergebende Förderquote (prozentualer Anteil der Possehl-Förderung an den Gesamtkosten) sind u. a. die in der Antragstellung genannten Gesamtkosten. Wir bitten unbedingt zu beachten, dass Abweichungen zu den in der Antragstellung genannten Gesamtkosten bzw. zur Förderquote unmittelbar mitgeteilt werden müssen. Diese bedürfen ggfs. der Zustimmung des Stiftungsvorstandes.

Für die Zahlungsabwicklung bitten wir um Verwendung des beigefügten Formulars „Mittelabruf". Mit Rücksicht auf die Höhe der Zuwendung bitten wir ergänzend zum Mittelabruf um Hergabe eines Zahlungsplans, aus dem ersichtlich ist, wann etwaige Teilbeträge jeweils benötigt werden. Die Überweisungen werden dann von hier aus automatisch vorgenommen. Nach Eingang senden Sie uns bitte eine Spendenbescheinigung zu.

POSSEHL-STIFTUNG Beckergrube 38–52, 23552 Lübeck
Telefon +49(0)451 148–200, Telefax +49(0)451 148–302
possehl-stiftung@possehl.de, www.possehl-stiftung.de

Nach Abschluss des Projektes: Wir bitten um Vorlage eines Verwendungsnachweises. Der formale Aufbau richtet sich nach dem mit dem Antrag eingereichten Kosten- und Finanzierungsplan. Es müssen **alle** Ausgaben und Einnahmen aufgeführt werden. Die Ausgaben und Einnahmen müssen ausgeglichen sein. **Der Förderbetrag sowie in der Antragstellung genannte Eigenanteile sind in der Einnahmenberechnung auszuweisen.** Der Abgleich zwischen Antragstellung und Verwendungsnachweis muss nachvollziehbar sein.

Wir wünschen Ihnen und allen Beteiligten für Ihr Vorhaben alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Max Schön
Vorsitzender

Hansestadt LÜBECK

Hansestadt Lübeck · 4.000 · 23539 Lübeck

Der Bürgermeister

Bereich: Fachbereichsleitung
Gebäude: Schildstr.12
Auskunft: Senatorin Kathrin Weiher
Zimmer: 1.16
Tel. (0451) 122-4000
Fax (0451) 122-4009
e-mail: fbl4@luebeck.de
Mein Zeichen: SK
Datum: 07.01.2019

Possehl Stiftung
Herrn Max Schön
Vorsitzender
Beckergrube 38 - 52
23552 Lübeck

„Der Lübecker Wissenschaftspfad"
Förderzusage vom 29.10.2018 / C-180386

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren des Vorstands,

über Ihre Förderzusage vom 29.10.208 habe ich mich sehr gefreut!

Der bewilligte Betrag in Höhe von 39.000 Euro garantiert den Fortbestand des Lübecker Wissenschaftspfads mit seinen 10 Exponaten auf der Altstadtinsel und 10 Partnerexponaten in unseren 10 Lübecker Stadtteilen und ermöglicht die wissenschaftliche Weiterentwicklung in der Zukunft.

Herzlichen Dank dafür!

Berücksichtigt wird dabei Ihre Vorgabe, keine Ausweitung der bestehenden Objekte vorzunehmen und statt Flyern einen QR-Code vorzusehen.

Wie beantragt ist das Projekt "Lübecker Wissenschaftspfad" der Volkshochschule übertragen worden, um damit eine Verbindung mit dem ebenfalls durch die Possehl-Stiftung geförderten Projekts "Bürgerakademie" herzustellen und Synergien bestmöglich zu nutzen.

Der Mittelabruf wird dementsprechend wie erbeten auch mit einem Zahlungsplan durch die VHS erfolgen, ebenso wie die Erstellung des Verwendungsnachweises nach Ende des Förderzeitraums von drei Jahren.

Mit freundlichen Grüßen

K. Weiher

Kathrin Weiher
Senatorin

Nachrichtlich
Herrn Bürgermeister Jan Lindenau
Frau Susanne Kasimir
Frau Christiane Wiebe

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07972
öffentlich

Lübeck, 01.08.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
5.651 - Gebäudemanagement

Bearbeitung: Arnd Babendererde (E-Mail: arnd.babendererde@luebeck.de Telefon: 122-6510)

Freigabe für die Mehrkosten zur Umsetzung des 2. + 3. BA der Energetischen Sanierung im Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasium, Ziegelstr. 38, 23556 Lübeck, über 175.000,00 EUR

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
26.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
16.09.2019	Bauausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1) Die aus dem Kommunalinvestionsförderungsgesetz (KInvF/S_K03/47) mit rund 3,29 Mio. EUR bezuschusste Baumaßnahme des 2. + 3. BA der energetischen Sanierung wird mit weiteren Mehrkosten von 1.701.734,- EUR fortgesetzt. Die Projektgesamtkosten „Energ. Sanierung Trakt 4 + 1; 2. + 3. BA im C.-J.-Burckhardt Gymnasium“ (PSK: 111029 307 7851000) in Höhe von 5.791.174,- EUR werden um 1.701.734,- EUR aufgestockt (Hauptausschuss).

2) Im Haushaltsjahr 2019 wird für das Projekt „C.-J.-Burckhardt Gymnasium“ - PSK: 111029 307 7851000 - Gebäudemanagement – eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000,- EUR zu Lasten des Haushaltsjahres 2020 gem. § 95 f Abs. 1 GO SH außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.
Die Deckung erfolgt aus dem PSK: 111029 356 7851 - Domschule, Grundinstandsetzung - Gebäudemanagement (Bürgerschaft).

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: 1.201 Haushalt und Steuerung
Ergebnis: zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
[ ] Ja
[X] Nein
Begründung: Eine Beteiligung ist nicht erfolgt, da die Interessen von Kindern und Jugendlichen nicht berührt sind.

Die Maßnahme ist:
[ ] neu
[ ] freiwillig
[X] vorgeschrieben durch: Bereitstellung von Fördermitteln aus dem KInvF/S des Bundes

Finanzielle Auswirkungen:

[ ] Nein
[X] Ja (Anlage 1)

Begründung:

Veranlassung

Der Gebäudekomplex des Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasiums wurde im Jahre 1957 errichtet. Bei der Baumaßnahme handelt es sich um eine Grundinstandsetzung inkl. energetischer Sanierung und Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen in 7 Bauabschnitten (2016-2024). Die Sanierung erfolgt bei laufendem Schulbetrieb mit Ersatzraumschaffung durch einen Containerbau. Eine ausführliche Beschreibung der Baumaßnahme ist in der Vorlage VO/2018/06100 dargestellt.

Zum Projektverlauf und der damit verbundenen Kostenentwicklung wurde durch das GMHL im Bauausschuss am 03.06.2019 mit dem Ergebnis, eine Beschlussvorlage zur Projektfortsetzung zu erstellen, vorgetragen.

Förderung

Der 1. Bauabschnitt beinhaltete die vordringlichen Maßnahmen des Brandschutzes und wurden bis Frühjahr 2018 abgeschlossen. Er ist nicht Gegenstand einer Förderung.

Für den 2. und 3. Bauabschnitt wurde eine Förderung nach dem Kommunalinvestitionsfördergesetz (KInvFG) beantragt. Am 18.01.2017 erfolgte die Übergabe des Bewilligungsbescheides in Höhe von 3.293.543,97 EUR. Gemäß Förderbescheid muss die Maßnahme zum 31.12.2018 abgeschlossen sein. Einem Änderungsbescheid über die Verlängerung des Bewilligungszeitraums bis zum 31.12.2020 wurde stattgegeben und liegt in schriftlicher Form vor. Da sich die Maßnahmendurchführung wie nachfolgend erläutert in die Länge zieht, wurde am 05.06.2019 eine Ankündigung auf weitere Fristverlängerung gestellt. Eine Bewilligung steht noch aus.

Die weiteren Bauabschnitte 4-7 der Sanierung des Burckhardt-Gymnasiums sind nach Haushaltseinstellung für die Jahre 2020-2024 ff. vorgesehen. Diese Bauabschnitte sind nicht Teil der Förderung.

Projektverlauf

Im Zuge der Durchführung des 2. Bauabschnitts ab September 2018 wurde über einen Zeitraum von mehreren Monaten Schadstoffe in den Decken, Fußböden und insbesondere der Fensterleibungen vorgefunden, die im Schadstoffkataster von 2015 nicht verzeichnet waren. Diese Funde führten dazu, dass die Arbeiten auf der Baustelle nur eingeschränkt möglich waren bzw. teilweise komplett eingestellt werden mussten. Die Fertigstellung des 2. Bauabschnitts ist für November 2019 geplant. Der 3. Bauabschnitt beginnt direkt im Anschluss nach Ausschreibung und Vergabeverfahren und endet nach unter Berücksichtigung der Schadstoffsanierung angepasstem Bauzeitenplans im Herbst 2020.

Die Energetische Sanierung umfasst den kompletten Austausch der Fenster. Zu Beginn der Ausbauarbeiten im Januar 2019 wurde festgestellt, dass die Leibungen zwischen Fenster und Wand mit einem asbesthaltigen Kit abgedichtet wurden. Diese Bauweise ist äußerst selten. Das Sachverständigenbüro konnte in der Vergangenheit keinen vergleichbaren Fund an anderen Objekten vorfinden. Eine Schadstoffsanierung aller Fensterleibungen ist notwendig, für die es keine gängige Vorgehensweise gibt. Die ausführende Firma musste sich in Zusammenarbeit mit dem Sachverständigen und dem Architekturbüro eine

Arbeitsmethode zertifizieren lassen. Hierfür wurden im Vorfeld verschiedene Varianten für die Sanierung getestet, was einen längeren Zeitraum in Anspruch nahm. Im Ergebnis wurde eine kostengünstige und auch zeitsparende Vorgehensweise erarbeitet. Die Umsetzung startete im April 2019 und ist noch nicht abgeschlossen.

Im Oktober 2018 wurde mit den geplanten Rückbau- und Abbrucharbeiten begonnen.
In dem Zuge erfolgte im 2. Obergeschoss zur Umsetzung der Auflagen des Brandschutzkonzeptes und der Bauordnung der Ausbau brennbarer Materialien in notwendigen Treppenräumen, das Führen der Trennwände bis unter die Dachhaut sowie der Einbau einer F30 Decke in den Klassenräumen zur Verhinderung eines Brandüberschlages in den notwendigen Treppenraum. Dabei wurden zusätzlich zu einer KMF-Dämmung Reste von Asbest in Form von Splittern und Bruchstücken im Dachraum oberhalb des 2. Obergeschosses gefunden. Eine Begutachtung durch den Schadstoffgutachter ergab, dass dieser Bereich entsprechend den Vorschriften zur Sanierung von Asbest zu behandeln ist. Durch die Schadstoffsanierung wurden zusätzliche Leistungen in Form von Abbruch von abgehängten Decken, erweiterter Baustelleneinrichtung mit Schleusen und abgegrenzten Arbeitsbereichen sowie einer Reinigung des Dachtragwerkes und der Arbeitsbereiche generiert. Zusätzlich ist der Einbau von neuen abgehängten Decken erforderlich.

Bei der Herstellung von Deckendurchbrüchen im Zuge der Rohinstallation der Technikgewerke ab Januar 2019 musste der Bodenbelag in Kleinflächen aufgenommen werden. Dabei wurde festgestellt, dass unter bereits erneuerten Bodenbelägen ein alter asbesthaltiger Kleber vorhanden ist. Aufgrund der Vorschriften ist ein partielles Verschließen der Deckenöffnungen nicht erlaubt und der Austausch der gesamten Bodenbeläge wurde notwendig. Ursprünglich war die Erneuerung der Bodenbeläge nur in Teilbereichen geplant.
In Räumen mit Einbaumöbeln mussten zusätzliche Umzüge durch externe Transportunternehmen sowie der Abbau, das Einlagern und der Wiederaufbau der Möblierung durchgeführt werden.

Kosten

Die Kosten- und Bauablaufplanung wurden entsprechend der Schadstoff- und Brandschutzsanierung überarbeitet. Es kommt zu Mehrkosten bei den Abbrucharbeiten sowie in den Folgegewerken Rohbau, Innenputz, Tischler, Trockenbau und Bodenbelagsarbeiten. Weitere Mehrkosten entstehen durch Bauzeitverschiebung/-verlängerung, da in Teilbereichen des Gebäudes nicht weitergearbeitet werden konnte.

Aus den Erkenntnissen im 2. Bauabschnitt wurden die zu erwartenden Mehrkosten ermittelt, die den anschließenden Bauabschnitt 3 mit berücksichtigen:

Hochbaugewerke der KG 300:	EUR	956.503,-
Techn. Ausbaugewerke der KG 400:	EUR	419.665,-
Baunebenkosten der KG 700:	EUR	325.566,-
Summe Mehrkosten:	EUR	1.701.734,-

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Mehrkosten in den Kostengruppen KG 300, KG 400 und KG 700 ergeben sich Gesamtmehrkosten in Höhe von 1.701.734,- Euro.

Hinweise zur Deckung des Mehrbedarfs

Vom Mehrbedarf in Höhe von insgesamt 1.701.734,- EUR werden dieses Jahr voraussichtlich noch 305.000,- EUR kassenwirksam. Diese werden innerhalb des GMHL per Sollübertragung vom Projekt VZM/Brandschutz und Raumplanung (PSK: 111029 318 7851000) zur Verfügung gestellt. Dort werden dieses Jahr noch nicht alle zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft.

Um weitere Aufträge auszulösen, wird eine Verpflichtungsermächtigung über 500.000,- EUR zu Lasten 2020 benötigt. Diese soll vom Projekt Domschule (PSK: 111029 356 7851000) per außerplanmäßiger Bewilligung verlagert werden.

Im Haushalt für 2020 sind 2,0 Mio. EUR für das Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasium, PSK: 111029 307 7851000, angemeldet. Der darüber hinausgehende Mehrbedarf von 1.396.734,- EUR ist abzusehen. Das Produktsachkonto soll unterjährig über den benannten Betrag aus anderen Projekten, bei denen der Mittelabfluss dies ohne Projekteinschränkungen zulässt, aufgestockt werden.

Anlagen:
1 – Finanzielle Auswirkungen

2 – Lageplan 2. + 3. BA = Trakt 4 + 1

Senatorin Joanna Hagen

Bereich: 5.651
Produkt: 111029

Anlage zur Vorlage vom 01.08.2019
VO-Nr.: 2019/07972
INVESTIV

2. Verfahrensübersicht – Finanzielle Auswirkungen

,

Finanzielle Auswirkungen in €	Gesamtbeträge der Maßnahme, AfA und SoPo	2019	2020	2021	2022
Erträge					
Aufwendungen	**-1.701.734,00**			-42.543,33	-42.543,33

davon:

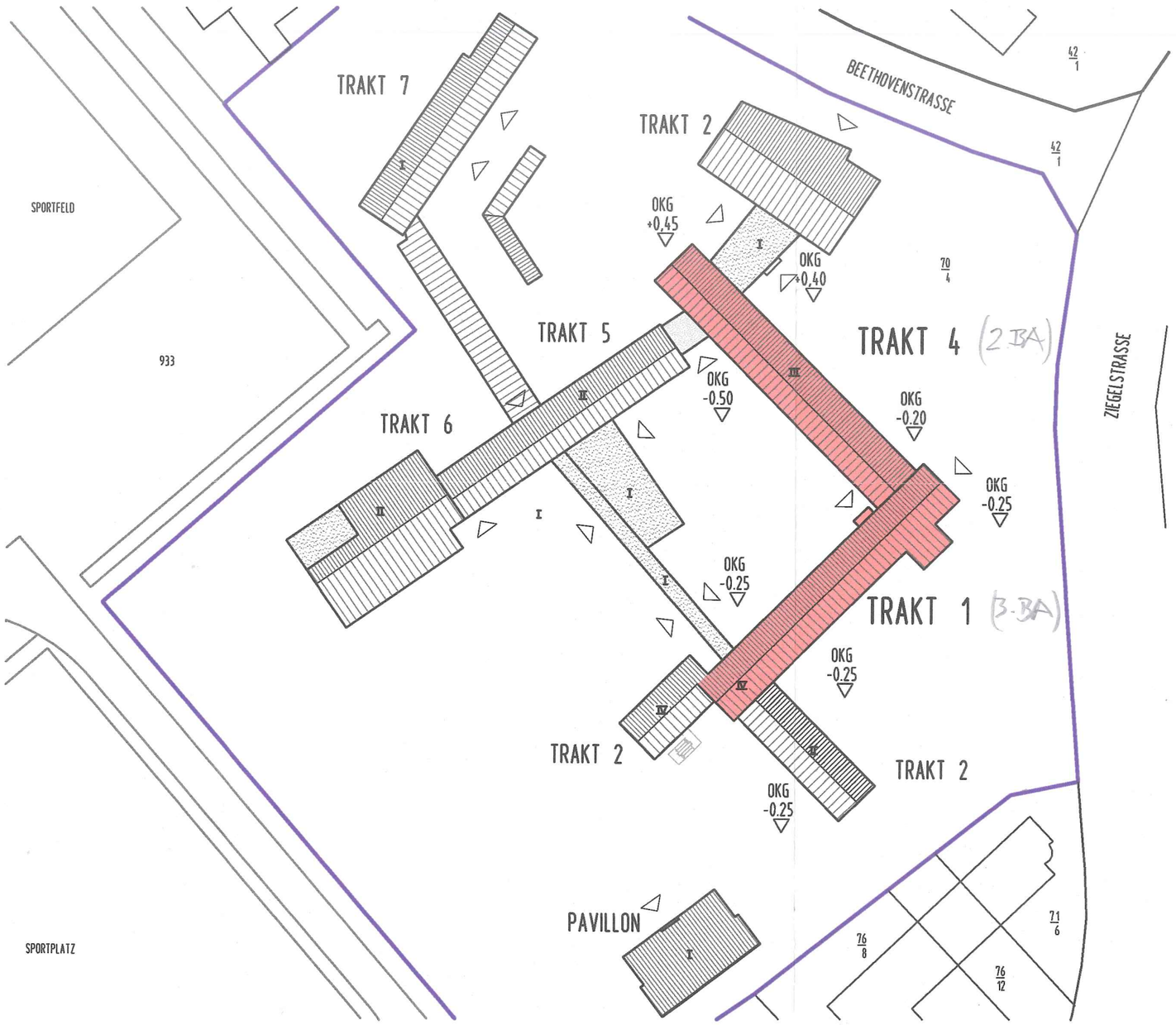
TOP 5.17

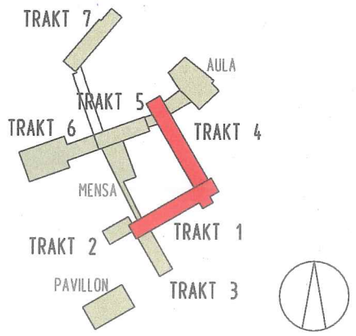
Sonderposten-auflösung (SoPo)					
Abschreibungen (AfA)	**-1.701.733,00**	-		-42.543,33	-42.543,33
Anlagenabgang					
Gesamtauswirkung Ergebnisplan	**-1.701.734,00**				
voraussichtl. Zinsen ca.	**-1.701.734,00**	-113.448,93	-113.448,93	-113.448,93	-113.448,93
Einzahlungen					
Auszahlungen	**-1.701.734,00**	-305.000,00	-1.396.734,00		
Gesamtauswirkung Finanzplan	**-1.701.734,00**	***(Ist das Ergebnis negativ, gilt der Betrag als kreditfinanziert!)***			

2019	Ergebnisplan	Finanzplan	Ergebnisplan Gesamtlaufzeit	Finanzplan Gesamtlaufzeit
Mittel **veranschlagt**				
Zusätzl. **zu ordnen**	X	X		
Haushalts**belastend**	X	X	X	X
Haushalts**entlastend**				
Haushalts**neutral**				

Haushaltsjahr 2019	Produktsachkonten Bezifferung	Bezeichnung	Ergebnisplan Betrag in €
(Minder) Erträge:			
(Mehr) Erträge:			
(Minder) Aufwendungen:			
(Mehr) Aufwendungen:			
		Saldo Ergebnisplan	**0,00**

2019	Produktsachkonten Bezifferung	Bezeichnung	Finanzplan Betrag in €
(Minder) Einzahlungen:			
(Mehr) Einzahlungen:			
(Minder) Auszahlungen:			
(Mehr) Auszahlungen:	111029 307 7851000	Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasium, 2.+ 3. BA Sanierungsmaßnahmen, Hochbaumaßnahmen	**-305.000,00**
		Saldo Finanzplan	**-305.000,00**





LÜBECK PLANT UND BAUT

HANSESTADT LÜBECK
DER BÜRGERMEISTER

18
i.V.

FACHBEREICH 5
PLANEN UND BAUEN

2. UND 3. BAUABSCHNITT ENERGETISCHE SANIERUNG UND GESAMTINSTANDSETZUNG DER TRAKTE 4 UND 1

CARL-JACOB-BURCKHARDT-GYMNASIUM
ZIEGELSTRASSE 38, 23556 LÜBECK

BAUBEGLEITUNG PLANUNG BAUDURCHFÜHRUNG
FACHBEREICH 5 - PLANEN UND BAUEN
GEBÄUDEMANAGEMENT
MÜHLENDAMM 14, 23552 LÜBECK
T 0451/1226500 F 1226580
GEBAEUDEMANAGEMENT@LUEBECK.DE

architekt
dipl.-ing. detlef kluth
schönböckener str. 8a 23556 lübeck
0451 47 99 56 22 info@architektkluth.de

BEARBEITET KLUTH - GEZEICHNET MARSEN

ARCHITEKT - FREIGABE - BAUHERR

EW-BAU 7.11.2016

LAGEPLAN M 1:1000	BA2/3 EW01

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07995
öffentlich

Lübeck, 08.08.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
5.691 - Lübeck Port Authority

Bearbeitung: Nadja Rostalski (E-Mail: nadja.rostalski@luebeck.de Telefon: 122-6926)

Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Vorwerker Hafen, Erneuerung der Weiche 92

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
02.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
16.09.2019	Bauausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:
Mit der Umsetzung der Maßnahme Vorwerker Hafen, Erneuerung der Weiche 92 wird begonnen.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: Bereich Haushalt und Steuerung
Ergebnis: zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
[ ] Ja
[x] Nein
Begründung: Eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47f GO ist nicht erfolgt, weil deren Belange nicht berührt werden.

Die Maßnahme ist:
[x] neu
[ ] freiwillig
[ ] vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:
[ ] Nein
[x] Ja (Anlage 1)

Begründung:
Beschreibung der Maßnahme

Eisenbahninfrastrukturunternehmerin, Eigentümerin und Betreiberin der Lübecker Hafenbahn ist die Hansestadt Lübeck, Bereich Lübeck Port Authority (LPA).

Der Vorwerker Hafen ist ein multifunktionales Terminal, welches derzeit schwerpunktmäßig für den Umschlag und die Lagerung von Forstprodukten (Papier und Brettholz) genutzt wird. Es ist durch umfangreiche Gleisanlagen der Lübecker Hafenbahn schienentechnisch er-

schlossen. Im Vorwerker Hafen werden neben Forstprodukten vermehrt Massengüter umgeschlagen, die zu einem erheblichen Anteil auf dem Schienenweg weiter transportiert werden. Eine gute schienentechnische Anbindung ist daher von großer wirtschaftlicher Bedeutung für das Hafenterminal.

Die Weiche 92 ist eine ortsbediente, schwellenlose Rillenschienenweiche, die mit Betonsteinpflaster eingepflastert und teilweise einbetoniert ist. Sie liegt im Haupteinfahrtsbereich für Straßenfahrzeuge zum Silokai. Die Weiche 92 sowie die anbindenden Gleise 386 und 396 werden sowohl durch Schienenverkehr als auch durch gummibereiften Schwerlastverkehr intensiv beansprucht. Nach einer Nutzungsdauer von > 25 Jahren weisen die Fahrbahnen der Gleisanlagen daher in der Höhe und an den Seiten eine überdurchschnittliche Abnutzung auf. Die Verschleißgrenzen der Fahrbahnprofile sind erreicht. Die Behebung der Mängel ist nur durch einen Ersatzneubau möglich. Aus diesem Grund soll eine Erneuerung der Weiche 92, sowie deren Gleisanschlüsse an die Gleise 386 und 396, einschließlich des Unterbaus ausgeführt werden.

Ursprünglich vorgesehen war im Vorwerker Hafen, neben der Weiche 92, auch die Weichen 44 und 45 in dieser Maßnahme zu erneuern. Die Refinanzierung der Weichen in den Terminals obliegt der LHG als Hafenbetreiber. Aus wirtschaftlichen Gründen hat die LHG kurzfristig entschieden, zunächst nur die Weiche 92 zu erneuern.

Hafenbetriebliche Notwendigkeit

Die Weiche 92 ist die Verbindungsweiche der Gleisanlagen am Silokai mit den Gleisanlagen des Bezirksbahnhofs Vorwerk und in Ihrer Verbindungsfunktion unerlässlich für einen funktionierenden Eisenbahnbetrieb in diesem Bereich (s. auch Übersichtslageplan, Anlage 2).

Der Ersatzneubau ist zwingend erforderlich, damit die LPA ihrer gesetzlichen Instandhaltungsverpflichtung gemäß § 4 (3) Allgemeines Eisenbahngesetz nachkommen kann. Eine Nichtumsetzung dieser Maßnahme würde zur dauerhaften Sperrung der Weichenverbindung und daraus folgend zur Nichtbedienbarkeit der Ladestellen im Bereich Frankfurter Straße führen. Umschläge und Einnahmen würden sich verringern.

Kosten

Für den Ersatzneubau der Weiche 92 wurden auf der Grundlage der aktualisierten Kostenberechnung vom 31.01.2019 (Fördermittelantrag) Gesamtkosten von 250.000 EUR netto ermittelt.

Förderung

Das Projekt erfüllt die Voraussetzungen für eine Förderung mit einer Quote von 50% der förderfähigen Gesamtkosten gemäß Schienengüterfernverkehrsnetzförderungsgesetz (SGFFG) durch das Eisenbahn-Bundesamt. Der Förderbescheid in Höhe von 115.650 EUR mit Datum vom 24.05.2019 liegt vor.

Ausschreibung und Zeitpunkt der Umsetzung

Die Maßnahme soll im 4. Quartal 2019 ausgeschrieben und im 2. Quartal 2020 umgesetzt werden. Mit der Planung wurde, insbesondere wegen der Beantragung von Fördermitteln und der langen Lieferzeiten für Weichen, bereits im Oktober 2018 begonnen.

Haushaltsmäßige Ordnung

Die Gesamtkosten in Höhe von 250.000 EUR für die Weichenerneuerung sind unter dem Produktsachkonto 552001 830.7852000 – Wasser und Hafen, Vorwerker Hafen, Erneuerung 3 Weichen geordnet. Es stehen Reste in Höhe von 80.000 EUR zur Verfügung.

Außerdem besteht in 2019 eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2020 in Höhe von 450.000 EUR, da ursprünglich die Erneuerung von 3 Weichen geplant war. Die Freigabe der VE in Höhe der benötigten Mittel von 170.000 EUR für die Vergabe eines Bauauftrags ist erfolgt. In die investive Haushaltsplanung 2020 sind die benötigten Mittel eingesteuert worden.

Anlagen:
Anlage 1 – Finanzielle Auswirkungen
Anlage 2 – Übersichtskarte

Senatorin Joanna Hagen

Bereich: 5.691 - LPA
Produkt: 552001 830

Anlage 1 zur Vorlage vom 08.08.2019
VO-Nr.: VO/2019/07995
INVESTIV

2. Verfahrensübersicht – Finanzielle Auswirkungen

,

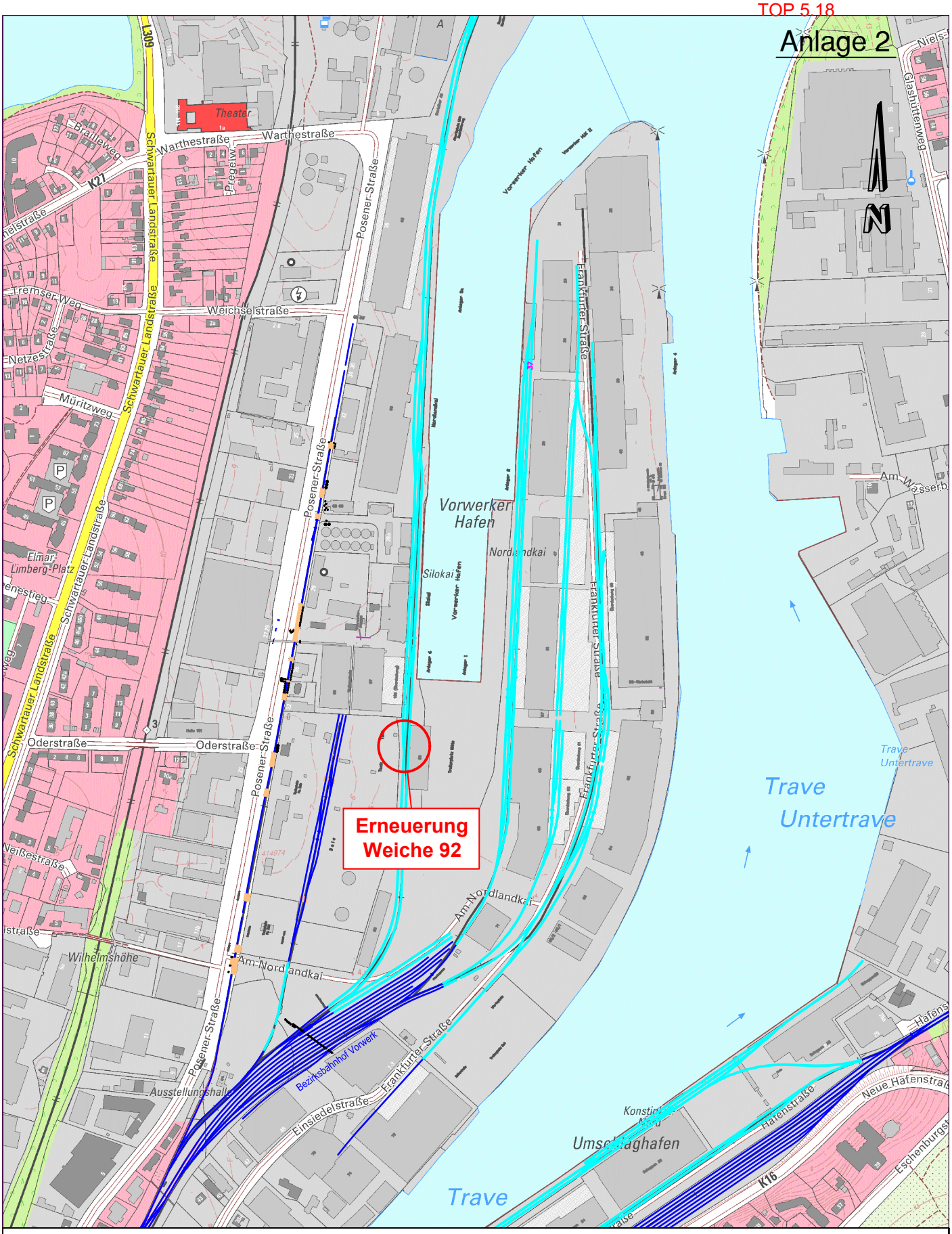
Finanzielle Auswirkungen in €	Gesamtbeträge der Maßnahme, AfA und SoPo	2019	2020	2021	2022
Erträge	**115.000,00**	**0,00**	2.300,00	4.600,00	4.600,00
Aufwendungen	**-250.001,00**	**0,00**	-5.001,00	-10.000,00	-10.000,00
davon:					
Sonderposten-auflösung (SoPo)	**115.000,00**	0,00	2.300,00	4.600,00	4.600,00
Abschreibungen (AfA)	**-250.000,00**	0,00	-5.000,00	-10.000,00	-10.000,00
Anlagenabgang	**-1,00**	0,00	-1,00	0,00	0,00
Gesamtauswirkung Ergebnisplan	**-135.001,00**	**0,00**	**-2.701,00**	**-5.400,00**	**-5.400,00**
voraussichtl. Zinsen ca.	**-60.750,00**	-390,00	-1.140,00	-4.050,00	-4.050,00
Einzahlungen	**115.000,00**	**13.000,00**	102.000,00	0,00	0,00
Auszahlungen	**-250.000,00**	**-50.000,00**	-200.000,00	0,00	0,00
Gesamtauswirkung Finanzplan	**-135.000,00**	***(Ist das Ergebnis negativ, gilt der Betrag als kreditfinanziert!)***			

2019	Ergebnisplan	Finanzplan		
Mittel **veranschlagt**	X	X	**Ergebnisplan Gesamtlaufzeit**	**Finanzplan Gesamtlaufzeit**
Zusätzl. **zu ordnen**				
Haushalts**belastend**	X	X	X	X
Haushalts**entlastend**				
Haushalts**neutral**				

Haushaltsjahr	Produktsachkonten		Ergebnisplan
2019	Bezifferung	Bezeichnung	Betrag in €
(Minder) Erträge:			
(Mehr) Erträge:			
(Minder) Aufwendungen:			
(Mehr) Aufwendungen:			
		Saldo Ergebnisplan	**0,00**

	Produktsachkonten		Finanzplan
	Bezifferung	Bezeichnung	Betrag in €
(Minder) Einzahlungen:			
(Mehr) Einzahlungen:	552001 830.6810000	Wasser und Hafen,Vorwerker Hafen, Erneuerung 3 Weichen, Investitionszuweisungen vom Bund	**13.000,00**
(Minder) Auszahlungen:			
(Mehr) Auszahlungen:	552001 830.7852000	Wasser und Hafen,Vorwerker Hafen, Erneuerung 3 Weichen, Tiefbaumaßnahmen	**-50.000,00**
		Saldo Finanzplan	**-37.000,00**

Anlage 2



Hansestadt LÜBECK

Lübeck Port Authority

Bezirksbahnhof Vorwerk
Erneuerung Weiche 92

Übersichtsplan

~~880 von 1236 in Zusammenstellung~~

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08071
öffentlich

Lübeck, 21.08.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
5.651 - Gebäudemanagement

Bearbeitung: Arnd Babendererde (E-Mail: arnd.babendererde@luebeck.de Telefon: 122-6510)

Projektfreigabe zur Umsetzung der Sanierung der GGS Julius-Leber-Schule, Marquardplatz 7, 23554 Lübeck, über 175.000,00 EUR

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
02.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
16.09.2019	Bauausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:
Erteilung der Projektfreigabe auf der Grundlage der EW-Bau zur Fortsetzung der Planung der Instandsetzung und anschließende Durchführung der Arbeiten.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: 1.201 Haushalt und Steuerung
4.401 Schule und Sport

Ergebnis: zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
[ ] Ja
[X] Nein

Begründung: Eine Beteiligung ist nicht erfolgt, da die Interessen von Kindern und Jugendlichen nicht berührt sind.

Die Maßnahme ist:
[ ] neu
[ ] freiwillig
[X] vorgeschrieben durch: VO/2017/05241

Finanzielle Auswirkungen:
[ ] Nein
[X] Ja (Anlage 1)

Begründung:

Sanierung Julius-Leber-Schule, Standort Marquardplatz:

Die heutige Julius-Leber-Schule wurde als Lehranstalt am Marquardtplatz 1904 eröffnet. Seit 1934 hieß sie Bernt-Notke-Realschule. 2010 wurde die Schule im Sinne eines gemeinsamen Neuanfangs mit dem Standort Brockesstraße in Julius Leber Schule – Grund- und Gemeinschaftsschule umbenannt.

Das aus dem Jahre 1904 stammende Gebäude hat bislang keine wesentlichen Bausubstanzänderungen erfahren. 2007 wurde das Gebäude unter Denkmalschutz gestellt.

Im Zuge der wiederkehrenden Verkehrssicherheitsbegehung durch das Gebäudemanagement der Hansestadt Lübeck wurde Ende Juli 2017 beim stichprobenartigen Öffnen der abgehängten Akustikdecken ein erheblicher Schaden an der Putzüberdeckung der Deckenstahlträger vorgefunden.
Die vorgefundene, bauliche Situation führte seitens der Feuerwehr zur Anordnung einer sofortigen Sperrung des Gebäudes für den Schulbetrieb. Für eine interime Nutzung wurde am Standort Brockesstraße eine Containerschule errichtet und der Standort Brockesstraße verdichtet.

2017 wurde dann eine Machbarkeitsstudie erstellt, um das Gebäude umfassend zu untersuchen und alle notwendigen Sanierungsmaßnahmen festzustellen.
Diese schloss mit einem Kostenstand von 8.035.443,31 € brutto zuzüglich 462.852,00 € brutto für die Erneuerung des Biologieraumes ab (insgesamt 8.498.295,31 € brutto).

Folgende Sanierungsmaßnahmen waren Bestandteil der Machbarkeitsstudie:

- Sanierung des Deckenputzes und in Teilen des Innenputzes
- Ertüchtigung Brandschutz (Decken, Türen, Rettungswegkonzept, etc.)
- Erneuerung und Modernisierung Elektrotechnische Anlagen
- Erneuerung Trink- und Schmutzwassernetz (ausgenommen bereits sanierte Bereiche); Vorbereitung Trennsystem
- Instandsetzung der Dachdeckung
- Fenstersanierung
- Außenputzsanierung; Abdichtung des Kelleraußenmauerwerks; Fenstersturzsanierung
- Sanierung der Schulhofmauer
- Einbau eines Aufzuges
- Erneuerung bzw. Aufarbeitung der Fußbodenbeläge
- Erneuerung Abhangdecken
- Schadstoffsanierung

2017 wurden mit der Vorlage VO/2017/05241 für das Projekt 2,4 Mio. € bereitgestellt.

Anschließend wurden in einem VGV-Verfahren die Fachplaner beauftragt und die Leistungsphasen 2 und 3 erarbeitet.
Die vorliegende EW-Bau schließt mit 9.977.985,06 € brutto ab. Es wurden keine Baukostenindexsteigerungen von 2019-2020 in die EW-Bau eingerechnet. Bei einem Baubeginn ab Mitte 2020 ist ggfs. mit einer Kostensteigerung von 5 % zu rechnen.

Die Mehrkosten gegenüber der Machbarkeitsstudie ergeben sich aus der Aufnahme von folgenden zusätzlichen Leistungen:

- Baukostenindexsteigerung Ende 2017-2019
- Umzugs-, Räumungs- und Einlagerungskosten
- Behebung von Sicherheitsmängeln in der Turnhalle
- Modernisierung der Lehrküche und des Werkraumes inkl. Behebung sicherheitstechnischer Mängel
- Mehrkosten Fenstersanierung
- Mehrkosten Deckensanierung bereits sanierter Bereiche (Mensa, NaWi—Räume)
- Ausstattung (Garderoben, Vorhänge)
- Unbeheizter Ausbau des Dachraumes für Lagerflächen
- Einbau eines Behinderten WCs
- Einbau von Putzmittelräumen auf jedem Geschoss
- Außenbeleuchtung im Schulhofbereich

Im Haushalt sind für die Sanierung für die Haushaltsjahre 2017-2022 Mittel in Höhe von 9,68 Mio. € eingestellt worden. Die fehlenden 298.000,00 € brutto sind in den nächsten Haushaltsjahren haushalterisch zu ordnen.

Die Maßnahme ist unter dem bestehenden PSK 111029 340 7851000//AiB 1038424 (Hauptgebäude) und AIB 1038425 (Sporthalle)/Julius-Leber-Schule, Sanierung als Hochbaumaßnahme geordnet und unter PSK 111029 340 7852000//AiB 1038480/Julius-Leber-Schule, Sanierung Außenanlagen als dazugehörige Außenanlagenmaßnahme, die nachrangig zur Hochbaumaßnahmen beginnen wird und vorerst nicht Bestandteil der Projektfreigabe ist.

Für das Projekt wurden seitens des Landes maximal 3.619.964,00 € Förderung (IMPULS-Programm) in Aussicht gestellt. Ein Bewilligungsbescheid steht noch aus. Der Eingang wurde wie folgt im Haushalt geordnet:

- 2021: 2.000.000,00 € brutto
- 2022: 1.619.964,00 € brutto

insgesamt: 3.619.964,00 € brutto

Der voraussichtliche Baubeginn zur Sanierung ist für Mitte 2020 geplant. Der Abschluss der Bauarbeiten muss für die Einhaltung der Förderrichtlinien bis 31.03.2022 erfolgt sein. Die Fertigstellung inklusive Umzug ist für Mitte 2022 anzustreben.

Begründung der Dringlichkeit:
Die Projektfreigabe ist erforderlich, um die weiteren Leistungsphasen 5-9 zu beauftragen und die Ausschreibungen bis Ende des 2. Quartals 2020 rechtzeitig zum Baubeginn submittiert zu haben.
Das Projekt unterliegt auf Grund der Förderrichtlinien einem straffen Zeitplan.

Anlagen:
1 – Finanzielle Auswirkungen

2 – Kostenübersicht

3 – Pläne

4 – Baubeschreibung

Senatorin Joanna Hagen

Bereich: 5.651 GMHL | **Anlage zur Vorlage vom 21.08.19**
Produkt: 111029 | **VO-Nr.: 2019/08071**

2. Verfahrensübersicht – Finanzielle Auswirkungen — INVESTIV

(Bei **investiven Maßnahmen** ist zunächst die **Anlagenbuchhaltung** (1.210) zu beteiligen!)

Finanzielle Auswirkungen in €	Gesamtbeträge der Maßnahme, AfA und SoPo	2019	2020	2021	2022
Erträge					
Aufwendungen	-9.977.985,06				-99.779,84
davon:					
Sonderposten-auflösung (SoPo)					
Abschreibungen (AfA)	-9.977.984,06	0,00	0,00	0,00	-99.779,84
Anlagenabgang					
Gesamtauswirkung Ergebnisplan	-9.977.985,06				
voraussichtl. Zinsen ca.	-299.339,55	-19.955,97	-19.955,97	19.955,97	19.955,97
Einzahlungen	3.619.964,00	0,00	0,00	2.000.000,00	1.619.964,00
Auszahlungen	-9.977.985,06	1.095.000,00	1.750.000,00	6.285.000,00	465.000,00
Gesamtauswirkung Finanzplan	-6.358.021,06	*(Ist das Ergebnis negativ, gilt der Betrag als kreditfinanziert!)*			

2019	Ergebnisplan	Finanzplan	Ergebnisplan Gesamtlaufzeit	Finanzplan Gesamtlaufzeit
Mittel **veranschlagt**		x		
Zusätzl. **zu ordnen**				
Haushalts**belastend**		x	x	x
Haushalts**entlastend**				
Haushalts**neutral**				

Haushaltsjahr	Produktsachkonten		Ergebnisplan
2019	Bezifferung	Bezeichnung	Betrag in €
(Minder) Erträge:			
(Mehr) Erträge:			
(Minder) Aufwendungen:			
(Mehr) Aufwendungen:			
		Saldo Ergebnisplan	0,00

	Produktsachkonten		Finanzplan
	Bezifferung	Bezeichnung	Betrag in €
(Minder) Einzahlungen:			
(Mehr) Einzahlungen:			
(Minder) Auszahlungen:			
(Mehr) Auszahlungen:	111029 340 7851000	Gebäudemanagement, Julius-Leber-Schule Sanierung, Hochbaumaßnahmen	-1.095.000,00
		Saldo Finanzplan	-1.095.000,00

Kosten im Hochbau

DIN 276

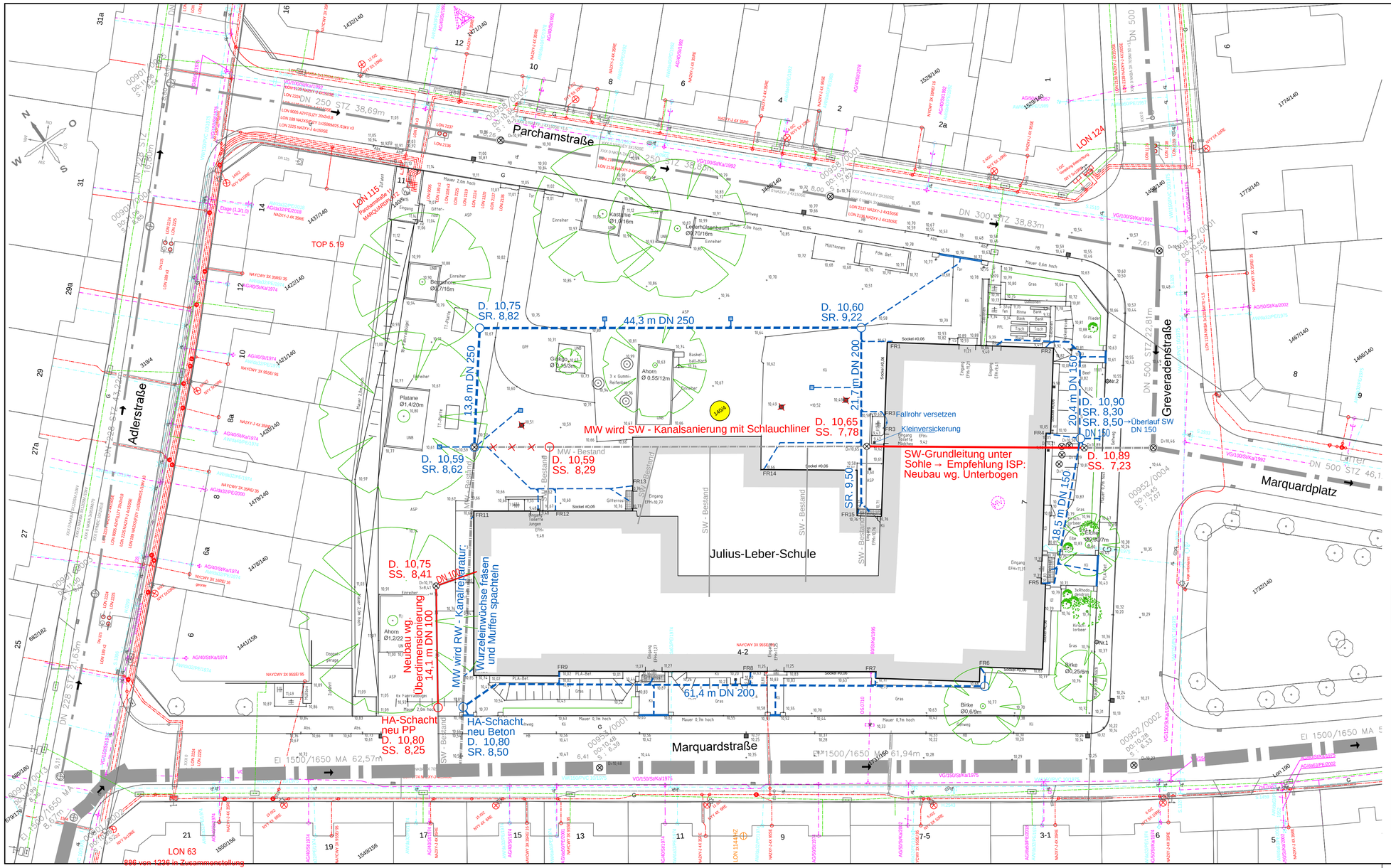
Kostenermittlung	**Projektnummer**
☐ Kostenanschlag ☐ Kostenfeststellung ■ Kostenberechnung ☐ Kostenschätzung	

Allgemeine Angaben			
Bauherr	Hansestadt Lübeck		
Bezeichnung der Baumaßnahme	Julius-Leber-Schule Lübeck - Umbau und Sanierung		
Lage des Baugrundstücks	23554 Lübeck	Straße:	Marquardplatz 7
Zweckbestimmung, vorgesehene Nutzung	Gemeinschaftsschule		
Grundflächen, Rauminhalte	m^2= 6.502 BGF	m^3= 25.132,04	
Grundlagen der Kostenermittlung wie Mengenangaben, Mengen- und Einzelkosteansatz	KG200-KG400; KG500 teilw. geschätzt; KG600-700 Angabe Bauherr		
Hinweise auf Pläne , Berechnungen und Erläuterungen, die beigefügt werden			
Vorgesehene Ausführungszeit	2020-2022		
Planverfasser kp architekten Arch. T. Klünder u. Arch. A. Prüser	Ort: Lübeck	Datum: 31.07.2019	Archt.
Aufsteller / Bearbeiter Architekt Dipl.-Ing. Axel Prüser	Ort: Lübeck	Datum: 31.07.2019 Unterschrift :	

Zusammenstellung der Kosten von den Seiten 2 bis 14

	Kostengruppen	**Teilbetrag EUR**	**Gesamtbetrag EUR**
100	Grundstück		
200	Herrichten und Erschließen		1.963,00
300	Bauwerk - Baukonstruktion		5.895.715,00
400	Bauwerk - Technische Anlagen		1.707.623,32
500	Außenanlagen teilweise mit vorl. Annahme		265.496,18
600	Ausstattung und Kunstwerke		131.690,00
700	Baunebenkosten teilweise mit vorl. Annahme		1.975.497,56
	Zur Abrundung und für Unvorherzusehendes		
Gesamtkosten			**9.977.985,06**

Hansestadt Lübeck **Fachbereich** Schule und Sport Ort, Datum : **Bereichsleitung**	**Hansestadt Lübeck** **Fachbereich 5** **Planen und Bauen** **651 Gebäudemanagement** Ort, Datum : **Bereichsleitung**	**Hansestadt Lübeck** **Fachbereich 5** **Planen und Bauen** **651 Gebäudemanagement** Ort, Datum : **Projektleitung**


Parchamstraße
Adlerstraße
Julius-Leber-Schule
Marquardstraße
Greveradenstraße
Marquardplatz
D. 10,75
SR. 8,82
44,3 m DN 250
D. 10,60
SR. 9,22
13,8 m DN 250
21,7 m DN 200
20,4 m DN 150
18,5 m DN 150
61,4 m DN 200
MW wird SW - Kanalsanierung mit Schlauchliner
MW - Bestand
D. 10,59
SS. 8,29
D. 10,59
SR. 8,62
D. 10,65
SS. 7,78
Fallrohr versetzen
Kleinversickerung
SW-Grundleitung unter Sohle → Empfehlung ISP: Neubau wg. Unterbogen
D. 10,89
SS. 7,23
D. 10,90
SR. 8,30
SR. 8,50→Überlauf SW DN 150
D. 10,75
SS. 8,41
MW wird RW - Kanalreparatur: Wurzeleinwüchse fräsen und Muffen spachteln
Neubau wg. Überdimensionierung 14,1 m DN 100
HA-Schacht neu PP
D. 10,80
SS. 8,25
HA-Schacht neu Beton
D. 10,80
SR. 8,50
TOP 5.19
LON 63
886 von 1336 in Zusammenstellung
LON 115
LON 124
Parkhausstraße
Marquardstraße
SW - Bestand
SW - Bestand
SW - Bestand



Ansicht Süd-West

TOP 5.19



Ansicht Süd-Ost

887 von 1236 in Zusammenstellung

FORMAT: DA1 - 594 x 865

LEGENDE:

BESTAND

NEUBAU

ABBRUCH

Zeichnungsgrundlage:
Bestandspläne vom: 14.10.2016, es erfolgte kein örtliches Aufmaß
+/- 0.00 = OKFFB Haupteingang; NN unbekannt

LÜBECK PLANT UND BAUT

HANSESTADT LÜBECK
DER BÜRGERMEISTER

BAUHERR:
FACHBEREICH 5 PLANEN UND BAUEN
GEBÄUDEMANAGEMENT
23552 LÜBECK, MÜHLENDAMM 14

ABTEILUNG:

BEREICH:

ARCHITEKT / FACHPLANER
kp architekten
Klünder Prüser Architekten PartmbB
Sandstraße 17-23, 23552 Lübeck
Tel.: 0451.6130 5360 Fax.: 0451.6130 5361
mail@k-p-architekten.de

BEARBEITET:

GEZEICHNET: 31.07.2019 PR

BAUVORHABEN:

JULIUS LEBER SCHULE
MARQUARDPLATZ 7
23554 LÜBECK

SANIERUNGS- UND UMBAUMAßNAHMEN

ENTWURFSPLÄNE

PL-NR.: JLS 30 A SO-SW 20190731

ANSICHTEN SÜD-WEST
UND SÜD-OST M. 1 : 100



Ansicht Nord-Ost

TOP 5.19



Ansicht Nord-West

FORMAT: DA1 - 594 x 865

LEGENDE:

BESTAND

NEUBAU

ABBRUCH

Zeichnungsgrundlage:
Bestandspläne vom: 14.10.2016, es erfolgte kein örtliches Aufmaß
+/- 0.00 = OKFFB Haupteingang; NN unbekannt

LÜBECK PLANT UND BAUT

HANSESTADT LÜBECK
DER BÜRGERMEISTER

BAUHERR:
FACHBEREICH 5 PLANEN UND BAUEN
GEBÄUDEMANAGEMENT
23552 LÜBECK, MÜHLENDAMM 14

ABTEILUNG:

BEREICH:

ARCHITEKT / FACHPLANER
kp architekten
Klünder Prüser Architekten PartmbB
Sandstraße 17-23, 23552 Lübeck
Tel.: 0451.6130 5360 Fax.: 0451.6130 5361
mail@k-p-architekten.de

BEARBEITET:

GEZEICHNET: 31.07.2019 PR

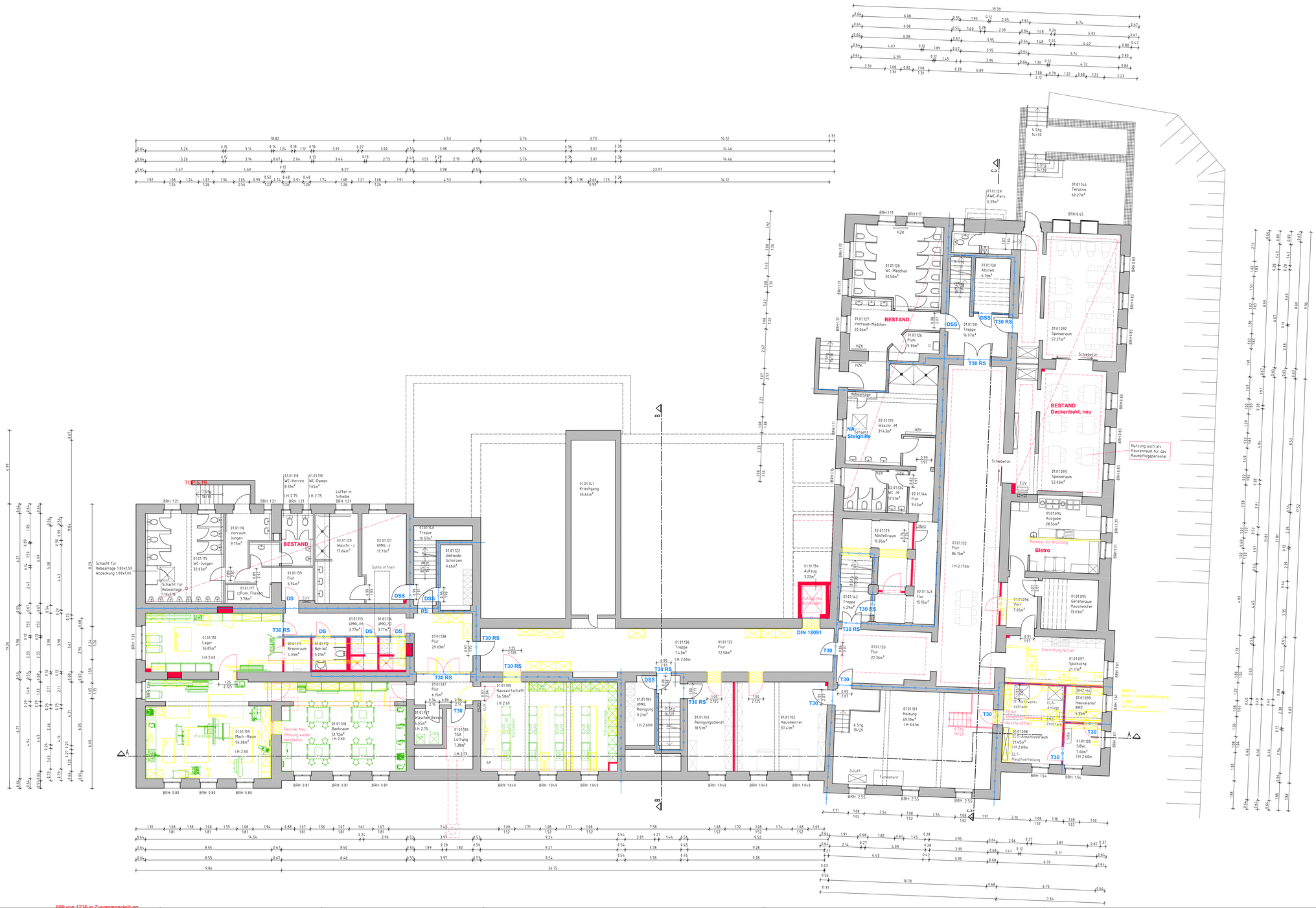
BAUVORHABEN:
JULIUS LEBER SCHULE
MARQUARDPLATZ 7
23554 LÜBECK

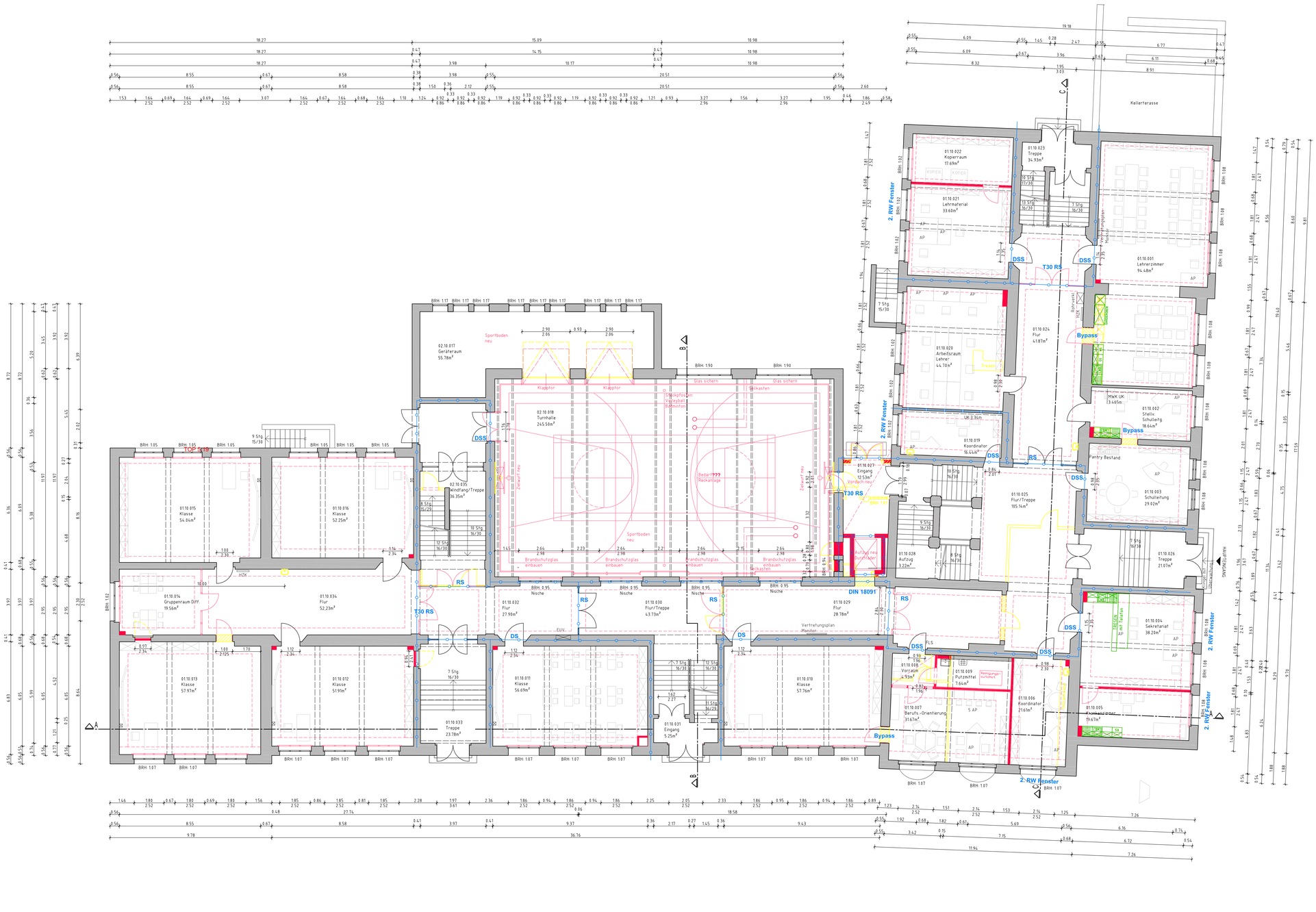
SANIERUNGS- UND UMBAUMAßNAHMEN

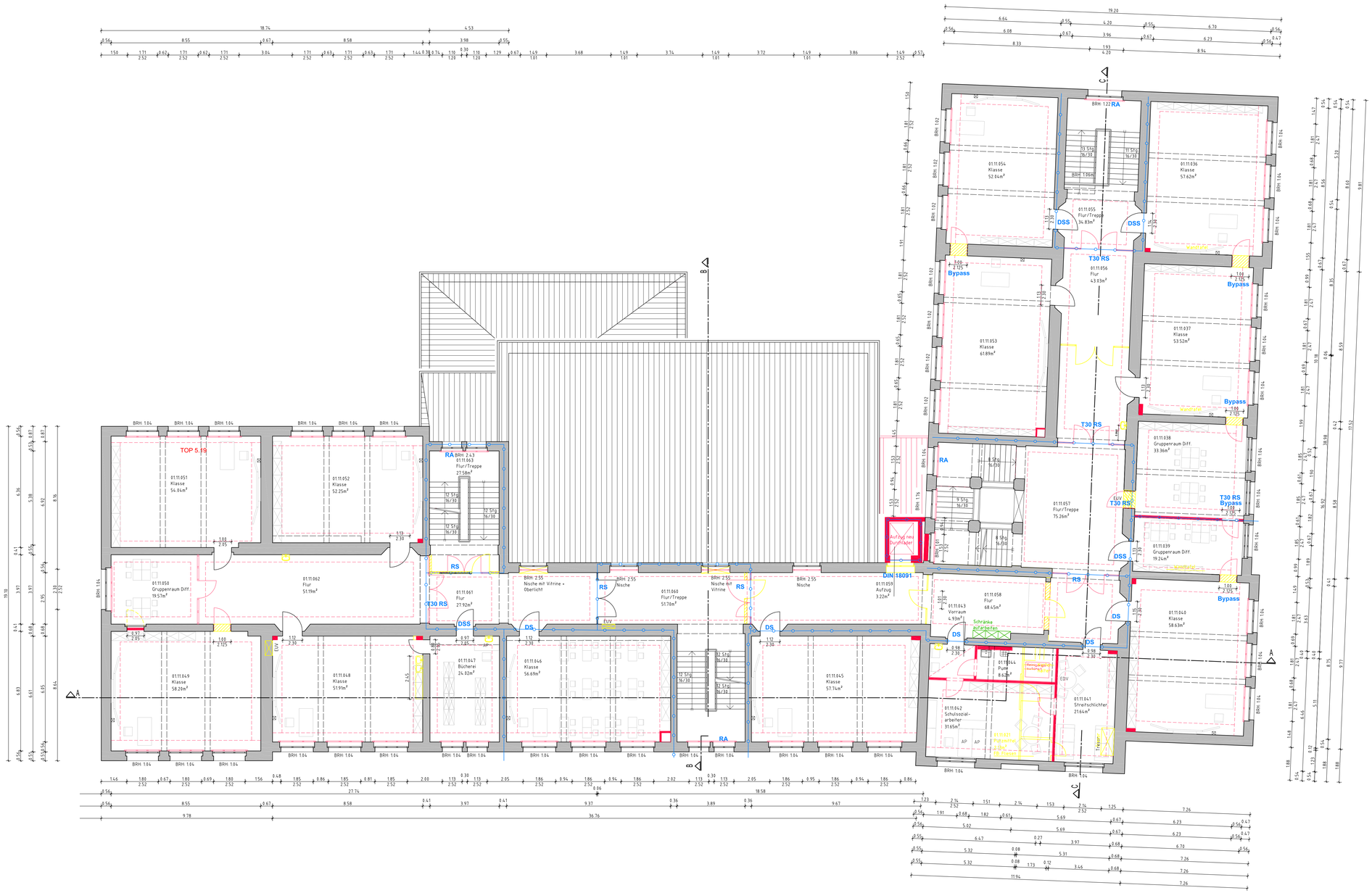
ENTWURFSPLÄNE

PL-NR.: JLS 30 A NO-NW 20190731

ANSICHTEN NORD-OST
UND NORD-WEST M. 1 : 100


BESTAND
BESTAND Deckenbekl. neu
Bistro
Rückbau bis Brüstung
Nutzung auch als Pausenraum für das Raumpflegepersonal
Einrichtung Nutzer
Schiebetür
Schacht für Hebeanlage 1,80x1,50 Abdeckung 1,60x1,00
Schacht für Hebeanlage 1,00x1,00
Sohle öffnen
Fenster Neu Öffnung wieder herstellen
Durchbruch neu Durchlüfter
DIN 18091
Aufzug
Treppe
Flur
Lager
Brennraum
Beh.WC
Vorraum Jungen
WC-Jungen
WC-Herren
WC-Damen
Lüfter in Scheibe
Umkleide Schürzen
Waschr.-/Trockn.
UMKL./Reinigung
Hauswirtschaft
Reinigungsdienst
Hausmeister
Heizung
TGA Lüftung
Mach.-Raum
Bankraum
Vorraum-Mädchen
WC-Mädchen
Abstell.
Treppe
Waschr.-H
WC-H
Speiseraum
Ausgabe
Geräteraum Hausmeister
Vorz.
Spülküche
Hausalarm/ BMZ
Sdkl.
Archiv/ Umkleide Reinigung
Fst. Flexplatten
IT-Netzwerkschrank
ELA-Anlage
Zentraluhr
EMZ
ELT-Anschlussraum
ELT-Hauptverteilung
Terrasse
Abstell.
Speiseraum
Zuluft
Fundament
Werkbank
Schrank
Kreissäge
Hobelbank
Bohrmaschine
Waschbecken
Duschen
Kleiderhaken
Schuhregale
Lüftungsgitter
Heizkörper
Steckdosenleiste
Lichtschalter
Rauchmelder
Lampe
Leuchte
Sprinkler
Hebeanlage
Schiebetür
Rolltor
Fenster
Tür
Schacht Steigh.
NA
NP
AP
HZK
DS
DSS
EUV
T30 RS
T30
BRH 1.17
BRH 0.45
BRH 0.83
BRH 1.11
BRH 1.21
BRH 1.75
BRH 1.31
BRH 1.37
BRH 1.61
BRH 1.54
BRH 0.80
BRH 0.81
BRH 1.040
BRH 2.55
LEGENDE:
BESTAND
EINRICHTUNG NUTZER
NEUBAU
ABBRUCH
EINRICHTUNG FEST
BRANDSCHUTZ
Zeichnungsgrundlage:
Bestandspläne vom: 14.10.2016, es erfolgte kein örtliches Aufmaß
+/- 0.00 = OKFFB Haupteingang; NN unbekannt
LÜBECK PLANT UND BAUT
HANSESTADT LÜBECK
DER BÜRGERMEISTER
BAUHERR:
FACHBEREICH 5 PLANEN UND BAUEN
GEBÄUDEMANAGEMENT
23552 LÜBECK, MÜHLENDAMM 14
ABTEILUNG:
BEREICH:
ARCHITEKT / FACHPLANER
kp architekten
Klünder Prüser Architekten PartmbB
Sandstraße 17-23, 23552 Lübeck
Tel.: 0451.6130 5360 Fax.: 0451.6130 5361
mail@k-p-architekten.de
BEARBEITET:
GEZEICHNET: 31.07.2019 PR
BAUVORHABEN:
JULIUS LEBER SCHULE
MARQUARDPLATZ 7
23554 LÜBECK
SANIERUNGS- UND UMBAUMAßNAHMEN
ENTWURFSPLÄNE
PL-NR.: JLS 30 01 20190731
GRUNDRISS
KELLERGESCHOSS
M. 1 : 100
FORMAT DIN A0 + 4/3 = 1189
889 von 1236 in Zusammenstellung


02.10.017 Geräteraum 55.78m²
02.10.018 Turnhalle 245.59m²
02.10.035 Windfang/Treppe 16.35m²
01.10.035 Klasse 54.04m²
01.10.036 Klasse 52.25m²
01.10.034 Flur 52.23m²
01.10.033 Treppe 23.78m²
01.10.032 Flur 27.99m²
01.10.030 Flur/Treppe 43.73m²
01.10.031 Eingang 5.25m²
01.10.029 Flur 28.78m²
01.10.022 Kipperraum 17.69m²
01.10.021 Lehrmaterial 33.60m²
01.10.023 Treppe 34.93m²
01.10.024 Flur 41.87m²
01.10.001 Lehrerzimmer 94.48m²
01.10.020 Arbeitsraum Lehrer 44.70m²
01.10.019 Koordinator 16.41m²
01.10.027 Eingang 12.53m²
01.10.028 Aufzug 3.22m²
01.10.025 Flur/Treppe 105.14m²
01.10.002 Stellv. Schulleitg. 18.64m²
01.10.003 Schulleitung 29.62m²
01.10.026 Treppe 21.07m²
01.10.004 Sekretariat 38.23m²
01.10.005 Konferenz 19.67m²
01.10.006 Koordinator 7.16m²
01.10.009 Putzmittel 7.64m²
01.10.007 Berufs-Orientierung 31.67m²
Kellerterasse
Sportboden neu
Klappbar
Klappbar
Gras sichern
Gras sichern
Netzkasten
Volleyball Fußballtore
Bedarf??? Netzanlage
Sportboden neu
Brandschutzglas einbauen
Brandschutzglas einbauen
Brandschutzglas einbauen
Brandschutzglas einbauen
Aufzug neu durchladen
Vertretungsplan Monitor
Trennwand
Pantry Bestand
Rohrwerk
Bypass
Bypass
Bypass
2. RW Fenster
2. RW Fenster
2. RW Fenster
2. RW Fenster
DSS
T30 RS
RS
DIN 18091
DIN 18091
TOP STG
HZK
EUV
FLS
Reinigungs-kontrolle
Lehrer
Lehrer
Lehrer



LEGENDE:

- BESTAND
- EINRICHTUNG NUTZER
- NEUBAU
- ABBRUCH
- EINRICHTUNG FEST
- BRANDSCHUTZ

Zeichnungsgrundlage:
Bestandspläne vom: 14.10.2016, es erfolgte kein örtliches Aufmaß
+/- 0.00 = OKFFB Haupteingang; NN unbekannt

LÜBECK PLANT UND BAUT

HANSESTADT LÜBECK
DER BÜRGERMEISTER

BAUHERR:
FACHBEREICH 5 PLANEN UND BAUEN
GEBÄUDEMANAGEMENT
23552 LÜBECK, MÜHLENDAMM 14

ABTEILUNG:

BEREICH:

ARCHITEKT / FACHPLANER
kp architekten
Klünder Prüser Architekten PartmbB
Sandstraße 17-23, 23552 Lübeck
Tel.: 0451.6130 5360 Fax.: 0451.6130 5361
mail@k-p-architekten.de

BEARBEITET:

GEZEICHNET: 31.07.2019 PR

BAUVORHABEN:
JULIUS LEBER SCHULE
MARQUARDPLATZ 7
23554 LÜBECK

SANIERUNGS- UND UMBAUMAßNAHMEN

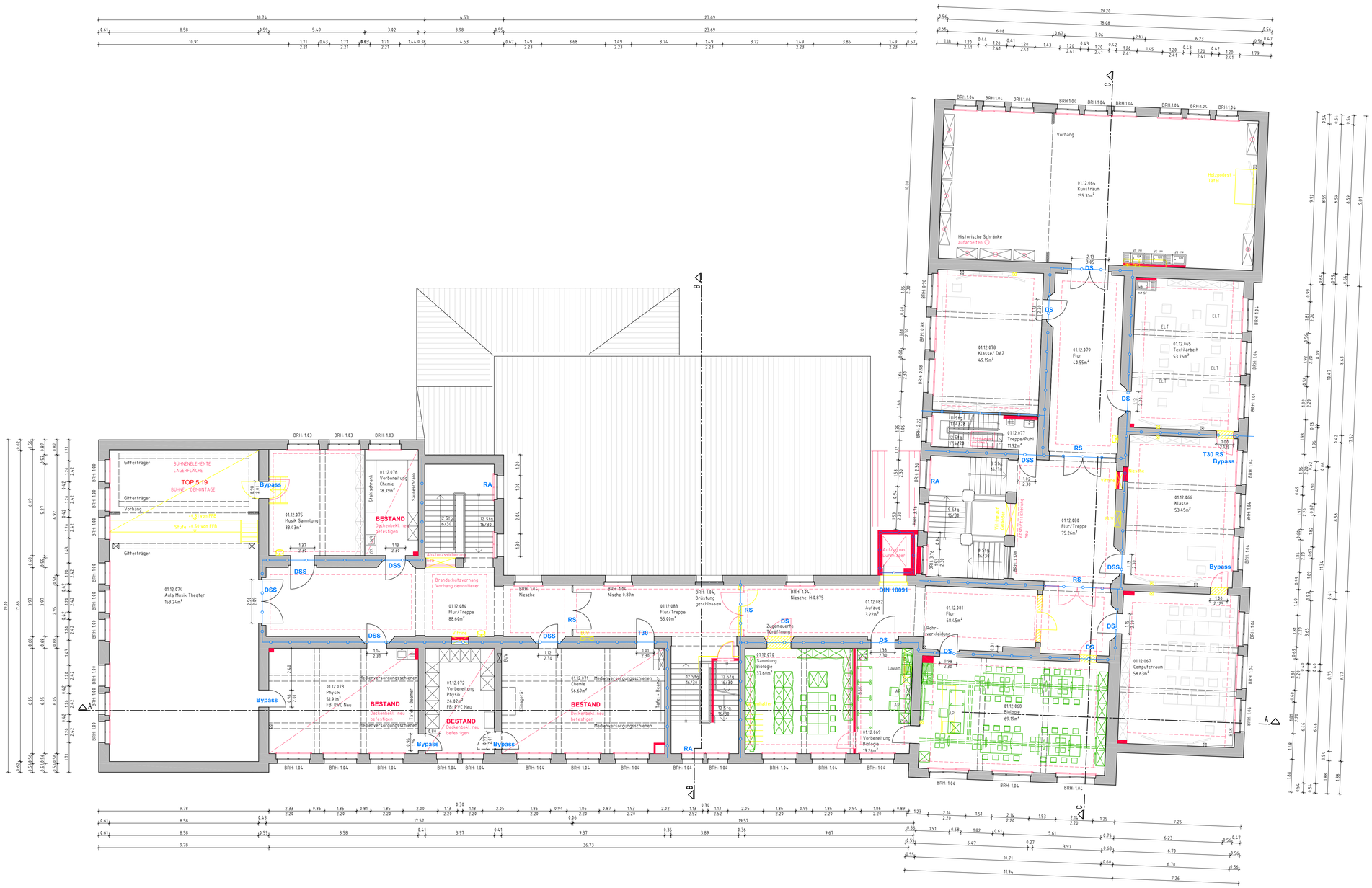
ENTWURFSPLÄNE

PL-NR.: JLS 30 11 20190731

GRUNDRISS
1. OBERGESCHOSS M. 1 : 100

FORMAT DIN A1 594 x 1007

891 von 1236 in Zusammenstellung



FORMAT DIN A0+ 841 x 1189

LEGENDE:

- BESTAND
- EINRICHTUNG NUTZER
- NEUBAU
- ABBRUCH
- EINRICHTUNG FEST
- BRANDSCHUTZ

Zeichnungsgrundlage:
Bestandspläne vom: 14.10.2016, es erfolgte kein örtliches Aufmaß
+/- 0.00 = OKFFB Haupteingang; NN unbekannt

LÜBECK PLANT UND BAUT

HANSESTADT LÜBECK
DER BÜRGERMEISTER

BAUHERR:
FACHBEREICH 5 PLANEN UND BAUEN
GEBÄUDEMANAGEMENT
23552 LÜBECK, MÜHLENDAMM 14

ABTEILUNG:

BEREICH:

ARCHITEKT / FACHPLANER:
kp architekten
Klünder Prüser Architekten PartmbB
Sandstraße 17-23, 23552 Lübeck
Tel.: 0451.6130 5360 Fax.: 0451.6130 5361
mail@k-p-architekten.de

BEARBEITET:

GEZEICHNET: 31.07.2019 PR

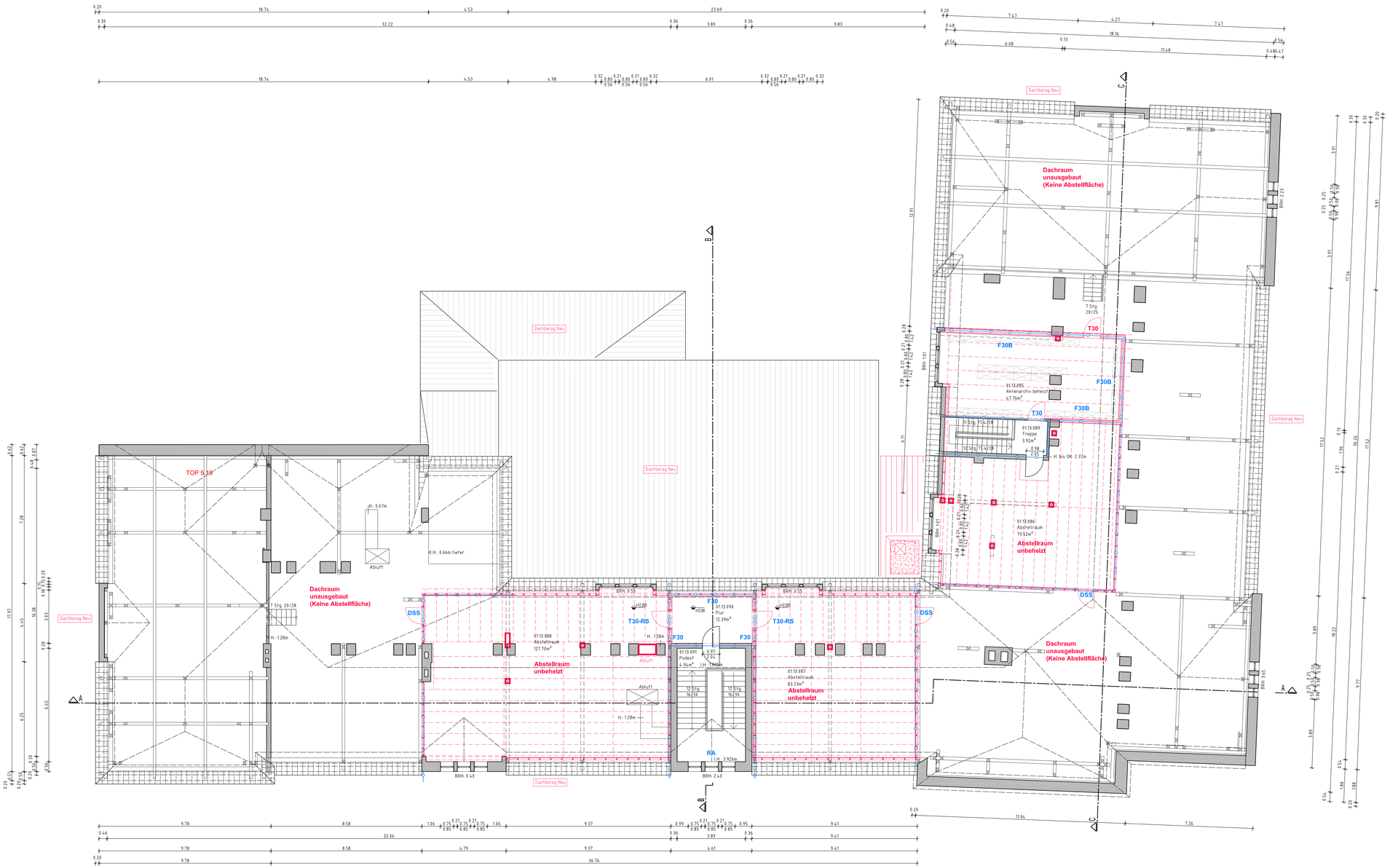
BAUVORHABEN:
JULIUS LEBER SCHULE
MARQUARDPLATZ 7
23554 LÜBECK

SANIERUNGS- UND UMBAUMAßNAHMEN

ENTWURFSPLÄNE

PL-NR.: JLS 30 12 20190731

GRUNDRISS
2. OBERGESCHOSS M. 1 : 100



LEGENDE:

- BESTAND
- EINRICHTUNG NUTZER
- NEUBAU
- ABBRUCH
- EINRICHTUNG FEST
- BRANDSCHUTZ

Zeichnungsgrundlage:
Bestandspläne vom: 14.10.2016, es erfolgte kein örtliches Aufmaß
+/- 0.00 = OKFFB Haupteingang; NN unbekannt

LÜBECK PLANT UND BAUT

HANSESTADT LÜBECK
DER BÜRGERMEISTER

BAUHERR:
FACHBEREICH 5 PLANEN UND BAUEN
GEBÄUDEMANAGEMENT
23552 LÜBECK, MÜHLENDAMM 14

ABTEILUNG:

BEREICH:

ARCHITEKT / FACHPLANER
kp architekten
Klünder Prüser Architekten PartmbB
Sandstraße 17-23, 23552 Lübeck
Tel.: 0451.6130 5360 Fax.: 0451.6130 5361
mail@k-p-architekten.de

BEARBEITET:

GEZEICHNET: 31.07.2019 PR

BAUVORHABEN:

JULIUS LEBER SCHULE
MARQUARDPLATZ 7
23554 LÜBECK

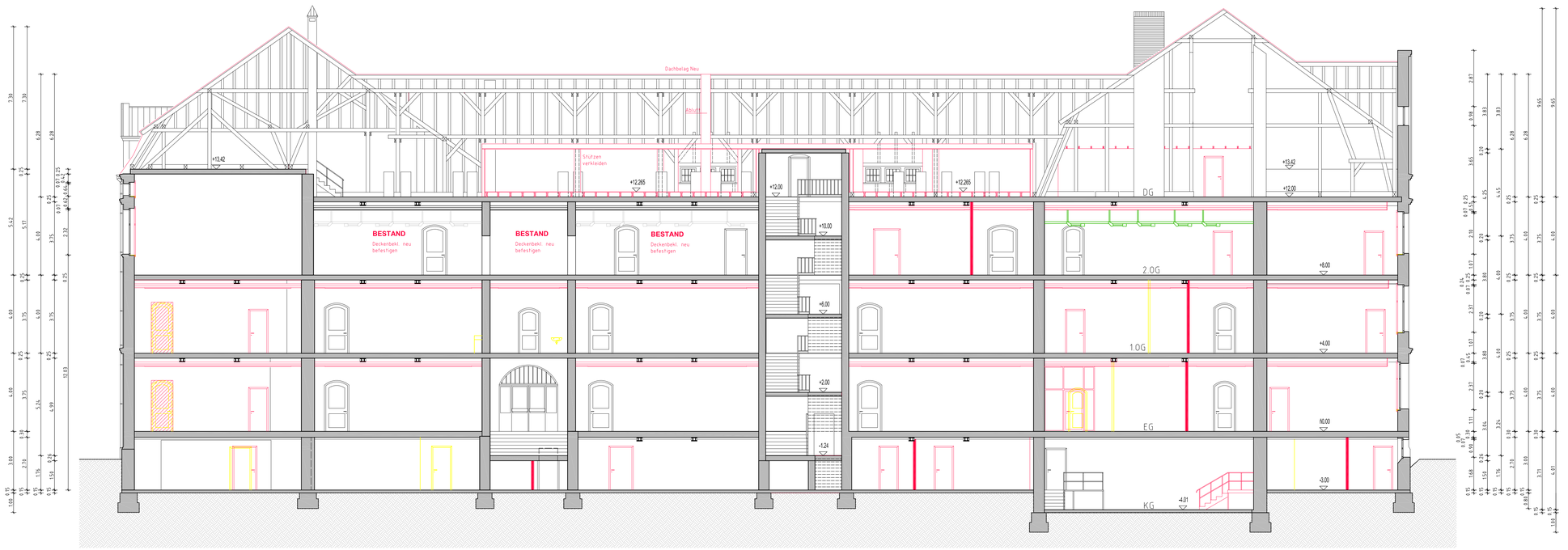
SANIERUNGS- UND UMBAUMAßNAHMEN

ENTWURFSPLÄNE

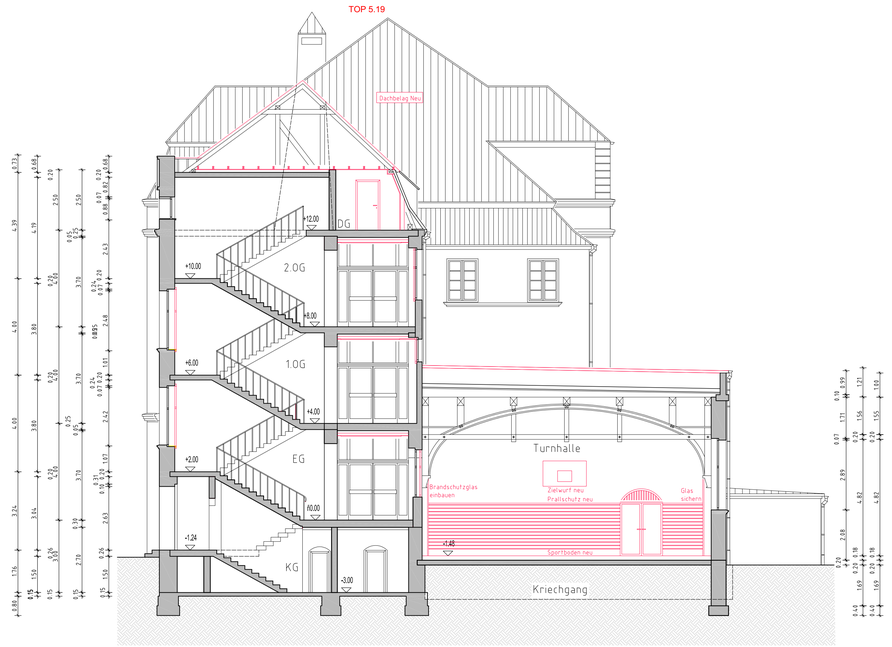
PL-NR.: JLS 30 13 20190731

GRUNDRISS
DACHGESCHOSS M. 1 : 100

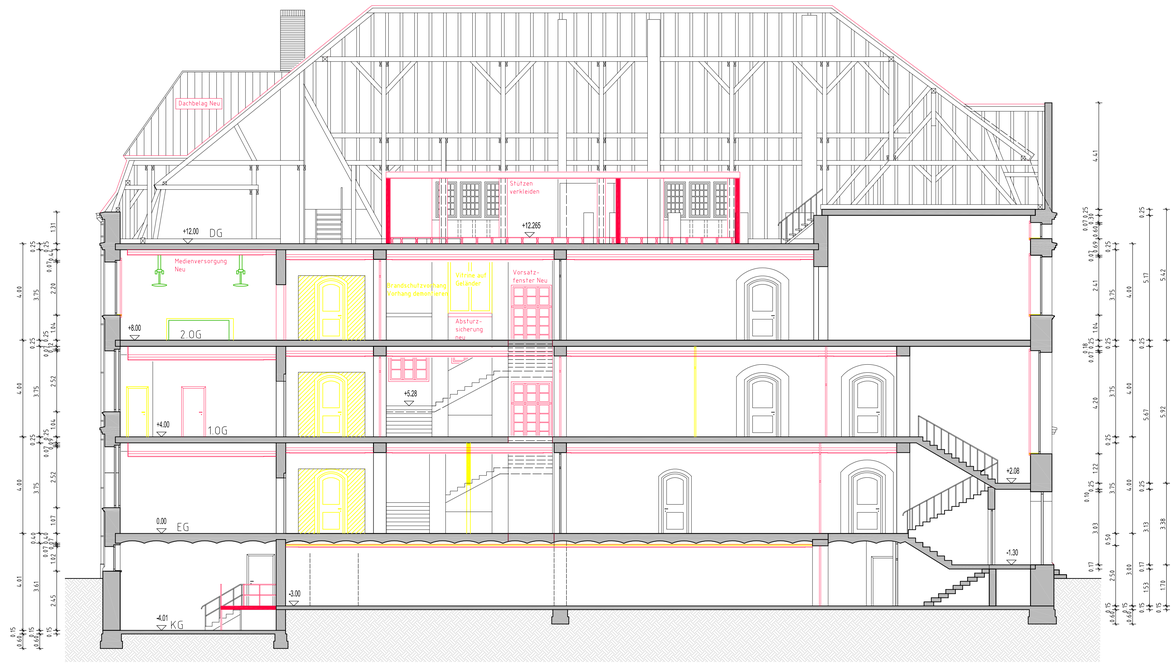
FORMAT DIN A1 - 841 x 1189



Schnitt A-A



Schnitt B-B



Schnitt C-C

LEGENDE:

- BESTAND
- EINRICHTUNG NUTZER
- NEUBAU
- ABBRUCH
- EINRICHTUNG FEST
- BRANDSCHUTZ

Zeichnungsgrundlage:
Bestandspläne vom: 14.10.2016, es erfolgte kein örtliches Aufmaß
+/- 0.00 = OKFFB Haupteingang; NN unbekannt

LÜBECK PLANT UND BAUT

HANSESTADT LÜBECK
DER BÜRGERMEISTER

BAUHERR:
FACHBEREICH 5 PLANEN UND BAUEN
GEBÄUDEMANAGEMENT
23552 LÜBECK, MÜHLENDAMM 14

ABTEILUNG:

BEREICH:

ARCHITEKT / FACHPLANER
kp architekten
Klünder Prüser Architekten PartmbB
Sandstraße 17-23, 23552 Lübeck
Tel.: 0451.6130 5360 Fax.: 0451.6130 5361
mail@k-p-architekten.de

BEARBEITET:

GEZEICHNET: 31.07.2019 PR

BAUVORHABEN:
JULIUS LEBER SCHULE
MARQUARDPLATZ 7
23554 LÜBECK

SANIERUNGS- UND UMBAUMAßNAHMEN

ENTWURFSPLÄNE

PL-NR.: JLS 30 S 20190731

SCHNITTE A-A, B-B
UND C-C

M. 1 : 100

FORMAT DIN A1 (841 x 594)

Hansestadt LÜBECK

Baubeschreibung Julius-Leber-Schule, Sanierung

Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen wird das Raumkonzept und das Rettungswegkonzept der Schule überarbeitet. Es werden innerhalb der Flure neue Differenzierungsräume geschaffen, die in das neue Rettungswegkonzept eingebunden werden.

Des Weiteren werden im Zuge der Sanierung der Werkraum, die Lehrküche und der Biologieraum saniert, modernisiert und sicherheitstechnisch überholt. Alle Fußbodenbeläge werden aufgearbeitet bzw. erneuert.

Im Dachgeschoss werden unbeheizte Abstell- und Lagerräume geschaffen, um im Kellergeschoss den Ausbau des Werk- und Lehrküchenbereiches und auf den übrigen Geschossen den Raum für Differenzierung, Schulsozialarbeit und Berufsberatung zu schaffen.

Die gesamten haustechnischen Anlagen (Heizung, Sanitär, Lüftung, Elektro, Gebäudeautomation)werden z.T. überholt (Heizung) bzw. vollständig erneuert.Die bereits 2017 sanierten Sanitärbereiche und neu errichtetet NaWi-Räume sind nicht Bestandteil der Maßnahme (ausgenommen Abhangdecken).

Abwasser- und Wasseranlagen sowie Beleuchtungsanlagen im Bereich der Außenanlagen sind Bestandteil des 1. Bauabschnittes und somit kostentechnisch im Antrag erfasst.

Die Mängel im Brandschutz werden mit der Neuordnung der Treppenräume, einem ausgearbeitetem Brandschutzkonzept und hochbaulichen Maßnahmen an den Decken behoben.

Im Zuge der Sanierung werden die Außenanlagen und Freiflächen neu geordnet und wieder hergestellt. Dies findet in einem zweiten Bauabschnitt nach der Sanierungsmaßnahme statt und ist nicht Bestandteil des Antrages, da dies nach 03/22 stattfinden wird.

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08075
öffentlich

Lübeck, 22.08.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
5.610 - Stadtplanung und Bauordnung

Bearbeitung: Julia Zimmer (E-Mail: julia.zimmer@luebeck.de Telefon: 122-6118)

Bebauungsplan 22.04.00 - Buntekuh / Pinassenweg - Satzungsbeschluss

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
02.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
16.09.2019	Bauausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
17.09.2019	Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg – abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan noch von Belang sind.

   Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.
   Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg – in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.
   Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:	Die nachfolgend genannten Bereiche wurden im Rahmen des Bauleitplanverfahrens beteiligt: 1.201 Haushalt und Steuerung 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften 2.500 Soziale Sicherung 3.370 Feuerwehr 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz 3.700 Entsorgungsbetriebe 4.041 Fachbereichsdienste Fachbereich 4 4.401 Schule und Sport 4.491 Archäologie und Denkmalpflege 5.660 Stadtgrün und Verkehr
Ergebnis:	Überwiegend zustimmend; die vorgebrachten Anregungen und Bedenken sind geprüft und in die Abwägung eingestellt worden (siehe beiliegender Auswertungsbericht).
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt: Begründung:	[ ] Ja [X] Nein Kinder und Jugendliche wurden im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligungen nach § 3 BauGB beteiligt. Eine darüber hinausgehende besondere Beteiligung gemäß § 47 f GO wurde nicht durchgeführt, da die Belange von Kindern und Jugendlichen durch den Bebauungsplan nicht in besonderem Maße berührt werden.
Die Maßnahme ist:	[ ] neu [ ] freiwillig [X] vorgeschrieben durch: BauGB
Finanzielle Auswirkungen:	[X] Nein [ ] Ja (Anlage 1) (zu den mittelbaren finanziellen Auswirkungen siehe Pkt. 8.2 der Begründung)

Begründung:
siehe Anlage 5

Anlagen:

1 Prüf- und Abwägungsbericht zu den im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen
2 Bebauungsplan 22.04.00, Fassung zum Satzungsbeschluss (Planoriginal)
3 Teil A - Planzeichnung mit Legende (DIN-A3-Druckfassung)
4 Teil B - Text (DIN-A4-Druckfassung)

5 Begründung zum Bebauungsplan 22.04.00, Fassung zum Satzungsbeschluss

Senatorin Joanna Hagen

Bebauungsplan 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg –
Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangen Stellungnahmen
Stand: 13.08.2019

Vorbemerkung:

Der vorliegende Prüf- und Abwägungsbericht ist nach den durchgeführten Beteiligungsschritten gliedert. Im Einzelnen beinhaltet er die Prüfung und ggf. Abwägung der Stellungnahmen und Einwendungen aus folgenden Beteiligungsschritten:

Teil A: Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Teil B: Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB (parallel zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB)
Teil C: Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB
Teil D: Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

In den Teilen C und D werden all jene Stellungnahmen aus den vor der öffentlichen Auslegung durchgeführten Beteiligungsverfahren behandelt, die für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan nach wie vor von Belang sind, z.B. weil sie im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt worden sind. Wenn die Anregungen, Bedenken und Hinweise im weiteren Planungsverfahren jedoch berücksichtigt worden sind, ist die Grundlage für die zuvor vorgebrachten Einwände entfallen und insofern eine Prüfung obsolet.

Aufgestellt: Lübeck, den 13.08.2019
Hansestadt Lübeck, Bereich Stadtplanung und Bauordnung, Abt. 5.610.4 / Zim
in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro Ostholstein

Teil A: Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Vorbemerkung: Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurde vom 03.06.2019 bis 05.07.2019 mittels Aushang im Bereich Stadtplanung und Bauordnung, Mühlendamm 12, durchgeführt. Außerdem wurden die auszulegenden Unterlagen auf der Webseite der Hansestadt Lübeck zur Einsichtnahme und zum Download zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB gingen insgesamt 4 Stellungnahmen von Anwohnern, Bauherren und sonstigen Bürgerinnen und Bürgern mit abwägungsrelevanten Inhalten beim Bereich Stadtplanung und Bauordnung ein. Die Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen erfolgt nachfolgend einwenderbezogen.

Inhalt der Stellungnahme	**Prüfung und Abwägung**	**Ergebnis**
Nr. 1 Einwender A (Schreiben vom 22.06.2019)		
1.1 Ausweisung für einen Jugendtreff Im Entwurf des Bebauungsplans fehlt die Festlegung eines Bereichs für die Einrichtung eines Jugendtreffs, der bereits jetzt in diesem Bereich besteht. Der Entwurf des Bebauungsplans enthält lediglich eine allgemeine Absichtserklärung, dass die Verwaltung sich weiterhin um einen Treff bemühen werde. Das reicht nicht aus. Wer die Bemühungen um einen Standort für den jetzigen Treff kennt, weiß, dass die Verwaltung sehr schleppend seinerzeit diese Suche durchführte und erst einer Abordnung von Jugendlichen im Jugendhilfeausschuss gelang es, dass die Politik energisch die Verwaltung unter Druck setzte und es dann schließlich klappte. Dieses Spiel darf sich nicht wiederholen und es würde sich wiederholen, wenn eine Ausweisung für ein Jugendtreff in diesem Bebauungsplan nicht erfolgen würde. Schließlich ist erkennbar in Buntekuh nur noch diese Fläche frei für entsprechende Planungen.	Der Jugendtreff befindet sich auf einem privaten Grundstück. Die Hansestadt Lübeck hat mit dem Eigentümer einen Mietvertrag für die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten geschlossen. Zur dauerhaften Sicherung des Jugendtreffs müsste die Fläche als Gemeinbedarfsfläche festgesetzt werden und die Stadt müsste das Grundstück erwerben. Entsprechende Verhandlungen wurden nicht geführt und sind auch nicht beabsichtigt. Es besteht weiterhin die mietvertragliche Lösung. Die Hansestadt Lübeck ist jedoch bestrebt, im Falle einer Kündigung des Mietvertrages seitens des Eigentümers einen neuen Standort für den Jugendtreff in Buntekuh zu finden.	nicht berücksichtigen
Nr. 2 Einwender B (Schreiben vom 05.07.2019)		
2.1 Rechtzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit		

900 von 1236 in Zusammenstellung

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
2.1 Bisherige Entwicklung und Nutzung Die unter Veränderungsabsichten (aktuelle Bauanträge und Voranfragen) geschilderte Sachlage bezüglich des Grundstücks Pinassenweg 26 wurde weder bei der öffentlichen Informationsveranstaltung am 14.6.2017 noch in der Folgezeit im Stadtteil öffentlich dargestellt. Dies steht im Widerspruch zu einer beabsichtigten rechtzeitigen Information der Bevölkerung.	Der Zweck der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB besteht darin, möglichst früh über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung zu informieren und diese zu erörtern. Der Aspekt „Bauanträge“ stand nicht im Widerspruch zu den allgemeinen Zielen und wurde daher nicht weiter erläutert. Es besteht daher kein Widerspruch zur frühzeitigen Information der Öffentlichkeit.	nicht berücksichtigen
2.2 <u>Ergänzung Jugendtreff</u> 4. Ziele und Zwecke der Planung Hier sollte der Passus: Sicherung einer Fläche für eine Kindertagesstätte ergänzt werden durch die Formulierung und/oder eines Jugendtreffs. Entsprechend sollten Texte an anderer Stelle (z.B. 4.1 Städtebauliches Konzept) angepasst werden.	Aus dem neuen Baugebiet kann aufgrund der Anzahl der Wohneinheiten kein Erfordernis für einen Jugendtreff abgeleitet werden. Das Erfordernis resultiert vielmehr aus den Bedürfnissen des gesamten Stadtteils und kann daher dem Entwickler des neuen Baugebietes nicht nach § 11 BauGB auferlegt werden. Da das Flächenangebot auf dem Kita-Grundstück zu gering ist, um Räume für einen Jugendtreff unterzubringen, kann dieser Vorschlag nicht berücksichtigt werden. Die Hansestadt Lübeck ist jedoch bestrebt, im Falle einer Kündigung des Mietvertrages seitens des Eigentümers einen neuen Standort für den Jugendtreff in Buntekuh zu finden.	nicht berücksichtigen
2.3 <u>Alternatives Bebauungskonzept</u> 4.1 Städtebauliches Konzept Bezüglich der künftigen Nutzung des Grundstücks Pinassenweg 26 sollten neben der derzeitigen Planung mit 2 Häusern und Tiefgarage auch die Alternativen: - kleinere Häuser mit oberirdischen Parkmöglichkeiten sowie - Beibehaltung der jetzigen Situation nicht ausgeschlossen werden.	Die Planung erfolgt in Abstimmung mit dem Flächeneigentümer. Es handelt sich jedoch um eine Angebotsplanung, das heißt: wenn der Eigentümer neu bauen möchte, muss er sich an die Vorgaben im Bebauungsplan halten – er wird jedoch nicht verpflichtet, neu zu bauen. Teilweise begrenzen die Festsetzungen das Höchstmaß der zulässigen Bebauung, sodass beispielsweise die Geschossigkeit oder die überbaubare Fläche nicht vollständig ausgeschöpft werden muss und somit auch kleinere Gebäude errichtet werden könnten.	bereits berücksichtigt

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
2.4 Versorgung durch das BHKW 5.4.1 Energieversorgung Es ist nicht erkennbar, ob das BHKW auch für die Gebäude im nordöstlichen Teil des Plangebiets (Pinassenweg 26) gelten soll.	Dies ist nicht vorgesehen. Das südliche Baugebiet mit den Teilbereichen WA 3-8 soll über das Blockheizkraftwerk mit Wärme versorgt werden. Die beiden bereits baulich genutzten Grundstücke werden voraussichtlich weiterhin die bestehenden Hausanschlüsse der Netz Lübeck nutzen.	Kenntnisnahme
2.5 Integration des Jugendtreffs in die Kindertagesstätte 6.3 (Sonstige) Auswirkungen auf die Belange von Kindern und Jugendlichen Für den Fall, dass der bisherige Jugendtreff nicht erhalten werden kann, wird vorgeschlagen, diesen in das neue Gebäude „Kindertagesstätte“ zu integrieren.	s.o. Da das Flächenangebot auf dem Kita-Grundstück zu gering ist, um Räume für einen Jugendtreff unterzubringen, kann dieser Vorschlag nicht berücksichtigt werden. Die Festsetzungen ermöglichen das Betreiben eines Jugendtreffs. Jedoch liegt es im Ermessen des Eigentümers, welchen Nutzern die Räume überlassen werden.	nicht berücksichtigen
2.6 Darstellung der Erörterungsergebnisse / Beteiligung von Jugendlichen 9.1 Verfahrensübersicht Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB Die Darstellung der Einzelheiten zur Veranstaltung am 14.6.2017 ist nicht vollständig. So fehlt z.B. der Hinweis, dass über die Zukunft des Gebäudes Pinassenweg 26 – und hier insbesondere den Jugendtreff – sehr ausführlich diskutiert wurde. Klare Aussagen hinsichtlich der zu erwartenden Entwicklung wurden dabei aber leider nicht getroffen. Kinder- und Jugendlichenbeteiligung	Die Begründung unter Kapitel 9.1 wird um den Sachverhalt des Jugendtreffs ergänzt. Bereits zu dieser Informationsveranstaltung wurde jedoch schon dargelegt, dass es sich hierbei um eine privatrechtliche Angelegenheit zwischen Vermieter und Mieter handelt und eine Flächenfestsetzung für einen Jugendtreff nicht erfolgt, da dies voraussetzen würde, dass die Hansestadt Lübeck das Grundstück freihändig erwirbt. Kinder und Jugendliche konnten ebenfalls an der Informations-	Tlw. berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
Der Verzicht auf eine besondere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist in diesem Fall schwer nachvollziehbar. Schließlich geht es ja bei dem Bebauungsplan (auch) um den Verlust des Jugendtreffs. Leider ist nicht bekannt, ob und in welcher Weise z.B. die jugendlichen Besucher des Jugendtreffs angesprochen und z.B. zu der Erörterungsveranstaltung am 14.6.2017 eingeladen wurden.	veranstaltung im Juni 2017 teilnehmen sowie zu den Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und 2 Einsicht in die Planunterlagen nehmen (bspw. im Internet). Zudem wurde als Träger öffentlicher Belange der Stadtschülersprecher zu den Behördenbeteiligungen gemäß § 4 Abs. 1 und 2 beteiligt. Der Bebauungsplan löst keinen Verlust des Jugendtreffs aus. Das Mietverhältnis kann unabhängig von einem alten bzw. neuen Bebauungsplan weitergeführt oder beendet werden.	
Nr. 3 Einwender C (Schreiben vom 05.07.2019)		
3.1 <u>Ausweisung für einen Jugendtreff</u> Im Gebiet des o.g. Bebauungsplanes befindet sich derzeit der einzige Jugendtreff in Buntekuh, der nach jahrelangem Suchen dort eingerichtet werden konnte. Der Verweis auf die Suche nach einem Ersatzstandort ist äußerst unbefriedigend. Seine planungsrechtliche Absicherung ist für den Stadtteil unerlässlich; sollte dies nicht möglich sein, muss vor Beginn der Baumaßnahmen ein neuer Standort benannt werden.	Aus dem neuen Baugebiet kann aufgrund der Anzahl der Wohneinheiten kein Erfordernis für einen Jugendtreff abgeleitet werden. Das Erfordernis resultiert vielmehr aus den Bedürfnissen des gesamten Stadtteils und kann daher Entwickler des neuen Baugebietes nicht nach § 11 BauGB auferlegt werden. Sobald die Hansestadt Lübeck Kenntnis davon erhält, dass der Vermieter eine Kündigung des Jugendtreffs beabsichtigt, wird die Verwaltung einen neuen Standort im Stadtteil suchen und möglichst ohne Zeitlücke einen neuen Mietvertrag hierzu abschließen.	nicht berücksichtigen
Nr. 4 Einwender D (Schreiben vom 05.07.2019)		
4.1 <u>Ausweisung für einen Jugendtreff</u> Die enge Kooperation mit dem Jugendtreff um gelingende Übergänge für Kinder und Jugendliche zu schaffen sind von hoher Bedeutung für Buntekuh. Der Stadtteil hat den höchsten Anteil an Menschen unter 18 Jahren in Lübeck. Für sie muss es eine Anlaufstelle geben, die sie in allen Fragen des Zusammenlebens unterstützt und berät. Um Kriminalität und Hoffnungslosigkeit vorzubeugen braucht es pädagogische Fachkräfte, die vor Ort die Themen der Kinder und Jugendlichen ernst nehmen	Eine planungsrechtliche Sicherung des Jugendtreffs am Standort als Gemeinbedarfsfläche setzt voraus, dass die Hansestadt Lübeck das Grundstück freihändig erwirbt. Dies ist nicht vorgesehen. Sobald die Hansestadt Lübeck Kenntnis davon erhält, dass der Vermieter eine Kündigung des Jugendtreffs beabsichtigt, wird die Verwaltung einen neuen Standort im Stadtteil suchen und möglichst ohne Zeitlücke einen neuen Mietvertrag	nicht berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
und ihnen Perspektiven bieten. Ich gehe davon aus, dass auch Sie dies in den Plänen für die Bebauung des Pinassenweges berücksichtigen und dementsprechend den Jugendtreff erhalten und einbinden.	hierzu abschließen.	

Teil B: Stellungnahmen aus der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Vorbemerkung: Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 27.05.2019 über die Planungen unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme bis einschließlich 05.07.2019 aufgefordert. Im Rahmen der Behördenbeteiligung wurden insgesamt 41 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie 14 von der Planung berührte städtische Bereiche beteiligt und um Stellungnahme gebeten. Im Ergebnis dieser Beteiligung sind insgesamt 30 Stellungnahmen beim Bereich Stadtplanung und Bauordnung eingegangen.

a) Von folgenden Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sind Stellungnahmen mit bebauungsplanrelevanten Inhalten eingegangen:

1. Netz Lübeck GmbH (Schreiben vom 05.06.2019)
2. HL, Bereich Stadtplanung und Bauordnung, Bauaufsicht / Bauberatung (Schreiben vom 05.06.2019)
3. HL, Bereich Stadtgrün und Verkehr (Schreiben vom 21.06.2019)
4. HL, Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz, - untere Wasserbehörde (Schreiben vom 04.07.2019)
5. HL, Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz, - Landschaftsplanung (Schreiben vom 10.07.2019)
6. HL, Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz, - Klimaschutz (Schreiben vom 10.07.2019)
7. NABU Schleswig-Holstein (Schreiben vom 03.07.2019)
8. Stadtverkehr Lübeck GmbH, Verkehrsplanung (Schreiben vom 21.06.2019)
9. Polizeidirektion Lübeck - Verkehrssicherheit (Schreiben vom 01.07.2019)
10. Entsorgungsbetriebe Lübeck (Schreiben vom 14.06.2019)
11. Hansestadt Lübeck, Bereich Archäologie und Denkmalpflege, Abteilung Archäologie (Schreiben vom 02.07.2019)
12. Hansestadt Lübeck, Bereich Schule und Sport (Schreiben vom 02.07.2019)
13. Hansestadt Lübeck, Fachbereich Kultur und Bildung, 4.041 Fachbereichsdienste Jugendhilfeplanung (Schreiben vom 28.06.2019)

b) Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben in ihren Stellungnahmen keine Bedenken und Anregungen vorgebracht und/oder sonstige nicht bebauungsplanrelevante Hinweise gegeben:

- HL, Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz, - Immissionsschutz (Schreiben vom 10.07.2019)
- Hansestadt Lübeck, Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz, - untere Bodenschutzbehörde (Schreiben vom 05.06.2019)
- Hansestadt Lübeck, Bereich Haushalt und Steuerung, Kämmerer (Schreiben vom 02.07.2019)
- Hansestadt Lübeck, Bereich Feuerwehr (Schreiben vom 24.06.2019)
- Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein, Untere Forstbehörde (Schreiben vom 03.06.2019)

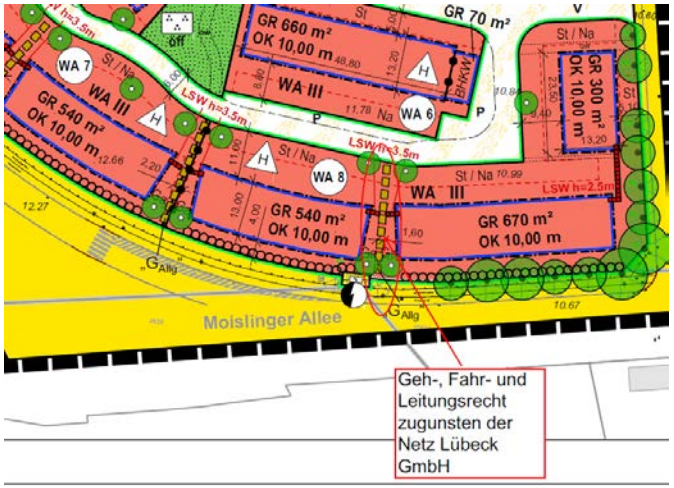
- Landeskriminalamt Schleswig-Holstein (Schreiben vom 21.06.2019)
- Telefónica Germany GmbH & Co. OHG (Schreiben vom 21.06.2019)
- Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH (Schreiben vom 01.07.2019)
- Gemeinde Groß Grönau (Schreiben vom 31.05.2019)
- Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein, Niederlassung Lübeck (Schreiben vom 21.06.2019)
- Amt Schöneberger Land (Schreiben vom 24.06.2019)
- Gemeinde Stockelsdorf (Schreiben vom 05.06.2019)
- Gemeinde Ratekau (Schreiben vom 25.06.2019)
- Amt Nordstormarn für die Gemeinden Badendorf, Hamberge, Heilshoop und Mönkhagen (Schreiben vom 03.07.2019)
- Deutsche Telekom Technik GmbH (Schreiben vom 31.05.2019)
- Hansestadt Lübeck, Bereich Soziale Sicherung (Schreiben vom 27.06.2019)
- Hansestadt Lübeck, Bereich Stadtplanung und Bauordnung, Stadtentwicklung (Schreiben vom 01.08.2019)

c) Von den nachfolgend aufgeführten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sind keine Stellungnahmen eingegangen:

- Industrie- und Handelskammer zu Lübeck
- Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes S-H, Abteilung 7 Technischer Umweltschutz, Regional Dezernat Südost
- Landesamt für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein Katasteramt Lübeck
- Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes S-H Abteilung IV 6 Landesplanung und ländliche Räume
- Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes S-H Abteilung IV 5 Bauen und Wohnen
- Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes S-H
- Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes S-H
- Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes S-H
- Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes S-H Abt.VII 4 - Verkehr und Straßenbau
- Seniorenbeirat
- Stadtwerke Lübeck GmbH - Planung und Steuerung
- TraveKom Telekommunikationsgesellschaft mbH
- Kreisverwaltung Kreis Herzogtum Lauenburg
- Stadt Bad Schwartau
- Gemeinde Bliestorf
- Gemeinde Klempau

- Gemeinde Krummesse
- Amt Berkenthin
- Gemeinde Timmendorfer Strand
- Arbeitsgemeinschaft der nach § 29 BNatSchG beteiligten Naturschutzverbände
- Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz Lübeck und Umgebung (AGU)
- Behindertenbeauftragte / Behindertenrat Lübeck
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.
- Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V.
- Stadtbeauftragter für Naturschutz / Beirat für Naturschutz
- Stadtschülersprecher – Beteiligung Kinder und Jugendliche § 47 f GO
- Hansestadt Lübeck, Bereich Wirtschaft und Liegenschaften
- Hansestadt Lübeck, Bereich Archäologie und Denkmalpflege, Abteilung Denkmalpflege

Inhalt der Stellungnahme	**Prüfung und Abwägung**	**Ergebnis**
Nr. 1 Netz Lübeck GmbH (Schreiben vom 05.06.2019)		
1.1 <u>Eintragung GFL-Recht</u> Bezugnehmend auf ihre E-Mail vom 28.05.2019 bitten wir sie um die Eintragung eines Geh-, Fahr- und Leitungsrechtes zugunsten der Netz Lübeck GmbH zwischen unserer Ortsnetzstation (BUN 139) und der geplanten Erschließungsverkehrsfläche.	Die Anregung wird berücksichtigt, indem das bereits bestehende Gehrecht zugunsten der Allgemeinheit an dieser Stelle zu einem Geh- und Leitungsrecht zugunsten der Versorgungsträger erweitert wird. Ein Fahrrecht zugunsten der Versorgungsträger kann nicht gewährt werden, da die Fläche zu schmal für Fahrzeuge ist. Auf Nachfrage wurde durch die Netz Lübeck bestätigt, dass ein Fahrrecht nicht notwendig ist.	berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
		
Nr. 2 Hansestadt Lübeck- Bereich Stadtplanung und Bauordnung, Bauaufsicht / Bauberatung (Schreiben vom 05.06.2019)		
2.1 <u>Festsetzungen zur Dachgestaltung</u> Nach den gestalterischen Festsetzungen sind alle Dächer in dem Baugebiet als Gründach auszubilden. Um dies eindeutiger herauszustellen, sollte neben dem Punkt „Fassadengestaltung“ ein Punkt „Dachgestaltung“ genannt werden. Ansonsten gibt es von unserer Seite keine weiteren Anmerkungen oder Hinweise.	Die Anregung wird berücksichtigt, indem der Titel der baugestalterischen Festsetzung 11.3 „Dachneigung“, unter der bereits darauf hingewiesen wird, dass Dächer zu begrünen sind, geändert wird in „Dachgestaltung“.	berücksichtigen
Nr. 3 Hansestadt Lübeck, Bereich Stadtgrün und Verkehr (Schreiben vom 21.06.2019)		
3.1 <u>Sichtbereich Heckenanpflanzungen</u> In der Begründung unter Pkt. 5.5.2 und dem Teil B – Text – heißt es: „Im unmittelbaren Einmündungsbereich und den angrenzenden zwei Metern zum Buntekuhweg dürfen die Hecken eine Höhe von 0,80 m über Fahrbahn nicht überschreiten“. Naturnahe Hecken in dieser Höhe sind jedoch	Die Festsetzung wird geändert und der Begriff „Hecken“ durch den Begriff „Bepflanzung“ ausgetauscht.	berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
fachlich nicht sinnvoll, daher sollten diese nicht im B-Plan festgesetzt werden. *Der Bereich Stadtgrün und Verkehr bittet, die Formulierung wie folgt zu ändern: „Im unmittelbaren Einmündungsbereich und den angrenzenden zwei Metern zum Buntekuhweg darf die Bepflanzung eine Höhe von 0,80 m über Fahrbahn nicht überschreiten*“.		
3.2 <u>Stellplätze im Vorgarten WA 5 - 8</u> Das dargestellte Erschließungskonzept erhält in Teilen aus Sicht des hiesigen Bereichs und der Straßenverkehrsbehörde keine Zustimmung. Im Einzelnen sind in diesem Zusammenhang folgende Unklarheiten / Widersprüche aufzuführen: Die Stellplätze – insbesondere für die Häuser im WA 5 bis WA 8- sollen in den Vorgärten direkt zur Straße hin angeordnet werden. Da dies beinahe die komplette Straßenlänge betrifft, kann so kaum eine Aufenthalts- und Kommunikationsqualität entstehen. Darüber hinaus ist alternierendes Parken nicht umsetzbar. Beides stellen jedoch Anforderungen an einen gemäß Begründung geplanten verkehrsberuhigten Bereich, der eine Beschilderung mit Vz 325 erhalten soll, dar.	Alternierendes Parken ist nur eines von verschiedenen Gestaltungselementen, die zu einer Geschwindigkeitsreduzierung in verkehrsberuhigten Bereichen beitragen können. Die Aufenthalts- und Kommunikationsqualität soll im Plangebiet durch andersfarbige Pflasterungen rund um die Grünflächen und zwischen den Wegeverbindungen sowie Einengungen mit Baumpflanzungen erzeugt werden. Im Bereich des Quartiersplanes soll durch geplante Fahrbahneinengungen eine Aufenthalts- und Kommunikationsqualität für den Straßenbereich geschaffen werden. Diese Maßnahmen sind dem der Begründung angehängten unverbindlichen Erschließungsplan zu entnehmen. Im Erschließungsvertrag werden im Detail die Gestaltung und sonstige Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung geregelt.	zur Kenntnis nehmen
3.3 <u>Besucherparkplätze im nördlichen Straßenverlauf und Sammelstellplätze WA 3 und 4</u> Grundsätzlich nicht nachvollziehbar ist, warum der komplette nördliche Straßenverlauf keine öffentlichen Besucherparkplätze aufweisen soll. In der Abwägungstabelle unter Pkt. 1.3 erläutern Sie dazu, dass dies nicht möglich sei, weil „die Zufahrten für die privaten Stellplätze hierfür keinen Platz belassen“ und „sich auf der Nordseite der Straße die Sammelstellplätze der WA 3 und 4“ befinden.	Vorangehend wird festgestellt, dass die Anzahl der öffentlichen Stellplätze im Straßenraum 18 % der Anzahl der neuen Wohneinheiten in den WA 3 bis 8 beträgt und damit ausreichend ist. Von den im Konzept verorteten öffentlichen Stellplätzen sind alle Wohngebäude gut und auf kurzen Wegen erreichbar. Im südlichen Bereich der Ringerschließung liegen auf der nördlichen Straßenseite keine Ausfahrten, da die Baugrundstücke im WA 5 und 6 ihre Gärten auf	nicht berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
Dieser Argumentation kann aus hiesiger Sicht nicht gefolgt werden, weil die gleiche Situation mit Zufahrten für private Stellplätze auch im südlichen Straßenverlauf vorherrscht und die geplante Verkehrsflächenbreite dort öffentliche Parkplätze zulässt. Das kann im nördlichen Straßenverlauf ebenfalls umgesetzt werden. Darüber hinaus hat der hiesige Bereich bereits in der Beteiligung nach § 4(1) BauGB darauf hingewiesen, dass die privaten Stellplätze der WA 3 und 4 nicht in dem Ausmaß an der öffentlichen Straße anzuordnen sind, weil dieser Platz für öffentliche Parkplätze benötigt wird. Es ist gefordert worden, die privaten Stellplätze entweder über eine TG oder einen Sammelstellplatz auf dem Grundstück, der über eine Zufahrt erreichbar ist, zu schaffen.	der Südseite und den privaten Stellplatz auf der Nordseite des Grundstücks haben. Somit ist auf der nördlichen Straßenseite im südlichen Bereich der Ringerschließung das Anordnen von öffentlichen Parkplätzen möglich. Im gesamten nördlichen Straßenverlauf hingegen können keine öffentlichen Parkplätze angeordnet werden, da die Zufahrten für die privaten Stellplätze hierfür keinen Platz belassen. Jedes Baugrundstück im WA 5 und 6 benötigt eine eigene Grundstückszufahrt. Darüber hinaus befinden sich auf der Nordseite der Straße die Sammelstellplätze der WA 3 und 4. Auch hier ist aufgrund der Zufahrten sowie der Aufstellflächen für die Feuerwehr keine Anordnung von öffentlichen Parkplätzen möglich. Dieses Konzept mit Senkrechtparken direkt zur Straße wurde frühzeitig (Dezember 2016) für die Entwurfserstellung der Abteilung Verkehrsplanung und der Straßenverkehrsbehörde zur Stellungnahme vorgelegt. Beide Stellen haben dem Prinzip der 6 m breiten Mischverkehrsfläche mit Senkrechtparken zur Straße zugestimmt.	
3.4 <u>Sammelstellplätze WA 3</u> In der Begründung Pkt. 4.1 und Pkt. 5.2.7 heißt es, dass die Sammelstellplätze des WA 3 „überwiegend analog“ zum bestehenden Geschosswohnungsbau und dessen Stellplatzanlage im Teilbereich WA 1 geplant werden. Das ist nicht korrekt; die meisten Stellplätze für das WA 3 liegen direkt an der Erschließungsstraße, wobei die Stellplatzanlage des WA 1 über einzelne Zufahrten erreichbar ist (wie wir das auch – siehe Pkt. 2. - für das WA 3 fordern).	Die Begründung wird dahingehend angepasst, dass die tatsächliche Anordnung der Stellplätze im WA 3 besser beschrieben wird: *„Von den 26 geplanten privaten Stellplätzen im WA 3 werden 11 in einer Sammelstellplatzanlage untergebracht. Die übrigen Stellplätze werden entlang der Ringerschließung als Senkrechtstellplätze vorgesehen.“* Die Unterbringung weiterer oder größerer Sammelstellplatzanlagen ist aus konzeptionellen und gestalterischen Gründen nicht möglich. Der Bau von Tiefgaragen, gerade im Bereich des geförderten Geschosswohnungsbaus oder auch im Bereich des WA 4 für lediglich neun Stellplätze ist aus wirtschaftlichen und gestalterischen Gründen ebenfalls	berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
	nicht angebracht.	
3.5 Zeitpunkt Erschließungsplanung Gemäß Ihrer Begründung Pkt. 5.3.1 kann ein niedriges Fahrtempo in der gesamten Ringstraße u.a. durch „alternierende Parkstände und Baumpflanzungen“ erreicht werden. Die „Verortung der Maßnahmen erfolgt im Rahmen der Ausführungsplanung“. Diese Formulierung „verschiebt“ dezent ein Problem, weil sie fälschlicherweise den Eindruck erweckt, dass der hiesige Bereich im Rahmen der Ausführungsplanung bei diesen Verkehrsflächenbreiten die Möglichkeit hat, alternierende Parkstände und Baumpflanzungen im öffentlichen Straßenraum unterzubringen. Bereits jetzt (und schon nach unserer Stellungnahme aus dem Beteiligungsverfahren nach §4(1) BauGB) ist klar, dass wir als späterer Straßenbaulastträger mit dieser Art der Erschließung nicht in die Lage versetzt werden, ein Baugebiet zu konzipieren, welches den Vorgaben eines nach Vz 325 beschilderten Wohngebietes entspricht.	Eine verbindliche Verortung der Maßnahmen im Rahmen der Bauleitplanung ist aufgrund fehlender Rechtsgrundlagen nicht möglich. Jedoch wurde ein unverbindliches Erschließungskonzept erarbeitet, in dem die geplanten Maßnahmen dargestellt werden (Anhang zur Begründung). Mit den im Erschließungskonzept dargestellten Maßnahmen der Straßengestaltung wird aufgezeigt, dass ein Baugebiet konzipiert wurde, welches den Vorgaben eines nach Vz 325 beschilderten Wohngebietes entspricht. Im Erschließungsvertrag werden im Detail die Gestaltung und sonstige Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung geregelt.	zur Kenntnis nehmen
3.6 Anzahl der Stellplätze Gemäß Abwägungstabelle Pkt. 1.2 soll bauordnungsrechtlich pro Wohneinheit ein Stellplatz vorgesehen werden. Der Konzept-Lageplan (Anhang 1 der Begründung) zählt u.W. 101 Stellplätze, obwohl gemäß Begründung Pkt. 4. 135 zusätzliche Wohneinheiten entstehen. Somit ist deutlich, dass der Stellplatz- / Parkplatzbedarf definitiv nicht gedeckt wird. *Der Bereich Stadtgrün und Verkehr und die Straßenverkehrsbehörde fordern eine teilweise, die o.g. Punkte betreffende Überarbeitung des Erschließungsstraßenkonzeptes.*	Die geplanten 135 Wohneinheiten unter Ziffer 4 der Begründung beziehen sich auf das gesamte Plangebiet einschließlich WA 2. Der Konzept-Lageplan im Anhang der Begründung umfasst allerdings nur das geplante Wohngebiet im südlichen Abschnitt WA 3 – 8, da dieses kurzfristig und mit einem einheitlichen Gestaltungskonzept umgesetzt werden soll. In diesem Bereich sollen 101 Wohneinheiten sowie 100 Stellplätze entstehen. Für die übrigen 34 Wohneinheiten im WA 2 wird aufgrund der begrenzten Flächenverfügbarkeit die Unterbringung der benötigten Stellplätze in einer Tiefgarage geplant.	nicht berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
3.7 Darstellung Stellplätze in den Lageplänen Der zur Begründung gehörende Anhang 1 „Konzept-Lageplan“ deckt sich hinsichtlich der Stellplatzanordnungen nicht mit dem Anhang 2 „Lageplan Erschließung“. *Der Bereich Stadtgrün und Verkehr bittet darum, eine abgestimmte Darstellung dem Beteiligungsverfahren zugrunde zu legen, da sonst Irritationen entstehen und unklar ist, auf welche Variante sich eine Stellungnahme beziehen soll.*	Der „Lageplan Erschließung“ (Anlage 2) wird an den unverbindlichen „Konzept-Lageplan“ (Anhang 1) redaktionell angepasst. Die Abweichung bestand darin, dass der „Konzept-Lageplan“ insgesamt 2 Stellplätze weniger und eine geringfügig abweichende Anordnung dieser im WA 3 darstellte als der „Lageplan Erschließung“.	berücksichtigen
3.8 Abstandsflächen auf öffentlichen Verkehrsfläche Gemäß Begründung Pkt. 5.2.4 und Pkt. 6.4 muss ein Teil der Abstandsfläche auf der öffentlichen Verkehrsfläche nachgewiesen werden (hier: WA 4 westl.). Es heißt in dem Zusammenhang: „Auswirkungen oder Konsequenzen auf die Verkehrsflächen werden dadurch nicht erwartet“. Bereits im Beteiligungsverfahren nach § 4(1) BauGB hat der hiesige Bereich gefordert, dass etwaige Auswirkungen / Konsequenzen (also die Bedeutung dessen) erläutert werden. Das ist in dem Sinne nicht erfolgt. *Der Bereich Stadtgrün und Verkehr als zukünftiger Baulastträger der Straße erwartet daher vorsorglich, dass die Formulierung wie folgt angepasst wird: „Auswirkungen oder Konsequenzen auf die Verkehrsflächen entstehen dadurch nicht“.*	Die Anregung wird berücksichtigt, indem die Formulierung in der Begründung redaktionell angepasst wird.	berücksichtigen
3.9 Erweiterung des Geltungsbereiches um den Knotenpunktbereich „Moislinger Allee / Buntekuhweg / Pinassenweg“ Die mittlerweile vorliegende Verkehrsuntersuchung hat zum Ergebnis, dass die prognostizierten Verkehrsmengen im Bestand nicht abgewickelt werden können. Im Einmündungsbereich „Pinassenweg / Moislinger Allee“ wird eine LSA empfohlen. Der Nachweis, ob bzw. wie die Verkehrs-	Am 17.07.2019 hat ein Termin zum Verkehrsknoten Pinassenweg/Moislinger Allee stattgefunden, an dem Vertreter des Verkehrsplanungsbüros, des Vorhabenträgers und der Hansestadt Lübeck teilgenommen haben. Als Ergebnis wurde sich darauf geeinigt, den Knotenpunkt zunächst ohne Lichtsignalanlage weiter zu betreiben und Ummarkierungen auf der Moislinger Allee zugunsten eines Linksab-	tlw. berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
abwicklung an dem Knoten mit LSA unter Berücksichtigung des benachbarten Knotens „Moislinger Allee / Buntekuh-weg“ funktionieren wird, wird unseres Wissens derzeit geprüft. *Der Bereich Stadtgrün und Verkehr fordert, dass der B-Plan-Umriss um den besagten Knotenpunktsbereich ausgeweitet wird, da bereits jetzt offensichtlich ist, dass an dem Knoten Maßnahmen erfolgen werden, die durch das neue B-Plan-Gebiet verursacht / ausgelöst werden. Der durch den hiesigen Bereich später aufzustellende Erschließungsvertrag berücksichtigt lediglich – wie in der Begründung unter Pkt. 7 korrekt erläutert- „im Bebauungsplan festgesetzte Erschließungsmaßnahmen“.*	biegers in den Pinassenweg vorzunehmen. Sollte ein nachträglicher Ausbau zu einem signalisierten Knotenpunkt notwendig werden, wurde mit dem Vorhabenträger vertraglich vereinbart, dass er im Zuge der Erschließung des Baugebietes die technischen Vorrichtungen für die Lichtsignalanlagen (z.B. Leerrohre) bereitstellt. Die Kosten u.a. für die Lichtsignalanlage sowie die Koordinierung mit den benachbarten Kreuzungspunkten würde in diesem Fall die Stadt tragen. Eine Erweiterung des Geltungsbereiches um den entsprechenden Verkehrsknotenpunkt ist jedoch nicht notwendig, da die beabsichtigten Maßnahmen innerhalb der Straßenverkehrsfläche umgesetzt werden können. Die Festsetzung konkreter Maßnahmen zur Erschließung im Sinne von Errichtung und Steuerung von Lichtsignalanlagen lässt die Bebauungsplanung ohnehin nicht zu. Grundsätzlich müssen derartige Regelungen in den Erschließungsvertrag aufgenommen werden. Um Missverständnisse auszuräumen wird die Begründung in dem zitierten Abschnitt geändert in *„der im Bebauungsplan festgesetzten und außerhalb des Geltungsbereiches liegenden notwendigen Erschließungsanlagen, …“.*	
3.10 <u>Redaktionelle Änderungen</u> Die Begründung weist zum einen unter Pkt. 5.2.7 und zum anderen unter Pkt. 5.3.2 Fehler bzw. Fehlformulierungen auf, die Missverständnisse hervorrufen könnten. Unter Pkt. 5.2.7 heißt es, dass Stellplätze „im Bereich der Planstraße angeordnet“ werden. Es sollte besser „an der Planstraße“ heißen. Unter Pkt. 5.3.2 heißt es, dass zwischen der geplanten Reihenhausbebauung ein Gehrecht „zu Gunsten der Anlieger“ gesichert wird. Der hiesige Bereich ist der Ansicht, dass es sich um ein Gehrecht „zu Gunsten der Allgemeinheit“ handeln muss.	Die Anregungen werden berücksichtigt, indem die Formulierungen in der Begründung redaktionell in *„im Bereich der Straßenverkehrsfläche“* und *„Gehrecht zugunsten der Allgemeinheit“* angepasst werden.	berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
Der Bereich Stadtgrün und Verkehr empfiehlt, diese redaktionellen Änderungen vornehmen zu lassen.		
3.11 <u>Streichungen von Aussagen in der Begründung</u> Unter Pkt. 5.3.1 der Begründung wird erläutert, dass „eine entsprechende Beschilderung“ das Linkseinbiegen vom Buntekuhweg in die Planstraße verhindern soll. Weiterhin wird in der Abwägungstabelle unter Pkt. 1.15 beschrieben, dass „ausreichend Kurzzeitparkplätze im Pinassenweg“ vorzufinden sind. *Die Straßenverkehrsbehörde fordert, die Formulierungen hinsichtlich der Beschilderung und der Kurzzeitparkplätze aus der Begründung zu streichen, da etwaige Festlegungen nicht impliziert werden sollten, weil die Entscheidung darüber alleinig die Straßenverkehrsbehörde aufgrund von StVO-Vorgaben trifft.*	Die Anregungen werden berücksichtigt, indem die Formulierung in der Begründung unter Ziffer 5.3.1 redaktionell angepasst wird: *„Das Linkseinbiegen vom Buntekuhweg in die Planstraße ist regulär nicht vorgesehen und kann durch eine entsprechende Beschilderung verhindert werden.“* Der Begriff „Kurzzeitparkplätze“ wurde irrtümlich in der Abwägungstabelle verwendet. Gemeint waren Parkmöglichkeiten im öffentlichen Straßenraum, die für das Bringen und Holen der Kinder genutzt werden können.	tlw. berücksichtigen
3.12 <u>Hol- und Bringeverkehr Kita</u> Die Abwägungstabelle geht unter Pkt. 1.15 auf unsere Anregung aus dem Beteiligungsverfahren nach §4(1) BauGB ein, Stellplätze auf dem Grundstück nicht nur für Mitarbeiter der Kita, sondern auch für die Kfz der Kinder holenden oder bringenden Eltern auszuweisen. Gemäß Ihren Ausführungen wird „grundsätzlich davon ausgegangen, dass nur wenig Kita-Kinder mit dem Pkw gebracht werden“. Dieser Aussage können wir nach wie vor nicht zustimmen. Bereits in den Mails aus Dezember 2018 ist diese Aussage durch unseren Bereich in Frage gestellt worden. Weiterhin prognostiziert auch die vorliegende Verkehrsuntersuchung unter Pkt. 4.2.2 einen hohen Anteil von Pkw, die Kinder zur Kita bringen werden. *Der Bereich Stadtgrün und Verkehr und die Straßenverkehrsbehörde behalten die Bedenken unter 3. aus der Stellungnahme der SVB vom 27.08.2018 – eingeflossen in die*	Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass ein erheblicher Anteil der Kinder aus dem Plangebiet in die Kita geht und somit mit einem verringerten PKW-Verkehr zu rechnen ist. Der sonstige Hol- und Bringeverkehr der Kita soll über den Pinassenweg abgewickelt werden. Der Pinassenweg verfügt über eine ausreichend große Straßenbreite mit Parkmöglichkeiten beidseits am Fahrbahnrand. Im Bereich der Planstraße sind keine zusätzlichen Maßnahmen erforderlich.	nicht berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
Stellungnahme des Bereichs Stadtgrün und Verkehr vom 07.09.2018 - aufrecht. Sollte der Hol- und Bringeverkehr auch nach der Abwägung nicht auf dem Kita-Grundstück vorgesehen werden, muss im Einfahrbereich zum Wohngebiet im Bereich der Kita ein höhenmäßig abgesetzter Gehweg entstehen können, für den dann jedoch eine breitere Verkehrsfläche benötigt wird.		
Nr. 4 Hansestadt Lübeck, Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz, - untere Wasserbehörde (Schreiben vom 04.07.2019)		
4.1 Niederschlagswasser Der Erhalt des naturnahen Wasserhaushaltes im Einzugsgebiet ist anzustreben, so dass die hydrologischen und hydraulischen Auswirkungen auf den ökologischen Zustand in Fließgewässern durch urbane Regenwassereinleitungen gering sind. Das den zur Stellungnahme beigefügte Entwässerungskonzept von dänekamp und partner (erstellt am 19.06.2018) ist zu beachten. Der Niederschlagswasserabfluss ist aufgrund der vorhandenen wasserrechtlichen Erlaubnis auf max. 37,6 l/(s*ha) beschränkt. Deshalb ist eine genauere Betrachtung von Notwasserwegen bzw. Notüberlaufmöglichkeiten bei Starkregenereignissen nötig. Ferner ist eine Risikobetrachtung für Niederschläge, die höher als der Bemessungsniederschlag sind, vorzunehmen. Es ist ein Plan mit den notwendigen Maßnahmen, Anlagen und Flächen, sowie Fließrichtungen und Entwässerungswege vorzulegen.	Im vorgelegten Entwässerungskonzept wurden der Nachweis der Überflutungssicherheit rechnerisch erbracht. Demnach ist auf den öffentlichen Verkehrsflächen lediglich ein ca. 2,0 cm Oberflächenwasserstand und auf den privaten Flächen ein Wasserstand von ca. 3,0 cm temporär und schadlos zurückzuhalten. Im Zuge der Entwurfs- und Genehmigungsplanung werden detaillierte Maßnahmen, Anlagen und Flächen aufgestellt, die eine schadlose Ableitung nachweisen.	bereits berücksichtigt
4.2 Schmutzwasser Die Abwasserentsorgung der Grundstücke im Plangebiet erfolgt über ein Trennsystem. Durch die zusätzliche Einleitung von Schmutzwasser aus dem Plangebiet kommt es zu einem höheren Mischwasserabschlag unterhalb des bereits	Die Anregung wird grundsätzlich berücksichtigt, da die Planung mit 135 geplanten Wohneinheiten hinter der genannten Obergrenze von 142 zusätzlichen Wohneinheiten zurückbleibt.	bereits berücksichtigt

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
getrennten Einzugsgebietes (RÜ Neue Hafenstraße). Durch die Ableitung des zusätzlich anfallenden Schmutzwassers darf es aufgrund von Rückstaueffekten zu keiner Verschlechterung der Gewässerqualität der Trave kommen. Durch Baumaßnahmen der EBL wurden für den B-Plan 22.04.00 Buntekuh-Pinassenweg Kompensationsmaßnahmen für max. 142 zu errichtende Wohneinheiten geschaffen. Eine Überschreitung dieser Wohneinheitenanzahl ist nicht möglich.		
4.3 Hinweise Erlaubnispflichtig sind zudem folgende Benutzungen: • eine Bauwasserhaltung, also das Abpumpen und damit Absenken von Grundwasser zur Trockenlegung der Baugrube und Einleiten des geförderten Wassers in das Grundwasser oder im Ausnahmefall in ein oberirdisches Gewässer • das durch Baukörper oder Baugrubenumschließungen verursachte zeitweise oder andauernde Aufstauen, Umleiten und Absenken von Grundwasser • das Einbringen von Stoffen in das Grundwasser (Baukörper oder Baustoffe, z.B. Hochdruckinjektionen, Bohrpfähle, Fundamente, Gebäude im Grundwasser). • Versickerung als auch für die Einleitung des Niederschlagwassers • Einleitung des Niederschlagwassers in ein oberirdisches Gewässer Entsprechende Anträge sind bei der unteren Wasserbehörde einzureichen	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und an den Vorhabenträger zur Beachtung weitergeleitet. Die Anträge werden zu gegebener Zeit gestellt.	zur Kenntnis nehmen
4.4 Hinweise für die Bauphase Für Grundwasserabsenkungen während der Bauphase sind spätestens acht Wochen vor Baubeginn bei der unteren	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und an den Vorhabenträger zur Beachtung weitergeleitet. Das Erfordernis einer standortbezogenen Vorprüfung nach	zur Kenntnis nehmen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
Wasserbehörde schriftlich die wasserrechtlichen Erlaubnisse einzuholen. Nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ist beim Entnehmen von Grundwasser > 5.000 m³ pro Jahr eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls nötig. Dadurch verlängert sich ggf. die Antragsbearbeitung entsprechend.	UVPG läge im Falle eines Vorhabens zum Entnehmen von Grundwasser mit einem jährlichen Volumen an Wasser von 5.000 m³ bis weniger als 100.000 m³ vor und wenn zu dem durch die Gewässerbenutzung erhebliche nachteilige Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme zu erwarten sind (vgl. Nr. 13.5.2 Anlage 1 UVPG). Die temporäre Grundwasserabsenkung während der Bauphase entspricht nicht einem solchen Vorhaben.	
Nr. 5 Hansestadt Lübeck, Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz, - Landschaftsplanung (Schreiben vom 10.07.2019)		
5.1 <u>Ausweisung von Grünflächen im WA 2</u> Der überarbeitete Planentwurf sieht – begrüßenswerter Weise – eine Festsetzung zum Erhalt vorh. Gehölze innerhalb und westl. angrenzend an das WA 2 vor. Diese Erhaltungsfläche sollte jedoch nicht als Baugebiet, sondern als Grünfläche dargestellt werden.	Die zu erhaltenden Bäume befinden sich auf privaten Grundstücken. Mit einer Ausweisung als private Grünfläche wird kein höherer Schutz der vorhandenen Bäume erreicht, als in einem allgemeinen Wohngebiet außerhalb der Baugrenzen. Stattdessen würde eine ausgewiesene Grünfläche ein Erholungsangebot suggerieren, welche über eine (gärtnerische) Nutzung der unbebauten Grundstücksfläche hinausgeht. Die Festsetzung wird daher nicht geändert.	Nicht berücksichtigen
5.2 <u>Festsetzung eines zweiten Grünzugs</u> Es ist am vorliegenden Entwurf zu bemängeln, dass dem landschaftsplanerischen Vorschlag der Festsetzung eines zweiten Grünzugs im Plangebiet nicht gefolgt worden ist. Eine verdichtete Bebauung (ohne bzw. mit nur kleinen Hausgärten) erfordert, wie in der Stellungnahme zur Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB ausgeführt und begründet, zusätzliches öffentl. nutzbares Grün für die künftigen AnwohnerInnen.	Jedes Baugrundstück im Plangebiet soll über eine eigene private Gartenfläche mit einem wasserdurchlässigen Stellplatz verfügen. Auch im Bereich des geplanten und bestehenden Geschosswohnungsbaus sind gemeinschaftliche Grün- und Freiflächen in der als Allgemeines Wohngebiet festgesetzten Fläche inkludiert. Der zentrale Grünzug stellt eine Verbindung zu der Parkanlage „Wiesental“ dar. Buntekuh ist insgesamt gut mit Grünflächen ausgestattet. Vom Plangebiet sind diese auf kurzem Weg erreichbar, sodass die Berücksichtigung einer größeren bzw. zweiten öffentlichen Grünfläche im Plangebiet als nicht erforderlich erachtet wird.	nicht berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
5.3 <u>Einbeziehung des Garagenhofes</u> Der Geltungsbereich des B-Planes ist in seinem nördl. Randbereich nicht unwesentlich erweitert worden; der bestehende, benachbarte Garagenhof ist hier miteinbezogen worden. Eine Erklärung oder Begründung hierfür ist nicht erkennbar. Durch die Umgriffserweiterung hat ein wesentlicher Abschnitt des auf der Garagenzufahrt verlaufenden Verbindungsweges zwischen Buntekuhweg und Pinassenweg Eingang in das Plangebiet gefunden und sollte somit auch planerisch thematisiert und letztlich auch festgesetzt werden.	Die Begründung trifft dazu unter Ziffer 1.2 Anlass und Erfordernis der Planaufstellung folgende Aussagen: *„Das nördlichste Grundstück mit der vorhandenen Wohnbebauung sowie das nordwestliche Grundstück mit dem zur Wohnbebauung gehörenden Garagenkomplex wird in den Planumgriff einbezogen, da ansonsten eine zerschnitte Baugrenze gegenüber dem bisherigen Planungsrecht verbliebe und auf diesen Grundstücken weiterhin das Maß einer 14-geschossigen Bebauung gelten würde.“* Da die Wegeverbindung über bebaute und gestaltete Privatgrundstücke verläuft, bedeutet eine Sicherung der Wegeverbindung mit einem Gehrecht zugunsten der Allgemeinheit einen Eingriff in Privateigentum, der nicht als zwingend notwendig beurteilt wird, da andere Wegeverbindungen möglich sind. Eine dingliche Sicherung erfordert das Einverständnis des Eigentümers, welches nicht erteilt wurde.	nicht berücksichtigen
5.4 <u>Ungeeignete Ersatzpflanzungen</u> Die geplanten Baumpflanzungen im Gebiet können als Ausgleichspflanzungen nicht im vollen Umfang anerkannt werden, da die vorgesehenen Standorte wegen der Nähe zu den Gebäuden teilweise keine artgerechte Entwicklung der Bäume zulassen, Bäume erster Ordnung durch Bäume 2. Ordnung kompensiert werden sollen, Hahnen- und Apfeldorn Straucharten darstellen und die Traubenkirsche als Weichholzbaum nur eingeschränkt als Straßenbaum geeignet ist.	Die Baumbilanzierung wird angepasst. Von den 67 im Plangebiet festgesetzten Bäumen werden 40 Bäume als Ersatzpflanzung anerkannt. Der restliche notwendige Baumersatz erhöht sich damit auf 69 Baumpflanzungen, die außerhalb des Plangebietes vorgenommen und vom Vorhabenträger finanziert werden. Die Ersatzpflanzungen im Plangebiet werden nach kleinkronigen und großkronigen Bäumen unterschieden; die Planzeichnung und die textlichen Festsetzungen werden entsprechend angepasst. Ebenso wird die Pflanzliste differenziert.	berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
5.5 <u>Kronenschutzbereich von Bäumen</u> Die Bäume, bei denen ein Kronenschutzbereich von 1,5m nicht eingehalten werden kann, sind ausweislich des den Planunterlagen beigefügten Gutachtens auf Dauer in Ihrer Standsicherheit gefährdet. Die Bilanz ist entsprechend zu ergänzen, es ist darzulegen, warum von den Aussagen des Gutachters abgewichen wird.	Die Einhaltung eines 1,5 m Kronenschutzbereiches ist nicht in allen Baubereichen ohne erhebliche Einschränkung der Bebaubarkeit möglich. So wird der Schutzabstand im Bereich des östlichen WA 8 und auf dem geplanten Kita Grundstück unterschritten. Im Baumgutachten wird nur für die Linde Baum Nr. 30 ein Schutzabstand von 1,5 m vorgesehen. Eine pauschale Aussage des Gutachters zur gefährdeten Standsicherheit bei einem geringeren Kronenschutzbereich als 1,5 m, die für alle Bäume gilt, gibt es hingegen nicht.	nicht berücksichtigen
5.6 <u>Ausweisung von Grünflächen im WA 2</u> Die Bäume westlich des ehemaligen Aldi-Gebäudes sind lt. Abwägungsbericht nunmehr als „Fläche zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern gesichert“. Die „Grunddarstellung“ der Fläche ist aber noch immer „Baufläche“. Zur Klarstellung ist die Fläche als Grünfläche auszuweisen.	Die zu bebauende Fläche ist klar durch Baugrenzen und die festgesetzte Grundfläche begrenzt. Die Bäume befinden sich nicht innerhalb der Baufenster, sondern in der Fläche zur Erhaltung von Bäumen etc. Mit einer Ausweisung als Grünfläche wird kein höherer Schutz der vorhandenen Bäume erreicht. Stattdessen würde eine ausgewiesene Grünfläche ein Erholungsangebot suggerieren, welche über eine (gärtnerische) Nutzung der unbebauten Grundstücksfläche hinausgeht. Die Festsetzung wird daher nicht geändert.	nicht berücksichtigen
5.7 <u>Keine abschließende Klärung des erforderlichen Ausgleichs</u> Der Ausgleich ist nicht abschließend geregelt, da entweder eine Ersatzzahlung geleistet werden soll oder Ersatzpflanzungen durchgeführt werden sollen. Der Nachweis über die Ersatzpflanzungen fehlt, eine Ersatzzahlung sieht das BauGB nicht vor.	Zum Zeitpunkt der Unterlagenverschickung war nicht abschließend geklärt, in welcher Form der Ausgleich für die zur Fällung vorgesehenen Bäume durchgeführt wird. Im Nachgang wurde in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde die Baumbilanzierung angepasst und der notwendige Baumersatz neu berechnet. Aufgrund laufender Pachtverträge auf geeigneten Ersatzflächen wird der notwendige Ausgleich (69 Bäume) durch den Vorhabenträger mittels einer Ablösezahlung ausgeglichen. Die Stadt wird bei Verfügbarkeit der Flächen die Ersatzpflanzungen vor-	berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
	nehmen. Diese Vereinbarung wird vertraglich gesichert.	
5.8 <u>Sicherung der artenschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen im städtebaulichen Vertrag</u> Gemäß den Unterlagen ist vorgesehen, die Umsetzung der artenschutzrechtlich erforderlichen Ausgleichmaßnahmen 4 und 5 (Bereitstellung von Fledermausersatzquartieren) auch durch Aufnahme in dem noch abzuschließenden städtebaulichen Vertrag zur Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen sicher zu stellen. Der genaue Wortlaut der entsprechenden Textpassagen des Vertrags ist daher mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen und vor Satzungsbeschluss abzuschließen.	Die Anregungen werden berücksichtigt. Eine Verpflichtung zur Bereitstellung von Fledermausquartieren wird in den städtebaulichen Vertrag aufgenommen. Jedoch kann nur der in den Festsetzungen aufgelisteten Fall 1: Fällung der Linde (Nr. 30) vertraglich gesichert werden, da sich die Linde auf dem Grundstück des Vorhabenträgers und Vertragspartners befindet. Der Fall 2: Abbruch des Einzelhandels liegt hingegen auf einem Fremdgrundstück, sodass eine vertragliche Sicherung hierfür nicht möglich ist. Hier sind Regelungen in Abstimmung mit dem Bereich UNV im Bauantragsverfahren (Prüfung Abrissantrag) zu treffen.	berücksichtigen
Nr. 6 Hansestadt Lübeck, Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz, - Klimaschutz (Schreiben vom 10.07.2019)		
6.1 <u>Streichung der Begrenzung der maximal zulässigen Wohneinheiten</u> Der aus Klimaschutzsicht ungünstig hohe Anteil an Einfamilienhäusern wurde in der Stellungnahme gemäß §4(1) BauGB bereits thematisiert. Wenn der kostengünstige Einfamilienhausbau trotzdem umgesetzt wird, sollte die Festsetzung 5 „In den Teilgebieten WA 4 bis WA 8 ist je Reihenhaus eine Wohneinheit zulässig“ ersatzlos gestrichen werden. Beim Trend zu kleinen Haushaltsgrößen und alternativen Wohnformen verhindert diese Begrenzung ohne Not die Flexibilität für eine möglicherweise in der Zukunft erwünschte Veränderung hin zu nachhaltigeren Lebensstilen mit flächensparenden Wohnkonzepten. (Die Ermöglichung der Anpassung der vorhandenen Infrastruktur an sich ändernde Wohnformen ist ein Aspekt der nachhaltigen Stadtentwicklung.)	Die Festsetzung dient zur Verhinderung einer gebietsunverträglich hohen Entwicklung von Wohneinheiten. Die Festsetzungen des Bebauungsplanes zielen darauf ab, günstigen Einfamilienhausbau in Form von Reihenhäusern zu ermöglichen. Das Reihenhaus auf kleinem Grundstück stellt dabei schon eine verdichtete Wohnform gegenüber dem Doppelhaus und dem freistehenden Einfamilienhaus dar. Eine noch höhere Verdichtung in Form von noch kleineren Wohneinheiten ist mit der vorliegenden Planung nicht umsetzbar und nicht gewünscht, da in verschiedenen Bereichen (bspw. Stellplatznachweis, Schmutzwasserentsorgung) die Kapazitätsgrenzen erreicht werden.	nicht berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
6.2 Stellplatzschlüssel Aus den vorliegenden Unterlagen ist schwer ersichtlich, wie viele Stellplätze für Autos (Stellplatzschlüssel) und wie viele für Fahrräder zur Verfügung gestellt werden. In Kapitel 5.2.7 wird für den Autoverkehr neben offenen Stellplätzen, einer Tiefgarage, Garagenzeilen und einem Garagenhof auch von öffentlichen Stellplätzen für Besucherverkehr berichtet (19 Besucherstellplätze). Das lässt einen hohen Stellplatzschlüssel mit großem Flächenverbrauch im öffentlichen Raum vermuten. Die Fahrradstellplätze hingegen sollen auf privaten Flächen errichtet werden (für den Geschosswohnungsbau im Haus und den Reihenhausbau auf dem Grundstück). Insbesondere für BesucherInnen, aber auch für BewohnerInnen ist ein Stellplatzangebot im öffentlichen Raum erforderlich, um den Radverkehr (inklusive Lastenräder) als klimafreundliche Fortbewegungsart zu fördern. UNV bittet um Informationen zum vorgesehenen Stellplatzschlüssel für Autos und Fahrräder und empfiehlt, als Beitrag zum Klimaschutz Teile des öffentlichen Parkraums für Autos in öffentliche Fahrradstellplätze umzuwandeln. Ein zusätzlicher Car-Sharing-Stellplatz kann die wegfallenden Autostellplätze kompensieren.	Die Stellplätze im WA 2 werden in einer Tiefgarage untergebracht. Im WA 3 sind 27 Wohnungen geplant, wofür 26 Stellplätze vorgesehen werden. Die Abweichung zwischen der Anzahl der geplanten Wohneinheiten und den geplanten Stellplätzen im WA 3 begründet sich in dem geringeren Stellplatzschlüssel für geförderten Wohnungsbau. Für die geplanten 74 Reihenhausgrundstücke im WA 4-8 ist je Reihenhaus ein Stellplatz vorgesehen. Das ergibt für den südlichen Abschnitt des WA 3-8 insgesamt 100 Stellplätze für 101 Wohneinheiten. Im öffentlichen Straßenraum werden zusätzlich 19 Besucherparkplätze geplant. Der Garagenhof im WA 1 besteht bereits, Änderungen sind hier nicht geplant. Die Unterbringung von öffentlichen Fahrradstellplätzen ist grundsätzlich möglich und kann beispielsweise im Bereich des Quartiersplatzes, im Bereich des BHKW oder auch in den Wohngebäuden im WA 2 untergebracht werden. Eine gesonderte Festsetzung auf Bebauungsplanebene ist dazu nicht erforderlich und schränkt die flexible Anordnung später ein.	nicht berücksichtigen
6.3 Erneuerbare Energien Für das BHKW sollen Optionen für eine erneuerbare Wärmeproduktion geprüft werden, um dem Klimaschutz Rechnung zu tragen. Ziel der Bundesregierung ist ein klimaneutraler Gebäudebestand bis zur Mitte dieses Jahrhunderts, was neben der Versorgung mit erneuerbaren Energien auch mit einer über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Wärmedämmung der Gebäude zu erreichen ist.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Grundsätzlich soll die Förderfähigkeit KFW 55 ermöglicht werden. Eine Festsetzung zum Betreiben des BHKW oder zu Dämmmaßen ist im Bebauungsplan nicht möglich. Die Stadt hätte jedoch die Möglichkeit, in einem städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB die Errichtung und Nutzung von Anlagen und Einrichtungen zur dezentralen und zentralen Erzeugung, Verteilung, Nutzung oder Speiche-	zur Kenntnis nehmen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
	rung von Strom, Wärme und Kälte aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung zu regeln. Da der Vorhabenträger bereits von sich aus ein BHKW zur Versorgung vorsieht, wurden weitere vertragliche Regelungen als nicht erforderlich beurteilt.	
Nr. 7 NABU Schleswig-Holstein (Schreiben vom 03.07.2019)		
7.1 <u>Fällung von Bäumen wird abgelehnt</u> Der NABU hält die in seiner letzten Stellungnahme (v. 05.09.2018) geäußerten Bedenken zur hier gegenständlichen Bauleitplanung weiter aufrecht. Das beabsichtige Entfernen von 40 Bäumen sowie neun Gehölzgruppen zur Maximierung der Bebauungsfläche wird aus naturschutzfachlicher Perspektive abgelehnt. Auch die geplante Ersatzmaßnahme für die Baumfällungen stellt aus naturschutzfachlicher Sicht keine zufriedenstellende Alternative dar.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und es wird auf die Abwägung zur letzten Stellungnahme verwiesen: *„Die Ausführungen werden nicht berücksichtigt. In der Begründung unter Ziffer 5.5.2 wird erläutert, warum nicht alle Bäume erhalten bleiben können:* *„In erster Linie wird dem Belang der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum der Vorzug gegeben. Vor allem im südlichen Bereich entlang der Moislinger Allee wird aus immissionsschutzrechtlichen Gründen eine lange Riegelbebauung nah an der Straße erforderlich. Daher müssen insgesamt 40 der vorhandenen Bäume und neun Gehölzgruppen (davon zwei Gehölzgruppen teilweise) entfernt werden.“* *Der weitgehende Erhalt der Bäume würde die Bebaubarkeit des Gebietes erheblich einschränken und die zu schaffenden Wohneinheiten maßgeblich minimieren. Als Ersatzmaßnahme für Baumfällungen wird die Neuanpflanzung von 67 Bäumen im Gebiet festgesetzt. Die übrigen 42 Bäume werden entweder durch eine Ersatzzahlung abgelöst oder an anderer Stelle im Stadtgebiet gepflanzt. Die vorliegende Planung stellt einen Kompromiss zwischen Schaffung von Wohnraum und Erhalt von Baumbestand dar.“* Im Nachgang zur Behördenbeteiligung wurde die Baumbi-	zur Kenntnis nehmen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
	lanzierung in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde angepasst und der erforderliche Baumersatz neu berechnet. Von den 67 Baumpflanzgeboten im Plangebiet werden 40 Bäume als Ersatz anerkannt; 69 Ersatzbäume werden außerhalb des Plangebietes neu gepflanzt.	
7.2 <u>Einmalige Begehung im Rahmen der Potentialabschätzung nicht ausreichend</u> Darüber hinaus war von Seiten des NABU Lübeck eine Begehung des Gebietes nur schwer möglich. Aus diesem Grund konnte kein Gesamteindruck gewonnen werden, und somit kann eine faunistische Potenzialabschätzung nicht abschließend beurteilt werden. Die einmalige Begehung vom 20. Oktober 2017 [1] wird nach wie vor als nicht ausreichend bewertet, da diese außerhalb der Brutzeit und nach dem Abzug vieler Singvogelarten stattfand.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und es wird auf die Abwägung zur letzten Stellungnahme verwiesen: *„Die Anregung wird nicht berücksichtigt. Aufgrund der Vorbelastung des Plangebietes ist hier nicht von einem hoch wertigen Lebensraum für Singvogelarten auszugehen. Eine zusätzliche Begehung ist somit nicht erforderlich. Zudem werden Ersatzbäume gepflanzt, die sich zu gleichwertigen Lebensräumen für Singvögel entwickeln können.“*	zur Kenntnis nehmen
7.3 <u>Prüfung der Maßnahmenumsetzung</u> Positiv zu benennen ist die Maßnahme, dass die Dachflächen von Wohngebäuden, von der Kindertagesstätte sowie von Garagen dauerhaft zu begrünen sind. Des Weiteren wird die Maßnahme begrüßt, dass Wegflächen, Stellplätze und Stellanlagen mit wasser- und luftdurchlässigen Belegen oder mit Pflastersteinen mit drainfähigen Pflasterfugen herzustellen sind. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass diese Maßnahmen später auch hinsichtlich der Umsetzung überprüft werden.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Bauaufsichtsbehörde der Hansestadt Lübeck hat gemäß Landesbauordnung nach pflichtgemäßem Ermessen darüber zu wachen, dass die öffentlich-rechtlichen Vorschriften (Festsetzungen in Bebauungsplänen) eingehalten werden. Zudem werden folgende Maßnahmen zusätzlich vertraglich gesichert: Heckenanpflanzungen, Baumpflanzungen, Anbringen von Fledermauskästen, Baumersatz außerhalb des Plangebietes. Bei Nicht-Umsetzung der Maßnahmen seitens des Vorhabenträgers sind Vertragsstrafen als Sicherungsinstrument vereinbart.	zur Kenntnis nehmen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
Nr. 8 Stadtverkehr Lübeck GmbH, Verkehrsplanung (Schreiben vom 21.06.2019)		
8.1 <u>Berücksichtigung der Bushaltestelle bei Koordinierung der Lichtsignalanlagen</u> <u>Unter Pkt. 6.4 Verkehrliche Auswirkungen</u> Am Knotenpunkt Moislinger Allee / Pinassenweg wird eine zusätzliche Lichtsignalanlage vorgeschlagen, die mit der Anlage an der Kreuzung Moislinger Allee / Buntekuhweg koordiniert werden soll. Bei einer Koordinierung der beiden Lichtsignalanlagen ist bei der Schaltung darauf zu achten, dass die Haltestelle „Moislinger Baum“ der Linie 5 in Richtung Stadt sich dann zwischen den beiden Lichtsignalanlagen befindet. Eine Koordinierung könnte sich dann negativ für den ÖPNV in stadtauswärtiger Richtung auswirken.	Am 17.07.2019 hat ein Termin zum Verkehrsknoten Pinassenweg/Moislinger Allee stattgefunden, an dem Vertreter des Verkehrsplanungsbüros, des Vorhabenträgers und der Hansestadt Lübeck teilgenommen haben. Als Ergebnis wurde sich darauf geeinigt, den Knotenpunkt zunächst ohne Lichtsignalanlage weiter zu betreiben und Ummarkierungen auf der Moislinger Allee zugunsten eines Linksabbiegers in den Pinassenweg vorzunehmen. In den Erschließungsvertrag wird jedoch eine Regelung aufgenommen, dass der Vorhabenträger bereits im Zuge der Erschließung des Baugebietes die technischen Vorrichtungen (z.B. Leerrohre) bereitstellt, falls sich zu einem späteren Zeitpunkt herausstellt, dass ein nachträglicher Ausbau des Knotenpunktes mit Lichtsignalanlage notwendig wird. Bei einem Ausbau des Knotenpunktes mit Lichtsignalanlage wird eine Koordinierung mit den bestehenden Lichtsignalanlagen in der Moislinger Allee notwendig. Die Haltestelle „Moislinger Baum“ wird dabei berücksichtigt. Ein zusätzlicher Hinweis dazu wird in die Begründung aufgenommen.	berücksichtigen
Nr. 9 Polizeidirektion Lübeck - Verkehrssicherheit (Schreiben vom 01.07.2019)		
9.1 <u>Beschilderung Ausfahrt Buntekuhweg</u> Aus verkehrspolizeilicher Sicht / aus Gründen der Verkehrssicherheit wird die Ausfahrt zum Buntekuhweg sehr kritisch gesehen. Beschilderungen verhindern eben nicht das Linksabbiegen aus dieser Ausfahrt heraus in den Buntekuhweg; gleiches gilt für das Linksabbiegen vom Buntekuhweg in diese Ausfahrt. Es sollte daher diese Anbindung nur als Notaus- bzw. -zufahrt vorgesehen werden.	Die Anregung wird nicht berücksichtigt, da der Bebauungsplan nur einen Vorschlag für die Verkehrsregelung unterbreiten kann. Die Entscheidung darüber trifft alleinig die Straßenverkehrsbehörde aufgrund von StVO-Vorgaben.	nicht berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
Nr. 10 Entsorgungsbetriebe Lübeck (Schreiben vom 14.06.2019)		
Im Zusammenhang mit der Mischwasserproblematik möchten wir auf unsere Stellungnahme gem. §4(1), verweisen, die wir nochmals anfügen.		
aus der Stellungnahme vom 17.09.2018: 10.1 Schmutzwasser Die Schmutzwasserentsorgung kann im Freigefälle über den vorhandenen Schmutzwasserkanal im Pinassenweg erfolgen. Durch die zusätzliche Einleitung von Schmutzwasser aus dem Plangebiet kommt es zu einem höheren Mischwasserabschlag unterhalb des bereits getrennten Einzugsgebietes (Regenüberlauf Neue Hafenstraße). Zuvor besteht eine indirekte Beeinflussung bei der Rückführung von Mischwasser (MW) aus den MW-Speicherbecken am Pumpwerk (PW) Finkenberg und/oder bei Betrieb der Flutpumpen am PW Burgtor. Die ehemalige Bebauung im Plangebiet mit einem 14-stöckigem Hochhaus wies vor Abbruch 171 Wohneinheiten auf. Zeitweise waren dort 700 Bewohner gemeldet. Hier werden Angaben zu den geplanten Wohneinheiten (WE) gemacht. Die Angabe der voraussichtlichen Einwohner in den 133 Wohneinheiten (unter Punkt 4: 150 WE?) mit rund 400 Personen, zeigt eine wesentliche Reduzierung gegenüber dem Ursprung an. Ob trotz dieser Reduzierung der Abwassermenge eine Neubebauung realisiert werden kann, ist abschließend mit der Wasserbehörde der Hansestadt Lübeck zu klären.	Die untere Wasserbehörde hat keine grundsätzlichen Einwände gegen eine Neubebauung auf der Fläche erhoben. Da die aktuelle Planung mit ca. 135 Wohneinheiten eine geringere Belastung für den Mischwasser-Kanal darstellt als die vormalige Bebauung mit 171 Wohneinheiten, kommt es zu keiner Verschlechterung. Das Verschlechterungsverbot gemäß Landeswassergesetz SH wird beachtet. Die Begründung wird korrigiert und eine einheitliche Anzahl von Wohneinheiten genannt.	zur Kenntnis nehmen
10.2 Abflussdrosselung Niederschlagswasser Hinsichtlich des vorliegenden Bebauungsplanentwurfes haben die Entsorgungsbetriebe grundsätzlich keine Bedenken. Wir bitten jedoch in der Begründung zum Bebauungs-	Die Anregung wird berücksichtigt und die Begründung um die genannten Hinweise redaktionell ergänzt.	berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
plan unter Punkt 5.4.2 – Regenwasser folgendes zu ergänzen: *Der Abfluss des Niederschlagswassers ist auf eine Menge von 37,6 l/s*ha zu drosseln. Darüber hinaus anfallendes Niederschlagswasser ist im Plangebiet zurückzuhalten.*		
10.3 Mittelbare Kosten Außerdem bitten wir um Ergänzung unter 8.2 mittelbare Kosten: *Den Entsorgungsbetrieben entstehen Kosten für die Herstellung und spätere Unterhaltung der öffentlichen Entwässerungsanlagen, die über Gebühren finanziert werden müssen.*	Die Kosten fallen regelhaft bei Neubaugebieten an und sind im Hinblick auf die Gebührenverordnung gedeckt.	nicht berücksichtigen
10.4 Schmutzwasserentsorgung Hinsichtlich der Schmutzwasserentsorgung über das überlastete System ist grundsätzlich eine Zustimmung der Unteren Wasserbehörde einzuholen, da durch den Anschluss des Baugebietes gegenüber der ursprünglichen Bebauung zwar eine Minderbelastung, gegenüber dem derzeitigen Zustand jedoch eine Mehrbelastung auftritt.	Die Anregung wurde bereits berücksichtigt und die Abstimmung zur geplanten Schmutzwasserentsorgung mit der Unteren Wasserbehörde ist erfolgt.	bereits berücksichtigt
Nr. 11 Hansestadt Lübeck- Bereich Archäologie und Denkmalpflege, Abteilung Archäologie (Schreiben vom 02.07.2019)		
11.1 Ergänzung des Hinweises Wir hatten hierzu als Träger öffentlicher Belange am 06.08.2018 Stellung genommen. Auf Grundlage dieser Stellungnahme wurde ein Hinweis in den Bebauungsplan eingetragen. Da die Stellungnahme sowohl im B-Plan selbst als auch in der Begründung gekürzt wiedergegeben wird, möchte ich Sie bitten, in beiden Hinweisen eine Ergänzung vorzunehmen. Neben den Ausdrücken „rechtzeitig" und	Die Anregungen werden berücksichtigt und die Begründung um die Formulierung „spätestens jedoch 14 Tage vorher“ ergänzt.	berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
„frühzeitig" sollte zusätzlich die in der Stellungnahme genannte Frist „spätestens jedoch 14 Tage vorher" eingetragen werden. Leider hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die Benachrichtigungen oft zu spät erfolgen, so dass wir keine Möglichkeit haben, die Maßnahme in unseren Arbeitsablauf einzubauen. Aufgrund der im Boden ggf. noch vorhandenen baulichen Reste einer Ziegelei, die spätestens seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hier tätig war, sind baubegleitende Maßnahmen vorzusehen, da auch das Gutachten über die historische Erkundung keine Informationen über deren Rückbau sprich Abbruch enthält.		
Nr. 12 Hansestadt Lübeck, Fachbereich Kultur und Bildung, 401 Bereich Schule und Sport (Schreiben vom 02.07.2019)		
12.1 <u>Erhöhung Bedarf an Grundschulplätzen</u> Das Plangebiet liegt im Grundschuleinzugsbereich der Grundschule am Koggenweg und soll -gem. Ihrer Ausführungen vom 01.06.2017 - eine Neubebauung von 150 Wohneinheiten ermöglichen, von denen 25 Wohneinheiten als Einzimmerwohnung errichtet werden. Durch die Neubaugebiete im Zuständigkeitsbereich der Grundschule am Koggenweg mit 150 zusätzlichen Wohneinheiten, werden je Jahrgang 5 bis 6 zusätzliche Kinder erwartet. Die Schule wird sich dadurch in Richtung einer durchgängigen 4-Zügigkeit entwickeln, sodass ein Zubau von insgesamt 520 m² Nutzfläche für den Ganztag und den Unterricht notwendig wird.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Begründung verwiesen, die bereits folgende Aussagen trifft: *„Das Plangebiet liegt im Grundschuleinzugsbereich der Grundschule am Koggenweg. Das Baugebiet löst einen zusätzlichen Bedarf von 5 bis 6 Grundschulplätzen je Jahrgang aus. Die Hansestadt Lübeck strebt den Ausbau der Grundschule am Koggenweg an, sodass künftig der Mehrbedarf an Grundschulplätzen gedeckt werden kann.“* Es ist nicht vorgesehen, den Vorhabenträger an den Kosten für den Schulausbau zu beteiligen, da der durch das Baugebiet verursachte Zugewinn an Schülern den Ausbau eines gesamtes Schulzuges nicht rechtfertigt.	zur Kenntnis nehmen
12.2 <u>Berücksichtigung der Nutzungszeiten des Sportplatzes</u> Des Weiteren möchten wir Sie noch auf die nachfolgenden Anmerkungen unsere Sportabteilung hinweisen:	Im Rahmen der Schalltechnischen Untersuchung wurden die Nutzungszeiten und -intensitäten der angrenzenden Sportflächen untersucht und berücksichtigt. Einschränkungen für die Sportflächen ergeben sich nicht aufgrund der	bereits berücksichtigt

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
Aus sportlicher Sicht ist es unbedingt notwendig die bisherigen Zeiten auf den Sportflächen auch weiterhin uneingeschränkt nutzen zu können. Die unmittelbar an das Planungsgebiet grenzenden Rasenplatze verfügen über kein Flutlicht, so dass diese werktags verstärkt nur im Sommerhalbjahr genutzt werden, teilweise aber auch bis in die Abendstunden um 21 Uhr. Im Winterhalbjahr konzentriert sich der Betrieb zum Großteil auf den etwas weiter vom Planungsgebiet abgelegenen Kunstrasenplatz mit Flutlicht. An Wochenenden sind fast alle Plätze, gerade in der Fußballsaison von August - November / Februar - Juni, das ganze Jahr über im Vormittags- und Nachmittagsbereich gut ausgelastet. Neben dem Vereinssport findet auf der Anlage auch Schulsport und tlw. Freizeitsport statt.	Planung.	
Nr. 13 Hansestadt Lübeck, Fachbereich Kultur und Bildung, 4.041 Fachbereichsdienste Jugendhilfeplanung (Schreiben vom 28.06.2019)		
13.1 <u>Bedarf Kita</u> Wir nehmen Bezug auf unsere Stellungnahmen vom 30.05.2017 und 06.08.2018 und bestätigen den Bedarf für eine viergruppige Kindertageseinrichtung, die im B-Plan bereits vorgesehen ist.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.	zur Kenntnis nehmen
13.2 <u>Jugendarbeit / kleine Wohnungen erforderlich</u> Der Bereich Jugendarbeit nutzt im Pinassenweg 26 eine Fläche von rd. 200 qm für die Betreuung von Jugendlichen im Stadtteil. Sollte dort Wohnbebauung entstehen, wäre ein Ersatzstandort zu suchen. Die Jugendhilfe benötigt regelmäßig kleine Wohnungen für junge Erwachsene (Einzelpersonen), die im Rahmen der Verselbständigung in eigenen Wohnraum ziehen als auch für Alleinerziehende mit Kindern, die im Anschluss an einen stationären Aufenthalt in einer Mutter/Kind-Einrichtung	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.	zur Kenntnis nehmen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
Wohnraum brauchen. Entsprechende Wohnungen sind u.a. im B-Plan vorgesehen.		

Teil C: Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Vorbemerkung: Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 12.06.2017 bis 23.06.2017 mittels Aushang im Bereich Stadtplanung und Bauordnung, Mühlendamm 12, durchgeführt. Zusätzlich wurden Ziel und Zweck der Planung in einer öffentlichen Informationsveranstaltung am 14.06.2017 im Familienzentrum Buntekuh dargelegt. Es bestand Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung. Ca. 40 Interessierte nahmen an der Veranstaltung teil. Alle im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen, in diesem Fall insbesondere Fragen und Anregungen, wurden zu dieser Informationsveranstaltung vorgebracht. Im Folgenden werden die vorgebrachten Anregungen und Fragen thematisch geordnet aufgeführt.

Inhalt der Stellungnahmen	Prüfung und Abwägung
Nr. 1 „Sellschopp-Fläche“	
Was passiert mit dem ehemaligen Sellschopp-Gelände?	Der Bereich liegt nicht im Umgriff des Bebauungsplanes 22.04.00 und wird daher in diesem Bebauungsplan-Verfahren nicht betrachtet. Ggf. wird die Fläche zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen eines anderen Bauleitplanverfahrens überplant. Derzeit können keine Aussagen zur Zukunft des Geländes getroffen werden.
Nr. 2 Öffnung Pinassenweg	
Wird der Pinassenweg wieder geöffnet, um in Richtung Einkaufszentrum eine Durchfahrt zu ermöglichen?	Hierfür müsste der bereits durchgeführte und gut angenommene Ausbau des Grünzuges Wiesental wieder rückgebaut werden; dies ist jedoch keine Planungsabsicht der Stadt.
Nr. 3 Umbenennung Pinassenweg	
Es wird angeregt, den südlichen Teil des Pinassenweges umzubenennen, um weitere Missverständnisse zu vermeiden.	Die Anregung wird im weiteren Verfahren geprüft. Es handelt sich dabei jedoch um keinen Belang oder Regelungsrahmen der Bauleitplanung.
Nr. 4 Verkehrsführung	
Wie sieht das Verkehrskonzept aus? Ist der Pinassenweg die einzige Zufahrt zum Wohnquartier? Wie kommt man stadtein-	Die Zufahrt zum Wohnquartier erfolgt über Moislinger Allee und Pinassenweg. Neben der Ausfahrt über den Pinassenweg ist eine weitere Ausfahrt am Bunte-

Inhalt der Stellungnahmen	Prüfung und Abwägung
wärts?	kuhweg vorgesehen (nur für Rechtsabbieger). Im Wohngebiet werden verkehrsberuhigende Maßnahmen geplant.
Können die bestehenden Straßen die Mehrbelastung durch die neuen Fahrzeuge bewältigen?	Das Straßennetz ist ausreichend leistungsfähig, um die Aufnahme des zusätzlichen PKW-Verkehrs zu gewährleisten. Der Pinassenweg war bis 2005 durchgehend befahrbar und ein erheblicher Durchgangsverkehr fand dort statt. Im Hinblick auf den ehemaligen Einzelhandelsbetrieb wurden große Verkehrsströme von der Moislinger Allee, über den Pinassenweg bis zur Wohnbebauung in nördlichen Teil der Straße abgewickelt. Eine Linksabbiegerspur war bereits seinerzeit nicht erforderlich. Durch die nun geplante Wohnbebauung in Kombination mit dem „geschlossenen“ Pinassenweg ist davon auszugehen, dass der Verkehrsstrom durch die zukünftigen Anwohner und Besucher nicht höher ausfallen wird, als der damalige Durchgangsverkehr mit anliegendem Einzelhandelsbetrieb.
Wird die Ringstraße als Einbahnstraße ausgewiesen? Dann können längs der Straße Parkplätze untergebracht werden.	Die Ausweisung einer Einbahnstraße ist nicht vorgesehen. Der städtebauliche Entwurf sieht öffentliche Stellplätze im Straßenraum im Umfang von 15 bis 20 % der geplanten Wohneinheiten vor.
Nr. 5 Anzahl der Stellplätze	
Ist die Anzahl der geplanten öffentlichen Stellplätze ausreichend? Heutzutage gibt es häufig zwei PKW je Haushalt.	Die öffentlichen Stellplätze sind eine Ergänzung zu den auf den Privatgrundstücken vorgesehenen Stellplätzen und sollen dem Besucherverkehr dienen. Der Umfang von 15 bis 20 % der Wohneinheiten für öffentliche Stellplätze findet stadtweit Anwendung und wird als ausreichend eingeschätzt.
Nr. 6 ÖPNV-Anbindung	
Bleibt die ÖPNV-Anbindung in der jetzigen Form bestehen? Werden Bushaltestellen verlegt oder kommen neue hinzu?	Es ergeben sich keine Änderungen im Bereich der Bushaltestellen oder ÖPNV-Anbindung aufgrund der Planung.
Nr. 7 Versiegelungsgrad, Maß der baulichen Nutzung	
Wie hoch ist der Versiegelungsgrad im Plangebiet, bleibt es bei einer GRZ von 0,3?	Anstatt einer GRZ werden nun Grundflächen als absolute Zahlenwerte festgesetzt. Rechnerisch wird damit überwiegend eine GRZ von 0,4 eingehalten. Es

Inhalt der Stellungnahmen	Prüfung und Abwägung
	wird das städtebauliche Ziel einer kleinteiligen, verdichteten und flächensparenden Bauweise verfolgt.
Es werden nach Einschätzung der Anwesenden zu wenig öffentliche Grünflächen im Plangebiet vorgesehen; der Stadtteil Buntekuh ist ein verhältnismäßig durchgrünter Stadtteil.	Im Plangebiet wird eine mittige Grünverbindung vorgesehen, die bis zu den bestehenden Parkanlagen in Buntekuh führt. Außerdem ist jedem Reihenhaus ein privater Garten zugeordnet. Zudem werden Gründächer auf allen Hauptgebäuden und Garagen festgesetzt, die zu einem guten Lokalklima beitragen.
Nr. 8 Unterkellerung, Tiefgarage	
Ist es vorgesehen, dass die Wohngebäude mit Keller errichtet werden? In einem benachbarten Wohngebiet sind nach einem Neubau Probleme durch einen Grundwasseranstieg entstanden. Diese werden mit der Unterkellerung eines angrenzenden Neubaus in Verbindung gebracht. Die gleiche Problematik wird für die Errichtung der Tiefgarage gesehen. Welche Maßnahmen werden hier ergriffen, damit sich diese Situation nicht verschärft und die bestehenden Wohngebäude geschützt werden?	Der Bebauungsplan wird in Abstimmung mit der unteren Bodenbehörde und unteren Wasserbehörde erstellt. Zudem liegt eine Baugrunduntersuchung vor. Es ist keine Problematik beim Grundwasser erkennbar. Der Bebauungsplan wird voraussichtlich keine Einschränkung bei der Errichtung von Kellergeschossen vorsehen.
Nr. 9 Grundstücksgrößen, Wohnungsgrößen	
Welche Grundstücksgrößen und Wohnungsgrößen werden im Plangebiet vorgesehen?	Der Bebauungsplan setzt keine Angaben zur Mindest- oder Maximalgröße für Grundstücke oder Wohnungen fest. Für die Reihenhäuser werden voraussichtlich jeweils Eigentümergemeinschaften gebildet. Das Bebauungskonzept der Projektentwickler sieht für die Reihenhäuser Grundstücksgrößen zwischen 140 m² und 270 m² vor; Reihenhausendgrundstücke sind ggf. größer. Die Wohnfläche in den Reihenhäusern beträgt laut Projektentwickler ca. 130 m². Im Geschosswohnungsbau wird ein Wohnungsmix aus verschiedenen Wohnungsgrößen umgesetzt.
Nr. 10 Miete /Eigentum/Erbpacht	
Wird es im Geschosswohnungsbau auch Mietwohnungen geben oder handelt es sich nur um Eigentumswohnungen?	Für den Geschosswohnungsbau kommt sowohl die Vermarktung im Eigentum als auch Mietwohnungsbau in Frage. Hierzu hat der Vorhabenträger noch keine

Inhalt der Stellungnahmen	Prüfung und Abwägung
	Hinweise gegeben. Es werden in jedem Fall auf mind. 30 % der Geschossfläche im Geschosswohnungsbau geförderter Wohnungsbau errichtet.
Werden die Grundstücke verkauft oder wird es auch Erbpachtgrundstücke geben?	Erbpachtgrundstücke sind vom Vorhabenträger nicht vorgesehen.
Nr. 11 Schallschutzmaßnahmen	
Welche Schallschutzmaßnahmen werden ergriffen?	Die festgesetzten Schallschutzmaßnahmen basieren auf den Ergebnissen und Empfehlungen eines Schallschutzgutachtens. Im Bebauungsplan werden maßgebliche Außenlärmpegel sowie Bereiche, in denen besondere Vorkehrungen bei der baulichen Ausführung getroffen werden müssen, festgesetzt. Zudem wird an bestimmten Stellen die Errichtung von privaten Lärmschutzwänden vorgesehen. Darüber hinaus werden Anforderungen im Bereich des passiven Schallschutzes festgelegt.
Nr. 12 Entfallende Bäume	
Werden Ersatzpflanzungen für die zu fällenden Bäume im Plangebiet vorgenommen bzw. Anzahl und Standort neuer Pflanzungen festgelegt?	Es werden Ersatzpflanzungen für zu fällende Bäume gemäß Baumschutzsatzung vorgenommen. Beurteilungsgrundlage für die Planung bildet eine Gehölzerfassung mit Aussagen zum Vitalitätszustand und zur Lebenserwartung der Bäume sowie eine Bilanzierung nach Baumschutzsatzung. Im weiteren Verfahren wird geklärt, wie viele Ersatzpflanzungen direkt im Baugebiet umgesetzt werden können und wo ggf. darüber hinaus erforderliche Ersatzpflanzungen zu tätigen sind. Die Ersatzpflanzungen im Baugebiet können in den Straßenraum und die zentrale Grünachse integriert werden.
Nr. 13 Sozialer Wohnungsbau	
Wird die Errichtung von sozialem Wohnungsbau im Plangebiet festgesetzt?	Im städtebaulichen Vertrag, der nach § 11 BauGB zwischen der Hansestadt Lübeck und den Projektentwicklern geschlossen wird, wird der gemäß Bürgerschaftsbeschluss geforderte Anteil von mind. 30 % der Geschossfläche im Geschosswohnungsbau für den sozialen Wohnungsbau aufgenommen. Der soziale Wohnungsbau ist somit öffentlich-rechtlich gesichert.

Inhalt der Stellungnahmen	Prüfung und Abwägung
Nr. 14 Geschosswohnungsbau	
Entstehen tatsächlich nur zwei Mehrfamilienhäuser?	Es sind überwiegend Reihenhäuser geplant. Klassische Mehrfamilienhäuser im Sinne von Geschosswohnungsbauten sind nur die als MFH I und MFH II bezeichneten Gebäude. Auf dem nördlich angrenzenden Grundstück (derzeit noch Einzelhandel) ist jedoch niedriggeschossiger Mietwohnungsbau für ca. 40 Mietparteien geplant.
Nr. 15 Jugendzentrum	
Der Bebauungsplan sollte die Möglichkeit zur Errichtung eines Jugendzentrums hergeben oder es sollte ein Ersatz an anderer Stelle vorgesehen werden.	Die Festsetzung eines Allgemeinen Wohngebietes lässt auch weiterhin das Betreiben eines Jugendzentrums zu. Die eventuelle Kündigung des Mietvertrages für das Jugendzentrum ist eine privatrechtliche Angelegenheit zwischen dem Eigentümer und dem Mieter. Im Bebauungsplan ist eine Festsetzung Jugendzentrum nicht vorgesehen.

Teil D: Stellungnahmen aus der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs.1 BauGB

Vorbemerkung: Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom 15.08.2018 über die Planungen unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme bis einschließlich 07.09.2018 aufgefordert. Im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung wurden insgesamt 53 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange beteiligt und um Stellungnahme gebeten. Im Ergebnis dieser Beteiligung sind insgesamt 26 Stellungnahmen beim Bereich Stadtplanung und Bauordnung eingegangen, davon 18 Stellungnahmen mit bebauungsplanrelevanten Inhalten und 8 Stellungnahmen mit nicht bebauungsplanrelevanten Hinweisen oder keinen Bedenken.

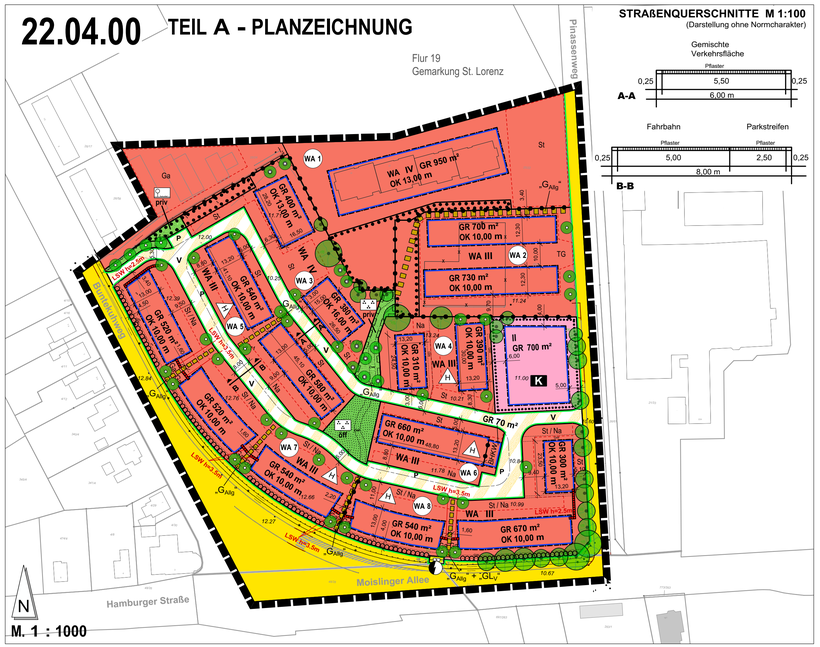
Inhalt der Stellungnahme	**Prüfung und Abwägung**	Ergebnis
Nr. 1 Stadtbeauftragter für Naturschutz (Schreiben vom 03.09.2018)		
1.1 Potentialanalyse nicht ausreichend Gegen diese Planung bestehen folgende Bedenken. Das Plangebiet ist seit geraumer Zeit der natürlichen Entwicklung überlassen, von daher wäre es m. E. erforderlich, hier eine botanische und faunistische Bestandsanalyse zu fertigen. Eine reine Potentialanalyse dürfte nicht ausreichend sein (z. B. für den Aspekt "Insekten").	Die Anregung wird nicht berücksichtigt, da der Gutachter im Rahmen der Potenzialabschätzung und Artenschutzuntersuchung hinreichende Aussagen getroffen hat. Im Rahmen der Bauleitplanung sind lediglich die besonders und streng geschützten Arten zu betrachten. Es ist nicht erforderlich, eine tatsächliche Bestandsaufnahme aller Tier- und Pflanzenarten im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens vorzunehmen. Neben Brutvögeln, Fledermäusen und Haselmäusen finden sich im Gutachten auch Aussagen zu den übrigen geschützten Arten wieder: *„Weitere Arten des Anhangs IV* *Aufgrund fehlender geeigneter Lebensräume im Plangebiet kann das Vorkommen von Amphibien, Mollusken, Krebsen und Libellen ausgeschlossen werden. Gleiches gilt für den Eremiten und die anderen Arten (auch Pflanzenarten) des Anhangs IV der FFH-Richtlinie mit sehr speziellen Lebensraumansprüchen.“*	nicht berücksichtigen
1.2 Erhalt aller Bäume erforderlich Das Plangebiet ist dadurch gekennzeichnet, dass an sei-	In der Nebenzeichnung 1 des Bebauungsplanes sind alle	tlw. berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
nen Rändern weitgehend geschlossene Baumreihen bzw. Baumgruppen stehen, die in eine qualitativ gute Planung fast geschlossen einbezogen werden könnten. Bei den mir leider nur elektronisch vorliegenden Unterlagen erschließt es sich mir nicht, was von den bestehenden Bäumen überhaupt bei Planverwirklichung erhalten werden soll. Der Baumfällplan (Begründung S.37, Anhang 2) ist in vorliegender Form nicht lesbar. Es sollte hier unabdingbar sein, dass in der Planzeichnung jeder zu erhaltende Baum genau festgelegt wird. Es wird hier eine Chance vertan, ein ohnehin nicht durch "Schönheit" glänzendes Stadtgebiet aufzuwerten. Ein baumumstandenes Wohnquartier würde eine erhebliche Aufwertung der Stadtlandschaft bedeuten durch Abschirmung (optisch, eingeschränkt auch akustisch) der Wohnhäuser gegenüber den stark befahrenen Straßen Buntekuhweg und Moislinger Allee. Der weitgehende Erhalt der Bäume würde zu einer differenzierten, qualitätvollen Planung ohne monotone Strukturen zwingen und darüber hinaus für Insekten und Vögel wertvolle Lebensräume erhalten. Letztlich sind nur 4 Bäume in der Vitalitätsklasse 2 und schlechter eingeordnet, so dass der Baumbestand fast vollständig erhalten werden kann.	zu beseitigenden Bäume mit ldf. Nummer eindeutig gekennzeichnet. Darüber hinaus sind in der Planzeichnung alle zu erhaltenden Bäume als Einzelbaumfestsetzung gesichert. Für die Baumgruppe am nördlichen Plangebietsrand wurde eine flächige Festsetzung gewählt. Der Baumbestand in WA 1 und WA 2 wird ebenfalls als flächige Erhaltungsfestsetzung in die Planzeichnung aufgenommen. In der Begründung unter Ziffer 5.5.2 wird erläutert, warum nicht alle Bäume und v.a. nicht die Bäume entlang der Moislinger Allee erhalten bleiben können: *„In erster Linie wird dem Belang der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum der Vorzug gegeben. Vor allem im südlichen Bereich entlang der Moislinger Allee wird aus immissionsschutzrechtlichen Gründen eine lange Riegelbebauung nah an der Straße erforderlich. Daher müssen insgesamt 40 der vorhandenen Bäume und neun Gehölzgruppen (davon zwei Gehölzgruppen teilweise) entfernt werden.“* Der weitgehende Erhalt der Bäume würde die zu schaffenden Wohneinheiten maßgeblich minimieren. Als Ausgleich zu den Baumfällungen werden u.a. entlang der Straßen Moislinger Allee und Buntekuhweg neue Bäume gepflanzt, um den Alleecharakter zumindest prinzipiell wieder herzustellen. Die vorliegende Planung stellt einen Kompromiss zwischen Schaffung von Wohnraum und Erhalt von Baumbestand dar.	
1.3 <u>Flachdächer sind ökologisch unvorteilhaft</u> Im Plan ist festgelegt, dass die Gebäude in Flachdachbauweise mit Staffelgeschoß zu errichten sind (siehe Ziff. 11.2 Teil B, Text der Planzeichnung). Diese Bauweise ist abgesehen von der gebäudegestalterischen Monotonie auch ökologisch nicht sonderlich vorteilhaft, da die vorgeschriebenen Dachbegrünungen meistens nur unzureichend ausgeführt und schlecht unterhalten werden.	Eine grundsätzlich unzureichende Ausführung und Unterhaltung von Dachbegrünung wird nicht angenommen. Die Haltbarkeit von Dichtungsmaterialien stellt sich bei allen Dacheindeckungen. Eine grundsätzliche Kurzlebigkeit von Gründächern ist nicht bekannt. Vielmehr werden die klimatechnischen Vorteile gesehen, wie positive Auswirkungen auf das Lokalklima, Luftbefeuchtung durch langsam ver-	nicht berücksichtigen

Inhalt der Stellungnahme	Prüfung und Abwägung	Ergebnis
Ökologisch bedenklich sind Flachdächer aber vor allem wegen der Kurzlebigkeit der Dichtungsmaterialien. Letztere bestehen fast ausschließlich aus organischen Verbindungen, deren Alterungsbeständigkeit nach ca. 30 Jahren verlorengeht. Unter Anfall erheblicher Abfallmengen ist dann ein Austausch der Dachdichtungen erforderlich.	dunstendes Wasser, Staubfilterung, Lufterneuerung und Strahlungsschutz durch Pflanzen. Daher wird die Festsetzung zu Gründächern beibehalten.	

22.04.00 TEIL A - PLANZEICHNUNG

Flur 19
Gemarkung St. Lorenz


Pinassenweg
Hamburger Straße
Moislinger Allee
WA I
WA II
WA III
WA IV
GR 950 m²
OK 13,00 m
GR 700 m²
OK 10,00 m
GR 730 m²
OK 10,00 m
GR 660 m²
OK 10,00 m
GR 540 m²
OK 10,00 m
GR 670 m²
OK 10,00 m
GR 520 m²
OK 10,00 m
GR 540 m²
OK 10,00 m
GR 220 m²
OK 10,00 m
GR 310 m²
OK 10,00 m
GR 300 m²
OK 10,00 m
GR 70 m²
GR 100 m²
OK 10,00 m
GR 380 m²
OK 10,00 m
GR 540 m²
OK 10,00 m
GR 540 m²
OK 10,00 m
GR 660 m²
OK 10,00 m
GR 540 m²
OK 10,00 m
GR 540 m²
OK 10,00 m
GR 540

Teil A - Planzeichnung

(Auszug aus dem Planoriginal)

Flur 19
Gemarkung St. Lorenz

SATZUNG DER HANSESTADT LÜBECK
BEBAUUNGSPLAN 22.04.00
- BUNTEKUH / PINASSENWEG -

Stand des Verfahrens : **Entwurf zum Satzungsbeschluss § 10 Abs. 1 BauGB**

Hansestadt LÜBECK
Der Bürgermeister
Fachbereich 5 - Planen und Bauen
Bereich 610.4 Stadtplanung und Bauordnung

Anlage 3

19.08.2019

Pinassenweg
Buntekuhweg
Moislinger Allee
Hamburger Straße

WA 1 | WA IV | GR 950 m² | OK 13,00 m
GR 400 m² | OK 13,00 m
GR 700 m² | OK 10,00 m
WA III | WA 2 | TG
GR 730 m² | OK 10,00 m
WA 3 | WA IV | GR 380 m² | OK 16,00 m
WA 5 | WA III | GR 540 m² | OK 10,00 m
GR 520 m² | OK 10,00 m
GR 580 m² | OK 10,00 m
WA 4 | WA III | GR 310 m² | OK 10,00 m
GR 390 m² | OK 10,00 m
II | GR 700 m²
WA 7 | WA III | GR 540 m² | OK 10,00 m
GR 660 m² | OK 10,00 m
WA 6 | WA III
GR 70 m²
GR 300 m² | OK 10,00 m
WA 8 | WA III | GR 540 m² | OK 10,00 m
GR 670 m² | OK 10,00 m

„G Allg“ | „G Allg“ + „GL V“ | priv | öff | LSW h=2.5m | LSW h=3.5m | BHKW

M. 1 : 1000

Anlage 3

Zeichenerklärung (Auszug aus dem Planoriginal)

Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), in Verbindung mit der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung - PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991, S 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4.Mai 2017 (BGBl. I S. 1057).

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

WA — Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

GR 650 m² — Zulässige Grundfläche je Baufenster (§ 19 Abs. 2 BauNVO)

III — Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß (§ 20 Abs. 1 BauNVO)

OK 13,00 m — Höhe baulicher Anlagen in m über Geländeniveau (§ 20 Abs. 1 BauNVO)

Bauweise, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB §§ 22 bis 23 BauNVO)

H — nur Hausgruppen zulässig (§ 22 Abs. 2 BauNVO)

Baugrenze (§ 23 Abs. 3 BauNVO)

Flächen für den Gemeinbedarf (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)

Flächen für den Gemeinbedarf

K — Kindertagesstätte

Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Straßenverkehrsflächen

Verkehrsfläche mit besonderer Zweckbestimmung

Straßenbegrenzungslinie

V — Verkehrsberuhigter Bereich

Flächen für Versorgungsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB)

Versorgungsflächen

Elektrizität

Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Öffentliche Grünfläche - Parkanlage -

Private Grünfläche - Parkanlage -

Private Grünfläche - Gehölzstreifen -

Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB)

Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Erhalt von Bäumen

Anpflanzen von großkronigen Bäumen / kleinkronigen Bäumen

Anpflanzen von Hecken

Sonstige Planzeichen

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen

Mit Gehrechten zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Mit Gehrechten zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

„G_{Allg}“ — Mit Gehrechten zu Gunsten der Allgemeinheit

„GL_V“ — Mit Geh- und Leitungsrechten zu Gunsten der Versorgungsträger

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)

St — Stellplätze

Ga — Garage

TG — Tiefgarage

Na — Nebenanlagen

LSW h=3.5m — Lärmschutzwand mit einer Mindesthöhe über Gelände

Darstellung ohne Normcharakter

11.09 — Höhenpunkte

in Aussicht genommene Grundstücksteilung

GW — geplante private Gehwege

ÖW — geplante öffentliche Gehwege

P — geplante Aufteilung Parkplatzflächen innerhalb der Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Planungsunterlage

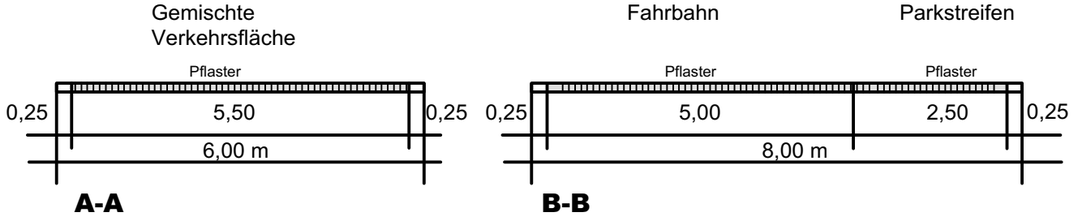
Flurstücksgrenzen (vorhanden)

Flurgrenzen

96/52 — Flurstücksnummern

vorhandene Bebauung

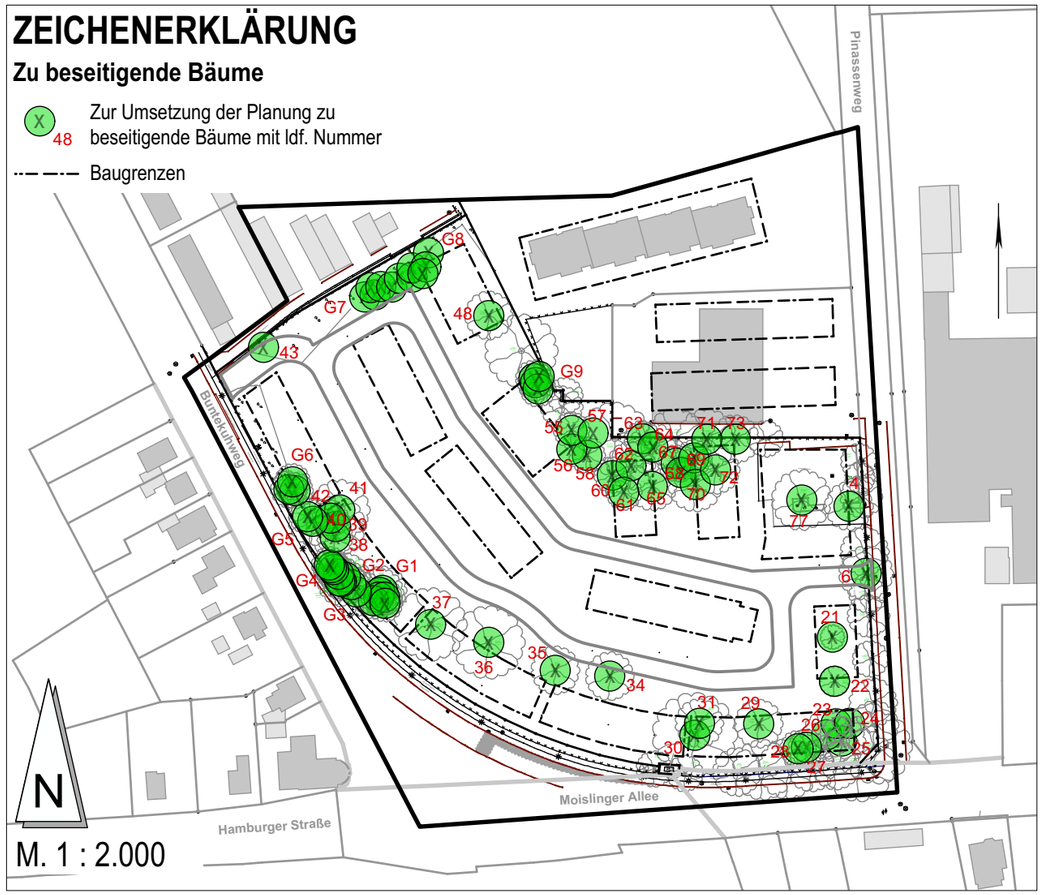
zukünftig fortfallende Bebauung



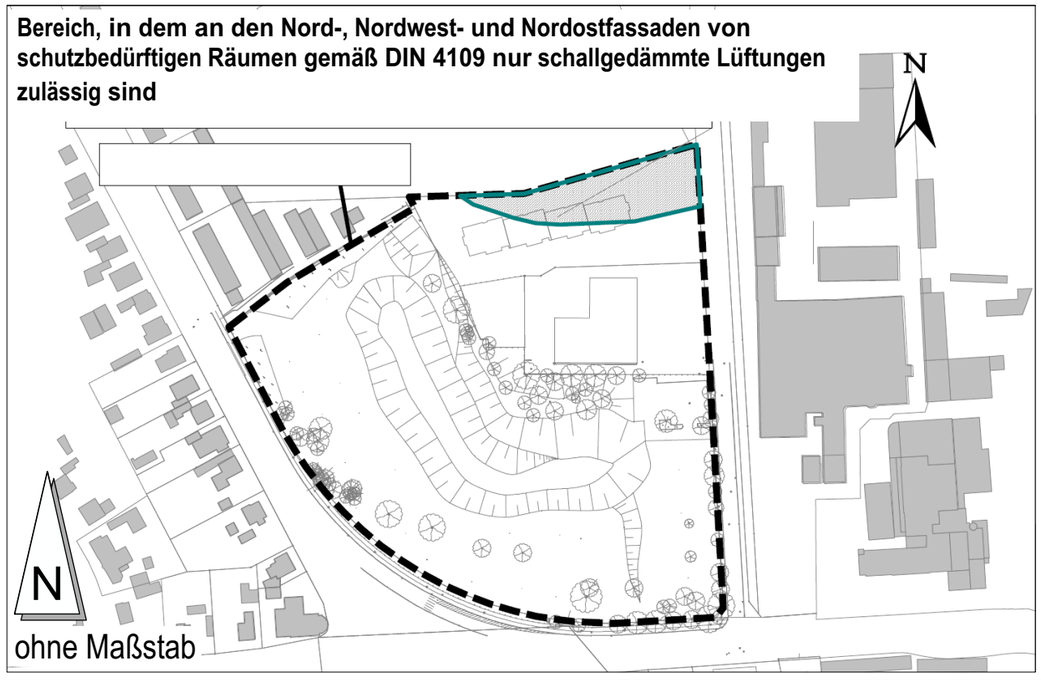
STRAßENQUERSCHNITTE M 1:100 (Darstellung ohne Normcharakter)

Anlage 3

Nebenzeichnung 1: Zu beseitigende Bäume



Nebenzeichnung 2: Sportlärm



Nebenzeichnung 3: Maßgeblicher Außenlärmpegel für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden können



Nebenzeichnung 4: Maßgeblicher Außenlärmpegel für schutzbedürftige Räume



Bebauungsplan 22.04.00
Buntekuh / Pinassenweg
TEIL B - Text
Entwurf zum Satzungsbeschluss nach § 10 Abs.1 BauGB
Stand: 19.08.2019

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1 Im allgemeinen Wohngebiet sind die Ausnahmen nach § 4 Abs. 3 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes. (§ 1 Abs. 6 BauNVO)

1.2 Im allgemeinen Wohngebiet sind Ferienwohnungen im Sinne des § 13a BauNVO unzulässig.

2. Bedingte Zulässigkeit von Nutzungen (§ 9 Abs. 2 BauGB)

In den Teilgebieten WA 2 bis WA 6 sind Wohnnutzungen erst dann zulässig, wenn in den Teilgebieten WA 7 und WA 8 die überbaubaren Grundstücksflächen in ihrer Längsrichtung komplett dreigeschossig bebaut sind und sämtliche Garagen und Lärmschutzwände errichtet worden sind.

3. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Im Teilgebiet WA 2 darf die zulässige Grundfläche durch die Grundflächen der in § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO bezeichneten Anlagen um bis zu 75 % überschritten werden.

4. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 23 BauNVO)

Terrassen dürfen die Baugrenzen bis zu einer Tiefe von 3,00 m überschreiten. Punkt 8.2 ist zu beachten.

5. Höchstzulässige Zahl der Wohneinheiten (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

In den Teilgebieten WA 4 bis WA 8 ist je Reihenhaus eine Wohneinheit zulässig.

6. Stellplätze, Garagen, Tiefgaragen (§ 12 BauNVO)

6.1 In den Teilgebieten WA 1, WA 7 und WA 8 sind Garagen nur innerhalb der festgesetzten Flächen für Garagen zulässig. In den übrigen Teilgebieten sind überdachte Stellplätze (Carports) und Garagen unzulässig.

6.2 In den Teilgebieten WA 1 und WA 3 bis WA 8 sind Stellplätze nur in den festgesetzten Flächen für Stellplätze bzw. Flächen für Stellplätze und Nebenanlagen zulässig.

6.3 In dem Teilgebiet WA 2 sind oberirdische Stellplätze und Garagen unzulässig.

6.4 Die im WA 3 notwendigen Fahrradabstellanlagen sind im Erdgeschoss in einem ebenerdig erreichbaren, abschließbaren Raum unterzubringen.

7. Gehrechte

Die mit „G_{Allg}“ bezeichneten Flächen sind mit einem Gehrecht zugunsten der Allgemeinheit zu belasten. Geringfügige Abweichungen von der Lage der festgesetzten Gehrechte können ausnahmsweise zugelassen werden.

8. Schallschutzmaßnahmen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

8.1 Sportlärm

Zum Schutz der Wohnnutzungen vor Sportlärm sind bei Neubauten in dem von Überschreitungen betroffenen Bereich bis zu einem Abstand von 27 m zur nördlichen Grenze des Plangeltungsbereichs an den Nord-, Nordwest- und Nordostfassaden vor schutzbedürftigen Räumen gemäß DIN 4109 nur schallgedämmte Lüftungen zulässig. Der notwendige hygienische Luftwechsel ist über eine lärmabgewandte Fassadenseite oder andere geeignete, dem Stand der Technik entsprechende Weise sicherzustellen. Von den vorgenannten Festsetzungen kann abgewichen werden, wenn im Rahmen eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass aus der tatsächlichen Lärmbelastung an den Gebäudefassaden geringere Beurteilungspegel resultieren.
(siehe dazu Nebenzeichnung 2)

8.2 Festsetzung Maßgeblicher Außenlärmpegel nach DIN 4109

(1) Die Außenbauteile von Aufenthaltsräumen müssen gesamt bewertete Bau-Schalldämm-Maße $R'_{w,ges}$ gemäß DIN 4109-1 (Schallschutz im Hochbau, Teil 1: Mindestanforderungen, Ausgabe Januar 2018, siehe Hinweis C) aufweisen, die sich gemäß Kap. 7.1 der DIN 4109-1 aus der Differenz zwischen dem maßgeblichen Außenlärmpegel (La) und einem Korrekturwert für die jeweilige Raumart (KRaumart) ergeben.
Für Aufenthaltsräume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden können, ist der maßgebliche Außenlärmpegel La der Nebenzeichnung 3 zu entnehmen. Für alle anderen Aufenthaltsräume gelten die maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß Nebenzeichnung 4.
Für Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsbetrieben, Unterrichtsräume und ähnliche Räume sind 30 dB als Korrekturwert KRaumart gemäß Kap. 7.1 der DIN 4109 in die Berechnung einzustellen. Für Bettenräume in Krankenanstalten und Sanatorien beträgt der Korrekturwert 25 dB; für Büroräume und ähnliche Räume beträgt der Korrekturwert 35 dB.
Der Nachweis der Anforderungen an die erforderliche Schalldämmung der Außenbauteilte ist gemäß Kap. 4.4 der DIN 4109-2 (Schallschutz im Hochbau, Teil 2: Rechnerische Nachweise der Erfüllung der Anforderungen, Ausgabe Januar 2018, siehe Hinweis A) zu führen.

(2) Bei einem maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109-1 (Ausgabe Januar 2018, siehe Hinweis A) von mehr als 45 dB ist der erforderliche hygienische Luftwechsel für Aufenthaltsräume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden können, durch schalldämmende Lüftungseinrichtungen oder andere, den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechende Maßnahmen sicherzustellen. Lüftungseinrichtungen sind beim Nachweis der erforderlichen Schalldämmung zu berücksichtigen.

(3) Von den vorgenannten Festsetzungen kann abgewichen werden, wenn im Rahmen eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass aus der tatsächlichen Lärmbelastung geringere Anforderungen an den passiven Schallschutz resultieren.

(4) Ebenerdige Außenwohnbereiche sind in den Teilgebieten WA 7 und WA 8 auf den den Straßen Moislinger Allee, Buntekuhweg und Pinassenweg zugewandten Fassadenseiten nicht zulässig.

Außenwohnbereiche in Obergeschossen sind in den Teilgebieten WA 7 und WA 8 an den straßenzugewandten Fassadenseite nur als geschlossene Außenwohnbereiche zulässig.
Ausnahmsweise können auf den straßenzugewandten Fassadenseiten offene Außenwohnbereiche in den Obergeschossen zugelassen werden, wenn die betreffenden Wohnungen zugleich über ebenerdige Außenwohnbereiche auf der straßenabgewandten Gebäudeseite verfügen.

9. Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und 25 b BauGB)

9.1 Erhaltungsgebot
Die in der Planzeichnung zur Erhaltung festgesetzten Bäume und sonstigen Gehölze sind dauerhaft zu erhalten und fachgerecht zu pflegen. Bei Abgang von Bäumen und sonstigen Gehölzen, für die der Bebauungsplan eine Erhaltungsbindung festsetzt, ist innerhalb von sechs Monaten gleichartiger Ersatz (Artenauswahl siehe Pflanzliste (a) im Anhang) mit einem Stammumfang von mindestens 18 cm, gemessen in 1 m Höhe, zu pflanzen.

9.2 Straßenbäume
Innerhalb der Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung „Bereich mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen“ sind mindestens 15 standortgerechte, kleinkronige, heimische Laubbäume (Artenauswahl siehe Pflanzliste (a2) im Anhang) mit einem Stammumfang von mindestens 18 cm, gemessen in 1 m Höhe, in einer offenen mindestens 8 m² großen Baumscheiben mit einem durchwurzelbaren Substratvolumen von mindestens 12 m³ zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten.

9.3 Begrünung von Stellplatzanlagen
Oberirdische Stellplatzanlagen mit mehr als 4 Stellplätzen sind an drei Außenkanten mit mindestens 1 m hohen Hecken aus heimischen Laubgehölzen einzugrünen.
Bei mehr als 6 Stellplätzen ist die Stellplatzanlage darüber hinaus durch Baumpflanzungen zu gliedern. Hierzu ist je angefangenen 6 Stellplätzen ein standortgerechter, kleinkroniger, heimischer Laubbaum (Artenauswahl siehe Pflanzliste (a2) im Anhang) mit einem Stammumfang von mindestens 16 cm, gemessen in 1 m Höhe, in einer offenen mindestens 8 m² großen Baumscheibe mit einem durchwurzelbaren Substratvolumen von mindestens 12 m³ in einem gleichmäßigen Baumraster auf der jeweiligen Stellplatzanlage zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten.

9.4 Begrünung von Tiefgaragen
Tiefgaragen(teile), die nicht von Gebäuden überbaut sind, müssen eine mindestens 0,40 m hohe vegetationsfähige Überdeckung aufweisen. Die Flächen sind, soweit sie nicht als Terrassen oder Wege genutzt werden, zu begrünen oder gärtnerisch zu gestalten.

9.5 Begrünung der Grünflächen
Gemäß den zeichnerischen Festsetzungen sind auf den zwei privaten Grünflächen insgesamt mindestens 8 standortgerechte, groß- und kleinkronige, heimische Laubbäume (Artenauswahl siehe Pflanzliste (a1+a2) im Anhang) mit einem Stammumfang von mindestens 18 cm, gemessen in 1 m Höhe, zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten.
Auf der öffentlichen Grünfläche sind mindestens 4 standortgerechte, großkronige, heimische Laubbäume (Artenauswahl siehe Pflanzliste (a1) im Anhang) mit einem Stammumfang von mindestens 18 cm, gemessen in 1 m Höhe, zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten.

9.6 Begrünung der Wohnbaugrundstücke

Gemäß den zeichnerischen Festsetzungen sind in den Teilgebieten WA 3 bis WA 8 standortgerechte, heimische Laubbäume (Artenauswahl siehe Pflanzliste (a) im Anhang) mit einem Stammumfang von mindestens 16 cm, gemessen in 1 m Höhe, zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Abgängige Bäume sind innerhalb von sechs Monaten zu ersetzen.

9.7 Hecken als Einfriedung
Zur öffentlichen Verkehrsfläche, zur öffentlichen und privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage und zu den festgesetzten Gehrechten sind sämtliche Baugrundstücke sowie die Gemeinbedarfsfläche in Form von geschnittenen Laubholzhecken bis zu einer Höhe von 1,50 m einzufrieden (Artenauswahl siehe Pflanzliste (b) im Anhang). Der Pflanzenmittelpunkt der Hecken muss jeweils einen Mindestabstand von 0,50 m zur Grundstücksgrenze aufweisen. Zusätzliche offene Zäune dürfen nur grundstücksseitig hinter der Hecke gesetzt werden. Im unmittelbaren Einmündungsbereich und den angrenzenden zwei Metern zum Buntekuhweg darf die Bepflanzung eine Höhe von 0,80 m über Fahrbahn nicht überschreiten.

9.8 Eingrünung von Abfallbehältern
Sofern Abfallbehälter nicht in Gebäuden oder Nebenanlagen integriert werden, sind ihre Standflächen an den Außenkanten mit mindestens 1,00 m hohen Hecken aus standortgerechten, heimischen Laubgehölzen oder durch berankte Holzeinfassungen einzugrünen.

10. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

10.1 Extensive Dachbegrünung
Die Dachflächen von Wohngebäuden, von der Kita sowie von Garagen sind mit einem mindestens 10 cm starken durchwurzelbaren Substrataufbau zu versehen und dauerhaft zu begrünen.

10.2 Wegebeläge
Wegeflächen sowie Stellplätze und Stellplatzanlagen im Sinne des § 19 Abs. 4 Nr. 1 BauNVO (Stellplätze, Zufahrten etc.) sind mit wasser- und luftdurchlässigen Belägen oder mit Pflastersteinen mit drainfähigen Pflasterfugen herzustellen.

10.3 Regenwasserversickerung
Im allgemeinen Wohngebiet und auf der Gemeinbedarfsfläche ist das auf Terrassen- und Wegeflächen sowie auf untergeordneten Nebenanlagen anfallende Niederschlagswasser auf den Baugrundstücken zu versickern.

10.4 Maßnahmen zum Artenschutz
Im Geltungsbereich des Bebauungsplans sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

(1) Bei Fällung von Baum Nr. 30 gemäß Nebenzeichnung 1: Anbringen von zwei künstlichen, selbstreinigenden Fledermausquartieren an Bäumen im Plangebiet oder im näheren Umfeld (Ein Fledermaus-Großraum-Flachkasten (3FF) und ein Fledermausflachkasten (1FF) oder eine Fledermaus-Großraumhöhle (FGRH) und ein Fledermaus-Spaltenkasten).

(2) Bei Abriss von Gebäuden im WA 2: Anbringen von zwei künstlichen, selbstreinigenden Fledermausquartieren an den neu fertig gestellten Gebäuden im Plangebiet oder an Gebäuden im näheren Umfeld (Zwei Fledermaus-Universal-Sommerquartiere (1FTH oder 2FTH) oder acht Elemente Fledermaus-Fassadenreihe (2FR) oder acht Fledermaus-Fassadenflachkästen- bzw. Einbausteine).

(3) Die unter (1) und (2) aufgeführten CEF-Maßnahmen sind vor Beginn von Fäll- und Rodungsmaßnahmen in den Gehölzflächen durchzuführen. Von dem festgesetzten Maßnahmenumfang kann abgewichen werden, wenn der unteren Naturschutzbehörde

nachgewiesen wird, dass die Maßnahmen teilweise oder vollständig außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans, aber im räumlich-funktionalen Zusammenhang zum Plangebiet durchgeführt werden.

II. BAUGESTALTERISCHE FESTSETZUNGEN (§ 9 ABS. 4 BAUGB)

11.1 Fassadenmaterialien
Die Fassaden der Hauptbaukörper sind in Verblendmauerwerk im roten bis rotbraunen Farbspektrum, in Holz oder Putz im weißen, beigefarbenen, hellgrauen oder roten Farbspektrum auszuführen. Davon abweichend sind andere Materialien und Farben zulässig, sofern sie sich auf die untergeordneten Bauteile beschränken oder insgesamt nicht mehr als 20% der Fassade der jeweiligen Gebäudeseite in Anspruch nehmen.

11.2 Balkone
Balkone sind bis zu einer Tiefe von 1,50 m zulässig. Balkone sind auf bis zu 50 % der jeweiligen Gebäudeseite zulässig. Der äußere Abstand von Balkonen zur Gebäudekante beträgt mind. 1,50 m.

11.3 Dachgestaltung
Die Dächer der Wohngebäude, der Kita und der Garagen sind als flache oder flachgeneigte Dächer auszuführen und gemäß Punkt 10.1 zu begrünen.

11.4 Sockelhöhe
Im allgemeinen Wohngebiet ist eine Sockelhöhe von mind. 15 cm und max. 30 cm über der Oberkante der angrenzenden öffentlichen oder privaten Erschließungsfläche (Gehweg, Straße, Mischverkehrsfläche), gemessen in der der Erschließungsfläche zugewandten Fassadenmitte der Hausvorderseite senkrecht zur Erschließungsfläche, zulässig. Ausnahmsweise kann die Sockelhöhe um 10 cm überschritten werden, wenn durch eine gleichmäßige Geländemodellierung im Vorgartenbereich sichergestellt ist, dass der Höhenunterschied zwischen OKFF und angrenzendem Geländeniveau nicht mehr als 30 cm beträgt. Die Sockelhöhe ist definiert durch die Oberkante des Fertigfußbodens des Erdgeschosses (OKFF).

11.5 Terrassen
Terrassen dürfen max. 15 cm unterhalb der OKFF und max. 15 cm oberhalb des angrenzenden Geländeniveaus liegen.

11.6 Stützmauern
Stützmauern sind im Gartenbereich bis zu einer Höhe von 40 cm über dem angrenzenden Geländeniveau zulässig. Im Vorgartenbereich sind Stützmauern unzulässig.

11.7 Geländemodellierung
Geländemodellierungen zum Angleichen der unterschiedlichen Höhenniveaus zwischen Erschließungs- und Bauflächen sind als Abgrabungen mit einem Gefälle bis zu 3 % bzw. als Aufschüttungen mit einer Steigung von bis zu 3 % zulässig.

11.8 Staffelgeschosse
In den Teilgebieten WA 2 und WA 4 bis WA 8 ist das oberste Geschoss als Staffelgeschoss auszubilden, bei dem eine Außenwand um mindestens 2,20 m gegenüber der Außenwand des darunterliegenden Geschosses zurückversetzt ist.
In dem Teilgebiet WA 3 ist oberhalb des vierten Vollgeschosses ein Staffelgeschoss zulässig, bei dem mindestens die südöstlichen, südwestlichen und nordwestlichen Außenwände um mindestens 1,75 m gegenüber den Außenwänden des darunterliegenden Geschosses zurückversetzt sind. Das Staffelgeschoss darf kein Vollgeschoss i.S.d. Landesbauordnung sein.

11.9 Lärmschutzwände
Lärmschutzwände sind, soweit sie auf dem Erdboden stehen, beidseitig aller 0,50 m mit standortgerechten, mehrjährigen Kletterpflanzen gemäß Pflanzliste c) dauerhaft zu begrünen.

III. HINWEISE

A Einsichtnahme in die DIN 4109
Die DIN 4109-1 "Schallschutz im Hochbau, Teil 1" und die DIN 4109-2 "Schallschutz im Hochbau, Teil 2" (jeweils Ausgabe Januar 2018), auf die in den textlichen Festsetzungen unter Pkt. 9 Bezug genommen wird, liegen zusammen mit diesem Bebauungsplan in den Räumen, in denen in den Bebauungsplan Einsicht genommen werden kann, zur Einsicht bereit.

B Bodenmanagement
Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind lokale Bodenverunreinigungen bekannt. Für Erd- und Tiefbauarbeiten ist daher ein Bodenmanagement erforderlich. Bodeneingriffe sind durch einen Sachverständigen gemäß § 18 BBodSchG zu begleiten und zu dokumentieren, um eine abfallrechtlich ordnungsgemäße Entsorgung von verunreinigtem Aushub zu gewährleisten und eine Gefährdung der Schutzgüter auszuschließen; die zuständige untere Bodenschutzbehörde (uBB) ist zu beteiligen.

C Oberbodenverhältnisse
Auf Grund der Nutzungshistorie und der geplanten Erschließungs- und Baumaßnahmen ist als Regelvermutung von gestörten Oberbodenverhältnissen im gesamten B-Plangebiet auszugehen. Der jeweilige Vorhabenträger hat vor der Innutzungnahme von Flächen für die unversiegelten Bereiche ordnungsgemäße Oberbodenverhältnisse entsprechend der geplanten Nutzung sicherzustellen und der unteren Bodenschutzbehörde nachzuweisen.

D Archäologische Verdachtsfläche
Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes können archäologische Funde nicht ausgeschlossen werden. Vor Beginn von Eingriffen ist die Obere Denkmalschutzbehörde, Abteilung Archäologie, frühzeitig über den beabsichtigten Beginn der Erdarbeiten zu informieren. Funde sind gem. § 15 DSchG S-H umgehend zu melden.

E Fäll- und Rodungsarbeiten
Fäll- und Rodungsarbeiten dürfen gemäß § 39 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) nur in der Zeit zwischen dem 1. Oktober und dem 28./29. Februar durchgeführt werden.

F Schutz von zu erhaltenden Bäumen
Während der Bauphase ist zu gewährleisten, dass die zu erhaltenden Bäume durch geeignete Maßnahmen (z.B. Stammschutz, Fahrschutz im Wurzelbereich, Einschränkung des Schwenkbereiches von Kränen usw.) vor Beeinträchtigungen geschützt werden.

G Schutz von Fledermausvorkommen
Abrissarbeiten an Gebäuden dürfen nur in der Zeit zwischen dem 1. Dezember und 28./29. Februar durchgeführt werden. Die rückzubauenden Gebäude, insbesondere die Dachböden, sind dabei im Vorfeld durch ausgewiesenes Fachpersonal zu untersuchen, um eventuelle Quartiersnutzungen von Fledermäusen auszuschließen.
Die Fällung der Winter-Linde (siehe Bebauungsplan Nebenzeichnung 1: Zu beseitigende Bäume, Baum 30) ist nur zulässig im Zeitraum vom 01. Dezember bis 28./29. Februar. Diese Beschränkung kann entfallen, wenn der Baum vorher durch eine sachverständige

Person (Biologe/in; Fledermausexperte/in) auf das Vorhandensein von Fledermäusen überprüft wird und der Nachweis des Nichtvorhandenseins von Fledermäusen erbracht und der unteren Naturschutzbehörde vorgelegt wird.

H Leerrohre für Telekommunikation
Für die Baugrundstücke wird angeregt, bei der Erstellung der Wohngebäude sowie der Kita Leerrohre für eine mögliche Glasinfrastruktur vorzusehen.

Anhang

Pflanzlisten

a1) Artenauswahl Baumpflanzungen 1. Ordnung (großkronig):	
Spitzahorn	Acer platanoides
Bergahorn	Acer pseudoplatanus
Vogelkirsche	Prunus avium
Rotbuche	Fagus sylvatica
Rosskastanie	Aesculus hippocastanum
Winterlinde	Tilia cordata
Stieleiche	Quercus robur

a2) Artenauswahl Baumpflanzungen 2. Ordnung (kleinkronig):	
Feldahorn	Acer campestre
Hainbuche	Carpinus betulus
Eingriffliger Weißdorn	Crataegus monogyna
Hahnendorn	Crataegus crus-galli
Elsbeere	Sorbus torminalis
Bruch-Weide	Salix fragilis
Pflanzgröße: Hochstämme (HS)	

b) Artenauswahl geschnittene Heckenpflanzungen:	
Hainbuche	Carpinus betulus
Feldahorn	Acer campestre
Liguster	Ligustrum vulgare
Rotbuche	Fagus sylvatica
Hundsrose (Friesenwall)	Rosa canina

c) Artenauswahl Bepflanzung Lärmschutzwände	
Wilder Wein	Parthenocissus quinquefolia
Amerikanische Klettertrompete	Campsis radicans
Efeu	Hedera helix i.S
Kletterhortensie	Hydrangea petiolaris
Rankhilfe erforderlich:	
Hopfen	Humulus lupulus
Geißblatt	Lonicera caprifolium, Lonicera periclymenum
Waldrebe	Clematis vitalba, Clematis montana, Clematis viticella
Kletterrosen in Sorten	

BEGRÜNDUNG

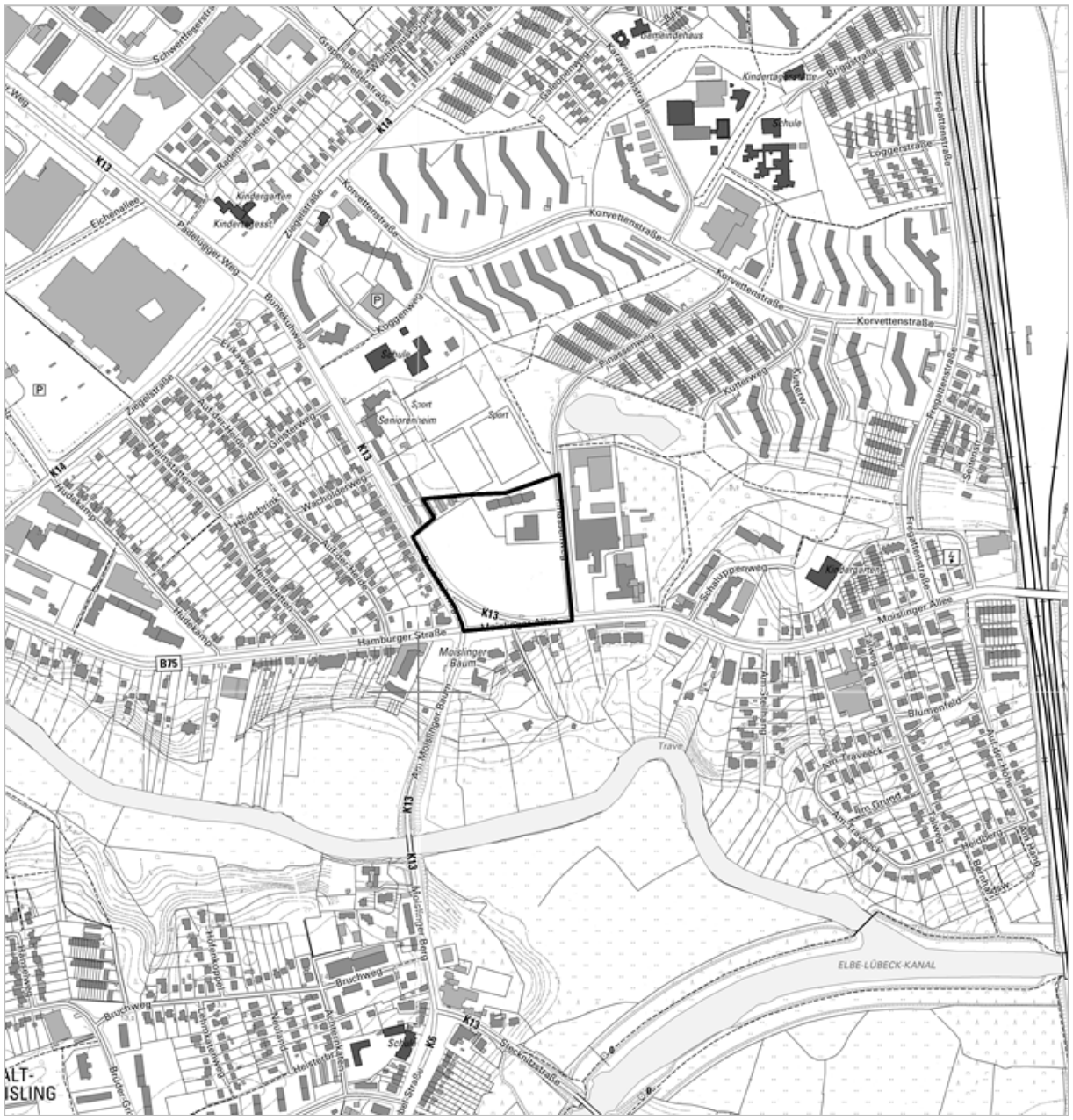
zum

Bebauungsplan 22.04.00 - Buntekuh / Pinassenweg -

Fassung zum Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB

Fassung vom 21.08.2019

Übersichtsplan (ohne Maßstab)



Hansestadt Lübeck, Fachbereich Planen und Bauen, Bereich Stadtplanung und Bauordnung

in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro Ostholstein, Bad Schwartau

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	5
1.1	Lage und Abgrenzung des Plangebietes	5
1.2	Anlass und Erfordernis der Planaufstellung	5
1.3	Planungsrechtliches Verfahren	5
2.	Ausgangssituation	6
2.1	Bisherige Entwicklung und Nutzung	6
2.2	Natur und Umwelt	7
2.3	Eigentumsverhältnisse	9
2.4	Bisheriges Planungsrecht	10
3.	Übergeordnete Planungen	10
3.1	Ziele und Grundsätze der Landesplanung	10
3.2	Darstellungen des Flächennutzungsplanes	10
3.3	Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Hansestadt Lübeck (ISEK 2010)	11
3.4	Konzept zur zukunftsorientierten Stadtentwicklung Lübeck 2030	11
3.5	Wohnungsmarktkonzept 2013 und Wohnungsmarktbericht 2018	11
3.6	Einzelhandelszentren- und Nahversorgungskonzept der Hansestadt Lübeck	11
3.7	Landschaftsplan der Hansestadt Lübeck	11
3.8	Lärmaktionsplan	12
4.	Ziele und Zwecke der Planung	12
4.1	Städtebauliches Konzept	13
5.	Inhalt der Planung	14
5.1	Flächenbilanz	14
5.2	Künftige Entwicklung und Nutzung	15
5.2.1	Art der baulichen Nutzung	15
5.2.2	Bedingte Zulässigkeit von Nutzungen	15
5.2.3	Maß der baulichen Nutzung	15
5.2.4	Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	17
5.2.5	Bauweise	17
5.2.6	Höchstzulässige Zahl der Wohneinheiten	17
5.2.7	Stellplätze, Garagen und Tiefgaragen	17
5.2.8	Nebenanlagen	18
5.3	Erschließung	18
5.3.1	Anbindung an öffentliche Straßenverkehrsflächen	18
5.3.2	Gehrechte	19
5.4	Ver- und Entsorgung	20
5.4.1	Energieversorgung	20
5.4.2	Schmutz- und Regenwasserentsorgung	20
5.4.3	Löschwasserversorgung	21
5.5	Grün, Natur und Landschaft	21

5.5.1 Grünflächen 21
5.5.2 Pflanz- und Erhaltungsbindung 21
5.6 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft 22
5.7 Schallschutzmaßnahmen 23
5.7.1 Gewerbelärm 24
5.7.2 Sportlärm 24
5.7.3 Verkehrslärm 25
5.8 Baugestalterische Festsetzungen 30
5.9 Hinweise 31

6. Wesentliche Auswirkungen der Planung 33
6.1 Auswirkungen auf die Wohnraumversorgung 33
6.2 Wohnfolgebedarfe 34
6.3 (Sonstige) Auswirkungen auf die Belange von Kindern und Jugendlichen 34
6.4 Verkehrliche Auswirkungen 35
6.5 Folgebedarfe im Bereich der technischen Infrastruktur 36
6.6 Auswirkungen auf die Umwelt 36
6.6.1 Auswirkungen auf Natur und Landschaft 36
6.6.2 Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote 36
6.6.3 Berücksichtigung von Klimaschutzbelangen 38
6.6.4 Sonstige Umweltauswirkungen 38
6.7 Auswirkungen auf ausgeübte und zulässige Nutzungen 39

7. Maßnahmen zur Umsetzung des Bebauungsplanes 39

8. Finanzielle Auswirkungen 39
8.1 Unmittelbare Kosten 39
8.2 Mittelbare Kosten 40

9. Verfahren, Rechtsgrundlagen und Fachgutachten 40
9.1 Verfahrensübersicht 40
9.2 Rechtsgrundlagen 41
9.3 Fachgutachten 41

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bestandsplan aus der Baumgutachterlichen Stellungnahme, Gartenbauingenieur U. Thomsen 8

Abbildung 2: Lage des Bereiches, in dem Außenbauteile von Gebäuden vor Aufenthaltsräumen tags geschlossen auszuführen sind (s. Sportlärm) 25

Abbildung 3: maßgeblicher Außenlärmpegel für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden können 27

Abbildung 4: maßgeblicher Außenlärmpegel für schutzbedürftige Räume.....27

Abbildung 5: Darstellung der geschlossen auszuführenden erbenerdigen Außenwohnbereiche.....28

Abbildung 6: Darstellung der geschlossen auszuführenden Außenwohnbereiche in den Obergeschossen 29

Anhang 1 Konzept-Lageplan**,** Hanseatische Immobilien Treuhand, Glinde

Anhang 2 Lageplan Erschließung, dänekamp + partner, Pinneberg

1. Einleitung

1.1 Lage und Abgrenzung des Plangebietes

Das Plangebiet liegt im Stadtteil Buntekuh im südwestlichen Lübecker Stadtgebiet. Es umfasst das Eckgrundstück, welches ehemals mit dem sogenannten Pinassenhochhaus bebaut war, sowie die sich nördlich und nordwestlich daran anschließenden Grundstücke mit Einzelhandel, Wohnbebauung und Nebenanlagen (Flurstücke 25/21, 25/22 und 25/24 aus Flur 19 der Gemarkung St. Lorenz).

Der Geltungsbereich wird im Süden durch die Moislinger Allee B 75, im Westen durch den Buntekuhweg K13 und im Osten durch den Pinassenweg begrenzt. Nordöstlich bilden die Sport- und Freiflächen des Sportclubs Buntekuh e.V. die Begrenzung des Plangebietes, während sich westlich die Wohnbebauung in zweigeschossiger Zeilenform anschließt.

Auf der gegenüberliegenden Seite des Buntekuhweges sowie der Moislinger Allee schließen sich Wohngrundstücke, vorrangig mit Einzelhäusern bebaut, an. Auf der östlichen Seite des Pinassenweges befindet sich eine gewerbliche Brachfläche.

1.2 Anlass und Erfordernis der Planaufstellung

Der für das Plangebiet derzeit geltende Bebauungsplan ermöglicht u.a. auf dem südlichen Eckgrundstück die Bebauung mit einem 14-geschossigen Hochhaus. Dieses Hochhaus wurde vor Jahren abgerissen; das Grundstück liegt seitdem brach. Unter Berücksichtigung des Grundsatzes „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ und im Hinblick auf die hohe Nachfrage nach Wohnraum in Lübeck ist es konsequent, die vorliegende, voll erschlossene und innerstädtische Brachfläche einer neuen, bedarfsangepassten Wohnnutzung zuzuführen. Die aktuelle Planung sieht dabei eine Bebauung mit Reihenhäusern und moderatem Geschosswohnungsbau vor. Damit soll dem Bedarf an Wohngrundstücken für Einfamilienhäuser, aber auch dem Bedarf an Wohnungen im Geschosswohnungsbau entsprochen werden.

Auch für das nördlich anschließende und derzeit gewerblich genutzte Grundstück besteht das Ziel für eine wohnbauliche Entwicklung. Im Entwurf sind zwei Zeilen mit dreigeschossigem Geschosswohnungsbau und einer Tiefgarage vorgesehen.

Das derzeit geltende Planrecht ist nicht geeignet, ein bedarfsgerechtes und zeitgemäßes Baugebiet zu entwickeln, daher ist die Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes erforderlich, der angepasste Festsetzungen u.a. zum Maß der baulichen Nutzung und der Erschließung trifft.

Das nördlichste Grundstück mit der vorhandenen Wohnbebauung sowie das nordwestliche Grundstück mit dem zur Wohnbebauung gehörenden Garagenkomplex wird in den Planumgriff einbezogen, da ansonsten eine zerschnitte Baugrenze gegenüber dem bisherigen Planungsrecht verbliebe und auf diesen Grundstücken weiterhin das Maß einer 14-geschossigen Bebauung gelten würde.

1.3 Planungsrechtliches Verfahren

Der Bebauungsplan 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg – soll als qualifizierter Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB ohne Umweltbericht, aber mit Durchführung der in den §§ 3 und 4 BauGB vorgesehenen Verfahrensschritten der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung, aufgestellt werden.

Der Flächennutzungsplan (FNP) für die Hansestadt Lübeck stellt das Plangebiet größtenteils als Wohnbaufläche und zu einem geringen Teil als Grünfläche dar. Die im Bebauungsplan vorgesehene Festsetzung von Wohnbauflächen und Grünflächen ist aus dem Flächennutzungsplan entwickelbar. Daher ist eine Anpassung des FNP nicht notwendig.

2. Ausgangssituation

2.1 Bisherige Entwicklung und Nutzung

Bebauungs- und Nutzungsstruktur (Bestand)

Einen Großteil des Plangebietes nimmt das brachliegende Eckgrundstück ein, welches ehemals mit dem vierzehngeschossigen Pinassenhochhaus bebaut war. Im nordöstlichen Bereich schließen Einzelhandels- und Dienstleistungsnutzungen an, u.a. zwei Angelfachgeschäfte, ein Frisör und ein Jugendtreff. Nördlich dieser gewerblichen Nutzung befindet sich ein viergeschossiger Geschosswohnungsbau in Ost-West-Ausrichtung. Diese beiden Bestandsgebäude sind jeweils durch großflächige Stellplatzanlagen zwischen Bebauung und Pinassenweg gekennzeichnet.

Das brachliegende Eckgrundstück stellt sich heute als Brachfläche mit Ruderalvegetation dar. Die Fläche eignet sich gut für eine Wohnbebauung, da sie integriert im Stadtgefüge liegt, bereits erschlossen ist und als Beitrag zur Stadtreparatur das gesamte Umfeld aufzuwerten vermag.

Veränderungsabsichten (aktuelle Bauanträge und Voranfragen)

Für den Bereich des Einzelhandels (Pinassenweg 26) wurde im März 2016 eine Bauvoranfrage eingereicht, die den Abriss der Bestandsbebauung und deren Ersatz durch eine neue Wohnbebauung vorsah.

Da sich der Antrag nicht in die für das Eckgrundstück angedachte städtebauliche Planung eingefügt hätte, wurde eine Veränderungssperre erlassen, die jedoch für das betreffende Grundstück Ende März 2018 ausgelaufen ist. In der Zwischenzeit fanden Abstimmungen zwischen der Hansestadt Lübeck und dem Antragsteller statt, sodass das neue Bebauungskonzept als Grundlage für die Festsetzungen im Bebauungsplan übernommen wurde.

ÖPNV-Anbindung

Die ÖPNV Erschließung entspricht den Standards und Vorgaben des vierten Regionalen Nahverkehrsplans (4. RNVP) der Hansestadt Lübeck. Ein vollständiger barrierefreier Ausbau der Haltestelle/n entsprechend den Vorgaben des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) ist bisher jedoch noch nicht erfolgt.

Westlich des Plangebiets befindet sich die Bushaltestelle Moislinger Baum, die von den Stadtbuslinien 5, 11 und 12 bedient wird. Die Linie 5 verbindet den Stadtteil Moisling über den Lübecker Hauptbahnhof mit dem Stadtteil Eichholz im 10-/15-Minuten Takt. Die Linie 11 verbindet den Stadtteil Moisling mit dem Lübecker Hauptbahnhof und fährt dann weiter durch die Lübecker Altstadt bis in den östlichen Stadtteil Schlutup im 15-Minuten Takt. Der Hauptbahnhof ist im Schnitt in 14 Minuten zu erreichen; die Innenstadt in rund 19 Minuten. Die Linie 12 verbindet den Stadtteil Moisling stündlich mit dem Einkaufzentrum Herrenholz, und führt dann über den Stadtteil Roggenhorst durch die Altstadt von Lübeck in nordöstliche Richtung nach Schlutup. Das Einkaufszentrum Herrenholz ist in 6 Minuten zu erreichen.

Verkehrliche Erschließung

Das Plangebiet wird über den Pinassenweg im Osten erschlossen, der von der Moislinger Allee abzweigt. Entlang der nördlichen Plangebietsgrenze verläuft ein privater Fußweg, der den Buntekuhweg mit dem Pinassenweg verbindet.

Die Lübecker Innenstadt ist mit dem PKW in ca. 15 Minuten zu erreichen. Der Lübecker Hauptbahnhof ist mit dem PKW in rund 10 Minuten und mit dem Fahrrad in rund 15 Minuten erreichbar.

In ca. 1,6 km Entfernung liegt der Autobahnanschluss Lübeck-Moisling der Bundesautobahn A1. Er ist über den Buntekuhweg zu erreichen. Damit verfügt das Plangebiet über einen sehr guten Anschluss an die Bundesautobahn A1.

2.2 Natur und Umwelt

Topographie

Tendenziell fällt das Gelände von Süd nach Nord sowie von West nach Ost ab. In der Mitte des Plangebietes liegt an der Stelle des ehemaligen Hochhauses eine ausgeprägte Geländesenke von bis zu 2 m Tiefe, die im Zuge der Erschließung des Baugebietes eingeebnet werden soll. Dahingegen befindet sich an der nördlichen Grundstücksgrenze des ehemaligen Hochhauses eine rund 2 m hohe Aufschüttung.

Aufgrund der Höhenlage liegt das Plangebiet nicht in einem potenziellen Überschwemmungsgebiet oder in überschwemmungsgefährdeten Gebieten der Trave, sodass Belange des Hochwasserschutzes bei der Aufstellung des Bebauungsplanes nicht zu berücksichtigen sind.

Bodenversiegelung

Das Plangebiet ist im nördlichen Bereich durch die Bestandsbebauung sowie durch die dazugehörigen Stellplatzanlagen großflächig versiegelt. Das im südlichen Bereich gelegene Eckgrundstück ist unversiegelt.

Vegetationsbestand

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg – wurde im Oktober 2017 eine baumgutachterliche Bestandsaufnahme von Bäumen und Baum-/Gehölzgruppen (s. Abb. 1) auf der Brachfläche vorgenommen. Neben der Einstufung der Vitalität hat der Gutachter weitere Bewertungskriterien festgelegt: Gesamtzustand, Baumart, Entwicklungspotenzial, Anforderungen an die Verkehrssicherheit sowie gestalterischer und ökologischer Wert.

Die Brachfläche ist überwiegend durch Gehölzbestände entlang der Grundstücksgrenzen gekennzeichnet. Insgesamt wurden 77 Einzelbäume und neun Baumgruppen untersucht und bewertet. Es handelt sich beim Baumbestand vorwiegend um Hainbuchen, Berg-Ahorn, Feld-Ahorn und Stiel-Eichen.

Im Bereich der nördlich angrenzenden Bestandsbebauung befinden sich ebenfalls großflächige Gehölzbestände sowie gepflegte Rasenflächen, welche die Gebäude weitgehend eingrünen.

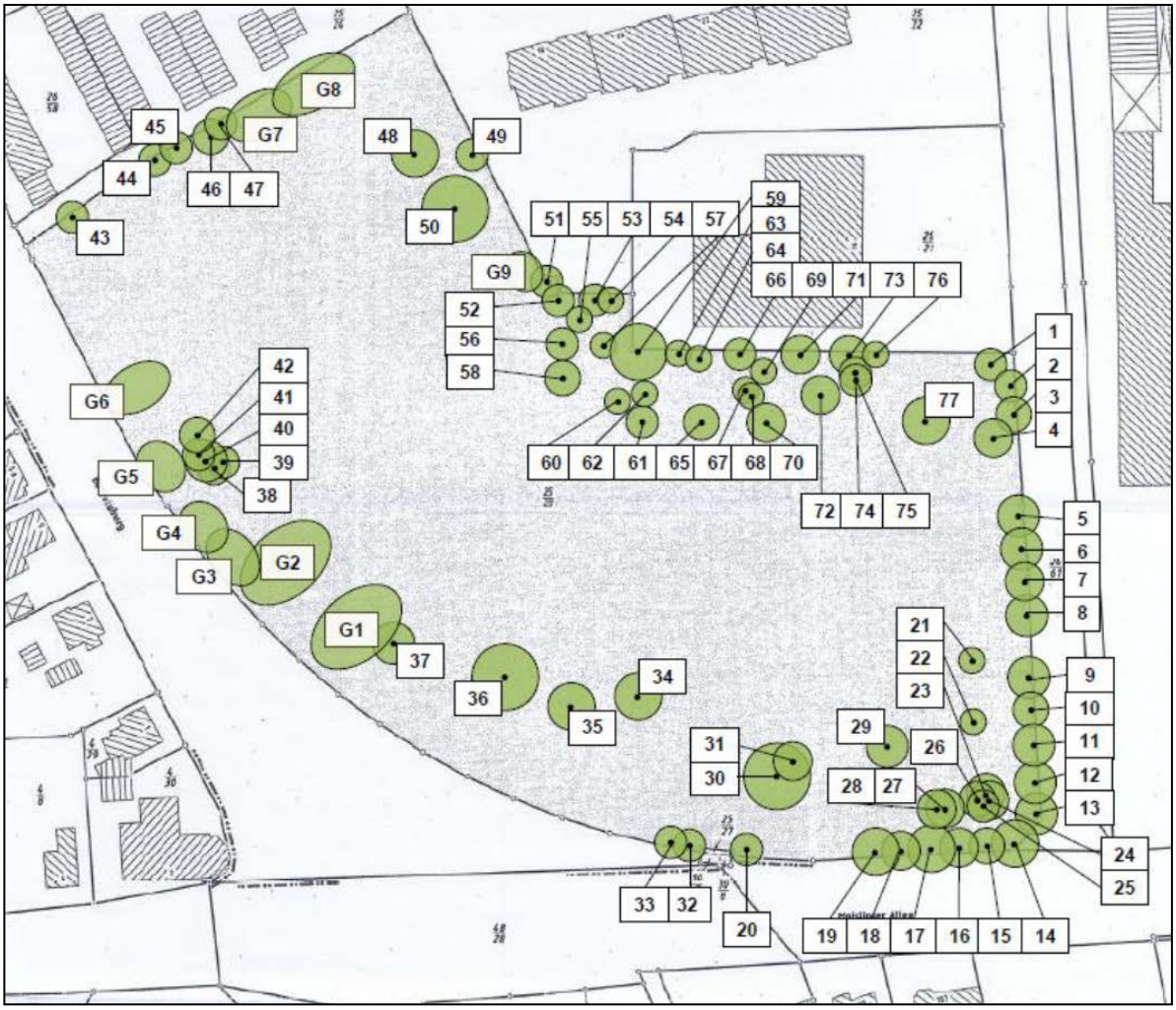


Abbildung 1: Bestandsplan aus der Baumgutachterlichen Stellungnahme, Gartenbauingenieur U. Thomsen

Boden / Altlasten(verdacht)

Innerhalb des Plangebietes befinden sich gemäß Boden- und Altlastenkataster Teilbereiche, für die potenziell altlastverdächtige, gewerbliche Altnutzungen verzeichnet sind (sog. Prüflisten bzw. P1-Fälle im Altlasten-Kataster). Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts befand sich auf der Fläche des Plangebietes eine großflächige Ziegelei.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg – wurden die Grundstücke Pinassenweg 26 und Pinassenweg 28 bis 38 baugrundtechnisch und altlastenbezogen untersucht. Für die Baugrunderkundung wurden insgesamt 28 Kleinrammbohrungen bis in 5 m Tiefe durchgeführt. Für eine altlastenbezogene Orientierende Untersuchung (OU) wurden zusätzlich 26 Baggerschürfe und chemische Bodenuntersuchungen ausgeführt. Hierbei wurden lokal mit Schadstoffen verunreinigte Auffüllungshorizonte angetroffen.

Potenzielle Kampfmittelbelastung

Gemäß einem Schreiben des Kampfmittelräumdienstes vom 22.06.2017 handelt es sich bei dem Flurstück 25/28 nach Auswertung der zur Verfügung stehenden Unterlagen nicht um eine Kampfmittelverdachtsfläche.

Natur- und Artenschutz

Die Belange des Artenschutzes wurden im Rahmen einer faunistischen Potenzialeinschätzung bewertet. Im Ergebnis konnten keine unüberwindlichen Hindernisse zur Verwirklichung des Bebauungsplanes durch die Vorgaben des speziellen Artenschutzrechtes festgestellt werden.

Von den im Untersuchungsgebiet vorkommenden Brutvogelarten sind keine Arten vom Verlust ganzer Brutreviere und damit einer Zerstörung oder zumindest Beschädigung ihrer Fortpflanzungsstätte im Sinne des § 44 BNatSchG durch das Vorhaben betroffen, weil die Gehölze durch Neupflanzungen kompensiert werden.

Bei potenziell vorhandenen Fledermäusen sind potenzielle Fortpflanzungs- und Ruhestätten nicht betroffen, wenn der eventuelle Verlust von potenziellen Quartieren in Gebäuden und einer Linde durch die Bereitstellung künstlicher Fledermauskästen kompensiert wird.

Im Bereich der südlichen Flächen befinden sich mehrere ältere Bäume, die entsprechend der Baumschutzsatzung Lübecks geschützt sind. Innerhalb des Plangebietes befinden sich keine gesetzlich geschützten Biotope. Da es sich um ein innerstädtisches und ehemals bebautes Grundstück handelt, wird insgesamt von keinen erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter aufgrund der Planung ausgegangen.

Immissionen

Das Plangebiet ist Belastungen aus Sportlärm und Verkehrslärm ausgesetzt. Weiterhin sind potenzielle Geräuschimmissionen der östlich anliegenden gewerblich festgesetzten Flächen zu beachten. Derzeit liegt die Fläche brach, ist aber als Gewerbegebiet planungsrechtlich abgesichert.

Zur Beurteilung der Geräuschimmissionen aus Sportlärm sind die Rasenplätze, das zukünftige Beachvolleyballfeld des SC Buntekuh e.V. und die zugehörige Stellplatzanlage (ca. 60 Stellplätze) zu nennen. Darüber hinaus befindet sich nordöstlich des Plangebiets eine Skateranlage und ein Bolzplatz.

Als maßgebende Quellen für den Verkehrslärm wirken die Straßen Buntekuhweg, Moislinger Allee, Moislinger Baum und Hamburger Straße sowie die Bahnstrecke Hamburg – Lübeck auf das Plangebiet ein.

Ruhige Gebiete

Das Plangebiet grenzt im nördlichen Bereich an das ruhige Gebiet „Buntekuh Wiesental“. Dieses ist gem. § 47d Abs. 2 BImSchG vor einer Zunahme des Lärms zu schützen.

2.3 Eigentumsverhältnisse

Die Baugrundstücke im Plangebiet befinden sich in Händen unterschiedlicher privater Eigentümer.

Die Straßenverkehrsflächen der Moislinger Allee (Flurstücke 40/28 und 274/41), des Buntekuhweges (Flurstück 30/6) und des Pinassenweges (Flurstück 15/452) sind städtisches Eigentum.

2.4 Bisheriges Planungsrecht

Der sich in Aufstellung befindliche Bebauungsplan 22.04.00 wird die für große Teile seines Geltungsbereiches bisher geltenden Bebauungspläne 22.02.00 und 22.02.03 im Bereich des Plangebietes ersetzen, da auf deren Grundlage eine Umsetzung der gewünschten Planungsziele nicht möglich ist.

Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes 22.02.00

Derzeit gelten für die Fläche die Festsetzungen des Bebauungsplanes 22.02.00 aus dem Jahr 1968. Dieser setzt für den gesamten Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes 22.04.00 ein Allgemeines Wohngebiet mit max. 14 Geschossen, eine GRZ von 0,3 und eine GFZ von 1,0 sowie Zeilenbauweise fest. Zudem wird ein Baufenster ausgewiesen, welches einen größeren Abstand nach Süden zum Buntekuhweg bzw. Moislinger Allee aufweist.

Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes 22.02.03

In Teilbereichen wurde der Bebauungsplan 22.02.00 durch den einfachen Bebauungsplan 22.02.03 – Buntekuh / Moislinger Allee -, Teilbereich 1, ergänzt. Dieser setzt gemäß dem Ursprungsplan ein Allgemeines Wohngebiet fest und ergänzt dieses durch textliche Festsetzungen. Ziel des Bebauungsplanes 22.02.03 ist, die zulässige zentrenrelevante Einzelhandelsnutzung im Geltungsbereich auf 200 m² zu beschränken, um Ansiedlungswünsche von großen zentrenrelevanten Einzelhandelsbetrieben auf das Stadtteilzentrum Buntekuh zu lenken bzw. die dort vorhandenen Einrichtungen nicht zu gefährden.

3. Übergeordnete Planungen

3.1 Ziele und Grundsätze der Landesplanung

Das Plangebiet liegt innerhalb des im Regionalplan für den Planungsraum II (Stand 2004) sowie im Entwicklungskonzept für die Region Lübeck (Stand 2003) festgelegten baulich zusammenhängenden Siedlungsgebiets des Oberzentrums Lübeck. In der Zielsetzung für die Siedlungsentwicklung hat im Entwicklungskonzept für die Region Lübeck die Innenentwicklung (z.B. Reaktivierung von brach gefallenen Infrastrukturflächen) aus landschaftlichen und stadtwirtschaftlichen Gründen (z.B. Auslastung der vorhandenen Infrastruktur) Vorrang vor der Außenentwicklung, sofern Überlastungstendenzen vermieden und ausreichende Freiräume erhalten bleiben. Dabei sollen neue Bauflächen in Zuordnung zu den vorhandenen Siedlungskernen (städtebauliche Abrundungen) ausgewiesen werden.

Die mit der Aufstellung des Bebauungsplanes 22.04.00 verfolgte Entwicklung innenstadtnaher Wohnbauflächen durch die Nachnutzung einer Brachfläche steht somit im Einklang mit den Zielen der Landesplanung.

3.2 Darstellungen des Flächennutzungsplanes

Der Flächennutzungsplan (FNP) für die Hansestadt Lübeck stellt das Plangebiet größtenteils als Wohnbaufläche dar. Davon ausgenommen ist die Wohnbebauung im nördlichen Bereich im Übergang zu den Sportflächen. Diese wird bereits innerhalb der Grünfläche „Sportplatz“ und „Spiel- und / oder Bolzplatz“ dargestellt. Zudem wird im Flächennutzungsplan im nordwestlichen Bereich eine Kindertagesstätte als Gemeinbedarfseinrichtung dargestellt.

3.3 Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Hansestadt Lübeck (ISEK 2010)

Das im März 2010 von der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck beschlossene integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) betrachtet den Stadtteil Buntekuh als eine in den 1960er und 70er Jahren entstandene „aufgelockerte und gegliederte“ Großsiedlung am Rand des Siedlungsraumes. Neben dem Thema der Imageaufwertung bzw. der Innen- und Außendarstellung des Stadtteils und der Schaffung von attraktiven Wohnungen für bestimmte Nachfragegruppen steht vor allem auch die Entwicklung der Potenziale Moislinger Allee, Pinassen- und Buntekuhweg auf der Agenda.

3.4 Konzept zur zukunftsorientierten Stadtentwicklung Lübeck 2030

Die Hansestadt Lübeck hat mit dem Konzept „Lübeck 2030“ im Rahmen einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung Suchräume für Wohn- und Gewerbeflächen, teilweise mit einer gekoppelten Freiraumentwicklung, vorgelegt. Das vorliegende Plangebiet wurde unter dem Namen W8 „Pinassengrundstück“ mit Beschluss vom 27.11.2014 durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck in die Kategorie 1, also als prioritär umzusetzen, eingestuft. Somit wird als Entwicklungsziel für das Plangebiet die Umsetzung als Wohnbaufläche angestrebt.

3.5 Wohnungsmarktkonzept 2013 und Wohnungsmarktbericht 2018

Das Wohnungsmarktkonzept 2013 der Hansestadt Lübeck bildet eine strategische Grundlage für die Wohnraumentwicklung in der Hansestadt Lübeck bis zum Jahr 2025.

Der jährlich erscheinende Wohnungsmarktbericht - zuletzt 2018 - aktualisiert die Kerndaten des Wohnungsmarktkonzeptes 2013 und dient als Entscheidungshilfe für die zukünftige Wohnungsbauentwicklung.

Derzeit wird der zusätzliche Bedarf von Wohneinheiten bis 2025 auf ca. 3.900 Wohneinheiten eingeschätzt. Davon entfallen 1/3 auf Einfamilienhäuser (entspricht rund 1.300 Wohneinheiten) und 2/3 auf Wohnungen im Geschosswohnungsbau (entsprich ca. 2.600 Wohnungen).

Die im Plangebiet vorgesehene Bebauung mit Einfamilienhäusern und Geschosswohnungsbau trägt damit zur Deckung des Wohnungsbedarfes bei und ist in die Gesamtkalkulation der künftigen Wohneinheiten in der Hansestadt Lübeck eingegangen.

3.6 Einzelhandelszentren- und Nahversorgungskonzept der Hansestadt Lübeck

Das „Stadtteilzentrum Buntekuh – Buntekuh Zentrum“ liegt ca. 500 m vom Plangebiet entfernt. Ebenfalls ca. 500 m vom Plangebiet entfernt befindet sich ein Sonderstandort mit überregionaler Bedeutung: Buntekuh – Herrenholz. Eine ausreichende Versorgung des Stadtteils und auch des Plangebietes ist somit gegeben.

3.7 Landschaftsplan der Hansestadt Lübeck

Der am 04.03.2008 beschlossene Landschaftsplan der Hansestadt Lübeck stellt die Plangebietsflächen als Siedlungsgebiet dar. Der Landschaftsplan trifft in seinem Entwicklungsteil keine Aussagen zum Plangebiet.

Nördlich angrenzend wird der Grünzug Wiesental ausgewiesen. Der thematische Landschaftsplan „Klimawandel in Lübeck“ schlägt als Vorsorge- und Anpassungsmaßnahme den Erhalt des sauerstoffproduzierenden Frischluftentstehungsgebietes (Grünzug Wiesental) vor.

3.8 Lärmaktionsplan

Der Buntekuhweg sowie die Moislinger Allee weisen ein hohes Verkehrsaufkommen auf und wurden daher als maßgebliche Emittenten in den Lärmaktionsplan der Hansestadt Lübeck (gem. § 47d Abs. 7 BImSchG vom 20.12.2013) aufgenommen. Diese Straßen wurden im Jahr 2017 mit der aktualisierten strategischen Lärmkartierung gemäß EU-Umgebungslärmrichtlinie erneut erfasst. Folglich werden diese beiden Straßen auch im Jahr 2018/2019 in der Fortschreibung des Lärmaktionsplans als maßgebliche Emittenten aufgeführt sein. Für das Plangebiet sind somit lärmmindernden städtebaulichen Maßnahmen sowie aktiven und passiven Lärmschutzmaßnahmen eine erhöhte Beachtung zu schenken.

4. Ziele und Zwecke der Planung

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg – sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung eines neuen Wohnquartieres am Pinassenweg geschaffen werden. Ziel der Hansestadt Lübeck ist es, hier eine angemessene Entwicklung des Wohnstandortes unter Berücksichtigung schallschutztechnischer Aspekte zu ermöglichen. Die Entwicklungspotenziale der Brachfläche an Moislinger Allee, Pinassen- und Buntekuhweg sollen durch die Aufstellung des Bebauungsplanes optimal genutzt werden.

Die geplante Wohnbebauung soll neben einer entsprechenden architektonischen Antwort auf die räumliche Situation im stark befahrenen Kreuzungsbereich der Ecke Moislinger Allee / Buntekuhweg den im Stadtteil vorhandenen Wohnungs-Mix in geeigneter Weise ergänzen. Dies gilt sowohl für die Mischung von Geschosswohnungsbau als auch für einen Anteil im verdichteten Einfamilienhausbau.

Das städtebauliche Konzept soll sich in die umgebende Bebauung einfügen. Zudem ist eine flächensparende Bauweise vorgesehen.

Mit den Bauleitplanverfahren werden im Wesentlichen folgende Planungsziele verfolgt:

- Umnutzung einer innerstädtischen Brachfläche durch die Entwicklung als Wohngebiet,
- Umsetzung eines verkehrsberuhigten und durchgrünten Bebauungskonzeptes für rund 135 zusätzliche Wohneinheiten (27 WE im Geschosswohnungsbau im WA 3, 34 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau im WA 2 und 74 Reihenhäuser in den WA 4 bis 8),
- sowohl gartenbezogenes Wohnen im Eigentum als auch Geschosswohnungsbau,
- vertragliche Sicherung, dass ein Mehrfamilienhaus als geförderter Wohnungsbau errichtet wird,
- Einbindung des neuen Wohngebiets durch Entwicklung von Wegeverbindungen,
- Sicherung einer Fläche für eine Kindertagesstätte,
- Sicherung einer Multifunktionsfläche in der Quartiersmitte,
- Unterbringung von Bäumen und öffentlichen Parkplätzen im Straßenraum,
- Sicherung eines Teils der vorhandenen Bäume und Gehölzgruppen.

4.1 Städtebauliches Konzept

Das dem Bebauungsplan zugrunde liegende städtebauliche Konzept (s. Plananhang 1) sieht eine straßenbegleitende Bebauung analog zur nachbarschaftlichen Struktur vor und schafft eine neue Raumkante entlang der Moislinger Allee / Buntekuhweg.

Im Plangebiet sind im Wesentlichen folgende Nutzungen geplant:

- Geschosswohnungsbau und Reihenhäuser im Rahmen eines allgemeinen Wohngebietes,
- Kindertagesstätte mit dazugehörigen Freiflächen,
- private Grünflächen,
- öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage,
- öffentliche Verkehrsflächen mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen,
- Geh- und Radwege bzw. Gehwege innerhalb des Wohngebietes und
- Parkplätze auf der öffentlichen Verkehrsfläche.

Das städtebauliche Konzept sieht innerhalb des Plangebietes eine kleinteilig strukturierte Bebauung mit Reihenhäusern und Geschosswohnungsbauten und einer damit verbundenen neuen inneren Erschließung vor. Eines der neu zu erstellenden Mehrfamilienhäuser wird für den öffentlich geförderten Wohnungsbau vorgehalten; hierzu erfolgt eine vertragliche Sicherung über den städtebaulichen Vertrag. Die Reihenhausbebauung adaptiert dabei die angrenzende Zeilenbebauung im Buntekuhweg. Die Reihenhausbebauung wird drei Geschosse haben, wobei das oberste Geschoss wie ein Staffelgeschoss wirken soll. Der Geschosswohnungsbau wird mit vier Vollgeschossen bzw. vier Vollgeschossen plus Staffelgeschoss ausgebildet.

Für den südlichen Bereich wird vom Pinassenweg aus eine neue Eingangssituation geschaffen und die Erschließung der Wohngrundstücke als Ringstraße abgebildet. Die Planstraße wird als Mischverkehrsfläche ausgeführt und dient den PKW sowie Rad- und Fußgängern in gleicher Weise. Ziel ist es, jedem Reihenhausgrundstück einen privaten Garten mit Stellplatz zuzuordnen, wobei für die Reihenhäuser im WA 4 sowie einige Reihenhäuser im WA 8 eine Sammelstellplatzanlage entlang der Planstraße zugeordnet wird. Auch bei den Geschosswohnungsbauten werden die benötigten Stellplätze teilweise in einer Sammelstellplatzanlage untergebracht. Die privaten Gärten, Terrassen und Balkone sind bei ungefähr der Hälfte der Reihenhäuser nach Süden und Westen ausgerichtet. Die andere Hälfte der Reihenhäuser befindet sich in der ersten Baureihe entlang der Moislinger Allee / Buntekuhweg, um hier den immissionsrechtlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Zentral im Plangebiet in Nord-Süd-Richtung gliedert ein Grünzug das Wohngebiet und ermöglicht eine fußläufige Anbindung von der bestehenden Bushaltestelle an der Moislinger Allee nach Norden in Richtung Grünzug „Wiesental“.

Auf dem benachbarten Grundstück, welches derzeit noch gewerblich genutzt wird, können in Zukunft zwei parallele Zeilen entstehen. In den Zeilen sollen Wohnungen in verschiedenen Größen mit privaten Freiflächen (Terrassen und Balkone) in Südausrichtung entstehen. Aufgrund der geringen Grundstücksgröße werden die benötigten Stellplätze in einer Tiefgarage untergebracht.

Der bereits vorhandene Geschosswohnungsbau sowie der dazugehörige Garagenkomplex an der nördlichen Plangebietsgrenze werden bestandsgemäß in die Planung übernommen.

Angrenzend an den Pinassenweg soll eine Kindertagesstätte mit den entsprechend erforderlichen Freiflächen entstehen. Aufgrund der Grundstücksgröße wird die Kita zweigeschossig

geplant. Die Zuordnung der Kindertagesstätte am Pinassenweg ist verkehrsgünstig aus allen Richtungen zu erreichen.

5. Inhalt der Planung

5.1 Flächenbilanz

Bebauungsplangebiet	ca.	39.600 m²
davon:		
Allgemeines Wohngebiet	**ca.**	**27.300 m²**
- WA 1	ca.	7.090 m²
- WA 2	ca.	3.740 m²
- WA 3	ca.	2.770 m²
- WA 4	ca.	1.860 m²
- WA 5	ca.	2.550 m²
- WA 6	ca.	1.490 m²
- WA 7	ca.	3.980 m²
- WA 8	ca.	3.820 m²
Fläche für Gemeinbedarf		
Kindertagesstätte	ca.	1.620 m²
Ver- und Entsorgung		
Elektrizität	ca.	20 m²
Verkehrsflächen	**ca.**	**9.730 m²**
Straßenverkehrsfläche (Buntekuhweg, Moislinger Allee, Pinassenweg)	ca.	6.240 m²
Besondere Zweckbestimmung (Verkehrsberuhigter Bereich)	ca.	3.430 m²
Besondere Zweckbestimmung (Geh- und Radweg)	ca.	60 m²
Grünflächen	**ca.**	**920 m²**
Öffentliche Grünfläche “Quartiersplatz”	ca.	430 m²
Private Grünfläche “Parkanlage mit Spielplatz”	ca.	490 m²

5.2 Künftige Entwicklung und Nutzung

5.2.1 Art der baulichen Nutzung

Entsprechend der angestrebten Entwicklung des Plangebietes als Wohnquartier werden sämtliche Baugrundstücke im Plangebiet weiterhin als allgemeines Wohngebiet (WA) gemäß § 4 BauNVO festgesetzt.

Gemäß § 4 Abs. 1 BauNVO dienen allgemeine Wohngebiete vorwiegend dem Wohnen. Aufgrund der Lage des Plangebietes und der Zielsetzung zur Entwicklung eines neuen Wohnquartieres werden die ansonsten in allgemeinen Wohngebieten ausnahmsweise zulässigen Nutzungen Beherbergungsbetriebe, sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen sowie gewerbliche Ferienwohnungen ausgeschlossen.

Im Eingangsbereich des geplanten Wohngebiets, direkt am Pinassenweg wird eine Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Kindertagesstätte“ ausgewiesen. Bei Umsetzung der Planung wird es zu einer Zunahme der Bewohner im Stadtteil kommen; somit erhöht sich der Bedarf an Kindertagesplätzen. Vorgesehen ist die Errichtung einer Kindertagesstätte für vier Gruppen bzw. 60 – 80 Kinder. Dadurch soll überwiegend der Betreuungsbedarf aus dem Plangebiet abgedeckt werden.

5.2.2 Bedingte Zulässigkeit von Nutzungen

Das Plangebiet ist Emissionen aus Verkehrslärm ausgesetzt, welche im Rahmen einer schalltechnischen Untersuchung berechnet wurden. Im Ergebnis werden für die geplante Wohnbebauung Schallschutzmaßnahmen erforderlich. Aufgrund der innerstädtischen Situation ist ein wirksamer aktiver Lärmschutz (z.B. Lärmschutzwand oder –wall) zur Erreichung des Schutzziels aus städtebaulicher Sicht nicht sinnvoll.

Stattdessen kommt der Riegelbebauung entlang des Buntekuhweges und der Moislinger Allee eine bedeutende Rolle zur Abschirmung der nördlich angrenzenden Wohngebäude zu. Gemäß der schalltechnischen Untersuchung können aufgrund der geplanten Bebauung in der ersten Reihe die Immissionsgrenzwerte an der lärmabgewandten Rückseite der Bebauung sowie in den übrigen Baureihen eingehalten werden.

Die Bebauung in der ersten Baureihe bewirkt eine schallabschirmende Riegelwirkung und stellt somit sicher, dass eine Wohnnutzung in den Teilgebieten WA 2 bis WA 6 ausgeübt werden kann. Die vorangehende Errichtung der dreigeschossigen Bebauung in der ersten Reihe zur Moislinger Allee bzw. zum Buntekuhweg wird mittels einer bedingten Festsetzung gesichert. Dabei wird bestimmt, dass auch Lärmschutzwände (an den Kopfenden der Reihenhauszeilen), wie auch die Lärmschutzwände an der Ostseite des Teilgebietes WA 8 und an der Nordseite des Teilgebietes WA 7 vollständig hergestellt werden müssen. Erst wenn diese Bebauung vollständig umgesetzt ist, dürfen die dahinter liegenden Gebäude in Nutzung genommen werden.

5.2.3 Maß der baulichen Nutzung

Das zulässige Maß der baulichen Nutzung wird im Plangebiet durch die Festsetzung der Anzahl der Vollgeschosse als Höchstmaß, die zulässige Höhe baulicher Anlagen sowie die maximal zulässige Grundfläche je Baufenster begrenzt.

Mehrheitlich wird eine dreigeschossige Reihenhausbebauung vorgesehen; für den Bereich des Geschosswohnungsbaus eine Drei- bis Viergeschossigkeit (tlw. mit zusätzlichem Staffelgeschoss) festgesetzt.

Begründet in der Vielzahl der unterschiedlichen Gebäudelängen und -ausformungen je Teilgebiet, wird anstatt einer Grundflächenzahl eine max. Grundfläche je Baufeld festgesetzt. Die gesamte zulässige Grundfläche im Baugebiet beträgt 8730 m², somit ist eine Voraussetzung für ein Verfahren nach § 13 a BauGB (zulässige GR unter 20.000 m²) gegeben. Im WA 2 entsprechen die festgesetzten Grundflächen einer Grundflächenzahl von etwa 0,38. Im WA 5 und 6 hingegen ergeben sich Grundflächenzahlen von 0,44 und 0,48. In den Teilgebieten WA 3, 4, 7 und 8 wird jeweils bezogen auf das gesamte Teilgebiet die Obergrenze von 0,4 eingehalten.

Aufgrund der besonderen Struktur der Reihenhausbebauung und der innerstädtischen Lage wird für die Bebauung im WA 5 und WA 6 die Obergrenze zum Maß der baulichen Nutzung von 0,4 in allgemeinen Wohngebieten gemäß § 17 BauNVO überschritten. Diese Obergrenzen können aus städtebaulichen Gründen überschritten werden, wenn anderweitig sichergestellt wird, dass die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse nicht beeinträchtigt werden und nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt vermieden werden. Hier wird vor allem der gewünschten innenstadtnahen, verdichteten Wohnform in Form von Reihenhausbebauung Rechnung getragen. Die gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse werden in dem vorliegenden städtebaulichen Entwurf gewahrt, da eine ausreichende Belichtung, Besonnung und Belüftung der Wohnungen gewährleistet wird. Zudem sind die Grundstücke überwiegend von zwei Seiten zugänglich und es findet sich ein ausgewogenes Verhältnis zwischen bebauten und unbebauten Flächen in dem Wohngebiet wider. Eine übermäßige Versiegelung des Bodens und eine damit einhergehende mangelnde Belüftung des Bodens oder eine Beeinträchtigung der Bodenfauna und -flora ist aufgrund der Planung nicht zu erwarten. Gärtnerische Gestaltungsmöglichkeiten sind auch bei Umsetzung der Planung gegeben. Nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt sind durch die Überschreitung der Obergrenzen somit nicht zu erwarten.

Bei Inanspruchnahme der Überschreitung der Obergrenzen können ausgleichende Umstände vorliegen oder ausgleichende Maßnahmen getroffen werden. Als ausgleichender Umstand ist der an das Baugebiet angrenzende Grünzug Wiesental als große Erholungs- und Freizeitfläche zu nennen. Der Grünzug ist für die zukünftigen Bewohner als Naherholungsgebiet auf kurzem Weg zu erreichen und ist vor allem durch großzügige baumbestandene Wiesenflächen, Liegewiesen, Wasserflächen und Spielplätze gekennzeichnet. Darüber hinaus sind als ausgleichende Maßnahmen innerhalb des Plangebietes die zentrale Gemeinschaftsgrünfläche des Quartiersplatzes und die Berücksichtigung der Gehölze / Gehölzgruppen an den Randflächen des Plangebietes zu nennen. Weiterhin sind Außenwohnbereiche für die Reihenhäuser vorgesehen: Außenterrassen im Garten und Dachterrassen aufgrund des zurückgesetzten dritten Obergeschosses. Ergänzend sind Baumpflanzungen innerhalb der Verkehrsflächen, des Quartiersplatzes wie auch direkt auf den Wohnbaugrundstücken vorgesehen. Hinzu kommen Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft: es ist eine extensive Dachbegrünung wie auch die Verwendung von wasser- und luftdurchlässigen Belägen für Stellplatzflächen geplant. Unter Berücksichtigung der genannten Maßnahmen wird eine Überschreitung der Obergrenzen zum Maß der baulichen Nutzung im allgemeinen Wohngebiet für vertretbar gehalten.

Da im WA 2 eine Tiefgarage errichtet werden soll und das Maß der baulichen Nutzung allein über die festgesetzte Grundfläche nicht ausreichen würde, können hier zusätzlich 75 % der festgesetzten GR für die Tiefgarage in Anspruch genommen werden. Dies entspricht in der

Gesamtheit einem Versiegelungsgrad bzw. einer GRZ von ca. 0,67. Die Kompensation erfolgt auf diesem Baufeld durch eine Bedeckung der Tiefgaragen-Decke mit 40 cm Erdreich und einer gärtnerischen Gestaltung.

Um eine je nach Geschossigkeit und Bauweise geordnete Höhenentwicklung der Gebäude innerhalb der einzelnen Teilgebiete sicherzustellen, setzt der Bebauungsplan maximale Gebäudehöhen von 10,00 m für die Teilgebiete WA 2 und WA 4 bis WA 8 und 13,00 m für die Teilgebiete WA 1 und WA 3 (nördliches Baufenster) fest. Darüber hinaus wird für den südlichen Geschosswohnungsbau im Teilgebiet WA 3 eine Gebäudehöhe von 16,00 m festgesetzt, da hier noch ein zusätzliches Staffelgeschoss vorgesehen ist. Bezugspunkt ist die im Baugenehmigungsverfahren festgelegte Geländeoberfläche.

5.2.4 Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden mittels Baugrenzen festgesetzt. Zur Sicherung einer Reihenhausbebauung im überwiegenden Bereich des Plangebietes wird eine am Bebauungskonzept orientierte Baukörperfestsetzung vorgenommen. Die Baugrenzen ermöglichen eine Gebäudetiefe von 12 - 13 m. Im Bereich des Geschosswohnungsbaus werden größere Tiefen von 16,50 m festgesetzt.

Im gesamten Plangebiet lässt der Bebauungsplan Überschreitungen der Baugrenzen durch Terrassen um bis zu 3,00 m zu, da der geplante Umfang der Überschreitungen in Anzahl und Tiefe über das ansonsten übliche Maß hinausgeht. Die geplanten Reihenhäuser sind vor allem durch großzügige Außenterrassen gekennzeichnet, die den modernen Wohnstandards entsprechen.

Im Teilbereich des WA 4 wird das westliche Baufenster mit einem verringerten Abstand zur Verkehrsfläche festgesetzt, als es für den Nachweis der Abstandsflächen auf dem eigenen Baugrundstück erforderlich wäre. Das begründet sich in dem Grundstückszuschnitt und der damit verbundenen Führung der Erschließungsstraße. Die Errichtung des westlichen Baukörpers im WA 4 ist mit dem Nachweis der bauordnungsrechtlichen Abstandsflächen auf den öffentlichen Verkehrsflächen verbunden. Die Abstandsflächen nach § 6 der Landesbauordnung Schleswig-Holstein überschreiten nicht die Mitte der angrenzenden Verkehrsfläche. Auswirkungen oder Konsequenzen auf die Verkehrsfläche entstehen dadurch nicht.

5.2.5 Bauweise

Die geplanten Reihenhäuserzeilen sind jeweils kürzer als 50 m, daher ist die Festsetzung einer Bauweise nicht erforderlich. Der Geschosswohnungsbau in WA 1 und WA 2 kann zwar 50 m überschreiten, trotzdem wird keine abweichende Bauweise festgesetzt, da sowohl die Baugrenzen ausgeschöpft werden könnten als auch eine offene Bauweise möglich ist.

5.2.6 Höchstzulässige Zahl der Wohneinheiten

Um eine angemessene Entwicklung der Wohneinheiten für das Plangebiet zu gewährleisten, wird die Anzahl der Wohneinheiten für die geplanten Reihenhäuser in den Teilgebieten WA 4 bis WA 8 auf eine Wohneinheit je Reihenhausscheibe begrenzt.

5.2.7 Stellplätze, Garagen und Tiefgaragen

Die privaten Stellplätze sind auf dem jeweiligen Baugrundstück unterzubringen.

Für den Bereich der Reihenhausbebauung (außer im WA 2) ist nur die Errichtung von offenen Stellplätzen in den dafür gekennzeichneten Flächen zulässig. Damit wird verhindert, dass das Straßenbild durch Garagen und Carports geprägt wird. Ziel ist es, den Gartenbereich von hochbaulichen Anlagen möglichst frei zu halten. Abweichend davon wird für die Bebauung im Teilgebiet WA 2 eine Tiefgarage vorgesehen.

Garagen sind in den Teilgebieten WA 1, WA 7 und WA 8 innerhalb der umgrenzten Flächen für Garagen zulässig. Im Teilgebiet WA 7 und 8 liegen diese seitlich an die Gebäudezeilen anschließend und dienen gleichsam dem Lärmschutz. Außerdem wird bestandsgemäß der im Teilgebiet WA 1 gelegene Garagenhof abgesichert. Die Errichtung von überdachten Stellplätzen (Carports) ist hingegen im gesamten Plangebiet ausgeschlossen.

Für den Geschosswohnungsbau im Teilgebiet des WA 3 wird eine Sammelstellplatzanlage zwischen den Wohnhäusern geplant. Von den 26 geplanten privaten Stellplätzen im WA 3 werden 11 in einer Sammelstellplatzanlage untergebracht. Die übrigen Stellplätze werden entlang der Ringerschließung als Senkrechtstellplätze vorgesehen.

Die Stellplätze im Teilbereich des WA 4 werden im Bereich der Straßenverkehrsfläche angeordnet.

Öffentliche Parkplätze werden innerhalb der Straßenverkehrsfläche direkt im Zufahrtsbereich vom Pinassenweg kommend sowie im nördlichen Bereich der zusätzlichen Ausfahrt zum Buntekuhweg vorgesehen. Zudem werden einzelne öffentliche Parkplätze entlang der südlichen Straßenverkehrsfläche angeordnet. Insgesamt können 19 Besucherparkplätze im öffentlichen Straßenraum bereitgestellt werden.

Die Fahrradabstellplätze sollen gemäß Festsetzung für den Geschosswohnungsbau mittels Fahrradabstellräumen im Haus realisiert werden. Der ADFC hat folgende Empfehlungen für Fahrradabstellplätze herausgegeben:

- Ebenerdig, über einen Aufzug, eine Rampe oder eine ausreichend breite Treppe mit angemessener Steigung und Schieberinne erreichbar.
- Selbstschließende Türen sind nur mit zeitlicher Verzögerung zulässig.
- Ausreichende Beleuchtung über einen Bewegungsmelder. Es wird empfohlen auch Abstellflächen für Lastenräder und Fahrradanhänger vorzusehen.
- Fahrradabstellplätze für BesucherInnen sollen möglichst in der Nähe der Hauseingänge errichtet werden.

Auf den Reihenhausgrundstücken können die Fahrräder bspw. in einem Schuppen oder an einem Bügel vor dem Haus untergebracht werden.

5.2.8 Nebenanlagen

Bei den Reihenhäusern ist die Errichtung eines Gartenschuppens je Wohngrundstück vorgesehen. In den Gartenbereichen werden die Flächen, in denen die Errichtung von Schuppen zulässig ist, festgesetzt, um eine einheitliche Verortung zu gewährleisten.

5.3 Erschließung

5.3.1 Anbindung an öffentliche Straßenverkehrsflächen

Das Grundstück des ehemaligen Pinassenhochhauses wird künftig durch eine Ringstraße erschlossen. Die Planstraße wird als Mischverkehrsfläche ausgeführt und dient dem PKW-

Verkehr sowie Rad- und Fußgängern in gleicher Weise. Durch eine besondere Gestaltung des Straßenraumes kann ein niedriges Fahrtempo erreicht werden, z.B. durch alternierende Parkstände, Baumpflanzungen, Aufpflasterungen, Farbwechsel in den Belägen. Die Detaillierung und Verortung der Maßnahmen erfolgt im Rahmen der Ausführungsplanung. Anhang 2 zur Begründung zeigt ein mögliches Konzept zur Gestaltung des öffentlichen Straßenraumes dargestellt.

Die Kita-Fläche soll von der Planstraße unabhängig über den Pinassenweg erschlossen werden, sodass der Zugang zum Kita-Grundstück von Osten aus über die Bestandsstraße erfolgt.

Eine Verkehrsuntersuchung hat sich mit der Kreuzung Pinassenweg/Moislinger Allee beschäftigt. Es wurde untersucht, ob die Kreuzung ausreichend leistungsfähig ist, um den Mehrverkehr, der durch die neue Bebauung entsteht, abwickeln zu können. Die Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass die Kreuzung voraussichtlich ausreichend leistungsfähig ist; sollte sich jedoch nach Entwicklung und Bezug des Baugebietes herausstellen, dass eine Koordination der Verkehre notwendig wird, so kann nachträglich eine Lichtsignalanlage gebaut werden. Es wird vertraglich vereinbart, dass die notwendigen technischen Vorrichtungen für eine Ampelanlage im Zuge der Erschließung des Baugebietes durch den Vorhabenträger bereitgestellt werden.

Zusätzlich zur Anbindung an den Pinassenweg erfolgt eine Ausfahrt zum Buntekuhweg, wobei diese nur Rechtsabbiegen in den Buntekuhweg ermöglicht, da der Verkehrsfluss im Buntekuhweg Linksabbiegen nicht zulässt. Grundsätzlich soll nur die Ausfahrt aus dem Wohngebiet heraus auf den Buntekuhweg ermöglicht werden. Das Linkseinbiegen vom Buntekuhweg in die Planstraße ist regulär nicht vorgesehen und kann durch eine entsprechende Beschilderung verhindert werden. Die Anbindung soll jedoch als Notaus- und -zufahrt fungieren, sodass gegebenenfalls im Rahmen von Bauarbeiten, Straßensperrungen o.ä. auf diese ausgewichen werden kann.

5.3.2 Gehrechte

Zur Sicherstellung der öffentlichen Durchwegung des Wohngebietes wird ein Gehrecht ausgehend von der Moislinger Allee über die Grünfläche, weiter über das Teilgebiet WA 2 bis hin zum Pinassenweg festgesetzt. Auf der öffentlichen Grünfläche ist der Wegeverlauf als Kennzeichnung ohne Normcharakter eingetragen, da auf einer öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage kein Gehrecht für die Allgemeinheit eingetragen werden muss. Dahingegen wird für die gesamte nördliche, private Gemeinschaftsgrünfläche ein Gehrecht für die Allgemeinheit festgesetzt; jedoch soll nur der in der Planzeichnung gekennzeichnete Bereich als befestigter Weg angelegt werden. Hierbei gilt zu beachten, dass Wegeflächen mit wasser- und luftdurchlässigen Belägen herzustellen sind. Insbesondere bei diesem zentralen Hauptweg sind die verschiedenen Abschnitte in Gestaltung und Breite aufeinander abzustimmen.

Die Fortführung des Weges über das Teilgebiet WA 2 erfolgt erst im Zuge einer Neubebauung dieses Grundstückes. Obwohl der Weg über eine private Fläche geführt wird, wird diese Festsetzung als zumutbar für den Eigentümer betrachtet und stellt eine Gleichbehandlung mit dem Vorhabenträger des südlichen Baugebietes dar.

Darüber hinaus werden kleinere fußläufige Verbindungen zwischen der geplanten Reihenhausbebauung über ein Gehrecht zu Gunsten der Allgemeinheit gesichert.

5.4 Ver- und Entsorgung

5.4.1 Energieversorgung

Der Vorhabenträger beabsichtigt, das südliche Baugebiet über ein Blockheizkraftwerk mit Wärme zu versorgen. Der Bebauungsplan setzt daher eine überbaubare Fläche für ein Blockheizkraftwerk (BHKW) im Baufenster des Teilbereiches WA 6 fest.

Zudem wird eine Versorgungsfläche für Elektrizität im Bereich der Verkehrsfläche der Moislinger Allee festgesetzt. Dabei handelt sich um eine bestehende Anlage der Netz Lübeck. Der Anschluss des Plangebietes an das Stromnetz erfolgt innerhalb des geplanten Fußweges zwischen den beiden Reihenhauszeilen im WA 8. Zu Sicherung wird hier zusätzlich ein Geh- und Leitungsrecht zu Gunsten der Versorgungsträger festgesetzt.

5.4.2 Schmutz- und Regenwasserentsorgung

Schmutzwasser

Die Abwasserentsorgung der Grundstücke im Plangebiet erfolgt über ein Trennsystem. Die Schmutzwasserentsorgung kann im Freigefälle über den bestehenden Anschluss im Pinassenweg erfolgen. Durch die zusätzliche Einleitung von Schmutzwasser aus dem Plangebiet kommt es zu einem höheren Mischwasserabschlag unterhalb des bereits getrennten Einzugsgebietes (RÜ Neue Hafenstraße). Durch die Ableitung des zusätzlich anfallenden Schmutzwassers darf es aufgrund von Rückstaueffekten zu keiner Verschlechterung der Gewässerqualität der Trave kommen. Insgesamt wird von einer Reduzierung der Abwassermengen ausgegangen, da im ehemaligen Pinassenhochhaus deutlich mehr Wohneinheiten bestanden als nun geplant werden.

Regenwasser

Im Rahmen einer Bodenuntersuchung durch ein Ingenieurbüro wurde festgestellt, dass eine Versickerung von Niederschlagswasser im Plangebiet aufgrund der vorherrschenden Bodenverhältnisse zu Stauwasserbildung führen würde. Darüber hinaus stehen aufgrund der geplanten Bebauungsdichte keine ausreichenden Flächen für eine zentrale Versickerung innerhalb des geplanten Wohngebiets zur Verfügung. Somit ist von einer gänzlichen Versickerung des Oberflächenwassers im Plangebiet abzusehen.

Für das anfallende Oberflächenwasser der WA 3 – 8 und der Gemeinbedarfsfläche werden zwei Rückhaltungen mittels Stauraumkanälen vorgesehen, bevor die Anschlüsse an das bestehende Regenwassernetz hergestellt werden. Der Abfluss des Niederschlagswassers ist auf eine Menge von 37,6 l/s*ha zu drosseln. Unmittelbar an den Grenzen des Plangebietes werden Drosseleinrichtungen zur Einhaltung der erlaubten Einleitmengen in den Regenwasserkanal eingebaut. Der westliche Teilbereich entwässert in einen neu herzustellenden Kontrollschacht im Buntekuhweg und der östliche Teilbereich in einen neuen Kontrollschacht im Pinassenweg.

Darüber hinaus anfallendes Niederschlagswasser ist im Plangebiet zurückzuhalten. Das auf den privaten Terrassen, Wegeflächen und Stellplätzen anfallende Niederschlagswasser soll vor Ort versickern, teilweise begünstigt durch wasserdurchlässige Oberflächenbeläge. Das sonstige anfallende Regenwasser auf den privaten Baugrundstücken soll ebenfalls in die Stauraumkanäle in den Straßenraum eingeleitet werden.

Da die Wohngebäude als Wohnungseigentümergemeinschaften (WEG) geplant sind, erhält jedes Reihenhauszeilen- und Mehrfamilienhausgrundstück nur einen Regenwasseranschluss. Die Teilbereiche WA 1 und WA 2 sind derzeit schon direkt an den Pinassenweg angeschlossen und entwässern in den im Norden liegenden Pinassenteich, welcher sich als naturnahes Regenrückhaltebecken darstellt.

5.4.3 Löschwasserversorgung

Für die geplante Bebauung ist ein Löschwasserbedarf von 96 m³/ h über einen Zeitraum von zwei Stunden erforderlich. Die Beurteilung erfolgt gemäß der Technischen Regel Arbeitsblatt W405, Februar 2008, (DVGW Regelwerk) Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung. Ein Löschwassergrundschutz von 96m³ / h über zwei Stunden ist möglich und kann dem Trinkwassernetz entnommen werden.

5.5 Grün, Natur und Landschaft

5.5.1 Grünflächen

Die Planung für das Grundstück des ehemaligen Pinassenhochhauses umfasst einen mittigen Grünzug, der durch die nördliche Planstraße in zwei Teilbereiche gegliedert wird. Die Freiflächen werden im Norden als private und im Süden als öffentliche Grünfläche festgesetzt. Sie sollen als Aufenthalts- und Spielflächen dienen sowie eine Wegeverbindung zwischen dem Buntekuhweg und dem Pinassenweg herstellen und damit das südliche und nördliche Baugebiet vernetzen.

5.5.2 Pflanz- und Erhaltungsbindung

Der Großteil der Einzelbäume im Bereich der Brachfläche kann nicht erhalten werden, da sie der geplanten flächensparenden Bebauung entgegenstehen. In der Abwägung zum Baumerhalt wird dem Belang der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum der Vorzug gegeben. Vor allem im südlichen Bereich entlang der Moislinger Allee ist aus immissionsschutzrechtlichen Gründen eine lange Riegelbebauung nah an der Straße vorgesehen.

Daher müssen insgesamt 84 der vorhandenen Bäume, inklusive neun Gehölzgruppen (davon zwei Gehölzgruppen nur teilweise) entfernt werden. Die zu erhaltenden Bäume werden durch eine entsprechende Festsetzung von Einzelbäumen im Kreuzungsbereich Moislinger Allee / Pinassenweg sowie entlang der nördlichen und nordwestlichen Grenze des südlichen Baugebietes gesichert. Dabei handelt es sich zum Teil um relativ große Bäume mit einem Kronendurchmesser von bis zu 12 m.

Die Planung sieht vor, den entfallenen Baumbestand durch Neuanpflanzungen von standortgerechten, heimischen Laubbäumen soweit möglich innerhalb des Plangebietes zu ersetzen. Gemäß gutachterlicher Baumbilanzierung sind 109 Ersatzbäume zu pflanzen. Es werden Festsetzungen getroffen, die eine konkrete Anzahl an Einzelbaumanpflanzungen im Bereich der Verkehrsflächen, der Grünflächen sowie auf den privaten Wohnbaugrundstücken festlegen. Die Qualität, Anzahl und Standorte der Neupflanzungen werden textlich wie auch teilweise zeichnerisch festgesetzt, dabei wird zwischen großkronigen und kleinkronigen Bäumen differenziert. Im Anhang zu den textlichen Festsetzungen finden sich Pflanzlisten mit einer Artenauswahl für Baumpflanzungen. Somit sind aufgrund der Festsetzungen im Plangebiet insgesamt 67 Bäume neu zu pflanzen, wovon aufgrund eingeschränkter Standortqua-

litäten allerdings nur 40 Bäume als Ersatzbäume gezählt werden; die übrigen Bäume im Plangebiet dienen der gärtnerischen Gestaltung. Die Neupflanzung innerhalb des Plangebietes teilen sich wie folgt auf:

- 15 Bäume innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen
- 4 Bäume auf dem Quartiersplatz (öffentliche Grünfläche)
- 8 Bäume auf den privaten Grünflächen
- 37 Bäume innerhalb der WA-Flächen
- 3 Bäume im Bereich der Stellplatzanlagen auf den WA-Flächen (Begrünung der Stellplatzanlagen im Plangebiet)

Die Baumpflanzungen auf öffentlichen Flächen werden über den Erschließungsvertrag abgesichert. Die Baumpflanzungen auf Privatflächen werden vom Vorhabenträger vorgenommen und mittels städtebaulichen Vertrags gesichert. Hierbei wird eine Regelung aufgenommen, dass der Vorhabenträger die Erwerber verpflichtet, die Pflanzungen zu pflegen und bei Abgang zu ersetzen.

Weitere 69 Bäume werden durch eine Ersatzzahlung abgelöst. Die Hansestadt Lübeck wird kurzfristig die Baumpflanzungen auf städtischen Flächen veranlassen. Hierzu wird ein städtebaulicher Vertrag geschlossen.

Darüber hinaus werden weitere Maßnahmen zur Begrünung des Wohnquartieres vorgesehen. Zur Einfriedung der privaten Baugrundstücke gegenüber öffentlichen Verkehrsflächen, zu den Grünflächen in der Quartiersmitte sowie den Quartierswegen sind Laubholzhecken zu pflanzen. Diese sollen eine Höhe von 1,50 m nicht überschreiten. Diese Größe garantiert eine ausreichende Abschirmung der privaten Grundstücke, ist jedoch gleichzeitig niedrig genug, um weiterhin eine soziale Kontrolle zu ermöglichen. Im Einmündungsbereich von Straßen dürfen die Hecken bzw. jegliche Bepflanzungen jedoch nur maximal 0,80 m hoch sein, damit die Sichtverhältnisse nicht zu stark eingeschränkt werden. Die für die Heckenpflanzung zulässigen Pflanzen sind im Anhang zu den textlichen Festsetzungen aufgelistet. Stellplatzanlagen sind an drei Außenkanten mit Hecken einzufassen, um eine ausreichende Eingrünung aber auch Abgrenzung gegenüber Grünflächen und Gehwegen zu erzielen. Es werden konkrete Regelungen zu Einfriedungen durch Hecken getroffen, um gestalterischen Missständen vorzubeugen und eine weitestgehend einheitliche städtebauliche Gestaltung zu erreichen. Aus den gleichen Gründen werden auch Festsetzungen zur Eingrünung von Abfallbehältern getroffen.

Eine weitere Neuanpflanzung stellt die umgebende Heckenanpflanzung entlang der südlichen Grenze des allgemeinen Wohngebietes dar. Diese ist zeichnerisch festgesetzt und soll eine eindeutige Abgrenzung zwischen den privaten Wohngrundstücken und dem öffentlichen Straßenraum erzeugen.

Die Tiefgarage im Teilgebiet WA 2 soll eine vegetationsfähige Überdeckung und damit Begrünung erhalten, um trotz Unterbauung ein grünes Wohnambiente zu schaffen. Der dort vorhandene Baumbestand im westlichen und nördlichen Bereich wird berücksichtigt und durch eine entsprechende Erhaltungsbindung abgesichert.

5.6 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Es ist vorgesehen die Dächer der Wohngebäude, der Kita sowie der Garagen als Gründach auszuführen. Die Planung sieht vor, dass die Hauptgebäude und die Garagen mit einem mindestens 10 cm starken durchwurzelbaren Substrataufbau zu versehen und dauerhaft zu begrünen sind. Durch die qualitätsvolle Dachbegrünung muss ein Abflussbeiwert von min-

destens 0,5 erreicht werden. Dadurch werden positive Auswirkungen auf das Lokalklima erwartet, wie Luftbefeuchtung durch langsam verdunstendes Wasser, Staubfilterung, Lufterneuerung und Strahlungsschutz durch Pflanzen.

Vor dem Hintergrund eines möglichst geringen Versiegelungsgrades sind die Zuwegungen wie auch die Stellplätze und Stellplatzanlagen auf den Baugrundstücken mit wasserdurchlässigen Materialien herzustellen.

Um die natürliche Grundwasserneubildung im allgemeinen Wohngebiet möglichst wenig zu beeinträchtigen, soll anfallendes Niederschlagswasser auf Terrassen- und Wegeflächen sowie auf untergeordneten Nebenanlagen auf den Baugrundstücken versickert werden. Dies gilt nicht für das WA 2 aufgrund der dortigen Tiefgarage.

Für die geplante Fällung von Bäumen sowie den geplanten Gebäudeabriss im WA 2 werden verschiedene Maßnahmen zum Artenschutz (CEF-Maßnahmen) festgesetzt, da das ehemaligen Einzelhandelsgebäude sowie ein Baum als potenzielle Fledermausquartiere eingestuft werden. Bei Fällung des Baumes Nr. 30 (s. Nebenzeichnung 1) sind zwei künstliche Fledermausnistkästen im Plangebiet oder im näheren Umfeld anzubringen. Eine ähnliche Maßnahme wird für den geplanten Gebäudeabriss vorgesehen. Negative Auswirkungen auf potenzielle Fledermäuse innerhalb des Plangebietes sollen dadurch vermieden werden.

5.7 Schallschutzmaßnahmen

Für den vorliegenden Bebauungsplan wurde eine schalltechnische Untersuchung in Bezug auf Gewerbe-, Sport- und Verkehrslärm erstellt (siehe Kap. 9.3 Fachgutachten).

Mit der Aufstellung des Bebauungsplans 22.04.00 will die Hansestadt Lübeck die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine neue Wohnbebauung schaffen. Im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung wurden die Auswirkungen des geplanten Vorhabens dargestellt und bewertet. Dabei wurden die Belastungen aus Gewerbelärm, Sportlärm und Verkehrslärm getrennt ermittelt. Im Rahmen der Vorsorge bei der Bauleitplanung erfolgt üblicherweise eine Beurteilung anhand der Orientierungswerte gemäß Beiblatt 1 zur DIN 18005, Teil 1 „Schallschutz im Städtebau“, wobei zwischen gewerblichem Lärm und Verkehrslärm unterschieden wird. Die Orientierungswerte der Din 18005 stellen aus der Sicht des Schallschutzes im Städtebau erwünschte Zielwerte dar. Sie dienen lediglich als Anhalt, so dass von ihnen sowohl nach oben (bei Überwiegen anderer Belange) als auch nach unten abgewichen werden kann.

Konkreter wird im Beiblatt 1 zur DIN 18005/1 in diesem Zusammenhang ausgeführt: „In vorbelasteten Bereichen, insbesondere bei vorhandener Bebauung, bestehenden Verkehrswegen und in Gemengelagen, lassen sich die Orientierungswerte oft nicht einhalten. Wo im Rahmen der Abwägung mit plausibler Begründung von den Orientierungswerten abgewichen werden soll, weil andere Belange überwiegen, sollte möglichst ein Ausgleich durch andere geeignete Maßnahmen (z.B. durch geeignete Gebäudeanordnung und Grundrissgestaltung, bauliche Schallschutzmaßnahmen (insbesondere für Schlafräume) vorgesehen und planungsrechtlich abgesichert werden.“

Über den Abwägungsspielraum gibt es keine Regelungen. Zur Beurteilung des Verkehrslärms kann man hilfsweise als Obergrenze die Immissionsgrenzwerte (IGW) der 16. BImSchV („Verkehrslärmschutzverordnung“) heranziehen, welche Grundlage bei der Neuplanung von Straßen ist. Hierbei werden für diverse Nutzungsarten höhere Immissionswerte zugelassen, bspw. in allgemeinen Wohngebieten statt 55 dB(A) tags 59 dB(A) und statt 45

dB(A) nachts 49 dB(A). Es wird also von einer höheren Lärmverträglichkeit derselben Nutzungsart ausgegangen. Die 16. BImSchV ist insoweit rechtlich nicht strittig.

Die DIN 18005, Teil 1, verweist für die Beurteilung von gewerblichen Anlagen auf die TA Lärm, sodass die Immissionen aus Gewerbelärm auf Grundlage der TA Lärm beurteilt werden. Für die Beurteilung des Sportlärms verweist die DIN 18005, Teil 1 auf die Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV).

5.7.1 Gewerbelärm

Das Plangebiet ist potenziell durch die Geräuschimmissionen der östlich anliegenden gewerblich nutzbaren Flächen belastet. Zur Beurteilung der zu erwartenden Lärmsituation innerhalb des Plangeltungsbereichs wurden die Beurteilungspegel sowohl tags als auch nachts ermittelt. Die Ermittlung der Gewerbelärmimmissionen von den im B-Plan 22.02.03. festgesetzten gewerblichen Flächen östlich des Plangeltungsbereichs erfolgt über den Ansatz von flächenbezogenen Schallleistungspegeln L_W" (bezogen auf eine Grundfläche von 1 m², Quellhöhe 1,0 m über Gelände). Es wurde ein Ansatz abgeleitet, der mit den derzeitigen ausgewiesenen Wohnbauflächen des Bebauungsplans 22.02.03 verträglich ist.

Insgesamt ist festzustellen, dass die geltenden Immissionsrichtwerte der TA Lärm für allgemeine Wohngebiete von 55 dB(A) tags und 40 dB(A) nachts innerhalb des Plangeltungsbereichs eingehalten werden. Weiterhin ist festzustellen, dass durch die erneute Ausweisung als allgemeines Wohngebiet keine zusätzlichen Beschränkungen für das Gewerbegebiet entstehen, da dieses bereits durch die derzeitig festgesetzte Ausweisung als allgemeines Wohngebiet beschränkt ist.

5.7.2 Sportlärm

Zur Beurteilung der Geräuschimmissionen aus Sportlärm wurden die Rasenplätze, das zukünftige Beachvolleyballfeld des SC Buntekuh e.V. und die zugehörige Stellplatzanlage (ca. 60 Stellplätze) berücksichtigt. Darüber hinaus werden die nordöstlich des Plangebiets gelegene Skateranlage und der Bolzplatz in der Berechnung berücksichtigt. Die Nutzungsansätze basieren auf der Betriebsbeschreibung des SC Buntekuh e.V. Im Nachtzeitraum sowie innerhalb der morgendlichen Ruhezeit tags finden keine Nutzungen der Sportanlagen statt.

Es zeigt sich, dass der geltende Immissionsrichtwert tags innerhalb der mittäglichen und abendlichen Ruhezeiten für allgemeine Wohngebiete von 55 dB(A) fast überall eingehalten wird. Der geltende Immissionsrichtwert tags außerhalb der Ruhezeiten für allgemeine Wohngebiete von 55 dB(A) wird ab einem Abstand von bis zu 27 m gemessen von der nördlichen Plangeltungsbereichsgrenze eingehalten. Entlang der den Sportanlagen zugewandten Gebäudefassade der 4-geschossigen Bestandsbebauung im Norden des Plangeltungsbereichs wird der Immissionsrichtwert tags außerhalb der Ruhezeiten teilweise überschritten, allerdings liegen die Überschreitungen im Rahmen des Altanlagenbonus und sind somit zulässig.

Sollte in dem von Überschreitungen betroffenen Bereich eine neue Bebauung errichtet werden, ist ein Ausschluss von Immissionsorten erforderlich. Dies kann durch Grundrissgestaltung (Anordnung schutzbedürftiger Räume auf die lärmabgewandten Seiten) und / oder durch schallgedämmte Lüftungen planerisch umgesetzt werden.

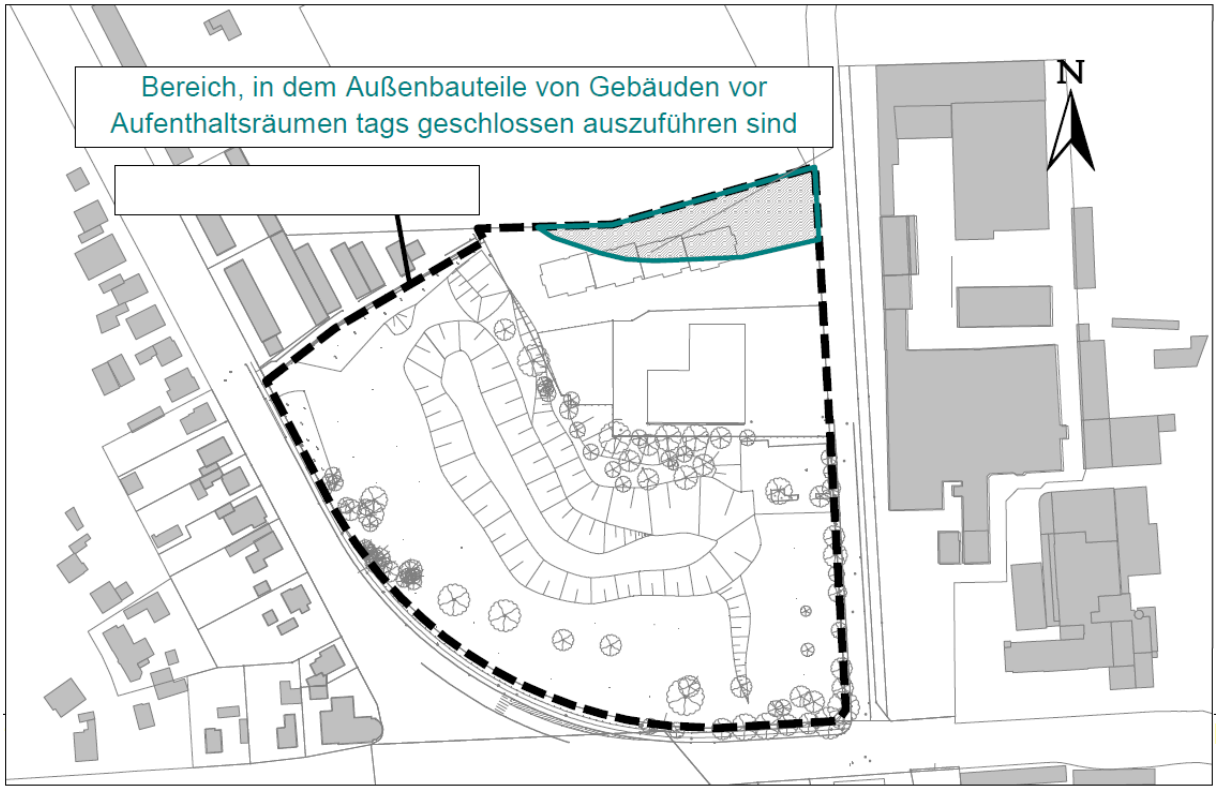


Abbildung 2: Lage des Bereiches, in dem Außenbauteile von Gebäuden vor Aufenthaltsräumen tags geschlossen auszuführen sind (s. Sportlärm)

5.7.3 Verkehrslärm

Im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung wurden die Belastungen aus dem Verkehrslärm berechnet. Als maßgebende Quellen wurden die Straßen Buntekuhweg, Moislinger Allee, Moislinger Baum und Hamburger Straße sowie die DB-Strecke Hamburg – Lübeck berücksichtigt. Die Berechnung der Schallausbreitung erfolgte auf Grundlage der Rechenregeln der RLS-90 für den Straßenverkehrslärm und der Anlage 2 der 16. BImSchV für den Schienenverkehrslärm.

Die Straßenverkehrsbelastungen und die Schwerverkehrsanteile (Kfz mit mehr als 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht, SV) basieren auf Daten der Hansestadt Lübeck aus dem Jahr 2011 und wurden auf den Prognose-Horizont 2030/35 hochgerechnet. Die Verkehrsbelastungen für den DB-Schienenverkehr wurden von der Deutschen Bahn AG, Systemverbund Bahn – Umweltschutz Berlin zur Verfügung gestellt. Für den Bebauungsplan-induzierten Zusatzverkehr wurden die Belastungen anhand aktueller Fachliteratur abgeschätzt. Insgesamt ist festzustellen, dass sich aus dem Bebauungsplan-induzierten Zusatzverkehr keine beurteilungsrelevanten Zunahmen ergeben.

Im gesamten Plangeltungsbereich wird der Orientierungswert der DIN 18005 von 55 dB(A) tags und von 45 dB(A) nachts überschritten. Der Immissionsgrenzwert der 16. BImSchV von 59 dB(A) tags wird in einem Abstand von bis zu 120 m senkrecht zur Straßenmitte der Moislinger Allee bzw. des Buntekuhweges überschritten, der Immissionsgrenzwert von 49 dB(A) nachts wird im gesamten Plangeltungsbereich überschritten. Der Anhaltswert der Gesundheitsgefahr von 70 dB(A) tags wird innerhalb eines schmalen Bereichs entlang der Moislinger Allee bis zu einem Abstand von etwa 17 m orthogonal zur Straßenmitte, sowie in einem schmalen Bereich entlang des Buntekuhweges bis zu einem Abstand von etwa 20 m ortho-

gonal zur Straßenmitte überschritten. Der Anhaltswert der Gesundheitsgefahr von 60 dB(A) nachts wird bis zu einem Abstand von etwa 29 m orthogonal zur Straßenmitte entlang der nächstgelegenen Straßen überschritten.

Aufgrund der innerstädtischen Situation ist ein wirksamer aktiver Lärmschutz (z.B. Lärmschutzwall oder – wand) zur Erreichung des Schutzziels aus städtebaulicher Sicht nicht sinnvoll. Unter Berücksichtigung der ersten Baureihe (WA 7 und WA 8) ergeben sich in den rückwärtigen Baufeldern Beurteilungspegel von bis zu 59 dB(A), dabei wurden die Reihenhäuser mit einer Gebäudehöhe von 9 m, die Lärmschutzwände am Nordende und an der Ostseite mit einer Höhe von 2,5 m und die Lärmschutzwände zwischen den Reihenhäusern im Süden und Westen mit einer Höhe von 3,5 m berücksichtigt. Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse können aufgrund der Bauweise durch Grundrissgestaltung (Verlegung der schützenswerten Nutzungen auf die lärmabgewandte Seite) oder passiven Schallschutz geschaffen werden.

Gemäß DIN 4109 (Januar 2018) ergeben sich Anforderungen an den passiven Schallschutz zum Schutz der Wohn- und Büronutzungen vor von außen eindringenden Geräuschen. Die Dimensionierung des passiven Schallschutzes erfolgt über die maßgeblichen Außenlärmpegel gemäß DIN 4109 (Januar 2018) unter Berücksichtigung der ersten Baureihen in den Gebieten WA 7 und WA 8. Die maßgeblichen Außenlärmpegel sind in der Abbildung 3 (Nebenzeichnung 3) für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden und in Abbildung 4 (Nebenzeichnung 4) für schutzbedürftige Räume, dargestellt. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass bei einem maßgeblichen Außenlärmpegel von > 70 dB(A) mit erheblichem passivem Schallschutz und damit zusätzlichen Baukosten zu rechnen ist. Aufgrund der Überschreitung des Orientierungswertes für allgemeine Wohngebiete von 45 dB(A) nachts sind zum Schutz der Nachtruhe im gesamten Plangeltungsbereich für Schlaf- und Kinderzimmer schallgedämmte Lüftungen vorzusehen, falls der notwendige hygienische Luftwechsel nicht auf andere geeignete, dem Stand der Technik entsprechende Weise sichergestellt werden kann.



Abbildung 3: maßgeblicher Außenlärmpegel für Räume, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden können

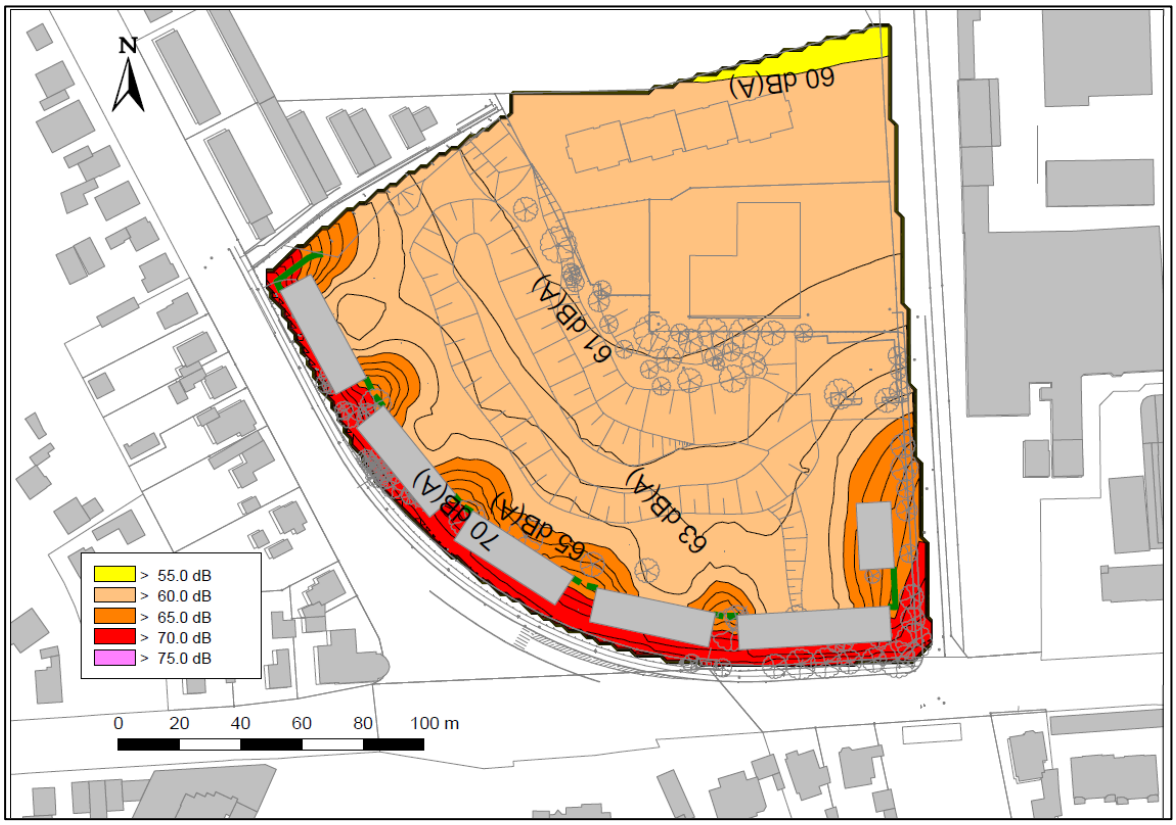


Abbildung 4: maßgeblicher Außenlärmpegel für schutzbedürftige Räume

Ebenerdige Außenwohnbereiche sind in den Teilgebieten WA 7 und WA 8 auf den den Straßen Moislinger Allee, Buntekuhweg und Pinassenweg zugewandten Fassadenseiten nicht zulässig (s. Abb. 5). Hier können die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV nicht eingehalten werden. Wintergärten als umschlossene ebenerdige Außenwohnbereiche können zudem aufgrund des geringen Abstandes zu den genannten Straßen nicht errichtet werden.

Aufgrund des hohen Lärmeintrages sind in den Teilgebieten WA 7 und WA 8 Außenwohnbereiche in Obergeschossen (Loggien und Dachterrassen) an den straßenzugewandten Fassadenseite nur als geschlossene Außenwohnbereiche zulässig. Ausnahmsweise können auf den straßenzugewandten Fassadenseiten offene Außenwohnbereiche in den Obergeschossen zugelassen werden, wenn (wie bei den Reihenhäusern vorgesehen) die betreffenden Wohnungen zugleich über ebenerdige Außenwohnbereiche auf der straßenabgewandten, als ruhigen Gebäudeseite verfügen. Somit ist mind. ein ruhiger Außenwohnbereich je Wohnung vorgesehen.

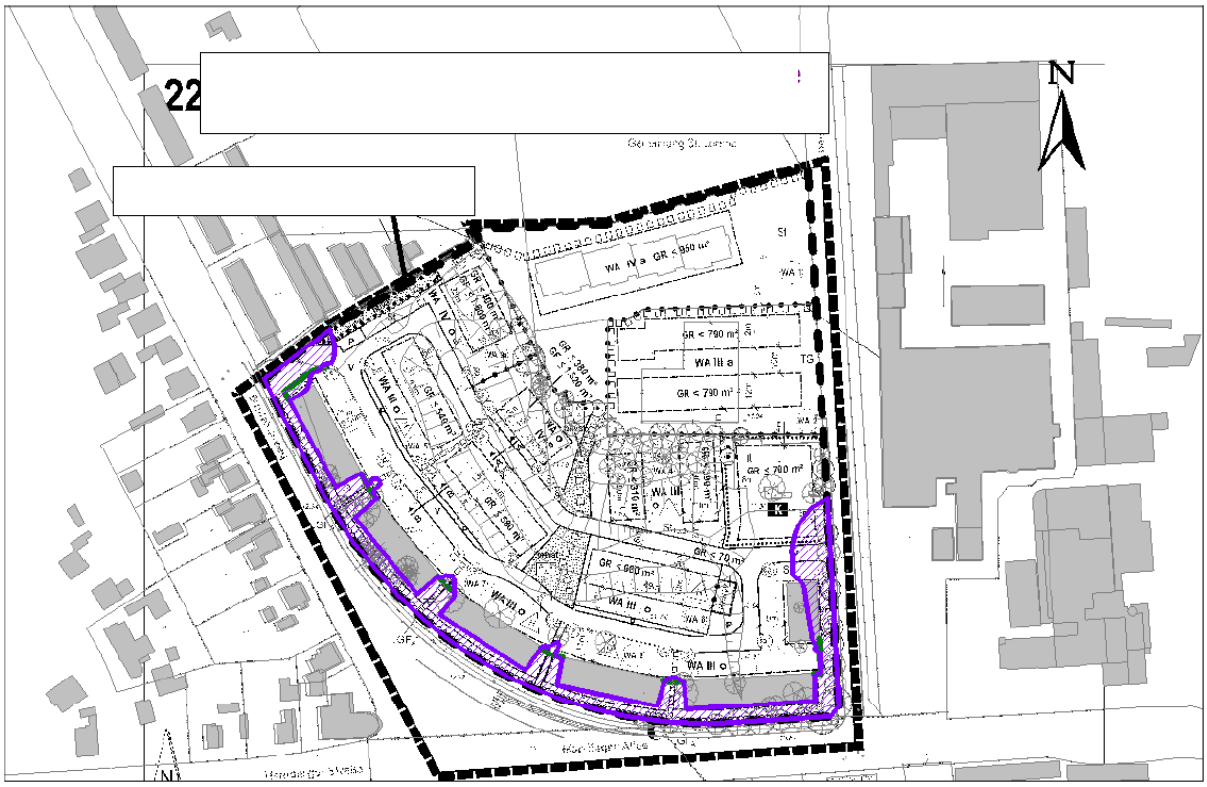


Abbildung 5: Darstellung des Bereiches, in dem erbenerdigen Außenwohnbereiche unzulässig sind

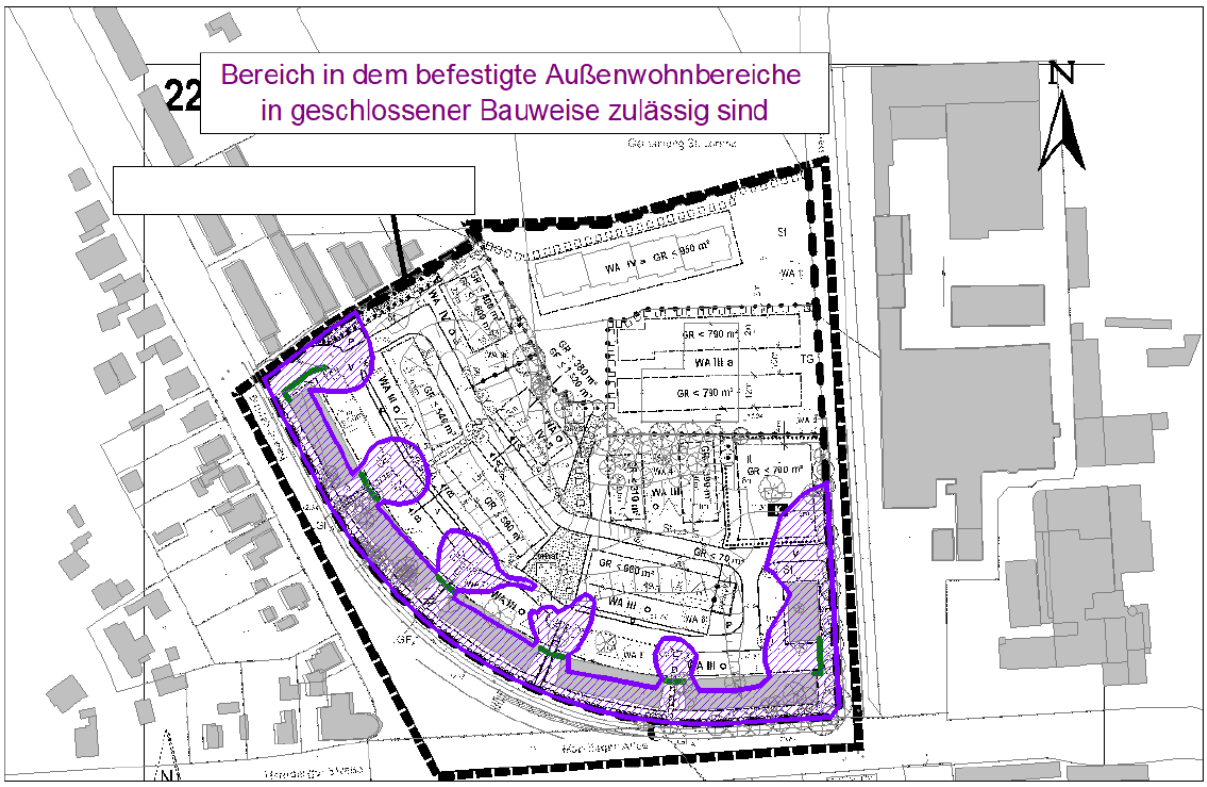


Abbildung 6: Darstellung der geschlossen auszuführenden Außenwohnbereiche in den Obergeschossen

Es bleibt festzustellen, dass die Orientierungswerte der DIN 18005 nicht im gesamten Plangebiet eingehalten werden können, was bei bestehenden Verkehrswegen und in Gemengelagen, häufiger der Fall ist. Im Rahmen der Abwägung kann von den Orientierungswerten abgewichen werden, wenn andere Belange überwiegen und ein Ausgleich der negativen Auswirkungen geschaffen werden kann. Die Überschreitung der Orientierungswerte wird bei diesem Planvorhaben als verträglich angesehen, weil es sich in erster Linie um eine Wiederbebauung in einem Bestandsquartier handelt und damit den landesplanerischen Innenentwicklungszielen Rechnung getragen wird. Dringendes Planungsziel ist, Wohnraum zu schaffen auch wenn dabei eine Überschreitung der Lärm-Orientierungswerte der DIN 18005-1 erfolgen muss. Aufgrund der geplanten baulichen und technischen Möglichkeiten zur Minderung der schädlichen Auswirkungen, kann die Überschreitung auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden. Unter Berücksichtigung der gemäß bedingter Festsetzung vorgesehenen Riegelbebauung entlang des Buntekuhweges und der Moislinger Allee kann auf der lärmabgewandten Rückseite der ersten Baureihe und in den übrigen Baureihen der Immissionsgrenzwert eingehalten werden. Somit werden durch die geplante Bebauung rückwärtige Flächen derselben Grundstücke und gegebenenfalls weitere Grundstücke wirksam abgeschirmt. Es ist dadurch vertretbar, Wohngebäude an der lärmzugewandten Seite des Gebiets auch deutlich über den Orientierungswerten liegenden Außenpegeln auszusetzen. Ausgleichend können auf der straßenabgewandten Seite der Grundstücke geeignete geschützte Außenwohnbereiche geschaffen werden.

Die Anforderungen an den Schallschutz werden somit erfüllt, wobei eine optimale Ausführung in einer geschlossenen Bebauung entlang der Moislinger Allee und des Buntekuhweges zu erwarten wäre. Die Ausführung der Riegelbebauung im Süden als geschlossener, langgezogener Baukörper widerspricht allerdings den städtebaulichen Zielsetzungen. Das Quartier soll sich zur Straße als offenes Wohngebiet mit entsprechenden Durchwegungen und Gliederungen präsentieren und somit die Nachbarschaft mit einbeziehen. Eine Gliederung in

Abschnitten ist somit ausdrücklich gewünscht und ist mit den getroffenen Festsetzungen mit den Belangen des Schallschutzes vereinbar.

Der durch die Wegeöffnungen verursachte Eintrag von Straßenlärm wird minimiert, indem 3,50 m hohe Schallschutzwände zwischen der Bebauung und den Wegen errichtet werden.

5.8 Baugestalterische Festsetzungen

Im Hinblick auf ein städtebaulich ansprechendes Erscheinungsbild trifft der Bebauungsplan Festsetzungen zur äußeren Gestaltung baulicher Anlagen gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 84 Abs. 1 LBO Schleswig-Holstein.

Fassadenmaterialien

Die Fassaden der Hauptbaukörper sind in Verblendmauerwerk im roten bis rotbraunen Farbspektrum, in Holz oder Putz im weißen, beigefarbenen, hellgrauen oder im roten Farbspektrum auszuführen. Davon abweichend sind andere Materialien und Farben zulässig, sofern sie sich auf die untergeordneten Bauteile beschränken oder insgesamt nicht mehr als 20% der Fassade der jeweiligen Gebäudeseite in Anspruch nehmen. Ziel der Festsetzung ist eine ortsbildtypische, reduzierte Farbgestaltung der Fassaden, um einen harmonischen Siedlungscharakter zu erzeugen.

Balkone

Zur Sicherstellung einer kompakten Gebäudekubatur werden die Ausmaße von Balkonen reglementiert. So sind Balkone nur bis zu einer Tiefe von 1,50 m zulässig. Außerdem sollen Balkone nicht die gesamte Gebäudeseite bedecken, daher wird festgesetzt, dass diese maximal 50 % der Fassadenlänge der jeweiligen Gebäudeseite einnehmen dürfen. Zugleich müssen Balkonen einen Abstand von mind. 1,50 m zur Gebäudekante wahren.

Dachneigung

Es wird eine Festsetzung getroffen, nach der die Dächer der Hauptgebäude entsprechend dem Bebauungskonzept nur als Flachdach oder flach geneigtes Dach ausgeführt werden dürfen. Das trifft auch auf die geplanten Garagen im WA 7 und 8 zu. Diese Festsetzung korrespondiert mit der Festsetzung, dass Dächer von Hauptanlagen und Garagen zu begrünen sind.

Sockelhöhe

Zudem wird eine Regelung zur Sockelhöhe getroffen. Dadurch sollen zum einen unverhältnismäßige Höhenversprünge zwischen Bebauung und Erschließungsstraße ausgeschlossen werden. Zum anderen wird damit ein zusätzlicher Retentionsraum bei Niederschlag geschaffen.

Bezugspunkt ist zum einen die Oberkante des Erdgeschossfertigfußbodens, zum anderen die angrenzende Erschließungsfläche vor der Eingangstür. Dabei kann sowohl der nächstgelegene Gehweg (öffentlich oder privat) als auch die nächstgelegene Straße bzw. Mischverkehrsfläche als Bezugspunkt genutzt werden.

Da unter Berücksichtigung der Rückstauebene ggf. nicht alle Fälle abgedeckt werden können, wird eine Ausnahmeregelung zur Überschreitung des festgesetzten Maßes formuliert. Bedingung hierfür ist, dass das Gelände im Vorgartenbereich so modelliert wird, dass die

Sockelhöhe am Haus, also mit Bezugspunkt auf das angrenzende Gelände, 30 cm nicht übersteigt.

Terrassen

Die Festsetzung zu den Terrassen hat zum Zweck, sogenannte „schwebende“ Terrassen, die deutlich aus dem Gelände herausragen, zu unterbinden. Ist der Unterschied zwischen Terrasse und angrenzender Straßenverkehrsfläche zu groß für einen ebenen Übergang, so sind die Gartenbereiche mit entsprechenden Geländemodellierungen und Stützmauern zu gestalten (s. nachstehend). Mithilfe der Kombination dieser drei Festsetzungen können Höhenunterschiede zwischen Straßenniveau und Oberkante Fertigfußboden bis zu 1,10 m aufgefangen werden.

Stützmauern

Diese Festsetzung dient dem Überbrücken von Höhenunterschieden zwischen Gartenbereich und Straßenverkehrsfläche. Dabei wird eine Mauerhöhe von 40 cm als städtebaulich verträglich für den öffentlichen Raum und zugleich als nutzbare, aber nicht erdrückende Mauerhöhe für den privaten Gartenbereich angesehen. Im Vorgartenbereich werden Stützmauern jedoch ausgeschlossen.

Geländemodellierungen

Aufgrund des abfallenden Geländes werden können Geländemodellierungen notwendig werden, um die Flächen optimal zu nutzen und sanfte Übergänge zu schaffen. Daher wird festgesetzt, dass Geländemodellierungen bis zu 3 % Steigung oder Gefälle zulässig sind.

Staffelgeschosse

Für die Teilgebiete WA 2 sowie WA 4 bis 8 wird zudem eine Festsetzung getroffen, nach der das oberste Geschoss als Staffelgeschoss gemäß § 2 Abs. 6 der Landesbauordnung Schleswig-Holstein auszuformen ist. Für das Teilgebiet WA 3 wird darüber hinaus eine Festsetzung getroffen, nach der oberhalb des zulässigen vierten Vollgeschosses noch ein Staffelgeschoss als „Nicht-Vollgeschoss“ zugelassen werden kann, wenn es entsprechend der Festsetzung an mindestens drei Seiten zurückspringt und auch in der Grundfläche entsprechend eines Nicht-Vollgeschosses verringert wird.

Lärmschutzwände

Die Lärmschutzwände in den Teilgebieten WA 7 und 8 sollen beidseitig mit Rankpflanzen bepflanzt werden. Dadurch sollen sich die Lärmschutzwände in das Wohngebiet einfügen und optisch in den Hintergrund treten. Im Anhang zu den textlichen Festsetzungen findet sich die Pflanzliste c) mit einer Artenauswahl für geeignete Kletterpflanzen.

Die Anpflanzung wird der Vorhabenträger vor Übergabe der Grundstücke vornehmen. Dies wird im städtebaulichen Vertrag geregelt.

5.9 Hinweise

Einsichtnahme in die DIN 4109

Es wird auf die Einsichtnahmemöglichkeit in die DIN-Vorschriften, auf welche der Bebauungsplan 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg – Bezug nimmt, verwiesen, um die diesbezüglichen formalen rechtlichen Anforderungen zu beachten.

Bodenmanagement

Innerhalb des Plangebietes befinden sich gemäß Boden- und Altlastenkataster Teilbereiche, für die potenziell altlastverdächtige, gewerbliche Altnutzungen verzeichnet sind (sog. Prüflisten bzw. P1-Fälle im Altlasten-Prüfverzeichnis). Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts befand sich auf der Fläche des Plangebietes eine großflächige Ziegelei.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg – wurden das brachliegende Eckgrundstück und das derzeit gewerblich genutzte angrenzende Grundstück baugrundtechnisch und altlastenbezogen untersucht. Hierbei wurden lokal mit Schadstoffen verunreinigte Auffüllungshorizonte angetroffen.

Um langfristig eine Gefährdung des Grundwassers ausschließen zu können, sind die auffälligen Bodenpartien im Rahmen der Erschließungs- und Baumaßnahmen zu entfernen. Darüber hinaus ist nachzuweisen, dass von den verbleibenden Auffüllungen ausgehend keine Gefährdung des Schutzgutes Grundwasser zu erwarten ist. Die Maßnahmen sind altlastenfachgutachterlich durch einen Sachverständigen gemäß § 18 BBodSchG zu begleiten und im Vorwege mit der unteren Bodenschutzbehörde der Hansestadt Lübeck abzustimmen.

Neben der Auflistung unter Hinweisen wird diese Maßnahme vertraglich gesichert. Aufgrund dieser vertraglichen Sicherung kann von einer Kennzeichnung der Flächen im B-Plan abgesehen werden.

Oberbodenverhältnisse

Gemäß §§ 4 und 8 BBodSchG in Verbindung mit § 4 BBodSchV werden an Oberböden bzw. an die durchwurzelbare Bodenschicht nutzungsspezifische Anforderungen gestellt, um u. a. eine Gefährdung über den Wirkungspfad Boden - Mensch auszuschließen.

Auf Grund der Nutzungshistorie sind die ursprünglichen Oberböden in den überwiegenden Teilen des B-Plangebietes nicht mehr vorhanden oder stark anthropogen überprägt. Durch die geplanten Erschließungs- und Baumaßnahmen sind weitere Einwirkungen auf die Oberböden zu erwarten. Ein Großteil der Flächen wird durch die geplante Bebauung versiegelt.

Unter diesen Gesichtspunkten erscheint ein Nachweis über die Einhaltung der nutzungsspezifischen Anforderungen der vorhandenen Oberböden bzw. Auffüllungen vor den Erschließungs- und Baumaßnahmen als nicht zielführend. Der jeweilige Vorhabenträger hat daher im Anschluss an die Erschließungs- und Baumaßnahmen für die unversiegelten Bereiche der Flächen ordnungsgemäße Oberbodenverhältnisse entsprechend der geplanten Nutzung sicherzustellen. Dies kann durch In-situ-Untersuchungen gemäß § 3 BBodSchV und / oder das Aufbringen von Bodenmaterial zur Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht gemäß § 18 BBodSchV geschehen. Vor einer Innutzungnahme sind die ordnungsgemäßen Oberbodenverhältnisse entsprechend der geplanten Nutzung der unteren Bodenschutzbehörde unaufgefordert nachzuweisen. Neben der Auflistung unter Hinweisen wird diese Maßnahme vertraglich gesichert.

Archäologische Verdachtsfläche

Im Plangebiet sind archäologische Funde nicht auszuschließen. Vor Bodeneingriffen ist die rechtzeitige Information (spätestens 14 Tage vor Baubeginn) der Oberen Denkmalschutzbehörde, Abteilung Archäologie, Meesenring 8, 23566 Lübeck, über den aktuellen Baubeginn zwingend erforderlich. Funde sind gem. § 15 DSchG S-H umgehend zu melden.

Fäll- und Rodungsarbeiten

Fäll- und Rodungsarbeiten dürfen gemäß § 39 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) nur in der Zeit zwischen dem 1. Oktober und dem 28./29. Februar durchgeführt werden. Dies gilt für Bäume, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze und dient dem allgemeinen Schutz wild lebender Tiere und Pflanzen. Außerhalb dieses Zeitraumes sind schonende Form- und Pflegeschnitte zulässig. Siehe dazu auch die Hinweise zur „Fällung der Winterlinde“.

Schutz von zu erhaltenden Bäumen

Während der Bauphase ist zu gewährleisten, dass die zu erhaltenden Bäume durch geeignete Maßnahmen (z.B. Stammschutz, Fahrschutz im Wurzelbereich, Einschränkung des Schwenkbereiches von Kränen usw.) vor Beeinträchtigungen geschützt werden.

Schutz von Fledermausvorkommen

Abrissarbeiten an Gebäuden dürfen nur in der Zeit zwischen dem 1. Dezember und 28./29. Februar durchgeführt werden. Die rückzubauenden Gebäude, insbesondere die Dachböden, sind dabei im Vorfeld durch ausgewiesenes Fachpersonal zu untersuchen, um eventuelle Quartiersnutzungen von Fledermäusen auszuschließen.

Fällung der Winterlinde

Die Fällung der Winterlinde im Teilgebiet WA 8 ist nur im Zeitraum vom 1. Dezember bis 28./29. Februar zulässig. Diese Beschränkung kann entfallen, wenn der Baum vorher durch eine sachverständige Person (Biologe/in; Fledermausexperte/in) auf das Vorhandensein von Fledermäusen überprüft wird und der Nachweis des Nichtvorhandenseins von Fledermäusen erbracht und der unteren Naturschutzbehörde vorgelegt wird.

Leerrohre für Telekommunikation

Es wird angeregt, bei der Erstellung der Wohngebäude sowie der Kita Leerrohre für eine eventuell erforderliche Glasinfrastruktur vorzusehen. Damit soll den Zielen der Bundesregierung Rechnung getragen werden, möglichst allen Bürgern den Zugang zu leistungsfähiger Telekommunikationsinfrastruktur zu ermöglichen.

6. Wesentliche Auswirkungen der Planung

6.1 Auswirkungen auf die Wohnraumversorgung

Zusätzliche Wohneinheiten/geförderter Wohnungsbau

Der Bebauungsplan beinhaltet ein Neubaupotenzial von insgesamt ca. 135 Wohneinheiten (WE), die sich wie folgt auf die nachfolgend genannten Wohnungstypen verteilen:

- 74 WE in Reihenhäusern

- ca. 34 WE in sonstigen Gebäudeformen (WA 2)

- 27 WE im Geschosswohnungsbau

Davon sind 14 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau für den öffentlich geförderten Wohnungsbau vorgesehen. Da diese Differenzierung nicht im Bebauungsplan erfolgen kann, wird die Umsetzung mittels städtebaulichen Vertrags abgesichert.

Zu erwartende Anzahl der Bewohner

Bei vollständiger Umsetzung der Planung ist für das geplante Neubaugebiet mit insgesamt 325 – 380 Bewohnern zu rechnen, die sich wie folgt auf die verschiedenen Wohnungstypen verteilen:

- 224 - 245 EW in Reihenhäusern
  (Annahme: 3,2 - 3,5 EW je Wohneinheit)
- 34 - 68 EW sonstigen Gebäudeformen
  (Annahme: 1,0 - 2,0 EW je Wohneinheit)
- 67 EW im Geschosswohnungsbau
  (Annahme: 2,5 EW je Wohneinheit)

6.2 Wohnfolgebedarfe

Für die nachfolgenden Bedarfsrechnungen wird bei vollständiger Umsetzung der Planung von einer planungsbedingten Zunahme der Bewohner um rund 350 Personen ausgegangen. Es ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf an 60 bis 80 Kindertagesplätzen, der bis zu vier Gruppen in einer Kindertagesstätte entspricht. In den im Stadtteil vorhandenen Einrichtungen kann dieser Bedarf nicht abgedeckt werden, daher wird der Neubau einer Kita im Plangebiet notwendig. Dem von der Hansestadt Lübeck zugewiesenem Träger einer Kindertageseinrichtung wird ein Grundstück zur Verfügung gestellt, um dort einen Kitabau nach den Vorgaben der Hansestadt Lübeck zu errichten.

Das Plangebiet liegt im Grundschuleinzugsbereich der Grundschule am Koggenweg. Das Baugebiet löst einen zusätzlichen Bedarf von 5 bis 6 Grundschulplätzen je Jahrgang aus. Die Hansestadt Lübeck strebt den Ausbau der Grundschule am Koggenweg an, sodass künftig der Mehrbedarf an Grundschulplätzen gedeckt werden kann.

6.3 (Sonstige) Auswirkungen auf die Belange von Kindern und Jugendlichen

Auf dem Einzelhandelsgrundstück hat die Hansestadt Lübeck mit dem Eigentümer einen Mietvertrag für einen Jugendtreff geschlossen. Aus dem neuen Baugebiet kann aufgrund der Anzahl der Wohneinheiten kein Erfordernis für einen Jugendtreff abgeleitet werden. Das Erfordernis resultiert vielmehr aus den Bedürfnissen des gesamten Stadtteils und kann daher den Eigentümern im neuen Baugebiet nicht nach § 11 BauGB auferlegt werden.

Eine planungsrechtliche Sicherung des Jugendtreffs am Standort als Gemeinbedarfsfläche setzt voraus, dass die Hansestadt Lübeck das Grundstück freihändig erwirbt. Dies ist nicht vorgesehen. Es besteht vorerst weiterhin die mietvertragliche Lösung.

Die Hansestadt Lübeck ist jedoch bestrebt, im Falle einer Kündigung des Mietvertrages seitens des Eigentümers einen neuen Standort für den Jugendtreff in Buntekuh zu finden und möglichst ohne Zeitlücke einen neuen Mietvertrag hierzu abschließen.

Es sind ansonsten keine wesentlichen Auswirkungen auf die Belange von Kindern und Jugendlichen zu erwarten.

6.4 Verkehrliche Auswirkungen

Durch die Zusatzverkehre des geplanten Wohngebietes werden im Bereich Buntekuhweg keine Verkehrsprobleme erwartet. Die vorhandenen Verkehrsflächen sind ausreichend dimensioniert.

Für den Knotenpunkt Pinassenweg / Moislinger Allee wurde eine Verkehrsuntersuchung und ein Verkehrskonzept durch ein Ingenieurbüro angefertigt, indem die Auswirkungen aufgrund der Planung auf den Knotenpunkt Pinassenweg / Moislinger Allee analysiert wurden (Verkehrsuntersuchung Hansestadt Lübeck Bebauungsplan 22.04.00 - Buntekuh / Pinassenweg -, vom 26.11.2018; Verkehrskonzept LSA für Knoten Pinassenweg / Moislinger Allee vom 14.06.2018). Darin wurde zuerst die Verkehrsbelastung 2040 prognostiziert und darauf aufbauend die Leistungsfähigkeitsermittlung gemäß HBS 2015 (Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen) durchgeführt. Zusätzlich zu dieser Ermittlung wurde in der Verkehrsuntersuchung eine Knotenpunktsimulation durchgeführt.

Im Ergebnis scheint der Knotenpunkt bereits unsignalisiert ausreichend leistungsfähig zu sein, um die Verkehre abwickeln zu können. Das Ummarkieren der Moislinger Allee zugunsten eines Linksabbiegers in den Pinassenweg wird zu einer weiteren Entspannung der Verkehrssituation beitragen. Dennoch empfiehlt der Gutachter eine Kontrollzählung zur Verifizierung der prognostizierten Verkehre nach Inbetriebnahme der geplanten Gebäude.

Sollte sich dabei herausstellen, dass die Kreuzung nicht ausreichend leistungsfähig ist, wird eine nachträgliche Installation einer Ampelanlage notwendig. Die vorhandene Signalanlage an der Kreuzung Moislinger Allee / Buntekuhweg wäre aufgrund des geringen Abstandes zum Pinassenweg um Signalgruppen im Knotenpunkt Pinassenweg / Moislinger Allee zu erweitern. Die Signalgruppen wären zwingend zu koordinieren. Bei der Koordinierung sind ebenfalls die Bushaltestellen zu berücksichtigen, sodass es zu keiner wesentlichen Beeinträchtigung des ÖPNV kommt. Es wird vertraglich vereinbart, dass die notwendigen technischen Vorrichtungen für eine Ampelanlage an der Kreuzung Pinassenweg / Moislinger Allee im Zuge der Erschließung des Baugebietes durch den Vorhabenträger bereitgestellt werden.

Im Ergebnis der schalltechnischen Untersuchung sind zudem bei Realisierung des Bebauungsplanes für die Anwohner der Nachbarquartiere keine signifikanten Zunahmen der Lärmbelastung durch den zusätzlichen Verkehr zu erwarten.

Aus städtebaulichen Gründen ist die Errichtung des westlichen Baukörpers im WA 4 mit dem Nachweis der bauordnungsrechtlichen Abstandsflächen auf den öffentlichen Verkehrsflächen verbunden. Die Abstandsflächen nach § 6 der Landesbauordnung Schleswig-Holstein überschreiten nicht die Mitte der angrenzenden Verkehrsfläche. Auswirkungen oder Konsequenzen auf die Verkehrsfläche entstehen dadurch nicht.

Die Kita-Fläche soll von der Planstraße unabhängig über den Pinassenweg erschlossen werden, sodass der Zugang zum Kita-Grundstück von Osten aus über die Bestandsstraße erfolgt. Es wird davon ausgegangen, dass ein erheblicher Anteil der Kinder aus dem Plangebiet in die Kita geht und somit mit einem verringerten PKW-Verkehr zu rechnen ist. Auch der sonstige Hol- und Bringeverkehr der Kita soll über den Pinassenweg abgewickelt werden. Der Pinassenweg verfügt über eine ausreichend große Straßenbreite, sodass hier kurzfristig ausreichend Haltemöglichkeiten bestehen und im Bedarfsfall langfristig eine flexible Lösung gefunden werden kann.

6.5 Folgebedarfe im Bereich der technischen Infrastruktur

Es ergeben sich zusätzliche Bedarfe an Ver- und Entsorgungsanlagen (Stauraumkanäle, Leitungen). Diese werden durch den Vorhabenträger erstellt und mittels Erschließungsvertrag anschließend an die Entsorgungsbetriebe übertragen.

6.6 Auswirkungen auf die Umwelt

6.6.1 Auswirkungen auf Natur und Landschaft

Durch die Inanspruchnahme einer innerstädtischen Brachfläche sowie die Veränderung des Landschaftsbildes können sich wesentliche Auswirkungen auf Natur und Landschaft ergeben. Die geplanten baulichen Maßnahmen führen im Wesentlichen zum Verlust von urbanen Gehölzflächen mit allgemeiner Bedeutung für den Naturschutz.

Demgegenüber steht, dass durch die geplante Nutzung, Bauweise sowie geplante Begrünung eine Strukturvielfalt gefördert wird, von der die heimischen Arten und Lebensgemeinschaften profitieren werden. Ein Teil des vorhandenen Baumbestands im Plangebiet soll erhalten werden. Die naturschutzfachlichen Eingriffe werden auch dadurch gerechtfertigt, dass im Sinne der Eingriffsminimierung der Außenbereich geschont wird.

Innerhalb des Plangebietes befinden sich gemäß Boden- und Altlastenkataster Teilbereiche, für die potenziell altlastverdächtige, gewerbliche Altnutzungen verzeichnet sind. Bei Umsetzung der Planung sind auffällige Bodenpartien im Rahmen der Erschließungs- und Baumaßnahmen zu entfernen, um langfristig eine Gefährdung des Grundwassers ausschließen zu können. Darüber hinaus ist nachzuweisen, dass von den verbleibenden Auffüllungen ausgehend keine Gefährdung des Schutzgutes Grundwasser zu erwarten ist. Durch die Entfernung der Bodenverunreinigungen wird eine Gefährdung der Schutzgüter ausgeschlossen und es sind eher positive Auswirkungen auf das Schutzgut Boden zu erwarten.

Hinsichtlich dieser Wirkfaktoren werden somit keine erheblich nachteiligen Auswirkungen erwartet. Ebenso können planbedingte Auswirkungen auf Kultur- und Sachgüter ausgeschlossen werden.

6.6.2 Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote

Bei der Aufstellung der Bauleitplanung sind die Artenschutzbelange des Bundesnaturschutzgesetzes zu berücksichtigen (§§ 44, 45 BNatSchG).

Für das Planvorhaben wurde eine faunistische Potenzialabschätzung und Artenschutzuntersuchung angefertigt (Stand: 11.2017).

<u>Brutvögel</u>

Potenziell vorhandene Brutvogelarten nutzen das Plangebiet nur als Teilrevier, da sie dort zwar brüten können, aber aufgrund der geringen Größe des Plangebiets dieses als vollständiges Revier ausscheidet. Es ist eine gewöhnliche Vogelwelt einer begrünten Siedlung zu erwarten, wobei das Vorkommen von gefährdeten Arten ausgeschlossen werden kann.

Bei Umsetzung der Planung verlieren Arten, die das Plangebiet als Nahrungsfläche nutzen, einen Teil ihres Nahrungshabitats. Allerdings können diese in die Umgebung ausweichen und verlieren kein Revier. Arten, die im Plangebiet brüten, verlieren zeitweilig ihren Brutplatz und das Nahrungshabitat; ein Ausgleich erfolgt durch Ersatzpflanzungen.

Bei den im Plangebiet zu erwartenden Vogelarten kann davon ausgegangen werden, dass aufgrund ihrer Anpassungsfähigkeit und des günstigen Erhaltungszustandes bei den vorhabenbedingten Beeinträchtigungen nicht gegen das Zugriffsverbot verstoßen wird.

Fledermäuse

Alle Bäume im Plangebiet befinden sich noch in der vitalen Wachstumsphase und nicht in der Verfallsphase, in der größere Totholzbereiche entstehen. Aufgrund ihres jungen Alters weisen sie keine für Fledermäuse als Quartier geeigneten Höhlen auf. Im Ergebnis können für eine große, strukturierte Linde im Plangebiet kleine Fledermaus-Sommerquartiere jedoch nicht ausgeschlossen werden. Darüber hinaus weisen die Bestandsgebäude im nördlichen Plangebiet ebenfalls Potenzial für Sommerquartiere auf.

Die Bereiche mit hohem Baumbestand im WA 1 und WA 2 weisen eine mittlere Bedeutung als potenzielles Jagdgebiet von Fledermäusen auf.

Bei Umsetzung der Planung gehen durch den Verlust der Linde und bei Gebäudeabriss potenzielle Fledermausquartiere verloren. Dieser Verlust kann technisch zuverlässig durch die Bereitstellung von künstlichen Nisthilfen an den verbleibenden Bäumen oder an Gebäuden in der Umgebung oder auch den neuen Gebäuden vermieden werden.

Zur Vermeidung der Tötung von Individuen muss die Fällung der Linde und der Abriss der Gebäude mit Quartierpotenzial zu einem Zeitpunkt erfolgen, an dem die Fledermäuse ihre Sommerquartiere verlassen und ihre Winterquartiere aufgesucht haben (Dezember und Januar), da dann nicht mit einem aktuellen Besatz durch Fledermäuse zu rechnen ist. Außerhalb dieses Zeitraumes ist eine Fällung oder ein Abriss möglich, wenn vor der baulichen Maßnahme durch einen Biologen eine Überprüfung der potenziellen Quartiere durchgeführt wurde.

Haselmäuse

Für Haselmäuse sind sonnige und fruchtreiche Gebüschlandschaften von besonderer Bedeutung, da sie dichte, fruchttragende und besonnte Hecken benötigen. Im Plangebiet finden sich derartige Gebüschstrukturen kaum wieder, somit ist nicht mit einem Vorkommen zu rechnen.

Weitere Arten des Anhangs IV

Aufgrund fehlender geeigneter Lebensräume im Plangebiet kann das Vorkommen von Amphibien, Mollusken, Krebsen und Libellen ausgeschlossen werden. Gleiches gilt für den Eremiten und die anderen Arten (auch Pflanzenarten) des Anhangs IV der FFH-Richtlinie mit sehr speziellen Lebensraumansprüchen.

Grundsätzlich sollte § 39 BNatSchG beachtet werden und ein Gehölzschnitt sowie Rodung von Gehölzen in der Zeit vom 01. März bis 30. September unterlassen werden. Arbeiten zur Baufeldräumung sollten nach bzw. vor der Brutzeit der Vögel beginnen. Um hinsichtlich der Fledermäuse sicher zu gehen, muss der Abriss der Gebäude und die Fällung der Linde auf die kältesten Monate November – Februar beschränkt werden oder ggf. das Vorkommen vor dem Abriss überprüft werden. Das Verbot nach § 44 Abs. 1 BNatSchG wird dann nicht verletzt. Als Kompensationsmaßnahme wird die Bereitstellung von künstlichen Quartieren für Fledermäuse in Gebäuden oder der Linde erforderlich. Diese Maßgabe entfällt, wenn durch eine Untersuchung ein Fledermausvorkommen ausgeschlossen werden kann.

Der Baubetrieb führt nicht zu erheblichen Störungen der umgebenden Tierwelt, da alle in der Umgebung potenziell vorkommenden Arten nicht besonders störanfällig sind oder ihr Erhaltungszustand unverändert bleibt.

Im Ergebnis kann unter Berücksichtigung der geplanten Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen ein durch das Vorhaben bedingter Verstoß gegen die artenschutzrechtlichen Verbote ausgeschlossen werden. Ebenfalls auszuschließen ist eine mittelbare Beeinträchtigung, die eine Störung hervorrufen könnte, durch die sich der Erhaltungszustand der lokalen Population einer streng geschützten Art oder europäischer Vogelarten verschlechtern würde.

6.6.3 Berücksichtigung von Klimaschutzbelangen

Die Hansestadt Lübeck hat unter dem Gesichtspunkt der Anpassung der Landnutzungen an den Klimawandel in Lübeck einen Thematischen Landschaftsplan „Klimawandel in Lübeck“ in der Entwurfsfassung vorliegen. In diesem ist das Plangebiet als „Suchraum für Wohnnutzung“ und als dicht bebaute Siedlungsfläche gekennzeichnet.

Integrierte Lage

Das Plangebiet liegt innerhalb eines dicht besiedelten Stadtteils und ist bereits voll erschlossen. Durch die geplante Wohnbebauung wird zwar ein Zusatzverkehr erzeugt, der allerdings durch die vorhandenen Verkehrsstrukturen und zusätzlichen Lenkungsmaßnahmen bewältigt werden kann. Die Neuversiegelung steigt gegenüber dem vorher zulässigen Versiegelungsgrad an. Das begründet sich in der gewünschten kleinteiligen, verdichteten Bauweise und führt voraussichtlich zu keinen erheblichen Auswirkungen auf den Klimaschutz. Es wird allerdings eine Festsetzung getroffen, dass Fußwege und Stellplätze mit wasserdurchlässigen Materialien oder als wassergebundene Decke herzustellen sind.

Energetische Optimierung

Die Ausrichtung der geplanten Gebäude ermöglicht eine gute Besonnung und damit passive Wärmegewinnung sowie aufgrund der Abstände eine möglichst geringe Verschattung. Durch die dichte Bauweise kommt es zudem zu weniger Wärmeverlusten über Hausfassaden.

Gründächer

Die Wohngebäude sowie die Garagen sind mit Gründach mit 10 cm Substrataufbau auszuführen. Dadurch werden positive Auswirkungen auf das Lokalklima erwartet, wie Luftbefeuchtung durch langsam verdunstendes Wasser, Staubfilterung, Lufterneuerung und Strahlungsschutz durch Pflanzen.

Versorgungstechnik

Es ist eine zentrale Heizenergieversorgung über ein Blockheizkraftwerk (BHKW) vorgesehen. Die Förderfähigkeit KFW 55 soll ermöglicht werden.

6.6.4 Sonstige Umweltauswirkungen

Das Plangebiet ist Verkehrs-, Sport- und Gewerbegeräuschen ausgesetzt. Die für das Vorhaben angefertigte schalltechnische Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass die Planungsziele unter Berücksichtigung erforderlicher Maßnahmen zum Schallschutz grundsätzlich umsetzbar sind. Für das allgemeine Wohngebiet sind passive Schallschutzmaßnahmen sowie eine Riegelbebauung im Süden mit Lärmschutzwänden zu berücksichtigen. Erhebliche

Umweltauswirkungen werden durch die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes nicht erwartet.

6.7 Auswirkungen auf ausgeübte und zulässige Nutzungen

Die auf dem nördlichen Grundstück vorhandene Bebauung und Wohnnutzung wird bestandsgemäß in den Bebauungsplan übernommen.

Die im restlichen Plangebiet durch die bereits rechtsgültigen Bebauungspläne zulässige Wohnnutzung wird beibehalten, jedoch städtebaulich neu strukturiert, da das derzeit geltende Planrecht heute nicht mehr gewünschte Bebauungsmöglichkeiten zulässt, die nun durch ein modernes innerstädtisches Wohnquartier ersetzt werden sollen. Die vorhandene Bebauung und Einzelhandelsnutzung genießt jedoch Bestandsschutz und kann auch nach Rechtskraft des vorliegenden Bebauungsplanes weiterhin genutzt bzw. ausgeübt werden.

7. Maßnahmen zur Umsetzung des Bebauungsplanes

Städtebauliche Verträge

Der Bebauungsplan wird durch einen städtebaulichen Vertrag ergänzt.

Im städtebaulichen Vertrag wird die Kostenübernahme für die Durchführung des Bauleitplanverfahrens durch den Grundstücksentwickler geregelt. Es werden weiterhin die Bereitstellung einer Kitafläche, die Errichtung von gefördertem Wohnraum, eine Bodensanierung, die Erstbepflanzung der festgesetzten Bäume, Hecken und Rankpflanzen, die Errichtung von Nistkästen als artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahme sowie das Gehrecht auf der privaten Grünfläche im Plangebiet geregelt.

Gegenstand ist darüber hinaus die Verpflichtung des Vorhabenträgers auf den Baugrundstücken Lärmschutzwände herzustellen und die dauerhafte Unterhaltung dieser auf die Erwerber zu übertragen.

Erschließungsvertrag

Im Erschließungsvertrag werden die Herstellung der im Bebauungsplan festgesetzten und außerhalb des Geltungsbereiches liegenden notwendigen Erschließungsanlagen, öffentlichen Wege und Grünanlagen geregelt und die Kostenübernahme und Durchführung der Erschließungsmaßnahmen vereinbart.

Vertrag zu den Baumersatzpflanzungen

Im Vertrag zu den Baumersatzpflanzungen wird die Ablöse der Baumersatzpflanzungen durch den Vorhabenträger geregelt. Die Stadt wird anschließend die benötigten 69 Ersatzbäume auf städtischen Flächen pflanzen.

8. Finanzielle Auswirkungen

8.1 Unmittelbare Kosten

Der Hansestadt Lübeck entstehen durch die Aufstellung des Bebauungsplanes keine unmittelbaren Kosten.

8.2 Mittelbare Kosten

Für die neu entstehenden öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen fallen nach der Fertigstellung und Übergabe Kosten für die Unterhaltung der Flächen und Anlagen an. Weitere mittelbare Kosten betreffen die Errichtung und Unterhaltung der schulischen und sozialen Infrastrukturen.

9. Verfahren, Rechtsgrundlagen und Fachgutachten

9.1 Verfahrensübersicht

Aufstellungsbeschluss

Der Bauausschuss der Hansestadt Lübeck hat am 20.06.2016 die Aufstellung des Bebauungsplanes 22.04.00 - Buntekuh / Pinassenweg - beschlossen. Durch die Aufstellung im beschleunigten Verfahren kann gemäß § 13a Abs. 2 in Verbindung mit § 13 Abs. 3 BauGB auf eine Umweltprüfung verzichtet werden.

Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan (FNP) für die Hansestadt Lübeck stellt das Plangebiet größtenteils als Wohnbaufläche und zu einem geringen Teil als Grünfläche dar. Die im Bebauungsplan vorgesehene Festsetzung von Wohnbauflächen und Grünflächen ist aus dem Flächennutzungsplan entwickelbar.

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die Öffentlichkeit wurde in einer am 14.06.2017 im Familienzentrum Buntekuh durchgeführten Erörterungsveranstaltung sowie in der Zeit vom 12.06.2017 bis einschließlich 23.06.2017 durch Aushang in den Räumen der Bauverwaltung und auf den Internetseiten der Hansestadt Lübeck über die Ziele und Zwecke der Planung und deren voraussichtliche Auswirkungen unterrichtet. In der Erörterungsveranstaltung sowie während der Aushangzeit bestand zugleich Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

In der Erörterungsveranstaltung sowie in den eingegangenen Stellungnahmen wurden von Anwohnern aus der Nachbarschaft Anregungen und Hinweise zur Planung hervorgebracht, die sich vor allem auf die Verkehrs- und Parksituation im Bestand und deren Veränderung bei Umsetzung der Planung sowie auf eine befürchtete „Öffnung“ des Pinassenweges bezogen. Des Weiteren wurde auf Probleme aus der Vergangenheit mit überschwemmten Kellern in der Nachbarschaft hingewiesen. Die Anwohner führen das auf eine anderweitige Neubebauung in der Nähe zum Plangebiet und den damit verbundenen Eingriffen ins Grundwasser zurück. Zudem wurden ein niedrigerer Versiegelungsgrad und eine ausreichende Durchgrünung bzw. Ersatzpflanzungen im Plangebiet angeregt. Auch der derzeit vorhandene Jungendtreff wurde thematisiert und es wurde um Erhalt der Einrichtung gebeten. Es wurde jedoch dargelegt, dass es sich hierbei um eine privatrechtliche Angelegenheit zwischen Vermieter und Mieter handelt und eine Flächenfestsetzung für einen Jugendtreff auf einer Privatfläche planungsrechtlich nicht gewollt ist.

Kinder- und Jugendlichenbeteiligung

Kinder und Jugendliche hatten im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Gelegenheit, sich über die Planung zu informieren und Äußerungen hierzu vorzubringen. Auf eine über diese Beteiligung hinausgehende besondere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wurde verzichtet, weil diese für die Bebauungsplanung für ein neues Wohngebiet als nicht

erforderlich beurteilt wird. Darüber hinaus war im Hinblick auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen, dass es sich bei der Bebauungsplanung gemäß Baugesetzbuch um eine rein flächenbezogene Planung mit Nutzungszuweisungen handelt und keine Hochbauten oder Spielplätze betrachtet werden.

Frühzeitige Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom 15.08.2018 über die Planungen unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme bis einschließlich 07.09.2018 aufgefordert.

Im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB gingen verschiedene Stellungnahmen zum Bebauungsplan ein. Es wurden keine grundlegenden Bedenken gegenüber der Planung geäußert. Eine Zusammenstellung der Stellungnahmen mit bebauungsplanrelevanten Inhalten sowie deren Behandlung im weiteren Planungsverfahren können der Auswertungstabelle entnommen werden.

Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2)

Die Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer öffentlichen Auslegung erfolgte in der Zeit vom 03.06.2019 bis einschließlich 05.07.2019.

Nach Prüfung und Abwägung über die vorgebrachten Anregungen und Bedenken ergaben sich keine bebauungsplanrelevanten Hinweise und Änderungen.

Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2)

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgte in der Zeit vom 27.05.2017 bis einschließlich 05.07.2019.

Nach Prüfung und Abwägung über die vorgebrachten Anregungen und Bedenken ergaben sich keine bebauungsplanrelevanten Hinweise und Änderungen.

9.2 Rechtsgrundlagen

- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634)
- Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)
- Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein (LBO) vom 22. Januar 2009, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Juni 2016 (GVOBl. S. 369)
- Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I, S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. September 2017 (BGBl. I S. 3434)
- Gesetz zum Schutz der Natur (Landesnaturschutzgesetz) vom 24. Februar 2010 (GVOBl. S. 301), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 27.05.2016 (GVOBl. S. 162)

9.3 Fachgutachten

Zum Bebauungsplan wurden folgende Gutachten erstellt:

- Schalltechnische Untersuchung zur Aufstellung des Bebauungsplanes 22.04.00 der Hansestadt Lübeck, -Stand Juli 2018-, LAIRM Consult GmbH, Bargteheide, 09.07.2018
- Baumkartierung und Baumgutachterliche Stellungnahme, Gartenbauingenieur U.Thomsen, Pinneberg, 03.01.2018
- Baumbilanzierung, B-Plan Lübeck 22.04.00, Buntekuh / Pinassenweg, Dipl.-Ing. Matzen, Schenefeld, 29.10.2018, letzte Überarbeitung am 19.08.2019
- Faunistische Potenzialabschätzung und Artenschutzuntersuchung in Lübeck, Pinassenweg, Dipl.-Biol. Lutz, Hamburg, 20.11.2017
- Historische Erkundung / Orientierende Bodenuntersuchung - Pinassenweg 26 – 38, gpb-Arke, Hessisch Oldendorf, 15.02.2018
- Nachanalytik von Bodenproben – schürfe Pinassenweg, Lübeck, gpb-Arke, Hessisch Oldendorf, 27.02.2018
- Stellungnahme Nr. 1902 125, Status Quo Altlastensituation, Sachverständigen-Ring Dipl.-Ing. H.-U. Mücke GmbH, Bad Schwartau, 05.03.2019
- Bodenuntersuchung zur Versickerung von Niederschlagswasser, Geotechnisches Planungs- und Beratungsbüro Arke, Hessisch Oldendorf, 05.02.2018
- Kurzerläuterung Entwässerungskonzept, Dänekamp und Partner, Pinneberg, 26.11.2018 mit Lageplan „Einzugsgebiete“
- Verkehrsuntersuchung – Bebauungsplan 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg, Dänekamp und Partner, Pinneberg, 26.11.2018
- Verkehrskonzept – LSA für Knoten Pinassenweg / Moislinger Allee, Dänekamp und Partner, Pinneberg, 14.06.2019

Lübeck, den 21.08.2019

Fachbereich 5, Planen und Bauen

Bereich 610, Stadtplanung und Bauordnung

5.610.4/ Zim

in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro Ostholstein

Anhang 1 Konzept-Lageplan



Anhang 2 Lageplan Erschließung



Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08079
öffentlich

Lübeck, 22.08.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
5.610 - Stadtplanung und Bauordnung

Bearbeitung: Birgit Maaß (E-Mail: birgit.maass@luebeck.de Telefon: 122 - 6124)

Lübeck "Altstadt" - Planerische Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme im Städtebauförderungsprogramm "Städtebaulicher Denkmalschutz"

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
02.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
16.09.2019	Bauausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Die Vorbereitende Untersuchung (VU) und das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (IEK) werden zur einheitlichen Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Altstadt“ Lübeck beschlossen und der weiteren Umsetzung im Städtebauförderungsprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ verbindlich zu Grunde gelegt.
2. Die aus dem IEK abgeleitete räumliche Abgrenzung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Altstadt“ Lübeck wird als Sanierungssatzung gemäß §142 (3) BauGB beschlossen. Die Sanierung soll in den, nach Inkrafttreten der Satzung, folgenden 15 Jahren durchgeführt werden.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:	Die Programmumsetzung des Städtebauförderungsprogramms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ wird seit März 2016 durch eine fachbereichsübergreifende Projektgruppe begleitet und koordiniert. Stellvertretend für die Fachbereiche waren beteiligt: - 1.160 Frauenbüro - 1.102 Statistik und Wahlen - 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften - 3.030 Fachbereichscontrolling - 4.041 Fachbereichsdienste - 4.491 Archäologie und Denkmalpflege
Ergebnis:	Zustimmend.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:	[ ]	Ja
	[X]	Nein
Begründung:		Die Belange von Kindern und Jugendlichen werden in diesem Planungsstudium nicht in besonderem Maße berührt. Im Rahmen der Durchführung kommen projektbezogen verschiedene Beteiligungsformate zur Anwendung.
Die Maßnahme ist:	[ ]	neu
	[X]	freiwillig
	[ ]	vorgeschrieben durch:
Finanzielle Auswirkungen:	[ ]	Nein
	[X]	Ja (siehe Begründung)

Begründung:
Gemäß den seit 01.01.2015 geltenden Städtebauförderungsrichtlinien des Landes Schleswig-Holstein ist ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (IEK) als fachübergreifende, koordinierte und ausgewogene städtebauliche Planung zur Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme aufzustellen. Diese städtebauliche Planung ist Voraussetzung und Grundlage für die Förderung von Maßnahmen der Durchführung im Rahmen der weiterführenden Umsetzung des Städtebauförderungsprogramms „Städtebaulicher Denkmalschutz“.

Inhaltlich folgt das IEK, mit der Zielkonzeption und Maßnahmenausrichtung, der vorbereitenden Untersuchungen (VU) nach § 141 BauGB. In der VU wurden Stärken und Potentiale sowie Probleme und Konflikte des Gebiets erfasst und bewertet.
Das IEK ist als Steuerungsinstrument für die zukünftige Gebietsentwicklung zu begreifen, welches ausführlich die Ziele der städtebaulichen Sanierung darstellt und konkrete Maßnahmen und Projekte benennt, die integriert zur Stabilisierung und Aufwertung des Gebietes beitragen.

Im Rahmen der städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Altstadt“ wurde für die Einzelmaßnahme „Historisches Rathaus“ vom Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein (MILI) 2016 die Zustimmung zum Mitteleinsatz gemäß B 3.3 i.V.m- B 1.1.7 STBauFR 2005 erteilt. Eine Reihe von Teilsanierungen, z.B. im Germanistenkeller, dem Bürgerschaftssaal sowie an Nord-, Ost- und Südfassade sind inzwischen erfolgt. Die Bewilligung und Zustimmung zum vorzeitigen Einsatz der Förderungsmittel erfolgte unter dem Vorbehalt der Genehmigung des IEK durch das MILI und dem Beschluss durch die Lübecker Bürgerschaft.

Die Förderung von privaten Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen zielt darauf ab, Eigentümer*innen zu aktivieren und zu unterstützen. Die Bewertung des baulichen Zustands der Gebäude erfolgte anhand einer äußeren Inaugenscheinnahme im Rahmen der Bestandsaufnahme sowie der von den Eigentümer*innen gemachten Selbstauskunft. Das Ergebnis der Bewertung stellt keine Verpflichtung zur Durchführung von Maßnahmen dar, sondern ist als Angebot an die Eigentümer*innen zu verstehen.

Gemäß der Kosten- und Finanzierungsübersicht des IEK beträgt die mögliche Förderung der geplanten Maßnahmen, auf Basis der voraussichtlichen Kosten, im gesamten Durchführungszeitraum rund 90 Millionen Euro. Voraussetzung für die Förderung von Maßnahmen der städtebaulichen Gesamtmaßnahme ist, dass das MILI der Aufnahme der einzelnen Maßnahme in den jährlich abzustimmenden Maßnahmenplan vor Maßnahmenbeginn zugestimmt hat. Die Höhe der auf die Zuwendungen zu erbringenden gemeindlichen Eigenmittel bemisst sich nach dem Prinzip der Anteilsfinanzierung zu je einem Drittel durch Bund, Land und Gemeinde, soweit nicht ausnahmsweise abweichende Anteile festgelegt werden.

Anlagen:

Anlage 1: Endbericht VU und IEK „Altstadt“

Anlage 2: Anlagen 1 – 4 zum Endbericht

Anlage 3: Pläne 1 - 13

Senatorin Joanna Hagen

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
von Bund, Ländern und Gemeinden

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

SH Schleswig-Holstein
Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

Vorbereitende Untersuchungen „Altstadt“ Lübeck mit integriertem städtebaulichem Entwicklungskonzept (IEK)

Auftraggeberin

Hansestadt Lübeck – Der Bürgermeister –
Fachbereich Planen und Bauen, Bereich Stadtplanung und Bauordnung

Auftragnehmerin

BIG Städtebau GmbH
Drehbahn 7
20354 Hamburg

Projektbetreuung
Dr. Peter Lack
Dipl.-Geogr. Carolin Ahrens
Dipl.-Ing. Christine Ellen
M. Sc. Dajana Schröder

ENDBERICHT
Stand 29.07.2019

Inhaltsverzeichnis

1 Anlass und Aufgabe 4
1.1 Formale Voraussetzung 5

2 Vorgehensweise und Methode 7
2.1 Berichtsgliederung 7
2.2 Prozessorganisation und Partizipation 7

3 Städtebauliche und planerische Rahmenbedingungen 9
3.1 Planungskontext Gesamtstadt Hansestadt Lübeck 9
3.2 Planungskontext „Altstadt“ Lübeck 13

4 Bestandsanalyse des Untersuchungsgebiets „Altstadt“ 24
4.1 Bevölkerungs- und Sozialstruktur 25
4.2 Wirtschaftsstandort und Tourismus 31
4.3 Städtebauliche Struktur 35
4.4 Erschließungs- und Verkehrssituation 37
4.5 Gebäude und Wohnen 47
4.6 Soziale, kulturelle, bildungs- und freizeitbezogene Infrastruktur 56
4.7 Grün- und Freiraumstruktur 61
4.8 Klimafolgeanpassung und Umweltschutz 68

5 Zusammenfassende Bewertung 70
5.1 Stärken, Chancen und Potenziale 70
5.2 Missstände, Mängel und Konflikte 73

6 Integriertes Entwicklungskonzept 78
6.1 Leitbild 78
6.2 Handlungsfelder und Ziele 79

7 Handlungsschwerpunkte 80
7.1 Thematische Schwerpunkte 80
7.2 Räumliche Schwerpunkte 85

8 Umsetzungskonzept 90
8.1 Städtebaulicher Denkmalschutz 90
8.2 Maßnahmen der Vorbereitung und Durchführung 91
8.3 Monitoring 120
8.4 Kosten- und Finanzierungsübersicht 121

9 Verfahrensrechtliche Abwägung 127
9.1 Beurteilung der Sanierungsnotwendigkeit nach BauGB 127
9.2 Grundlagen zur Abgrenzung des Sanierungsgebiets 128
9.3 Vorschlag zur Gebietsabgrenzung 133

9.4 Rechtliche Begründung zur Abgrenzung des Sanierungsgebiets 133
9.5 Durchführbarkeit.....134
9.6 Mitwirkung der Sanierungsbetroffenen 135
9.7 Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange.....136
9.8 Gesamtabwägung 136
9.9 Vorschlag zur zeitlichen Begrenzung.....136
9.10 Ergebnis 136

10 Anlagenverzeichnis 137

11 Abbildungsverzeichnis.....138

12 Tabellenverzeichnis.....139

1 Anlass und Aufgabe



Abb. 1: Verortung des Untersuchungsgebiets im südöstlichen Teil der Lübecker Innenstadt (Quelle: Hansestadt Lübeck)

Die Hansestadt Lübeck ist mit rund 220.000 EinwohnerInnen die zweitgrößte Stadt Schleswig-Holsteins und das Oberzentrum im Südosten des Landes. Insbesondere wegen ihrer einzigartigen Altstadt ist Lübeck international bedeutend. Seit 1987 ist sie als erstes gesamtstädtisches Ensemble in Nordeuropa in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen worden.

Zur Bewahrung und behutsamen Weiterentwicklung dieser Welterbestätte unternimmt die Hansestadt seit vielen Jahrzehnten erhebliche Anstrengungen. Unterstützt wird sie dabei seit rund 50 Jahren aus Städtebauförderungsmitteln für verschiedene Sanierungsgebiete der Altstadt. Die oberste Zielsetzung ist, das einzigartige Erbe zu bewahren und zu erhalten, zugleich aber eine nachhaltige und lebendige Stadtentwicklung zu gewährleisten. Das bedeutet, im Mittelpunkt steht der Erhalt des historischen Erbes, aber der Umgang damit ist auch im Spannungsfeld aktueller sozialer, verkehrlicher, wirtschaftlicher, stadträumlicher und ökologischer Fragestellungen zu reflektieren. Denn das UNESCO-Welterbe „Lübecker Altstadt“ ist gleichzeitig Verpflichtung und aufgrund der weltweiten Wahrnehmung auch Chance für die touristische und damit wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Stadt. Aus dieser Kombination verstärken sich nicht zuletzt Stolz und Identität der Einwohnerschaft.

In diesem Gesamtkontext nimmt das Untersuchungsgebiet im südöstlichen Teil der Altstadt (siehe Abbildung 1) einschließlich des Bereiches „Rathaus und Marienkirche“ die Rolle eines wichtigen Bausteins ein. In enger Abstimmung mit dem zuständigen Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration Schleswig-Holstein hat die Lübecker Bürgerschaft daher am 29. Januar 2015 beschlossen, für diesen Bereich vorbereitende Untersuchungen gem. § 141 BauGB durchzuführen. Das ist Thema und Gegenstand des hier vorliegenden Berichtes, der durch Karten- und Planunterlagen ergänzt wird.

Die Aufgabenstellung sieht darüber hinaus die Erarbeitung eines Integrierten Entwicklungskonzeptes vor. Beides ist an der Strategie des Programms „Städtebaulicher Denkmalschutz" auszurichten.

Zwar liegt der Fokus der Untersuchungen naturgemäß auf dem festgelegten Gebiet, aber er wird stets in Verflechtung mit dem landesräumlichen, dem gesamtstädtischen und dem teilräumlichen Kontext der als Welterbestätte kategorisierten Altstadt betrachtet. Die Aufgabenstellung sieht darüber hinaus die Erarbeitung eines integrierten Entwicklungskonzeptes vor.

1.1 Formale Voraussetzung

Das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration Schleswig-Holstein hat 2009 eine räumlich noch abzugrenzende Gesamtmaßnahme auf der Altstadt Lübeck in das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz aufgenommen. Gemäß § 141 BauGB sind zur Vorbereitung einer städtebaulichen Gesamtmaßnahme vorbereitende Untersuchungen durchzuführen.

Hintergrund und Grundlagen für vorbereitende Untersuchungen nach BauGB

Das Baugesetzbuch (BauGB) bildet die rechtliche und verfahrenstechnische Grundlage, nach der Sanierungsmaßnahmen vorbereitet, durchgeführt und gefördert werden.

Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen sind gemäß § 136 Abs. 2 Satz 1 BauGB „Maßnahmen, durch die ein Gebiet zur Behebung städtebaulicher Missstände wesentlich verbessert oder umgestaltet wird“.

Städtebauliche Missstände liegen gemäß § 136 Abs. 2 BauGB vor, wenn

1. das Gebiet nach seiner vorhandenen Bebauung oder nach seiner sonstigen Beschaffenheit den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse oder an die Sicherheit der in ihm wohnenden oder arbeitenden Menschen auch unter Berücksichtigung der Belange des Klimaschutzes und der Klimaanpassung nicht entspricht oder
2. das Gebiet in der Erfüllung der Aufgaben erheblich beeinträchtigt ist, die ihm nach seiner Lage und Funktion obliegen.

Nach § 141 BauGB sind vorbereitende Untersuchungen erforderlich, um Entscheidungsgrundlagen zur Beurteilung der Notwendigkeit und Durchführbarkeit der Sanierung zu erhalten und um die Voraussetzungen für die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes oder zur Abgrenzung eines Fördergebiets auf der Basis der Erhaltungssatzung gem. § 172 BauGB zu schaffen.

Programmstrategie „Städtebaulicher Denkmalschutz“

Das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ unterstützt den Erhalt, die Sicherung und gegebenenfalls die Wiederherstellung des baukulturellen Erbes im stadträumlichen Zusammenhang.

Mit Hilfe des Programms sollen historische Stadtkerne und Stadtquartiere, die eine große Bedeutung für die Identitäts-und Imagebildung in den Städten haben, erhalten und nachhaltig weiterentwickelt werden. Dies bedeutet, bau- und kulturhistorisch wertvolle Stadtbereiche in ihrer baulichen und strukturellen Eigenart und Geschlossenheit zu erhalten und aufzuwerten. Diese Quartiere sollen als vitale Orte gestärkt werden. Dazu ist ein integrierter Ansatz erforderlich, der unter anderem die Bereiche Wohnen, Arbeit, Handel, Kultur und Freizeit berücksichtigt.

Beschlüsse der Bürgerschaft

Mit Datum vom 29.01.2015 hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck beschlossen, vorbereitende Untersuchungen gemäß § 141 Abs. 3 BauGB einzuleiten (Vorlagen-Nr. VO/2014/02153). Die amtliche Bekanntmachung erfolgte am 17.02.2015 in der „Lübecker Stadtzeitung“.

Im Rahmen der Bestandsanalyse wurden Mängel und Missstände in den Grünflächen „An der Mauer“ sowie im nordwestlichen Bereich im Umfeld des Rathauses offensichtlich. Daher beschloss die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck am 29.06.2017 die Erweiterung des Untersuchungsgebiets. Die amtliche Bekanntmachung erfolgte am 25.7.2017 in der „Lübecker Stadtzeitung“.

Die EigentümerInnen im erweiterten Bereich wurden bereits im September 2016 angeschrieben und zu einer Informationsveranstaltung am 4.10.2016 eingeladen, um eine frühzeitige Beteiligung zu gewährleisten.

2 Vorgehensweise und Methode

2.1 Berichtsgliederung

Der Bericht orientiert sich an den klassischen Bearbeitungsbausteinen nach den Vorgaben des BauGB.



Zunächst wird der Untersuchungsraum „Altstadt“ mit seiner räumlichen Verortung und Bedeutung, seinen Kennzahlen, den planerischen Rahmenbedingungen sowie den aktuellen Entwicklungen detailliert vorgestellt.

Darauf folgt die Bestandsanalyse mit einer genauen Beschreibung und gebäudescharfen Darstellung der städtebaulichen Situation. Dabei werden unter anderem eine vertiefte Erörterung der Nutzungs- und Infrastrukturen, der Verkehrssituation, der Eigentums- und Wohngebäudestruktur sowie der Bevölkerungs-, der Sozial- und der Wirtschaftsstruktur vorgenommen.

Zusammenfassend erfolgt eine Gesamtbewertung der vorgefundenen Bestandssituation. Sie stellt die Missstände, Mängel und Konflikte sowie die Stärken und Schwächen im Untersuchungsraum „Altstadt“ dar.

Das darauf aufbauende integrierte Entwicklungskonzept (IEK) bestimmt ein Leitbild mit gebietsspezifischen Entwicklungszielen und Handlungsfeldern. Es beinhaltet sowohl ein umsetzungsorientiertes Maßnahmenkonzept als auch eine darauf abgestimmte Kosten- und Finanzierungsübersicht, einschließlich des Vorschlags zum Aufbau eines Monitorings.

Schließlich erfolgen eine verfahrensrechtliche Abwägung, ein Vorschlag zur Gebietsabgrenzung, deren rechtliche Begründung und ein Vorschlag zur zeitlichen Begrenzung.

2.2 Prozessorganisation und Partizipation

Zu Beginn der vorbereitenden Untersuchungen wurde in Abstimmung mit der Hansestadt Lübeck ein Projektplan erstellt, der die wesentlichen Meilensteine der Bearbeitung beinhaltet. Die detaillierte Auseinandersetzung mit der Bestandssituation im Untersuchungsgebiet erfolgte über mehrfache Vor-Ort-Begehungen, Sichtung der Planunterlagen und Analyse der vorliegenden Gutachten und Daten zum Untersuchungsraum. Darüber hinaus wurden Gespräche mit Schlüsselakteuren geführt. Diese Gespräche hatten in der Analysephase das Ziel, eine Situationsbewertung aus Sicht der lokalen Akteure einzuholen. In der Konzeptphase wurden vertiefende Gespräche geführt, um das Maßnahmenkonzept zu erörtern. Folgende Schlüsselakteure wurden daran beteiligt:

- Lübeck Management
- Interessengemeinschaften Hüxstraße, Mühlenstraße, Fleischhauerstraße
- Lübeck Tourismus
- BIRL – Bürgerinitiative rettet Lübeck

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde zu Beginn (Mai 2016) und ein weiteres Mal nach Vorliegen des Maßnahmenkonzeptes im Januar 2019 durchgeführt. Dabei wurde über die Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen und über das integrierte Entwicklungskonzept informiert und um Stellungnahme sowie um fachspezifische Auskünfte über das Untersuchungsgebiet gebeten. Die abgegebenen Stellungnahmen und Auskünfte wurden in den Bericht eingearbeitet. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange stehen dem Sanierungsprozess grundsätzlich positiv gegenüber. Eine Übersicht der Stellungnahmen ist diesem Bericht als Anlage beigefügt.

Die Information und Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgte in insgesamt drei öffentlichen Informationsveranstaltungen. Die erste Informationsveranstaltung hat am „Tag der Städtebauförderung“, dem 21. Mai 2016 stattgefunden (siehe dazu die Dokumentation im Anhang). In dieser wurde die Vorgehensweise bei der Erstellung der vorbereitenden Untersuchung und des IEK erläutert sowie Chancen und Mängel aus Sicht der TeilnehmerInnen abgefragt. Eine zweite Informationsveranstaltung, in der die Bestandsanalyse vorgestellt und sich unter anderem für eine notwendige Gebietserweiterung ausgesprochen wurde, fand am 4. Oktober 2016 statt. In einer dritten Informationsveranstaltung am 9. Oktober 2017 wurde das IEK und die verfahrensrechtliche Abwägung vorgestellt und über die Auswirkungen für die Sanierungsbetroffenen berichtet. Die Veranstaltungen waren stets gut besucht. Die Dokumentationen über die Informationsveranstaltungen sind dem Anhang beigefügt.

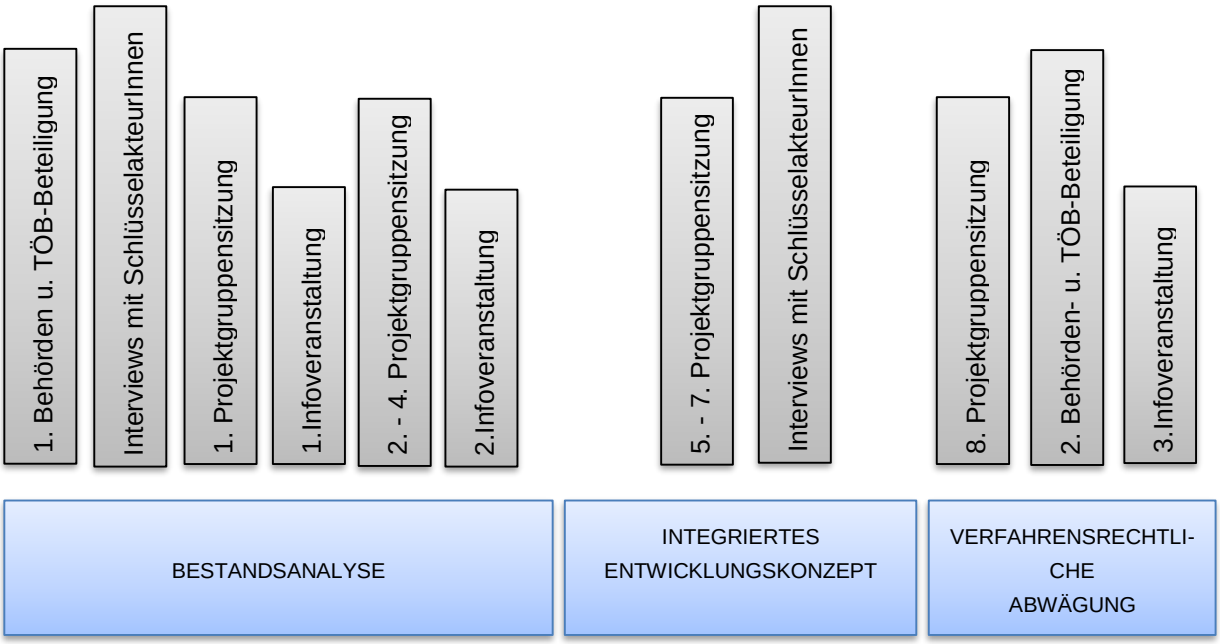


Abb. 2: Projektplan

3 Städtebauliche und planerische Rahmenbedingungen

3.1 Planungskontext Gesamtstadt Hansestadt Lübeck

Lage Hansestadt Lübeck

Die Hansestadt Lübeck liegt im Südosten des Landes Schleswig-Holstein an der Mündung der Trave in die Ostsee und ist mit 220.221 EinwohnerInnen (Stand: 31.12.2016) in den zehn Stadtteilen und 35 Stadtbezirken die zweitgrößte Stadt Schleswig-Holsteins. Der Großraum Lübeck umfasst folgende Siedlungsgebiete: Hansestadt Lübeck; Gemeinde Stockelsdorf, Gemeinde Ratekau (Ortsteil Sereetz); Stadt Bad Schwartau, Gemeinde Groß Grönau (Stadtgrenze Lübeck bis Klein Grönau) und Gemeinde Lüdersdorf (Ortsteil Herrnburg) in Mecklenburg-Vorpommern. Sie gehört seit dem 1. Mai 2012 zudem der Metropolregion Hamburg an, die Entfernung zur südwestlich gelegenen Stadt Hamburg beträgt etwa 65 km. Die Entfernung zur nordwestlich gelegenen Landeshauptstadt Kiel beträgt ca. 78 km, bis zum südöstlich gelegenen Schwerin sind es etwa 68 km.

Verkehrlich ist die Hansestadt Lübeck über die A1 und die Fernbahnstrecke Hamburg-Lübeck-Kopenhagen sowohl an Hamburg als auch an Kopenhagen angebunden. Nach Stettin führt die A20. Seit seiner Gründung im 12. Jahrhundert spielt der Hafen eine wichtige Rolle in der Lübecker Stadtentwicklung. Im Stadtteil Travemünde befindet sich mit dem Skandinavienkai einer der bedeutendsten europäischen Fährhäfen.

Historische Entwicklung

Der etwa zur Zeit Karls des Großen (748–814) von Slawen gegründete Ort Liubice gilt als Namensgeber des heutigen Lübecks. Die Stadt wurde 1143 von Heinrich dem Löwen neu gegründet. 1160 erhielt sie das Soester Stadtrecht. Außerordentlich wichtig für die Stadt war das Artlenburger Privileg von 1161, in dem Lübecker Kaufleute den bisher im Ostseehandel dominierenden gotländischen Kaufleuten rechtlich gleichgestellt wurden. Kurz darauf erlangte Lübeck im Juni 1226 von Kaiser Friedrich II. mit dem Reichsfreiheitsbrief die Reichsfreiheit, wurde also reichsunmittelbare Stadt. Insbesondere als eine der führenden Städte der Hanse in den Jahren 1230 bis 1535 erlangte Lübeck große Bedeutung und konnte sich das Handelsmonopol für Ost- und Nordsee sichern. Sie war damals mit etwa 25.000 EinwohnerInnen nach Köln die zweitgrößte Stadt des Reiches.

Ausgangspunkt für die Stadtentwicklung waren die drei Keimzellen: im Norden um die alte slawische Burg, im Süden der Dombezirk mit Dom und Domkurie und im mittleren Bereich der Markt mit der Marienkirche. Innerhalb von 40 Jahren (1200-1240) expandierte die Stadt mit einer großen Baulandgewinnungsmaßnahme in die Trave und vergrößerte sich um knapp 50 %. Vor Ende des 13. Jahrhunderts waren die Monumentalbauten (Kirchen und Rathaus) errichtet und der markante Stadtgrundriss in seiner heutigen Prägung angelegt. Er ist gekennzeichnet durch zwei parallel zueinander auf dem Kamm der Insel laufenden Hauptstraßen (Breite Straße und Königstraße), von denen Querrippen abzweigen, wie z. B. die Fleischhauerstraße und die Hüxstraße. In dieser Zeit wurde der gesamte Stadthügel besiedelt und die Stadtmauer als Grenze des Stadtgebiets fertiggestellt.

Ab der Mitte des 14. Jahrhunderts erfolgte die bauliche Weiterentwicklung Lübecks im Rahmen von Aus- und Umbauten, Verdichtungen in den Blockinnenbereichen sowie das Ausschmücken der Kirchen, Klöster und öffentlichen Gebäude. Die Stadttore wie das Burgtor und das Holstentor entstanden Mitte bis Ende des 15. Jahrhunderts. Ab dem 16. Jahrhundert endete mit der Bedeutungsabnahme der Hanse auch die Vorherrschaft Lübecks in Nordeuropa.

Bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts begrenzte sich die Bautätigkeit aufgrund der Torsperre auf das Gebiet innerhalb der Stadtmauern. Die rege Bautätigkeit in der Renaissance und im Barock ließ die Stadt- und Grundstücksstrukturen des Mittelalters unangetastet. Sie beschränkte sich in der Regel auf Umbauten mittelalterlicher Substanz, die das äußere Stadtbild nicht veränderten. Einige bereits im 18.

Jahrhundert einsetzende, insbesondere barocke und klassizistische Um- und Neubauten verließen erstmals diese tradierten Prinzipien. Das Stadtbild wurde durch diese Bauten zwar beeinflusst, aber nicht grundsätzlich verändert.

Dies änderte sich erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem wirtschaftlichen Aufschwung im Zuge der Industrialisierung, der Aufhebung der Torsperre im Jahr 1864, der Einführung der Gewerbefreiheit sowie der Freigabe der Bauhöhen. Die historischen Großbauten im Stil der Neugotik und anderer Stilepochen in Verbindung mit ersten Straßenverbreiterungen führten zu ersten Eingriffen in den mittelalterlichen Stadtgrundriss.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Lübecker Altstadt durch Luftangriffe im Jahr 1942 zu rund 25 % zerstört. Der anschließende Wiederaufbau war gekennzeichnet von dem Leitbild einer auto- und funktionsgerechten Stadt. Der radikale Planungsansatz wurde allerdings nur in abgemilderter Form umgesetzt. Auch wenn die Brüche im Stadtbild – insbesondere in den zentral gelegenen Wiederaufbaubereichen – unübersehbar sind, ist der historische Stadtgrundriss mit seinen prägenden mittelalterlichen Großbauten und dem denkmalgeschützten Altbaubestand in den unzerstörten Quartieren weitgehend erhalten geblieben.

3.1.1 Formelle Planungsinstrumente für die Gesamtstadt

3.1.2.1 Landesentwicklungsplan (LEP), 2010

In Schleswig-Holstein wird Lübeck als Oberzentrum und Verdichtungsraum eingeordnet. Dies bedeutet, dass Lübeck und auch die Lübecker Altstadt die Versorgungsfunktionen über ihre Stadtgrenzen hinaus übernimmt. Zusätzlich ist die Hansestadt Lübeck auch als Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung eingeordnet. Landesentwicklungsachsen bestehen Richtung Hamburg, Fehmarn und Bad Segeberg – Siedlungsachsen nach Scharbeutz und ebenfalls Hamburg.

3.1.2.2 Regionalplan Schleswig-Holstein Ost, 2004

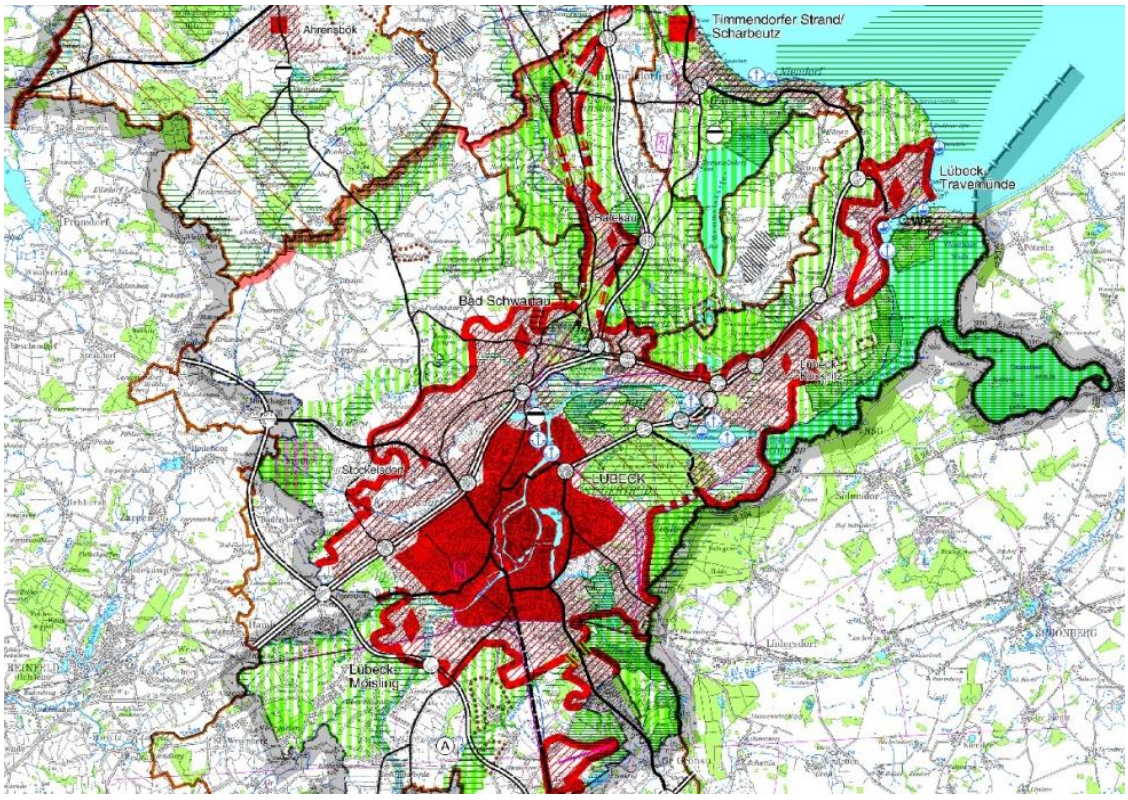


Abb. 3: Ausschnitt aus dem Planungsraum Schleswig-Holstein Ost; Quelle: Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Landesplanungsbehörde

Der Planungsraum Schleswig-Holstein Ost umfasst die Hansestadt Lübeck und den Kreis Ostholstein. Der Regionalplan mit Zielen und Grundsätzen zur räumlichen Entwicklung gilt seit 2004.

Der Kreis Ostholstein und die kreisfreie Stadt Lübeck bilden seit dem Inkrafttreten des neuen Landesplanungsgesetzes 2014 gemeinsam mit den vier Hamburg-Randkreisen und den Kreisen Dithmarschen und Steinburg einen gemeinsamen Planungsraum (neuer Planungsraum III). Eine Neuaufstellung des Regionalplans für diesen Planungsraum wird in den nächsten Jahren erfolgen.

Landschaftsplan der Hansestadt Lübeck, 2008

Der Landschaftsplan für das Gemeindegebiet ist am 4. März 2008 von der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck beschlossen worden. Im Landschaftsplan der Hansestadt Lübeck ist nahezu die gesamte Stadt als Bestandteil des „Lübecker Beckens“ am Rande des östlichen Hügellandes Schleswig-Holstein dargestellt. Die Stadt ist dabei insbesondere durch die drei großen Flussläufe Trave, Wakenitz und Stecknitz gekennzeichnet, die zusätzlich über mehrere Zuflüsse und Ausbuchtungen verfügen. Diese liegen als Abgrenzung der Altstadtinsel z. T. in direkter Nähe des Untersuchungsgebiets. Zusätzlich sind mit den Wallanlagen, die dem „Niederungs- und Fließgewässerkomplex im westlichen Stadtgebiet“ angehören, in der Nähe des Untersuchungsgebiets Grünflächen vorhanden. Diese als „großräumige, besonders wertvolle Landschaftsbereiche“ betitelten Grünflächen befinden sich v. a. im Süden des Untersuchungsgebiets, aber auch z. T. im Westen und Osten und stellen ein großes Potenzial für die Naherholung dar.

Flächennutzungsplan, Stand 2016

Der Flächennutzungsplan wurde von der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck am 31. August/07. September 1989 beschlossen, am 17. August 1990 vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein genehmigt und mit Datum vom 8. Oktober 1990 rechtswirksam. Am 22. Februar 2017 wurde die letzte

Änderung (124.) durchgeführt. Für das Untersuchungsgebiet sind im Flächennutzungsplan für die Hansestadt Lübeck entlang der Haupterschließungsstraßen Breite Straße, Königstraße und Mühlenstraße gemischte Bauflächen dargestellt. Im Bereich der Rippenstraßen wie der Fleischhauerstraße oder der Hüxstraße und um die Marienkirche sowie das Rathaus sind Gemeinbedarfsflächen und Wohnbauflächen dargestellt.

3.1.2 Informelle Planungen

Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK)

Im Jahr 2010 wurde das ISEK von der Bürgerschaft beschlossen. In diesem Konzept werden die zukünftigen, entwicklungsrelevanten thematischen räumlichen Aufgaben und Schwerpunkte der Stadtentwicklung der Hansestadt Lübeck benannt.

Für die Lübecker Altstadt wird empfohlen, Themen, wie die Stärkung des Welterbes und der Denkmale, eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Raumes sowie eine Stärkung der Altstadt als Wohnstandort, gezielt anzugehen. Die Umwidmung der Fleischhauer- und Hüxstraße zur Fußgängerzone, die Erstellung eines Lichtleitplans und eines Managementplans Weltkulturerbe oder der Ausbau einiger Blockinnenhöfe als Aufenthaltsort werden als konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, wovon einige bereits umgesetzt wurden.

Weitere Planungen, Gutachten und Konzepte

Relevante Inhalte aus den folgenden Gutachten wurden in die Erstellung der vorbereitenden Untersuchungen integriert:

Gesamtstädtische Entwicklungskonzepte

- Hansestadt Lübeck: Integriertes Stadtentwicklungskonzept (2010)
- Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: Lübeck 2030 (2015)

Verkehr

- Hansestadt Lübeck: Verkehrsentwicklungsplan (2000)
- PTV: Überprüfung und Optimierung des Liniennetzes in der Hansestadt Lübeck (2011)
- Hansestadt Lübeck: Regionaler Nahverkehrsplan (1997/2003/2014)
- Hansestadt Lübeck: Fahrradfreundliches Lübeck (2013)
- Hansestadt Lübeck: Bericht zur Neuregelung Bewohnerparkbereich Altstadt (2014)
- Hansestadt Lübeck: Bericht Parkraumangebot in der Altstadt – Statusbericht (2010)
- Hansestadt Lübeck: Verkehrsberuhigung Altstadt. Einziehungsverfügung und Begründung (1996/1998)
- Bericht „Verbesserung des Radparkens in der Lübecker Altstadt (2011)

Ökonomie und Tourismus

- Brandmeyer Markenberatung: Erfolgsmuster der Marke Lübeck (2009)
- dwif-Consulting: Touristisches Entwicklungskonzept für Lübeck und Travemünde (2010)
- Hansestadt Lübeck: Einzelhandelszentren- und Nahversorgungskonzept (2011)
- Lübeck und Travemünde Marketing: Touristische Wachstumsstrategie Lübeck 2020 PLUS (2012)
- NIW: Gewerbeflächenentwicklungskonzept für die Hansestadt Lübeck (2012)
- Wirtschaftsförderung Lübeck: Einzelhandelsmonitor (2015/2016)

Wohnen

- Hansestadt Lübeck: Wohnungsmarktbericht (2015)

Öffentlicher Raum

- Entwurf Lichtleitplan (2016)
- Gruppe Planwerk: Städtebauliche Untersuchung der Straßen und Platzräume im Untersuchungsgebiet Innenstadt Lübeck (1989/90)

Klima

- URS Deutschland: Klimaschutz in Lübeck. Integriertes Rahmenkonzept (2010)
- Wärmenutzungskonzept, Endbericht 2014

Soziales

- biregio: Schulentwicklungsplan (2016)
- Wegweiserin

Andere Planungen/Konzepte/Projekte

- Perspektivenwerkstatt „Mitten in Lübeck“ (2007)

3.2 Planungskontext „Altstadt“ Lübeck

Im Jahr 1987 wurde die Altstadt der Hansestadt Lübeck als erstes Stadtdenkmal im nordeuropäischen Raum in die Liste der UNESCO-Welterbestätten aufgenommen. Der Welterbebereich umfasst drei Zonen in der Lübecker Altstadt, die für die Geschichte und Entwicklung der Hansestadt Lübeck von großer Bedeutung sind und die nach dem Kriterium „iv“ der UNESCO-Konvention „ein herausragendes Beispiel eines Typus von Gebäuden ist, die einen bedeutsamen Abschnitt in der Geschichte der Menschheit versinnbildlicht“. Diese Bereiche haben ihren historischen Charakter am besten bewahrt und lassen

erkennen, welche Macht und geschichtliche Bedeutung die Hanse und Lübeck als Haupt der Hanse besaßen.

Der Wert des Lübecker Stadtdenkmals setzt sich insbesondere aus folgenden Elementen zusammen:

- Das Stadtdenkmal als städtebauliches Ensemble wird aus der Stadtsilhouette und der Stadtansicht, dem historischen Raumgefüge der Straßen und Plätze, einem engen Netz von Gängen (siehe Abbildung 4) und Höfen, als einmalige städtebauliche Besonderheit sowie der Parzellierung und Bebauung gebildet. Sein charakteristisches Bild erhält Lübeck vor allem durch die sieben Türme und die Dächer der fünf Kirchen und der geschlossenen Altstadtquartiere.
- Das Stadtdenkmal bildet sich aus der Summe der einzelnen Baudenkmale und Gebäudegruppen. Von monumentaler Wirkung und besonderer Bedeutung sind die städtebaulichen Dominanten:
    - die Baugruppe am Markt mit dem Rathaus, der Kirche St. Marien und dem Kanzleigebäude
    - das Holstentor und das Burgtor mit angrenzender Stadtmauer und Marstallgebäude als Reste der Stadtbefestigung
    - die Kirche St. Jakobi und das Heiligen-Geist-Hospital am Koberg
    - der Dom und das Zeughaus
    - die Kirche St. Petri
    - die Kirche St. Aegidien
    - das Burgkloster und der Klosterkirche St. Katharinen
- Das archäologische Bodendenkmal der Lübecker Altstadt weist eine ungewöhnliche Mächtigkeit der im Laufe von Jahrhunderten abgelagerten Kulturschichten auf. Der nasse Untergrund hat über weite Flächen organisches Material wie Bauhölzer, Lederfunde und Knochen in sehr guter Weise konserviert.
- Die früh ausgeprägte wirtschaftliche und gesellschaftliche Differenzierung innerhalb des Stadtgefüges – im Westen in Hafennähe die Kontor- und Wohnhäuser der wohlhabenden Kaufleute, im Osten das Kleingewerbe und die Handwerker – ist noch heute erlebbar. Dies wird auch in der Verteilung der in Serie errichteten Gang- und Reihenhäuser auf den rückwärtigen Grundstücksteilen im Stadtgefüge deutlich.
- Die wissenschaftliche Bedeutung als herausragende Quelle für Kunst-, Bau- und Gesellschaftsentwicklung.
- Neben den historischen Raum- und Baustrukturen sind von besonderem Denkmalwert die Innenstrukturen und Ausstattungen der in großer Zahl erhaltenen Bürgerhäuser mit Dielen in unterschiedlichster Form und Größe, herausragenden Wand- und Deckenmalereien aus Gotik, Renaissance und Barock und qualitätsvollen Stuckdecken.

Die Altstadt wird zudem von der durch Satteldächer geprägten roten Dachlandschaft charakterisiert, die in giebelständiger und - weniger häufig - traufständiger Form bei den historischen Bürgerhäusern ausgebildet wurde. Die öffentlichen Gebäude sind durch Kupfer- (Kirchen) oder auch Schieferdeckung (Rathaus, Holstentor) betont.

Prägende Gebäude sind die sogenannten Dielenhäuser. Die hohen Dielen dienten als Hauptaufenthalts- und/oder Arbeitsraum sowie auch als Speicherhaus. Das Vorderhaus wurde häufig um einen Seitenflügel ergänzt (z. B. Fleischhauerstraße 79, siehe Abbildung 5).

Daneben tragen die Brandwände in den Altstadtquartieren als gemeinsam genutzte Grundstücksmauern zum Denkmalwert der Altstadt bei. Als älteste Teile der Gebäude sind sie in sehr vielen Fällen noch in ihrer ursprünglichen Substanz aus dem 13. und 14. Jahrhundert erhalten. Aus denkmalpflegerischer Sicht sind sie auch als Träger von Wandmalereien besonders schützenswert, weil sich an ihnen die gesamte mehrhundertjährige Hausbaugeschichte dokumentiert. Wegen der gemeinsamen Brandmauern benachbarter Gebäude ist die Parzellenstruktur der Altstadt bis heute weitgehend bewahrt.

Infolge der Eintragung als Welterbestätte hat sich die Hansestadt Lübeck eine Reihe von informellen Instrumenten gegeben, um einerseits der außerordentlichen Verpflichtung, die mit diesem Status verbunden ist, gerecht zu werden und um andererseits aber auch die sich daraus ergebenden Chancen sowie die damit verbundenen Zielkonflikte für die Stadt zu definieren und Festlegungen in Verwaltungshandeln zu überführen. Die wichtigsten beiden Instrumente sind der 1993 begonnene **Denkmalplan Altstadt** und der 2010 beschlossene und 2011 veröffentlichte **Managementplan** für die Welterbestätte „Lübecker Altstadt“. Die Erkenntnisse und Festlegungen beider Instrumente sind wichtige Handlungsleitlinie für den Umgang mit dem Welterbe - und damit auch für das hier zu behandelnde Untersuchungsgebiet.



Abb. 4: Schornsteinfeger Gang (einer von 90 Gängen in der Lübecker Altstadt), drei verschiedene Perspektiven



Abb. 5: Dielenhaus in der Fleischhauerstraße 79

3.2.1 Denkmalplan Altstadt

Im Jahr 1993 wurde von der Stadt damit begonnen, den „Denkmalplan Altstadt“ zu erstellen. Sie reagierte damit auf die Forderung der UNESCO, das Stadtdenkmal unter den Aspekten des Welterbes vollständig zu erfassen und zu beschreiben.

Der Denkmalplan gliedert sich in zwei Teile, von denen der erste im Jahr 2000 fertiggestellt wurde. Er umfasst die erste flächendeckende und systematische Inventarisation der Altstadt in ihrer stadträumlichen Struktur und dem Äußeren der Gebäude. Der zweite Teil des Denkmalplanes beinhaltet eine Inventarisation des Inneren der Gebäude mit ihrer für das Welterbe einzigartigen Gebäudeausstattung.

Der veröffentlichte Teil des Denkmalplanes Altstadt enthält folgende Kartenwerke:

- Brandmauern
- Denkmalbestand bis 1997
- Denkmalzielplanung
- Mängelkartierung im Erdgeschossbereich

- Mängelkartierung in Ober- und Dachgeschossen
- Mängelkartierung in der Dachlandschaft

Mit dem Denkmalplan steht der Archäologie und Denkmalpflege sowie der gesamten Lübecker Verwaltung ein Instrument zur Verfügung, das einen Überblick über den historisch gewachsenen Gebäudebestand einschließlich der ausgewiesenen Denkmale in der Altstadt und umfangreiche Informationen über die Qualität und Eigenarten der historischen Altstadthäuser gibt.

Digitale Denkmalkartierung

Die Inhalte und Zielsetzungen des Denkmalplanes sind auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Bauherren, Architekten und EigentümerInnen sollen sich möglichst einfach auf elektronischem Wege vorab Informationen zum Baubestand einholen können.
Die digitale Version soll im Internet bereitgestellt und laufend auf dem aktuellen Stand gehalten werden. Über ein entsprechendes GIS-Informationssystem sind weitere Dokumente (Fotos, Gutachten etc.) mit einzelnen Gebäuden zu verknüpfen und Baualterspläne zu erstellen. Insgesamt werden damit Informationen über denkmalgeschützte Gebäude in der Altstadt schnell und umfassend bereitgestellt und die Denkmalpflege bei der Bearbeitung vieler Anfragen zu Denkmalen entlastet.

Digitalisierte Bestandsaufnahme der Wand- und Deckenmalereien

Von 2005 bis 2009 wurde ein wissenschaftliches Projekt mit dem Thema: „Ortsfeste Raumdekoration in Lübecker Wohnhäusern zwischen 1250 und 1800“ in Zusammenarbeit mit der Christian-Albrecht-Universität Kiel und der Deutschen Forschungsgemeinschaft durchgeführt. Es beschäftigte sich mit dem einzigartigen, aber kaum erforschten Bestand an Wand- und Deckenmalereien in Lübecker Häusern und dokumentiert den umfangreichsten bislang bekannten derartigen Bestand in Europa. Aus etwa 400 Lübecker Häusern sind jetzt über 1.600 Malereien des Zeitraumes 1250–1800 bekannt. Die Ergebnisse wurden durch ein groß angelegtes EDV-geschütztes Forschungsprojekt erstmals vollständig und systematisch erfasst. Die digitale Bestandsaufnahme der Wand- und Deckenmalereien und sonstiger Ausstattungsteile soll auch zukünftig fortgeschrieben werden.

Die Lübecker Funde wurden mit kunstgeschichtlichen und kulturgeschichtlichen Daten vernetzt. Dafür wurden Vergleichsbeispiele anderer Orte und Regionen gesammelt und durch Archivrecherche in Lübeck mögliche Auftraggeber der Malereien ermittelt. Die Dokumentation der Wand- und Deckenmalereien in Wort und Bild sichert der Kunst- und Kulturgeschichte unersetzliches Quellenmaterial. Entschlüsselung und Bewertung von Funden werden erleichtert. Die Lübecker Denkmalpflege erhält ein unentbehrliches, ausbaufähiges Instrumentarium, das sich insbesondere in der täglichen praktischen Arbeit bewähren wird. Darüber hinaus wird es zukünftig der interessierten Öffentlichkeit und allgemeinen Forschung als reicher Fundus zur Verfügung gestellt.

Stärkung des Denkmalschutzes

Zahlreiche Publikationen zum archäologischen Bestand in Lübeck wurden von der Abteilung Archäologie herausgegeben und vermitteln einen umfassenden Eindruck der durchgeführten Arbeiten.

Durch ein spezielles Monitoring kann die Pflege und Wartung bereits sanierter oder restaurierter Bau- und Kunstdenkmäler gesichert werden. Grundsätzlich gilt sowohl in der Archäologie wie auch in der Denkmalpflege das Verursacherprinzip. Demnach werden Bauherren und Investoren verpflichtet, die durch ihre Vorhaben verursachten archäologischen Grabungen, bauhistorischen und restauratorischen Voruntersuchungen selbst zu finanzieren.

Archäologie

Der archäologische Untergrund der Lübecker Altstadt ist Bestandteil des Welterbes. Bei der Aufnahme der Lübecker Altstadt in die Welterbeliste weist die UNESCO ausdrücklich auf die Bedeutung und Notwendigkeit der weiteren Erforschung der archäologischen Substanz in Lübeck hin.

Der archäologische Untergrund weist eine ungewöhnliche Mächtigkeit archäologisch wertvoller Schichten auf. Die gesamte Altstadtinsel ist aus diesem Grund als Grabungsschutzgebiet ausgewiesen. Erdarbeiten in diesem Bereich bedürfen somit der Genehmigung durch den Bereich Archäologie und Denkmalpflege. Unterkellerungen, Tiefgaragen oder Tiefgeschosse, die dieses Element des Welterbes gefährden, können so verhindert bzw. vorerforscht werden.

Sanierungs- und Neubaumaßnahmen in der Altstadt dürfen keines der Bestandteile des Welterbes gefährden. Folglich müssen auch Bodeneingriffe und damit die Zerstörung des archäologisch wertvollen Untergrundes grundsätzlich so gering wie möglich gehalten werden. Dies bedeutet im Regelfall den Verzicht bzw. die Minimierung von Unterkellerungen, insbesondere Tiefgaragen, die Nutzung kleinflächiger Fundamentierungstechniken und die Beachtung dieser Zielsetzung bei der Verlegung neuer Versorgungsleitungen im öffentlichen Raum. In jedem Einzelfall ist der Eingriff in das Bodendenkmal von der Archäologie zu genehmigen und ggf. ein angemessener zeitlicher Vorlauf für die Erforschung der archäologischen Substanz einzuräumen. Nur so kann eine dem Bodendenkmal entsprechende Entwicklung der Altstadt gewährleistet werden.

Kirchen

Die von den sieben Kirchtürmen geprägte Stadtsilhouette Lübecks steht für ein sakral geprägtes mittelalterliches Stadtbild, wie es vergleichbar weder für die Antike noch für die Neuzeit gegeben war. Für keine Epoche der abendländischen Geschichte wird der Begriff von Kunst in gleicher Ausschließlichkeit an der kirchlichen Kunst gebildet wie für das Mittelalter. Nicht die Amtskirche als Institution war alleiniger Auftraggeber für diese Kunstgegenstände. Im Lübecker Stadtbild bildet sich das Erstarken der städtischen Selbstorganisation in den Bürgerkirchen ab, in denen sich dieses Selbstbewusstsein durch die Ausstattung und nicht zuletzt durch die Höhe der Kirchtürme ausdrückt.

Die Unterscheidung zwischen öffentlichen Gebäuden und Kirchen ist ein Ausdruck nachsäkularen Verständnisses. Gerade die mittelalterliche Stadt Lübeck ist ein herausragendes Beispiel dafür, dass diese Unterscheidung für das Mittelalter nicht in Frage kommt.

Auch heute wird anhand der großen BesucherInnenzahlen in den kirchlichen Großbauten die Bedeutung der Kirchenbaukunst des Mittelalters deutlich. Diese BesucherInnenströme werden eigenverantwortlich und ehrenamtlich durch die jeweilige Kirchengemeinde und in Zusammenarbeit mit den städtischen Stadtführern geleitet und betreut.

Die besondere Aufgabe zur Pflege kulturhistorisch wertvoller Substanz war den kirchlichen Verantwortungsträgern in Lübeck stets bewusst. Dafür steht zum Beispiel die kirchliche Bauhütte, die heute vom Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg unterhalten wird. An dieser im Bereich der Nordelbischen Kirche einzigartigen, auf mittelalterliche Vorbilder zurückgehenden Handwerkstradition soll festgehalten werden. Es ist beabsichtigt, insbesondere die handwerklichen Erfahrungen für vorindustrielle Bauweisen zu tradieren, denkmalpflegerisch weitergehend zu erforschen und projektübergreifend nutzbar zu machen.

3.2.2 Managementplan

Nach den Richtlinien der UNESCO-Gremien aus dem Jahr 2005 sind für jede Welterbestätte verbindliche Managementpläne aufzustellen. Im September 2010 hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck den Managementplan für das UNESCO-Welterbe "Lübecker Altstadt" beschlossen.

Ziel des Managementplanes ist die Bewahrung der Integrität und Authentizität der Welterbestätte "Lübecker Altstadt". Dieses betrifft nicht nur die Bewahrung der originalen Bausubstanz, sondern insbesondere auch die Bewahrung der besonderen städtebaulichen Strukturen der Altstadt.

Der Managementplan zielt darauf ab, die Welterbestätte im Geiste der UNESCO-Konvention zum Schutz des Erbes der Menschheit dauerhaft zu bewahren. Die in den verschiedenen Chartas von der UNESCO verabschiedeten Entschließungen zum Schutz von Bau- und Bodendenkmälern sowie historischen Ensembles und Stadtlandschaften bilden neben der Welterbekonvention dafür die fachliche Grundlage. Der Managementplan beschreibt die Merkmale, Verwaltung, Ziele und Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung der Welterbestätte.

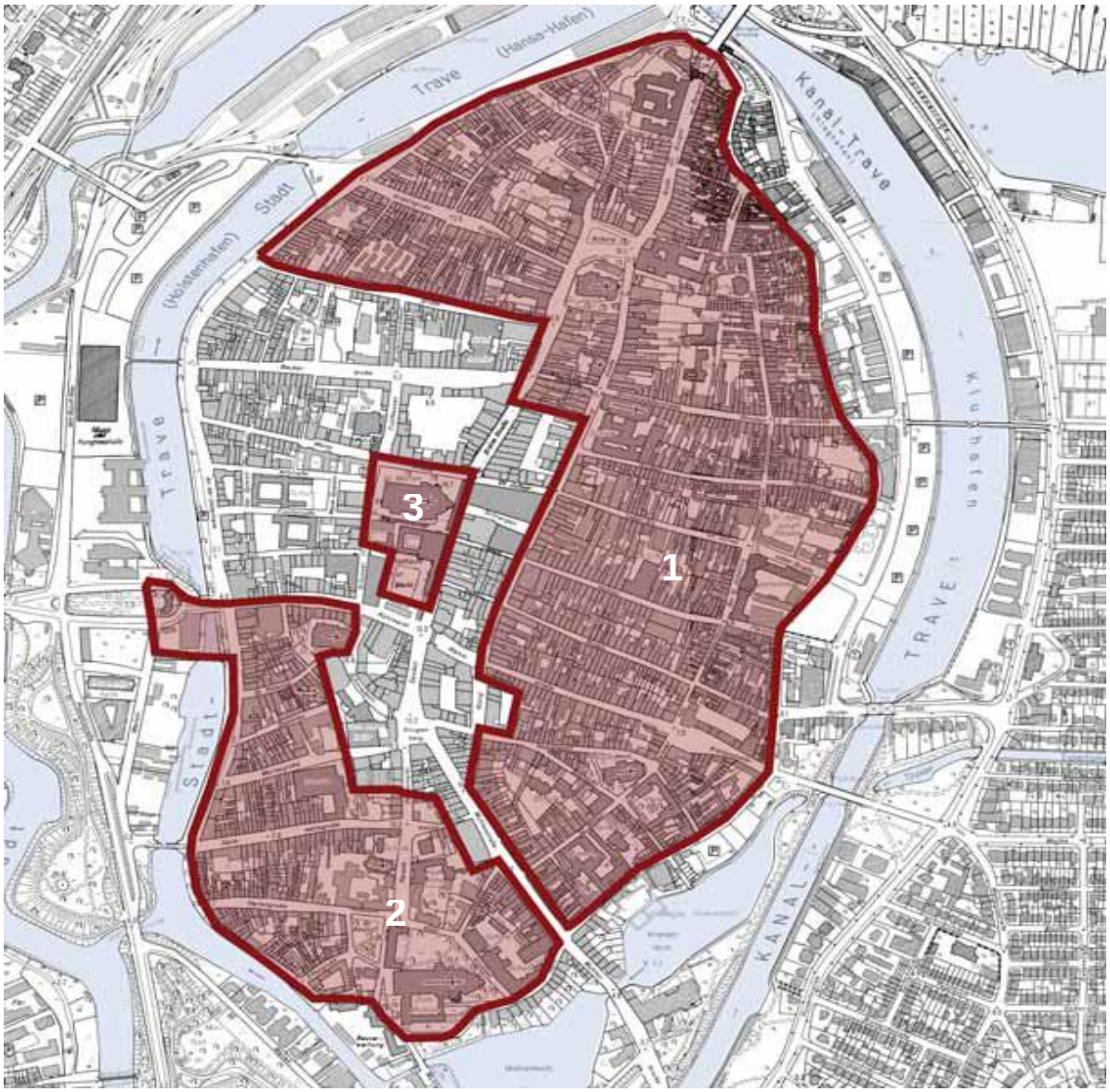


Abb. 6: Bereiche der UNESCO-Weltkulturerbestätte „Lübecker Altstadt“. Quelle: Managementplan UNESCO-Weltkulturerbestätte „Lübecker Altstadt“, S. 18

Die im Managementplan getroffenen und somit von der Bürgerschaft beschlossenen Festlegungen sind Grundlage der Stadtentwicklungspolitik für die Lübecker Altstadt insgesamt, da der Managementplan nicht nur die drei Kernzonen, sondern auch die zwischen ihnen liegenden und die sie umgebenden Pufferzonen betrachtet. Generelles Ziel ist es, dass Maßnahmen in den Kernzonen, aber auch in den Pufferzonen die Identität und Authentizität des Welterbes und damit die Begründung für die Eintragung in die Welterbeliste nicht gefährden dürfen.

Bedeutung UNESCO-Weltkulturerbe für das Untersuchungsgebiet
Die Welterbestätte „Lübecker Altstadt“ besteht aus drei sogenannten „Kernzonen“, die durch „Pufferzonen“ getrennt und von ebensolchen umgeben sind (siehe Abb. 6). Das Untersuchungsgebiet umfasst die Kernzone 3 mit Rathaus, Markt und Marienkirche, den südlich der Hundestraße gelegenen Teil der Kernzone 1 sowie der Pufferzone zwischen den Kernzonen. Damit ist der wesentliche Teil des Untersuchungsgebietes Teil der Welterbestätte und unterliegt mit den angrenzenden Pufferzonen den Anforderungen der Welterbekonvention an die Welterbestätten.

3.2.3 Planungsrechtliche Situation: B-Pläne und Satzungen

In der Lübecker Altstadt liegen mehrere Bebauungspläne vor. Aufgeführt werden folgend ausschließlich die Bebauungspläne, die für das Untersuchungsgebiet relevant sind. Die Verortung ist dem „Plan 1 Rahmenbedingungen“ zu entnehmen. Die zitierten folgenden Beschreibungen wurden der Internetseite der Stadt Lübeck entnommen.

Der B-Plan 01.08.00; rechtskräftig seit dem 20. August 1992, weist den Großteil des Schrangens als Kerngebiet aus. Der **B-Plan 01.10.00**, Innenstadt, rechtskräftig seit dem 31. Oktober 1989 bezieht sich auf nahezu die gesamte Innenstadt. **B-Plan 01.49.00**, Königstraße/Dr.-Julius-Leber-Straße/ Fleischhauerstraße ist rechtskräftig seit dem 26. April 1991. Die Festsetzungen in den B-Plänen werden bei der weiteren Bearbeitung und vor allem bei der Erstellung des Maßnahmenkonzepts entsprechend berücksichtigt.

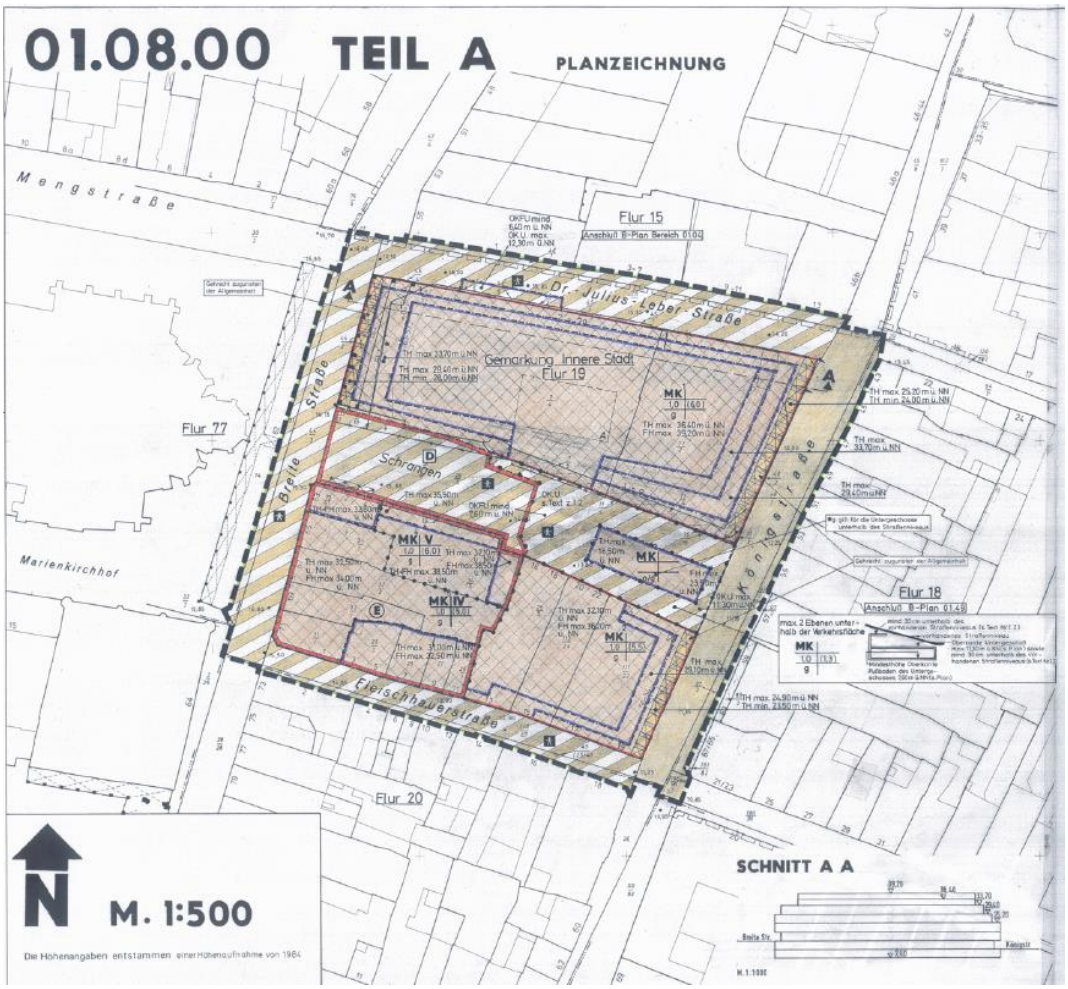


Abb. 7: B-Plan 01.08.00, Schrangen, 20. August 1992

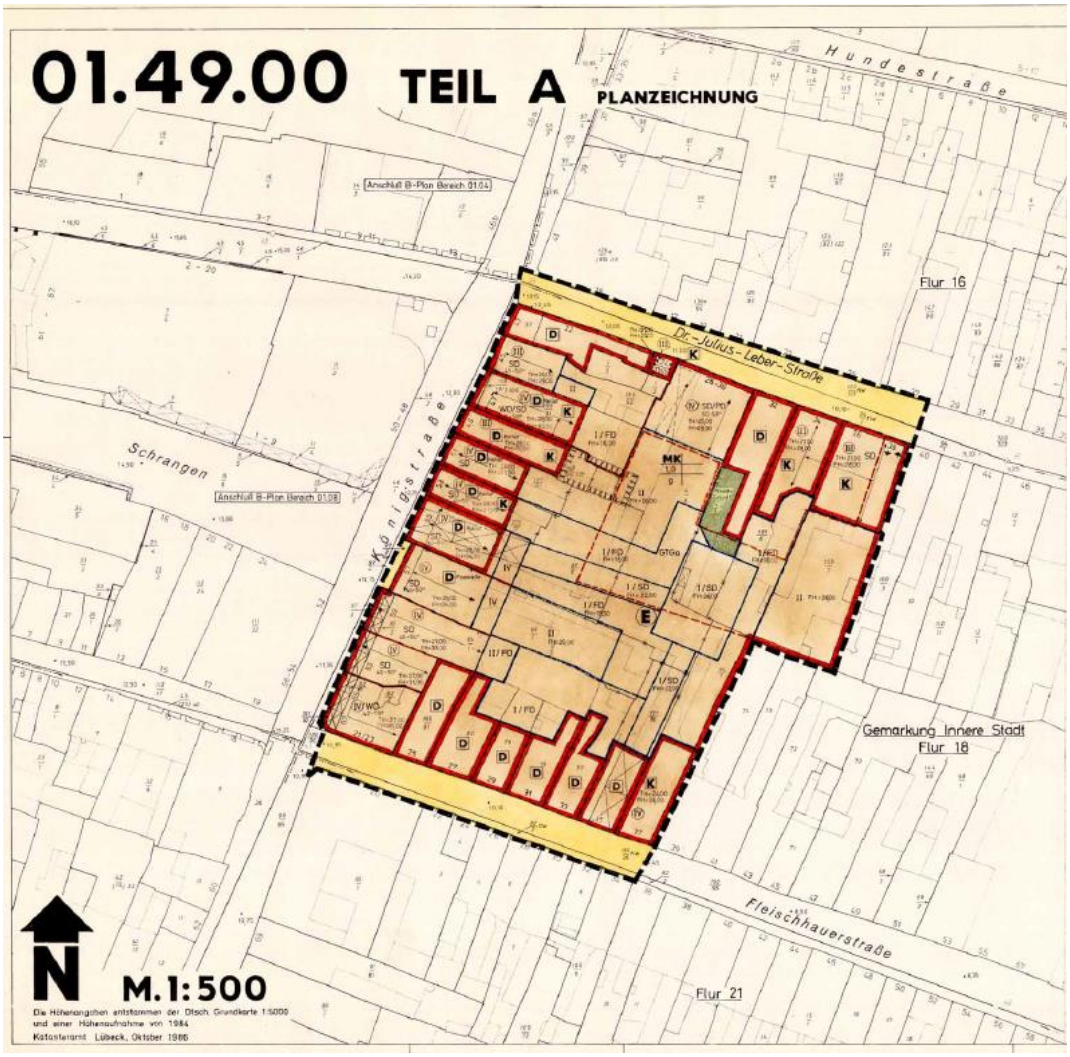


Abb. 8: B-Plan 01.49.00, Königstraße/Dr.-Julius-Leber-Straße/Fleischhauerstraße, 26. April 1991

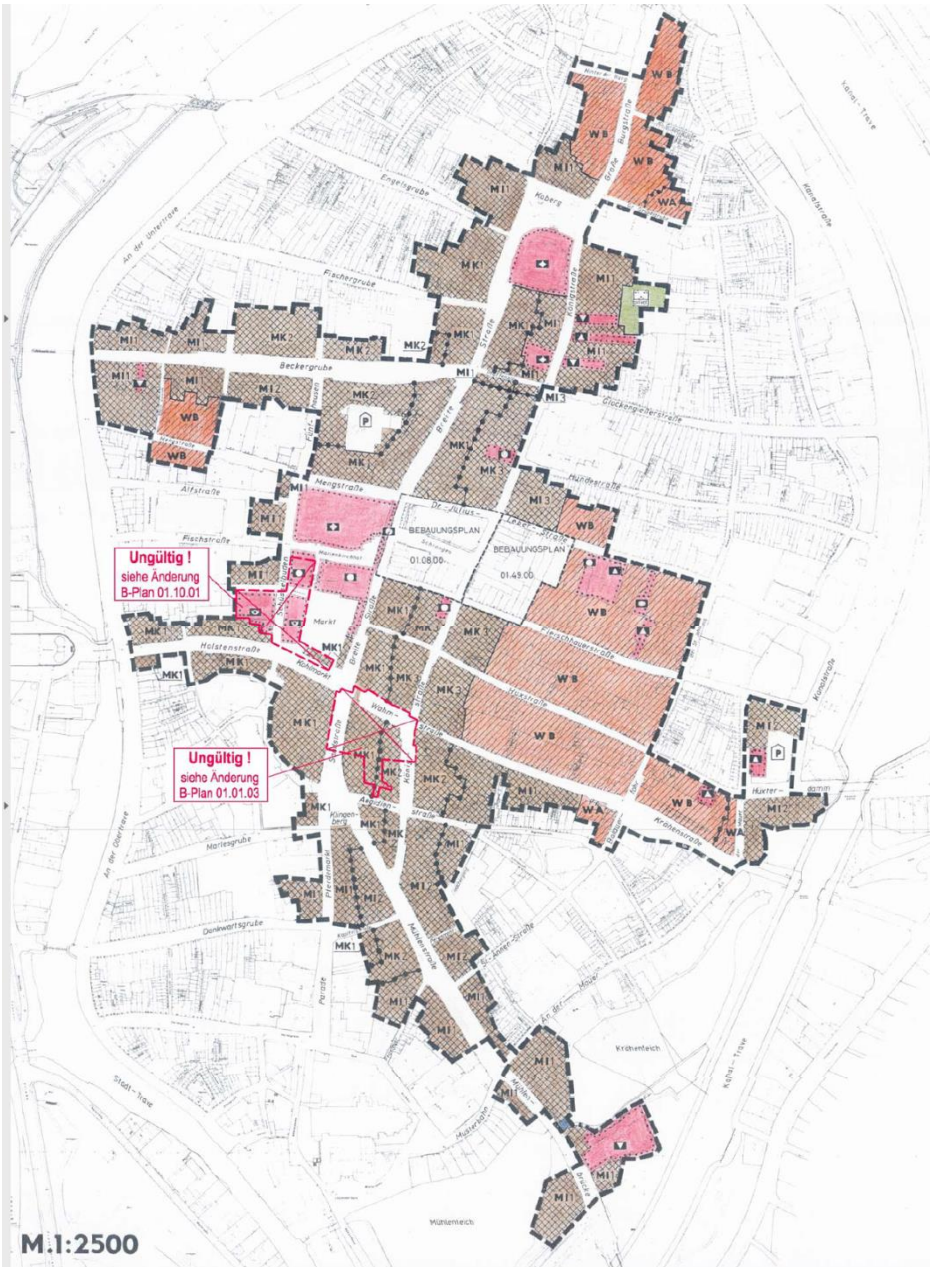


Abb. 9: B-Plan 01.10.00, Innenstadt, 31. Oktober 1989

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über alle Bebauungspläne im Untersuchungsgebiet und ihren derzeitigen Status:

B-Plan	**Status**
01.05 (z. T.)	Aufstellungsbeschluss
01.10.00 Innenstadt	Rechtskräftig
01.08.00: Schrangen	Rechtskräftig
01.49.00: Königstr./Dr.-Julius-Leber-Str./Fleischhauerstr.	Rechtskräftig
01.42	Aufstellungsbeschluss
01.43	Aufstellungsbeschluss
01.47	Aufstellungsbeschluss
01.46	Aufstellungsbeschluss

Rahmenplan Innenstadt
Der städtebauliche Rahmenplan Innenstadt von 1983 mit den Fortschreibungen von 1988 und 1990 war zunächst Voraussetzung für den Erhalt von Städtebauförderungsmitteln. Nach der Nominierung des Lübecker Weltkulturerbes stellte er die erste städtebauliche Auseinandersetzung mit dem Welterbestatus dar. Der Erhalt der Altstadt in ihrer Gesamtheit und ihrer stadtbildprägenden Elemente steht im Fokus des städtebaulichen Rahmenplans, dessen Grundaussagen und Zielsetzung ihre Gültigkeit bis heute nicht verloren haben. Die Ziele des Rahmenplans sind:

- Erhaltung der Innenstadt Lübeck in der Gesamtheit ihrer kulturhistorischen Werte und stadtbildprägenden Elemente als nationales und internationales Kulturdenkmal.
- Stärkung der Innenstadt als Wohnort für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Die derzeitigen BewohnerInnen sollen nicht gegen ihren Willen durch Planungsmaßnahmen zur Abwanderung aus der Innenstadt gezwungen werden.
- Beibehaltung der Innenstadt als Einkaufszentrum und Standort zentraler und oberzentraler Einrichtungen für die Versorgung der Bevölkerung der Hansestadt Lübeck und ihres Einzugsbereiches.

Der Rahmenplan enthält Aussagen zum Denkmal- und Ensembleschutz, zur Nutzungs- und Infrastruktur, zum Verkehr, zu städtebaulichen Missständen sowie zu Ordnungs- und Neubaumaßnahmen als auch zu Grün- und Freiflächen in der Altstadt. Darüber hinaus macht er Angaben zum Denkmalbestand und zur Dachlandschaft, die in den Denkmalplan Altstadt übernommen wurden. In der Fortschreibung von 1990 wurde der Rahmenplan um Aussagen zur Gestaltung von Straßen und Plätzen, Gängen und Höfen erweitert, der als Basis für die Straßengestaltung dient. Der Rahmenplan sieht die Aufteilung der Altstadtstraßen in vier Kategorien vor, deren Straßenräume unterschiedlich und nach historischen Gegebenheiten zu gestalten sind.

Am 24.11.2016 hat die Lübecker Bürgerschaft die Beauftragung einer integrierten Rahmenplanung für die Innenstadt mit breiter BürgerInnenbeteiligung („Perspektivenwerkstatt“) beschlossen. Aus dem integrierten Rahmenplan wird ein eigenständiges zukunftsorientiertes Mobilitätskonzept abgeleitet. Die Planung ist beauftragt und wird voraussichtlich Mitte 2019 abgeschlossen.

Sanierungssatzungen

Seit 1972 wurde mithilfe der Städtebauförderung etwa die Hälfte der Altstadtinsel zu Sanierungsgebieten erklärt (Stand 2011). Gefördert wurden sowohl private Modernisierungen und Instandsetzungen, die Errichtung und Änderung von Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen, die Durchführung von Ordnungsmaßnahmen als auch die Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen. Insgesamt sind dabei bis 2009 Städtebauförderungsmittel in Höhe von rd. 120 Millionen Euro geflossen. Die ersten Sanierungsgebiete wurden bereits in den 1980er und 1990er Jahren ganz oder teilweise wieder aufgehoben. Die derzeit noch förmlich festgelegten Sanierungsgebiete werden in diesem bzw. im nächsten Jahr – nach Abschluss der letzten Maßnahmen - aufgehoben. Im Untersuchungsgebiet gibt es zurzeit noch drei Sanierungsgebiete (vgl. Plan 1 Rahmenbedingungen).

Geltende Satzungen

Erhaltungssatzung
Die Erhaltungssatzung, die „Satzung über die Erhaltung baulicher Anlagen im Stadtteil Innenstadt“, ist seit 1979 rechtskräftig. Hiermit sind nach § 172 BauGB der Rückbau, die Änderung oder Nutzungsänderung, aber auch die Errichtung von baulichen Anlagen genehmigungspflichtig. Entscheidend für diese Genehmigung ist dabei die Bedeutung des Gebäudes für das Ortsbild und die Stadtgestalt in geschichtlicher oder künstlerischer Hinsicht.

Gestaltungssatzung
Seit 1982 ist die Gestaltungssatzung in Kraft. Diese hat das Ziel, das Kulturdenkmal „Innenstadt Lübeck“ zu sichern. In dieser Satzung werden für die unterschiedlichen Gebäudetypen jeweils unterschiedliche Gestaltungsvorgaben festgelegt. Dies betrifft unter anderem die Dachform, die Fassaden- und Fenster-

gliederung und die Materialität. Die Gestaltungssatzung unterscheidet zwei Bereiche auf der Altstadtinsel: den vorwiegend unzerstörten Altstadtbereich mit tiefer greifenden Festsetzungen und den Bereich, der durch den Wiederaufbau geprägt ist. Beide Bereiche sind im Untersuchungsgebiet vorzufinden.

Werbeanlagensatzung
Die „Satzung über die Errichtung, Aufstellung, Anbringung, Änderung und den Betrieb von Werbeanlagen“, in Kraft getreten im Jahr 2016, regelt die Planung von Werbeanlagen. Werbeanlagen sind danach ab einer bestimmten Größe genehmigungspflichtig. Entscheidend dabei ist, dass die Werbeanlagen sich dem baulichen Umfeld unterordnen und das Straßenbild nicht stören.

3.2.4 Denkmalschutzgesetz Schleswig-Holstein

Jenseits der städtischen Instrumente gilt generell immer - damit auch für das Untersuchungsgebiet - das Denkmalschutzgesetz Schleswig-Holstein. Seit der Novelle des Denkmalschutzgesetzes Schleswig-Holstein vom 1. Januar 2015 gibt es den Status des eingetragenen Kulturdenkmals. Diese Kulturdenkmale werden derzeit von der Hansestadt Lübeck als obere Denkmalschutzbehörde überprüft und neu eingestuft. Generell gelten für nahezu alle Baumaßnahmen im Untersuchungsgebiet die Auflagen des Denkmalschutzgesetzes Schleswig-Holstein, die im weiteren Verfahren zu beachten sind.

Zusätzlich zu den beschriebenen geltenden Satzungen bestehen gem. DSchG SH für die gesamte Innenstadt eine Grabungsschutzzone sowie ein Grabungsschutzgebiet. Für diese Gebiete gelten Genehmigungsvorbehalte i. S. d. § 12 DSchG SH .

4 Bestandsanalyse des Untersuchungsgebiets „Altstadt“

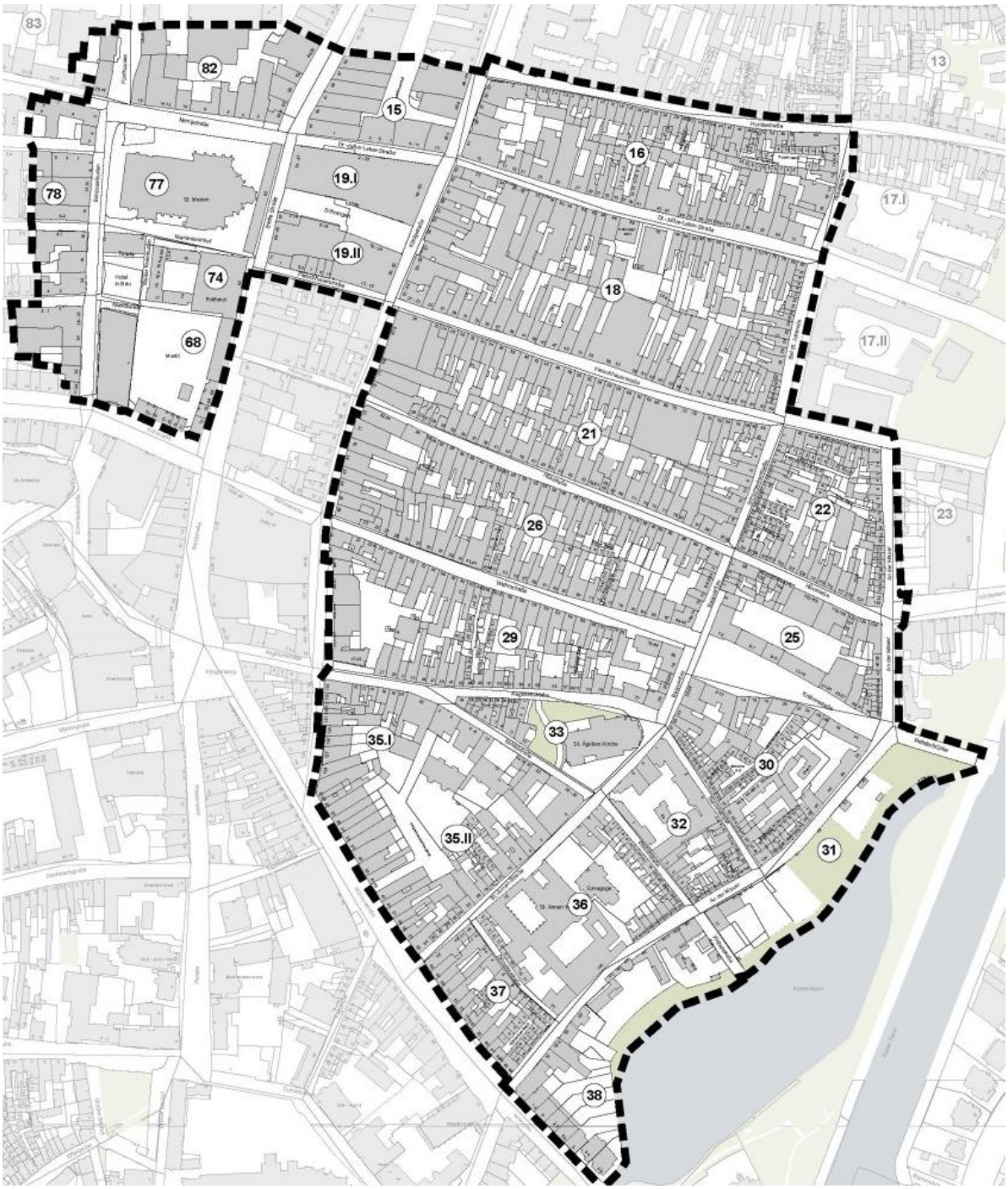


Abb. 10: Abgrenzung des Untersuchungsgebiets „Altstadt“ inkl. Blocknummern, ohne Maßstab

Untersuchungsgebiet "Altstadt"

Das Untersuchungsgebiet „Altstadt“ befindet sich im südöstlichen Bereich des Stadtteils Innenstadt. Es wird im Norden durch den Wehdehof und eine Verbindung durch den Block zwischen Breite Straße und Königstraße sowie die Hundestraße begrenz. Im Westen verläuft die Grenze entlang der westlich an die Straßen Fünfhausen und Schüsselbuden anrainenden Grundstücke. Die Grenze verläuft weiter bis zum Kohlmarkt und umfasst die nördlich davon angrenzenden Gebäude sowie die sich westlich der Breiten Straße befindliche Bebauung bis auf Höhe der Fleischhauerstraße, welche bis zur Königstraße

die südliche Grenze bildet. Dann folgt die Grenze der Königstraße und der Mühlenstraße bis zur Mühlenbrücke. Im Südosten bildet das Ufer des Krähenteichs bis hin zur Rehderbrücke die Grenze. Im Osten begrenzen die Straßen An der Mauer, Bei St. Johannis und Rosengarten das Gebiet.

Auf einer Fläche von ca. 33 ha mit etwa 950 Grundstücken leben rund 4.000 EinwohnerInnen innerhalb der Grenzen des Untersuchungsgebiets. Sowohl das Rathaus, der Marktplatz und die Marienkirche als auch die Kirche St. Aegidien und die jüdische Synagoge gehören zum Gebiet. Im Untersuchungsgebiet befinden sich darüber hinaus 22 der insgesamt 90 historischen Gänge der Altstadt Lübeck.

Da das Untersuchungsgebiet Teil des UNESCO-Welterbes „Lübecker Altstadt“ ist, ergeben sich hieraus Verpflichtungen und Beschränkungen. Im Wesentlichen bedeutet das, dass der Welterbestatus nicht gefährdet werden darf. Zugleich ergeben sich hieraus aber auch wesentliche Chancen zu einer weiteren Revitalisierung und für eine nachhaltige Entwicklung sowohl innerhalb als auch mit der historischen Substanz.

4.1 Bevölkerungs- und Sozialstruktur

Informationen zur Bevölkerungsstruktur und -entwicklung geben wichtige Hinweise zur BewohnerInnenstruktur und den daraus resultierenden Infrastrukturbedarfen. Gebietsbezogene Daten für den **Untersuchungsraum „Altstadt“** liegen nur partiell vor, daher wird in Teilen auf die nächsthöhere statistische Ebene, den **Stadtteil „Innenstadt“**, zurückgegriffen.

4.1.1 Bevölkerungsstruktur und –entwicklung

	Bevölkerungszahl (absolut) 31.12.2007	Bevölkerungszahl (absolut) 31.12.2015	Prozentuale Entwicklung 2007-2015
VU-Gebiet "Altstadt"	3.809	3.922	+3 %
Stadtteil 01 - Innenstadt	13.607	13.975	+2,6 %
Hansestadt Lübeck	213.865	218.523	+2,1 %

Tabelle 1: Entwicklung der Bevölkerungszahl im Vergleich 2007–2015 (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, FB 1, Kommunale Statistikstelle, 2016)

Bevölkerungsentwicklung
Im Untersuchungsgebiet „Altstadt“ leben rund 4.000 EinwohnerInnen (2015). Damit ist die Bevölkerungszahl im Untersuchungsgebiet seit 2007 um 3 % angestiegen. Die Zuwächse im Untersuchungsgebiet fallen damit leicht stärker als in der Hansestadt Lübeck insgesamt aus (vgl.
Tabelle 1).

Die positive Bevölkerungsentwicklung seit 2012 in Lübeck insgesamt, wie auch im Untersuchungsgebiet, ist auf Wanderungsüberschüsse zurückzuführen, während der natürliche Saldo negativ ausfällt (vgl. Abbildung 11 und 12).

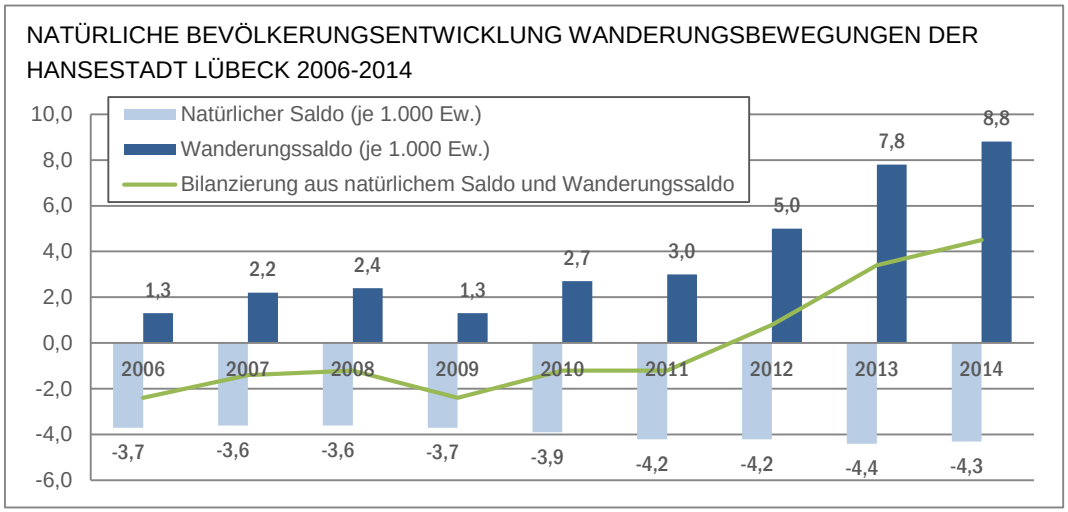


Abb. 12: Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegung des Stadtteils Innenstadt der Hansestadt Lübeck 2006-2014 (Datenquelle: Hansestadt Lübeck: Statistische Jahrbücher; Darstellung: BIG Städtebau)

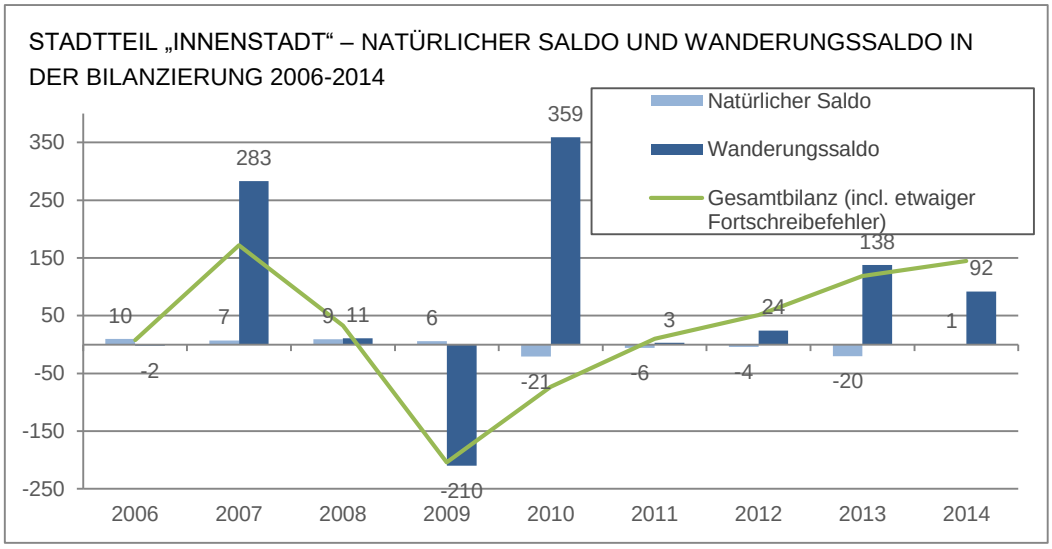


Abb. 11: Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegung der Hansestadt Lübeck 2006-2014 (Datenquelle: Bertelsmann Stiftung: Wegweiser Kommune, Juli 2016 und eigene Berechnung. Darstellung: BIG Städtebau)

Unter den ZuwanderInnen stellen die 18- bis 24-Jährigen, die zu Bildungszwecken nach Lübeck ziehen, die größte Gruppe dar. Darüber hinaus stellen ältere Personen eine Gruppe dar, die an Bedeutung gewinnt (vgl. Tabelle 3).

In Lübeck bestehen besonders intensive Wanderungsbeziehungen mit dem direkten Umland und mit der Metropole Hamburg. Im Umland der Hansestadt sind die Wanderungsbeziehungen zu Bad Schwartau, Stockelsdorf und Ratekau quantitativ am stärksten ausgeprägt[1].

[1] Hansestadt Lübeck (2015): Statistisches Jahrbuch Die Zahlen des Jahres 2014, S. 69.

	2006	2008	2010	2012	2014
Familienwanderung (0-49 Jahre) (je 1.000 Ew.)	-4,6	-3,7	-3,2	-0,3	5,0
Bildungswanderung (18-24 Jahre) (je 1.000 Ew.)	46,0	46,7	46,7	47,4	51,2
Wanderungen zu Beginn der 2. Lebenshälfte (50-64 Jahre) (je 1.000 Ew.)	1,6	2,5	1,0	3,0	5,7
Alterswanderung (65 + Jahre) (je 1.000 Ew.)	-1,1	0,0	0,3	1,8	2,5

Tabelle 2: Entwicklung von Wanderungen in der Hansestadt Lübeck nach Peer-Gruppen (Datenquelle: Bertelsmann Stiftung: Wegweiser Kommune, Juli 2016; Darstellung: BIG Städtebau)

Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur

Deutschlandweit sind die Folgen des demografischen Wandels an den Veränderungen der Altersstruktur ablesbar. In der Hansestadt Lübeck insgesamt ist das Durchschnittsalter zwischen 2006 und 2014 von 43,8 Jahre auf 45 Jahre angestiegen. Abbildung 13 verdeutlicht, wie sich die Zusammensetzung der Bevölkerung nach der Altersstruktur verändert: die Zahl der 0- bis 17-Jährigen nimmt ab, die der 65-Jährigen und Älteren hingegen zu. Inzwischen weist die Altersgruppe der Älteren einen höheren Anteil als die Gruppe der Jüngeren auf.

Im Untersuchungsgebiet leben zu drei Viertel BewohnerInnen mittleren Alters (18 bis 64 Jahre). Im Vergleich zur Gesamtstadt spielen ältere und junge BewohnerInnen damit eine unterdurchschnittliche Rolle. Das ist unter anderem auf das Wohnungsangebot zurückzuführen. Aufgrund der Wohnungsgrößen, -zuschnitte und der vielen Barrieren sind die vorhandenen Wohnungen nur eingeschränkt für diese Zielgruppen geeignet.

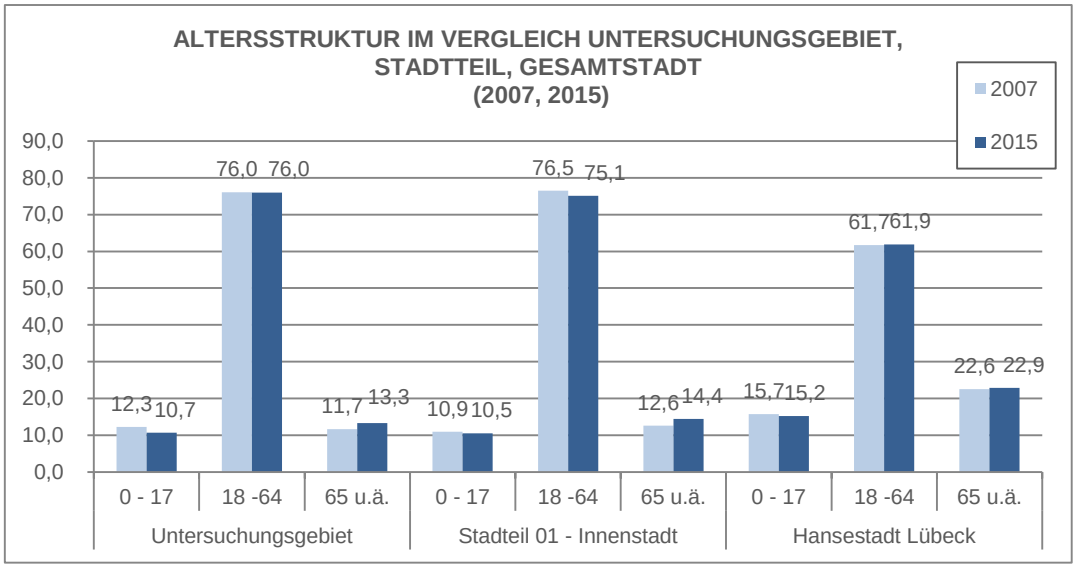


Abb. 13: Altersstruktur im Vergleich 2007–2015 (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, FB 1, Kommunale Statistikstelle; Darstellung: BIG Städtebau)

Im Jahr 2015 gab es im Untersuchungsgebiet rund 2.660 Haushalte. Mit einem Anstieg von 5,1 % war die Zunahme der Haushaltsanzahl im Untersuchungsgebiet von 2007 bis 2015 im Vergleich zur Gesamtstadt überdurchschnittlich. Die niedrige durchschnittliche Haushaltsgröße im Untersuchungsgebiet von 1,5 Personen weist bereits auf die Dominanz von Ein- und Zweipersonenhaushalten hin. Diese machen knapp 90 % der Haushalte in dem Stadtteil „Innenstadt“ aus.

Haushalte)

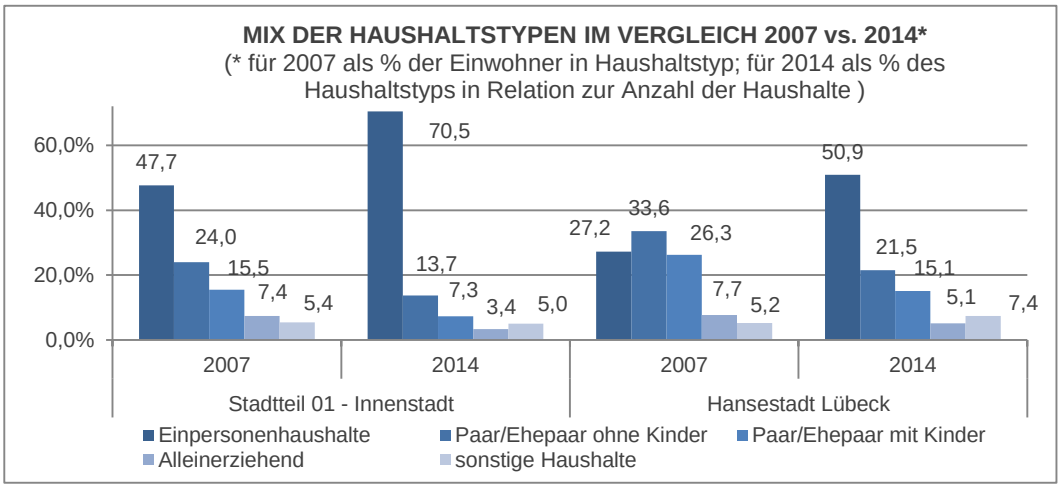


Abb. 14: Haushaltstypen im Vergleich (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, Statistisches Jahrbuch 2007 sowie 2014; Darstellung: BIG Städtebau)

4.1.2 Beschäftigung und Einkommen – Soziale Lage

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Stadtteil „Innenstadt“ ist zwischen 2007 und 2015 kontinuierlich von 4.060 auf 5.226 um 17,2 % angestiegen. Damit wird der positive Trend in der Gesamtstadt noch übertroffen. Dies schlägt sich auch in höheren Beschäftigungsanteilen nieder, die bei der Altersgruppe der 15- bis 64-Jährigen in diesem Zeitraum von 38,2 % auf 48,6 % anstiegen (vgl. Abbildung 15).

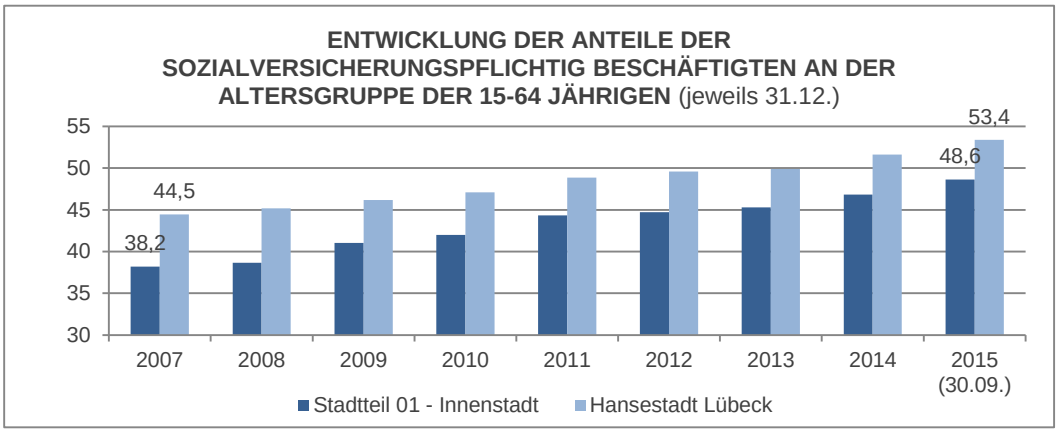


Abb. 15: Beschäftigte in Relation zur Altersgruppe 15-64 (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, FB 1, Kommunale Statistikstelle; Darstellung: BIG Städtebau)

Damit verbunden ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit. Im Stadtteil „Innenstadt“ sank die Zahl der Arbeitslosen zwischen 2007 und 2015 um 23,9 % auf 810. Im selben Zeitraum sank die Zahl der Arbeitslosen in der Gesamtstadt um 20,1 % auf 10.473.

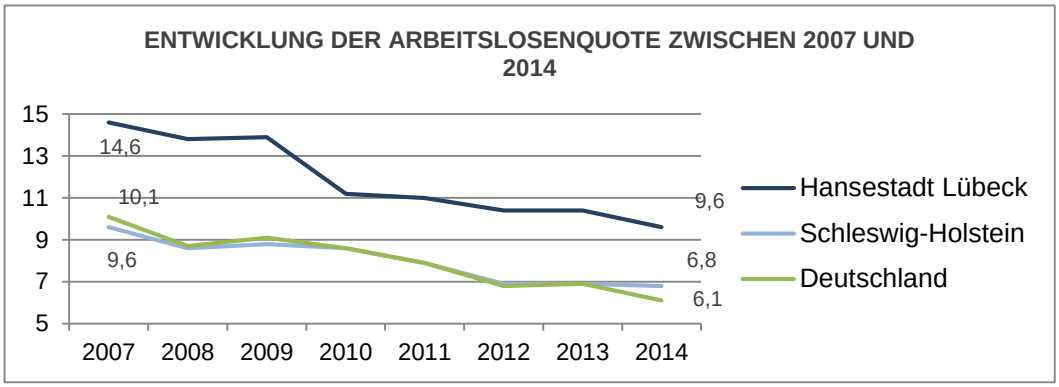


Abb. 16: Entwicklung der Arbeitslosenquote 2007-2014 (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, Statistisches Jahrbuch 2014; Darstellung: BIG Städtebau)

7,5 % der erwerbsfähigen BewohnerInnen des Stadtteils „Innenstadt“ waren 2015 TransferleistungsempfängerInnen im Sinne des SGB II (ALG II) und SGB III (ALG I) (Gesamtstadt: 7,4 %). Ein Zeichen positiver wirtschaftlicher Entwicklungen ist die zwischen 2007 und 2015 rückläufige Anzahl der Bedarfsgemeinschaften auf allen Ebenen. Es reduzierte sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften von 15,5 % auf 12,4 % der Haushalte im Stadtteil „Innenstadt“ und lag damit in etwa auf dem Niveau der Gesamtstadt. Auch die Grundsicherungsquote der transferleistungsberechtigten SeniorInnen über 65 Jahre ist zwischen 2006 und 2012 um 1,0 % auf 10,7 % gesunken. Diese Quote liegt deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 5,2 %.

4.1.3 Migrationshintergrund und Internationalität

Im Untersuchungsgebiet lebten 2015 rund 600 Ausländer. Der Anteil im Stadtteil „Innenstadt“ ist mit 15,5 % damit deutlich höher als in der Gesamtstadt (9,3 %) und veränderte sich in der Vergangenheit nur geringfügig (vgl. Abbildung 17).

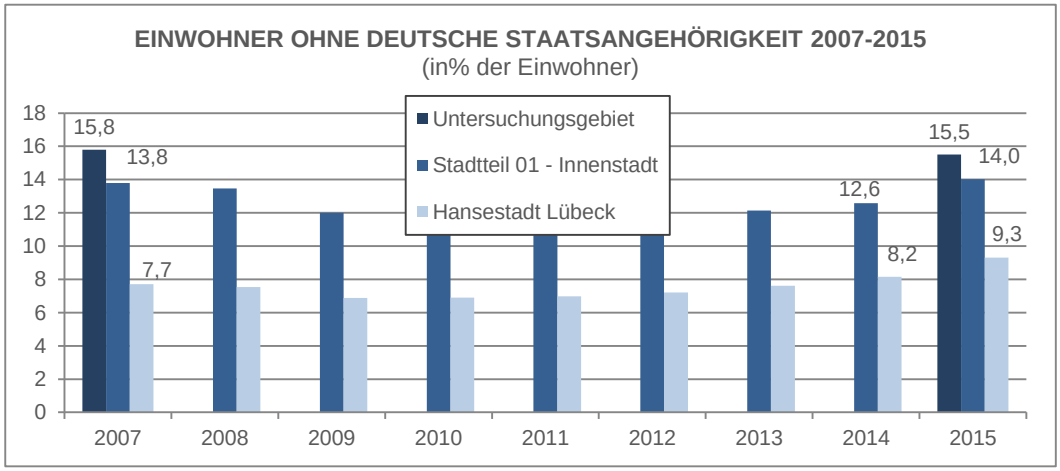


Abb. 17: EinwohnerInnen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (2007-2015) (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, FB 1, Kommunale Statistikstelle; Darstellung: BIG Städtebau)

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Untersuchungsgebiet nahm von 26,4 % in 2007 auf 25,9 % in 2015 ab. Hier liegt im Vergleich zur Gesamtstadt ein leicht erhöhter Wert vor. Bezogen auf

die Gesamtstadt, zählen sowohl bei den Ausländern als auch bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit Abstand die Türkei, gefolgt von Polen, zu den häufigsten Herkunftsländern.

Gesamtbewertung Bevölkerungs- und Sozialstruktur	
Stärken und Potenziale	**Probleme und Konflikte**
▪ Hohe Attraktivität der Innenstadt als Wohnort ▪ Leichtes Bevölkerungswachstum ▪ Zuwanderung von Personen in Ausbildung/Studium, Familien und Personen in der 2. Lebensphase/SeniorInnen ▪ Hoher Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter ▪ Internationalität und Integration als Stärke und Potenzial ▪ Positive Entwicklung der sozio-ökonomischen Lage	▪ Demografische Veränderungen: ○ Zunehmende Alterung ○ Zunehmende Anteile an SeniorInnen ○ Sinkende Anteile an Kindern und Jugendlichen ▪ Integration sozial benachteiligter Gruppen (z. B. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, Einkommensschwache) ▪ Alterung der Bevölkerung stellt erhöhte und neue Anforderungen/Bedarfe an öffentliche Einrichtungen und Räume genauso wie an die Betreuungs- und Versorgungsinstitutionen und Wohnungsangebote ▪ Relativ geringe Wohndauer

4.2 Wirtschaftsstandort und Tourismus

Wirtschaftlich betrachtet, ist ein Ziel für die Welterbestätte „Lübecker Altstadt“ die Stärkung und Entwicklung der Zentrumsfunktion der Altstadt. Diese ist in der Zentrenhierarchie als zentraler Einzelhandelsstandort sowie Versorgungsbereich mit oberzentralen Funktionen ausgewiesen. Dem wird der Stadtteil „Innenstadt“ mit zentralen und oberzentralen Versorgungseinrichtungen für die Hansestadt Lübeck und ihres Einzugsbereiches gerecht[2]. Darüber hinaus stellen der Erhalt der Multifunktionalität der Altstadt und die Steigerung der Attraktivität für BewohnerInnen und BesucherInnen besondere Anliegen dar. Die Hansestadt Lübeck steht also vor der Herausforderung, die denkmalgeschützte Altstadt nicht nur für die BewohnerInnen, sondern auch für die TouristInnen zu pflegen und weiter zu entwickeln.

Bedingt durch die begrenzten räumlichen Gegebenheiten der Altstadtinsel ist die Entwicklung des Lebens- und Wirtschaftsstandorts „Altstadt“ durch Nutzungs- und Interessenkonflikte zwischen Wohnen, Arbeiten, Gewerbe, Erholung, Verkehr, Tourismus und der Denkmalpflege geprägt. Gebietsbezogene Daten für das **Untersuchungsgebiet „Altstadt“** liegen, wie auch im vorangegangenen Kapitel, nur partiell vor, daher wird in Teilen auf die nächsthöhere statistische Ebene, den **Stadtteil „Innenstadt“**, zurückgegriffen. Zum Vergleich werden Daten zur Hansestadt Lübeck herangezogen, um Besonderheiten der Wirtschaftsstruktur zu verdeutlichen.

4.2.1 Wirtschaftsstruktur

Die positive wirtschaftliche Entwicklung der Hansestadt Lübeck findet ihren Ausdruck in der steigenden Anzahl an Erwerbstätigen von 115.786 im Jahr 2000 auf 123.667 im Jahr 2012. Die Verteilung der Erwerbstätigen nach Branchen verdeutlicht die Dominanz des Dienstleistungsbereichs (35,8 % aller Erwerbstätigen), gefolgt vom Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ (26,1 % aller Erwerbstätigen). Beide Bereiche haben erhebliche Bedeutung im Untersuchungsgebiet. Der Bereich des produzierenden Gewerbes ist durch rückläufige Beschäftigtenzahlen gekennzeichnet. Beschäftigungszugewinne der Dienstleistungsbranchen sind insbesondere auf einen Bedeutungsgewinn wissensintensiver Dienstleistungen zurückzuführen und auf gesamtstädtischer Ebene ebenso auf den Bedeutungsgewinn Lübecks als Hochschul- und Fachhochschulstandort bzw. Wissenschafts- und Bildungsstandort.[3]

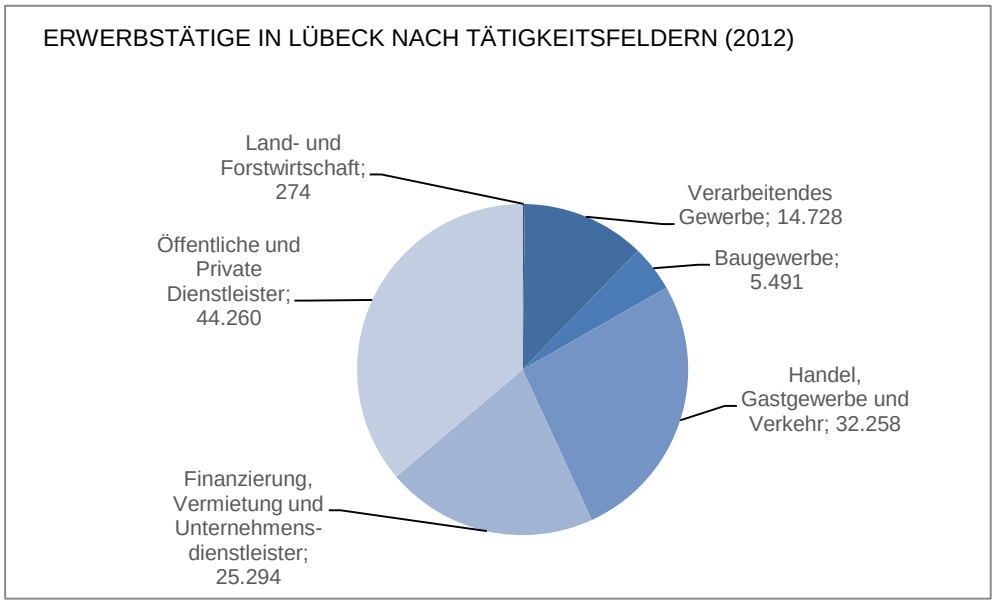


Abb. 18: Erwerbstätige nach Sektoren (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, Statistisches Jahrbuch 2014; Darstellung: BIG Städtebau)

[2] Siehe dazu Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept der Hansestadt Lübeck (2011).
[3] Siehe hierzu: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (2012): Gewerbeflächenentwicklungskonzept für die Hansestadt Lübeck.

4.2.2 Einzelhandel/Gastronomie/Dienstleistungen

Der Lübecker Stadtteil „Innenstadt“ und auch das Untersuchungsgebiet sind charakterisiert durch eine hohe Angebotsvielfalt. Die Erdgeschosszonen der Bebauung im Untersuchungsgebiet sind zu weiten Teilen durch Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistungen geprägt.

Einzelhandelskonzentrationen im Untersuchungsgebiet befinden sich rund um die Fußgängerzone (Breite Straße, Fleischhauerstraße, Hüxstraße, Dr.-Julius-Leber-Straße, Schrangen). Gastronomische Einrichtungen runden das Angebot ab, sie konzentrieren sich um den Markt, das Rathaus, die Hüxstraße, Fleischhauerstraße und Mühlenstraße.

Das Einzelhandelsangebot des Kaufhauses Karstadt und der Königpassage wird durch eine Vielzahl von Läden ergänzt. Hierbei sind insbesondere die überwiegend inhabergeführten Geschäfte in der Hüxstraße und der Fleischhauerstraße zu erwähnen, die bei LübeckerInnen und TouristInnen gleichermaßen beliebt sind.

Hinzu kommen vielfältige im Untersuchungsgebiet vorhandene soziale, gesundheitsbezogene und kulturelle Angebote, wie zum Beispiel zwei Musikschulen, Diakonie, Arbeiterwohlfahrt (AWO), Verbraucherzentrale, das türkisch-deutsche Kulturzentrum, ein Kulturverein, diverse Arztpraxen und Apotheken (siehe dazu Kapitel 4.6).

Der Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbestandort Altstadt inklusive des Untersuchungsgebiets mit seinen historisch gewachsenen Laden- und Verkaufsflächenstrukturen steht in deutlicher Konkurrenz zu peripheren Standorten mit größeren Verkaufs- und Gewerbeflächen sowie besseren Entwicklungspotenzialen (Flächenpotenzialen) und guter Erreichbarkeit für den motorisierten Verkehr. Konkurrierende Einzelhandelsstandorte sind insbesondere der Citti-Park und das LUV SHOPPING Einkaufszentrum. Strukturelle Gewerbeleerstände befinden sich derzeit im Untersuchungsgebiet konzentriert in der Königspassage.

4.2.3 Tourismus

Zahlreiche Sehenswürdigkeiten der Lübecker Altstadt befinden sich im Untersuchungsgebiet. Hierzu gehören das Buddenbrookhaus, die Kirche St. Marien mit Windorgel, das Kriegerdenkmal und Teufel, die Kirche St. Aegidien, das Museumsquartier St. Annen, das Volkstheater Geisler, die Carlebach Synagoge, das Theater Combinale, das Rathaus und das Logenhaus zu Lübeck, aber auch die historische Gestalt der Innenstadt mit ihrer spezifischen Gängestruktur und ihrer typischen, über Jahrhunderte gewachsenen Bausubstanz, der Lübecker Backsteinkultur. Die historisch wertvolle Altstadt zieht weit über die Landesgrenzen hinaus zahlreiche BesucherInnen an.

Ein Aufschwung der Tourismuswirtschaft verdeutlicht sich in einem generellen Wachstum der Übernachtungszahlen in der Stadt Lübeck zwischen 2000 und 2014. Hierbei handelt es sich nahezu um eine Verdopplung[4]). Im Untersuchungsgebiet selbst ist eine Vielzahl von Übernachtungsmöglichkeiten, insbesondere in Form von Ferienwohnungen, Apartments und Zimmervermietungen, gegeben. Größere Hotelbetriebe sind im Untersuchungsgebiet selbst aktuell nicht zu finden, aber im unmittelbaren Umfeld präsent (z. B. Hotel zur Alten Stadtmauer, ATLANTIC Hotel Lübeck oder das Hotel an der Marienkirche). Momentan entsteht ein Hotelneubau für die Hotelkette Motel One (zwischen Twiete, Markttwiete und Schüsselbuden.

[4] Hansestadt Lübeck (2015): S. 116.

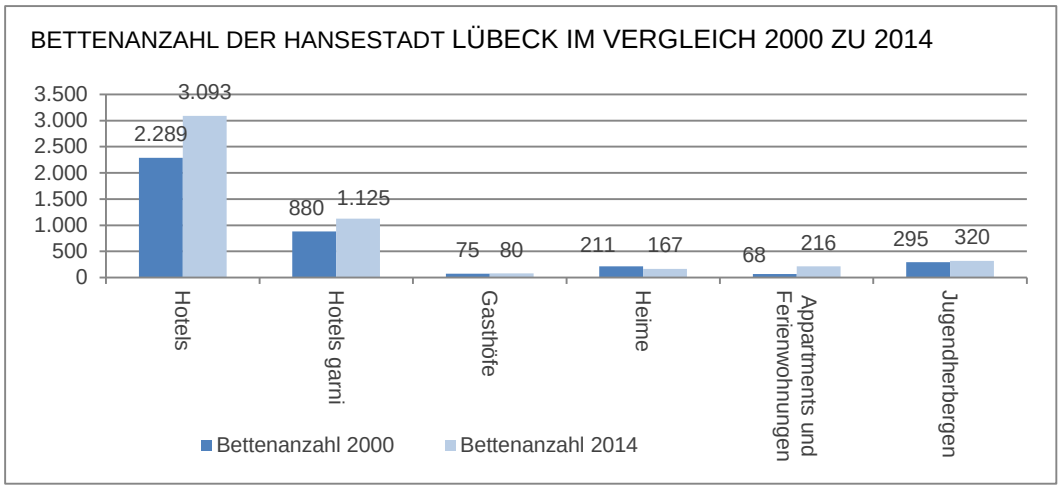


Abb. 19: Bettenanzahl der Hansestadt Lübeck (ohne Travemünde) nach Beherbergungsbetrieb im Vergleich 2000 zu 2014 (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, Statistisches Jahrbuch 2014; Darstellung: BIG Städtebau)

Übernachtungen, Aufenthaltsdauer und Herkunft

Die Dauer der durchschnittlichen Aufenthalte (1,97 Tage im Durchschnitt) verdeutlicht, dass Lübeck und in besonderem Maße die Lübecker Altstadt primäre Destination von Kurzurlauben und Tagestourismus ist. In 2014 kamen etwa 72 % der Übernachtungsgäste aus der Bundesrepublik Deutschland und 25 % aus der EU sowie den verbleibenden Staaten Europas. Die Nähe zur Ostsee und die Seebadkultur in Travemünde („Urlaub am Wasser“) sind hierbei eine starke Triebkraft für das gegenwärtige Wachstum des Tourismus. Ebenso von hoher Bedeutung ist aber auch die Altstadt inklusive des Untersuchungsgebietes mit ihrer Geschichte und Baukultur sowie ihrer vielseitigen Angebotsstruktur im Sinne einer Destination des „Städte- und Kulturtourismus“.

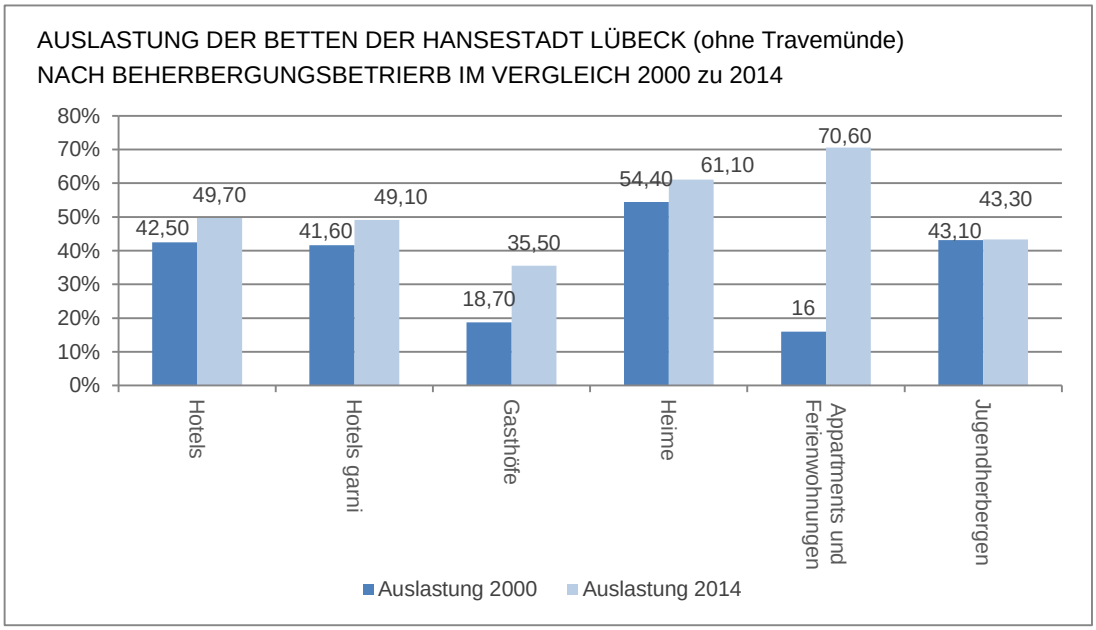


Abb. 20: Auslastung der Betten der Beherbergungsbetriebe der Hansestadt ohne Travemünde (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, Statistisches Jahrbuch 2014; Darstellung: BIG Städtebau)

Gesamtbewertung Tourismus und Wirtschaftsstandort	
Stärken und Potenziale	**Probleme und Konflikte**
▪ Stabile Beschäftigungsentwicklung ▪ Kompaktes Stadtzentrum mit hoher Vielfalt an Angeboten und Funktionen ▪ Integrierte und zentrale Lage mit guter Einbindung in die verschiedenen Mobilitätssysteme ▪ Attraktive Einzelhandels- und Dienstleistungsangebote in historischen Gebäuden (Hüxstraße, Fleischhauerstraße) ▪ Serviceorientierung des Einzelhandels ▪ Touristische Destination mit wachsenden BesucherInnenzahlen	▪ Nutzungskonflikte Wohnen-Gewerbe-Tourismus-Denkmalpflege ▪ Nutzungskonflikte zwischen den verschiedenen Verkehrsarten ▪ Leerstände bei Gewerbeimmobilien und Ladenlokalen in der Königspassage

4.3 Städtebauliche Struktur

Die städtebauliche Struktur im Untersuchungsgebiet basiert auf einem planmäßig angelegten mittelalterlichen Raumgefüge, zu dessen Hauptmerkmalen eine enge, kleinteilige Bebauung sowie schmale Straßenzüge, zahlreiche Höfe und Gänge zählen. Dies ist im Untersuchungsgebiet insbesondere in den Rippenstraßen (Bereich zwischen Breite Straße und An der Mauer) mit ihrer regelmäßigen, erhaltenen Gebäudetypologie deutlich. Die meisten Blockinnenbereiche sind intensiv überbaut und genutzt, da sie historisch bedingt die Erweiterungsflächen für die dortigen Betriebe darstellten. Durch die für Lübeck typischen Gänge und Höfe werden weitere Wohngebäude und Gewerbebauten innerhalb der Blöcke erschlossen.

Größere historische Gebäude, wie beispielsweise die Kirchen St. Marien und St. Aegidien, das Rathaus mit Kanzleigebäude und das heutige St. Annen-Museum, stellen unverwechselbare Solitäre im Gebiet dar. Charakteristisch für das mittelalterliche Stadtgefüge ist die Raumabfolge von Straße und Platz. So verfügt das Untersuchungsgebiet lediglich über Frei- und Grünflächen, die in funktionalem und räumlichem Bezug zu den Kirchen und dem Rathaus (Markt) stehen. Der Straßenraum ist daher seit jeher auch mit wichtigen sozialen Funktionen belegt, die vermehrt wieder bei stadtplanerischen Fragestellungen berücksichtigt werden.

In der Straße An der Mauer ist der Verlauf der ehemaligen Stadtmauer noch zu erkennen und begrenzt das Untersuchungsgebiet im Osten und Südosten.

Trotz zahlreicher architektonischer und städtebaulicher Überformungen im 19. Jahrhundert, z. B. durch Neubebauungen in der Gründerzeit und im Rahmen der Industrialisierung, blieben die mittelalterliche Parzellenstruktur und das Stadtbild bis zum Zweiten Weltkrieg weitgehend erhalten. Einen Grund dafür stellen die gemeinsam genutzten Brandmauern dar. Ausnahmen bilden die Geschäfts- und Kaufhäuser in den Bereichen Breite Straße und Königstraße sowie die Gebäude an der Mühlenstraße. Dort bestanden seit jeher größere Parzellen und Gebäude aufgrund ihrer Nutzungen.

Mit dem „auto- und funktionsgerechten Wiederaufbau“ wurden jedoch starke Eingriffe in die städtebauliche Struktur vorgenommen. Zerstörte Gebäude wurden im Stil der Nachkriegsmoderne zu Wohn- und Geschäftshäusern (Gewerbe im EG, Wohnen im OG) wieder aufgebaut. Zwar folgten die meisten den Fluchtlinien der Blöcke, setzten sich aber aufgrund der Ausgestaltung, z. B. mit Balkonen, stark von der historischen Bebauung ab. Zudem wurden an vielen Stellen Parzellen zusammengelegt. Es wurden auch (weitgehend) intakte Gebäude abgebrochen, um den modernen Anforderungen von Wohnen und Arbeiten gerecht zu werden. Damit hielten in den sonst durch kleinteilige Architektur und schmale Parzellenstruktur geprägten Straßenzügen neue Gebäudetypen Einzug. Der autogerechte Wiederaufbau ging mit Zielsetzungen zur Modernisierung der Altstadt einher. Entsprechend wurden Straßenfahrbahnen und -querschnitte erweitert. Beides wird insbesondere in der Krähenstraße deutlich.

Eine ganz andere Dimension des Wiederaufbaus mit fließenden Übergängen zur Wirtschaftswunderzeit und partiell bis zur Jahrtausendwende erlebte die Geschäftszone entlang der Hauptachse (im Untersuchungsgebiet: Königstraße und Breite Straße). Um den Vorstellungen an ein modernes Zentrum gerecht zu werden, entstanden neue bauliche Großstrukturen durch Flächensanierung, um insbesondere Flächen für den Einzelhandel zu schaffen. So wurden bereits Anfang der 1970er Jahre mehrere Gebäude des Blockes 19.2 zwischen Fleischhauerstraße und dem Schrangen abgerissen, um Platz für das Karstadt-Kaufhaus zu schaffen, welches jedoch erst Anfang der 1990er Jahre errichtet wurde. Hinzu kamen weitere größere Gebäude sowie der zweite Teil des Karstadt-Gebäudes nördlich des Schrangen. Deutlich sind hier die Brüche im Stadtbild zwischen dem zentralen Bereich Breite Straße/Königstraße und den anderen Straßen erkennbar (Rippenstraßen).

Konzentrierte sich die Denkmalpflege bis in die 1960er Jahre auf den Schutz von Sakralbauten und herausragenden Bauwerken, erfolgte insbesondere durch Protestbewegungen in den 1970er Jahren ein Umdenken. In dieser Zeit wurde die Bürgerinitiative „Rettet Lübeck“ gegründet, die sich auch heute

noch für den Erhalt des Altstadtensembles stark macht. Die Forderung nach dem Erhalt auch von bürgerlichen Profanbauten sowie des Stadtbildes und somit der städtebaulichen Struktur verhinderte weitere Flächensanierungen. So wurde dazu übergegangen, Neubauten behutsamer in das bestehende Gefüge einzugliedern.

Ein weiterer Perspektivenwechsel wurde in den 1970er Jahren nach der Charta von Venedig angestoßen, indem die behutsame Stadtsanierung und der Mensch als Fußgänger vermehrt in den Vordergrund der Stadtentwicklung gestellt wurden. „Leben im Denkmal“ und fußgängergerechte Städte sind bis heute wichtige Modelle. Daraus entsteht unter anderem die Forderung nach qualitätsvollen Außenräumen, mitunter sogar nach einer „autofreien Innenstadt“. Diesen Ansprüchen folgend wurde als Ergebnis der Perspektivenwerkstatt „Mitten in Lübeck“ ab dem Jahr 2007 die Fußgängerzone qualitätsvoll umgestaltet.

Gesamtbewertung Städtebaulicher Struktur	
Stärken und Potenziale	**Probleme und Konflikte**
▪ UNESCO-Welterbestätte ▪ erhaltenes mittelalterliches Stadtgefüge ▪ erhaltene mittelalterliche Bausubstanz ▪ zahlreiche historische Höfe und Gänge ▪ bedeutende Einzeldenkmale wie Kirchen St. Marien und St. Aegidien, Rathaus mit Kanzleigebäude, St. Annen-Museum	▪ wenige Frei- und Grünflächen ▪ stärkere Eingriffe durch „auto- und funktionsgerechten Wiederaufbau“ nach dem Zweiten Weltkrieg ▪ teilweise Veränderungen historischer Straßenquerschnitte (z. B. Krähenstraße) ▪ Umbau Königstraße/Breite Straße zu modernem Geschäftszentrum ▪ Flächensanierung zugunsten Neubau Karstadt-Kaufhaus

4.4 Erschließungs- und Verkehrssituation

Mit den Zielsetzungen des Managementplans, also hauptsächlich mit dem Erhalt der aus dem Mittelalter überkommenen Struktur, und den Anforderungen an eine Verkehrsinfrastruktur, die den heutigen Bedürfnissen der BewohnerInnen und BesucherInnen gerecht wird, ergeben sich große Herausforderungen für die Stadtentwicklung. So steht beispielsweise die dringende Notwendigkeit von Barrierefreiheit der Gestaltung historischer Plätze mit unwegsamem Kopfsteinpflaster entgegen. Des Weiteren sind insbesondere die Eingänge als attraktives Aushängeschild von Bedeutung – diese müssen also, wie auch die Straßen, nicht nur die Erschließungsfunktion erfüllen, sondern genauso auch attraktiv für AnwohnerInnen und BesucherInnen sein.

4.4.1 Verkehrsregelungen für Lübeck und die Altstadt

Mit Aufnahme großer Teilflächen der Altstadt Lübeck in die Liste des Kultur- und Naturerbes der Welt im Jahr 1987 wurde nicht allein der hohe Anteil denkmalgeschützter Bausubstanz, sondern auch die weitgehend unverändert gebliebene Struktur des historischen Straßennetzes einschließlich der baulichen Merkmale und Materialien gewürdigt. Um diese zu erhalten, sind die Lärmbelastung und Erschütterungen für die historische Bausubstanz zu minimieren.

Der „Rahmenplan Altstadt-Straßennetz“ von 1990/1991 wurde kurze Zeit, nachdem die Altstadt Lübeck in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen wurde, entworfen. Dieser Rahmenplan enthält die städtebaulichen Leitvorstellungen und setzt für die durch das Straßennetz gebildeten etwa 100 Baublöcke Nutzungskategorien fest. Ferner hat die Bürgerschaft für die verschiedenen Straßentypen Gestaltungsmerkmale festgesetzt, die sich an historischen Befunden orientieren. Dabei genießen die stadträumlich-denkmalpflegerischen Gesichtspunkte Vorrang vor den verkehrlich-funktionalen Aspekten. Im Rahmen der Verkehrsberuhigung der Altstadt wird nicht das Ziel verfolgt, eine möglichst ausgedehnte Fußgängerzone zu schaffen. Vielmehr soll die klassische und historisch begründete Dreiteilung des Straßenquerschnitts, bestehend aus Hausvorzonen, Gehwegen und Fahrbahnen, erhalten werden[5].

Der „Rahmenplan Altstadt-Straßennetz“ bildet zudem eine entscheidende Grundlage sowohl für den gesamtstädtischen Verkehrsentwicklungsplan der Hansestadt Lübeck als auch für das teilstädtische Modell „Verkehrsberuhigte Altstadt“. Für diese hat die Hansestadt Lübeck Ende der 1980er Jahre einen besonderen Weg beschritten. In Anlehnung an die oberitalienischen Städte wurde versucht, den motorisierten Verkehr durch Zufahrtsbeschränkungen zu reduzieren. In Versuchsphasen - beginnend im Oktober 1989 - wurde letztendlich mit dem durchgeführten Teileinziehungsverfahren nach dem Straßen- und Wegegesetz des Landes Schleswig-Holstein der Weg frei für die sogenannte "täglich autofreie Altstadt". Der von der Bürgerschaft verabschiedete Verkehrsentwicklungsplan für die Hansestadt Lübeck aus dem Jahr 2000 stellt die grundsätzlichen gesamtstädtischen verkehrspolitischen Zielsetzungen der Hansestadt Lübeck dar. Darin wird formuliert, dass die Verkehrsentwicklung für alle Verkehrsteilnehmenden stadt-, wirtschafts- und sozialverträglich zu gestalten ist und der Umweltverbund[6]gestärkt werden soll.

Das Modell „Verkehrsberuhigte Altstadt“ wurde seit 1989 laufend fortgeschrieben. Die aktuellste Fassung stammt aus dem Jahr 2014 (vgl. Abbildung 22).

Das Verkehrskonzept unterteilt die Erschließungsanlagen in die Straßenkategorien A bis D. Für das Untersuchungsgebiet sind A, C und D relevant, weshalb auf letztere im Folgenden näher eingegangen wird:

<u>Straßenkategorie A:</u>

- 24h uneingeschränkt befahrbar

[5] vgl. Einziehungsverfügung, 1996, S. 11 und Machule, 1989, S. 7 ff.
[6] Umweltverbund: Unter diesem Begriff werden die Verkehrsbereiche Fußverkehr, Radverkehr und öffentlicher Verkehr zusammengefasst.

Diese Kategorie trifft im Untersuchungsgebiet auf einen kurzen Teilabschnitt der Mengstraße, den Schüsselbuden und Fünfhausen zu sowie auf die Mühlenstraße, die das Untersuchungsgebiet südlich begrenzt.

Straßenkategorie C:

- 24h verkehrsberuhigte Altstadtstraße (befahrbar für berechtigten Fahrverkehr) (C1)
- Verkehrsberuhigte Altstadtstraßen (C2):
  So-Fr 11:30-18:00 Uhr
  Sa 10:00-18:00 Uhr

Zu der Straßenkategorie C gehören die meisten Straßen im Untersuchungsgebiet. Hier wird das Ziel verfolgt, den Kfz-Verkehr möglichst auf den BewohnerInnen- oder Lieferverkehr zu reduzieren.

Die Kategorie C1 trifft im Untersuchungsgebiet auf folgende Straßen zu: Alfstraße, Fischstraße, Braunstraße, Dr.-Julius-Leber-Straße, Hundestraße, Aegidienstraße, Stavenstraße, Weberstraße, Düvekenstraße, St.-Annen-Straße, Schildstraße und An der Mauer (südlicher Bereich).

Die unter C2 aufgeführte Unterkategorie betrifft die Einzelhandelsstraßen Fleischhauerstraße, Hüxstraße und Wahmstraße, Rehderbrücke, Krähenstraße sowie die Straßen Schlumacherstraße und den nördlichen Abschnitt des Balauerfohr. Insgesamt zielt diese Festsetzung darauf ab, die Fußgängerfreundlichkeit und Aufenthaltsqualität zu erhöhen, den motorisierten Verkehr zu reduzieren und den dortigen Einzelhandel zu stärken.



Abb. 21: Befahrbarkeit der Altstadtstraßen

Straßenkategorie D:

- 24h Fußgängerzone, von 5:00–10:30 und 19:00-22:00 Uhr frei für Lieferverkehr
- und mit einem Zeitfenster von 19:00–9:00 Uhr frei für Radverkehr (D1)

Zu der Kategorie D1 zählen die Straßen westlich der Königstraße.

In der Praxis ist festzustellen, dass augenscheinlich viele PKW unberechtigt in das Untersuchungsgebiet einfahren. Diesem Problem kann nur mit einer intensiveren Überwachung an den Zufahrtsstellen begegnet werden.

4.4.2 Motorisierter Individualverkehr

Die heutigen Nutzungsansprüche haben sich der historisch zu erhaltenden Dreiteilung der Altstadtstraßen unterzuordnen. Ein Miteinander der verschiedenen Verkehrsarten muss in diesen vorgegebenen Grenzen mit einer möglichst großen Ausdünnung des motorisierten Individualverkehrs ermöglicht werden.

Im gesamten Altstadtbereich von Lübeck, so auch im Untersuchungsgebiet, gilt grundsätzlich Tempo 30. Bis auf die Straßen Krähenstraße und Wahmstraße sowie einige kurze Teilabschnitte sind alle anderen Straßen als Einbahnstraßen ausgelegt. Dies ist der Zielsetzung der Verkehrsberuhigung geschuldet (siehe dazu auch „Plan 9 Erschließungs- und Verkehrsinfrastruktur“).

Im Untersuchungsgebiet lassen sich Straßen ohne Zufahrtsbeschränkungen (Mengstraße, Fünfhausen und Schüsselbuden) sowie Straßen mit Zufahrtsbeschränkungen unterscheiden. Während die Straßen Fleischhauerstraße, Hüxstraße, Krähenstraße und Wahmstraße tagsüber verkehrsberuhigt sind, gilt dies für die übrigen Straßen im Untersuchungsgebiet 24 Stunden lang.

Für den ruhenden Verkehr stehen innerhalb des Untersuchungsgebiets keine öffentlichen Parkhäuser oder Parkplätze zur Verfügung. Direkt an das Gebiet angrenzend befinden sich allerdings die öffentlichen Parkhäuser Haerder-Center (198 Plätze) und Hüxstraße (420 Plätze).

Darüber hinaus befinden sich in den Straßenräumen öffentliche Parkmöglichkeiten, die zum größten Teil über BewohnerInnenparkausweise verwaltet werden (siehe folgende Abbildung). Da keine Detailaussagen über die Parkmöglichkeiten für das Untersuchungsgebiet existieren, ist im Folgenden von der gesamten Altstadt Lübecks die Rede: Ein BewohnerInnenparkrecht hat sich auf der Altstadtinsel seit den 1980er Jahren entwickelt. Bis zum 1. November 2014 war die Altstadt in acht BewohnerInnenparkbereiche eingeteilt. Mit der Änderung auf nur noch drei Gebiete wurde eine gleichmäßige Verteilung von Angebot und Nachfrage in den Straßen erreicht.

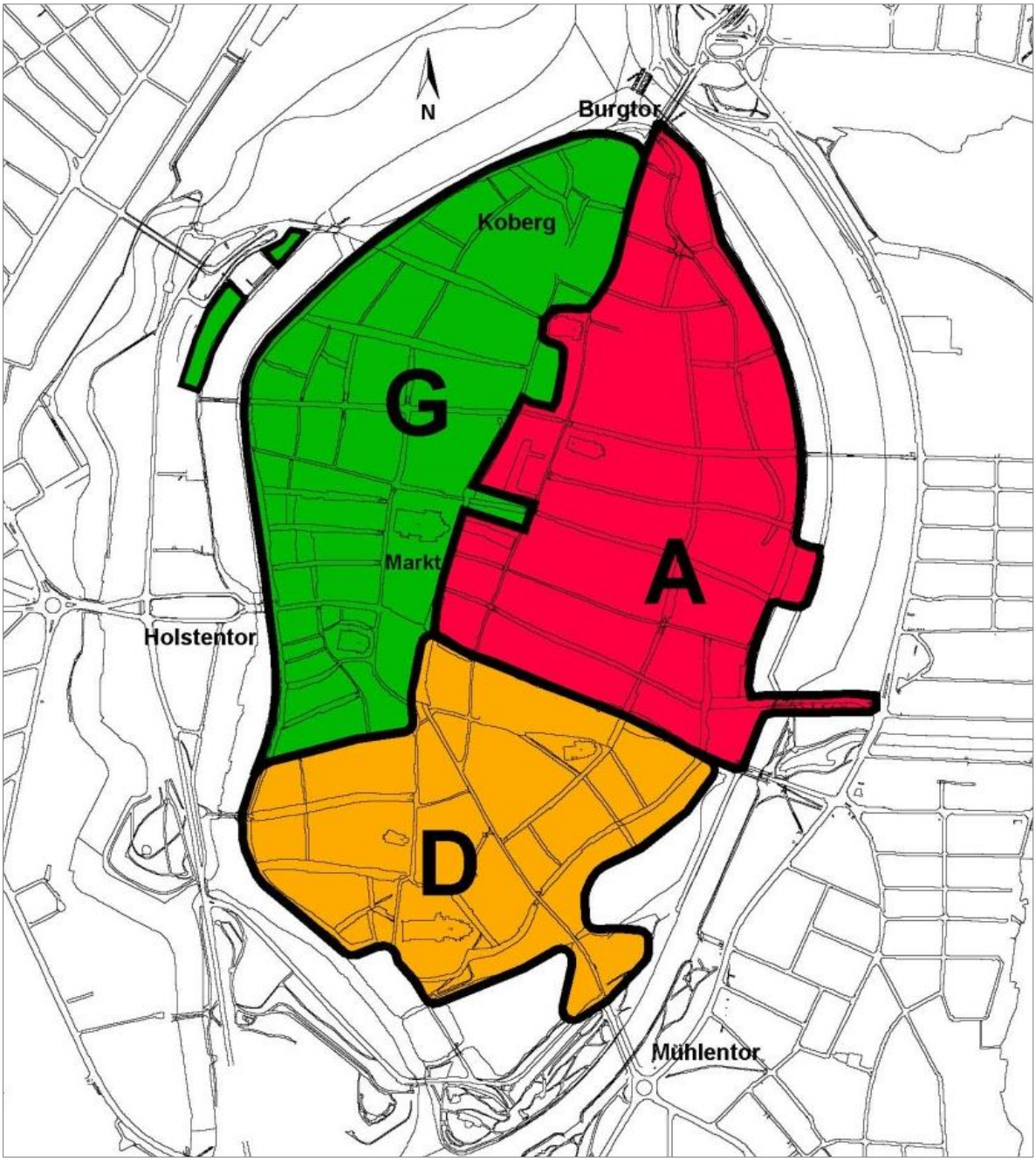


Abb. 22: BewohnerInnenparken in der Innenstadt Lübeck, 2014, Quelle: Hansestadt Lübeck

Den angebotenen ca. 2.400 Parkplätzen stehen ca. 4.500 ausgegebene BewohnerInnenparkausweise gegenüber. Das Untersuchungsgebiet umfasst Teile aller drei Parkbezirke. Die Kapazitäten reichen insgesamt nach Einschätzung des Bereichs Stadtgrün und Verkehr der Hansestadt Lübeck aus, jedoch verteilt sich die Auslastung der Parkflächen ungleich über die Altstadt[7]. Freie Kapazitäten ergeben sich insbesondere in den Randbereichen der Altstadt.

In einigen Blockinnenbereichen gibt es zudem private Parkplatzflächen wie etwa in der Aegidienstraße, Dr.-Julius-Leber-Straße oder Krähenstraße. An der Krähenstraße befindet sich ein Parkplatz für BewohnerInnen, der jedoch einen städtebaulichen und funktionalen Missstand darstellt. Im Pergamentmachergang entstanden viele Parkplätze auf Privatgrund sowie AnliegerInnenparkplätze, die den ohnehin städtebaulichen unattraktiven „Hinterhofbereich“ dominieren. Seit einiger Zeit wird auch ein Teilbereich des Schulhofgeländes für das Parken genutzt.

[7] Vgl. Bericht Parkraumangebot in der Altstadt, 2010.

Auch auf den Kirchvorplätzen an den Kirchen St. Marien sowie St. Aegidien befinden sich private Parkplätze, welche bis an das Kirchengebäude heranreichen (teils entsteht der Eindruck eines wilden Parkens). Die aktuelle Parkplatzsituation ist auf den Umbau des Parkhauses Wehdehof zurückzuführen. Eine Entspannung wird zumindest im Umfeld der Marienkirche nach Fertigstellung des Parkhauses erwartet.

Öffentliche und private Freiflächen im Untersuchungsgebiet, die derzeit für das Parken genutzt werden, dominieren das Straßenbild und beeinträchtigen die Erlebbarkeit des historischen Stadtbildes. Diese Freiflächen, die im Untersuchungsgebiet ohnehin nur in sehr begrenztem Umfang vorhanden sind, stellen ein großes Potenzial für die Attraktivitätssteigerung des Lebensraums Innenstadt dar. Dazu bedarf es zunächst einer Nutzungsüberprüfung sowie der Entwicklung alternativer Szenarien für die Unterbringung des ruhenden Verkehrs.

Obwohl insgesamt kein Bedarf zur Kapazitätsausweitung von Parkierungsanlagen in der Lübecker Altstadt besteht, schränken Parksuchverkehre die Wohn- und Aufenthaltsqualität im Untersuchungsgebiet ein. In den Informationsveranstaltungen zu der Voruntersuchung wurde bereits angeregt, Parksuchverkehr durch privilegiertes BewohnerInnenparken im angrenzenden Bereich zu reduzieren[8].

Um fundierte Aussagen zur Optimierung von Verkehrsströmen im Untersuchungsgebiet treffen zu können, bedarf es vertiefter verkehrsplanerischer Aussagen. Interessant zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang neueste Umfrageergebnisse der Lübecker Nachrichten. Diese ergaben unter anderem, dass sich eine Mehrheit der Lübecker für Verkehrsberuhigung in der City ausspricht[9]. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung der vorbereitenden Untersuchungen mit IEK war die Erstellung eines Rahmenplans Verkehr für Lübeck in Vorbereitung, ein genauer Fertigstellungstermin ist derzeit nicht bekannt. Erkenntnisse aus diesem Planwerk sind im weiteren Gebietsentwicklungsprozess zu berücksichtigen.

4.4.3 ÖPNV und Mobilität

In zahlreichen Konzepten der Hansestadt Lübeck ist der Planungsgrundsatz, einen attraktiven ÖPNV anzubieten, verankert. Die Altstadt Lübeck als Bereich mit der größten Zentralität und Nachfragedichte im Stadtgebiet nimmt dabei eine wichtige Rolle ein. Im verkehrsentwicklungsplanerischen Zielsystem wird festgehalten, dass die Förderung einer nachhaltigen und klimafreundlichen Mobilität höchsten Stellenwert hat und eine Prioritätensetzung zugunsten der Komponenten des Umweltverbundes erfolgen soll. Dazu zählt auch der ÖPNV[10].

Wie das Gutachten „Überprüfung und Optimierung des Liniennetzes in der Hansestadt Lübeck“ aus dem Jahr 2011 ergeben hat, richtet sich das ÖPNV-Angebot an der Nachfrage aus und die derzeit angebotenen Kapazitäten sind nachweislich ausreichend. Die Altstadt zählt zu den wichtigsten Zielgebieten im Stadtgebiet. Darüber hinaus bleibt zu bedenken, dass der Lübecker Bahnhof mit Anbindung an das Fern- und Regionalverkehrsnetz fußläufig in ca. 15 Minuten erreicht werden kann.

Die Linienbusse stellen nicht nur ein wichtiges Transportmittel dar, sondern vermindern das Verkehrsaufkommen und den privaten Kfz-Verkehr sowie die damit verbundene Parkplatzproblematik. Mit den 18 Buslinien in der Altstadt besteht eine gute Anbindung des ÖPNV, der die Fahrgäste auch mit den anderen Stadtteilen verbindet. Die Fahrgastzahlen sind im städtischen Vergleich relativ hoch[11]. Drei Routen für acht Linienbusse verlaufen durch das Untersuchungsgebiet über die Straßen Schüsselbuden, Königstraße, Wahmstraße und Krähenstraße sowie angrenzend über die Mühlenstraße. Damit ist eine gute Anbindung gewährleistet. Die fünf im Untersuchungsgebiet liegenden Bushaltestellen sind nicht alle barrierefrei ausgebildet und an der Haltestelle Krähenstraße fehlt ein Wetterschutz.

[8] Vgl. Bericht Parkraumangebot in der Altstadt – Statusbericht vom 7. Oktober 2010.
[9] Vgl. Lübecker Nachrichten 9. August 2016.
[10] Vgl. Regionaler Nahverkehrsplan der Hansestadt Lübeck in den Fassungen 1997 und 2014-2018.
[11] Daten stammen aus „Mitten in Lübeck“ von 2007, S. 20.

Für eine im Rahmen der Informationsveranstaltungen durch Teilnehmende angeregte Einführung von kleinen Shuttle-Bussen, die die Altstadt erschließen, wurde bereits im Rahmen des Gutachtens „Überprüfung und Optimierung des Liniennetzes in der Hansestadt Lübeck“ die Notwendigkeit geprüft. Ein sogenanntes Citybus-Konzept soll nicht weiterverfolgt werden, da sich zum einen die Betriebskosten deutlich erhöhen würden und zum anderen hohe Investitionskosten erforderlich wären. Am Ende würden sich für die NutzerInnen keine größeren Qualitätsgewinne ergeben.

Car-Sharing-Stationen

In der Mengstraße an der St. Marien Kirche unterhält das Unternehmen StattAuto eG eine Autostation. Drei weitere Stationen befinden sich ebenfalls in der Altstadt, z. B. in der Kanalstraße. Damit ist die Idee, Autos zu teilen, auch in Lübeck wiederzufinden. Um das private Verkehrsaufkommen zu reduzieren, wäre eine Fortsetzung und Ausweitung dieses Konzepts erstrebenswert.

4.4.4 Fahrradverkehr

Der Fahrradverkehr soll als Bestandteil des Umweltverbundes in Lübeck gefördert werden[12].

Auffällig ist die wahrgenommene hohe Zahl von FahrradfahrerInnen in der Lübecker Altstadt. Diese konkurrieren dabei sowohl mit FußgängerInnen als auch mit dem MIV. Im Rahmen der ersten Informationsveranstaltung wurde die Situation für den Fahrradverkehr vonseiten der BürgerInnen kritisiert. Zusammen mit den FußgängerInnen sollte den FahrradfahrerInnen mehr Gewicht gegeben werden, damit das Fahrradfahren gestärkt und die Sicherheit erhöht wird. Dazu gehörte auch die Kritik, dass das Fahren in der Fußgängerzone nur von 19:00 bis 9:00 Uhr erlaubt sei. Viele BürgerInnen und AkteurInnen sprachen sich dafür aus, verstärkt Konzepte zu berücksichtigen, die eine gemeinsame und rücksichtsvolle Nutzung des begrenzten Straßenraums durch alle VerkehrsteilnehmerInnen ermöglichen wie z. B. durch Shared Space.

Einige Straßen, wie die Straßen Rosengarten, Bei St. Johannis, Schlumacherstraße, Balauerfohr und die St.-Annen-Straße, wurden als Fahrradstraße ausgewiesen und bilden eine zusammenhängende Nord-Süd-Achse durch das Untersuchungsgebiet. Diese Ausweisung lässt sich ausschließlich an den Verkehrszeichen erkennen, denn die Straßen weisen sehr unterschiedliche Profile und Gestaltungen auf, d. h. ein gestalterischer „Umbau“ zu einer Fahrradstraße ist nicht erfolgt und soll auch nicht erfolgen. Hier haben die Vorgaben zur Gestaltung der Altstadtstraßen Vorrang vor einem durchaus wünschenswerten Umbau zur Erkennbarkeit und Komfortsteigerung für den Radverkehr. Dies ist in vielen Bereichen als unkritisch zu sehen, jedoch ist die Ablesbarkeit im Straßenraum (z. B. Vereinheitlichung des Oberflächenbelags, wiederkehrende Elemente, Straßenprofil) für andere VerkehrsteilnehmerInnen schwierig. Die Umsetzung des Sichtbarmachens hat unter sensibler Berücksichtigung des historischen Straßenbelags und entsprechend gestalterischen Anforderungen zu erfolgen.

Bis auf wenige Ausnahmen sind die Straßen im Untersuchungsgebiet als Einbahnstraßen ausgebildet. FahrradfahrerInnen dürfen auf fast allen Straßen entgegen der Fahrtrichtung fahren. Dies setzt gleichzeitig eine große Umsichtigkeit aller VerkehrsteilnehmerInnen voraus, damit Unfälle vermieden werden. Insbesondere in den engen (Geschäfts-)Straßen mit zusätzlich ruhendem Verkehr sollten im Rahmen eines Verkehrsgutachtens Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit geprüft werden, auch wenn Unfälle nicht bekannt sind.

[12] Vgl. Regionaler Nahverkehrsplan der Hansestadt Lübeck in den Fassungen 1997 und 2014-2018.

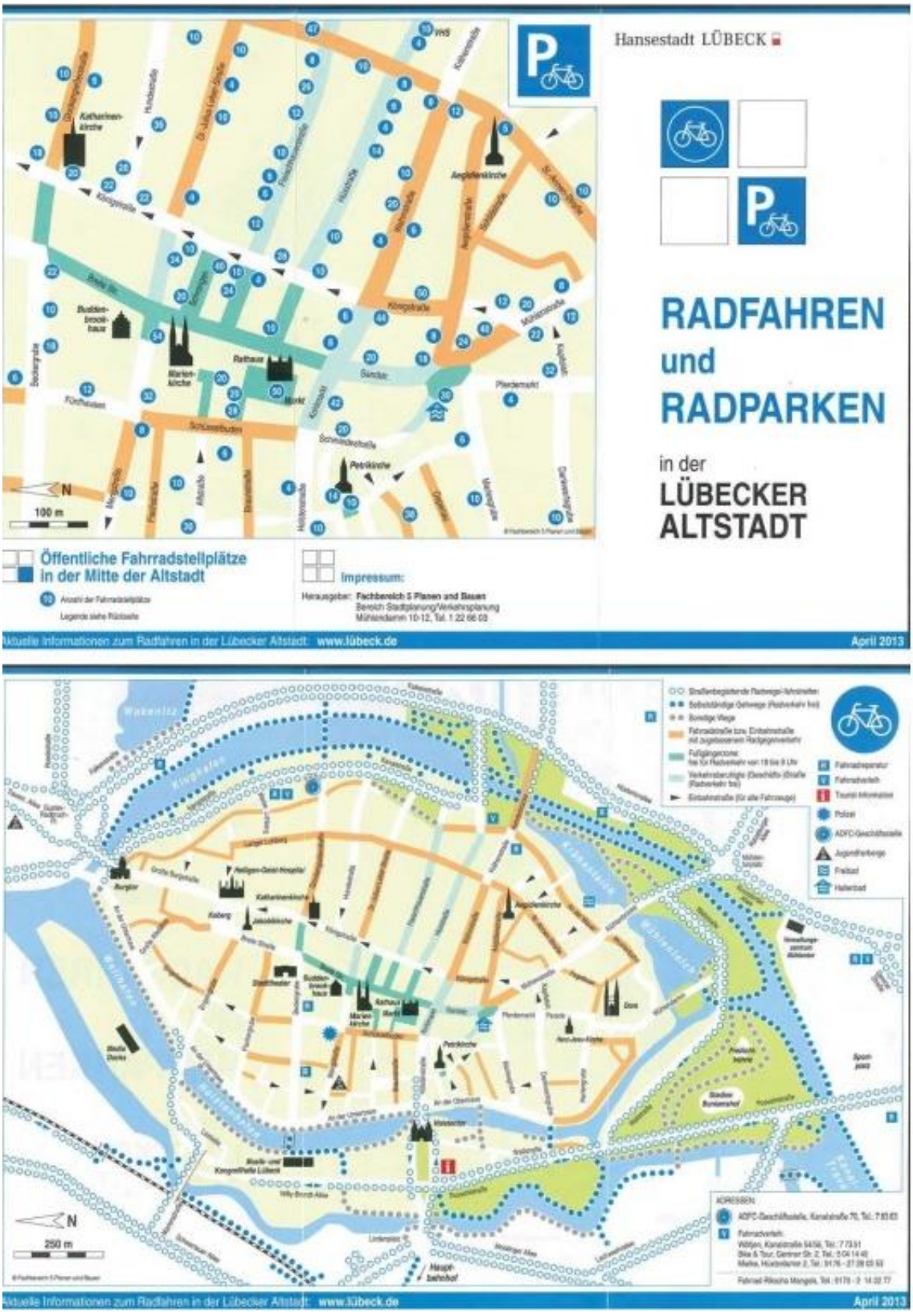


Abb. 23: Informationsflyer zu Radfahren und Radparken in der Lübecker Altstadt; Quelle: HL

An zentralen Stellen, wie z. B. an der St. Marien Kirche und in der Straße Bei St. Johannis befinden sich zahlreiche Fahrradbügel. Auch in den Geschäftsstraßen und anderen Erschließungsstraßen wurden Fahrradabstellmöglichkeiten eingerichtet, die sehr stark frequentiert werden. Da vielerorts Fahrräder „wild“ abgestellt werden, kann von einem Bedarf an zusätzlichen Abstellmöglichkeiten ausgegangen werden. Auf der Informationsveranstaltung am 4. Oktober 2016 wurde außerdem der Wunsch geäußert, abschließbare und überdachte Fahrradhäuschen für die AnwohnerInnen zur Verfügung zu stellen. In

einem vorangegangenen Bericht von 2011 zur Verbesserung des Radparkens in der Lübecker Altstadt wurden die damit einhergehenden Probleme analysiert und Maßnahmen formuliert, um das Radparken zu optimieren. Darunter fallen Maßnahmen wie die Ergänzung von Fahrradbügeln, das Ausweisen von Fahrradstellplätzen in Autoparkhäusern sowie die Mitnutzung der Kirchhöfe zum Radparken und ähnliches[13]. Die Maßnahmen werden bei der Erstellung des integrierten Entwicklungskonzeptes berücksichtigt.

4.4.5 FußgängerInnenverkehr

Die Altstadt ist durch eine kompakte Siedlungsstruktur geprägt. Nachdem die Epoche des „autogerechten Wiederaufbaus“ nach dem Zweiten Weltkrieg zu Ende ging, wurden Forderungen nach einer fußgängerInnenfreundlichen Stadt immer stärker. Damit einher geht die Diskussion um die Schaffung qualitätsvoller barrierefreier Außenräume, die verschiedene soziale Funktionen übernehmen.

In einem mittelalterlichen Stadtgrundriss mit begrenzten Grün- und Freiflächen bedeutet dies, dass ein Fokus auf die Straßenräume gelegt werden muss. Aufgrund der hohen Bedeutung des Denkmalschutzes in der Altstadt bedarf es einer behutsamen Betrachtung, die die Barrierefreiheit verbessert, damit auch mobilitätseingeschränkte Personen am Leben in der Altstadt teilhaben können. Obwohl die demografische Struktur der Altstadt eine eher „junge“ Bewohnerschaft aufweist, wird auch hier zukünftig ein Wandel einsetzen. Damit SeniorInnen möglichst lange in ihrem vertrauten Umfeld leben und auch Familien mit Kinderwagen angenehm Wege zurücklegen können, werden zukunftsorientierte Konzepte zur Barrierefreiheit erforderlich.

Die Fußgängerzone umfasst aktuell die Straßen Breite Straße (zwischen Kohlmarkt und Beckergrube), den Marienkirchhof, die westlichen Abschnitte der Dr.-Julius-Leber-Straße, der Fleischhauerstraße und der Hüxstraße sowie die Pfaffenstraße, die Markttwiete, den Weiten Krambuden und den Markt. Sie bildet das kommerzielle Zentrum rund um das Rathaus und wurde bis 2012 umfassend umgebaut und aufgewertet. Der Fokus lag dabei auf der Breiten Straße und dem Schrangen, die zu attraktiven Orten des Verweilens werden sollten und dementsprechend mit Sitzmöglichkeiten ergänzt wurden. Die Fleischhauer- und Hüxstraße erhielten im Vorwege bereits neue Oberflächenbeläge, sodass eine Niveaugleichheit hergestellt wurde. Laut Aussagen aus der Perspektivenwerkstatt ist die Lübecker Fußgängerzone sehr klein und umfasst nur eine Mittelachse. Die Ausweitung der Fußgängerzone um eine zweite Achse (Königstraße) wurde angeregt. Mit der Schaffung von niveaugleichen Flächen wie in der Fußgängerzone und den Geschäftsstraßen Fleischhauerstraße und Hüxstraße wurde bereits ein großer Beitrag geleistet. Ein flächendeckendes Netz von barrierefreien Flächen für die Erreichbarkeit und Versorgung gibt es bislang im Untersuchungsgebiet nicht.

Die obere Dr.-Julius-Leber-Straße hingegen ist dem Erscheinungsbild nach nicht als Fußgängerzone zu erkennen, da sie sich durch die hohen Bürgersteige und die asphaltierte Fahrbahn nicht von einer regulären Straße unterscheidet.

<u>Gänge und Höfe</u>
Ein Großteil der Gänge und Höfe ist mittels Durchgänge unter den Gebäuden erschlossen. Sie sind überwiegend öffentlich und eine Touristenattraktion. Durch den verstärkten BesucherInnenandrang fühlen sich viele AnwohnerInnen gestört und versuchen diese Gänge – zumindest in den Nachtstunden – durch Tore zu verschließen. Ab 22:00 Uhr wurde den BewohnerInnen einiger Gänge eine Abschließerlaubnis durch die Hansestadt Lübeck erteilt.

[13] Vgl. Bericht „Verbesserung des Radparkens in der Lübecker „Altstadt“ vom 25. Februar 2011.

Gesamtbewertung Verkehr	
Stärken und Potenziale	**Probleme und Konflikte**
▪ Fußläufige Erreichbarkeit, kurze Wege ▪ Gute ÖPNV-Anbindung ▪ Verkehrsberuhigte Bereiche und Fußgängerzone ▪ Fahrradstraße ▪ Ansätze für ein „fahrradfreundliches Lübeck“ ▪ Gestaltungsvorgaben zum Erhalt des historischen Straßennetzes	▪ Verkehrsführung ist in Teilen unübersichtlich und schwierig ablesbar ▪ Ausbildung von Straßenräumen lässt vielerorts nicht darauf schließen, wer die „Zielgruppe“ sein soll (Fahrradstraße, Fußgängerzone, etc.) ▪ Ruhender Verkehr und Lieferverkehr senken Aufenthaltsqualität in schmalen Straßen ▪ Parksuchverkehr belastet das Gebiet ▪ Vielerorts „wildes“ Abstellen von Fahrrädern auch aufgrund mangelnder Abstellmöglichkeiten ▪ Ungestaltete Parkplätze in Blockinnenbereichen vermindern Wohnqualität ▪ Unzureichende Barrierefreiheit im öffentlichen (Straßen)Raum

4.5 Gebäude und Wohnen

Der denkmalpflegerische Wert der bis heute erhaltenen und zum großen Teil mittelalterlichen Hochbausubstanz der Lübecker Altstadt prägt das Stadtbild und führte maßgeblich dazu, sie in die Liste der UNESCO-Welterbestätten aufzunehmen. Vorrangig erfolgt der Schutz des historischen Gebäudebestandes in Lübeck über das Denkmalschutzgesetz Schleswig-Holstein und wird durch weitere Instrumente und Maßnahmen ergänzt (dazu mehr unter Kapitel 3.2).

Ziel ist es, zugleich attraktive und heutigen Anforderungen entsprechende Wohn-, Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Altstadt stärken.

4.5.1 Eigentumsverhältnisse

Die Mehrzahl aller Gebäude im Untersuchungsgebiet befindet sich in privatem Eigentum. Zum Eigentum der Stadt zählen zum einen die öffentlichen Straßen sowie zahlreiche Gänge. Das Gleiche gilt für einzelne Grundstücke, die überwiegend durch öffentliche Einrichtungen genutzt werden, wie etwa der Rathauskomplex mit dem Markt, das St.-Annen-Museum oder auch mehrere Blockinnenhöfe, die der Hansestadt Lübeck gehören. Zu erwähnen ist auch das im Eigentum des Bundes befindliche Grundstück in der Dr.-Julius-Leber-Straße 50/52, auf dem sich ein Bunker befindet.

4.5.2 Investitionsbereitschaft der EigentümerInnen

Die EigentümerInnen wurden im Rahmen einer Selbstauskunft gebeten, anzugeben, ob sie in den nächsten fünf Jahren Investitionen im Bereich der Instandsetzung und Modernisierung und/oder der Energetischen Ertüchtigung an ihrer Immobilie vornehmen wollen.

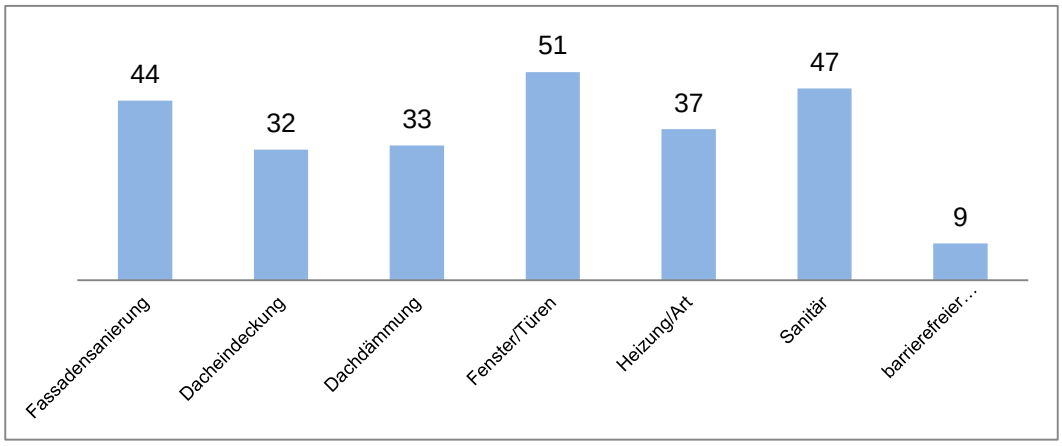


Abb. 24: Nennungen von Modernisierungsvorhaben der EigentümerInnen (Abbildung und Daten der BIG Städtebau)

Insgesamt sind zu 286 Adressen EigentümerInnenauskünfte eingegangen. An 105 Gebäuden haben die EigentümerInnen Modernisierungs- und/oder energetische Maßnahmen geplant. Dabei zeigt sich, dass Fenster und Türen am häufigsten modernisiert werden sollen. Die Modernisierung von Sanitäranlagen steht an zweiter Stelle und eine Fassadensanierung an dritter (vgl. Abbildung 25).

Auffällig ist, dass nur wenige EigentümerInnen bereit sind, ihre Gebäude barrierefrei zu gestalten. Gerade in Hinblick auf die barrierefreie Gestaltung der Eingangsbereiche weisen die Gebäude noch einen Modernisierungsbedarf auf. So haben 594 Gebäude im Untersuchungsgebiet einen nicht barrierefreien Eingangsbereich, womit in Hinblick auf den demografischen Wandel ein erhöhter Handlungsdruck in diesem Schwerpunktbereich besteht. Dieser ist jedoch abzugleichen mit den Anforderungen und Auflagen des Denkmalschutzes.

4.5.3 Wohnen

Die Gebäudestruktur in der Hansestadt Lübeck wird geprägt durch Mehrfamilienhäuser mit mindestens drei Wohneinheiten (68 % aller Gebäude[14]). Lediglich ein Drittel der Wohngebäude sind Ein- oder Zweifamilienhäuser. Wie in allen Großstädten nimmt der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser am Stadtrand zu. Im Stadtzentrum dominiert der Mehrfamilienhausbestand.

Im Stadtteil Innenstadt befinden sich insgesamt 8.180 Wohnungen. Die Wohnungen befinden sich, wie auch im Untersuchungsgebiet Altstadt, überwiegend in Mehrfamilienhäusern in einer geschlossenen Blockrandbebauung. Freistehende Gebäude, die zu Wohnzwecken genutzt werden, gibt es historisch bedingt kaum.

Der Wohnungsbestand in Lübeck staffelt sich, bezogen auf die Wohnungsgrößen, wie folgt: Rund 17 % sind kleine Wohnungen mit ein und zwei Räumen, mehr als die Hälfte sind mittlere Wohnungen mit drei bis vier Räumen (54,5 %) und 18 % aller Wohnungen haben mindestens fünf Räume[15].

Die Wohnungsgrößen im Untersuchungsgebiet waren ursprünglich aufgrund der mittelalterlichen Bausubstanz sehr klein. Auch heute gibt es noch viele kleine Wohneinheiten, die häufig durch junge Single- und Paarhaushalte bewohnt werden. Inzwischen werden die Wohnungsgrundrisse im Zuge umfassender Modernisierungsmaßnahmen häufig verändert. Kleine Wohneinheiten in einem Gebäude werden zu einer Großen zusammengefasst.

Wie in den Gesprächen mit den SchlüsselakteurInnen deutlich wurde, besteht eine hohe Nachfrage nach Wohnraum in der Innenstadt. Geschätzt wird die zentrale Lage, verbunden mit der guten Versorgungssituation und vielen Freizeitangeboten sowie das Ambiente. Dies spiegelt sich auch in der sehr geringen Leerstandsquote bei Wohnungen wider, die deutlich unter der Leerstandsquote für Gewerbeeinheiten liegt (vgl. hierzu auch Kapitel 4.5.6).

Die EigentümerInnenstruktur der Wohnungen im Lübecker Stadtteil „Innenstadt“ (detaillierte Erhebungen für die Altstadt oder das Untersuchungsgebiet liegen nicht vor) wird dominiert durch private WohnungseigentümerInnen. Rund 81 % der Wohnungen befinden sich im Eigentum von Privatpersonen oder Eigentümergemeinschaften (Quelle: Zensus 2011 – Gebäude- und Wohnungszählung). Gleichzeitig identifiziert sich diese Gruppe aber mit ihren Immobilien und nutzt diese zum Teil selbst. Weitere 14 % der Wohnungen befinden sich im Eigentum von Wohnungsgenossenschaften, privaten Wohnungsunternehmen oder anderen privatwirtschaftlichen Unternehmen. Lediglich gut 3 % des Wohnungsbestandes im Stadtteil „Innenstadt“ befinden sich in kommunaler Hand. In der Lübecker Innenstadt werden rund 80 % der Wohnungen vermietet, lediglich 14 % der Wohnungen werden durch die EigentümerInnen selbst zu Wohnzwecken genutzt.

Sozialer Wohnungsbau

Im Referenzzeitraum 2007 bis 2015 ist es zu deutlichen Reduktionen im Segment des sozialen Wohnungsbaus gekommen (vgl. Tabelle 3). Mit Blick auf das Untersuchungsgebiet ist festzuhalten, dass sich der Bestand an Wohneinheiten des sozialen Wohnungsbaus mehr als halbiert hat und mit 37 Einheiten bzw. einer Relation von 1,4 % der Haushalte fast nicht präsent ist. Dies erschwert benachteiligten Gruppen den Zugang auf den Wohnungsmarkt und beeinflusst damit auch die Sozialstruktur im Untersuchungsgebiet.

[14] Vgl. Wohnungsmarktbericht 2015.
[15] Vgl. Statistisches Jahrbuch der Hansestadt Lübeck 2014.

	2007		2015	
	Anzahl der Soz.-Whg.	in % der Haushalte	Anzahl der Soz.-Whg.	in % der Haushalte
VU-Gebiet „Altstadt“	87	3,4 %	37	1,4 %
Stadtteil 01 – Innenstadt	567	6,1 %	318	3,3 %
Hansestadt Lübeck	9.892	8,5 %	7.957	6,6 %

Tabelle 3: Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus 2007-2015 (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, FB 1, Kommunale Statistikstelle, 2016; Darstellung: BIG Städtebau)

2012 bezogen 3.976 Lübecker Haushalte (3,4 % aller Haushalte des Stadtteils „Innenstadt“) Wohngeld. Gegenüber 2006 entspricht dies einer Steigerung von ca. 30 %. Im Stadtteil „Innenstadt“ lag die Bezugsquote mit 2,6 % der Haushalte etwas darunter.[16]

Die gesamtstädtischen Wohngeldaufwendungen konzentrierten sich 2012 auf folgende Erwerbsgruppen: Rentner (40,1 % der WohngeldempfängerInnen), Nicht-Erwerbstätige (17,1 %), Angestellte (16,4 %), ArbeiterIn (7,8 %), Arbeitslose (6,8 %) sowie Studierende/Auszubildende (6,5 %) und Selbstständige (4,7 %).[17]

Gesamtbewertung Gebäude und Wohnen	
Stärken und Potenziale	**Probleme und Konflikte**
▪ Attraktiver Wohnungsstandort in zentraler Lage ▪ Hohe Nachfrage und unterdurchschnittlicher Leerstand ▪ Historischer Gebäudebestand: viele Liebhaberobjekte	▪ Kaum Wohnungsangebote ▪ Kaum preisgünstiger Wohnraum ▪ In Teilbereichen mangelnde Wohnumfeldqualität ▪ Insbesondere in den Gängen Konflikte mit der touristischen Nutzung ▪ Fehlende Barrierefreiheit von Wohngebäuden ▪ Modernisierungs- und Instandsetzungsstau bei Wohngebäuden

[16] Hansestadt Lübeck (2012): Lübecker Armuts- und Sozialbericht 2012, S. 87 ff.
[17] Ebd.

4.5.4 Gebäudealter und Fassadentypen

Die Ursprünge des überwiegenden Gebäudebestands im Untersuchungsgebiet reichen bis ins Mittelalter zurück und wurden seitdem baulich wiederholt verändert (vgl. „Plan 4 Gebäudealter“). Diese baulichen Änderungen betreffen einzelne Gebäudeteile oder auch das gesamte Gebäude zwischen den Brandmauern. Besonders bezeichnend ist die vielfache Umgestaltung der Fassaden, die so den Stil der jeweiligen Epoche repräsentieren. Starke Veränderungen des Stadtbildes erfolgten mit Umformung der Fassaden im klassizistischen Stil, welche die betonte Giebelständigkeit (Treppengiebel, Barockgiebel etc.) durch eine hochgezogene rechteckige Form ablösten. Teilweise wurde auch das gesamte Gebäude niedergelegt und im klassizistischen Stil wieder aufgebaut. Daher kann grundsätzlich anhand des Fassadenstils nicht automatisch das Entstehungsjahr des Gebäudes selbst abgelesen werden.

Die Hinterhöfe in den Blockinnenbereichen wurden im Zuge des Bevölkerungsanstiegs im 19. Jahrhundert stark überbaut. Diese Bereiche können im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen nur berücksichtigt werden, wenn öffentliche Gänge und Höfe den Zutritt gewähren. Ansonsten bleiben sie unberücksichtigt.

Charakteristisch für das Untersuchungsgebiet ist die Mischung von Gebäudetypen. Vorherrschendes Leitmotiv im Untersuchungsgebiet und insbesondere in den Rippenstraßen ist eine Kombination aus dem Giebel- und dem Attikatyp. Ansonsten finden sich der Zwerchgiebeltyp, der Traufseittyp und der Flachdachtyp. Innerhalb der Baublöcke und der Straßenzüge wird nach Baualter differenziert. Es werden Gebäude unterschieden, die vor und nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wurden. Durch die Zerstörung im Zweiten Weltkrieg und auch aufgrund eines gesellschaftlichen Wandels änderte sich das Stadtbild in einigen Bereichen gravierend.

Die Stadträume der Lübecker Altstadt weisen überwiegend eine Mischung von verschiedenen Gebäudetypen auf. Jedoch gibt es auch räumlich einige Konzentrationen einzelner Typologien, wie z. B. zahlreiche traufständige Gebäude in der Breiten Straße und der Krähenstraße, einige Vertreter des Attikatyps in der Hüxstraße sowie zahlreiche giebelständige Gebäude in der Wahmstraße.

4.5.5 Gebäudenutzungsstruktur

Die Gebäudenutzungsstruktur im Untersuchungsgebiet wurde im Rahmen der Bestandsaufnahme ermittelt (vgl. „Plan 6 Gebäudenutzungsstruktur“). Dabei konnte vor Ort die tatsächliche Nutzung unmittelbar bestimmt werden. Die Nutzung wurde für das Erd- und Obergeschoss aufgenommen.

Die Nutzungsstruktur der Gebäude spiegelt die stadtgeografische Lage des Untersuchungsgebiets wider. So ist das Gebiet ein Teil des kulturellen Zentrums und des Dienstleistungs- sowie Einzelhandelsmittelpunkts der Stadt. Reine Wohnhäuser treten nur vereinzelt und überwiegend in den Gängen auf. Die Obergeschosse im Untersuchungsgebiet werden überwiegend zum Wohnen genutzt. Damit finden wir in den meisten Gebäuden die typische Nutzungsstruktur mit Einzelhandel, Dienstleistung und Gastronomie im Erdgeschoss und Wohnen im Obergeschoss vor.

Diese Nutzungsstruktur ist sehr positiv zu bewerten, da sie eine Belebung der Innenstadt auch in den Abendstunden ermöglicht, während andere Innenstädte in den Abendstunden durch ihre monotone Einzelhandels- und Dienstleistungsstruktur veröden.

Die zahlreichen Dienstleistungs- und Einzelhandelsangebote lassen auf eine ausreichende Versorgung der EinwohnerInnen schließen, jedoch sind im Untersuchungsgebiet keine Supermärkte ansässig. Lediglich Karstadt Lebensmittel sowie kleinere Obst- und Gemüsegeschäfte sind in dem Gebiet vertreten. Verschiedene Supermärkte finden sich an anderen Standorten in der Innenstadt, die innerhalb kürzester Zeit erreicht werden können. Somit kann insgesamt von einer ausreichenden Versorgung an Gütern des täglichen Bedarfs ausgegangen werden.

4.5.6 Leerstand

Im Untersuchungsgebiet wurden durch eigene Untersuchungen 11 vollständige Gebäudeleerstände erfasst und zusätzlich 16 weitere, die lediglich die Erdgeschosszonen betreffen (vgl. „Plan 6 Gebäudenutzungsstruktur“). Zusätzlich zu dieser Beobachtung konnte durch die EinwohnerInnenbefragung ermittelt werden, dass 14 von 1078 Wohnungen, zu denen von den EigentümerInnen eine Rückmeldung erfolgte, leer stehen. Dies entspricht ca. 1,3 %, womit der Wohnungsleerstand im Untersuchungsgebiet unter der üblichen Fluktuationsreserve (2 bis 3 %) liegt. Damit kann von einer angespannten Wohnungssituation im Untersuchungsgebiet gesprochen werden. Im gesamten Stadtgebiet Lübeck entspricht der Leerstand 1,6 %[18], in der Innenstadt 3,15 %[19].

Bei den Gewerbeeinheiten im Untersuchungsgebiet ist ein deutlich höherer Leerstand zu verzeichnen. So wurden 16 leerstehende Geschäftseinheiten im Erdgeschoss festgestellt. Laut EigentümerInnenbefragung stehen 21 der 295 Gewerbeeinheiten leer. Dies entspricht einem Leerstand von ca. 7 %. Damit liegt das Untersuchungsgebiet unter der gesamtstädtischen Leerstandsquote von 8,2 %[20]. Es ist jedoch zu beachten, dass keine EigentümerInnenauskünfte zum Leerstand in der Königspassage vorliegen. Diese weist nach eigener Erhebung einen Leerstand von 14,2 % und demnach einen Flächenleerstand von 1.800 m² auf. Seit 2013 stieg der Leerstand um 1,7 % an[21]. Somit sind im Fall der Königpassage Lösungen und Strategien notwendig, um einen weiteren Trading-Down-Effekt zu verhindern. Ansonsten ist im restlichen Untersuchungsgebiet kein dauerhafter Leerstand zu beobachten, der sich negativ auf das Umfeld auswirkt.

4.5.7 Baulicher Zustand Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarfe der Gebäude

Die Bewertung des baulichen Zustands erfolgte anhand einer äußeren Inaugenscheinnahme im Rahmen der Vor-Ort-Bestandsaufnahme. Dabei wurden die Bauteile Fassade und Außenwände, Dachhaut und Gauben, Fenster und Türen sowie Sockelbereiche aufgenommen, sofern sie einsehbar waren. Aus der Einzelbewertung der Bauteile wurde der durchschnittliche Zustand des Gebäudes abgeleitet und die Zuordnung in die entsprechenden Kategorien der Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarfe vorgenommen. Bei der Beurteilung ist zu berücksichtigen, dass eine innere Inaugenscheinnahme nicht erfolgte. Eine an die EigentümerInnen versendete Selbstauskunft zu den baulichen Gegebenheiten ergänzte die Beurteilung. Bauliche Nebenanlagen und nicht zugängliche Bebauungen in den Blockinnenbereichen konnten nicht berücksichtigt werden.

Die Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarfe werden in drei Kategorien unterteilt, die wie folgt definiert werden (vgl. „Plan 5 Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf“):

<u>Kein oder niedriger Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf</u>

- Fassade: Mauerwerk, Fassade und Anstrich ohne Schäden oder nur leichte optische Makel
- Sockelbereich: ohne (Feuchtigkeits-)Schäden
- Fenster: intakte Verglasung, Rahmen und Dichtung
- Dachhaut: intakte Eindeckung ohne oder nur mit leichten Verwitterungsspuren
- Dachgauben: intakte Dachhaut, Konstruktion und Fenster

Entweder bestehen keine Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarfe oder die Schäden sind geringfügig. Im letzteren Fall handelt es sich im Wesentlichen um optische Makel oder Schäden an einzelnen Bauteilen, die noch keine negativen Auswirkungen auf die bauliche Substanz oder die Konstruktion haben.

[18] Wohnungsmarktbericht 2015.
[19] Mikrozensus 2011.
[20] Einzelhandelsmonitor 2015/2016.
[21] LN-Online Einzelhandel setzt 1,5 Milliarden um – Einbußen in der Innenstadt.

Mittlerer Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf

- Fassade: leichte bis mittelschwere Putz- und Fugenschäden, mangelhafter oder verwitterter Anstrich, erkennbare Feuchteschäden, mittlere Schäden an Fassadenkonstruktion
- Sockelbereich: erkennbare Feuchtigkeitsschäden, schadhafter Putz und Anstrich
- Fenster: ältere zweifachverglaste Fenster mit leichten Schäden an Rahmen und Dichtung
- Türen: ältere zweifachverglaste Türen mit leichten Schäden an Rahmen und Dichtung
- Dachhaut: starke Vermoosung, deutliche Verwitterungsspuren, leichte Schäden an der Eindeckung
- Dachgauben: leichte Schäden an Dachhaut, Konstruktion und Fenster

Die ermittelten Schäden betreffen mehrere Bauteile oder sind an einem Bauteil besonders stark ausgeprägt und wirken sich bereits auf die bauliche Substanz und Konstruktion aus. Diese Schäden müssen mittelfristig behoben werden, da andernfalls das Bauwerk gravierend geschädigt und sich die Lebensqualität der BewohnerInnen bzw. die Arbeitsbedingungen verschlechtern würden.

Hoher Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf

- Fassade: deutliche Rissbildung in Mauerwerk und Fugen, starke Sinter- und Feuchtigkeitsspuren, mittlere bis stark beschädigte Fassadenverkleidung und –konstruktion, großflächige Putzschäden und stark verwitterter Anstrich
- Sockelbereich: mittlere bis starke Feuchteschäden, Putzschäden
- Fenster: einfachverglaste Fenster mit schadhafter Dichtung und starken Schäden am Rahmen, unbehandelte und verwitterte Holzrahmen
- Türen: Holzrahmen ohne erkennbaren Schutzanstrich, einfachverglaste Türen, Schäden am Türrahmen
- Dachhaut: lose und beschädigte Dachziegel, starke Verwitterungsspuren
- Dachgauben: gravierende Schäden an Dachhaut, Konstruktion und Fenster

Der Gebäudezustand erfordert eine kurz- bis mittelfristige Modernisierung/Instandsetzung, da bereits gravierende Schäden vorhanden sind, die vermuten lassen, dass die bauliche Substanz und Konstruktion bereits beeinträchtigt ist. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Wohn- und Arbeitsverhältnisse bereits beeinträchtigt sind. Entscheidend für eine Einstufung in die jeweilige Klassifizierung des Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarfs war der Gesamteindruck des Gebäudes sowie die Stärke und Anzahl der Schäden. So führen leichte Haarrisse in der Fassade allein noch nicht zu einem mittleren bis hohen Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf. Die Anzahl und Ausprägung des Schadens ist somit entscheidend.

Zusammenfassung:
Von 952 bewerteten Gebäuden im Untersuchungsgebiet wurden bei 601 Gebäuden (63 %) kein oder niedriger Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf ermittelt. Dazu gehören vor allem Gebäude um den Rathauskomplex sowie in der Breiten Straße und der Königstraße, aber auch zahlreiche Gebäude in der St.-Annen-Straße. Abschließend bleibt festzuhalten, dass es sich bei der Erhebung um eine äußere Inaugenscheinnahme der Gebäude während der Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen handelt. Nähere Betrachtungen von Gebäuden und Erkenntnisse im Laufe der Gesamtmaßnahme können im Einzelfall dazu führen, dass eine andere Einstufung des Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarfs zu erfolgen hat. Demzufolge können sich auch Fördermöglichkeiten für Gebäude eröffnen die vorerst mit keinem oder nur mit einem geringen Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf eingestuft wurden.

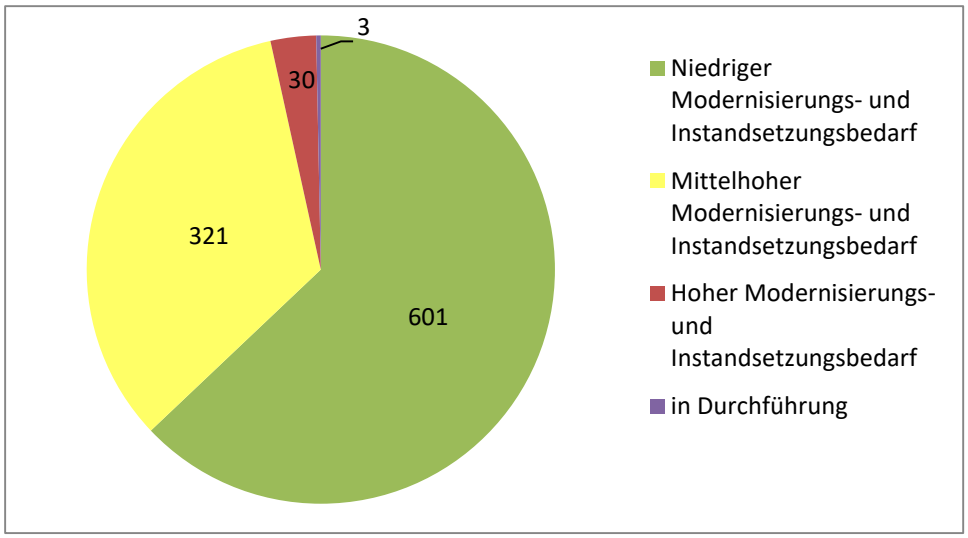


Abb. 25: Anteile Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf der Gebäude

Ein mittelhoher Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf wurde bei 321 Gebäuden (33 %) ermittelt, bei denen es eine starke Konzentration in der Königstraße zwischen Hüx- und Wahmstraße gibt. Genauso sind aber auch in anderen Bereichen, wie z. B. in der Dr.-Julius-Leber-Straße, der Hüxstraße oder der Hundestraße, zahlreiche Gebäude dieser Kategorie zuzuordnen.

Ein hoher Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf wurde bei 30 Gebäuden (3 %) festgestellt. Diese wenigen Gebäude verteilen sich relativ gleichmäßig im Gebiet (vgl. „Plan 5 Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf“).

4.5.8 Voraussetzung von Modernisierungsmaßnahmen im Kontext des Welterbestatus

Der Fokus des Städtebauförderungsprogramms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ liegt, wie bereits in Kapitel 3.2 dargestellt, auf der Erhaltung des baukulturellen Erbes der Städte. Im Fokus steht die Entwicklung der Städte hin zu attraktiven Wohn-, Arbeits-, Freizeit- und Kulturstandorten. Bauliche Veränderungen zur Anpassung denkmalgeschützter Objekte an moderne Wohn- und Arbeitsverhältnissen sind allerdings nicht immer mit den Vorgaben des Denkmalschutzes und ohne das Eingehen von Kompromissen vereinbar. Es müssen Lösungen und Strategien entwickelt werden, wie Denkmalpflege und aktuelle Anforderungen in Einklang gebracht werden können.

Im Untersuchungsgebiet finden sich 317 Gebäude, die aktuell unter Denkmalschutz stehen (vgl. „Plan 3 Denkmalschutz“). Das sind 36 % des gesamten Gebäudebestandes im Untersuchungsgebiet. Hinzu kommen 47 Gebäude, deren Denkmalschutzstatus derzeit geprüft wird. Diese hohe Zahl an denkmalgeschützten Gebäuden spiegelt die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung des Gebäudebestandes wider, die den Anforderungen des Denkmalschutzes und den heutigen Wohnbedingungen und energetischen Anforderungen gleichermaßen gerecht werden sollte. Im „Plan 3 Denkmalschutz“ ist der Stand vom 23. September 2015 zugrunde gelegt.

Die zahlreichen unter Denkmalschutz stehenden Gebäude, die historischen Brandmauern, die enge und kompakte Bauweise des umfangreichen Altbaubestandes und die geltende Gestaltungssatzung im Untersuchungsgebiet führen dazu, dass die Verwendung von Fassadenaußendämmung sowie entsprechender Isolierverglasung nahezu keine Alternativen darstellen. Bspw. ist laut Gestaltungssatzung in der Regel die Anbringung einer Wanddämmung an der Außenseite des Gebäudes nicht zulässig. Eine aktuelle Studie der Universität Dortmund ermittelte, dass historische Bestandsgebäude schon aufgrund der vorhandenen städtebaulichen Struktur mit ihrer geschlossenen Bauweise, gegenüber Neubauten,

bei der Bewertung der energetischen Anforderungen bestehen können. Ebenfalls kann von den nach 2005 errichteten Gebäuden im Untersuchungsgebiet von einer für heutigen Standard ausreichenden Ertüchtigung ausgegangen werden.

Die Förderung von erneuerbaren Energien ist darüber hinaus eines der Entwicklungsziele des ISEK von 2010 für die Hansestadt Lübeck. Der Schutz des historischen Stadtbildes, also der Welterbestätte Lübeck, hat oberste Priorität und Maßnahmen zur energetischen Ertüchtigung dürfen diese nicht gefährden. Für alle geplanten Eingriffe (energetischer und baulicher Art) ist der schützenswerte Charakter der Bausubstanz und vor allem der Denkmale zu berücksichtigen und ein entsprechend sensibles und mit der Denkmalschutzbehörde abgestimmtes Vorgehen zu praktizieren.

Generell ist demnach für Vorhaben der energetischen Ertüchtigung eine einzelfallbezogene Betrachtung notwendig. Im Folgenden ein Beispiel: Bei Bedarf und wenn nicht denkmalpflegerische Belange entgegenstehen, kann eine Innenwanddämmung erfolgen. Um beim Erhalt einfachverglaster Holzsprossenfenster die energetischen Eigenschaften dieser Fenster zu verbessern, ist der Einbau von Winterfenstern möglich.

4.5.9 Aktuelle Entwicklungen und Planungen im Untersuchungsgebiet

Vorgezogene Maßnahme „Historisches Rathaus“

Der Rathauskomplex gliedert sich in drei Baukörper. Zunächst entstand Mitte des 13. Jahrhunderts das Hauptgebäude (Gebäudeteil A Breite Straße 62) im gotischen Stil. Es besteht aus einem dreischiffigen Baukörper mit zwei Geschossen. Dieses wurde Ende des 13. Jahrhunderts durch einen zweigeschossigen Flügelanbau mit einem Arkadengang im Erdgeschoss, dem sogenannten „Langen Haus“ (Gebäudeteil B), in der Breiten Straße erweitert. Mitte des 15. Jahrhunderts erfolgte eine erneute Erweiterung des Gebäudeteils um den „Kriegsstubenanbau“.

Im Zuge des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Rathauskomplex westlich um einen weiteren Gebäudeteil (Teil C) ergänzt. Zwischen dem Rathausmarkt und dem Marienkirchhof wurde ein dreiflügeliger Baukörper um einen Innenhof mit zwei bis drei Geschossen errichtet. Alle drei Teile des Rathauskomplexes stehen unter Denkmalschutz.

Der Rathauskomplex wird in großen Teilen auch heute noch als Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtung genutzt. Neben dem Verwaltungssitz des Bürgermeisters, der Stadtpräsidentin und der Parteifraktionen befinden sich hier zahlreiche Sitzungsräume. Unter- und Erdgeschoss des Gebäudeteils A und B werden in Teilen gastronomisch genutzt. Auch der unterkellerte eingewölbte Flügelanbau B, der sogenannte Germanistenkeller, wurde in früheren Jahrhunderten als Wein-/Bierlager genutzt. Aufgrund des schlechten baulichen Zustands wurde diese Nutzung Ende der 1990er Jahre aufgegeben. In dem neu-



Abb. 26: Rathaus, Gebäudeteil A „Langes Haus“



Abb. 27: Rathaus, Gebäudeteil C

eren Bauteil C befinden sich im Erdgeschoss ebenfalls gastronomische Nutzungen und ein Ladenlokal. Die Obergeschosse werden durch die Stadtverwaltung und die politischen Fraktionen genutzt.

Der Rathauskomplex wies einen hohen Sanierungsbedarf auf und wurde bereits als vorgezogene Maßnahme „Historisches Rathaus“ im Rahmen der städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Altstadt“ genehmigt.

Die Maßnahme umfasst Sanierungsmaßnahmen in allen drei Bauteilen. Teilabschnitt 1 beinhaltet die Sanierung des Germanistenkellers mit Innenraumsanierung, Außenwand- und Gewölbeabdichtung. Die letztgenannten Arbeiten stehen noch aus. Hierfür steht nur ein kurzes Zeitfenster zur Verfügung, da die Abdichtungsarbeiten mit der Platznutzung koordiniert werden müssen.

4.6 Soziale, kulturelle, bildungs- und freizeitbezogene Infrastruktur

Als attraktiver Tourismus- und damit auch Wirtschaftsstandort findet insbesondere diejenige Infrastruktur der Lübecker Altstadt Berücksichtigung, die relevant für Touristen ist. Hierzu gehört insbesondere auch die kulturelle Infrastruktur. Die Bedeutung dieser Infrastruktur wird sowohl im Touristischen Entwicklungskonzept (TEK) als auch im ISEK hervorgehoben.

Die sozialen, kulturellen, bildungs- und freizeitbezogenen Infrastrukturen gehören zu den wichtigen Versorgungsfunktionen eines Oberzentrums, über die auch Lübeck in großer Bandbreite verfügt. Bei ihrer Betrachtung in den vorbereitenden Untersuchungen werden aufgrund des überörtlichen Wirkungsgrades nicht nur Einrichtungen im Untersuchungsgebiet selbst, sondern auch angrenzende Einrichtungen mit in die Analyse und Bewertung einbezogen.

4.6.1 Bildungseinrichtungen

Die Schulbildung ist genau wie andere Gemeinbedarfsangebote dem erweiterten Angebot der Nahversorgung zuzuordnen, so dass ein umfangreiches Schulangebot zur Abdeckung des gemeindlichen und überörtlichen Bedarfs sicherzustellen ist. Um eine eigenständige Bewältigung des Schulweges für Kinder zu ermöglichen, ist eine wohnortnahe und gut angebundene Bildungseinrichtung für einen konkurrenzfähigen und sicheren Bildungsstandort unerlässlich.

Direkt im Untersuchungsgebiet sind keine allgemeinbildenden Schulen ansässig. Das Johanneum und das Katharineum grenzen jedoch direkt an das Untersuchungsgebiet an, weitere befinden sich in unmittelbarer Nähe des Untersuchungsgebiets. Insgesamt bietet Lübeck ein breites Angebot an Bildungseinrichtungen und auch im Stadtteil „Innenstadt“ sind alle relevanten schulischen Bildungseinrichtungen ansässig. Diese sind durch das „Netzwerk-Innenstadt“, dem die Ernestinenschule, die Marien-Schule, die Berend-Schröder-Schule und Emanuel-Geibel-Schule angehören, verknüpft. Gemeinsam bieten sie ein schulartübergreifendes breites Spektrum an Nachmittagsprogrammen, aber auch Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung an. So wird auf die zunehmende Nachfrage nach Ganztagsangeboten eingegangen. Des Weiteren findet sich die höchste Dichte an Gymnasien im Bereich der Lübecker Innenstadt.

Die Wichtigkeit des Schulstandorts Innenstadt wird durch den hohen Anteil an SchülerInnen in der Innenstadt deutlich; so gehen 22 % (Stand November 2015[22]) aller Lübecker SchülerInnen auf Schulen im Stadtteil. Die SchülerInnenzahlen stiegen zum Jahr 2015/2016 sogar entgegen des Trends um 0,9 %, was sich auch in Zukunft durch den hohen Anteil an junger Bevölkerung, die Flüchtlingsbewegungen, die Neubaupolitik sowie die Bevölkerungsbewegungen (Trend in die Stadt) fortsetzen wird. Dies wird sich in den Schulen der Lübecker Innenstadt wie folgt niederschlagen:

- Die SchülerInnenzahlen der Dom- und der Marien-Schule sind steigend prognostiziert
  - die Dom-Schule kann die steigenden SchülerInnenzahlen innerhalb ihrer Kapazitäten auffangen,
  - die Marien-Schule wird voraussichtlich an ihre Kapazitätsgrenze stoßen.
- Die Emanuel-Geibel-Schule ist ein Schulstandort mit prognostiziert steigenden SchülerInnenzahlen.

Die SchülerInnenzahlen der Gymnasien sind allgemein steigend prognostiziert, was zu einer angespannten Raumsituation führt. Insgesamt ergibt sich also ein zunehmender Betreuungs- und Raumbedarf, insbesondere an den Gymnasien, für den Lösungen gefunden werden müssen.

Zusammengefasst sind im Einzugsgebiet des Untersuchungsgebiets alle relevanten schulischen Bildungseinrichtungen mit unterschiedlicher Ausprägung vorhanden.

[22] Quelle: Bildungsbericht: Materialband Schulstatistik der allgemeinen Schulen der Hansestadt Lübeck, Schuljahr 2015/2016, Hrsg. Hansestadt Lübeck.

Zu berücksichtigen in der Bewertung sind darüber hinaus die Schulwege und somit die verkehrstechnische Infrastruktur. Defizite in der Verkehrsinfrastruktur sind zugleich ein Gefährdungspotenzial für SchülerInnen.

4.6.2 Kindertagesstätten

Heute sind häufig beide Elternteile berufstätig, was eine Kinderbetreuung schon im jüngsten Alter notwendig macht. So sind auch wichtige Nahversorgungsfunktionen wie die Kinderbetreuung für eine Versorgung des regionalen und lokalen Raums zu gewährleisten.

In der Lübecker Innenstadt sind insgesamt zehn Kindertagesstätten ansässig, die Kita Dr. Julius-Leber-Straße liegt direkt im Untersuchungsgebiet. Die Servicestelle Kindertagespflege, die Betreuungsplätze bei Tagespflegepersonen im gesamten Stadtgebiet vermittelt, befindet sich ebenfalls in der Dr. Julius-Leber-Straße. Die Versorgungsquote für Kinder unter 3 Jahren ist in der Innenstadt mit 44 % überdurchschnittlich (stadtweit 39 %, Stand Dezember 2015). Das Angebot wird im Rahmen der Jugendhilfeplanung bedarfsgerecht weiterentwickelt. Für Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt ist der Innenstadtbereich mit einer Versorgungsquote von 102 % sehr gut ausgestattet und versorgt Kinder aus anderen Stadtteilen mit.

4.6.3 Kultur- und Freizeitangebote

Lübeck verfügt über eine große Vielfalt an Kultureinrichtungen und sonstigen Freizeitangeboten. So ist die Stadt selbst als UNESCO-Welterbe ein Bestandteil des kulturellen Angebots. Eine bedeutende Rolle für das kulturelle Leben in der Stadt haben die sieben Altstadtkirchen. Sie alle bieten Sonder- und Themenführungen, Veranstaltungen für alle Altersgruppen sowie ein umfangreiches Konzertprogramm, wie den Lübecker Orgelsommer, an. Mit der Synagoge in der St.-Annen-Straße und der Moschee sind zwei weitere Religionen vertreten, die ebenfalls für alle BürgerInnen zugängliche Veranstaltungen durchführen. Die Moschee setzt Schwerpunkte in der Kinder- und Jugendförderung. Die im Untersuchungsgebiet gelegenen Kirchen sind die Marienkirche und Aegidienkirche. In der Marienkirche finden zahlreiche Orgelkonzerte statt. Das Kultur- und Freizeitangebot der Marienkirche wird sich zukünftig durch das in Sanierung befindende Marienwerkhaus (Gemeindehaus, Schüsselbuden 13) ergänzt. Die Aegidienkirche zeichnet sich durch ein gut ausgebautes Chorangebot für Kinder und Jugendliche aus.

Lübeck hält ein reiches Angebot an Theatern und Theatergruppen bereit. Im gesamten Stadtgebiet befinden sich mehr als 20 Theater, Theatergruppen und Ensembles, davon befindet sich das Volkstheater Geisler im Untersuchungsgebiet, in der Dr.-Julius-Leber-Straße.

Über das ganze Jahr gibt es zahlreiche Kulturveranstaltungen, die von der Bevölkerung gerne angenommen werden und die Lübecks Ruf als Kulturstadt des Nordens festigen. Zu nennen sind hier etwa die „Nordischen Filmtage Lübeck“ und die „Lübecker Museumsnacht“. Das „Hansekulturfestival“ soll zukünftig alle zwei Jahre das Veranstaltungsjahr bereichern und immer wieder andere Teile der Innenstadt kulturell bespielen. Alle Veranstaltungen fungieren als starke Frequenzbringer für die Innenstadt. Der Aegidienhof im Einzugsgebiet ist ein großes Wohnprojekt, das auch zahlreiche kulturelle und gemeinnützige Aktivitäten organisiert. Die am Krähenteich gelegene öffentliche Badestelle wird durch den gemeinnützigen Verein Altstadtbad Krähenteich verwaltet. Neben einem attraktiven Naturbad gibt es eine ganzjährig betriebene Sauna und im Sommer findet dort die Konzertreihe „Live am Teich“ statt.

Zudem zeichnet sich die Lübecker Museumslandschaft durch ein besonderes Alleinstellungsmerkmal aus: Sie bietet größte Abwechslung und Information in geringster Entfernung. Denn fast alle Museen befinden sich auf der historischen Altstadtinsel – und zwar fast ausnahmslos in denkmalgeschützten Bürgerhäusern oder Klöstern. Im Untersuchungsgebiet befinden sich drei der neun Häuser: das Buddenbrookhaus, das St. Annen-Museum und die Kunsthalle St. Annen.

Das Buddenbrookhaus wurde 1993 in dem Haus der Großeltern Thomas und Heinrich Manns errichtet, von dem nach dem Krieg die aufwendig verzierte Fassade (ursprünglich aus dem Jahr 1758) erhalten

blieb. Als weltweit einziges Literaturprojekt der Weltausstellung wurde es zur Expo 2000 das letzte Mal umgestaltet. Seitdem präsentiert es zwei Ausstellungen zur Familie Mann und zu dem Roman „Die Buddenbrooks“. Das Haus ist nicht „nur“ Ort des Gedenkens an eine Lübecker Schriftstellerfamilie von Weltrang – als Heinrich-und-Thomas-Mann-Zentrum ist es auch Forschungsstätte mit stetig wachsenden Bibliotheks- und Archivbeständen. Diese haben – ebenso wie der BesucherInnenzuspruch (das Buddenbrookhaus ist eines der erfolgreichsten Literaturmuseen Deutschlands) – das Haus inzwischen an den Rand seiner Kapazitäten geführt. Zurzeit wird daher die räumliche Erweiterung des Hauses geplant, die mit einer inhaltlichen Neukonzeption einhergeht. Das Projekt wird das durch Mittel der Bundesregierung angekaufte Nachbargebäude Mengstraße 6 miteinbeziehen und soll bis 2020 umgesetzt werden.

Das St. Annen-Museum hat bereits mehrjährige Umbauarbeiten hinter sich und wurde im Januar 2013 gemeinsam mit der Kunsthalle St. Annen als „Museumsquartier St. Annen“ wiedereröffnet. Das Quartier verbindet Geschichte, Kunst und Gegenwart der Hansestadt: Auf fast 9.000 Quadratmetern Fläche wandelt die Besucherin und der Besucher durch moderne sowie historische Ausstellungsräume, Höfe, Gärten und durch den spätgotischen Kreuzgang von 1512. Ebenso ermöglichen die Ausstellungen Einblicke in das Innere des Weltkulturerbes der Hansestadt Lübeck und der Multimediaraum „ZeitReisen“ erlaubt einen virtuellen Gang durch sieben Jahrhunderte Kunst und Kultur.

Der moderne Bau der Kunsthalle St. Annen, in der wechselnde Ausstellungen zur Kunst nach 1945 präsentiert werden, wurde 2003 auf dem Grundriss der Klosterkirche errichtet, die 1843 von einem Feuer zerstört wurde. Die Überreste der mächtigen Achteckpfeiler, Bögen und Bogennischen und die backsteinernen Umfassungswände wurden kongenial mit dem Neubau zusammengefügt, der für diese geglückte Synthese aus Alt und Neu mit dem Hauptpreis des Bundes Deutscher Architekten Schleswig-Holstein ausgezeichnet wurde.

Zusätzlich zu den kulturellen Angeboten ist auch eine gut ausgebaute Freizeitinfrastruktur als essenziell zu betrachten. Hierzu gehören eine gut ausgebaute Sportinfrastruktur und das Vorhandensein von verschiedenen Vereinen. Im Untersuchungsgebiet treten folgende Vereine auf:

- Der Deutsche Alpenverein Sektion Lübeck e.V. hat 1.100 Mitglieder und bietet verschiedene Angebote. Der Fokus des Angebots liegt dabei auf dem Thema Wandern, doch es wird auch Hallenfußball und Gymnastik angeboten.
- Der Bund der Danziger e.V. ist ein Bund, der nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem aus Vertriebenen hervorgegangen ist und zum Zusammenhalt der Verwandten und Angehörigen sowie zur Pflege der kulturellen und gesellschaftlichen Gepflogenheiten Danzigs etabliert wurde.
- Die BIRL (Bürgerinitiative Rettet Lübeck) gründete sich im Jahr 1975 und setzt sich aktuell mit über 600 Mitgliedern für den Erhalt der Lübecker Altstadt als Wohn- und Arbeitsort ein.
- Der Bücherpiraten e.V. ist ein Kinderliteraturhaus, in dem die Kinder ihre Begeisterung für die Literatur teilen können.
- Die Erich Mühsam Gesellschaft e.V. beschäftigt sich vor allem mit der Verbreitung und der Pflege des Lebenswerkes des anarchistischen Schriftstellers Erich Mühsam.

Im Untersuchungsgebiet gibt es mit der kleinen Sporthalle der Gewerbeschule Nahrung und Gastronomie (Schildstraße 6–8) lediglich eine Sportstätte. Ansässige Sportvereine treten im Untersuchungsgebiet nicht auf. Kleinere Vereine ohne großen Raumbedarf finden jedoch in der Innenstadt Platz.

Insgesamt bietet die Lübecker Altstadt im Untersuchungsgebiet selbst, durch ihre kulturelle Vielfalt einen nationalen und internationalen Anziehungspunkt für TouristInnen. Das baukulturelle Erbe sowie die kulturellen Einrichtungen stellen eine Besonderheit dar, die Lübeck von anderen Städten unterscheidet. In Bezug auf die freizeitbezogene Infrastruktur ist das Angebot weniger ausgeprägt einzuschätzen.

4.6.4 Medizinische Versorgung und Pflegeeinrichtungen

Die medizinische Versorgung ist gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel und der damit einhergehenden höheren Nachfrage nach medizinischen und pflegetechnischen Dienstleistungen von besonderer Bedeutung. Im SeniorInnen-Gesundheitsbericht der Hansestadt Lübeck, der 2012 erschienen ist, wurde die medizinische Versorgung und das Vorhandensein von Pflegeeinrichtungen stadtweit erhoben.

Im Untersuchungsgebiet sowie in angrenzenden Bereichen sind ausreichend Apotheken vorhanden. Insgesamt gibt es fünf Apotheken im Untersuchungsgebiet, u. a. die Löwen Apotheke, die bereits seit dem 19. Jahrhundert existiert. Arztpraxen sind im Untersuchungsgebiet vereinzelt vorhanden und größere medizinische Zentren finden sich eher außerhalb der Innenstadt. Dies gilt ebenso für SeniorInnenzentren. So sitzt ein ambulanter Pflegedienst in der Weberstraße 10, wobei hierzu zu bemerken ist, dass ambulante Pflegedienste in aller Regel stadtteilübergreifend angefragt werden und auch tätig sind.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die medizinische Infrastruktur sowie die Versorgung mit Pflegeeinrichtungen in anderen Stadtteilen Lübecks besser als im Untersuchungsgebiet einzuschätzen sind. Da in der Innenstadt ein prozentual geringer Anteil an älterer Bevölkerung lebt, kann die Anzahl an medizinischen Einrichtungen jedoch als ausreichend betrachtet werden. Da aber die Anzahl älterer BewohnerInnen in der Innenstadt in den letzten Jahren zugenommen hat, wird auch der Bedarf an medizinischen Einrichtungen steigen.

4.6.5 Soziale Einrichtungen und Netzwerke

Soziale Einrichtungen und Netzwerke wie Vereine und Verbände sind von zentraler Bedeutung für den sozialen und örtlichen Zusammenhalt einer Stadt. Sie bieten allen Altersklassen eine Gemeinschaft, erweitern das örtliche Freizeitangebot und fördern und helfen sozial benachteiligten Personen. Ein Mangel dieser Strukturen ist zugleich als ein Mangel in der sozialen Infrastruktur anzusehen.

Einige der größten sozialen Einrichtungen in Lübeck sind:

- UNICEF Arbeitsgruppe Lübeck (Kinderhilfswerk)
- Amnesty International - Bezirk 3240 (Menschenrechte)
- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Lübeck e.V.

Die verschiedenen Arbeitsgruppen setzen sich lokal und teilweise auch global für ihre verschiedenen Schwerpunktthemen ein, wobei die Gruppe von Amnesty International direkt im Untersuchungsgebiet ansässig ist (Wahmstraße 43/45).

Die Angebote lokal agierender AkteurInnen reichen über kirchliche Träger, Vereine und Verbände bis hin zur Hansestadt Lübeck.

Insgesamt bietet Lübeck ein breites Netzwerk an sozialen Einrichtungen und Netzwerken für jede Altersklasse an, so dass auch das Untersuchungsgebiet in dieser Hinsicht als gut versorgt angesehen werden kann

Gesamtbewertung der sozialen, kulturellen und freizeitbezogenen Infrastruktur	
Stärken und Potenziale	**Probleme und Konflikte**
▪ Grundbedarf an medizinischer Versorgung ist im Untersuchungsgebiet sichergestellt ▪ Verschiedene soziale Einrichtungen vorhanden	▪ Demografischer Wandel erfordert neue Angebote, insbesondere für die ältere Bevölkerung ▪ (Freizeit-)Infrastruktur für Familien nur begrenzt vorhanden

▪ Soziales Netzwerk, auch in der Bewohnerschaft ▪ Gute Versorgung mit KiTas ▪ Gutes schulisches Angebot und Vernetzung der Einrichtungen ▪ Großes kulturelles Angebot	▪ Mangelhaftes Angebot an Sportstätten

4.7 Grün- und Freiraumstruktur

Als Innenstadtkern und auch Tourismusmagnet der Hansestadt Lübeck besitzt die Lübecker Altstadt als Aufenthaltsraum eine hohe Bedeutung. Insofern hat der öffentliche Raum mit den Bestandteilen Straßen, Wege und Plätze, aber auch den Gängen große Relevanz. Im ISEK, aber vor allem im Rahmenplan Innenstadt wird eine erhöhte Aufenthaltsqualität angestrebt. Die Aussagen im Rahmenplan unterstützen das Ziel, die räumlichen, ästhetischen und funktionalen Freiraumqualitäten in bzw. im Umfeld der Altstadt zu erhöhen. Im Untersuchungsgebiet selbst stellt sich diese Zielformulierung als Herausforderung dar. Es gibt aufgrund der städtebaulichen Struktur keine größeren Grün- und Freiflächen. Potenzial bietet in dem Zusammenhang die geplante Verringerung des Verkehrsaufkommens.

Der Anteil der Grünflächen im Untersuchungsgebiet ist begrenzt. Die Blockinnenhöfe sind relativ dicht bebaut, vom Straßenraum erreichbare Freifläche werden oft als Parkplatz genutzt. Deshalb übernimmt der direkt südlich an das Gebiet angrenzende Krähenteich mit dem Stadtbad eine wichtige Naherholungsfunktion. Darüber hinaus kann die Umgestaltung von Straßenräumen für größere Aufenthaltsqualität für FußgängerInnen sorgen. Erforderliche Umgestaltungen gelten vor allem für die Straßenzüge Balauerfohr und Bei St. Johannis als Teil der Fahrradstraße. Die Krähenstraße und Wahmstraße stellen ebenso Bereiche dar, die einer Aufwertung des öffentlichen Raumes dringend bedürfen. Dabei sind die archäologischen Denkmale im Rahmen von Umbaumaßnahmen im öffentlichen Raum unbedingt zu beachten. Archäologische Denkmale im öffentlichen Raum im Untersuchungsgebiet liegen im Bereich des Straßenzuges An der Mauer sowie rund um das Ensemble St. Marien Kirche, Rathaus und Markt.

Die mittelalterliche Stadt war geprägt von kleinteiligen engen Bebauungs- und gemischten Nutzungsstrukturen mit einer hohen Funktionsdichte. Daher sind Grün- und Freiräume wenig ausgeprägt, wie sich auch innerhalb des Untersuchungsgebiets in den historischem Straßengrundriss zeigt. Jedoch bieten die urbanen und grünen Zonen entlang der Trave am Krähenteich (vgl. „Plan 8 Frei- und Grünflächenstruktur“) einen großflächigeren Frei- und Erholungsraum an.

Bevor auf die Grün- und Freiflächen im Untersuchungsgebiet gesondert eingegangen wird, ist vorab kurz auf das Thema der Beleuchtung einzugehen. Der Managementplan UNESCO-Welterbestätte „Lübecker Altstadt“ führt an, dass auf Grundlage eines Lichtleitplanes für die Lübecker Altstadt neben prägenden Gebäuden eine angemessene Beleuchtung der Plätze, Straßen, Stadteingänge umzusetzen ist. Beleuchtung ist ein unverzichtbarer Aspekt im öffentlichen Raum, da er das Sicherheitsempfinden der StadtbewohnerInnen und BesucherInnen Lübecks nachhaltig beeinflusst. Darüber hinaus bezweckt der Lichtleitplan durch gezielte Förderung modernster Technik eine Verringerung des Energieverbrauchs und des CO_2-Ausstoßes - eine Beleuchtung, die Mensch und Umwelt gerecht wird.[23]

4.7.1 Private Grün- und Freiflächen

Blockinnenbereiche

Obwohl die Blockinnenbereiche überwiegend intensiv verdichtet sind, bestehen dort kleine private und zum Teil öffentlich zugängliche Hinterhöfe, die in den letzten Jahrzehnten vermehrt die Funktion von Gärten übernommen haben. Zum Teil werden diese in einigen Blockinnenbereichen als Parkplätze genutzt.

Gänge und Höfe

Die Gänge und Höfe sind eines der typischen Merkmale der Altstadt und entstanden als die Bevölkerung im Mittelalter stark anstieg und Wohnraum benötigt wurde. Meist erfolgte ein Durchbruch im Vorderhaus, durch welchen die „Buden“ erschlossen wurden. Diese schmiegen sich an die Vorhäuser und entlang der Parzellengrenzen an, so dass vielerorts sehr kleinteilige und oft verwinkelte Gänge entstanden. Sie

[23]Der Lichtleitplan (im Entwurf von 2016 vorliegend) dient der Koordination der öffentlichen und privaten Beleuchtung im Zusammenhang mit der Stadtstruktur. Er soll für die Lübecker Altstadt mithilfe eines Anwendungshandbuchs ein qualitätsvolles nächtliches Stadtbild ergeben. Gute Straßenbeleuchtung verbessert die Sehleistung und reduziert die Zahl der Unfälle erheblich. Gute und richtige Beleuchtung schützt auch vor Kriminalität.

dienen nicht nur der Erschließung der Gebäude in den Blockinnenbereichen, sondern bilden schmale Außenräume, die den BewohnerInnen auch als Aufenthalts- und Aktionsräume dienen. Viele BewohnerInnen richteten „urbane“ Vorgärten ein, die neben Begrünung (Pflanztöpfen oder sehr schmale Beete) auch Sitzgelegenheiten aufweisen.

Im Untersuchungsgebiet gibt es 22 Gänge und Höfe. Davon sind 18 öffentlich bzw. Privatgrund mit öffentlicher Widmung und vier privat.

Die Auswertung der Bestandsaufnahme kategorisiert die Gänge und Höfe hinsichtlich ihrer gestalterischen Defizite, Ausstattung und baulichen Mängel wie folgt. Das Kriterium Beleuchtung ist von besonderer Bedeutung, wurde im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen aber nicht bewertet. Es existiert ein von der Stadt in Auftrag gegebener Lichtleitplan, welcher mit Hilfe eines Anwendungshandbuchs vorgibt, welche Beleuchtungsarten die unterschiedlichen Bereiche der Altstadt erhalten sollen.

Öffentliche Gänge und Höfe	**Defizite und Mängel**		
	Oberflächen, Pflasterung	Gestaltung	Barrierefreiheit
Alter Posthof	1	2	1
Behrends Hof	3	3 (Gang) 1 (Hof)	3
Brandes Hof	1	2	1
Carstens Hof (?) Parkplatz	3	3	2
Durchgang	1	1	1
Haudels Gang	2	2	1
Küter Gang	1	1	1
Pelzer Gang	2	2	2
Römisches Reich	1	2	1
Rosenbergs Gang	1	1	1
Rosen Gang	1	1	2
Scheune Hof	2	1	2
Schornsteinfeger Gang	1	1	1
Storms Gang	1	-[24]	1
Tanks Gang	3	2	3
Vereinigungsgang	2	2	2
Vereinsstraße	1	1	3
Zobels Hof	2	1	2
Zobels Gang	2	1	2

Klassifizierung:
1 = keine oder wenige Mängel und Defizite
2 = mittelschwere Mängel und Defizite
3 = mittelschwere bis gravierende Mängel und Defizite

Der Lichtleitplan (momentan noch als Entwurf vorliegend) präsentiert für Gänge und Höfe in seinem Anwendungshandbuch Beleuchtungsrichtlinien. Die empfohlene Art der Beleuchtung soll den typischen Charakter einer historischen Altstadt unterstreichen. Der Beleuchtungsintensität sind Grenzen gesetzt, indem die Räume generell zurückhaltend beleuchtet werden. Vor dem Hintergrund des Klimaschutzes

[24] Gang ist verschlossen und nur der Durchgang begehbar.

ist zudem bei den Installationen neuer Leuchten auf die Umweltfreundlichkeit zu achten und entsprechende Leuchtmittel einzusetzen.

4.7.2 Öffentliche Grün- und Freiflächen

Öffentliche Grünanlagen

Ufer des Krähenteichs

Die Grünfläche entlang des Krähenteichs wird als Erholungs- und Freizeitfläche genutzt. Der Wasserzugang ist von der Rehderbrücke bis zur Weberstraße gewährleistet, von da an beanspruchen das Krähenbad und private Grundstücke den Zugang. Daher ist die komplette Umrundung nicht möglich. Von der Mühlenbrücke führen einige Treppenstufen hinab an die Wasserkante. Auf der gegenüberliegenden Seite ist es möglich am Ufer bis zur Rehderbrücke zu gelangen (diese Seite des Ufers liegt außerhalb des Untersuchungsgebiets).

Grünfläche an der Rehderbrücke

Die Grünfläche an der Ecke Rehderbrücke/An der Mauer, ein kleiner begrünter und von Bäumen geschützter Platz, wird unter den Lübecker AnwohnerInnen kontrovers diskutiert. Grund dafür ist, dass neben der Funktion als Eingang zum Uferweg und der Funktion als Verweilmöglichkeit hier regelmäßig die Essensvergabe für Bedürftige stattfindet. Gleichzeitig hat sich ein „Drogentreff“ etabliert. Diese Situation schreckt die AnwohnerInnen und Kinder ab und der Platz wird gemieden.

Altstadtbad Krähenteich

Der Förderverein Altstadtbad Krähenteich e.V. hat das Bad seit 2002 von der Stadt mittels Pachtvertrag übernommen und betreibt es seitdem in Eigenregie. Das Bad verfügt über eine Sauna, Umkleiden und einen Kiosk. Die Badesaison startet im Mai und endet im September.

Aegidienkirchhof

Der Aegidienkirchhof stellt innerhalb des Untersuchungsgebiets die einzige weitere größere Grünanlage dar, die öffentlich genutzt werden darf. Der Kirchhof gehört zur angrenzenden Kirche St. Aegidien. Die mit Rasen und Kopfsteinpflaster versehene Fläche verfügt über einen alten Baumbestand und ist angesichts der sie umgebenden historischen Bebauung ein idyllischer Platz. Jedoch ist dieser in seinen Nutzungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Zum einen wird er als Parkplatz genutzt und zum anderen bestehen kaum Möglichkeiten zum Verweilen, z. B. Sitzbänke. Er bietet jedoch großes Potenzial, intensiver durch die BürgerInnen genutzt werden zu können. Bereits im ISEK wurde empfohlen, den Platz zu einem PKW-freien Quartiersplatz umzugestalten.

Öffentliche Plätze

Marktplatz

Bereits in der Frühgeschichte war der Markt von besonderer Bedeutung, was Ausgrabungen gezeigt haben. Seit dem Mittelalter diente er als Marktplatz mit zentraler Bedeutung. Der Platz wird heute durch das historische Rathaus, das Gebäude um den Rathaushof, den daran angrenzenden Geschäftshäusern sowie dem außerhalb des Untersuchungsgebiets liegenden Kaufhaus Peek&Cloppenburg und einem Gebäuderiegel mit Geschäften (Kohlmarkt) eingefasst. Somit wird der Markt von sehr unterschiedlichen Gebäudetypen eingerahmt. Im Südosten des Platzes wurde Ende der 1980er Jahre der historische Kaak (Pranger) wieder aufgebaut.

Im Gebäuderiegel Kohlmarkt, im Kaufhaus Peek&Cloppenburg sowie im Gebäude Rathaushof befinden sich Cafés und Restaurants mit Außengastronomie, die den Platz bespielen. Im westlichen Bereich sind Sitzmöglichkeiten entlang einer Baumreihe installiert. Der Platz ist lediglich für Lieferverkehr freigegeben, die Erschließung erfolgt über die Markttwiete/Weiter Krambuden und den Kohlmarkt. Für FußgängerInnen bestehen weitere Wegeverbindungen zur Breiten Straße durch den Arkadengang sowie zum

Marienkirchhof durch den Rathausinnenhof. Der Marktplatz ist durchgängig mit Kopfsteinpflaster versehen. Im Bereich des Arkadengangs erfolgt die Umgestaltung im Anschluss an die erforderliche Gewölbesanierung (siehe Kap. 4.5.9). Der Wochenmarkt findet hier montags und donnerstags von 10:30 Uhr bis 19:00 Uhr statt und bietet neben Nahrungsmitteln auch Handwerkskunst sowie warme Gerichte an. Dieser gut ausgestattete Markt hat jedoch auch einen Rückgang der Kundschaft und damit einhergehend einen Verlust an Verkaufsständen zu verzeichnen. Der Marktplatz wird zudem für eine Vielzahl anderer, öffentlicher Veranstaltungen genutzt.

Kirchenumfeld St. Marien

Die Platzfläche zwischen der Kirche und der Mengstraße ist durchgängig mit Kopfsteinpflaster versehen und wird im zentralen Bereich als Parkplatz genutzt. Dieser Umstand verhindert nicht nur die Erlebbarkeit sowie Nutzung dieses Raums, sondern wirkt sich negativ auf das Stadtbild aus und wird der Bedeutung der Kirche nicht gerecht.

Im Westen befinden sich gemauerte Sitzgelegenheiten, die jedoch wenig einladend gestaltet sind und wenig Aufenthaltsqualität bieten. Während der wurde zudem eine starke Vermüllung in diesem Bereich festgestellt. Eine Holzbank um einen großen Baum im Osten ergänzt das Sitzangebot. Diese räumliche Situation ist grundsätzlich attraktiv, die Aussicht wird jedoch durch Parkplätze und ungeordnete Fahrradabstellplätze an der Mengstraße stark beeinträchtigt.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass das Potenzial dieser Platzfläche nicht genutzt wird und wie bereits treffend im Rahmen der Perspektivenwerkstatt „Mitten in Lübeck“ formuliert wurde, sollte der Platz künftig aus seinem Hinterhofdasein herausgeholt werden.

Der Marienkirchhof südlich der Kirche ist öffentliche Verkehrsfläche. An ihr liegt der hochfrequentierte Hauptzugang zur Kirche, aber auch die Anlieferzone für den Rathaus-Komplex. Die Verkehrsfläche ist ganztägig als Fußgängerzone mit zeitlich befristeten Lieferzeiten für fünf Geschäfte ausgewiesen. Parken ist per Ausnahmegenehmigung nur Hochzeitspaaren erlaubt. Die Fläche birgt durch den dichten Besatz an historischen Gebäuden ein hohes Potential, was insbesondere zu Zeiten des Weihnachtsmarktes zu erleben ist. Tatsächlich sind die Verkehrsflächen in einem desolaten Zustand und werden dem Ort in keiner Weise gerecht.

Rathaushof

Im Erdgeschoss des dreiflügeligen Gebäudes befinden sich Einzelhandel und Gastronomie, die den Innenhof als Außengastronomieflächen nutzt. Der Fußgängerdurchgang verbindet den Marktplatz mit der St. Marien Kirche und wird von Touristen stark frequentiert. Aufgrund des aufgeständerten Gebäudeteils im Süden besteht eine Durchlässigkeit mit Sichtbeziehungen zwischen dem Rathausinnenhof und dem Marktplatz. Die Gestaltung des Innenhofes mit einem Brunnenbauwerk aus den 1970er Jahren ist sehr in die Jahre gekommen und nicht attraktiv. Als Wegeverbindung zwischen Marktplatz und der Kirche St. Marien besteht seit geraumer Zeit das Ansinnen den Innenhof neu zu gestalten.

Schrangen

Der Schrangen erlebte in seiner Geschichte eine Vielzahl von Veränderungen. Zwischenzeitlich war er ein komplett bebauter Bereich, der ab 1929 wieder zu einem Platz wurde und von den 1950er Jahren bis Ende der 1970er Jahre auch für den ÖPNV und die Linie Lübeck-Travemünde diente. Nachdem der Platz lange brach lag, wurde auf dem südlichen Teil 1992 mit dem Bau für das Kaufhaus Karstadt begonnen. Später folgte auf der anderen Seite der zweite Gebäudeteil von Karstadt. Der Schrangen weist eine Unterkellerung durch die Karstadt-Gebäude auf. Daher waren einer Neugestaltung statische Grenzen gesetzt.

Die Gestaltung des Schrangen war ein wichtiges Thema in der Perspektivwerkstatt „Mitten in Lübeck“ und zielte darauf ab, die Aufenthaltsqualität in der Altstadt zu verbessern und mehr Nutzungsmöglichkeiten anzubieten. Der neu entstandene Platz bildet die Sichtachse von der Königstraße zur St. Marien Kirche. Er weist eine hochwertige Gestaltung des Oberflächenbelages sowie der Sitzelemente auf. Der obere Bereich soll zukünftig auch für Veranstaltungen genutzt werden.

Bereits in der ersten Informationsveranstaltung der vorbereitenden Untersuchungen wurde von BürgerInnen angemerkt, dass die Aufenthaltsqualität trotz der Neugestaltung nicht sehr hoch ist. Hier sieht die Planung eine Bebauung auf dem Schrangen vor. Die Gestaltung mit den Sitzelementen ist als temporär zu betrachten, bis eine Nutzung bzw. ein Investor für das Gebäude gefunden ist.

4.7.3 Kinderspielplätze

Im Untersuchungsgebiet gibt es einen öffentlichen Spielplatz zwischen dem Krähenteich und An der Mauer auf Höhe der Stavenstraße. Die Spielgeräte befinden sich in einem sehr guten Zustand. Da der Spielplatz eingezäunt ist, können die spielenden Kinder nicht ungehindert an das Seeufer gelangen, so dass eine Sicherheit beim Spielen gegeben ist.

Es existieren keine weiteren öffentlichen Spielplätze im Untersuchungsgebiet. Allerdings finden sich in einigen Blockinnenbereichen Spielgeräte, jedoch sind sie nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Dies stellt ein großes Defizit hinsichtlich der Familienfreundlichkeit dar, denn fußläufig erreichbare Aktivräume für Kinder sind ein wichtiger Bestandteil des urbanen Lebens. Im Untersuchungsgebiet gibt es die Möglichkeit Blockinnenbereiche (Eigentum der Stadt) mit Spielgeräten zu ergänzen.

4.7.4 Straßenräume

Gemäß des Rahmenplans Altstadt soll in den Straßenräumen die typische historische Dreiteilung des Straßenraums, bestehend aus einer Fahrbahn und Bürgersteigen auf beiden Seiten, beibehalten werden. Hierbei ist sowohl die Attraktivität als auch die Funktionalität zu beachten, wofür insbesondere in den Geschäftsstraßen eine fallspezifische Prüfung stattfinden sollte. Wichtig ist die Flexibilität in Bezug auf veränderte NutzerInnenansprüche, was z. B. mit niveaugleicher Ausbildung bei unterschiedlicher Pflasterung erreicht werden kann. Dies bietet neben dem Erhalt der Dreiteilung des Straßenraumes zusätzlich Vorteile der Barrierearmut und stellt eine fußgängerInnen- und fahrradfreundliche Gestaltung dar.

Von Bedeutung sind hierbei etwa die Begehbarkeit, Benutzbarkeit und ebenso die Förderung der Aufenthaltsqualität. Der Platz an der Krähenstraße beispielsweise bedarf aufgrund seiner Lage in seinem neuzeitlich geprägten Umfeld ebenso einzelfallbezogene Lösungen.

Die Straßenräume divergieren hinsichtlich der Sanierungsbedarfe, Gestaltung sowie Mängel und Defizite sehr stark. Daraus entstehen zahlreiche Brüche in den Kreuzungsbereichen, was sich insbesondere am Oberflächenbelag ablesen lässt.

Die Auswertung der Bestandsaufnahme kategorisiert die Straßen hinsichtlich ihrer gestalterischen Defizite, Ausstattung und baulichen Mängel wie folgt:

Straßen	**Sanierungsbedarfe Oberflächen**		**Defizite und Mängel**	
	Straße	Neben-flä-chen	Gestaltung, Möblierung	Barrierefreiheit
Aegidienstraße		-		-
- Abschnitt Nr. 17-27	2	1	2	2
- Bereich vor Carstens Hof	-	2	2	2
- Abschnitt Nr. 27-61	3	3	2	3
- Abschnitt Nr. 61 - bis Kreuzung mit St. Annen-Straße	2	2	2	2
- Alfstraße Nr. 1-6)	2	2	1	1
An der Mauer - Abschnitt zwischen Krähenstraße und Mühlenstraße	3	3	2	3
- Abschnitt zwischen Fleischhauerstraße und Krähenstraße	2	3	2	3
Balauerfohr				
- Zwischen Hüxstraße und Wahmstraße: Nr. 1-7	1	1	2	1
- Zwischen Hüxstraße und Wahmstraße: Nr. 9 bis Kreuzung Wahmstraße	3	3	2	3
- Zwischen Wahmstraße und Aegidienstraße	2	1	2	2
Bei St. Johannis	3	3	2 ungeordnete Fahrradabstellflächen	3
Braunstraße	2	2	1	1
Breite Straße	1	1	1	1
Dr.-Julius-Leber-Straße				
Abschnitt Nr. 1-13	1	2	3 (nicht als Fußgängerzone erlebbar. Hinterhofatmosphäre)	2
Abschnitt Nr. 15-71	3	3	3 (aufgrund der Funktion einer Geschäftsstraße)	3
Düvekenstraße	2	2	2	3
Fischstraße	2	2	1	1
Fleischhauerstraße	1	1	2	1
Fünfhausen	3	3	3	2
Hundestraße	2	1	2	3
Hüxstraße	1	1	2	1
Königstraße	1	1	1	1
Krähenstraße	3	3	3	3

Marienkirchhof	3	3	3	3
Mengstraße	2	3	3	3
Pergamentmachergang	3	3	3	3
Rosengarten	3	3	2	3
Schildstraße	2	2	2	3
Schlumacherstraße	3	3	2	3
Schüsselbuden	3	3	3	3
St.-Annen-Straße	2	2	2	2
Stavenstraße	3	3	2	3
Wahmstraße	3	3	2	3
Weberstraße	2	2	2	3
Weiter Krambuden	3	3	3	3

Klassifizierung:
1 = keine oder wenige Mängel und Defizite
2 = mittelschwere Mängel und Defizite
3 = gravierende Mängel und Defizite

Insgesamt ergibt sich ein sehr unterschiedliches Bild der im Untersuchungsgebiet vorhandenen Straßen. So fallen einige auf, die sowohl in Bezug auf den Sanierungsbedarf der Oberflächen der Straße und der Nebenflächen als auch auf die Gestaltung und Barrierefreiheit Mängel aufweisen, wie etwa der Marienkirchhof, die Krähenstraße und der Pergamentmachergang. Im Gegensatz hierzu stehen sehr positiv bewertete Straßen wie die Königstraße, die Breite Straße und die Fleischhauerstraße.

Gesamtbewertung Grün- und Freiraum	
Stärken und Potenziale	**Probleme und Konflikte**
▪ Unverwechselbare, mittelalterlich geprägte Stadtstruktur ▪ Fußgängerzone, Schrangen und Markt bilden Potenziale für Aufenthalt, Veranstaltungen und Begegnung ▪ Krähenteich und umliegende Grünflächen als Naherholungspotenzial	▪ Kaum Möglichkeiten zum Verweilen im Straßenraum, aufgrund der Enge und des Verkehrs ▪ Wenige Freiflächen zum Verweilen vorhanden ▪ Vorhandene Freiflächen verfügen über wenig Nutzungsmöglichkeiten ▪ Kein Kinderspielplatz vorhanden (außer An der Mauer) ▪ Bewegungsräume für Kinder fehlen ▪ Gestaltungsdefizite und fehlende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

4.8 Klimafolgeanpassung und Umweltschutz

Neben den Klimaschutzzielen der Bundesregierung sieht auch das Land Schleswig-Holstein den Bedarf an Maßnahmen, die Energie einsparen, die Energieeffizienz steigern und den Energiebedarf über Erneuerbare Energien decken.

Mit Beschluss vom 28.06.2007 hat die Lübecker Bürgerschaft den Klimaschutz als gesamtstädtisches Ziel definiert und ihn zum integralen Bestandsteil der Politik und Verwaltung gemacht. Die Ziele sind bis heute richtungsweisend für AkteurInnen wie Stadtverwaltung, private Haushalte, Wirtschaft, Energieerzeugung und Mobilitätssektor. Die Hansestadt Lübeck hat sich dazu verpflichtet alle fünf Jahre 10 % der vor Ort verursachten Treibhausgase einzusparen. Das Konzept erläutert, mit welchen praktischen Maßnahmen dies erreicht werden können.[25] Seit Juni 2014 liegt darüber hinaus das Wärmenutzungskonzept für die Hansestadt Lübeck vor, in dem eine Wärmepotenzialanalyse zur Nutzung erneuerbarer Energien durchgeführt und ein Maßnahmenkatalog entwickelt worden[26].

4.8.1 Wärmeeinsparung

Aus Sicht des Klimaschutzes ist die Minimierung des Heizenergieverbrauchs ein anzustrebendes Sanierungsziel. Das gebäudescharfe Wärmenutzungskonzept für Lübeck (s. o.) ordnet jedem Gebäude einen Wärmeenergieverbrauch zu und gibt somit Hinweise auf energetische Missstände im Bestand.

Maßnahmen zur Wärmeeinsparung stellen sich im Untersuchungsgebiet allerdings überwiegend als nicht umsetzbar und zielführend dar. Grundsätzlich ist der Wärmedämmwert der Außenhaut der historischen Gebäude als schwach bis sehr schwach zu bewerten, jedoch liegen auch hier aufgrund der geschlossenen Bauweise, der dichten Besiedelung und durch die Auflagen des Denkmalschutzes begrenzt einzustufende Potenziale zur CO_2-Einsparung vor. Auch für die Nutzung von Solarthermie werden die Gebäude der Altstadt als ungeeignet deklariert.

Sowohl Fernwärmenetze als auch eine flächendeckende Gasinfrastruktur sind in der Altstadt heute noch nicht vorhanden.

4.8.2 Mobilität

Am 27.11.2008 hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck beschlossen, den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) der Hansestadt Lübeck aus dem Jahre 2000 fortzuschreiben[27]. Gleichzeitig hat die Bürgerschaft die Verwaltung aufgefordert, sich bis zur Fortschreibung am Klimaszenario des Schlussberichts zum VEP zu orientieren. Aufgrund unzureichender Ressourcen hat die Verwaltung bisher nicht mit der Erarbeitung eines neuen VEPs begonnen.

Der Verkehrssektor in Lübeck trägt mit etwa 29 % in einer ähnlichen Größenordnung zum gesamten CO2-Ausstoß bei wie im Bundesschnitt (Angaben 2006). Konzepte wie beispielsweise Konzepte zur Verkehrsberuhigung verfolgen die nachstehend genannten Ziele zur Einsparung von CO_2:

1. Vermeidung von Verkehr bzw. Reduzierung des Verkehrsaufkommens (z. B. durch die Stadt der kurzen Wege, Logistikkonzepte, Restriktionen);
2. Verlagerung von Verkehr auf umweltfreundlichere Verkehrsträger (z.B. Verlagerung von MIV auf Fahrrad oder ÖPNV; Verlagerung von LKW auf Schiffsverkehr);
3. Senkung des spezifischen Kraftstoffverbrauchs bei Kraftfahrzeugen durch Nutzung technischer Potenziale.

In Lübeck werden in naher Zukunft neue Daten zum Mobilitätsverhalten erhoben, welche im Rahmen des Konzepts jedoch noch nicht berücksichtigt werden konnten.

[25] vgl.: Integriertes Klimaschutzkonzept, 2010
[26] vgl.: Klimaschutzteilkonzept Wärme der Hansestadt Lübeck, 2014
[27] vgl.: http://stadtentwicklung.luebeck.de/files/verkehrsplanung/VEP-Klimaszenario.pdf

4.8.3 Grünraum

Der Landschaftsplan der Hansestadt Lübeck sieht als Entwicklungsmaßnahme für die gesamte Lübecker Altstadt eine generelle Durchgrünung der bebauten Bereiche vor. Aktuell sind viele Flächen im Untersuchungsraum versiegelt. Dazu gehören unter anderem der Blockinnenbereich des Pergamentmachergangs und der Blockinnenbereich nördlich der Aegidienstraße. Die fehlende Begrünung im Altstadtbereich besitzt angesichts des gegenwärtigen und zukünftigen Klimawandels vor allem eine nicht zu unterschätzende bioklimatische Bedeutung. Aus Sicht des Gesundheitsschutzes ist die Sicherstellung eines gesunden Lokalklimas / einer günstigen lufthygienischen Situation ebenfalls ein anzustrebendes Sanierungsziel. Für die Altstadt gibt es diesbezüglich Optimierungspotenzial.

5 Zusammenfassende Bewertung

5.1 Stärken, Chancen und Potenziale

Das Untersuchungsgebiet ist geprägt von mittelalterlichen Straßenzügen, einer überwiegend historischen Bebauung, den typischen Gängen und Höfen sowie zahlreichen bedeutenden Einzeldenkmalen. Das markante Straßenraster ist geprägt durch zwei parallel laufende Hauptstraßen und die sie kreuzenden Rippenstraßen. Nicht zuletzt deswegen gehört das Untersuchungsgebiet zu großen Teilen zur UNESCO-Welterbestätte, die ganzjährig große Tourismusströme anzieht.



Abb. 28: Düvekenstraße – Mittelalterlich geprägte Straßenzüge, überwiegend historische Bebauung



Abb. 29: Durchgang – Strukturprägender Gang und Hof

Eine weitere Stärke des Untersuchungsgebiets stellen die durch kleinteiligen Einzelhandel geprägten Geschäftsstraßen dar. Die Besonderheit der Rippenstraßen Fleischhauerstraße und Hüxstraße besteht in ihrem kleinteiligen Einzelhandels- und Gastronomieangebot, einer guten Straßenraumgestaltung und der damit einhergehenden hohen Aufenthaltsqualität. Die parallel dazu im Norden verlaufenden Straßen Dr.-Julius-Leber-Straße und Hundestraße weisen dagegen noch Umgestaltungspotenzial auf, die durch eine Reduzierung des PKW-Verkehrs möglich würde. Durch die bereits bewährten Gestaltungskriterien bezüglich Straßenquerschnitt und Materialien könnten sich auch hier Nutzungsangebote und Aufenthaltsqualität deutlich verbessern.

Der Rathauskomplex mit dem historischen Markt ist das städtebauliche, architektonische und denkmalpflegerische Zentrum in der Innenstadt von Lübeck und des Untersuchungsgebietes. Die drei Gebäudeteile des Rathauses stammen aus unterschiedlichen Epochen und dienen in großen Teilen als Verwaltungssitz. Als weltberühmte Einzeldenkmale sind sie Hauptbesuchermagnet der Lübecker Altstadt.



Abb. 30: Breite Straße – Fußgängerzone mit guter Ausstattung und Aufenthaltsqualität



Abb. 31: Fleischhauerstraße - Verkehrsberuhigte Geschäftsstraße mit kleinteiligen, individuellen Gewerbeeinheiten

Der Bereich zwischen Breiter Straße, parallel verlaufender Königstraße und den dazwischenliegenden kleineren Straßen ist ein äußerst attraktiver Einkaufs- und Flanierbereich für Einheimische und BesucherInnen inmitten des historischen Ambientes. Die Dr.-Julius-Leber-Straße westlich der Königstraße

ist als Fußgängerzone ausgewiesen, aber nicht als solche zu erkennen. Hier besteht die dringende Notwendigkeit zur Neugestaltung, z. B. wie in der Fußgängerzone Breite Straße. Erst dann werden die Funktionen des Straßenraumes ablesbar und auch die Aufenthaltsqualität gesteigert.



Abb. 32: Dr.-Julius-Leber-Straße: Notwendigkeit der Straßenumgestaltung



Abb. 33: Grünfläche südlich der Rehderbrücke - Potenzial für Qualifizierung der vorhandenen Nutzung durch Umgestaltung

Auch in der Straße An der Mauer im südöstlichen Bereich des Untersuchungsgebiets sollte das historische Erbe der Altstadt deutlicher herausgearbeitet werden. Noch heute ist aufgrund der unterschiedlichen Bebauung auf der östlichen und westlichen Seite der Straße abzulesen, dass sich hier früher eine Stadtgrenze befunden hat. Von Osten her, also von außerhalb des Untersuchungsgebiets, ist das historische Erbe mit Einzeldenkmalen, wie den Resten der historischen Stadtmauer, den Kirchtürmen und den historischen Wohngebäuden, erlebbar. Die sich dann anschließende aufgelockerte Struktur zum Krähenteich hin unterstreicht dagegen die Erlebbarkeit der Lage außerhalb der ummauerten Altstadt. Dieses Potenzial sollte genutzt werden, indem das Wohnumfeld aufgewertet und die Straße unter gleichzeitiger Umgestaltung zu einem verkehrsberuhigten Bereich umgewidmet wird. Südöstlich der Straße An der Mauer befinden sich das Krähenbad, ein Kinderspielplatz und eine Grünfläche südlich der Rehderbrücke. Diese Freiflächen und Infrastrukturangebote stellen eine große Stärke dar, die die Wohnqualität, insbesondere für Familien, deutlich verbessert.



Abb. 34: Fahrradstraße



Abb. 35: Markt – Qualitätsvoller urbaner Platz

Insgesamt lässt sich beobachten, dass alle Bereiche in der Altstadt, einschließlich der verkehrsberuhigten sowie der gepflasterten Straßen, stark von FahrradfahrerInnen frequentiert werden. Die zunehmende Bedeutung des Fahrradverkehrs stellt Herausforderungen für die Ausweitung und Optimierung der Angebote für diese klimafreundliche Mobilität dar. Insbesondere die bereits vorhandenen Fahrradstraßen auf den Straßen St.-Annen-Straße, über Balauerfohr, Schlumacherstraße, Bei St. Johannis bis Rosengarten können hierbei stärker als bisher im Straßenbild ablesbar gestaltet werden. Damit könnten auch Konflikte zwischen den verschiedenen VerkehrsteilnehmerInnen reduziert werden.

Im Untersuchungsgebiet gibt es Platzbereiche, die bereits als Treffpunkte dienen bzw. das Potenzial hierfür hätten. Der Markt ist der qualitätsvolle urbane Platz. Er ist aufgrund seiner Gestaltung, des baulichen Umfeldes und der Nutzungsmöglichkeiten für den Wochenmarkt und diverse Feste der wichtige innerstädtische Raum.

Weitere urbane Plätze im Gebiet der vorbereitenden Untersuchungen entsprechen derzeit überhaupt nicht ihrer historischen und städtebaulichen Bedeutung. Hier sind die Flächen rund um die St. Marien Kirche, die Flächen an der Ostseite der St. Aegidien Kirche sowie der Schrangen zu nennen. Letztere Gestaltung stellt sich derzeit als temporäre Zwischenlösung dar. Diese Stadträume müssen dringend zu qualitätsvolleren urbanen Plätzen mit hoher Aufenthaltsqualität und vielseitigen Nutzungsmöglichkeiten aufgewertet werden. Bei den Kirchenvorplätzen wäre die Verlagerung der dort vorhandenen Stellplätze eine wichtige Voraussetzung, um die Qualitäten der Plätze als attraktive Aufenthaltsorte ausbauen zu können. Es finden sich darüber hinaus Freiflächen, die das Potenzial bieten, durch gezielte Aufwertung ihre Aufenthalts- und Gestaltungsqualität zu erhöhen. Dazu zählt die Grünfläche entlang des Ufers am Krähenteich.

Bisher unter- oder einseitig genutzte Flächen bedürfen dringend einer grundlegenden Neugestaltung sowie gegebenenfalls einer Nutzungsänderung. Hierzu zählen der Pergamentmachergang, die Krähenstraße und der von der Aegidienstraße zugängliche Blockinnenbereich zwischen den Hausnr. 25-27. Der Pergamentmachergang könnte aufgrund seiner verschachtelten Hinterhoflage als Kommunikations- und Erholungsort für die AnwohnerInnen dienen; das Potenzial für einen attraktiven Quartiersplatz ist gegeben. Voraussetzungen sind aber Flurneuordnung und Aufzeigen alternativer Stellplatzmöglichkeiten.

Die Krähenstraße könnte ein sehr schöner Stadtplatz sein, der auch individuellen Einzelhandel anzieht, was wiederum zu einer Erhöhung der Nutzer- und BesucherInnenfrequenz führen würde.

Darüber hinaus ist anzustreben, dass die vorhandenen Missstände im Blockinnenbereich (Blocknummer 29) mittelfristig beseitigt werden.



Abb. 36: St. Marien Kirche – Aufwertungspotenzial urbaner Platz



Abb. 37: Platz vor der Kirche St. Aegidien - Potenzial für erhöhte Aufenthalts- und Gestaltungsqualität

5.2 Missstände, Mängel und Konflikte

Im Untersuchungsgebiet besteht großer Erneuerungs- und Umgestaltungsbedarf für die Straßen, verbunden mit Gestaltungs- und Funktionsdefiziten sowie fehlender Barrierearmut. Mittlerer Erneuerungs- und Umgestaltungsbedarf von Erschließungsanlagen besteht beispielsweise in der Hundestraße, der St.-Annen-Straße, der Düvekenstraße und dem nördlichen Teil An der Mauer. Dieses gilt für die Straßenbeläge sowie für die Defizite in der Gestaltung der Nebenbereiche. Zu den Straßen mit hohem Sanierungsbedarf zählen die Wahmstraße und der südliche Teil An der Mauer. Hier finden sich große Gestaltungsdefizite sowie gravierende Schäden in Fahrbahn- und Nebenbereichen.

Ein großes Thema bei der Erneuerung und Umgestaltung von Straßen, Wegen Und Plätzen ist die Herstellung der Barrierearmut. In den mittelalterlich geprägten Straßenzügen mit überwiegend historischem Kopfsteinpflaster und einem Straßenquerschnitt mit schmalen Fußwegen an beiden Straßenseiten ist selbst eine Barrierearmut in der Regel nicht gegeben. Das stellt einen gravierenden Missstand dar, sind doch diese Bereiche für körperlich eingeschränkte Personen und Eltern mit Kinderwagen kaum nutzbar.

Im Untersuchungsgebiet gibt es Freiräume mit großen und sehr großen Gestaltungs-, Nutzungs- und Funktionsdefiziten. Große Defizite weisen die Grünfläche östlich der Kirche St. Aegidien und der nördliche Vorplatz der Kirche St. Marien auf.

Sehr große Gestaltungsmängel finden sich in der Straße An der Mauer, da dort die historische Bedeutung der Straße durch Vernachlässigung der Straßenraumgestaltung nicht mehr erkennbar ist.

Die folgend genannten Bereiche und Räume weisen so große Gestaltungs- und Nutzungsdefizite aus, dass für sie ein Neuentwicklungsbedarf besteht:



Abb. 38: An der Mauer – Mittlerer Instand-setzungsbedarf



Abb. 39: Wahmstraße - Hoher Instandsetzungsbedarf



Abb. 40: Pergamentmachergang – Massiver Neuordnungs- und Neuentwicklungsbedarf



Abb. 41: Blockinnenhof Aegidienstraße 25-27 – Völlig ungeordneter und desolater Blockinnenbereich

In der Krähenstraße, im östlichen Bereich des Untersuchungsgebiets, ist der historische Stadtgrundriss nicht mehr ablesbar. Die Bebauung besteht überwiegend aus Nachkriegsbauten, sodass das Erscheinungsbild im starken Kontrast zur restlichen Altstadt steht. Aufgrund gravierender Gestaltungsmängel des öffentlichen Raumes, insbesondere im Bereich des Parkplatzes, wird auch das Umfeld stark abgewertet, sodass eine städtebauliche und strukturelle Neugestaltung zwingend notwendig wird. Hinzu kommt, dass sich an der Ecke Krähenstraße/An der Mauer ein Treffpunkt der Drogenszene entwickelt hat[28].

Auch im Bereich der Mengstraße und der Flächen um die St. Marien Kirche gibt es große Missstände. Diese von BesucherInnen hochfrequentierten Räume werden derzeit ihrer Funktion als Eingangsbereich zum historischen Ensemble der Marienkirche mit dem dahinterliegenden Rathaus und Markt weder funktional noch gestalterisch gerecht.

Schließlich ist der Pergamentmachergang, ein großer Innenhof mit Durchquerungsmöglichkeit, ein einziger städtebaulicher Missstand aufgrund ungeordneter Stellplätze und eines unzureichenden Straßenprofils. Hier herrscht eine „Hinterhofatmosphäre“. Es bedarf einer umfassenden Umgestaltung.

Ferner wurden für einige Gänge in Hinblick auf ihre Oberfläche, der Pflasterung, der Gestaltung und Barrierefreiheit mittlere bis gravierende Mängel ausgemacht. Zu diesen Gängen zählen vorrangig der Behrends Hof, Carstens Hof, Haudels Gang, Pelzer Gang, Tanks Gang und der Vereinigungsgang.



Abb. 42: Rehderbrücke/An der Mauer – Unattraktive Eingangssituation zur Altstadt



Abb. 43: Krähenstraße – Sehr große Gestaltungs-, Nutzungs- und Funktionsdefizite

[28] Siehe dazu auch den LN-Artikel vom 21. September 2016

Zudem weist die bestehende Fahrradstraße große gestalterische Mängel auf. Wegen des schlecht befahrbaren Belags weichen FahrradfahrerInnen immer wieder auf den Gehweg aus, was zur Gefährdung weiterer VerkehrsteilnehmerInnen führt.

Im Untersuchungsgebiet gibt es mehrere Blockinnenbereiche mit mangelhafter Wohnumfeldqualität. Die Räume werden häufig als Parkplätze für die Anwohnerschaft genutzt. Eine qualitätsvolle Ausgestaltung als Erholungsflächen war bislang aufgrund komplizierter Eigentumsverhältnisse und der mit einer Neugestaltung verbundenen hohen Kosten nicht möglich.

Der Bereich Rehderbrücke, Krähenstraße und An der Mauer weist gestalterische Defizite auf und ist keine angemessene Eingangssituation in die Lübecker Altstadt.

Auch die Königstraße stellt zunehmend einen Missstand dar. Der bereits länger andauernde Gewerbeleerstand in der Königspassage deutet auf erhebliche funktionale Mängel hin, die zügig angegangen werden müssen.

Ein weiterer Missstand ist die generelle Verkehrssituation. Die Verkehrsführung in der Altstadt bedarf einer Hinterfragung des gesamten Verkehrssystems, um eine optimale Erreichbarkeit und auch eine entsprechende Verkehrsberuhigung im Untersuchungsgebiet zu erreichen. Die Fahrradstraßen, die Busführung, die Parkplatzsituation für PKW und Fahrräder und die Befahrbarkeit der Innenstadt sollen im Rahmen eines gesamtstädtischen Verkehrsgutachtens überprüft werden.

Defizite in der infrastrukturellen Ausstattung bestehen insbesondere bezogen auf Spielplätze und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche und Familien sowie bei Kinderbetreuungseinrichtungen.

Stärken und Potenziale	Probleme und Konflikte
• Unverwechselbare, mittelalterlich geprägte Stadtstruktur da UNESCO-Welterbestätte • erhaltene mittelalterliche Bausubstanz • zahlreiche historische Höfe und Gänge • bedeutende Einzeldenkmale wie • Kirchen St. Marien und St. Aegidien, Rathaus mit Kanzleigebäude, St. Annen-Museum • Fußgängerzone, Schrangen und Markt bilden Potenziale für Aufenthalt, Veranstaltungen und Begegnung • Krähenteich und umliegende Grünflächen als Naherholungspotenzial • Hohe Attraktivität der Innenstadt als Wohnort • Leichtes Bevölkerungswachstum • Zuwanderung von Personen in Ausbildung/Studium, Familien und Personen in der 2. Lebensphase/SeniorInnen • Hoher Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter • Internationalität und Integration als Stärke und Potenzial • Positive Entwicklung der sozio-ökonomischen Lage • Stabile Beschäftigungsentwicklung • Kompaktes Stadtzentrum mit hoher Vielfalt an Angeboten und Funktionen • Integrierte und zentrale Lage mit guter Einbindung in die verschiedenen Mobilitätssysteme • Attraktive Einzelhandels- und Dienstleistungsangebote in historischen Gebäuden (Hüxstraße, Fleischhauerstraße) • Serviceorientierung des Einzelhandels • Touristische Destination mit wachsenden BesucherInnenzahlen • Fußläufige Erreichbarkeit, kurze Wege • Verkehrsberuhigte Bereiche und Fußgängerzone • Ansätze für ein „fahrradfreundliches Lübeck“ • Gestaltungsvorgaben zum Erhalt des historischen Straßennetzes • Attraktiver Wohnungsstandort in zentraler Lage • Hohe Nachfrage und unterdurchschnittlicher Leerstand • Grundbedarf an medizinischer Versorgung ist im Untersuchungsgebiet sichergestellt	• Kaum Möglichkeiten zum Verweilen im Straßenraum, aufgrund der Enge und des Verkehrs • Wenige Freiflächen zum Verweilen vorhanden • Kein Kinderspielplatz vorhanden (außer An der Mauer) • Bewegungsräume für Kinder fehlen • Gestaltungsdefizite und fehlende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum • Demografische Veränderungen: • Zunehmende Anteile an SeniorInnen • Integration sozial benachteiligter Gruppen (z. B. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, Einkommensschwache) • Alterung der Bevölkerung stellt erhöhte und neue Anforderungen/Bedarfe an öffentliche Einrichtungen und Räume genauso wie an die Betreuungs- und Versorgungsinstitutionen und Wohnungsangebote • Relativ geringe Wohndauer • Nutzungskonflikte Wohnen-Gewerbe-Tourismus-Denkmalpflege • Nutzungskonflikte zwischen den verschiedenen Verkehrsarten • Leerstände bei Gewerbeimmobilien und Ladenlokalen in der Königspassage • wenige Frei- und Grünflächen • stärkere Eingriffe durch „auto- und funktionsgerechten Wiederaufbau“ nach dem Zweiten Weltkrieg • teilweise Veränderungen historischer Straßenquerschnitte (z. B. Krähenstraße) • Verkehrsführung ist in Teilen unübersichtlich und schwierig ablesbar • Ruhender Verkehr und Lieferverkehr senken Aufenthaltsqualität in schmalen Straßen • Parksuchverkehr belastet das Gebiet • Vielerorts „wildes“ Abstellen von Fahrrädern auch aufgrund mangelnder Abstellmöglichkeiten • Ungestaltete Parkplätze in Blockinnenbereichen vermindern Wohnqualität • Unzureichende Barrierefreiheit im öffentlichen (Straßen)Raum • Kaum preisgünstiger Wohnraum

• Verschiedene soziale Einrichtungen vorhanden • Gute Versorgung mit KiTas • Gutes schulisches Angebot und Vernetzung der Einrichtungen • Großes kulturelles Angebot • Krähenteich und umliegende Grünflächen als Naherholungspotenzial	• In Teilbereichen mangelnde Wohnumfeldqualität • Fehlende Barrierefreiheit von Wohngebäuden • Modernisierungs- und Instandsetzungsstau bei Wohngebäuden • (Freizeit-)Infrastruktur für Familien nur begrenzt vorhanden • Mangelhaftes Angebot an Sportstätten • Vorhandene Freiflächen verfügen über wenig Nutzungsmöglichkeiten • Bewegungsräume für Kinder fehlen

6 Integriertes Entwicklungskonzept

Dem integrierten Entwicklungskonzept ist ein Leitbild mit grundsätzlichen Zielstellungen vorangestellt. Daraus werden die Handlungsschwerpunkte und -ziele abgeleitet, die den Handlungs- und Orientierungsrahmen für die zukünftige Entwicklung des südöstlichen Teils der Altstadt darstellen.

6.1 Leitbild

Die Lübecker Altstadtinsel ist zu rund 80% Welterbestätte der UNESCO. Damit ist auch das Untersuchungsgebiet „Altstadt“ zu einem großen Teil Bestandteil der Welterbestätte. Dieser Umstand stellt die wesentliche Stärke und das wesentliche Potential des Gebietes dar: die große Anzahl wertvoller, überwiegend aus dem Mittelalter stammender Bausubstanz über einem weitestgehend noch immer erhaltenen und ablesbaren mittelalterlichen Stadtgrundriss mit seiner typischen Parzellenstruktur.

Diese Stärke ist gefährdet und weist deutliche Mängel auf: zahlreiche Gebäude, die in der Regel eingetragene Kulturdenkmale sind, weisen einen mittleren bis hohen Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf auf; die überlieferte, geschlossene Blockrandbebauung ist durch Baulücken oder durch unangemessene Neubauten der Nachkriegszeit gestört; Straßen, Gänge und Plätze zeigen deutliche gestalterische Mängel, die im Widerspruch zu ihrer historischen und baukulturellen Bedeutung stehen.

Zugleich ist, wie die Altstadt insgesamt, auch das Untersuchungsgebiet ein Ort, an dem unterschiedliche Bevölkerungsgruppen wohnen und arbeiten, an dem sie ihre unterschiedlichen Ansprüche an verkehrliche, technische und soziale Infrastruktur, an Kultur und weitere Freizeiteinrichtungen erfüllt sehen möchten.

Das baukulturelle Erbe mit seinem internationalen Status und einige herausragende kulturelle Einrichtungen im Untersuchungsgebiet, wie etwa der Museumskomplex St. Annen oder das Buddenbrookhaus, sind darüber hinaus starke Anziehungspunkte für eine wachsende Zahl von BesucherInnen aus der ganzen Welt. Damit ergeben sich Chancen, aber auch Herausforderungen.

Zusammengefasst besteht also die Notwendigkeit ein städtebauliches Konzept zu entwickeln, das auf diese verschiedenen Anforderungen mit einem integrierten Ansatz antwortet, der auf den vorhandenen, einzigartigen Stärken so aufbaut, dass den vorliegenden Defiziten entgegengewirkt werden kann.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Hansestadt Lübeck für die künftige Entwicklung des Untersuchungsgebietes „Altstadt“ das

Leitbild

„Im Welterbe Leben“

gegeben. Mit diesem Leitbild ist der Spannungsbogen umfasst, der vom Erhalt und der Reparatur des baulichen Erbes bis hin zu den vielfältigen Anforderungen an eine vitale und lebenswerte Stadt durch unterschiedlichste „NutzerInnengruppen“ reicht.

Das Leitbild integriert Ziele in vier verschiedenen Handlungsfeldern, die jeweils durch konkrete einzelne Maßnahmen untersetzt werden (siehe Plan 12 „Integriertes Entwicklungskonzept“). Dem Prinzip des integrierten Ansatzes folgend, gehört die Mehrzahl der vorgeschlagenen Maßnahmen zu mehreren Handlungsfeldern – umso möglichst vielfältig zu wirken. Dabei sind die Maßnahmen so gewählt, dass sie im Hinblick auf die Zielerreichung überprüfbar sind (siehe hierzu Kapitel 8.3, Monitoring).

6.2 Handlungsfelder und Ziele



Das Leitbild und die zugehörigen Handlungsfelder stellen den Rahmen der künftigen integrierten Entwicklung dar, für die die folgenden Ziele gelten:

Baukultur bewahren

Die reichen baulichen Zeugnisse einer bedeutenden Vergangenheit als Zentrum der Hanse und als freie Reichsstadt machen die Identität Lübecks und damit auch des Untersuchungsgebietes aus. Die Auszeichnung als Welterbestätte hat diese Bedeutung noch verstärkt. Es versteht sich daher, dass die Bewahrung, die Pflege und die Reparatur der historischen Stadtgestalt mit ihren Straßen, Gängen und Freiräumen und mit ihrer überaus wertvollen Architektur das oberste Ziel ist. Hierzu gehören die Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen wie z. B. das Rathaus, das Museumsquartier St. Annen und das Buddenbrookhaus sowie die zahlreichen Wohn- und Geschäftshäuser in privatem Eigentum.

Funktionen verbessern

Das Untersuchungsgebiet ist wie die Altstadt überhaupt gekennzeichnet durch einen Nutzungsmix von Wohnen, Arbeiten, Versorgung, sozialer und kultureller Infrastruktur. Dieses Potential gilt es zu stabilisieren, zu bessern und mit den angrenzenden Stadtgebieten zu verzahnen. Dazu gehört es, den kleinteiligen Einzelhandel bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, z. B. auf der Basis der Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts. Unter dem Motto „Stadt der kurzen Wege“ sind Wohnen und Arbeiten besser miteinander zu verknüpfen und anstelle eines Verkehrskonzeptes ein Mobilitätskonzept zu erarbeiten. Straßen und öffentliche Plätze sind multifunktional und nicht nur als Verkehrsräume zu gestalten.

Teilhabe ermöglichen

In Lübeck gibt es eine rege Beteiligung der Bevölkerung an Stadtentwicklungsprozessen. Hieran soll auch in Zukunft festgehalten werden. Teilhabe ist aber mehr. Sie bedeutet auch, dass möglichst alle Bevölkerungsgruppen die Stadt und zunächst ihr Gebiet nutzen können. Der in den vergangenen Jahren deutlich gewordene und sich weiter abzeichnende demographische Wandel bedingt notwendige Anpassungen der Stadtgestalt. Stichworte hierfür sind: Inklusion und Integration durch Barrierefreiheit in Gebäuden und im öffentlichen Raum, Freizeitangebote für SeniorInnen und für junge Familien, attraktive Spielplätze und Kinderbetreuungseinrichtungen, Freiräume als Begegnungsorte, Beseitigung von Konfliktträumen auf öffentlichen Flächen und nicht zuletzt die aktive Vermittlung des besonderen Standortes „Welterbestätte“ als gemeinsamer Identifikationsfaktor.

Umwelt und Klima schützen

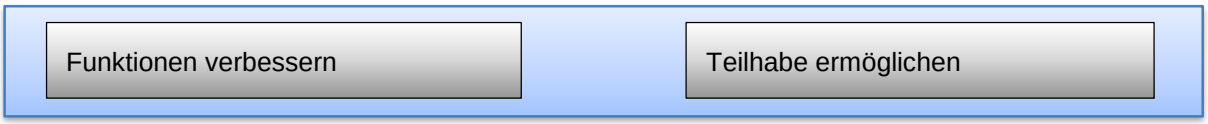
Auch das Untersuchungsgebiet „Altstadt“ ist von der weltweiten Klimaveränderung betroffen - sowohl hinsichtlich der Ursachen als auch hinsichtlich der Auswirkungen. Hierauf gilt es vor Ort zu reagieren. Da die Möglichkeiten für energetische Optimierungen an denkmalgeschützten Gebäuden begrenzt sind, sollen drei andere Schwerpunkte gesetzt werden: erstens, ein Mobilitätskonzept, das auf die Stärkung des vorhandenen „Umweltverbundes“ (FußgängerInnen, RadfahrerInnen, ÖV) abzielt, zweitens, die ökologische Aktivierung von Freiräumen durch weitgehende Entsiegelungen und dem Klimawandel angepasste „Bepflanzungen“ sowie drittens, die Erprobung von alternativen Energieversorgungen der EndverbraucherInnen, etwa durch BHKWs oder Nahwärmenetze.

7 Handlungsschwerpunkte

Das Leitbild und die Entwicklungsziele für das Gebiet „Altstadt“ werden im Folgenden an thematischen und räumlichen Schwerpunkten, denen die vorgenannten Handlungsfelder zugeordnet werden, konkretisiert.

7.1 Thematische Schwerpunkte

Bauliches Erbe



Die Lübecker Altstadtinsel ist UNESCO- Welterbe. Die Eintragung begründet sich sowohl mit dem Stadtgrundriss mit seinen in Nord-Südrichtung verlaufenden Hauptstraßen und den quer dazu angelegten Rippenstraßen, den Gängen, der kleinteiligen Parzellenstruktur als auch mit den stadtbildprägenden und oftmals denkmalgeschützten Einzelgebäuden und Ensembles. Das Untersuchungsgebiet, als Teilgebiet der Altstadt, liegt zum Teil in der Kernzone bzw. der Pufferzone des Welterbes.

Die Bewahrung dieses Erbes genießt oberste Priorität für die Hansestadt. Das ist nicht nur eine Verpflichtung, die sich aus dem Welterbestatus ergibt, das ist auch Ziel der Stadt und ihrer Bevölkerung. Denn die historische Bausubstanz verbindet Stadt und Bevölkerung, sie verleiht ihr Individualität und Stolz. Kurz: sie schafft Identität und ist maßgeblich für das weltweite Image der Stadt verantwortlich. Das baukulturelle Erbe muss vor negativen Veränderungen und Überformungen geschützt werden.

In diesem Sinne sind Reparaturen am Stadtgrundriss Teil der Zielsetzung. Bei wichtigen Bauprojekten soll aufgrund der Bedeutung im Stadtgrundriss auch externe Expertise, z. B. durch den Lübecker Welterbe- und Gestaltungsbeirat oder mittels Wettbewerbsverfahren, eingeholt werden. Das betrifft im Untersuchungsgebiet z.B. das Bunkergrundstück in der Dr.-Julius-Leber-Straße und die Umgestaltung der

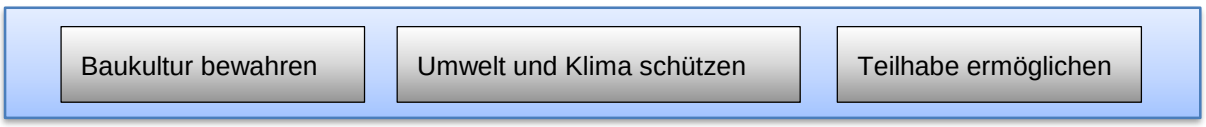
Krähenstraße. Der Bunker, ein grober städtebaulicher Missstand, soll abgebrochen und das Grundstück qualitativ hochwertig neu bebaut werden. Bei der grundhaften Sanierung der Krähenstraße gilt es den historischen Straßengrundriss wieder erlebbar zu machen.

Wichtige Instrumente für den behutsamen Umgang mit dem baulichen Erbe sind drei rechtskräftigen Satzungen in der Lübecker Innenstadt: die Erhaltungssatzung (seit 1979), die Gestaltungssatzung (seit 1982) und die Werbeanlagensatzung (seit 2016). Ein Großteil der Bausubstanz sind Kulturdenkmale. Bauliche Maßnahmen sind nach dem Denkmalschutzgesetz abzustimmen.

Damit die historische Substanz aber nicht nur als Zeugnis der Vergangenheit und als museal empfunden wird, sondern als Brücke aus der Vergangenheit in die Zukunft, muss sie mit Leben gefüllt werden. Das bedeutet zunächst, dass immer wieder der baukulturelle Wert von Stadtgrundriss und Architektur aktiv vermittelt wird und dass die BewohnerInnen in Planungs- und Gestaltungsprozesse eingebunden werden. Auch der im Entwurf vorliegende Lichtleitplan kann die Erreichung dieses Ziels befördern, da durch das Medium Licht auch die Möglichkeit gegeben ist, Aufmerksamkeit und Interesse auf einzelne Gebäude zu lenken.

Ein zentraler Stellenwert kommt dem Ziel zu, dass das Gebiet von unterschiedlichsten Gruppen genutzt werden kann und dabei dem demografischen Wandel Rechnung getragen wird. Inklusion und Integration sind hierfür die Schlüsselbegriffe. Das heißt, bei den notwendigen Erneuerungen von Straßen und Plätzen ist darauf zu achten, dass sie barrierearm und möglichst multifunktional umgestaltet werden und nicht nur als Verkehrsräume dienen. Das berücksichtigt die Erkenntnis, wonach der Anteil der SeniorInnen und der Menschen mit Migrationshintergrund im Untersuchungsgebiet gestiegen ist. Auf der anderen Seite müssen aber auch Angebote für junge Familien gemacht werden: denkmalgerechte Anpassungen von Wohnungsgrößen und -grundrissen, attraktive Spielplätze und Kinderbetreuungseinrichtungen.

Wohnen



Das Untersuchungsgebiet ist in weiten Teilen ein klassisches Mischgebiet. Der Sicherung der Vielfalt und der Qualität der bestehenden Wohnstandorte kommt eine besondere Bedeutung zu. Damit soll insgesamt die Attraktivität des Wohnstandortes „Untersuchungsgebiet Altstadt“ gestärkt werden. Hierbei spielen mehrere Faktoren eine Rolle: „Wohnen im Denkmal“, „demografischer Wandel“, „soziale Segregation“, „Versorgung im Gebiet“ und „soziale und kulturelle Infrastruktur“.

Vorliegende Untersuchungen zum demografischen Wandel, die auch künftig regelmäßig fortgeschrieben werden sollen, zeigen, wie sich die Entwicklung im Wesentlichen vollzieht. Der Anteil der SeniorInnen steigt, ebenso der der Menschen mit Migrationshintergrund, während der Anteil der jüngeren Bevölkerung, insbesondere der jungen Familien stagniert. Hinsichtlich der Einkommenssituation ist festzustellen, dass der Anteil der SV-pflichtig Beschäftigten steigt und der Anteil der auf Sozialtransferleistungen Angewiesenen sinkt, für die Altstadt insgesamt typisch. Vereinfacht ließe sich sagen, die Bevölkerung wird hier älter und wohlhabender. Zugleich ist der Wohnungsleerstand sogar unter das in der Wohnungswirtschaft übliche und auch notwendige Mindestmaß (für Umzüge, bauliche Anpassungen etc.) abgesunken.

Hierauf ist in doppelter Hinsicht zu reagieren: Zum einen durch Verbesserungen für die zunehmend wachsende NutzerInnengruppe, um sie im Gebiet zu halten. Das heißt, wo im Bestand möglich, Schaffung von barrierefreien Wohnungen und Wohnungszugängen, Entwicklung von alternativen Wohnformen – z.B. durch SeniorInnenwohngemeinschaften oder Mehrgenerationenwohnen, Erhöhung von Bar-

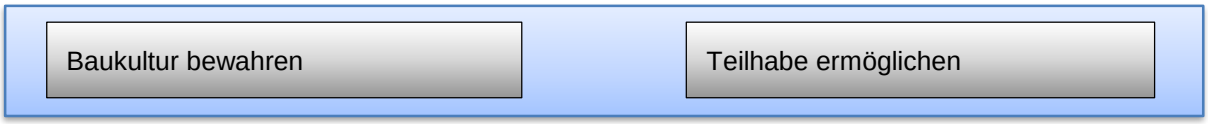
rierefreiheit im öffentlichen Raum, Schaffung von Nahversorgungsmöglichkeiten (Einzelhandel, medizinische Versorgung) und Schaffung bzw. Verbesserung von kulturellen Einrichtungen, soweit diese nicht auch gebietsnah schon vorhanden sind.

Zugleich gilt es aber auch einer drohenden Segregation entgegen zu wirken, da nur ein NutzerInnenmix eine längerfristige Lebendigkeit des Gebietes gewährleistet. Insbesondere junge Familien und sozial Schwächere fehlen im Untersuchungsgebiet. Hierfür sind entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehören zunächst denkmalverträgliche Anpassungen von Wohnungsgrößen und –zuschnitten, aber auch von diesen Gruppen bezahlbare Mieten. Da die Kosten baulicher Maßnahmen sowohl über Städtebauförderungsmittel abgefedert werden und die übrigen Kosten steuerlich absetzbar sind, ist sowohl in den der Förderung zugrundeliegenden Finanzierungskonzepten als auch in den Modernisierungsvereinbarungen zwischen Stadt und Bauherrschaft darauf zu achten, dass sozialverträgliche Mieten genommen werden. Würden die Möglichkeiten des Sanierungsrechts entfallen, entfiele auch diese wesentliche Steuerungsmöglichkeit.

Weitere Notwendigkeiten kommen hinzu: ein gut durchdachtes Mobilitätskonzept ist die Voraussetzung dafür, dass ArbeitnehmerInnen die immer größer werdenden Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsort zeitlich und finanziell angemessen bewältigen können. Schließlich müssen auch für Kinder und Jugendliche interessante Angebote gemacht werden: attraktive Spielplätze, Betreuungseinrichtungen und Freizeitmöglichkeiten. Auch für diese Gruppen gilt es, im Gebiet oder zumindest gebietsnah, die notwendigen Versorgungsmöglichkeiten anzubieten.

Von zunehmender Bedeutung sind schließlich die Themen „Beseitigung von Konflikträumen“ und „Sicherheit“ geworden. Hierauf soll, z.B. im Bereich am Krähenteich, mit zielgerichteten Objektplanungen und einer optimierten Beleuchtungskonzeption reagiert werden.

Handel/Gewerbe



Bezogen auf die Themen Handel, Gewerbe, Dienstleistungen im Gebiet „Altstadt“ ist das primäre Entwicklungsziel die quantitative und qualitative Stärkung des Angebots. Das Gebiet ist insgesamt charakterisiert durch eine hohe Angebotsvielfalt. Weite Teile der Erdgeschosszonen werden durch Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistungen bestimmt. Das städtebauliche Erscheinungsbild und der öffentliche Raum werden wesentlich durch diese Nutzungen geprägt.

Der Einzelhandels- und Gewerbestandort „Altstadt“ ist mit seinen Laden- und Verkaufsflächenstrukturen historisch gewachsen, wobei sich der Einzelhandel rund um die Fußgängerzone (Breite Straße, Fleischhauerstraße, Hüxstraße, Holstenstraße und Königstraße) konzentriert. Die kleinteiligen inhabergeführten Geschäfte sind vorwiegend in der Hüxstraße sowie der Fleischhauerstraße zu finden. Gastronomische Einrichtungen gibt es vor allem um den Markt, beim Rathaus und in der Hüxstraße und der Fleischhauerstraße. Dieses Angebot dient nicht nur der unmittelbaren Bewohnerschaft, sondern entsprechend der oberzentralen Funktion der Innenstadt auch Kunden aus dem gesamten Stadtgebiet und darüber hinaus.

Die Altstadt steht mit ihrer Funktion in wirtschaftlicher Konkurrenz zu peripheren Standorten mit großen Verkaufsflächen, guter Erreichbarkeit für motorisierten Verkehr und großem Parkplatzangebot als Die wesentliche Zielsetzung das Einzelhandelszentren- und Nahversorgungskonzeptes, beschlossen durch die Bürgerschaft im Jahr 2011, ist die oberzentralen Funktion der Altstadt zu stärken. In dem Konzept wurden neben der Altstadt zwei weitere Sonderstandorte definiert, welchen ebenfalls eine regionale

bzw. überregionale Bedeutung zukommt. Im Rahmen einer Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes sind die Aufgabenteilung und das Zusammenspiel zwischen der Altstadt und den Sonderstandorten zu überprüfen,

Die Hansestadt Lübeck legt dabei großen Wert auf die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den lokalen Händlern, Gewerbetreibenden und Gastronomen. Aufbauend auf der Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes geht es darum, die bestehenden Kommunikationsprozesse und Netzwerke zwischen den relevanten AkteurInnen fortzuführen und zu fördern. Durch eine Einbindung dieser AkteurInnen soll erreicht werden, dass Stadtgestaltung, insbesondere im öffentlichen Raum, ein gemeinsames Anliegen ist. Teilaspekte hiervon sind Außengastronomie, Gestaltung der Erdgeschosszonen, Ordnung und Sauberkeit der Einkaufslagen. Ergänzt werden sollen diese Aktivitäten von einem gezielten Leerstandsmanagement, um Funktionsverluste zu vermeiden, wie sie sich beispielsweise in der Königpassage beobachten lassen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist in diesem Zusammenhang das künftige Verkehrs- und Mobilitätskonzept, das die unterschiedlichen Anforderungen des baulichen Erbes, der Erreichbarkeit von Handel und Gastronomie sowie des Umwelt- und Klimaschutzes berücksichtigt und zu einem nachhaltigen Ausgleich bringt.

Kultur und Soziales

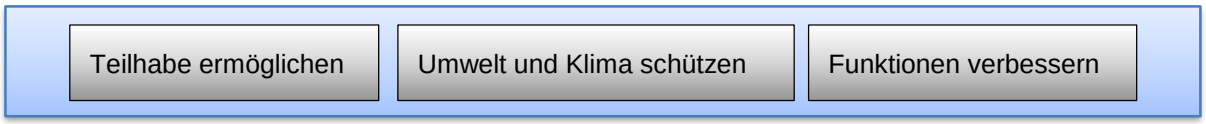


Nicht zuletzt aufgrund des Welterbestatus‘ ist die jahrhundertealte Bausubstanz der Altstadt der größte kulturelle Anziehungspunkt der Stadt – national und international. Besondere Schwerpunkte im Untersuchungsgebiet sind das Ensemble aus St. Marien, der historische Rathauskomplex und der Markt, aber auch das Buddenbrookhaus, St. Aegidien und der Museumskomplex St. Annen. Die Bedeutung dieser Gebäude und Institutionen reicht weit über das Untersuchungsgebiet hinaus und bietet genau damit die Chance, die Wertschöpfung und die Vitalität für das Gebiet zu erhöhen. Auch wenn der grundsätzliche Umgang mit dem Erbe verbindlich im Managementplan für die UNESCO-Welterbestätte festgelegt ist, verbleiben konkrete Aufgaben und Maßnahmen. Das historische Rathaus wird bereits als vorgezogene Maßnahme mit Hilfe von Mitteln aus dem Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ umfassend erneuert. Das Kirchenumfeld von St. Marien ist grundhaft neu zu gestalten (Kostenteilung mit Kirchengemeinde). Gleiches gilt für den Kirchenplatz um St. Aegidien. Das Buddenbrookhaus, das dem Leben und dem Werk der Schriftsteller Heinrich und Thomas Mann sowie deren Familien gewidmet ist, muss dringend erweitert werden.

Neben diesen baulichen Maßnahmen ist es aber auch wichtig, kulturelle Anziehungspunkte stärker in das Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken und sie für öffentliche Veranstaltungen, wie beispielsweise Konzerte, zu nutzen. Hierfür sollten die verschiedenen Bewohnergruppen nicht nur als Konsumenten, sondern auch als AkteurInnen in Vorbereitung und Durchführung gewonnen werden.

Ähnliches gilt für den Bereich Soziales. Um stärker jüngere BewohnerInnen und junge Familien zum Wohnen im Untersuchungsgebiet zu gewinnen, ist es notwendig, vorhandene Angebote an Spielplätzen, Betreuungseinrichtungen oder Freizeitmöglichkeiten quantitativ und qualitativ zu optimieren. Auch hierfür können die jeweiligen Zielgruppen als MitakteurInnen gewonnen werden, damit sie an den Prozessen und deren Ergebnissen besser partizipieren und sich dafür engagieren.

Mobilität



Wie in der Bestandsanalyse dargelegt (Kap. 3.1.2, Informelle Planungen und Kap. 4.4, Erschließungs- und Verkehrssituation), gibt es für Lübeck eine ganze Reihe von Plänen und Berichten, die sich mit dem Thema Verkehr auseinandersetzen, vom regionalen Nahverkehrsplan über das fahrradfreundliche Lübeck bis zu verschiedenen Fragestellungen des Parkens. Gemeinsam ist diesen Konzepten, dass sie sowohl den Anforderungen des Welterbe-Managementplans nach größtmöglichem Erhalt des aus dem Mittelalter überkommenen Stadtgrundrisses als auch den heutigen Anforderungen an eine moderne Verkehrsinfrastruktur gerecht werden wollen.

Die Konflikte zwischen Denkmalschutz, Erreichbarkeit von Wohnen und Gewerbe, fließendem und ruhendem Verkehr haben sich quantitativ und qualitativ verschärft. Zum Beispiel führt ein stärkeres Verkehrsaufkommen zu erhöhten Emissionen. Auch die Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen wie zum Beispiel die gestiegene Zahl der Single-Haushalte hat negative Auswirkungen. Lübeck muss und will aktiv zum Klima- und Umweltschutz beitragen und die CO_2-Emissionen reduzieren. Hieraus ergibt sich die Chance, durch innovative Handlungsstrategien nicht nur aktuelle und mittelfristige Probleme anzugehen, sondern auch eine Vorreiterrolle zu erlangen. Eine zukunftsfähige Herangehensweise, weit über rein verkehrliche Fragestellungen hinaus, betrachtet grundsätzlich die Bewegungen von Menschen und Gütern im Raum, um davon Strategien für eine Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsarten und Verkehrsmittel und von diesen wiederum konkrete Maßnahmen abzuleiten. Deshalb wird 2018 in Zusammenarbeit mit den Lübecker BürgerInnen ein neuer Rahmenplan mit Mobilitätskonzept für die gesamte Altstadtinsel erarbeitet. Gesucht werden Lösungen für die Probleme, die aus dem aktuellen Verkehrsaufkommen in der Innenstadt resultieren. Die Bedürfnisse und Anforderungen der unterschiedlichen NutzerInnengruppen sind zu berücksichtigen.

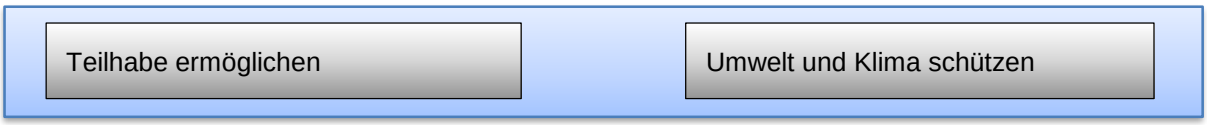
Dabei sind neue intelligente Lösungsansätze, die Carsharing, autonomes Fahren, Elektromobilität, verbesserte Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ebenso einzubeziehen wie insbesondere attraktive Lösungsansätze zu deren Vernetzung. Erste Möglichkeiten hierzu bestehen bereits oder befinden sich in der Erprobung. Sie umfassen sowohl die Streckenplanung mit unterschiedlichsten Verkehrsmitteln (zu Fuß, Bus, Bahn, Carsharing, Leihwagen etc.) als auch die Ticketverwaltung und Bezahlsysteme – nutzerInnenfreundlich als App für das Smartphone. Beispielsweise seien genannt: „Moovel“, „Wohin-Du-willst“, „Bla-bla-Car“ oder „Travipay“.

Den Ergebnissen des Mobilitätskonzeptes müssen die notwendigen Neugestaltungen von Straßen Rechnung tragen. Die historische Dreiteilung der Straßenquerschnitte soll aus denkmalpflegerischer Sicht weiterhin ablesbar sein. Zugleich sollen häufige Niveauwechsel an Grundstückszufahrten oder an Straßenquerungen vermieden werden. Derartige Maßnahmen erhöhen die Barrierefreiheit für gehbehinderte Menschen. Ebenso werden entsprechende Maßnahmen für Sehbehinderte ergriffen.

Schließlich werden Abstellanlagen für Fahrräder hinsichtlich der Standorte, der Anzahl und der Qualität zu überprüfen, zu ergänzen oder auszutauschen sein. In Abhängigkeit von der Nachfrage sind weitere Ladestationen für die E-Mobilität zu errichten.

Der barrierefreie Ausbau aller Haltestellen für Busse im Untersuchungsgebiet ist entsprechend der gesetzlichen Vorgabe bis spätestens 2022 umzusetzen.

Ökologische Aktivierungen



Das Untersuchungsgebiet kann auf den ersten Blick als „steinerne Stadt“ wahrgenommen werden. Steinerne Häuser und gepflasterte oder asphaltierte Straßen dominieren den ersten Eindruck. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass durchaus größere Potenziale für ökologische Aktivierungen verfügbar sind. Das sind zum einen die zahlreichen Blockinnenbereiche, vor allem im Block 35 der Pergamentmachergang oder der Block 29 an der Aegidien-Straße, die Plätze und der gesamte Bereich am Krähenteich.

Bereits in dem Integrierten Rahmenkonzept zum Klimaschutz in Lübeck aus dem Jahr 2010 ist darauf hingewiesen worden, wie sehr sich Flächenentsiegelungen und weitgehende Begrünungen positiv auf das Stadtklima auswirken. Daneben ist beschrieben worden, dass sich derartige Maßnahmen auch positiv auf die Bewahrung bzw. Verbesserung der Biodiversität auswirken. Nicht zuletzt eignet sich dieses Thema sehr gut für partizipatorische Prozesse bei der Neugestaltung des öffentlichen Raumes, was wiederum die Identifikation mit der konkreten Anlage und mit dem Stadtteil befördert. Es wird daher vorgeschlagen, den Aspekt der ökologischen Aktivierbarkeit zu einem festen Prüfstein der Planungs- und Realisierungsphasen jeder Umgestaltung und Erneuerung einer Erschließungsanlage zu machen und die Ergebnisse entsprechend zu evaluieren.

7.2 Räumliche Schwerpunkte

Die Aufgabe der angestrebten Stadtentwicklung ist die Bewahrung des Stadtbildes und die Stabilisierung und Entwicklung der funktionalen Vielfalt im Untersuchungsgebiet. Dabei sollten auch die Aspekte der Partizipation und des Schutzes von Umwelt und Klima eine starke Rolle spielen.

Um diese Zielsetzung zu erreichen, lassen sich im Untersuchungsgebiet „Altstadt“ räumliche Handlungsschwerpunkte identifizieren:

1. Zentraler Bereich im Umfeld von Rathaus und St. Marien
2. Dr.-Julius-Leber-Straße (Straße und Bunker)
3. Wahmstraße, Krähenstraße, Rehderbrücke
4. Pergamentmachergang

Diese räumlichen Schwerpunkte stellen keine isolierten Maßnahmen dar, sie stehen vielmehr im Zusammenhang. Gemäß des Leitbildes „Im Welterbe Leben“ und gemäß der davon abgeleiteten Ziele und Handlungsfelder „Baukultur bewahren“, „Funktionen verbessern“, „Teilhabe ermöglichen“ und „Umwelt und Klima schützen“ gilt es die genannten räumlichen Schwerpunkte zu vernetzen und daraus ein gesamtheitliches städtebauliches Konzept zu generieren. Selbstverständlich sind in dem Gebiet weitere Maßnahmen durchzuführen, die für die Gesamtentwicklung wichtig sind – sowohl an Erschließungsanlagen als auch an zahlreichen Gebäuden. Auch hier gibt es Erneuerungs- und Umgestaltungsbedarf, auch sie dienen der gesamträumlichen Zielerreichung. Sie werden in den Maßnahmenprogrammen der Kapitel 8.2 und 8.3 einzeln behandelt.

1. Zentraler Bereich um Rathaus und St. Marien

Dieser Bereich stellt gewissermaßen das „Herz“ der historischen Altstadt dar und ist ihr räumlicher und funktionaler Mittelpunkt sowie der Hauptanziehungspunkt für BesucherInnen aus aller Welt. Die Kirche St. Marien, zwischen 1277 und 1351 erbaut, gilt als die Mutterkirche der Backsteingotik, nach deren

Vorbild rund 70 Kirchen im gesamten Ostseeraum errichtet wurden. Nach schweren Kriegszerstörrungen im März 1942 ist die Kirche heute, weitgehend an ihrem historischen Bestand orientiert, wieder aufgebaut.

Das Rathaus, befindet sich gewissermaßen „Rücken an Rücken“ unmittelbar seitlich neben der Marienkirche. Dieser städtebauliche Zusammenhang verdeutlicht sinnfällig das Selbstbewusstsein und den Repräsentationswillen des bestimmenden Bürgertums - in politischer wie in religiöser Hinsicht.

Nach Süden schließt sich der nach dem Krieg in veränderter Form wiedergewonnene Markt, der überwiegend durch die Gebäude des Rathausensembles, aber auch durch die Nachkriegsbebauung und ein großes Textilkaufhaus gefasst wird.

Die Marienkirche ist umgeben von dem Marienkirchenplatz, der in seinem südlichen Teil, zum Rathaus, noch den Eindruck des mittelalterlichen Stadtbildes vermittelt. Der nördliche Teil grenzt unmittelbar an die Mengstraße. Im Gebäude Nr. 4 befindet sich das vor allem an die Schriftstellerfamilie Mann erinnernde Buddenbrookhaus. Das spätbarocke Haus wurde im Krieg nahezu vollständig zerstört und Ende der 1950er Jahre wieder aufgebaut. Im Eigentum der Stadt und in Trägerschaft der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck zieht es heute, vor allem als Schauplatz des weltberühmten Romans, BesucherInnenströme aus der ganzen Welt an.

In Nordsüdrichtung erstreckt sich westlich des Marienkirchhofs die Straße Schüsselbuden. Die ursprünglich sehr reiche historische Bebauung wurde im März 1942 weitestgehend zerstört und dann durch Zweckbauten der 1950er und 1960er Jahre ersetzt. Östlich des Marienenkirchhofs und des Kanzleigebäudes, jenseits der Breiten Straße, befindet sich der Schrangen, der historisch nicht immer eine Freifläche war. Er stellt sich heute als provisorisch gestaltete Freifläche zwischen den großen Kaufhausgebäuden dar.

Trotz der historischen, städtebaulich architektonischen, strukturellen und geschichtlichen Bedeutung ist dieser zentrale Bereich durch zahlreiche Missstände geprägt. Der Rathauskomplex weist seit längerem einen hohen Erneuerungsbedarf auf, der sowohl den Erhalt des herausragenden Kulturdenkmals gefährdete, als auch die Nutzungsmöglichkeiten einschränkte. Als vorgezogene Maßnahme „Historisches Rathaus“ im Rahmen der Gesamtmaßnahme „Altstadt“ genehmigt, werden seit 2011 umfassende Maßnahmen an drei Bauteilen durchgeführt. Sie erstrecken sich auf den Kernbau, den Flügelanbau B mit dem Germanistenkeller und die dreiflügelige Anlage im Bereich Rathaushof.

Der gesamte Marienkirchhof ist trotz seiner baukulturellen Situation in einem erneuerungsbedürftigen Zustand. Hier sollte ein qualitätsvoller Platz geschaffen werden, der unter Berücksichtigung der bauhistorischen Bedingungen eine höhere Aufenthaltsqualität schafft, Fahrradabstellplätze besitzt und mit technischer Infrastruktur für das „Bespielen“ ausgestattet ist. Der nördliche Teil, der der Kirchengemeinde gehört, ist öffentlich zugänglich, wird aber überwiegend als Parkplatz genutzt und ist nicht barrierefrei. Es wird vorgeschlagen, einen städtebaulichfreiraumplanerischen Wettbewerb durchzuführen, der auch die Mengstraße und den Schlüsselbuden mitentwickelt. Sowohl hierfür als für die sich anschließende Realisierung ist eine Kostenteilung zwischen Stadt und Kirchengemeinde nach Flächenanteil vorgesehen.

Das Buddenbrookhaus ist zwar ein wichtiger kultureller Anziehungspunkt, jedoch sind die räumlichen Kapazitäten des Hauses Mengstraße 4 ausgereizt. Das benachbarte Gebäude Mengstraße 6 wurde zwecks Erweiterung des Museums erworben. Die Preisträger des Architekturwettbewerb werden mit der Planung beauftragt.

Schwierig ist der Umgang mit dem Schrangen. Trotz der Planungen „Mitten in Lübeck“ und des durchgeführten Wettbewerbs konnte bisher keine dauerhafte Neugestaltung erfolgen und das geschaffene Provisorium findet nicht die gewünschte Akzeptanz. Hinzu kamen Finanzierungsschwierigkeiten.

Gleichwohl sollte der städtebauliche Missstand mittelfristig beseitigt werden – aus bauhistorischer, stadtgeschichtlicher und funktionaler Hinsicht.

2. Dr.-Julius-Leber-Straße

Die heutige Dr.-Julius-Leber-Straße ist eine der mittelalterlichen Rippenstraßen der Lübecker Altstadt, an der Nordgrenze des Untersuchungsgebietes „Altstadt“. Von 1261 bis 1946 hieß sie Johannisstraße, da sie von der Kreuzung mit der Breiten Straße bis zum 1903 abgebrochenen St.-Johannis-Kloster, dem Standort des heutigen Johanneums, führt. Die Kreuzung mit der Breiten Straße ist in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung: sie markiert den geografischen Mittelpunkt des Welterbes, ist der höchste Punkt der Altstadt. Hier stießen die mittelalterlichen Stadtbezirke Jakobi, Marien-, Magdalenen- und Johannisquartier aufeinander. Sie weist heute einen reichen Bestand an Kulturdenkmalen auf, unter anderem die Löwenapotheke, der älteste Lübecker Profanbau. Zugleich gehen zahlreiche stadtgeschichtlich und städtebaulich wichtige Gänge und Höfe von ihr ab.

Geteilt durch die Königstraße, gliedert sich die Straße heute in zwei funktional unterschiedliche Bereiche: während die obere Dr.-Julius-Leber-Straße zur Fußgängerzone gehört, ist die untere eine innerstädtische Erschließungsstraße. Beide Straßenabschnitte weisen einen hohen Erneuerungs- und Umgestaltungsbedarf auf.

Der obere Abschnitt ist zwar Teil der Fußgängerzone, aber aufgrund seines Zustandes als solche weder funktional noch baulich zu erkennen. Damit wird er weder der historischen Bedeutung noch dem Potential des Einzelhandels und Gewerbestandortes gerecht. Es ist daher vorgesehen, diesen Abschnitt umzubauen und durch Materialwahl, Straßenquerschnitt und Ausstattung insgesamt stark aufzuwerten und sich dabei an der Gestaltung der oberen Fleischhauerstraße zu orientieren. Auch der untere Abschnitt ist erneuerungsbedürftig. Hier soll eine Umgestaltung erfolgen, die sich zwar hinsichtlich Materialwahl und Straßengliederung am historischen Bestand orientiert, durch einen möglichst niveaugleichen Ausbau (abgesenkte Borde) aber Barrierefreiheit und eine deutliche Erhöhung der Aufenthaltsqualität schafft. Damit verbunden werden auch die Neuordnung und Reduzierung des ruhenden Verkehrs und die Optimierung der Fahrradabstellmöglichkeiten. Auf diese Art wird die Erlebbarkeit dieses wichtigen historischen Straßenzugangs deutlich verbessert, einhergehen mit einer Stärkung von Einzelhandel und Gastronomie.

Im Bereich der unteren Dr.-Julius-Leber-Straße befindet sich in der Nr. 48, das ehemalige Gewerkschaftshaus (heute: Bereich Melde- und Gewerbeangelegenheiten), ein Gebäude im Stil der Neuen Sachlichkeit von Wilhelm Lenschow (1930). Direkt daneben steht ein Hochbunker aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges, der stark mit Schimmelsporen belastet ist und den größten städtebaulichen Missstand dieser Straße darstellt. Es ist vorgesehen Grundstück und Gebäude von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu erwerben und den Bunker abzubrechen. Als wichtige Maßnahme der Stadtreparatur soll an dieser Stelle der Blockrand mit Bebauung in zeitgemäßer Architektursprache wieder hergestellt werden.

3. Wahmstraße und Krähenstraße

Die Wahmstraße ist mit ihrer östlichen Verlängerung, der Krähenstraße, Teil der sehr wichtigen West-Ost-Verbindung der Lübecker Altstadt. Beginnend als Verlängerung der Holstenstraße (vom Holstentor kommend) ab dem Kohlmarkt reicht sie bis zur Straße Balauerfohr, wo die Krähenstraße beginnt, die zur Rehderbrücke über den Elbe-Lübeck-Kanal führt und sich dann in der Moltkestraße fortsetzt. Der obere Teil der Wahmstraße stellt sich aufgrund der Wiederaufbauplanungen nach dem zweiten Weltkrieg deutlich breiter als ursprünglich dar. Auf der südlichen Seite wird dieser Bereich vom Haerder-Center begrenzt, auch die nördliche Seite wird vom Einzelhandel geprägt. Die Krähenstraße und ihre anliegende Bebauung wurden durch die Bombenangriffe im März 1942 größtenteils vernichtet. Infolge dessen wurde in den 1950er Jahren dieser Bereich völlig neu gestaltet: die Straße wurde verbreitert, erhielt statt der historischen Verschwenkung eine geradlinige Überleitung zur Wahmstraße, wodurch eine platzartige Erweiterung entstand. Diese stellt sich heute als reiner Parkplatz dar, umgeben von

Gebäuden der 1950er Jahre. Hier besteht umfassender Erneuerungs- und Aufwertungsbedarf, sowohl in stadtgestalterischer als auch in funktioneller Hinsicht.

Für die nachhaltige Verbesserung der Situation „Krähenstraße“ wird die Durchführung eines städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerbsverfahrens vorgeschlagen. Hierbei ist zu prüfen, inwieweit die historische Straßenstruktur wiederhergestellt werden kann. Ferner ist die Parkplatznutzung zugunsten eines öffentlich nutzbaren Raumes mit hoher Aufenthaltsqualität für vielfältige NutzerInnengruppen zu diskutieren. Schließlich gilt es den fließenden Verkehr – sowohl MIV als auch ÖPNV - so zu ordnen, dass baukulturelles Erbe, Wohnnutzung und Einzelhandelsfunktion gestärkt werden. Eine erfolgreiche Umsetzung einer derartigen Planung würde letztlich auch der Bedeutung des Bereiches als östlicher Eingang zur Altstadtinsel besser gerecht werden können.

Langfristig ist geplant auch den Blockinnenbereich nördlich der Krähenstraße (Block 25) aufzuwerten. Der im städtischen Eigentum befindliche Innenhof wird zurzeit ausschließlich als PKW-Stellplatzanlage genutzt. Um die Wohnumfeldqualität zu stärken, soll der Grad der Versiegelung reduziert und Begrünung und Ausstattung umgestaltet werden.

4. Pergamentmachergang

Der Name Pergamentmachergang ist eine Retortenschöpfung der 1960er Jahre, die keine historische Grundlage hat. Gleiches gilt für den Straßenraum selber, der nach den Zerstörungen des zweiten Weltkrieges im Wege der Umlegung aus der Zusammenfassung der rückwärtigen Hofgrundstücke und beräumter Baugrundstücke entstand. Lediglich in dem an die Mühlenstraße anschließenden Teilabschnitt entspricht der Verlauf – und nur dieser – dem historischen Derliens Gang. Der heutige Pergamentmachergang verläuft zwischen schmucklosen Gebäuderückseiten und wirkt eher wie ein großer Hinterhof Gleichwohl hat er eine wichtige Funktion zur rückwärtigen Erschließung der anliegenden Gewerbeeinheiten. Derzeit dient er als ungeordnete Stellplatzanlage vor allem für die AnliegerInnen.

Zur Verbesserung der Situation wird ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt. Aufgabe sind die Neuordnung/Reduzierung des ruhenden Verkehrs, die Entsiegelung der Oberflächen, die Begrünung von Flächen und Fassaden und somit die Schaffung von Aufenthaltsqualität. Geprüft werden muss dabei auch der Umgang mit dem im Norden gelegenen Schulhof, der derzeit ebenfalls dem Abstellen von PKW dient. Mit dem Schulträger ist zu klären, ob hier ein öffentlicher multifunktionaler Platz entstehen kann.

Die Vielzahl der EigentümerInnen im Pergamentmachergang lässt die Umsetzung der Maßnahme schwierig erscheinen. Im Rahmen der BürgerInnenbeteiligung wurde die Umgestaltung des Bereiches jedoch mit hoher Priorität eingestuft und soll deshalb auf jeden Fall in Angriff genommen werden.

Gebiet „Altstadt“ Lübeck
„Im Welterbe Leben!“

Strategische Ziele

- Stärkung des Gebietes „Altstadt“ als Identitätskern und Zentrum der Stadt
- Schutz und Erhalt des baukulturellen Erbes und denkmalgerechte Weiterentwicklung
- Modernisierung und Instandsetzung von Gebäuden und Ensembles zur Schaffung attraktiver, vielfältiger Wohnformen
- Ausbau der sozialen, kulturellen und verkehrlichen Infrastruktur unter Beachtung von Inklusion und Integration
- Klima- und Umweltschutz

Handlungsfelder und Schwerpunkte	Baukultur bewahren (Welterbe, Stadtkultur und Städtebau)	Funktionen verbessern (Wohnen, Arbeiten, Versorgung soziale und kulturelle Infrastruktur)	Teilhabe ermöglichen (Bürgermitwirkung und Öffentlichkeitsarbeit)	Umwelt und Klima schützen (Klimaschonende Mobilität und ökologische Umweltgestaltung)
	• Bewahrung und Reparatur des kulturellen Erbes, Erhalt stadtbildprägender Gebäude und Freiräume • Sanierung der Bausubstanz unter Beachtung zeitgemäßer Nutzungsansprüche • Schließung von Baulücken und Aktivierung von brachliegenden Flächen und Innenbereichen	• Fortschreibung eines Einzelhandelskonzeptes und Stärkung Dienstleistungsgewerbe und Einzelhandel • Verbesserung der Infrastruktur in den Bereichen Soziales und Bildung unter Berücksichtigung der demographischen Veränderungen • Sicherung, Sanierung und Ausbau der Kultur-, Sport und Freizeitangebote als Kommunikationsräume	• Bürgerbeteiligung bei der Umsetzung von Projekten und Maßnahmen • Intensive Information der BewohnerInnen und aktive Einbindung in das Thema des UNESCO-Welterbes • Schaffung von Barrierefreiheit und konfliktfreien Begegnungsorten	• Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes • Ökologische Aktivierung von Freiräumen und umweltrelevante Maßnahmen zum Klimaschutz
Entwicklungsziele	• Bewahrung und Pflege hochwertiger baukultureller Objekte durch dauerhafte Nutzung und zeitgemäße Anpassung von Erschließungsanlagen unter Beachtung des Denkmalschutzes • Stärkung der Wohnfunktion durch Fortsetzung der Sanierung der Bausubstanz durch private Bauherren • Verbesserung des Stadtbildes durch Reparatur von Missständen	• Intensivierung der Entwicklung des Gebietes als Versorgungszentrum durch qualitative Optimierung der Angebotsstrukturen zur besseren Verknüpfung von Wohnen und Arbeiten • Anpassung sozialer Infrastruktur an Bedürfnisse der Bewohner durch Aufwertung von Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen unter Beachtung von Inklusion und Integration • Vermeidung von Segregation und Stärkung vielfältiger Nutzergruppen	• Förderung von Bürgerpartizipation zur Entwicklung selbsttragender Bewohnerorganisationen • „Aneignung“ der Stadt durch unterschiedlichste Nutzergruppen zur Verstärkung der Identifikation mit dem baukulturellen Erbe • Förderung von Inklusion und Integration	• Verkehrliche Verbesserung durch denkmalgerechte Erneuerung von Straßen, Gängen und Plätzen unter Beachtung der Barrierefreiheit mit dem Ziel der Erhöhung der Aufenthalts-/Umweltqualität • Schaffung guter Rahmenbedingungen für emissionsarme Verkehre durch Stärkung von Rad- und Fußverkehrsnetzen und Optimierung des ÖPNV • Ökologische Aktivierung von Freiräumen durch Entsiegelungen und Schaffung von Biodiversität begünstigender Grünräume
Maßnahmen Es handelt sich zum Teil um Mehrzielprojekte/ -maßnahmen, die dem Hauptziel zugeordnet wurden	**6** Ankauf Dr.-Julius-Leber-Str. 52 – Bunker **7** Freilegung Dr.-Julius-Leber-Straße 52– Bunker **8** Erneuerung/Umgestaltung Freifl. St. Marien **9** Erneuerung/Umgestaltung Krähenstraße etc. **10** Erneuerung/Umgestaltung Dr.-Julius-Leber-Str. **11** Erneuerung/Umgestaltung Pergamentmacherg. **13** Erneuerung/Umgestaltung An der Mauer **14** Erneuerung/Umgestaltung Wahmstraße **15** Erneuerung/Umgestaltung Stavenstr. mit Behrends Hof und Tanks Gang **16** Erneuerung/Umgestaltung Aegidienstraße **17** Erneuerung/Umgestaltung St.-Annen-Straße **18** Erneuerung/Umgestaltung Düvekenstraße **19** Erneuerung/Umgestaltung Balauerfohr **20** Erneuerung/Umgestaltung Schildstr./Weberstr. **23** Umgestaltung Kirchenvorpl./Grünanl. St. Aegidien **24** Erneuerung/Umgestaltung Rathaus **25** Hochbau Schrangen **26** Umbau/Erweiterung Buddenbrookhaus **27** Verwaltungsgebäude Dr.-Julius-Leber-Straße 46-50 **28** Museumsquartier St. Annen **29** Hüxstraße 118-120, Volkshochschule **30** Sanierung von 24 Gebäuden (hoher Bedarf) **31** Sanierung von 226 Gebäuden (mittlerer Bedarf)	**5** Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts **6** Ankauf Dr.-Julius-Leber-Str. 52 – Bunker **7** Freilegung Dr.-Julius-Leber-Straße 50/52 – Bunker **8** Erneuerung/Umgestaltung Freifl. St. Marien **9** Erneuerung/Umgestaltung Krähenstraße etc. **10** Erneuerung/Umgestaltung Dr.-Julius-Leber-Str. **11** Erneuerung/Umgestaltung Pergamentmacherg. **13** Umgestaltung Grün- und Freifl. b. An der Mauer **14** Erneuerung/Umgestaltung Wahmstraße **15** Erneuerung/Umgestaltung Stavenstr. mit Behrends Hof und Tanks Gang **16** Erneuerung/Umgestaltung Aegidienstraße **17** Erneuerung/Umgestaltung St.-Annen-Straße **19** Erneuerung/Umgestaltung Balauerfohr **20** Erneuerung/Umgestaltung Schildstr./Weberstr. **21** Umgestaltung Blockinnenbereich 25 **22** Umgestaltung Blockinnenbereich 29 **23** Umgestaltung Kirchenvorpl./Grünanl. St. Aegidien **24** Erneuerung/Umgestaltung Rathaus **26** Umbau/Erweiterung Buddenbrookhaus **27** Verwaltungsgebäude Dr.-Julius-Leber-Straße 46-50 **28** Museumsquartier St. Annen **29** Hüxstraße 118-120, Volkshochschule **30** Sanierung von 24 Gebäuden (hoher Bedarf) **31** Sanierung von 226 Gebäuden (mittlerer Bedarf)	**8** Erneuerung/Umgestaltung Freifl. St. Marien **9** Erneuerung/Umgestaltung Krähenstraße etc. **10** Erneuerung/Umgestaltung Dr.-Julius-Leber-Str. **11** Erneuerung/Umgestaltung Pergamentmacherg. **12** Umgestaltung Grün- und Freifl. b. An der Mauer **13** Erneuerung/Umgestaltung An der Mauer **14** Erneuerung/Umgestaltung Wahmstraße **15** Erneuerung/Umgestaltung Stavenstr. mit Behrends Hof und Tanks Gang **16** Erneuerung/Umgestaltung Aegidienstraße **17** Erneuerung/Umgestaltung St.-Annen-Straße **18** Erneuerung/Umgestaltung Düvekenstraße **19** Erneuerung/Umgestaltung Balauerfohr **20** Erneuerung/Umgestaltung Schildstr./Weberstr. **21** Umgestaltung Blockinnenbereich 25 **22** Umgestaltung Blockinnenbereich 29 **23** Umgestaltung Kirchenvorpl./Grünanl. St. Aegidien **24** Erneuerung/Umgestaltung Rathaus **25** Hochbau Schrangen **26** Umbau/Erweiterung Buddenbrookhaus **27** Verwaltungsgebäude Dr.-Julius-Leber-Straße 46-50 **28** Museumsquartier St. Annen **29** Hüxstraße 118-120, Volkshochschule **30** Sanierung von 24 Gebäuden (hoher Bedarf) **31** Sanierung von 226 Gebäuden (mittlerer Bedarf)	**11** Erneuerung/Umgestaltung Pergamentmacherg. **12** Umgestaltung Grün- und Freifl. b. An der Mauer **21** Umgestaltung Blockinnenbereich 25 **29** Umgestaltung Blockinnenbereich 29 **23** Umgestaltung Kirchenvorpl./Grünanl. St.Aegidien

Abb. 44: Zielpyramide für „Altstadt“ Lübeck (Eigene Darstellung: BIG Städtebau)

8 Umsetzungskonzept

8.1 Städtebaulicher Denkmalschutz

Das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ ist ein Förderinstrument im Rahmen der Städtebauförderung des Bundes und der Länder, das 1991 ins Leben gerufen worden ist, um gezielt die Rettung der vom Verlust bedrohten historischen Stadtkerne in den neuen Ländern zu unterstützen. Seit 2009 kommt das Programm auch in historischen Stadtkernen, Stadtquartieren sowie sonstigen bau- und kulturhistorischen Bereichen der alten Länder zur Anwendung.

Die Hansestadt Lübeck ist durch das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein 2009 in das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ aufgenommen worden. Die Aufnahme in das Programm stellt eine wichtige Unterstützung für die Hansestadt Lübeck und ihre historische Altstadt dar.

Mit dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz sollen bau- und kulturhistorisch wertvolle Stadtkerne und -bereiche mit denkmalwerter Bausubstanz in ihrer baulichen Geschlossenheit erhalten und zukunftsweisend weiter entwickelt werden.

Damit verbunden ist der hohe Qualitätsanspruch, einen wirksamen Beitrag zur integrierten Stadtentwicklung auf der Grundlage der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt zu leisten. Verbunden sind damit Chancen

- einer nachhaltigen Stadtentwicklung durch Bestandsorientierung und schonenden Umgang mit Ressourcen,
- der Entwicklung lebendiger Traditionen als Attraktionen für Fremdenverkehr und Tourismus,
- der Erhaltung unverwechselbarer Stadträume und Qualitätsmerkmale einer regionalen Baukultur,
- die Belebung der lokalen Baukultur durch eine gründliche Auseinandersetzung mit dem stadträumlichen Kontext und regionaltypischen Bautraditionen sowie
- der chancenorientierten Weiterentwicklung historischer Stadtkerne und Stadtbereiche vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und sich verändernden Mobilitätsanforderungen.

Maßgeblich für die Ausgestaltung des Programms sind die Städtebauförderungsrichtlinien des Landes Schleswig-Holstein (StBauFR SH 2015). Kommt es für eine Maßnahme zu einer Förderung aus Programmmitteln, so erfolgt die Finanzierung der ausgereichten Förderungsmittel in der Regel zu einem Drittel aus Bundesmitteln, zu einem Drittel aus Landesmitteln und zu einem Drittel aus Mitteln der Stadt Hansestadt Lübeck (so genannte Drittelfinanzierung). Dies gilt sowohl für Maßnahmen der Stadt als auch für Förderungsmittel, die an Dritte weitergegeben werden. Zum Beispiel können private EigentümerInnen Förderungsmittel für die Sanierung ihres Gebäudes mit festgestelltem Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf beantragen.

8.2 Maßnahmen der Vorbereitung und Durchführung

Aus den vorbereitenden Untersuchungen hat sich eine Reihe von Maßnahmen ergeben, die durchgeführt werden müssen, um die festgestellten Missstände und Mängel im Untersuchungsgebiet zu beseitigen und die Entwicklungsziele zu erreichen. In den Kapitel 7.1 und 7.2 werden die Maßnahmen zu thematischen und räumlichen Schwerpunkten zusammengefasst. In Folgendem findet sich eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Maßnahmen. Die Struktur ihrer Darstellung erfolgt gemäß der Gliederung der StBauFR SH 2015.

Maßnahme 1	**Vorbereitende Untersuchungen und integriertes Entwicklungskonzept**
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Vorbereitung B1.1 (1)
Maßnahmenbeschreibung	Gemäß § 141 BauGB hat die Gemeinde vor der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebiets die vorbereitenden Untersuchungen durchzuführen oder zu veranlassen, die erforderlich sind, um Beurteilungsunterlagen zu gewinnen über die Notwendigkeit der Sanierung, die sozialen, strukturellen und städtebaulichen Verhältnisse und Zusammenhänge sowie die anzustrebenden allgemeinen Ziele und die Durchführbarkeit der Sanierung im Allgemeinen. Dem IEK ist ein Leitbild mit grundsätzlichen Zielstellungen vorangestellt. Das Leitbild und die zugehörigen Handlungsfelder stellen den Rahmen der künftigen integrierten Entwicklung dar. Das Leitbild und die Entwicklungsziele für das Gebiet „Altstadt“ werden an thematischen und räumlichen Schwerpunkten, denen die Handlungsfelder zugeordnet werden, konkretisiert.
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	80.000 €

Maßnahme 2	**Fortschreibung integriertes Entwicklungskonzept**
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Vorbereitung B 1.1
Maßnahmenbeschreibung	Im Zuge der vorbereitenden Untersuchungen hat die Hansestadt Lübeck Mängel und Missstände im Untersuchungsgebiet herausgearbeitet. Hierauf aufbauend hat sie ein IEK erarbeitet für die künftige Entwicklung im Gebiet. Hierzu gehören letztlich Ziele und Handlungsfelder, Schwerpunkte und einzelne Maßnahmenvorschläge, Umsetzungskonzept und verfahrensrechtliche Abwägung. Das IEK, insbesondere die Schwerpunkte und Maßnahmen, sollte nach den Erfordernissen des Monitoring (siehe Nr. 3) regelmäßig fortgeschrieben werden.
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	15.000 €

Maßnahme 3	**Aufbau und Fortschreibung Monitoring**
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Vorbereitung B 1.1
Maßnahmenbeschreibung	Zur Steuerung der Umsetzung und zur Überprüfung der Zielerreichung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme sowie als Grundlage

	für die Fortschreibung der städtebaulichen Planung (siehe Maßnahme 2) soll ein Monitoring aufgebaut und regelmäßig fortgeschrieben werden.
Umsetzungsschritte	▪ Bei Beginn der Gesamtmaßnahme: Aufbau eines gebietsrelevanten Monitorings (siehe Kap. 8.4) ▪ Danach: jährliche Fortschreibung
Maßnahmenziel	▪ Steuerung der Umsetzung ▪ Überprüfung der Zielerreichung ▪ Sicherung der Aktualität des IEK
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	20.000 €

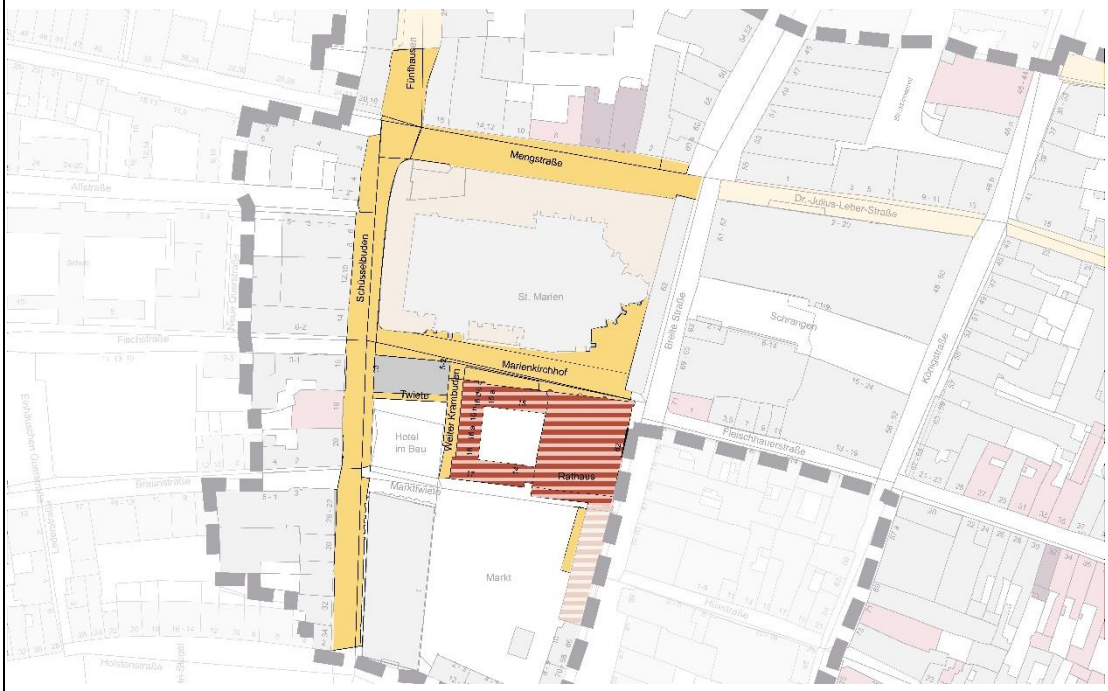
Maßnahme 4	**Anpassung bestehender Bebauungspläne**
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Vorbereitung B 1.1 (1)
Maßnahmenbeschreibung	Im Verlauf der Durchführung der Gesamtmaßnahme wird teilweise eine Anpassung bestehender Bebauungspläne erforderlich sein.
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	20.000 €

Maßnahme 5	**Fortschreibung Einzelhandelskonzept**
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Vorbereitung B 1.1
Handlungsfeld	Funktionen verbessern
Maßnahmenbeschreibung	Im Rahmen einer Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes soll das Zusammenspiel und die Aufgabenteilung zwischen den peripheren Sonderstandorten und der Altstadt überprüft werden.
Umsetzungsschritte	▪ Bestandsanalyse ▪ Stärken-/Schwächen-Analyse ▪ Strategieentwicklung ▪ Aufzeigen baulicher Voraussetzungen (Gebäude und öffentlicher Raum)
Maßnahmenziel	▪ Verbesserung der Funktionen Einzelhandel/ Gewerbe/ Gastronomie ▪ Stärkung der oberzentralen Funktion der Altstadt ▪ Bewahrung des baulichen Erbes durch bessere Nutzung
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	40.000 €

Maßnahme 6	Ankauf Dr.-Julius-Leber-Str. 52 - Bunker
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Erwerb von Grundstücken B 2.1.1
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern
Maßnahmenbeschreibung	Der Hochbunker in der Dr.-Julius-Leber-Straße stellt einen gravierenden städtebaulichen Missstand dar. Er gehört gegenwärtig dem Bund (BImA) und soll erworben werden, um anschließend abgebrochen werden zu können – als Voraussetzung für eine Neuentwicklung des Grundstücks (siehe Maßnahme 9).
Umsetzungsschritte	▪ Erwerb von der BImA
Maßnahmenziel	▪ Stadtreparatur durch umgebungsadäquate Blockrandschließung
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	2.000 €

Maßnahme 7	Freilegung Dr.-Julius-Leber-Straße 52 - Bunker
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Freilegung von Grundstücken B 2.1.4
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern
Maßnahmenbeschreibung	Der Hochbunker stellt einen Fremdkörper in der sonst homogenen Bebauungsstruktur der Dr.-Julius-Leber-Straße dar. Er weist einen hohen Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf auf. Aufgrund von Schimmelpilzbefall im Innenbereich ist er derzeit nicht nutzbar. Er wurde 2013 aus der Zivilschutzbindung entlassen und steht derzeit zum Verkauf durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Das benachbarte Ordnungsamt (Nr. 48) hat Raumbedarf angemeldet. Außerdem ist in diesem denkmalgeschützten Bestandsgebäude

	(Nr. 48) der zweite gesicherte Rettungsweg derzeit nur über eine provisorische Konstruktion im Hof gewährleistet. Mit dem Rückbau des Bunkers kann die hier erforderliche Stadtreparatur vorgenommen werden und es könnte das vorhandene Ordnungsamt dem aktuellen Bedarf und den Anforderungen nach Barrierefreiheit angepasst werden. Ob für die Erweiterung der bestehenden GBF das gesamte Grundstück benötigt wird, soll anschließend geklärt werden. Ggf. kann eine Parzelle abgetrennt und für Wohnbebauung zum Kauf angeboten werden. Mit der Neuentwicklung werden auch die Defizite im hinteren Bereich behoben, der als Stellplatzfläche genutzt wird. Insgesamt sollen die Freiflächen eine Aufwertung erfahren.
Umsetzungsschritte	1. Freilegung durch Abbruch Bunker 2. Vermarktung und Verkauf
Maßnahmenziel	▪ Stadtreparatur durch Schließung des Blockrandes ▪ ggf. Schaffung innerstädtischen Wohnraums auf Teilfläche
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	1.500.000 €

Maßnahme 8	**Erneuerung/Umgestaltung Freiflächen St. Marien, Rathaus, Markt**
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen B 2.1.6
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	Der öffentliche Raum im Umfeld der Kirche St. Marien und des Rathauses weist gravierende Defizite in der Ausgestaltung der Flächen auf, die dem besonderen historischen Erbe nicht genug Rechnung tragen. Ferner wird durch die identifizierten Missstände auch die Aufenthaltsqualität gemindert. In dieser Maßnahme ist auch der nördliche Bereich im Umfeld der Kirche St. Marien enthalten, obwohl

	es sich um eine öffentlich zugängliche Fläche im Eigentum der Kirche handelt. Beide Maßnahmen werden als eine städtebauliche Einheit betrachtet und geplant. Jedoch muss die Kirche die Kosten für ihre Flächenanteile selber tragen. Dazu ist es vorgesehen, einen Wettbewerb mit BürgerInnenbeteiligung durchzuführen. In diesem soll auch ein geeigneter Standort für eine öffentliche Toilette überprüft werden. Folgende Maßnahmen sind für die Teilbereiche vorgesehen: <u>Bereich Marienkirchhof zwischen St. Marien und Rathaus</u> • Schaffung einer qualitätsvollen urbanen, multifunktionalen Platzfläche zwischen Rathaus und St. Marien unter Berücksichtigung der umgebenden historischen Bebauung • Instandsetzung und Aufwertung der Straße Marienkirchhof • Erhöhung der Nutzbarkeit des Raums für unterschiedlichste NutzerInnengruppen und Erhöhung der Barrierefreiheit • Schaffung von Fahrradabstellmöglichkeiten • Vorhalten von technischer Infrastruktur zur Bespielung des Platzes <u>Mengstraße</u> • Erneuerung und Umgestaltung der Straße im unteren Bereich zu einem verkehrsberuhigten Bereich, und bauliche Herstellung einer Fußgängerzone im oberen Bereich • Optimierung der Fahrrad- und Motorradabstellplätze • Begrünungs- und Gestaltungsmaßnahmen insbesondere im Übergang zum Platz nördlich der Kirche St. Marien • Schaffung von Sitzgelegenheiten zur Steigerung der Aufenthaltsqualität • Verbesserung der Barrierefreiheit <u>Schüsselbuden, Weitere Krambuden, Twiete und Fünfhausen</u> • Umfassende Erneuerungs- und Umgestaltungsmaßnahmen einschließlich der Nebenflächen • Umgestaltungsmaßnahmen zur Aufwertung der Straßenzüge • Optimierung der Abstellflächen für Fahrräder • Verbesserung der Barrierefreiheit <u>Bereich Übergang vom Arkadengang zum Markt</u> • Erneuerung von der gepflasterten Teilfläche vor dem Arkadengang
Umsetzungsschritte	1. Durchführung eines Wettbewerbs für die Bereiche Marienkirchhof, Mengstraße, Rathaushof sowie des Platzes nördlich der Kirche St. Marien 2. Abstimmung mit der Kirchengemeinde zur Umsetzung und Finanzierung (der Kostenanteil ist in der Kofi berücksichtigt). 3. Realisierung 4. Mengstraße: Berücksichtigung und zeitliche Koordinierung mit den geplanten Arbeiten der Leitungsträger.
Maßnahmenziel	• Aufwertung des Gesamtbereiches durch Beseitigung baulicher und funktionaler Mängel • Schaffung qualitätsvoller Räume, die dem historischen Erbe gerecht werden • Erhöhung der Aufenthaltsqualität und Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten • Stärkung der Wegebeziehungen • Anordnung öffentlicher Toiletten
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck

Kosten	3.250.000 €

Maßnahme 9	**Erneuerung/Umgestaltung Krähenstraße, Eingangsbereich An der Mauer, Rehderbrücke**
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen B 2.1.6
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	Der Bereich Krähenstraße weist neben einem hohen Sanierungsbedarf auch hohe Gestaltungsdefizite auf. Hier besteht ein städtebaulicher Bruch zu den Straßenräumen in der Umgebung aufgrund der Nachkriegsbebauung. Die historische und den Straßenraum definierende Bebauung im Bereich des Parkplatzes besteht nicht mehr, wodurch die historische Situation verunklärt ist. Ferner wird der östliche Eingangsbereich zur Altstadtinsel seiner Funktion nicht gerecht. Zur Aufwertung des Bereiches und zur Behebung der städtebaulichen und funktionalen Missstände sind Maßnahmen vorgesehen, die im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens entwickelt und konkretisiert werden. Insbesondere die Ablesbarkeit der historischen Struktur ist hierbei wichtig. <u>Umbau zu einem urbanen Platz:</u> • Reduzierung/Änderung der Stellplätze gemäß Mobilitätskonzept • Schaffung einer Platzfläche, die dem Aufenthalt dient und entsprechend ausgestaltet ist (u.a. Sitzmöbel, Begrünung) • Gestaltungselemente und/oder Pflasterung (Flächendifferenzierung) zur Ablesbarkeit der ehemaligen historischen Straßenführung / Bebauung <u>Krähenstraße und zur Reduzierung der Verkehrsgeschwindigkeit</u> • Neugestaltung und Qualifizierung des Straßenraums durch Möblierung, Begrünung und Fortführung der Einzelhandelsstraße • Instandsetzung der Straßen und Nebenflächen • Optimierung der Bushaltestellen • Verbesserung der Barrierefreiheit <u>Aufwertung der östlichen Eingangssituation</u> Gestaltungsmaßnahmen im Bereich der Nebenflächen
Umsetzungsschritte	1. Durchführung eines Wettbewerbs 2. Realisierung
Maßnahmenziel	• Stadtreparatur zur Stärkung des historischen Erbes (Gesamtensemble)

	• Erhöhung der Aufenthaltsqualität für unterschiedliche NutzerInnengruppen und Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten unter Erhalt der ÖPNV-Nutzung • Stärkung der Einzelhandelsstruktur • Verbesserung der Wohnumfeld-Qualität
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	9.375.000 €

Maßnahme 10	**Erneuerung/Umgestaltung Dr.-Julius-Leber-Straße**
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen B 2.1.6
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	Diese Rippenstraße gliedert sich in zwei Straßenabschnitte, für die verschiedene Zielsetzungen bestehen: <u>Obere Dr. Julius-Leber –Straße</u> Dieser Abschnitt gehört zur Fußgängerzone, ist jedoch baulich und funktional nicht als solche erkennbar. Daher ist vorgesehen, diesen Abschnitt analog zur oberen Fleischhauerstraße umzubauen und insgesamt aufzuwerten. <u>Untere Dr. Julius-Leber –Straße</u> Hierbei handelt es sich um eine Straße mit einem hohen Erneuerungs- und Umgestaltungsbedarf. Der ruhende Verkehr sowie das Straßenprofil weisen Gestaltungs- und Funktionsdefizite auf, die nur durch eine umfassende Erneuerung der Straße behoben werden können. Folgendes ist für beide Abschnitte vorgesehen: ▪ Erneuerung und Umgestaltung der Fahrbahn und Nebenflächen unter Beibehaltung der historischen Dreiteilung ▪ Verbesserung der Aufenthaltsqualität ▪ Optimierung der Fahrradabstellmöglichkeiten: Ausbau und gestalterische Maßnahmen ▪ Verbesserung der Barrierefreiheit
Umsetzungsschritte	1. Grundlagenermittlung und Abstimmungen bzgl. Denkmalschutz und Verkehrskonzept 2. BürgerInnenbeteiligungsprozess unter Einbindung der Einzelhändler 3. Planung und Durchführung
Maßnahmenziel	• Schaffung eines attraktiven Umfelds, das der historischen Bausubstanz Rechnung trägt • Aufwertung des öffentlichen Raums und Stärkung des FußgängerInnenverkehrs

	• Verbesserung der Erlebbarmachung historischer Straßenzüge • Erhalt und Stärkung des Einzelhandels • Minderung des ruhenden Kfz-Verkehrs im Straßenraum
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	850.000 €

Maßnahme 11	**Erneuerung/Umgestaltung Pergamentmachergang**
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Herstellung und Änderung von Erschließungsanlage B 2.1.6
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen, Umwelt und Klima verbessern
Maßnahmenbeschreibung	Dieser Bereich ist geprägt von Defiziten und Missständen. Der Pergamentmachergang sowie der Blockinnenbereich werden derzeit von parkenden Autos dominiert und sind vollständig versiegelt. Insgesamt soll diese „Hinterhofatmosphäre“ durch tiefgreifende Maßnahmen beseitigt, eine Nutzung des öffentlichen Raums mit entsprechender Aufenthaltsqualität gesichert werden und eine zumindest teilweise Entsiegelung und Begrünung erreicht werden. Dafür ist die Durchführung eines Wettbewerbs vorgesehen, in dem neben den Maßnahmen im öffentlichen Raum auch der Umgang mit den angrenzenden Privatflächen (rückwärtige Blockbebauung, Parken auf Privatgrund) Aufgabe sein werden. <u>Verkehrsoptimierung</u> • Reduzierung und Optimierung des ruhenden Verkehrs im öffentlichen Raum mit einer flächensparenden Anordnung, Ausweisung von Parkplätzen, um Suchverkehr zu reduzieren • Neugestaltung der Flächenaufteilung Fahrbahn, Nebenflächen, Parkplätze bei gleichzeitiger Verbesserung der Barrierefreiheit und zumindest teilweiser Entsiegelung. <u>Straßenraum und Freiflächen</u> Erhöhung der Aufenthaltsqualität durch Optimierung der Anordnung des ruhenden Verkehrs, Neugliederung der Fläche und Begrünung, Entsiegelung und Stadtmöblierung
Umsetzungsschritte	1. Durchführung eines Wettbewerbs 2. Ggf. Abstimmung mit AnliegerInnen bezüglich der privaten Aufwertungsmaßnahmen 3. Planung und Umsetzung
Maßnahmenziel	• Schaffung qualitätsvoller Räume und Erhöhung der Aufenthaltsqualität • Verbesserung der ökologischen Situation

	• Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten • Optimierung und Reduzierung des ruhenden Verkehr
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	1.150.000 €

Maßnahme 12	**Umgestaltung Grün- und Freiflächen zwischen An der Mauer und Krähenteich**
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen B 2.1.6
Handlungsfeld	Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen, Umwelt und Klima schützen
Maßnahmenbeschreibung	Im Block 31 sind außer der Bebauung im Eckbereich Weberstraße/An der Mauer und dem daneben liegenden Parkplatz alle Grundstücke in städtischem Eigentum. Gemäß Beschluss der Bürgerschaft soll eine Neuordnung aller städtischen Bauhöfe erfolgen. Der im Bereich An der Mauer befindliche kleine Bauhof soll aufgelöst und die Fläche der bereits vorhandenen Grünfläche zugeordnet werden. Somit ist die Möglichkeit gegeben, eine großzügige Grünfläche unter Einbeziehung und Ausbau des vorhandenen Spielplatzes für das Quartier zu schaffen. Wünschenswert ist es, auch die private Fläche, die derzeit als Parkplatz genutzt wird, in diese Umgestaltung einzubeziehen. Das Potenzial der Erweiterung der Freizeitmöglichkeiten und Verbesserung der Grünraumstruktur könnte dadurch erheblich gesteigert werden. Insgesamt ist vorgesehen, die zur Verfügung stehenden Flächen aufzuwerten. Dazu gehören: <u>Grünfläche an der Kreuzung Rehderbrücke / An der Mauer</u> • Aufwertung und Gestaltung der Grünfläche <u>Grünzug entlang des Krähenteichs</u> • Aufwertungsmaßnahmen • Schaffung von Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten • Verbesserung der Barrierefreiheit der Wege <u>Spielplatz</u> • Erweiterung unter Einbeziehung der angrenzenden städtischen Flächen

	• Ergänzung des Spielangebots auch für ältere Kinder und Jugendliche • Erhöhung der Aufenthaltsqualität
Umsetzungsschritte	1. Grundlagenklärung: Verfügbarkeit von Grundstücken 2. Ggf. Wettbewerbsverfahren, wenn Grundstücke für eine Neuentwicklung zur Verfügung stehen 3. Planung und Umsetzung
Maßnahmenziel	• Stärkung der Wahrnehmbarkeit des historischen Erbes • Erhöhung der Freiraumqualität und Qualifizierung wohnortnahen Grüns • Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Nutzungsmöglichkeiten • Stärkung von Freizeitangeboten
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	1.300.000 €

Maßnahme 13	**Erneuerung/Umgestaltung An der Mauer**
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen B 2.1.6
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	Die Straße An der Mauer verläuft entlang der historischen Festungsmauer und markiert damit die Grenze zwischen der mittelalterlichen Stadt und der ihr vorgelagerten jüngeren Bebauung. Die Erlebbarkeit dieser Situation sollte verbessert werden. Zugleich gilt es, den fließenden und vor allem den ruhenden Verkehr besser zu ordnen. Schließlich müssen die Straßenoberflächen erneuert und dabei barrierefrei hergestellt werden.
Umsetzungsschritte	1. Abstimmung der verkehrlichen Belange 2. Ggf. Sicherung der Festungsmauer 3. Planung und Umsetzung
Maßnahmenziel	• Erlebbarkeit der stadthistorischen Situation • Verbesserung der Aufenthaltsqualität • Optimierung der Verkehrssituation

Maßnahme 13	Erneuerung/Umgestaltung An der Mauer
	• Erhöhung der Barrierefreiheit
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	1.240.000 €

Maßnahme 14	Erneuerung/Umgestaltung Wahmstraße
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen B 2.1.6
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	Die Wahmstraße ist Teil der wichtigen West-Ost-Durchquerung der Lübecker Altstadt. Nach Kriegszerstörungen weist sie heute eine von der historischen Gestaltung abweichende Gestaltung auf. Zugleich hat sie Funktionsschwächen für die Bewohnerschaft und für den Einzelhandel. Nur ein Teilabschnitt liegt innerhalb des künftigen Sanierungsgebietes. Die östliche Fortsetzung ist die Krähenstraße (siehe Maßnahme 11). Die Oberflächen müssen komplett erneuert, dabei der historische Verlauf vermittelt und die Aufenthaltsqualität gestärkt werden.
Umsetzungsschritte	1. Planung 2. Umsetzung
Maßnahmenziel	• Verbesserung der Aufenthaltsqualität • Erlebbarkeit historischer Verlauf • Barrierefreiheit • Verbesserung Radverkehr inkl. Abstellmöglichkeit
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	600.000 €

Maßnahme 15	**Erneuerung/Umgestaltung Stavenstraße mit Behrends Hof und Tanks Gang**
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen B 2.1.6
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	Die Stavenstraße verläuft in südöstlicher Richtung und endet an der Straße An der Mauer. Weitgehend vom Krieg unversehrt, befinden sich hier überwiegend der Wohnnutzung dienende historische Bauten. Unter Berücksichtigung der bauhistorischen Aspekte (Material, Gliederung) sollen die Straßen- und Nebenflächen erneuert, der ruhende Verkehr optimiert und der Fahrradverkehr verbessert werden. Auch in den abgehenden Gängen ist zu prüfen, wie die Barrierefreiheit erhöht werden kann.
Umsetzungsschritte	1. Planung 2. Umsetzung
Maßnahmenziel	• Bewahrung und Verbesserung der historischen Straßen- und Gangräume • Reduzierung des ruhenden Verkehrs • Erhöhung der Barrierefreiheit
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	300.000 €

Maßnahme 16	**Erneuerung/Umgestaltung Aegidienstraße**
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen B 2.1.6
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen

Maßnahmenbeschreibung	Die Aegidienstraße verläuft in west-östlicher Richtung vom Klingenberg zur St. Aegidienkirche. Während sie im westlichen Teil noch Geschäftsbesatz aufweist, dominiert im Osten die Wohnbebauung. Unter Berücksichtigung der bauhistorischen Aspekte und der unterschiedlichen anliegenden Nutzungen sollen Straßen und Nebenflächen erneuert und umgestaltet, der ruhende Verkehr reduziert und die Aufenthaltsqualität verbessert werden.
Umsetzungsschritte	1. Planung 2. Umsetzung
Maßnahmenziel	• Erneuerung des historischen Straßenraumes • Verbesserung der Aufenthaltsqualität • Reduzierung des ruhenden Verkehrs • Verbesserung des Radverkehrs • Erhöhung der Barrierefreiheit
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	760.000 €

Maßnahme 17	**Erneuerung/Umgestaltung St.-Annen-Straße**
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen B 2.1.6
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	Die St.-Annen-Straße reicht von der Aegidienkirche und dem Aegidienhof im Norden entlang des Museumsquartiers St. Annen bis zur Mühlenstraße im Süden. Vom Krieg unzerstört weist sie bis heute ein geschlossenes historisches Straßenbild auf. Aufgrund der umliegenden bedeutenden Kulturbauten ist sie auch für die Touristenwege wichtig. Unter Berücksichtigung der bauhistorischen Aspekte und der unterschiedlichen Nutzungsaspekte sollen Straßen- und Nebenflächen erneuert und umgestaltet, der ruhende Verkehr reduziert und die Aufenthaltsqualität verbessert werden.

Umsetzungsschritte	1. Planung 2. Umsetzung
Maßnahmenziel	• Erneuerung des historischen Straßenraumes • Verbesserung der Aufenthaltsqualität • Reduzierung des ruhenden Verkehrs • Verbesserung des Radverkehrs • Erhöhung der Barrierefreiheit
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	690.000 €

Maßnahme 18	**Erneuerung/Umgestaltung Düvekenstraße**
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen B 2.1.6
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	Die Düvekenstraße ist eine kleinere Straße, die die St.-Annen-Straße mit der Straße An der Mauer verbindet. Da sie im Krieg nicht zerstört wurde, bietet sie noch immer das Bild eines geschlossenen historischen Straßenraums mit anliegender Wohnbebauung. Orientiert an historischem Material und historischer Gliederung werden die Straßen- und Nebenflächen erneuert
Umsetzungsschritte	1. Planung 2. Umsetzung
Maßnahmenziel	• Bewahrung des baukulturellen Erbes • Verbesserung des Radverkehrs • Erhöhung der Barrierefreiheit
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	155.000 €

Maßnahme 19	Erneuerung/Umgestaltung Balauerfohr
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen B 2.1.6
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	Die Straße Balauerfohr ist die nördliche Fortsetzung der St.-Annen-Straße, von der Aegidienstraße bis zur Hüxstraße. Sie ist umgeben von Wohnbebauung, teilweise aus der Nachkriegszeit. Unter Berücksichtigung der bauhistorischen Aspekte (Material, Gliederung) werden die Straßen- und Nebenflächen erneuert, der ruhende Verkehr reduziert, der Radverkehr verbessert (inkl. Abstellmöglichkeiten) und Barrierefreiheit geschaffen.
Umsetzungsschritte	1. Planung 2. Umsetzung
Maßnahmenziel	• Reparatur des bauhistorischen Erbes • Reduzierung des ruhenden Verkehrs • Verbesserung des Radverkehrs • Verbesserung der Aufenthaltsqualität • Erhöhung der Barrierefreiheit
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	240.000 €

Maßnahme 20	**Erneuerung/Umgestaltung Schildstraße und Weberstraße**



Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen B 2.1.6
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	Die Schildstraße zeigt von der Aegidienstraße nach Südosten ab, führt entlang des Aegidienkirchplatzes und mündet in die Weberstraße, die ihrerseits an der Straße An der Mauer endet. Beide Straßen blieben kriegsunzerstört und dienen überwiegend der Erschließung der anliegenden Wohnbebauung. Die Weberstraße hat noch ihren Charakter als bescheidene Handwerkerstraße behalten. Unter Berücksichtigung der bauhistorischen Aspekte (Material, Gliederung) werden die Straßen- und Nebenflächen erneuert, der ruhende Verkehr reduziert, der Radverkehr verbessert und Barrierefreiheit geschaffen.
Umsetzungsschritte	1. Planung 2. Umsetzung
Maßnahmenziel	• Bewahrung und Reparatur des baukulturellen Erbes • Reduzierung des ruhenden Verkehrs • Verbesserung des Radverkehrs • Verbesserung der Aufenthaltsqualität • Barrierefreiheit
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	340.000 €

Maßnahme 21	**Umgestaltung Blockinnenbereich 25 (nördlich Krähenstraße)**
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung
Handlungsfeld	Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen, Umwelt und Klima schützen
Maßnahmenbeschreibung	Der in städtischem Eigentum befindliche Blockinnenbereich wird überwiegend als Stellplatzanlage genutzt, die nicht reduziert oder entfallen kann. Die vorgesehenen Maßnahmen betreffen die Aufwertung des Innenbereichs, um die Wohnumfeld-Qualität zu steigern. Es ist vorgesehen, eine Optimierung der Parkplatzanordnung vorzunehmen, damit der Flächenverbrauch minimiert werden kann. Dadurch sollen nicht benötigte Flächen entsiegelt, begrünt und aufgewertet werden. Geprüft werden soll auch die Einrichtung eines Treffpunktes mit Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten für die AnwohnerInnen sowie Spielmöglichkeiten für Kinder.
Umsetzungsschritte	1. Grundlagen klären unter Einbeziehung der angrenzenden EigentümerInnen und AnwohnerInnen 2. Planungsverfahren unter Beteiligung der EigentümerInnen und AnwohnerInnen in den angrenzenden Gebäuden 3. Umsetzung
Maßnahmenziel	• Aufwertung des direkten Wohn- und Arbeitsumfeldes • Verbesserung des städtischen Mikroklimas
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	550.000 €

Maßnahme 22	**Umgestaltung Blockinnenbereich 29 (nördlich Aegidienstraße)**
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung
Handlungsfeld	Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen, Umwelt und Klima schützen
Maßnahmenbeschreibung	Der Blockinnenbereich wird überwiegend als Stellplatzanlage genutzt. Er ist von der Aegidienstraße aus erschlossen und von dort aus in Teilen einsehbar. Der Bereich ist ungeordnet und weist eine fast vollständige Versiegelung der Flächen auf. Die Stellplätze können kaum reduziert werden, jedoch kann durch eine neue Anordnung das Erscheinungsbild verbessert und der Flächenverbrauch minimiert werden. Dadurch sollen nicht benötigte Flächen entsiegelt, begrünt und aufgewertet werden. Die Übergänge zwischen öffentlichem und privatem Grund sollen so gestaltet werden, dass z. B. durch Begrünung bessere Wohn- und Arbeitsverhältnisse entstehen.
Umsetzungsschritte	1. Grundlagen klären unter Einbeziehung der angrenzenden EigentümerInnen und AnwohnerInnen 2. Planungsverfahren unter Beteiligung der EigentümerInnen und AnwohnerInnen in den angrenzenden Gebäuden 3. Umsetzung
Maßnahmenziel	• Aufwertung des direkten Wohn- und Arbeitsumfeldes • Verbesserung des Stadtbildes • Verbesserung des städtischen Mikroklimas
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	460.000 €

Maßnahme 23	**Umgestaltung des Kirchenvorplatzes und der Grünanlage St.-Aegidienkirche**



Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen B 2.1.6
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen, Umwelt und Klima schützen
Maßnahmenbeschreibung	Das Kirchenareal soll in seiner Gesamtheit aufgewertet und die Nutzungsmöglichkeiten verbessert werden. Dazu ist vorgesehen, das Parken auf den Flächen zu unterbinden und die Parkplätze auf dem Kirchenvorplatz zu entfernen. Hier sollen durch Möblierung Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten eingerichtet werden. Die Grünfläche ist durch Bepflanzungen aufzuwerten und zu entsiegeln. Auch hier sollen angemessene Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten geschaffen werden. Ferner soll Barrierefreiheit durch Neugestaltung des durch die Grünfläche geführten Weges geschaffen werden.
Umsetzungsschritte	1. Abstimmung mit der Kirchengemeinde 2. Planung und Realisierung durch die Kirchengemeinde
Maßnahmenziel	• Schaffung qualitätsvoller Räume, die der historischen Bedeutung dieses Ortes gerecht wird • Erhöhung der Aufenthaltsqualität und Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten • Herstellung von Barrierefreiheit • Verbesserung der ökologischen Situation
Zuständigkeit	Kirchengemeinde St. Aegidien
Kosten	310.000 €

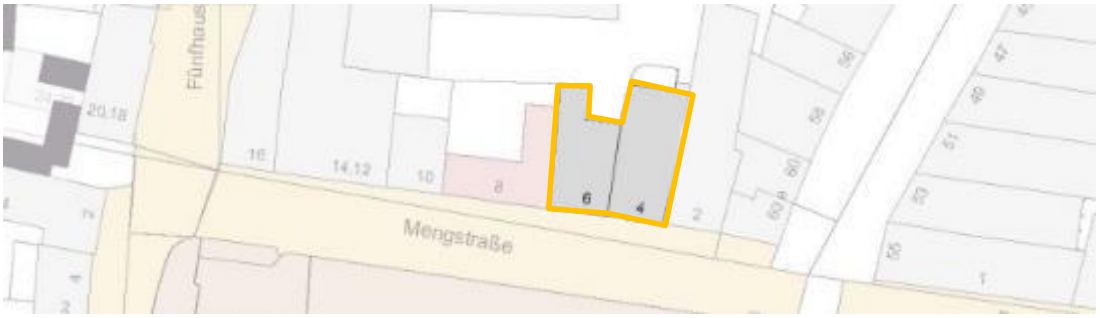
Maßnahme 24	Erneuerung und Umgestaltung Rathaus
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Errichtung und Änderung von GBF B 2.2.5
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	Der Rathauskomplex wurde bereits als vorgezogene Maßnahme „Historisches Rathaus“ im Rahmen der städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Altstadt“ genehmigt. Die Maßnahme erstreckt sich auf drei Bauteilen, die durch umfangreiche Gutachten und Fachexpertisen sowie Bestandsaufnahmen begleitet wurden. Mit den Teilabschnitten 1 und 2 wurde im Jahr 2011 begonnen. <u>Kernbau A</u> Mit den Maßnahmen im Kernbau wurde im Teilabschnitt 2 begonnen. Sie umfassen folgende Bauteile und Bereiche: ▪ Bürgerschaftssaal: Raumklima optimieren, Sicherung des statischen Baugefüges, Sicherung der Wandmalerei ▪ Haupteingangsportal: Sicherung der historischen Gebäudesubstanz, Farbfassung Gewölbeoberfläche, Reparatur Holzbänke / Tür ▪ Gotische Schildmauer (Südfassade): Schadenskartierung, Steinaustausch oder –festigung, Fugennetz aufarbeiten, Terrakotten-Band sichern ▪ Hauptgebäude Ostfassade: Sicherung (Reparatur / Festigung) der Terrakotten, restauratorische Überarbeitung der Oberfläche ▪ Nordfassade: Schadenskartierung, Steinaustausch glasierter Steine, Aufarbeitung Fugennetz, Putzflächen der Nischen ▪ Roter Saal und Kommissarenzimmer: Einbau Winterfenster zur energetischen Verbesserung, Erneuerung der vorhandenen Raumbeleuchtung, Festigung der Deckenmalerei, restauratorische Aufarbeitung der Wandbespannungen <u>Flügelanbau B</u> Der Teilabschnitt 1 umfasst die Sanierung des Germanistenkellers. Dazu gehören die innerräumliche Sanierung, die äußere Wandabdichtung im Bereich des Germanistenkellers und die oberseitige Kellergewölbeabdichtung gegenüber dem offenen Arkadengang des Erdgeschosses des „Langen Hauses“ <u>Dreiflügelige Anlage C</u>

	Im Teilabschnitt 2 wurde bereits im Bereich Rathaushof der Einbau energiesparender Fenster sowie eines Eingangselements durchgeführt. Kosten: 5.355.380 € Für den Rathauskomplex wurde über die bereits als vorgezogene Maßnahmen genehmigten und zum großen Teil ausgeführten Arbeiten hinaus weiterer Sanierungsbedarf festgestellt. <u>Umbau und Instandsetzung des Rathaushofes</u> Sanierung aller Stahlfenster, Schaufensteranlagen und Türen, Einbau von vier Fenstern und einer Türanlage in die Nordfassade zum Marienkirchhof, Sanierung der Backsteinfassade, sowie der Faschen, Sockelblenden, Unterschläge und Zierelemente aus Sandstein, Sanierung/Erneuerung des Daches incl. der Rinnen, Gauben u.ä., Schadstoffsanierung, Ertüchtigung der Konstruktion und der gesamten Haustechnik, Bau eines erforderlichen zweiten Flucht- und Rettungsweges im Kellergeschoss, Brandschutzkonzept und daraus abgeleitete Baumaßnahmen, statische Begutachtung und ggf. Nachrüstung, Umgestaltung der Freifläche und der Durchgänge als attraktive Verbindung zwischen Marienkirchhof und Markt, Ausstattung mit adäquatem Stadtmobiliar (u.a.Sitzmöglichkeiten). Kosten: 3.600.000 € <u>Sanierung der Renaissancetreppe</u> Die Fugen der Sandsteintreppe sind zu ca. 60 - 80% desolat. Die Steinoberfläche weist insbesondere auf allen horizontalen Flächen starke Verschmutzung und Algenbildung auf. Die bei Reparaturarbeiten der Vergangenheit verwendeten Zement- und Mörtelschlämmen lösen sich in Teilen ab. An Dübeln, Zugankerstangen und anderen Metallteilen ist Korrosion festzustellen. Die Dacheindeckung aus Kupfer ist zumindest über dem Eingangshaus und im gesamten Wandanschluss an die Fassade des Kriegsstubenanbaus erneuerungsbedürftig. Fenster und Beschläge weisen deutliche Schäden auf. An verschiedene Stellen sind Ziegelsteine des angrenzenden Mauerwerkes durch Wassereintritt zerstört. Die beschriebenen Schäden sollen durch geeignete Maßnahmen denkmalgerecht behoben werden. Kosten: 500.000 € <u>Sanierung der marktseitigen Fassade des Kriegsstubenanbaus</u> Wegen herabfallender Ziegelteile musste Anfang des Jahres dieser Fassadenabschnitt per Hubwageneinsatz kontrolliert werden. Dabei wurde festgestellt, dass viele Steine in der Oberfläche geschädigt, bzw. vorgeschädigt sind. In Abstimmung mit der Denkmalpflege ist ein Konzept für die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Kosten: 500.000 € <u>Sanierung der Fenster im Langen Haus</u> Die marktseitigen Fenster im 1. Obergeschoss des Langen Hauses sind einfach verglast und weisen starke Undichtigkeiten auf. Bei Regen kommt es zu Durchfeuchtungen, die Folgeschäden verursachen. Hier ist eine denkmalgerechte Überarbeitung der Bestandsfenster erforderlich.

	Kosten: 150.000 € <u>Brandschutzgutachten für den Rathauskomplex:</u> Im Zuge der Sanierung des Bürgerschaftssaals sind entsprechend dem Brandschutzgutachten für diesen Teilbereich Maßnahmen durchgeführt worden. Für die übrigen Bereiche des Rathauskomplexes steht ein Brandschutzkonzept noch aus. Auch hier sind entsprechende Nachrüstungen wie z. B. Abschottungen durch Türen oder Brandschutzvorhänge, Maßnahmen gegen Brandüberschlag, zusätzliche Rettungswege u.ä. erforderlich. Kosten: 1.000.000 € <u>Rathaushof und Fußgängerdurchgänge</u> • Umgestaltung des Rathaushofs und der Durchgänge als attraktive Verbindung zwischen Marienkirchhof und Markt
Umsetzungsschritte	Vorgezogene Maßnahme, läuft derzeit Antragstellung für weitere Sanierungsmaßnahmen ist in Vorbereitung
Maßnahmenziel	• Sicherung und Erhalt des historischen Erbes • Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten im denkmalgeschützten Bestand
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	11.105.380 €

Maßnahme 25	**Hochbau Schrangen**
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Errichtung und Änderung von GBF B 2.2.5
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	Der Schrangen wurde im Rahmen der Planungen „Mitten in Lübeck“ als provisorische Freifläche mit Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten umgestaltet. Die Planung erfolgte so, dass an der ursprünglichen Idee, ein Gebäude im Unteren Schrangen zu bauen**,** festgehalten werden konnte. Hier waren seinerzeit verschiedene öffentliche Nutzungen (u. a. Welterbezentrum, Baukulturzentrum) begleitet durch eine gastronomische Nutzung vorgesehen. Die Dachfläche sollte für Open-Air Veranstaltungen allen Lübeckern frei zur Verfügung stehen. Aufgrund fehlender Finanzierungsmöglichkeiten konnte das Gebäude bisher nicht realisiert werden.
Umsetzungsschritte	1. Planung

	2. Umsetzung
Maßnahmenziel	• Umsetzung der Ziele aus der Perspektivenwerkstatt „Mitten in Lübeck“ • Baulückenschließung • Aufwertung des öffentlichen Raums und Stärkung der Innenstadt • Erhalt und Stärkung des Einzelhandles und Stärkung der Altstadt als Begegnungs- und Versorgungsstandort
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	2.700.000 €

Maßnahme 26	**Umbau und Erweiterung Buddenbrookhaus**
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Errichtung und Änderung von GBF B 2.2.5
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	In der Mengstraße 4 befindet sich eines der erfolgreichsten deutschen Literaturmuseen. Es ist dem Roman *Buddenbrooks* und der Schriftstellerfamilie Mann gleichermaßen gewidmet. Auch als Forschungszentrum genießt das Haus einen exzellenten Ruf. Um seiner zentralen kulturtouristischen Rolle und seinem Bildungsauftrag auch zukünftig gerecht werden zu können, soll das Buddenbrookhaus um sein Nachbargrundstück, die Mengstraße 6, baulich erweitert und die Dauerausstellung neu konzipiert werden. Beide Gebäude stehen unter Denkmalschutz.
Umsetzungsschritte	1. Planung 2. Umsetzung
Maßnahmenziel	• Erweiterung der international renommierten Kultureinrichtung • Bewahrung des baukulturellen Erbes
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	16.000.000 €

Maßnahme 27	Verwaltungsgebäude Dr.-Julius-Leber-Straße 46-50
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Errichtung und Änderung von GBF B 2.2.5
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	Bei der Dr. Julius-Leber-Straße Nr. 48, dem ehemalige Gewerkschaftshaus, handelt es sich um ein Gebäude im Stil der Neuen Sachlichkeit von Wilhelm Lenschow (1930), das unter Denkmalschutz steht. In dem Gebäudekomplex –bestehend aus Nr. 46 und 48 am Blockrand und der Nr. 50 im Blockinnenhof - sind Verwaltungsräume des Fachbereiches 3 – Umwelt, Sicherheit und Ordnung untergebracht. Bedingt durch zusätzliche Aufgaben des Bereiches besteht erhöhter Raumbedarf. Der zweite gesicherte Rettungsweg ist derzeit nur über eine provisorische Konstruktion im Hof gewährleistet. In den Gebäuden besteht keine Barrierefreiheit. Nach Abbruch des Bunkers kann die hier erforderliche Stadtreparatur vorgenommen werden. Entsprechend dem aktuellen Raumbedarf und den Anforderungen an Barrierefreiheit kann eine Erweiterung des vorhandenen Verwaltungsgebäudes errichtet werden (GBF B.2.2.3.(1)). Ob für diesen Neubau der bestehenden GBF das gesamte Grundstück benötigt wird, ist noch zu untersuchen. Ggf. kann eine Parzelle abgetrennt und für Wohnbebauung zum Kauf angeboten werden.
Umsetzungsschritte	1. Planung 2. Umsetzung
Maßnahmenziel	• Umbau und Instandsetzung der vorhandenen Gebäude, u. a.: Herstellung von Barrierefreiheit, Brandschutzertüchtigung, Schadstoffsanierung, Ertüchtigung Konstruktion und Haustechnik • Bau eines Treppenhauses als erforderlicher Fluchtweg • Neubau eines Erweiterungsbaus nach Abbruch des Bunkers (Nr. 52)
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	8.000.000 € (Sanierung + Neubau)

Maßnahme 28	Museumsquartier St. Annen
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Errichtung und Änderung von GBF B 2.2.5
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	Das Museumsquartier St. Annen befindet im südöstlichen Teil der Altstadtinsel zwischen den Straße An der Mauer, St. Annen Straße und der Düvekenstraße, in den Gebäuden des im spätgotischen Stil, Anfang des 16. Jahrhundert, als Bachsteinbau errichteten, ehemaligen St. Annen Klosters. In den vergangenen Jahren sind verschiedene dringend erforderliche Sanierungsabschnitte, wie Energieeinspar- und Brandschutzmaßnahmen zur Ausführung gekommen, derzeit wird in dem Verwaltungsbereich eine dringend, zur statischen Sicherung, erforderliche, nachträgliche Fundamentierung der Außenwände und eine Risssanierung durchgeführt.
Umsetzungsschritte	Die Umsetzung wird in mehreren Bauabschnitten auf mehrere Jahre erfolgen. Da in Teilbereichen dringlicher Handlungsbedarf gegeben ist, z. B die Sanierung der Mauerwerkszersetzungen im Gewölbekeller, wird die Umsetzung zeitnah angestrebt. 1. Planung 2. Umsetzung
Maßnahmenziel	Mittelfristige Grundinstandsetzung aller denkmalschützten Gebäude, ausstehende Sanierungsmaßnahmen sind u. a.: • Sanierung des durch Feuchtigkeit und Salze stark beschädigten Mauerwerks des Gewölbekellers • Wiederherstellung der Standsicherheit von Dachtragwerken durch Austausch von maroden Balken • Umfangreiche Mauerwerkssanierung im Bereich der Außenwände • weitere Risssanierungen in Wänden und Gewölben • Dämmung von Dachflächen zur Optimierung des Raumklimas • Sanierung bzw. Erneuerung der Fenster • Erneuerung der veralteten und z. T. unbrauchbaren TGA • Ausstattung, z. B. das komplette Elt Netz der Werkstätten

Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	10.000.000 €

Maßnahme 29	**Hüxstraße 118-120, Volkshochschule**
	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Errichtung und Änderung von GBF B 2.2.5
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	Das Gebäude Hüxstraße 118-120 befindet sich in Nutzung durch die Volkshochschule Lübeck. Infolge erheblicher, baulicher Mängel erfolgen dabei jedoch Nutzungseinschränkungen z.B. durch Sperrung von WC-Anlagen und der Hausmeisterwohnung. Die Hausmeisterwohnung soll zukünftig als Büroräume genutzt werden. Das GMHL hat im Rahmen der Verkehrssicherheitsbegehungen erhebliche Mängel in folgenden Bereichen vorgefunden: - Elektrik - Trinkwasserversorgung - Heizungsanlage - Fenster - Schadstoffe - Baulicher Brandschutz - Baukonstruktive Mängel insbesondere im großen Hörsaal Die Unterschutzstellung des Gebäudes wird derzeit durch den Bereich Denkmalpflege und Archäologie geprüft.
Umsetzungsschritte	1. Planung 2. Umsetzung
Maßnahmenziel	Grundinstandsetzung und Umbau
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	1.800.000 €

Maßnahme 30	**Sanierung von 24 Gebäuden mit hohem Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf**
 	
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Modernisierung und Instandsetzung von baulichen Anlagen Dritter B 2.2.1
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	In den vorbereitenden Untersuchungen wurden bei der Bestandsaufnahme 30 Gebäude identifiziert, die einen hohen Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf zeigen, wovon 24 im festzulegenden Sanierungsgebiet liegen. Die EigentümerInnen können für die Sanierung einen Zuschuss aus Städtebauförderungsmitteln beantragen, sofern die Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Die Durchführung der Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen bleibt den Eigentümerinnen/Eigentümern überlassen. Sofern die zügig und zweckmäßige Durchführung durch einzelnen Eigentümerinnen/Eigentümern nicht gewährleistet ist, kann die Gemeinde/die Stadt die Maßnahmen selbst durchführen. Ggf. ist hierfür im Einzelfall der (Zwischen)Erwerb des jeweiligen Grundstücks erforderlich.“
Umsetzungsschritte	1. Einzelfallprüfung 2. Abschluss Modernisierungsvereinbarung 3. Planung und Umsetzung 4. Abrechnung
Maßnahmenziel	• Bewahrung des baukulturellen Erbes • Verbesserung der Wohn- und Arbeitsbedingungen im Welterbe • Teilhabe weiter Bevölkerungsschichten
Zuständigkeit	Private EigentümerInnen

Kosten	8.400.000 €

Maßnahme 31	**Sanierung von 226 Gebäuden mit mittlerem Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf**







Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Durchführung Modernisierung und Instandsetzung von baulichen Anlagen Dritter B 2.2.1
Handlungsfeld	Baukultur bewahren, Funktionen verbessern, Teilhabe ermöglichen
Maßnahmenbeschreibung	In den vorbereitenden Untersuchungen wurden bei der Bestandsaufnahme 321 Gebäude identifiziert, die einen mittleren Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf zeigen. Davon liegen 226 im festzulegenden Sanierungsbiet. Die EigentümerInnen können für die Sanierung einen Zuschuss aus Städtebauförderungsmitteln beantragen, sofern die Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Die Durchführung der Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen bleibt den Eigentümerinnen/Eigentümern überlassen. Sofern die zügig und zweckmäßige Durchführung durch einzelnen Eigentümerinnen/Eigentümern nicht gewährleistet ist, kann die Gemeinde/die Stadt die Maßnahmen selbst durchführen. Ggf. ist hierfür im Einzelfall der (Zwischen)Erwerb des jeweiligen Grundstücks erforderlich.“
Umsetzungsschritte	Einzelfallprüfung 1. Abschluss Modernisierungsvereinbarung 2. Planung und Umsetzung 3. Abrechnung
Maßnahmenziel	• Bewahrung des baukulturellen Erbes • Verbesserung der Wohn- und Arbeitsbedingungen im Welterbe • Teilhabe weiter Bevölkerungsschichten

Zuständigkeit	Private EigentümerInnen
Kosten	34.000.000 €

Maßnahme 32	**Sanierungsträger**
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Abwicklung Sanierungs- und Entwicklungsträgerinnen und –träger B 3.1
Maßnahmenbeschreibung	Für die Umsetzung der Sanierungsziele bedarf es einer kontinuierlichen Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung über den gesamten Zeitraum. Hierfür wird ein Sanierungsträger gem. § 158 und § 159 BauGB gebunden.
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	3.200.000€

Maßnahme 33	**Öffentlichkeitsarbeit**
Maßnahmenzuordnung gem. StBauFR SH 2015	Maßnahmen der Abwicklung Öffentlichkeitsarbeit B 3.5
Handlungsfeld	Für den Erfolg der Durchführung der Gesamtmaßnahme, aber auch der zahlreichen einzelnen Maßnahmen, bedarf es in der Vorbereitung und in der Durchführung einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit.
Zuständigkeit	Hansestadt Lübeck
Kosten	100.000 €

8.3 Monitoring

Das Monitoring ist das Begleit- und Bewertungssystem des integrierten Entwicklungskonzepts. Das integrierte Entwicklungskonzept zeigt für eine Vielzahl von Herausforderungen und Aufgaben (städtebauliche, funktionale, soziale etc.) konkrete, langfristig wirksame und vor allem räumlich abgestimmte Lösungen auf. Das IEK ist zwar ergebnisorientiert auf den städtischen Teilraum „Altstadt“ ausgerichtet, berücksichtigt aber auch gesamtstädtische und regionale Rahmenbedingungen.
Zentrale Merkmale des integrierten Entwicklungskonzeptes sind:

- Es verfolgt einen ganzheitlichen, integrierten Planungsansatz unter Beachtung baukultureller, sozialer, städtebaulicher, ökonomischer und ökologischer Handlungsfelder.
- Es beschreibt Ziele, Handlungsfelder, Schwerpunkte und entwickelt Maßnahmen zur Zielerreichung, die über reine Tatbestände der Städtebauförderung hinausgehen.
- Es entsteht unter Beteiligung der Öffentlichkeit und setzt zeitliche und inhaltliche Prioritäten.
- Es erleichtert die Bündelung öffentlicher und privater Mittel und fokussiert sie auf untereinander abgestimmte Maßnahme.
- Es ist auf kontinuierliche Fortschreibung angelegt und dient als langfristiger Orientierungsrahmen.
- Es bleibt so lange aktuell, wie die Problemlagen und Entwicklungszeile fortbestehen.

Im Rahmen städtebaulicher Entwicklungsprozesse bedeutet Monitoring „Stadtbeobachtung“.

Aus der Stärken- und Schwächenanalyse der Bestandsanalyse, die im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen für das Gebiet „Altstadt“ erarbeitet wurde, wird die benötigte Datengrundlage abgeleitet und es werden die Indikatoren zur Messung der Veränderungen und der Erfolgskontrolle entwickelt und

festgelegt. Die Daten müssen kleinräumig verfügbar sein und als fortschreibungsfähige Zeitreihen aufgebaut werden. Um Veränderungen im Gebiet messen zu können, ist ein Vergleich der Daten und Indikatoren zu Beginn der Gesamtmaßnahme mit denen späterer Zeitpunkte notwendig. Das bedeutet, dass das Monitoring in regelmäßigen Abständen zu einem festgelegten Stichtag fortzuschreiben ist. Nur dann ist ein Vergleich der Indikatoren und damit die Beschreibung von Entwicklungen möglich. Grundsätzlich ist sicherzustellen, dass die Datenerfassung über den gesamten Untersuchungszeitraum nach dem gleichen Muster (Methodik, Stichtag, Bezugsräume) erfolgt, um Fehlinterpretationen zu vermeiden.

Das Monitoring für das Gebiet „Altstadt“ wird Basisdaten für die Bildung von Indikatoren beinhalten. Ein Indikator ist ein messbarer Sachverhalt, der Aussagekraft besitzt. Der Daten- und Indikatorenkatalog für Begleitung, Beobachtung und Bewertung des intergierten Entwicklungsprozesses wird vor Beginn der Umsetzungsphase in enger Abstimmung mit dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein detailliert aufgebaut.

8.4 Kosten- und Finanzierungsübersicht

In der Kosten- und Finanzierungsübersicht werden die voraussichtlichen Ausgaben den zu erwartenden Einnahmen gegenübergestellt. Dies sind u. a. z. B. Städtebauförderungsmittel von Bund und Land, andere Förderungsmittel, zusätzliche Eigenanteile der Hansestadt Lübeck für nicht förderungsfähige Kosten, aber auch Ausgleichsbeträge von GrundstückseigentümerInnen innerhalb des Sanierungsgebietes, welches im umfassenden Verfahren durchgeführt wird.

Die Ausgaben ergeben sich aus den Kosten der vorgesehenen Maßnahmen gemäß integriertem städtebaulichem Entwicklungskonzept. Die Kosten der einzelnen Maßnahmen sind in der angefügten Tabelle dargestellt und beruhen auf groben Kostenschätzungen. Der Übersichtlichkeit halber wurden die Kosten gerundet. Im Zuge einer weiterführenden Planung können sich Änderungen in diesem Bereich ergeben.

Kosten- und Finanzierungsübersicht

Siehe Tabelle auf den Folgeseiten

Kostenarten		Maßnahmen-nummer	Kostenübersicht in T€							
			Kosten insgesamt	Fördersatz StBauFR 2015	mögliche Förderung	davon B/L	davon Eigenmittel der Gemeinde	andere zu finanzierende Kosten	Trägerschaft dieser Kosten	Anmerkungen
B 1	Maßnahmen der Vorbereitung									
B 1.1	Vorbereitende Untersuchungen und integriertes Entwicklungskonzept	1	80	100%	80	53	27	0		
B 1.1	Fortschreibung Integriertes Entwicklungskonzept	2	15	100%	15	10	5	0		
B 1.1	Aufbau und Fortschreibung Monitoring	3	20	100%	20	13	7	0		
B 1.2	Anpassung bestehende Bebauungspläne	4	20	100%	20	13	7	0		
B 1.2	Fortschreibung Einzelhandelskonzept	5	40	100%	40	27	13	0		
	Kosten der Vorbereitung gesamt		175		175	117	58	0		

Kostenarten		Maßnahmen-nummer	Kostenübersicht in T€							
			Kosten insgesamt	Fördersatz StBauFR 2015	mögliche Förderung	davon B/L	davon Eigenmittel der Gemeinde	andere zu finanzierende Kosten	Trägerschaft dieser Kosten	Anmerkungen
B 2	Maßnahmen der Durchführung									
B 2.1	Ordnungsmaßnahmen									
B 2.1.1	Ankauf Dr.-Julius-Leber-Str. 52 -Bunker	6	2	100%	2	1	1	0		
B 2.1.4	Freilegung Dr.-Julius-Leber-Str. 52 -Bunker	7	1.500	100%	1.500	1.000	500	0		
B 2.1.6	Erneuerung/Umgestaltung Freifläche St. Marien, Rathaus, Markt	8	3.250	48%	1.556	1.037	519	1.694	Stadt / Kirchgemeinde St. Marien	Toilette HH-Stelle Stadt 300 Teuro Kirchenflächen nicht förderfähig 1.394 Teuro
B 2.1.6	Erneuerung/Umgestaltung Krähenstraße, Eingangsbereich An der Mauer, Rehderbrücke	9	1.300	100%	1.300	867	433	0		
B 2.1.6	Erneuerung/Umgestaltung der Dr.-Julius-Leber-Straße	10	850	100%	850	567	283	0		
B 2.1.6	Erneuerung/Umgestaltung Pergamentmachergang	11	1.150	100%	1.150	767	383			
B 2.1.6	Umgestaltung der Grün- und Freiflächen zwischen An der Mauer und Krähenteich	12	1.300	100%	1.300	867	433	0		
B 2.1.6	Erneuerung/Umgestaltung An der Mauer	13	1.240	100%	1.240	827	413			
B 2.1.6	Erneuerung/Umgestaltung Wahmstraße	14	600	100%	600	400	200	0		
B 2.1.6	Erneuerung/Umgestaltung Stavenstraße mit Behrends Hof und Tanks Gang	15	300	100%	300	200	100	0		
B 2.1.6	Erneuerung/Umgestaltung Aegidienstraße	16	760	100%	760	507	253	0		
B 2.1.6	Erneuerung/Umgestaltung St.-Annen-Straße	17	690	100%	690	460	230	0		
B 2.1.6	Erneuerung/Umgestaltung Düvekenstraße	18	155	100%	155	103	52	0		
B 2.1.6	Erneuerung/Umgestaltung Balauerfohr	19	240	100%	240	160	80	0		
B 2.1.6	Erneuerung/Umgestaltung Schildstraße und Weberstraße	20	340	100%	340	227	113	0		
B 2.1.6	Umgestaltung Blockinnenbereich 25 (nördl. Krähenstraße)	21	550	0%	0	0	0	550	Stadt	Eigenmittel der Stadt
B 2.1.6	Umgestaltung Blockinnenbereich 29 (nördl. Aegidienstraße)	22	460	0%	0	0	0	460	Stadt	Eigenmittel der Stadt
B 2.1.6	Umgestaltung des Kirchenvorplatzes mit der Grünanlage Kirche St. Aegidien	23	310	0%			0	310	Kirchgemeinde St. Aegidien	Kirchenflächen nicht förderfähig
	Kosten der Ordnungsmaßnahmen gesamt		14.997		11.983	7.990	3.993	3.014		

Kostenarten		Maßnahmen-nummer	Kostenübersicht in T€							
			Kosten insgesamt	Fördersatz StBauFR 2015	mögliche Förderung	davon B/L	davon Eigenmittel der Gemeinde	andere zu finanzierende Kosten	Trägerschaft dieser Kosten	Anmerkungen
B 2.2	Baumaßnahmen									
B 2.2.5	Erneuerung und Umgestaltung Rathaus	24	11.105	80%	8.884	5.923	2.961	2.221	Stadt	20%iger Eigenanteil der Stadt (Bewilligung nach StBauFR 2005)
B 2.2.5	Hochbau Schrangen	25	2.700	100%	2.700	1.800	900	0		
B 2.2.5	Umbau und Erweiterung Buddenbrookhaus	26	16.000	19%	3.000	2.000	1.000	13.000	zusätzliche Eigenmittel der Gemeinde, Mittel Dritter	
B 2.2.5	Verwaltungsgebäude Dr.-Julius-Leber-Str. 46-50 Sanierung und Neubau	27	8.000	100%	8.000	5.333	2.667	0		
B 2.2.5	Museumsquartier St. Annen Instandsetzung und Sanierung aller Gebäude	28	10.000	100%	10.000	6.667	3.333	0		
B 2.2.5	Hüxstraße 118-120, Volkshochschule Grundinstandsetzung und Umbau	29	1.800	100%	1.800	1.200	600	0		
B 2.2.1	Sanierung von 24 Gebäuden mit hohem Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf in privatem Eigentum	30	8.400	100%	8.400	5.600	2.800	0		nur Zuschussanteil bei "Kosten" dargestellt (70 Teuro / Gebäude = 20% der ff. Kosten)
B 2.2.1	Sanierung von 226 Gebäuden mit mittlerem Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf in privatem Eigentum	31	34.000	100%	34.000	22.667	11.333	0		nur Zuschussanteil bei "Kosten" dargestellt (30 Teuro / Gebäude = 20% der ff. Kosten)
	Kosten der Baumaßnahmen gesamt		92.005		76.784	51.190	25.594	15.221		

Kostenarten		Maßnahmen-nummer	Kostenübersicht in T€						Anmerkungen
			Kosten insgesamt	Fördersatz StBauFR 2015	mögliche Förderung	davon B/L	davon Eigenmittel der Gemeinde	andere zu finanzierende Kosten	Trägerschaft dieser Kosten	
B 3	Maßnahmen der Abwicklung									
B 3.1	Sanierungsträgerinnen und -träger	32	3.200	50%	1.600	1.067	533	1.600	zusätzliche Eigenmittel der Gemeinde	
B 3.5	Öffentlichkeitsarbeit	33	100	50%	50	33	17	50	zusätzliche Eigenmittel der Gemeinde	
	Kosten der Abwicklung gesamt		3.300		1.650	1.100	550	1.650		
	Gesamtkosten		110.477		90.592	60.397	30.195	19.885		

mögliche Förderung gesamt	90.592	60.397	30.195
abzüglich maßnahmebedingter Einnahmen	-3.800		
verbleibende Förderung gesamt	86.792	56.940	28.470

Einnahmenübersicht in T€

Konten gem. RL S-H 2015	Einnahmeart	Einnahmen	Summe
	Maßnahme bedingte Einnahmen		3.800
A 6.2.5 (2) Nr. 1	Ausgleichsbeträge gemäß § 154 BauGB (Schätzwert)* n. n.	3.600	
A 6.2.5 (2) Nr. 3	Grundstücksverkauf Dr.-Julius-Straße 50/52 (Bunker)	200	
	Miet- und Pachteinnahmen (n. n.)	0	
	Mittel Dritter		2.004
A 6.2.5 (2) Nr. 8 in Verbindung mit A 7.3 (1) Nr. 2	Aufwertung nördlicher Platz St. Marien Kirche **	1.694	
A 6.2.5 (2) Nr. 8 in Verbindung mit A 7.3 (1) Nr. 2	Aufwertung Kirchenvorplatz Kirche St. Aegidien **	310	
	Eigenmittel und Zuwendungen		103.291
A 7.3 (1) Nr. 5	zusätzliche Eigenmittel der Kommune		17.881
A 7.3 (1) Nr. 5	Eigenmittel Umgestaltung Blockinnenbereich 25	550	
A 7.3 (1) Nr. 5	Eigenmittel Umgestaltung Blockinnenbereich 29	460	
A 7.3 (1) Nr. 5	Eigenmittel Erneuerung und Umgestaltung Rathaus	2.221	
A 7.3 (1) Nr. 5	Eigenmittel Buddenbrookhaus	13.000	
A 7.3 (1) Nr. 5	Eigenmittel Sanierungsträger	1.600	
A 7.3 (1) Nr. 5	Eigenmittel Öffentlichkeitsarbeit	50	
A 6.1 (1)	Zuwendungen des Bundes und des Landes		56.940
A 6.2.2	Gemeindliche Eigenmittel		28.470
		Gesamt	109.095

*Angenommene Wertsteigerung der Grundstücke im Sanierungsgebiet

** Dient nur der vollständigen Darstellung der Finanzierungsübersicht der Gesamtkosten. Mittel werden nicht auf das Treuhandkonto gezahlt. Maßnahmen auf kirchlichen Grundstücken sind nicht förderungsfähig und werden von den Kirchen selber finanziert

9 Verfahrensrechtliche Abwägung

Die vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 BauGB haben die Aufgabe, das Vorliegen städtebaulicher Missstände und die Notwendigkeit der Durchführung einer Sanierung zu deren Beseitigung zu prüfen. Im Folgenden wird die verfahrensrechtliche Abwägung vorgenommen und die Empfehlung für das anzuwendende Verfahren und die Abgrenzung des Sanierungsgebiets abgeleitet.

Dabei wird wie folgt vorgegangen:
Beginnend mit der Beurteilung der Sanierungsnotwendigkeit werden darauffolgend die Grundlagen zur Festlegung eines Sanierungsgebietes erörtert und geprüft. Im Anschluss werden die sanierungsrechtlichen Bedingungen bei der Wahl des geeigneten Sanierungsverfahrens dargestellt. Abschließend erfolgt die Abwägung und verfahrensrechtliche Empfehlung zur Gebietsfestlegung und Verfahrenswahl.

9.1 Beurteilung der Sanierungsnotwendigkeit nach BauGB

Bei der Beurteilung der Sanierungsnotwendigkeit wird das Erfordernis der Anwendung des Besonderen Städtebaurechts überprüft. Die Beurteilung der Sanierungsnotwendigkeit erfolgt hierbei anhand der in § 136 BauGB aufgeführten Kriterien des „Städtebaulichen Missstandes“. Diese sind unter Kapitel 5, Zusammenfassende Bewertung, dieser Untersuchung umfassend dargelegt worden und im Folgenden hinsichtlich der Beurteilungskriterien nach BauGB nochmals kurz zusammengefasst.

Es werden grundsätzlich zwei Arten von Missständen unterschieden. Diese können sich in einem Sanierungsgebiet überlagern.

9.1.1 Substanzschwäche

Wohn- und Arbeitsverhältnisse im Untersuchungsgebiet nach § 136 Abs. 3 Nr. 1 BauGB

Die Wohn- und Arbeitsverhältnisse im Untersuchungsgebiet weisen, sowohl in Bezug auf das städtebauliche Umfeld als auch auf den baulichen Zustand der Gebäude, erhebliche Missstände auf. Rund ein Drittel aller Gebäude – dazu zählen sowohl Wohngebäude als auch Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen – sind im Untersuchungsgebiet durch bauliche Missstände im Sinne des § 136 Abs. 3 Nr. 1b BauGB gekennzeichnet und demzufolge modernisierungs- und instandsetzungsbedürftig. Dies betrifft zudem die erforderlichen Maßnahmen zum Klimaschutz. Ein großer Teil der Gebäude entspricht vermutlich nicht den aktuellen Anforderungen an die energetischen Eigenschaften der Gebäudehülle. Bei der Betrachtung dieser Defizite ist stets der hohe Denkmalwert der Gebäude zu berücksichtigen.

9.1.2 Funktionsschwäche

Funktionsfähigkeit des Gebietes nach § 136 Abs. 3 Nr. 2 BauGB

Die Funktionsfähigkeit des Gebietes ist in mehrfacher Hinsicht gem. § 136 Abs.3 Nr.2 BauGB beeinträchtigt. Das Gebiet kann die Aufgaben, die ihm aufgrund seiner Lage und Funktion obliegen, nicht in ausreichendem Maß erfüllen. Aufgrund der dichten Bebauung stehen nicht ausreichend Flächen für die Zuweisung zu den unterschiedlichen Funktionen zur Verfügung. Derzeit resultieren insbesondere aus der Flächeninanspruchnahme für den ruhenden Verkehr diverse Funktionsschwächen. Auf den Grundstücken stehen zu wenig Flächen zur Verfügung, hier konkurriert der ruhende Verkehr mit den öffentlichen und privaten Aufenthaltsflächen und beeinträchtigt das Wohnumfeld.

Im Straßenraum nimmt der ruhende Verkehr ebenfalls für andere Zwecke dringend benötigte Flächen in Anspruch. Dies beeinträchtigt die Erreichbarkeit der Gewerbe- und Einzelhandelseinrichtungen und behindert andere, insbesondere die alternativen Mobilitätsformen, wie den Rad- und FußgängerInnenverkehr.

Hinsichtlich der Verkehrssituation bestehen demgemäß Konflikte zwischen den VerkehrsteilnehmerInnen der unterschiedlichen Verkehrsarten, da aufgrund der schmalen Straßenprofile Flächenbedarfe nicht ausreichen.

Der öffentliche Raum weist zudem große Funktionsdefizite auf. Das Angebot an städtischen Plätzen und Grünflächen, die als Aktionsraum für Begegnung, Erholung und Veranstaltungen in fußläufiger Nachbarschaft dienen, ist sowohl qualitativ als auch quantitativ zu gering. Der Straßenraum ist aufgrund seines Profils vielerorts nicht geeignet, den vielseitigen Funktionen gerecht zu werden und weist zudem teils erhebliche bauliche und gestalterische Defizite auf. Barrierearmut ist kaum vorhanden.

Die Funktionsfähigkeit des Gebietes ist auch hinsichtlich der Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen beeinträchtigt. Das historische Rathaus weist einen starken Umgestaltungs- und Erneuerungsbedarf auf. Deshalb läuft derzeit bereits die vorgezogene Maßnahme „Historisches Rathaus“ und damit die Sanierung aller drei Bauteile (s. dazu auch Kapitel 4.5.9 und Maßnahme 27). Auch das Buddenbrookhaus in der Mengstraße 4, als wichtiger kultureller und touristischer Anziehungspunkt, weist Funktionsdefizite auf, da die zur Verfügung stehenden Flächen nicht den Bedarf und der Nachfrage entsprechen. Aus diesem Grund wird die Einrichtung um das Nachbargebäude Mengstraße 6 erweitert und umgebaut (siehe dazu auch Kapitel 4.6.3 und Maßnahme 29).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass städtebauliche Missstände vorliegen. .

9.2 Grundlagen zur Abgrenzung des Sanierungsgebiets

Die Bestimmungen des § 136 BauGB verlangen nicht nur das Vorliegen städtebaulicher Missstände, sondern auch eine einheitliche Vorbereitung und zügige Durchführung der Sanierungsmaßnahme. An die einheitliche Vorbereitung und zügige Durchführung der Sanierungsmaßnahme werden folgende Bedingungen geknüpft:

- Nachweis des Vorhandenseins städtebaulicher Missstände
- Darlegung der städtebaulichen Zielsetzung
- Finanzierbarkeit der Maßnahmen
- Mitwirkungsbereitschaft der Betroffenen

Die städtebaulichen Missstände des Untersuchungsgebietes sind in Kapitel 4 der Bestandsanalyse beschrieben und in Kapitel 5 der Bestandsanalyse zusammengefasst. Die städtebaulichen Zielsetzungen für das Untersuchungsgebiet sind in den Kapiteln 6 und 7 beschrieben und dargestellt. Die Finanzierbarkeit der Maßnahmen wurde in Kapitel 8.4 anhand einer Kosten- und Finanzierungsübersicht dargestellt.

9.2.1 Sanierungsrechtliche Bedingungen bei der Wahl des geeigneten Sanierungsverfahrens

Mit der förmlichen Festlegung als Sanierungsgebiet finden besondere bodenrechtliche Bestimmungen Anwendung. Das Baugesetzbuch geht zunächst vom Grundsatz aus, dass das umfassende Verfahren zur Anwendung kommt. Die Anwendung ist nach § 142 Abs. 4 Satz 1 jedoch auszuschließen, wenn sie für die Durchführung der Sanierung nicht erforderlich ist und die Durchführung hierdurch voraussichtlich erschwert wird.

Die Entscheidung, welches Verfahren für ein städtebauliche Gesamtmaßnahme jeweils zu wählen ist – d. h. ob die Sanierung im „umfassenden Verfahren“ im „vereinfachten Verfahren“ durchzuführen ist oder ggf. ohne Sanierungsrecht auf der Grundlage einer Erhaltungssatzung durchgeführt werden kann – liegt nicht im freien Ermessen der Gemeinde. Sie muss vielmehr aufgrund der Beurteilung der vorgefundenen städtebaulichen Situation, der Beurteilung der Durchführbarkeit der Sanierung und der erwartenden Auswirkungen auf die Bodenpreise getroffen werden.

Neben den allgemeinen städtebaulichen Vorschriften kommen sowohl im „vereinfachten Verfahren“ als auch im „umfassenden Verfahren“ folgende sanierungsrechtliche Vorschriften zur Anwendung:

- § 24 Abs. 1 Nr. 3 BauGB über das allgemeine Vorkaufsrecht beim Kauf von Grundstücken im Sanierungsgebiet,
- § 27a Abs. 1, Satz 2 BauGB über die Ausübung des Vorkaufsrechtes zugunsten eines Sanierungs- oder Entwicklungsträgers,
- § 87 Abs. 3, Satz 3 über die Zulässigkeit der Enteignung zugunsten eines Sanierungs- oder Entwicklungsträgers,
- § 88 Satz 2 BauGB über die Enteignung aus zwingenden städtebaulichen Gründen,
- § 89 über die Veräußerungspflicht der Gemeinde von Grundstücken, die sie durch Vorkauf oder Enteignung erworben hat,
- §§ 144 und 145 BauGB über die Genehmigung von Vorhaben, Teilungen und Rechtsvorgängen, wobei zu beachten ist, dass im „vereinfachten“ Verfahren die Anwendung dieser Vorschriften ganz oder teilweise, je nach Erfordernis für die Durchführung der Sanierung auszuschließen ist,
- §§ 164 a und 164 b über den Einsatz von Städtebauförderungsmitteln,
- §§ 180 und 181 BauGB über den Sozialplan und den Härteausgleich,
- §§ 182 bis 186 BauGB über die Aufhebung / Verlängerung von Miet- und Pachtverhältnissen.

9.2.2 Das klassische „umfassende“ Verfahren

Die Vorschriften der §§ 152 bis 156a BauGB werden als sogenannte „bodenpolitische Konzeption des Sanierungsrechtes“ bezeichnet und sollen bewirken, dass Bodenwertsteigerungen im Sanierungsgebiet, die durch die Aussicht auf die Sanierung, ihre Vorbereitung oder Durchführung entstehen, zur Finanzierung der Kosten der Sanierungsmaßnahme herangezogen werden.

Zudem soll bewirkt werden, dass bei Grunderwerbserfordernissen zur Verwirklichung der Ziele und Zwecke der Sanierung die Erwerbskosten auf die sanierungsunbeeinflussten Verkehrswerte begrenzbar sind.

Die Vorschriften der §§ 152 bis 156a BauGB bezwecken:

- die Nichtberücksichtigung sanierungsbedingter Grundstückswerterhöhungen bei der Bemessung von Ausgleichs- und Entschädigungsleistungen (§ 153 Abs. 1 BauGB),
- die Preisprüfung, d.h. keine Genehmigung eines Kaufvertrages (§ 14 BauGB), wenn der Kaufpreis über den sanierungsunbeeinflussten Verkehrswert der Sanierung hinausgeht (§ 153 Abs. 2 BauGB),
- die Vorschrift, dass die Gemeinde beim Erwerb eines Grundstücks nur zum „sanierungsunbeeinflussten" Verkehrswert kaufen darf (§ 153 Abs. 3 BauGB)
- die Vorschrift, dass die Gemeinde beim Verkauf eines Grundstückes nur zum Neuordnungswert veräußern darf (§ 153 Abs. 4 BauGB),
- die Bemessung der Einwurfs- und Zuteilungswerte in der Sanierungsumlegung (§ 153 Abs. 5 BauGB),
- die Erhebung von Ausgleichsbeträgen beim Abschluss der Sanierung (§ 154 ff. BauGB) – dafür entfällt die Beitragsverpflichtung nach § 127 BauGB (Erschließungsbeitrag) und/oder für Ausbaubeiträge nach Kommunalabgabengesetz
- die so genannte „Bagatell-Klausel“ für die Festsetzung von Ausgleichsbeträgen (§ 155 Abs. 3 BauGB),
- die Vorschrift, dass, falls nach Durchführung der Sanierungsmaßnahme die erzielten Einnahmen über den getätigten Ausgaben liegen und ein Überschuss entsteht, dieser auf die EigentümerInnen der im Sanierungsgebiet gelegenen Grundstücke zu verteilen ist (§ 156a BauGB).

9.2.3 Das „vereinfachte“ Verfahren

Ist für die zügige Durchführung der geplanten Sanierung die Anwendung der besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156a BauGB nicht erforderlich und wird die Durchführung hierdurch voraussichtlich nicht erschwert, kann die Sanierung gemäß § 142 Abs. 4 BauGB im „vereinfachten Verfahren“ durchgeführt werden.

Das heißt, es erfolgt:
- die Anwendung des allgemeinen Erschließungsbeitragsrechts nach §§ 127 ff. BauGB für erstmalig hergestellte Erschließungsanlagen bzw. das Ausbaubeitragsrecht nach Kommunalabgabengesetz für Verbesserungs-, Um- und Ausbaumaßnahmen an vorhandenen Erschließungsanlagen,
- keine Limitierung von Ausgleichs- und Entschädigungsleistungen auf sanierungsunbeeinflusste Verkehrswerte,
- keine Kaufpreisprüfung im Rahmen der sanierungsrechtlichen Genehmigung nach § 144 BauGB.

Wird die Sanierung im „vereinfachten Verfahren“ durchgeführt, so muss über die Anwendung der Verfügungs- und Veränderungssperre nach § 144 BauGB entschieden werden. Folgende Varianten sind möglich:

Variante 1:	Anwendung des § 144 Abs. 1 und 2 (mit Eintragung des Sanierungsvermerks)
Variante 2:	Anwendung des § 144 Abs. 1, Ausschluss von § 144 Abs. 2 (ohne Eintragung des Sanierungsvermerks)
Variante 3:	Anwendung des § 144 Abs. 2, Ausschluss von § 144 Abs. 1 (mit Eintragung des Sanierungsvermerks)
Variante 4:	Ausschluss der Anwendung des § 144 Abs. 1 und 2 (ohne Eintragung des Sanierungsvermerks).

Um die diesbezüglich gebotene, zweckmäßige und praktikable Entscheidung für die Durchführung des Sanierungsverfahrens treffen zu können, müssen folgende Rechtswirkungen des § 144 BauGB in die Abwägung einfließen:

Die Genehmigungspflicht nach § 144 Abs. 1 (Veränderungssperre) erstreckt sich auf:
- die Durchführung von Vorhaben nach § 29 BauGB. Dies sind Vorhaben, welche die Errichtung, Änderung und Nutzungsänderung zum Inhalt haben. Solche Vorhaben sind also nicht nur baurechtlich, sondern auch sanierungsrechtlich genehmigungspflichtig;
- die Beseitigung baulicher Anlagen (Abbruch);
- die Vornahme erheblicher und wesentlich wertsteigernder Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderung baurechtlich nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig ist. Veränderungen sind Maßnahmen tatsächlicher Art, nicht dagegen Veränderungen rechtlicher Art;
- der Abschluss oder die Verlängerung schuldrechtlicher Vereinbarungen über den Gebrauch oder die Nutzung eines Grundstücks, eines Gebäudes oder eines Gebäudeteils auf bestimmte Dauer von mehr als einem Jahr.

Die Genehmigungspflicht nach § 144 Abs. 2 (Verfügungssperre) betrifft:
- die rechtsgeschäftliche Veräußerung eines Grundstücks,
- die Bestellung und Veräußerung eines Erbbaurechts,
- die Bestellung eines das Grundstück belastenden Rechts,
- den Abschluss eines schuldrechtlichen Vertrages, durch den eine Verpflichtung zu einem der vorgenannten Rechtsgeschäfte begründet wird,
- die Begründung, Änderung oder Aufhebung einer Baulast,
- die Teilung eines Grundstücks.

Nur bei Anwendung der Genehmigungspflicht nach § 144 Abs. 2 BauGB hat ein Eintrag im Grundbuch eines jeden im Sanierungsgebiet gelegenen Grundstücks zu erfolgen, dass eine Sanierung durchgeführt wird – der sog. „Sanierungsvermerk“.

Die Darstellung zeigt, dass die Gemeinde auch im „vereinfachten Verfahren“ ein auf die Bedürfnisse der jeweiligen Sanierungsmaßnahme abgestuftes Instrumentarium zur Verfügung hat.

9.2.4 Abwägung und Empfehlung über das anzuwendende Sanierungsverfahren

Wie oben bereits dargelegt, muss die Gemeinde die Entscheidung, ob die Sanierung im „umfassenden“ oder „vereinfachten“ Verfahren durchzuführen ist, aufgrund der Beurteilung der vorgefundenen städtebaulichen Situation und des sich abzeichnenden Sanierungskonzeptes, auf dessen Grundlage die Durchführbarkeit der Sanierung und die erwartete Wirkung auf die Bodenpreise geprüft wird, treffen. Die Anwendung der besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156a BauGB ist nach § 142 Abs. 4 Halbsatz 1 BauGB in der Sanierungssatzung auszuschließen, wenn

- die Anwendung für die Durchführung der Sanierung nicht erforderlich ist und
- die Durchführung der Sanierung hierdurch voraussichtlich nicht erschwert wird.

Maßstab für die Entscheidung bezüglich der Verfahrenswahl ist somit die Erforderlichkeit der „besonderen“ sanierungsrechtlichen Vorschriften (§§ 152 bis 156a BauGB), wobei insbesondere die Beurteilung der Frage der sanierungsbedingten Wertsteigerungen von Grundstücken von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Es ist zum einen zu prüfen, ob die Gefahr besteht, dass bereits durch die Sanierungsabsicht Bodenwertsteigerungen ausgelöst werden, die dann insbesondere den erforderlichen Grunderwerb für die geplanten Neuordnungsmaßnahmen beeinträchtigen könnten.

Zum anderen ist die Anwendung der §§ 152 bis 156a BauGB im Hinblick auf die Erhebung von Ausgleichsbeträgen zur Mitfinanzierung der Sanierung, also die Erfassung der sanierungsbedingten Bodenwertsteigerungen zu beurteilen.

Abwägung „umfassendes“ Verfahren
Aufgrund der erheblichen Funktionsschwächen hinsichtlich Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, Nutzungsverteilung der Straßenräume etc. sind durch die angestrebten Vorhaben im Sanierungsgebiet Bodenwertsteigerungen zu erwarten. Dies untermauert auch der definierte gestalterische Anspruch der Hansestadt Lübeck an die Neugestaltung der öffentlichen Räume, welcher aufgrund des Status als „Welterbestätte“ und der großen Anzahl an denkmalgeschützten Gebäuden und Ensembles begründet ist. Die Gestaltungsverordnung der Hansestadt Lübeck liefert genaue Vorgaben zu Stadt- und Straßenbild.

Es ist festzuhalten, dass die Hansestadt neben den bereits in ihrem Besitz befindlichen Grundstücksflächen für Neuordnungsmaßnahmen, Erschließungsmaßnahmen und ggf. für Flächen zum Neubau von Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen mindestens ein Grundstück erwerben muss.

Aus den genannten Gründen ist gemäß BauGB die Anwendung des umfassenden Verfahrens erforderlich.

Abwägung „vereinfachtes“ Verfahren
Die Maßnahmendurchführung erfordert in nahezu allen Bereichen des Untersuchungsraumes die Anwendung der besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152-156 BauGB, die Umsetzung in einem „vereinfachten“ Verfahren kommt daher nicht Betracht.

Abwägung anderer Instrumente

Andere Instrumente des Allgemeinen und Besonderen Städtebaurechts, die weniger stark in die Eigentumsrechte der betroffenen EigentümerInnen eingreifen, sind im Ergebnis nicht geeignet, die Umsetzung der geplanten Maßnahmen quantitativ und qualitativ sicherzustellen. Es gibt kein städtebau- rechtliches Instrument in Bestandskulissen, welches eine vergleichbare Steuerungs- und Konzentrationswirkung entfalten kann wie die Sanierungsmaßnahme. Eine Kombination anderer Instrumente bleibt stets lückenhaft und zu wenig umsetzungsorientiert.

- Die städtebauliche Erhaltungssatzung gem. § 172 BauGB für die Altstadt kann als rein restriktives Instrument nicht aktivierend eingesetzt werden. Sie stellt auch keine Rechtsgrundlage für Ordnungsmaßnahmen und die steuerlichen Absetzungsmöglichkeiten nach § 7h EstG dar.
- Das gilt sinngemäß für die Gestaltungs- und Werbeanlagensatzung, die Anforderungen nur bei ohnehin beabsichtigten Änderungen stellt.
- Die denkmalrechtlichen Genehmigungsvorbehalte und Fördermöglichkeiten gelten nur für die denkmalgeschützte Bausubstanz, im Übrigen jedoch nicht. Sie geben außerdem keine ausreichenden Steuerungsmöglichkeiten.
- Das Rechtsinstrument der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme {§ 165 BauGB) ist einerseits noch eingriffsintensiver als die Sanierungsmaßnahme, andererseits bereits aufgrund ihrer Gebietstypik hier vollkommen ungeeignet. Sie zielt auf den weiträumigen Durchgangserwerb von Brach- und Konversionsflächen ab und ist vorliegend unanwendbar.
- Die Rechtsinstrumente des Stadtumbaugebietes (§ 171 b BauGB) und der Stadtumbausatzung (§ 171 d BauGB) eigenen sich aufgrund der Gebietstypik nicht für das Gebiet „Altstadt“ in Lübeck, da sie vorrangig auf Rückbau und Flächenstilllegung gerichtet sind. Auch diese Instrumente sind vorrangig förder- und angebotsorientiert ausgestaltet, so dass die entsprechenden Kulissen in der Praxis nicht selten durch Sanierungssatzungen ergänzt werden.

Abwägung der privaten und öffentlichen Belange

Gemäß § 136 Abs. 4 Satz 3 BauGB sind die öffentlichen und die privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

Die maßgeblichen öffentlichen Belange sind insbesondere dem Zielprogramm des § 136 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1-4 BauGB zu entnehmen. Einerseits werden die dort postulierten allgemeinen Sanierungsziele durch das vorgeschlagene integrierte Entwicklungskonzept durchgängig, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, erfüllt. Das festgestellte Vorliegen städtebaulicher Missstände führt andererseits zu einer Ermessensreduzierung der Gemeinde im Hinblick auf die Einleitung von Gegensteuerungsmaßnahmen. Damit erhält das öffentliche Interesse an einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung von vornherein ein erhebliches Gewicht.

Die privaten Belange stehen diesen öffentlichen Belangen teilweise widerstreitend gegenüber. Dazu gehören insbesondere das Interesse der GrundstückseigentümerInnen an einer ungestörten Ausübung ihrer EigentümerInnenbefugnisse und der Freihaltung von zusätzlichen öffentlichen Abgaben, der MieterInnen an der Erhaltung von preiswertem Wohnraum und der Vermeidung von Umzügen sowie der Gewerbetreibenden an der Vermeidung von baubedingten Einschränkungen.

Der Einstieg in den Prozess einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Innenstadtentwicklung hat für die Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität und Attraktivität innerhalb des Untersuchungsgebiets, die letztlich auch den Sanierungsbetroffenen zugutekommt, überragende Bedeutung. Dafür sprechen sowohl die festgestellten städtebaulichen Missstände als auch der Charakter des geplanten Handlungsprogramms der Sanierungsmaßnahme. Das integrierte Maßnahmenkonzept ist einerseits auf die Erhaltung und Verbesserung der vorhandenen Bausubstanz, andererseits auf die Aufwertung und Funktionsverbesserung der öffentlichen Räume gerichtet. Flächenhafte Veränderungen im Gebäudebestand sind nicht erforderlich und nicht vorgesehen, die baubedingte Umsetzung von MieterInnen oder Gewerbetreibenden wird nur ausnahmsweise in Fällen komplexer Sanierung genutzter Gebäude notwendig sein.

Ein Sozialplan ist nach dem Planungsstand dieser vorbereitenden Untersuchung daher nicht erforderlich. Mit sanierungsbedingten Mietsteigerungen muss zwar aufgrund der Umlagefähigkeit von Kosten der Modernisierung gerechnet werden. Diese werden sich aber voraussichtlich eher langfristig und moderat entwickeln. Dieser Entwicklung stehen allerdings auch verbesserte individuelle wirtschaftliche Chancen gegenüber, die aufgrund der Verbesserungen zu erwarten sind.

Im Ergebnis kommt den öffentlichen Belangen - dem Handlungserfordernis einer nachhaltigen Entwicklung des Untersuchungsgebiets „Altstadt“ - ein deutlich überwiegendes Gewicht gegenüber den entgegenstehenden privaten Belangen zu. Die zu erwartenden sanierungsbedingten Einschränkungen für die Sanierungsbetroffenen sind begrenzt und hinnehmbar. In Einzelfällen starker Belastung oder im Falle geänderter Verhältnisse kann mit den sanierungsrechtlichen Instrumenten wie Sozialplan oder Härteausgleich angemessen reagiert werden.

9.3 Vorschlag zur Gebietsabgrenzung

Das Sanierungsgebiet wird kleiner gefasst als das Untersuchungsgebiet. Dies erfolgt im Wesentlichen aus zwei Erwägungen:

- Begrenzung der durchzuführenden Maßnahmenumfangs auf einen leistbaren Umfang im vorgesehenen Durchführungszeitraum und mit dem sich aus der den Angaben zu Kosten- und Finanzierung (Kapitel 8.4) ergebenden finanziellen Umfang;
- Begrenzung des Gebietes auf Bereiche, in denen die Anwendung des Besonderen Städtebaurechts erforderlich ist; sowie
- Zuschnitt des Gebietes als zusammenhängendes Gebiet (Vermeidung von räumlich nicht miteinander verbundenen Teilgebieten).

Bei dieser Abgrenzung des Sanierungsgebietes ergibt sich folgende Flächenbilanz:

Fläche	m²	Anteil
Baugebietsflächen	201.880	79,65 %
Verkehrsflächen	47.551	18,76 %
öffentliche Grünflächen	4.013	1,58 %
Wasserflächen	0	0 %
Sanierungsgebiet	253.444	100 %

Tabelle 4: Flächenbilanz Sanierungsgebiet (Darstellung: BIG Städtebau)

9.4 Rechtliche Begründung zur Abgrenzung des Sanierungsgebiets

Die Begrenzung eines Sanierungsgebietes richtet sich nach § 142 (1) BauGB. Danach ist das Sanierungsgebiet so zu begrenzen, dass sich die Sanierung zweckmäßig durchführen lässt. Einzelne Grundstücke, die von der Sanierung nicht betroffen werden, können aus dem Gebiet ganz oder teilweise ausgenommen werden.

Die in Plan 12 vorgeschlagene Sanierungsgebietsabgrenzung trägt diesen Vorgaben Rechnung. In den vorbereitenden Untersuchungen sind soziale, strukturelle und städtebauliche Mängel und Missstände festgestellt worden, deren Behebung die Anwendung des Besonderen Städtebaurechts nach BauGB erfordert. Die städtebauliche Sanierungsmaßnahme soll im umfassenden Verfahren durchgeführt werden. In einem integrierten Entwicklungskonzept hat die Hansestadt Lübeck die Ziele und Handlungsfelder der Sanierung definiert und festgelegt. Hieraus ergeben sich nicht nur thematische, sondern vor allem räumliche Schwerpunkte der durchzuführenden Maßnahmen. Die Maßnahmenschwerpunkte be-

ziehen sich auf Blockbereiche, zwischen denen ein funktionaler und räumlicher Zusammenhang besteht. Da Teilflächen von Blockbereichen des Untersuchungsgebietes nicht von den Maßnahmen an der öffentlichen Infrastruktur und im öffentlichen Raum betroffen sind, wurden diese von dem Sanierungsgebiet ausgenommen. Ausgenommen wurden auch Teilflächen, die bereits in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten liegen oder lagen. Nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes aus dem Jahr 2003 ist es nicht zulässig, Flächen in ein neues Sanierungsgebiet einzubeziehen, die bereits Teil eines förmlich festgelegten Sanierungsgebietes mit weitgehend identischen Sanierungszielen waren. Das betrifft hier den im Untersuchungsgebiet gelegenen Block 22, Teilflächen der Blöcke 16 und 26 sowie Teilabschnitte der angrenzenden Straßenräume Dr.-Julius-Leber-Straße, Wahmstraße, Hüxstraße, Bei St. Johannis und Schumacherstraße.

9.5 Durchführbarkeit

Im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen ist festzustellen, ob die Gemeinde allgemein und finanziell in der Lage ist, die geplante städtebauliche Gesamtmaßnahme durchzuführen. Diese Voraussetzungen liegen vor.

Allgemeine Durchführbarkeit
Im Hinblick auf die Verwaltungskraft und die politische Durchsetzbarkeit bestehen keine Bedenken. In der Stadtverwaltung ist auf allen Ebenen Problembewusstsein und ein ausgeprägter Handlungswille vorhanden. Aus dem ISEK-Prozess sowie den früheren Sanierungsmaßnahmen bestehen umfassende Erfahrungen mit komplexen Stadtentwicklungsverfahren.

Die bisherige Beteiligung im Kontext der vorbereitenden Untersuchungen zeigt ein großes Interesse und eine gut ausgeprägte Beteiligungskultur der BewohnerInnen, Gewerbetreibenden und EigentümerInnen im Gebiet.

Im politischen Raum wird das Verfahren mitgetragen. Politische Initiativen zur Verhinderung einer Sanierungsmaßnahme oder anderer städtebaulicher Gesamtmaßnahmen sind bisher nicht bekannt geworden.

Im Hinblick auf die zur Durchführung der Gesamtmaßnahme erforderliche Verwaltungskraft wird eine geeignete Verstärkung erforderlich sein. Die Realisierung des integrierten städtebaulichem Entwicklungskonzepts stellt eine komplexe und anspruchsvolle Aufgabe dar, die einen deutlichen Schwerpunkt in den Projekten zur Aufwertung des öffentlichen Raums hat, die bereits zu Beginn der Sanierungsmaßnahme zügig umgesetzt werden müssen. Um dies operationell zu gewährleisten, sind zusätzliche Kapazitäten und Kompetenzen erforderlich. Es wird daher vorgeschlagen, einen qualifizierten und leistungsfähigen externen Dienstleister als Sanierungsträger gemäß § 158 BauGB einzusetzen.

Finanzielle Durchführbarkeit
Die Durchführbarkeit der geplanten Sanierungsmaßnahme in finanzieller Hinsicht konnte im Ergebnis der vorbereitenden Untersuchungen festgestellt werden. Die voraussichtlichen Kosten sind in Kapitel 8.4 dargestellt. Wie ebenfalls in Kapitel 8.4 dargestellt, ist die Inanspruchnahme von Städtebaufördermitteln in erheblichem Umfang erforderlich (§ 164 a BauGB in Verbindung mit den Städtebauförderungsrichtlinien des Landes Schleswig-Holstein – StBauFR SH 2015). Die Aufnahme der geplanten Maßnahmen in das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ durch das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration erfolgte 2009. Damit ist durch das Bund-Länder Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ als wichtiger Finanzierungsbaustein für den geplanten Sanierungszeitraum grundsätzlich gesichert. Auf die generellen förderrechtlichen Finanzierungsvorbehalte des Landes Schleswig-Holstein wird hingewiesen. Die Bereitstellung der Eigenmittel der Hansestadt Lübeck ist im Rahmen ihrer mittelfristigen Finanzplanung abzusichern.

Durchführbarkeit bei sich ändernden finanziellen Voraussetzungen
Sollten sich im weiteren Durchführungszeitraum aufgrund geänderter Finanzierungs- bzw. Förderbedingungen einzelne Umsetzungsmaßnahmen als nicht finanzierbar erweisen, würde dadurch die Erforderlichkeit und der Erfolg der Gesamtmaßnahme nicht nachhaltig beeinträchtigt werden.

Der geplante Realisierungszeitraum von zunächst 15 Jahren erfüllt das sanierungsrechtliche Zügigkeitsgebot.

Dies gilt selbst dann, wenn aufgrund mittel- oder langfristig geänderter Finanzierungsmöglichkeiten – wovon derzeit nicht ausgegangen wird – eine nicht vollständige Zielerreichung im Sanierungszeitraum hingenommen werden müsste.

9.6 Mitwirkung der Sanierungsbetroffenen

In den Jahren 2009 – 2010 erfolgte die Erarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) der Hansestadt Lübeck, das 2010 verabschiedet wurde. Der ISEK-Prozess beinhaltete ein umfassendes Beteiligungsverfahren, das zu einer engagierten Mitwirkung der Lübecker BürgerInnen führte. Dabei wurde eine Vielzahl von AkteurInnen durch die Mitwirkung in Arbeitskreisen, Workshops und öffentlichen Veranstaltungen eingebunden. Die wesentlichen Handlungsfelder und Schwerpunktbereiche des ISEK beziehen sich auch auf das Untersuchungsgebiet. Sie sind in die vorbereitenden Untersuchungen unmittelbar eingeflossen und wurden bei der Aufstellung der Ziele und Maßnahmen berücksichtigt.

Im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen wurden drei EinwohnerInnenversammlungen durchgeführt, zuletzt am 9. Oktober 2017. Eine Vielzahl von Einzelgesprächen mit EigentümerInnen, MieterInnen und Gewerbetreibenden wurde geführt. Ergänzend erfolgte eine Befragung der EigentümerInnen im Untersuchungsgebiet zu ihren Vorstellungen zur Entwicklung des historischen Stadtkerns.

Insgesamt konnte eine positive Grundeinstellung festgestellt werden. Die Festlegung eines Sanierungsgebietes und die Durchführung eines entsprechenden Verfahrens nach dem besonderen Städtebaurecht werden überwiegend als Fort- und Umsetzung des ISEK und der bisherigen übrigen Sanierungsmaßnahmen in der Altstadt verstanden, was sowohl sachlich-inhaltlich als auch in zeitlicher Hinsicht zutrifft. Insbesondere die vorgesehene Aufwertung des öffentlichen Raums wird vielfach begrüßt.
Abwägungsrelevante Stellungnahmen einzelner privater GrundstückseigentümerInnen liegen nicht vor.

9.7 Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde 2016 durchgeführt. Eine zweite Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zur Abgrenzung des geplanten Sanierungsgebietes und zum Sanierungsverfahren ist vor Beschlussfassung der Bürgerschaft erfolgt.
Die Ergebnisse der Beteiligung sind in der Anlage 2 tabellarisch dargestellt.
Im Ergebnis kann das Beteiligungsverfahren als insgesamt zustimmend zu den Ansätzen und Zielen der Sanierung gewertet werden. Die Behörden und Träger öffentlicher Belange haben ihre Mitwirkung bei dem Prozess der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme zugesichert.

9.8 Gesamtabwägung

Die Durchführung der Sanierungsmaßnahme ist geboten, weil sie

- zur Behebung der festgestellten städtebaulichen Missstände und Problemlagen erforderlich und geeignet,
- durchführbar ist und
- ein überwiegendes öffentliches Interesse daran besteht.

9.9 Vorschlag zur zeitlichen Begrenzung

Der sachliche Umfang der geplanten Gesamtmaßnahme und die finanzielle Leistungsfähigkeit von Stadt und Land Schleswig-Holstein lassen – unter der Maßgabe der kontinuierlichen Weiterführung und Mittelausstattung des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz – eine lediglich kurzfristige Umsetzung der im Umsetzungskonzept enthaltenen Maßnahmen nicht zu. Angesichts des Gesamtmaßnahmenumfangs und der zu leistenden öffentlichen und privaten Aufwendungen wird daher ein Zeitrahmen für die Durchführung der Gesamtmaßnahmen von zunächst 15 Jahren als realistisch eingeschätzt.

Den Anforderungen an eine zügige Durchführung gem. § 142 (3) BauGB wird damit Rechnung getragen.

9.10 Ergebnis

Es wird vorgeschlagen, eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme gemäß § 136 ff. BauGB innerhalb des in dem Plan 13 „Abgrenzung Sanierungsgebiet“ dargestellten Gebietes durchzuführen. Dieses Gebiet ist als Sanierungsgebiet durch Satzung gemäß § 142 Abs. 3 BauGB förmlich festzulegen. Als Durchführungsfrist wird ein Zeitraum von zunächst 15 Jahren vorgeschlagen. Die Sanierungsmaßnahme wird im umfassenden Verfahren durchgeführt.

10 Anlagenverzeichnis

Pläne:

1. Rahmenbedingungen
2. Eigentümerstruktur
3. Denkmalschutz
4. Gebäudealter
5. Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarfe
6. Gebäudenutzungsstruktur
7. Soziale und kulturelle Infrastruktur
8. Grün- und Freiflächenstruktur
9. Verkehrsinfrastruktur
10. Stärken, Chancen und Potenziale
11. Mängel, Missstände und Konflikte
12. Integriertes Entwicklungskonzept
13. Abgrenzung Sanierungsgebiet

Weitere Anlagen:

1. Dokumentation erste Informationsveranstaltung
2. Auswertung erste und zweite Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange
3. Dokumentation zweite Informationsveranstaltung
4. Dokumentation dritte Informationsveranstaltung

11 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Verortung des Untersuchungsgebiets im südöstlichen Teil der Lübecker Innenstadt (Quelle: Hansestadt Lübeck) 4
Abb. 2: Projektplan 8
Abb. 3: Ausschnitt aus dem Planungsraum Schleswig-Holstein Ost; Quelle: Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Landesplanungsbehörde 11
Abb. 4: Schornsteinfeger Gang (einer von 90 Gängen in der Lübecker Altstadt), drei verschiedene Perspektiven 15
Abb. 5: Dielenhaus in der Fleischhauerstraße 79 15
Abb. 6: Bereiche der UNESCO-Weltkulturerbestätte „Lübecker Altstadt“. Quelle: Managementplan UNESCO-Weltkulturerbestätte „Lübecker Altstadt“, S. 18 18
Abb. 7: B-Plan 01.08.00, Schrangen, 20. August 1992 19
Abb. 8: B-Plan 01.49.00, Königstraße/Dr.-Julius-Leber-Straße/Fleischhauerstraße, 26. April 1991 20
Abb. 9: B-Plan 01.10.00, Innenstadt, 31. Oktober 1989 21
Abb. 10: Abgrenzung des Untersuchungsgebiets „Altstadt“ inkl. Blocknummern, ohne Maßstab 24
Abb. 11: Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegung der Hansestadt Lübeck 2006-2014 (Datenquelle: Bertelsmann Stiftung: Wegweiser Kommune, Juli 2016 und eigene Berechnung. Darstellung: BIG Städtebau) 26
Abb. 12: Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegung des Stadtteils Innenstadt der Hansestadt Lübeck 2006-2014 (Datenquelle: Hansestadt Lübeck: Statistische Jahrbücher; Darstellung: BIG Städtebau) 26
Abb. 13: Altersstruktur im Vergleich 2007–2015 (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, FB 1, Kommunale Statistikstelle; Darstellung: BIG Städtebau) 27
Abb. 14: Haushaltstypen im Vergleich (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, Statistisches Jahrbuch 2007 sowie 2014; Darstellung: BIG Städtebau) 28
Abb. 15: Beschäftigte in Relation zur Altersgruppe 15-64 (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, FB 1, Kommunale Statistikstelle; Darstellung: BIG Städtebau) 28
Abb. 16: Entwicklung der Arbeitslosenquote 2007-2014 (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, Statistisches Jahrbuch 2014; Darstellung: BIG Städtebau) 29
Abb. 17: EinwohnerInnen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (2007-2015) (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, FB 1, Kommunale Statistikstelle; Darstellung: BIG Städtebau) 29
Abb. 18: Erwerbstätige nach Sektoren (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, Statistisches Jahrbuch 2014; Darstellung: BIG Städtebau) 31
Abb. 19: Bettenanzahl der Hansestadt Lübeck (ohne Travemünde) nach Beherbergungsbetrieb im Vergleich 2000 zu 2014 (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, Statistisches Jahrbuch 2014; Darstellung: BIG Städtebau) 33
Abb. 20: Auslastung der Betten der Beherbergungsbetriebe der Hansestadt ohne Travemünde (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, Statistisches Jahrbuch 2014; Darstellung: BIG Städtebau) 33
Abb. 21: Befahrbarkeit der Altstadtstraßen 39
Abb. 22: BewohnerInnenparken in der Innenstadt Lübeck, 2014, Quelle: Hansestadt Lübeck 41
Abb. 23: Informationsflyer zu Radfahren und Radparken in der Lübecker Altstadt; Quelle: HL 44
Abb. 24: Nennungen von Modernisierungsvorhaben der EigentümerInnen (Abbildung und Daten der BIG Städtebau) 47
Abb. 25: Anteile Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf der Gebäude 53
Abb. 26: Rathaus, Gebäudeteil A „Langes Haus“ 54
Abb. 27: Rathaus, Gebäudeteil C 54
Abb. 28: Düvekenstraße – Mittelalterlich geprägte Straßenzüge, überwiegend historische Bebauung 70
Abb. 29: Durchgang – Strukturprägender Gang und Hof 70
Abb. 30: Breite Straße – Fußgängerzone mit guter Ausstattung und Aufenthaltsqualität 70
Abb. 31: Fleischhauerstraße - Verkehrsberuhigte Geschäftsstraße mit kleinteiligen, individuellen Gewerbeeinheiten 70
Abb. 32: Dr.-Julius-Leber-Straße: Notwendigkeit der Straßenumgestaltung 71
Abb. 33: Grünfläche südlich der Rehderbrücke - Potenzial für Qualifizierung der vorhandenen Nutzung durch Umgestaltung 71

Abb. 34: Fahrradstraße 71
Abb. 35: Markt – Qualitätsvoller urbaner Platz 71
Abb. 36: St. Marien Kirche – Aufwertungspotenzial urbaner Platz 72
Abb. 37: Platz vor der Kirche St. Aegidien - Potenzial für erhöhte Aufenthalts- und Gestaltungsqualität 72
Abb. 38: An der Mauer – Mittlerer Instand-setzungsbedarf 73
Abb. 39: Wahmstraße - Hoher Instandsetzungsbedarf 73
Abb. 40: Pergamentmachergang – Massiver Neuordnungs- und Neuentwicklungsbedarf 74
Abb. 41: Blockinnenhof Aegidienstraße 25-27 – Völlig ungeordneter und desolater Blockinnenbereich 74
Abb. 42: Rehderbrücke/An der Mauer – Unattraktive Eingangssituation zur Altstadt 74
Abb. 43: Krähenstraße – Sehr große Gestaltungs-, Nutzungs- und Funktionsdefizite 74
Abb. 44: Zielpyramide für „Altstadt“ Lübeck (Eigene Darstellung: BIG Städtebau) 89

12 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der Bevölkerungszahl im Vergleich 2007–2015 (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, FB 1, Kommunale Statistikstelle, 2016) 25
Tabelle 2: Entwicklung von Wanderungen in der Hansestadt Lübeck nach Peer-Gruppen (Datenquelle: Bertelsmann Stiftung: Wegweiser Kommune, Juli 2016; Darstellung: BIG Städtebau) 27
Tabelle 3: Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus 2007-2015 (Datenquelle: Hansestadt Lübeck, FB 1, Kommunale Statistikstelle, 2016; Darstellung: BIG Städtebau) 49
Tabelle 4: Flächenbilanz Sanierungsgebiet (Darstellung: BIG Städtebau) 133

Vorbereitende Untersuchungen
mit Integriertem Städtebaulichen Entwicklungskonzept
Lübeck – Altstadt

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden

Tag der Städtebauförderung 2016

Aus Liebe zum Quartier



Dokumentation zur 1. Informationsveranstaltung am 21. Mai 2016

Veranstaltungsprogramm

10.00 Uhr Veranstaltungsbeginn: Die Teilnehmenden hatten die Möglichkeit, Stärken und Schwächen des Quartiers zu benennen und Anregungen für die Entwicklung der Lübecker Altstadt zu formulieren.

10:45 Uhr Vertreter der Stadtverwaltung der Hansestadt Lübeck und der BIG-STÄDTEBAU erläuterten das Vorgehen bei der Erstellung der Vorbereitenden Untersuchungen mit Integriertem Städtebaulichen Entwicklungskonzept und beantworteten die Fragen der Teilnehmenden.

11:30 Uhr Offener Ausklang mit Beantwortung individueller Fragen der Teilnehmenden

12:30 Uhr Veranstaltungsende







Stationenrundgang

Im Stationenrundgang hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich zu folgenden Fragen zu äußern:

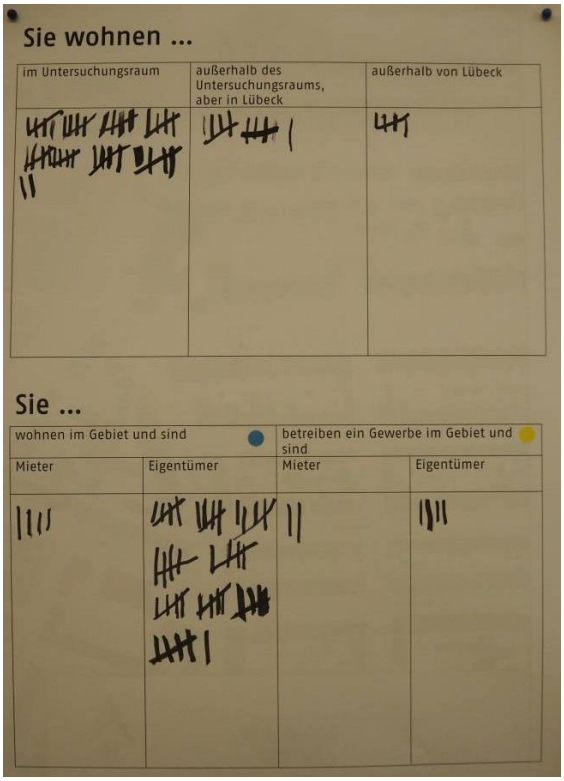
- Welche Verbindung haben Sie zum Untersuchungsgebiet?
- Welche Potenziale gibt es im Untersuchungsgebiet Lübeck-Altstadt?
- Welche Mängel gibt es im Untersuchungsgebiet Lübeck-Altstadt?
- Wenn Sie entscheiden müssten, in welche drei Teilbereiche der Lübecker Altstadt würden Sie investieren?

Die Ergebnisse der Beteiligung werden im Folgenden dargestellt.

Erste Station: Bezug der Teilnehmer zum Untersuchungsgebiet

Um einschätzen zu können, wer an der Infoveranstaltung teilgenommen hat, wurden die Teilnehmenden gebeten, ihren Bezug zum Untersuchungsgebiet anzugeben.



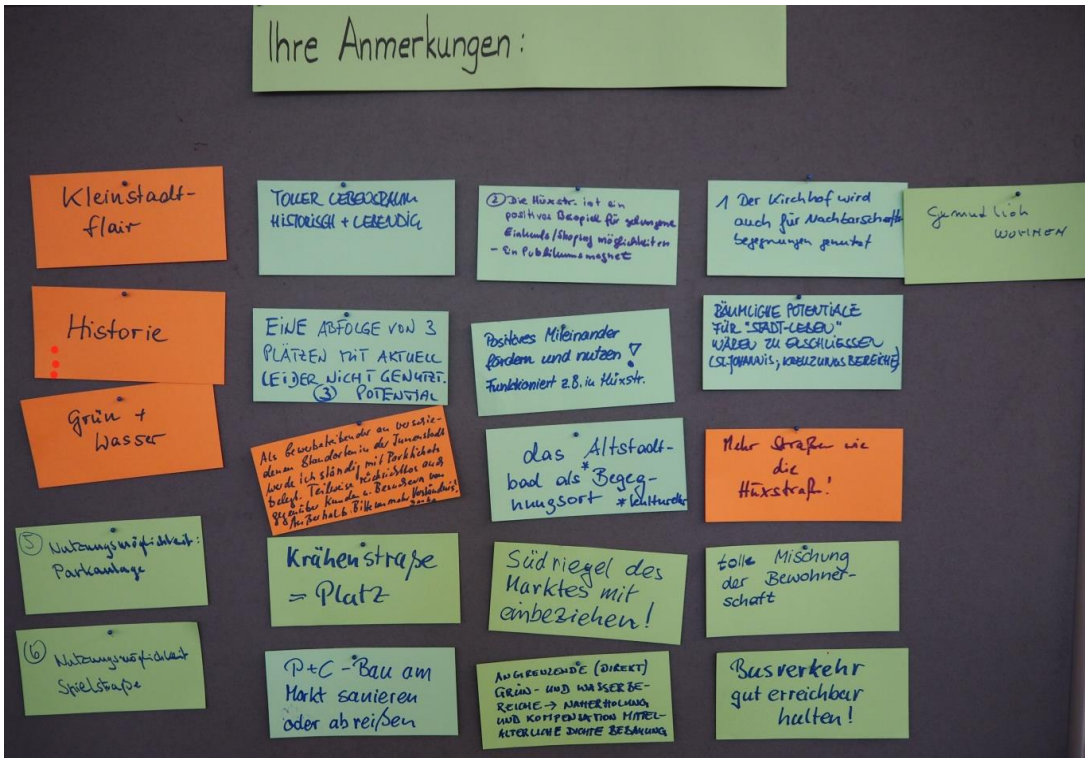


An der Veranstaltung haben rund 100 Personen teilgenommen. 79 Personen haben Angaben zu ihrer Verbindung zum Untersuchungsgebiet gemacht. Rund 80 % der Teilnehmer leben in dem Untersuchungsgebiet, wobei davon ein sehr großer Anteil in der eigenen Immobilie lebt. Nur jede/r 20. TeilnehmerIn, die/der im Untersuchungsgebiet wohnt, lebt in einer Mietwohnung. Darüber hinaus haben einige wenige Gewerbetreibende an der Veranstaltung teilgenommen, davon waren rund zwei Drittel EigentümerIn Ihrer Gewerbeimmobilie. Innerhalb des Untersuchungsgebiets ist eine große räumliche Streuung der Wohnorte der Teilnehmer festzustellen.

Zweite Station: Potenziale im Untersuchungsgebiet

Bei der zweiten Station standen die Entwicklungspotenziale im Untersuchungsgebiet im Fokus. Die Teilnehmenden hatten die Möglichkeit, besonders attraktive Bereiche, die zukünftig eine Entwicklungschance für das Gebiet darstellen, in der Karte des Untersuchungsgebietes zu verorten. Ergänzend bestand die Möglichkeit für Erläuterungen und die Darstellung nicht verortbarer Anmerkungen zu diesem Thema.





Dritte Station: Mängel im Untersuchungsgebiet

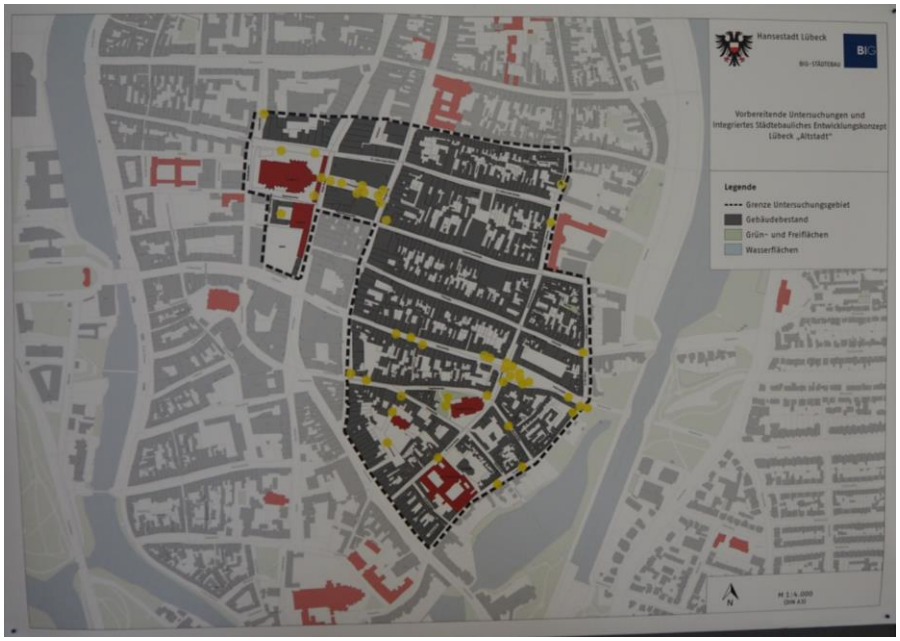
In der dritten Station sollten Mängel, Probleme und Konflikte im Untersuchungsgebiet benannt und verortet werden, die die Attraktivität der Lübecker Altstadt aus Sicht der Teilnehmenden beeinträchtigen. Ergänzend bestand auch hier die Möglichkeit für Erläuterungen und weitere Anmerkungen.



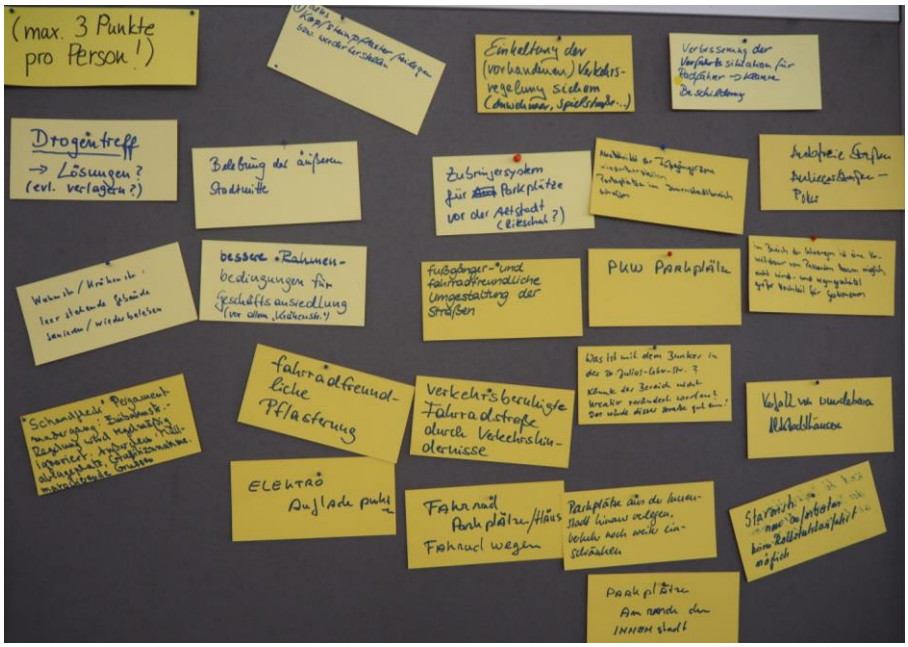


Vierte Station: Investitionsschwerpunkte

An der vierten Station hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, Bereiche zu benennen, in denen aus Ihrer Sicht besonderer Handlungsbedarf besteht und in die zukünftig Städtebauförderungsmittel fließen sollten. Jeder Teilnehmer durfte nur drei Bereiche benennen und den jeweiligen Handlungsbedarf erläutern.



Primär wurden öffentliche Räume benannt, in denen Investitionen vorgenommen werden sollten. Dazu gehört vorrangig der Platz an der Krähenstraße. An dem gerade fertig gestellten Schrangen wurde die Gestaltung bemängelt. Die Aufenthaltsqualität wurde von einigen TeilnehmerInnnen als unbefriedigend angesehen. Weitere Themenschwerpunkte betrafen den Verkehr und seine TeilnehmerInnen. Viele wünschen sich eine Fahrrad- und Fußgängerfreundliche (barrierearme) Stadt und einen Optimierung des Verkehrsflusses. Auch hinsichtlich der Parkplatzproblematik in der Altstadt wird Handlungsbedarf gesehen. Weitere Anmerkungen betrafen Problematiken wir z.B. den „Drogentreff" oder Optimierungen in Rahmen von Geschäftsansiedlungen und Belebung von einzelnen Teilbereichen des öffentlichen Raums.



Informationsteil

Frau Koretzky (Hansestadt Lübeck, Bereich Stadtplanung und Bauordnung - Welterbebeauftragte) begrüßte die TeilnehmerInnen der ersten Informationsveranstaltung für die Vorbereitenden Untersuchungen (VU) mit Integriertem städtebaulichem Entwicklungskonzept (IEK) für das Gebiet Lübeck - Altstadt.

Frau Maaß (Hansestadt Lübeck, Bereich Stadtplanung und Bauordnung - Projektkoordinatorin VU/ IEK) leitete inhaltlich in die Veranstaltung ein, in dem sie erfolgreiche Sanierungsbeispiele der Lübecker Altstadt präsentierte, die in der Vergangenheit im Städtebauförderungsprogramm Sanierung und Entwicklung realisiert werden konnten,.

Frau Wandzik (BIG-STÄDTEBAU) erläuterte den Hintergrund und die Notwendigkeit der Durchführung der Vorbereitenden Untersuchungen für das Gebiet Lübeck-Altstadt im Städtebauförderungsprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“. Darüber hinaus stellte sie das Beteiligungskonzept sowie die Beteiligungsmöglichkeiten für die verschiedenen Akteure im Rahmen des Prozesses vor. Frau Ellen (BIG-STÄDTEBAU) stellte die Vorgehensweise bei der Erstellung von VU und IEK vor. Die Präsentationen sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Im Anschluss konnten die Teilnehmenden Fragen stellen, die durch die Stadtverwaltung und die BIG-STÄDTEBAU beantwortet wurden.

Frage: Welche Kosten kommen im Sanierungsverfahren auf die EigentümerInnen zu?

Das hängt von der Wahl des Sanierungsverfahrens ab. Die Entscheidung wird nach Fertigstellung von VU und IEK in Abstimmung mit dem Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten getroffen.

In einem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet (umfassendes Sanierungsverfahren) haben die EigentümerInnen sogenannte Ausgleichsbeträge zu entrichten, die der durch die Sanierung bedingten Erhöhung des Bodenwertes entsprechen. Die marktgebundene Bodenwertsteigerung bleibt unberücksichtigt. Weitere kommunale Abgaben für den Um- und Ausbau von Erschließungsanlagen werden im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet nicht erhoben..

In einem vereinfachten Sanierungsverfahren, werden keine Ausgleichsbeträge erhoben. Die Kosten für den Um- und Ausbau von Erschließungsanlagen erfolgt wie üblich über die Kommunalen Abgaben (KAG).

Die Entscheidung, welches Verfahren umgesetzt wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Dazu gehört z.B., dass bestimmte Maßnahmen nur im umfassenden Sanierungsverfahren durchgeführt werden können.

Frage: Ist der Stellplatzschlüssel auch für Bestandsimmobilien relevant?

Ein Stellplatznachweis muss nur geführt werden, wenn bauliche Veränderungen am Bestand vorgenommen werden.

Frage: Was ist das Treuhandvermögen?

Das Treuhandvermögen ist ein städtebauliches Sondervermögen, in dem alle der Gesamtmaßnahme zugeordneten Ausgaben und Einnahmen erfasst werden. Einnahmen sind u.a.

die Anteile der Städtebauförderungsmittlel von Bund, Land und Gemeinde. Ausgaben sind u.a. die Zuschüsse für private Sanierungs- und Ordnungsmaßnahmen.

Frage: Werden Eigentümer über die Eintragung des Sanierungsvermerks in das Grundbuch informiert?

Wenn das umfassende Sainerungsverfahren gewählt wird und ein Sanierungsgebiet förmlich festgelegt wird, erhalten die EigentümerInnen eine schriftliche Benachrichtigung über die Eintragung des Sanierungsvermerkes in das Grundbuch.

Frage: Wie werden die privaten EigentümerInnen in den Prozess der Erstellung von VU mit IEK eingebunden?

Während der Erstellung von VU und IEK finden drei öffentliche Informationsveranstaltungen statt, zu denen alle EigentümerInnen schriftlich eingeladen werden.
Bei der ersten Veranstaltung hatten alle TeilnehmerInnen die Möglichkeit, ihre Ansichten, Meinungen und Wünsche an Stelltafeln festzuhalten. Diese fließen in den Erarbeitungsprozess ein. Auch im Rahmen der erbetenen Selbstauskunft hatten die EigentümerInnen die Möglichkeit, ihre Einschätzung zum Untersuchungsgebiet abzugeben.

In der zweiten Informationsveranstaltung werden die Ergebnisse der Bestandsanalyse sowie erste Ansätze zu den Entwicklungszielen vorgestellt. Dort können sich alle TeilnehmerInnen nochmals interaktiv und konkret mit den Zwischenergebnissen beschäftigen und darauf eingehen.

In der abschließenden, dritten Informationsveranstaltung wird das Ergebnis der VU und des IEK vorgestellt.

Frage: Was passiert mit baufälligen Immobilien im Gebiet? Welche Handhabe hat die Kommune?

Zunächst wird die Gemeinde auf dem Verhandlungsweg versuchen, die EigentümerIn zur Sanierung zu bewegen und Möglichkeiten der Förderung aufzeigen. Wenn die Beratung nicht erfolgreich ist, kann gemäß § 177 BauGB ein Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot ausgesprochen werden. Nach § 144 BauGB ist u.a. die Veräußrung eines Grundstücks genehmigungspflichtig. Mit der Begrenzung des Kaufpreises soll Spekulationskäufen entgegen gewirkt werden.

Frage: Wie fließen die Bewertungen der Verkehrssituation aus der Selbstauskunft in die weitere Bewertung ein?

Nach Evaluierung der Selbstauskunft, kann ein Meinungsbild erstellt werden. Wie sich bereits jetzt abzeichnet, ist eine Vielzahl von BürgerInnen mit der Verkehrssituation sehr unzufrieden. Die Bestandsanalyse wird sich eingehend mit dem Thema beschäftigen. Dabei werden auch Kritikpunkte und Verbesserungsmöglichkeiten von den Bürgern abgewogen, um ein Maßnahmenkonzept zu entwickeln, das die Situation verbessert.

Ausblick

Bis Sommer 2016 wird die Bestandsanalyse fertig gestellt, die Ergebnisse des Stationenrundgangs werden in die Bewertung einfließen. Die Ergebnisse werden der Öffentlichkeit in einer zweiten Informationsveranstaltung, voraussichtlich im September vorgestellt. Der Termin für die Veranstaltung wird rechtzeitig über die Presse und das Internet bekannt gegeben. Alle EigentümerInnen werden schriftlich eingeladen. TeilnehmerInnen, die bei der ersten Informationsveranstaltung Ihre E-Mail –Adresse mitgeteilt haben, werden direkt per E-Mail zur Veranstaltung eingeladen.

Aufbauend auf der Bestandsaufnahme und –analyse wird das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept erarbeitet. Über einen Zwischenstand wird in der zweiten Informationsveranstaltung berichtet

Die Ergebnisse der Vorbereitenden Untersuchungen (VU) mit Integriertem Städtebaulichen Entwicklungskonzept (IEK) werden der Öffentlichkeit in einer dritten Informationsveranstaltung präsentiert. Ein Bürgerschaftsbeschluss zu VU und IEK Lübeck Altstadt wird im 1. Quartal 2017 angestrebt.

Auswertung der abgegebenen Stellungnahmen bei der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Beteiligung vom 19.04.2016 - 13.05.2016 und 15.01.2019 - 19.02.2019 (vereinzelt geänderte Fristen i.d.R. aufgrund nachträglich korrigierter Adressdaten)

Träger öffentlicher Belange	Schreiben vom:	Stellungnahme	Ergebnis der Prüfung
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	27.04.2016 29.01.2019	Die Belange der Bundeswehr sind berührt, denn das Planungsgebiet liegt im Interessengebiet der Luftverteidigungs-Radaranlage Elmenhorst. Die Bundeswehr hat keine Einwände/Bedenken zur vorbereitenden Untersuchung gemäß § 141 BauGB. durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände. Eine weitere Beteiligung des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr ist nicht mehr notwendig.	Zur Kenntnis genommen.
Deutsche Bahn AG DB Immobilien Region Nord	13.05.2016	Gegen die Abgrenzung des Geltungsbereiches bestehen bei Beachtung und Einhaltung der nachfolgenden Hinweise aus Sicht der DB AG und ihrer Konzernunternehmen keine Bedenken. Auf die Mehrung des Bahnverkehrs mit Fertigstellung der Fehmarn-Belt-Querung wird hingewiesen. Bei Wohnbauplanungen in der Nähe von lärmintensiven Verkehrswegen wird auf die Verpflichtung des kommunalen Planungsträgers hingewiesen, aktive (z.B. Errichtung Schallschutzwände) und passive (z.B. Riegelbebauung) Lärmschutzmaßnahmen zu prüfen und festzusetzen. Je weiter die Orientierungswerte der DIN 18005-1 überschritten werden, d.h. je stärker der Lärm das Wohnen beeinträchtigt, desto gewichtiger müssen die für die Wohnbauplanung sprechenden städtebaulichen Gründe sein, und umso mehr hat die Gemeinde die baulichen und technischen Möglichkeiten auszuschöpfen, die ihr zu Gebote stehen, um diese Auswirkungen zu verhindern.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Bundesnetzagentur	29.01.2019	Nachfolgend können Sie die Namen und Anschriften der in dem ermittelten Koordinatenbereich tätigen Richtfunkbetreiber, die für Sie als Ansprechpartner in Frage kommen, entnehmen. Durch deren rechtzeitige Einbeziehung in die weitere Planung ist es ggf. möglich, Störungen des Betriebs von Richtfunkstrecken zu vermeiden. Betreiber von Richtfunkstrecken Vorgangsnummer: 26955 Baubereich: Lübeck; Landkreis Lübeck, Hansestadt Koordinaten-Bereich (WGS 84 in Grad/Min./Sek.) NW: SO: 10E4053 53N5213 10E4142 53N5137	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

		Betreiber und Anschrift: E-Plus Service GmbH E-Plus-Straße 1 40472 Düsseldorf Innenministerium Schleswig-Holstein Mühlenweg 166 , Haus 12 24116 Kiel Stadtverwaltung Lübeck Breite Str. 62 23552 Lübeck Telefónica Germany GmbH & Co. OHG Georg-Brauchle-Ring 50 80992 München Vodafone GmbH Ferdinand-Braun-Platz 1 40549 Düsseldorf Die von Ihnen angefragte Standortplanung befindet sich im Schutzbereich einer Messeinrichtung des Prüf- und Messdienstes der Bundesnetzagentur. Deshalb habe ich Ihre Anfrage zur ergänzenden Prüfung weitergeleitet an die Bundesnetzagentur, Referat 511, Canisiusstr. 21, 55122 Mainz. Durch das Referat 511 wird noch untersucht, ob die notwendigen Schutzabstände zu den vorhandenen funktechnischen Messeinrichtungen der Bundesnetzagentur eingehalten werden. Sollten hier noch besondere Festlegungen zu berücksichtigen sein, werden Sie darüber in einem gesonderten Schreiben in Kenntnis gesetzt. Für Ihre zukünftigen Anfragen verwenden Sie bitte das Formular im Anhang und senden es an: 226.Postfach@BNetzA.de<mailto:226.Postfach@BNetzA.de> Die Datenschutzerklärung der Bundesnetzagentur finden Sie unter: https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Service/Datenschutz/Datenschutz_node.html Wichtige Informationen zur Bauleitplanung finden Sie auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter: www.bundesnetzagentur.de/bauleitplanung<http://www.bundesnetzagentur.de/bauleitplanung> Hinweis: Anhang Formular zur Abfrage war der Stellungnahme beigefügt	
Deutsche Telekom Technik GmbH	02.05.2016 18.01.2019	Im Innenstadtbereich der Hansestadt Lübeck befinden sich zum Teil sehr umfangreiche Kabelkanalanlagen, sonstige Rohranlagen und natürlich Kabelanlagen der Telekom Deutschland GmbH. Diese Anlagen lassen sich zum Teil nur unter sehr hohem Aufwand verändern, wobei zudem die Enge der Straßen und Wege und der einzuhaltende Denkmalschutz erschwerend hinzukommen. Erforderliche Änderungen können aus diesen Gründen folglich mit sehr hohen Kosten verbunden sein. Sämtliche Änderungen an Anlagen der Telekom Deutschland GmbH, die aufgrund von Baumaßnahmen in einem förmlich festgelegten Entwicklungs-/Sanierungsgebiet durch damit zusammenhängende Arbeiten erforderlich werden, sind kostenpflichtig und werden somit dem Veranlasser in Rechnung gestellt. Falls aufgrund von Sanierungsarbeiten Änderungen an Anlagen der Telekom erforderlich werden sollten, bitten wir um zeitgerechte Information, damit unsere Arbeiten ebenfalls zeitgerecht durchgeführt werden können. Eigene Maßnahmen seitens der Telekom sind zurzeit nicht geplant. Gegen die o.a. Planung haben wir keine Bedenken und verweisen auf unser/unsere Schreiben vom 02.05.2016.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Ev. Luth. Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg	18.02.2019	Direkt betroffen sind hier die beiden Ev.-Luth. Kirchengemeinden St. Aegidien und St. Marien, die über uns darüber informiert wurden. Mit dieser E-Mail erhalten Sie die Stellungnahme der Ev.-Luth. Kirchengemeinde St. Aegidien vom 17.02.2019, der wir inhaltlich zustimmen, mit der Bitte um Berücksichtigung im weiteren Verfahren.	Es ist beabsichtigt, den Ev. Luth. Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg frühzeitig bei der Planung von Einzelmaßnahmen zu beteiligen. Die Hinweise werden zur Kenntnis

		Bei Rückfragen stehen Ihnen in der Ev.-Luth. Kirchengemeinde St. Aegidien der Vorsitzende des Kirchengemeinderates, Herr Joachim Nolte über das Kirchenbüro unter mail@aegidien-kirche-luebeck.de, Tel. 0451 / 705622 und meine Person in der Bauabteilung des Ev.-Luth. Kirchenkreises zur Verfügung. Stellungnahme: Die Ev. Luth. Kirchengemeinde St. Aegidien zu Lübeck unterstützt Bewahrung und behutsame Weiterentwicklung der Welterbestätte Lübecker Altstadt als gesamtstädtisches Ensemble. Dazu leistet sie mit dem Unterhalt und dem Erhalt der St. Aegidien Kirche und Ihrer Gebäude Aegidienkirchhof 1-3 sowie den Pastoraten Aegidienstraße 75 und 77 bereits jetzt einen wichtigen Beitrag. Der Kirchengemeinderat verantwortet hier ein historisches städtebauliches Erbe. Er hat seine Stellungnahme im Spannungsfeld aktueller sozialer, infrastruktureller, wirtschaftlicher, stadträumlicher und ökologischer Fragestellungen vor dem Hintergrund des kirchlichen Auftrags beraten. Das Aegidienviertel ist ein Wohnquartier. Die bereits jetzt auf dem Kirchenareal vorhandene hohe Aufenthaltsqualität speist sich nicht zuletzt auch daraus, dass das Areal der Situation eines Wohnquartiers gerecht wird. Es steht den Bewohnern des Quartiers frei, sich die Flächen durch Nutzung ideell anzueignen (siehe den öffentlichen Raum an der Obertrave). Die vorhandenen freien Flächen auf dem Kirchenareal ohne fest installierte Sitzgelegenheiten ermöglichen vielfältige Begegnungen und Veranstaltungen im öffentlichen Raum. Diese Nutzungsmöglichkeiten sollten erhalten bleiben. Die Kirchengemeinde sieht sich auch mittelfristig außer Stande 310.000 € zur Umgestaltung des Kirchenareals aufzubringen. Inhaltlich sieht die Kirchengemeinde derzeit dazu keine Notwendigkeit. Kirchensteuermittel dürfen dazu nicht aufgewendet werden. Zur Vorbereitende Untersuchungen ,,Altstadt" Lübeck mit integriertem städtebaulichem Entwicklungskonzept (IEK), Zwischenbericht, Stand 18.12 .2018, im Einzelnen: Maßnahme23 Umgestaltung des Kirchenvorplatzes und der Grünanlage St.-Aegidienkirche (Seite 109) Bei allen Maßnahmen ist zu berücksichtigen, dass auf der Rasenfläche nördlich der Kirche Grabplatten auf den hier ehemals vorhandenen Friedhof hinweisen. - Die Zugänglichkeit der Kirchen für PKW und LKW (Lieferverkehr, Handwerker) muss erhalten bleiben. Für Konzerte, Proben, Veranstaltungen und Gottesdienste muss es weiterhin möglich sein mit Transportern notwendiges Material bis hin zu schweren Musikinstrumenten anzuliefern. Ferner muss weiterhin die Zugänglichkeit mit PKW's nicht nur für Menschen mit Behinderung gewährleistet sein. Das trifft auf den turmseitigen Kirchvorplatz zu. - Die Einnahmen aus der Parkplatzvermietung stellen einen Beitrag zum Erhalt der Kirche (Gebäude) dar. Zur St. Annen-Straße und zur Schildstraße hin werden Parkplätze für PKW an Anlieger vermietet. Eine mögliche Erhöhung der Aufenthaltsqualität durch das Entfernen dieser Parkmöglichkeiten muss abgewogen werden gegen den Einnahmeverlust. - 22 Bäume schützen Umwelt und Klima und erhöhen die Aufenthaltsqualität.	genommen. Für die Parkplatznutzung auf dem Kirchengelände konnte in den Archivakten keine Genehmigung festgestellt werden. In der Angelegenheit wird eine weitere Prüfung erfolgen.

		Mit den 22 Bäumen (20 Linden, 1 Ahorn, 1 Platane) auf dem Gelände um die Kirche herum leistet die Gemeinde schon jetzt einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz und zur Aufenthaltsqualität. Die Kosten für den (verkehrssicheren) Unterhalt der Bäume betragen ca. 2.000 € im Jahr. Auf der nördlichen Rasenfläche kommt es durch die vorhandenen Bäume zu Verschattungen und Beeinträchtigungen des Niederschlags. Beides beeinträchtigt den Wuchs des Rasens negativ. Zum Teil versandet die Fläche. - Die Entsiegelung von Flächen führt nicht zwangsläufig zu einer Erhöhung der Aufenthaltsqualität Die Nördliche Rasenfläche wird von Hundebesitzern häufig als ‚Hundeklo' genutzt. Trotz vorhandener Kotbeutelspender und trotz des Gebrauchs von Hundekotbeutel kommt es zu einer Hinterlassenschaft von Hundekot, die ein Betreten und/oder Verweilen auf dieser ansonsten einladend gelegenen Fläche keine Aufenthaltsqualität verspricht. - Aufenthaltsqualität und Nutzungsmöglichkeiten verbessern Die vorhandenen freien Flächen auf dem Kirchenareal, die von festen Sitzmöbeln freie Flächen, ermöglichen vielfältige Begegnungen und Veranstaltungen im öffentlichen Raum. Eine Möblierung würde diese freien Gestaltungsmöglichkeiten einschränken. Das Aegidienviertel ist ein Wohnquartier. Die bereits jetzt auf dem Kirchenareal vorhandene hohe Aufenthaltsqualität speist sich nicht zuletzt auch daraus, dass das Areal der Situation eines Wohnquartiers gerecht wird. Es steht den Bewohnern des Quartiers frei, sich die Flächen durch Nutzung ideell anzueignen (siehe der öffentliche Raum an der Obertrave). Einer Nutzung der Freifläche St. Annen-Straße Ecke Aegidienstraße durch das Cafe Sofa (Anwohnerinitiative) steht die Kirchengemeinde positiv gegenüber. Eine entsprechende Nutzung erfolgte bereits über 10 Jahre durch das Marli-Cafe.	
Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR	21.02.2019	Innerhalb des vorgeschlagenen Sanierungsgebietes befindet sich folgende unmittelbar dem Finanzministerium zugeordnete Landesliegenschaft: 1. Polizeirevier Lübeck, Mengstraße 18-20 Bei dem sanierungsrechtlichen Abwägungsgebot und den weiteren Planungen bitten wir folgendes zu berücksichtigen: Geplante Erneuerungs- und Umgestaltungsmaßnahmen der Mengstraße und der Straße Fünfhausen dürfen die Erreichbarkeit der Polizei nicht einschränken. Bei der Planung öffentlicher Stellplätze ist eine gute Erreichbarkeit und Bürgernähe der Polizei zu berücksichtigen. Wir bitten Sie die GMSH im weiteren Verfahren zu beteiligen. Bitte verwenden Sie dazu ausschließlich die angegebene Postadresse in Kiel und nicht die unseres Büros in Lübeck	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Handwerkskammer Lübeck	12.05.2016 01.02.2019	Nach Durchsicht der uns übersandten Unterlagen können wir noch keine weitergehenden Aussagen treffen, bitten jedoch darum, die Belange der Handwerksbetriebe zu berücksichtigen. Sollten durch die Flächenfestsetzungen Handwerksbetriebe beeinträchtigt werden, wird sachgerechter Wertausgleich und frühzeitige Benachrichtigung betroffener Betriebe erwartet. nach Durchsicht der uns übersandten Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass in obiger Angelegenheit aus der Sicht der Handwerkskammer Lübeck keine Bedenken vorgebracht werden.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

		Sollten durch die Flächenfestsetzungen Handwerksbetriebe beeinträchtigt werden, wird sachgerechter Wertausgleich und frühzeitige Benachrichtigung betroffener Betriebe erwartet.	
Hansestadt Lübeck 3.370 Feuerwehr	11.05.2016	Aus unserer Sicht ergeben sich folgende wesentliche Punkte : • Die Gewährleistung der Erreichbarkeit der verschiedenen Gebäude für Löschfahrzeuge und ggf. eines Drehleiterfahrzeuges (hier ist die Beachtung der Anforderungen aus der DIN 14090 bzw. der Richtlinie des Landes SH "Flächen für die Feuerwehr" erforderlich; Beispielhaft seien hier Fahrradien und die "Schleppkurven" sowie Durchfahrt breiten und Aufstellflächen genannt). Der hohe Parkplatzbedarf der Anwohner führt in diversen Straßenzügen dazu, dass diese Straßenzüge für Löschfahrzeuge nicht mehr oder nur eingeschränkt befahrbar sind. Dies führt regelmäßig zu Problemen bei Baugenehmigungsverfahren für geplante Aus- oder Umbauten / Nutzungsänderungen, bei denen der 2. Rettungsweg auf Grund der beengten Straßenverhältnisse nicht sichergestellt werden kann. Weiter behindern an einigen Stellen (legal) abgestellte Kraftfahrzeuge oder Fahrräder an Fahrradbügeln Feuerwehrzufahrten zu Innenhöfen (z.B. in der Glockengießer Straße zum Katharineum - Schulhof / bzw. Emanuel-Geibel-Schule) • Durchfahrtsperrungen z.B. durch Poller verzögern die Erreichbarkeit für Feuerwehr und Rettungsdienst gleichermaßen (Poller demontieren ergibt etwa 2-3 min Verzögerung zum Notfall Ort, z.B. Hüxstr.) Hierbei ist auch zu beachten, dass ggf. Einsatzfahrzeuge nicht immer die vorgegebenen Fahrtrichtungen einhalten können, wenn Einsatzorte z.B. aus 2 Richtungen angefahren werden müssen. • Poller auf "Nebenflächen" z.B. zum Schutz von Gehwegen schränken z.T. die Ausweichmöglichkeiten für Feuerwehr und Rettungsdienst ein. Der abgesperrte Raum kann nicht mehr für z.B. Fahrzeugüberhänge vor und hinter den Achsen einer Drehleiter genutzt werden. • Die Sicherstellung einer ausreichenden Löschwasserversorgung gemäß den Vorgaben des DVGW - Arbeitsblattes 405 - in Abhängigkeit der Gebäudeklassen und Sonderbaueinstufungen nach der Landesbau Ordnung Schleswig-Holstein und ihren Anhängen / bzw. der Sonderbauvorschriften ist erforderlich. Durch die EU-Trinkwasserverordnung ergeben sich hier Konflikte im Bezug auf die vom Wasserversorger zu garantierenden Trinkwasserlieferleistungen und dem erforderlichen Löschwasserbedarf der Feuerwehr. Hier ist eine enge Abstimmung mit dem Netzbetrieb "Wasser" der Stadtwerke Lübeck erforderlich, da der laut Brandschutzgesetz Schleswig-Holstein von der Gemeinde sicher zu stellenden Löschwassermengenbedarf nicht immer über das Trinkwassernetz gewährleistet werden kann. Mit den angekündigten Querschnittsverkleinerungen der Trinkwasserleitungen wird sich dieser Zielkonflikt noch weiter verschärfen. • Weitere "Konflikte" ergeben sich durch eine Vielzahl von Baustellen, die Feuerwehr und Rettungsdienst zu Ausweichverkehren über gesperrte Straßenzüge/ Fußgängerzonen zwingen. Hieraus ergeben sich wiederum verstärkte Unfallrisiken, oder zum Teil sind auch durch die Ausdehnung der Baufelder einige Gebäude für Feuerwehr und Rettungsdienst mit Fahrzeugen nicht mehr erreichbar. Über Vorgespräche wurde regelmäßig versucht, die entsprechenden Baufelder auf max. 25m lange, nicht befahrbare Abschnitte zu begrenzen. Wirtschaftlicher Druck ist hier in der Regel der zur Abweichung führende Faktor.	Es ist beabsichtigt, den Bereich 3.370 – Feuerwehr frühzeitig bei der Planung von Einzelmaßnahmen zu beteiligen. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Hansestadt Lübeck 3.390 Umwelt-, Natur und Verbraucherschutz / 3.390.3 Umweltschutz	12.05.2016	1. Landschaftsplanerische Anmerkungen • Aus den hier vorliegenden Unterlagen wird der konkrete Anlass / eine Begründung des o.g. Vorhabens nicht erkenntlich. Es wird um entspr. Ergänzung im weiteren Verfahren gebeten. • Der vorgegebene Planungsumgriff des Programmgebietes (zentraler und südöstl. Teile der Altstadt) wird ebenfalls weder begründet noch erläutert. Um Ergänzung wird gebeten. • Der Landschaftsplan der HL sieht als Entwicklungsmaßnahme für die gesamte Lübecker Altstadt eine generelle Durchgrünung der bebauten Bereiche vor. Möglichkeiten einer stärkeren Begrünung intensiv bebauter Stadtbereiche wären beispielsweise Entsiegelung und Bepflanzung von Innenhöfen, Begrünung rückwärtiger (nicht denkmalgeschützter) Häuserfassaden oder Dachbegrünungen	Der Umgriff des Untersuchungsbereiches wurde in Abstimmung/ bzw. auf Weisung des MILI festgelegt.

		auf Anbauten, Garagen etc. Darüber hinaus sollte eine Bepflanzung öffentlicher Plätze mit Bäumen geprüft werden, z.B. „Krähenplatz“ oder Verbindung / Höfe „Pergamentenmachergang“. Die angesprochene Begrünung von Altstadtbereichen besitzt angesichts des gegenwärtigen und zukünftigen Klimawandels vor allem eine nicht zu unterschätzende bioklimatische Bedeutung durch die Schaffung „schattenspendender Oasen“ für die AnwohnerInnen und einer Verringerung der örtlichen Temperaturen in den Sommermonaten sowie der Verbesserung der Luftqualität (Sauerstoffanreicherung, Staubbindung) in der Altstadt – siehe auch Teilstellungnahme zum Gesundheitsschutz unten. Es wird um Berücksichtigung im Verfahren gebeten. • Detailliertere Informationen bezüglich objektbezogener Maßnahmen eines siedlungsnahen Arten- und Biotopschutzes, hier vor allem des faunistischen Artenschutzes (z.B. Fledermäuse, Turmfalken) an Gebäuden, können auf Nachfrage gegeben werden. 2. Klima- und Gesundheitsschutz Aus Sicht des Klimaschutzes ist die Minimierung des Heizenergieverbrauchs ein anzustrebendes Sanierungsziel. Im Lübecker Klimaschutzkonzept aus dem Jahr 2010 wird das hohe Energieeinsparpotential des Gebäudebestandes als wesentlicher Ansatz im kommunalen Klimaschutz genannt. Deshalb wurde auf Grundlage von Energieverbrauchsdaten aus dem Jahr 2010 und weiterer Kalkulationen ein gebäudescharfes Wärmenutzungskonzept für Lübeck erarbeitet. Dieses ordnet jedem Gebäude einen Wärmeenergieverbrauch zu und gibt somit Hinweise auf energetische Missstände im Bestand. Diese – als Geodaten zur Verfügung stehenden – Informationen können nach Absprache mit den Stadtwerken Lübeck zur Verfügung gestellt werden. Aus Sicht des Gesundheitsschutzes ist die Sicherstellung eines gesunden Lokalklimas / einer günstigen lufthygienischen Situation ebenfalls ein anzustrebendes Sanierungsziel. Für die Altstadt gibt es diesbezüglich Optimierungspotenzial. Der folgende Screenshot gibt erste grobe Hinweise auf Bereiche mit ungünstigen bioklimatischen Bedingungen im betrachteten Gebiet (rote Farbe). Ursache ist in der Regel ein hoher Versiegelungs- und Überbauungsgrad mit unzureichender Durchlüftung. - Anm.: Der Screenshot ist in der Begleitmail enthalten -	Es ist beabsichtigt, den Bereich 3.390 Umwelt-, Natur und Verbraucherschutz / 3.390.3 Umweltschutz frühzeitig bei der Planung von Einzelmaßnahmen zu beteiligen. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
	07.02.2019	Der Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz der HL nimmt zu dem o.g. Planentwurf aus Sicht der Landschaftsplanung und des Klimaschutzes Stellung. Wir bitten um Beachtung und Berücksichtigung im weiteren Verfahren. Landschaftsplanerische Stellungnahme Die Bewahrung und eine nachhaltige Weiterentwicklung der Lübecker Altstadt (südöstl. Teilbereich) als UNESCO-Welterbestätte sowie die entspr. VU werden aus landschaftsplanerischer Sicht grundsätzlich begrüßt. Der wesentliche fachliche Ansatzpunkt aus landschaftsplan. Perspektive sind die Grün- und Freiraumstrukturen des Untersuchungsgebietes, sowohl in stadtökologischer als auch in erholungsbezogener Hinsicht der AnwohnerInnen. • Grün- und Freiflächen Es ist richtig, dass aufgrund der historisch gewachsenen städtebaulichen Struktur eine, insbesondere quantitative, Grün- und Freiflächenentwicklung nur begrenzt möglich ist. Nennenswerte, größere und öffentlich nutzbare, Grün und Erholungsflächen im Untersuchungsgebiet stellen lediglich die Grünfläche am Krähenteich zwischen Rehderbrücke und Weberstraße und des Freibades sowie die Grünfläche rund um die Aegidienkirche dar. Die im Entwurf genannten Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Grünanlage am Krähenteich (S. 99 f) werden von hier aus geteilt. Besonders positiv wären die (beschlossene) Auflösung des hier befindlichen städtischen Bauhofes und die funktionale Einbeziehung dieser Fläche in die umliegende Grünanlage. Hinsichtlich der Gestaltung der zusätzlichen Grünfläche wird von hier aus	

		die Anlage einer Obstwiese mit Beteiligung der AnwohnerInnen (Baumpflanzaktion o.ä.) empfohlen. Die Obstwiese wäre auch als Spiel- und Liegewiese nutzbar. Darüber hinaus sollte mittel- bis langfristig eine Übernahme der am Krähenteich befindlichen privaten Kfz-Stellplatzflächen in städtisches Eigentum sowie deren Integration in die umfassende Grünanlage angestrebt werden. Auch die vorgesehenen Maßnahmen für eine Entwicklung der die Aegidienkirche umgebenden Flächen (S. 109) werden begrüßt. Die angestrebte Erhöhung der Aufenthaltsqualität für AnwohnerInnen und ggf. TouristInnen muss allerdings nicht einhergehen mit einer nicht bestimmten „Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten“. Es wird von hier aus ergänzend angeregt, die südl. an die Kirche angrenzenden Kfz-Stellplatzflächen aufzuheben und die somit frei werdende, sonnenexponierte Fläche ebenfalls als Grün- und Erholungsfläche zu gestalten. • Stadtplätze Der Platz an der Krähenstraße stellt (neben den Plätzen um die Marienkirche) den einzigen offenen Platz im Untersuchungsgebiet dar. Eine Umgestaltung des Platzes sollte im Zusammenhang mit einer Verringerung der Breite der Krähenstraße als Verkehrsraum erfolgen. Die vorgesehene „Reduzierung“ der hier befindlichen Stellplätze (S. 138 f) sollte zugunsten einer gänzlichen Aufhebung der Kfz-Stellplätze erweitert werden. Im Zuge einer Umgestaltung zu einem Stadtplatz mit hoher Aufenthaltsqualität für die Bevölkerung sollten die hier vorh. Bäume einbezogen werden. Im Lübecker Stadtgebiet existiert bereits eine Reihe jüngerer, beispielgebender Umgestaltungsprojekte von Stadtteilplätzen, wie der Meesen- und der Brolingplatz oder der Kücknitzer Kirchplatz sowie die Fähr- und Kirchenplätze in Travemünde. • Allgemeine Begrünung Der (von der BS beschlossene) Landschaftsplan der Hansestadt Lübeck sieht als generelle Maßnahme eine Durchgrünung der gesamten Altstadtinsel, vor allem zur Verbesserung des Stadt- und Landschaftsbildes, vor. So könnten beispielsweise, wo immer möglich (z.B. Pergamentenmachergang), kleinflächige „Grüne Oasen“, ähnlich den „Bürgergärten“ in der Königstraße entwickelt werden. Darüber hinaus sollte bedacht werden, dass eine Grünentwicklung nicht gleichzusetzen ist mit der Schaffung von Grünflächen. Im engbebauten Umfeld wären auch punktuelle Grünelemente wie einzelne Bäume und Baumgruppen (geeignete Baumarten und Baumsorten!) oder Dach- und Fassadenbegrünung, gerade in hinteren Bereichen der Altstadtbebauung, denkbar. Neben den positiven ökologischen Wirkungen ist die Schaffung von mehr Grünsubstanz nicht nur, wie bekannt, bioklimatisch relevant, sondern auch im Zuge des Klimawandels bedeutsam (z.B. durch Schattenspende und Temperaturabsenkung in zukünftig heißen Sommermonaten). Es sollte darum geprüft werden, ob entspr. private Begrünungsmaßnahmen aus Städtebauförderungsmitteln finanziell unterstützt werden können. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Erkenntnis, dass in einer mittelalterlichen Stadt Grün- und Freiräume nur wenig ausgeprägt waren / sind (S. 60), zwar richtig ist – das gilt aber auch für den (ruhenden) Kfz-Verkehr in der Altstadt. Er besitzt ebenfalls keine historische Begründung / Rechtfertigung, hat sich jedoch, im Gegensatz zu den Grünflächen, flächenhaft stark ausgebreitet (Straßen, Plätze, Blockinnenbereiche, Parkhäuser etc.). Stellungnahme zum Punkt Klimaschutz (Ansprechpartnerin Frau Schäfers) Bereits im Rahmen der Voruntersuchung (2016) hat UNV darauf hingewiesen, dass die Minimierung des Heizenergieverbrauchs ein anzustrebendes Sanierungs- bzw. Entwicklungsziel im Konzept sein sollte. Als Grundlage wurden gebäudescharfe Energieverbrauchsdaten aus dem Jahr 2010 angeboten, welche gute Hinweise auf energetische Missstände im Bestand geben. Dieses wurde für die folgende Ausarbeitung (Ermittlung des Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarfs) nicht aufgegriffen verbunden mit einer kurzen Erklärung und dem Fazit: „Maßnahmen zur Wärmeeinsparung stellen sich im Untersuchungsgebiet überwiegend als nicht umsetzbar und zielführend dar“. Dieses wird im Wesentlichen pauschal mit Argumenten des Denkmalschutzes und der dichten	Die Bewertung des baulichen Zustands der Gebäude im Untersuchungsbereich erfolgte anhand einer äußeren Inaugenscheinnahme im Rahmen der Vor-Ort-

		Bebauung begründet. Hier vermisst UNV eine differenzierte Vorgehensweise, um die tatsächlich vorhandenen Energiesparpotentiale aufzudecken und das energetische Sanierungspotential darzustellen. Dieses scheint beträchtlich zu sein: Laut Wärmenutzungskonzept werden in der Innenstadt knapp 60.000 Tonnen CO2 jährlich durch die Beheizung von Gebäuden erzeugt. Die Innenstadt hat im Vergleich zu den anderen Lübecker Stadtteilen eine sehr hohe Wärmedichte. Laut Aussage des oben zitierten Wärmenutzungskonzeptes gibt es eine Gas-Infrastuktur, die nicht erschöpfend genutzt wird. Aus ökologischen und ökonomischen Gründen wurde dort die Erweiterung der Erdgasinfrastruktur empfohlen. Perspektivisch können regenerative Energieträger in Gasnetze eingespeist werden. Gebäude ohne Denkmalschutz Aus Plan 3 des Gutachtens wird deutlich, dass ein erheblicher Teil der Bebauung kein eingetragenes Kulturdenkmal ist. Ein Abgleich mit den gebäudescharfen Energieverbrauchsdaten (im GIS schnell erledigt) hätte direkte Hinweise auf den energetischen Sanierungsbedarf nicht denkmalgeschützter Häuser ergeben. Energieeffizienz/ Erneuerbare Energien Auch bei Gebäuden mit Schutzstatus gibt es diverse Ansätze zur energetischen Gebäudesanierung, wie zum Beispiel die Dämmung der obersten Geschossdecke oder der Kellerdecke. Hier könnten durch einen Abgleich mit den Energieverbrauchsdaten ebenfalls schnell Missstände ermittelt werden. Für die anschließende Potentialermittlung stehen Spezialisten bereit, speziell ausgebildete Sachverständige „EnergieberaterInnen für Baudenkmale“, deren Arbeit durch bundesweite Fördermittel unterstützt wird. Der Gesetzgeber weist ausdrücklich darauf hin, dass Maßnahmen zur energetischen Ertüchtigung nicht automatisch im Widerspruch zum Denkmalschutz stehen. Weiterhin wird mit Bezug auf thermische Solaranlagen auf die fehlende Möglichkeit zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen verwiesen. Es gibt Alternativen, zum Beispiel die Wärmepumpe und die oben erwähnte Einspeisemöglichkeit von Biogas in vorhandene Erdgasnetze. Der Klimaschutzplan der Bundesregierung setzt auf einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand bis 2050 durch Kombination von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Dieses ehrgeizige Ziel bedeutet, dass der Gebäudeenergieverbrauch auch in der Lübecker Altstadt drastisch gesenkt werden muss. Ein in die Zukunft gerichtetes städtebauliches Entwicklungskonzept sollte dieses Ziel mitgestalten und Chancen aufzeigen, anstatt sich auf die Hindernisse zu fokussieren. Ohne den Ausstieg aus den fossilen Energiequellen im Wärmesektor sind die bundes- und landesweiten Klimaschutzziele nicht erreichbar. Die Folgen für die nachfolgenden Generationen sind bekannt.	Bestandsaufnahme. Dabei wurden die Bauteile Fassade und Außenwände, Dachhaut und Gauben, Fenster und Türen sowie die Sockelbereiche aufgenommen, sofern sie einsehbar waren. Aus der Einzelbewertung der Bauteile wurde der durchschnittliche Zustand des Gebäudes abgeleitet und die Zuordnung in den entsprechenden Kategorien der Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarfe vorgenommen. Eine Inaugenscheinnahme des Innenraums der Gebäude erfolgte nicht. Die Beurteilung wurde durch Selbstauskünfte der EigentümerInnen ergänzt. Bauliche Nebenanlagen und nicht zugängliche Bebauung im Blickinnenbereich konnten nicht berücksichtigt werden.
Hansestadt Lübeck 3.700 Entsorgungsbetriebe	03.05.2016	Die Entsorgungsbetriebe planen im gesamten Stadtgebiet die Entwässerung von Misch- auf Trennsystem umzustellen. In großen Bereichen ist dieses bereits geschehen. In der Anlage haben wir die Bereiche im Plangebiet dargestellt, in denen die Umstellung in den kommenden Jahren noch realisiert werden muss. Die Umstellung von Misch- auf Trennsystem erfolgt in den meisten Fällen durch den Neubau von Schmutz –und Regenwasserkanälen im Bereich der öffentlich gewidmeten Straßenverkehrsflächen. In diesem Zusammenhang werden dann auch Grundstücksanschlüsse gebaut. Somit hat die Trennung der Entwässerung im öffentlichen Bereich auch Auswirkungen auf die privaten Grundstücke, die ihre Entwässerungsanlagen ebenfalls umstellen müssen. Dieses ist bei Sanierungsarbeiten auf den Grundstücken, auch bei fehlender Trennung im öffentlichen Bereich, im Vorwege zu berücksichtigen. In der Anlage erhalten Sie einen Planausschnitt mit Darstellung der Straßenzüge in denen die Trennung noch durchgeführt werden muss.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Hansestadt Lübeck 5.610 Stadtplanung und	04.02.2019	Aufgrund der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen möchten wir darauf hinweisen, dass es sich bei den Blockinnenhöfen überwiegend um private Flächen handelt, die von dem Bereich Wirtschaft und Liegenschaften verwaltet werden. Auf diesen Flächen	Zur Kenntnis genommen.

Bauordnung / 610.5 Bauaufsicht / Bauberatung – Bauordnung		liegen teilweise Baulasten für Stellplätze sowie Geh-, Fahr- und Leitungsrechte, die entsprechend bei Flächenumgestaltungen zu berücksichtigen wären.	
Hansestadt Lübeck 5.660 Stadtgrün und Verkehr / Planung, Entwurf und Verfahren	10.03.2016	Im dargestellten Bereich der süd-östl. Altstadt sind in den kommenden 5 Jahren keine Straßenum- oder Ausbauvorhaben geplant (vgl. aktuelles I-Programm des Fachbereiches). Mittel- bis langfristig habe ich Kenntnis von perspektivischen Straßenraumneugestaltungen im Bereich Schüsselbuden, Krähenstraße und Balauerfohr (kleiner Abschnitt vom jetzigen Ausbaubereich bis zur Krähenstraße). Zur Krähenstraße wurden im Januar 2010 mal grobe Kostenannahmen getroffen (siehe Anlage).	Zur Kenntnis genommen.
Hansestadt Lübeck 5.660 Stadtgrün und Verkehr / Planung, Entwurf und Verfahren	26.04.2016	Der Bereich Stadtgrün und Verkehr hat im Untersuchungsgebiet keine Maßnahmen geplant oder Finanzmittel in das Investitionsprogramm eingestellt. Die konzeptionellen Überlegungen werden bei der Stadtplanung 610.4 Verkehrsplanung angestellt, wir sind nur Träger öffentlicher Belange und Straßenbaulastträger.	Zur Kenntnis genommen.
Hansestadt Lübeck 5.660 Stadtgrün und Verkehr / Straßenverkehrsbehörde	13.05.2016	Geplante Maßnahmen, die berücksichtigt werden sollten: - Straßenraumneugestaltung (perspektivisch) in den Bereichen Schüsselbuden, Krähenstr. und Balauerfohr. - Für den Marienkirchhof soll kurz- bis mittelfristig eine Erbbaurechtsbestellung zugunsten der Ev.-Luth. Kirchengemeinde St. Marien vorgenommen werden, die Umgestaltungen in dem Bereich zur Folge haben werden. - Derzeit erfolgten Baumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Parkhaus Wehdehof, die den Untersuchungsbereich jedoch lediglich tangieren.	Zur Kenntnis genommen
Hansestadt Lübeck 5.660 Stadtgrün und Verkehr./. Straßenverkehrsbehörde	22.03.2019	Zu den überlassenen Unterlagen und den Informationen aus dem stadtinternen Gespräch am 15.02.2019 nimmt der Bereich Stadtgrün und Verkehr wie folgt Stellung: - Der Bereich Stadtgrün und Verkehr begrüßt grundsätzlich die Maßnahmen zur Aufwertung der Innenstadt. - Damit eine Umsetzung der dargestellten Maßnahmen gelingen kann, ist aus hiesiger Sicht zwingend eine frühzeitige und transparente Kommunikation / Abstimmung zwischen den Bereichen Stadtplanung und Bauordnung und Stadtgrün und Verkehr erforderlich, die die vorhandene Personaldecke –sowohl für die Planungs-, als auch für die Ausführungsphase- und die sich daraus ergebenden Umsetzungszeiträume berücksichtigt. - Die o.g. frühzeitige und transparente Kommunikation muss weiterhin deshalb garantiert werden, damit der hiesige Bereich in die Lage versetzt wird, benötigte Haushaltsmittel rechtzeitig einzustellen. Die Straßenverkehrsbehörde weist darauf hin, dass bei der späteren Realisierung jeder einzelnen in der VU dargestellten Maßnahme die Anwendung des Straßenverkehrsrechts zwingend erforderlich ist.	Es ist beabsichtigt, den Bereich 5.660 Stadtgrün und Verkehr./. Straßenverkehrsbehörde frühzeitig bei der Planung von Einzelmaßnahmen zu beteiligen. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Industrie- und Handelskammer Lübeck	11.02.2019	Von unserer Seite gibt es keine ergänzenden Hinweise. Lediglich sollten die betroffenen Unternehmen weiterhin über das Verfahren informiert gehalten werden, damit diese sich auf mögliche Maßnahmen und Kosten frühzeitig einstellen können.	Zur Kenntnis genommen.
Koordinierungsbüro Wirtschaft in Lübeck GmbH	26.04.2016	Es sind keine mittel- bis langfristig Projekte in dem definierten Planungsgebieten in der Lübecker Altstadt geplant (Fehlanzeige). Der in der Anlage zum Schreiben umrissene Geltungsbereich betrifft keines unserer bislang bekannten zukünftigen Projekte.	Zur Kenntnis genommen.
Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-	04.02.2019	Kurzstellungnahme Das Plangebiet befindet sich in den wesentlichen Teilen nicht innerhalb eines Hochwasserrisikogebiets im Sinne von § 73 Abs. 1 WHG.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Holstein		Eine Betroffenheit durch Küstenhochwasser kann für das Gebiet zwar nicht vollends ausgeschlossen werden. Diese beschränkt sich jedoch auf unbebaute Teilflächen im Bereich der Rehderbrücke und auf einige Gebäude in der Ufernähe des Krähenteichs. Ergebnis Aus Sicht des Küstenhochwasserschutzes bestehen gegen den Plan aktuell keine konkreten Bedenken. Auf das nicht auszuschließende Restrisiko für die genannte Bebauung wird hingewiesen. Hinweise -Der höchste jemals gemessene Sturmflutwasserstand (13.11.1872) für den Bereich Lübeck liegt ungefähr bei NHN + 3,35 m. Eine absolute Sicherheit vor Hochwasserereignissen ist in den genannten Bereichen folglich nicht gegeben. -Aufgrund dieser Stellungnahme können Schadenersatzansprüche gegen das Land Schleswig-Holstein nicht geltend gemacht werden. -Eine gesetzliche Verpflichtung des Landes zum Schutz der Küste vor Abbruch und Hochwasserschutz besteht nicht und kann aus dieser Stellungnahme nicht abgeleitet werden.	
Landeskriminalamt - Kampfmittelräumdienst	18.05.2016 08.02.2019	Im Untersuchungsgebiet sind Kampfmittel nicht auszuschließen. Vor Beginn von Tiefbaumaßnahmen wie z.B. Baugruben, Kanalisation, Gas, Wasser, Strom und Straßenbau ist das Gebiet gem. Kampfmittelverordnung des Landes Schleswig-Holstein auf Kampfmittel untersuchen zu lassen. Bitte weisen Sie die Bauträger darauf hin, dass sie sich frühzeitig mit dem Kampfmittelräumdienst in Verbindung setzen sollten, damit Sondier- und Räummaßnahmen in die Baumaßnahmen einbezogen werden können. In der o. a. Gemeinde/Stadt sind Kampfmittel nicht auszuschließen. Vor Beginn von Tiefbaumaßnahmen wie z. B. Baugruben/Kanalisation/Gas/Wasser/Strom und Straßenbau ist die o. a. Fläche/Trasse gern. Kampfmittelverordnung des Landes Schleswig-Holstein auf Kampfmittel untersuchen zu lassen. Die Untersuchung wird auf Antrag durch das Landeskriminalamt Dezernat 33, Sachgebiet 331, Mühlenweg 166, 24116 Kiel durchgeführt. Bitte weisen Sie die Bauträger darauf hin, dass sie sich frühzeitig mit dem Kampfmittelräumdienst in Verbindung setzen sollten, damit Sondier- und Räummaßnahmen in die Baumaßnahmen einbezogen werden können.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein	03.05.2016 05.02.2019	Zu den Planungen der Stadt Lübeck bestehen aus agrarstruktureller Sicht keine Anregungen. Aus unserer Sicht bestehen zu der o.a. Planung keine Bedenken bzw. Änderungswünsche.	Zur Kenntnis genommen.
Netz Lübeck GmbH	13.05.2016	In den Anlagen erhalten Sie die von uns ermittelten Versorgungsleitungen, die von Seiten der Netz Lübeck GmbH ausgewechselt werden könnten. Je nach Maßnahme würde zum gegebenen Zeitpunkt noch eine Einzelprüfung erfolgen. Für folgende Straßen besteht innerhalb der nächsten 10 Jahre eventuell ein Auswechselungsbedarf für die Gas- und / oder Wasserversorgung. Mengstraße Marienkirchhof Krähenstraße An der Mauer Weberstraße	Es ist beabsichtigt, Netz Lübeck GmbH frühzeitig bei der Planung von Einzelmaßnahmen zu beteiligen. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

	15.02.2019	Der genaue Umfang der jeweiligen Maßnahmen muss im Rahmen der jeweiligen Straßenbauplanung festgelegt werden. Auswechselung einzelner Hausanschlüsse sind hier nicht berücksichtigt, diese werden dann im Rahmen eventueller Straßenbaumaßnahmen mit berücksichtigt. Für die Stromversorgung sind Dateien angefügt, aus denen Sie die einzelnen Abschnitte erkennen (siehe Anlage). Bezugnehmend auf ihr Schreiben vom 17. Januar 2019 bitten wir um eine zeitnahe Koordinierungsbeteiligung bei geplanten Straßenumgestaltungs- bzw. -Ausbaumaßnahmen. E-Mail Kontakt: Planung@netz-luebeck.de	
Schleswig-Holstein Netz AG	29.01.2019	aus Sicht der Schleswig-Holstein Netz AG stehen keine Gründe der am 15.01.2019 übermittelten Planungen entgegen. Die Schleswig-Holstein Netz AG hat aktuell keine Betroffenheit in dem aufgezeigten Gebiet ausmachen können, zusätzlich liegen keine Planungen vor, die in den Bereich fallen vor.	Zur Kenntnis genommen.
Seniorenbeirat	12.05.2016 19.02.2019	Der Seniorenbeirat der Hansestadt Lübeck ist zumindest in dieser Planungsphase kaum betroffen. Allerdings möchte er darauf hinweisen, dass beachtet werden sollte, dass an Kreuzungen die Bürgersteige abgesenkt werden sollten, damit auch Personen mit Rollator einigermaßen bequem die Straßenseite wechseln können. Stellungnahme Der Beirat begrüßt das Konzept und die vielfältigen Maßnahmen und dankt den MitarbeiterInnen der Verwaltung und den GutachterInnen für die durchgeführten Bestandsanalysen und die Beteiligungsmöglichkeiten, die in unterschiedlichen Formen und Methoden stattgefunden haben. Das IEK beinhaltet unzählige Vorschläge zur attraktiveren Gestaltung der Innenstadt und erlaubt einen positiven Blick in die Zukunft des Weltkulturerbes Lübeck. Schon heute leben 63 245 Menschen über 60 Jahren in unserer Stadt. Zwischen 2016 und 2023 wird es einen Zuwachs an älteren Menschen um 18,9% geben. Somit ist insbesondere die ältere Bevölkerung bei allen Maßnahmen im Blick zu behalten. Folgende Entwicklungen sind dem Beirat für Seniorinnen und Senioren besonders wichtig. Sie wurden teilweise in das Entwicklungskonzept aufgenommen, teils fanden sie keine Erwähnung. Zum Parken Mehr Freiflächen in der Innenstadt zu attraktiven Plätzen mit Aufenthaltsqualität umwandeln. Hierzu innerstädtische Parkflächen von den PKW befreien. Parkgebühren bis an die Schmerzgrenze erhöhen, um den ÖPNV zu fördern. Kurzzeitparkplätze im Ausnahmefall zulassen z.B. zur Erreichbarkeit vor Arztpraxen. Parkausweise reduzieren: Nur noch eine Genehmigung pro Haushalt. Parkhäuser in der Innenstadt vorrangig BewohnerInnen anbieten. Gustav-Radbruch-Platz untertunneln für Tiefgarage, um Touristen aus den Seebädern und anderen StadtbesucherInnen den Eintritt durch das historische Burgtor und zu den angrenzenden Museen bequem zu ermöglichen.	Es ist beabsichtigt, den Seniorenbeirat frühzeitig bei der Planung von Einzelmaßnahmen zu beteiligen. Die zahlreichen Anregungen und Anmerkungen der Stellungnahme des Seniorenbeirats werden als Diskussionsgrundlage im weiteren Planungsprozess berücksichtigt.

		Zur Verkehrsberuhigung Die Einfahrt in die Altstadt nur noch für Fahrzeuge mit Genehmigung ermöglichen. Handwerker, Ärzte, Handel können eine Tagesgenehmigung im Internet herunterladen und werden so für den Ausnahmefall registriert. Vorrang für Fußgänger und FahrradfahrerInnen. Minimierung des Individualverkehrs und Parksuchverkehr vermeiden, Mehr Aufenthaltsqualität, Straßen und Plätze barrierefrei, generationen- übergreifend und hochwertig gestalten. Zum ÖPNV und Mobilität Es ist ein Irrtum zu beschreiben, dass die derzeitig angebotene Kapazität des ÖPNV nachweislich ausreicht. Durch die betriebswirtschaftliche Optimierung wurde das Angebot lediglich zu einem ausreichenden (mit vielen Lücken) zusammen gestrichen. Zwar ist die Innenstadt tagsüber gut zu erreichen, aber - viele Busse kreuzen die Mittelachse Königstraße, was zu Einbußen in der Aufenthaltsqualität führt und - um Kultur wahr zu nehmen oder Restaurants zu besuchen, ist man auf Taxen oder den privaten PKW angewiesen, um nach Hause zu kommen in die anderen Stadtteile. Eine stündliche Sternfahrt des ÖPNV ist nicht akzeptabel. Außerdem ist der ÖPNV zu teuer (mit Köln der teuerste im Bundesgebiet!): Es muss überlegt werden, ob ein Jahresangebot für 365,--€ (vielleicht mit Beteiligung der Arbeitgeber) also 1,--€ pro Tag, die Attraktivität steigert. Auch eine Sozial-Card für Schüler, Studenten und Erwachsene und Kinder niedriger Einkommensgruppen sollte bedacht werden. Ringfahrscheine für die kleinen Besorgungen könnten auch attraktiv sein. Oder ein Sozialticket für alle Bedürftige anbieten, um eine im Grundgesetz zugestandene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten. Die Nachfrage nach Qualitätsverbesserungen bei den Buskunden gibt nicht wieder, warum so viele Menschen nicht den Bus besteigen. Diese Kunden zu rekrutieren ist im Sinne einer ökologischen und sozialen Qualität. Wünschenswert wären zusätzliche Haltestellen im Randbereich – Kanalstraße und Untertrave – um die Rippenstraße mit den Geschäften und dem zentralen Stadtteilbüro von den Rändern her zu erreichen. Auch ein zusätzlicher Shuttlebus von der Kanalstraße und der Untertrave, sollte noch einmal geprüft werden. Busspuren in die Innenstadt erlauben eine zügige Beförderung. In jedem Fall ist sicherzustellen, dass die Innenstadt für Seniorinnen und Senioren und mobilitätseingeschränkte Personen erreichbar bleibt. Zu Car-Sharing-Stationen Diese sollten an verschiedenen zentralen Orten vorzufinden sein, vorrangig mit Elektro-Tankstationen und Zubehör wie Gepäckträger, Hänger, Kindersitze etc.. Zum Fahrradverkehr Die zentrale Fahrradstraße muss besser befahrbar umgebaut und erweitert werden. Verbesserung des Radparkens durch mehr Fahrradbügel, auch an Haltestellen außerhalb der Innenstadt, um auf den Bus umstei-	

		gen zu können. Überdachte Fahrradstellplätze. Zum Fußgängerverkehr Im Straßenbau qualitätvolle Standards entwickeln, um mobilitätseingeschränkte Menschen die Teilhabe am Leben in der Stadt zu ermöglichen. Die Kantsteine müssen an allen Kreuzungsbereichen abgesenkt werden. Das Pflaster muss geschnitten sein oder es müssen rollfreie Wege für Rollstühle, Gehwagen, Kinderwagen etc. eingeplant werden. Das gilt auch für qualitätvolle Platzgestaltung. Sitzplätze in allen Straßen platzieren, möglichst mit beschattendem Grün oder Überdachung. Bei derzeit 63.245 SeniorInnen über 60 Jahren kann von einer jungen Stadt nicht gesprochen werden. Und der Alterungsprozess in der Alterspyramide der Stadt nimmt nachweislich zu. Zwischen 2016 und 2023 wird es einen Zuwachs von 18.9% über 60 jährigen geben. Zum Wohnen Im Wohnungsbestand fehlen generell in allen Stadtteilen 1-2 Zim. Wohnungen, da eine zunehmende Singularisierung zu beobachten ist. Zudem fehlen Wohnungen im geförderten Wohnungsbau. Stark nachgefragt sind vor allem in der Altstadt Gemeinschaftswohnanlagen, die von vielen SeniorInnen und Senioren wegen der kurzen Wege nachgefragt werden. Zur Belebung der Altstadt sollte auch die zentrale Verwaltung mittelfristig wieder in die Innenstadt zurückgeholt werden. Zur Grün- und Freiraumstruktur Eine Aufwertung des öffentlichen Raumes durch mehr Grün: In Blockinnenhöfen sollte das Parken verboten werden. Die Umgestaltung von Rathaushof und Marienvorplatz durch barrierefreies Pflaster und grüne Inseln erhöhen die Attraktivität. Der Schrangen könnte zum Scaterplatz mit Zuschauerplätzen ausgebaut werden (sehen und gesehen werden!), um mehr Jugendkultur in die Stadt zu holen. Zu Straßenräumen Die Schaffung eines Lichtleitplanes kann für eine bessere Beleuchtung und mehr subjektive Sicherheit sorgen. Das Oberflächenmaterial der Straßen muss barrierefrei und standardisiert (mit unterschiedlichen Kategorien), der Schilderwald reduziert werden. Sitzgelegenheiten vor den Geschäften und Cafes, Restaurants sollten kostenfrei angeboten werden. Sie erhöhen die Attraktivität der Stadt. Zur Klimaanpassung und zum Umweltschutz Die Vermeidung des PKW-Verkehrs und die Umrüstung des ÖPNV auf nachhaltige Technologien (Elektrotechnik oder besser noch Brennstoffzelle) versprechen entscheidende Fortschritte im Kleinklima der Innenstadt.	

<table>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>Die fehlende Begrünung durch sehr viel mehr Grün ausgleichen, um dem gegenwärtigen und zukünftigen Klimawandel etwas entgegen zu setzen. Dies entspricht auch den Zielen des Landschaftsplanes der Hansestadt Lübeck.
Mehr Bäume und Grünpflanzen auf den Plätzen und in den Blockinnenhöfen fördern.

Der Beirat sieht die dringende Notwendigkeit, folgende Themen stärker in den Blick zu nehmen, um im weiterführenden Beteiligungs- und Realisierungsprozess die Akzeptanz der Lübecker Bevölkerung für einschneidende und aus unserer Sicht begrüßenswerte Maßnahmen zu erreichen:

Alle Maßnahmen sind zusätzlich und ausdrücklich unter dem Aspekt des Klimawandels argumentativ zu stützen! Dem Klimawandel ein Kapitel zu widmen, ist in unserer schleswig-holsteinischen Region besonders erwähnenswert, weil schon heute die Anwohner der Obertrave mit erhöhten Wasserständen zu kämpfen haben.
Die Rückführung des Individualverkehrs hin zu einer lebendigen Stadt ohne Parksuchverkehr, ohne Bestandsschutz für parkende Anlieger und mit einer Hinwendung zur fußgänger-, und fahrradfreundlichen Stadt braucht eine Argumentationsgrundlage, die nicht ausschließlich auf die Historie und die Schönheit der mittelalterlichen Stadt zielt.
Der Wille, die Aufenthaltsqualität auf Straßen und Plätzen zu erhöhen, muss auch mit klimapolitischen Zielen untermauert werden.
Der Hinweis auf die Luftreinhaltung beinhaltet Qualität für BewohnerInnen und BesucherInnen gleichermaßen und kann, gerade in unserer Region an der Ostsee, zu einem Marktvorteil werden. Andere Gemeinden an Nord- und Ostsee machen es uns vor.
Hierzu würde auch die Begrünung von Plätzen mit Aufenthaltsqualität gehören, die vom beschattenden Grün in Hitzesommern, wie dem 2018, profitieren.

Das Mobilitätskonzept zeigt unterschiedliche Möglichkeiten auf, den Verkehr in der Innenstadt zurück zu drängen und damit zu verringern. Diese guten Vorschläge werden aber nur ihre Akzeptanz in der Bevölkerung finden, wenn der ÖPNV maßgeblich gestärkt wird und die Stadt dafür sehr viel mehr Geld in die Hand nimmt.
Schon bevor es zu Umlenkungen der Verkehrsströme kommt, sollte der ÖPNV mit besonders attraktiven Angeboten voran gehen.

Eine Mobilitätskampagne zusammen mit der lokalen Wirtschaft sollte angestrebt werden, um die neue Attraktivität der Innenstadt zu untermauern und mit gebündeltem Elan voran zu schreiten.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Stadtverkehr Lübeck GmbH</td>
<td>18.05.2016</td>
<td>Das Untersuchungsgebiet befährt der Stadtverkehr Lübeck GmbH und die Lübeck Travemünder Verkehrsgesellschaft mit Linienbussen. Betroffen sind die Streckenabschnitte in der Königstraße (Haltestelle Fleischhauerstraße), Schüsselbuden/Fünfhausen (Haltestelle Schüsselbuden) sowie in der Wahmstraße/Krähenstraße (Haltestelle Krähenstraße). Außerdem direkt im Grenzbereich des Untersuchungsgebiets liegen die Haltestellen Fegefeuer und Königstraße.

Die Linien fahren zum überwiegenden Teil in einem 15 bzw. 30 Minuten-Takt, nur die Linie 5 fährt in der Wahmstraße/Krähenstraße in einem 10-15 Minuten-Takt.

Das durchschnittliche Fahrgastaufkommen pro Tag (Montag-Freitag) entnehmen Sie der folgenden Tabelle.

<table>
<tr><th>Haltestelle</th><th>Richtung</th><th>Anzahl an Linien</th><th>Einsteiger</th><th>Aussteiger</th><th>Summe</th></tr>
</table>
</td>
<td>Es ist beabsichtigt, die Stadtverkehr Lübeck GmbH frühzeitig bei der Planung von Einzelmaßnahmen zu beteiligen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</td>
</tr>
</table>

Schüsselbuden	stadtauswärts	9	635	1.784	2.419		
Fleischhauerstraße	stadtauswärts	7	1.044	660	1.704		
Fegefeuer	stadteinwärts	8	1.357	1.782	3.139		
Krähenstraße	stadtauswärts	1	178	146	324		
Krähenstraße	stadteinwärts	1	152	237	389		
Königstraße	stadteinwärts	8	138	105	243		

Wir möchten darauf hinweisen, dass alle Haltestellen in der Lübecker Altstadt vor einigen Jahren einen neuen und modernen Fahrgastunterstand erhalten haben sowie zum großen Teil eine Dynamische-Fahrgast-Information (DFI). Allerdings entsprechen nicht alle Haltestellen im Untersuchungsgebiet den Anforderungen für Barrierefreiheit (die genauen Anforderungen werden vom Aufgabenträger HL definiert). Dies ist für eine städtebauliche Planung des öffentlichen Raums zu beachten.

Besonders möchten wir auf den städtebaulichen Missstand in der Wahmstraße/Krähenstraße hinweisen, die von der Linie 5 befahren wird und im Untersuchungsgebiet an der Haltestelle Krähenstraße hält. In dem schmalen Teil der Wahmstraße (zw. Königstraße und Balauerfohr) würden wir die Aufhebung der einseitigen Parkmöglichkeiten sehr begrüßen, da dadurch ein Begegnungsverkehr der Linie 5 möglich wäre (derzeit müssen die Fahrzeuge oftmals aufeinander warten). Dies trägt zur Busbeschleunigung bei, die auch von der Lübecker Bürgerschaft gefordert wird.
Die Haltestelle Krähenstraße ist außerdem beidseitig dringend den Anforderungen der Barrierefreiheit anzupassen, um den Ein- und Ausstieg für mobilitätseingeschränkte Personen zu vereinfachen. Dabei ist auch die Verbesserung der Anfahrbarkeit der Haltestelle (besonders stadteinwärts) zu beachten. Diese Haltestelle sollte unbedingt als Fahrbahnrandhaltestelle ausgebaut werden. Dabei ist der Vorteil eine schnellere Anfahrbarkeit und erhöhte Barrierefreiheit.

Weitere Maßnahmen die für das Untersuchungsgebiet relevant sind, sind von unserer Seite derzeit nicht geplant.

19.02.2019

Zeitgleich zum IEK entsteht das Mobilitätskonzept Altstadt im Rahmen von Lübeck überMorgen. Diesbezüglich könnte es ggf. eine Änderung der Buslinienführung in der Königstraße geben (Anforderung: weniger Busverkehr in der Königstraße). Welche alternative Strecke jedoch befahren wird, wird erst eine ÖPNV-Machbarkeitsstudie klären.

Wir möchten auf zwei Straßenräume eingehen, die auch in der ÖPNV-Machbarkeitsstudie geprüft werden:
• Schüsselbuden: Bitte beachten Sie bei der Neuordnung des Straßenraums nicht nur die bestehenden Buslinien, sondern ebenso einen eventuellen Gegenverkehr mit Bussen, aufgrund der Anforderungen in der Königstraße.

		• Wahmstraße: Wie schon in unserer Stellungnahme vom 18.05.2016 erläutert, ist schon heute der Begegnungsverkehr mit Bussen aufgrund des schmalen Straßenraums (zw. Königstraße und Balauerfohr) problematisch. Für eine Neuordnung des Straßenraums bitten wird darum, dass diese Situation entschärft wird. Die Wahmstraße kommt ebenso als alternative Strecke für eine geänderte Linienführung aus der Königstraße infrage, so dass dann mehr Buslinien dort entlangführen würden und somit der Begegnungsfall mit Bussen noch häufiger auftreten würde. Auf Seite 83 beschreiben Sie im Handlungsschwerpunkt Mobilität außerdem „intelligente Lösungsansätze“ und Smartphone-Apps für ganz verschiedene Zwecke. Da diese Thematik keinen direkten Raumbezug hat und auch keinen Bezug zum städtebaulichen Entwicklungskonzept aufweist, halten wir den gesamten dritten Absatz für entbehrlich. Bitte beachten Sie weiterhin die Ausführungen zur Barrierefreiheit aus unserer Stellungnahme vom 18.05.2016.	
TenneT TSO GmbH	12.05.2016 18.01.2019	Die Planungen berühren keine von uns wahrzunehmenden Belange. Es ist keine Planung von uns eingeleitet oder beabsichtigt. die Planung berührt keine von uns wahrzunehmenden Belange. Es ist keine Planung von uns eingeleitet oder beabsichtigt. Zur Vermeidung von Verwaltungsaufwand bitten wir Sie, uns an diesem Verfahren nicht weiter zu beteiligen.	Zur Kenntnis genommen.
Vodafone Kabel Deutschland GmbH	13.02.2019	Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Maßnahme keine Einwände geltend macht. In Ihrem Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Bei objektkonkreten Bauvorhaben im Plangebiet werden wir dazu eine Stellungnahme mit entsprechender Auskunft über unseren vorhandenen Leitungsbestand abgeben.	Zur Kenntnis genommen.

Vorbereitende Untersuchungen
mit Integriertem Städtebaulichen Entwicklungskonzept
Lübeck – Altstadt



Dokumentation zur 2. Informationsveranstaltung am 4. Oktober 2016

Veranstaltungsprogramm

18:45 Uhr Veranstaltungsbeginn: Die TeilnehmerInnen erhielten die Möglichkeit, ihre Anmerkungen und Anregungen zu den ausgestellten Plänen (Bestandsanalyse, „Stärken, Chancen und Potenziale“ und „Mängel, Missstände und Konflikte“) zu dokumentieren

19:15 Uhr VertreterInnen der Stadtverwaltung der Hansestadt Lübeck und der BIG Städtebau erläuterten das bisherige Vorgehen, die Kernaussagen aus der Bestandsanalyse und die Schlussfolgerungen für das Entwicklungskonzept.

20:20 Uhr Beantwortung individueller Fragen der Teilnehmenden, Abfrage Meinungsbild und weitere Anregungen

21:00 Uhr Veranstaltungsende









Gliederung der Informationsveranstaltung

Die Informationsveranstaltung untergliederte sich in vier Teile und fünf Stationen.

Teil 1: Infostationen

- Erste Station: Bezug der TeilnehmerInnen zum Untersuchungsgebiet
- Zweite Station: Bestandsanalyse
- Dritte Station: Stärken, Chancen und Potenziale im Gebiet
- Vierte Station: Mängel, Missstände und Konflikte im Gebiet

Teil 2: Kernaussagen aus der Bestandsanalyse und Schlussfolgerungen für das IEK

Teil 3: Ausblick

Teil 4: Meinungsbild und offene Fragen

- Fünfte Station: Vier Schwerpunktthemen in der Diskussion

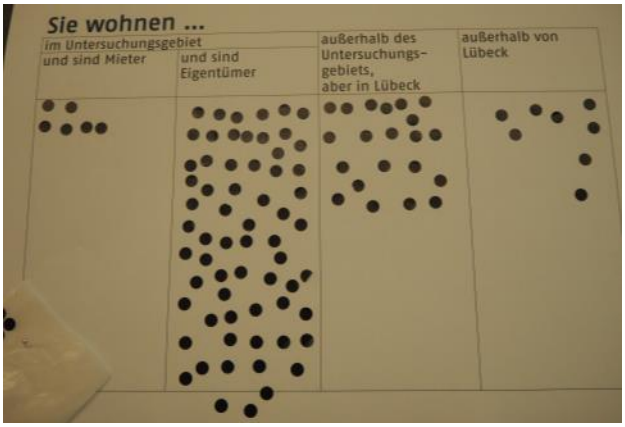
Stationenrundgang

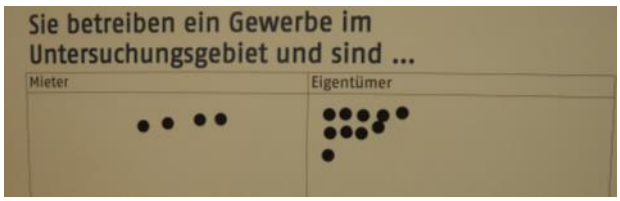
Im Stationenrundgang (erste bis fünfte Station) hatten die TeilnehmerInnen die Möglichkeit, sich zu folgenden Fragen zu äußern:

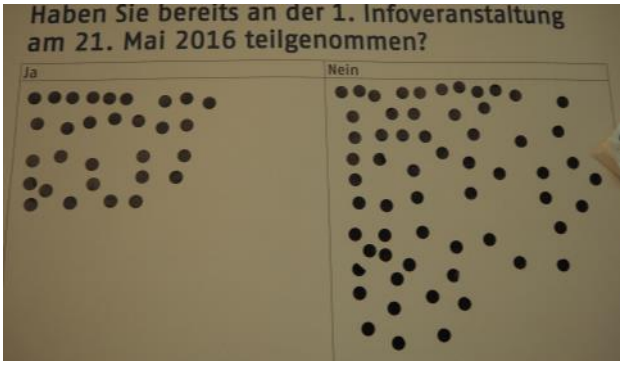
- Welche Verbindung haben Sie zum Untersuchungsgebiet?
- Welche Anmerkungen haben Sie zu den Plänen der Bestandsanalyse?
- Welche Anmerkungen haben Sie zum Plan „Stärken, Chancen und Potenziale“?
- Welche Anmerkungen haben Sie zum Plan „Mängel, Missstände und Konflikte“?

Die Ergebnisse der Beteiligung werden im Folgenden dargestellt.

Teil 1 - Infostationen
Erste Station: Bezug der TeilnehmerInnen zum Untersuchungsgebiet







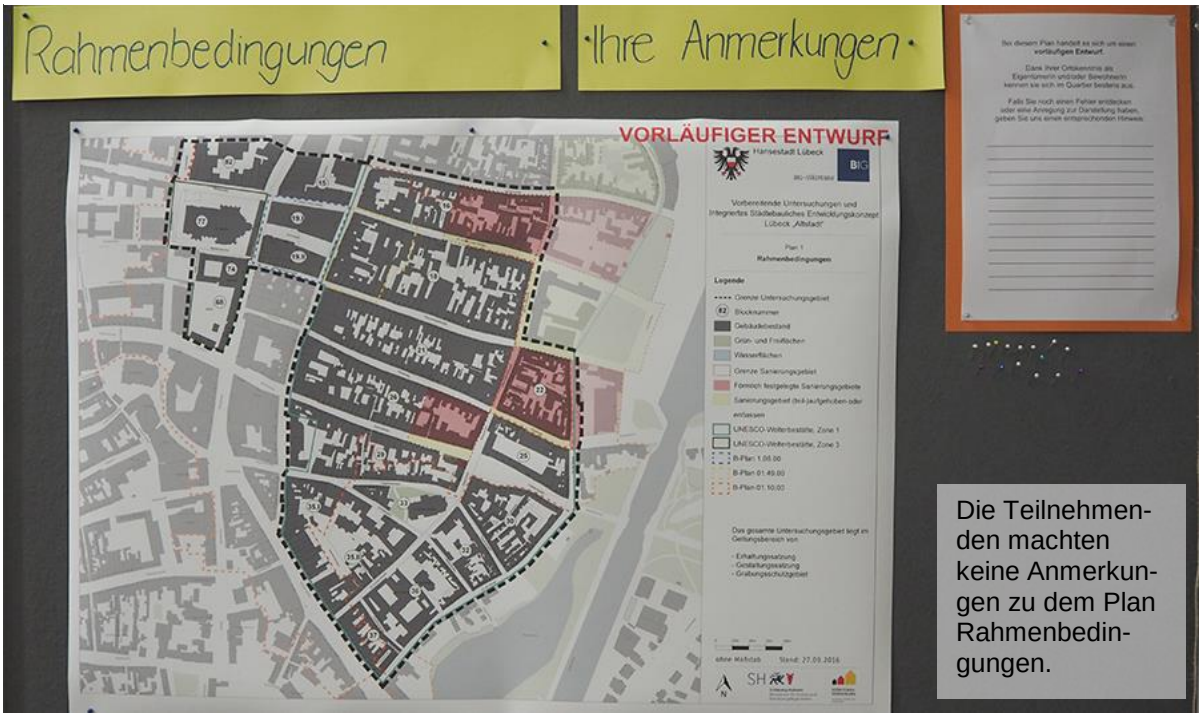
Um einschätzen zu können, welche Personengruppen sich beteiligten und wer bereits an der ersten Infoveranstaltung teilgenommen hat, wurden die Teilnehmenden zu Beginn gebeten, ihren Bezug zum Untersuchungsgebiet anzugeben.

An der Veranstaltung haben rund 140 Personen teilgenommen (ca. 40 mehr als an der ersten Veranstaltung). Der Großteil hat bereits an der ersten Informationsveranstaltung teilgenommen. Angaben zur Verbindung zum Untersuchungsgebiet haben 99 Personen gemacht. Rund 70 % der TeilnehmerInnen leben in dem Untersuchungsgebiet, wobei davon ein sehr großer Anteil in der eigenen Immobilie lebt. Nur jede/r sechste TeilnehmerIn gibt an, im Untersuchungsgebiet in einer Mietwohnung zu leben. Darüber hinaus haben einige wenige Gewerbetreibende an der Veranstaltung teilgenommen, davon waren rund zwei Drittel EigentümerIn ihrer Gewerbeimmobilie.

Zweite Station: Bestandsanalyse

Bei der zweiten Station standen die Bestandsanalysen zu den Themen Rahmenbedingungen, Denkmalschutz, Gebäudenutzungsstruktur, Verkehr und Erschließung sowie Grün- und Freiflächen im Fokus. Die Teilnehmenden hatten die Möglichkeit, sich die Karten ausgiebig anzuschauen und ihre Anmerkungen mit Moderationskarten an die Stellwand zu pinnen oder diese auf einer beigefügten Liste zu vermerken. Ergänzend bestand die Möglichkeit für Erläuterungen und die Darstellung nicht verortbarer Anmerkungen zu diesem Thema.

Plan 1 Rahmenbedingungen



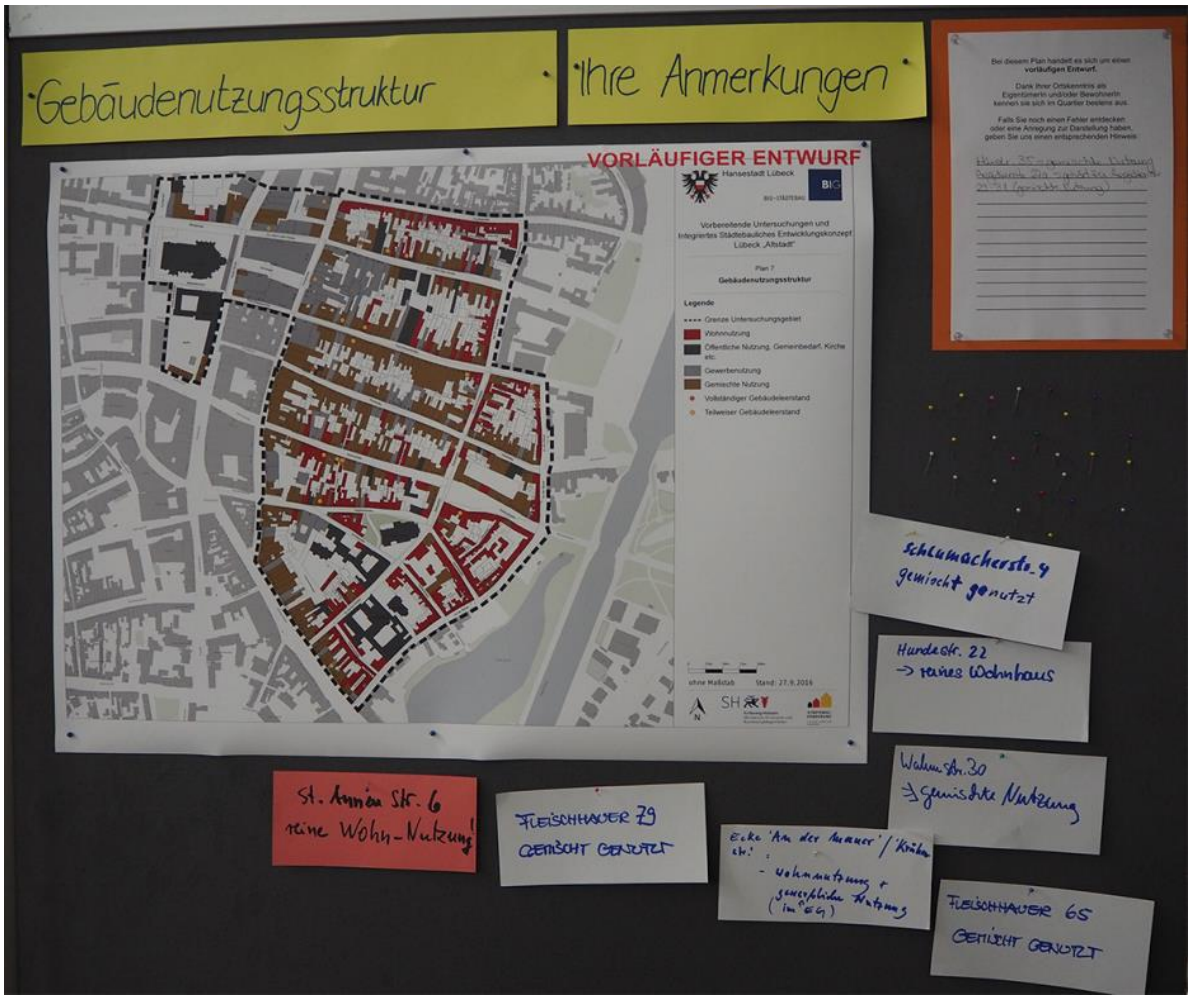
Die Teilnehmenden machten keine Anmerkungen zu dem Plan Rahmenbedingungen.

Plan 4 Denkmalschutz



Die Teilnehmenden merkten an, dass es sich bei folgenden Gebäuden um eingetragene Denkmale handelt:
1. Stavenstr. 20
2. Fleischhauerstr. 100/102

Plan 7 Gebäudenutzungsstruktur



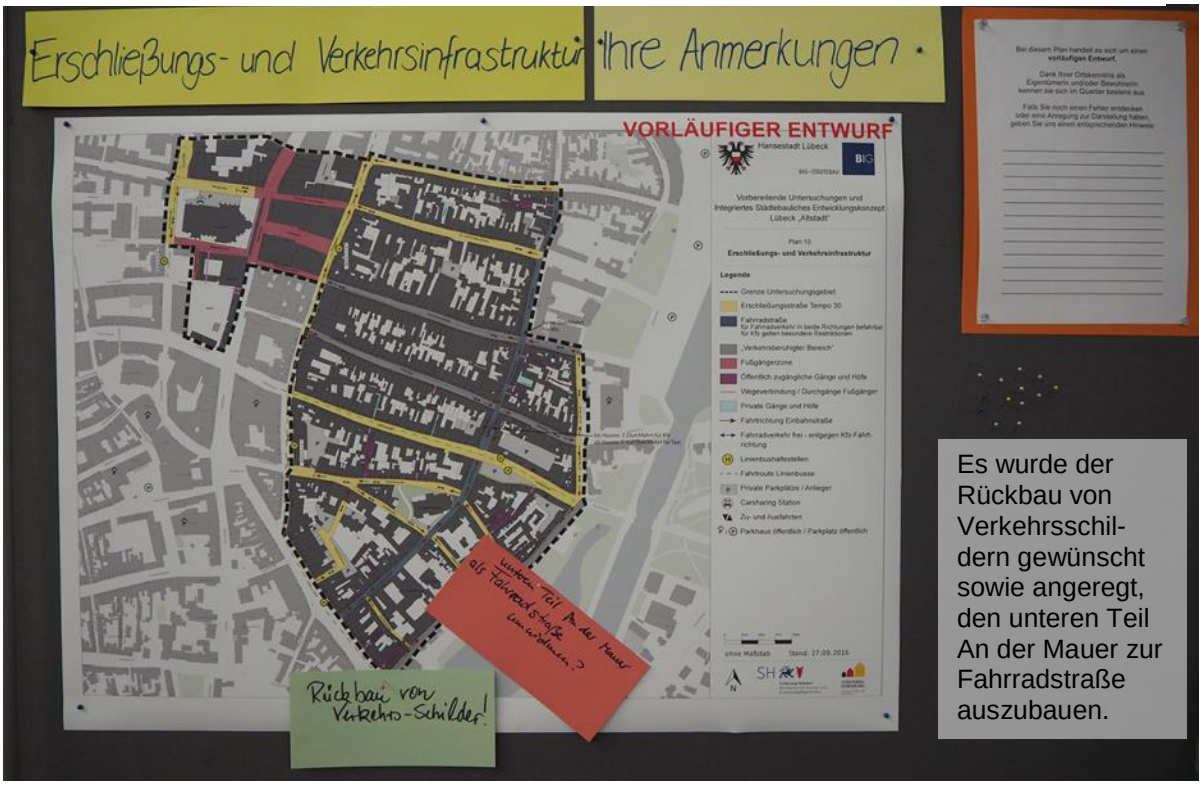
Die Teilnehmenden wiesen im Plan der Gebäudenutzungsstruktur darauf hin, dass einige Gebäude einer anderen Nutzung unterliegen als im Plan dokumentiert. Die folgenden Anmerkungen werden geprüft und der Plan entsprechend angepasst:

Reine Wohnnutzung besteht in St. Annen Str. 6 und der Hundestr. 22. Gemischte Nutzung findet sich in der Fleischhauerstr. 79, der Schlumacherstr. 4, der Wahmstr. 30, der Fleischhauerstr. 65, der Hüxstr. 35 und der Aegidienstraße 27a (diese gehört zu der Aegidienstraße 29-31). Es wurde auch darauf hingewiesen, dass sich an der Ecke An der Mauer/Krähenstraße ein Wohnhaus befindet mit gewerblicher Nutzung im Erdgeschoss.

Plan 9 Frei- und Grünflächenstruktur



Plan 10 Erschließungs- und Verkehrsinfrastruktur



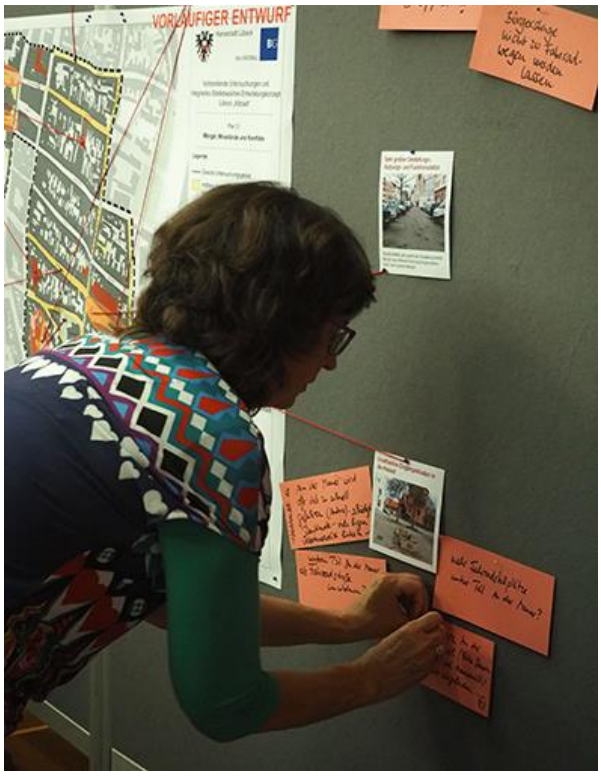
Stärken und Schwächen im Untersuchungsgebiet

In der dritten Station wurden die Teilnehmenden aufgefordert, zu dem Plan 11 „Stärken, Chancen und Potenziale“ und dem Plan 12 „Mängel, Missstände und Konflikte“ Anmerkungen und Ergänzungen zu sammeln, diese dann bei Bedarf zu erläutern und miteinander zu besprechen. Die Partizipation war rege, so dass sich einige Gesprächsrunden bildeten, in denen die unterschiedlichen Themen kontrovers diskutiert wurden. Wie auf den Fotos der beiden folgenden Seiten deutlich wird, konnten zahlreiche Anmerkungen gesammelt werden. Alle Anregungen werden geprüft und fließen entsprechend in die VU ein.







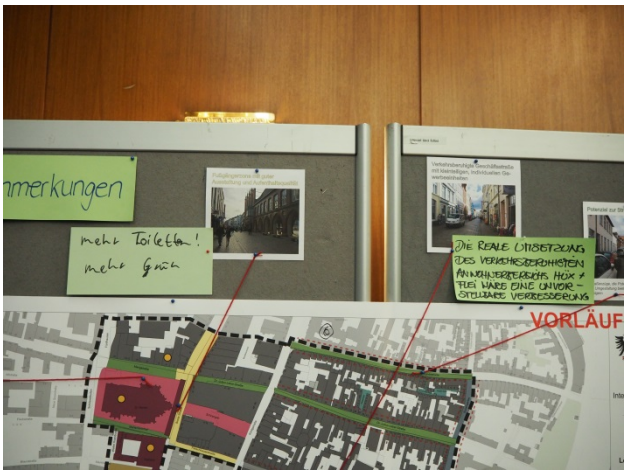


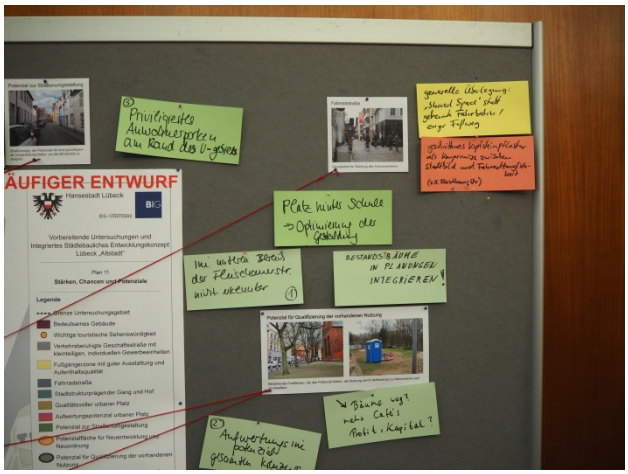
Dritte Station: Stärken, Chancen und Potenziale

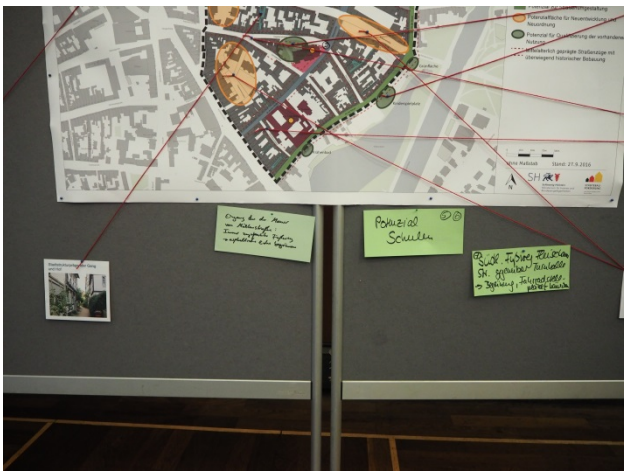


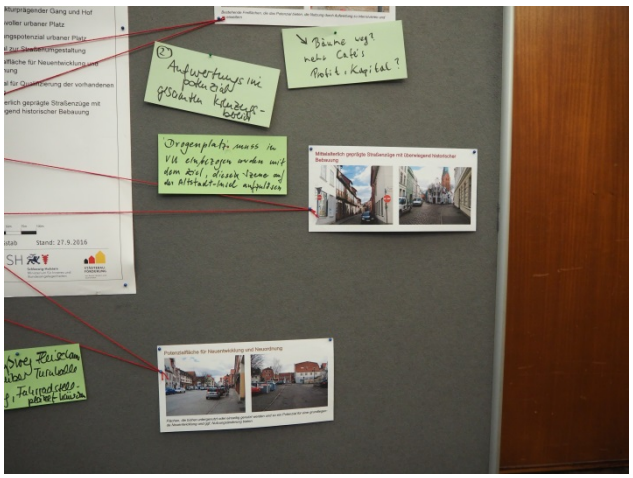
Dritte Station: Stärken, Chancen und Potenziale

Vor allem die Punkte „Potenzial für Qualifizierung der vorhandenen Nutzung“ und „Fahrradstraße“ wurden ausgiebig kommentiert. Die TeilnehmerInnen verwiesen zudem mehrmals auf die Bereiche, die außerhalb des Untersuchungsgebietes liegen, um deren Relevanz für die Vorbereitenden Untersuchungen und für das ggf. festzulegende Sanierungsgebiet zu verdeutlichen.







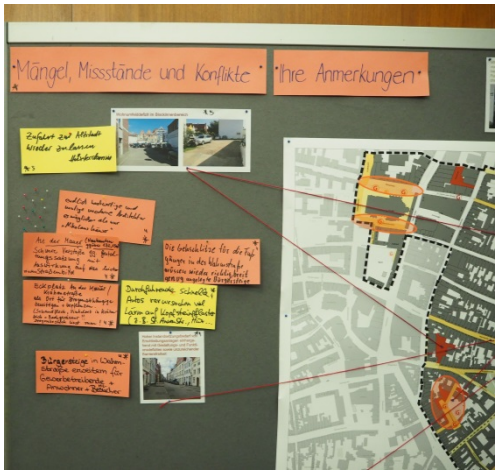


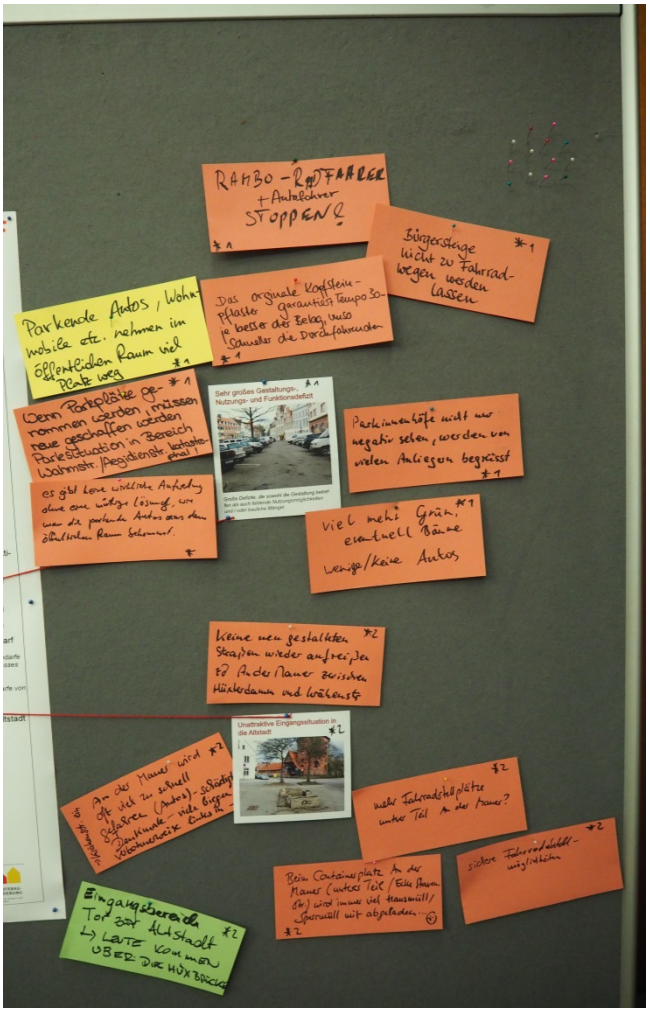
Vierte Station: Mängel, Missstände und Konflikte



Vierte Station: Mängel, Missstände und Konflikte

Zahlreiche Kommentare wurden zu den Themen „Hoher Instandsetzungsbedarf von Erschließungsanlagen einhergehend mit Gestaltungs- und Funktionsdefiziten sowie mangelhafter Barrierefreiheit“ und zum Thema „Sehr großes Gestaltungs-, Nutzungs- und Funktionsdefizit“ gemacht. Größere Aufmerksamkeit erfuhr auch die „Unattraktive Eingangssituation in die Altstadt“.







Teil 2 - Kernaussagen aus der Bestandsanalyse und Schlussfolgerungen für das Entwicklungskonzept

Frau Koretzky (Hansestadt Lübeck, Bereich Stadtplanung und Bauordnung - Welterbebeauftragte) begrüßte die TeilnehmerInnen der zweiten Informationsveranstaltung für die Vorbereitenden Untersuchungen (VU) mit Integriertem Städtebaulichen Entwicklungskonzept (IEK) für das Gebiet Altstadt. Frau Koretzky stellte Frau Maaß (Hansestadt Lübeck, Bereich Stadtplanung und Bauordnung - Projektkoordinatorin VU/IEK) und das Team der BIG Städtebau GmbH vor.

Frau Wandzik (BIG Städtebau) präsentierte die Tagesordnung und betonte die Bedeutung der Bürgerveranstaltung für die weitere Bearbeitung und Erstellung der Vorbereitenden Untersuchungen und des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts. Frau Ellen (BIG Städtebau) erläuterte den aktuellen Stand der Vorbereitenden Untersuchungen und die Ergebnisse der Bestandsanalye. Die entsprechende Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Im Anschluss wurden die Fragen der Teilnehmenden von den Vertreterinnen der Stadtverwaltung und der BIG Städtebau beantwortet..

1. Parken in der Altstadt

Frage: Parkplätze sind knapp in der Innenstadt. Wie wird dieses Problem gelöst?

Die Problematik kann nicht allein für das Untersuchungsgebiet der VU betrachtet werden. Es ist geplant, für die gesamte Innenstadt ein neues Verkehrskonzept zu erstellen. Hierzu wird es auch eine große Öffentlichkeitsbeteiligung geben.

2. Grenze des Untersuchungsgebiets

Anregung: Die südöstliche Grenze des Untersuchungsgebietes sollte bis zur Wasserkante verschoben werden, damit der Spielplatz und der Krähenteich nicht unbeachtet bleiben.

Die Anregung wird im Plenum zur Abstimmung gebracht. Bei zwei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen wird die Erweiterung von einer großen Mehrheit befürwortet.



3. Akteure und Mitgestaltungsmöglichkeiten

Frage: Wer sind die angesprochenen Schlüsselakteure?

Zu den Schlüsselakteuren zählen u.a. die Bürgerinitiative Rettet Lübeck, das Lübeck Travemünde Marketing, der Stadtverkehr Lübeck und die Gemeinden (Kirchen) im Untersuchungsgebiet. Schlüsselakteure sind die Vertreter bestimmter Interessengruppen.

Frage: Kann man Anregungen bzw. weitere Schlüsselakteure vorschlagen?

Ja, Anregungen und Vorschläge können jederzeit an folgende E-Mail-Adresse geschickt werden: c.wandzik@big-bau.de.

Anmerkung: Neben einer verbesserten Straßengestaltung ist es auch wichtig, dass die Anwohner gezielt aktiviert werden, um den Raum später auch tatsächlich mit zu nutzen (z. B. wie bereits vorhanden durch Außengastronomie).

Derzeit befindet sich die VU noch in der Bestandsanalyse. Die Aktivierung der Eigentümer ist für einen späteren Zeitpunkt geplant.

4. Vorgehen, Arbeitsweise, Organisation

Frage: Werden die bereits vorliegenden Entwürfe für den Platz an der Krähenstraße in die VU einbezogen?

Ja, die Entwürfe, Gutachten und sonstigen Planungen werden in der VU berücksichtigt.

Frage: Wurden zur historischen Wege-Achse-Raum-Beziehung auch die Potenziale des historischen Grundrisses einbezogen?

Die Erkenntnisse über den historischen Straßengrundriss werden bei der zukünftigen Planung nicht unberücksichtigt bleiben. Ein kompletter Rückbau ist im Rahmen des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz aber kaum denkbar.

Frage: Ist das Programm auch dazu geeignet, Neubauten wie P&C am Markt zu verhindern?

Vorrangiges Ziel des Förderprogramms ist die Stärkung der Innenstadt in ihrer städtebaulichen Funktion unter besonderer Berücksichtigung der Wohnraumförderung sowie der Belange des Denkmalschutzes. Besondere Neubauten werden in Lübeck durch den Gestaltungsbeirat begleitet.

Frage: Wie ist der zeitliche Rahmen für die Umsetzung?

Nach der derzeitigen Planung wird für das zweite Quartal 2017 ein Bürgerschaftsbeschluss zur VU und dem IEK angestrebt.













Anschließend muss ein Sanierungsträgers bestimmt werden. Frühestens Ende 2017 ist mit der Umsetzung der ersten Maßnahmen zu rechnen. Die Dauer des gesamten Sanierungsprozesses ist auf 10-15 Jahre angelegt.

5. Förderung und Ausgleichsbeträge

Frage: Gibt es neben der Förderung von Maßnahmen im öffentlichen Raum auch eine Förderung für Privateigentümer?

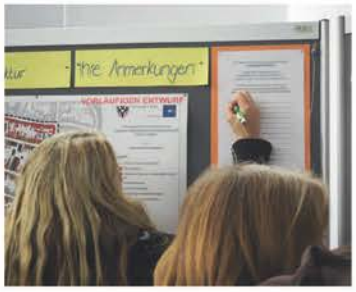
Voraussetzung für die Förderung von Privateigentum ist das Vorliegen von Missständen oder Mängeln. Geprüft wird z.B., ob die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse erfüllt sind oder ob das Straßen- und Ortsbild beeinträchtigt wird. Ein Schwerpunkt der Förderung liegt auf baulichen Anlagen, die von besonderer städtebaulicher Bedeutung sind.

Frage: Welche Ausgleichsbeträge sind zu erwarten und wann wird entschieden, ob ein vereinfachtes oder umfassendes Verfahren Anwendung findet?

Die Wahl des Verfahrens ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar. In einem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet ist von den GrundstückseigentümerInnen ein Ausgleichsbetrag zu entrichten, der der durch die Sanierung bedingten Erhöhung des Bodenwerts des Grundstücks entspricht.







6. Sonstige Anregungen zu speziellen Orten im Untersuchungsgebiet

Anregung: Es sollte im Bereich von der Dr.-Julius-Leber-Straße bis zu St. Johannis eine Sammelstelle für Müll geben.

Die Anregung wird aufgenommen.







Teil 3 - Ausblick

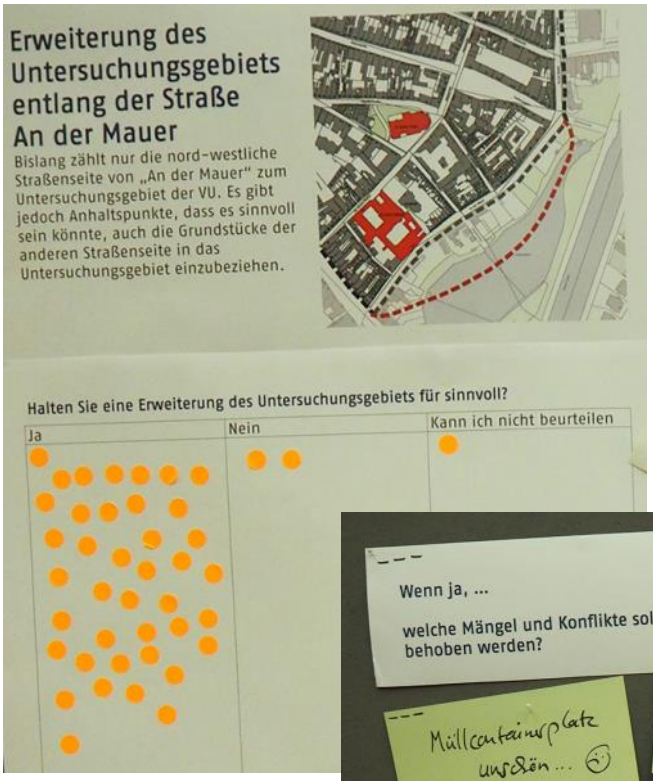
Die Ergebnisse des Stationenrundgangs werden bei der Erstellung des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts berücksichtigt. Der Entwurf dieses Konzeptes wird der Öffentlichkeit in einer dritten Informationsveranstaltung, voraussichtlich im Frühjahr 2017, vorgestellt. Der Bürgerschaftsbeschluss zu VU und IEK Altstadt wird im zweiten Quartal 2017 angestrebt.

Der Termin für die dritte Informationsveranstaltung wird rechtzeitig über die Presse und das Internet bekannt gegeben. Alle EigentümerInnen werden schriftlich eingeladen. TeilnehmerInnen, die sich bei der ersten oder zweiten Informationsveranstaltung in die E-Mail–Listen eingetragen haben, werden direkt per E-Mail zur Veranstaltung eingeladen.

Teil 4 - Meinungsbild und offene Fragen
Fünfte Station: Vier Schwerpunktthemen in der Diskussion

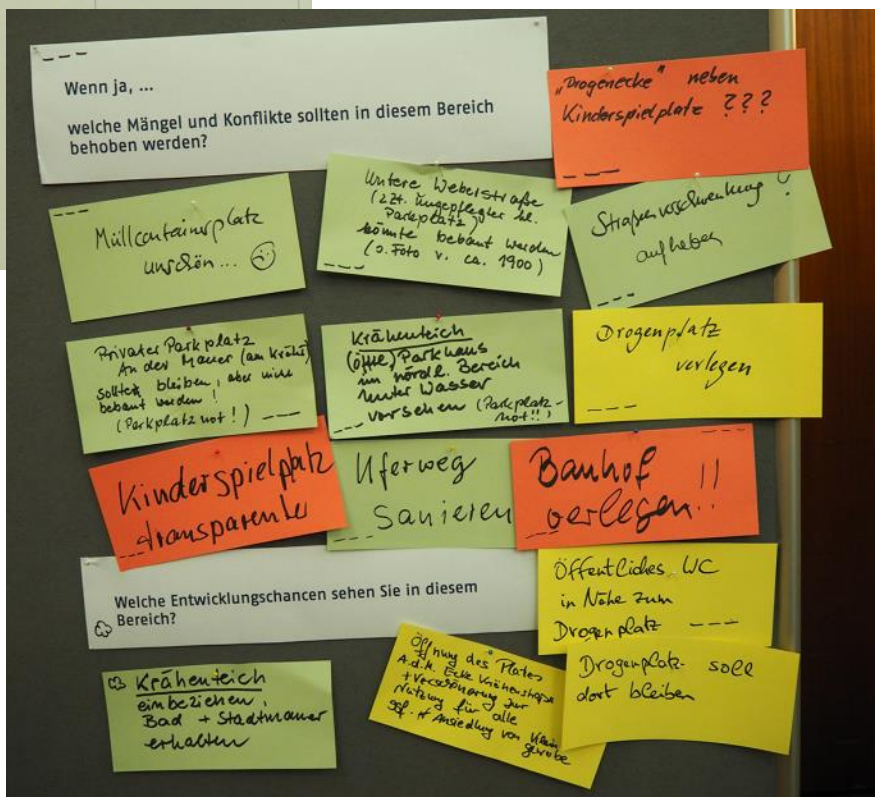
Die fünfte Station schloss sich direkt an die Fragerunde an. Ziel war es hierbei, ein Meinungsbild der Teilnehmenden in Bezug auf vier Schwerpunktthemen der VU zu erhalten. Diese Schwerpunktthemen sind die Erweiterung des Untersuchungsgebiets entlang der Straße An der Mauer, die lokale Ökonomie, die Verkehrssituation und die Nutzungsmöglichkeit des Platzes an der Krähenstaße. Die Besucher beteiligten sich rege und notierten zahlreiche Anmerkungen und Ideen. Darüber hinaus konnten noch offene Fragen direkt mit den Ansprechpartnerinnen von der Stadt Lübeck und der BIG Städtebau geklärt werden.

1. Erweiterung des Untersuchungsgebiets entlang der Straße An der Mauer



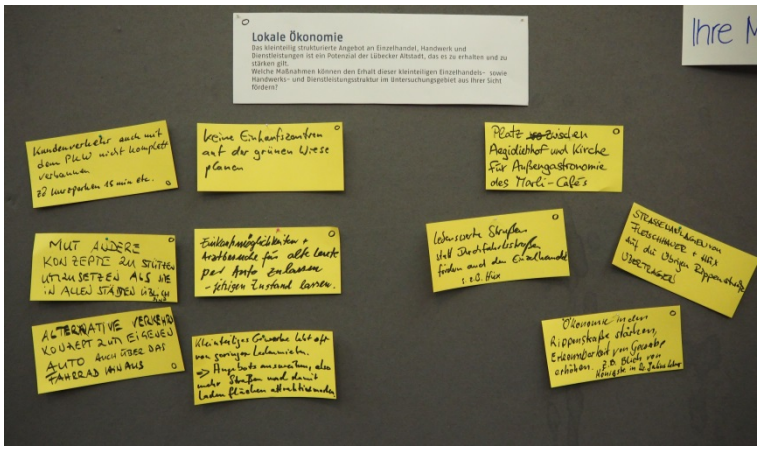
Eine klare Mehrheit der Teilnehmenden hält die Erweiterung für sinnvoll. Dies wurde bereits in der vorangehenden Fragerunde von zahlreichen BürgerInnen mehrmals betont. Bei Mängeln und Konflikten wurden u. a. die Drogenproblematik und der mangelhafte Zustand von Uferbereich und Parkplatz genannt.

Entwicklungschancen werden durch den Erhalt des Krähenbades und der Stadtmauer gesehen. Gewünscht wird eine Verschönerung des Platzes.

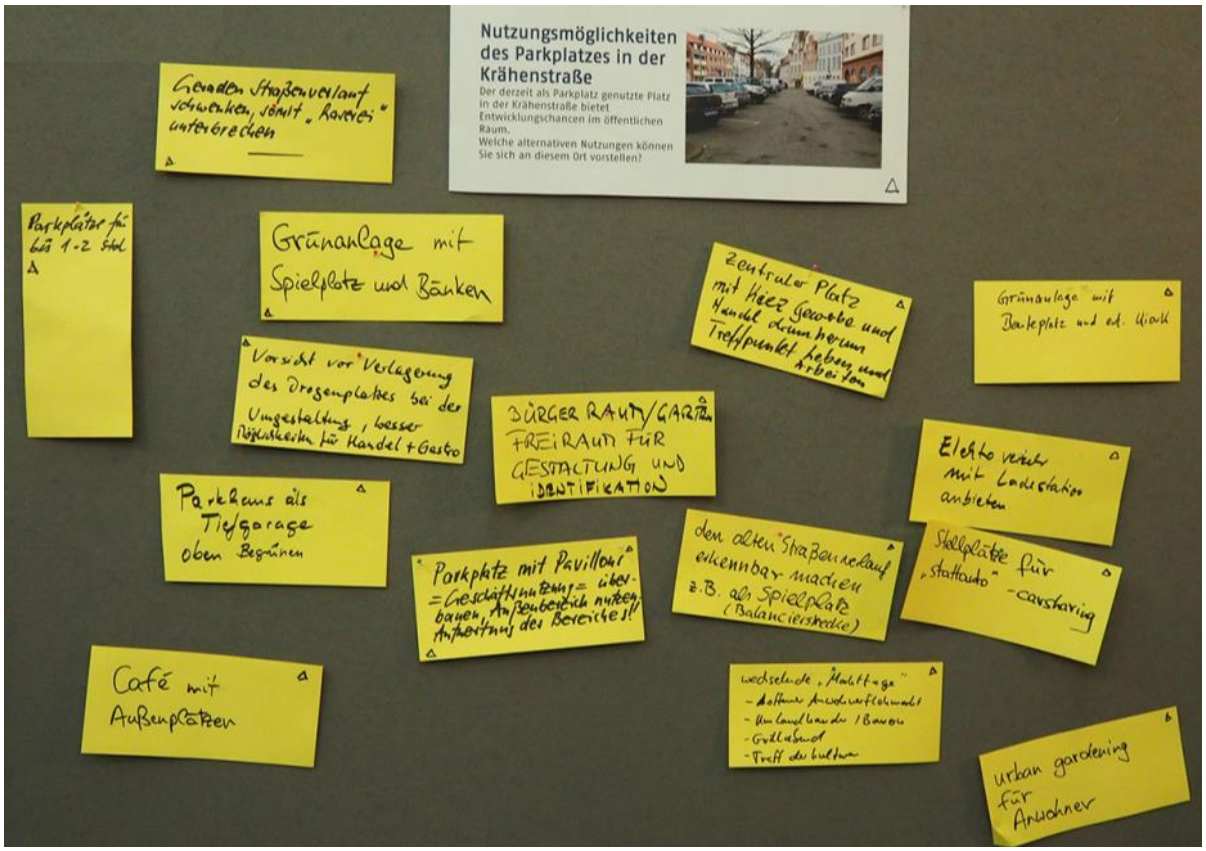


2. Lokale Ökonomie

Anhand der Vorschläge, die zu diesem Punkt eingegangen sind, stellte sich heraus, dass insgesamt ein großer Bedarf besteht, die lokale Ökonomie zu stärken. Dieses Thema soll in der VU weiterhin einen besonderen Stellenwert behalten.

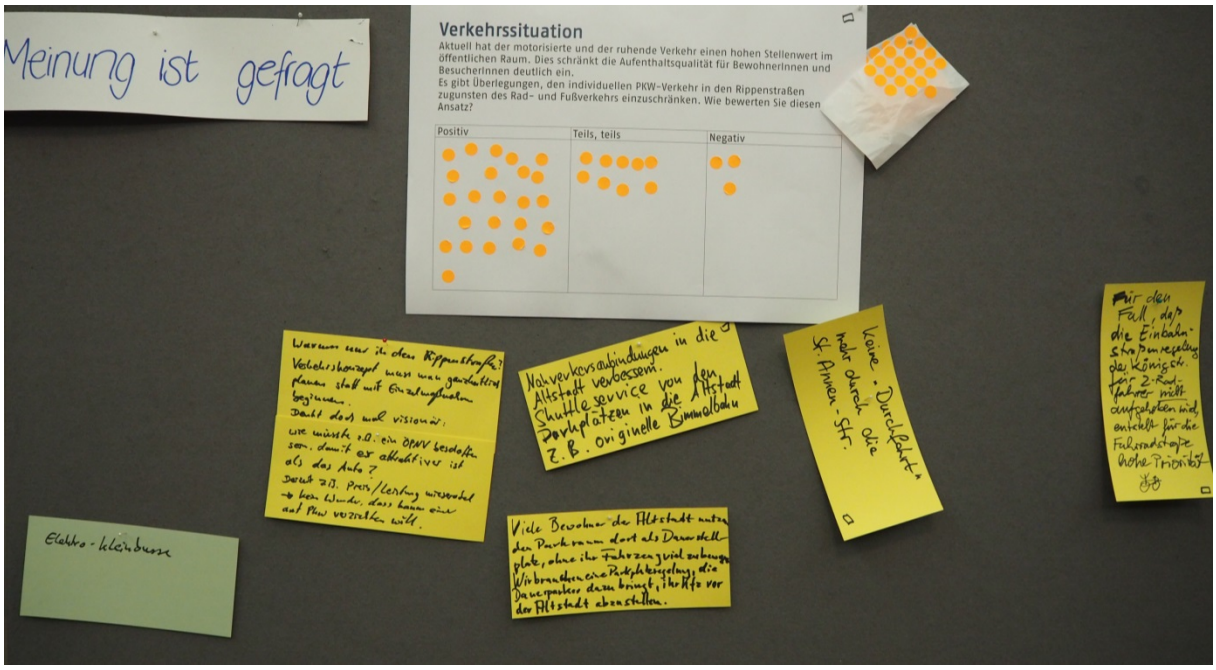


3. Nutzungsmöglichkeiten des Platzes an der Krähenstraße



Die Teilnehmenden sehen insgesamt großes Entwicklungspotenzial für den Platz. Es wurden zahlreiche Vorschläge gesammelt. Die Schaffung eines zentralen Platzes mit Gastronomie und Gewerbe sowie eine Grünanlagen ist ebenso gewünscht wie die teilweise Beibehaltung von Parkplätzen.

4. Verkehrssituation



Die Überlegungen, den Pkw-Verkehr in den Rippenstraßen zugunsten des Rad-/Fußverkehrs einzuschränken, wurde von 24 Teilnehmenden positiv bewertet, neun Personen stehen dem neutral und drei negativ gegenüber. Ebenfalls sind weitere Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrssituation eingegangen. Insgesamt wird die Notwendigkeit eines Verkehrskonzeptes für den gesamten Innenstadtbereich erkennbar.

Anlage
Präsentation der BIG Städtebau

Dokumentation zur 3. Informationsveranstaltung

zu den vorbereitenden Untersuchungen (VU) und dem integrierten Entwicklungskonzept (IEK) für das Gebiet Lübeck „Altstadt“

am 09.10.2017 im Bürgerschaftssaal des Lübecker Rathauses



Anlagen:

1. Präsentation zu Ergebnissen der vorbereitenden Untersuchungen, der geplanten Maßnahmen und des weiteren Vorgehens
2. Plan 12 Integriertes Entwicklungskonzept – vorläufiger Entwurf
3. Plan 13 Vorschlag zur Abgrenzung des Sanierungsgebiets – vorläufiger Entwurf
4. Zielpyramide – vorläufiger Entwurf

Veranstaltungsprogramm

Ab 18:45 Uhr	*Einlass:* Die Teilnehmenden finden auf mehreren Stellwänden den vorläufigen Entwurf für den Plan zur Abgrenzung des künftigen Sanierungsgebietes, den Plan zum integrierten Entwicklungskonzept und die Zielpyramide. Es ist ein Zeitfenster von 30 Minuten vorgesehen, um sich mit den Plänen auseinanderzusetzen und ins Gespräch zu kommen.
19.10 Uhr	*Begrüßung:* Karsten Schröder (Leiter des Bereichs Stadtplanung und Bauordnung der Hansestadt Lübeck) begrüßt die Teilnehmenden.
19.15 Uhr	*Präsentation:* Carolin Ahrens (BIG Städtebau GmbH) präsentiert die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen (VU), des integrierten Entwicklungskonzepts (IEK) mit den räumlichen Schwerpunkten und beispielhaft ausgewählte Maßnahmen. Abschließend informiert sie über das weitere Vorgehen des Sanierungsverfahrens und die finanziellen Auswirkungen für die EigentümerInnen (siehe Anlage 1).
20:00 Uhr	*Fragerunde und Ausblick:* Die Bürgerinnen und Bürger stellen Fragen an die VertreterInnen der Stadtverwaltung und der BIG Städtebau. Die weiteren Verfahrensschritte werden erläutert.
21.00 Uhr	*Veranstaltungsende*

Begrüßung

Karsten Schröder eröffnet die Veranstaltung und heißt die zahlreichen Teilnehmenden willkommen. Er stellt Frau Christine Koretzky (Bereich Stadtplanung und Bauordnung - Welterbebauftragte), Frau Birgit Maaß (Bereich Stadtplanung und Bauordnung - Projektkoordinatorin VU/IEK), Frau Carolin Ahrens und Frau Dajana Schröder (beide BIG Städtebau) vor.

Herr Schröder erklärt, dass Frau Carolin Ahrens nachfolgend die Ergebnisse der VU und des IEK präsentieren und sowohl die Städtebauförderung als auch das Sanierungsverfahren eingehend erläutern wird. Im Anschluss der Präsentation stehen Herr Schröder, die Mitarbeiterinnen der Hansestadt Lübeck und die Mitarbeiterinnen der BIG Städtebau GmbH für Nachfragen zur Verfügung.

Präsentation

Da die Präsentation dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt ist, werden nachfolgend die vier Gliederungspunkte nur stichpunktartig zusammengefasst:

1. Städtebauförderung

Das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ ist ein Förderinstrument im Rahmen der Städtebauförderung des Bundes und der Länder, das 1991 ins Leben gerufen worden ist, um gezielt die Rettung der vom Verlust bedrohten historischen Stadtkerne in den neuen Ländern zu unterstützen. Seit 2009 kommt das Programm auch in historischen Stadtkernen und Stadtquartieren der alten Länder zur Anwendung.

Die Hansestadt Lübeck ist durch das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein (MILI) in das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ aufgenommen worden. Damit ist gewährleistet, dass nach Auslaufen des bisherigen Städtebauförderungsprogramms „Sanierung und Entwicklung“ weiterhin eine finanzielle Unterstützung für die Sanierung der historischen Altstadt zur Verfügung steht.

Mit dem Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ sollen bau- und kulturhistorisch wertvolle Stadtkerne und Stadtbereiche mit denkmalwerter Bausubstanz in ihrer baulichen Geschlossenheit erhalten und zukunftsweisend weiter entwickelt werden.

2. Vorbereitende Untersuchungen (VU)

Im Zuge der VU wurden alle übergeordneten Planungen auf ihre Relevanz geprüft, Fachämter und betroffene Institutionen und Bürger beteiligt, Vor-Ort Begehungen mit Analyse des Gebäudebestands durchgeführt und der Kontakt zu Schlüsselakteuren gesucht. Das Ergebnis aus diesem Prozeß ist eine Bestandsanalyse, die sowohl die Potenziale, Stärken und Chancen, als auch die Missstände und Konflikte der „Altstadt“ Lübeck aufzeigt.

Es erfolgte eine Gesamtbewertung der vorgefundenen Bestandssituation. Dieser Teil wurde in der Präsentation eingekürzt dargestellt, da bereits eine ausführliche Zusammenfassung im Rahmen der Präsentation der zweiten öffentlichen Informationsveranstaltung stattgefunden hat.

3. Integriertes Entwicklungskonzept (IEK)

Das IEK basiert auf der Bestandsanalyse der VU und bestimmt ein Leitbild mit gebietsspezifischen Entwicklungszielen und Handlungsfeldern. Anhand der Zielpyramide (siehe Anlage 4) werden die einzelnen Schritte, Ziele und Handlungsschwerpunkte dargestellt. Im Untersuchungsgebiet kristallisieren sich insbesondere vier räumliche Handlungsschwerpunkte heraus:

1. Zentraler Bereich im Umfeld von Rathaus und St. Marien
2. Dr.-Julius-Leber-Straße (Straße und Bunker)
3. Wahmstraße, Krähenstraße, Rehderbrücke
4. Pergamentmachergang

4. Allgemeine Informationen zum Sanierungsverfahren

Mit der förmlichen Festlegung als Sanierungsgebiet finden besondere bodenrechtliche Bestimmungen Anwendung, die im Baugesetzbuch (BauGB) geregelt sind. Die Wahl des Sanierungsverfahrens ist keine Ermessensentscheidung der Gemeinde. Sie muss vielmehr aufgrund der Beurteilung der vorgefundenen städtebaulichen Situation, der Beurteilung der Durchführbarkeit der Sanierung und den zu erwartenden sanierungsbedingten Bodenwertsteigerungen getroffen werden.

Fragerunde

Die Fragen der Teilnehmenden werden von den VertreterInnen der Stadtverwaltung und der BIG Städtebau beantwortet. Die in der Diskussion gestellten Fragen werden nachfolgend thematisch sortiert wiedergegeben.

IMMOBILIEN INNERHALB DES SANIERUNGSGEBIETS

Ein Gebäude wurde bereits vor der förmlichen Festlegung als Sanierungsgebiet saniert. Hat diese Situation Auswirkung auf den Eintrag des Sanierungsvermerks in das Grundbuch? Wird der Sanierungsvermerk gelöscht und von künftigen Ausgleichzahlungen abgesehen?

Der Eintrag eines Sanierungsvermerkes erfolgt unabhängig vom Zustand des Gebäudes. Auch in das Grundbuch einer bereits sanierten Immobilie wird deshalb ein Sanierungsvermerk eingetragen. Mit der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen werden städtebauliche Missstände im Geltungsbereich der Sanierungssatzung beseitigt. Dies führt i. d. R. zu sanierungsbedingten Bodenwerterhöhungen, die sich auf jedes Grundstück im Sanierungsgebiet auswirken und im Rahmen eines Ausgleichsbetrages abzuschöpfen sind.

Mit welcher Höhe von Ausgleichzahlungen muss gerechnet werden?

Die Höhe der Ausgleichszahlungen wird erst nach Abschluss des Sanierungsverfahrens von einem unabhängigen Gutachterausschuss ermittelt. Über die Höhe des Ausgleichsbetrages kann derzeit noch keine genaue Angabe gemacht werden. Nach bisherigen Erfahrungen ist grob geschätzt mit einem Wert von ca. 25,- € pro Quadratmeter Grundstücksfläche zu rechnen. Hierbei handelt es sich um einen Durchschnittswert. Je nach Einzelfall kann es Abweichungen nach oben oder unten geben.

Bei der Durchführung von Straßenausbaumaßnahmen werden die EigentümerInnen zu Beiträgen nach KAG (Kommunalabgabengesetz) veranlagt. Für Grundstücke in Sanierungsgebieten entfällt diese Beitragspflicht. Für EigentümerInnen in Sanierungsgebieten sind die Ausgleichsbeträge regelmäßig mit einem geringeren Kostenaufwand verbunden als die Abgaben nach KAG.

Welche Auswirkungen hat die Eintragung des Sanierungsvermerks im Grundbuch beim Verkauf eines Grundstücks?
Der Sanierungsvermerk wird in Abteilung II des Grundbuchs eingetragen und hat lediglich hinweisenden Charakter. Innerhalb förmlich festgelegter Sanierungsgebiete kommen neben den allgemeinen städtebaulichen Vorschriften auch die sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 144, 145 BauGB über die Genehmigung von Vorhaben und Rechtsvorgängen zur Anwendung.

Danach bedarf z. B. der Verkauf von Grundstücken einer Genehmigung durch die Gemeinde. Hierzu wird ein unabhängiger Gutachterausschuss eingeschaltet, der den Verkehrswert ermittelt. Die Genehmigung darf gemäß BauGB nur erteilt werden, wenn der Kaufpreis den Verkehrswert um nicht mehr als 10 % übersteigt.

Wann wird der Sanierungsvermerk in das Grundbuch eingetragen?
Der Sanierungsvermerk wird nach der Bekanntgabe der Sanierungssatzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes von Amts wegen kostenfrei eingetragen.

Was geschieht mit den Gebäuden, die mit mittlerem und hohem Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf gekennzeichnet ist? Gibt es eine Pflicht zur Sanierung?
Nur wenn erhebliche Mängel und Missstände vorliegen, darf die Gemeinde ein Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot gemäß BauGB anordnen.

Die Kennzeichnung mit mittlerem oder hohem Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf bietet unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Zuschüssen aus Städtebauförderungsmitteln. Über dieses Angebot wird die Verwaltung die EigentümerInnen entsprechend informieren.

Unabhängig von dieser Kennzeichnung kann bei jeder Immobilie in einem Sanierungsgebiet für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen eine erhöhte steuerliche Abschreibung gemäß § 7h Einkommensteuergesetz in Anspruch genommen werden, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.

Welche Auswirkungen hat die Sanierung eines Gebäudes bei Inanspruchnahme von Städtebauförderungsmitteln auf die Miete?
Die Umlegung von Sanierungskosten auf die Miete ist im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt, unabhängig von der Finanzierung und Förderung der Maßnahme.

Welche Möglichkeiten haben Eigentümer von Gewerbeimmobilien, die während der Bauphase finanzielle Einbußen erleiden?
Die Maßnahmen werden möglichst zügig durchgeführt, um negative Auswirkungen für die EigentümerInnen, die Gewerbetreibenden und die MieterInnen so gering wie möglich zu halten. Eine finanzielle Entschädigungszahlung ist nicht möglich.

Der Bunker in der Dr.-Julius-Leber-Straße Nr. 52 soll abgebrochen werden. Welche Maßnahmen werden getroffen, damit durch den Abbruch keine Schäden an benachbarten Gebäuden entstehen?
Bereits im auslaufenden Förderprogramm wurde eine derartige Maßnahme durchgeführt. Die bauliche Situation beim Abbruch des Aalhof-Bunkers in der Straße An der Mauer ist vergleichbar. Aufgrund entsprechender Sicherheitsvorkehrungen entstanden keine Schäden an den Gebäuden in der Nachbarschaft. Dem Abbruch vorausgegangen war ein umfangreiches Beweissicherungsverfahren durch unabhängige Sachverständige. Dieses Verfahren soll auch in der Dr.-Julius-Leber-Straße Anwendung finden.

Nach Abbruch des Bunkers ist geplant, den Blockrand mit Bebauung in zeitgemäßer Architektur zu schließen.

PARKPLÄTZE UND PARKPLATZSUCHVERKEHR

Gibt es mittelfristig Pläne zur Schaffung von mehr Parkplatzflächen bzw. Parkhäusern?
Die Lübecker Altstadt mit ihrem mittelalterlichen Stadtgrundriss ist nur begrenzt in der Lage den verkehrlichen Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.

Das Thema Verkehr und Mobilität wird Anfang 2018 Thema einer Perspektivenwerkstatt sein, deren Ergebnisse in einem Mobilitätskonzept für die Lübecker Altstadt berücksichtigt werden sollen.

Die Quelle des hohen Aufkommens von Parksuchverkehr sind die Touristen und Besucher, die die verkehrsberuhigten Teile der Altstadt frequentieren. Gibt es Pläne zur Überwachung der widerrechtlich abgestellten Fahrzeuge?
Die Überwachung des ruhenden Verkehrs liegt im Zuständigkeitsbereich des Ordnungs- und Verkehrsdienstes im Bereich Verkehrsangelegenheiten, ist jedoch nicht Bestandteil der VU oder des IEK.

Die Problematik soll auch im Rahmen der Perspektivenwerkstatt thematisiert werden.

UMGANG MIT DEM ÖFFENTLICHEN RAUM

Die Ecke Rehderbrücke/Krähenstraße ist gleichzeitig Eingangsbereich der Altstadt. Dieser Ort hat sich zu einem Treffpunkt für Obdachlose und Drogenabhängige entwickelt. Was sieht das IEK hier vor?
Die Problematik in diesem Bereich ist durch Vor-Ort-Begehungen und zahlreiche Rückmeldungen von BürgerInnen bekannt. Im IEK ist hier eine Maßnahme geplant, die die baulichen Voraussetzungen schaffen soll, um das Problem zu begrenzen. Die Konkretisierung erfolgt unter intensiver Beteiligung der BürgerInnen im Rahmen des Sanierungsverfahrens.

Die Lösung dieses gesellschaftlichen Problems ist jedoch nicht allein durch bauliche Maßnahmen möglich, sondern erfordert das Zusammenwirken aller beteiligten Akteure.

Der Pergamentmachergang ist Teil einer geplanten Maßnahme. Auch hier gibt es ein soziales Problem und der ruhende Verkehr beeinträchtigt die Wohnqualität. Wie sieht die Begrünung und Beruhigung konkret aus?
Bei der Farbe „grün“ im Plan 12 IEK (siehe Anlage 2), die den Bereich vor der Schule im Pergamentmachergang markiert, handelt es sich lediglich um die Kennzeichnung einer Maßnahme. Die Farbe ist willkürlich gewählt und impliziert keine grüne Gestaltung des Platzes. Die Maßnahme selbst muss im nächsten Schritt unter Beteiligung der EigentümerInnen und NutzerInnen erarbeitet und ausgestaltet werden.

SONSTIGES

Warum nimmt der Prozess so viel Zeit in Anspruch?
Vor Durchführung der Maßnahmen besteht ein hoher Abstimmungsbedarf. Unterschiedliche Ansprüche von EigentümerInnen und NutzerInnen müssen berücksichtigt werden. Vor der Umgestaltung öffentlicher Räume, so z. B. im Pergamentmachergang und im Bereich Krähenstraße / Wahmstraße ist die Durchführung von städtebaulichen Wettbewerben geplant.

Kann der Stadt das Geld für geplante Maßnahmen ausgehen?
Für die gemäß IEK geplanten Maßnahmen werden Kosten geschätzt und in einer Kosten- und Finanzierungsübersicht den zu erwartenden Einnahmen gegenübergestellt. Vor Durchführung einer Einzelmaßnahme ist die detaillierte Planung mit einer gesicherten Finanzierung beim MILI zu beantragen. Erst nach Eingang der Bewilligung darf mit der Baumaßnahme begonnen werden.

Das gesamte Sanierungsverfahren mit diversen Einzelmaßnahmen ist gemäß BauGB auf einen Zeitraum von 15 Jahren befristet. Wenn die Sanierung nicht innerhalb dieser Frist durchgeführt werden kann und noch städtebauliche Missstände vorhanden sind, kann die Frist durch Beschluss der Bürgerschaft verlängert werden.

Wie erhalte ich zukünftige Dokumente und Protokolle?

Sofern Sie im Verteiler eingetragen sind, erhalten Sie alle relevanten Informationen und Dokumente über Ihre dort angegebene E-Mailadresse.

Ausblick

Im Anschluss an die gestellten Rückfragen wird erläutert, welche weiteren Schritte folgen:

- Beschluss der Sanierungssatzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes auf Grundlage der VU und des IEK durch die Lübecker Bürgerschaft
- Genehmigung der Maßnahmen und Finanzierung vom Förderungsmittelgeber Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration
- Eintragung der Sanierungsvermerke in die Grundbücher = Start des Sanierungsverfahrens
- Durchführung neuer Maßnahmen ab 2018 über mehrere Jahre

Veranstaltungsende

Herr Schröder schließt die Sitzung um 21:00 Uhr.

Anlagen

Anlage 1: Präsentation

Die Präsentation informiert über den Prozess und die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen und des integrierten Entwicklungskonzeptes.

Anlage 2: Plan 12 Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) – vorläufiger Entwurf

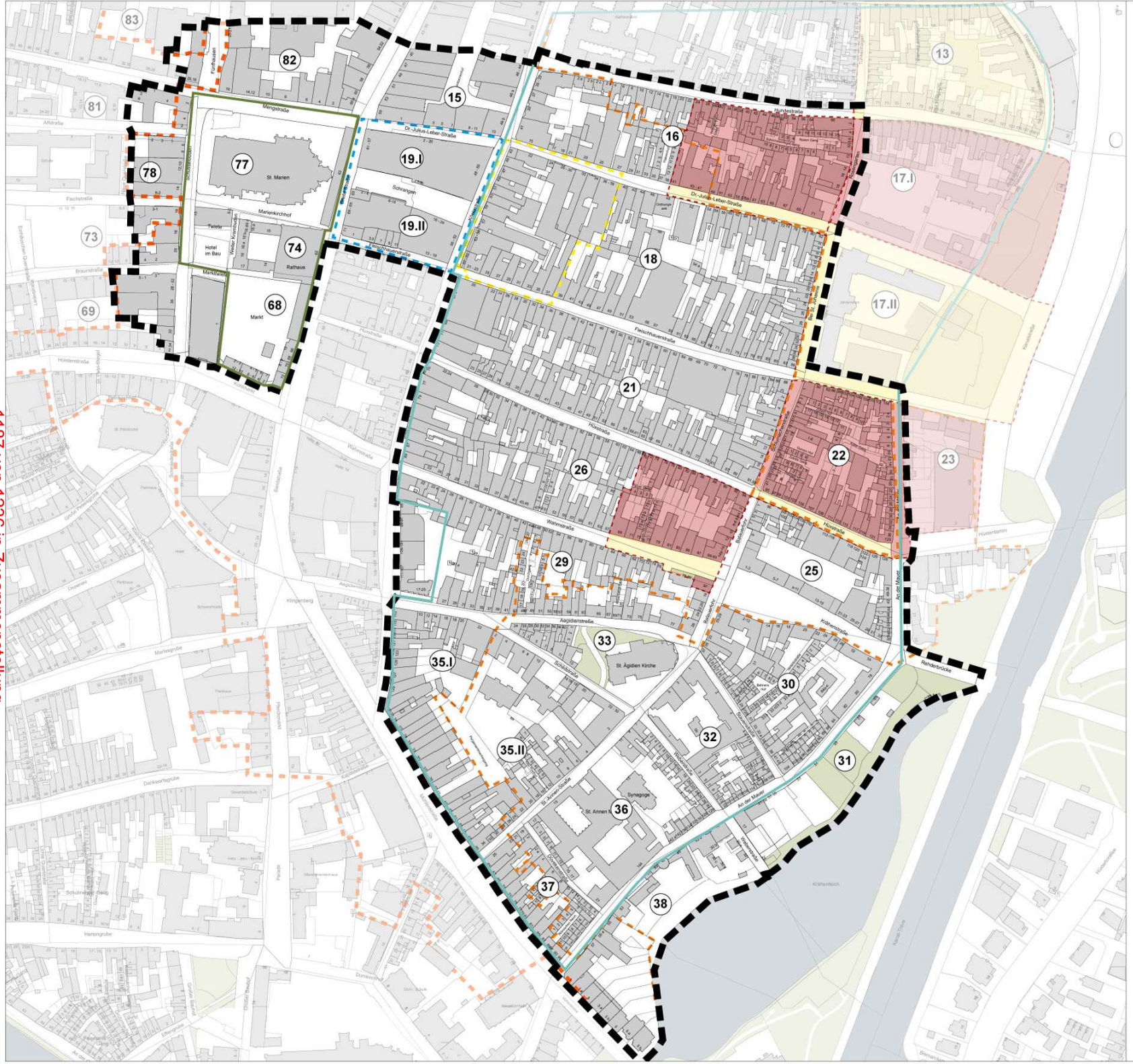
Das Konzept besteht aus einem Plan und einem Textteil. Dieser enthält Maßnahmen, die notwendig sind, um das baukulturelle Erbe zu schützen, zu erhalten und denkmalgerecht weiterzuentwickeln. Gleichzeitig bildet das IEK den Rahmen für die zukünftige Entwicklung, es setzt räumliche und thematische Handlungsschwerpunkte und benennt sowohl kurzfristige, mittelfristige als auch langfristige Maßnahmen. Es beinhaltet öffentliche und private Maßnahmen

Anlage 3: Plan 13 Vorschlag zur Abgrenzung des Sanierungsgebiets - vorläufiger Entwurf

Das Gebiet ist so zu begrenzen ist, dass sich die Maßnahme zweckmäßig durchführen lässt. Der Vorschlag zur Abgrenzung des Sanierungsgebiets wurde in Abstimmung mit dem MILI erarbeitet.

Anlage 4: Zielpyramide - vorläufiger Entwurf

Die Zielpyramide zeigt die aufeinander aufbauenden Schritte ausgehend vom Leitbild über strategische Ziele, die Handlungsfelder und Schwerpunkte, Entwicklungsziele bis zu den einzelnen Maßnahmen.



1187 von 1236 in Zusammenstellung

Hansestadt Lübeck

BIG Städtebau GmbH

Vorbereitende Untersuchungen und Integriertes Entwicklungskonzept „Altstadt“ Lübeck

Plan 1

Rahmenbedingungen

Legende

- Grenze Untersuchungsgebiet
- (82) Blocknummer
- Gebäudebestand
- Grün- und Freiflächen
- Wasserflächen
- Förmlich festgelegte Sanierungsgebiete
- Sanierungsgebiet (teil-)aufgehoben oder entlassen
- UNESCO-Welterbestätte, Zone 1
- UNESCO-Welterbestätte, Zone 3
- B-Plan 1.08.00
- B-Plan 01.49.00
- B-Plan 01.10.00

Das gesamte Untersuchungsgebiet liegt im Geltungsbereich von

- Erhaltungssatzung
- Gestaltungssatzung
- Grabungsschutzgebiet

0 25m 50m 75m 100m

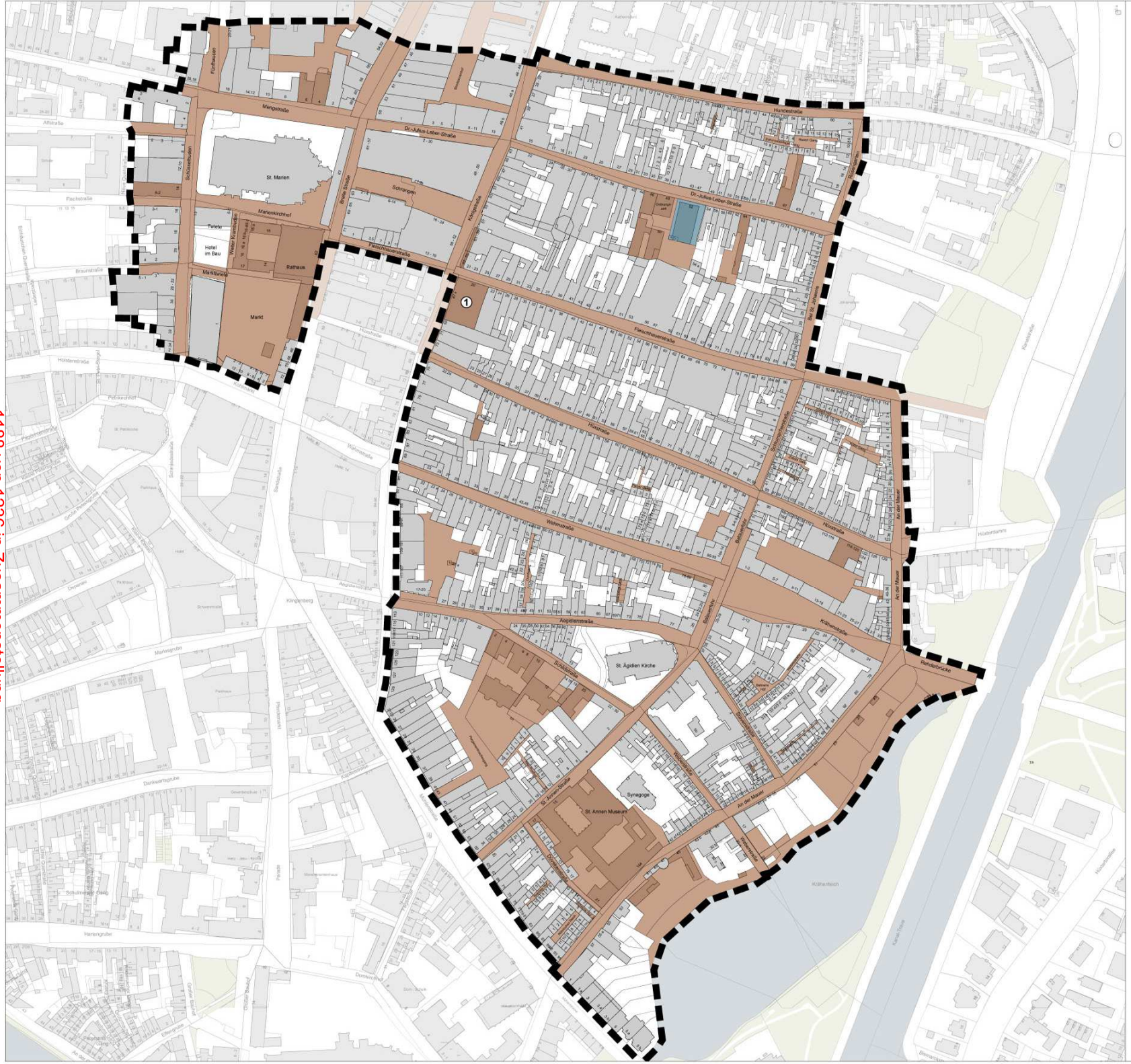
Stand: 05.11.2017

N

Schleswig-Holstein Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden

TOP 5.21



Hansestadt Lübeck

BIG Städtebau GmbH

Vorbereitende Untersuchungen und Integriertes Entwicklungskonzept „Altstadt“ Lübeck

Plan 2

Eigentümerstruktur

Legende

- Grenze Untersuchungsgebiet
- Privates Eigentum
- Städtische Liegenschaft
- Im Eigentum des Bundes
- ① Überwiegend im Eigentum der Stadt (~ 53%)

0 25m 50m 75m 100m

Stand: 05.11.2017

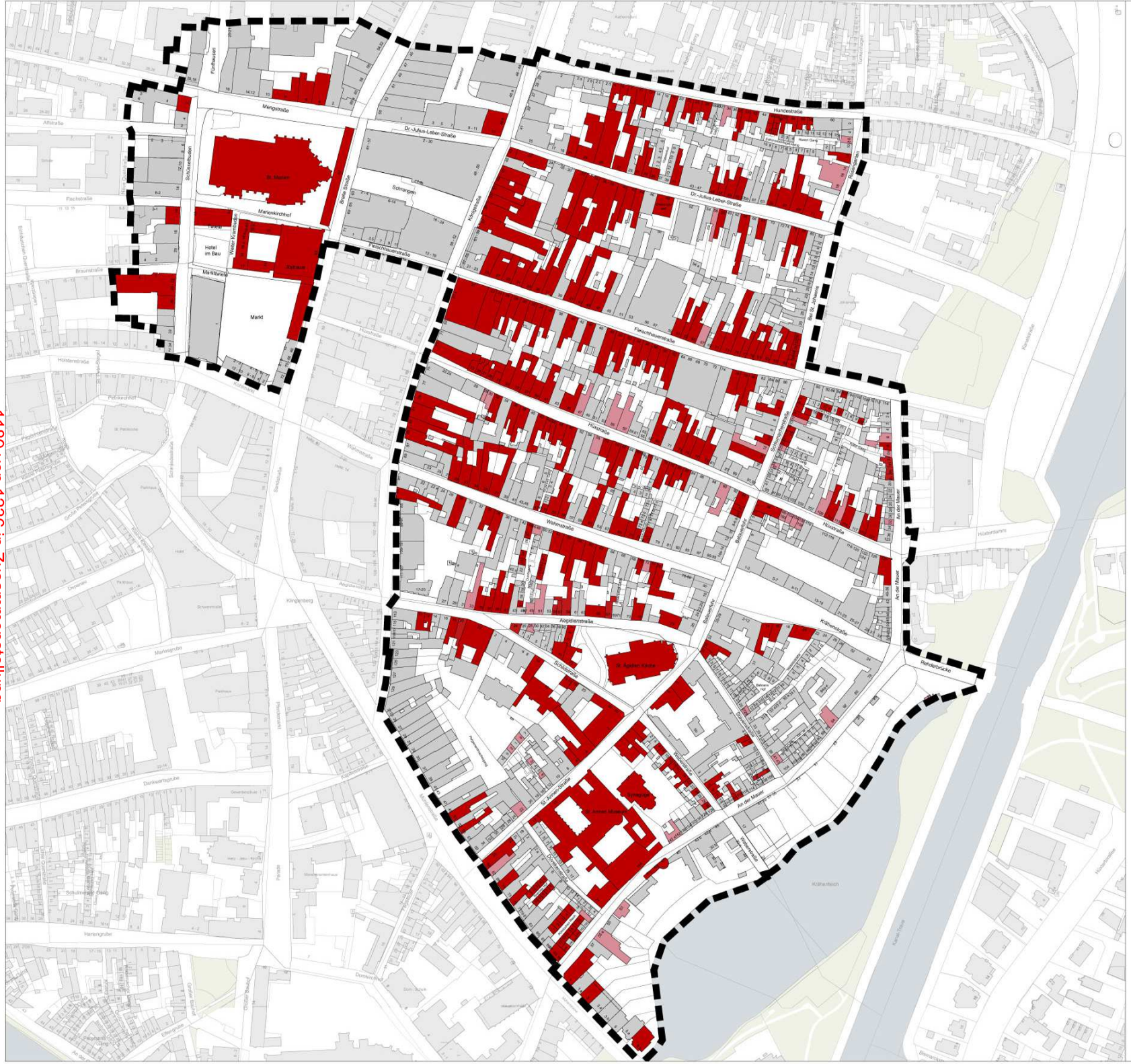
N

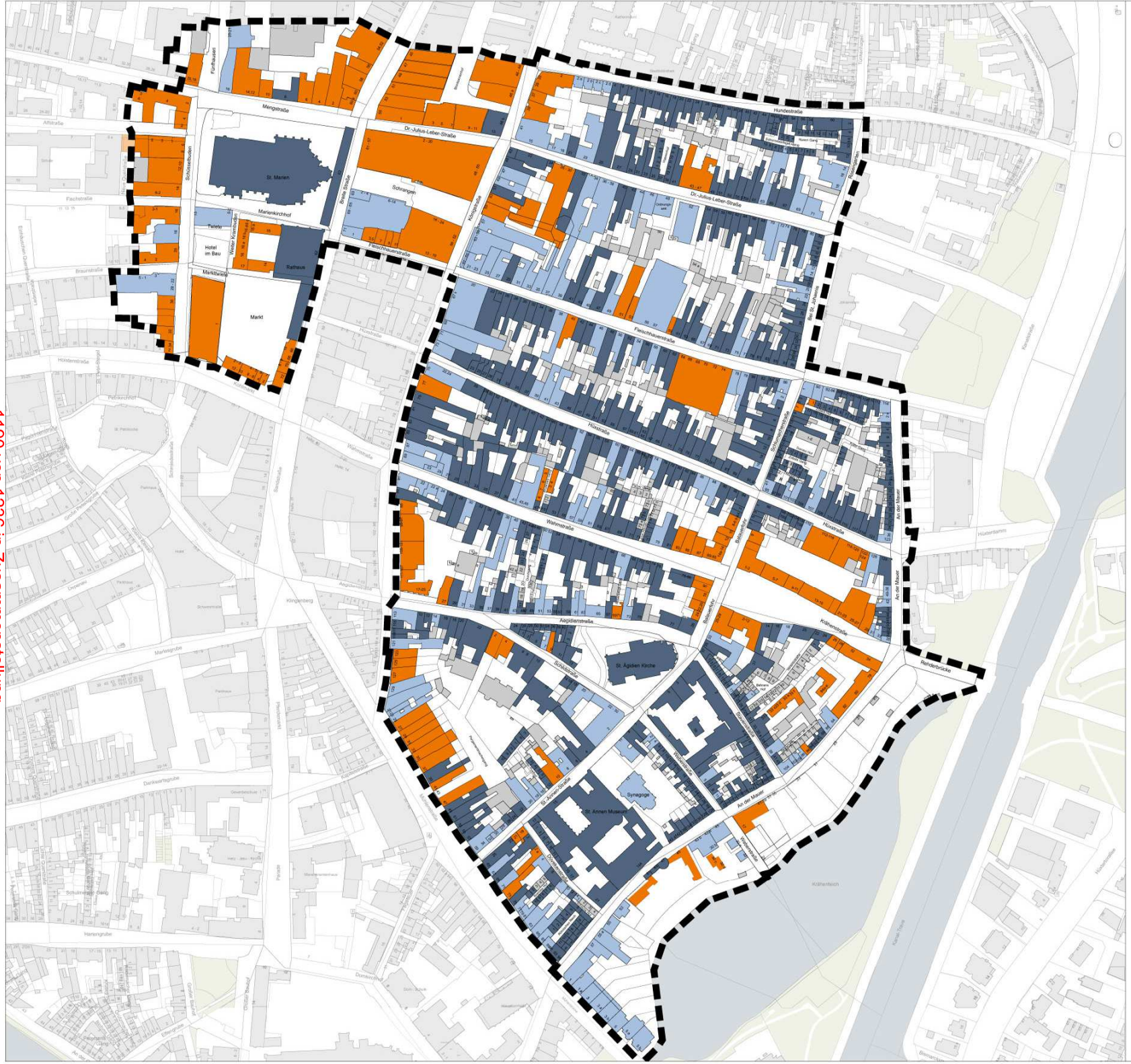
Schleswig-Holstein
Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

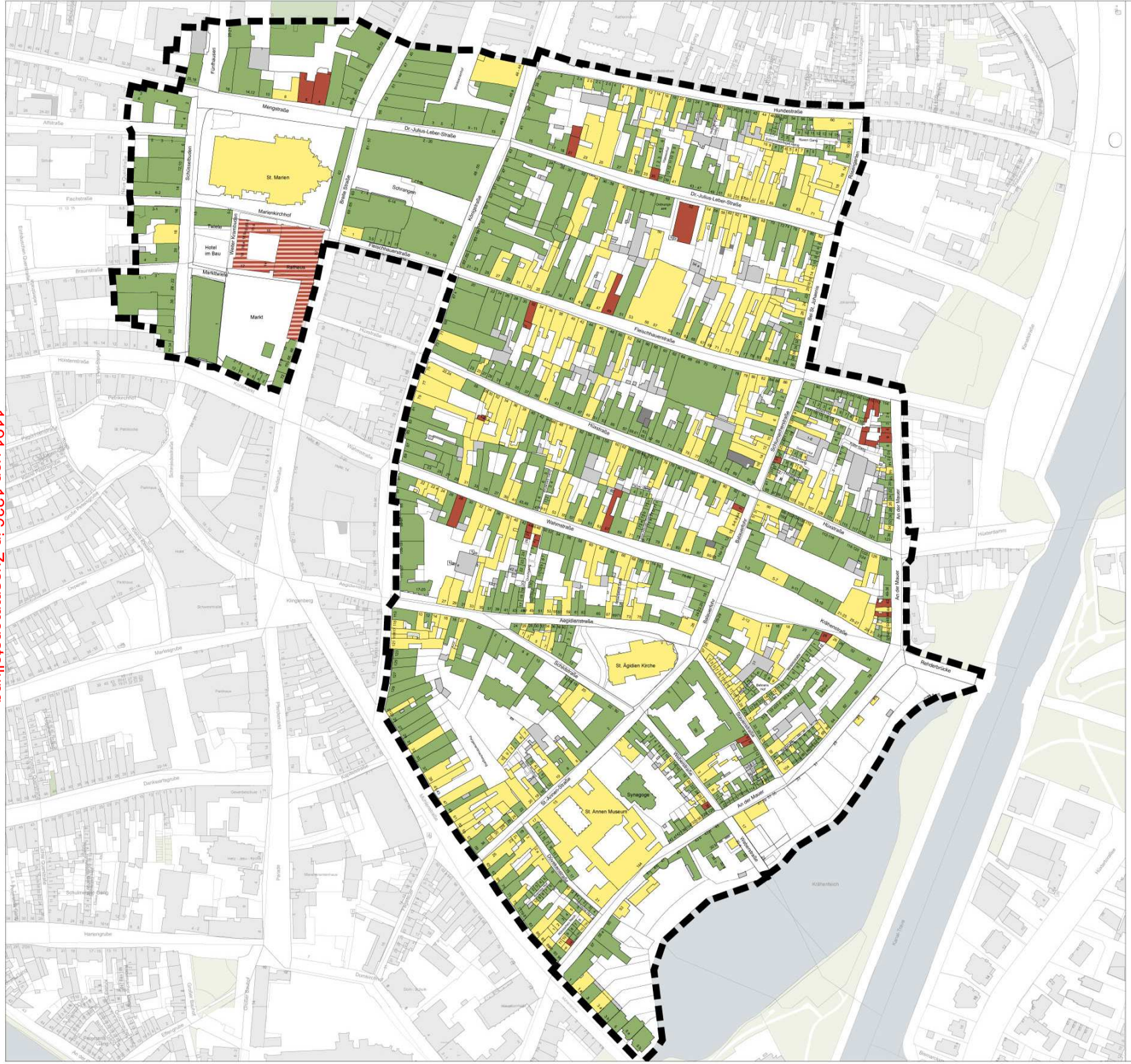
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
von Bund, Ländern und Gemeinden

1188 von 1236 in Zusammenstellung

TOP 5.21


Mengstraße
Dr.-Julius-Leber-Straße
Hundestraße
Marienkirchhof
Rathaus
Markt
Fleischhauerstraße
Hüxstraße
Wahmstraße
Aegidienstraße
Schüsselbuden
Breite Straße
Königstraße
Schrangen
Rosengarten
Schlagbrücke
Beckergrube
An der Mauer
Krähenstraße
Rehderbrücke
Schildstraße
St. Aegidien Kirche
St. Annen-Straße
St. Annen Museum
Synagoge
Hotel im Bau
Neues Kaufmannshaus
Marktwache
Schrangen
Hüxtertor
Hüxtertorallee
Hüxtertorhof
Hüxtertorgang
Schlagbrückenhof
Beckergrubenhof
Beckergrubenstraße
Schüsselbudenhof
Schüsselbudenstraße
Rosengarten
Rosengarten Gang
Fischergrube
Fischergrubenhof
Fischergrubenstraße
Schüsselbuden
Schüsselbudenhof
Schüsselbudenstraße
Schüsselbudenstraße
Schüsselbudenstraße


Mengstraße
Dr.-Julius-Leber-Straße
Hundestraße
Fischhausstraße
Schüsselbuden
St. Marien
Marienkirchhof
Twiete
Hotel im Bau
Ratheus
Marktplatz
Markt
Schrangen
Breite Straße
Königstraße
Fleischhauerstraße
Hüxstraße
Wahmstraße
Schmiedestraße
Aegidienstraße
St. Ägidien Kirche
Schüsselbuden
Krähenstraße
Rehderbrücke
An der Mauer
St.-Annen-Straße
St. Annen Museum
Synagoge
Dornenstraße
Glockengießerstraße
Schwartauer Allee
Hüxtenbrücke
Hüxtenstraße
Kanalstraße
Kanaltrave
Krähenteich
Hüxtenbrücke
Hüxtenstraße
Hüxtenbrücke
Hüxtenstraße
Hüxtenbrücke
Hüxtenstraße



Hansestadt Lübeck

BIG Städtebau GmbH

Vorbereitende Untersuchungen und Integriertes Entwicklungskonzept „Altstadt“ Lübeck

Plan 5

Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf

Legende

- Grenze Untersuchungsgebiet
- Niedrig
- Mittelhoch
- Hoch
- Hoch und in Durchführung
- Daten konnten wegen fehlender Zugänglichkeit nicht erhoben werden

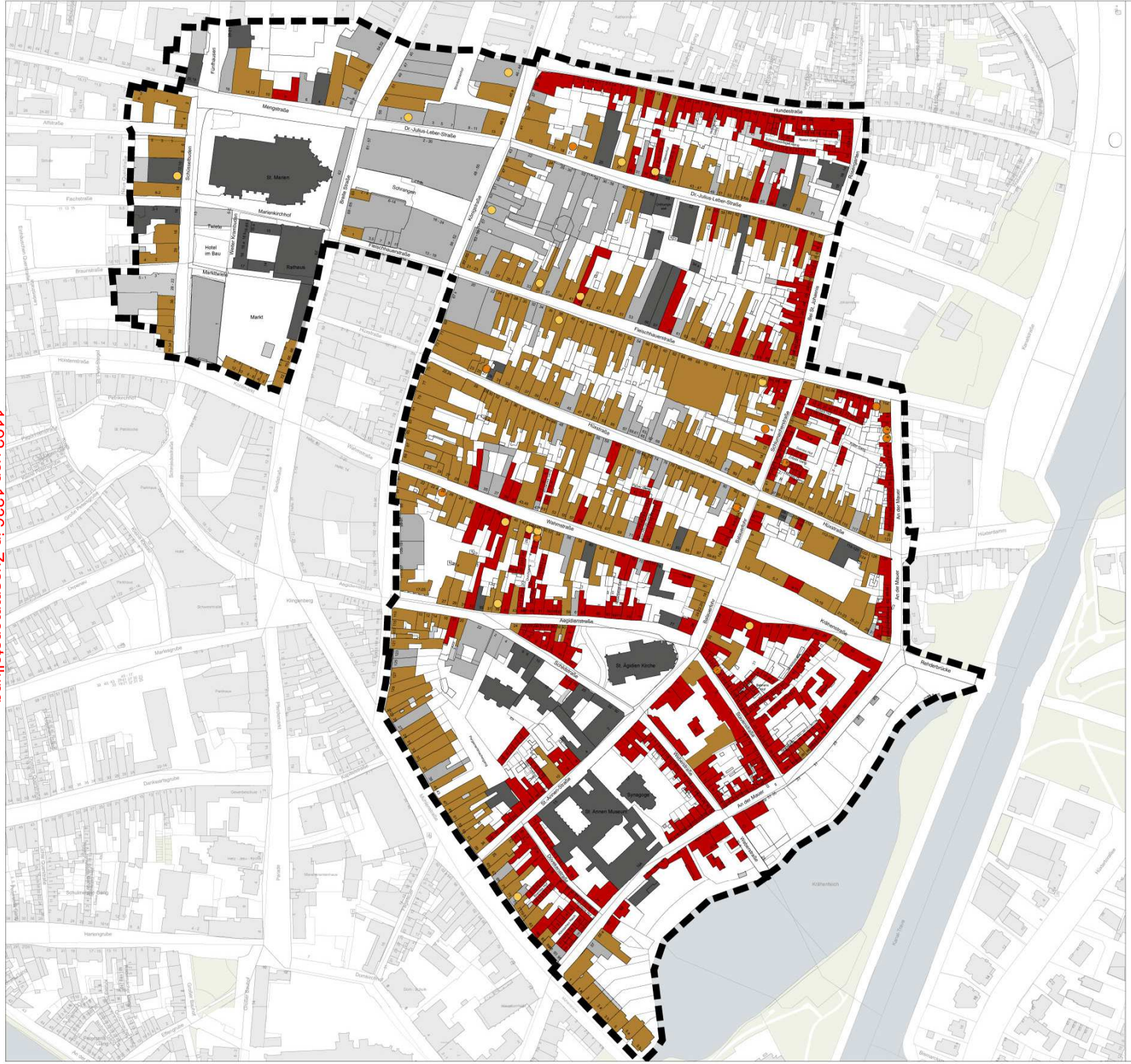
0 25m 50m 75m 100m

Stand: 05.11.2017

N

Schleswig-Holstein
Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
von Bund, Ländern und Gemeinden



Hansestadt Lübeck

BIG Städtebau GmbH

Vorbereitende Untersuchungen und Integriertes Entwicklungskonzept „Altstadt“ Lübeck

Plan 6

Gebäudenutzungsstruktur

Legende

- Grenze Untersuchungsgebiet
- Wohnnutzung
- Öffentliche Nutzung, Gemeinbedarf, Kirche etc.
- Gewerbenutzung
- Gemischte Nutzung
- Vollständiger Gebäudeleerstand
- Teilweiser Gebäudeleerstand

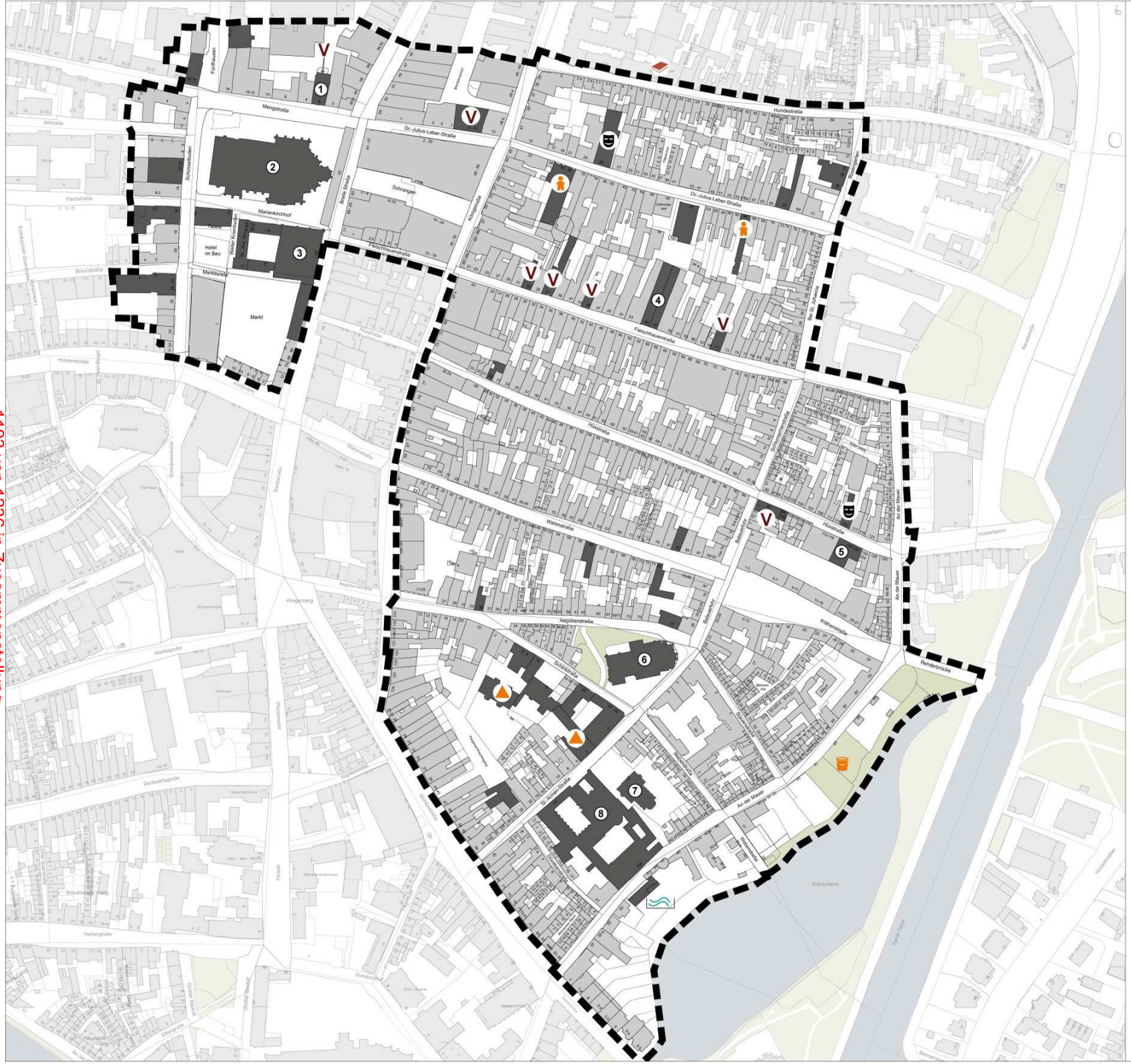
0 25m 50m 75m 100m

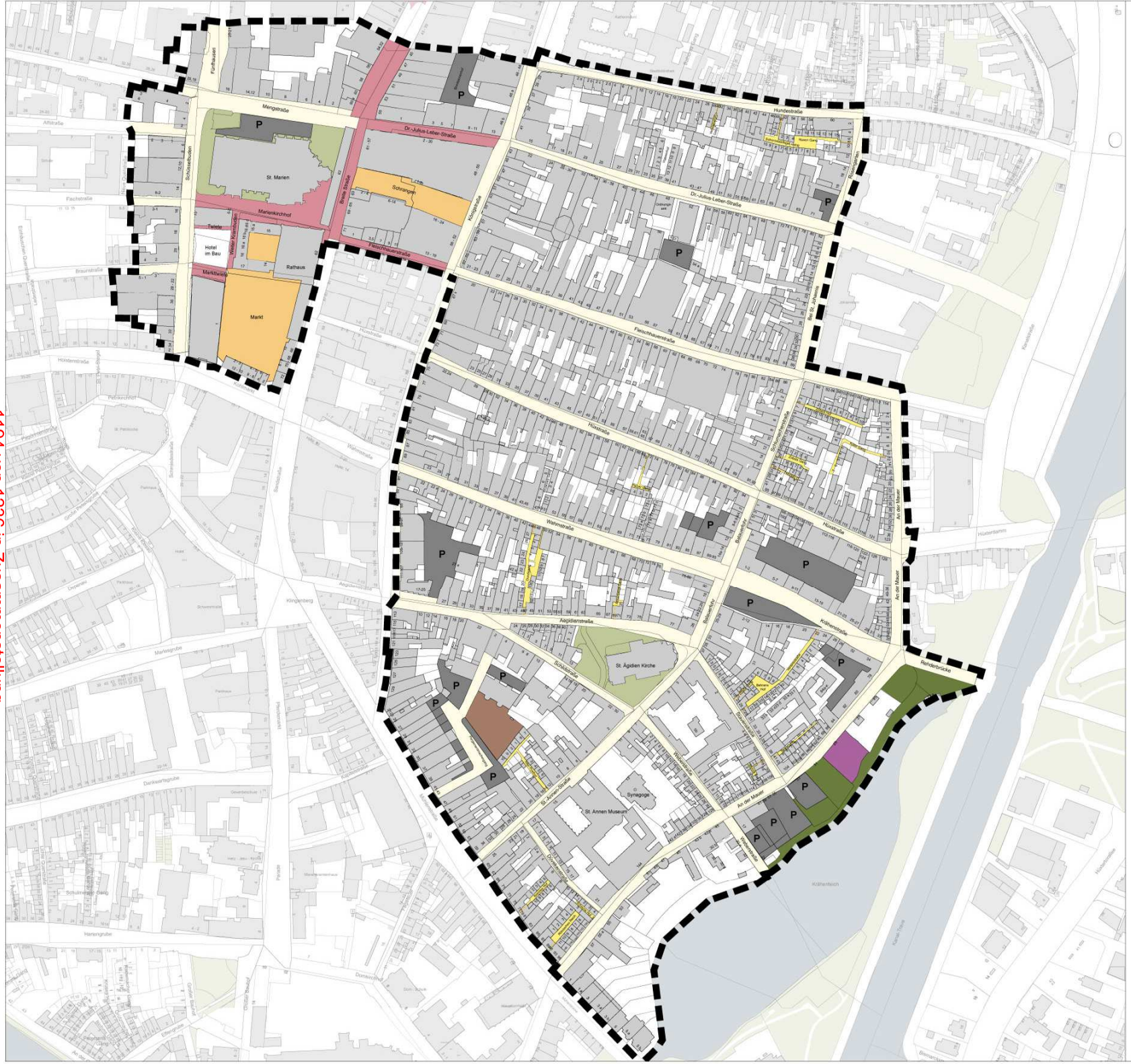
Stand: 05.11.2017

N

Schleswig-Holstein
Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
von Bund, Ländern und Gemeinden


Mengstraße
Dr.-Julius-Leber-Straße
Hundestraße
Marienkirchhof
Fleischhauerstraße
Hüxstraße
Wahmstraße
Aegidienstraße
Schüsselbuden
Schrangen
Markt
Hotel im Bau
Schulstraße
St.-Annen-Straße
An der Mauer
Krähenstraße
Rehderbrücke
Kleine Gröpelgrube
Große Gröpelgrube
Kleiner Teich
Großer Teich
Kahlhorst
Krähenteich
Hüxtertor
Hüxtertamm
Kanalstraße
Hafenstraße
Hafenspitze
Hafenplatz
Hafenbahnhof
Hafenbahnstraße
Hafenbahnweg
Hafenbahnbrücke
Hafenbahnbrücke
Hafenbahnbrücke



Hansestadt Lübeck

BIG Städtebau GmbH

Vorbereitende Untersuchungen und Integriertes Entwicklungskonzept „Altstadt“ Lübeck

Plan 8

Grün- und Freiflächenstruktur

Legende

- Grenze Untersuchungsgebiet
- Öffentliche Grünanlagen
- Öffentliche Plätze
- Schulhof
- Spielplatz
- öffentlich zugänglich, im Eigentum der Kirche
- Öffentliche Gänge und Höfe
- Fußgängerzone
- Parkplätze
- Straßenräume
- Wasser

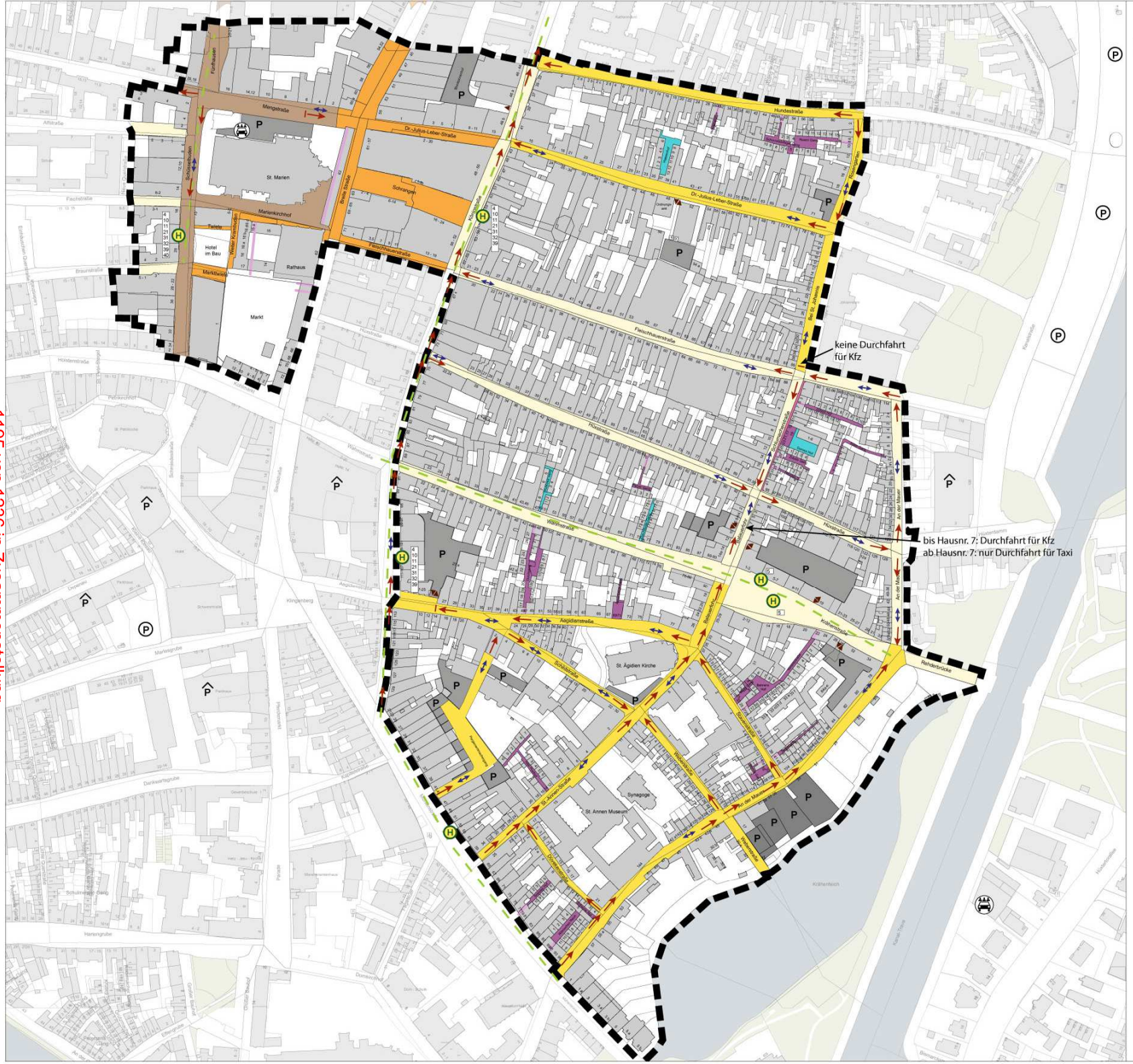
0 25m 50m 75m 100m

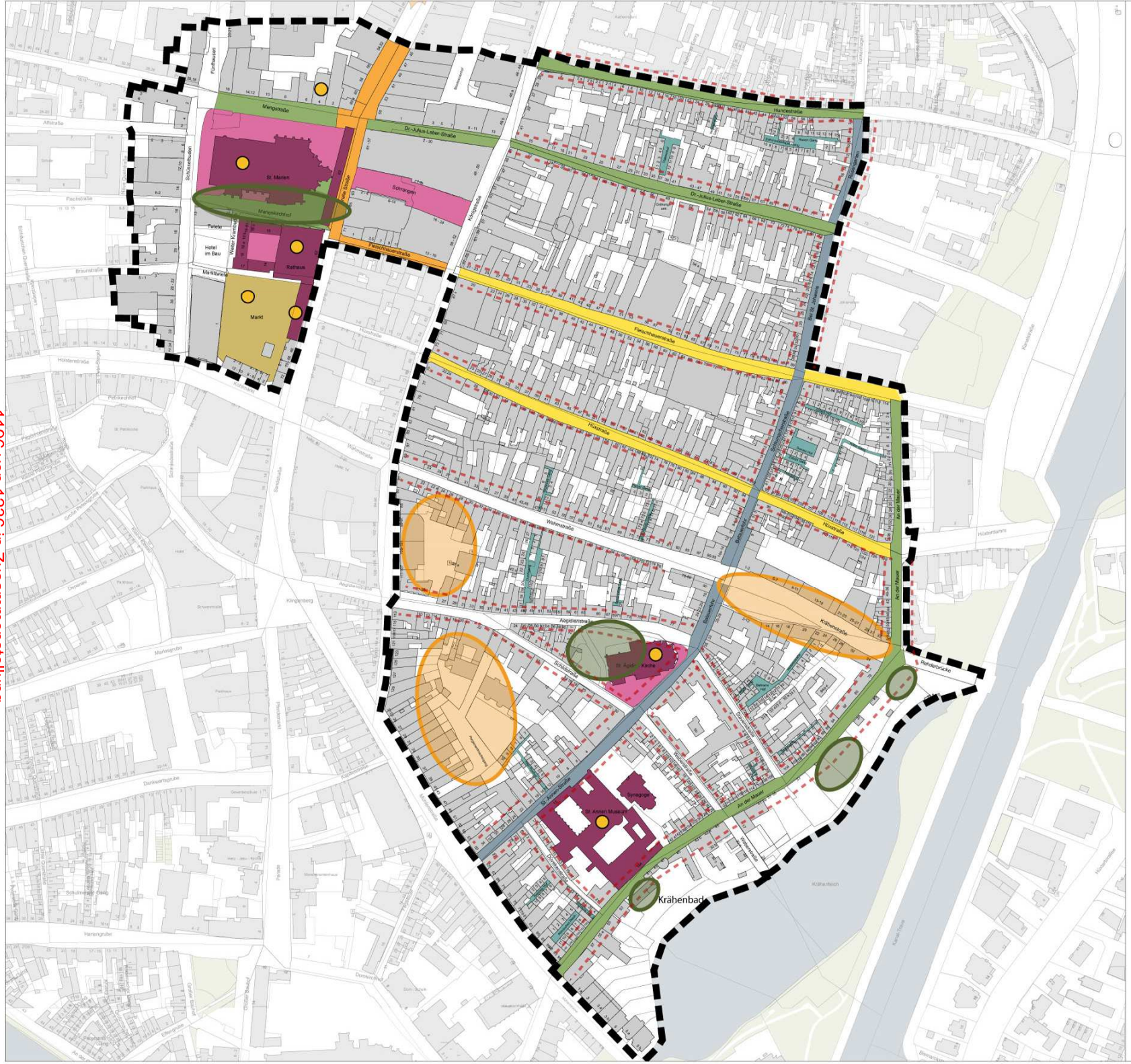
Stand: 05.11.2017

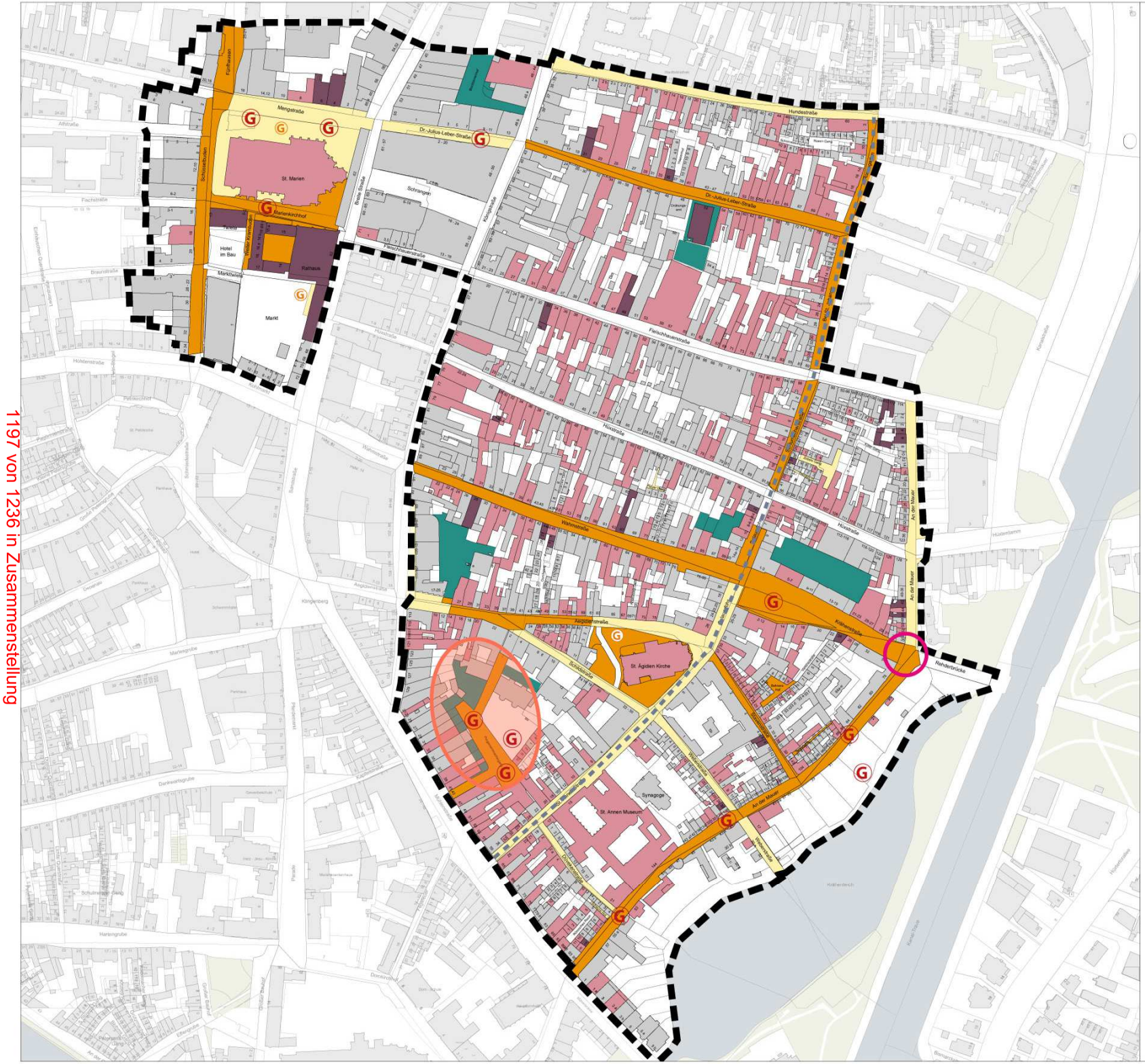
N

Schleswig-Holstein
Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
von Bund, Ländern und Gemeinden


keine Durchfahrt für Kfz
bis Hausnr. 7: Durchfahrt für Kfz
ab Hausnr. 7: nur Durchfahrt für Taxi
Mengestraße
Dr.-Julius-Leber-Straße
Schwangen
Fischhauerstraße
Marktbereich
Markt
Rathaus
Hotel im Bau
St. Marien
Marienkirchhof
Hundestraße
Fleischhauerstraße
Hüxstraße
Wahmstraße
Aegidienstraße
Schüsselbuden
Schildstraße
Kröpelinstraße
Reiferbahn
Reiferbrücke
St. Ägidien Kirche
St. Annen-Straße
Synagoge
St. Annen Museum
Königstraße
Glockengießerstraße
Pferdemarkt
Mühlenstraße
Beckergrube
Hüxstraße
An der Mauer
Schwartauer Allee
Alfstraße
Fischstraße
Braunstraße
Holstenstraße
Petrikirchhof
Wahmstraße
Klingenberg
Marlesgrube
Parkallee
Dankwartsgrube
Gewerbeschule 1
Schüsselbuden
Hüxstraße
Kanalstraße
Kanaltrave
Krähenteich
Hasselbrook
Hasselbrookstraße
Hasenkamp
Hasenkampsteert
Hasenkampsteert-Ost
Hasenkampsteert-Süd
Hasenkampsteert-Nord
Hasenkampsteert-Nordost
Hasenkampsteert-Nordwest
Hasenkampsteert-Südwest
Hasenkampsteert-Südost
Hasenkampsteert-Südwest
Hasenkampsteert-Südost
Hasenkampsteert-Südwest
Hasenkampsteert-Südost


Mengstraße
Dr.-Julius-Leber-Straße
Schrangen
Fischhauerstraße
Hundestraße
Fleischhauerstraße
Hüxstraße
Wahmstraße
Schüsselbuden
Fischstraße
Alfstraße
Fischerstraße
Braunstraße
Hüxtertorallee
Hüxtertamm
Kanalstraße
Holstenstraße
Petrikirchhof
Petristraße
Pappelhofstraße
Schmiedestraße
Wahmstraße
Sandstraße
Dameplatz
Schwartauer Allee
Klingenberg
Marienkirchhof
Marienstraße
Marienkrankenhaus
Twiete
Hotel im Bau
Marktwiese
Rathaus
Markt
St. Marien
Knopstraße
Beckergrube



Hansestadt Lübeck

BIG Städtebau GmbH

Vorbereitende Untersuchungen und Integriertes Entwicklungskonzept „Altstadt“ Lübeck

Plan 11

Mängel, Missstände und Konflikte

Legende

- Grenze Untersuchungsgebiet
- Mittelhoher Erneuerungs- und Umgestaltungsbedarf von Erschließungsanlagen einhergehend mit Gestaltungs- und Funktionsdefiziten sowie mangelhafter Barrierefreiheit
- Hoher Erneuerungs- und Umgestaltungsbedarf von Erschließungsanlagen einhergehend mit Gestaltungs- und Funktionsdefiziten sowie mangelhafter Barrierefreiheit
- G Großes Gestaltungs-, Nutzungs- und Funktionsdefizit
- G Sehr großes Gestaltungs-, Nutzungs- und Funktionsdefizit
- Fahrradstraße: Mängel in der Gestaltung
- Wohnumfelddefizit im Blockinnenbereich
- Entwicklungs- und Qualifizierungsbedarf
- Mittlerer Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf von Gebäuden
- Hoher Modernisierungs- und und Instandsetzungsbedarf von Gebäuden
- Unattraktive Eingangssituation in die Altstadt

Probleme und Konflikte, die das gesamte Untersuchungsgebiet betreffen:
- Unübersichtliche Verkehrsführung
- Parkplatzsuchverkehr
- Ruhender Verkehr dominiert viele Straßen
- Konflikte zwischen Verkehrsteilnehmern

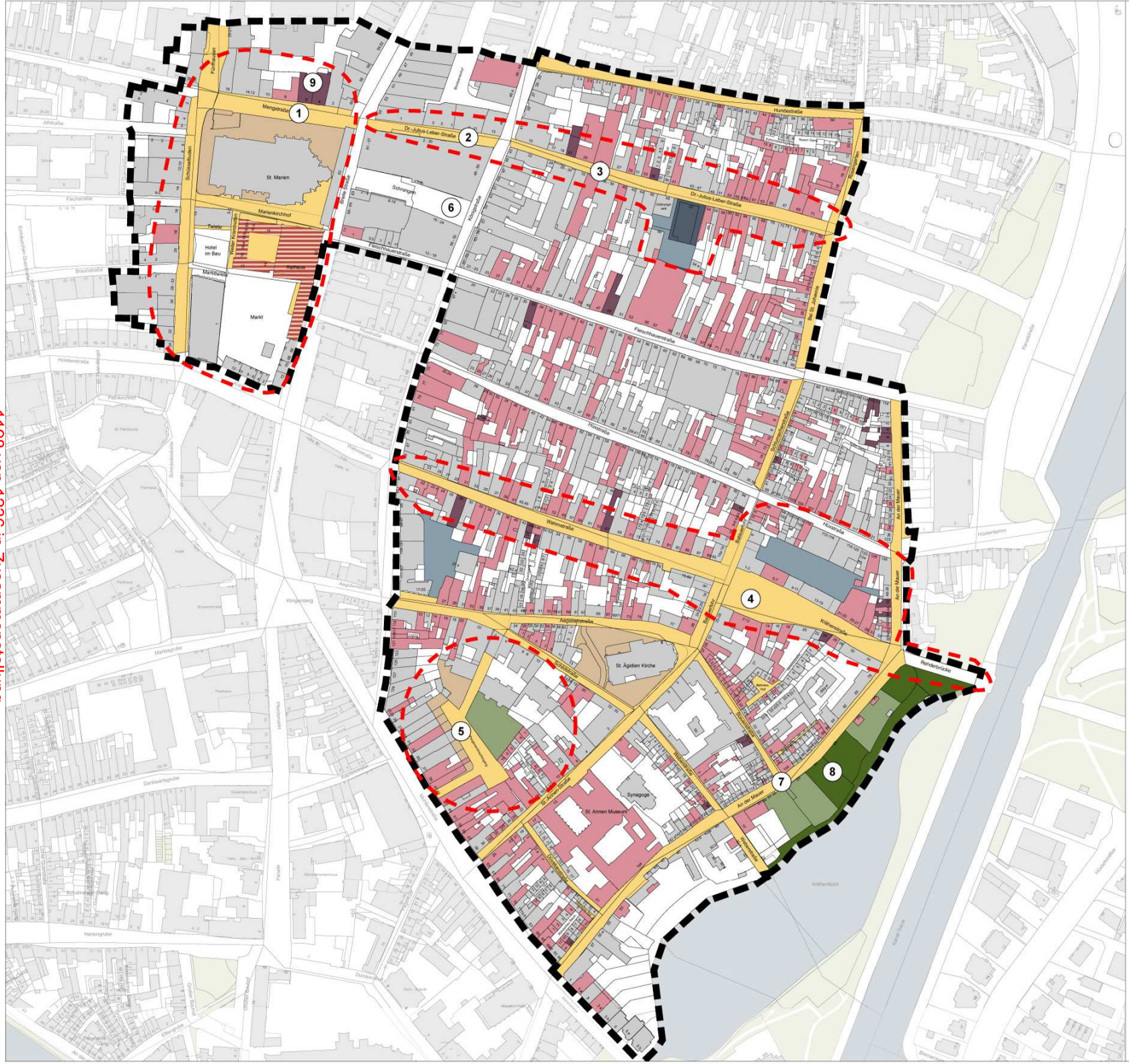
0 25m 50m 75m 100m

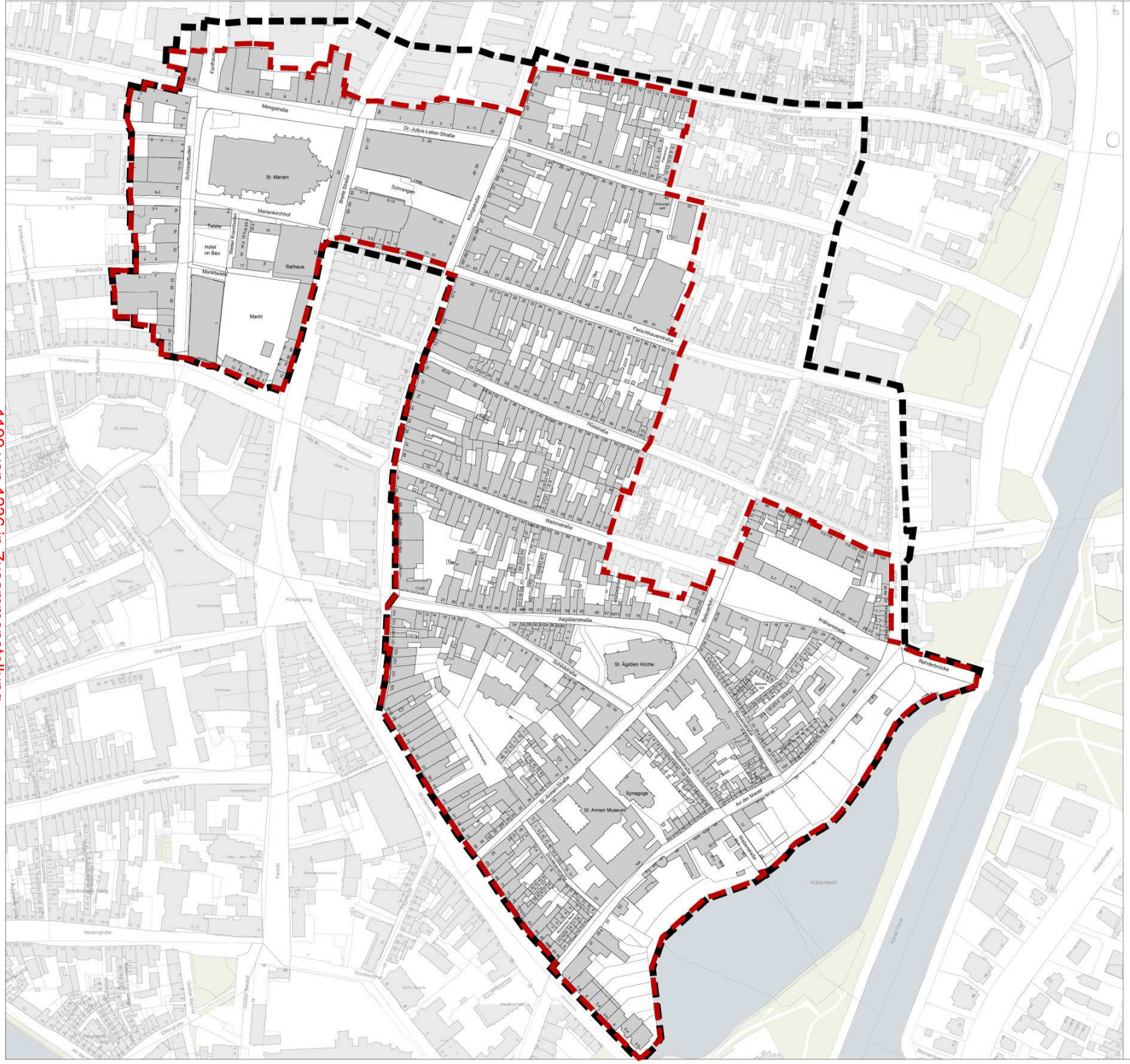
Stand: 05.11.2017

N

Schleswig-Holstein Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden


9
1
2
3
6
4
5
7
8
Mengstraße
Dr.-Julius-Leber-Straße
Hundestraße
Schüsselbuden
St. Marien
Marienkirchhof
Hotel im Bau
Rathaus
Marktplatz
Markt
Fischhauerstraße
Königstraße
Schrangen
Hüxstraße
Wahmstraße
Schmiedestraße
An der Mauer
Alfstraße
Fischstraße
Beckergrube
Klingenberg
Marlesgrube
Dankwartsgrube
Hartengrube
Schüsselbuden
Kohlmarkt
Breite Straße
Königstraße
Fischhauerstraße


Mengstraße
Dr.-Julius-Leber-Straße
Schrangen
Marienkirchhof
Rathaus
Markt
Marktwache
Hotel im Bau
Fischhausstraße
Hüxstraße
Wahmstraße
Aegidienstraße
Schüsselbuden
Breite Straße
Königstraße
Fischstraße
Alfstraße
Fischhausstraße
Braunstraße
Hüxstraße
Holstenstraße
Petrikirchhof
Wahmstraße
Klingenberg
Marlesgrube
Dankwartsgrube
Hartengrube
Schüsselbuden
Beckergrube
Schmiedestraße
Schmiedestraße
Schüsselbuden
Aegidienstraße
Schüsselbuden
St. Ägidien Kirche
Beckergrube
Krähenstraße
Rehderbrücke
St. Annen-Straße
Synagoge
St. Annen Museum
An der Mauer
Krähenstraße
Hüxstraße
Hüxstamm
Kanalstraße
Krähenteich
Schulhof der Gem. Schule
Großer Stadtgraben
Stadtgraben
Stadtgraben

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08107
öffentlich

Lübeck, 29.08.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
5.660 - Stadtgrün und Verkehr

Bearbeitung: Dieter Schmedt (E-Mail: Telefon: 6635)

Außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2019 zur Zahlung der unstrittigen Beträge der Teilschlussrechnungen für die Brücken St.-Lorenz und Roter Löwe

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
02.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
16.09.2019	Bauausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:
Im Haushaltsjahr 2019 werden in den Produkten

- 542001.076.785200 – Kreisstraßen – St.-Lorenz-Brücke, Auszahlung aus Tiefbaumaßnahmen, und
- 544001.040.785200 – Bundesstraßen – Straßenbrücke Roter Löwe, Auszahlung aus Tiefbaumaßnahmen,

für die Zahlung der unstrittigen Beträge der Teilschlussrechnungen für die Ersatzneubauten der St.-Lorenz-Brücke und der Brücke Roter Löwe gem. § 95 d (1) Gemeindeordnung für Schleswig- Holstein Haushaltsmittel in Höhe von 896.100,00 € außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus dem Produktsachkonto 553001.029.7851000 Vorwerker Friedhof / Werkplatz.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:	1.201 – Haushalt und Steuerung
Ergebnis:	Zustimmend
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:	[ ] Ja [X] Nein
Begründung:	Für Kinder ist der derzeitige Verfahrensstand nicht von Relevanz
Die Maßnahme ist:	[ ] neu [ ] freiwillig [X] vorgeschrieben durch: § 12 Nr. 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz

Finanzielle Auswirkungen:	[X] Nein [ ] Ja (Anlage 1)
Dringlichkeitsvorlage Begründung	[X] Ja Nach Vorlage und Prüfung der Rechnungen für Zahlungen an die DB Netz können die unstreitigen Beträge zur Entlastung des Haushaltes 2020 bereits in diesem Jahr bezahlt werden. Das Zahlungsziel ist mit September 2019 angegeben.

Begründung:
Im Zuge der Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Hamburg – Lübeck wurden die St.-Lorenz-Brücke und die Brücke Roter Löwe neu gebaut, um die Oberleitungen darunter entlangführen zu können. Gleichzeitig wurden die Brücken auf die modernen Belange des Straßenverkehrs angepasst. Die Brücken wurden als gemeinsame Maßnahmen durch die DB Netz AG gebaut. Die Hansestadt Lübeck hat sich zur Zahlung der entsprechenden Anteile verpflichtet. Siehe hierzu auch die Vorlagen:

- Drucksache 109 vom 27.09.2002 (Roter Löwe), Beschluss vom 10.10.2002.
- Drucksache 254 vom 29.08.2006 (St.-Lorenz), Beschluss vom 28.09.2006 zur abschließenden Überweisung in den Bauausschuss, dort Annahme am 20.11.2006.

Die Baumaßnahmen sind seit 2008 abgeschlossen. Seitdem hat es verschiedene Verhandlungen mit der DB Netz AG über die Höhe der zu leistenden Ablöse- bzw. Vorteilsausgleichszahlungen gegeben. Seitens der Hansestadt Lübeck wurde der Abschluss der Verhandlungen für das Jahr 2020 erwartet und entsprechende Mittel für den Haushalt angemeldet.

Die DB Netz AG legt jetzt ohne Abschluss der Verhandlungen für beide Projekte Schlussrechnungen vor, Zahlungsziel der Rechnungen ist mit September 2019 angegeben. Nach Ansicht der Hansestadt Lübeck sind in beiden Projekten noch zu viele und ungerechtfertigte Forderungen enthalten, so dass die Verhandlungen noch weiter geführt werden müssen.

Bisher geleistete Zahlungen der Hansestadt Lübeck an die DB Netz AG:

St.-Lorenz	
Baukosten:	3.876.845,77 €
Ablösung:	5.437.824,00 €
Gesamtbetrag:	**9.314.669,77 €**

Roter Löwe	
Baukosten:	1.472.586,00 €
Ablösung:	655.939,00 €
Gesamtbetrag:	**2.128.525,00 €**

Schlussrechnungsbeträge der DB Netz AG:

St.-Lorenz	
Baukosten:	1.746.223,73 €
Ablösung:	928.146,00 €
Geforderter Betrag:	**2.674.369,73 €**

Roter Löwe	
Baukosten:	459.937,93 €
Ablösung:	86.795,00 €
Geforderter Betrag:	**546.732,93 €**

Die Rechnungsprüfung der Hansestadt Lübeck ergibt folgende Zahlen:

St.-Lorenz	
Baukosten:	1.582.208,08 €
Ablösung:	-1.074.732,00 €
Zu zahlender Betrag:	**507.476,08 €**

Roter Löwe	
Baukosten:	445.891,17 €
Ablösung:	-57.318,60 €
Zu zahlender Betrag:	**388.572,57 €**

Die unstreitige Summe beläuft sich damit

- für die St.-Lorenzbrücke (542001. 076. 7852000) auf 507.476,08 €
- für den Roten Löwen (544001.040.7852000) auf 388.572,57 €

Um die Haushaltsplanung für 2020 zu entlasten, sollen die unstreitigen Anteile mit aktuellen Haushaltsmitteln beglichen werden. Die Deckung erfolgt aus der Maßnahme Vorwerker Friedhof / Werkplatz. Dort sind noch Mittel aus 2018 vorhanden, die ansonsten am Ende des Jahres ersatzlos verfallen. Zur für November geplanten Ausschreibung soll das Projekt wieder entsprechend mit Mitteln verstärkt werden, die auch die Übertragbarkeit nach 2020 zulassen.
Die ursprüngliche Haushaltsplanung 2020 wurde bereits von der Verwaltung um die unstreitigen Beträge gekürzt.

Anlagen:

Senatorin Joanna Hagen

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08123
öffentlich

Lübeck, 02.09.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
5.651 - Gebäudemanagement

Bearbeitung: Katrin Bohl (E-Mail: katrin.bohl@luebeck.de Telefon: 122-6514)

Freigabe zur Fortführung der Maßnahmen der Brandschutz- und Elektrosanierung in den Liegenschaftsstandorten B. Schröder-Schule und E.-Geibel-Schule über 175.000,- EUR sowie außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2019

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
09.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
16.09.2019	Bauausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:
1. Im Haushaltsjahr 2019 werden für folgende Projekt Verpflichtungsermächtigungen in einer Gesamthöhe von 860.000 EUR zu Lasten des Haushaltsjahres 2020 gem. § 95 f (1) i.V.m. § 95 d (1) GO SH außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

B. Schröder-Schule 360.000,- EUR
E. Geibel-Schule 500.000,- EUR

Die Deckung erfolgt aus der Verpflichtungsermächtigung auf dem Produktsachkonto 552001.554.7851000 – Bau von zwei Papierhallen am Skandinavienkai.

2. Die Fortsetzung der Maßnahmen „Brandschutz- und Elektrosanierungen der Standorte B. Schröder-Schule und E. Geibel-Schule“ wird freigegeben.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:	1.201 Haushalt und Steuerung 4.401 Schule und Sport
Ergebnis:	zustimmend
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:	[ ] Ja [x] Nein
Begründung:	Eine Beteiligung ist nicht erfolgt, da die Interessen von Kindern und Jugendlichen nicht berührt sind.
Die Maßnahme ist:	[ ] neu [ ] freiwillig [x] vorgeschrieben durch: Bereitstellung von

	☐ Fördermitteln aus dem KInvF/S des Bundes
Finanzielle Auswirkungen:	☐ Nein ☒ Ja (Anlage 1)

Begründung:
Die Berend-Schröder-Schule und Emanuel-Geibel-Schule waren Bestandteil des 15 Mio. Euro umfassenden Possehl-Schulbau-Förderprogramms. Im Zuge der ersten Mittelverschiebung innerhalb des Förderprogramms wurden die gesamtheitlich geplanten Sanierungen auf die folgenden von Possehl finanziell geförderten Maßnahmen beschränkt.

- B. Schröder-Schule: Bauzustandserfassung
- E. Geibel-Schule: Bauzustandserfassung, Dach- und Fassadensanierung

Die Bauzustandserfassungen ergaben umfangreiche Mängel, die eine kurz-, mittel- und langfristige Sanierung erforderten. Für die Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit wurden mit der Projektfreigabe Nr. VO/2017/04747 vom 25.04.2017 ausschließlich kurzfristige und dringend notwendige, brandschutztechnische Sanierungen beschlossen.
Die Maßnahmen haben sich anschließend u.a. infolge Änderungen in Brandschutzvorschriften und entsprechend notwendigen Anpassungen der Planungen verschoben.

Auswertungen der „E-Checks“ und weitergehender Untersuchungen der elektrotechnischen Anlage an den Standorten ergaben, dass die infolge der eingeschränkten Finanzmittel bislang vorgesehene, zeitliche Verschiebung der Elektrosanierung zunehmend eine Dringlichkeit erfährt und eine Grundinstandsetzung ebenfalls zeitnah erforderlich ist.

Die zusätzlichen Leistungen führen zu folgenden Mehrkosten:

- B. Schröder-Schule: E-Sanierung: 357.247,06 EUR brutto
- E. Geibel-Schule: E-Sanierung: 498.005,71 EUR brutto

Für die Leistungserbringung des Gewerkes Elektroarbeiten im Zuge der brandschutztechnischen Sanierung in der E.-Geibel- und B.-Schröder-Schule wurden nach erfolgreich durchgeführter beschränkter Ausschreibung die Aufträge an die Fa. Hartz & Gieseke Elektrotechnik GmbH vergeben.
Um die im Zuge der tiefergehenden Untersuchung festgestellten Mängel an der Bestandselektrik zeitnah, wirtschaftlich und ohne größere Bauablaufs- und Schulbetriebsbeeinträchtigungen abzustellen, ist geplant, die Fa. Hartz & Gieseke Elektrotechnik GmbH mit den auszuführenden Elektroarbeiten mittels Nachtragsauftrag zum bestehenden Hauptauftrag zu beauftragen.

Nach § 3a, Abs. 4, Pkt. 6, VOB/A ist die freihändige Vergabe ohne die Einholung von Gegenangeboten für den Nachtragsauftrag zur Elektrosanierung der B. Schröder-Schule zulässig, da „*sich eine kleine Leistung von einer vergebenen größeren Leistung nicht ohne Nachteil trennen lässt*.“

Für die zu vergebenen Elektroarbeiten in der E.-Geibel-Schule gilt § 3a, Abs. 4, Pkt. 1, VOB/A. Die zu vergebene Leistung zur Elektrosanierung an die Fa. Hartz & Gieseke Elektrotechnik GmbH ist mittels freihändiger Vergabe ohne die Einholung von Gegenangeboten zulässig, da „*für die Leistung aus besonderen Gründen (Erfahrung und Gewährleistungsansprüche) nur ein bestimmtes Unternehmen in Betracht kommt.*“

Kostendeckung:
Zur finanziellen Deckung der Gesamtsumme von etwa 860.000,- EUR werden im Haushaltsjahr 2019 Verpflichtungsermächtigungen von dem Produktsachkonto 552001.554.7851 zur Verfügung gestellt. Die VEs waren für den Bau von zwei Papierhallen am Skandinavienkai

(552001.554.7851) eingeplant. Sie werden nicht mehr benötigt, da der Bau nicht durch die Hansestadt Lübeck erfolgt (näheres siehe VO/2019/07881).
Die im Jahr 2020 benötigten Mittel werden unterjährig aus anderen Projekten, bei denen der Mittelabfluss dies ohne Projekteinschränkungen zulässt, aufgestockt.

Dringlichkeit:
Es handelt sich um laufende Bauvorhaben. Um die Fortführung der Bauarbeiten sicherzustellen, muss die Vorlage möglichst zeitnah in die Gremien gegeben werden.

Anlagen:
Anlage 1 – finanzielle Auswirkungen

Senatorin Joanna Hagen

Bereich: 5.651.12 | **Anlage zur Vorlage vom 02.09.2019**
Produkt: 111029.277 ,111029.278 | **VO-Nr.: VO/2019/08123**

2. Verfahrensübersicht – Finanzielle Auswirkungen | **INVESTIV**

(Bei **investiven Maßnahmen** ist zunächst die **Anlagenbuchhaltung** (1.210) zu beteiligen!)

Finanzielle Auswirkungen in €	**Gesamtbeträge der Maßnahme, AfA und SoPo**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
Erträge					
Aufwendungen	**-855.252,77**	Fertigstellung Ende 2020	-21.381,29	-21.381,29	-21.381,29
davon:					
Sonderposten-auflösung (SoPo)					
Abschreibungen (AfA)	**-855.251,77**	Fertigstellung Ende 2020	-21.381,29	-21.381,29	-21.381,29
Anlagenabgang					
Gesamtauswirkung Ergebnisplan	**-855.252,77**				
voraussichtl. Zinsen ca.	**-25.657,58**	-1.710,51	-1.710,51	-1.710,51	-1.710,51
Einzahlungen					
Auszahlungen	**-855.252,77**	**-855.252,77**			
Gesamtauswirkung Finanzplan	**-855.252,77**	***(Ist das Ergebnis negativ, gilt der Betrag als kreditfinanziert!)***			

2020	**Ergebnisplan**	**Finanzplan**	**Ergebnisplan Gesamtlaufzeit**	**Finanzplan Gesamtlaufzeit**
Mittel **veranschlagt**				
Zusätzl. **zu ordnen**	**X**	**X**		
Haushalts**belastend**	**X**	**X**	**X**	**X**
Haushalts**entlastend**				
Haushalts**neutral**				

Haushaltsjahr	**Produktsachkonten**		**Ergebnisplan**
2020	**Bezifferung**	**Bezeichnung**	**Betrag in €**
(Minder) Erträge:			
(Mehr) Erträge:			
(Minder) Aufwendungen:			
(Mehr) Aufwendungen:			
		Saldo Ergebnisplan	**0,00**

2020	**Produktsachkonten**		**Finanzplan**
	Bezifferung	**Bezeichnung**	**Betrag in €**
(Minder) Einzahlungen:			
(Mehr) Einzahlungen:			
(Minder) Auszahlungen:			
(Mehr) Auszahlungen:	111029.277.7851000	Berend-Schröder-Schule, Umstrukturierung GebMod.	**-357.247,06**
	111029.278.7851000	Emanuel-Geibel-Schule, Umstrukturierung GebMod.	**-498.005,71**
		Saldo Finanzplan	**-855.252,77**

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08028
öffentlich

Lübeck, 14.08.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
4.401 - Schule und Sport

Bearbeitung: Susanne Brock (E-Mail: Susanne.Brock@luebeck.de Telefon: 122-4015)

Projektfreigabe des Projektes neue Beschallungsanlage und Sicherheitsabdeckung Stabhochsprung Buniamshof und Umbau der ehemaligen Hausmeisterwohnung der OzD in ein Gesundheitszentrum über 175.000,00 Euro

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
16.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	
19.09.2019	Schul- und Sportausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:
Die Projektfreigabe des Projektes neue Beschallungsanlage und Sicherheitsabdeckung Stabhochsprung Buniamshof und Umbau der ehemaligen Hausmeisterwohnung in der OzD in ein Gesundheitszentrum, als direkt in Zusammenhang stehende Sportstätten, über 175.000,00 Euro wird erteilt.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:	1.201 Haushalt und Steuerung
Ergebnis:	Zustimmung

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:	[ ] Ja [x] Nein
Begründung:	
Die Maßnahme ist:	[ ] neu [x] freiwillig [ ] vorgeschrieben durch:
Finanzielle Auswirkungen:	[ ] Nein [x] Ja (Anlage 1)

Begründung:
Die jetzige Beschallungsanlage auf dem Sportplatz Buniamshof ist abgängig und kann nicht mehr eingesetzt werden. Damit der Stadionbetrieb auch weiterhin problemlos aufrechtgehalten werden kann, ist eine entsprechende Anlage zwingend erforderlich.

Die Sicherheitsabdeckung für den Stabhochsprung schützt die Stabhochsprungmatten dau-

erhaft vor Witterung, Verschmutzung und Vandalismus. Auch ein zeitraubendes Auf- und Abbauen der Matte entfällt, da diese ständig am Platz verbleiben kann. Die Nutzbarkeit der Materialien wird dadurch um ein vielfaches verlängert.

Die OzD hat eine lange, erfolgreiche Tradition im Schulsport. Seit 2014 ist sie offiziell eine von fünf Kooperationsschulen für Talentförderung im Leistungssport des Landes Schleswig-Holstein.

Sie begleitet und fördert talentierte Sportlerinnen und Sportler in ihrer schulischen und sportlichen Laufbahn und ermöglicht ihnen die duale Herausforderung von schulischer und sportlicher Karriere. Sie unterstützt die Talentförderung im Leistungssport und begleitet junge Athletinnen und Athleten auf dem Weg in den Spitzensport.

Um die jungen Menschen noch besser fördern zu können, ist das Ziel die alte Hausmeisterwohnung der OzD zu einem Gesundheits- und Trainingszentrum umzubauen. Damit wird eine Intensivierung des Trainings, insbesondere des Krafttrainings, möglich. Dieses Zentrum soll neben den LeistungssportlerInnen auch der Lehrerschaft zur Gesundheitsprävention zur Verfügung stehen.

Unterrichtliche wie außerunterrichtliche Funktionen werden durch den Umbau ermöglicht.

Beispielhaft zu nennen wären hier für die unterrichtliche Funktion:

-Erweiterung der knappen Hallensituation

-Einführung in das gesundheitsbewusste Fitnesstraining für alle OzD Schüler im 8. Und 10. Jahrgang

-Praxisanteil zur Trainingslehre für alle Schüler der Sportprofile

Beispielhaft wären hier zu nennen für die außerunterrichtlichen Funktionen:

-Trainingseinrichtung für die OzD als *Kooperartionsschule Talentförderung im Sport*, flexibel in den Freistunden nutzbar

-Gezieltes Fitnesstraining für Teilnehmer *Jugend trainiert für Olympia*

Neben der schulischen Nutzung steht das Gesundheitszentrum auch Lübecker Leichtathletik Vereinen für ihr Winter- oder Rehatraining zur Verfügung.

Es handelt sich hier um eine überregionale Sportstätte des Schleswig-Holsteinischen Leichtathletik Verbandes, die Hauptturnhalle wird als Sportstätte für das Wintertraining genutzt.

Nur im direkten Zusammenhang beider Sportstätten Buniamshof und Hauptturnhalle konnte gemäß der Richtlinien die Förderung erfolgen.

Gesamtvolumen	295.000,00 Euro
Spende der Schulvereinigung der OzD	100.000,00 Euro
Fördermittel des Landes S.-H.	148.000,00 Euro
Benötigte Eigenmittel/ Reste 2018	47.000,00 Euro

Die Mittel sind auf dem PSK 42 4001.041.78 (Sportstätten/Gesundheitszentrum/Buniamshof) geordnet.

Anlagen:
Finanzielle Auswirkungen

Senatorin Kathrin Weiher

Bereich: 4.401
Produkt: 424001.041.7851000

Anlage zur Vorlage vom
VO-Nr.: 2019/08028

2. Verfahrensübersicht – Finanzielle Auswirkungen

INVESTIV

,

Finanzielle Auswirkungen in €	Gesamtbeträge der Maßnahme, AfA und SoPo	2019	2020	2021	2022
Erträge	**248.400,00**	**8.280,00**	24.840,00	24.840,00	24.840,00
Aufwendungen	**-295.600,00**	**-9.853,00**	-29.560,00	-29.560,00	-29.560,00
davon:					
Sonderposten-auflösung (SoPo)	**248.400,00**	8.280,00	24.840,00	24.840,00	24.840,00
Abschreibungen (AfA)	**-85.000,00**	-6.824,00	-20.310,00	-20.310,00	-20.310,00
Anlagenabgang					
Gesamtauswirkung Ergebnisplan	**-47.200,00**				
voraussichtl. Zinsen ca.	**-21.240,00**	-1.416,00	-1.416,00	-1.416,00	-1.416,00
Einzahlungen	**248.400,00**	**248.400,00**			
Auszahlungen	**-295.600,00**	**-295.700,00**			
Gesamtauswirkung Finanzplan	**-47.200,00**	***(Ist das Ergebnis negativ, gilt der Betrag als kreditfinanziert!)***			

2019	Ergebnisplan	Finanzplan		
Mittel **veranschlagt**	x	x	**Ergebnisplan Gesamtlaufzeit**	**Finanzplan Gesamtlaufzeit**
Zusätzl. **zu ordnen**				
Haushalts**belastend**	x	x	x	x
Haushalts**entlastend**				
Haushalts**neutral**				

Haushaltsjahr	Produktsachkonten		Ergebnisplan
2019	Bezifferung	Bezeichnung	Betrag in €
(Minder) Erträge:			
(Mehr) Erträge:	424001 000.4161000	Sportstätten/Ertr.Auflösung SOPO aus Zusch.	**6.770,00**
(Minder) Aufwendungen:			
(Mehr) Aufwendungen:	424001 000.5711000	Sporstätten/Abschr. auf Sachanlagen	**-6.824,00**
		Saldo Ergebnisplan	**-54,00**

	Produktsachkonten		Finanzplan
	Bezifferung	Bezeichnung	Betrag in €
(Mehr) Einzahlungen:	424001.041.6811000	Sportstätten/Gesundheitszentrum/Buniamshof/Invest Zusch. Vom Land	**148.400,00**
(Mehr) Einzahlungen:	424001.041.6818000	Sportstätten/Gesundheitszentrum/Buniamshof/Invest Zusch. Übrige Bereiche	**100.000,00**
(Mehr) Auszahlungen:	424001.041.7831000	Sportstätten/Gesundheitszentrum/Buniamshof	**-110.600,00**
(Mehr) Auszahlungen:	424001.041.7851000	Sportstätten/Gesundheitszentrum/Buniamshof/Hochbau	**-185.000,00**
		Saldo Finanzplan	**-47.200,00**

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08002
öffentlich

Lübeck, 09.08.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
2.021 - Fachbereichs-Dienste

Bearbeitung: Michael Mühleis (E-Mail: michael.muehleis@luebeck.de Telefon: 122-4461)

Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
19.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
03.09.2019	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Vorberatung
10.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:
Die Hansestadt Lübeck schließt sich der Weisung 201903003 der Bundesagentur für Arbeit vom 01.03.2019 - Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen nach §§ 68, 68a Aufenthaltsgesetz im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme - auf der Grundlage des Schreibens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 29. 1. 2019 an.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:		1.300 – Recht = keine rechtlichen Bedenken
Ergebnis:		
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:	[ ]	Ja
	[X]	Nein
Begründung:		Belange von Kindern und Jugendlichen sind nicht berührt.
Die Maßnahme ist:	[ ]	neu
	[X]	freiwillig
	[ ]	vorgeschrieben durch:
Finanzielle Auswirkungen:	[ ]	Nein
	[X]	Ja (s. Begründung)

Begründung:

1. Ausgangssituation

Im Rahmen der Beantragung eines Aufenthaltstitels kann eine Verpflichtungserklärung gemäß § 68 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) verlangt werden, wenn der Ausländer selbst nicht in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt zu sichern und die Sicherung des Lebensunterhaltes

zwingende Voraussetzung für die Erteilung des Aufenthaltstitels ist. Im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme erhielten aus Syrien geflüchtete Personen Aufenthaltserlaubnisse nach § 23 Absatz 1 AufenthG. Einige dieser Personen stellten nach der Einreise in das Bundesgebiet dennoch einen Asylantrag; in diesen Fällen erhielten sie Aufenthaltsgestattungen nach § 55 Asylgesetz (AsylG). Sowohl Aufenthaltserlaubnisse nach § 23 Absatz 1 AufenthG wie auch § 55 AsylG berechtigten noch nicht zum Leistungsbezug nach dem SGB II (vgl. § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 SGB II, § 1 Absatz 1 Nummer 1, Buchstabe a AsylbLG). Nach positivem Abschluss des Asylverfahrens wurde den betroffenen Personen ein Aufenthaltstitel nach den Vorschriften der § 25 Abs. 1, 2 oder 3 AufenthG erteilt, der zum Bezug von Leistungen nach dem zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB 11) berechtigt.

Die Verpflichtungserklärung wirkt auch nach Erteilung eines Aufenthaltstitels aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen oder durch Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft bzw. subsidiären Schutzes fort. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG, Urt. v. 26.01.2017 - 1 C 10.16) zwischenzeitlich bestätigt und wurde durch das Integrationsgesetz (IntG) mit Wirkung zum 06.08.2016 klargestellt. Für die sog. Altfälle (Abgabe der Erklärung vor dem Inkrafttreten des Integrationsgesetzes) wurde die Dauer der Verpflichtungserklärung auf drei Jahre begrenzt(§ 68a AufenthG).

Bis zum Inkrafttreten des IntG und der Entscheidungen des BVerwG herrschte hinsichtlich der Dauer der Haftung aus Verpflichtungserklärungen eine unklare Rechtslage. Die für die Abgabe von Verpflichtungserklärungen verwendeten Vordrucke sahen regelmäßig eine Haftung „bis zur Beendigung des Aufenthaltes [„.] oder bis zur Erteilung eines Aufenthaltstitels zu einem anderen Aufenthaltszweck" vor.

Einige Landesministerien und -behörden vertraten die Rechtsauffassung, dass ein Aufenthaltstitel für im Rahmen von Landesaufnahmeprogrammen aufgenommene Flüchtlinge nach § 23 Abs. 1 AufenthG bzw. Aufenthaltsgestattungen im Asylverfahren nach § 55 AsylG im Vergleich zu einem Aufenthaltstitel für anerkannte Asyl- und international Schutzberechtigte nach § 25 Abs. 1 und 2 AufenthG einen anderen Aufenthaltszweck begründe und die Gültigkeitsdauer einer Verpflichtungserklärung damit ende. Diese Rechtsauffassung vertraten bis zur Entscheidung des BVerwG u. a. auch die Länder Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Aufgrund dieser unklaren Rechtslage waren sich Verpflichtungsgeber der tatsächlichen Geltungsdauer der von ihnen abgegebenen Verpflichtungserklärungen vielfach nicht bewusst.

In zahlreichen Fällen klagen Verpflichtungsgeber gegen ihre Haftung auch für Leistungen nach dem SGB II. Vielfach geben die Verwaltungsgerichte (VG) den Klägern Recht. Sie verweisen - mit im Detail unterschiedlichen Begründungen - darauf, dass die Verpflichtungsgeber mit Blick insbesondere auf die unterschiedlichen Rechtsauffassungen der beteiligten Stellen davon ausgehen durften, nur für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) haften zu müssen, nicht aber auch für Leistungen nach dem SGB II (d. h. Leistungen nach dem sog. Rechtskreiswechsel). In diesen Fällen sei eine Heranziehung der Verpflichtungsgeber allenfalls im Ermessenswege möglich.

2. Aktueller Sachstand

Im Zuge der bislang ergangenen gerichtlichen Entscheidungen hat die Bundesagentur für Arbeit in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales die gemeinsamem Einrichtungen (gE) mit Weisung vom 26.03.2018 angewiesen, die Forderungen aus den Verpflichtungserklärungen festzusetzen, sodann aber vorläufig niederzuschlagen bzw. den Erstattungsbescheid durch Verwaltungsakt aufzuheben.

Mit Schreiben vom 22. Mai 2019 hat das Jobcenter angefragt, ob sich die Hansestadt Lübeck als Träger Leistungen für die kommunalen Kosten der Weisung anschließt und somit die betroffenen Erstattungsverfügungen insgesamt zurückgenommen werden können, da es Gerichten und Verpflichtungsgebern schwerlich zu vermitteln sein dürfte, warum lediglich ein Teil der Erstattungsverfügung zugenommen werden.

Da in jedem Einzelfall noch geprüft werden muss, ob die Voraussetzungen einer Rück-nahme gegeben sind, ist es derzeit nicht möglich, den finanziellen Rahmen genau zu benennen. Das Jobcenter hat dazu eine Hochrechnung angestellt und geht von einem Betrag von etwa 275.000,00 Euro aus.

3. Rechtliche Bewertung

Im Hinblick auf die rechtliche Freiwilligkeit eines Verzichts auf gesetzliche Erstattungsansprüche unabhängig von der Größenordnung ist hier die Zuständigkeit der Bürgerschaft nach § 27 Abs. 1 GO in Verbindung mit § 28 Nr. 11 GO für wichtige Angelegenheiten gegeben. Die kommunalen Forderungen (KdU) nach SGB II werden durch den Internen Service der Bundesagentur für Arbeit zusammen mit den Forderungen des Bundes für die Jobcenter verfolgt und beigetrieben und im Rahmen der monatlichen Leistungsabrechnung mit der Hansestadt Lübeck gutgeschrieben. Insofern findet keine unmittelbare Forderungserfassung im städtischen Haushalt statt und der Forderungsverzicht führt somit zu keinem Aufwand aus Abschreibungen auf Forderungen. Vielmehr minimiert der Forderungsverzicht die Gutschriften aus beigetriebenen Rückforderungen im Rahmen der Leistungsabrechnung zwischen der gE Jobcenter Lübeck und der Hansestadt Lübeck.

Da es sich bei den von der Weisung umfassten Fällen um Fallgestaltungen handelt, die auch vor den Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichten erfolgreich waren, empfiehlt das Referat Grundsatzfragen des Arbeitsmarktes, Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) und Arbeitsrecht im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein mit E-Mail vom 3. Mai 2019 entsprechend der Weisung zu verfahren (Anlage 1).

4. Entscheidungsvorschlag

Die Hansestadt Lübeck schließt sich der Weisung 201903003 der Bundesagentur für Arbeit vom 01.03.2019 – Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen nach §§ 68, 68a Aufenthaltsgesetz im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme – auf der Grundlage des Schreibens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 29. 1. 2019 an (s. Anlage 2 und 3).

Anlagen:
Anlage 1 – Empfehlung Arbeitsministerium

Anlage 2 – Weisung BA

Anlage 3 – Schreiben BMAS

Senator Sven Schindler

Mühleis, Michael

Betreff: WG: Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen - BA Weisung
Anlagen: 2.1_BMAS Schreiben 19 01 29_Haftung_Verpflichtungserklärung.pdf; 2.2._BMAS ANL 19 01 29_Anlage 2_Weisungslösung.pdf; 3_Weisung-201903003_ba039560.pdf; Verpflichtungserklärungen

Von: Inge.Bergmann@wimi.landsh.de [mailto:Inge.Bergmann@wimi.landsh.de]
Gesendet: Freitag, 3. Mai 2019 14:40
An: ...
Betreff: WG: Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen - BA Weisung

Sehr geehrte Frau Fedde, sehr geehrte Herren,

in der Anlage sende ich Ihnen die BA-Weisung „Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen nach §§ 68, 68a Aufenthaltsgesetz im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme“ mit der Empfehlung entsprechend der Weisung zu verfahren.

Mit E-Mail (beigefügt) vom 21.03.2018 hatte ich Sie gebeten, Erstattungsforderungen aus VE nach § 68 AufenthG zwar festzusetzen, aber befristet niederzuschlagen, da es bzgl. der Reichweite der Verpflichtungserklärungen unterschiedliche Rechtsauffassungen gab, ob die VE auch Leistungen nach dem SGB II umfassen. Verschiedene Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichte hatten eine Haftung von Verpflichtungsgebern für Leistungen nach dem SGB II verneint.

In der Zwischenzeit haben Gespräche zwischen dem Bund und Ländern im Rahmen der Innenministerkonferenz stattgefunden. Dabei wurde eine Einigung erzielt, die mit der beigefügten fachlichen Weisung der BA im Bereich der gE umgesetzt wird. Der Kompromiss wurde von NI, NW und HE mit dem Bund ausgehandelt. Derzeit ist uns nicht bekannt, ob weitere Länder dem Kompromiss beitreten werden. Auch das schleswig-holsteinische Innenministerium hat sich nach unserem Kenntnisstand noch nicht gegenüber dem Bund geäußert. Das Thema wird Gegenstand der Erörterungen der nächsten Innenministerkonferenz im Juni sein.

Da es sich bei den von der Weisung umfassten Fällen um Fallgestaltungen handelt, die auch vor den Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichten erfolgreich waren, empfehlen wir Ihnen, entsprechend der Weisung zu verfahren. Sollten Ihrerseits grundsätzlich oder im Einzelfall Bedenken bezüglich der Umsetzung entsprechend der Weisung bestehen, bitte ich um entsprechende Rückmeldung.

Freundliche Grüße
Inge Bergmann
- stv. Referatsleiterin -



Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit,
Technologie und Tourismus
Referat Grundsatzfragen des Arbeitsmarktes, Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II), Arbeitsrecht
Geschäftszeichen VII 511
Düsternbrooker Weg 94
24105 Kiel

Telefon +49 431 988-4826
Fax +49 431 988-617 4826
inge.bergmann@wimi.landsh.de
www.schleswig-holstein.de

Über dieses E-Mail-Postfach kein Zugang für elektronisch signierte oder verschlüsselte Dokumente.

Weisung 201903003 vom 01.03.2019 – Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen nach §§ 68, 68a Aufenthaltsgesetz im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme

Laufende Nummer:	201903003
Geschäftszeichen:	GR 1 – AZ: II-1101 / CF 2 – AZ: 3450
Gültig ab:	01.03.2019
Gültig bis:	unbegrenzt
SGB II:	Weisung
SGB III:	nicht betroffen
Familienkasse:	nicht betroffen

Mit der Weisung werden Regelungen zum Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen, die im Rahmen der Landesaufnahmeanordnungen vor dem 06.08.2016 abgegeben wurden (sog. Altfälle), getroffen.

1. Ausgangssituation

Im Rahmen der Beantragung eines Aufenthaltstitels kann eine Verpflichtungserklärung gemäß § 68 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) verlangt werden, wenn der Ausländer selbst nicht in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt zu sichern und die Sicherung des Lebensunterhaltes zwingende Voraussetzung für die Erteilung des Aufenthaltstitels ist. Im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme erhielten aus Syrien geflüchtete Personen Aufenthaltserlaubnisse nach § 23 Absatz 1 AufenthG. Einige dieser Personen stellten nach der Einreise in das Bundesgebiet dennoch einen Asylantrag; in diesen Fällen erhielten sie Aufenthaltsgestattungen nach § 55 Asylgesetz (AsylG). Sowohl Aufenthaltserlaubnisse nach § 23 Absatz 1 AufenthG wie auch § 55 AsylG berechtigten noch nicht zum Leistungsbezug nach dem SGB II (vgl. § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 SGB II, § 1 Absatz 1 Nummer 1, Buchstabe a AsylbLG). Nach positivem Abschluss des Asylverfahrens wurde den betroffenen Personen ein Aufenthaltstitel nach den Vorschriften der § 25 Abs. 1, 2 oder 3

AufenthG erteilt, der zum Bezug von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) berechtigt.

Die Verpflichtungserklärung wirkt auch nach Erteilung eines Aufenthaltstitels aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen oder durch Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft bzw. subsidiären Schutzes fort. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG, Urt. v. 26.01.2017 - 1 C 10.16) zwischenzeitlich bestätigt und wurde durch das Integrationsgesetz (IntG) mit Wirkung zum 06.08.2016 klargestellt. Für die sog. Altfälle (Abgabe der Erklärung vor dem Inkrafttreten des Integrationsgesetzes) wurde die Dauer der Verpflichtungserklärung auf drei Jahre begrenzt (§ 68a AufenthG).

Bis zum Inkrafttreten des IntG und der Entscheidungen des BVerwG herrschte hinsichtlich der Dauer der Haftung aus Verpflichtungserklärungen eine unklare Rechtslage. Die für die Abgabe von Verpflichtungserklärungen verwendeten Vordrucke sahen regelmäßig eine Haftung „bis zur Beendigung des Aufenthaltes […] oder bis zur Erteilung eines Aufenthaltstitels zu einem anderen Aufenthaltszweck“ vor. Einige Landesministerien und -behörden vertraten die Rechtsauffassung, dass ein Aufenthaltstitel für im Rahmen von Landesaufnahmeprogrammen aufgenommene Flüchtlinge nach § 23 Abs. 1 AufenthG bzw. Aufenthaltsgestattungen im Asylverfahren nach § 55 AsylG im Vergleich zu einem Aufenthaltstitel für anerkannte Asyl- und international Schutzberechtigte nach § 25 Abs. 1 und 2 AufenthG einen anderen Aufenthaltszweck begründe und die Gültigkeitsdauer einer Verpflichtungserklärung damit ende. Diese Rechtsauffassung vertraten bis zur Entscheidung des BVerwG u. a. auch die Länder Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Aufgrund dieser unklaren Rechtslage waren sich Verpflichtungsgeber der tatsächlichen Geltungsdauer der von ihnen abgegebenen Verpflichtungserklärungen vielfach nicht bewusst.

In zahlreichen Fällen klagen Verpflichtungsgeber gegen ihre Haftung auch für Leistungen nach dem SGB II. Vielfach geben die Verwaltungsgerichte (VG) den Klägern Recht. Sie verweisen - mit im Detail unterschiedlichen Begründungen - darauf, dass die Verpflichtungsgeber mit Blick insbesondere auf die unterschiedlichen Rechtsauffassungen der beteiligten Stellen davon ausgehen durften, nur für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) haften zu müssen, nicht aber auch für Leistungen nach dem SGB II (d. h. Leistungen nach dem sog. Rechtskreiswechsel). In diesen Fällen sei eine Heranziehung der Verpflichtungsgeber allenfalls im Ermessenswege möglich.

Im Zuge der bislang ergangenen gerichtlichen Entscheidungen hat die BA in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales die gemeinsamem Einrichtungen (gE) mit

Weisung vom 26.03.2018 angewiesen, die Forderungen aus den Verpflichtungserklärungen festzusetzen, sodann aber vorläufig niederzuschlagen.

2. Auftrag und Ziel

Im Interesse einer rechtssicheren und abschließenden Lösung der oben umrissenen Probleme erlässt die BA in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Inneres, für Bau und Heimat diese Weisung.

Diese Weisung dient der Vereinfachung im Bearbeitungsprozess. Mit ihr werden Handreichungen bereitgestellt, wie mit den Forderungen aus Verpflichtungserklärungen umzugehen ist. Der Anwendungsbereich dieser Weisung ist auf die sog. Altfälle reduziert; weiter gilt sie nur im Zusammenhang mit den Landesaufnahmeanordnungen.

3. Einzelaufträge

Mit Weisung vom 26.03.2018 wurden die gE aufgefordert, Forderungen aus Verpflichtungserklärungen gemäß § 68 AufenthG fristwahrend durchzusetzen und die Forderungen vorläufig niederzuschlagen.

Forderungen aus Verpflichtungserklärungen sind nach Maßgabe dieser Weisung durch die gE zu prüfen und zu bescheiden. Dies gilt für bereits festgesetzte (bestandskräftige und noch nicht bestandskräftige Bescheide) wie auch für noch nicht festgesetzte Forderungen. Es ergibt sich folgendes Verfahren:

I. Der Anwendungsbereich der Weisung ist beschränkt auf die nachstehenden Fälle:

1. Verpflichtungserklärungen, die vor dem 06.08.2016 abgegeben wurden und somit eine beschränkte Haftungsdauer von drei Jahren haben, und
2. Verpflichtungserklärungen, die im Zusammenhang mit Landesaufnahmeanordnungen abgegeben wurden. Die Ausländerinnen und Ausländer, auf die sich die Verpflichtungserklärungen jeweils bezogen, müssen also mit einem auf Grundlage einer Landesaufnahmeanordnung erteilten Visum in das Bundesgebiet eingereist sein.

II. Sofern einer der nachstehenden Fälle der Nummern 1 bis 3 vorliegt, ist das Ermessen dahingehend auszuüben, dass von einer Heranziehung abzusehen ist:

1. Die einschlägige Landesaufnahmeanordnung sah eine Beschränkung der Haftung auf den Zeitpunkt der Zuerkennung internationalen Schutzes durch

das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bzw. der Erteilung eines entsprechenden Aufenthaltstitels durch die Ausländerbehörde vor, die Verpflichtungserklärung enthielt eine entsprechende Beschränkung der Haftung aber nicht (vgl. Oberverwaltungsgericht NRW, Urt. v. 08.12.2017 - 18 A 1125/16, zur Aufnahmeanordung des Landes Rheinland-Pfalz v. 30.08.2013). Entsprechendes gilt, wenn die zuständige oberste Landesausländerbehörde oder eine andere Behörde anderweitig verlautbart hat, dass die Haftung aus Verpflichtungserklärungen entsprechend begrenzt sein soll, etwa in entsprechenden Erlassen (vgl. VG Osnabrück, Urt. v. 04.06.2018 - 7 A 128/17), Antworten auf Anfragen aus dem Landtag (vgl. VG Hannover, Urt. v. 27.04.2018 - 12 A 60/17), in Verwaltungsvorschriften der Länder, in Pressemitteilungen oder auf Bürgeranfragen.
Dies ist konkret für Verpflichtungserklärungen der Fall, die in Bezug auf die Landesaufnahmeprogramme der Länder Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen erklärt wurden oder in Bezug auf anderweitige Landesaufnahmeprogramme gegenüber einer Ausländerbehörde der vorgenannten Länder abgegeben worden waren.

2. Die Verpflichtungserklärung wurde auf dem bundeseinheitlich verwendeten oder einem inhaltlich entsprechenden Formular abgegeben, das eine Haftung „bis zur Beendigung des Aufenthaltes [...] oder bis zur Erteilung eines Aufenthaltstitels zu einem anderen Aufenthaltszweck“ vorsah (Bundesdruckerei, Ausgabe 2011, Art.-Nr. 10150); dies gilt auch, soweit Anpassungen auf dem bundeseinheitlich verwendeten oder einem inhaltlich entsprechenden Formular erfolgten, die nicht die Dauer der Haftung betrafen. Dies gilt nicht, wenn die Ausländerbehörde den Verpflichtungsgeber oder die Öffentlichkeit im Ganzen nachweislich darüber aufgeklärt hat, dass die Haftung über den Rechtskreiswechsel hinaus andauert.

3. Im Zeitpunkt der Abgabe der Verpflichtungserklärung war der Verpflichtungsgeber finanziell nicht ausreichend leistungsfähig. Hiervon ist auszugehen, wenn der Verpflichtungsgeber:

   a) In dem Zeitpunkt, in dem er die Verpflichtungserklärung abgegeben hat, selbst Leistungen nach dem SGB II, dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII), AsylbLG oder Kinderzuschlag bezogen hat. Dies ist durch Vorlage der entsprechenden Bewilligungsbescheide nachzuweisen.

b) In dem Jahr, in dem er die Verpflichtungserklärung abgegeben hat, kein zu versteuerndes Einkommen erzielt hat. Dies ist durch Vorlage des Einkommensteuerbescheides für das betreffende Jahr nachzuweisen.

c) Eine oder mehrere Verpflichtungserklärungen abgegeben hat, so dass die Summe seiner eigenen Bedarfe, der seiner Haushaltsangehörigen und der durch die Verpflichtungserklärung Begünstigten sein Einkommen in dem Jahr, in dem er die Verpflichtungserklärung abgegeben hat, deutlich überstieg. Das Einkommen ist durch Vorlage des Einkommensteuerbescheides für das betreffende Jahr nachzuweisen.

III. Im Übrigen ist die Haftung aus Verpflichtungserklärungen, die in den Anwendungsbereich dieser Weisung fallen, in zeitlicher Hinsicht beschränkt. Sie endet drei Jahre nach Einreise der Ausländerin bzw. des Ausländers (§§ 68 Absatz 1 Satz 1 und 2, 68a Satz 1 AufenthG).

IV. Verfahren:

1. Ist noch keine Erstattungsforderung festgesetzt worden, ist

a) die Ausländerbehörde zu ersuchen, gemäß § 68 Abs. 4 AufenthG die von dem Verpflichtungsgeber abgegebene Verpflichtungserklärung vorzulegen, soweit diese noch nicht bekannt ist.

b) dem Verpflichtungsgeber unter Fristsetzung Gelegenheit zu geben, zum zeitlichen Umfang der Haftung aus seiner Verpflichtungserklärung Stellung zu nehmen. Eine Anhörung ist nur dann erforderlich, sofern nicht bereits eine Entscheidung nach Aktenlage mit den bisher vorliegenden Informationen/Angaben des Kunden erfolgen kann. Sofern der Verpflichtungsgeber sich wegen einer zeitlichen Beschränkung seiner Haftung auf Landesaufnahmeprogramme, Erlasse, Weisungen oder sonstige Verlautbarungen der Ausländerbehörden beruft und diese noch nicht vorliegen, ist er aufzufordern, diese einzureichen.

In den Fällen des Punkt II Nummer 2 ist nach Aktenlage zu entscheiden, wenn keine Anhaltspunkte für das Vorliegen der in Punkt II Nummer 2 Satz 2 genannten Gründe bestehen, nach denen der Verpflichtungsgeber trotz Verwendung des bundeseinheitlichen oder eines inhaltsgleichen Formulars zur Haftung heranzuziehen ist.
Ergibt die Prüfung, dass von einer Heranziehung abzusehen ist, ist dies dem

Verpflichtungsgeber schriftlich mitzuteilen. Ergibt die Prüfung, dass dies nicht der Fall ist, ist eine Erstattungsforderung durch Verwaltungsakt festzusetzen und beizutreiben. In der Begründung des Festsetzungsbescheides ist darzustellen, weshalb kein Ermessen auszuüben war.

2. Ist bereits eine Erstattungsforderung festgesetzt, diese aber vorübergehend niedergeschlagen worden, ist der Verpflichtungsgeber entsprechend Punkt IV Nummer 1 Buchstabe b) anzuhören. Eine Anhörung ist nur dann erforderlich, sofern nicht bereits eine Entscheidung nach Aktenlage mit den bisher vorliegenden Informationen/Angaben des Kunden erfolgen kann. Ergibt die Prüfung, dass von einer Heranziehung abzusehen gewesen wäre, ist der Erstattungsbescheid durch Verwaltungsakt aufzuheben. Ergibt die Prüfung, dass dies nicht der Fall ist oder macht der Verpflichtungsgeber keine ausreichenden Angaben, um seinen Fall abschließend zu prüfen, ist die Erstattungsforderung beizutreiben.

3. Wenn die Vollstreckung einer festgesetzten Erstattungsforderung wegen der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs oder einer Klage ruht, ist entsprechend Punkt IV Nummer 2 zu verfahren. Soweit die Verpflichtungsgeber sich bereits im Klage- oder Widerspruchsverfahren zu den Gesichtspunkten im Sinne von Punkt IV Nummer 1 Buchstabe b) eingelassen hat, ist von einer erneuten Anhörung abzusehen.

4. Ist bereits eine Erstattungsforderung festgesetzt und auch bereits ganz oder teilweise beglichen oder beigetrieben worden, ist der Erstattungsbescheid nur auf Antrag des Verpflichtungsgebers erneut zu überprüfen. Die Rechtsgrundlage ergibt sich nicht aus dem Sozialgesetzbuch Zehntes Buch, sondern aus dem allgemeinen Verwaltungsverfahrensrecht. Auf einen solchen Antrag ist der Verpflichtungsgeber entsprechend Punkt IV Nummer 1 Buchstabe b) anzuhören. Ergibt die Prüfung, dass von einer Heranziehung abzusehen gewesen wäre, ist der Erstattungsbescheid durch Verwaltungsakt (Überprüfungsbescheid) aufzuheben; Zahlungen auf die Erstattungsforderung sind zurückzuerstatten. Ergibt die Prüfung, dass dies nicht der Fall ist, oder macht der Verpflichtungsgeber keine ausreichenden Angaben um seinen Fall abschließend zu prüfen, ist dies dem Verpflichtungsgeber durch Verwaltungsakt mitzuteilen (Überprüfungsbescheid).

V. Umsetzung

Die befristeten Niederschlagungen, die der Inkasso-Service auf Grundlage der ihm vorgelegten Niederschlagungsverfügungen zur Verpflichtungserklärung gem. §§ 68 und 68a AufenthG vorgenommen hat, werden zentral storniert und die Fälle werden zentral mit einer Mahnsperre (Mahnsperrgrund G - Kontakt mit Dienststelle) versehen.

Gemeinsame Einrichtungen, die die Serviceleistung O.8 nicht vereinbart haben, müssen die Abarbeitung der Einziehungsfälle aus Verpflichtungserklärungen gem. §§ 68 und 68a AufenthG in eigener Zuständigkeit sicherstellen.

VI. Dokumentation und Berichte

Das Ergebnis der Durchsetzbarkeit von Erstattungsforderungen nach § 68 AufenthG ist durch die gE zu dokumentieren.

Die RD haben der Zentrale an das Postfach des Fachbereichs GR 11 zu berichten. Als erster Berichtstermin ist der 30.09.2019 vorgesehen, ein letzter Bericht erfolgt am 31.01.2020. Das Berichtsformat wird in Kürze veröffentlicht.

4. Info

entfällt

5. Haushalt

entfällt

6. Beteiligung

entfällt

gez.
Unterschrift

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Vorsitzenden des Vorstands der
Bundesagentur für Arbeit
Herrn Detlef Scheele
Regensburger Straße 104
90478 Nürnberg

Leonie Gebers
Staatssekretärin
HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin
TEL +49 30 18 527-2044
FAX +49 30 18 527-2048
E-MAIL buero.gebers@bmas.bund.de

Nachrichtlich:

Für das SGB II zuständige
Oberste Landesbehörden

Kommunale Spitzenverbände

Berlin, 29. Januar 2019

Nur per E-Mail

Sehr geehrter Herr Scheele,

mit Schreiben vom 16. März 2018 hatte mein Amtsvorgänger Thorben Albrecht Sie gebeten, die gemeinsamen Einrichtungen unter anderem anzuweisen, Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen nach § 68 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) zwar festzusetzen, aber befristet niederzuschlagen. Hintergrund waren Rechtsunsicherheiten in Bezug auf die Frage, ob derartige Verpflichtungserklärungen auch Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) erfassen. Verschiedene Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichte hatten - mit zum Teil unterschiedlichen Begründungen - eine Haftung von Verpflichtungsgebern auch für Leistungen nach dem SGB II verneint.

Seitdem haben Gespräche innerhalb der Bundesregierung und mit den Ländern stattgefunden. Dabei konnte eine Einigung erzielt werden. Diese sieht den Erlass einer Weisung vor, anhand derer die gemeinsamen Einrichtungen alle Erstattungsforderungen aus § 68 AufenthG prüfen und insbesondere diejenigen Fälle identifizieren sollen, in denen Verpflichtungsgeber darauf vertrauen durften, nicht auch für Leistungen nach dem SGB II haften zu müssen. In ebendiesen Fallgestaltungen waren Verpflichtungsgeber zuletzt auch vor den Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichten erfolgreich.

Dementsprechend regelt die Weisung, dass entsprechend von einer Heranziehung der Verpflichtungsgeber abzusehen ist.

Die Weisung betrifft dabei Verpflichtungserklärungen, die vor dem 6. August 2016 und im Zusammenhang mit Landesaufnahmeprogrammen abgegeben wurden. Im Rahmen dessen werden zunächst diejenigen Erstattungsforderungen erfasst, die derzeit befristet niedergeschlagen sind oder deren Beitreibung aus anderen Gründen - etwa wegen eines Widerspruchs- oder Klageverfahrens - ruht. Haben Verpflichtungsgeber eine Erstattungsforderung bereits ganz oder teilweise beglichen, räumt die Weisung ihnen die Möglichkeit ein, eine erneute Überprüfung zu beantragen. Abschließend sieht die Weisung eine Dokumentationspflicht der gemeinsamen Einrichtungen vor.

Wegen der Einzelheiten nehme ich Bezug auf den anliegenden Weisungsentwurf. Ich bitte Sie, alles Notwendige zu veranlassen, insbesondere das Weisungskonsultationsverfahren einzuleiten, damit die Weisung baldmöglichst für sämtliche gemeinsamen Einrichtungen in Kraft treten kann.

Ich gehe davon aus, dass die Länder entsprechende Weisungen für ihre zugelassenen kommunalen Träger erlassen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08009
öffentlich

Lübeck, 12.08.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
2.000 - Fachbereichsleitung

Bearbeitung: Anke Seeberger (E-Mail: anke.seeberger@luebeck.de Telefon: 122-6440)

Finanzierung des Projektes "Lübecker Stadtmütter" des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. für 2020

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
19.08.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
03.09.2019	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Vorberatung
19.09.2019	Jugendhilfeausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Verein "Lübecker Stadtmütter e.V." im Haushaltsjahr 2020 einmalig 128.100 Euro für das dort laufende Integrationsprojekt zur Verfügung zu stellen.
2. Die Finanzierung dieser freiwilligen und zusätzlichen Maßnahme in Höhe von 128.100 € wird im Rahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses zum Haushalt 2020 bei dem Produktsachkonto 331001000 5318001000 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege, Zuschüsse für laufende Zwecke soziale oder ähnliche Einrichtungen durch die Bürgerschaft beschlossen.
3. Über eine weitere Finanzierung über 2020 hinaus wird im Rahmen der neu abzuschließenden Budgetverträge ab 2021 neu zu verhandeln sein.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: 1.201 – Haushalt u. Steuerung = Ablehnung (s. Begründung)
Ergebnis: 1.160 – Frauenbüro = Zustimmung
4.513 – Jugendarbeit = Zustimmung

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
[ ] Ja
[X] Nein
Begründung: Die Belange von Kindern u. Jugendlichen sind nicht direkt betroffen.

Die Maßnahme ist:
[X] neu
[ ] freiwillig
[ ] vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:
[ ] Nein
[X] Ja (Anlage 1)

Begründung:

Auf Initiative mehrerer Fraktionen der Lübecker Bürgerschaft hat der Fachbereich Wirtschaft und Soziales eine Informationsveranstaltung unter Beteiligung des Vorstandes „Frauen helfen Frauen e.V.“ als Projektträger, der sozialpolitischen Sprecher aller Fraktionen der Lübecker Bürgerschaft sowie Vertreter*innen der Verwaltung des Fachbereiches 2 Wirtschaft und Soziales sowie des Fachbereiches 4 – Kultur und Bildung am 11. Juli 2019 durchgeführt. Als Ergebnis dieser Veranstaltung wurde seitens der Vertreter*innen der Fraktionen der Auftrag erteilt, dass die Verwaltung einen Vorschlag machen soll, die noch fehlende Finanzierung des Projektes „Lübecker Stadtmüttter e.V.“ für das Jahr 2020 sicherzustellen.

Der Bereich Haushalt und Steuerung hat zu dem obigen Beschlussvorschlag seine Ablehnung erklärt, da die erforderlichen Finanzmittel in der bereits abgeschlossenen Haushaltsplanung 2020 nicht enthalten sind und gegebenenfalls nachträglich als zusätzliche Haushaltsbelastung zu ordnen wären. Dies ist der erstmals frühen Haushaltsaufstellung zum September geschuldet.

1. Projektbeschreibung

In dem Projekt ‚Lübecker Stadtmütter‘ werden Mütter mit und ohne Migrationshintergrund, mit Kindern aller Altersstufen, über soziale und gesellschaftliche Themen fortgebildet, um mit diesem Wissen Informations- und Aufklärungsarbeit in ihrem Umfeld und ihrer Nachbarschaft leisten zu können. Nach einer 6-monatigen Fortbildungsphase, in der die zukünftigen Stadtmütter in verschiedenen Themengebieten, wie z.B. dem deutschen Bildungssystem, Behinderung und Inklusion, aber auch hinsichtlich eines kompetenten Umgangs mit Medien, usw. unterrichtet werden, suchen sie Familien mit Unterstützungsbedarf in ihrer Nachbarschaft/ ihrem Umfeld pro-aktiv auf. Sie vermitteln hier ihre Erfahrungen und ihr Wissen, wodurch Bekannte, Verwandte und Freunde auf direktem Weg angesprochen werden können. Auch Elternabende in Kindertagesstätten und Schulen werden dazu genutzt, das Angebot der Stadtmütter bekannt zu machen und weitere Informationsveranstaltungen anzubieten. Zielsetzung ist dabei, im Sinne von Bildungs- und Erziehungspartnerschaften Familien in ihren Erziehungskompetenzen zu stärken und eine wachsende und nachhaltige Teilnahme bzw. Teilhabe der Kinder an Bildungsangeboten in der Stadt zu erreichen. Träger des Projektes ist der Verein Frauen helfen Frauen e.V. Lübeck in Kooperation mit dem Familien- und Kompetenzzentrum der Vorwerker Diakonie, der Interkulturellen Frauenarbeit der Gemeindediakonie und dem Förderverein für Lübecker Kinder e.V.. Neu an dieser Arbeit ist die Kooperation dreier unterschiedlicher Träger mit gleichem Ziel, hier optimieren sich die Kompetenzen der Fachbereiche:

• Intervention und Prävention bei häuslicher Gewalt (Frauen helfen Frauen e.V.),
• Migration und Integration (Interkulturelle Frauenarbeit der Gemeindediakonie) sowie
• Inklusion von Menschen mit Behinderung (Vorwerker Diakonie).

Das Lübecker Stadtmütterkonzept verfolgt das Ziel, gesellschaftliche Partizipation durch Selbstbestimmung und verantwortungsvolle Teilhabe in der Stadt Lübeck zu verbessern. Der Verein Frauen helfen Frauen e.V. freut sich, als Kooperationspartner und als Träger des Projektes an der Konzeption und in der praktischen Arbeit mitwirken zu dürfen. Das Projekt konnte mit Unterstützung durch die Possehl-Stiftung-Lübeck und die Jürgen-Wessel- Stiftung ermöglicht werden.
(Zitat Internetauftritt der Stadtmütter)

2. Finanzierungsbedarf

Nach Angaben der Stadtmütter (siehe nachfolgende Finanzaufstellung) ergibt sich für das Wirtschaftsjahr 15.01.2020 – 14.01.2021 ein Fehlbetrag von **128.038,96 €,** dieser soll durch Gewährung eines einmaligen Zuschusses durch die Hansestadt Lübeck gedeckt werden.

Projekt Lübecker Stadtmütter Wirtschaftsjahr 15.01.2020 bis 14.01.2021	
	Euro
Aufwendungen	
Personalkosten	
Gehälter inkl. Sozialversicherung und Lohnsteuer für 2,0 Stellenanteile (3 Projekt-Mitarbeiterinnen) zuzgl. Buchhaltung /Controlling u. Reinigungskraft	116.162,96
Gehalt inkl. Sozialversicherung und Lohnsteuer für Aufstockung von 1,0 Stellenanteil	40.000,00
Summe	**156.162,96**
Sachkosten	
Raumkosten, Vers., Betriebskosten, TN geb. Ausgaben	71.876,00
Summe	**71.876,00**
Gesamter Finanzierungsbedarf	**228.038,96**
Einnahmen (unter Vorbehalt weiterer Zuwendungsgeber)	
Zuwendungen unter Vorbehalt - Possehl-Stiftung	100.000,00
Summe	**100.000,00**
Fehlbetrag zur Projektsicherung	
Summe	**-128.038,96**

1. Perspektive ab 15.01.2021

Zu diesem Zeitpunkt würde die Förderung durch die Possehl-Stiftung (180.000,-- € für den Zeitraum 15.01.2019 – 14.01.2020 und 100.000,-- € für den Zeitraum 15.01.2020 – 14.01.2021) enden.

Der gesamte jährlich Finanzierungsbedarf von **228.038,96 €** wäre ab dem 15.01.**2021** nicht mehr gedeckt. Die Vertreter*innen der Fraktionen der Lübecker Bürgerschaft erwägen, das Projekt zu diesem Zeitpunkt in die Budgetverträge aufzunehmen.
Im Rahmen der Budgetverhandlungen für Zuschüsse an freie Träger der Wohlfahrtsverbände ab 2021, die bereits ab Oktober 2019 starten werden, wird der Finanzierungsbedarf für das Projekt „Lübecker Stadtmütter“ zu prüfen und in Abstimmung mit den sozialpolitischen Sprechern im Rahmen des gedeckeltes gesamten Zuschussbudgets durch Wegfall von Zuschüssen in entsprechender Höhe für andere Maßnahmen sicher zu stellen sein.

Anlagen:

Anlage 1 - Finanzielle Auswirkungen zu VO/2019/08009

Anlage 2 - Erläuterung zum Jahresabschluss 2018

Anlage 3 - Förderung des Projektes durch die Possehl-Stiftung

Senator Sven Schindler

Bereich: 2.500 Soziale Sicherung **Anlage zur Vorlage vom 13.08.2019**
Produkt: 331001 Förderung von Trägern der **VO-Nr.: VO/2019/08009**

2. Verfahrensübersicht – Finanzielle Auswirkungen **KONSUMTIV**

Finanzielle Auswirkungen in €	2020	Haushaltsjahr des Beginns der fin. Ausw. +1	Haushaltsjahr des Beginns der fin. Ausw. +2	Haushaltsjahr des Beginns der fin. Ausw. +3
Erträge				
Aufwendungen	**-128.100,00**			
Saldo Ergebnisplan	**-128.100,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Einzahlungen				
Auszahlungen	**-128.100,00**			
Saldo Finanzplan	**-128.100,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

2020	Ergebnisplan	Finanzplan	Ergebnisplan Gesamtlaufzeit	Finanzplan Gesamtlaufzeit
Mittel **veranschlagt**	**s.u.**	**s.u.**		
Zusätzl. **zu ordnen**	**-128.100,00**	**-128.100,00**		
Haushalts**belastend**	**x**	**x**		
Haushalts**entlastend**				
Haushalts**neutral**				
Planansatz 2020 - noch nicht beschlossen	**-3.533.800,00**	**-3.533.800,00**		

Haushaltsjahr 2020	Produktsachkonten Bezifferung	Produktsachkonten Bezeichnung	Ergebnisplan Betrag in €
(Minder) Erträge:			
(Mehr) Erträge:			
(Minder) Aufwendungen:			
(Mehr) Aufwendungen:	331001000 5318001000	Förderung v.Trägern d.Wohlfahrtspflege, Zuschüsse f.lfd.Zw.soziale o.ähnl.Einr.	**-128.100,00**
		Saldo Ergebnisplan	**-128.100,00**

	Produktsachkonten Bezifferung	Produktsachkonten Bezeichnung	Finanzplan Betrag in €
(Minder) Einzahlungen:			
(Mehr) Einzahlungen:			
(Minder) Auszahlungen:			
(Mehr) Auszahlungen:	331001000 7318001000	Förderung v.Trägern d.Wohlfahrtspflege, Zuschüsse f.lfd.Zw.soziale o.ähnl.Einr.	**-128.100,00**
		Saldo Finanzplan	**-128.100,00**

Anlage 2 zur VO/2019/08009

11. Erläuterung zum Jahresabschluss 2018 des Projektes „Lübecker Stadtmütter“

11.1 Einnahmen:

Es ist dem Verein Frauen helfen Frauen gelungen, seit 2013 regelmäßig durch die Possehl-Stiftung mit einem Sockelbetrag finanziert zu werden. Weitere Drittmittel waren notwendig, um die Arbeit zu gewährleisten. Mit der wachsenden öffentlichen Anerkennung der Arbeit ging auch ein Anstieg der Einnahmen einher. Neben dem Preisgeld für die Auszeichnung „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ mit 3.000 € haben auch private Spenden in Höhe von 4.400 € die gesamte Einnahmenseite der Lübecker Stadtmütter gestützt. Als neuen Zuwendungsgeber wurde außerdem der Integrationsfonds der Hansestadt Lübeck akquiriert. Der Integrationsfonds hat das Projekt Mädchen und Jungen, welches zum ersten Mal von den Lübecker Stadtmüttern durchgeführt wurde, vollständig mit 7.575 € gegenfinanziert.

Ausgaben:

Insgesamt musste aufgrund des sehr begrenzten Gesamtbudgets unterjährig stringent eine Kostenbremse eingehalten werden, um die Liquidität des Projektes sicherzustellen.

Auf der Kostenseite ergibt sich im Abrechnungszeitraum eine Steigerung der Personalkosten durch tarifliche Anpassungen und Stufenerhöhungen im Rahmen der Betriebszugehörigkeit von Mitarbeiterinnen. Die Personalkosten einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer betragen insgesamt 108.552,74 €. Die Raumkosten für das Projekt Lübecker Stadtmütter sind durch eine nicht abwendbare Mieterhöhung ebenfalls angestiegen, ebenso die Energiekosten. Somit mussten für die Raumkosten einschließlich der Nebenkosten 5.898,62 € aufgebracht werden. Die Aufwendungen für Versicherungen sind im Betrachtungszeitraum stabil geblieben. Weitere Aufwandserhöhungen sind im Kostenblock der laufenden sonstigen Kosten entstanden, dringende Neuanschaffungen waren aufgrund von notwendigen Aktualisierungen in der Büroausstattung gem. Arbeitsschutzrichtlinien für z. B. neue PC´s und Beleuchtung notwendig. Erstmalig hat der Verein Aufwandsentschädigungen an ehrenamtlich Tätige ausgezahlt, um die Qualität der Fortbildung und des Coachings im Hinblick auf „Diversity und Empowerment“ zu verbessern.

11.2 Kosten für Hausbesuche:

Die Kosten für Hausbesuche belaufen sich im vorliegenden Jahresabschluss auf insgesamt 26.100 €.Unterjährig zeigte sich durch das konsequente Controlling eine notwendige Vorsicht im Hinblick auf zu tätigende Ausgaben. Den Mitarbeiterinnen war es nicht möglich Hausbesuche durch ehemalige Stadtmütter zu bezahlen und gleichzeitig auf einen Vertretungsplan zu verzichten. Ehemalige und aktuelle Stadtmütter haben erstmalig im Sommer 2018 auf die Erstattung ihrer Auslagen und die Aufwandsentschädigung verzichtet. Dank dieses Engagements der Lübecker Stadtmütter, die einmalig aufs Jahr 2018 begrenzt werden soll, wurde die bewährte unbürokratischeund solidarische Arbeit der Lübecker Stadtmütter in Lübecker Familien, Institutionen und Behörden konsequent fortgesetzt und dauerhaft gewährleistet.

11.3 Teilnehmerinnengebundene Kosten (Fahrtkosten):

Die verminderte Abrechnung der Hausbesuche schlägt sich auch im Bereich der Fahrtkosten nieder. Im vorliegenden Berichtszeitraum wurden insgesamt 12.871,43 € für Fahrtkosten verbraucht.

11.4 Fazit:

Die vorgenannten zusätzlichen Zuwendungen finden in der Einnahmen-Überschuss-Rechnung für das Wirtschaftsjahr 2018/2019 ihren Niederschlag und stärken die gesamte Einnahmesituation des Projektes.

Dagegen ergeben sich im Betrachtungszeitraum in den Kostensegmenten der Personal-und Sachkosten Kostensteigerungen, die trotz durchgängiger Kostenreduzierung in Summe zu Mehrausgaben geführt haben.

Insgesamt ergibt sich für das Projekt Lübecker Stadtmütter im betrachteten Wirtschaftsjahr ein Defizit in Höhe von 4.122,05 €.

Der Ausgleich dieser Unterdeckung konnte nur durch den Einsatz von Mitteln des Vereins Frauen helfen Frauen e.V., Lübeck ausgeglichen werden. Ohne diese Mittel wäre das Projekt Lübecker Stadtmütter im Berichtszeitraum nicht durchführbar gewesen.

Frau Susan Al Salihi Frauen helfen Frauen e.V. Marlesgrube 49/51 23552 Lübeck

Lübeck, 2. Oktober 2018 /ms-mw

(Bei Korrespondenz bitte angeben): B_180331

Anlage 3 zur VO/2019/08009

Lübecker Stadtmütter – für zwei Jahre

Sehr geehrte Frau Al Salihi,

wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass die Possehl-Stiftung in ihrer Sitzung vom 28.09.2018 beschlossen hat, für das Projekt „Lübecker Stadtmütter“ einen Betrag in Höhe von

€ 180.000,00 für das Jahr vom 15.01.2019 bis 14.01.2020

Sowie € 100.000,00 für das Jahr vom 15.01.2020 bis 14.01.2021

zur Verfügung zu stellen. Wir bitten darauf zu achten, dass die Betragszuweisungen pro Jahr fix sind und einer anderen Verteilung nicht zugestimmt wird. Ergänzend bitten wir um Zwischenberichte zu den laufenden Gesprächen im Hinblick auf die Verstetigung der Finanzierung durch die öffentliche Hand für die Zukunft.

Grundlage für diese Zuwendung und die sich daraus ergebende Förderquote (prozentualer Anteil der Possehl-Förderung an den Gesamtkosten) sind u. a. die in der Antragstellung genannten Gesamtkosten. Wir bitten unbedingt zu beachten, dass Abweichungen zu den in der Antragstellung genannten Gesamtkosten bzw. zur Förderquote unmittelbar mitgeteilt werden müssen. Diese bedürfen ggfs. der Zustimmung des Stiftungsvorstandes.

Für die Zahlungsabwicklung bitten wir um Verwendung des beigefügten Formulars „Mittelabruf“. Mit Rücksicht auf die Höhe der Zuwendung bitten wir ergänzend zum Mittelabruf um Hergabe eines Zahlungsplans, aus dem ersichtlich ist, wann etwaige Teilbeträge jeweils benötigt werden. Die Überweisungen werden dann von hier aus automatisch vorgenommen. Nach Eingang senden Sie uns bitte eine Spendenbescheinigung zu.

Nach Abschluss des Projektes: Wir bitten um Vorlage eines Verwendungsnachweises. Der formale Aufbau richtet sich nach dem mit dem Antrag eingereichten Kosten- und Finanzierungsplan. Es müssen **alle** Ausgaben und Einnahmen aufgeführt werden. Die Ausgaben und Einnahmen müssen ausgeglichen sein. **Der Förderbetrag sowie in der**

Antragstellung genannte Eigenanteile sind in der Einnahmenberechnung auszuweisen. Der Abgleich zwischen Antragstellung und Verwendungsnachweis muss nachvollziehbar sein.

Wir wünschen Ihnen und allen Beteiligten für Ihr Vorhaben alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Max Schön

Vorsitzender

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/08144
öffentlich

Lübeck, 05.09.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
3.370 - Feuerwehr

Bearbeitung: Rüdiger Lüdtke (E-Mail: ruediger.luedtke@luebeck.de Telefon: 122-3710)

Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Produkt Rettungsdienst

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
16.09.2019	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
24.09.2019	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:
Beim Produktsachkonto 127001.000.5458000 - "Rettungsdienst / Erstattung für Aufwendungen von Dritten, übrige Bereiche" werden für das Haushaltsjahr 2019 1.050.000 € zur Deckung von Mehraufwendungen überplanmäßig gem. § 95 d GO bewilligt.

Die Deckung erfolgt aus Einsparungen bei den Personalkosten beim Produktsachkonto 126001.000.50xxxxx – „Gefahrenabwehr / Personalaufwendungen“.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:	Haushalt und Steuerung
Ergebnis:	Zustimmung

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:	[ ]	Ja
	[X]	Nein, da besondere Belange von Kindern und Jugendlichen nicht berührt werden.
Begründung:		
Die Maßnahme ist:	[ ]	neu
	[ ]	Freiwillig
	[X]	vorgeschrieben durch: § 82 GO, sowie bestehende Verträge mit den Hilfsorganisationen
Finanzielle Auswirkungen:	[ ]	Nein
	[X]	Ja (s. Begründung)

Begründung:
Die mit den Hilfsorganisationen geschlossenen Verträge zur Mitwirkung im Lübecker Rettungsdienst wurden nach Entscheidung des Hauptausschusses vom 27.11.2018 (VO/2018/06538) der aktuellen Sach- und Rechtslage angepasst. Inhalt der Vertragsänderungen war u. a. eine Anpassung des Leistungsumfangs hinsichtlich der Mitwirkung im Ret-

tungsdienst und der Abrechnungsmodalitäten. Diese Änderungen bedingen gestiegene Aufwendungen im Produkt Rettungsdienst, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr in die Haushaltsplanung für 2019 eingeflossen waren.

Eine vergleichbare Situation entstand bereits im Haushaltsjahr 2018, als ein privater Anbieter für Krankentransporte seinen Betrieb einstellte, und der öffentliche Rettungsdienst spontan ca. 7.000 Krankentransporte pro Jahr zusätzlich übernehmen musste. Diese 2018 erfolgte Erhöhung des Leistungsumfangs der Hilfsorganisationen floss im Haushaltsjahr 2018 nur noch bedingt in die Abschlagszahlungen an die Hilfsorganisationen ein. Der erhöhte Aufwand der Hilfsorganisationen wurde im Rahmen einer 2019 durchgeführten Spitzabrechnung durch Nachzahlungen für 2018 in Höhe von 598.716 € ausgeglichen. Rückstellungen für Nachzahlungen wurden lediglich in Höhe von 190.000 € gebildet.

Die hohen Nachzahlungen für 2018, der erhöhte Leistungsumfang in 2019 und die Änderung der Abrechnungsmodalitäten führen in Summe dazu, dass die Haushaltsmittel für 2019 beim Produktsachkonto für die monatlich zu leistenden Aufwandserstattungen an die im Lübecker Rettungsdienst mitwirkenden Hilfsorganisationen nicht ausreichen. Die Zahlungsverpflichtung ergibt sich aus den mit den drei Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz und Johanniter-Unfall-Hilfe bestehenden Verträgen zur Mitwirkung im Lübecker Rettungsdienst.

Als Deckung für den Fehlbedarf beim Produktsachkonto 127001.000.5458000 können nicht benötigte Personalaufwendungen verwendet werden. Die Hochrechnung der Personalaufwendungen des Bereichs Feuerwehr weist hauptsächlich beim Produkt 126001 – Gefahrenabwehr für 2019 voraussichtlich nicht benötigte Mittel in der Größenordnung von ca. 1,3 Mio. € auf, was überwiegend auf zeitweise nicht besetzte Planstellen im Produkt 126001 – Gefahrenabwehr zurückzuführen ist.

Die Mehraufwendungen für die Aufwandserstattung an die Hilfsorganisationen fließen in die Berechnung der Entgelte für die Benutzung des Lübecker Rettungsdienstes ein und werden dadurch refinanziert. Im Rahmen der jüngst durchgeführten Entgeltverhandlung fanden sie Berücksichtigung, soweit sie bereits vorlagen. Neue Entgelte werden für Rettungsdiensteinsätze ab dem 01.11.2019 angewendet.

Anlagen:
keine

Senator Ludger Hinsen

Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2019/07922
öffentlich

Lübeck, 11.07.2019

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
1.100 - Büro der Bürgerschaft

Bearbeitung: Christiane Nimz (E-Mail: christiane.nimz@luebeck.de Telefon: 122-1013)

Gendergerechte Sprache
Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 24.06.2019

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
29.08.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:
Die Bürgerschaft möge beschließen, alle Anträge gendergerecht zu formulieren. Auch auf städtischen Veranstaltungen, bei denen Grußworte gehalten werden, soll gendergerechte Sprache verwenden werden.

Verfahren:
Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung: Nicht relevant

- [ ] Ja
- [x] Nein

Die Maßnahme ist:

- [ ] neu
- [ ] freiwillig
- [x] vorgeschrieben durch: §16b GO-SH

Finanzielle Auswirkungen: Nicht bezifferbar

- [ ] Nein
- [ ] Ja (Anlage 1)

Begründung:
Die Einwohnerversammlung hat am 24.06.2019 mit Mehrheit den o. g. Antrag von Frau Scholz beschlossen.

Anlagen:

Stadtpräsidentin
Gabriele Schopenhauer